„IHR ENDE SCHAUT AN …“

Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts

„IHR ENDE SCHAUT AN …“

Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von Harald Schultze und Andreas Kurschat
unter Mitarbeit von Claudia Bendick

Zweite, erweiterte und verbesserte Auflage

Evangelische Verlagsanstalt · Leipzig

Umschlagbild (Fotomontage):
Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee (Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin) und spätromanisches Kruzifix der Gedächtnisstätte für die Blutzeugen der evangelischen Kirche von 1933 bis 1945 in der Krypta des Doms zu Brandenburg (Foto: Salge, Brandenburg).

Die Deutsche Bibliothek – Bibliographische Information

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über ‹http://dnb.ddb.de› abrufbar.

2., erweiterte und verbesserte Auflage 2008
© 2006 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH, Leipzig
Printed in Germany · H 7038
Alle Rechte vorbehalten
Buchgestaltung: Kai-Michael Gustmann
Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-02370-7
www.eva-leipzig.de

Geleitwort

„Vom Heiligendienst wird von den Unseren also gelehret, daß man der Heiligen gedenken soll, auf daß wir unsern Glauben stärken, so wir sehen, wie ihnen Gnad widerfahren, auch wie ihnen durch Glauben geholfen ist; darzu, daß man Exempel nehme von ihren guten Werken, ein jeder nach seinem Beruf" – so heißt es im Artikel 21 („De cultu sanctorum") des Augsburgischen Bekenntnisses von 1530.[1] „Auf dass wir unseren Glauben stärken", erscheint nun das Gedenkbuch „‚Ihr Ende schaut an …'. Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts", um dessen Erarbeitung der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte gebeten hat.

Diese Bitte hat eine Vorgeschichte. Auf dem Festakt zum 50. Jahrestag der Verabschiedung der Grundordnung der EKD in der Georgenkirche in Eisenach hielt der damalige Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, Professor Dr. Joachim Mehlhausen, am 15. Mai 1998 einen Vortrag zum Thema „50 Jahre Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland: Erbe und Auftrag". In diesem Vortrag erinnerte er an die von der verfassunggebenden Kirchenversammlung in Eisenach durch den Versammlungspräsidenten Gustav Heinemann erstellte „vorläufige, aber nicht vollständige" Liste von Personen, die als Bekenner des christlichen Glaubens in den Konzentrationslagern und Gefängnissen seit 1933 ums Leben gekommen seien. Und er fragte: „Ist es nicht merkwürdig, dass uns einige dieser Namen heute fremd sind? Und ist es nicht noch merkwürdiger, dass keine spätere Synode der EKD diese Namensliste zu Ende geschrieben und irgendwo ehrenvoll festgehalten hat?".[2] Das Anliegen der Erneuerung und Fortschreibung des kirchlichen Gedenkens an die evangelischen Märtyrer und Glaubenszeugen des 20. Jahrhunderts fand Gehör. Der damalige Präses der EKD-Synode, Dr. Jürgen Schmude, und andere Mitglieder des Rates der EKD griffen die Anregung des inzwischen leider verstorbenen Joachim Mehlhausen auf.

Dabei konnte es nicht darum gehen, Vollständigkeit anzustreben. Wichtiger war es, Schlüsselpersonen zu nennen, aber auch in exemplarischer Absicht weithin unbekannter Menschen zu gedenken. Hierbei war Wert darauf zu legen, in der Liste Persönlichkeiten aufzuführen, die beispielhaft für ihren Glauben eingetreten sind. Mindestens zwei Interessen sind mit einer

1 BSLK, S. 81 f.

2 J. Mehlhausen: 50 Jahre, S. 62.

solchen Zusammenstellung verbunden: ein historisches, nämlich dem Vergessen entgegenzuwirken, und ein ethisches, nämlich den Vorbildcharakter der betreffenden Personen herauszustellen. Dabei waren vielfältige methodische, theologische und historische Probleme zu lösen, wozu sorgfältige Vorarbeiten nötig waren, die zum Teil forschungsgeschichtliches Neuland betraten.

Eine evangelische Märtyrerliste trägt stellvertretenden Charakter. Die EKD gedenkt aller evangelischen Christinnen und Christen, die während des 20. Jahrhunderts um ihres Glaubens willen inhaftiert, gequält oder ermordet worden sind. Sie lässt sich von der Erinnerung an ihr Leiden mahnen, gegen Gewalt und Unrecht aufzustehen und „Gott mehr zu gehorchen als den Menschen" (Apostelgeschichte 5,29).

In der Erinnerung an diese „Zeugen einer besseren Welt"[3] mischen sich Dankbarkeit und Scham. Dankbarkeit dafür, dass es Menschen gab, die ihren Glauben im entscheidenden Moment nicht verleugneten; Menschen, die an ihrem Bekenntnis zu Gott als Herrn der Welt festhielten, auch wenn sie Schlimmes dafür zu befürchten hatten. Doch neben der Dankbarkeit steht die Scham. Scham darüber, dass die Kirche als Institution oft nicht denselben Mut aufbrachte wie diese Glaubenszeugen, sondern ihr Zeugnis zum Teil sogar verdunkelte.

Das öffentliche Gedenken an die Menschen, die als Zeugen für ihren Glauben den Tod erlitten, kann die Form eines Buches wie des hier vorliegenden annehmen. Doch auch Gedenksteine oder -stelen geben Zeugnis von ihrem Leben.

So habe ich am 19. Februar 2005 in der Gedenkstätte Sachsenhausen eine Stele zur Erinnerung an Friedrich Weißler enthüllt, den ersten Märtyrer der Bekennenden Kirche, der aufgrund rassistischer Kriterien um seines „Jude"-Seins willen misshandelt und getötet wurde.[4] Dabei habe ich gesagt – und diese Worte gelten über den Einzelfall hinaus: „Wir tragen als Kirche schwer an dem, was Friedrich Weißler angetan wurde. Verlassen war er nicht nur von der deutschchristlichen Reichskirche, die auf Seiten der Nationalsozialisten stand. Auch die Bekennende Kirche, für die Friedrich Weißler gearbeitet hat und als deren Glied er sich fühlte, trat ihm nicht zur Seite. Dazu bekennen wir uns als Evangelische Kirche in Deutschland. Nicht nur in ihren Stärken, sondern auch in ihrer Schwäche stehen wir im Erbe dieser Bekennenden Kirche. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte, die in diesem Fall eine Geschichte der Schuld ist."

Während Friedrich Weißler zu den eher unbekannten Märtyrern gehört, ist Dietrich Bonhoeffer die wohl bekannteste Person in diesem Band. Dass Dietrich Bonhoeffers hier so ausführlich gedacht wird, freut mich besonders.[5] An ihm hat mich immer schon der innere Zusammenhang zwischen Lebensgeschichte und Theologie fasziniert: die Verbindung zwischen einem Lebenslauf, der ihn zu einem Glaubenszeugen in einem besonderen Sinne des

3 K.-J. Hummel/C. Strohm: Zeugen.

4 Siehe unten S. 466 ff. zum Biogramm Friedrich Weißlers.

5 Siehe unten S. 234 f. zu seinem Biogramm. Dennoch bleibt kritisch zu bedenken: „Zum Heiligen der Volkskirche eignet er sich nicht." W. Huber: Christus, S. 191.

Wortes gemacht hat, und einem theologischen Werk, das auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch sehr viel an Anregungspotenzial und Orientierungskraft enthält. Dabei bleibe ich weiter davon überzeugt, dass Bonhoeffers Werk weiterwirken wird, „nicht weil er mit der Aura des Heiligen umgeben wird, sondern weil sein Werk diese Wirkung verdient und mehr noch: weil sich sein Glaubenszeugnis und seine theologische Inspiration als Quelle der Ermutigung und als Herausforderung zu eigenem Denken und Handeln erweisen wird.“[6]

Nicht nur im ökumenischen Gespräch, sondern auch innerhalb der evangelischen Kirche ist die Märtyrer- und Heiligenverehrung bis heute Gegenstand kontroverser Debatten. Wer der Evangelischen Kirche in Deutschland unterstellt, mit diesem Buch einem römisch-katholischen Verständnis[7] zu folgen, dem sei gesagt: Das ist nicht der Fall. Dabei soll nicht übersehen werden, dass katholische und protestantische Christen gerade im Leiden, in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des 20. Jahrhunderts, einander im Glauben beigestanden und gestärkt haben. Insofern ist das vorliegende evangelische Gedenkbuch auch ein ökumenisches Zeugnis. Dennoch bleiben bei aller Nähe und Übereinstimmung zwischen den Konfessionen in dem Bemühen, ihrer Märtyrer und Glaubenszeugen zu gedenken, wichtige theologische Unterschiede bestehen. Dieses Buch ist von dem evangelischen Verständnis der Vorbilder im Glauben geprägt, das in dem eingangs zitierten Artikel 21 des Augsburgischen Bekenntnisses von 1530 so formuliert ist: „Durch Schrift aber mag man nicht beweisen, daß man die Heiligen anrufen oder Hilf bei ihnen suchen soll. ‚Dann es ist allein ein einiger Versuhner und Mittler gesetzt zwischen Gott und Menschen, Jesus Christus‘ (1. Timotheus 2,5).“

Im Namen des Rates der EKD danke ich allen beteiligten Autoren und Autorinnen sehr herzlich für die mit der Abfassung der Aufsätze und Biogramme verbundenen Mühen. Mein besonderer Dank gilt der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, besonders dem Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Harry Oelke, der Leiterin der Forschungsstelle, Frau Privatdozentin Dr. Claudia Lepp, dem Leiter des Forschungsprojekts, Herrn Oberkirchenrat i. R. Professor Dr. Harald Schultze, Frau Gertraud Grünzinger, M. A., sowie dem Bearbeiter und der Bearbeiterin des vorliegenden Bandes, Herrn Andreas Kurschat, M. A., und Frau Dr. Claudia Bendick.

Ich wünsche diesem Buch, dass es die Erinnerung an Menschen fördert, die um ihres Glaubens willen verfolgt wurden, und zum eigenen Glauben ermutigt.

Berlin/Hannover, am 29. August 2005

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

---

6 W. Huber: Quelle, S. 460.

7 Dieses Verständnis wird deutlich in: H. Moll: Einführung.

Vorwort zur 2. Auflage

„Denn die Klage ist der erste Schritt ins Vertrauen auf Gott, der sich an sein Geschöpf erinnert und an das Volk seiner Wahl. […] Er lässt die namenlos Gemachten, die Geschändeten und Unterdrückten nicht ins Vergessen versinken. Sie werden nicht in der Einsamkeit ihrer Zelle, in der vollkommenen Leere eines Lagers verkümmern zu einem Nichts. Gott gewährt eine letzte Geborgenheit, rettet den Sinn eines Lebens, auch wenn sich dessen Spur im Feuer verliert. Er hebt die Menschen auf in seinem Gedächtnis.

Um diesem Gedächtnis zu entsprechen, hat der Rat der EKD im Jahre 1998 veranlasst, Namen und Schicksal von Menschen zu dokumentieren, die im 20. Jahrhundert zu Märtyrern geworden sind."

Mit diesen Worten hat der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses i. R. Manfred Kock, am 17. März 2006 bei der Vorstellung der Erstauflage dieses Buches auf der Leipziger Buchmesse das Anliegen formuliert, dem Rechnung getragen werden sollte. Wir sind dankbar, dass schon nach zwei Jahren eine Neuauflage nötig geworden ist.

Von vielen Seiten ist das Erscheinen dieses Gedenkbuches ausdrücklich begrüßt worden – es hatte bisher wirklich Vergleichbares gefehlt. In verschiedenen Rezensionen wurden die Akzentsetzungen unserer Arbeitsgruppe bestätigt, andere Stimmen äußerten grundsätzliche Bedenken gegenüber der Betonung des Märtyrerprädikats in der evangelischen Kirche. Das zurückliegende Jahr, in dem in besonderer Weise das Bonhoeffergedenken wegen dessen 100. Geburtstag gepflegt wurde, zeigte jedoch deutlich das unmittelbare, lebendige Interesse am Lebensweg dieses Blutzeugen. Aber auch mit dem Selbstopfer von Oskar Brüsewitz hat sich die Öffentlichkeit anlässlich des 30. Todestages vielfältig auseinandergesetzt. Das Gedenken an die Märtyrer ist unverzichtbar und bedarf der Weiterarbeit.

Im Nachwort zur ersten Auflage war bereits darauf hingewiesen worden, dass ein solcher Versuch, die Schicksale von Märtyrerinnen und Märtyrern des 20. Jahrhunderts zu erfassen, unvollständig ist und daher der Ergänzung bedarf. Die Neuauflage gibt nun die Möglichkeit, nötige Korrekturen aufzunehmen und 24 Biogramme neu einzufügen. Einige von diesen sind von uns bereits im Internet veröffentlicht worden (‹http://www.kirchliche-zeitgeschichte.info›, „Aktuelles"); etliche Biogramme wurden überarbeitet. Auf Grund unserer Publikation wurden

wir auf weitere Schicksale hingewiesen, die wir berücksichtigen konnten. Die Erkundungen werden aber fortgesetzt. In Rezensionen spiegelten sich – in unterschiedlicher Zuordnung – Zustimmung und Widerspruch zu den Grundlinien dieses Gedenkbuches. Selbstverständlich muss das Gespräch über Verfolgung, christlichen Widerstand und das Glaubenszeugnis der Hingerichteten weitergehen. Für die zweite Auflage hatten jedoch redaktionelle Aufgaben Priorität; um die Herstellung nicht hinauszuzögern, konnte die inzwischen erschienene Literatur nicht generell noch eingearbeitet werden.

Dankbar sind wir, dass auch das ökumenische Gespräch weitergeht. Die geschwisterliche Nähe, die in den Gefängniszellen, in der Verbannung und im Kriege gewachsen ist und getragen hat, findet ihren Niederschlag auch im gegenwärtigen Dialog. Ein Beispiel dafür war der 8. Europäische Bekenntnis-Kongress im Oktober 2006 in Bad Blankenburg/Thüringen, der sich in einem internationalen historischen Rundblick dem Gedächtnis der Märtyrer des 20. Jahrhunderts widmete.

Wir wiederholen den Dank an die Forschungsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte in München für die stetige Zusammenarbeit. Zugleich danken wir der Evangelischen Verlagsanstalt in Leipzig für die Initiative zur Neuauflage und deren Betreuung durch Cheflektorin Dr. Annette Weidhas und den Layouter Kai-Michael Gustmann.

„Das Aufkommen von Unrecht und Gewalt mit aller Kraft zu verhindern, ist Christenpflicht. Der Blick auf die Opfer solcher ungerechten Gewalt, auf ihr Leben und Zeugnis, spornt uns an und ermutigt uns.“ So formulierte Dr. Jürgen Schmude, der frühere Präses der EKD-Synode, bei der Buchpräsentation vor einem Jahr in Leipzig. In diesem Sinne möge unser Buch auch weiter seinen Dienst tun.

Magdeburg und Münster, im September 2007

Harald Schultze
Andreas Kurschat

Inhalt

I. Systematischer Teil

Harald Schultze
Das Projekt „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts“ im ökumenischen Kontext 21

Andreas Kurschat
Martyrien des 20. Jahrhunderts: Voraussetzungen und Prinzipien ihrer Dokumentation 35

Wolf-Dieter Hauschild
Märtyrer und Märtyrerinnen nach evangelischem Verständnis 49

Harald Schultze
Das Gedenken evangelischer Gemeinden an die Märtyrer des 20. Jahrhunderts 73

Daniel Heinz
Dem Gebot und Gewissen verpflichtet: Freikirchliche Märtyrer 85

Christoph Strohm
Die Bedeutung von Kirche, Religion und christlichem Glauben
im Umkreis der Attentäter des 20. Juli 1944 99

Norbert Haase
Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus protestantischem Glauben
als Opfer der Wehrmachtjustiz 117

Siegfried Hermle
Evangelische Märtyrer im Baltikum (1905–1920) 129

Gerd Stricker
Evangelische Deutsche unter dem Druck des Sowjetregimes.
Zur Problematik des Martyriums ethnischer Deutscher in Russland 147

Gertraud Grünzinger
Evangelische Märtyrer oder ethnische Opfer: Volkstumskämpfe und Krieg in Polen 173

Sigrid Lekebusch
Christen jüdischer Herkunft – Glaubenszeugen? 197

Gury Schneider-Ludorff
Leidenszeugen 207

II. Biographisch-dokumentarischer Teil

Deutsches Reich

Abramowski, Rudolf 219
Adams, Kurt 220
Arndt, Walther 221
Arnheim, Frieda 223
Aufricht, Erna 225
Barth, Helga 226
Bastian, Hans-Wolfgang 227
Beck, Ludwig 229
Berendt, Ernst 230
Bergner, Fritz 232
Bernstorff, Albrecht Graf von 233
Biegmann, Emil 235
Blank, Margarethe 235
Blumenthal, Hans Jürgen Graf von 237
Bonhoeffer, Dietrich 238
Bonhoeffer, Klaus 239
Bontjes van Beek, Cato 241
Bornitz, Kurt 242
Braun, Elisabeth 243
Brendel, Robert 245
Bronisch-Holtze, Ernst 246
Brugger, Anton 247
Brüning, Hans 248
Buchholz, Karl Gottfried 249
Buttersack, Hans 249
Canaris, Wilhelm 251
Delbrück, Justus 252
Dieckmann, Wilhelm 254
Dittmann, Ewald 255
Dohna-Schlobitten, Heinrich Graf zu 256
Dohnanyi, Hans von 257
Draeger, Margarete, geb. Lubowski 259
Elsas, Fritz 261
Elser, Georg 262
Feldmann, Winfried 264
Finckh, Eberhard 265
Fischer, Martin 266
Flatow, Ernst 268
Fleischmann, Max 270
Fritze, Georg 272
Fürstenheim, Frieda 273
Gackstatter, Leonhard 274
Gauger, Martin 275
Geest, Friedrich 277
Gehrts, Erwin 278
Gerstein, Kurt 279
Goerdeler, Carl 280
Goerdeler, Fritz 282
Grunthal, Marianne 283
Günther, Friedrich 284
Habermann, Hans Max 285
Haeften, Hans-Bernd von 286
Haeften, Werner von 287
Hagen, Albrecht von 289
Halem, Nikolaus Graf von 291
Halmos (vormals Kohn), Josef 292
Hamburger, Georg 294
Hanschkatz, Joachim 296
Hanschkatz, Walter 297
Hanselmann, Friedrich 299
Hanselmann, Johann Georg 301
Harnack, Arvid 302
Harnack, Ernst von 304
Harnack, Mildred, geb. Fish 305
Harreß, Karl Georg 307
Hase, Paul von 308
Hassell, Ulrich von 309
Haubach, Theodor 311
Heinitz, Günther 313
Heinitz, Paul 314
Herbst, Alfred 315
Hesse, Helmut 317
Hildmann, Walter 318
Himpel, Helmut 319
Hirschwald, Werner 320
Hoepner, Erich 321
Hofacker, Caesar von 323
Hoff, Martha, geb. Fränkel 324
Honig, Max 325
Hößlin, Roland von 326
Hötzel, Gottfried 327
Hustedt, Karl 329
Jacobson, Ingeborg 331
Jacoby, Hildegard 332
Jentsch, Carl Fürchtegott 334
Jung, Edgar Julius 335

Kaftal, Gabriele 336
Kaftal, Hermann Heinrich (sen.) 336
Kaftal, Hermann Heinrich (jun.) 336
Kaftal, Margherita Dorothea, geb. Meier 336
Kaiser, Heinrich 337
Kaiser, Hermann 338
Kasenzer, Ernst 339
Kaszemeik, Richard Felix 340
Kaufmann, Alfred 341
Kaufmann, Franz 343
Kayser, Elisabeth, geb. Berger 345
Kiep, Otto Carl 346
Klamroth, Bernhard 348
Klamroth, Johannes Georg 348
Klausing, Friedrich-Karl 350
Kleinmann, Karl 351
Kleist-Schmenzin, Ewald von 352
Klepper, Jochen 353
Klepper, Johanna, geb. Gerstel, verw. Stein 353
Klose, Karl 355
Kneip, Otto 356
Kobrak, Richard 359
Koch, Hans 361
Krökel, Wilhelm 362
Lancken, Fritz von der 363
Lebrecht, Heinrich 364
Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf von 366
Leipelt, Hans 367
Leipelt, Katharina, geb. Baron 368
Lichtenstein, Herta 369
Lindemeyer, Frieda, geb. Lewinsky 371
Lindemeyer, Georg 371
London, Margrit 372
Lueben, Werner 373
Lynar, Wilhelm-Friedrich Graf zu 374
Maaß, Hermann 375
Maschke, Ernst 377
Massow, Bertha von 378
Maus, Georg 379
Meichßner, Joachim 381
Mertz von Quirnheim, Albrecht Ritter 382
Metzner, Gottlieb Karl 384
Meyer, Else, verh. Rauch 385
Meyer, Ludwig Walter 385
Meyer, Reinhold 386
Mielke, Albert 387
Moltke, Helmuth James Graf von 388
Müller, Elisabeth 390
Müller(-Dahlem), Friedrich 391
Münch, Alfred 393
Mungard, Jens 394
Nieden, Wilhelm zur 395
Niehus, Martin 396
Noa, Theodor 397
Noack, Johannes 399
Oertzen, Hans-Ulrich von 400
Olbricht, Friedrich 402
Onnasch, Friedrich 403
Onnasch, Fritz 405
Oster, Hans 406
Pacha, Viktor 408
Perels, Ernst 409
Perels, Friedrich Justus 410
Pfältzer, Ludwig 411
Pfannschmidt, Joachim Friedrich Gustav 412
Pietz, Günter 413
Plettenberg, Kurt Freiherr von 414
Ploeger, Heiko 416
Pohle, Carl 418
Popitz, Johannes 419
Praun, Friedrich von 420
Przyrembel, Gustav 421
Putbus, Malte von 422
Puzich, Ferdinand 423
Rabenau, Friedrich von 424
Rahtgens, Carl Ernst 425
Ranacher, Julius 427
Reichwein, Adolf 428
Reinmuth, Hermann 429
Richter, Paul 431
Rittmeister, John 433
Roenne, Alexis Freiherr von 434
Rosenthal, Bruno 436
Rothe, Margaretha 436
Rubanowitsch, Israel Johannes 437
Sachs, Johanna 439
Sack, Erich 440
Sack, Karl 441
Schack, Adolf-Friedrich Graf von 443
Scheliha, Rudolf von 444
Schiemann, Paul 445
Schleicher, Rüdiger 447
Schneider, Paul 449
Scholl, Hans 450

Scholl, Sophie 452
Scholz-Babisch, Friedrich 454
Schönthaler, Paul 455
Schrader, Werner 456
Schramm, Friedrich 457
Schröer, Heinz 459
Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 450
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 462
Schulze-Boysen, Libertas, geb. Haas-Heye 463
Schwamb, Ludwig 465
Schwerin von Schwanenfeld,
Ulrich-Wilhelm Graf von 466
Seltmann, Heinrich 468
Siemens, Paul 469
Slawinsky, Max 470
Spittel, Rudolf 472
Sponeck, Hans Graf von 473
Stehmann, Siegbert 474
Steil, Ludwig 476
Stein, Renate 353
Steiner, Ernst 477
Stellbrink, Friedrich 478
Stempel, Heinz Rudolf 480
Stieff, Hellmuth 482
Stöhr, Hermann 483
Streufert, August 484
Stülpnagel, Carl-Heinrich von 486
Sylten, Werner 487
Talazko, Karl 489
Thadden, Elisabeth von 490
Thaumann, Willi 492
Thüngen, Karl Freiherr von 492
Tresckow, Henning von 493
Trott zu Solz, Adam von 494
Umfrid, Hermann 496
Vahldieck, Fritz 498
Voß, Hans-Alexander von 499
Weisenstein, Moritz 501
Weissler, Friedrich 502
Will, Elisabeth, geb. Klein 503
Will, Heinrich 503
Winter, Annemarie 505
Witzleben, Erwin von 507
Wolff, Lilly 509
Wolfmeyer, Leonhard 510
Wüsten, Johannes 511
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 513
Zrenner, Leander Josef 514

Russisches Reich/Baltikum

Adolphi, Ellen, geb. Brand, verw. Krause 517
Adolphi, Heinrich 517
Aman, Friedrich 518
Berg, Eugen 518
Bergengruen, Hermann 519
Bernewitz, Alexander 520
Bidder, Oskar 521
Bielenstein, Hans (Johannes) 522
Bosse, Heinrich 523
Bötticher, Bernhard von 524
Busch, Julius 525
Cleemann, Gustav 526
Cleemann, Olga, geb. Bernsdorff 526
Doebler, Erhard 527
Eckhardt, August 528
Frese, Eduard 529
Geist, Alfred 530
Gilbert, Wilhelm 531
Gross, Erwin 532
Grühn (Gruehn), Friedrich Albert 533
Grüner, Wilhelm 534
Hahn, Traugott 535
Hassmann (Hasmanis), Edgar 536
Hesse, Carl Immanuel 537
Hoffmann, Theodor 538
Jende, Adam 539
Kalweit, Martin K. 540
Kaspar, Wilhelm 541
Klot, Marion von 542
Marnitz, Karl Xaver von 542
Moltrecht, Karl 543
Mühlen, Harriet von zur 544
Paucker, Walter 544
Rosenberg, Peter 545
Rutkowski, Arnold 546
Rutkowski, Elisabeth Thekla Maria,
geb. von Bahder 547
Savary, Eberhard 547

Scheinpflug, Theodor August 548
Scheuermann, Eugen 549
Schilling, Carl Theophil 550
Schlau, Carl 551
Schlieps, Marie 552
Schwartz, Wilhelm 553
Strautmann, Christoph 555
Taube, Theodor 554
Taurit, Wilhelm 555
Treu, Ernst Fromhold 556
Treu, Paul Fromhold 557
Tschischko, Ludwig 558
Uhder, Konstantin 559
Wachtsmuth, Paul 560
Walter, Arthur 561
Willigerode, Paul 562
Wilpert, Ludwig von 563
Wuch(e)rer, Samuel 563
Wühner, Richard 563
Zimmermann, Katharina, geb von Roth 564
Zimmermann, Ludwig 565

Sowjetunion 1920–1990

Arnhold, Gustav A. 567
Aßmus(s), Waldemar 567
Bandzmer, Friedrich A. 568
Baschwitz, Alfred 568
Baumann, Michael und Lene 568
Baumbach, Heinrich J. 568
Behning, Liborius 569
Bergen, Bernhard 569
Bergmann, Johannes 570
Berner, Sergej 570
Bietsch, Josef 571
Birth, Gustav 571
Blumenbach, Hermann 571
Bodungen, Ferdinand von 572
Boese, Ernst 572
Bra(a)tz, Friedrich 572
Busch, Emil 573
Büttner, Alfred 573
Cholode(t)zky, Emil 573
Dauwolter, Georg 573
Deters, Erwin 574
Deutschmann, Friedrich 574
Dirks, Heinrich 574
Ditzel, Christian 575
Dürksen, Jakob 575
Ediger, Alexander 577
E(h)mich, Wilhelm 578
Eichhorn, Eduard 578
Eisel, Heinrich 578
Erbes, Johannes 579
Essipher, Ernst 579
Fahrenbruck, Friedrich 579
Fehler, Theodor 579
Ferber, Max 580
Fiechtner, Marie 581
Fischer, Andrej 581
Fischer, David 581
Fischer, Johannes 581
Frank, Wilhelm 582
Frasch, Johann 583
Friedrichson, Maria 583
Frischfeld Arnold 583
Fritzler, Jakob 584
Fuchs, Johann J. 584
Fuhrmann, Boris 585
Funke, Adolf 585
Galladschewa-Löbsack, Amalie 585
Gesswein, Samuel 586
Gettmann/Göttmann, Friedrich 586
Giess, Emilia von 586
Goebel, Richard 587
Göhring, Johann 587
Göhring, Richard 587
Grasmück, Johannes 588
Hamberg, Paul 588
Hamm, Martin 588
Hansen, Erna, geb. Spennemann 589
Hansen, Helmuth Fürchtgott 589
Hanson, Arthur 590
Harff, Otto 590
Hecker, Julius 591
Hein, Gerhard P. 591
Heine, Wilhlem (jun.) 592
Heptner, Bernhard 593

Heptner, Nathanael 593
Herle, Alexander 593
Hill, Konrad 594
Hoerschelmann, Ferdinand (sen.) 594
Hoerschelmann, Ferdinand (jun.) 595
Jundt, Johannes 595
Jürgens, Woldemar 596
Karpenko, Amalia 596
Kaufmann, David 596
Keil, Jakob 596
Kern, Jakob 597
Kluck, Arthur und Bertha, geb. Behning 597
Kludt, Simon 597
Koch, Albert 598
Koch, Gottlob 598
Kramer, Heinrich 598
Kraus, Jakob W. 598
Krentz, Karl 598
Kuchmann, Otto Johann 600
Langemann, Johann 600
Lese, Konrad 601
Löbsack, Heinrich Johannes 602
Löbsack, Heinrich Konrad 603
Lockenberg, Johannes 604
Lohrer, Wilhelm 604
Lorenzen, Jurij 606
Luft, Eduard 606
Maier/Mayer, Albert 606
Majer, Max 607
Mantler, Abram P. 607
Martens, Johann 607
Mayer, Richard 608
Meiser/Meser/Mößer, Christian 609
Merwart, Alexander 609
Merz, Friedrich 609
Miller, Wilhelm 610
Mittelstedt, Reinhold 610
Moderau, Nikolaus 610
Möllmann, Friedrich 611
Möllmann, Theophil 611
Motz, Jakob 611
Muss, Kurt 611
Neufeld, Paul K. 612
Neufeld, Peter 613
Nürnberg 613
Ostwald, Heinrich 613
Pahl, Ernest 614
Pätkau, David 614
Pätkau, Jakob 614
Peters, Frieda 616
Peters, Johann 617
Petker, Andreas (Andrej) 618
Pfeiffer, Emil 619
Pilch (Pilkh), Paul 620
Pineker, Ferdinand 621
Pineker, Wilhelm (sen.) 621
Pineker, Wilhelm (jun.) 621
Prieb, Alfred 621
Rath, Georg 621
Reichert, Paul 622
Reichwald, Woldemar 622
Reimer, Jakob K. 622
Remfert (Rempfert), Karl F. 623
Rempel, Jakob Aron 624
Reusch, Emil 626
Richter, Theophil 626
Rüger, Woldemar 627
Rusch, Eduard 627
Rusch, Konstantin 627
Rutz, Philipp 628
Schacht, Gottlieb 628
Schilling, Johann(es) 629
Schmidgall, Wilhelm R. 629
Schmidt, Waldemar 630
Schnackenburg, Otto 630
Schultz, Siegfried 630
Schulz 631
Schulz, Leo 631
Schwengler, Leo 631
Seib, Eduard 631
Seib, Woldmar 632
Semke, Christian 633
Sept, Robert 633
Seydlitz (Seidlitz), Johann 633
Siemens, Jakob Heinrich 633
Simon, Oktav 635
Sta(a)b, Konrad 635
Steinwand, Friedrich 635
Steinwand, Ludwig 636
Streck, Alexander (mit Familie) 636
Stroh, Johannes und Georg 636
Stroh, Theodor 637
Stürz (Vater und Sohn) 637
Summer, Christan 637

Suppers, Georg 637
Szitnik, Alfred 638
Tennikowa, Ida 638
Thorassjanz, Ossip 638
Töws, Aron Peter 639
Töws, Johann 640
Trippel, Nikolai 641
Trube, Friedrich (sen.) 641
Trzaska, Nikolai 642
Tyssen, Dietrich 642
Uhle, Gustav 642
Ulrich, Christian 643
Ulrich, Hermann 643
Unger 643
Unger, Peter 643
Vins (Wiens), Peter J. 644
Vogel, Karl 645
Vogel, Rudolf Konstantin 645
Wacker, Friedrich 646
Wagner, Christfried 647
Wagner, Rudolf 647
Wagner, Woldemar 648
Wenzel, Otto 648
Wiebe, Cornelius 648
Wiebe, Otto 649
Wiens, Jakob 650
Wins, Abraham und Heinrich 650
Winter, Jon 651
Witt, Gustav 651
Wohl, Samuel 651
Woitkiewicz, Ludwig 651
Wüßner, Eduardt 652
Zeis(s)ler, Andreas 652
Zimmer, Wilhelm 652

SBZ/DDR

Bolle, Friedrich 655
Brüsewitz, Oskar 655
Domaschk, Matthias 657
Ebel, Rudolf 658
Einsiedel, Horst von 660
Gnettner, Reinhard 661
Gürtler, Johannes 662
Hecker, Johannes 663
Hein, Erich 665
Ihmels, Werner 667
Koehler, Otto 668
Köhler, Charlotte, geb. Wasmuth 669
Köhler, Erwin 669
Lansemann, Robert 671
Lohmeyer, Ernst Johannes 672
Meißner, Werner 674
Michael, Wilhelm 676
Pickel, Georg 676
Pieper, Johannes 677
Samjeske, Helmut 677
Schleusener, Frank 679
Schulz, Wilhelm 680
Wandrei, Kurt 680
Wolf, Joachim 681

Östliches Mittel- und Südosteuropa

Graeser, Edmund 683
Hohloch, Johannes 685
Klein, Franz 685
Kund, Wilhelm 686
Lutsch, Adolf 686
Manchen, Michael 688
Mayerhöffer, Arpad Ernst 689
Popp, Philipp 689
Roth, Hans Otto 691
Schaffer, Michael 692
Thumes, Friedrich 693

Lateinamerika

Käsemann, Elisabeth 695
Kegler Krug, Marlene Katherine 696

III. Verzeichnisse

Literaturverzeichnis 701
Personenregister 749
Ortsregister 773
Konkordanz der Ortsnamen 791
Abkürzungsverzeichnis 803
Autoren und Mitglieder der Arbeitsgruppe 806

Danksagung 809

Nachwort 811

I. Systematischer Teil

Harald Schultze

Das Projekt „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts“ im ökumenischen Kontext

„Gedenkt an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben; *ihr Ende schaut an* und folgt ihrem Glauben nach.“[1] So fasst der Hebräerbrief den ausführlichen Rückblick auf die Glaubenstreue der Erzväter Israels, der Propheten und der Glaubenszeugen der Urgemeinde zusammen, um Wegweisung zu geben für Glaubenstreue und -festigkeit in der eigenen Gemeinde. Von manchen der Zeugen des Alten Bundes weiß er zu sagen: „Andere aber sind gemartert worden und haben die Freilassung nicht angenommen, damit sie die Auferstehung, die besser ist, erlangen.“[2] Die frühe Christenheit hatte es erfahren müssen, dass manche der Apostel und Lehrer den Märtyrertod hatten sterben müssen: von Petrus und Paulus, von Jakobus, dem Bruder Jesu, von Andreas und anderen wird das berichtet. Auf diesem Hintergrund hat das Wort „Ihr Ende schaut an“ besonderes Gewicht.

Im letzten Jahrhundert ist dort, wo der Blutzeugen der Christenheit gedacht wurde, oft an dieses Wort aus dem Hebräerbrief erinnert worden.[3] Auf die „Wolke der Zeugen“ war die Christenheit verwiesen worden mit der Mahnung, zu „laufen mit Geduld in dem Kampf, der uns bestimmt ist.“[4] Wer der Märtyrer der Christenheit gedenken will, reiht sich ein in die Tradition der Urgemeinde und der nachfolgenden Jahrhunderte.

Freilich: Das Gedenken der Märtyrer hatte in den protestantischen Kirchen des 19. Jahrhunderts keine aktuelle Bedeutung. Es war Gegenstand der Geschichtsbücher. Die Märtyrerschicksale der ersten drei Jahrhunderte wie die blutige Verfolgung der Hugenotten wurden dargestellt, Quellen wurden kritisch gesichtet und ediert. Diese Erinnerung hatte aber kaum einen öffentlichen, für Gesellschaft und Gemeinden relevanten Ort. Anders war das gewiss in der katholischen Tradition, wo die Altäre der Heiligen oft gerade deren Martyrien darstellten und damit auch in der Frömmigkeit des Einzelnen immer wieder vergegenwärtigt wurden.

Im 20. Jahrhundert aber hat es eine solche Unzahl von Martyrien gegeben, dass es zu einer bleibenden, im Grunde selbstverständlichen Aufgabe der Völker und der Kirchen geworden ist, dieser Märtyrer zu gedenken.

---

1 Hebräer 13,7.

2 Hebräer 11,35.

3 B. H. Forck: Glauben. – E. Bachmann: Ende.

4 Hebräer 12,1. Auf dies Wort bezieht sich das Thema des Kongresses der Societas Liturgica 2003, Studia Liturgica: The Cloud of Witnesses.

Papst Johannes Paul II. hat in seiner Enzyklika „Tertio millennio adveniente“ vom 10. November 1994 zur Vorbereitung auf das Jubeljahr 2000 das Gedenken an die Märtyrer ausdrücklich als eine ökumenische Verpflichtung benannt: „In unserem Jahrhundert sind die Märtyrer zurückgekehrt, häufig unbekannt, gleichsam als ‚unbekannte Soldaten‘ der großen Sache Gottes. Soweit als möglich dürfen ihre Zeugnisse in der Kirche nicht verloren gehen.“ Dabei betont er, dass „das Zeugnis für Christus bis hin zum Blutvergießen … zum gemeinsamen Erbe von Katholiken, Orthodoxen, Anglikanern und Protestanten geworden“ sei. Mit diesen Worten hat er einen Rahmen abgesteckt, den es zu füllen gilt.

Die Tatsache, dass Anglikaner und russisch-orthodoxe Christen, dass katholische Priester und Angehörige der Ordensgemeinschaften ebenso wie lutherische und reformierte Christinnen und Christen in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts umgebracht wurden, weil sie mit ihrem christlichen Zeugnis oder wegen ihres Widerstandshandelns als Feinde der Systeme betrachtet wurden, stiftet eine Gemeinsamkeit des Gedenkens, wie sie in früheren Jahrhunderten nicht möglich war. Zeugnisse aus den Konzentrationslagern oder aus den Zwangsarbeitslagern der Sowjetunion erzählen davon, wie das Leiden unter der Brutalität der Bewacher Menschen zueinander finden ließ, die vorher nicht daran gedacht hätten, miteinander zu beten und auf die Worte der Bibel zu hören.

Wer jedoch an die Erfahrungswelt der Gefängnisse, der Konzentrationslager und der Zwangsarbeitslager erinnert, wird zugleich den Blick öffnen für die anderen: Kommunisten, Humanisten und Sozialisten sind ebenso von den Nationalsozialisten verfolgt worden. Das gemeinsame Los brachte auch eine Gemeinschaft über die Grenzen von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit hinweg. Die antifaschistische Erinnerungskultur hat den Märtyrerbegriff für die eigenen Genossen selbstverständlich benutzt. Die Heroisierung jener kommunistischen und sozialistischen Widerstandskämpfer ist noch ablesbar in den monumentalen Gestaltungen der Gedenkstätten von Buchenwald und Ravensbrück. Was ein Martyrium genannt, wer als Märtyrer bezeichnet und verehrt wird, ist also nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche oder einer politischen Partei abhängig.

Im 20. Jahrhundert wird damit die Bezeichnung *Märtyrer* für Menschen gebraucht, die als Repräsentanten einer (feindlichen) Partei wegen ihrer Überzeugung bzw. wegen ihres Widerstandes gegen das herrschende System verfolgt, inhaftiert und schließlich umgebracht wurden. Gleichermaßen werden diejenigen als Märtyrer bezeichnet, deren Gesundheit durch Gewaltmaßnahmen so zerrüttet wurde, dass sie in unmittelbarer Folge dieser Gewalt starben.

Durch die Gewaltstrukturen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben sich auch die Formen des Martyriums verändert. Als 1523 auf dem Marktplatz von Brüssel die beiden Augustiner-Eremiten Heinrich Voes und Johannes von Esch, die sich zu Luthers Lehre bekannten, verbrannt wurden, war dieser Vorgang öffentlich, in seiner Motivation von beiden Seiten her klar durchschaubar. Die Verfolger töteten die Mönche *wegen* ihrer Predigt; die Getöteten hatten sich geweigert, ihrer Lehre abzuschwören und starben also wegen ihres Glaubens. Anders ist

dagegen der hundertfache, tausendfache Tod bei den Kampfhandlungen des Sowjetregimes gegen Bischöfe, Priester und Mönche der Russischen Orthodoxen Kirche. Das war ein Töten eher in den Formen eines Bürgerkriegs. Vielfach ist das Todesschicksal des Einzelnen nicht mehr nachweisbar: Er ist verschollen; ob er durch Hunger oder Krankheit, durch Gewaltakte der Wachmannschaften, durch Erschießen umgekommen ist, weiß niemand mehr. Das Martyrium ist in vielen Fällen anonym geworden.

Angesichts dieser Situationen scheint der Begriff des Martyriums überhaupt undeutlich zu werden. Wird er darüber unbrauchbar? Nötig bleibt in jedem Fall, die unterschiedlichen Profile des Märtyrerbegriffs und die jeweiligen Formen des Umgangs mit ihm in den verschiedenen Kirchen im Auge zu behalten.

1. Martyrien im Kontext verschiedenster religiöser und politischer Identität

Ein Märtyrer wird wegen seiner Überzeugung verfolgt und umgebracht. Er ist Zeuge für eine Sache, die ihn so stark, so innerlich bindet, dass er eher das Martyrium auf sich nimmt, als dieser Sache, dieser Überzeugung abzusagen. Auch wenn der Begriff aus der Verfolgungszeit der Christengemeinde im Römischen Reich stammt, ist er doch heute ganz allgemein zur Bezeichnung für Menschen eines entsprechenden Schicksals geworden. Die Bezeichnung „Märtyrer" kann nicht reserviert werden für Christen und Christinnen. Kommunisten sind als Widerstandskämpfer für ihre Überzeugung in den Tod gegangen. Um Pazifist zu sein, den Wehrdienst zu verweigern und darum dann hingerichtet zu werden, musste man nicht zu den Zeugen Jehovas oder einer der Kirchen gehören.

Es muss hier nicht darauf abgehoben werden, dass sich auch die Umgangssprache des Terminus' bemächtigt hat und einen als Märtyrer bezeichnet, der sich erfolglos für eine Sache eingesetzt hat und möglicherweise deshalb zum verspotteten Außenseiter geworden ist.

Spannungsvoller ist dagegen die Verwendung des Märtyrerbegriffs für die Legitimation des Dschihad, des Heiligen Kriegs im Islam. Verdienen jene Selbstmordattentäter, die sich selbst in die Luft sprengen, um Feinde zu töten, dieses Prädikat? In der gegenwärtigen arabischen Publizistik werden die Gotteskrieger, die auf diese Weise freiwillig in den Tod gehen, stets als Märtyrer bezeichnet.[5] Das bringt eine grundlegend andere Dimension in den Sprachgebrauch: Vergleichspunkt bleibt der Tod aus der unbedingten Überzeugungstreue; statt des Erleidens steht aber beim Selbstmordattentäter der kriegerische Erfolg im Vordergrund: Der eigene Tod ist Mittel, um andere Menschen – die Feinde – zu töten. Das ist mit dem Märtyrerbegriff der christlichen Tradition nicht vereinbar.

5 H. Maier: Märtyrer, S. 102.

Näher liegt dagegen der Tod als Folge des konsequenten Einsatzes im politischen Widerstand gegen ein als verbrecherisch bewertetes Regime. Zeugnisse von Widerstandskämpfern aus allen Nationen sind gesammelt worden.[6] In seinem Vorwort zu einem solchen Sammelband greift Thomas Mann 1954 den religiösen Begriff des Märtyrertums ausdrücklich auf, wandelt ihn jedoch in ein humanistisches Bekenntnis um: „Denn wo Liebe, Glaube und Hoffnung sind, da ist doch wohl Religion. [...] An die Zukunft glauben sie alle, diese Sterbenden; sie können nicht anders als glauben, dass ihr Opfertod die Zukunft segensreich befruchten muss, dass sie dafür so jung ins Grab sinken." Und er fährt fort: „Noch keine Idee, für die reinen Herzens gekämpft, gelitten, gestorben wurde, ist zugrunde gegangen. Noch jede ist verwirklicht worden – und trug dann alle Makel der Wirklichkeit; aber Leben gewann sie."[7]

Die Bezeichnung „Märtyrer" ist ein Ehrentitel. So, wie die Christenheit der Märtyrer gedacht hat, wie sie in der katholischen Tradition als Heilige auch zu Fürsprechern für die Lebenden geworden sind, werden sie in der profanen Tradition als Helden geehrt. Es ist nicht verwunderlich, dass z.B. auch der Nationalsozialismus die „Gefallenen der Bewegung" in nachdrücklicher Übernahme hagiographischer Formeln rühmt.[8]

Es ist also kein Privileg der Christenheit, ihrer Märtyrer zu gedenken. Sie würde sich aber schuldig machen, würde sie nicht derer gedenken, die wegen ihres Glaubens den Tod erlitten haben.

2. Der Kontext der Erinnerungskultur an der Schwelle des Jahrtausends

Das Gedenken an die Märtyrer der evangelischen Kirchen im 20. Jahrhundert steht im Kontext der Erinnerungskultur der Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Nationen, die die Kriege von 1870/71 und von 1914/1918 geführt hatten, haben verschiedene Formen des Gedenkens an die Gefallenen geschaffen. Frankreich war mit der Widmung des Invalidendoms in

6 P. Malvezzi/G. Pirelli: Flamme.

7 Ebd., S. 12 f.

8 Die Adaption des Märtyrer-Etiketts durch den Nationalsozialismus erläutert F. Rickers: Orientieren statt idealisieren, S. 208–210. Die am 9. November 1923 erschossenen NSDAP-Putschisten werden von Hitler in „Mein Kampf" als Märtyrer gerühmt. Baldur von Schirach dichtete:

Dem Gedächtnis der Gefallenen der Bewegung

Er liegt zerschmettert auf den Steinen
und war doch eben noch wie wir...
Uns will die Sonne nicht mehr scheinen
und fassungslos ist unser Weinen,
als läge die letzte Hoffnung hier.

Herr, dunkel sind uns Deine Bahnen:
Das war ein braver Kamerad.
Nun flattert Flor um unsre Fahnen,
er aber steht bei seinen Ahnen,
ein tapfrer Träger großer Tat.

Wir sind dem Toten fest geschworen,
mit ihm ein Wille und ein Sinn.
Und haben wir ihn auch verloren,
dem Vaterland bleibt er geboren
und spricht im Grabe noch: ich bin.

Aus: Baldur von Schirach, Die Fahne der Verfolgten. Zitiert nach: Evangelium im Dritten Reich. Kirchenzeitung für Christentum und Volkstum 4. Jg. 10.11.1935. – Es ist fatal, dass dies Gedicht auf der Titelseite einer evangelischen Wochenzeitung steht, in der ein eigener Artikel – unauffälliger! – des Todes von Martin Niehus (s. Biogramm S. 377 f.) gedenkt.

Paris, Deutschland mit der Errichtung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig vorausgegangen. Nach dem Ersten Weltkrieg waren auf den großen Soldatenfriedhöfen, wie z.B. in Verdun, monumentale Denkmäler errichtet worden. Subjekt der Erinnerung war die Nation. Christliche Symbole oder die Form einer Kapelle wurden eher zu marginalen Zeichen. Es waren nicht die Opfer des Glaubens, sondern die Söhne der Nation, die jetzt als Helden verehrt wurden. Märtyrergedenken hatte eine säkularisierte Form gefunden.

Damit war ein Rahmen gefunden, der nach dem Zweiten Weltkrieg noch bedeutsamer wurde. Einerseits galt es auch hier, das Andenken an die gefallenen Soldaten zu ehren, indem ihre Gräber nicht unter die Bedingungen von Liegefristen privater Gräberfürsorge auf den kommunalen Friedhöfen gestellt wurden. In dieser Verpflichtung, Soldatengräber unversehrt zu bewahren, zeigt sich ein faktisch religiöser Zug des Totengedenkens. In Washington ist das Monument der Gefallenen des Vietnamkriegs errichtet worden – Ausdruck eines wohl nunmehr ambivalenten Gedenkens an die tapferen Soldaten – und an die Opfer eines inzwischen als ungerecht erkannten Krieges.

Parallel dazu entwickelte sich die Gestaltung von Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus. Die Überreste der Konzentrationslager sind der Erinnerung an die Menschen aus den verschiedensten Nationen, die hier umgebracht wurden, gewidmet. Auch hier greift die Gestaltung vielfach auf Motive sakraler Plastik und Raumgestaltung zurück. Kirchen haben Stätten des Gebets, der Andacht daneben errichtet – ohne den Anspruch erheben zu wollen, Repräsentanten aller Opfer zu sein. Sind hier doch Menschen verschiedenster Weltanschauungen und Religionen umgekommen.

In unverwechselbar eigener Funktion sind in den letzten Jahrzehnten an verschiedenen Orten, zuletzt in Berlin, Erinnerungsstätten an die millionenfache Ermordung von Juden durch den Nationalsozialismus geschaffen worden. Das Gedenken des Holocausts durfte und konnte nicht eingeebnet werden in das allgemeine Gedenken der Kriegsopfer.

Es bestimmt das Bewusstsein der Völker auch noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts, dass Diktaturen und Völkerverhetzung im 20. Jahrhundert millionenfachen Tod gebracht haben. In welcher Weise ordnet sich solcher Erinnerungskultur das christliche Gedenken an Märtyrer zu?

3. Was bedeutet der ökumenische Kontext der Martyrien?

3.1. Eigenprofil der Kirchen: Katholische Martyrologie

Die katholische Kirche hat durch die Jahrhunderte hindurch kontinuierlich der Märtyrer gedacht. Sofern ein Märtyrer heilig gesprochen wurde, ist sein Todestag zugleich der Gedenktag geworden: Der Tod ist für den Heiligen zugleich der Tag der Aufnahme in Gottes Reich. Die Kirche betet im Gedenken an sein Leiden und ruft ihn zugleich zur Fürbitte an. Es ist konsequent, dass für die Kanonisierung eines Märtyrers zum Heiligen ein strenges Prüfungsver-

fahren eingerichtet wurde. Papst Benedikt XIV. hat die Kriterien für die kirchliche Anerkennung eines Märtyrers formuliert. Sie sind bis heute Maßstab für das katholische Martyrologium.[9]

Grundsätzlich hat die katholische Kirche damit das Erbe der Alten Kirche bewahrt. Über den Gräbern der Märtyrer wurden Kirchen errichtet. Ihre Reliquien wurden in die Altäre eingemauert – oder, wo es sich um Partikeln handelte, in Reliquiarien aufbewahrt und am Gedenktag des Heiligen verehrt. Dies ist ein Akt der *repraesentatio*, der Vergegenwärtigung im eigentlichen Sinn.

Die katholische Kirche hat im 20. Jahrhundert die Zuordnung und Bewertung von Märtyrerschicksalen gegenüber der altkirchlichen Praxis jedoch ausgeweitet. Charakteristisches Beispiel dafür ist die Heiligsprechung des polnischen Paters Maximilian Kolbe. Während die vatikanische Kommission eigentlich von der Heiligsprechung absehen wollte, weil Kolbe sich freiwillig in die Todesgefahr begeben habe, hat Papst Johannes Paul II. interveniert und die Heiligsprechung angeordnet: Kolbe hatte sich in Auschwitz stellvertretend für einen Familienvater in die Gruppe der Todeskandidaten eingereiht. Sein Selbstopfer zu Gunsten des anderen ist damit als Martyrium anerkannt.[10] Eine Erweiterung der bisherigen Anerkennungspraxis bedeutet es auch, dass der Tod eines Inhaftierten, der an den Folgen von Folter und Haftbedingungen verstarb, als Martyrium anerkannt wird.[11] Vergleichbar ist ebenfalls die Debatte um die Heiligsprechung von Edith Stein: Nicht weil sie Nonne war, wurde sie getötet, sondern aufgrund ihrer ethnischen Herkunft. Trotzdem wurde sie heilig gesprochen, weil sie ihren Leidensweg selbst als Nachfolge der Passion Christi verstanden und durchbetet hat.

Helmut Moll hat ausdrücklich die *Reinheitsmartyrien* in sein Martyrologium aufgenommen. Er beruft sich dabei auf die antike Überlieferung von Martyrien von Jungfrauen, die sich der Begehrlichkeit heidnischer Männer verweigerten und darum getötet wurden (Katharina, Agatha, Cäcilie u. a.). Diesen Beispielen ordnet er Todesopfer von Vergewaltigungen zu, wie sie vielfach, insbesondere während der Kriegsereignisse 1945 geschehen sind.[12] Andrea Riccardi, der Initiator der Gemeinschaft Sant' Egidio, setzt sich dafür ein, noch weitere Gruppen in das Märtyrer-Gedenken einzubeziehen: die *Märtyrer der Gerechtigkeit* und der *Nächstenliebe*.[13]

Erfahrungen insbesondere aus Lateinamerika führten zu der Überlegung, dass doch auch jene Männer und Frauen als Märtyrer wahrgenommen werden müssten, die umgebracht wur-

9 Das monumentale Werk der deutschen katholischen Kirche, hrsg. von H. Moll: Zeugen für Christus, ist 2006 schon in 4. Auflage erschienen.

10 Nach G. Voss: Gedächtnis, S. 33.

11 G. Voss weist auf das Sterben des selig gesprochenen Märtyrers Dompropst Bernhard Lichtenberg hin. (Ebd., S. 32)

12 Auf Grund dieser Entscheidung kann dann sogar die Tötung des elfjährigen katholischen Mädchens Brigitta Irrgang in Loitz/Krs. Demmin 1954 als Martyrium gewertet werden, obwohl es sich in diesem Fall offenbar um ein Sexualverbrechen ohne irgendeinen religionsfeindlichen Hintergrund handelt. H. Moll: „Selig, die ein reines Herz haben" (Mt 5,8).

13 A. Riccardi: Salz der Erde, S. 437–453.

den, weil sie gegen Gewalt und Unterdrückung gekämpft haben, weil sie sich eingesetzt haben an der Seite der Ärmsten für eine gerechtere Gesellschaft. Die Befreiungstheologie hat sich ausdrücklich für einen solch offenen Sprachgebrauch eingesetzt. Leonardo Boff schreibt:

„Deshalb sind all diejenigen, die für die Wahrheit, Gerechtigkeit und den Frieden ihr Blut vergossen haben, unabhängig von den ideologischen Vorzeichen, unter denen das geschah, wahre Märtyrer im vollen Sinne des Wortes [...] Sie sind zwar keine Märtyrer für den christlichen Glauben [...] aber sie sind Märtyrer für das Reich Gottes, Märtyrer für jene Sache, die auch die Sache des Sohnes Gottes war, als er unter uns weilte."[14]

Riccardi geht noch weiter, indem er auch Ordens- und Krankenschwestern als Märtyrerinnen bezeichnet, die sich während ihres Pflegedienstes an einer Seuche angesteckt haben und dieser zum Opfer gefallen sind. Es ist deutlich, dass Riccardi damit weit über das hinausgeht, was in der katholischen Tradition als Kriterium des Martyriums anerkannt werden konnte und kann. Denn solche Schicksale hat es auch früher zu Hunderten und Tausenden gegeben: Männer und Frauen, auch Seelsorger, die in Zeiten der Pest, der Cholera und anderer Seuchen den Kranken Beistand leisteten, selbst von der Krankheit erfasst wurden und starben. Dieses Sterben ist bisher nicht den Martyrien zugerechnet worden. Riccardi hat daher auch Widerspruch erfahren.[15]

Wie sich die Meinungsbildung innerhalb der katholischen Kirche weiterentwickeln wird, ist nicht absehbar. In unserem Zusammenhang ist jedoch bedeutsam, dass die strenge Begrenzung auf die Kriterien von Benedikt XIV. angesichts der Glaubenserfahrungen gerade in der katholischen Christenheit des 20. Jahrhunderts nicht durchzuhalten sein wird.

3.2 Orthodoxe Neomärtyrer

Mit dem Ende der Sowjetunion ist in der Russischen Orthodoxen Kirche eine große Bewegung entstanden, der Opfer der grausamen Verfolgungen seit der Revolution 1917 zu gedenken. Bereits 1988, zur 1000-Jahr-Feier des Moskauer Patriarchats, wurde damit begonnen, einzelne Märtyrer heilig zu sprechen. Auf mehren Bischofssynoden der folgenden Jahre wurde intensiv um die Frage gerungen, nach welchen Kriterien das Martyrium einzelner Männer und Frauen eine solche Würdigung verdiente.[16] Die Auswahl derer, die heilig zu sprechen waren, fiel schwer. Das ist nicht nur durch die große Zahl der Opfer bedingt. Angesichts der schweren Leidensgeschichte der Russischen Kirche musste abgewogen werden, inwieweit auch Bischöfe, die sich zeitweise dem kommunistischen Regime gebeugt hatten, dann aber doch hingerichtet worden waren, aufzunehmen seien. Die Kirche hatte sich in den 20er und 30er Jahren

14 Leonardo Boff in Conc 19, 1983, S. 180, zitiert nach E. Christen: Martyrium III/2, S. 217.

15 U. a. Rez. von Helmut Moll in: Divinitas. Rivista internationale di ricerca e di critica teologica, XLIV, 2001, S. 179–188.

16 Vgl. dazu die ausführliche Darlegung dieser Entwicklung bei V. Ivanov: Heiligsprechung, passim.

diesbezüglich gespalten. Streitpunkt war, ob und inwieweit man die Kanonisierung von der ursprünglichen kirchenpolitischen Haltung des Getöteten abhängig machen dürfe.

Wie stark in diese Debatte auch politische Prägungen hineinspielten, zeigte der Streit darüber, ob auch die Familie des Zaren Nikolaus II., die von den Revolutionären umgebracht worden war, heilig gesprochen werden solle.[17] Als die Heiligsprechung der Zarenfamilie beschlossen wurde, betonte man ausdrücklich, dass dies keine politische Rehabilitierung sei, sondern die Würdigung des in großer christlicher Geduld ertragenen Leidens.

Die Russische Orthodoxe Kirche hat heute eine größere Zahl von heilig gesprochenen Neomärtyrern, als sie bis dahin Heilige verehrt hatte. Im ökumenischen Kontext ist dieser Prozess insofern von besonderer Bedeutung, als sich auch in dieser Kirche ein Wandel des Märtyrerverständnisses durchgesetzt hat: Es wird nicht mehr nach Wundern gefragt, die der heilige Märtyrer vollbracht habe, sondern eben nach seinem Glauben und dem Leiden, das im Vertrauen auf Jesus Christus hingenommen wurde.

3.3 Defizite ökumenischer Verständigung: die Opfer konfessioneller Kämpfe

Ökumenisches Gedenken der Märtyrer darf nicht verschweigen, dass Christinnen und Christen von Christen umgebracht wurden. Häretiker sind blutig verfolgt worden. Die großen Verfolgungen der Katharer, der Albigenser, der Waldenser erfolgten im Namen der Kirche. Sind jene „Ketzer" nicht auch Märtyrer? Wie wird ihrer gedacht?[18]

Ein neues Kapitel solcher Verfolgungen brachte die Reformation mit sich: Taufgesinnte wurden hingerichtet. Selbst Calvin hat die Hinrichtung des Antitrinitariers Michael Servet gefordert, Melanchthon hat ihr zugestimmt. In Frankreich wurden die Hugenotten verfolgt, in der Bartholomäusnacht blutig niedergemetzelt. Der Dreißigjährige Krieg ist auch als Konfessionskrieg geführt worden. Wie steht es um die Opfer der Gegenreformation in Böhmen und den habsburgischen Erblanden? Es gibt bisher keine Verständigung zwischen den Kirchen über diese Belastungen durch Gewalt und Unterdrückung.

Können die Kirchen, gerade wenn sie ihrer eigenen Märtyrer gedenken, auch der Märtyrer der anderen, ehemals verfeindeten Kirchen mit gedenken? Wenn ja, müssten sie sich dabei auch der eigenen historischen Schuld bewusst werden – einer Schuld, die ihre Wurzel im rigorosen Wahrheitsanspruch des eigenen Glaubens hatte. Im Selbstbehauptungskampf der gegeneinander stehenden Kirchen wurde oft nicht akzeptiert, dass auch die jeweils Verfolgten Kinder Gottes, Geschwister in der *familia Dei* waren.

17 Vgl. unten das Kapitel von G. Stricker: Evangelische Deutsche.

18 Nachdrücklich verweist auf diese Problematik E. Christen: Martyrium, S. 218 f. unter dem Stichwort der „christlichen Aggressivität". Über die Benennung jener Vorgänge bei gewaltsamer Missionierung, der Verfolgung von Häretikern und der Inquisition hinaus kommt er zu der Wertung: „Ist gemäß der Märtyrertheologie das vom Glaubenden ‚erlittene Martyrium' ein Zeugnis *für* den christlichen Glauben, so ist umgekehrt das von Glaubenden ‚verursachte Martyrium' ein Argument gegen den Glauben."

Die historische Aufarbeitung muss diese Fragen stellen. Die geistliche Antwort ist Sache der Kirchen. Sie erfordert eine Bereitschaft zur Buße, die nicht auf verbale Erklärungen beschränkt bleiben kann. Jedoch handelt es sich hier um die Rückschau auf die Geschichte des konfessionellen Zeitalters, der mittelalterlichen Kirche, ja sogar der Alten Kirche. Im Zeitalter der Diktaturen des 20. Jahrhunderts kam es nur in Ausnahmefällen, wenn nationale oder ethnische Feindschaften im Vordergrund standen, zu ähnlichen Vorgängen.[19]

4. Ein evangelisches Märtyrergedenkbuch im ökumenischen Kontext

Ein Einzelvorgang zeigt, wie nahe liegend es ist, der Märtyrer in ökumenischer Gemeinschaft zu gedenken: Gegenwärtig läuft der Seligsprechungsprozess für die Lübecker Märtyrer von 1943. Es handelt sich um die katholischen Priester Johannes Prassek, Eduard Müller und Hermann Lange. Sie wurden 1943 gemeinsam mit dem lutherischen Lübecker Pfarrer Karl Friedrich Stellbrink hingerichtet. Wenn die Römisch-katholische Kirche ihre drei Priester selig sprechen sollte, ergibt sich notwendig die Frage, wie die evangelische Kirche das Martyrium von Karl Friedrich Stellbrink benennen und würdigen will.[20] Die Pfarrer waren miteinander befreundet, hatten politische Nachrichten ausgetauscht, sich über ihre Verkündigung verständigt und wurden gemeinsam verurteilt und enthauptet.

Es wird keine evangelische Seligsprechung für Karl Friedrich Stellbrink geben. Und doch ist es ein Vorgang von exemplarischer Bedeutung. Das Gedenken der Märtyrer verbindet die katholischen und evangelischen Gemeinden. Ein Symbol solcher Verbundenheit ist die Ikone der Neuen Märtyrer des 20. Jahrhunderts, die in der Kirche San Bartolomeo auf der Tiberinsel in Rom durch die Gemeinschaft von Sant' Egidio aufgestellt wurde. Auf dieser Ikone sind über 150 Märtyrer aus allen Kontinenten und Konfessionen dargestellt; in der Mitte ist der Prediger von Buchenwald Paul Schneider zu sehen, wie er aus dem Zellenfenster von Buchenwald heraus Christus als das Licht der Welt bezeugt. Ein evangelischer Pfarrer im Mittelpunkt dieses katholischen Altars! In diesem Kontext[21] steht also der hier vorliegende Versuch, ein Gedenkbuch der evangelischen Märtyrer des 20. Jahrhunderts zu schaffen.

Die Gedenkbücher von Oskar Schabert, Bernhard Forck, Werner Oehme, Björn Mensing und Heinrich Rathke haben durch Jahrzehnte hindurch Erinnerung wach gehalten. Ent-

19 Lukas Vischer hat in einem wegweisenden Vortrag „Propheten und Märtyrer im Gedächtnis der Kirche. Zur ökumenischen Bedeutung von Märtyrern und Heiligen" auf einer Tagung der Gemeinschaft von Kloster Bose/Norditalien (12.–15.3.2004) diese Fragen formuliert. In: ÖR 55. Jg. 2006, S. 306–340.

20 Zu diesem Problem wurde von Wilm Sanders ein Kurzreferat beim Kongress der Societas Liturgica 2003 in Eindhoven gehalten: „Ökumenisches Märtyrergedenken in Hamburg und Lübeck".

21 Wie notwendig es ist, über die Grenzen der eigenen Konfession hinaus zu denken, belegt z. B. die sehr gründliche Studie von L. Weckel: Um des Lebens willen. Dort heißt es: „Damit ist Kirche als die Gemeinschaft der Glaubenden und Hoffenden auf dem Weg des Gottesreiches aber auch nie Selbstzweck, den es zu verteidigen gilt. Die Märtyrer sind nicht daran zu messen, ob sie die Kirche oder eine bestimmte

standen aus dem Schrecken der Verfolgungen im Baltikum 1919/1920 und der Blutspur des Nationalsozialismus dokumentieren sie die Martyrien deutscher Christinnen und Christen. In besonderer Weise hat sich dankenswerterweise Heinrich Rathke um das Gedenken an die deutschsprachigen evangelischen Christen aus dem Herrschaftsbereich der Sowjetunion verdient gemacht.[22]

Als nun die Evangelische Kirche in Deutschland den Wunsch äußerte, ein umfassenderes Gedenkbuch zu erarbeiten, hat die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte sich mit einem Aufruf an alle deutschen Landeskirchen, an die kirchlichen Archive und die Vereine für Kirchengeschichte gewandt, um nach weiteren Martyriumsschicksalen zu forschen. Es zeigte sich dabei, dass etliche Todesschicksale bislang nur im lokalen Umkreis bekannt gewesen sind. Sie sollten berücksichtigt werden.

Es entspricht der deutschen kirchlichen Tradition, der Verbindung mit den deutschsprachigen Gemeinden in anderen europäischen Staaten Rechnung zu tragen. Für deutschsprachige Lutheraner und Baptisten, die im Herrschaftsbereich der Sowjetunion gelebt haben, gibt es kein Martyrologium.

Entsprechendes gilt von deutschsprachigen evangelischen Christen im östlichen Mitteleuropa und in den Balkanländern. Sie sollen daher hier mit aufgenommen werden.

Es gibt keine unstrittige evangelische Definition des Märtyrerbegriffs. Es kann sogar von einer Scheu des heutigen Protestantismus gesprochen werden, den Märtyrerbegriff zu verwenden. Das hat einerseits kontroverstheologische Gründe. In evangelischen Gemeinden wird nicht zu den Märtyrern als den Heiligen gebetet. Andererseits spielt aber auch hermeneutische Skepsis eine Rolle: Man befürchtet die Beschönigung, ja Verklärung einer Heldenbiographie. Die Inanspruchnahme des Märtyrertitels im profanen und politischen Raum macht die Zurückhaltung der evangelischen Gemeinden eher noch größer. Wer darf wirklich als Märtyrer bezeichnet werden? Wird hier nicht ein Ehrentitel vergeben, der historisch-kritischen Rückfragen kaum standhält?

Unter Beachtung solcher Verunsicherung und in verantwortlichem Reflektieren ist es aber doch sachlich richtig, den Märtyrerbegriff aufzunehmen. Es soll versucht werden, die diesem Buch zu Grunde liegenden Überlegungen zu umschreiben. Bei der gründlichen historischen Arbeit der letzten Jahre erwies es sich als tragfähig, in enger Bindung an die kirchliche Tradition und in Aufnahme der ökumenischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte von folgender Grundposition auszugehen:

Konfession verteidigt haben, sondern ob sie dem Weg des Gottesreiches, der der Weg der Kirche ist, und dem Widerstand gegen die Herrschaft der Sünde und des Todes gedient haben und dafür gekämpft haben, damit die Wirklichkeit zur frohen Botschaft für die Armen wird. [...] Die Märtyrerinnen sind damit ökumenisch, denn sie durchbrechen die konfessionellen Grenzen, selbst die Grenzen zwischen Christen und Nichtchristen." (S. 293)

22 Siehe dazu in diesem Buch die ausführliche Darstellung von A. Kurschat.

– *Als Märtyrer sind diejenigen zu bezeichnen, die wegen ihres christlichen Glaubenszeugnisses, wegen ihrer kirchlichen Funktion oder wegen ihres christlich motivierten Widerstands gegen politisches Unrecht den Tod erlitten haben.*
  Diese Umschreibung ist insofern offener als die klassische Definition von Papst Benedikt XIV., da bei etlichen Martyrien des 20. Jahrhunderts nicht einfach das Glaubensbekenntnis der Grund für die Tötung war. Oft genug geht es um das ethisch verantwortliche Handeln – z. B. auch da, wo sich einer schützend vor andere Opfer von Gewaltmaßnahmen gestellt hat und darum umgebracht wurde. Immer aber wird danach gefragt, ob sich Zeugnisse für die christliche Prägung eines Menschen oder auch unmittelbare Zeugnisse seiner Frömmigkeit nachweisen lassen. Je totalitärer aber die Verfolgungen waren (z. B. bei den Verschleppungen in der Zeit Stalins), desto schwerer sind persönliche Dokumente noch zu ermitteln.
– *Als Märtyrer sind auch diejenigen zu bezeichnen, die durch die Einwirkungen von Haft oder Folter so geschädigt wurden, dass sie in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Maßnahmen starben.*
– *Nach evangelischen Christinnen und Christen fragen wir im Sinne der Zugehörigkeit zu den Landeskirchen oder zu den anderen evangelischen Kirchengemeinschaften, die in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen vertreten sind.*
  Deshalb werden z. B. die Opfer aus den Reihen der Zeugen Jehovas nicht berücksichtigt.

Bei diesen Festlegungen handelt es sich um einen Kernbestand.[23] Sie tragen den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts Rechnung, indem sie auf kollektive Verfolgungen der Diktaturen Bezug nehmen, aber auch die Taten des christlich-politischen Widerstands einbeziehen. Die befreiungstheologische Ausweitung des Märtyrerverständnisses wird aber nicht übernommen, insofern grundsätzlich nach der Person des Märtyrers und seinen Glaubensmotiven gefragt wird – nicht umgekehrt von der Tat her auf das Zeichen für das Reich Gottes geschlossen wird. Das Engagement für die Armen und für die Gerechtigkeit verbindet Christen mit Kommunisten, Sozialisten und Humanisten. Jene aber sollen nicht durch das Etikett des Martyriums für die Zugehörigkeit zu Jesus Christus und seiner Gemeinde vereinnahmt werden.

Historiker weisen mit Recht immer wieder darauf hin, dass in zahlreichen Fällen der Grund des Todesschicksals nicht eindeutig konstatiert werden kann. Wie weit die Haltung eines Hingerichteten ihre Wurzel in der christlichen Herkunft und Bindung hat, ist oft genug schwer zu ermitteln. Häufig spielen für die Verfolger zugleich mehrere Faktoren – z. B. politisch-nationale, ethnische oder rassische Motive – eine Rolle. Es war daher unsere Aufgabe, sorgsam die Kriterien durchzuprüfen, nach denen die Auswahl im vorliegenden Buch zu treffen war. Es zeigen sich auch Grenzbereiche, in denen die Entscheidung über die Zuordnung sehr schwierig ist. Dar-

23 Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte hat es nicht als ihre Aufgabe angesehen, in dieses Gedenkbuch auch diejenigen Deutschen aufzunehmen, die in den außereuropäischen Ländern im Auftrag von Missionsgesellschaften Dienst getan haben und dabei ums Leben gekommen sind. Es wäre sachgerecht, eine solche Zusammenstellung zu erarbeiten, hätte aber unsere Arbeitskapazität überfordert.

über wird unten in einem eigenen Kapitel Rechenschaft (vgl. S. 33) gegeben. Es soll durchschaubar gemacht werden, unter welchen Gesichtspunkten hier Martyrien dokumentiert werden.

Häufig waren wir damit konfrontiert, dass die Vorgänge um den Tod des Betroffenen nicht mehr zureichend aufzuklären sind; es musste daher abgewogen werden, ob der Name aufzunehmen sei oder nicht. Es fehlen daher einige Namen, die in anderen Büchern – vielleicht auch als Leidenszeugen – verzeichnet sind. Wo trotz einer vagen Überlieferung der Name aufgenommen wurde, ist dies zumeist begründet worden. Insbesondere für die Todesschicksale in den stalinistischen Verfolgungen und in den Zwangsarbeitslagern ist die Quellenlage oft genug unsicher. Heinrich Rathke hatte bereits darauf hingewiesen, dass vielfach einzelne Namen für ganze Gruppen stehen müssen. Namen von Pastoren sind häufig eher bezeugt als die von Gemeindeältesten, Küstern und Kirchendienerinnen.

Es entspricht dem evangelischen Kirchenverständnis, dass es keinen geistlich relevanten Unterschied zwischen Pfarrern und Laien gibt. Märtyrerinnen und Märtyrer, die keine kirchliche Funktion innehatten, werden also gleichrangig gewürdigt. Das muss, angesichts des faktischen Übergewichts von Amtsträgern in unserer Namensliste, ausdrücklich unterstrichen werden.

Dieses Gedenkbuch muss zwangsläufig unvollständig bleiben. Es hat mehr Martyrien gegeben als hier dokumentiert werden konnten. Unser Anliegen ist es aber, so weit dies möglich war, erkennbar werden zu lassen, welch große Zahl von Menschen ihren Glauben und ihre Verantwortung für die Menschlichkeit gegenüber den Gewaltregimen des 20. Jahrhunderts bis zum bitteren Tod durchgehalten hat. Wenn man sich auf exemplarische Einzelschicksale beschränkte, ergäbe sich womöglich, dass diese Einzelnen als die wahren Heiligen angesehen würden – im Unterschied zu anderen.

Dieses Gedenkbuch ist kein Katalog evangelischer Heiliger. Die evangelischen Kirchen haben kein verbindliches Lehramt, das in Kanonisierungsverfahren Märtyrer selig oder heilig sprechen könnte. Die *communio sanctorum* bestimmt sich nach evangelischem Verständnis nicht vom Todesschicksal her. Die Zahl derjenigen, derer die evangelischen Kirchen in Verehrung gedenken, ist viel größer als die der Märtyrer. Deshalb ist darauf verzichtet worden, auch Leidenszeugen aufzunehmen. Dessen unbeschadet gilt evangelisches Gedenken ebenso den vielen Frauen und Männern, die durch Gewalt, in Konzentrationslagern und Gefängnissen gelitten und dies im Glauben tapfer durchgestanden haben. Es würde jedoch sehr schwierig sein, klare Kriterien dafür zu finden, von welcher Dauer, von welchem Grade an eine Inhaftierung oder eine andere Bedrückung einen Menschen zum Leidenszeugen in jenem qualifizierten Sinne gemacht hat. Darum folgen wir der altkirchlichen Unterscheidung von Märtyrern und Konfessoren.[24]

Die Beschreibung des Lebens- und Sterbensweges der Märtyrerinnen und Märtyrer steht daher auch nicht unter der inneren Nötigung, im Sinne klassischer Hagiographie Lebensbilder

24 Wie stark wir uns bei dieser Abgrenzung der Problematik bewusst geblieben sind, wird durch die Aufnahme des Beitrags von G. Schneider-Ludorff (S. 205) erläutert.

von Menschen zu zeichnen, die schon in ihrer irdischen Existenz als Heilige erkennbar waren. Das lutherische „simul iustus et peccator" gilt auch für Märtyrer. Menschliches Leben geht – auch gerade dann, wenn es sich um starke Persönlichkeiten handelt – oft genug wunderliche Wege, geht durch Irrtümer und Wahrheitserkenntnis. Und: Gott schreibt auch auf krummen Linien gerade.

Diese tiefe theologische Einsicht spielt dann eine besondere Rolle, wenn erkennbar wird, dass manche, die später Märtyrer wurden, zunächst Hitlers Machtergreifung begrüßt hatten. Hohe Offiziere setzten ihr Leben in der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 aufs Spiel und wurden dann hingerichtet; dürfte ihrer Berücksichtigung als Märtyrer etwa entgegen gehalten werden, dass sie verantwortliche Positionen während des Zweiten Weltkriegs im Generalstab hatten? Der Historiker nimmt nicht Gottes Urteil über ein menschliches Leben vorweg. So ist dieses Buch, das die Vielzahl evangelischer Märtyrer des deutschsprachigen Raums aus dem 20. Jahrhundert benennt, keine Ehrentafel – vergleichbar etwa den Entscheidungen der französischen Nation, ihre berühmtesten Bürger im Pantheon beizusetzen. Als ein Gedenkbuch will es aber dazu helfen, dass die Erinnerung an diejenigen lebendig bleibt, die aus ihrer christlichen Prägung heraus ihr Leben opferten oder es unfreiwillig hingeben mussten, weil die diktatorischen Machthaber keinen Widerspruch duldeten.

Der Band ist aus umfangreichen Vorarbeiten erwachsen. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte war bereits an dem ökumenischen Projekt beteiligt, im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz und des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland exemplarisch Biographien von katholischen und evangelischen Märtyrern in dem Band „Zeugen einer besseren Welt"[25] vorzustellen. In Aufnahme der Bitte der EKD, in größerem Umfang Namen und Zeugnisse evangelischer Märtyrer zu sammeln, hat die Arbeitsgemeinschaft einen Aufruf an die evangelischen Landeskirchen, die landeskirchlichen Archive und die Vereine und Arbeitsgemeinschaften zur kirchlichen Regionalgeschichte erlassen mit der Bitte, nach den Spuren von Märtyrerschicksalen in ihrem Bereich zu suchen. Das Echo war zunächst gering – im Laufe der Jahre kamen aber, auch aufgrund der Presseveröffentlichung dieses Aufrufs, etliche Rückmeldungen. Mit einer Arbeitstagung im Oktober 2001 wurde dann systematisch der Rahmen abgesteckt und eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich in mehreren Tagungen und mit eigener Forschungsarbeit diesem Projekt zugewandt hat.[26]

Selbstkritisch hat sich die Arbeitsgemeinschaft und der engere Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer wieder gefragt, wie tragfähig die Grundentscheidungen für die Auswahl der Personen sind, deren Geschick in einem Biogramm darzustellen ist. Die Entscheidun-

25 K.-J. Hummel/C. Strohm: Zeugen.

26 Die Liste der Mitglieder dieser Arbeitsgruppe im Anhang. Vgl. insbesondere G. Grünzinger: Bericht, S. 43–48.

gen – die oft genug in Einzelfällen zu treffen waren – mussten daher für den Leser durchschaubar gemacht werden. Dazu dient Teil I des Bandes, der eine Reihe einführender Grundsatzartikel umfasst, die, neben den Diskussionen zum Märtyrerbegriff, den zeitgeschichtlichen Rahmen der Verfolgungen aufzeigen. Wo man an Grenzfragen stieß und Ermessensentscheidungen nötig wurden, wird dies offen markiert.

So wurde versucht, möglichst viele Schicksale zu dokumentieren, die bekannt geworden sind. Auf diese Weise kann hier an 499 Märtyrerinnen und Märtyrer aus dem deutschsprachigen Raum Europas erinnert werden. Damit ist diese Liste umfangreicher als die der bisherigen Publikationen. Dennoch wird wahrscheinlich, sobald der Band erschienen ist, festgestellt werden, dass Namen fehlen, die hätten genannt werden können. Das Gedächtnis unserer Generation ist lückenhaft. Gewiss werden weitere Menschen erfasst und gewürdigt werden, die in entsprechender Weise verfolgt und getötet wurden.[27] Insbesondere gilt für die Opfer der stalinistischen Exekutionen und Zwangsarbeitslager, dass deren Zahl viel größer ist als die Zahl derer, die in diesem Band erfasst werden konnten. Darin liegt die Aufforderung, diese Arbeit fortzuführen. Vielleicht kann eine spätere Auflage Ergänzungen und Fortschreibungen bringen.

Publikationen über die christlichen Märtyrer des 20. Jahrhunderts haben schon in den letzten Jahren ungemein zugenommen. Es ist ein Zeichen dafür, dass das Gedenken an jene, die um ihres Glaubens willen getötet wurden, die Gemeinden bewegt. Es liegt uns daran, dass dieses Gedenken lebendig bleibt. – „Ihr Ende schaut an …“

27 Es ist z. B. erörtert worden, ob man nicht die Form eines Ringbuches wählen solle – um jederzeit Ergänzungen vornehmen zu können. Das erschien aus verlagstechnischen Gründen nicht praktikabel.

Andreas Kurschat

Martyrien des 20. Jahrhunderts: Voraussetzungen und Prinzipien ihrer Dokumentation

Seit den Anfängen kirchlichen Märtyrergedenkens in der Zeit der antiken Christenverfolgungen ist die Frage, welche Personen als Märtyrerinnen und Märtyrer gelten können, immer wieder neu gestellt worden. In den unterschiedlichen Antworten spiegeln sich veränderte politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen, theologische Grundsätze und Frömmigkeitsstile wider. Auch das Martyriumsverständnis, das diesem Buch zu Grunde liegt, ist aus einem spezifischen Kontext hervorgegangen. Es beruht auf Voraussetzungen, die während der vergangenen Jahrzehnte durch unterschiedliche Ansätze im Umgang mit evangelischen Märtyrerinnen und Märtyrern des 20. Jahrhunderts in Erinnerungskultur und historischer Forschung geschaffen wurden.

1. Voraussetzungen

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Martyrien aus der Sicht des deutschsprachigen Protestantismus eine Erscheinung vergangener Epochen oder entfernter Regionen. In der kirchlichen Erinnerungskultur hatten sie faktisch kaum noch Bedeutung.[1] Zwar war die Tradition des Märtyrergedenkens nicht völlig abgerissen, doch wurde sie – wie sich der „Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche" (1903) entnehmen lässt – ambivalent beurteilt: „Die evangelische Kirche kreiert keine Märtyrer. Ihr ist es nicht minder groß, Christo zu leben als für ihn zu sterben. Aber auch ihr ist das Gedächtnis derer wert, die auch im buchstäblichen Sinn ihrem Herrn Treue bis in den Tod bewahrt haben."[2] In den folgenden Jahrzehnten erhielt der Gedanke des Martyriums als äußerster Form der Nachfolge Christi neues Gewicht. Ange-

1 Zum Martyriumsverständnis in der Alten Kirche und in der Reformationszeit siehe den Beitrag von W.-D. Hauschild in diesem Band.

2 G. N. Bonwetsch: Märtyrer, S. 52. Ein „Protestantisches Märtyrerbuch", das dem Gedenken evangelischer Märtyrer – auch außerhalb des deutschen Sprachraums – aus dem gesamten Zeitraum seit den Anfängen der Reformation im Jahr 1517 gewidmet war, brachte der Theologe Otto Michaelis im Jubiläumsjahr 1917 heraus. Michaelis' Auswahl bezog sich im Wesentlichen auf Personen, die nach seinem Urteil nicht nur aufgrund ihres Martyriums, sondern auch aufgrund ihrer gesamten Lebensleistung Beachtung verdienten (vgl. O. Michaelis: Märtyrerbuch, 1. Aufl., S. 12 f.). In der ersten Auflage enthält das Buch noch keine Angaben über Martyrien des 20. Jahrhunderts.

sichts der zahlreichen evangelischen Christinnen und Christen, die ihr Leben verloren, weil sie sich dem Totalitätsanspruch eines kommunistischen oder nationalsozialistischen Staatswesens verweigerten,[3] fand auch die Tradition des Märtyrergedenkens in der evangelischen Kirche wieder stärkere Beachtung. In der Auseinandersetzung mit dieser Thematik erfuhr der Märtyrerbegriff eine zunehmende Ausweitung.

Die Herausbildung eines Bewusstseins für evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts begann in den 1920er Jahren im Hinblick auf jene deutschbaltischen Pastoren, die zwischen 1918 und 1920 durch die Gewalt kommunistischer Revolutionäre in den baltischen Provinzen des Russischen Reiches ums Leben gekommen waren.[4] Die Publikationen, in denen der Rigaer Pastor Oskar Schabert seine getöteten Amtsbrüder als Märtyrer würdigte,[5] fanden in Deutschland zum Teil weite Verbreitung. Sein wichtigster Beitrag zu ihrem Gedenken war sein „Baltisches Märtyrerbuch" aus dem Jahr 1926. Schaberts Martyriumsverständnis war zugleich altkirchlich und reformatorisch geprägt. Märtyrern „des Rechts" und „der Wahrheit" im Sinne eines säkularen Martyriumsverständnisses stellte er die „Märtyrer Christi" gegenüber, „die um seinetwillen litten, weil sie es nicht lassen konnten, Ihn zu bezeugen, allen voran die Pastoren, die durch ihr Amt mit solchem Zeugnis hervortreten müssen".[6] Die altkirchliche Differenzierung zwischen Märtyrern und Konfessoren (Bekennern) aufgreifend, bezeichnete er als Märtyrer nur diejenigen Pastoren, die ermordet oder hingerichtet worden waren, als Konfessoren hingegen jene, die in Haft oder an Haftfolgen kurz nach ihrer Befreiung, jedoch nicht durch unmittelbare Gewalt gestorben waren.[7] Neben den Pastoren umfasste Schaberts Märtyrerbegriff auch Gemeindeglieder, die bei den Unruhen ums Leben gekommen waren. So fanden sich nach seiner Auffassung unter „den Tausenden, die hingerichtet wurden, [...] viele, die mit Recht auch zu den Märtyrern gerechnet werden müssen".[8] In seinem Gedenkbuch beschränkte er sich jedoch auf die Dokumentation der Pastorenschicksale. Zur Begründung gab er an, es stehe nur bei ihnen „unzweifelhaft" fest, „daß sie um des Amtes willen, das sie in der christlichen Kirche innehatten, leiden mußten", und ihr Leiden müsse „darum für ihre Gemeinde

3 Vielen von ihnen wurde in der Auseinandersetzung mit den „politischen Religionen" des Kommunismus und des Nationalsozialismus die Bedeutung christlicher Traditionen für ihr Denken und Handeln neu bewusst. Zum religiösen Charakter dieser Ideologien vgl. H. Maier: Religionen; ferner P. Steinbach: Weltanschauungsdiktatur.

4 Vgl. B. Mensing: Martyrien, S. 123–131.

5 Insbes. O. Schabert: Leidensweg; Ders.: Märtyrerbuch; Ders.: Bildnisse. Schabert hatte die Gewalt der Revolutionäre selbst erlebt, als er 1919 für einige Monate inhaftiert war. Neben den getöteten Pastoren der Jahre 1918–1920 würdigte er in seinen Büchern auch jene als Märtyrer, die bereits während der revolutionären Unruhen zwischen 1905 und 1907 umgebracht worden waren. Zu den Vorgängen im Baltikum siehe den Beitrag von S. Hermle in diesem Band.

6 O. Schabert: Leidensweg, S. 44; vgl. ebd., S. 23–26, 43–54.

7 Vgl. O. Schabert: Leidensweg, S. 172 f. Eine Unschärfe seines Märtyrerbegriffs zeigt sich in einer früheren Veröffentlichung (Ders.: Leidensweg, S. 24): Es gebe, so Schabert, „neben Blutzeugen eine ganze Reihe von Märtyrern", die ihre Verfolgung überlebten. Zur altkirchlichen Unterscheidung zwischen Märtyrern und Konfessoren siehe die Beiträge von W.-D. Hauschild und G. Schneider-Ludorff in diesem Band.

8 O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 48.

und damit für die Christenheit besonders bedeutungsvoll sein".[9] In anderen Publikationen erinnerte Schabert jedoch auch an einige der getöteten Gemeindeglieder.[10]

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland verlagerte sich in der evangelischen Kirche die Aufmerksamkeit für Martyrien des 20. Jahrhunderts auf Personen, die unter dem NS-Regime zu Tode gekommen waren. Dabei standen zunächst – ähnlich wie schon bei Schabert – die kirchlichen Funktionsträger im Vordergrund. Die Bekenntnissynode der ehemaligen Kirchenprovinz Mark Brandenburg etwa, auf deren Territorium (in Berlin-Plötzensee und Brandenburg-Görden) zahlreiche evangelische Christinnen und Christen durch die NS-Justiz hingerichtet worden waren, würdigte auf ihrer Tagung Ende Juli 1945 lediglich vier Personen eines besonderen Gedenkens, die als Theologen bzw. Juristen im Dienst der Bekennenden Kirche gestanden hatten.[11]

In den folgenden Jahren wirkte vor allem der Bruderrat der EKD darauf hin, dass einige Verfolgungsopfer aus den Reihen der Bekennenden Kirche als Märtyrer geehrt wurden.[12] Ende 1946 gab Hans Asmussen, der als einer der führenden Theologen der Bekennenden Kirche zeitweilig Vorsitzender des Bruderrats der EKD war, die Erstellung einer Liste der Märtyrer in Auftrag. Angaben über die darin zu nennenden Personen wurden von den Landeskirchen erbeten. Als vorläufiges Ergebnis dieser Bemühungen erschien im Januar 1948 im Amtsblatt der EKD eine Liste der „Blutzeugen der Evangelischen Kirche in Deutschland".[13] Sie enthielt die Namen und Lebensdaten von zehn Personen, die „als Bekenner ihres christlichen Glaubens in den Konzentrationslagern und Gefängnissen ihr Leben ließen". Es handelte sich um Pastoren und andere Mitarbeiter der Bekennenden Kirche. Zur Ergänzung der als „noch nicht abgeschlossen" bezeichneten Liste wurde zugleich um Mitteilungen über weitere „Männer und Frauen" gebeten, „die als Glaubenszeugen ihr Leben verloren haben".[14] Anhand dieser Liste erinnerte Gustav Heinemann, der spätere Bundespräsident, zu Beginn seiner Eröffnungsansprache als Präsident der verfassunggebenden Kirchenversammlung der EKD im Juli 1948 in Eisenach an jene Gemeindeglieder, „die als Blutzeugen den Weg der Kirche Jesu Christi in Deutschland seit 1933 begleitet haben".[15] Er verlas die zehn im Amtsblatt genannten Namen, wobei er die Vorläufigkeit und Unvollständigkeit dieser Auflistung betonte, und äußerte den Wunsch, dass das

9 Ebd.

10 Vgl. z. B. O. Schabert: Leidensweg, S. 53 f.; Ders.: Bildnisse, S. 39. Die Personen, deren Schicksale Schabert dokumentiert hatte, wurden auch in die Neuauflagen des Märtyrerbuchs von Michaelis aufgenommen (vgl. O. Michaelis: Märtyrerbuch, 2. Aufl., S. 15, 59–85, 94–99; 3. Aufl., S. 62–107).

11 Es handelte sich um die beiden Theologen Dietrich Bonhoeffer und Werner Sylten sowie die beiden Juristen Friedrich Justus Perels und Friedrich Weißler, die zeitweise bei der Bekennenden Kirche beschäftigt gewesen waren (vgl. B. Mensing: Martyrien, S. 140 f.).

12 Vgl. B. Mensing: Martyrien, S. 140–143.

13 Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland 2, 1948, Nr. 2, 15.1.1948, S. 1. Die Liste umfasst ausschließlich Personen, die als Theologen bzw. Juristen im kirchlichen Dienst gestanden hatten: Treuherz Behrendt [richtig: Ernst Berendt], Dietrich Bonhoeffer, Helmut Hesse, Ernst Kasenzer, [Friedrich] Justus Perels, Paul Richter, Paul Schneider, Ludwig Steil, Werner Sylten, Friedrich Weißler.

14 Ebd.

15 Eisenach 1948, S. 89.

Gedenken dieser Zeugen in den Gemeinden „stets lebendig sein“ möge.[16] Vorschläge zur Aufnahme einiger weiterer Personen in die Liste der Blutzeugen kamen teils von den Angehörigen oder Bekannten der Opfer, teils von den Kirchenleitungen der Landeskirchen. Bevor der Bruderrat der EKD über diese Vorschläge entschied, wurden Stellungnahmen von den Bruderräten und Kirchenleitungen der betreffenden Landeskirchen eingeholt.[17] In einigen Fällen sprachen diese sich eindeutig für eine Aufnahme aus, und der Bruderrat der EKD folgte ihrem Votum. In anderen Fällen, in denen die Stellungnahmen unentschieden ausfielen oder in denen die Angaben über die jeweiligen Schicksale lückenhaft blieben, lehnte der Bruderrat der EKD eine Aufnahme in die Liste ab.

Anstelle einer erweiterten Namensliste gab der Pastor Bernhard Heinrich Forck 1949 im Auftrag des Bruderrats der EKD ein „Gedenkbuch für die Blutzeugen der Bekennenden Kirche“[18] heraus, das dem eng umgrenzten Kreis von insgesamt achtzehn Personen gewidmet war, nämlich den zehn bereits auf der Liste im Amtsblatt genannten Blutzeugen sowie acht weiteren, von denen der Bruderrat in der Zwischenzeit Kenntnis erhalten hatte.[19] Die Verwendung des Märtyrerbegriffs in der evangelischen Kirche blieb daraufhin – mit einer Ausnahme[20] – für längere Zeit weitgehend auf die hier erwähnten Personen beschränkt. In seiner Einleitung wies Forck auf die Unvollständigkeit dieser Auswahl hin. Zwar habe den Herausgebern daran gelegen, in dem Buch „alle diejenigen Zeugen zu vereinen, die in den KZ-Lagern ihr Leben gelassen haben“, doch seien die aufgenommenen Personen „gewiß nicht die einzigen“.[21] Über die Auswahlkriterien machte Forck keine genaueren Angaben. Für das Märtyrerverständnis, das dem Buch zu Grunde lag, war jedoch ein Gesichtspunkt bedeutsam, auf den Forck besonderes Gewicht legte: die strikte Unterscheidung zwischen dem „Kampf der Bekennenden Kirche“ und der „Widerstandsbewegung“.[22] Zwar sei, so Forck, gerade in der Zeit des Nationalsozialismus deutlich geworden, dass die Kirche ihren Auftrag nicht erfüllen könne, ohne „in die Öffentlichkeit des Lebens und damit in die Politik hineinzuwirken“ und ein „Wächteramt“ wahrzu-

16 Ebd.

17 Vgl. EZA Berlin 2/92: Schreiben von Wolfgang Lehmann an Hans Asmussen, 26.4.1948.

18 B. H. Forck: Glauben.

19 Zu den im Amtsblatt genannten Personen kamen folgende hinzu: Hans Buttersack, Ewald Dittmann, Martin Gauger, Hildegard Jacoby, Hans Koch, Georg Maus, Fritz [Friedrich] Müller und Erich Sack.

20 Der Lübecker Pastor Karl Friedrich Stellbrink, der kein Mitglied der Bekennenden Kirche gewesen war, fiel aus dem Kreis der Personen heraus, denen Forcks Gedenkbuch gelten sollte. Er fand darin keine Erwähnung. Sein Schicksal wurde – ähnlich wie das Schicksal Bonhoeffers, wenn auch aus anderen Gründen – kontrovers beurteilt. Aus katholischer Perspektive galt Stellbrink ebenso wie seine drei katholischen Amtsbrüder, mit denen er in Lübeck zusammengewirkt hatte und mit denen er schließlich hingerichtet worden war, schon früh als Märtyrer (vgl. J. Schäfer: Zeugen, 1. Aufl., S. 2, 12–14; 2. Aufl., S. 76–98; vgl. auch H. Moll: Zeugen, S. 249–257). In der evangelischen Kirche setzte sich diese Auffassung ebenfalls durch. In einem aufschlussreichen Lexikonartikel von 1960, der die Entwicklung des evangelischen Martyriumsverständnisses in den ersten sechs Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts widerspiegelt, erschien Stellbrinks Name neben den 18 Namen aus Forcks Gedenkbuch (vgl. H. Dörrie/F. Paschke/H. Hohlwein/A. Lehmann: Märtyrer, Sp. 591). In den 1966 vom Rat der EKD zum Gebrauch freigegebenen Evangelischen Namenkalender wurde Stellbrink als „Blutzeuge im Kirchenkampf“ aufgenommen (Der evangelische Namenkalender, S. 34).

21 B. H. Forck: Glauben, S. 5.

22 Ebd., S. 7.

nehmen; doch habe bei der Bekennenden Kirche im Unterschied zur Widerstandsbewegung „der Ansatzpunkt des Kampfes nicht in der Politik, sondern ausschließlich im Bekenntnis der Kirche“ gelegen.[23] Nicht Dissens gegenüber der Politik des NS-Staats, sondern treuer Gehorsam gegenüber dem Befehl Christi sei das Motiv gewesen, aus dem die Menschen, denen das Buch gewidmet sei, ihr Leben eingesetzt und verloren hätten. Es sei ihnen nicht um die Wahrung eines reinen Gewissens, sondern um die Wahrung des Bekenntnisses der Kirche gegangen. Die „Eindeutigkeit“[24] des Zusammenhangs zwischen Bekenntnistreue und Einsatz des Lebens war demnach das entscheidende Kriterium für die Aufnahme dieser Personen in das Gedenkbuch. Im Hinblick auf das theologische Anliegen des Buchs kam ihr eine Schlüsselrolle zu, denn sie bildete die Voraussetzung dafür, dass Forck mit eben solcher Eindeutigkeit auf die Verheißung Jesu Christi verweisen konnte, die über dem Sterben dieser Blutzeugen liege – und ebenso über dem Handeln derer, die ihnen in ihrem Glauben nachfolgten und das „Bekenntnis zu Jesus Christus, dem *Einen* Herrn, dem König aller Könige“, als „oberstes Gesetz“ ihres Handelns gelten ließen.[25]

Auf dieser Grundlage bewegten sich ab 1949 auch die Planungen zur Errichtung einer „Gedächtnisstätte für die Blutzeugen des Kirchenkampfes“ in der Krypta des Doms zu Brandenburg an der Havel.[26] Die Initiative hierzu ging vom Brandenburger Domkapitel unter der Leitung von dessen Dechanten Albrecht Schönherr aus. An der Errichtung waren darüber hinaus aber auch die Kirchenleitungen und Bruderräte der evangelischen Landeskirchen beteiligt, die sowohl um finanzielle Unterstützung als auch um Hinweise auf weitere Märtyrerschicksale gebeten wurden. Der Abschluss der Planungen fiel in eine Zeit massiver Repressionen gegen kirchliche Gruppen durch die Behörden der DDR, wodurch die Behauptung christlicher Identität gegen das NS-Regime als Vorbild für die Haltung von Christen unter der SED-Diktatur aktuelle Bedeutung erhielt. Unter diesen Zeitumständen war es Schönherrs Anliegen, mit der Eröffnung der Gedenkstätte am 9. April 1953, dem achten Todestag Bonhoeffers, ein Zeichen zu setzen.[27] Um diesen Eröffnungstermin einhalten zu können, beschloss das Domkapitel, die zunächst angestrebte Einbeziehung weiterer Märtyrerschicksale aus der Zeit der NS-Herrschaft nicht weiter zu verfolgen und die Gedenkstätte nur den achtzehn „Blutzeugen der Bekennenden Kirche“ aus Forcks Gedenkbuch zu widmen. Zur Erinnerung an sie wurden kleine, mit Namen und Lebensdaten beschriftete Tafeln in eine Kassette gelegt, die in der Krypta des Doms aufgestellt wurde. Eine neunzehnte Namenstafel wurde später hinzugefügt.[28]

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Ebd., S. 7 f., Hervorhebung im Original; vgl. auch Forcks Nachwort ebd., S. 138–140.

26 Vgl. B. Mensing: Martyrien, S. 143–145. Zur Problematik des Begriffs „Kirchenkampf“ vgl. J. Mehlhausen: Nationalsozialismus, S. 43 f.

27 Vgl. Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München: Akten des Projekts „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts“: Email von Albrecht Schönherr an den Verf., 14.6.2003.

28 Sie ist Hermann Stöhr gewidmet.

Ende der 1990er Jahre überarbeitete das Domkapitel das Konzept der Gedenkstätte, indem es den Namenstafeln eine stellvertretende Funktion zuwies. Eine zwanzigste Tafel wurde daher mit einem Text beschriftet, der die Gedenkstätte allen evangelischen Christen widmete, „die ihr Leben im Kirchenkampf der Jahre 1933–1945 für ihren Herrn hingegeben haben" – auch den ungenannten, „deren Namen wir erst später erfuhren".[29]

Eine deutliche Ausweitung des evangelischen Verständnisses von Martyrien aus der Zeit der NS-Herrschaft kennzeichnete zehn Jahre später die Konzeption einer kirchlichen Gedenkstätte in (West-)Berlin. Dort plante die Kirchengemeinde Borsigwalde 1963 die Errichtung einer „Gedenkkirche für evangelische Blutzeugen, hauptsächlich aus dem Widerstand der Jahre 1933 bis 1945", in relativer Nähe zu den Haftanstalten Tegel und Plötzensee – zwei authentischen Orten des Leidens und Sterbens unter dem NS-Regime.[30] Das Evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg begrüßte ein solches Vorhaben, votierte aber dafür, stattdessen am zentralen Standort der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, die 1961 nach ihrer Kriegszerstörung neu erbaut worden war, ein schlichtes „Mahnmal" zu errichten. Hierbei ließ das Konsistorium zunächst offen, „ob ein Mahnmal zum Gedächtnis nur der evangelischen Blutzeugen der Jahre 1933 bis 1945 zu schaffen sei, oder ein Mahnmal für alle Märtyrer christlichen Glaubens einschließlich der Opfer des Krieges überhaupt".[31] Entscheidend für die Realisierung dieses Vorhabens war in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht das persönliche Engagement des Bischofs von Berlin-Brandenburg, Otto Dibelius, der während der NS-Zeit zu den führenden Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche gezählt hatte. Dibelius stiftete für das Innere des Kirchenraums eine nach seinen Vorgaben beschriftete Gedenktafel mit dem Widmungstext: „Den evangelischen Märtyrern der Jahre 1933–1945".[32] Bezeichnend für das Martyriumsverständnis, das dieser Widmung zu Grunde lag, war das Datum der Einweihung, die am 20. Juli 1964, dem 20. Jahrestag des gescheiterten Staatsstreichs gegen Adolf Hitler, stattfand. Der historische Bezug unterstrich, dass die Gedenkstätte nicht nur den „Blutzeugen der Bekennenden Kirche" im engeren Sinne gelten sollte, denen Forcks Gedenkbuch und die Gedächtnisstätte in Brandenburg gewidmet waren. Vielmehr wurde nun ein großer Personenkreis in das Geden-

29 Vgl. Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München: Akten des Projekts „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts": Schreiben des Domstifts Brandenburg an die EvAKiZ, 15.11.2000, sowie Schreiben von Albrecht Schönherr an den Verf., 14.2.2003.

30 Archiv der Evangelischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde Berlin: Registratur Ordner 5133: Schreiben des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg an das Kuratorium der Stiftung „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche", 29.10.1963, S. 1. Die Gemeinde begründete ihr Vorhaben u. a. mit einem Hinweis auf die in der Nähe der Haftanstalt Plötzensee gelegene Kirche Maria Regina Martyrum, die im Mai 1963 als „Gedächtniskirche der deutschen Katholiken zu Ehren der Blutzeugen für Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Jahren 1933–1945" geweiht worden war; sie gab zu bedenken, dass „es nicht ausschließlich der römisch-katholischen Kirche überlassen bleiben dürfe […], das Gedächtnis an den Gewissenskampf der Männer und Frauen des Widerstandes wachzuhalten." (Ebd.)

31 Archiv der Evangelischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde Berlin: Registratur Ordner 5133: Schreiben des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg an das Kuratorium der Stiftung „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche", 5.2.1964, S. 2.

32 Die von Dibelius bewusst gewählte Konfessionsbezeichnung blieb ungeachtet einzelner Stimmen, die sie als einengend kritisierten, unverändert erhalten (vgl. Archiv der Evangelischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde Berlin: Protokollbuch des Kuratoriums der Stiftung „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche": Protokoll über die Sitzung des Kuratoriums am 14.4.1971, S. 3 f.).

ken einbezogen, der insbesondere auch evangelische Christen unter den Verschwörern des 20. Juli 1944 einschloss, deren Handlungsmotive zwar nicht „ausschließlich im Bekenntnis der Kirche“[33] gelegen hatten, deren Haltung jedoch insgesamt zu einem wesentlichen Teil durch ihre „christliche Überzeugung“[34] geprägt gewesen war.[35]

Auch im Hinblick auf die Dokumentation von Einzelschicksalen gab es Anfang der 1960er Jahre neue Ansätze. Die 1955 vom Rat der EKD berufene Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit, die Vorläuferin der heutigen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, bemühte sich damals um die Ermittlung weiterer Namen und Daten evangelischer Märtyrer der NS-Zeit. Den Anstoß hierzu gab 1961 der Bielefelder Pfarrer und Kirchenhistoriker Wilhelm Niemöller,[36] der das von Forck verfasste Gedenkbuch für „unvollständig und unzureichend“ und daher die Erstellung einer neuen „Liste der Märtyrer der Bekennenden Kirche“ für „dringend erforderlich“ hielt.[37] Die Dringlichkeit, „möglichst bald möglichst vollständige Unterlagen zu bekommen“, begründete Niemöller damit, dass die Kirche dies „den Märtyrern und verfolgten Gliedern schuldig“ sei und dass sie zudem in der Lage sein müsse, auf häufige Anfragen „auch von politischen Stellen“ Auskunft darüber zu geben, in welchem Maße „ihre Glieder im Dritten Reiche Maßnahmen des Staates gegen sich haben erdulden müssen und Widerstand haben leisten können“.[38] Die Kommission plante daraufhin, entsprechende Fragebögen an alle Pastoren, die bereits älter als 35 Jahre waren, sowie an alle Landeskirchenleitungen zu senden und die Ergebnisse in einer zentralen Kartei zusammenzuführen. Einen zusätzlichen Impuls erhielt dieses Vorhaben durch die Diskussion über die „Blutzeugen der Kirche“ im Rahmen des Evangelisch-Katholischen Publizistentreffens in Fulda 1963, bei dem der Vorsitzende der Kommission, der Kirchenhistoriker Kurt Dietrich Schmidt, das Projekt vorstellte.[39] Die Fragebogenaktion konnte dann

33 B. H. Forck: Glauben, S. 7.

34 So z. B. Prinz Louis Ferdinand von Preußen, der als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche“ in dessen erster Beratung über den Plan einer solchen Gedenkstätte die Ansicht äußerte, jene Blutzeugen hätten „in ihrer Haltung bestes Preußentum und christliche Überzeugung vertreten“ (Archiv der Evangelischen Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde Berlin: Protokollbuch des Kuratoriums der Stiftung „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche“: Protokoll über die Sitzung des Kuratoriums am 15.11.1963, S. 2).

35 Außerhalb des kirchlich-institutionellen Bereichs war der Märtyrerbegriff vereinzelt schon wesentlich früher auf die nach dem gescheiterten Staatsstreich vom 20. Juli 1944 hingerichteten Personen bezogen worden, so z. B. in dem bereits 1944 entstandenen Gedicht „An unsere Märtyrer“ von Ricarda Huch mit einem besonders ausgeprägten politisch-ethischen Bedeutungsaspekt (vgl. R. Huch: Gedenkbuch, S. 27–29).

36 Niemöller hatte wegen seiner Tätigkeit in der Bekennenden Kirche Repressionen erfahren. Sein älterer Bruder Martin Niemöller, einer der Begründer der Bekennenden Kirche, hatte acht Jahre KZ-Haft in Sachsenhausen und Dachau überlebt.

37 Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München: Protokolle Vollsitzungen 1955–1980: Protokoll der 7. Sitzung der Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit am 25.7.1961 in Bielefeld, S. 4.

38 Ebd.

39 Vgl. Evangelischer Pressedienst. Zentralausgabe 14, 1963, Nr. 102, 3.5.1963, S. 2. Vgl. auch KNA-Informationsdienst 11, 1963, Heft 19, 9.5.1963, S. 4. Der Zeitpunkt des Treffens lag unmittelbar vor der Einweihung der römisch-katholischen Gedächtniskirche Maria Regina Martyrum in Berlin (siehe oben Fn. 30). In der römisch-katholischen Kirche mündeten die Diskussionen auf dem Fuldaer Publizistentreffen in Planungen für ein „Martyrologium Germanicum“, in dem die Schicksale der katholischen Opfer des Nationalsozialismus

jedoch nicht durchgeführt werden, da der Kommission kein Bearbeiter für ein so umfangreiches Projekt zur Verfügung stand. Niemöller selbst begann zwar, eine Materialsammlung anzulegen, doch die Daten, die er zusammentragen konnte, gingen kaum über das hinaus, was schon in dem Gedenkbuch von Forck veröffentlicht worden war.[40]

1965 sprach sich der Rat der EKD dafür aus, dem Märtyrergedenken in der evangelischen Kirche größeres Gewicht zu verleihen. Neben dem 550. Todestag von Jan Hus und dem 50. Jahrestag des Massenmordes an armenischen Christen in Konstantinopel hatten insbesondere die Gedenkveranstaltungen zum 20. Todestag Dietrich Bonhoeffers den Anlass hierzu gegeben.[41] Der Rat strebte die Einführung eines regelmäßig abzuhaltenden besonderen Märtyrergedenktags in der evangelischen Kirche an und wollte den Gliedkirchen einen geeigneten Termin hierfür empfehlen. Um vor allem die Märtyrer der NS-Zeit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, war der Todestag Bonhoeffers in Erwägung gezogen worden. Dem stand der Einwand entgegen, „dass es Opfer des Nationalsozialismus gebe, die noch eindeutiger als Bonhoeffer als kirchliche Blutzeugen betrachtet werden müssten".[42] Wie schon Ende der 1940er Jahre spielte somit erneut das Kriterium der „Eindeutigkeit" eine Rolle, ohne dass jedoch die Frage nach den Kriterien vertieft wurde. Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen, die in diesem Zusammenhang zutage getreten waren, sah der Rat davon ab, einen Termin für den angestrebten Gedenktag vorzuschlagen. Er beschloss, die Kirchenleitungen an die Gedenktage für Hus und die Armenier zu erinnern und sie zum Gedenken aufzurufen. In einem Rundschreiben wurden die Kirchenleitungen zugleich ausdrücklich dazu aufgefordert, „auch der Blutzeugen unserer jüngsten Vergangenheit zu gedenken",[43] die jedoch nicht namentlich benannt wurden. Zur Einführung eines jährlich wiederkehrenden Märtyrergedenktags beschloss der Rat, die Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands um Vorschläge bezüglich des Termins und der Liturgie zu bitten. Die Erinnerung an die „Märtyrer des Dritten Reiches" wurde als Hauptziel dieses Vorhabens ausgewiesen.[44] Die Lutherische Liturgische Konferenz legte daraufhin

dokumentiert werden sollten. Nachdem sich auf einen Vorschlag des Publizisten und Kommunikationswissenschaftlers Otto B. Roegele hin die Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern dieses Themas angenommen hatte, forderte die Deutsche Bischofskonferenz 1964 alle Bistümer auf, Daten über diejenigen Personen aus ihrem Diözesanbereich zu ermitteln, die während der NS-Zeit verfolgt worden waren (vgl. U. v. Hehl/C. Kösters/P. Stenz-Maur/E. Zimmermann: Priester, S. 69 f.). Bis zur Fertigstellung des geplanten Martyrologiums vergingen dann allerdings noch 35 Jahre. War die 1984 erstmals veröffentlichte Erhebung „Priester unter Hitlers Terror" noch auf Verfolgungsopfer unter Geistlichen beschränkt gewesen (U. v. Hehl: Priester), so wurden in dem zur Jahrtausendwende als „deutsche[s] Martyrologium des 20. Jahrhunderts" (Untertitel) vorgelegten biographischen Verzeichnis auch Opferschicksale zahlreicher katholischer Laien dokumentiert (H. Moll: Zeugen). Zur Problematik des katholischen Martyriumsbegriffs in diesem Zusammenhang vgl. K.-J. Hummel: Erinnerung, S. 50 f.

40 Vgl. Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München: Protokolle Vollsitzungen 1955–1980: Protokolle der 8. Sitzung der Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit am 17.10.1962 in Hannover sowie der 9. Sitzung am 17.10.1963 ebd.

41 Vgl. EZA Berlin 2/1006: Rundschreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Kirchenleitungen der evangelischen Landeskirchen, 23.6.1965, sowie Schreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands, 9.7.1965.

42 EZA Berlin 2/1006: Schreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands, 9.7.1965.

43 EZA Berlin 2/1006: Schreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Kirchenleitungen der evangelischen Landeskirchen, 23.6.1965.

44 Vgl. EZA Berlin 2/1006: Schreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Lutherische Liturgische Konferenz Deutschlands, 9.7.1965.

1966 ein Memorandum vor, in dem sie für einen jährlich wiederkehrenden Märtyrergedenktag votierte, da „die Notwendigkeit, das Gedenken der Märtyrer wachzuhalten, in der Evangelischen Kirche außer Frage“ stehe.[45] Als Termin schlug sie den 2. Pfingsttag vor.[46] Anhand eines kurzen historischen Überblicks über das Märtyrergedenken vor allem in der Alten Kirche und im Protestantismus stellte sie fest, dass „das Martyrium um Christi und um des Evangeliums willen durch Kultur und Zivilisation“ auch im 20. Jahrhundert „keinesfalls aus der Welt geschafft“ sei.[47] Dies zeige sich an den „Märtyrern im Baltikum“ und insbesondere an den „Blutopfern in und außerhalb Deutschlands, die der Nationalsozialismus und der Faschismus auf dem Gewissen haben“. Die „Echtheit dieses Martyriums“ lasse sich auch daran verdeutlichen, dass es „alle christlichen Konfessionen […] in gleicher Weise“ getroffen habe und dass „die Zeugenschaft dieser Märtyrer zur inneren Überwindung der gottfeindlichen Kräfte und zum Wiederaufbau der zerstörten Kirche beigetragen“ habe.[48] Das Memorandum zeugt von einem relativ weit gefassten Martyriumsverständnis, das jedoch nicht näher erläutert wird. Auf einzelne Namen evangelischer Märtyrer des 20. Jahrhunderts ging die Konferenz nicht ein. Vielmehr betonte sie, dass der Vielzahl der Märtyrer in ihrer Gesamtheit zu gedenken sei. Zur Begründung des Termins, den sie hierfür vorschlug, gab sie unter anderem zu bedenken, die Bindung eines allgemeinen Märtyrergedenkens an den Todestag eines einzelnen berge die Gefahr einer verengenden personellen Zuspitzung, bei der die große Zahl der Märtyrer zu sehr in den Hintergrund trete.[49] Das Gedenken könne „in rechter Weise nur so begangen werden, daß die Märtyrer in die große Schar der Märtyrer aller Zeiten eingefügt werden als die des Leidens gewürdigten Glieder des Leibes Christi, dessen Gemeinde unter dem Zeichen des Kreuzes steht“.[50] Der Rat der EKD folgte dem Vorschlag der Lutherischen Liturgischen Konferenz und gab ihn an die Gliedkirchen weiter,[51] doch deren Resonanz war verhalten. Den Rückmeldungen der Kirchenleitungen an die Kirchenkanzlei der EKD lassen sich drei Faktoren entnehmen, die einer Umsetzung des Vorhabens im Wege standen: erstens die Unklarheit über eine Definition des Märtyrerbegriffs, zweitens der Mangel an Kenntnissen über konkrete Märtyrerschicksale und drittens die Befürchtung, ein Märtyrergedenktag könne als Menschenehrung missverstanden werden.[52]

Die Bemühungen kirchlicher Institutionen um ein evangelisches Märtyrergedenken fanden damit vorläufig ein Ende. Mit Bedauern konstatierte daher der Theologe Eberhard Bethge Ende

45 EZA Berlin 2/1006: Schreiben der Lutherischen Liturgischen Konferenz an die Kirchenkanzlei der EKD, 25.4.1966, S. 4.

46 Vgl. ebd., S. 6 f.

47 Ebd., S. 3.

48 Ebd.

49 Vgl. ebd., S. 4.

50 Ebd., S. 7.

51 Vgl. EZA Berlin 2/1006: Schreiben der Kirchenkanzlei der EKD an die Leitungen der Gliedkirchen der EKD, 26.7.1966.

52 Vgl. EZA Berlin 2/1006: Abschrift eines Schreibens des Evangelischen Konsistoriums Greifswald an die Kanzlei der EKD, 8.3.1967, sowie Abschrift eines Schreibens des Evangelischen Konsistoriums der Kirchenprovinz Sachsen an die Kanzlei der EKD, 22.12.1967.

der 1960er Jahre, dass dem Phänomen des Martyriums im 20. Jahrhundert von evangelischer Seite zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht werde. „Tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen Menschenverehrung und Angst vor der Gesetzlichkeit des Vorbildes“[53] führte er als Ursachen dafür an, dass Protestanten Märtyrer weitgehend aus ihrem Bewusstsein verdrängt hätten und sich auch an Gedenktagen – etwa zum 20. Juli 1944 – kaum an sie erinnerten. Bethges Martyriumsverständnis war von seiner intensiven theologischen Auseinandersetzung mit dem Lebensweg und dem theologischen Vermächtnis Dietrich Bonhoeffers geprägt, mit dem er eng befreundet gewesen war. In Bonhoeffer erkannte Bethge ebenso wie in vielen anderen Menschen, die im Konflikt mit dem NS-Regime zu Tode gekommen waren, einen „neuen Typus des Märtyrers“,[54] der nicht heroisch „in exemplarischer Reinheit“, sondern schuldbedeckt „im Zwielicht politischer Verschwörung“[55] ein Zeugnis für das „Humanum Christi“[56] abgelegt und mit dem Tod diesem Zeugnis eine „einzigartige Autorität“[57] verliehen habe, die zu bedenken und zu ehren sei. Das Christ-Sein der Märtyrer dieses neuen Typus sei äußerlich kaum erkennbar gewesen, weil sie die „Gabe ihrer christlichen Identität“ nicht demonstrativ vor sich her getragen, sondern in ihrem Innern „wohl gehütet“ hätten.[58] Aus diesem sehr weit gefassten Märtyrerbegriff leitete Bethge die Aufgabe der Kirche ab, neben den wenigen Märtyrern, an die in Forcks Gedenkbuch von 1949 und auch im 1966 neu herausgegebenen Evangelischen Namenkalender[59] erinnert wurde, ebenso die vielen anderen zu würdigen, die „im schweigenden Inkognito der Lager und Keller“[60] zu Märtyrern geworden seien, und sich deren Zeugnis so anzueignen, dass die davon ausgehende schöpferische Kraft in der Kirche wirksam werde.[61]

Eine umfassende historische und theologische Auseinandersetzung mit der Thematik des Martyriums im protestantischen Bereich blieb in den folgenden Jahrzehnten jedoch aus. Im Anschluss an Bethges Überlegungen wären zahlreiche Opfer des Nationalsozialismus als Märtyrer zu würdigen gewesen, doch geschah dies tatsächlich nur in sehr wenigen Fällen.[62] Auf

53 E. Bethge: Märtyrertum, S. 136.

54 Ebd.

55 Ebd., S. 149.

56 Ebd., S. 151.

57 Ebd., S. 150.

58 Ebd.

59 Der Evangelische Namenkalender, in dem die Todestage von insgesamt 16 evangelischen Märtyrerinnen und Märtyrern des 20. Jahrhunderts (aus dem Baltikum und aus dem NS-Staat) verzeichnet sind, war ab 1961 im Auftrag der Lutherischen Liturgischen Konferenz Deutschlands von Jörg Erb erstellt und 1966 vom Rat der EKD zum Gebrauch freigegeben worden (vgl. Der evangelische Namenkalender, S. 7 f.; F. Schulz: Gedächtnis, S. 385 f.; vgl. auch die ausführlicheren biographischen Darstellungen über die Personen des Namenkalenders in J. Erb: Wolke; Ders.: Geduld). Siehe hierzu auch den Beitrag von H. Schultze über das Gedenken evangelischer Gemeinden in diesem Band.

60 E. Bethge: Märtyrertum, S. 147.

61 Vgl. auch E. Bethge: Plötzensee.

62 Bereits 1967 hatte Jörg Erb ein kleines ökumenisches Gedenkbuch veröffentlicht (J. Erb: Blutzeugen), in dem 22 evangelische und 12 katholische Personen porträtiert sind (darunter nur 15 aus B. H. Forck: Glauben). Über die Auswahlkriterien enthält der Band keine

dieses Defizit machte 1998 der damalige Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (EvAKiZ), Joachim Mehlhausen, aufmerksam. In seinem Festvortrag in Eisenach zum fünfzigjährigen Bestehen der Grundordnung der EKD erinnerte er an jene Märtyrer, deren die Kirchenversammlung am selben Ort 50 Jahre zuvor gedacht hatte, und schloss die Frage an, warum die damals verlesene Namensliste niemals fortgeschrieben worden sei.[63] Mit seinen Überlegungen, denen sich auch der damalige Präses der Synode der EKD, Jürgen Schmude, anschloss, gab Mehlhausen den Anstoß zur Durchführung des Forschungsprojekts „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts", das mit diesem Buch seinen Abschluss findet.

Während sich dieses Projekt noch in der Planungsphase befand, beteiligte sich die EvAKiZ an einem ökumenischen Projekt, das von der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz ausging und dessen Ziel es war, anhand einer kleinen Auswahl exemplarischer Biographien unterschiedliche Schicksale evangelischer und katholischer Märtyrerinnen und Märtyrer des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren.[64] Dabei wurden deutschsprachige Personen aus dem Baltikum, der Sowjetunion, dem NS-Staat und der DDR sowie aus Missionsgebieten in Papua-Neuguinea und Simbabwe berücksichtigt. Das Bewusstsein für Martyrien des 20. Jahrhunderts, das in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend auf die Zeit der NS-Herrschaft beschränkt gewesen war, dehnte sich somit auf weitere Regionen und Epochen aus. Bemerkenswerterweise wurden nun auch die Martyrien in den Blick genommen, die es unter Angehörigen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion und in anderen kommunistisch regierten Staaten Osteuropas gegeben hatte. Trotz ihrer großen Zahl waren sie bei früheren Bemühungen um ein evangelisches Märtyrergedenken nicht berücksichtigt worden.

Die Aufmerksamkeit für das Phänomen des Martyriums ist in den vergangenen Jahren in der evangelischen Kirche ebenso wie in der Ökumene deutlich gewachsen. Sowohl im Rückblick auf das 20. Jahrhundert,[65] das nun gelegentlich als „Jahrhundert der Märtyrer"[66] bezeich-

---

Angaben. 1979 legte Werner Oehme ein Gedenkbuch vor (W. Oehme: Märtyrer), das Lebensbilder von 29 evangelischen Märtyrerinnen und Märtyrern der Jahre 1933 bis 1945 enthält (darunter alle 18 aus B. H. Forck: Glauben). Gelegentlich klang der Gedanke des Martyriums auch in Erinnerungsberichten und biographischen Darstellungen über einzelne Personen an, die Verfolgung und einen gewaltsamen Tod erlitten hatten, doch hatte dies keine nennenswerten Auswirkungen auf das Martyriumsverständnis einer breiteren Öffentlichkeit. Als Kategorie der kirchlichen Zeitgeschichte blieb der Martyriumsbegriff im protestantischen Bereich eine Ausnahmeerscheinung (vgl. G. Besier: Kategorien, insbes. S. 137–141).

63 Vgl. J. Mehlhausen: 50 Jahre, S. 62. Siehe auch das Vorwort von W. Huber in diesem Band.

64 K.-J. Hummel/C. Strohm: Zeugen. Darin sind Lebensbilder von je 13 evangelischen und katholischen Märtyrerinnen und Märtyrern enthalten.

65 Vgl. insbes. H. Moll: Zeugen, wo neben katholischen Märtyrerinnen und Märtyrern des 20. Jahrhunderts auch einige evangelische erwähnt sind, sowie B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen; Dies.: Mitmenschlichkeit.

66 So z. B. G. Ringshausen: Jahrhundert, mit Bezug auf die Märtyrerverzeichnisse, deren Erstellung Papst Johannes Paul II. 1994 in Auftrag gegeben hatte und die die Grundlage für das Märtyrergedenken bei den Feiern der römisch-katholischen Kirche zum Jahr 2000 bildeten (vgl. H. Moll: Zeugen, insbes. S. XXIX f.; R. Bleistein: Jahrhundert; K.-J. Hummel: Erinnerung, S. 49–51; zu entsprechenden Vorarbeiten in Deutschland siehe oben Fn. 39; siehe auch den einleitenden Beitrag von H. Schultze in diesem Band).

net wird, als auch im Hinblick auf gegenwärtiges Geschehen[67] findet der Märtyrerbegriff Verwendung.[68] Sein Bedeutungsgehalt variiert allerdings von Fall zu Fall sehr stark,[69] da es ein einheitliches Martyriumsverständnis offenkundig nicht gibt.[70]

2. Prinzipien der Dokumentation

2.1 Fragestellung

Der Märtyrerbegriff und die Kriterien für das vorliegende Verzeichnis wurden in den Beratungen der EvAKiZ über das Projekt „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts" intensiv diskutiert. Die zur Erörterung konzeptioneller und methodischer Fragen gebildete Projekt-Arbeitsgruppe trat hierüber in einen Gedankenaustausch mit weiteren Sachverständigen.[71] Sie folgte dabei dem Prinzip, in „ständigem Dialog zwischen Theorie und Empirie"[72] den Märtyrerbegriff theologisch und geschichtswissenschaftlich zu reflektieren. Für die Erarbeitung des Verzeichnisses wurde daher anstelle einer schematischen Begriffsdefinition lediglich das Kri-

67 Vgl. z. B. die seit 1998 in der Zeitschrift IDEA-Dokumentation erscheinenden Themenhefte über Märtyrer bzw. Christenverfolgung (u. a. Nr. 16/98: „Märtyrer heute"; Nr. 15/99: Christenverfolgung geht uns alle an); ferner M. Klingberg: Märtyrer.

68 Dies gilt nicht nur für den deutschsprachigen Bereich (vgl. z. B. D. Wood: Martyrs; J. Hefley/M. Hefley: Blood; M. Water: Encyclopedia; T. Okure/J. Sobrino/F. Wilfred: Martyrium). In ökumenischer Hinsicht bedeutsam war insbesondere die Enthüllung der zehn Statuen von Märtyrerinnen und Märtyrern des 20. Jahrhunderts – darunter Dietrich Bonhoeffer – an der Westfassade von Westminster Abbey in London am 9.7.1998 (vgl. hierzu A. Chandler: Alternative; A. Harvey: Martyrs; ferner den Festvortrag von K. v. Klemperer: Martyrium). Ein ökumenisches Martyrologium, das sich nicht auf das 20. Jahrhundert beschränkt, sondern die gesamte Kirchengeschichte umfasst, wurde von der Comunità di Bose vorgelegt (Il libro dei testimoni). Für den Reflexionsprozess im Ökumenischen Rat der Kirchen sind die Empfehlungen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung aus dem Jahr 1978 grundlegend (vgl. Sharing in one hope, S. 195–202).

69 Auch innerhalb der evangelischen Theologie wird der Märtyrerbegriff nicht einheitlich verwendet. So wird z. B. die befreiungstheologische Auffassung vom kollektiven Martyrium der Armen (vgl. J. Moltmann: Leiden, S. 443), insbesondere der „gekreuzigten Völker" Lateinamerikas (so P. G. Schoenborn: Alphabete, S. 7., im Anschluss an Jon Sobrino), nur selten vertreten (vgl. hierzu auch E. Christen: Martyrium, S. 216 f.). Deutliche Unterschiede zeigen sich auch in den verschiedenen Verzeichnissen der vergangenen Jahre, in denen auf den Märtyrerbegriff Bezug genommen wird. Die Auswahl der Personen reicht von Glaubenszeugen, die weder verfolgt wurden noch gewaltsam ums Leben kamen (vertreten in Il libro dei testimoni), bis hin zu Personen, die im Zusammenhang mit Kriegshandlungen unabhängig von ihrem Glauben wahllos getötet wurden (vertreten in B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen; Dies.: Mitmenschlichkeit).

70 Eine differenzierte Problemanzeige im Hinblick auf evangelisches Märtyrergedenken bietet G. Ringshausen: Weg. Siehe hierzu auch den einleitenden Beitrag von H. Schultze sowie den Beitrag von W.-D. Hauschild in diesem Band. Irritierend sind die gelegentlichen Versuche, die Anzahl von Märtyrerschicksalen zu beziffern (z. B. T. Schirrmacher: Märtyrer; M. Water: Encyclopedia, S. 848–850). Die Unschärfe des Begriffs, die ungünstige Quellenlage und nicht zuletzt die grundsätzliche Schwierigkeit, Aussagen über die Handlungsmotive anderer Menschen zu machen, stehen solchen Versuchen entgegen.

71 Die wichtigsten Diskussionsbeiträge und Zwischenergebnisse aus diesem Prozess sind in mehreren Zeitschriftenbeiträgen dokumentiert: G. Grünzinger: Bericht; U. Büttner: Opfer; W.-D. Hauschild: Märtyrer/Märtyrerinnen (wieder abgedruckt in diesem Band); G. Voss: Gedächtnis; V. Ivanov: Heiligsprechung; D. Heinz: Freikirchliche Märtyrer; T. Tatsenko: Martyrologium; A. Kurschat: Bericht; Ders.: Märtyrer. Als besonders förderlich erwies sich – ergänzend zu den Beratungen innerhalb der Arbeitsgruppe – der interdisziplinäre und interkonfessionelle Austausch auf einem Symposium in Mooshausen vom 17. bis 19. Oktober 2003, an dem neben dem Leiter und dem Bearbeiter des Projekts einige weitere Angehörige der Arbeitsgruppe teilnahmen. Die Beiträge und Diskussionsergebnisse dieser Tagung sind abgedruckt in H. Maier/C. Nicolaisen: Martyrium.

72 U. Büttner: Opfer, S. 55; G. Grünzinger: Bericht, S. 47.

terium festgelegt, dass die christliche Prägung der Personen nachweisbar sein und im Zusammenhang mit deren gewaltsamem Tod stehen müsse.[73] Die Aufgabe des Bearbeiters bestand nunmehr darin, in einer breit angelegten Datenerhebung Personen zu ermitteln, bei denen ein solcher Zusammenhang zu vermuten oder doch zumindest nicht auszuschließen war, deren Schicksale bislang jedoch zum größten Teil kaum oder gar nicht unter dem Gesichtspunkt des Martyriums Beachtung gefunden hatten. Die Erhebung bezog sich auf deutschsprachige Personen unabhängig von deren Staatsangehörigkeit und Lebensort, jedoch nicht auf den Bereich der Mission. Sie war nicht auf Vollständigkeit ausgerichtet, sondern darauf, Martyrien differenziert zu erfassen und zu dokumentieren. Im Hinblick auf das genannte Kriterium waren drei Aspekte von Bedeutung: zum einen, ob die betreffenden Personen als Angehörige einer evangelischen Kirche oder Glaubensgemeinschaft eine christliche Prägung erfahren hatten, zum anderen, ob sie durch ihr individuell verantwortetes Handeln in den Konflikt geraten waren, in dem sie zu Tode kamen, und schließlich, ob physische Gewalt oder Repressionen anderer Art durch staatliche Instanzen, durch das gesellschaftliche Umfeld oder durch Einzelpersonen einen unmittelbaren Einfluss auf ihren Tod hatten. Maßgeblich für die Aufnahme einer Person in das vorliegende Verzeichnis war das Zusammentreffen der drei Faktoren, die sich unter dieser Fragestellung erfassen ließen.[74]

2.2 Aspekte des Martyriumsverständnisses

a) Christliche Prägung

Das Martyriumsverständnis, das diesem Verzeichnis zu Grunde liegt, setzt nicht voraus, dass sich die christliche Prägung in einer insgesamt vorbildlichen Lebensweise niederschlug, sondern es trägt dem Umstand Rechung, dass Lebenswege oftmals Brüche und Widersprüche beinhalten. Manche der aufgeführten Personen hatten im nationalsozialistischen Deutschland verantwortliche Positionen inne. Sie waren mitverantwortlich für das Unrecht, durch das sie schließlich ums Leben kamen, und reflektierten selbstkritisch ihre Schuld.[75] Angesichts des

73 Vgl. G. Grünzinger: Bericht, S. 47. Auf diese Weise sollte die Gefahr umgangen werden, von vornherein Personen auszuschließen, die mit einem schematischeren Kriterienkatalog nicht hätten erfasst werden können (vgl. hierzu insbes. die Problemanzeige in U. Büttner: Opfer, S. 51).

74 In den Kanonisierungsverfahren für Martyrien in der römisch-katholischen Kirche werden ebenfalls drei Aspekte unterschieden, doch stimmen diese nur partiell mit den hier zu Grunde gelegten überein. In den von Prospero Lambertini, dem späteren Papst Benedikt XIV., aufgestellten Richtlinien aus den Jahren 1734–1738 (De servorum Dei beatificatione et beatorum canonizatione) wird zwischen der Tatsache des gewaltsamen Todes (martyrium materialiter), dem Motiv des Glaubens- und Kirchenhasses bei den Verfolgern (martyrium formaliter ex parte tyranni) und der bewussten inneren Annahme des Willens Gottes trotz Lebensbedrohung (martyrium formaliter ex parte victimae) unterschieden (vgl. H. Moll: Zeugen, S. XXXII).

75 Siehe hierzu den Beitrag von C. Strohm in diesem Band. Einige der am Staatsstreich vom 20. Juli 1944 Beteiligten rangen andererseits auch mit der Frage, ob eine Verschwörung zum Tyrannenmord mit ihren christlichen Glaubensüberzeugungen vereinbar sei. Zum Aspekt der Schuld vgl. auch E. Bethge: Märtyrertum, S. 147–149; Ders.: Plötzensee, S. 488.

komplexen Geflechts von Motiven und Intentionen menschlichen Handelns setzt die Aufnahme einer Person in das Verzeichnis auch nicht voraus, dass ihre unmittelbaren Handlungsmotive in der jeweiligen Konfliktsituation ausschließlich in ihren Glaubensüberzeugungen lagen. In der Regel wirkten mehrere Motive zusammen, die sich nur zum Teil anhand von Quellen ermitteln lassen. Welches von ihnen jeweils ausschlaggebend war und in welchem Maße sich darin der Einfluss einer christlichen Prägung niederschlug, kann kaum beurteilt werden.[76] Bei vielen Personen, die ihr konkretes Handeln nach außen hin politisch oder ethisch begründeten, spiegelt sich in privaten Zeugnissen wie Briefen und Tagebucheinträgen eine tiefe Verwurzelung in christlichen Traditionen. Als Orientierungsgrundlage und Wertmaßstab hatte ihr Glaube einen Einfluss auf ihr Handeln, auch wenn sie dieses nicht mit theologischen Begriffen begründeten. Manchen wurde in der Auseinandersetzung mit Unrecht, Unmenschlichkeit und existentieller Bedrohung die „Gabe ihrer christlichen Identität“[77] intensiver bewusst als zuvor. Aus ihrem Glauben schöpften sie die Kraft, ihr Schicksal zu bewältigen und ihr Leiden bis zum Tod zu ertragen. Daneben umfasst das Verzeichnis auch einige Personen, deren individuelle Glaubenshaltung sich nicht anhand persönlicher Zeugnisse ermitteln ließ, sei es, weil sie sich niemals hierüber geäußert hatten, sei es, weil entsprechende Quellen verloren gingen. Aus diesem Umstand ließ sich jedoch nicht schließen, dass ihre christliche Prägung irrelevant für ihr Denken und Handeln gewesen wäre. Als Indiz für die Bedeutung, die christliche Traditionen in ihrem Leben gehabt haben mögen, kann die Tatsache gelten, dass sie in einem politisch-gesellschaftlichen Umfeld, in dem antichristliche Ressentiments verbreitet waren, ihre Bindung an die Kirche beibehielten. Personen, die ihren christlichen Glauben bezeugten, nachdem sie bereits aus der evangelischen Kirche ausgetreten waren, sind in einzelnen Fällen ebenfalls aufgenommen worden.[78]

b) Konfliktsituation

Für die Aufnahme in das Verzeichnis war es nicht entscheidend, ob die Gewalt oder die Repressionen, unter denen eine Person ums Leben kam, einen dezidiert antichristlichen Hintergrund hatten. Dies war insbesondere unter stalinistischer Herrschaft in der Sowjetunion, aber auch in anderen Staaten der Fall, die zum sowjetischen Machtbereich gehörten. Dort richteten sich

76 Besondere Schwierigkeiten ergeben sich hieraus im Hinblick auf die zahlreichen im Zweiten Weltkrieg hingerichteten Deserteure. Viele von ihnen waren christlich geprägt, doch es ist schwer zu bestimmen, welchen Einfluss diese Prägung auf den Entschluss zur Desertion hatte, der vielfach durch spontane, situationsbedingte Regungen ausgelöst wurde. Dass eine protestantische Prägung hier durchaus zum Tragen kommen konnte, lässt sich z. B. anhand des autobiographischen Berichts nachvollziehen, den der Schriftsteller Alfred Andersch über seine Desertion verfasste, die ihm 1944 in Italien gelang (A. Andersch: Kirschen, insbes. S. 112–115). Zur Forschungslage über Kriegsdienstverweigerer und Deserteure siehe den Beitrag von N. Haase in diesem Band.

77 E. Bethge: Märtyrertum, S. 150.

78 Ihre Aufnahme ist nicht als nachträgliche Vereinnahmung für die Kirche zu verstehen, sondern resultiert aus einem weiten und offenen Verständnis von christlicher Identität und protestantischer Prägung.

Verfolgungsmaßnahmen gezielt gegen Pastoren und Gemeindeglieder, weil deren Glaube und Lebensweise kommunistischen Prinzipien widersprachen.[79] In vielen anderen Fällen jedoch, vor allem im nationalsozialistischen Deutschland, hatte die christliche Glaubenshaltung derer, die wegen ihres nonkonformen oder widerständigen Handelns als Staatsfeinde verfolgt wurden, aus der Sicht der betreffenden Instanzen keine Relevanz. Ausschlaggebend für die Aufnahme in das Verzeichnis war hier die christliche Prägung der Verfolgten. Das Martyriumsverständnis, auf dem dieses Verzeichnis basiert, bezieht sich jedoch nicht auf Personen, die wahllos getötet wurden oder einer kollektiven Verfolgung zum Opfer fielen, für die die individuelle religiöse Prägung unerheblich war.[80] Letzteres gilt in der Regel für jene, die aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Identität als Deutsche im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg mit Repressionen belegt, deportiert oder interniert wurden und dabei ums Leben kamen oder gezielt getötet wurden.[81] Einzelfälle, in denen ein Zusammenhang zwischen dem kirchlichen Amt oder der christlichen Prägung einer Person und deren Tod erkennbar ist, werden hier jedoch mitdokumentiert. Im Hinblick auf die Verfolgungsgründe nehmen die Christen jüdischer Herkunft eine Sonderstellung in diesem Verzeichnis ein. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bestand der einzige Grund für ihre Ermordung in ihrer jüdischen Abstammung, unabhängig von ihrem individuellen Handeln, ihrer christlichen Identität und ihrer Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche.[82]

c) Todesumstände

Das Erleiden eines gewaltsamen Todes ist nach dem hier zu Grunde liegenden Verständnis konstitutives Element eines Martyriums. Personen, die in Bedrängnis gerieten und Gewalt erfuhren, aber dabei nicht ums Leben kamen, sind daher in diesem Verzeichnis nicht vertreten.[83] Neben der gezielten Tötung eines Menschen durch physische Gewalt werden auch andere Formen direkter oder indirekter Gewalt mit Todesfolge dokumentiert: Entkräftung durch Folter oder Zwangsarbeit sowie mangelhafte Ernährung und unzulängliche ärztliche Versorgung in Gefängnissen und Lagern. Auch Personen, die nach ihrer Freilassung aus der Haft nicht mehr in ihren gewohnten Lebenskreis zurückkehren konnten, sondern schon bald

79 Zu den Verfolgungen in der Sowjetunion siehe den Beitrag von G. Stricker in diesem Band.

80 Hierin unterscheidet sich das Martyriumsverständnis, das diesem Buch zu Grunde liegt, von dem befreiungstheologischen Verständnis eines kollektiven Martyriums der Armen und Entrechteten (vgl. hierzu J. Moltmann: Leiden; E. Christen: Martyrium; P. G. Schoenborn: Alphabete).

81 Hierunter fallen z. B. Todesfälle im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus anderen Siedlungsgebieten deutscher Minderheiten in Osteuropa sowie Todesfälle unter den Angehörigen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion, die zwischen 1941 und 1945 im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg in Arbeitslager deportiert wurden. Siehe hierzu die Beiträge von G. Stricker und G. Grünzinger in diesem Band.

82 Siehe hierzu den Beitrag von S. Lekebusch in diesem Band.

83 Siehe hierzu den Beitrag von G. Schneider-Ludorff in diesem Band.

an den unmittelbaren gesundheitlichen Folgen ihrer Haft starben, sind in das Verzeichnis aufgenommen worden. Entsprechendes gilt für Personen, die nicht inhaftiert waren, deren Gesundheit aber durch Repressionen anderer Art so sehr geschädigt wurde, dass sie starben. Neben dem rein passiv erlittenen Tod wird unter bestimmten Umständen auch der Suizid als Bestandteil eines Martyriums betrachtet. Bei einigen Angehörigen von Widerstandsgruppen im nationalsozialistischen Deutschland war die Selbsttötung dadurch motiviert, dass sie auf diese Weise das Risiko ausschließen wollten, durch Aussagen unter Folter andere Personen zu gefährden. In anderen Fällen nahmen sich Menschen das Leben, weil sie dem psychischen Druck von Repressionen nicht gewachsen waren. Der Entschluss, aus dem Leben zu scheiden, ist häufig auf mehrere Faktoren zurückzuführen, die sich von Außenstehenden – zumal aus historischer Distanz – nur teilweise erfassen lassen. Gelegentlich hatte der selbst herbeigeführte Tod stellvertretenden, solidarischen oder zeichenhaften Charakter.[84] Für die Aufnahme in dieses Verzeichnis war die subjektive Einschätzung der Betroffenen entscheidend, einen objektiv gegebenen Konflikt nicht mehr anders bewältigen zu können.

Das biographische Verzeichnis in diesem Band belegt die Bedeutung des christlichen Glaubens in einer Vielzahl von Konflikten, in denen Menschen zu Tode kamen, weil sie sich weigerten, dem Unrecht die Herrschaft über ihr eigenes Leben und das Leben ihrer Mitmenschen zu überlassen. Die Lebensläufe dieser Menschen waren teilweise gebrochen und widersprüchlich. Unverkennbar ist die Vielgestaltigkeit, die das Phänomen des Martyriums im 20. Jahrhundert kennzeichnet. Die vorliegende Dokumentation kann dieses Phänomen, soweit es die evangelische Kirche betrifft, nicht vollständig erfassen, aber eine differenzierte Betrachtung ermöglichen. Auf diese Weise soll sie dazu dienen, den Diskurs über ein evangelisches Martyriumsverständnis und über eine angemessene Würdigung evangelischer Märtyrerinnen und Märtyrer des 20. Jahrhunderts künftig auf einer breiteren empirischen Basis zu führen, als dies bislang möglich war.

84 Vgl. A. Kurschat: Bericht, S. 125; ferner U. Büttner: Opfer, S. 53.

Wolf-Dieter Hauschild

Märtyrer und Märtyrerinnen nach evangelischem Verständnis[1]

„Martyres" hat es im Christentum seit den Anfängen gegeben, denn der authentische Ur-Märtyrer ist bekanntlich Jesus Christus: der Blutzeuge, der durch seinen Kreuzestod die Wahrheit seiner Botschaft bestätigt hat. Bemerkenswerterweise wird im Protestantismus gelegentlich die Meinung vertreten, der Begriff Märtyrer und alles, was damit zusammenhänge in Lehre und Praxis, sei so „katholisch", dass ein evangelischer Umgang mit diesem Thema sich im Grunde erübrige. Bestenfalls sind solche Kritiker bereit, den angeblich katholischen, antiquierten Begriff durch andere – nur scheinbar äquivalente – Begriffe zu ersetzen: Glaubenszeugen, Christuszeugen, Zeugen einer besseren Welt, Widerstandskämpfer oder dergleichen.[2] Analoge Schwierigkeiten zeigen sich im Protestantismus gegenüber dem Begriff der Heiligen. Doch sie sind deswegen eigentlich unangebracht, weil uns dieser Begriff im Neuen Testament als geläufige Bezeichnung für alle Christinnen und Christen begegnet, also für ganz normale Gläubige. Paulus schreibt z. B. an die „berufenen Heiligen" in Rom und Korinth (Röm 1,7; 1Kor 1,2). Wir reservieren beide Namen für exzeptionelle Heroen; damit verkürzen wir aber deren Bedeutung, wie sie uns in der Bibel, im Bekenntnis und in der Geschichte der Kirche begegnet. Gerade der enge Bezug zwischen dem normalen und dem exzeptionellen Christsein, der hier semantisch aufleuchtet, verweist darauf, dass es spezifische Lebenssituationen sind, in denen das Alltägliche ein besonderes Gewicht bekommt (äußere Umstände, die wir Menschen uns nicht aussuchen können, in denen wir uns vielmehr schicksalhaft vorfinden bzw. in die wir – christlich formuliert – durch Gott unversehens hineingeführt werden können).

Das Thema stellt uns evangelische Protestanten also vor einige grundsätzliche Probleme. Diese wirken sich in der Praxis dann aus, wenn wir Konkretionen benennen wollen z. B. hin-

1 Zuerst veröffentlicht in: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 21, 2003, S. 1–23.

2 Diese Meinung äußerten z. B. einige Mitglieder der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte bei einer Aussprache zu dem geplanten Projekt „Evangelische Märtyrer" auf der Jahrestagung am 22./23. Juni 2001 in Berlin-Pankow. Folgender Vergleich der wissenschaftlichen Standardlexika beider Konfessionen ist aufschlussreich: Während der Artikel „Märtyrer I.-V." in LThK^3 6, 1997, Sp. 1436–1444 nach historischen Abschnitten zwei relativ ausführliche Abschnitte zur systematisch-theologischen Bedeutung und zur Spiritualität bringt, fehlt Derartiges im Artikel „Märtyrer I.–VIII." in RGG^4 5, 2002, Sp. 861–873 bis auf eine „missionstheologisch[e]" Betrachtung (Sp. 872 f.). C. Strohm: Märtyrer, Sp. 867: „Jedoch lassen sich mit reformatorischen Grundentscheidungen, anders als für einen kath. Zugang, […] letztlich keine klaren Kriterien zur Abgrenzung und einer damit verbundenen Wertung des Christseins vereinbaren." Zurückhaltend votiert F. Rickers: Orientieren statt idealisieren, S. 205–224.

sichtlich des angemessenen kirchlichen Umgangs mit dem Phänomen Märtyrertum oder bei der Auswahl jener Personen, die als Märtyrer/Märtyrerinnen gelten können. Beide Konkretionen hängen natürlich zusammen; denn für einen Protestantismus, der jenem Phänomen insgesamt mit Desinteresse begegnet (und dies besteht heute wohl weithin, abgesehen von der selektiven Konzentration auf einige wenige Gestalten), ist die Frage nicht sonderlich wichtig, ob dieser Mann oder jene Frau womöglich als Märtyrer gelten soll oder darf. Wenn unser Thema keinen existentiellen Bezug besitzt, d. h. keine entsprechenden Frömmigkeitsformen im alltäglichen wie im gottesdienstlichen Leben der evangelischen Kirchen aufweist, dann ist seine theoretische Behandlung für Kirche und Theologie eher unerheblich oder sie ist eine Aufgabe der kirchengeschichtlichen Wissenschaft von untergeordneter Bedeutung. Damit stehen wir vor einigen Aporien, die vorweg skizziert seien.

Einleitung: Problemanzeige

Ein „evangelisches Verständnis" gibt es in mehrfacher Hinsicht nicht.

1. Es ist allgemein unklar oder nicht lehrmäßig geklärt, was das Wesen eines Märtyrers/einer Märtyrerin ist; es fehlen eindeutige und allgemein akzeptierte Kriterien für die Definition. Demgemäß gibt es ein „evangelisches Verständnis" nicht im Sinne einer einheitlichen Größe; es existieren vielmehr im pluralistischen Sinne unterschiedliche Verständnisse; und das hängt auch damit zusammen, dass dem Protestantismus die theologische, religiöse und institutionelle Einheit fehlt.
2. Die theoretische Bearbeitung unseres Themas kann nur in einem methodologisch ungeklärten Beziehungsgeflecht von theologischen Kriterien und historischen Fakten stattfinden. Deswegen ist zu beachten, dass auch der Begriff „evangelisch" uneindeutig ist. Er umfasst ja nicht nur Lutheraner, Reformierte und Unierte, sondern auch Täufer und Spiritualisten, Mennoniten und Quäker, Methodisten und Baptisten (die undifferenzierte Welt der sog. Freikirchen, deren Grenzen fließend sind im Blick auf die sog. Sekten: Adventisten, Mormonen, Zeugen Jehovas u. a.). Wir stehen somit vor einem vielfältigen historischen Material, und die damit gegebene Komplexität verstärkt sich noch, wenn man die Anglikaner einbezieht. Diese haben im Blick auf die Verfolgung unter der „blutigen Maria" 1553–1558 eine spezifische Märtyrer-Erinnerungskultur entwickelt (vor allem durch das Martyrologium des John Foxe).[3] Dass die Täufer, die gemeinhin bei der Erörterung des evangelischen Märtyrerverständnisses ausgeschlossen werden, eine Märtyrerbewegung bildeten,[4] dass man mit guten Gründen Thomas Müntzer und Ulrich Zwingli als Märtyrer würdigen kann, dass die Religionskriege des 16./17. Jahrhunderts zahllose Martyrien produzierten – all das

3 Vgl. dazu z. B. W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 224.

4 Vgl. z. B. ebd., S. 86-90, 140-142.

und noch weitere historische Sachverhalte bedürften einer differenzierten Theoriebildung. Die würde freilich den Umfang dieses Beitrags sprengen und bleibt deshalb leider unberücksichtigt.

3. „Märtyrer nach evangelischem Verständnis" sind auch diejenigen Glaubenszeugen und -zeuginnen, die von der römisch-katholischen oder der russischen orthodoxen Kirche als Märtyrer verehrt werden. Sie sind jedoch offenkundig keine „evangelischen Märtyrer und Märtyrerinnen". Das gilt insbesondere für diejenigen unter ihnen, die ihren Märtyrerstatus durch evangelische Einwirkung erlangt haben, also für die nicht geringe Zahl der religiös-konfessionellen Opfer des Protestantismus vor allem im 16. und 17. Jahrhundert.[5] Wir stoßen hier auf einen bekannten, für unser Thema grundlegenden Sachverhalt: den konstitutiven Gemeinschaftsbezug bzw. die ekklesiologische Dimension. Diejenigen, die als Märtyrer/Märtyrerinnen eine besondere Dignität erhalten haben, besitzen generell diese Geltung nur innerhalb ihrer jeweiligen Konfessionskirche. Ein „ökumenisches Verständnis" von Märtyrertum wird zwar heute gerne beschworen und es lässt sich vielleicht realisieren und konkretisieren im Blick auf die Blutzeugen der nichtchristlichen Gewaltherrschaften im 20. Jahrhundert. Doch die härtere Nuss ist zu knacken nicht im Blick auf unsere gemeinsame Opfergeschichte, sondern hinsichtlich unserer jeweiligen Tätergeschichte: Ökumenisch vereint als Kirche Jesu Christi ist die konfessionell differenzierte Christenheit seit der „Konstantinischen Wende" des 4. Jahrhunderts zunächst einmal in den steigenden Zahlen von wechselseitigen Tötungen Andersgläubiger um des Glaubens und der Lehre willen. Vorerst wird daran nur die dezidierte Partikularität der jeweiligen Märtyrerpraxis deutlich.
4. Da der Protestantismus keine festgefügte Erinnerungskultur im Blick auf seine Märtyrer und Heiligen besitzt (die Ansätze dazu in den reformatorischen Kirchenordnungen und Heiligenbüchern des 16. Jahrhunderts sind spätestens im 18. Jahrhundert allenthalben verschwunden),[6] stellt sich für unser Thema das praktische Problem der normativen Entscheidung. Es gibt hier wie keine rechtlich fixierten Kriterien und keine offiziell approbierten Martyrologien so auch keine Entscheidungsinstanzen, die der römisch-katholischen Kongregation für die Heiligsprechung und deren dogmatisch begründetem Kriterienkatalog vergleichbar wären. Dennoch gibt es dauerhaft wirksame Entscheidungen. Wir haben einige wenige Kirchen und kirchliche Gebäude benannt nach Märtyrern, Bekennern sowie Heroen des Glaubens und der Liebe: von Luther und Melanchthon über Gustav Adolf und Paul Gerhardt bis zu Dietrich Bonhoeffer, Paul Schneider, Martin Niemöller und Martin Luther King.
5. Das „evangelische" Verständnis ist kein partikular-christliches, als beträfe es eine Sonderge-

5 Vgl. z. B. ebd., S. 202, 226. Erheblich größer war jedoch die Zahl der „katholischen Märtyrer", d. h. der von katholischen Obrigkeiten hingerichteten evangelischen „Ketzer"; vgl. ebd., S. 208–210, 214 f., 258, 486.

6 Dazu siehe z. B. W.-D. Hauschild: Lübecker Kirchenordnung, S. 147–151; P. Savvidis: Hermann Bonnus, S. 205–268; R. Lansemann: Heiligentage.

meinschaft oder gar Sekte. Diese Feststellung ist theologisch wichtig, auch wenn sie heute durch das sektenhafte Selbstverständnis vieler Protestanten konterkariert wird. Evangelisches Verständnis ist ein Postulat oder Ideal, das sich auf das Evangelium von Jesus Christus als grundlegende Norm bezieht (eine Norm, die uns allerdings in unserer kirchlichen Praxis so inhaltsleer oder kraftlos begegnet, dass die Lebenswirklichkeit davon kaum berührt wird). Im ökumenischen Gespräch gilt jedoch, dass das wahrhaft „evangelische" Verständnis des Märtyrertums zugleich die wirklich „katholische" und „orthodoxe" Sicht impliziert: eine die gesamte Kirche weltweit durch alle Zeiten hindurch bindende rechte Lehre, die sich im Evangelium gründet. Das soll im Folgenden expliziert werden, und zwar aus praktischen Gründen in rein theologischer Betrachtung, konzentriert auf Schrift und Bekenntnis als den beiden grundlegenden Normtexten des lutherischen Protestantismus (gemäß der durch die Orthodoxie des 17. Jahrhunderts formulierten Differenzierung zwischen Bibel als *norma normans* und Bekenntnisschriften als *norma normata*).

1. *Das Schriftprinzip als erstes Kriterium für eine Definition des Begriffs „Märtyrer/Märtyrerin"*

Wenn hier das evangelische Verständnis eruiert werden soll, so gilt als Basis dafür zuvörderst – trotz aller dogmatischen Nivellierung, theologischen Subjektivität und kirchlichen Pluralisierung – ein scheinbar allen gemeinsames und eindeutiges Kriterium: das Schriftprinzip „sola scriptura". Es wird wirksam in der ausschließlichen Orientierung an der hermeneutisch vom Neuen Testament erschlossenen Bibel, was zweierlei bedeutet: a) Historischen Sachverhalten wird eine dogmatische und damit eine existentiell verbindliche Normativität zuerkannt (z. B. dem Kreuzestod Jesu oder den Jesusworten über die Leidensnachfolge, das Bekennen und Verleugnen, wobei es in dieser Hinsicht zunächst belanglos ist, ob es sich dabei um sog. nachösterliche Gemeindebildungen bzw. urchristliche Theologie oder um die authentische Jesusverkündigung handelt). – b) Die disparaten und divergenten Aussagen der Bibel erhalten eine inhaltliche Zentrierung auf das Evangelium, d. h. auf die Lehre von der Rechtfertigung des sündigen Menschen allein durch den Glauben an Jesu Christi Heilswirken und Sühnetod. Wie auch immer diese nach evangelischem Verständnis zentrale und fundamentale Rechtfertigungslehre interpretiert werden mag, es bleibt zu beachten, dass sie von der Wurzel her mit unserer martyrologischen Thematik verbunden ist.[7]

Es ist wohl faktisch heute der Sinn der theologischen Wissenschaft und ihrer Einzeldisziplinen, durch exegetische und dogmatische Differenzierung alle scheinbar klaren Sachverhalte so

7 Vgl. die grundlegende Bekenntnisaussage in Confessio Augustana Art. 4, wonach die Glaubenden propter Christum per fidem gerechtfertigt werden, „wenn sie glauben, daß […] die Sünden vergeben werden wegen Christus, der durch seinen Tod für unsere Sünden Genugtuung geleistet hat". Zu den dort genannten biblischen Referenztexten s. Röm 3,21–28; 4,24 f.

zu problematisieren, dass von einer Einheit der Theologie und einem Gesamtbild des Wirkens Jesu sowie der urchristlichen Geschichte nur der ergebnislose Dissensus hinsichtlich derselben fassbar wird. Eine kirchenhistorische Arbeit, der es um die langfristige Entwicklung geht, kann derlei vernachlässigen und sich auf Interpretationen stützen, die zum Gesamtbild der Entwicklung passen. Das gilt auch für unser Thema. Zu diesem steuert die nach-neutestamentliche Literatur des 2. Jahrhunderts einige wichtige Erkenntnisse bei. Diese bei der Frage nach dem evangelischen Verständnis von Martyrium zu berücksichtigen, widerspricht nicht dem genannten Schriftprinzip. Denn einerseits ist dessen geschichtliche Gestalt evident (wie sich vor allem in der Diskussion um die Beziehung von Schrift und Tradition und in der Diskussion um die Schriftgemäßheit der reformatorischen Rechtfertigungslehre zeigt). Andererseits wird alle exegetische Arbeit durch ein Vorverständnis geprägt, also durch Kategorien, die nicht unmittelbar aus der Bibel gewonnen sind, aber sich an deren Texten bewahrheiten müssen. Für unser Thema bedeutet das Folgendes: Die patristische Forschung hat eine kontinuierliche Entwicklungslinie von den Anfängen der urchristlichen Literatur im vorsynoptischen Spruchgut und im paulinischen Schrifttum bis zu den martyrologischen Reflexionen des 2./3. Jahrhunderts aufgewiesen.[8] Ein „evangelisches Verständnis" unseres Gegenstandes kann das nicht ignorieren. Praktisch hat das für diesen Beitrag den Vorteil, dass der Patristiker auf der Jagd nach Erkenntnis sich nicht als „Wilderer" im Dickicht der neutestamentlichen Wissenschaft auf einen aussichtslosen Posten begeben muss.

1.1 Die Anfänge einer fixierten Martyrologie im 2. Jahrhundert

In der Forschung besteht weitgehende Übereinstimmung dahingehend, dass das Neue Testament noch nicht den klassischen Märtyrerbegriff kennt, d. h. „martys" als terminus technicus im Sinne des Blutzeugen, bei dem das Christusbekenntnis als Wortzeugnis vor dem staatlichen Gericht mit der Hinrichtung als Tatzeugnis in Leiden und Tod zusammentrifft.[9] Dieser Grundgedanke begegnet uns vielmehr erstmals eindeutig in der ältesten sog. Märtyrerakte, dem Martyrium Polykarps, einem Brief der Gemeinde von Smyrna aus der Zeit wohl um 160.[10] Einerseits wird er und damit der tituläre Märtyrerbegriff dort als bereits bekannte Auffassung vorausgesetzt, sodass wir seine Entstehung bzw. Fixierung in der ersten Hälfte des 2. Jahrhunderts ansetzen können; andererseits erhält er dort eine historisch bedeutsame theologische Interpretation sowie einen wirkungsgeschichtlich enorm wichtigen Praxisbezug (d. h. einen konstitutiven Bezug auf die Person Jesu Christi sowie die Begründung der kultischen Verehrung der Märtyrer durch die Kirche).

8 Vgl. dazu z. B. H. v. Campenhausen: Die Idee des Martyriums; T. Baumeister: Anfänge; Ders.: Genese und Entfaltung.

9 Vgl. den Nachweis bei N. Brox: Zeuge und Märtyrer; H. Strathmann: *martys*, S. 477–520.

10 Den Nachweis für diesen bekannten Sachverhalt entfalten T. Baumeister: Anfänge, S. 302–306 und der ausführliche Kommentar von G. Buschmann: Polykarp, S. 58–66, 98–107.

Das sei hier kurz angesprochen. Immerhin handelt es sich um einen Schlüsseltext für unsere Thematik.[11] Der alte Bischof Polykarp erscheint profiliert als Führungsgestalt der Christenheit (nicht als ein normales Glied der Kirche); er wird bewusst von den anderen Opfern in der in Smyrna wütenden Christenverfolgung abgehoben. Polykarp erweist sich als Bekenner des Evangeliums gegen den römischen Staatskult und gegen die diesen stützende politische Herrschaft (auch gegen die allgemeine Volksmeinung, welche das Christentum als ein gesellschaftsschädliches Außenseitertum attackiert). Sein *martyrion* im *stadion* (in der Rennbahn vor Tausenden von Zuschauern) besteht zunächst in dem öffentlichen Bekenntnis, Christ zu sein (was hier als strafbarer Tatbestand erscheint), sodann im Erleiden des Feuertodes.[12] Der anonyme Verfasser der Endgestalt der Märtyrerakte parallelisiert Polykarps Weg in den Tod durchgängig mit Einzelzügen der Passion Christi: Das Martyrium ist demnach eine *mimesis* Jesu Christi, eine Nachfolge des Herrn, die konkret dessen Weg in den Tod entspricht und die deshalb als Sieg über den Teufel (die Mächte der Finsternis, die in den heidnischen Verfolgern sichtbar werden) und als ein Gott dargebrachtes Opfer qualifiziert wird. Deswegen wird der Märtyrer fortan geehrt durch die Gedächtnisfeier der Gemeinde im Gottesdienst an seinem Todestag, der als „Geburtstag" gilt, nämlich als Beginn des ewigen Lebens in der göttlichen Herrlichkeit. Alle Christgläubigen sollen dadurch motiviert werden, „sein Martyrium […] nachzuahmen (*mimeisthai*) gemäß dem Evangelium Christi".[13] Und um gleichsam der Aversion einer späteren protestantischen Leserschaft zu begegnen (historisch gesprochen: um die christliche Märtyrerverehrung von dem hellenistischen Heroenkult deutlich abzuheben, wo Heroen als Halbgötter gelten), betont der Redaktor der Märtyrerakte: „Denn diesen [d. h. Jesus Christus] beten wir an (bzw. verehren wir kultisch: *proskynoumen*), aber die Märtyrer lieben wir als Schüler und Nachahmer des Herrn (*mathētas kai mimētas*)", wobei wir deren „Genossen und Mitschüler werden" wollen.[14]

Die kategoriale Differenz zwischen Christus und dem Märtyrer als Christuszeugen bleibt also gewahrt. Angesichts dessen und angesichts der fundamentalen Bedeutung des „Evangeliums Christi" für das Martyrium Polycarpi können wir Protestanten dieses kirchengeschichtlich wichtige Dokument nicht einfach abtun als einen für uns belanglosen Referenztext einer katholischen oder orthodoxen Frömmigkeit, die wir dogmatisch ablehnen. Die Anfänge der Märtyrerverehrung leiten keineswegs jene Fehlentwicklung ein, die wir als Protestanten im Blick auf die Auswüchse des Heiligenkultes in der späten Alten Kirche und im Mittelalter kritisieren. Vielmehr entsprechen sie dem, was wir schon im Neuen Testament feststellen können (und zwar nicht nur in dessen als „frühkatholisch" perhorreszierten Teilen, sondern auch bei

11 Buschmann bietet eine deutsche Übersetzung; Text mit Übersetzung siehe z. B. bei A. Lindemann/H. Paulsen: Die Apostolischen Väter, S. 260-285.

12 MartPol 8,1–15,2; ebd., S. 268–276.

13 MartPol 19,1; ebd., S. 280.

14 MartPol 17,3; ebd., S. 278 f. Zur Redaktion des Textes und zum Verhältnis von Christuskult und Märtyrerverehrung: G. Buschmann: Polykarp, S. 324–361; H. v. Campenhausen: Bearbeitungen, S. 253–301.

Paulus und in den Evangelien). Damit sind wir auf der Suche nach Kriterien für ein evangelisches Verständnis des Märtyrertums bei unserem grundlegenden Schriftprinzip. Es versteht sich, dass aus zeitökonomischen Gründen der neutestamentliche Befund in diesem Beitrag nur pauschal und lückenhaft angesprochen werden kann.

1.2 Jesu Tod und das vorsynoptische Spruchgut

Entscheidend ist die Gestalt Jesu, doch bei der Erforschung des historischen Jesus ist bekanntlich fast alles so umstritten, dass für unsere Kriterienbildung die entscheidende dogmatische Gewißheit problematisch ist (schon die Frage, ob die Worte und Taten des historischen Jesus als Bezugspunkt wichtiger sind als die Christusverkündigung der Urgemeinde). Unstrittig dürfte es sein, dass Jesus in Konsequenz seines Redens und Handelns als Verbrecher am Kreuz hingerichtet worden ist, und dass er dieses Ende mit einem erheblichen Maß an Freiwilligkeit – jedenfalls nicht völlig unfreiwillig – erlitten hat.[15] Damit war er das, was wir heute im allgemeinen Sinne als Märtyrer bezeichnen: jemand, der wegen seiner Glaubensüberzeugung und wegen deren öffentlicher Verlautbarung gestorben ist, und zwar im Konflikt mit erheblichen Teilen der Gesellschaft (Pharisäern, Schriftgelehrten, Hohepriestern) sowie mit dem Staat, der römischen Besatzungsmacht. Dieses historische Faktum hat das urchristliche Kerygma theologisch interpretiert im Zusammenhang mit der Christologie, wonach Jesus als Christus bzw. als Sohn Gottes bzw. als Menschensohn eine schlechterdings singuläre Gestalt war. Die theologische Deutung seines Todes als stellvertretender Sühne oder als Versöhnungsopfer ist schon sehr früh (in Verbindung mit dem Glauben an seine Auferweckung durch Gott) der Grund geworden für die einzigartige Verehrung seiner Person. Davon wurde der gesamte Vorstellungskomplex des Martyriums geprägt, wie wir eben exemplarisch an der Passio Polycarpi gesehen haben. Auch wenn man jene christologisch-soteriologische Interpretation nicht akzeptiert, bleibt es historisch sicher, dass Jesus der erste Märtyrer war und dass es schon deswegen folgerichtig war, wenn sich im Christentum von Anfang an eine Martyrologie mit enormer praktischer Wirkung entfaltete (nämlich das Leiden und Sterben in der Nachfolge Christi bzw. wegen des Christusglaubens oder der Existenz als Christin/Christ). Man kann also im Blick auf die Kriterienfrage ganz allgemein konstatieren: Sowohl vom historischen Faktum her als auch – und erst recht – in der theologischen Würdigung ist das Christentum konstitutiv eine Märtyrerreligion.

Davon wird das vorsynoptische Spruchgut bestimmt, bei dem im Einzelnen diskutiert wird, ob und inwiefern es historisch-authentische Jesusworte enthält. Ungeachtet der wissenschaftlichen Begründungen bleibt generell die große Wirkungsgeschichte der entsprechenden Logien beachtlich, beispielsweise: „Selig, die verfolgt werden wegen der Gerechtigkeit“ (Mt 5,10);

15 Aus der unübersehbaren Fülle sei dafür z. B. genannt: J. Becker: Jesus von Nazaret, S. 413–440.

„Wer mir nachfolgen will, soll sich selbst verleugnen, sein Kreuz auf sich nehmen und mir folgen“ (Mk 8,34); „Jeder, der sich zu mir bekennt vor den Menschen, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater in den Himmeln“ (Mt 10,32). Von besonderer Bedeutung ist ein Logion in der wohl von der Urgemeinde geprägten Fassung: Wenn den Jüngern vor den geistlichen und weltlichen Machthabern der Prozess gemacht wird, sollen sie sich nicht um ihr Zeugnis sorgen; denn nicht sie reden dann, sondern der Geist des Vaters redet durch sie bzw. der Heilige Geist lehrt alles Nötige (so Mt 10,20; Lk 12,12). Gott also bewirkt das entscheidende Bekenntnis (*homologia*) bzw. Zeugnis (*martyrion*).

Schon das früheste Textcorpus, die sog. Logienquelle Q (deren Existenz allerdings heute z. T. bestritten wird), enthält ein martyrologisches Konzept, wonach Jesus und dessen Jünger Verfolgung bis zum Tod erleiden, entsprechend dem gewaltsamen Geschick der Propheten.[16] Und das Markusevangelium versteht durchgängig das Leiden der Jünger, d. h. der Boten des Evangeliums, als Nachfolge Jesu, als Konsequenz von dessen Passion als Teilnahme an dessen Tod.[17]

1.3 Das Leiden der missionarischen Prediger und Apostel

Der Hauptstrom der neutestamentlichen Aussagen über dieses Leiden der Christusjünger bezieht sich auf die Missionare, die aktiven Verkündiger des Evangeliums (und schließt dabei grundsätzlich die Frauen ein). Dem entspricht Lukas’ Darstellung von Stephanus’ Schicksal Apg 6,8–8,2, der in der späteren christlichen Tradition als der „Erzmärtyrer“ gilt, als der exemplarische erste Märtyrer.[18] (Lukas nennt ihn später in der Paulusrede Apg 22,20 einen „martys“, einen Blutzeugen Christi und steht damit am Anfang der terminologischen Entwicklung, die zum Polykarpmartyrium führt.) Das martyrologische Verständnis des Apostelschicksals klingt bei Paulus an, zumal in 2Kor 4,8–11 und in Phil 1,20–23; es wird vom Verfasser der Pastoralbriefe, einem Paulusschüler, fortgeführt (z. B. 2Tim 1,8; 4,5–8). Als Kriterium für das Märtyrerverständnis gewinnen wir daraus, dass es sich um einen ausdrücklichen Einsatz für die Sache des Christentums an profilierter Stelle als Missionar oder Prediger handelt. Hauptmerkmal des leidenden und sterbenden Christuszeugen, der in der Kreuzesnachfolge seines Herrn steht, ist also die öffentliche Wortverkündigung, die zur Kollision mit der jüdischen oder heidnischen Umwelt führt. In der historischen Perspektive kann man sagen, dass es nur einige wenige Märtyrer dieses Typs in der Frühzeit gab (u. a. neben Stephanus und Paulus auch den Herrenbruder Jakobus, Petrus und die Zebedaiden Jakobus und Johannes).

16 Vgl. dazu T. Baumeister: Anfänge, S. 76–81. Allgemein siehe J. Schröter: Logienquelle, Sp. 483–486.

17 Vgl. T. Baumeister: Anfänge, S. 81–90.

18 Noch die „Erneuerte Agende“/Agende I (Vorentwurf). 3. Aufl. Hannover 1992, S. 330 vermerkt den 26. Dezember als „Tag des Erzmärtyrers Stephanus“. Generell dazu siehe H. J. Limburg: Stephanus, Sp. 959.

1.4 Das Leiden der Gemeindeglieder

Daneben gibt es im Neuen Testament eine zweite Linie, die für unser Kriterienproblem nicht minder bedeutsam ist. Wir finden sie um *90–95* in der Johannesapokalypse und im 1. Petrusbrief, also in Texten, die auf die Situation in Kleinasien verweisen, jenes Gebiet, in dem es besonders viele Christenverfolgungen gab und wo der Märtyrertitel und die Märtyrerverehrung entstanden. Der 1. Petrusbrief spricht Gemeindeglieder an, die als Fremdlinge inmitten einer feindlichen Gesellschaft leben und wegen ihrer von dieser markant unterschiedenen Lebensweise verfolgt werden (wegen ihrer Gottesfurcht, Gerechtigkeit, Heiligkeit, Liebe, Rechtschaffenheit, Demut etc.): Sie müssen leiden „als Christen" (dieser Begriff begegnet uns in *4,16* singulär neben Apg *11,26* und *26,28*); das Leiden demonstriert ihre durch die Taufe begründete Verbundenheit mit Jesus Christus; es ist eine von Gott geschenkte Gnade, die Jesu stellvertretendes Leiden bei ihnen in der Sündenvergebung und in der Hoffnung auf die jenseitige Welt wirksam werden lässt (z. B. 2,19–25; 4,12–19).[19] Der Tod als Teil jenes Leidens wird zwar nicht direkt thematisiert, dürfte aber impliziert sein. Märtyrer bzw. potentielle Märtyrer sind also die normalen Gemeindeglieder, und zwar in größerer Anzahl, nicht so sehr wegen einer öffentlich vorgetragenen Christusverkündigung als vielmehr wegen eines christusgemäßen Lebensstils, der mit den gesellschaftlichen Normen kollidiert. Allerdings werden sie hier nicht mit dem Begriff „martys" bezeichnet; diesen verwendet der Verfasser – also der pseudepigraphe Petrus – als Selbstaussage: Er ist „Zeuge der Leiden Christi und Teilhaber der bald offenbarten Herrlichkeit" (5,1). Damit meint er wohl nicht seine missionarische Verkündigungstätigkeit (dagegen spricht die Parallelität der Begriffe *martys* und *koinōnos*), sondern die praktische Verbindung mit dem Schicksal Christi, das jetzige Leiden und die künftige Vollendung.[20]

In der Johannesapokalypse, die das Wortfeld *martys*, *martyria*, *martyrein* häufiger verwendet, sind die Märtyrer – neben Einzelgestalten von Verkündigern – die normalen Gemeindeglieder, die ihren Glauben und ihr Festhalten an Gottes Geboten gegen die Verfolgungen der feindlichen Umwelt (insbesondere der satanischen Staatsmacht) treu bewährt haben.[21] Sie bewahren mit ihrer tapferen Standhaftigkeit die Reinheit der idealen Kirche, d. h. derjenigen, die die Nachfolge des Lammes Jesus Christus in Leiden und Tod gegenüber der Gewaltherrschaft praktizieren. Sie bezeugen damit den eschatologischen Sieg Christi über die satanische Macht, den sie selber in der himmlischen Herrlichkeit erleben werden, als eine gegenwärtig wirksame Realität. Insofern sind Märtyrer alle Christusgläubigen, die ihre Identität durch Wort und Tat in der alltäglichen Existenz gegenüber allen feindlichen Angriffen behaupten. Sie sind diejenigen, die anders als die lauwarmen Konformisten ihre Entschiedenheit durch existen-

19 Zur Interpretation siehe z. B. L. Goppelt: Der Erste Petrusbrief, S. 293–318.

20 Vgl. ebd., S. 322 f.

21 Dazu siehe z. B. T. Baumeister: Anfänge, S. 211–228.

tielle Resistenz demonstrieren, d. h. durch eine Einstellung und eine Lebensweise, welche der vom Satan beherrschten Welt in Staat und Gesellschaft widerspricht; deswegen müssen sie leiden.

1.5 Zusammenfassung

Auch wenn uns im Neuen Testament das fixierte Märtyrerverständnis noch nicht begegnet, welches erst die Quellen des 2. Jahrhunderts bezeugen, finden wir hier wesentliche Elemente einer evangelischen Sicht, welche darin „evangelisch" ist, dass sie sich grundlegend auf Person und Geschick Jesu Christi als des alleinigen Heilsbringers und Mittlers zwischen Gott und dem Menschen bezieht. Das gilt für exzeptionelle Gestalten wie Polykarp und Stephanus, das gilt aber auch für die namenlosen Gemeindeglieder in Kleinasien. Jene beiden sind Märtyrer geworden als Kritiker der Religiosität ihrer Umwelt, der heidnischen Verfehlung der Wahrheit im Götterkult von Smyrna bzw. der jüdischen Nichterfüllung des göttlichen Willens in Jerusalem. Grund ihres Martyriums war also der öffentlich manifestierte Widerspruch hinsichtlich der Religion, ausgeübt von prominenten, von der Allgemeinheit beachteten Persönlichkeiten. Gegen den offiziell sanktionierten Konformitätsdruck ihrer Umwelt übten sie gläubigen Widerstand in wahrhaft passiver Form: verbal artikulierte Verweigerung als Zeugnis des persönlichen Glaubens, der sein Fundament in Jesus Christus besaß. Anders stand es mit der meist nonverbal praktizierten Resistenz bzw. Widerständigkeit der namenlosen Gemeindeglieder kleinasiatischer Städte, über die uns der 1. Petrusbrief und die Johannesapokalypse informieren. Vielleicht sind sie ohne direktes persönliches Zutun in die Verfolgung seitens Gesellschaft und Staat geraten. Für die Kriterienfrage unseres Themas sind sie jedenfalls nicht von geringer Bedeutung, und wir können uns dabei auf das evangelische Schriftprinzip stützen. Denn wenn wir fragen, ob zum christlichen Märtyrertum auch die eher passiven Opfer von Gewaltmaßnahmen gehören, die nur deswegen zu Tode kamen, weil sie der Kirche angehörten (ohne sich in öffentlicher Verlautbarung den Machthabern zu widersetzen), dann erhalten wir von neutestamentlichen Zeugnissen her eine aufschlussreiche Antwort. Auch die religiöse, politische und gesellschaftliche Nonkonformität der Lebensart von Minderheiten, die zu deren gewaltsamer Beseitigung führt (zumeist partiell, nicht total), ist im theologischen Sinne ein Martyrium, ein praktisches Christuszeugnis.

1.6 Anhang zur Zusammenfassung

Es gibt für diesen Sachverhalt instruktive Dokumente außerhalb des biblischen Kanons, z. B. das Martyrium der Christen von Lyon und Vienne im Jahre 177 und die römische Christenverfolgung unter Kaiser Nero im Jahre 64. Gegenüber einer auf namhafte Einzelgestalten des 1./2. Jahrhunderts fixierten Martyrologie (die tatsächlich nur ganz wenige authentische Bei-

spiele aufzuweisen hat) haben wir hier ein gutes Korrektiv im Sinne einer „Demokratisierung" des Märtyrerbegriffs, das ein protestantisches Vorurteil gegen elitäre Ausnahmeerscheinungen abzubauen hilft. Und im Zusammenhang damit ist auf einen generellen Sachverhalt hinzuweisen: Die Märtyrerakten, Apologien und sonstigen Texte des 2./3. Jahrhunderts zeigen, dass die juristische Verurteilung der Christen und Christinnen sich bis 249/250 ohne konkrete Rechtsgrundlage vollzog auf der Basis eines geschichtlich gewachsenen Vorurteils, wonach das „nomen ipsum", also das Christsein als solches, strafbar wäre. Alle, die den Christennamen trugen, galten als potentielle Verbrecher und konnten so ohne weiteres das Martyrium erleiden. Das hing wiederum mit einem anderen Vorurteil zusammen, nämlich der Hinrichtung Jesu als des *Christus* (des *Messias*), d. h. eines politisch-religiösen Revolutionärs. Der Christustitel hing demnach mit dem Kreuzestod zusammen (und Paulus z. B. hat ihm eine entsprechende theologische Deutung gegeben). Durch ihren darauf bezogenen Namen waren die „Christiani/Christianae" von vornherein stigmatisierte Kandidaten für ein Martyrium.[22]

In Lyon und Vienne[23] richtete sich zunächst ein Pogrom der heidnischen Bevölkerung gegen sämtliche Mitbewohner, die als Christinnen und Christen bekannt waren; diese wurden schikaniert und verprügelt, schließlich vom zuständigen Staatsvertreter inhaftiert; etliche wurden zur Todesstrafe verurteilt, wahrscheinlich mehr als die im Märtyrerbericht namentlich Genannten. Diese Letzteren bekannten ausdrücklich ihren Glauben, all die anderen erlitten Verfolgung und Tod nur deswegen, weil sie der christlichen Gemeinde angehörten. Das war noch massiver der Fall in der Neronischen Verfolgung:[24] Als angebliche Brandstifter wurden zahlreiche Glieder der römischen Gemeinde hingerichtet, also wegen eines Verbrechens, das sie gar nicht begangen hatten, bzw. wegen der Tatsache, dass sie als sonderbare Außenseiter der Gesellschaft dieser verhasst waren. Sie wurden – anders als jene Opfer in Gallien und Kleinasien – nicht explizit wegen ihres Christentums getötet, doch implizit spielte dieses die entscheidende Rolle. Zu ähnlich massenhaften, kollektiven Martyrien kam es dann erst wieder ab 303 in der Diokletianischen Verfolgung; ebenfalls da starben die meisten nicht als glaubensstarke Heroen, sondern als schlichte Christinnen und Christen.[25]

Auch solche eher passiven Opfer von Pogromen und staatlichen Maßnahmen galten also für die Alte Kirche als Märtyrer und Märtyrerinnen. Eines war allerdings immer unabdingbare Voraussetzung für diesen Ruhmestitel: Sie mussten in der Verfolgung den Tod erlitten haben; waren sie nur inhaftiert und kamen sie irgendwann aus dem Gefängnis wieder frei, dann galten sie nicht als Märtyrer, sondern als Bekenner/Konfessoren (auch wenn sie an den Folgen der

22 Zu den grundsätzlichen Aspekten der Christenverfolgungen der Frühzeit siehe W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 1, S. 115–126.

23 Bericht im Brief dieser Gemeinden an kleinasiatische Kirchen bei Eusebius: Kirchengeschichte V,1,3–63. Text mit Übersetzung in: P. Guyot/R. Klein: Das frühe Christentum, S. 70–91.

24 Bericht des Tacitus: Annales XV,44,2–5; Text mit Übersetzung: ebd., S. 16 f.

25 Das zeigt die Darstellung des Eusebius VIII,1,7 f.; 3,1–13,8 u. ö.; vgl. die Übersetzung in: Eusebius: Kirchengeschichte, S. 362, 364–377.

Haft starben wie z. B. vermutlich Origenes).[26] Wer jedoch im Gefängnis oder infolge der Strapazen der Zwangsarbeit im Bergwerk verstarb wie z. B. der römische Bischof Pontianus 235, der galt hinfort als Märtyrer, auch der schismatische Gegenbischof der römischen Gemeinde jener Zeit, Hippolyt, der gleichzeitig am selben Ort mit Pontianus starb.[27]

2. *Das evangelische Bekenntnis als zweites Kriterium für das Märtyrerverständnis*

Mit einer über das Schriftprinzip hinausführenden Kriteriologie betreten wir ein Gebiet, wo innerevangelisch-konfessionelle Differenzen zu beachten sind: Bekenntnisschriften besitzen bekanntlich im Luthertum eine andere Geltung als im Reformiertentum, nämlich eine normative. Allerdings wirkt sich das bei der spezifizierten Behandlung unseres Themas praktisch kaum aus. Wenn wir die evangelischen Bekenntnisschriften befragen, stoßen wir zunächst auf eine weitgehende Fehlanzeige: Das Martyrium spielte in den von diesen Texten thematisierten dogmatischen und kirchenpraktischen Kontroversen des 16. Jahrhunderts keine betonte Rolle, obwohl es in der jeweiligen Lebenswirklichkeit der Konfessionen damals ein beachtlicher Faktor war. Man kann das zunächst als eine bemerkenswerte Tatsache registrieren.

Die evangelische Bewegung, die sich auf Luthers Lehren explizit berief oder der Nähe zu diesen verdächtigt wurde, galt als Ketzerei; sich öffentlich ihr anzuschließen, war ein lebensgefährliches Bekenntnis, spätestens seit dem Wormser Edikt von 1521. Dennoch kam es in Deutschland insgesamt zu erstaunlich wenigen Martyrien aufgrund dieses Reichsgesetzes, d. h. Hinrichtungen evangelischer Häretiker durch altgläubige Instanzen.[28] Vielleicht war dies ein Grund dafür, dass das Thema in der Bildung evangelischer Bekenntnisschriften seit 1529 keine Rolle spielte. Hinzu kamen jedoch zwei sachliche Gründe.

Einerseits: Die Protestanten des Reichstages von Speyer 1529 erhoben mit der Vorlage der Confessio Augustana auf dem Reichstag 1530 gegenüber Kaiser und Reich den Anspruch auf Katholizität, d. h. ihre gut evangelischen Lehrartikel verwiesen auf die Übereinstimmung mit der wahrhaft katholischen Lehre.[29] Demnach musste jede Lehrabweichung, die in den Verdacht der Ketzerei geraten konnte, vermieden oder verschwiegen oder uminterpretiert werden.

26 Vgl. ebd., VI,39,5 und VII,1; S. 306, 321. Trotz seiner großen Verehrung des Origenes hat Eusebius ihn nicht als Märtyrer bezeichnet, wohl aber sein „Leiden um der Lehre Christi willen" betont.

27 Dazu siehe z. B. H. Lietzmann: Geschichte, S. 254.

28 Ungemein zahlreich waren aber die Martyrien von wohl ca. 1 000 Täufern und Täuferinnen, die jedoch nicht aufgrund des Wormser Edikts als Anhänger Luthers verurteilt wurden, sondern – auch in evangelischen Territorien – als Wiedertäufer (d. h. Sakramentsschänder, Gotteslästerer) und Aufrührer. Vgl. dazu z. B. W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 86–90. Es ist unangemessen, sie in einem evangelischen Martyrologium grundsätzlich nicht zu berücksichtigen: so B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 13–22. Er listet 20 Namen auf und erwähnt weitere neun Märtyrer für das 16. Jahrhundert. Diese Zahlen dürften indes zu niedrig sein.

29 Text in: Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, S. 31–137 (= BSLK). Zum Anspruch auf Katholizität und zum historischen Rahmen siehe W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 112–120, 377 f.; Ders.: Selbstverständnis, S. 142–163.

Andererseits: Der Text war durchaus ein „Bekenntnus", eine „confessio":[30] eine politische Deklaration, deren reichsrechtliche Urheber, die Fürsten und Bürgermeister, auch ein persönliches Risiko auf sich nahmen als der Ketzerei Verdächtige und somit als potentielle Märtyrer. Doch die CA war kein martyrologischer Text, d. h. kein solches Zeugnis gegenüber einer feindlichen Obrigkeit und Umwelt, welches zwangsläufig zum Tode führen musste (anders also als z. B. die Plakate der Pariser Evangelischen gegen die Messe im Herbst 1533, die Calvin und seine Freunde in Schwierigkeiten brachten).[31] Der Verfassungsdualismus des Reiches und die politischen Probleme Kaiser Karls V. ließen generell ein Martyrium der deutschen Protestanten nicht zu, obwohl Karl nach dem Augsburger Reichstag langfristig nur in der Gewaltanwendung eine Lösung sah, die er übrigens in seinen eigenen Territorien praktizierte: in den Niederlanden, in Italien und in Spanien.[32]

2.1 Confessio Augustana Art. 21: Heiligenverehrung

Es gab also für Melanchthon und dessen Mitarbeiter keinen Grund, das Thema Martyrium in der Confessio Augustana (CA) anzusprechen. Doch eine indirekte Bezugnahme ergab sich im Zusammenhang mit der Kritik an falschen Frömmigkeitsformen, welche dem Christuszeugnis und der Rechtfertigungslehre widerstreiten: im Artikel über die Heiligenverehrung (CA 21), dem Abschluss der sog. Lehrartikel, der Überleitung zu den Praxiskritik-Artikeln 22–28, zusammen mit CA 18-20 ein Nachtrag zu den Rechtfertigungsartikeln 4–6 als Spezifikation derselben.[33] CA 21 enthält einerseits eine positiv-affirmative, andererseits eine kritisch-abgrenzende Aussage. Die Letztere ist für die CA entscheidend: die Abwehr eines Kultes, der die Heiligen anruft als Helfer oder gar als Mittler bei Gott in Konkurrenz zum einzigen Mittler Jesus Christus. Dieser wesentliche Aspekt, der sich aus der evangelischen Rechtfertigungslehre ergibt, kann bei der Erörterung unseres Themas zurückstehen; wichtiger ist hier die positive Aussage.

Der Begriff der „Heiligen/sanctorum" wird so unproblematisch eingeführt in Verbindung mit dem Thema „Vom Heiligendienst/De cultu sanctorum", dass er eindeutig all das umfasst, was in der katholischen Tradition darunter verstanden wird, also auch die Märtyrer: In den evangelischen Gemeinden bzw. in den Territorialkirchen der Bekenner-Obrigkeiten von Augsburg gilt die Lehre, „daß man der Heiligen gedenken soll" (genauer im lateinischen Text:

30 So bezeichnen ihn die evangelischen Obrigkeiten in der Vorrede: „unserer Pfarrner, Prediger und ihrer Lehren, auch unsers Glaubens Bekenntnus" (BSLK 45, 30-32 bzw. „nostram confessionem"; 45, 24).

31 Dazu s. z. B. W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 208.

32 Vgl. oben Anm. 5 und z. B. F. Seibt: Karl V. Der Schmalkaldische Krieg 1546/47 war zweifellos faktisch ein Religionskrieg, auch wenn Karl V. ihn rechtlich als Krieg gegen Aufrührer führte. Im Zusammenhang eines evangelischen Martyrologiums müsste das komplexe Problem diskutiert werden, ob die Opfer eines solchen Krieges zu den Märtyrern gerechnet werden können. Das würde im Blick auf die weiteren Religionskriege bzw. die Bürgerkriege mit religiösen Elementen in Frankreich, den Niederlanden, Deutschland, England bzw. Großbritannien zu Weiterungen führen, die kaum eine befriedigende Lösung zulassen.

33 Zur Systematik des CA-Aufbaus siehe z. B. W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 382 f.

quod memoria sanctorum proponi potest, d. h. die feierlich ritualisierte Gedächtnispraxis öffentlich stattfinden kann), „auf daß wir unsern Glauben stärken, so wir sehen, wie ihnen Gnad widerfahren, auch wie ihnen durch Glauben geholfen ist". (Der lateinische Text lautet hier ebenfalls etwas anders im Sinne der traditionellen Lehre: *ut imitemur fidem eorum et bona opera iuxta vocationem* – die praktische Orientierung an den Heiligen wird betont.) Diesen Aspekt variiert der deutsche Text leicht: Nicht nur als Beispiele des rechtfertigenden Glaubens gelten die Heiligen, sondern auch als Vorbilder für die „guten Werke", d. h. für die gottgewollte und christusgemäße Praxis eines jeden Christenmenschen, wobei uns mit dem Stichwort „Beruf/*vocatio*" im Sinne der Ständelehre ein für die evangelische Ethik wichtiger Hinweis begegnet. (Dass Melanchthon diesen im Blick auf Karl V. konkretisiert mit dem Beispiel des gerade auf dem Augsburger Reichstag intensiv verhandelten Türkenkrieges, dürfte politisch motiviert sein und führt eher vom eigentlichen Thema ab.) Immerhin geht es in CA 21 mit dem Thema „Heiligenverehrung" ja um das breite Spektrum der biblischen Vorbildsgestalten (vgl. den Namen „David") und der kirchlich approbierten Heiligen, zu denen u. a. immerhin auch Karl der Große und Kaiser Heinrich II. gehörten.

Was folgt daraus für unser Thema „Märtyrer", zweifellos die Mehrheitsgestalten in der Heiligenverehrung? Sie sind nach evangelischem Verständnis primär Glaubenszeugen. Ihr Leben war so durch Glauben geprägt, dass die heute Lebenden das nachahmen sollen; doch sie waren keine selbsttätigen Heroen, sondern Werkzeuge Gottes: Gott hat sie durch seine Gnade gestärkt und ihnen durch den Glauben geholfen; insofern sind sie Modelle der Gerechtfertigten generell, weil diese ja gemäß CA 4–5 durch Gottes Wort und Geist rein gnadenhaft zum Glauben an das Heilswerk Christi gelangen. Eine exzeptionelle Besonderheit, die ihnen eignen könnte, wird überhaupt nicht angesprochen; vielmehr werden sie prinzipiell allen gläubigen Christenmenschen gleichgestellt. Und dennoch wird ihre herausragende Bedeutung vorausgesetzt, nämlich dadurch, dass ihnen eine öffentliche *memoria* gilt. Was mit dieser konkret gemeint ist, lässt sich aus CA 21 nicht erschließen, wohl aber aus anderen Quellen: Erwähnung im Gottesdienst (zumal an den besonderen Heiligen-Gedenktagen, die in der lutherischen Reformation zwar eingeschränkt, aber nicht abgeschafft wurden), Beibehaltung der meisten Heiligenstatuen und Bilder in den lutherischen Kirchengebäuden, Pflege einer besonderen Literaturgattung, der so genannten *Vitae patrum*.[34]

2.2 Andere Bekenntnisschriften

Für den gesamten deutschen Protestantismus war die Confessio Augustana – und damit deren Artikel 21 hinsichtlich der Märtyrer – bis 1806 sowohl reichsrechtlich als auch innerkirchlich die grundlegende Norm. Das war zumindest theoretisch relevant für Lehre und Verkündi-

34 Vgl. die oben in Anm. 6 genannte Literatur, ferner G. Knodt: Leitbilder, S. 155–227.

gung, Kirchenordnung und kirchliches Leben. Für die lutherische Kirche besteht diese Normativität prinzipiell bis heute. Die reformierten Landeskirchen beriefen sich seit 1566 auf die veränderte Fassung, Melanchthons CA variata von 1540, und erhielten dafür 1648 die reichsrechtliche Bestätigung.[35] Dort steht in Art. 21 die Polemik gegen den römisch-katholischen Heiligenkult im Vordergrund, zusammen mit der Konzentration auf Jesus Christus als den einzigen Mittler.[36] Die positiven Aussagen über die Heiligen als Glaubenszeugen fehlen. Doch immerhin wird jetzt auf eine 1530 fehlende Konkretion der evangelischen Heiligenverehrung hingewiesen: die gottesdienstliche Verlesung „wahrer Geschichten der Frommen" (dies in Abgrenzung gegen legendarische Wucherungen); sie soll der Glaubensstärkung der Gemeindeglieder dienen. Und jetzt werden die Märtyrer ausdrücklich erwähnt: „Die Standhaftigkeit der alten Märtyrer kräftigt auch jetzt Geist und Herz der Frommen". Was hier recht knapp über sie als Vorbilder des Glaubens gesagt wird, hat Melanchthon zuvor im 21. Artikel seiner Apologie der Augsburgischen Konfession ausgeführt.[37] Allerdings konzentriert sich dieser Text auf die ausführliche Abwehr der Kultpraxis, die Heiligen als fürbittende Mittler und als Versöhner anzurufen; er sieht demgegenüber den richtigen Heiligenkult in einem Dreifachen: Er ist Danksagung an Gott dafür, dass er Vorbilder seiner Barmherzigkeit aufgerichtet hat, denn die Heiligen zeigen beispielhaft Gottes Erlösungswillen; er dient der Stärkung des Glaubens der heutigen Christenmenschen, weil deutlich wird, dass auch die Heiligen von der Anfechtung betroffene Sünder waren; er besteht praktisch in der Nachahmung „zuerst des Glaubens und dann der übrigen Tugenden".[38] Diese Aussage lässt sich auf die Märtyrer übertragen: Sie sind sündige und insofern normale Gläubige, deren Glaubensstärke dank Gottes Hilfe und Gnade sich in der Anfechtung bewährt hat. In einer anderen Bekenntnisschrift stoßen wir auf eine reservierte Haltung: Luthers Schmalkaldische Artikel von 1537 betonen lediglich den negativ-abgrenzenden Aspekt von CA 21, die Ablehnung des Heiligenkultes.[39] Das hängt mit ihrer anders gearteten Entstehungssituation zusammen, der Behauptung evangelischer Identität angesichts der Konzilseinladung Papst Pauls III. Luther hält – anders als die Confessio Augustana – ein Lehrgespräch mit Rom für sinnlos; er sieht die abgötterische Heiligenverehrung in Zusammenhang mit dem Missbrauch der Messe als Sühneopfer und deswegen fällt auch das, was er positiv über die Heiligen sagt, dürftig aus: Fürbitte können Christenmenschen allgemein und Heilige speziell für andere üben, solange sie auf Erden leben; die toten Heiligen vermögen das nicht; trotzdem kann man ihnen eine gewisse Ehre erweisen, muss aber annehmen, dass die traditionelle Heiligenverehrung bald völlig einschläft, wenn ihre soteriologische Komponente – die vermeintliche Fürbitte bei Gott – wegfällt. Diese Prognose Luthers hat sich

35 Vgl. W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 164 f., 378, 586; Ders.: Selbstverständnis, S. 144–147.

36 Text in: R. Stupperich: Melanchthons Werke in Auswahl. Bd. VI., S. 12–79, dort S. 35 f. Vgl. dazu die Übersetzung von W. Neuser: Confessio Augustana Variata, S. 29 f. In der Edition BSLK, S. 83b fehlt der Text; siehe dagegen: R. Mau: Evangelische Bekenntnisse, Bd. 1., S. 57.

37 Text in: BSLK (wie Anm. 29), S. 316–326.

38 Ebd., S. 318,1 f.

39 Text in: BSLK (wie Anm. 29), S. 424 f. Zur historischen Situation ihrer Entstehung siehe W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 381 f.

in der kirchlichen Praxis des Protestantismus alsbald bewahrheitet, doch sie ist keine dogmatische Aussage mit normativem Rang. Insofern tritt sie hinsichtlich unserer Thematik hinter der Lehre von CA 21 zurück.

In den verschiedenen Bekenntnisschriften der reformierten Kirchen begegnet uns das Thema Heiligenverehrung – wenn überhaupt, dann fast nur – in jener abgrenzenden Hinsicht als Verwerfung der *intercessio sanctorum*: so z. B. die Confessio Gallicana 1559 Art. 24; die Confessio Belgica 1561 Art. 26, die Confessio Helvetica Posterior 1562/1566 Art. 5.[40] Eine Ausnahme macht das ausführliche ungarische Bekenntnis, welches 1562 in Debrecen und Eger-Erlau veröffentlicht und u. a. von Peter Melius verfasst wurde. Hier wird ein eigener Artikel „Über das Kreuz" (*De cruce*) gebracht, welcher die Leiden und Bedrängnisse der Gläubigen als Manifestation der Gegenwart Jesu Christi bei ihnen, ja als Fortsetzung der Passion Christi würdigt und als Christuszeugnis (*martyria*) bezeichnet.[41] Zweifellos wirkt sich in diesem Bekenntnisartikel die Position Calvins aus (dazu s. u.).

Wenn wir nach Kriterien für ein evangelisches Märtyrerverständnis fragen, so bieten uns also die heute noch als normativ geltenden lutherischen Bekenntnisschriften einige Aspekte. Der entscheidende theologische Aspekt ist, dass Märtyrer/Märtyrerinnen als Beispiele des rechtfertigenden Glaubens besonders geachtet werden. Sie sind damit Menschen, die in intensiver existentieller Beziehung zu Jesus Christus, dem für unsere Sünde Gestorbenen, stehen und dazu durch Gottes Gnade befähigt worden sind. Damit verbindet sich als entscheidender praktisch-kirchlicher Aspekt, dass die evangelische Kirche grundsätzlich ein Märtyrergedächtnis pflegen soll. Beide Kriterien sind ziemlich allgemein und reichen nicht aus als Hilfestellung für die Klärung der mit unserem Projekt im Blick auf das 20. Jahrhundert verbundenen Fragen. Allerdings vermitteln sie uns eine grundlegende Orientierung: Es gibt ein spezifisch evangelisches Märtyrerverständnis, sodass man nicht behaupten kann, dieses Thema sei allein Sache der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche. Vielmehr erweist sich mit der Confessio Augustana die Katholizität der evangelischen Kirche auch daran, wie wir mit diesem Thema recht umgehen.

2.3 Luther: Christliches Leiden als nota ecclesiae

In anderen reformatorischen Schriften, die nicht als normative Texte gelten, lassen sich ergänzende Aspekte erkennen, wobei zu fragen ist, inwiefern sie Kriterien für unser Thema bieten. Ein wesentliches Element klingt in Melanchthons Apologie Art. 24, also einer Bekenntnisschrift, an, wenn er in der Abwehr der römisch-katholischen Messopferlehre betont, dass das tägliche Opfer der Kirche die Erinnerung an Christi Tod in Verkündigung und Glauben sei und dass dem als Opfer seitens der Gläubigen der Dank, das Bekenntnis und die Anfechtungen bzw. Betrübnisse

40 Texte in: Die Bekenntnisschriften der reformierten Kirche, S. 227, 242 f., 175 f. (= BSRK).

41 Ebd., S. 323,35–324,12.

entsprächen (*gratiarum actiones, confessiones et afflictiones*).[42] In der deutschen Fassung des Justus Jonas, deren normativer Rang nicht geringer ist, heißt es: „Darnach sollen wir auch danken und Gott loben und den Glauben mit Leiden und guten Werken bekennen".[43] Es entspricht der gemeinreformatorischen Auffassung, die aus der kirchengeschichtlichen Rückschau wie aus der gegenwärtigen Erfahrung gewonnen ist, dass zur gläubigen Existenz das Leiden dazugehört. Immerhin bezieht sich der rechtfertigende Glaube ja grundlegend auf Leiden und Tod Christi.

Daraus ergibt sich, dass Martin Luther der alten Lehre von den *notae ecclesiae* ein spezifisch evangelisches Profil gegeben hat (also der Klärung der Frage, wo die wahre Kirche empirisch fassbar ist, die man seit Augustin in Anlehnung an den dritten Artikel des nizänischen Credos mit dem Hinweis auf vier *notae* beantwortete: Einheit, Heiligkeit, Katholizität, Apostolizität). Dass die wahre Kirche – so Luther – existiert, erkennt man an der schriftgemäßen Verkündigung des Evangeliums und Sakramentenpraxis, am Amt und am Gottesdienst sowie an dem christlichen Lebensstil in der Nachfolge Christi: am Erleiden von Anfechtung und Verfolgung als „heiltum des heiligen Kreuzes"; so 1539 in seinem Buch „Von den Konziliis und Kirchen".[44]

Mit dem Terminus technicus „heiltum" bezieht sich Luther hier auf die traditionelle Reliquienverehrung, insbesondere den Kult mit Kreuzespartikeln. Dabei ist zu beachten, dass seit alters ein Kirchengebäude bzw. Altar in seiner sakralen Würde bestimmt war durch die dort vorhandenen Reliquien von Märtyrern, wobei die höchst seltenen Kreuzesreliquien einer Kirche besondere Dignität verliehen.[45] Das wird von Luther radikal entsakralisiert und entmaterialisiert: Das Kreuz ist überall in der Christenheit präsent, denn der grundlegende Christusbezug des rechtfertigenden Glaubens äußert sich konkret-existentiell im Leiden und gegebenenfalls auch im Tod um des Glaubens willen. In diesem Zusammenhang verweist Luther auf das Martyrium durch „Juden, Heiden, Türken" bzw. „Ketzer, Buben, Teufel und die schädlichsten Leute auf Erden": Christenmenschen werden überall in der Welt nicht wegen irgendwelcher Verbrechen, „nicht darum, daß sie Ehebrecher, Mörder, Diebe oder Schälke sind, sondern daß sie Christum allein und keinen andern Gott haben" verfolgt, wie Luther plastisch ausmalt: sie werden „erhängt, ertränkt, ermordet, gemartert, verjagt, zerplagt".[46]

Hier begegnen wir einer typisch evangelischen Ausprägung des Märtyrerverständnisses. Wie Jesus Christus unter den Mächten bis zum Tode gelitten hat, so ist es grundsätzlich eine Möglichkeit oder sogar eine Normalität christlicher Existenz, um des Christusglaubens willen in vielfältiger Weise zu leiden. Das Martyrium als Christuszeugnis wird hier gleichsam der Sache nach erweitert, ohne dass der Begriff reflektiert wird. Der Tod erscheint dabei nur als eine Form des Leidens, gewiss als die definitiv zugespitzte. Das Martyrium wird also bei Luther

42 Apol. 24,38; BSLK (wie Anm. 29), S. 361,37 f.

43 Ebd., S. 361,41 f. Vgl. dazu generell C. Peters: Apologia, S. 189–297.

44 Text in: WA 50, S. 509–653; Zitat S. 642. Zur Ekklesiologie vgl. B. Lohse: Luthers Theologie, S. 294–304.

45 Vgl. z. B. B. Kötting: Ecclesia peregrinans, S. 61–136.

46 Von den Konziliis und Kirchen, WA 50, S. 642.

in die Ekklesiologie integriert und damit wird es – um einen missverständlichen modernen Begriff zu verwenden – gleichsam demokratisiert, weil alle Glieder des Volkes Gottes potentielle Märtyrer sind. Die evangelische Frömmigkeit hat diesen Grundsatz kontinuierlich zumindest äußerlich rezitiert. Denn nichts haben Protestanten häufiger mit Inbrunst gesungen als Luthers Lied von Gott als der festen Burg, wo es in der letzten Strophe heißt, dass es im Leben als einem Kampf gegen den Teufel entscheidend auf Gottes Wort ankommt: „Nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib: laß fahren dahin, sie haben's kein' Gewinn, das Reich muß uns doch bleiben".[47] Damit stoßen wir auf den Kern des evangelischen Märtyrerverständnisses.

2.4 Calvin: Christliches Leben als Kreuzesnachfolge

Die eben skizzierten Ausführungen Luthers finden sich auch bei Johannes Calvin, und zwar in stärker systematischer Form. Im III. Buch seiner „Institutio" von 1559, die ja bis heute für die reformierte Kirche die am stärksten normativ wirkende „Bekenntnisschrift" ist, behandelt er die verschiedenen Elemente der christlichen Existenz als Realisierung der Gnade Christi im Heiligen Geist: zunächst Glauben und Buße (III,1–5), dann allgemein das „Leben des Christenmenschen" (III,6), welches seine „summa" (die Zusammenfassung, den Kern bzw. Höhepunkt) in der Absage an sich selbst bzw. in der Selbstverleugnung hat (der *abnegatio*; III,7), die mit Röm 12,1 als Gottesdienst und Opfer – also als existentieller Vollzug der Hingabe an Gott – verstanden wird.[48] Als Teil dieser „Selbstpreisgabe" entfaltet Calvin sodann das „Ertragen des Kreuzes" (III,8).[49] Da einerseits die christliche Existenz fundamental durch den Christusglauben und somit durch die Gemeinschaft mit Christus bestimmt wird, da andererseits aber Jesu gesamtes Leben als Gottessohn ein gehorsames Leiden bis zum Tod war, folgt sachnotwendig, dass die Glieder des Leibes nicht anders leben können als ihr Haupt Christus: nämlich im Gehorsam gegen Gottes Willen, im Vertrauen auf Gottes Führung, in der Geduld angesichts von Not und Leid.

---

47 Zitat nach dem Evangelischen Gesangbuch Nr. 362; vgl. WA 35, S. 455 ff. Nur eine geringe chronologische Differenz besteht zwischen diesem berühmten Lied von 1528 und dem ersten veröffentlichten Glaubenslied Luthers vom August 1523, dem Lied über die zwei Märtyrer von Brüssel (Text: WA 35, S. 411–414; vgl. S. 91–97 zur Entstehung). Evangelische Äußerungen zum Thema „Märtyrer" behandeln dies Lied und den parallel dazu publizierten „Eyn brieff an die Christen ym Nidderland" (WA 12, S. 73–80) meist als zentralen Referenztext, obwohl beide ein evangelisches Märtyrerverständnis mehr andeuten als explizieren. Luther reagierte auf die Verbrennung der beiden Antwerpener Augustinermönche Heinrich Voes und Johann von Esch als lutherische Ketzer in Brüssel mit jenem Lied als spezifischem Propagandamittel, um den Sachverhalt zu schildern und theologisch zu qualifizieren: Die beiden seien Gottes Märtyrer geworden, weil sie für Gottes Wort starben; es war Gottes Gnade, die sie zu diesem Selbst-Opfer befähigte, sodass sie echte Priester geworden, der Welt ganz abgestorben und in den Himmel gekommen sind.

48 Text in: Ioannis Calvini Opera selecta, S. 1–161. Zur Interpretation s. z. B. W. Niesel: Theologie Calvins, S. 142–150, der aber das Martyrium kaum betont (vgl. S. 148 f.) wie auch z. B. A. Thiel: In der Schule, S. 311–318 („Vom Nutzen der Selbstverleugnung").

49 Ebd., S. 161–170: „De crucis tolerantia, quae est pars abnegationis". Hier und auch bei den folgenden Zitaten ist die Übersetzung nicht präzise genug, die Otto Weber herausgegeben hat: J. Calvin: Unterricht, S. 455–461 („Vom Tragen des Kreuzes als einem Stück der Selbstverleugnung").

Für Calvin ergibt sich aus der christologischen Konzentration seiner reformatorischen Lehre gleichsam als Grundentscheidung, dass christliches Leben primär nicht im bürgerlichen Glück und Wohlstand besteht, sondern in Mängeln vielfältiger Art. Diese Konzeption begründet sich aus einem evangelischen Schriftverständnis, sie orientiert sich u. a. an Jesu Worten über die Kreuzesnachfolge und an Paulus' Aussagen über das Mitleiden mit Christus als Signatur christlicher Existenz. Hierin entspricht sie im Übrigen dem Ansatz von Luthers Rechtfertigungslehre. Doch dass diese Konzeption so und nicht anders geformt ist und evidente Plausibilität beansprucht, dürfte nicht allein exegetisch-dogmatisch begründet sein: Ihr lebensgeschichtlicher Hintergrund sind Calvins Erfahrung der Protestantenverfolgung in Frankreich und andernorts, sein eigenes Schicksal als Exulant mit der Lebensbedrohung 1534 und der Flucht aus der Heimat 1535, mit der Vertreibung aus Genf 1538 und den gefährlichen Kämpfen in Genf nach 1541 sowie seine intensiven Kontakte zu den unterdrückten Glaubensgenossen in West- und Osteuropa.[50] Die reformierte Kirche war ja im 16. Jahrhundert anders als die lutherische Kirche in Deutschland und Skandinavien eine Märtyrerkirche.

Das faktische Leben dieser „Gemeinden unter dem Kreuz" dürfte sich widerspiegeln in der systematischen Erörterung über das Kreuz-Tragen als Wesen des Christentums in Institutio III,8. Calvin interpretiert es positiv als Heilung und Züchtigung durch Gott, den Arzt und Erzieher (III,8,5–6). Und er schließt in dieses Leiden (Armut, Exil, Gefängnis etc.) auch den Tod ein als „End- und Höhepunkt allen Elends" (*extremum omnium calamitatum*), zugleich jedoch als höchsten Ausdruck von Gottes Gnade (III,8,7): „Wenn wir getötet werden, so öffnet sich uns der Eingang ins selige Leben." (Ebd.) Calvin beschönigt die Härte und Schmerzhaftigkeit dieser Existenz keineswegs, wertet sie jedoch als Auftrag Gottes (mit altchristlicher Nomenklatur als *militia*, als Kriegsdienst für Gott). Ohne dass er hier den Begriff Martyrium verwendet, beschreibt er die Sache: die Tapferkeit des gläubigen Kampfes im Widerstand gegen die Anfechtungen.

Und er formuliert einen Aspekt, der für unsere Frage nach dem evangelischen Märtyrerverständnis von großem Gewicht ist: Jesu Seligpreisung des Erleidens von Verfolgung um der Gerechtigkeit willen meint nicht nur solche, die sich für die „Verteidigung des Evangeliums", sondern auch solche, „die sich für irgendeine Beschützung der Gerechtigkeit leidend abmühen".[51] Märtyrer sind also Christenmenschen, die entweder Gottes Wahrheit gegen Satans Angriffe behaupten oder den Schutz guter, unschuldiger Menschen gegen das von bösen Menschen ausgehende Unrecht praktizieren.[52] Märtyrer sind für Calvin demnach nicht nur die Wortzeugen des Christusglaubens, sondern auch die Tatzeugen des Gottesrechtes. Und sie sind keine exzeptionellen Heroen, sondern die Normalgestalten christlicher Existenz. Auch

50 Einzelheiten dazu bei W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 341–346, 197–204.

51 So die wörtliche Übersetzung der Aussage: „Persecutionem pati pro iustitia dico non tantum qui pro Evangelii defensione sed qui pro quolibet iustitiae patrocinio laborant"; III,8,7; Ioannis Calvini Opera selecta, S. 166,15–17.

52 Ebd., S. 166, 17–21.

hier stoßen wir also – um noch einmal jenen problematischen Begriff zu verwenden – auf eine „Demokratisierung" des Märtyrerverständnisses. Die Übereinstimmung mit Luther ist in dieser Hinsicht deutlich. Ein gewisser Unterschied liegt darin, dass Calvin das Wortzeugnis und das Tatzeugnis parallelisiert, was mit seiner von Luther abweichenden Koordination von Rechtfertigung und Heiligung zusammenhängen dürfte.[53] Es wäre allerdings übertrieben, wenn man daraus die Folgerung ableitete, dass das lutherische Märtyrerverständnis nur auf Glauben und Verkündigung, das calvinistische dagegen auch auf Handeln bezogen sei. Dagegen spricht schon das, was Melanchthon – übereinstimmend mit Luthers Lehre – in CA 21 über den christlichen Beruf formuliert hat.

Angesichts der skizzierten Ausführungen Calvins über das Martyrium als generell gültige christliche Lebensform ist es nicht verwunderlich, dass er im systematischen Zusammenhang von Buch III kurz zuvor auf das typisch reformatorische Problem der Heiligenverehrung eingeht. Er handelt es prononciert im Blick auf die Märtyrer ab (beim Thema „Buße" in Abgrenzung gegen die römische Irrlehre von Ablass und Fegefeuer).[54] Er konzentriert sich auf die Lehre, dass die Märtyrer durch ihr Leiden eine stellvertretende Sühne für die Sünden der übrigen Christenheit geleistet hätten. Und er stützt seine Kritik dieser Lehre, wonach damit das Versöhnungswerk Christi entleert werde, auf Zitate aus Schriften Papst Leos I. und Augustins.[55] Mehr noch: Der sachkundige Patristiker Calvin würdigt hier die altkirchlichen Märtyrer, also die als christliche Ausnahmegestalten Verehrten, durchaus positiv. Sie haben einerseits mit ihrem Tod Gott verherrlicht, weil sie dessen Wahrheit existentiell bezeugten, sie haben andererseits mit der Standhaftigkeit ihrer Überzeugung „den Glauben der Kirche bekräftigt", nämlich die Credoaussage über das ewige Leben, für welches sie ihr gegenwärtiges Leben hingegeben haben.[56] Damit entspricht Calvin der Lehre der Kirchenväter und der oben referierten neutestamentlichen Schriften. Er formuliert nicht ausdrücklich, wie diese heroische Form des Märtyrertums in Beziehung zu setzen ist zu jener Normalform. Doch mit dem Hinweis darauf, dass die altkirchlichen Märtyrer den Feinden des Christentums widerstanden haben,[57] ist die gedankliche Brücke gegeben. Nicht unangemessen ist also die Folgerung: Das mit dem Tod besiegelte Martyrium ist eine zugespitzte Form der generell für die christliche Existenz geltenden Verpflichtung zum Leiden aufgrund des Wortzeugnisses und des Tatzeugnisses, und dafür gibt es spezifische Zeiten, weil der satanische Kampf gegen die Gläubigen sich je und dann besonders zuspitzt, in der Alten Kirche wie in Calvins Lebenssituation des 16. Jahrhunderts.

53 Vgl. dazu W.-D. Hauschild: Lehrbuch, Bd. 2, S. 353–358; T. Stadtland: Rechtfertigung.

54 Nach der ausführlichen Darstellung zum Wesen des Glaubens in Institutio III,2 (De fide ...); Ioannis Calvini Opera selecta, S. 6–54 behandelt er ebenso ausführlich in III,3 die Buße als Wiedergeburt durch den Glauben (ebd., S. 55–84) und in III,4 die scholastische Bußlehre (S. 84–131); dieser Abhandlung folgt die Erörterung der scholastischen Lehre von den Anhängen (supplementa) der Buß-Satisfaktion.

55 Institutio III,5,3; ebd., S. 134 f.

56 Ebd., S. 135, 28 f.

57 Ebd., S. 135, 29 f.

3. Auswertung

Wenn man sich bei der Kriteriologie für ein evangelisches Märtyrerverständnis nicht allein an einer selbsttätig-produktiven protestantischen Deutung der Realität orientiert, sondern auch die Heilige Schrift und die Bekenntnisschriften (sowie die großen Reformatoren) berücksichtigt oder gar deren Aussagen als normativ nimmt, dann ist es nicht unerheblich zu konstatieren, dass die biblisch-altkirchliche und die evangelisch-reformatorische Sicht in den Grundzügen übereinstimmen. Die wesentlichen Aspekte seien hier zusammengefasst.

1. Märtyrer/Märtyrerinnen als *getötete* „Christen/Christinnen" stehen in einem fundamentalen Bezug zum gekreuzigten Jesus, dem „Christus". Sie leben und sterben in dessen Nachfolge, aber dabei gibt es eine kategoriale Differenz in soteriologischer Hinsicht. Das Leiden als generelle Signatur der christlichen Existenz prägt auch die „Bekenner/Konfessoren".
2. Märtyrer/Märtyrerinnen sind nicht nur die *Verkündiger* des Evangeliums, sondern auch die normalen Gemeindeglieder als *Opfer* von Gewaltakten. Charakteristisch dafür ist der religiös motivierte Konflikt mit der Umwelt.
3. Märtyrer/Märtyrerinnen sind einerseits die *Wortzeugen* in der Bezeugung des Christusbekenntnisses bzw. der Wahrheit Gottes, andererseits die *Tatzeugen* der göttlichen Gerechtigkeit bzw. der Gebote Gottes.
4. Märtyrer/Märtyrerinnen werden in der Kirche *besonders geehrt*, aber nicht wie Jesus Christus verehrt. Ihr Schicksal bleibt im *Gedenken der Kirche (memoria)* präsent als Zeugnis der Gnade Gottes, als Vorbild des Glaubens und als Erinnerung an die Verpflichtung aller Christenmenschen. Einzelne Namen können dabei als *repräsentativ* stehen für größere Gruppen in spezifischen Situationen.

Harald Schultze

Das Gedenken evangelischer Gemeinden an die Märtyrer des 20. Jahrhunderts

1. *Herausforderung*

Als man am Ende des vergangenen Jahrhunderts den Entschluss fasste, über dem Westportal der *Abteikirche von Westminster in London* in den zehn Nischen Figuren von Märtyrern des 20. Jahrhunderts aufzustellen, wählte man unter den deutschen Blutzeugen Dietrich Bonhoeffer aus. 1998 fand die Enthüllung jener zehn Gestalten von Neomärtyrern aus allen Erdteilen, aus den großen Konfessionen der Christenheit statt.[1]

Dies ist ein Symbol: Die Martyrien von Christinnen und Christen im 20. Jahrhundert dürfen und sollen in einem Atemzug mit der Steinigung des Stephanus, mit dem Tod des Mauritius oder des Bonifatius genannt werden. Die terroristische Gewalt der Diktaturen des 20. Jahrhunderts hat auch nicht nur Angehörige einer einzigen Kirche betroffen. Orthodoxe, Katholiken, Protestanten verschiedener Denominationen stehen nebeneinander.

Auf Grund der Revolutionsereignisse und Revolutionskriege seit 1917 in Russland und im Baltikum war plötzlich vor Augen gekommen, dass es mitten im Europa des 20. Jahrhunderts wieder zu Martyrien kommen konnte. Im 19. Jahrhundert waren es Missionare in Afrika oder im Bereich der Südsee gewesen, die mit dem Risiko ihres Lebens das Evangelium bezeugt hatten. Nun plötzlich musste man davon hören, dass Pfarrer in den baltischen Ländern verfolgt, inhaftiert, gefoltert und erschossen wurden. Oskar Schabert, selbst bis 1919 Pfarrer in Riga, hat Deutschland über diese schrecklichen Vorgänge informiert.[2] Sein kleines Büchlein *Märtyrer.*

1 In den zehn Nischen über den Westportalen der Westminster-Abbey wurden Statuen folgender Märtyrer aufgestellt:
– Großherzogin Elisabeth von Hessen-Darmstadt, Gemahlin von Großfürst Sergej, ermordet 1918, orthodox.
– Manche Masemola, anglikanische Katechumenin, ermordet in Transvaal 1928 durch ihre animistischen Eltern.
– Pater Maximilian Kolbe, Polen, katholisch, ermordet in Auschwitz 1941.
– Lucian Tapiedi, anglikanischer Evangelist, ermordet von Eingeborenen in Papua-Neuguinea 1942.
– Dietrich Bonhoeffer, ermordet am 9.4.1945 in Flossenbürg/Oberpfalz.
– Esther John, presbyterianische Evangelistin, 1960 ermordet durch pakistanische Muslime.
– Pfarrer Martin Luther King, Baptist, ermordet 1968 in Memphis.
– Pfarrer Wang Zhiming, 1973 während der chinesischen Kulturrevolution hingerichtet.
– Erzbischof Janani Luwum, Anglikaner, Erzbischof von Uganda, Ruanda, Burundi und Boga-Zaire, 1977 getötet.
– Erzbischof Oskar Romero, Katholik, in El Salvador 1980 erschossen.
Nach G. Ringshausen: Jahrhundert, S. 238 f.

2 Siehe die Beiträge von A. Kurschat und S. Hermle.

Der Leidensweg der baltischen Christen erschien bereits 1920, bis 1930 erreichte es eine Auflage von 49 000. In seinem *Baltischen Märtyrerbuch* (1926) hat er Biographien der Opfer dokumentiert.[3] Mit so geschärftem Bewusstsein wurden dann in Deutschland auch die Nachrichten darüber aufgenommen, dass in der Sowjetunion in jenen Jahren mit wachsender Konsequenz Priester, Nonnen und Mönche verfolgt, verschleppt und umgebracht wurden.

Das ist der Hintergrund für Sätze in einer Predigt, die der junge Bonhoeffer in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche am 19. Juni 1932 gehalten hat. Da spricht er plötzlich von der Möglichkeit des Märtyrerschicksals:

> „[…] dann müssen wir uns nicht wundern, wenn auch für unsere Kirche wieder Zeiten kommen werden, wo Märtyrerblut gefordert werden wird. Aber dieses Blut, wenn wir denn wirklich noch den Mut und die Ehre und die Treue haben, es zu vergießen, wird nicht so unschuldig und leuchtend sein wie jenes der ersten Zeugen […]“[4]

Das war noch vor Hitlers Machtergreifung. Vier Jahre später, mitten während des Kirchenkampfes, als noch kaum ein evangelischer Christ wegen seines Glaubenszeugnisses ermordet worden war – der nationalsozialistische Terror wandte sich in den ersten Jahren seit 1933 vor allem gegen Kommunisten, politische Gegner und jüdische Intellektuelle – hielt der Superintendent Martin Albertz (Pommern) einen Vortrag über „Das Martyrium als Kennzeichen der Kirche“. Gewaltakte des NS-Staates und die Erfahrung der Missachtung der Rechtsordnung riefen den Zorn der Betroffenen, der Mitglieder der Bekennenden Kirche, hervor. Martin Albertz aber ging weiter: Er brachte wieder zu Bewusstsein, dass das Erleiden des Kreuzes, d. h. von Verfolgung und Martyrium, zu den Kennzeichen der Kirche gehöre. Er zog den Vergleich der eigenen Situation von 1936 mit der der Christenverfolgungen vor Konstantin.

> „So ist Jesus der Herr selbst der Meinung, dass man die Kirche Jesu Christi am deutlichsten erkennt an der Verfolgung, die ihr widerfährt.“ „Und der Herr weissagt uns, Seiner Kirche, dass Er uns dann Seinen Heiligen Geist geben will, dass wir sagen dürfen, was wir sagen müssen. Redeverbot, Gefangenschaft, Geißelung, wirtschaftlicher Boykott, geistlicher Terror und alle möglichen Todesarten werden in der Heiligen Schrift denen geweissagt, die solchen Zeugendienst der Märtyrer, d. h. der Zeugen mit dem Blut, auszurichten haben.“[5]

Dieser Vortrag, den Albertz angesichts von Polizeiwillkür gegenüber verhafteten BK-Pfarrern gehalten hat, ist ein erstaunliches Dokument: In der Zeit des zunächst noch unblutigen Kirchenkampfes wird die Konsequenz des Martyriums im strengen Sinn gesehen. Albertz fordert Pfarrer und Gemeindeglieder dazu auf, diese Konsequenz der Christus-Nachfolge wahrzunehmen und auszuhalten.

Die Märtyrerschicksale in der evangelischen Kirche im Deutschen Reich unter der Nazi-Herrschaft haben zu einer Neubesinnung geführt. Nun wurde zur Tatsache, was zunächst erst

3 B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 123–131. Außerdem: Dies.: Mitmenschlichkeit, S. 190–195.

4 D. Bonhoeffer: DBW 11, S. 446.

5 M. Albertz: Martyrium, S. 1 f.

befürchtet worden war: Im eigenen Lebenskreis hatte es Märtyrerschicksale gegeben. Noch vor dem Krieg war die Ermordung von *Paul Schneider* öffentlich bekannt geworden.

Paul Schneider, der Prediger von Buchenwald, wurde in der alten Bundesrepublik und ähnlich auch in der DDR öffentlich geehrt. Im KZ Buchenwald wird die Todeszelle im Bunker gezeigt, wo man ihn 1939 ermordete.

Die Münchner Studenten *Hans* und *Sophie Scholl*, aus einem evangelischen Elternhaus stammend, in Kreisen der Jugendbewegung und des Reformkatholizismus zu Hause, haben mit ihrer Flugblattaktion und ihrem Tod ein Zeichen gegeben, das weit über die kirchliche Rezeption von Märtyrerschicksalen hinausreicht. In Büchern, im Film, in der Gedenkstättenarbeit ist ihrer vielfach gedacht worden. Später wurden Schulen (auch in der DDR!) und Straßen nach ihnen benannt.

Die Rezeption der Martyrien aus der Zeit des Nationalsozialismus ist ein komplexer Vorgang, der in seiner Bedeutung der Analyse des Kontextes in den Schwesterkirchen und in der ganzen Gesellschaft bedarf.

2. Rückgriff auf fast vergessene kirchliche Traditionen

Evangelisches Märtyrergedenken kann sich der Wurzeln vergewissern, die weit in das Mittelalter zurückreichen.

Evangelische Kirchen, die einem Märtyrer der Alten Kirche geweiht waren, behielten ihren Namen. Selbstverständlich gibt es im evangelischen Deutschland Peters-, Jakobi- und Andreaskirchen. Der Dom zu Halberstadt ist, ebenso wie die Stadtkirche in Aschersleben, dem heiligen Stephan geweiht. Katharina ist die Patronin sehr schöner Stadtkirchen z. B. in Magdeburg (zerstört), Braunschweig, Oppenheim und Hamburg. Der heilige Mauritius ist ebenso Namenspatron von Stadtkirchen in Halle, Naumburg, Coburg – und außerdem des Doms zu Magdeburg. Neugotische Kirchen wurden gern nach dem Apostel-Märtyrer Paulus benannt. So könnte man weiter auflisten.

Das derzeit geltende Evangelische Gottesdienstbuch[6] bietet ein Formular für *den Gedenktag eines Märtyrers der Kirche* unter dem Leitwort aus Ps 116 an: „Der Tod seiner Heiligen wiegt schwer vor dem Herrn. Dir will ich Dank opfern und des Herren Namen anrufen." Der liturgische Kalender hat den Stephanstag am 26. Dezember beibehalten.

Auch in den evangelischen Gemeinden wird das *Te Deum*, entweder in der ursprünglichen Form oder in moderner Nachdichtung,[7] gesungen – mit der Zeile „Die teuren Märt'rer allzumal loben dich, Herr, mit großem Schall". Auch im neuesten evangelischen Gesangbuch steht

6 Evangelisches Gottesdienstbuch, S. 416 f.

7 *Herr Gott, dich loben wir*. In: Evangelisches Gesangbuch (EG) 191; Nachdichtung von Ignaz Franz *Großer Gott, wir loben dich* (EG 331).

das Lied von Johann Matthäus Meyfart, in dem die altkirchliche Tradition auch im Protestantismus fortlebt: „Jerusalem, du hochgebaute Stadt".

„Was in der Welt an Auserwählten war, seh ich. […]
[…] auch Christen insgemein,
alle, die einst trugen
des Kreuzes Joch und der Tyrannen Pein,
schau ich in Ehren schweben […]" [8]

Deutlich ist aber der Bruch zu spüren, der durch den Protest der Reformation gegen den Heiligenkult des späten Mittelalters entstanden ist. Es ist historisch verständlich, dass eine solche Fehlentwicklung nur mit solch rigoristischer Verweigerung abgelöst werden konnte. Die Reliquien der Heiligen wurden meist „entsorgt", weggeworfen. Reliquienbehälter aus protestantischem Besitz sind heute Museumsstücke. Weil man zu den heiligen Märtyrern nicht mehr gebetet hat, bedurfte man auch ihrer Reliquien nicht mehr.

Heutige Museumskultur sammelt Erinnerungsstücke von bedeutenden Menschen – ihre Schnupftabakdsdose, das Hochzeitskleid, die Armprothese des verwundeten Offiziers. Die profane Erinnerungskultur sucht das Originale, Authentische. Lebensorte von Dichtern und Künstlern werden zu Gedenkstätten.

Indem die protestantischen Kirchen ihre Absage an den Heiligenkult so konsequent festgehalten haben, besitzen sie derartige Erinnerungsstücke nicht und sind unsicher, in welcher Weise dem Märtyrergedenken Gestalt gegeben werden kann.

Die Möglichkeit der Kanonisierung mit dem Ziel einer liturgischen Verehrung scheidet nach wie vor aus. Dagegen zeigt sich aber die Erneuerung der Tradition der Namensgebung: Es gibt in Deutschland eine ganze Anzahl von Bonhoeffer-Kirchen und Bonhoeffer-Gemeindehäusern; auch nach Paul Schneider sind Kirchen benannt worden. Mit solchen Namensgebungen stehen die Kirchen im Kontext der Gesellschaft – auch etliche Straßen tragen den Namen Bonhoeffers, Schulen sind nach den Geschwistern Scholl benannt worden. Freilich zeigt sich, wie gering die Zahl derjenigen ist, nach denen in Deutschland Straßen oder Gemeindehäuser benannt wurden: Erst eine Stadt hat einen Dr.-Weißler-Weg, Werner Sylten, Stellbrink sind so geehrt worden. Es könnten viel mehr Namen sein!

Wie schwer es aber in den evangelischen Kirchen ist, zu einer festen Gestaltung des Märtyrergedenkens zu kommen, zeigt der zunächst vergebliche Versuch der EKD von 1965, einen Märtyrergedenktag einzuführen.[9] Da es keine liturgisch gebundenen Gedenktage für einzelne Märtyrer des 20. Jahrhunderts gibt, wäre es wünschenswert, an einem bestimmten Tag ein solches Gedenken regelmäßig zu gestalten – vergleichbar etwa dem 9. November, insofern er Gedenktag an den Novemberpogrom 1938 ist.

8 EG 150. Entstanden 1626.

9 Vgl. dazu oben den Beitrag von A. Kurschat.

Ähnlich steht es mit dem Anliegen, einen *Evangelischen Namenkalender* zu erstellen.[10]

Entsprechende Bemühungen gab es bereits im 19. Jahrhundert. Die Lutherische Liturgische Konferenz hat neue Versuche, in ökumenischem Geist, gebündelt; der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat 1966 den Namenkalender zum Gebrauch freigegeben; 1975 lag er in der endgültigen Fassung vor. Seitdem wird er in Pfarrerkalendern abgedruckt. Eine verbindliche Einführung in den deutschen Landeskirchen ist nicht erfolgt. Es handelt sich dabei nicht um ein spezifisches Märtyrerkalendarium: zahlreiche Persönlichkeiten der Kirchen, die eines natürlichen Todes gestorben sind, sind aufgenommen – aber, der Märtyrertradition entsprechend, jeweils zu ihrem Todestag. Märtyrer seit der Zeit der Alten Kirche sind vertreten. Von den Blutzeugen des 20. Jahrhunderts wurden 13 Namen ausgewählt.[11] Was bedeutet solch ein Namenkalender für die Praxis unserer Kirchen?[12] Wo ein regionaler Bezug zu bestimmten Märtyrern da ist, wird des Todestages gedacht werden. Faktisch aber hat es den Charakter eines Verlagsangebots, von dem nur gelegentlich Gebrauch gemacht wird.

3. Wege der Aneignung

Der Evangelische Namenkalender verdeutlicht mit seiner Zusammenstellung ein protestantisches Spezifikum: Das Vorbild der Lehrer der Kirche hat faktisch größeres Gewicht als das der Blutzeugen aus der Zeit des Römischen Reiches, der Ketzerverfolgungen und der Konfessionskämpfe. „Gedenket eurer Lehrer" – das ist am Beispiel Luthers und Melanchthons, aber auch Zinzendorfs, Wicherns, Schleiermachers und Karl Barths erkennbar. Luther und Melanchthon wurden Denkmäler gesetzt. Vor allem aber wurden die Schriften jener großen Lehrer der Kirche gelesen – Katechismen und die Predigtbände, aber auch die Grundschriften der Reformati-

10 Der „Evangelische Namenkalender" von 1975 ist abgedruckt in: F. Schulz, Synaxis, S. 414–425. Dort auch die Interpretation durch F. Schulz: Gedächtnis, S. 384–413. – Wesentliche Hinweise und Erläuterungen verdanke ich dem Vortrag von A. Völker: Communio Sanctorum. Der evangelische Namenkalender, auf dem Kongress der Societas Liturgica in Eindhoven, 13.8.2003.

11
- 18.1. Ludwig Steil 1945
- 24.1. Erich Sack 1943
- 15.2. Georg Maus 1945
- 20.2. Friedrich Weißler 1937
- 18.3. Marie Schlieps 1919 (Baltikum)
- 9.4. Dietrich Bonhoeffer 1945
- 17.4. Max Joseph Metzger 1944 (kath.)
- 22.4. Friedrich Julius Perels 1945
- 18.7. Paul Schneider 1939
- 13.8. Paul Richter 1942
- 26.8. Werner Sylten 1942
- 31.8. Ludwig Zimmermann 1906 (baltischer Blutzeuge)
- 10.11. Karl-Friedrich Stellbrink 1943
- 19.12. Paul Blau 1944

12 P. Harnoncourt: Ökumenische Aspekte, S. 437 ff.

on. Das Gedächtnis der Lehrer ist lebendig durch die geistliche, wegweisende Bedeutung ihrer Verkündigung.

In diese Reihe gehört inzwischen auch Dietrich Bonhoeffer. Mit seinen theologischen Schriften, den Fragmenten der Ethik, vor allem aber durch seine Gefangenschaftsbriefe ist er zum Vorbild und Lehrer der nachfolgenden Generationen geworden. Wenn einer seinen Leidensweg nicht nur mutig und wach durchschritten hat, sondern auch noch die Gabe und – von den Haftbedingungen her – die Möglichkeit hatte, seine Gedanken, seine Ängste und Gebete und sein gläubiges Vertrauen niederzuschreiben, kann er unmittelbar verstanden werden und wird so zum Vorbild. Ähnliches gilt von Paul Schneider, dessen laut gerufene Bibelworte auf dem Appellplatz von Buchenwald in Erinnerung blieben. Ebenso sind die Flugblätter der „Weißen Rose" ein bleibendes Vermächtnis. Es ist wichtig, die Lebenszeugnisse der Märtyrer zu sammeln.

Im Katechumenat der Kirche – sei es im Religionsunterricht, in Christenlehre und Konfirmandenarbeit oder in der Erwachsenenbildung – spielen die Lebensbilder der Märtyrer eine deutlichere Rolle.[13] Menschen möchten wissen, was es heißt, den Glauben an Jesus Christus zu leben. Wer bei unmenschlichen Befehlen den Gehorsam verweigert hat, wer im Widerstand sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, um den Diktator zu töten, der den Massentod in einem unsinnigen Krieg auf dem Gewissen hat, wird zum Vorbild des Glaubens.

Ein Beispiel solchen Bemühens, die historische Erkundung mit eigener Erfahrung zu verbinden und so zu einem persönlichen Zugang zu jenen Leidenszeugen und Märtyrern zu finden, ist das Projekt „Gedächtnisbuch", das die Evangelische Versöhnungskirche in Dachau im Verbund mit mehreren Partnern ins Leben gerufen hat.[14] Darin werden Einzeldokumente über alle Häftlinge des KZ Dachau und seiner Außenlager gesammelt. Verbindungen werden z. B. nach Frankreich und in die Ukraine hergestellt, um noch Menschen begegnen zu können, die in Dachau inhaftiert wurden. Dies Projekt wendet sich besonders an interessierte Jugendliche und Erwachsene. Ökumenische Partnerschaft und internationale Ausrichtung sind dabei selbstverständlich. Die Zielstellung geht über die Rückfrage nach Märtyrern hinaus; als eine Initiative der Versöhnungskirche ist sie aber zugleich verbunden mit dem Gedenken an die evangelischen Todesopfer von Dachau.

4. Orte des Gedenkens

Um der Vergegenwärtigung der Martyriumsschicksale ist es nötig, die Orte des Gedenkens in Verkündigung und Katechumenat einzubeziehen.

Die authentischen Orte der Haft oder der Ermordung sind allgemein bekannt, sofern es sich um die Konzentrationslager und die Hinrichtungsstätten der Zeit des Nationalsozialis-

13 F. Rickers: Orientieren statt idealisieren, insbes. S. 213 ff.

14 Gedächtnisbuch für die Häftlinge des KZ Dachau: ‹http://www.gedaechtnisbuch.de›.

mus handelt. In Buchenwald wird seit Jahrzehnten der Ermordung Paul Schneiders gedacht. In Dachau stehen die beiden Kirchen – die Kirche des Leidens Christi und die Versöhnungskirche. Bei der Hinrichtungsstätte in Berlin-Plötzensee befindet sich die Kirche Maria Regina Martyrum. Neben dem KZ Sachsenhausen erinnert heute eine Reihe von Stelen im Kiefernhain an die Ermordeten. Es bedarf einer hohen pädagogischen und bildungspolitischen Verantwortung, Menschen dazu zu motivieren, solche Erinnerungsstätten zu besuchen. Schulen sind immer wieder darum bemüht, Generation um Generation von Schülerinnen und Schülern heranzuführen an die Geschichte jener Verbrechen – und ihnen zugleich zu vermitteln, mit welcher Glaubensstärke Menschen diesen Leidensweg gegangen sind. Es ist selbstverständlich, dass gerade dort anschaulich wird: Die Opfer der Konzentrations- und Zwangsarbeitslager zählen nach Tausenden. Menschen aus vielen Völkern Europas sind hier zu Tode gekommen, Kommunisten, Widerstandskämpfer und immer wieder Juden. Unter diesen allen gilt das Gedenken unserer Kirche jenen Christinnen und Christen, die zu Märtyrern geworden sind.

An einzelnen Orten sind in einer Kirche solche Orte des Gedenkens geschaffen worden.[15] Das lag insofern nahe, als es seit dem 19. Jahrhundert allgemeine Sitte war, die Namen derer auf einer Tafel festzuhalten, die in einem der Kriege gefallen waren. Gerade weil es zu Hause kein Grab gab für diese Soldaten, hat die Gemeinde ihnen stattdessen eine solche Gedenktafel gewidmet. Damit blieb ihr Name zugleich länger lesbar als auf einem Grab, das nach einigen Jahrzehnten sonst eingeebnet worden wäre.

In manchen Kirchen Siebenbürgens gibt es Gedenktafeln für die „Opfer der Deportation". In der Stadtkirche von Mediasch z. B. ist im Chorraum eine große steinerne Gedenktafel angebracht, die den „Opfern des Zweiten Weltkrieges 1939–1945, der Russlanddeportation 1945–1949 und der Internierungslager 1945–1953" gewidmet ist. Die Zusammenstellung lässt erkennen, wie fließend die Grenze zwischen dem Gedenken an die Kriegsopfer und an die Opfer der stalinistischen Epoche ist. Sind unter jenen Opfern auch evangelische Märtyrer? Gewiss, denn die besondere Rolle, die gerade in Siebenbürgen den Pfarrern und den Vertretern der Kirchengemeinden zukam, ließ sie in den Augen der Kommunisten zu profilierten Gegnern werden.

Die Sitte, in den Kirchen auf besonderen Tafeln die Namen von Gefallenen festzuhalten, findet nun ihr Pendant im Gedenken an die Märtyrer dieser Kirche. Es ist den Zeichen der Pietät gegenüber den Gefallenen einer Gemeinde ähnlich – und doch von anderer Struktur.

Wo an die Märtyrer der Kirche erinnert wird, geschieht dies in der Vergegenwärtigung des im Glauben an Christus erduldeten Leidens. Es wird an Menschen erinnert, die sich einem gottfeindlichen System nicht gebeugt haben, sondern ihren Glauben festhielten. Die Losung aus der Apostelgeschichte, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen (Apg 5,29),

15 Das Beispiel der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin wird oben im Beitrag von A. Kurschat, S. 35–50 dargestellt.

hat ihnen Kraft zum Widerstand gegeben. Als Zeichen des Glaubensmutes ist es ebenfalls des Gedenkens würdig, wo sich Menschen für das Leben anderer eingesetzt haben und darüber selbst zu Tode gekommen sind. Das gilt von Pater Maximilian Kolbe, der sich im KZ Auschwitz geopfert hat für einen anderen – oder entsprechend für die Taten von Helferinnen und Helfern, die sich für deutsche Juden während des Zweiten Weltkrieges eingesetzt haben.

Solchem exemplarischen Gedenken ist die Gedächtnisstätte in der Krypta des Doms zu Brandenburg gewidmet.[16] Die Nennung von 19 „Blutopfern des Kirchenkampfes 1933–1945" steht für die Märtyrerinnen und Märtyrer jener Zeit insgesamt. Der Ort selbst – die Krypta des Doms – und die gediegene künstlerische Gestaltung, die dem Metallbildhauer Fritz Kühn übertragen worden war, ermöglichen die Verbindung mit gottesdienstlicher Feier.[17]

Durch die Bemühungen des Domkapitels, des Predigerseminars, des Kunstdienstes der Evangelischen Kirche der Union und der Kirchengemeinde ist diese Gedenkstätte im Brandenburger Dom immer wieder zu einem Zentrum des Erinnerns geworden. Anlässlich einer Ausstellung „Opfer" im Jahr 1974 formulierte der Kunstdienst:

> „Unser Gedenken an alle Opfer kann nicht Verklärung oder Idealisierung sein. Es sollte vielmehr in nüchterner Erkenntnis auch aller menschlichen Unzulänglichkeiten und im Blick auf das, was Christus getan und gelitten hat, dazu helfen, das Vermächtnis ungezählter Opfer lebendig zu erhalten und in verantwortlichem Tun fruchtbar werden zu lassen." (Heinz Hoffmann)

Ein Beispiel solch aktuellen Erinnerns, das die Teilnehmenden einbezieht in das Reflektieren über das eigene Handeln und den eigenen Glauben, ist z. B. das Vorabendgedenken zur 50. Wiederkehr der Errichtung der Gedenkstätte am 5. April 2003 gewesen.[18]

An den Orten des Lebens und Wirkens der Märtyrer kann eine Gedenktafel zum Innehalten auffordern. Für Dietrich Bonhoeffer wurde von Karl Biedermann ein Denkmal geschaffen, das 1999 vor der Zionskirche in Berlin aufgestellt wurde.[19] Wo ein Gemeindehaus oder eine Kirche den Namen eines Märtyrers trägt (z. B. Bonhoeffer- oder Paul-Schneider-Kirchen), wird dort

16 Zur Entstehung dieser Gedenkstätte siehe oben den Beitrag von A. Kurschat, S. 35–50.

17 Der Ständer mit der Namenskassette steht unter dem spätromanischen Kruzifixus. Diese Christusfigur ist in das Umschlagbild dieses Buches einbezogen.

18 In diesem Abendgottesdienst wurde mit folgendem Gebet geschlossen:
„Gott, du Quelle des Lebens,
Du lässt uns träumen von einer neuen Welt,
einer Welt, in der Friede und Gerechtigkeit wohnt und die Völker Heilung finden.
Auf dieses Bild der Hoffnung verlassen wir uns.
Gib uns die Kraft, uns der Erinnerung zu stellen,
der Erinnerung an Schuld und Versagen und der Erinnerung an Widerstand und Größe.
Hilf, dass diese Erinnerung uns den Mut gibt,
uns heute für Gerechtigkeit, Menschenwürde und Frieden stark zu machen.
Lass die Hoffnung auf dein Reich und deinen Frieden heute in unseren Herzen blühen.
Gott, du Quelle des Lebens von Ewigkeit zu Ewigkeit."

19 Eine Replik dieses Denkmals steht in Wrocław vor der Elisabethkirche am Rynek, weil Bonhoeffer 1906 in Breslau geboren wurde.

ebenfalls die Erinnerung gepflegt. Solche Namensgebung wird aber nur für die bekanntesten der Märtyrer vollzogen. Für etliche andere sind Gedenkstelen errichtet worden. Aber auch dies betrifft nur eine geringe Zahl von denen, die ihr Leben haben opfern müssen.

Evangelische Rezeption der Martyrien des 20. Jahrhunderts bedarf noch weiterer, intensiverer Bemühung.

5. Spiritualität evangelischen Märtyrergedenkens

Evangelisches Gedenken an die Märtyrer des 20. Jahrhunderts geschieht nicht in fester liturgischer Ordnung. Nicht einmal der 9. April, der Todestag Dietrich Bonhoeffers, ist ein überall gewusster, gar ein verbindlicher Gedenktag.[20] Vielleicht kommt es doch einmal dazu, einen solchen Tag einzuführen – ähnlich wie der 27. Januar als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus eingeführt worden ist.

Im Protestantismus besteht faktisch eine Unsicherheit darüber, wo und in welcher Form ein Märtyrergedenken geschehen kann. Es bedarf grundsätzlicher theologischer und pastoraler Reflexion, um den Kristallisationskern für eine solche lebendige Rezeption und Erinnerungsform zu umreißen.

Zunächst gilt es festzuhalten: Das Leben, Handeln und Sterben der evangelischen Blutzeugen ist immer wieder Thema, Beispiel in der Verkündigung. Dass wir des Lebens unserer Lehrer gedenken sollten,[21] ist feste evangelische Praxis. Als solche Lehrer stehen uns die großen Theologen und Prediger, die Dichterinnen und Dichter unserer Kirchenlieder, die Stifterinnen wohltätiger Einrichtungen vor Augen. Aber eben und in besonderer Weise auch die Märtyrerinnen und Märtyrer. Im Katechumenat der Kirche – und damit auch: im Religionsunterricht der Schulen – haben Lebensbilder ihren festen Ort. Dort sind sie, wie es das Augsburger Bekenntnis (Confessio Augustana = CA) von 1530 sagt, *Exempel des Glaubens.*[22]

Der Artikel XXI. „Vom Dienst der Heiligen“ gehört noch in den ersten Teil des Bekenntnisses, in dem die nach Meinung der Evangelischen konsensfähigen Inhalte des Glaubens dargestellt werden. Die Verehrung der Heiligen wird also ausdrücklich nicht unter die „Missbräuche“ gerechnet, die abgestellt werden sollen.[23]

Abgelehnt wird es aber, die Heiligen anzurufen oder Hilfe bei ihnen zu suchen. Im gleichen Sinne erläutert Melanchthons Apologie der Augsburger Konfession diesen Standpunkt:

---

20 Siehe dazu die Darstellung des Diskussionsprozesses innerhalb der EKD 1965 um die Einführung eines allgemeinen Märtyrergedenktages im Beitrag A. Kurschat, S. 35–50.

21 Hebr 13,7: Denkt an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben; seht auf ihr Ende und nehmt euch ihren Glauben zum Vorbild.

22 Siehe dazu Abschnitt 2.2. in dem Beitrag von W.-D. Hauschild in diesem Band., S. 62–64.

23 Vgl. das Zitat aus CA XXI im Vorwort dieses Bandes.

> „Denn dreierlei Ehre ist, damit man die Heiligen ehret. Für das erst, daß wir Gott danksagen, daß er uns an den Heiligen Exempel seiner Gnaden hat dargestellet, daß er hat Lehrer in der Kirchen und andere Gaben geben, und die Gaben, weil sie groß sein, soll man sie hoch preisen, auch die Heiligen selbst loben, die solcher Gaben wohl gebraucht haben [...].
> Die andere Ehre, so wir den Heiligen tun mügen, daß wir an ihrem Exempel unsern Glauben stärken [...].
> Für das dritte ehren wir die Heiligen, wenn wir ihres Glaubens, ihrer Liebe, ihrer Geduld Exempel nachfolgen, ein jeder nach seinem Beruf [...]."[24]

Das könnte Relevanz für das gegenwärtige ökumenische Gespräch haben. Es muss doch nicht entscheidend sein, dass Edith Stein und Maximilian Kolbe heilig, Dompropst Lichtenberg selig gesprochen wurden, während Dietrich Bonhoeffer und Friedrich Weißler nicht als Heilige bezeichnet werden. Sind sie nicht – im Sinne des Augsburger Bekenntnisses von 1530 – auch Heilige, insofern ihr Glauben uns ein „Exempel" ist und wir an ihnen erfahren, was es heißt, dass Gott ihnen Gnade schenkte, nämlich die Gnade, auch angesichts des Todes noch andere zu trösten, weil sie sich der Verbindung zu Gott gewiss waren?

Diese Einsichten sind aufgenommen und vertieft in dem katholisch-lutherischen Dialog einer bilateralen Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz und der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Diese hat im Jahr 2000 ein Gesprächsergebnis mit dem Titel „Communio sanctorum. Die Kirche als Gemeinschaft der Heiligen" vorgelegt.[25] Dort konnte gemeinsam – also auch für die lutherische Seite – formuliert werden:

> Die Gemeinschaft der Heiligen „realisiert sich in den Menschen, die in der Jüngerschaft Christi stehen und diese entsprechend den ihnen geschenkten Gaben leben. So gebührt allen Christen Ehre, vornehmlich denen, die ihr Christsein in exemplarischer Weise bis in den Tod hinein gelebt haben [...]
> Der heilige Mensch ist heilig als der Gerechtfertigte, der sein Leben in Glaube und Liebe führt. Er ist die lebendige Auslegung der Botschaft des Evangeliums. In ihm wird das Gottesheil auch menschlich und geschichtlich konkret."[26]

Das schließt ein, dass der Heilige nach evangelischem Verständnis der gerechtfertigte Sünder ist. Er ist nicht das Vorbild eines makellosen Lebens.[27] Rechtfertigung heißt eben, dass Gott seine Gnade an ihm erwiesen hat. Das entlastet von der Befürchtung, das Gedenken an die Märtyrer beschere uns nun einen christlichen Heroenkult. Wer, wie Bonhoeffer, in den konspirativen Widerstand ging, der musste sich verstellen, musste lügen, musste Vertrauen missbrauchen – wegen dieser Verantwortungsübernahme im Kampf gegen Unmenschlichkeit. Solche Erfahrungen mögen vielleicht ein traditionelles Schema von Märtyrer-Biographien durchbrechen. Sie führen aber in Dimensionen des Leidens hinein, die wohl doch zur Kreuzesnachfolge gehören.

Was bedeutet es, den Bericht von so vielen, unsäglichen Martyrien zu lesen? Angesichts der

---

24 Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche (BSLK), 2. Aufl., S. 317 f.

25 Bilaterale Arbeitsgruppe, Communio Sanctorum.

26 A. a. O. S. 114, Zitat S. 236, 240.

27 B. Mecking: Märtyrerbiographien, S. 190.

Erfahrung des Holocausts, der Ermordung von Millionen Juden in Europa, wurde bewusst, dass das Übermaß solcher Zahlen nicht auszuhalten ist und faktisch dazu verführt, sich abzuwenden, um nicht selbst erdrückt zu werden. Abstumpfung wäre aber eine schlimme Reaktion. Bei der Vergegenwärtigung des Geschicks der christlichen Märtyrer des 20. Jahrhunderts kommen ebenfalls Hunderte, ja Tausende solcher Todes-Geschichten auf den Lesenden zu. Das kann und darf nicht nur als historischer Bericht entgegengenommen werden.

Das Gedenken an die Märtyrer hat noch eine andere Dimension. In der Begegnung mit der Lebens- und Leidensgeschichte von Märtyrern werde ich selbst gefangen genommen von der Erfahrung des Leidens – aber eben des Leidens aus der Hingabe des Glaubens oder auch aus der Verantwortlichkeit des Eintretens für andere Menschen. Es ist ein Betroffensein von der Grausamkeit, mit der Menschen gequält, gedemütigt, ‚liquidiert' worden sind. Zugleich aber ist es ein Mit-Hineingehen in eine Tiefe menschlichen Lebens, die nach einer Sprache, einer Antwort sucht. Dorothee Sölle hat Stufen solcher Erfahrung, solchen Mitleidens aufgezeichnet. Das Lesen, Wahrnehmen macht sprachlos – führt zum Verstummen aus Erschrockenheit. In der Gemeinschaft mit anderen nehme ich Worte der Klage auf.[28] Darin aber bin ich „eingebunden [...] in die Gemeinschaft der Glaubenden, wo Leiden geteilt werden, wo füreinander gesprochen, gebetet und gesungen werden kann."[29] Gemeinsames Klagen kann einen Ausdruck finden im gemeinsamen Beten – in der Hinwendung zu Gott selbst, in dessen Gedächtnis das Leben und Sterben der Märtyrer bewahrt und aufgehoben ist. Die evangelischen Kirchen müssten darum ringen, solchem Gedenken, Klagen und Beten einen Platz in ihren Gottesdiensten zu geben.

Vielleicht führt solche Begegnung mit dem Geschick der Märtyrer zur Ermutigung – weil eben das Beispiel ihres Mutes, ihres Widerstandes und der Annahme ihres Sterbens aus der Geborgenheit in Gott auch uns Mut macht zu einem freien Leben. Wo sich unsere Gemeinden der Märtyrer erinnern, begegnen sie Gott selbst, der diesen Menschen so viel Gnade geschenkt hat.

> „Wenn man völlig darauf verzichtet hat, aus sich selbst etwas zu machen – sei es einen Heiligen oder einen bekehrten Sünder oder einen Kirchenmann (eine so genannte priesterliche Gestalt!), einen Gerechten oder einen Ungerechten, einen Kranken oder einen Gesunden – und dies nenne ich Diesseitigkeit, nämlich in der Fülle der Aufgaben, Fragen, Ratlosigkeiten, Erfolge und Misserfolge, Erfahrungen und Ratlosigkeiten leben, – dann wirft man sich Gott ganz in die Arme, dann nimmt man nicht mehr die eigenen Leiden, sondern das Leiden Gottes in der Welt ernst, dann wacht man mit Christus in Gethsemane, und ich denke, das ist Glaube, das ist metanoia, und so wird man ein Mensch, ein Christ." (Vgl. Jerem. 45!)[30]
>
> (Dietrich Bonhoeffer, 21.7.1944 an Eberhard Bethge)[31]

28 D. Sölle: Leiden, S. 89 ff.

29 B. Mecking: Märtyrerbiographien, S. 195 ff.

30 Jeremia 45: „(1) Dies ist das Wort, das der Prophet Jeremia zu Baruch, dem Sohn Nerijas, redete, als er die Worte, wie Jeremia sie ihm sagte, auf eine Schriftrolle schrieb, im vierten Jahr Jojakims, des Sohnes Josias, des Königs von Juda: (2) So spricht der HERR Zebaoth, der Gott Israels, über dich, Baruch: (3) Du sprichst: Weh mir, wie hat mir der HERR Jammer zu meinem Schmerz hinzugefügt! Ich seufze mich müde und finde keine Ruhe. (4) Sage ihm: So spricht der HERR: Siehe, was ich gebaut habe, das reiße ich ein, und was ich gepflanzt habe, das reiße ich aus, nämlich dies mein ganzes Land. (5) Und du begehrst für dich große Dinge? Begehre es nicht! Denn siehe, ich will Unheil kommen lassen über alles Fleisch, spricht der HERR, aber dein Leben sollst du wie eine Beute davon bringen, an welchen Ort du auch ziehst."

31 D. Bonhoeffer: DBW 8, S. 542.

Daniel Heinz

Dem Gebot und Gewissen verpflichtet: Freikirchliche Märtyrer

Das 20. Jahrhundert ist in die Geschichte eingegangen als Jahrhundert der Märtyrer, deren Gedenken für Überlebende und Nachgeborene zu einer wahrhaft ökumenischen Verpflichtung geworden ist.[1] Den menschen- und gottverachtenden Ideologien dieses Jahrhunderts ist eine Vielzahl von mutigen Christen verschiedenster konfessioneller Provenienz entgegengetreten. Im gemeinsamen, durch den Tod bewährten Glaubenszeugnis für Christus hat ihr Martyrium als „Leidensökumene" (H. Rathke) die Grenzen zwischen den Konfessionen und Kirchen längst aufgehoben.[2] Es ist daher zu begrüßen, dass auch Märtyrer der Freikirchen in das von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (EvAKiZ) erstellte deutsche protestantische Martyrologium für den Zeitraum von 1917 bis 1989 aufgenommen wurden.[3] Der konfessionsübergreifende (Landes- und Freikirchen) und komparatistische (NS-Regime, Stalinismus) Ansatz des Martyrologiums trägt zu einem tieferen Verständnis der gesamtchristlichen Existenz in totalitären Herrschaftssystemen bei und weitet gleichzeitig den Blick für das spannungs- und facettenreiche Verhältnis der einzelnen Kirchen zu den Regierungsformen in den verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas. Vielleicht lassen sich auch durch Vergleich der Märtyrerbiographien in ihrem jeweiligen kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Umfeld Typologien erkennen, die uns Aufschluss geben über Denkmuster und religiöse Sozialisation der Opfer. Gleichzeitig sind Märtyrer auch immer ein Zeugnis der Krisis für die eigene Kirche, die mehr ihr Überleben sicherte und in vielen Fällen auf den hohen Anspruch der Treue zum göttlichen Gebot und zum Gewissen verzichtete.

Fast scheint es, als haben die Kirchen ihre vielen Blutzeugen vergessen, wenn wir von einigen Ausnahmen absehen, die als herausragende Symbolgestalten christlicher Glaubensüberzeugung in die Kirchengeschichte eingegangen sind. Die Gründe für Vergessen und Wiedererinnern mögen komplex sein. In jedem Fall weckt die Erinnerung an Märtyrer unbequeme

1 Vgl. G. Ringshausen: Jahrhundert, S. 237–247.

2 Papst Johannes Paul II. wies 1994 im Apostolischen Schreiben „Tertio millennio adveniente" auf den „Ökumenismus der Märtyrer" hin. In der monumentalen römisch-katholischen Märtyrerdokumentation von H. Moll, Zeugen für Christus, finden wir Ansätze für eine erweiterte ökumenische Märtyrerperspektive. So werden im Personenregister als Märtyrer neben den biographisch dargestellten Katholiken als zweite Gruppe „Nichtkatholiken in ökumenischen Gruppen" namentlich aufgeführt. Eine biographische Darstellung dieser Personen im Martyrologium fehlt jedoch.

3 G. Grünzinger: Bericht, S. 47.

Fragen. Wenn ihr Weg in bestimmten Situationen richtig war – sind dann alle anderen in die Irre gegangen? Vergessen, um zu verdrängen, vielleicht aus Sorge um die eigene Identität? Die „Märtyrervergessenheit" ist nicht nur für die evangelischen Volkskirchen zu beklagen, sondern auch für die protestantischen Freikirchen mit einer großen Ausnahme: den Mennoniten. Sie bilden die „älteste protestantische Freikirche" (H. J. Goertz), die schon seit über 300 Jahren eine beispielhafte, für ihre Theologie konstitutive Märtyrertradition entwickelt hat.[4] Mein Beitrag möchte auf die konfessionelle Vielfalt christlichen Martyriums hinweisen und zu neuem Nachforschen über freikirchliche Märtyrerschicksale anregen. Wir halten uns beim Märtyrerbegriff an das allgemeine Kriterium, dass die (frei)kirchliche Bindung bzw. die christliche Motivation und Prägung in jedem Fall nachweisbar sein und im Zusammenhang mit dem Tod stehen muss.[5]

Bei der Beschäftigung mit deutschsprachigen freikirchlichen Märtyrern/Märtyrerinnen des 20. Jahrhunderts müssen zunächst drei Bereiche begrifflich und thematisch angesprochen werden.

1. Was verstehen wir unter protestantischer Freikirche? Wir sind uns bewusst, dass der Begriff „Freikirche" uneindeutig ist und die Grenzen, selbst beim Versuch einer genaueren Differenzierung, fließend bleiben werden. Letztlich entscheidend für Definition und Zuordnung ist das theologische Selbstverständnis der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Die Bezeichnung „protestantisch" macht deutlich, dass sich Freikirchen in der einen oder anderen Form als Erben der Reformation verstehen.
2. Lässt sich ein charakteristisches freikirchliches Verhaltensmuster in totalitären Staatsformen (insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus und Stalinismus) erkennen? Die von den Freikirchen geforderte Trennung von Kirche und Staat führt zu einer besonderen Glaubenshaltung im Blick auf Obrigkeit und Gemeinde. Welche Reibungsflächen mit den Behörden sind für Freikirchen typisch im Kontext totalitärer Regime (z. B. generelle Distanz zum Staat und Politikabstinenz, Ablehnung des Waffendienstes bei Mennoniten, Adventisten und Baptisten, Sabbatobservanz und Arbeitsniederlegung bei Adventisten)? In diesen bestimmten Situationen konnte das nonkonforme Verhalten der „Freikirchler" mit dem Martyrium enden. So sind besonders viele Opfer unter pazifistisch orientierten russlanddeutschen Gemeinden mennonitischer und baptistischer Prägung zu beklagen. Auch in der NS-Zeit kommen die meisten protestantischen Kriegsdienstverweigerer aus den Rei-

4 Neben der Bibel hat kein anderes Buch die Mennoniten in ihrem Glauben mehr gestärkt und bewahrt als der von Thieleman J. van Braght (1625–1664) im Jahr 1660 veröffentlichte „Märtyrer-Spiegel der Taufgesinnten" mit seiner einzigartigen Sammlung mennonitischer Märtyrerschicksale aus dem 16. Jahrhundert. Vgl. O. Swartzenhuber: Piety and Theology, S. 5–26, 128–142. Genauere Angaben zu einzelnen mennonitischen Märtyrern, auch aus dem 20. Jahrhundert, finden sich im Mennonitischen Lexikon und in der Mennonite Encyclopedia. Ein mennonitisches Martyrologium hat A. A. Toews vorgelegt: Mennonite Martyrs. Die ältere, vergriffene deutsche Ausgabe in zwei Bänden ist wesentlich umfangreicher: Ders.: Mennonitische Märtyrer. Zur gegenwärtigen Rezeption mennonitischen Märtyrertums in der Sowjetunion siehe: W. Sawatsky: Dying for What Faith; Ders.: Historical Roots; H. Loewen: A Mennonite-Christian View, S. 47–68.

5 Siehe Anm. 3.

hen der Freikirchen, besonders der Adventisten. Göttliches Gebot und ethische Gewissensbindung hatten Vorrang vor der Allmacht des Staates.

3. Welchen Platz nehmen freikirchliche Märtyrer/Märtyrerinnen in der Tradition ihrer Kirche oder Gemeinde ein? Von einer spirituellen bzw. religionspädagogischen Rezeption freikirchlicher Märtyrer/Märtyrerinnen kann zumindest für den deutschsprachigen Raum Mitteleuropas bis heute kaum gesprochen werden. Blutzeugen finden dort – wenn sie überhaupt namentlich bekannt sind – gelegentlich Erwähnung, bleiben allerdings für das Gemeindeleben marginal. Anders freilich stellte sich die Lage im Machtbereich der Sowjetunion dar, wo Mennoniten und auch Vertreter baptistischer, pfingstlerischer und adventistischer Gemeinschaften (z. B. „Initsiativniki"/Missionswerk Friedensstimme, „Treue und Freie Adventisten") eine spezielle Theologie des Leidens formulierten, in der Märtyrer Vorbildwirkung haben. So wurde das Martyrium von den sowjetischen Freikirchen oft als „Gradmesser" in der echten Nachfolge Christi gesehen.[6] Das geistliche Erbe dieser Märtyrergenerationen wird heute besonders unter den Mennoniten Nordamerikas und von zahlreichen russlanddeutschen Aussiedlergemeinden baptistischer Prägung in Deutschland weiter bewahrt. Im Rahmen eines „Oral History"-Projektes müssten Zeitzeugen und Angehörige von Opfern befragt werden, um weitere Märtyrerschicksale des Stalinismus zu dokumentieren, wie das Heinrich Rathke bereits für die evangelische Landeskirche getan hat.[7]

1. *Definitionsproblematik der Freikirchen*

Bei der Berücksichtigung freikirchlicher Blutzeugen stellt sich natürlich die Frage, nach welchen Kriterien eine Auswahl getroffen werden sollte. Der Begriff „Freikirche" (engl. „Free Church") begegnet uns historisch erstmals 1843, als Thomas Chalmers mit 200 gleichgesinnten Geistlichen die „Church of Scotland" verließ, um gegen staatskirchliche Reglementierung zu protestieren. Die englischen „Dissenters" oder Nonkonformisten – Presbyterianer, Kongregationalisten, Baptisten und Methodisten – benutzten den Begriff, um sich gegen die anglikanische Staatskirche abzugrenzen. Die Anfänge der Freikirchen reichen freilich viel weiter zurück. Die Täuferbewegung des 16. Jahrhunderts – von der Forschung gerne als „linker Flügel der Reformation" bezeichnet – gilt gemeinhin als Wurzelboden des neuzeitlichen Freikirchentums.[8] Das keineswegs homogene Täufertum weist Merkmale auf, die bis heute für nahezu alle protestantischen Freikirchen kennzeichnend sind: Freiwilligkeit der Mitgliedschaft

6 H. Klassen: Mission, S. 29.

7 H. Rathke: Vergessene Märtyrer, S. 147–174; Ders.: Todesopfer.

8 Man könnte in der Kirchengeschichte noch weiter zurückgreifen, um freikirchliche Formen aufzuspüren: z. B. bei den Lollarden, Hussiten und Waldensern. So vertritt G. Westin: Der Weg, S. 9, die Auffassung, dass freie christliche Gemeinden seit früher Christenheit existieren und eine eigene Strömung der Kirchengeschichte bilden.

bedingt durch die Praxis der Glaubens- oder Erwachsenentaufe – also nicht Nachwuchskirche, sondern Freiwilligkeitsgemeinde! –, Unabhängigkeit von obrigkeitlicher Macht (z. B. auf heute übertragen: kein Kirchensteuereinzug, sondern Spendenfinanzierung) und das Eintreten für eine konsequente Trennung von Kirche und Staat, teilweise Ablehnung des Waffen- bzw. Militärdienstes, Betonung der Gemeinde vor Ort und des „Priestertums aller Gläubigen" sowie erweckliche Frömmigkeit und Lebensheiligung. Wir können die Definition auch nach historischen und juristischen Gesichtspunkten erweitern und als ‚Freikirchen' all jene kirchlichen Körperschaften bezeichnen, die weder geschichtlich noch rechtlich an ein bestimmtes Staatswesen gebunden sind, also keine ‚Landeskirchen' sind.[9] Trotz bestimmter freikirchlicher Wesensmerkmale bleibt die Zuordnung letztlich dem Selbstverständnis der jeweiligen Gemeinschaft überlassen, zumal der Terminus „Freikirche" rechtlich nicht geschützt ist. Die Tatsache, dass eine solche Gemeinschaft möglicherweise im Einzelfall nicht alle Wesensmerkmale einer Freikirche aufweist, ist dabei für das Recht der Selbstklassifikation unerheblich.[10] So umfasst der Begriff eine Anzahl recht unterschiedlicher protestantischer und neoprotestantischer Kirchen und Gemeinschaften, die sich zu den evangelischen Landes- oder Volkskirchen hin abgrenzen, aber auch vieles mit ihnen gemeinsam haben. Darauf weist die Bezeichnung „protestantisch" hin. Protestantische Freikirchen fühlen sich der Reformation des 16. Jahrhunderts verpflichtet und vertreten in der Lehre im Wesentlichen die durch die Reformatoren wiederentdeckten sog. „particulae exclusivae" (Ausschließlichkeitsformeln): *sola scriptura, sola fide, sola gratia, solo Christo*.

Im Gegensatz zu den Freikirchen stehen „Sondergemeinschaften", die die Hl. Schrift als ergänzungsbedürftig betrachten, neben Christus noch andere Heilswege oder Heilsvermittler verkünden und das Heil ausschließlich von der Mitgliedschaft in der eigenen Gemeinschaft abhängig machen.[11] Die Trennlinie zwischen Freikirchen und den Zeugen Jehovas, die ja aufgrund ihres relativ geschlossenen und mutigen Widerstandes im Dritten Reich zahlreiche Opfer und Märtyrer zu beklagen haben, aber im Martyrologium nicht berücksichtigt werden, ist meines Erachtens durch den trinitarischen Gottesbegriff gegeben, wie er von der Allgemeinheit der Christen angenommen wird. Das antitrinitarische Bekenntnis der Zeugen Jehovas und ihr exklusives Heilsverständnis lassen keine „Geistesverwandtschaft" mit den Freikirchen erkennen, wiewohl ihr Widerstandsverhalten im Dritten Reich, besonders in den Konzentrationslagern, Anerkennung und höchsten Respekt verdient.[12] Zusammenfassend werden jene

9 Vgl. J. Hermelink: Kirchen in der Welt, S. 181–186.

10 Einen Sonderfall bilden beispielsweise die sog. konfessionellen Frei- oder Minderheitskirchen: die verschiedenen selbständigen lutherischen Kirchen, die Altreformierte Kirche u. a.

11 A. Rössler: Positionen, S. 77 f.

12 Widerstand und Opfer der Zeugen Jehovas in der NS-Zeit stellen ein anerkanntes Forschungsfeld dar. Besonders in den letzten Jahren sind viele Einzeldarstellungen zu diesem Thema erschienen. Es sei nur auf folgende repräsentative Werke verwiesen: D. Garbe: Widerstand und Martyrium; H. Hesse: Am mutigsten. Speziell aus Sicht der Zeugen Jehovas: J. Wrobel: Verfolgung; M. Herrberger: Denn es steht geschrieben.

Freikirchen im Martyrologium berücksichtigt, die als (Gast)Mitglieder in der „Vereinigung Evangelischer Freikirchen“ (VEF) und in der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ (ACK) vertreten sind.[13]

2. Stellung zu Staat und Politik

Das Verhältnis der Freikirchen zu Staat und Politik ist von Distanz geprägt. Worin liegen die Ursachen dieses typisch freikirchlichen Bewusstseins? Das staatskirchliche Grundmodell eines „unum corpus Christianum“ war in Europa durch viele Jahrhunderte hindurch bis in unsere Zeit bestimmend. Auch die Reformation führte die Idee der Reichseinheit auf territorialer Basis fort. Ein Staatswesen sei nicht regierbar und lebensfähig, so lautete die Begründung der Reformatoren, wenn es durch verschiedene Kirchen und Religionsparteien zersplittert ist. Daher bestimmt der Landesherr als Garant der Reichs- oder Territorialeinheit die Religion seiner Untertanen. Freilich haben sich im Laufe der Geschichte noch andere Modelle herausgebildet. Gerade das 20. Jahrhundert zeigt uns in dramatischer Weise, welche Auswirkungen ein atheistischer Staat auf Kirche und Religion hat. Der totalitäre Staat trennt sich in feindlicher Absicht von der Kirche und verfolgt sie mit dem Ziel ihrer physischen Vernichtung. Ein anderes Grundmodell wurde zum gängigen Modell unserer modernen Gesellschaft: ein großes Maß weltanschaulicher Neutralität gepaart mit staatlicher Duldsamkeit und Toleranz gegenüber Religion und Kirche. Die Großkirchen freilich genießen eine massive Unterstützung finanzieller und ideeller Art seitens der staatlichen Organe, während andere Religionsgemeinschaften – Freikirchen etwa – von dieser Behandlung ausgeschlossen sind – sicherlich ein Überbleibsel staatskirchlichen Denkens. Wenn es um das Verhältnis von Staat und Kirche geht, wird heute meistens in diesen drei Kategorien gedacht: Kirche und Religion als Stabilisierungsfaktor der gesellschaftlichen Ordnung (Typus des Staatskirchentums), Kirche und Religion als Störfaktor, Konkurrenz und Bedrohung für den Staat (Typus der strikten Trennung unter negativem Vorzeichen bis hin zur Verfolgung und Auslöschung der Kirche), und Kirche und Religion als vom Staat tolerierte, akzeptierte und geförderte Größe (Typus als Mischform von Trennung und engem Zusammenwirken).

Freikirchen haben allerdings ein grundlegend anderes Paradigma im Auge: die konsequente *Trennung von Kirche und Staat* unter *positivem* Vorzeichen (nicht aufklärerisch-neutral oder gar antikirchlich).[14] Positiv, weil das Christentum wieder zu einer staatsfreien, freiwilligen, nur an Gewissen und persönliche Überzeugung gebundenen Religion wird, bei gleichzeitiger Loyalität zur staatlichen Ordnung. Der Trennungsgrundsatz schützt die Religionsfreiheit, indem weder der Staat die Kirchen noch die Kirchen den Staat kontrollieren. Als Grundsatz gilt, dass

13 Vgl. Freikirchenhandbuch.

14 E. Geldbach: Stellung, S. 11–14.

die Kirche in allen Bereichen ihre Angelegenheiten selbst regelt, dabei in freier Entscheidung handelt, ohne staatliche Bevormundung, aber auch ohne staatliche Zuwendungen und Privilegien. Freikirchen sehen die Welt als säkularen, pluralistischen Ort, der nicht mit dem urchristlichen Modell der Glaubensgemeinde in eins zu setzen ist. Sie sehen sich als „Gegenüber einer ungläubigen Welt" (H.-M. Niethammer). Daraus entspringt ihr missionarisches Sendungsbewusstsein, aber auch eine gewisse Distanz zu Staat und Gesellschaft, die wie z. B. bei den Adventisten unter eschatologischem Vorbehalt gesehen werden. Man könnte die Haltung der Freikirchen zu Staat und Politik als „loyale Opposition" (G. H. Williams) kennzeichnen. Die weltliche Obrigkeit wird als gottverordnete Instanz anerkannt und unterstützt, doch ist man bemüht, politisch neutral zu erscheinen, fühlt man sich doch in erster Linie der göttlichen Ordnung der Glaubensgemeinde und ihrem Auftrag der Evangeliumsverkündigung verpflichtet. Im angelsächsichen Raum mit seiner langen demokratischen Tradition haben Freikirchen einen kritischen Umgang mit der Obrigkeit gelernt und auch Überlegungen zu einem aktiven Widerstandsrecht angestellt, denn politische Neutralität darf nicht in Apolitismus münden. Der Christ kann sich nicht der politisch-sozialen Verantwortung entziehen, eine grundlegende Erkenntnis, die sich das kontinentaleuropäische Freikirchentum des 19. und 20. Jahrhunderts in einem schmerzhaften Prozess der Läuterung erst aneignen musste.[15]

So verlief im deutschsprachigen Raum – in Deutschland und in Österreich – die Entwicklung zunächst anders. Die Politik wurde dem allgewaltigen, heilsgeschichtlichen Handeln Gottes überlassen, während man Evangelisation und Mission auf die Bekehrung des Herzens reduzierte, so als ob sie keine Wirkung auf die Einstellung des Christen in der Gesellschaft ausübte. Die Freikirchen scheuten den Konflikt mit dem Staat, weil sie der Verkündigung des Evangeliums und nicht politischen Zielen dienen wollten. Aus dem richtigen Prinzip der Trennung von Kirche und Staat leiteten sie fälschlicherweise eine Ablehnung jeglicher Einmischung in die Belange der Öffentlichkeit ab. Das Motto „Sei untertan der Obrigkeit" (Röm 13,1) diente als biblische Legitimation für politikneutrales Agieren. Gerade aber in dem guten Bemühen „frei" zu bleiben für die Aufgabe der Evangeliumsverkündigung gerieten die Freikirchen in immer größere Abhängigkeit zum Staat, der – im totalitären Kontext – die Evangeliumsverkündigung nur dann zuließ, wenn sich die Kirche in seinen Dienst stellte. Staatliche Loyalität und unkritische Politikabstinenz im Falle der Freikirchen führten letztlich zu weitgehender Anpassung.

Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933 – allgemein als „Magna Charta" des NS-Staates für seine Stellung zu den Kirchen bezeichnet – würdigte die beiden großen Konfessionen in Deutschland als „wichtigste Faktoren" zur Erhaltung des nationalen Volkstums. Auch den Freikirchen – so die Erklärung – werde „objektive Gerechtigkeit" zuteil. Diese scheinbar positive Einstellung des NS-Regimes zum Christentum als „unerschütterlichem Fundament sittlichen und moralischen Lebens" verstellte vielen Christen den Blick für die wahren Ziele

15 Siehe dazu Ders.: Thesen, S. 98–110.

und Absichten des Nationalsozialismus.[16] Trotzdem lassen sich deutliche Spuren geistig-geistlicher Resistenz entdecken, die sich an den Biogrammen landes- und freikirchlicher Märtyrer konkretisieren lassen. Wenn wir das Leben und Sterben der freikirchlichen Märtyrer betrachten, merken wir, dass sie keinen politischen Widerstand geleistet haben, sondern die Loyalität zu Gott und seinem Gebot über die Loyalität zum Staat stellten nach dem Grundsatz: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apg 5,29). Sie leisteten pazifistisch-religiösen Widerstand in Form von Widersetzlichkeit, Verweigerung und Dissens und beriefen sich dabei auf ihr Gewissen. Der Weg dieser wenigen freikirchlichen Märtyrer in der NS-Zeit war nicht nur leidvoll, sondern auch einsam, weil sie nicht mit dem Rückhalt ihrer Kirche rechnen konnten. Nicht selten wurde ihnen von der eigenen Gemeinde Anmaßung und Rebellion vorgeworfen. So blieben sie „Fremde" in ihrer eigenen Kirche, die in der politischen Angleichung ihre Überlebenschance sah und sich von ihnen distanzierte.

Die Freikirchen im Machtbereich der Sowjetunion waren – anders als in Nazi-Deutschland – von Anfang an in ihrer gesamten Existenz bedroht. Vergleicht man die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 mit dem religionspolitischen Programm der Bolschewiki aus dem Jahr 1919, so wird der Unterschied im Umgang mit den Kirchen deutlich: dort vorläufige Beschwichtigung und Verschleierung, die später in den Kirchenkampf mündeten, hier offene Kampfansage, Terror und das erzwungene „Absterben" der Religion.[17] Die militante, antichristliche Ideologie des Kommunismus führte zu jahrzehntelangen, groß angelegten Verfolgungskampagnen mit dem Ziel der physischen Vernichtung der christlichen Kirchen und Gemeinden. Das Phänomen des Martyriums wurde zum Massenschicksal sowjetischer Christen, wobei eine präzise Unterscheidung zwischen christlichen Märtyrern und ethnischen Opfern unter Russlanddeutschen manchmal schwer zu treffen ist. In jedem Fall stärkte und motivierte das Leiden und Sterben der Glieder die Gemeinden und führte zu einer großen, teilweise überkonfessionellen und multiethnischen Solidargemeinschaft. Neben den unzähligen Opfern des Stalinismus, denen Leid und Tod schicksalhaft aufgezwungen wurden, sind viele, besonders aus den Untergrundkirchen, die das Martyrium bewusst als Zeugnis ihres Glaubens auf sich genommen haben. Manche von ihnen verglichen die stalinistische Verfolgung mit dem in der Apokalypse geschilderten Wirken des Antichristen und den endzeitlichen Plagen und lehnten den kommunistischen Staat rigoros ab. Im vorliegenden Martyrologium konnte nur eine sehr beschränkte Auswahl russlanddeutscher Blutzeugen aus den Freikirchen angeführt werden. Ihre Namen mögen beispielhaft für unzählige andere stehen, die ein ähnliches Schicksal erlitten haben, oder die vergessen, unbekannt bzw. verschollen geblieben sind. Kennzeichnend für viele Märtyrer des Sowjetreiches ist ja gerade ihr Leiden und Sterben in Anonymität und Einsamkeit, wenn wir nur an die unzähligen, von der Außenwelt völlig abgeschiedenen Arbeitslager denken.

16 Vgl. H. Oberman/A. M. Ritter/H.-W. Krumwiede: Kirchen- und Theologiegeschichte, S. 114.

17 Ebd., S. 66 f.

3. Gebot und Gewissen

Es gab unter den Freikirchen die „gehorsame" Gemeinde, die sich im Bemühen um den Erhalt ihrer Organisation anpasste, und eine Anzahl „ungehorsamer", couragierter Einzelglieder „an der Basis", die sich auf ihr Gewissen beriefen und aus Treue zum göttlichen Gebot Widerstand leisteten. Während der politisch-gesellschaftliche Rückzug der Freikirchen in eine leisetreterische Abhängigkeit zum Staat führte, agierten diese Glieder aus einer verblüffenden spirituellen Freiheit heraus, auf die das NS-Zwangssystem keinen Zugriff hatte. Besonders deutlich wird diese Haltung bei den freikirchlichen Kriegsdienstverweigerern. Durch ihr kompromissloses Eintreten für Wert und Würde des Lebens wird die Logik des Krieges von innen her überwunden, die unheilvolle Kette von Gewalt und Gegengewalt endgültig durchbrochen. Während bei Desertion um Motive gestritten werden kann, sind Verweigerer immer „Gewissenstäter", die von einer „höheren" ethischen Warte aus ihre Entscheidung trafen. Denn das Gewissen ist keine irgendwo in der Kirche oder in der Gesellschaft angesiedelte Stimme, sondern die ganz persönliche, von Herzen kommende Antwort des Menschen auf Gottes Anruf. Beeindruckend dabei ist, dass die zu erwartende Todesstrafe augenscheinlich nur wenige Kriegsdienstverweigerer abschreckte, ihrem Gewissensruf zu folgen. Die Gewissheit des Aufgehobenseins in Gott durch die Bindung an ihn war stärker als irdische Bedrohung. Diese Bindung, die aus dem Urvertrauen des Evangeliums erwachsen ist, wurde als „befreiende" Bindung erlebt, auf die keine menschliche Institution, so mächtig sie auch sein mochte, Einfluss ausüben konnte. Die soziologische These, dass die Gewissensbildung ein Produkt des gesellschaftlichen Milieus sei, trifft auf das Einzelgewissen der christlichen Kriegsdienstverweigerer nicht zu. Ausschlaggebend für ihre Entscheidung waren allein göttliche Autorität und Liebe, wie sie sich in der Gebotsethik offenbaren.

Die Volkskirchen hatten aufgrund ihres traditionellen Bündnisses von Thron und Altar ein positiveres Verhältnis zum Staat und standen unter dem Einfluss der augustinisch-thomistischen Doktrin vom gerechten Krieg. Es überwog die Überzeugung, „für das Vaterland" kämpfen und seine gebotene Christenpflicht als Soldat erfüllen zu müssen. Der Einsatz des Lebens gelte Volk und Vaterland und stimme mit dem Willen Gottes überein, so die gängige Argumentation. Freikirchen hingegen scheinen aus ihrer vorgegebenen Distanz zum Staat heraus wenigstens theoretisch erkannt zu haben, dass es keine gerechte Krieg*führung* geben kann, wenn das 6. Gebot (biblische Zählweise) „Du sollst nicht töten" wirklich ernstgenommen werden sollte. Wir unterscheiden bei den Kriegsdienstverweigerern grundsätzlich drei Kategorien: 1. Totale Wehrdienstverweigerung (auch des Sanitätsdienstes) aus religiös-pazifistischen Gründen, eine Haltung, die von den „Historischen Friedenskirchen" (Quäker, Täufer/„Stäbler" und frühe Mennoniten, Church of Brethren) eingenommen wurde. An dieser Stelle sind auch die Zeugen Jehovas zu nennen, die nicht zu den Friedenskirchen zählen, aber aufgrund

ihrer betont antistaatlichen Einstellung die Totalverweigerung praktizieren. 2. Ablehnung des Waffendienstes, nicht aber grundsätzlich des Militärdienstes, sofern er die Möglichkeit zu humanitärem Einsatz (Sanitätsdienst, Nichtkämpfer) einräumt. Für diesen pragmatischen „Mittelweg" sind besonders Adventisten in Erscheinung getreten. 3. Verweigerung des Wehrdienstes aus vornehmlich politischer Motivation, wenn das Herrschaftssystem oder der entfesselte Krieg als unrechtmäßig und antichristlich empfunden werden. Vertreter dieser Haltung wären möglicherweise in einem nicht-totalitären bzw. nicht-antichristlichen Staat ihrer Soldatenpflicht nachgekommen. Freikirchliche Verweigerer sind zumeist in ihrer Bindung an die biblische Gebotsethik den ersten beiden Kategorien zuzuordnen, wobei durchaus noch andere Motive wie weltanschaulicher Dissens aufgrund biblisch-eschatologischer Einsichten oder Ablehnung des Führerkultes und des Fahneneides eine Rolle gespielt haben können. Aus der Perspektive der Wehrmacht und des NS-Staates waren alle Kriegsdienstverweigerer eindeutig politische Gegner, die auf keine Gnade hoffen konnten.[18] Kriegsdienstverweigerung, aus welchen Gründen auch immer, lag völlig außerhalb des Blickfeldes nationalsozialistischen Denkens und wurde daher in den meisten Fällen mit dem Tod bestraft.[19]

4. Freikirchliche Märtyrerschicksale

Auf das Schicksal einiger freikirchlicher Märtyrer des Nationalsozialismus und des Stalinismus in der Sowjetunion soll hier exemplarisch verwiesen werden. Quellenangaben – soweit sie vorhanden sind – mögen zum Weiterforschen und Weitersuchen anregen. Für die Zeit des Nationalsozialismus finden wir, nach dem derzeitigen Forschungsstand, namentlich bekannte freikirchliche Märtyrer – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – nur unter den Siebenten-Tags-Adventisten und Baptisten.[20] Bei den Adventisten sind besonders die „Reformadventisten" zu erwähnen, die – neben den Zeugen Jehovas – die einzige religiöse Gruppe im Dritten Reich darstellen, die einen mehr oder weniger geschlossenen Widerstand leisteten.[21]

Die Reformadventisten hatten sich in der Zeit des Ersten Weltkrieges von der Mutterkirche getrennt. Ursache für die Trennung war der Kompromiss der europäischen Adventisten, Waffendienst zu leisten, obwohl sich die Kirchenleitung in Nordamerika bereits 1864 nach dem Vorbild der „Friedenskirchen" offiziell für den Nichtkämpferstandpunkt („Noncombatancy"

18 M. Messerschmidt: Recht, S. 74.

19 Siehe K. Bredemeier: Kriegsdienstverweigerung, S. 49–86.

20 Zu den bislang bekannten Ausnahmen zählen Paul Schönthaler aus der darbystischen Brüdergemeinde, der 1943 wenige Wochen nach seiner Haftentlassung an den Folgen einer Krankheit, die er sich in der Haft zugezogen hatte, verstarb; Israel J. Rubanowitsch, Evangelist und Gründer einer „Evangelisch-Kirchlichen Gemeinschaft" (1918), der 1941 im KZ Sachsenhausen den Tod fand; Vinzent Adler, Paul Potempa und August Seifert, die sich als „freie Christen" bzw. als „Bibelleser" (ohne genaue konfessionelle Zugehörigkeit) bezeichneten und in Brandenburg-Görden wegen Kriegsdienstverweigerung in den Jahren 1942/43 hingerichtet wurden.

21 D. Heinz: Widerstand, S. 88–98.

oder „Conscientious Objection“ – Waffendienstverweigerung aus Gewissensgründen), d. h. für den waffenlosen Dienst der Sanität entschieden hatte. Die pazifistisch eingestellte, dissidente Gemeinschaft der Reformadventisten blieb jedoch klein gemessen am Wachstum der adventistischen Weltkirche. Von allen protestantischen Freikirchen weisen die Reformadventisten im Dritten Reich sowohl die höchste Zahl von Märtyrern als auch von Kriegsdienstverweigerern auf. Von derzeit 24 namentlich bekannten Märtyrern der Reformadventisten aus Deutschland und Österreich – die Dunkelziffer liegt höher – wurden mindestens 13 ausdrücklich wegen Kriegsdienstverweigerung aus religiös-ethischen Gründen hingerichtet.[22] Gut dokumentiert ist das Einzelschicksal des österreichischen Kriegsdienstverweigerers Anton Brugger, der 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet wurde.[23] Sein Leidensmotto lautete: „Der Weg ins Paradies führt über Golgatha“. Er sah in seinem eschatologisch motivierten Widerstand – so wie andere reformadventistische Opfer auch – ein „Zeichen des Advents“, des bevorstehenden „Friedensreiches“, das die Welt verändern werde. Erbe dieses Reiches könne nur der sein, der bis zum Ende Gott und seinem Gebot treu bleibt.[24] Ähnlich dachte Leander J. Zrenner, einer der ersten in Brandenburg-Görden ermordeten Märtyrer der Reformadventisten, der sein Sterben „um Gottes Gebote willen“ als „Zeugnis für die Wahrheit“ verstand. Die unverbrüchliche Treue zum göttlichen Gebot war für alle reformadventistischen Märtyrer der eigentliche Beweggrund ihres Widerstandes. Sie wollten keine „Anarchisten“ sein, die grundsätzlich alle Anordnungen der Obrigkeit ablehnen. Dort aber, wo ihr biblisch gebundenes Gewissen mit den Forderungen des NS-Regimes in Konflikt geriet, sahen sie keine andere Möglichkeit als Widerstand zu leisten. In einigen Fällen war dieser Widerstand von einer legalistisch anmutenden Frömmigkeit und einer streng dualistischen Weltsicht geprägt, die auch Glieder der Mutterkirche der Siebenten-Tags-Adventisten als abgefallen betrachtete. Aus den Reihen der adventistischen Mutterkirche („Siebenten-Tags-Adventisten“) sind bislang acht Märtyrer bekannt, darunter der adventistische Pastor Karl Georg Harreß, der in seiner Verkündigung und in privaten Gesprächen offen den nationalsozialistischen Staat ablehnte und 1942 im KZ Groß-Rosen den Tod fand.[25]

22 Deutsche und österreichische Märtyrer der Reformadventisten im Dritten Reich waren nach derzeitigem Erkenntnisstand: Robert Freier, Franz (?) Hermann, Maria Maritschnig, Johann G. Hanselmann, Ernst Körner, Dr. Alfred Zeis (Zeyhs, Zeys), Alfred Münch, Richard Bönsch, Hans Petersen, Edmund Rath, Anna Rath, Ludwig Pfältzer, Richard Schreiber, Karl F. Schreiber, Franz Nakat, Leander J. Zrenner, Willi Thaumann, Gottlieb Metzner, Gustav Przyrembel, Julius Ranacher, Anton Brugger, Günter E. Pietz, Viktor Pacha, Josef Blasi. Die 13 zuletzt Genannten wurden wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtet bzw. starben an den Folgen der Strafverbüßung (KZ-Haft). Siehe H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 8 f. Ich danke Johannes Wrobel vom Geschichtsarchiv der Zeugen Jehovas, Selters, der mir bei der Identifikation mancher vom Reichskriegsgericht verurteilter Reformadventisten behilflich war. Es ist zu vermuten, dass noch eine Anzahl von Reformadventisten, deren Schicksal bislang nicht aufgeklärt werden konnte, als KZ-Häftlinge den Tod fanden.

23 D. Heinz: Kriegsdienstverweigerer, S. 41–56.

24 Ebd., S. 52.

25 Die anderen Märtyrer waren: Fritz Bergner, der 1943 wegen „Wehrkraftzersetzung“ im KZ Dachau zu Tode kam; Emil Biegmann, der im selben Jahr, ebenfalls im KZ Dachau, als medizinische Versuchsperson eines qualvollen Todes starb; Hans Brüning, der 1944 in Posen wegen Fahnenflucht und Wehrdienstverweigerung erschossen wurde; Franz Partes, der 1945 in Wien wegen seiner antimilitaristischen

Die Baptisten in Deutschland zählen – soweit bekannt – drei Märtyrer aus ihren Reihen.[26] Dazu kommen noch 2 aus Russland und der Ukraine stammende und im deutschen Exil lebende Prediger, die den „Evangeliumschristen" zuzuordnen sind, einer dem Baptismus ähnlichen Freikirche russischen Ursprungs.[27] Sie wurden 1948/49 in Ostberlin durch sowjetische Miliz überraschend festgenommen und kamen aus nicht geklärter Ursache in der Haft zu Tode. Bekannt wurde das Schicksal des baptistischen Kriegsdienstverweigerers Alfred Herbst, der 1943 hingerichtet wurde. Obwohl er zuletzt wegen der angepassten Haltung der Baptisten aus seiner Kirche ausgetreten war, blieb er seiner ursprünglichen Glaubensüberzeugung treu. Als Grund für die Ablehnung des Waffendienstes führte er an: „Ich habe keine Feinde", deswegen „nehme [ich] kein Gewehr in die Hand." Er gab auch an, dass er mit dieser Einstellung in der Baptistengemeinde allein stünde.[28] Mehr über das Denken dieses mutigen Glaubenszeugen erfahren wir in seinem Briefwechsel, der veröffentlicht wurde.[29] In seinem Geburtsort Schriesheim wurde bereits 1946 eine Straße nach Alfred Herbst benannt und in seinem Wohnort Weinstadt erinnert eine Gedenktafel auf dem Friedhof an den Pazifisten. Bewegend ist auch der Leidensweg des Judenchristen Josef Halmos, aktives Mitglied einer Münchner Baptistengemeinde. Besonders schmerzhaft war für ihn die Ausgrenzung als Jude durch den Pastor und seine Gemeinde: „Man vermisst mich nicht, man ist vielleicht froh, wenn ich verschwinde."[30] Halmos blieb bis zuletzt ein treuer Nachfolger Jesu und kam 1943 im KZ Auschwitz zu Tode. „Wir beklagen" – so die Baptistenchronik im Rückblick – „dass seine Gemeinde [...] keinen Mut fand, sich beherzter zu ihm zu stellen, als die Not eben dies erfordert hätte."[31] Ein weiterer Märtyrer der Baptisten, Helmut Samjeske, kam 1952 während der SED-Herrschaft ums Leben.[32] Der Fall Samjeske macht deutlich, welche subtilen „Zersetzungsmethoden" in der DDR angewandt wurden, um Gesinnungsgegner aus dem Weg zu räumen.

Die Erforschung freikirchlicher Märtyrerschicksale des Stalinismus im Bereich der Sowjetunion ist noch kaum in Angriff genommen worden.[33] So ist bis heute nicht einmal eine annähernd genaue Zahl der wegen ihres Glaubens im Sowjetreich verfolgten und getöteten Christen bekannt, aber es dürfte sich um Hunderttausende, wenn nicht um Millionen handeln.

Haltung den Tod fand; Otto König, der 1945 wegen Dienstverweigerung beim Volkssturm in der Gegend von Allenstein erschossen wurde; Dr. Wilhelm C. Michael, der 1945, nach Kriegsende, aus nicht geklärter Ursache in Friedensau bei Magdeburg verhaftet wurde und in einem sowjetischen Straflager bei Landsberg/Warthe sein Leben verlor; Michael G. Manchen, der 1946 von Sowjetsoldaten in Ungarn ermordet wurde.

26 Es waren dies: Alfred Herbst, Josef Halmos und Dr. Max Slawinsky. Letzterer äußerte sich in Schriften kritisch zur NS-Ideologie und kam 1940 bei einem von SS-Schergen inszenierten Eisenbahnunfall ums Leben.

27 Es handelte sich um Rudolf K. Vogel und Max Ferber.

28 A. Strübind: Freikirche, S. 287; A. Hartmann/H. Hartmann: Kriegsdienstverweigerung, S. 8–11; K. Bredemeier: Kriegsdienstverweigerung, S. 109–116.

29 J. Müller-Bohn: Letzte Briefe.

30 A. Strübind/K. Strübind: Himmel, S. 115.

31 Ebd., S. 117.

32 R. Assmann: Evangelist, S. 186–193.

33 Zum Begriff „Stalinismus" und zur neueren Stalinismusforschung siehe S. Creuzberger: Stalin, S. 858–870.

Die Devise lautete ja nicht „Kirchenkampf“ – wie im Nationalsozialismus –, sondern „Kirchenvernichtung“. Während sich die erste Verfolgungswelle in den Jahren von 1918 bis 1926 in erster Linie gegen die Orthodoxie richtete, trafen die weiteren Terrorwellen und „Säuberungen“ unter Stalin ausnahmslos alle Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die gegenwärtige Öffnung der Archive in der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten bietet dem Forscher ein weites, größtenteils noch völlig unbetretenes Feld gerade auch im Hinblick auf die biographische Erfassung russlanddeutscher Märtyrer. Am meisten Informationen haben bislang, wie schon erwähnt, die Mennoniten zusammengetragen.[34] Erschwerend für die mennonitische Märtyrerforschung ist allerdings die Tatsache, dass Mennoniten in der Sowjetunion nicht nur wegen ihrer religiösen Überzeugung verfolgt wurden. Sie starben auch als Opfer (Kulaken) der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft und als „deutsche Landesverräter“ in den von Stalin inszenierten ethnischen Säuberungen. In jedem Fall sollte – neben der möglicherweise dominanten ethnischen Komponente – eine christlich-freikirchliche Motivation erkennbar sein, um als Märtyrer eingestuft zu werden. Da die russlanddeutschen Mennonitengemeinden, so wie andere Freikirchen auch, Laienprediger hatten, die nicht von den Kirchenbehörden registriert waren, ist die namentliche Erfassung dieser Opfer schwierig. Im Gegensatz dazu sind z. B. die Namen der Pastoren der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland dank guter Quellenlage bekannt. Schätzungen zufolge, haben etwa 40 000 Mennoniten unter Stalins Terrorregime durch Hunger, Seuchen, Verschleppung und Ermordung ihr Leben verloren. Dazu fanden bis zu 90 Prozent der mennonitischen Laienprediger und geistlichen Führer den Tod im GULag.[35] Einzelne mennonitische Märtyrerschicksale sind im Werk von Aron A. Töws beschrieben und werden gegenwärtig überarbeitet und ergänzt.[36] Im vorliegenden Martyrologium konnten nur einige repräsentative Persönlichkeiten berücksichtigt werden. Besonders gut dokumentiert ist die Leidensgeschichte von Jakob Rempel.[37]

Über Märtyrer unter russlanddeutschen Siebenten-Tags-Adventisten und Baptisten-Evangeliumschristen ist noch wenig geforscht worden.[38] Beide Gemeinschaften hatten in ihren Reihen, besonders in der Gründungsphase, eine Anzahl prägender deutschsprachiger Prediger und Gemeindeführer, die in den 1930er und 1940er Jahren aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung und nationalen Herkunft umgebracht wurden oder an den Folgen der Lagerhaft verstarben. Darüber hinaus ist eine Vielzahl von russlanddeutschen Gliedern, deren Namen in kaum einer Liste verzeichnet sind, ebenso zu Tode gekommen. Auch hier lassen nur einige wenige Biogramme im Martyrologium das gewaltige Ausmaß des Leidens erahnen. Zur Symbolgestalt

34 Siehe Anm. 4.

35 H. Penner/H. Gerlach/H. Quiring: Bruderschaft, S. 362. H. Gerlach: Rußlandmennoniten.

36 Siehe Anm. 4. So ist auch die Herausgabe eines Buches mit dem Titel „Mennonites in the Soviet Inferno“ in Planung.

37 Siehe H. Heidebrecht: Gipfel.

38 Über Märtyrer deutschstämmiger Baptisten in Russland berichten: D. N. Miller: In the Midst of Wolves; Podražajte vere ich, 1961–2001 (Biographisches Sammelwerk des Missionswerks „Friedensstimme“). Gummersbach 2002.

der baptistischen Leidensexistenz in Russland wurde der deutschstämmige Märtyrer Peter J. Vins (Wiens).[39] Sein Vater, ebenfalls Baptistenprediger, war nach Kanada ausgewandert. Peter J. Vins wuchs in Amerika auf, kehrte aber 1926 als Missionar in die Sowjetunion zurück, wo er 1937 nach dreimaliger Haft, 39-jährig, in einem fernöstlichen Arbeitslager ums Leben kam. Der bekannteste russlanddeutsche Märtyrer der Adventisten ist Heinrich J. Löbsack, der zu den Gründervätern des Adventismus in Russland zählt.[40] Wie kein anderer hat er über Jahrzehnte als „Vorsteher" das adventistische Missionswerk in diesem Land vorangetrieben. Auch seine Tochter, Amalie Galladschewa-Löbsack, die treu und mutig dem Vater als Sekretärin gedient hatte, wurde 1942 bei Tiflis ermordet. Freikirchliche Märtyrer deutscher Zunge sind auch für die ehemals deutschsprachigen Regionen und Dörfer in Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei bezeugt.[41] Eine namentliche Erfassung dieser Opfer steht noch aus. Auch die Pfingstbewegung, besonders in der Sowjetunion, weist Märtyrer auf, doch ist darüber m. W. noch nicht geforscht worden.

5. Resümee

Mehr denn je sind in der modernen Religionspädagogik und in der Katechese Vorbilder im Glauben gefragt. Es bleibt zu hoffen, dass die Beschäftigung mit den „vergessenen Märtyrern" der Freikirchen Anstoß sein wird für ihre längst fällige Rezeption in den freikirchlichen Gemeinden „vor Ort". Freikirchliche Märtyrer mahnen ihre Kirchen, dem politisch-gesellschaftlichen Dialog nicht aus dem Weg zu gehen. Durch ihre konsequente Haltung zeigen sie neue Maßstäbe für zwischenmenschliches Handeln in der Welt auf, das dem opportunistischen Vorteilsstreben Grenzen setzt. Ihr besonderes Ethos, das in der Gewaltlosigkeit gipfelte, war das „Politische" an ihnen, denn Evangelium zu predigen, wie in den Diktaturen geschehen, ohne Bezug zur Gesellschaft, bleibt unglaubwürdig und kraftlos. Nicht, dass Staat und Gesellschaft von der Bergpredigt her reformiert werden können. Das ist wohl unmöglich, was den freikirchlichen Märtyrern durchaus bewusst war. Aber hineinzuwirken in die Welt, ihr einen Spiegel vorzuhalten, Widerrede gegen das Böse zu üben, das Unrecht klar und deutlich beim Namen zu nennen, sich mit den Verfolgten, Verachteten und Schwachen zu solidarisieren, dazu sind alle wahren Christen berufen. Das nichtumstürzlerische, pazifistische Widerstreben und Sterben jener Märtyrer aus den Freikirchen war also kein schwärmerisches Scheitern an der Diktatur, sondern setzte konkrete, „welthafte" Zeichen gelebter Nachfolge Jesu in einem System, das totale Unterwerfung forderte. Gleichzeitig bekundeten freikirchliche Märtyrer,

39 G. Vins: Three Generations.

40 D. Heinz: Heinrich J. Löbsack – Pionier, S. 11–16.

41 Besondere Erwähnung finden pazifistisch gesinnte Nazarener aus dem Donauraum, die in Arbeitslagern Jugoslawiens nach Ende des Zweiten Weltkrieges den Tod fanden. Vgl. H. Rüegger: Aufzeichnungen, S. 186.

über das „Politisch-Menschliche“ hinausweisend, dass Gottes Gebot unverfügbar ist, dass Ihm, dem Schöpfer und Erhalter dieser Welt, oberste Loyalität gebührt und dass Sein kommendes Reich allen menschlichen Strukturen und Machenschaften ein Ende setzen wird, denn „Gott hat das letzte Wort“ (A. Brugger).

Mit der Veröffentlichung der freikirchlichen Märtyrerbiogramme soll auch der Leidensweg der kleineren protestantischen Gemeinschaften ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Märtyrerbiographien sind nicht nur eine Quelle der Spiritualität, sie vermögen auch etwas über das Proprium und das Selbstverständnis der jeweiligen Kirche auszusagen. Menschen haben für eine bestimmte Glaubensüberzeugung ihr Leben gelassen, deshalb müssen die unterschiedlichen konfessionellen Zugänge berücksichtigt bleiben. Gleichzeitig werden aber angesichts der kollektiven Verfolgung durch christentumsfeindliche Ideologien konfessionelle Grenzen überschritten. Die geteilte Leidenserfahrung bis in den Tod hinein bleibt ein gemeinsames Erbe der Christen, ihre Standhaftigkeit das beste Zeugnis für die Kraft des christlichen Glaubens.

Christoph Strohm

Die Bedeutung von Kirche, Religion und christlichem Glauben im Umkreis der Attentäter des 20. Juli 1944[1]

„Ein großer Teil von Personen, sowohl im Stauffenberg-Kreis wie in der Gruppe Goerdeler wie im Gewerkschaftsklüngel, ist konfessionell stark gebunden."[2] Dieses und ähnliche Urteile über die Bedeutung des christlichen Glaubens für die im Zusammenhang des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 Verhafteten finden sich häufig in den sog. Kaltenbrunner-Berichten, den für Hitler bestimmten Berichten des SS-Obergruppenführers Kaltenbrunner über die laufenden Vernehmungen.[3] Die starken religiösen Bindungen sind wie auch die hohe moralische Gesinnung in den ersten, nach dem Krieg erschienenen Untersuchungen zum Widerstand gegen Hitler ausgesprochen betont worden. Vor allem der Historiker Hans Rothfels,[4] der 1938 in die USA emigriert war, wandte sich damit gegen die nationalsozialistische Sicht der am Attentat des 20. Juli 1944 Beteiligten als einer „kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere", die noch nach Kriegsende weit verbreitet war und die man auch im Ausland[5] noch vielfach teilte.[6]

Seit den ersten Untersuchungen nach Kriegsende hat das Urteil über den Widerstand in den Geschichtswissenschaften jedoch eine starke Wandlung erfahren.[7] In den sechziger Jahren wandten sich jüngere Historiker wie Hermann Graml und Hans Mommsen gegen die „moralische Akzentuierung" und „politische Zweckgerichtetheit" der bisherigen Widerstandsfor-

1 Zuerst veröffentlicht in: ZKG 108, 1997, S. 213–235 (leicht gekürzte Fassung).

2 H.-A. Jacobsen (Hrsg.): Spiegelbild, Bd. I, S. 233 (Bericht vom 16.8.1944).

3 Vgl. ebd., S. 19, 101, 109, 137, 139–142, 146, 148–150, 155 f., 167 f., 170, 195, 233–235, 239, 255, 257, 260, 266, 270, 274, 288, 299 f., 304, 313, 343 f., 380 f., 387 f., 390 f., 420 f., 423, 433–444, 449–451, 470, 508 f., 511–513, 519 f. u. 535; zur Frage des Quellenwertes der Berichte vgl. ebd., Opposition XII ff.

4 H. Rothfels: The Germans; vgl. auch R. Pechel: Deutscher Widerstand; E. Zeller: Geist der Freiheit.

5 Auch der Sprecher des amerikanischen Präsidenten hatte nach dem Attentat von einer „kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere" gesprochen. Churchill erklärte am 2. August 1944 im Unterhaus, es handele sich bei den Vorgängen des 20. Juli lediglich „um Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reichs". Weitere Belege für diese negative Sicht des Widerstands unter westlichen Politikern und in westlichen Medien bietet: M. Gräfin Dönhoff: Um der Ehre willen, S. 31–34. Die geringe Neigung des westlichen Auslandes, die moralischen und politischen Motive des Widerstandes gegen Hitler zu würdigen, ist umfassend dokumentiert in: K. v. Klemperer: Die verlassenen Verschwörer.

6 Der verbreiteten Kollektivschuldthese sollte das Bild des „anderen Deutschlands" entgegengestellt werden (vgl. z. B. die zuerst 1946 veröffentlichten Aufzeichnungen Ulrich von Hassells: U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Im Braunschweiger Remer-Prozeß von 1953, in dem renommierte Theologen, Juristen und Historiker zu Gutachtern bestellt wurden, gelang es, diese neue Sicht des Widerstandes gegen Hitler zumindest teilweise auch juristisch wirksam werden zu lassen (vgl. R. Wassermann: Der Remer-Prozeß, S. 68 ff.; P. Steinbach: Widerstandsforschung, S. 599 f.).

7 Vgl. P. Steinbach: Der Widerstand als Thema, S. 11–74; G. R. Ueberschär (Hrsg.): Der 20. Juli 1944; P. Steinbach: Widerstand im Widerstreit; weitere Literatur in: K.-J. Müller: Der deutsche Widerstand, S. 214 f.

schung.[8] Den diagnostizierten „Monumentalisierungstendenzen" wollte man mit einer als notwendig erachteten „Entmythologisierung" begegnen.[9] Besonders Klaus-Jürgen Müller hat dann den bürgerlichen und aristokratischen Widerstand lediglich „als ein[en] Spezialfall des Verhaltens traditioneller Machteliten in einer geschichtlichen [...] Umbruchsituation, die durch tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Wandel gekennzeichnet war", beschrieben.[10] Die so genannte nationalkonservative Opposition müsse als „ein differenziertes Konfliktphänomen innerhalb der Entente gewisser traditioneller Elitegruppen mit der Führung der NS-Massenbewegung" beschrieben werden.[11] Gewissensentscheidungen, moralische Antriebe und religiöse Bindungen haben in dieser Bewertung des Widerstandes nur eine ganz marginale Bedeutung; denn der leitende Gesichtspunkt ist, das Verhalten des so genannten nationalkonservativen Widerstandes als „Reaktion von Elitegruppen" zu begreifen, die „in einem säkularen politisch-gesellschaftlichen Wandlungsprozeß ihre angestammten Positionen in Staat und Gesellschaft bedroht sahen".[12]

Die zuletzt skizzierten Ansätze haben eine Fülle neuer Gesichtspunkte für die Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ergeben.[13] Fraglich bleibt jedoch, ob sie darüber hinaus einem angemessenen Gesamturteil dienen. Man muss gewiss die Gefahr einer Überbewertung moralischer oder religiöser Motive sehen. Auf der anderen Seite führt der breite Rückgriff auf sozialwissenschaftliche Kategorien und der Versuch, den Widerstand im Rahmen übergreifender Prozesse und Strukturen zu erklären, wie er die so genannte „revisionistische Schule" kennzeichnet, jedoch zumeist zu einer eklatanten Abwertung religiöser Bindungen und der moralisch-ethischen Dimension des Widerstandes.[14] Dagegen haben Peter Hoffmann, Klemens von Klemperer und andere jetzt als „Intentionalisten" bezeichnete Historiker zu Recht gefordert, wider die herrschenden „revisionistischen" Forschungsansätze die moralisch-ethischen Antriebe als entscheidendes Moment beim Weg in den Widerstand gebührend zu beachten.[15]

Um in dieser Debatte zu einem Urteil gelangen zu können, ist die Bewertung der Rolle, welche der christliche Glaube bzw. religiöse Bindungen insgesamt im Leben der an Umsturzver-

8 So die Charakterisierung in: K.-J. Müller/H. Mommsen: Zur Historiographie des Widerstandes, S. 13.

9 Vgl. ebd., S. 16. Anstelle der *Motive* suchte man jetzt die politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen des so genannten nationalkonservativen Widerstandes und die ihnen zugrunde liegenden politischen und geistesgeschichtlichen Traditionen herauszuarbeiten.

10 K.-J. Müller: Der nationalkonservative Widerstand, S. 40.

11 Ebd., S. 43.

12 Vgl. K.-J. Müller/H. Mommsen: Zur Historiographie des Widerstandes, S. 20.

13 Die beherrschende Rolle dieser Ansätze in der aktuellen Literatur zum Widerstand gegen Hitler dokumentiert der Sammelband zur 40. Wiederkehr des Attentates vom 20. Juli 1944 (vgl. J. Schmädeke/P. Steinbach [Hrsg.]: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus).

14 Exemplarisch hierfür ist: P. Hüttenberger: Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, S. 117–134.

15 Vgl. K. v. Klemperer: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 34–45; vgl. bereits Ders.: Sie gingen ihren Weg, S. 1097–1106; P. Hoffmann: Motive, S. 1089–1096; Ders.: Widerstand gegen Hitler, S. 103–119. Zum Gegensatz der „intentionalistischen" und der „revisionistischen" Schule vgl. die zusammenfassenden Bemerkungen von E. Klausa: Auf ungeebneten Wegen. Exemplarisch wurden die unterschiedlichen Positionen von P. Hoffmann, Generaloberst Beck, und K.-J. Müller, Militärpolitik, in der Kontroverse um die Beurteilung des Generaloberst Ludwig Beck sichtbar.

suchen Beteiligten gespielt haben, von zentraler Bedeutung. Sind religiöse Bindungen ebenso wie moralische Antriebe letztlich nur reine Epiphänomene, im Grunde zu vernachlässigende Begleiterscheinungen in einem mit soziologischen Kategorien zu beschreibenden Interessenkonflikt? Aber auch unabhängig von der Frage nach der Funktion religiöser Bindungen für den Widerstand sind die Traditionen des christlichen Glaubens als konstitutiver Bestandteil der Lebenswelt und des Selbstverständnisses im Umkreis der Attentäter des 20. Juli 1944 zu würdigen.[16]

Die Frage nach der Bedeutung von Kirche, Religion und christlichem Glauben im Umkreis der Attentäter des 20. Juli ist noch in einer zweiten, *spezifisch theologischen* Hinsicht von großem Interesse. In der Forschung besteht bislang kein Konsens in der Frage, welche Teile des Protestantismus sich im Blick auf eine Beteiligung an politischem oder gar konspirativem Widerstand am besten vorbereitet gezeigt haben. Die dem Erbe der Bekennenden Kirche verpflichtete Geschichtsschreibung hat die Kontinuität von christologischer Neuorientierung der Theologie und politischem Widerstand betont.[17] Die gegen die Ausbreitung völkischer Religiosität im Bereich der Kirche gerichtete Barmer Theologische Erklärung von 1934 ist dann ein erster Schritt hin zu einem politisch relevanten Widerstand. Dagegen haben andere geurteilt, dass die Orientierung an Karl Barths theologischem Neuaufbruch die Beschränkung auf den Kampf um die reine Lehre und die rechte Ordnung der Kirche förderte und so gerade nicht zu einem politischen Widerstand führte. Hier wird das Widerstandspotential der volkskirchlichen Milieus betont, und die politischen Konsequenzen der bekenntnisorientierten Richtungen werden eher gering eingeschätzt.[18] Im Blick auf diese kontrovers geführte Debatte sind die zahlreichen erhaltenen Äußerungen aus dem Umkreis der Attentäter des 20. Juli noch nicht genügend aus-

16 K. v. Klemperer hat im Jahre 1980 in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* einen kleinen, aber substantiellen und materialreichen Aufsatz über den Charakter der Frömmigkeit und des Zugangs zum christlichen Glauben, wie er im bürgerlichen Widerstand vorherrschend war, vorgelegt (Wiederabdruck: K. v. Klemperer: Glaube, Religion, Kirche, S. 140–156). Von Klemperer zeigt, dass sich eine große Anzahl von Angehörigen des Widerstandes angesichts der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von einer weltlichen, eher kirchenindifferenten Haltung zu einer ausgesprochen christlichen Frömmigkeit durchgerungen hat. Dies lässt sich nicht nur im Blick auf Personen, die aus einem säkularisierten protestantischen Umfeld stammen, belegen, sondern auch für Sozialisten wie Theodor Haubach oder den kommunistischen Einzelgänger und Bürgerbräu-Attentäter vom November 1939 Johann Georg Elser feststellen (vgl. ebd., S. 141 f.). Von Klemperer beschreibt den Zugang zum christlichen Glauben, der im Umkreis der Attentäter des 20. Juli vorherrschte, zu Recht als durch ein bestimmtes Stadium der Säkularisierung geprägt. „Für sie alle stand die Auseinandersetzung mit der Frage der Säkularisierung [...] im Mittelpunkt ihres Denkens: d. h. die Entchristianisierung und Rechristianisierung." (Ebd., S. 142)

17 Vgl. E. Wolf: Kirche im Widerstand?; Ders.: Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive; M. Geiger: Kirche, Staat, Widerstand; H. E. Tödt: Dokument des Widerstands, S. 243–247; Ders.: Der Bonhoeffer-Dohnanyi-Kreis, S. 238–247; vgl. auch K. Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich, S. 545–559; G. Besier: Bekenntnis und Widerstand, S. 277–299; vgl. ferner den Versuch, die Anliegen dieser auf theologisch-ethische Begründungen ausgerichteten Forscher im Sinne eines „integrativen Forschungsansatzes" mit der funktionalen, allein an messbaren Wirkungen interessierten Widerstandsforschung zu verbinden: Ders.: Widerstand im Dritten Reich, S. 50–68, bes. S. 59; weitere Literatur in: A. Lindt: Kirchenkampf, S. 75–78.

18 Vgl. K. Meier: Die historische Bedeutung des Kirchenkampfes; Ders.: Der Evangelische Kirchenkampf, Bd. 1, S. 587–616; K. Nowak: Wie es zu Barmen kam, S. 9–35; Ders.: Kirchenkampf und Widerstand im „Dritten Reich", S. 584–596. Bei Kurt Meier kommt es gar zur „Alternative von antifaschistischem Widerstand ‚auf humanistisch ethischer Basis' einerseits und deren Schwächung ‚durch enge dogmatische Kriterien' andererseits" (vgl. M. Greschat: Neue Literatur, S. 490, mit Zitat von K. Meier: Der Evangelische Kirchenkampf, Bd. 3, S. 11).

gewertet.[19] Sind bestimmte Frömmigkeitsausprägungen oder theologische Schulrichtungen besonders stark vertreten? Kommen die am Attentat Beteiligten aus volkskirchlich geprägten Milieus oder stehen eher bekenntnisorientierte Ausrichtungen im Hintergrund?

Ich werde im Folgenden in einem ersten Teil kurz ein paar Beispiele des unterschiedlichen Zugangs zum christlichen Glauben, wie sie für die Frauen und Männer im Umkreis des Attentates vom 20. Juli repräsentativ sind, skizzieren.[20] Ein zweiter Teil soll die wesentlichen Inhalte religiöser Bindung und ihren Kontext aufzeigen. Ein dritter, abschließender Teil wird dann auf diesem Hintergrund eine Antwort auf die eingangs gestellten Fragen versuchen.

1. Exemplarische Zugänge zum christlichen Glauben

Versucht man einen Überblick über die verschiedenen Zugänge zum christlichen Glauben im bürgerlichen Widerstand gegen Hitler zu gewinnen, so ist vor allem zwischen der älteren und der jüngeren Generation zu unterscheiden.[21] Unter der älteren Generation sind dabei diejenigen zu verstehen, die ihre wichtigen Prägungen noch im Kaiserreich erfahren und in dieser Epoche berufliche Verantwortung übernommen haben. Als Jüngere haben die nach der Jahrhundertwende Geborenen zu gelten.

Unter den Älteren zeigen sich die vorherrschenden Grundmuster und Entwicklungen exemplarisch an Ulrich von Hassell. Geboren im Jahre 1881 war Hassell 1909 in den Dienst des Auswärtigen Amtes getreten. In den Jahren 1932 bis 1938 deutscher Botschafter in Rom, geriet er hier als erfahrener Diplomat bald mit Hitlers hasardeurhafter Außenpolitik in Konflikt. Hassells Grundhaltung lässt sich als „christlich-konservativ" beschreiben.[22] In einem Artikel über die DNVP, deren Mitglied er war, hat Hassell die Grundvorstellungen dieser Partei, die zugleich seine eigenen waren, beschrieben: „Wir bekennen uns kurz zusammengefaßt: zu einer *christlichen* Weltauffassung, zu einer *sozialen* Volksauffassung, zu einer *organischen* Staatsauffas-

19 Bereits in den erwähnten Kaltenbrunner-Berichten findet sich eine bezeichnende Einteilung. Der SS-Obersturmbannführer von Kielpinski, der diese protokollartigen Berichte abzufassen hatte, hat sich an einer Stelle an einer genaueren Analyse versucht. Nachdem er erneut betont, „daß die konfessionellen Bindungen und kirchlichen Beziehungen in der Verschwörerclique eine *große Rolle* gespielt haben", unterscheidet er folgende drei Gruppen: „1) Ein Teil der Personen, die in die Untersuchung einbezogen werden mußten, gibt an, *gläubige Christen* der evangelischen oder katholischen Konfession zu sein. 2) Ein weiterer Teil hält an den *traditionellen Bindungen* christlich-kirchlicher Art fest. 3) Eine ganze Anzahl der am 20. 7. Beteiligten kommt aus der *politischen Arbeit des Katholizismus* (Katholische Aktion, Zentrum, Christliche Gewerkschaften) oder steht in der *Bekenntnisfront*" (H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 434).

20 Da ich mich im Folgenden auf Personen aus dem Bereich des Protestantismus konzentriere, sei wenigstens auf eine Darstellung aus jüngster Zeit verwiesen, die katholische Voraussetzungen angemessen berücksichtigt: H. Maier: Christlicher Widerstand im Dritten Reich, S. 186–203. Eine differenzierte Würdigung einzelner am Widerstand Beteiligter, gerade auch aus dem protestantischen Bereich, bietet die von J. Mehlhausen herausgegebene Tübinger Vorlesungsreihe: Zeugen des Widerstands (vgl. darin auch die zusammenfassende Bewertung durch den Hrsg., S. 243–273).

21 Diese Differenz wurde bereits von den Zeitgenossen in verschiedener Hinsicht als relevant empfunden (vgl. U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, S. 289–291 [Eintr. v. 21.12.1941]).

22 Vgl. G. Schöllgen: Ulrich von Hassell, S. 172.

sung.“[23] Mit diesen drei Stichworten sind die Grundkonstituenten seiner christlich-konservativen Haltung beschrieben. Hassells *soziale* Volksauffassung und seine *organische* Staatsauffassung haben die Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus anfangs erschwert. Freilich tritt in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus seit Mitte der dreißiger Jahre das christliche Element stärker hervor. Angesichts des von ihm im Jahre 1939 diagnostizierten Vorgangs, „daß zugunsten einer immer inhaltsloser werdenden Attrappe alle vorhandenen ethischen Werte zerstört […] werden“,[24] hofft er auf die Widerstandskraft des Christentums. Ein zukünftiges Europa ist ihm nur auf christlich-ethischer Grundlage denkbar.[25]

Zur Bekennenden Kirche lassen sich keine engeren Beziehungen nachweisen, auch wenn Hassell Niemöller gekannt und sich positiv über dessen Predigten geäußert hat.[26] Zugleich hielt er „die in der Bekennenden Kirche und von Niemöller erwogene Möglichkeit einer ‚Katakombenkirche‘ für den Irrweg einer ‚Katakombensekte‘“.[27] Besonders gute Bewertungen in Hassells Tagebuchnotizen erfuhren hingegen gemäßigte Vertreter der Bekennenden Kirche wie Fritz von Bodelschwingh und Otto Dibelius.[28] Der dahlemitischen Richtung in der Bekennenden Kirche, die eine konsequente, auch institutionelle Trennung von der deutsch-christlich dominierten offiziellen Evangelischen Kirche anstrebte, stand er hingegen distanziert gegenüber. So hat er die unter anderem von Bonhoeffer angemahnte Distanzierung von den Vertretern des Kirchlichen Außenamtes, Bischof Theodor Heckel und Konsistorialrat Eugen Gerstenmaier,

23 Zit. ebd., S. 34.

24 U. v. Hassell: Das Ringen um den Staat der Zukunft [1939], zit. in G. Schöllgen: Ulrich von Hassell (1984), S. 135. Ebenso verstand er den Kampf gegen den Bolschewismus als Überlebenskampf des christlichen Abendlandes um die Erhaltung seines kulturellen und politischen Erbes (vgl. ebd., S. 140).

25 „Will Europa überhaupt noch eine Funktion in der gewaltig ausgeweiteten Welt erfüllen, so kann sie nur […] aus der Mannigfaltigkeit der auf gemeinsamer ethisch-christlicher Grundlage erwachsenen europäischen Kulturen“ abgeleitet werden (U. v. Hassell: Lebensraum, S. 33).

26 Vgl. F. v. Hassell: Niemals sich beugen, S. 43 f. Der Sachverhalt, dass Niemöller jahrelang im KZ sitzen muss, während von den Nationalsozialisten gedeckte Verbrecher äußerst milde behandelt werden, gilt Hassell als Indiz für den katastrophalen Zustand Deutschlands (vgl. U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, S. 130). Die Einsegnung des Schwiegervaters Alfred Tirpitz, die Helmut Gollwitzer in Vertretung des Verhafteten Niemöller vorgenommen hatte, bezeichnet er als „recht eindrucksvoll“ (vgl. ebd., S. 85 [Eintr. v. 3.4.1939]). Adam von Trotts Vorschlag, nach einem Umsturz anstatt Generaloberst Beck Niemöller zum Staatspräsidenten zu machen, um im Ausland jeden Anschein eines Militarismus zu vermeiden, lehnt Hassell mit einer Begründung ab, die Vorbehalte gegen Niemöller offenbart. Dieser sei „nach meiner Überzeugung nach seinen Eigenschaften ganz ungeeignet (stur, mäßig begabt, unpolitisch, schlechter Stratege), würde aber außerdem – vielleicht abgesehen von einer allerersten Schockwirkung – durchaus nicht den beabsichtigten Erfolg als Symbol haben, sondern im Gegenteil weithin abgelehnt werden und Opposition erzeugen.“ (Ebd., S. 290, Eintr. v. 21.12.41) G. Ringshausens Interpretation, dass es sich bei diesem Urteil gleichsam um die Kehrseite der Einschätzung Niemöllers als „Prophet“ handele, basiert auf den erst nach dem Krieg entstandenen und erst 1987 erstmals veröffentlichten Erinnerungen der Tochter Fey von Hassell (vgl. G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 79; mit Bezug auf: F. v. Hassell: Niemals sich beugen, S. 43 f.). Trotz positiver Äußerungen Hassells über Niemöller muss man von deutlichen Vorbehalten gegen Niemöller und die dahlemitisch orientierte Bekennende Kirche auf Seiten Hassells ausgehen.

27 G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 80; mit Bezug auf: U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, S. 91.

28 Vgl. U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, S. 81 (Eintr. v. 25.1.1939) u. 91 (Eintr. v. 31.5.1939). Als Hassell um Mitarbeit in dem von Kerrl geplanten Geistlichen Vertrauensrat der Evangelischen Kirche gebeten wurde, hat er mit der Begründung abgelehnt, dass er „vielleicht an den guten Willen Kerrls, nicht aber den der Partei glauben könnte“ (ebd., S. 146, Eintr. v. 5.12.1939). Damit schließt er sich der Einschätzung Dibelius’ an.

strikt abgelehnt.[29] Der von Karl Barth initiierte theologische Aufbruch einer strikt am Wort Gottes orientierten Theologie und Kirche, der die Bekennende Kirche maßgeblich geprägt hat, lag außerhalb seines Horizonts. Hassell erscheint vielmehr als klassischer Vertreter des von Barth so hart kritisierten sog. „Bindestrich-Christentums", dessen Ausgangspunkt und Orientierungsrahmen christliche Werte, christliche Persönlichkeiten und die abendländisch-christliche Kultur sind, nicht aber unbedingt Bibel und Wort Gottes.[30]

Exemplarisch für die wenigen unter den Älteren im bürgerlich-aristokratischen Widerstand, die aktiv am Kirchenkampf beteiligt waren, ist der 1890 geborene Gutsbesitzer Ewald von Kleist-Schmenzin. Auch ihm bleibt die christologische Konzentration der Barmer Theologischen Erklärung völlig fremd. Christlicher Glaube ist ihm „nichts anderes als unbedingter Gehorsam gegen Gott und unbedingtes Vertrauen".[31] Bekenntnisstreitigkeiten gelten ihm überhaupt als „Fragen zweiter Ordnung" und haben seiner Auffassung nach „nur mittelbar mit Glauben etwas zu tun".[32]

Der Zugang zum christlichen Glauben, wie er unter den Jüngeren, erst in der Zeit der Weimarer Republik in berufliche Verantwortung Gelangten vorherrschend war, unterscheidet sich vor allem in einer Hinsicht: Hier tritt der Aspekt einer Vertiefung und Intensivierung des Zugangs zu den christlichen Überlieferungen angesichts des Dritten Reiches deutlich stärker hervor. Auch stand man der Weimarer Republik meist positiver gegenüber als die Älteren. Dies trifft für die beiden Initiatoren des Kreisauer Kreises, Helmuth James von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg, ebenso zu wie für Adam von Trott zu Solz oder Hans von Dohnanyi, den Schwager Dietrich Bonhoeffers. Den Kirchenkampf hat man genau wahrgenommen, ohne jedoch selbst aktiv daran beteiligt zu sein. Hans-Bernd von Haeften oder Dietrich Bonhoeffer gehören hier zu den klaren Ausnahmen.

Ein einzigartiges Dokument für die Rekonstruktion der Intensivierung des Zugangs zum christlichen Glauben ist der zeitweise fast tägliche Briefwechsel des 1907 geborenen Moltke mit seiner Ehefrau Freya seit dem Jahre 1939.[33] Die Vertiefung und Intensivierung christlichen Glaubens tritt plastisch hervor, wenn z. B. christliche Riten wie das Tischgebet neu entdeckt werden.[34] Insbesondere auch ein verstärktes Eindringen in die Texte der Bibel, wie es für andere ebenfalls charakteristisch ist, wird hier sichtbar. So berichtet Moltke im März 1940, dass er nun

29 Über seine Reaktion auf die Warnung „vor zu enger Fühlung mit Heckel und Gerstenmaier, die bei der Bekenntniskirche und den wirklichen Christen des Auslands als Kompromißler nicht annehmbar seien," berichtet er: „Ich polemisierte scharf gegen diese Art übertriebener negativer Auslese und trat besonders für G[erstenmaier] ein." (Ebd., S. 350, Eintr. v. 6.3.1943)

30 Exemplarisch für das starke Interesse an der kulturellen und moralischen Bedeutung des Christentums ist ein Aufsatz über die Bedeutung des Pfarrers im Auslandsdeutschtum (vgl. U. v. Hassell: Der evangelische Pfarrer, S. 390–409).

31 Vgl. G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 97 f.

32 E. v. Kleist-Schmenzin: Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht [1933], in: B. Scheurig: Ewald von Kleist-Schmenzin, S. 269.

33 Vgl. H. J. v. Moltke: Briefe an Freya.

34 Moltkes Eltern waren Angehörige der Christian Science-Sekte, er selbst war lutherisch getauft und konfirmiert. Bis Mitte der dreißiger Jahre hat er ein eher lockeres Verhältnis zur Kirche gepflegt. Sogar als er in den zwanziger Jahren Herr von Kreisau wurde, ging er nur sehr selten in den Sonntagsgottesdienst. Erst Ende der dreißiger Jahre findet eine spürbare Vertiefung seines christlichen Glaubens statt.

in der Bibel mit mehr Freude als je zuvor lese. „Früher waren das für mich im Grund Geschichten, zum mindesten das Alte Testament, heute aber ist mir all das Gegenwart. Es hat für mich eine ganz andere Spannung als je zuvor.“[35] Die Bibel erscheint ihm „unheimlich aktuell“,[36] und er trifft sich mit Freunden zur gemeinsamen Bibelauslegung.[37] Im Herbst 1941 spricht er über den inneren Wandel, der sich bei ihm in den letzten Jahren eingestellt habe und den er „nur einer tieferen Erkenntnis christlicher Grundsätze zuzuschreiben“ vermochte.[38] In den letzten Briefen aus der Haft hat Moltke den Gegensatz von Nationalsozialismus und Christentum als bestimmend für seinen Weg in den Widerstand dargestellt und sich ausdrücklich als Märtyrer des christlichen Glaubens verstanden.[39]

Wie bei Moltke ist bei dem 1909 geborenen Adam von Trott zu Solz ein Zusammenhang zwischen der Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und der Vertiefung des christlichen Glaubens unübersehbar. Schon 1934 fühlt sich Trott durch Predigten Kardinal Faulhabers, die ihm eine Bekannte zugeschickt hatte, sehr ermutigt[40] und bereits im Jahre 1936 formuliert er klar, dass angesichts des nationalsozialistischen Weges ins Verderben nur vom christlichen Glauben eine wirkliche Hilfe zu erwarten sei.[41] In den letzten Monaten vor dem Attentat hat Trott, der seit 1940 als Legationsrat im Auswärtigen Amt tätig war, sich eingehend mit seinem Glauben auseinandergesetzt. Mit der „naiven Frömmigkeit, die dazu oft auf Trägheit, wenn nicht roher Feigheit beruht“, sei es nicht getan.[42] Der „christliche Kinderglaube“ reicht nach Trotts Auffassung nicht mehr hin, der „Wucht und Intensität unserer heutigen Probleme“ zu genügen.[43] Trott hatte Anfang der dreißiger Jahre starke Zweifel an dem ihm maßgeblich durch die Mutter überkommenen[44] christlichen Glauben formuliert, sich diesem dann aber nach der Machtergreifung von neuem zuzuwenden begonnen.[45]

Auch bei anderen Jüngeren im Widerstand ist die starke Intensivierung des Zugangs zum christlichen Glauben greifbar. Ein besonders klares Beispiel stellt Fritz-Dietlof Graf von der

35 H. J. v. Moltke: Briefe an Freya, S. 126 (17.3.1940).

36 Vgl. ebd., S. 138 (26.5.1940).

37 Vgl. ebd., S. 157 (19.7.1940); vgl. auch ebd., S. 49.

38 Ebd., S. 300 (11.10.1941).

39 Vgl. unten Anm. 57 f.

40 Vgl. H. O. Malone: Adam von Trott, S. 137. Vermutlich handelt es sich dabei um Faulhabers Fastenhirtenbrief vom 1. Februar 1934.

41 Vgl. unten S. 107.

42 A. v. Trott an Clarita von Trott, 1.5.1944, Sammlung Trott, zit. in: K. v. Klemperer: Glaube, Religion, Kirche, S. 145.

43 A. v. Trott an Clarita von Trott, 18.6.1944, Sammlung Trott, zit. ebd.

44 Die Mutter Eleonore, geb. von Schweinitz, war in den zwanziger Jahren in der ökumenischen Arbeit engagiert und brachte ihren Sohn mit dem befreundeten Visser't Hooft und dem in Berlin wirkenden Ökumeniker Friedrich Siegmund-Schultze zusammen. Im Jahre 1941 schreibt Trott ihr, „daß wir von Dir den Sinn eines christlichen Lebens und Glaubens gelernt haben“ (A. v. Trott an Eleonore von Trott, 27.4.1944, Sammlung Trott, zit. ebd., S. 144).

45 In einem kurz nach der Machtergreifung an eine englische Freundin geschriebenen Brief findet sich die für seine Wahrnehmung der gefährlichen politischen Entwicklung und der beginnenden Ausschreitungen gegen die Juden bezeichnende Formulierung: „Ich hoffe zu Gott (trotz aller Welt des reinen Verstandes), daß das Rechte ebenso auf dem Wege ist“ (Adam von Trott an Shiela Grant Duff, 2.4.1933, zit. in: H. O. Malone: Adam von Trott, S. 92).

Schulenburg dar, 1902 als Sohn des deutschen Militärattachés in London geboren und im Februar 1932 der NSDAP beigetreten, da er sich von ihr eine Erneuerung Deutschlands aus dem Geiste Preußens verspricht. Der als ausgewiesener Verwaltungsfachmann geltende Schulenburg macht in den Anfangsjahren des Dritten Reiches schnell Karriere: 1933/34 persönlicher Referent des Gauleiters von Ostpreußen, Erich Koch, 1937 Polizeivizepräsident von Berlin, zwei Jahre später Regierungspräsident in Breslau. Die Abwendung vom Nationalsozialismus erfolgt langsam, aber seit dem Winter 1942/43 gehört Schulenburg zu den leidenschaftlichsten Befürwortern der Beseitigung Hitlers.[46]

Schulenburgs Ablösung vom Nationalsozialismus entsprach direkt die verstärkte Hinwendung zum christlichen Glauben.[47] Die Attraktivität des Nationalsozialismus hatte für ihn darin bestanden, dass sich in ihm als einer „neuen Form des Preußentums" die altpreußische Staatsidee und die völkischen Ideale der jungen Rechten verbinden ließen. Eine tiefergehende religiöse Überzeugung ist seinen frühen Selbstzeugnissen nicht zu entnehmen. Im Jahre 1936, als er wegen seiner hohen preußisch-ethischen Anforderungen an die Beamtenschaft bereits in harte Auseinandersetzungen mit Koch und der Gauleitung geraten war, deutet sich der neue Zugang zum christlichen Glauben an. Im Mai diesen Jahres schreibt er an seine Frau:

> „Mein Kranksein im vergangenen und in diesem Jahr war ein Ausdruck des Nichtfertigwerdens mit den Dingen. Ich haßte, grollte, zürnte und ritt dauernd auf den kleinen Gegnern herum. Das ist alles unfruchtbar. Diese Dinge lassen sich nur von einer höheren Ebene aus überwinden. Ich glaube, daß ich jetzt den Weg zu Gott gefunden habe. In meinem ganzen Leben hatte er wie ein leises Motiv geklungen, das ich erahnt habe, jetzt ist es wie ein Orgelton, der mein Leben beherrschen wird."[49]

Persönliche Schicksalsschläge wie der Tod des jüngeren Bruders Wilhelm 1936, der Verlust der Eltern im Jahre 1939 und der Tod des Bruders Adolf-Heinrich 1940 verstärkten diese Entwicklung. Im Laufe der Jahre verlor sich mehr und mehr der ‚sozialistische' Zug im Denken Schulenburgs. An die Stelle einer Orientierung an Oswald Spenglers Programm der Verbindung von Preußentum und Sozialismus tritt die von Preußentum und Christentum. „Ich glaube", schreibt er 1936 an seine Frau, „daß Preußentum anders als christlich nicht zu deuten ist und daß wir beide – Preußentum und Christentum – gerade heute mehr brauchen denn je."[49]

Anfang der vierziger Jahre sind Schulenburgs Briefe an seine Frau voll von Bekenntnissen persönlichen Gottesglaubens.[50] So leidenschaftlich sich der junge Schulenburg 1932 für die nationalsozialistische Erneuerung eingesetzt hatte, so entschieden sucht er jetzt im christlichen Glauben den Weg zum Heil im persönlichen wie gesellschaftlichen Leben. Die religiöse Erneuerung scheint ihm die „entscheidende Aufgabe des Jahrhunderts", und trotz seiner Kritik

46 Die grundsätzlichen Bedenken, die Goerdeler und Moltke aus moralischen und religiösen Gründen gegen ein Attentat erhoben, teilte er nicht.

47 Vgl. zum Folgenden U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 137 f.

48 Schulenburg an seine Frau, 20.5.1936, zit. in: ebd., S. 137.

49 Schulenburg an seine Frau, 18.11.1936, zit. ebd.

50 Vgl. bes. Schulenburg an seine Frau, 19.6.1941, abgedr. ebd., S. 214 f.

an der erstarrten Theologie und den längst überholten katholisch-evangelischen Gegensätzen[51] äußert er im Juni 1941 sogar den Plan, nach dem Ausscheiden aus dem Öffentlichen Dienst Pfarrer zu werden.[52] Als entscheidenden Grund für seine nunmehr unversöhnliche Feindschaft zum Hitler-Staat gibt er entsprechend vor dem Volksgerichtshof an, dass der Nationalsozialismus „mit seinem Kampf gegen das Christentum die religiöse Basis schlechthin verlassen" habe.[53]

Charakteristisch für die knapp skizzierten Lebenswege ist, dass sich der Zugang zum christlichen Glauben im Laufe des Dritten Reiches intensiviert, bei den Jüngeren noch signifikanter als bei den Älteren. Dabei lässt sich bei keinem der beschriebenen Beispiele eine Art Bekehrung oder etwas in der Selbstwahrnehmung Ähnliches feststellen. Vielmehr ist diese Intensivierung des christlichen Glaubens als eine Wandlung und *Verdichtung* meist eher diffuser Bindungen, die aus Elternhaus und sonstiger gesellschaftlicher Tradition oder Konvention überkommen sind, zu beschreiben. Regelmäßige persönliche Bibellektüre spielt bei vielen eine Rolle, steht aber nicht immer im Vordergrund. Nach den erhaltenen Zeugnissen scheint jedoch die in der späteren Zeit durchweg regelmäßige Teilnahme am Sonntagsgottesdienst und die Kommunikation in geschwisterlicher Gemeinschaft eine wichtige Rolle in diesem Verdichtungsprozess gespielt zu haben. In der Haftzeit, den Monaten vor der Hinrichtung wird in den erhaltenen Abschiedsbriefen zudem greifbar, wie stark die Hinwendung zu einem persönlichen, bewussten Glauben mit der Wahrnehmung der Vergänglichkeit und des Fragmentarischen allen menschlichen Lebens, mit der Erfahrung der Einsamkeit und eines scheinbar kontingenten Weltgeschehens, wo gerade die Guten zu Opfern der Geschichte werden, zusammenhängt.

2. Inhalte und Kontext religiöser Bindungen

Versucht man die verschiedenen Zugänge zum christlichen Glauben über das Gesagte hinaus systematisch auszuwerten, so zeigt sich schnell, dass kaum unter religionspsychologischen oder unter theologischen Gesichtspunkten einheitliche Muster festzustellen sind; und wenn ja, dann nur von sehr allgemeiner, wenig aussagekräftiger Art.[54] Gleichwohl lassen sich bestimmte *Themen und Frontstellungen* bezeichnen, die für die Herausbildung und Gestalt des christlichen Glaubens und Ethos' wichtig oder sogar bestimmend sind: zum einen das Problem von Säkularisierung und Pseudoreligion, sodann das Problem der Begründung von Recht und Moral sowie schließlich das Problem der Schuld. Hier kristallisieren sich religiös geprägte Aussagen oder Bezüge auf christliche Lehren, und hier werden auch Hintergründe und Wirkungen der Hinwendung zum christlichen Glauben am ehesten greifbar.

51 Vgl. ebd.; vgl. auch A. Krebs: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, S. 151 f.

52 Vgl. den Brief an seine Frau, 21.6.1941, zit. in: U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 298, Anm. 22.

53 Zit. in: H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 455.

54 Vgl. oben Anm. 16.

2.1 Das Problem von Säkularisierung und Pseudoreligion

Von den Angehörigen des bürgerlichen Widerstandes wurde der Prozess der Säkularisierung als höchst ambivalenter Prozess wahrgenommen. Zwar war keineswegs eine antiaufklärerische Haltung vorherrschend, jedoch wird die Säkularisierung für eine allenthalben wahrnehmbare mechanistische Veräußerlichung des Lebens verantwortlich gemacht.[55] Gerade bei den Jüngeren zeigt sich der Einfluss der Jugendbewegung mit ihrer Kritik an Anonymität und Materialismus. Ein gewisser Kulturpessimismus, ein vielfach romantisierender Blick zurück in die Vergangenheit machten kritisch gegen die Welt einer rational durchorganisierten, modernen Industriegesellschaft.[56]

Wie lässt sich erklären, dass Moltke wie viele andere die einzige wirkliche Zukunftschance in einer umfassenden Wiedergeburt christlichen Geistes sah und sich im Angesicht des Todes bewusst als Märtyrer dieser erhofften Rechristianisierung des Abendlandes verstand?[57] Eine *erste* Erklärung dafür liegt in der Wahrnehmung einer umfassenden Krise, die Moltkes Denken seit dem Winter 1941/42 bestimmt. Moltke hatte als völkerrechtlicher Mitarbeiter des Amtes Ausland/Abwehr beim OKW eine detaillierte Kenntnis der Kriegssituation und der Verbrechen an Juden und Kriegsgefangenen im Osten erlangt. Angesichts der alles Begreifen übersteigenden Verbrechen schien ihm im Blick auf die Nachkriegszeit nur mehr die Alternative einer neuen Christianisierung oder eines Versinkens in heidnischen Materialismus.[58]

Dass man einer solchermaßen wahrgenommenen Krise nicht säkulare Denkmuster entgegenstellte, hängt unmittelbar mit der Einschätzung des Nationalsozialismus zusammen. Und hier liegt der *zweite* Grund für die Attraktivität der Rechristianisierungsvorstellung. Man nahm den Nationalsozialismus als *Pseudoreligion* wahr, die mit ihrem Totalitätsanspruch auf

55 Die Bewertung des Phänomens der Säkularisierung der modernen Welt ist im Einzelnen sehr verschieden. Während Bonhoeffer sich um eine Würdigung der Entstehung der „mündigen Welt" bemüht (vgl. bes. Widerstand und Ergebung: DBW 8, S. 477–482, 503 f. u. 529 ff.), stellen andere kritische Rückfragen an die Entwicklung von Staat und Gesellschaft seit der Renaissance und den „damals einsetzenden großen Abfall zu säkularisierenden Weltanschauungen" (so z. B. Hans-Bernd von Haeften, zit. in: G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 90). Vielfach finden sich Berührungen mit dem Gedankengut der jungen Rechten der Weimarer Zeit, wo man auf eine große konservative Gegenrevolution hoffte, welche die Französische Revolution wieder rückgängig machen sollte. Jedoch werden keineswegs Aufklärung, politischer Liberalismus und andere Entwicklungen hin zur Moderne pauschal verdammt. Der Gedanke religiöser Toleranz, die Abneigung gegen jede Art von Konfessionalismus und die Ablehnung eines Zugriffs der Kirchen auf die Zwangsmittel staatlichen Rechts werden durchgehend vertreten. Sogar die Kirchensteuer wird in weiten Kreisen – z. B. auch von Carl Goerdeler – abgelehnt. Insgesamt überwiegen aber die kritischen Anfragen an die Säkularisierung, und eine wirkliche Erneuerung erhoffte man sich nur von einer Wiedergeburt christlichen Geistes, nicht aber vom Erbe der Aufklärung.

56 Vgl. z. B. U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 72. Während seiner China-Reise 1938 hat Adam von Trott diese Einstellung und das aus ihr herrührende religiöse Suchen mit folgenden Worten ausgedrückt: „Auch der Osten wartet auf eine ‚Überwindung des Nihilismus', wie ihn die Vermischung alter Kulturwerte mit industrialistischen Lebensformen heraufbeschworen hat. Vom Konfuziustempel und -kult strahlt leider, außer auf ganz wenige hervorragende Einzelne hier in China keine reformierende Kraft aus« (zit. in: H. O. Malone: Adam von Trott, S. 207).

57 Vgl. H. J. v. Moltke: Briefe an Freya, S. 598–604 (10.1.1945) u. 610 f. (11.1.1945); vgl. auch ebd., S. 50, Anm. 149.

58 Vgl. ebd., S. 343 (11.1.1945).

die Beherrschung aller Lebensbereiche und dem bedingungslosen Gehorsamsanspruch in unmittelbaren Gegensatz zum Christentum trat. Bonhoeffers frühe Charakterisierung des Nationalsozialismus als eines politischen Messianismus aus dem Jahre 1933[59] hat später vielfache Parallelen bei den am Widerstand Beteiligten.[60] Peter Yorck von Wartenburg antwortete auf Freislers Anschuldigungen, dass er die nationalsozialistische Rechtsauffassung und Judenverfolgung kritisiert habe: „Das Wesentlichste, was alle diese Fragen verbindet, ist der Totalitätsanspruch des Staates gegen den Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber."[61] Der Gegensatz von Nationalsozialismus und Christentum war eine nicht hinterfragte Grundannahme, während die gesamte Entwicklung einer Säkularisierung des Abendlandes diskreditiert schien. Denn deren Ergebnis war offensichtlich eine falsche und gefährliche Religion. So hielt man das („wahre", nicht durch die Einbrüche völkischer Religiosität verdorbene) Christentum für widerstandsfähiger gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie als säkulare Begründungen. In diesem Konflikt ging es nicht [mehr] um vernünftiges Argumentieren, denn gegen Dummheit hilft – wie Bonhoeffer im Blick auf die nationalsozialistische Verblendung formuliert – keine Belehrung, sondern nur „die innere Befreiung des Menschen zum verantwortlichen Leben vor Gott".[62] Hier ging es um letzte, der Vernunft entzogene Grundentscheidungen und Orientierungen, um den *ganzen* Menschen. Es stand Bekenntnis gegen Bekenntnis. In diesem Sinne hat auch Moltke seine letzte Auseinandersetzung mit Freisler vor dem Volksgerichtshof verstanden.[63]

2.2 Das Problem der Begründung von Recht und Moral

Neben dem Problem von Säkularisierung und Pseudoreligion war der zweite wichtige thematische Bereich, in dem pointiert auf christliche Sprache und Lehre zurückgegriffen wurde, das Problem der Begründung von Recht und Moral. Das Bewusstsein eines kaum dagewesenen, dramatischen Verfalls der Moral führte zu der Auffassung, dass angesichts der zukünftigen ethischen Herausforderungen gewohnte Werte, etablierte Traditionen, der öffentliche Diskurs und auch die eingeübte Vernünftigkeit für eine tragfähige öffentliche und individuelle Ethik nicht ausreichten. Bonhoeffer hat das mit dem Bild ausgedrückt, dass säkulare Werte wie „Vernunft, Bildung, Humanität, Toleranz" im Bereich der Kirche Zuflucht suchten.[64] Moltke formulierte, dass „der Grad der Gefährdung und Opferbereitschaft, der heute von uns verlangt

59 Vgl. D. Bonhoeffer: Gesammelte Schriften, Bd. II, S. 32 f.

60 Ebenfalls repräsentativ für die verbreitete Einschätzung des pseudoreligiösen Charakters des Nationalsozialismus ist die scharfe Kritik Ulrich von Hassells an der „Überspannung der Totalität" und dem „Vorschreiben einer parteigefälligen Weltanschauung" (vgl. G. Schöllgen: Ulrich von Hassell, S. 157).

61 Zit. in: H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 215.

62 Vgl. D. Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung (DBW 8), S. 27 f.

63 Vgl. H. J. v. Moltke: Briefe an Freya, S. 608 (11.1.1945).

64 Vgl. D. Bonhoeffer: Ethik (DBW 6), S. 343 f.

wird, und vielleicht morgen von uns verlangt werden wird, […] mehr als gute ethische Prinzipien" voraussetze.[65] Nach Adam von Trotts Auffassung kann nur eine „bedeutende Wiedergeburt der christlichen Gesetze und Ethik diese Flut aufhalten […], die uns alle und alles, das uns lieb ist, zu verschlingen droht."[66]

Bei den älteren Angehörigen des Widerstandes geht man ganz selbstverständlich davon aus, dass Grundwerte wie Wahrhaftigkeit, Respekt vor dem anderen Menschen und Nächstenliebe ohne Alternative und nicht anders als in der Erneuerung des christlichen Glaubens zu begründen sind. In einem Staatsgrundgesetzentwurf, der im Umkreis Ulrich von Hassells entstand, heißt es lapidar: „Christentum und christliche Gesittung bilden, wie seit Jahrhunderten, eine unersetzbare Grundlage deutschen Lebens."[67] Ähnlich formuliert Carl Goerdeler: „Die Politik, die das Glück und Wohl der Völker zum Ziele sich setzt, muß auf die christlichen Grundsätze der Wahrhaftigkeit, der Menschlichkeit und der Hilfsbereitschaft aufgebaut sein, letztlich auf dem Grundsatz, daß man einem andern nicht antun darf, was man selbst nicht erdulden will."[68] In allen Planungen für eine zukünftige Ordnung kommt darum dem Religionsunterricht als einer Möglichkeit, die Grundlagen moralischen Handelns auszubilden, eine wichtige Rolle zu.[69] Selbst bei den aus der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung stammenden Angehörigen des Kreisauer Kreises wie Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein und Theo Haubach findet sich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer christlich-religiösen Fundierung der Moral.

2.3 Das Problem der Schuld

Nach der in der neueren Forschung vorherrschenden Darstellung haben die Angehörigen des bürgerlichen Widerstandes – mit gewissen Ausnahmen – die nationalsozialistischen Verbrechen erst in dem Moment als moralische Hypothek empfunden, als sich die drohende Zerstö-

65 F. v. Moltke/M. Balfour/J. Frisby: Helmuth James von Moltke, S. 176.

66 Auszug aus einem Brief Adam von Trotts vom Sommer 1936, zit. in: H. O. Malone: Adam von Trott, S. 169. Gegenüber einem Fortschrittsdenken, das auch das Reich Gottes nur noch als den Fortschritt auf einen Idealzustand hin betrachtete, verstand Trott das Reich Gottes als „Hineinwirken einer total anderen Macht" (zit. in: K. v. Klemperer: Glaube, Religion, Kirche, S. 151).

67 Abgedr. in: U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, S. 455.

68 Denkschrift „Der Weg", in: W. v. Schramm: Beck und Goerdeler, S. 231; zur Alleinautorschaft Goerdelers vgl. H. Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 247, Anm. 68. Andere, besonders unter den Jüngeren, haben Entsprechendes in weniger traditionell-christlich geprägter Sprache formuliert. Das eigentliche Übel und der größte Schaden der nationalsozialistischen Herrschaft liege darin, dass sie die lebensnotwendige „innere Gebundenheit" des Menschen an „Werte, die nicht von dieser Welt sind", zerstört habe. Darum müsse in dem einzelnen „das Gefühl der inneren Gebundenheit an Werte, die nicht von dieser Welt" sind, wiedererweckt werden, welches allein ermöglicht, ihm die Freiheit wiederzugeben; dadurch wird der einzelne ein Gefühl der Verantwortung wiederbekommen, welches zu einem Aufblühen wahrer Gemeinschaft führen wird (vgl. die Grundsätze für die Neuordnung, Entwurf vom 9.8.1943, abgedr. in: G. v. Roon: Neuordnung im Widerstand, S. 561; vgl. auch die gleiche Formulierung von der Hand Moltkes, ebd., S. 509; vgl. ferner ebd., S. 486 ff., 490, 505 u. 543).

69 So hat Goerdeler die Notwendigkeit des Religionsunterrichtes (jedenfalls bis zur Religionsmündigkeit), der vor allem zum Erlernen und Beherzigen der Zehn Gebote führen soll, mehrfach hervorgehoben (vgl. z. B. Gedanken eines zum Tode Verurteilten – September 1944 im Gefängnis, in Auszügen abgedr. in: G. Ritter: Carl Goerdeler, S. 570).

rung des Reiches abzeichnete.[70] Diese Auffassung trifft jedoch nur teilweise zu. Schon lange vorher finden sich zahlreiche Äußerungen von Scham und Schuld.[71] Gerade das durchgehend vorhandene und kaum reflektierte Gefühl einer selbstverständlichen und unauflöslichen Bindung an Volk und Vaterland erschwerte den Rückzug in die innere oder äußere Emigration. Als Adam von Trott im Ausland von den Pogromen der sog. „Kristallnacht" 1938 erfuhr, schrieb er an eine emigrierte jüdische Freundin nach England: „Du weißt, daß wir es sind, die durch das, was vorgefallen ist, erniedrigt werden und daß es uns überlassen ist, uns zu überlegen, ob unsere früheren Freunde noch etwas mit uns zu tun haben wollen [...]".[72] Im Laufe des Krieges und angesichts der Kenntnis der Verbrechen an ausländischen Kriegsgefangenen und vor allem den Juden steigerte sich das Bewusstsein der Schuld, die dem deutschen Namen anhaftet, teilweise bis ins kaum Erträgliche. Moltke wären selbst die schweren Verluste im Osten noch erträglich, wenn nicht „Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen". Er spricht von einer „Blutschuld, die zu unseren Lebzeiten nicht gesühnt und nie vergessen werden kann." „Werden die Männer aufstehen, die imstande sind, aus dieser Strafe die Busse und Reue und damit allmählich die neuen Lebenskräfte zu destillieren?"[73] Die schlimmen Zustände unter der deutschen Besatzung kann Moltke nicht anders als mit dem Bild der apokalyptischen Reiter deuten.[74] Nicht nur die Schuld der Täter, sondern auch die Schuld derer, welche die Verbrecher gewähren lassen, lastet schwer auf den Gewissen.[75]

Wo diese bedrängende Schuld zur Sprache gebracht wird, kommen Begriffe und Deutungen des christlichen Glaubens zum Vorschein. Anlässlich der Deportation der Leipziger Juden hat Carl Goerdeler in einem Aufruf gemahnt, dass sich solche Ungeheuerlichkeiten unweigerlich „an unserem Volke" rächen würden. „Ich weiß aus der Geschichte und aus meinem eigenen Leben nur, daß die Wahrheit immer an den Tag komme und daß Gott in eherner Gerechtigkeit stets eine folgerechte Vergeltung vollzieht."[76] Der Glaube an einen unumstößlichen Tun-Ergehens-Zusammenhang gehörte zum charakteristischen Grundbestand der volkskirchlich geprägten Frömmigkeit des bürgerlichen Widerstandes. Angesichts dieser Überzeugung und der Wahrnehmung der Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes geschahen, verstärkte sich zugleich das Bewusstsein des Angewiesenseins auf Gottes „übergroße Gnade".[77]

---

70 Vgl. z. B. U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 105 f.

71 Vgl. z. B. den Brief der Mutter Helmuth von Moltkes, Dorothy von Moltke, am 14. April 1933, zwei Wochen nach dem Boykott jüdischer Geschäfte, an ihre Eltern in Südafrika: „[...] I had a very depressed letter from the dear Boy some days ago, just unburdening his heart; of course he feels the present state of affairs terribly, as we all do [...] and are really ashamed. It makes one feel so uprooted, as if not belonging to the country" (H. J. v. Moltke: Völkerrecht, S. 80; vgl. auch U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 79).

72 Zit. in: H. O. Malone: Adam von Trott, S. 209; vgl. auch ebd., S. 210.

73 H. J. v. Moltke: Briefe an Freya, S. 278 (26.8.1941); vgl. auch ebd., S. 307 f. (21.10.1941) u. 317 (13.11.1941); U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 97.

74 Vgl. H. J. v. Moltke: Briefe an Freya, S. 325 (17.11.1941).

75 Vgl. ebd., S. 312 (6.11.41).

76 Goerdeler und die Deportation, S. 339.

77 Vgl. z. B. den Brief Carl Goerdelers an Oberstudiendirektor Binder vom Juni 1943, zit. in: M. Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler, S. 166.

Das an der christlichen Tradition orientierte Bewusstsein der Schuld ist so bedrängend gewesen, dass es einen wesentlichen Antrieb zum Attentatsversuch bedeutete. Peter Yorck von Wartenburg hat dies im Abschiedsbrief an seine Frau stellvertretend für andere auf den Punkt gebracht: „Daß Gott es so gefügt hat, wie es gekommen ist, gehört zu der Unerforschlichkeit seiner Ratschlüsse, die ich demutsvoll annehme. Ich glaubte mich durch das Gefühl der alle niederbeugenden Schuld getrieben und reinen Herzens."[78] Zugleich ergab sich eine Deutung des eigenen Weges als eine Art Sühnopfer. Die Schuld des eigenen Volkes und damit die Gottesferne der Gegenwart sollte so wenigstens „ein Quentchen" verringert werden. Dies haben Peter Yorck von Wartenburg und andere ausdrücklich so formuliert.[79] Henning von Tresckows bekannte Formulierung, dass das Attentat, koste es, was es wolle, stattfinden müsse, damit – in Entsprechung zu den zehn Gerechten in Sodom nach 1. Mose 18 – wenigstens ein paar Gerechte in Deutschland gefunden werden könnten, drückt den gleichen Gedanken auf zurückhaltendere Weise aus – auch wenn man zugleich praktisch-politische Zwecke unterstellt.[80]

Das Problem der Schuld gibt bei den an den Attentatsvorbereitungen Beteiligten noch in einer zweiten Weise Anlass zu einer verstärkten Aufnahme christlich-religiöser Sprache und Gedanken.[81] Dass die Beteiligung an einem Attentat auf Hitler gegen das Verbot zu töten verstieß und so Schuldig-werden bedeutete, empfanden die meisten als ausgesprochen bedrängend. Andere lehnten die Beteiligung an einem Attentat aus christlich-ethischen Gründen bis zuletzt ab, auch wenn sie ausdrücklich auf den Umsturz hinarbeiteten.[82] In diesem Konflikt halfen Texte der Bibel und der christlichen Tradition bei der Selbstklärung. Ein anschauliches Beispiel ist die Frage des ansonsten mit religiöser Sprache sehr zurückhaltenden Hans von Dohnanyi an seinen Schwager Bonhoeffer, wie es denn mit dem Jesus-Wort stünde, dass, wer das Schwert in die Hand nehme, auch durch dieses umkommen werde.[83] Selbst der kommunistisch gesinnte Bürgerbräukeller-Attentäter Georg Elser berichtete, dass es ihn in der Zeit vor dem Attentatsversuch zum Gebet und zur Selbstklärung vielfach in die Kirche getrieben habe.[84]

78 Peter Yorck von Wartenburg an seine Frau, August 1944, abgedr. in: H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 789.

79 „Mein Tod, er wird hoffentlich angenommen als Sühne aller meiner Sünden und als Sühnopfer für das, was wir alle gemeinschaftlich tragen. Die Gottesferne unserer Zeit möge auch zu einem Quentchen durch ihn verringert werden. Auch für meinen Teil sterbe ich den Tod fürs Vaterland [...] Die Lebensfackel wollten wir entzünden, ein Flammenmeer umgibt uns, welch ein Feuer." (Ebd., S. 792)

80 Vgl. B. Scheurig: Henning von Tresckow (1994), S. 238.

81 Diese zweifache Thematisierung des Problems der Schuld findet sich auch in Bonhoeffers späten Ethik-Fragmenten (vgl. Ders.: Ethik [DBW 6], S. 125–136 [1941] u. 256–289, bes. 264 f. u. 280 f. [1942]).

82 Vgl. H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 101 u. 513 f.

83 Vgl. E. Bethge: Dietrich Bonhoeffer, S. 704.

84 Vgl. K. v. Klemperer: Glaube, Religion, Kirche, S. 141 f.; L. Gruchmann: Georg Elser, S. 189. Das gescheiterte Attentat des 20. Juli 1944 mit der Folge der massenhaften Prozesse und Hinrichtungen wurde dann auch von einigen Beteiligten als Gottesurteil angesehen. Zu Goerdelers diesbezüglicher Formulierung vgl. H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 514; zum Thema „Schuld" bei Bonhoeffer vgl. Ders.: Ethik (DBW 6), S. 125–136 u. 264 f. u. 280; Ders.: Widerstand und Ergebung (DBW 8), S. 30 u. 520–522; vgl. auch E. Bethge: Schuld bei Dietrich Bonhoeffer, S. 83–99.

3. Folgerungen

Welche Folgerungen ergeben sich aus den dargelegten Beobachtungen für die Beurteilung der These, dass der bürgerliche Widerstand wesentlich aus dem Interessenkonflikt einer sich bedroht fühlenden, alten Elite mit neuen, zur Herrschaft strebenden Gruppen zu erklären ist? Man kann selbstverständlich Interessenkonflikte feststellen, die Resistenz erleichtert haben. Damit ist jedoch nicht erklärt, warum sich die Mehrheit einer Schicht angepasst und ein kleinerer Teil mit gleicher Interessenlage unter hohem persönlichen Risiko Widerstand geleistet hat. Der Aufstand des Gewissens markierte auch *nicht*, wie der Mommsen-Schüler Ulrich Heinemann jüngst formuliert hat, „das Ende eines langen Weges, an dessen Anfang der realpolitisch motivierte Protest verdrängter Interessen und Vorrechte gestanden hatte."[85] Die unmittelbare, vielfach frühe Empörung über die Verletzung elementarer Begriffe von Recht, Moral und Menschlichkeit, insbesondere im Zusammenhang der Judenbehandlung,[86] wird in solchen Deutungsversuchen ebenso vernachlässigt wie die Wahrnehmung eines Konflikts der nationalsozialistischen Ideologie mit den traditionellen religiös-christlichen Bindungen im Zuge des Kirchenkampfes seit 1933. Deren Berücksichtigung einzufordern heißt jedoch nicht, den bürgerlichen Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft *allein* aus dem Konflikt mit überkommenen oder neu profilierten moralischen und religiösen Bindungen zu erklären. Es heißt auch nicht, dass der bürgerliche Widerstand einfach als heroische Entscheidung einzelner großer Persönlichkeiten zu deuten ist.

Vielmehr muss die Bedeutung moralischer und religiöser Bindungen für den Widerstand in die betreffenden Milieus, aus denen die Verschwörer kamen, eingezeichnet werden. Denn es waren ganz wesentlich bestimmte Milieus, die „dem einzelnen Zuflucht und Rückhalt, Verstecke und Verbindungen, praktische Solidarität und innere Stärkung" boten.[87] Christlich-konservative oder christlich-liberale Einstellungen und Wahrnehmungsmuster waren konstitutiver Bestandteil dieser bürgerlich-aristokratischen Milieus. Je mehr diese Milieus als von den nationalsozialistischen Machthabern bedroht wahrgenommen wurden, um so wichtiger wurden die Bestandteile, die am resistentesten schienen. Und eben dazu zählte man das christliche Erbe, nicht zuletzt aufgrund der genau wahrgenommenen Ereignisse des Kirchenkampfes seit 1933.

Man wird der verstärkten Hinwendung zu den Überlieferungen des Christentums nicht

85 U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. 106. Auch die nachgeschobene Modifikation: „Diese Feststellung muß sich Einschränkungen in die eine wie in die andere Richtung gefallen lassen", macht das Urteil nicht richtig. Es gilt doch nur für einen begrenzten Teil des „bürgerlich-aristokratischen" Widerstandes.

86 Mindestens zwanzig der nach dem 20. Juli verhafteten Verschwörer haben in den Verhören die Judenverfolgung ausdrücklich als Faktor oder sogar Hauptantrieb ihrer Beteiligung am Attentatsversuch genannt (vgl. H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, passim, bes. S. 471–474; vgl. auch P. Hoffmann: Widerstand gegen Hitler, S. 105–107).

87 Vgl. C. v. Krockow: Die Deutschen, S. 224; zit. in: U. Heinemann: Ein konservativer Rebell, S. XVIII.

gerecht, wenn man sie im Zuge eines materialistischen Geschichtsbildes als Reflex bestimmter materieller Interessen versteht. Die französische Mentalitätsgeschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte hat deutlich gemacht, dass die Alternative dazu *nicht* eine auf einzelne heroische Persönlichkeiten fixierte, idealistische Geschichtssicht ist. In der Geschichtsschreibung kann es keine „Welt an sich" vergangener Zeiten, die nur aus harten Fakten und vermeintlich objektiven Sachverhalten besteht, geben. Will man die Wirklichkeit vergangener Zeiten verstehen, muss man das geistige Rüstzeug bzw. die Wahrnehmungsmuster und Wertorientierungen aufspüren, mit denen die Menschen jener Zeiten vor aller bewussten Reflexion ihre Welt wahrgenommen haben. Die Milieus, aus denen die Attentäter des 20. Juli stammten, und die für sie charakteristischen Wahrnehmungsmuster und Wertorientierungen haben nach 1945 einen ungewöhnlich raschen Abbruch und Umbruch erfahren. Nicht zuletzt darum ist diese geistige Welt von einem materialistisch und individualistisch orientierten Welt- und Menschenbild her, wie es seit den siebziger Jahren in den westdeutschen akademischen Milieus vorherrscht, nur schwer zu begreifen. Anders als für uns heute waren damals nichtindividualistische, korporative Wahrnehmungsmuster bestimmend. Man sah den Menschen nicht zuallererst als Individuum, sondern immer auch, gleichsam gleichursprünglich als Teil seines Volkes. Das trifft für einen eher Konservativen wie Carl Goerdeler ebenso zu wie für den Sozialdemokraten Ernst Reuter.[88] Die nichtindividualistischen, korporativen Denkmuster haben die Abgrenzung vom Nationalsozialismus vielfach verzögert und erschwert. In der Situation der Perversion des selbstverständlich empfundenen Patriotismus durch einen pseudoreligiösen, menschenverachtenden Nationalismus tritt jedoch an die Stelle der überindividuellen Bezugsgröße Volk die des christlichen Abendlandes.[89] Einem noch nicht tiefer von westlichem Individualismus geprägten Denken, das auch noch kein Bewusstsein einer Dritten oder gar Vierten Welt hatte, schien hier die einzige tragfähige Alternative zu liegen.[90] Wie auch immer man diesen Rück-

88 Beispielhaft hierfür sind die Worte, die der spätere sozialdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, im Juli 1942 an den ihm bekannten Carl Goerdeler aus Ankara schrieb, nachdem er die Nachricht vom Tod dessen Sohnes an der Front gehört hatte. „Ich weiß sehr wohl, dass Worte eines relativ Fremden aus so weiter Ferne gesprochen, nicht viel besagen können. Trost schenken zu können, ist nicht jedermanns Gabe und der herzlichst geschenkte und aufrichtigst gemeinte Trost kann niemals das Leid ungeschehen machen, das der unwiderrufliche Abschied von einem so geliebten Sohne bedeutet. Aber wir alle tragen dieses Leid und uns alle trifft es. Nicht nur Sie allein. Wir, die wir ferne der Heimat leben müssen und ihr doch mit unzerreissbaren Fäden innerlich verbunden bleiben, wir fühlen und wissen, was unser Land an Opfern bringt. Kein Tag und keine Nacht vergeht, ohne dass uns das alles nicht lebendig vor Augen steht und wir nicht mit der bangen Frage ringen, welch' verschlungene Pfade uns alle das Schicksal noch führen wird. Unser Schicksal ist in diesem Sinne ein gemeinsames und wird, so verschieden auch unsere Wege sein mögen, immer ein gemeinsames bleiben. Die gemeinsame Liebe zu dem Lande, für das wir ein Leben lang gearbeitet und nach bestem Wissen und Gewissen unser bestes gegeben haben, ist das Band, das alle die verbindet, die seiner Zukunft dienen zu können glauben." (Brief vom 8.7.1942 [Kopie im Besitz von Frau Dr. Marianne Meyer-Krahmer, geb. Goerdeler, Heidelberg])

89 Bei allen Unterschieden in den Einzelheiten ist diese Hinwendung zum Erbe der christlich-abendländischen Zivilisation charakteristisch für den gesamten bürgerlich-aristokratischen Widerstand, den Kreisauer Kreis ebenso wie den Freiburger Kreis, für Bonhoeffer wie für Goerdeler (vgl. C. Strohm: Teilnehmen am Schicksal Deutschlands, S. 166–177).

90 Jedoch wird auch die Hochschätzung des Individuums in der biblisch-christlichen Tradition angesichts des als kollektivistisch wahrgenommenen nationalsozialistischen Herrschaftssystems neu entdeckt. So rechnet Moltke angesichts der Missachtung des Individuums die Überzeugung, dass „jeder Mensch ein selbständiger Schöpfungsgedanke Gottes ist", zu „den ersten Grundlagen aller europäischen

griff auf das Erbe der abendländisch-christlichen Zivilisation heute beurteilen mag, so muss doch entschieden widersprochen werden, wenn moralische Antriebe oder religiöse Bindungen im Zuge eines individualistisch-materialistischen Weltbildes letztlich nur noch als Sublimierungen bestimmter materieller Interessen verstanden werden können.

Das Ziel einer *Historisierung* des Widerstandes gegenüber allen Formen einer *Monumentalisierung* muss festgehalten werden. Die Arbeit an einer Historisierung bleibt aber auf halbem Wege stecken, wenn soziologisch beschreibbare, übergreifende Strukturen und Prozesse das *letztgültige* Erklärungsmuster menschlichen Verhaltens bleiben und wenn man nicht auch die handlungsleitenden, nicht einfach interessenbedingten Wahrnehmungsmuster, Wertorientierungen und religiösen Bindungen zu erfassen sucht. Darüber hinaus ist das Konkret-Menschliche, die letzte Kontingenz und Nichtverrechenbarkeit menschlichen Trachtens, Handelns und Glaubens ernst zu nehmen. Nur so kommt man dem Ziel der Historisierung wirklich nahe.[91]

Was lässt sich abschließend noch zu der zweiten gestellten Frage sagen, ob eher volkskirchliche oder bekenntnisorientiert-freiwilligkeitskirchliche Prägungen im bürgerlichen Widerstand gegen Hitler wirksam geworden sind?

Im Umkreis der Attentäter des 20. Juli befanden sich keineswegs auffällig viele, die in der Bekennenden Kirche engagiert waren oder gar den konsequenten Weg ihres dahlemitischen Flügels gingen. Im Gegenteil, die meisten kamen aus klassischen volkskirchlichen Verhältnissen und hatten keine Nähe zu bekenntnisorientierten Richtungen. Vielfach verdichteten sich eher lockere christliche Bindungen erst relativ spät zu einem ausdrücklicheren und bewussteren christlichen Glauben.

Freilich ist damit nur *ein Teil* der Antwort gegeben. Die meisten dieser protestantisch gesinnten und aus volkskirchlichen Milieus kommenden Männer und Frauen haben den Kirchenkampf sehr genau beobachtet, auch wenn sie nicht selbst daran beteiligt waren. Für ihren neuen Zugang zur Kirche ist die gleichsam von außen erfolgte Wahrnehmung der Bekennenden Kirche und des Kirchenkampfes von zentraler Bedeutung. Die Erfahrung, dass die staatliche Gleichschaltungspolitik im Bereich der Kirchen nicht zum Ziel kam und die nationalsozialistische Ideologie den innersten Kern christlichen Glaubens nicht verderben konnte, ist konstitutiv für ihre neue Hinwendung zum Christentum.[92] Darum ist die umstrittene Frage, ob

Kultur" (vgl. H. J. v. Moltke: Briefe an Freya, S. 335 [11.12.1941]). Dieser Gedanke ist einer der ganz seltenen, in Moltkes Briefwechsel der Jahre 1939–1945 mehrfach formulierten Glaubenssätze und darum in besonderem Maße charakteristisch (vgl. auch ebd., S. 352 [4.2.1942]; ebd., S. 611 [11.1.1945]; vgl. ferner ebd., S. 33 [12.8.1936]). Adam von Trott war der Auffassung, dass allein eine Wiedergeburt der christlichen Gesetze und Ethik „die Bedeutung der Einzelperson und ihre Würde" wiedergeben könne (aus einem Brief Trotts vom Sommer 1936, zit. in: H. O. Malone: Adam von Trott, S. 169; vgl. auch ebd., S. 153).

91 Vgl. auch G. Besier: Widerstand im Dritten Reich, S. 66 f.

92 Neben den schon Genannten ist Bonhoeffers Schwager Hans von Dohnanyi ein gutes Beispiel. Er war nie Mitglied der Bekennenden Kirche, hat aber als persönlicher Referent des Reichsjustizministers vielfach wichtige, den Kirchenkampf betreffende Informationen weitergegeben und Bedrängten zu helfen versucht (vgl. C. Strohm: Theologische Ethik, S. 249–263; Ders.: Diensttagebuch, S. 354–375).

der auf politische Veränderung oder gar Umsturz ausgerichtete Widerstand von Christen eher von volkskirchlichen oder eher von bekenntnisorientierten Voraussetzungen herkommt, im Sinne eines *komplementären Modells* zu beantworten. Für das Wirksamwerden eines wesentlich christlich begründeten Widerstandes ist das komplementäre Verhältnis von volkskirchlichen und bekenntnisorientierten Horizonten entscheidend. Letztere ohne die ersteren neigten zu der unpolitischen Beschränkung auf den Raum der Kirche, den Kampf um die rechte Lehre und das unversehrte kirchliche Leben. Volkskirchlich-liberale Grundhaltungen hingegen lernten an den bekenntnisorientierten Ausrichtungen die Widerstandskraft christlicher Traditionen gegen eine perverse, weil gotteslästerliche und menschenverachtende Ideologie schätzen.

Norbert Haase

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus protestantischem Glauben als Opfer der Wehrmachtjustiz

Dem protestantischen Glauben verhaftete Menschen, die das Martyrium auf sich nahmen, lieber in den Tod zu gehen, als den an sie gestellten Loyalitätsanforderungen der Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat zu entsprechen, sind in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges nur sehr wenige bekannt geworden. Der Tod durch die kriegsgerichtlich bedingte Exekution als quasi öffentliches Zeugnis bzw. stiller Protest gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft und Kriegführung ist im engeren Sinne nicht überliefert. Die Schwierigkeit, sich diesem Thema geschichtswissenschaftlich zu nähern, ist aber bei weitem nicht allein ein Quellenproblem. Widerständige Verhaltensweisen in einem spezifisch protestantischen Milieuzusammenhang und deren justitielle Verfolgung lassen sich nach heutigem Forschungsstand nur am Einzelfall biografisch darstellen.

Menschen, die im Dritten Reich während des Zweiten Weltkrieges zu Opfern der deutschen Militärgerichtsbarkeit wurden, sind nach Zehntausenden zu zählen. Die Wehrmachtjustiz verurteilte 30 000 deutsche Soldaten zum Tode, etwa 22 000 von ihnen wurden hingerichtet. Überwiegend lagen dieser Spruchpraxis Verfahren wegen „Fahnenflucht" und „Zersetzung der Wehrkraft" zu Grunde. Auf beide Delikte stand nach dem Militärstrafgesetzbuch bzw. nach der Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 26. August 1939 die Todesstrafe. Noch immer ist wenig bekannt über die Beweggründe der großen Mehrheit der Opfer der Wehrmachtjustiz, die diese vor ihrer Festnahme zur Desertion oder zur offenen Kriegsdienstverweigerung veranlassten. Diejenigen, die aus einer dezidiert religiösen Haltung heraus – zumal aus einer protestantischen Glaubensorientierung – solche Schritte gegangen sind, noch dazu das Martyrium von Lagerhaft und Exekution auf sich genommen haben, weil sie ihrem Gewissen treu bleiben wollten, sind eine verschwindend kleine Minderheit geblieben. Sofern wir Kenntnis von solchen Biografien haben, lassen sie sich an den Fingern einer Hand abzählen.[1]

Kriegsdienstentziehung durch offene Verweigerung bis hin zur Desertion stand den Ansprüchen des nationalsozialistischen Staates an den Einzelnen diametral entgegen. Die

1 Nicht aufgenommen wurden hier die Biografien von Martin Gauger, Alfred Herbst und Wilhelm Schümer, da sie jeweils nicht in die im Rahmen dieser Studie vorgegebenen Kategorien einzuordnen sind. Während Gauger nicht militärgerichtlich verurteilt wurde, war Herbst vor seiner Kriegsdienstverweigerung Angehöriger einer Baptistengemeinde, und Schümer wiederum kam aus ungeklärter Ursache an der Front ums Leben.

Nichtteilnahme von Wehrfähigen am Krieg passte ideologisch nicht in das nationalsozialistische Weltbild von einer „kämpfenden Volksgemeinschaft". Desertionen zeigen in allen Armeen Widerstände an und stellen die Legitimation der militärischen Logik generell in Frage.[2] In einem Unrechtsstaat wie dem Dritten Reich war die Wehrpflicht jedoch unter Androhung der Todesstrafe erzwungen. Mit welch drakonischen Maßnahmen das NS-Regime auf „ungehorsame Soldaten" reagierte, zeigen Spruchpraxis und Vollzugsalltag von Wehrmachtjustiz und -strafvollzugssystem.

Die Wirklichkeit des NS-Systems ließ dem Einzelnen kaum alternative Handlungsmöglichkeiten. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gab es ebenso wenig wie ein Schutzrecht für religiöse Minderheiten, deren Gewissensgebote die Eidesleistung oder den Kriegsdienst ausschlossen.

Politisch-ethische Anlässe, die Soldaten in Gewissenskonflikte bringen konnten, gab es viele: Der Fahneneid auf die Person Adolf Hitlers, Oberbefehlshaber der Wehrmacht, verlangte bedingungslosen Gehorsam und Treuepflicht auch seitens jener Wehrpflichtigen, die dem Regime kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Bereits die von Hitler und der NS-Führung ins Werk gesetzten Angriffskriege gegen die europäischen Nachbarstaaten begründeten ein übergesetzliches Widerstandsrecht des einzelnen Soldaten. Vor allem die Kriegführung gegen die Sowjetunion seit dem Juni 1941 aber bot vielen Soldaten Anlass, über die Rechtmäßigkeit des Krieges und die Loyalität gegenüber der politischen und militärischen Führung kritisch nachzudenken.

Die Stimmung innerhalb der deutschen Bevölkerung war zwar im September 1939 eher gedämpft, Widerstand gegen den Krieg gab es jedoch kaum. Anders als in den angelsächsischen Ländern konnte man in Deutschland nicht auf eine ausgeprägte Tradition der *civil disobedience* zurückblicken, war die individuelle Kriegsdienstverweigerung selbst innerhalb des organisierten Pazifismus keine erprobte und unumstrittene Strategie. Pazifisten waren ohnehin durch den Terror des NS-Regimes seit 1933 unterdrückt und vielfach ins Exil getrieben worden.[3]

Anknüpfungspunkte an die Soldatenräte der Novemberrevolution 1918 bestanden in der Wehrmacht so gut wie nicht, vielmehr trug die traumatische Erfahrung der Niederlage des Ersten Weltkrieges bei Militärs und völkisch-national gesinnten Kreisen erheblich zur Feindbildprojektion gegen Deserteure bei. Hitler, der in der „Armee von Deserteuren" des Jahres 1918 Mitverantwortliche an der Novemberrevolution sah, schrieb in „Mein Kampf":

> „Es muß der Deserteur wissen, daß seine Desertion gerade das mit sich bringt, was er fliehen will. An der Front kann man sterben, als Deserteur muß man sterben. Nur durch solch eine drakonische Bedrohung jedes Versuches zur Fahnenflucht kann eine abschreckende Wirkung nicht nur für den einzelnen, sondern für die Gesamtheit erzielt werden."[4]

2 Vgl. U. Bröckling/M. Sikora (Hrsg.): Armeen und ihre Deserteure. Zum Forschungsstand vgl.: N. Haase/G. Paul (Hrsg.): Die Anderen Soldaten.

3 K. Holl: Pazifismus, S. 138–140.

4 A. Hitler: Mein Kampf, S. 587.

In den 30er Jahren wurde dieser Gedanke von der Jurisprudenz aufgegriffen. Der Marburger Militärstrafrechtler Erich Schwinge war davon überzeugt, dass es sich bei der Mehrzahl der Fahnenflüchtigen um „Psychopathen" handelte.[5] Durch eine exzessive Anwendung der Todesstrafe sollten „Wehrmachtschädlinge" beseitigt werden. Die Rechtsentwicklung auf dem Gebiet des Wehrstrafrechts verlief nach der Machtübernahme entsprechend rasant. Mit Wirkung vom 1. Januar 1934 arbeiteten die Kriegsgerichte wieder, die durch die Weimarer Verfassung 1919 abgeschafft worden waren. Reichsjustiz- und Reichskriegsministerium schufen neue Strafnormen, die zu Kriegsbeginn 1939 in Kraft gesetzt wurden. Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht im Jahre 1935 wurden Belange religiöser Minderheiten ausschließlich nach strafrechtlichen Gesichtspunkten bewertet. Der § 48 Militärstrafgesetzbuch (MStGB) schloss Sonderrechte für ethisch und religiös motivierte Verweigerer ausdrücklich aus. In aller Regel wurden Eides- und Kriegsdienstverweigerer während des Krieges vom in diesen Fällen allein zuständigen Reichskriegsgericht (RKG) auf Grundlage des § 5 Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) vom 26. August 1939 verurteilt. Die KSSVO verfolgte den Zweck, jede „wehrfeindliche Agitation" oder andere „Zersetzungserscheinungen" zur „Erringung des Endsieges" im Keim zu ersticken. Nach dieser Vorschrift wurde wegen „Zersetzung der Wehrkraft" mit dem Tode bestraft, „wer es unternimmt, sich oder einen anderen durch Selbstverstümmelung, durch ein auf Täuschung berechnetes Mittel oder auf andere Weise der Erfüllung des Wehrdienstes ganz, teilweise oder zeitweise zu entziehen."[6] Der Strafrahmen bei Fahnenflucht (§ 70 MStGB) – dem eigenmächtigen Verlassen der Truppe mit der Absicht einer dauernden Entziehung – wurde mit Beginn des Zweiten Weltkrieges auf Todesstrafe festgelegt. Nach Hitlers Fahnenflucht-Richtlinien vom 14. April 1940 war die Todesstrafe geboten, wenn der Deserteur aus Furcht vor persönlicher Gefahr gehandelt hatte oder wenn es die „Aufrechterhaltung der Manneszucht" erforderte. Erlasse der Wehrmachtführung verlangten im Verlauf des Krieges entschiedenes Durchgreifen. Die Wehrmachtjustiz verhängte allein wegen Fahnenflucht circa 35 000 Urteile, davon 22 750 Todesurteile, von denen etwa 15 000 vollstreckt wurden.[7]

Schon dieser sehr gedrängt skizzierte rechtliche Rahmen zeigt, dass die NS-Führung in Wehrdienstentziehungsdelikten elementare Verstöße gegen das nationalsozialistische Rechtsverständnis erblickte: Verstöße gegen die Treuepflicht gegenüber dem Führer, Vergehen gegen die Gehorsamspflicht, die sich aus dem Fahneneid herleitete. Jegliche Abweichungen von der Norm einer kampfbereiten, formierten „Wehrgemeinschaft" wurden hart sanktioniert.

Je länger der Zweite Weltkrieg andauerte, desto mehr wurde vielen der verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Kriegführung und Besatzungspolitik offenbar. Ebenso brachte die skrupellose Opferung der eigenen Soldaten, die symbolhaft mit dem Schicksal der

5 D. Garbe: In jedem Einzelfall, S. 36 ff.

6 Reichsgesetzblatt 1939 I, S. 1455 ff.

7 M. Messerschmidt/F. Wüllner: Wehrmachtjustiz, S. 90 ff.

sechsten Armee in Stalingrad verbunden ist, viele Soldaten in Opposition zu einer verantwortungslosen militärischen Führung. Vielen wurde klar, dass ein weiteres Mitmachen bedeutete, für die Verbrechen, die hinter der Front verübt wurden, mitverantwortlich zu sein. Zahlreiche Soldaten waren selbst Zeugen von Judenerschießungen geworden. Als schließlich die eigene Heimat durch den Bombenkrieg in Schutt und Asche gelegt wurde, glaubten immer weniger Soldaten an den Sinn einer durch NS-Propaganda bemäntelten Kriegsverlängerung um jeden Preis, zumal der Untergang des nationalsozialistischen Deutschland besiegelt war.

Angesichts zehntausender Verurteilungen von Deserteuren durch die Wehrmachtjustiz, erfolgreicher Flucht und Untertauchens nicht weniger sowie der Auflösungserscheinungen zum Kriegsende wird die Gesamtzahl ein Vielfaches sein. Die Geschichte erfolgreicher, politisch motivierter Kriegsdienstentziehung bleibt dabei immer ein Quellenproblem, da überwiegend die Dokumente der Strafverfolgungsinstanzen das Bild beeinflussen.

Trotz der zahlenmäßig durchaus ins Gewicht fallenden Fluchten aus dem Kriegsgeschehen lässt sich nicht übersehen, dass die große Mehrheit der Soldaten dennoch Gehorsam bis zuletzt leistete. Die Todesdrohung gegen Verweigerer und die buchstäblich „mörderische Disziplin“ (Omer Bartov) innerhalb der Wehrmacht lässt sich kaum allein dafür verantwortlich machen. Der Soldatenberuf hatte im „Dritten Reich“ einen sehr hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Wehrdienst galt als „Ehrendienst am deutschen Volke“. Die Folge des politischen Anpassungsprozesses der Wehrmachtführung an den Nationalsozialismus war eine im Verlauf des Krieges forcierte politische Formierung der Soldaten.[8] Extreme Gehorsams- und Disziplinforderungen und eine gnadenlose Abschreckungsjustiz sorgten neben militärspezifischen Konformitätszwängen, der Anziehungskraft „militärischer Tugenden“ und des Glaubens an eine Vaterlandsverteidigung dafür, dass die große Mehrheit des Millionenheeres bei der Fahne blieb.[9]

Wer während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland persönlich dem Staat gegenüber offen die Aufforderung verweigerte, dem Waffendienst Folge zu leisten, befand sich in einer einsamen Entscheidungssituation: Rechtlos gegenüber staatlichen Verfolgungsinstanzen, ohne Sympathien in der Bevölkerung und einer ständigen Todesdrohung ausgesetzt.[10] Die durch ihren Bekenntnischarakter geprägte Handlung war demzufolge auch mit der Bereitschaft verbunden, in letzter Konsequenz für die eigene Glaubenshaltung ein Martyrium zu erleiden.[11]

Die bei weitem größte Gruppe unter den Kriegsdienst- oder Eidesverweigerern nahmen die Zeugen Jehovas ein, die sich lange vor dem Zweiten Weltkrieg der Mitgliedschaft in jeglichen Zwangskörperschaften des NS-Staates, aber auch seiner Gruß- und Eidesrituale verweigert hatten. Ihre auch unter der Bezeichnung „Ernste Bibelforscher“ bekannte Glaubensgemeinschaft wurde von den Nationalsozialisten am 1. April 1935 reichsweit verboten. Tausende kamen

8 M. Messerschmidt: Wehrmacht, S. 1–17.

9 O. Bartov: Hitlers Wehrmacht.

10 Vgl. D. Garbe: Radikale Verweigerung, S. 132–158.

11 Vgl. K. Bredemeier: Kriegsdienstverweigerung; A. Hartmann/H. Hartmann: Kriegsdienstverweigerung.

in Konzentrationslager oder wurden von Sondergerichten zu langen Haftstrafen verurteilt.[12] Die exorbitante Zahl von 63 Todesurteilen des RKG gegen diese Gruppe in den ersten neun Monaten des Krieges – im ersten Kriegsjahr waren es gar 112 Todesurteile des RKG wegen „Wehrkraftzersetzung" gegen Zeugen Jehovas – wurde von den einem konservativen Rechtsverständnis anhängenden Reichskriegsgerichtsräten mit Verweis auf die „Kriegsnotwendigkeiten" gerechtfertigt. Die Glaubenstreue der Zeugen und die schreckliche Konsequenz der herrschenden Spruchpraxis ließ in Kreisen der Richterschaft des RKG Zweifel aufkommen. Nachfragen über das Oberkommando der Wehrmacht bei Hitler erbrachten jedoch dessen Entscheidung: „Wenn also der Wille des Mannes, der den Wehrdienst verweigere, nicht gebrochen werden könne, müsse das Urteil vollstreckt werden."[13] Gefangenenseelsorger wie der evangelische Militärgeistliche Werner Jentsch suchten nach Auswegen.[14] Der Präsident des RKG, Admiral Max Bastian, insistierte auch 1942 noch auf militärischer Zwecklogik, da er nach Möglichkeiten suchte, „der Wehrmacht in ernstester Kriegszeit noch einen brauchbaren Kämpfer zuzuführen bzw. zu erhalten."[15] Im Mai 1940 hatte er dem OKW berichtet:

> „Die zu Kriegsbeginn aufgetretene Massendienstverweigerung der Bibelforscher ist abgeklungen. Es waren meist ältere Leute. Der Jugend liegt diese Bewegung ferner. [...] Wiederholt ist die Frage nach einer Veröffentlichung der Todesurteile über Bibelforscher aufgeworfen worden. Ich vertrete nach wie vor den ablehnenden Standpunkt, da eine solche Veröffentlichung vom feindlichen Ausland nur zu einer gegen Deutschland gerichteten Propaganda ausgenutzt würde, die Bibelforscher aber durch diese Veröffentlichung nicht abgeschreckt, sondern in ihrem Fanatismus als Märtyrer gestärkt würden."[16]

Die hohe Zahl der Aburteilungen wegen Kriegsdienstverweigerung zu Kriegsbeginn wurde später nicht mehr erreicht, im Verlauf des Krieges wurde auch die zweite Generation der Zeugen Jehovas Opfer der Spruchtätigkeit des RKG. Mehrere Familien verloren dadurch Väter und Söhne. Unter dem Oberbegriff „Bibelforscher" firmierten in der Terminologie des RKG auch die Siebenten-Tages-Adventisten, Angehörige der „Menschenfreundlichen Versammlung", einer Abspaltung der Zeugen Jehovas, oder anderer religiöser Gemeinschaften, aus deren Reihen jedoch nur vereinzelte Eidesverweigerungen zu verzeichnen sind. Soweit die Forschung heute über biografische Quellen verfügt, welche die Motive dieser Verweigerer erhellen, so scheint immer wieder eine an der religiösen Endzeiterwartung der Zeugen Jehovas ausgerichtete Glaubenstreue und Gruppensolidarität auf, die sich aus den summarischen Kriegsgerichtsurteilen der NS-Militärjustiz nicht ohne weiteres erschließt. So nonkonform und radikal die Zeugen Jehovas waren, so unpolitisch und frömmig erwarteten sie Christus als

12 D. Garbe: Widerstand und Martyrium; D. Garbe: Verfolgung, S. 15–36.

13 Chef OKW, Schreiben vom 1.12.1939, BA/MA-RH 53-6/76, Bl. 168.

14 W. Jentsch: Ernstfälle, S. 190 ff.

15 Der Präsident des Reichskriegsgerichts an die Senatspräsidenten, Schreiben vom 17.8.1942, zit. n.: N. Haase: Aus der Praxis, S. 393, Anm. 45.

16 Tätigkeitsbericht des Präsidenten des Reichskriegsgerichts an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Berlin 30.5.1940, zit. n.: N. Haase: Reichskriegsgericht, S. 49 f.

Regent eines göttlichen Königreiches. Ihre Gegenwehr hatte mit einem politisch bestimmten Widerstandsbegriff wenig gemein. Nicht die Veränderung der politischen Ordnung war ihr Streben, sondern die Möglichkeit uneingeschränkter Glaubensausübung und die Treue zum „biblischen Gebot", die Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber Gott. „‚Widerstand' war für sie ein Bekenntnisakt, ein Erfordernis religiöser Selbstbehauptung."[17] Mehr als 300 Zeugen Jehovas wurden – überwiegend aufgrund einer wehrmachtgerichtlichen Verurteilung wegen Kriegsdienstverweigerung – hingerichtet.

Daneben nimmt sich die Zahl der den beiden großen Konfessionen zuzuordnenden, religiös motivierten Kriegsdienstverweigerer sehr gering aus. Die Motivlage fällt bei ihnen wesentlich differenzierter aus, da dezidiert politische Grundüberzeugungen sich mit Glaubenshaltungen mischten. Im Gegensatz zu den von ihrer Gemeinschaft getragenen Zeugen Jehovas hatten die evangelischen und katholischen Verweigerer kaum mit Unterstützung ihrer Kirchen zu rechnen. Auch die Bekennende Kirche bot keinen Rückhalt. Die deutschen katholischen Bischöfe hatten im September 1939 in einer Erklärung ihre Absicht ausgedrückt, „unsere katholischen Soldaten (zu ermuntern und zu ermahnen) in Gehorsam gegen den Führer, opferwillig, unter Hingabe ihrer ganzen Persönlichkeit ihre Pflicht zu tun."[18] Zahlreiche Hirtenbriefe und Predigten, Gottesdienste, Gebetsstunden und Feldgesangbücher beider Konfessionen appellierten an Opferbereitschaft und Einsatzwillen der Soldaten für Führer, Volk und Wehrmacht.

Nicht von ungefähr hob Admiral Bastian in dem zitierten Bericht besonders den Staatswissenschaftler Dr. Hermann Stöhr, Jahrgang 1898, hervor, einen protestantischen Kriegsdienstverweigerer, der bereits 1934 durch die Forderung, NS-Verfolgte in die Fürbitten seiner Kirche mit einzubeziehen, den Ruf eines Sonderlings auf sich zog. Der Theologe und Doktor der Staatswissenschaften war in den zwanziger Jahren durch den Theologen Friedrich Siegmund-Schultze in die „Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost" eingeführt worden und bereits hier für ökumenische und pazifistische Ideale eingetreten. Ein Brief an das Wehrbezirkskommando Stettin vom 2. März 1939 überliefert Stöhrs kompromissloses Bekenntnis zur Kriegsgegnerschaft:

> „Den Dienst mit der Waffe muß ich aus Gewissensgründen ablehnen. Mir wie meinem Volke sagt Christus: ‚Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen.' (Matth. 26,52) So halte ich die Waffenrüstungen meines Volkes nicht für einen Schutz, sondern für eine Gefahr. […] Positives Christentum weist m. W. den Völkern höhere Ziele, als sich in Kriegsrüstungen gegenseitig zu übertreffen und einen immer größeren Prozentsatz der nationalen Energien hierfür einzusetzen. Das KdF-Schiff ‚Wilhelm Gustloff' rettet auf seiner Probefahrt schiffbrüchige Engländer. Deutsche Flugzeuge bringen Februar 1939 dem Erdbebengebiet in Chile Hilfe. Zu derartigen Taten nationaler Hilfsbereitschaft hat Gott unser hochbegabtes Volk berufen. Sie sollten nicht nur gelegentlich erfolgen und in Fällen ganz krasser Not, sondern unserem nationalen Wollen sein Hauptgepräge geben – bis hin zur praktischen Betätigung von Feindesliebe. Angesichts solcher Gottesgebote zu helfen und zu dienen erscheint mir der Dienst mit der Waffe überflüssig und schädlich."[19]

17 D. Garbe: Verfolgung, S. 35.

18 Gemeinsames Wort der deutschen Bischöfe vom 17.9.1939, in: Martinus-Blatt, 17.9.1939, zit. n.: G. Lewy: Katholische Kirche, S. 249.

19 Als Faksimile abgedruckt in: N. Haase: Reichskriegsgericht, S. 78; vgl. E. Röhm: Hermann Stöhr.

Hermann Stöhr wurde am 16. März 1940 wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ vom RKG zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt und am 21. Juni 1940 in Berlin-Plötzensee ermordet. Seit 1998 – nach der Aufhebung des Todesurteils durch das Landgericht Berlin im Dezember 1997 – trägt ein zentraler Platz in Berlins Mitte seinen Namen.

Sein Zeugnis blieb nicht ohne Einfluss auf den mit ihm befreundeten Wuppertaler Kirchenjuristen Martin Gauger, Jahrgang 1905, der bereits 1934 aus Gewissensgründen den Beamteneid auf Hitler verweigert hatte und nach seinem zwangsweisen Ausscheiden aus dem Staatsdienst seit 1935 als Justitiar der Bekennenden Kirche in Berlin wirkte. Wenn sein weiteres Schicksal bis zu seiner Ermordung im Rahmen der nationalsozialistischen Aktion „Sonderbehandlung 14f13“ zur systematischen Tötung invalider KZ-Häftlinge hier keine Berücksichtigung findet, so nur deshalb, da Gauger nicht vor ein Kriegsgericht gestellt wurde.[20] Sein Fall belegt, dass die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich nicht ausschließlich aus den Akten des RKG geschrieben werden kann. Biografien protestantischer Kriegsdienst- und Eidesverweigerer sind darüber hinaus kaum erforscht.[21] Dietrich Bonhoeffer wählte für sich eine andere Option, wenngleich auch er wegen seiner „Wehrdienstentziehung“ in Diensten des OKW/Amt Ausland Abwehr 1943 in das Fadenkreuz der Militärgerichtsbarkeit geriet.[22]

Offenkundig war es nur selten pazifistisches oder antimilitaristisches Gedankengut, das Kriegsdienstverweigerer nach 1939 zu ihrem Handeln veranlasste. Es ist nur ein Fall bekannt geworden, dass ein früheres Mitglied der 1933 verbotenen Deutschen Friedensgesellschaft den Kriegsdienst verweigerte, der zugleich Mitglied der evangelischen Kirche war: Richard Felix Kaszemeik, Jahrgang 1914, aus Erfurt gab bereits 1935 der Gestapo bei einer Vernehmung an, als Gegner des Dritten Reiches „für den heutigen Staat mit der Waffe nicht kämpfen“ zu können. Das RKG verurteilte Kaszemeik am 28. September 1942 zum Tode, nachdem er vorher zur Sonderabteilung IX der Wehrmacht in Schwarzenborn für „disziplinlose, vorbestrafte Soldaten“ einberufen worden war. Da er widerrief, konnte er eine Strafmilderung erreichen und kam zur „Bewährungstruppe“ 500. Doch am 27. November 1944 wurde Richard Felix Kaszemeik in Kurland aufgrund eines kriegsgerichtlichen Urteils als Deserteur erschossen.[23]

Nicht wesentlich anders war die Situation unter den Christen katholischen Bekenntnisses, aus deren Gemeinschaft nach heutigem Wissensstand nicht mehr als zwölf den Kriegsdienst verweigerten. Immer wieder begegnen einem hier Haltungen, die – teilweise durch die Erfahrung klösterlichen Lebens beeinflusst – von einer schlichten Volksfrömmigkeit geprägt sind, die für die religiöse Selbstbehauptung der Katholiken gegenüber dem NS-Regime stehen und gegen die Unterdrückung einer freien Glaubensausübung artikuliert werden.[24]

20 B. Böhm: Die Entscheidung, S. 72 ff.

21 K. Bredemeier: Kriegsdienstverweigerung, S. 109 ff.

22 Vgl. N. Haase: Reichskriegsgericht, S. 160 ff.

23 Ebd., S. 88 f.

24 Einen Überblick bietet N. Haase: Desertation.

Die meisten der mehr als 250 vom RKG zum Tode verurteilten Verweigerer starben in den Hinrichtungsstätten Berlin-Plötzensee, Brandenburg-Görden und Halle/Saale. Doch nicht alle Verweigerer wurden hingerichtet. Das RKG ermöglichte ihnen einen Widerruf mit der Konsequenz der Umwandlung des Todesurteils in eine Haftstrafe. Die Strafpraxis war dadurch kaum weniger drakonisch, da mit der Gefängnisstrafe meist eine Kommandierung in ein Feldstraflager oder eine „Bewährungseinheit" verbunden war, die für viele den sicheren Tod zur Folge hatte. „Träger wehrfeindlichen Geistes" und andere als „Wehrmachtschädlinge" bezeichnete Soldaten gerieten nicht selten in die schlimmsten Kategorien des Wehrmachtstrafsystems.[25]

Vor dem Hintergrund der mit den Methoden des Unrechtsstaates durchgesetzten Wehrpflicht erscheint der Zusammenhang von Kriegsdienstverweigerung und Desertion als Formen des Widerstandes evident. Ohne hier Verlaufsformen der Desertion in angemessener Differenzierung darstellen zu können, geht es im Folgenden primär um jene Soldaten, die sich dem Kriegsdienst für Hitlers Wehrmacht entzogen, die an der Front desertierten, zu gegnerischen Truppen oder Partisanen in den besetzten Ländern überliefen oder versuchten, ins neutrale Ausland zu entkommen bzw. sich daheim in der Illegalität zu verbergen. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass es über die Desertion aus politischer Gegnerschaft hinaus eine Fülle unterschiedlichster soldatischer Verweigerungsformen gegeben hat, die durch einen normativ verengten Widerstandsbegriff nicht erfasst werden, zumal sie Begleiterscheinung jedes modernen Militärs sind.[26]

So verschieden die Formen der Verweigerung von Soldaten waren, so vielgestaltig erweist sich die Motivstruktur fahnenflüchtiger Soldaten, die von Kriegsmüdigkeit als dominantem Handlungsmotiv, über Angst vor Bestrafung und der Opposition gegen den Nationalsozialismus bis hin zu privaten, familiären Gründen oder selten auch zur Abscheu gegen deutsche Gräueltaten reichten.[27]

Anhand biographischer Skizzen lassen sich idealtypisch Verlaufsformen und Motivationen nachzeichnen, zumal es sich um eine Form nicht gruppengebundenen, oftmals spontanen Widerstandes handelte. Die regionalhistorische Forschung hat in den neunziger Jahren eine Fülle neuen biografischen Materials zu Tage gefördert.[28]

So zwang die Zeugenschaft an Kriegsverbrechen und möglicherweise daraus resultierende Hilfe für Verfolgte einzelne in den Widerstand.[29] Die Flucht in das neutrale Ausland gelang dabei nur wenigen, wie Zahlen der in die Schweiz (ca. 550) und nach Schweden (ca. 300) desertierten Soldaten belegen. Der Kriegsfreiwillige Peter Schilling, Jahrgang 1923, brandenburgischer Pfarrerssohn, erzogen und aufgewachsen in preußischer und zugleich humanistischer

25 N. Haase/B. Oleschinski (Hrsg.) : Torgau-Tabu, S. 94.

26 Vgl. B. Ziemann: Fluchten.

27 Vgl. G. Paul: Ungehorsame Soldaten, S. 41.

28 Vgl. W. Manoschek (Hrsg.): Opfer der NS-Militärjustiz; M. Eberlein/N. Haase/W. Oleschinski: Torgau, S. 90 ff.

29 Dass dies nicht ausnahmslos in Desertion mündete, belegen neuere Studien zum Rettungswiderstand. Vgl. W. Wette (Hrsg.): Retter; Ders.: Zivilcourage.

Tradition, geriet mit seinem Gewissen in Konflikt, als er im Verlauf des Jahres 1942 Zeuge der Grausamkeiten deutscher Soldaten an der Ostfront wurde. Er nahm illegale Verbindungen zu französischen Fremdarbeitern auf und setzte sich in die Schweiz ab, als diese Verbindung aufzufliegen drohte. Von dort flüchtete Schilling im Frühsommer 1944 nach Frankreich, um sich dem Maquis anzuschließen. Er wurde jedoch bei Besançon verhaftet, durch ein Wehrmachtgericht verurteilt und bei der Feldstrafgefangenenabteilung 19 im Oberelsass eingesetzt. Bei den tschechischen Partisanen erlebte Schilling das Kriegsende.[30] Sein Schicksal ist eines der wenigen, bei dem die ethische Erziehung im protestantischen Elternhaus den Hintergrund für die Motivation zur Tat darstellte. Kriegsgerichtsakten gibt es zu seiner Geschichte keine mehr.

Während manche Soldaten erst durch die Konfrontation mit dem Unrechtsregime zum Widerstand fanden, stand für die als politische Häftlinge seit Ende 1942 zwangsrekrutierten Soldaten der „Bewährungseinheiten 999", die zumeist aus dem linksproletarischen Milieu kamen, ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus von vornherein fest. Dass es hier wie bei der ebenfalls als „Bewährungseinheit" fungierenden SS-Sonderformation Dirlewanger zu organisierten größeren Überlaufaktionen und sogar Aufstandsversuchen kam, ist vielfältig dokumentiert.[31] So vielfältige Bezüge es in Bezug auf die Deserteure der Wehrmacht zu widerständigen Milieus der deutschen Gesellschaft im Krieg gegeben hat, so sind individuelle Leidenswege, insoweit sie auf militärgerichtliche Verfolgung zurückzuführen sind, kaum auszumachen. Die Eigenschaft, der evangelischen Kirche angehört zu haben, ist – soweit nach gegenwärtigem Forschungsstand überhaupt eingeschätzt werden kann – neben anderen biografischen Spezifika nicht besonders hervorgetreten.[32]

Nicht in allen Bereichen des Widerstandes gegen das NS-Regime galt die Desertion als erwägbare Option. Vorbehalte gegen den individuellen Ausstieg aus dem Krieg existierten vor allem bei Kommunisten und bei der Militäropposition – aus sehr verschiedenen Motiven. Zu bedenken gilt, dass die vormalige partielle Interessenidentität einzelner Vertreter der Militäropposition mit den nationalsozialistischen Machthabern – man denke hier an den Heeresjustiz-Chef Sack, den Wehrmachtkommandanten von Berlin, Generaloberst von Hase und General Friedrich Olbricht, der als Chef des Allgemeinen Heeresamtes auch für das Strafgefangenenwesen der Wehrmacht zuständig war – in der konkreten historischen Situation einen kaum zu überbrückenden Gegensatz zu einem „militärischen Widerstand der unteren Linie" (Günther Weisenborn) schuf. In der Befehlskette der Wehrmacht waren die widerständigen hohen Offiziere gleichwohl um die Disziplin der Truppe bedacht. Aufrufe zur individuellen Desertion durch Widerstandsgruppen sind im Gegensatz zu einer verbreiteten Überlaufpropaganda der Alliierten nicht überliefert.

30 P. Schilling: Aus anderem Holz.

31 H.-P. Klausch: Bewährungsbataillone 999; Ders.: Antifaschisten.

32 Siehe N. Haase: Desertation.

Erst in den letzten Kriegsmonaten organisierten Widerstandskreise im Reichsgebiet Netzwerke, um verfolgten Deserteuren zu helfen, so zum Beispiel die Berliner Gruppe „Ernst“ oder die „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“ in Luckenwalde.

In der Endphase des Krieges befanden sich unter den Deserteuren immer jüngere durch die Durchhaltepropaganda des NS-Regimes beeinflusste Soldaten. Konfrontiert mit der Realität der zusammenbrechenden Fronten wuchsen in ihnen Angst und Verzweiflung ebenso wie die Erkenntnis der Sinnlosigkeit des Krieges. Ihre Fahnenflucht war meist Ausdruck der Sorge um Angehörige, Auflehnung gegen die Zerstörung der Heimat und eine Kriegsverlängerung um jeden Preis. Bis zum Kriegsende desertierten weit über 100 000 deutsche Soldaten, ohne dass sich ihre Zahl je exakt bestimmen ließe.

Freilich wird an diesen „politischen Opfern der Wehrmachtjustiz“ (Manfred Messerschmidt) deutlich, dass die Aufkündigung militärischer Konsensforderungen nicht ohne weiteres mit einem politisch oder auch religiös konnotierten Widerstandsbegriff zu erfassen ist. Für die Desertion wie für andere Formen verdeckter Verweigerung bis hin zu psychischen Abwehrreaktionen gegen das militärische Herrschaftssystem im NS-Staat bieten sich Ansätze der jüngeren Widerstandsforschung an, die nach diesem abweichenden Verhalten innewohnenden Dissens, Protest, Verweigerung und Widerstand fragen.[33] Auch für den militärischen Bereich ist graduell differenzierend nach den Phasen des Kriegsverlaufs ebenso wie nach Motiven und Werthaltungen der Verweigerer und Deserteure sowie ihren Handlungsspielräumen und ihrer Wirkungsgeschichte zu forschen.

Die Verweigerer und Deserteure gerieten nach 1945 rasch in Vergessenheit. „Wo sind die Deserteure […], deren Leichen man auf die Schwelle des Friedens häufte?“[34] fragte etwa Heinrich Böll – selbst Fahnenflüchtiger des Weltkrieges. In der Nachkriegszeit bestimmte der literarische Diskurs die Wahrnehmung der ansonsten weitgehend tabuisierten Desertion als Ausdruck politischer Gegnerschaft gegen das NS-Regime.[35] Die zumeist autobiographischen literarischen Reflexionen einiger Autoren unterschiedlicher weltanschaulicher Prägung fassen die Desertion als Gegenwehr auf – gegen eine erzwungene Mittäterschaft (Justus F. Wittkop, Wolfdietrich Schnurre). In ihr drückt sich die Ablehnung der Legitimität der Kriegführung und des erzwungenen Fahneneides aus; im Mittelpunkt steht die gewissensethische Verantwortung des einzelnen (Otl Aicher, Alfred Andersch). Aber auch Nonkonformität und Freiheitssehnsucht werden als existentielle Erfahrungen im Widerstehen gegen das militärische Herrschaftssystem beschrieben (Gerhard Zwerenz, Alfred Andersch).

Das wichtigste literarische Dokument eines Wehrmachtsdeserteurs stellt zweifelsohne der Bericht „Die Kirschen der Freiheit“ dar, den Alfred Andersch (1914–1980) 1952 veröffentlichte.[36]

33 J. Kammler: Kasseler Soldaten; G. Fahle: Verweigern.

34 H. Böll: Deserteure, S. 1.

35 Einschlägige Literaturbeispiele vgl. N. Haase: Nachkriegsliteratur.

36 A. Andersch: Kirschen.

In idealtypischer Verdichtung sind hierin Geschichte, Motive und Selbstreflexion deutscher Deserteure des Zweiten Weltkrieges gebündelt. Andersch begreift seine Desertion von der italienischen Front im Sommer 1944 als „mächtige, von niemandem gelenkte und stillschweigende Sabotage." In bewusster Abkehr vom Konformitätszwang der Kameradschaft beruft er sich auf individuelle Freiheit und Unabhängigkeit, auch im Sinne einer Autonomie gegenüber der sozialistisch-kommunistischen Widerstandsgeschichte. In bewusster politischer Gegnerschaft kommt er zu dem Schluss: „Mein ganz kleiner privater 20. Juli fand bereits am 6. Juni statt."

Die historische Bewertung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer sowie der Wehrmachtjustiz ist bis in die jüngste Vergangenheit umstritten. Noch bis in die achtziger Jahre machte sich die Deutungsmacht ehemaliger Kriegsrichter der Wehrmacht in der Bundesrepublik bemerkbar: Sie hatte Einfluss auf das Geschichtsbild, auf die Rechtsprechung im Wiedergutmachungsrecht und die allgemeine juristische Bewertung von Kriegsdienstentziehungen und ihrer strafrechtlichen Verfolgung. Seit den 80er Jahren hat sich ein Meinungswandel vollzogen, der durch verschiedene Zeitumstände begünstigt wurde.[37] Die deutsche Vereinigung wirkte sich dabei vorteilhaft auf eine veränderte Rezeption aus, da im Zuge der Aufarbeitung der SED-Diktatur die Justiz selbst eine kritische Bilanz der westdeutschen Nachkriegsjustiz zog. Höchstrichterliche Entscheidungen untermauerten den Paradigmenwechsel, den die historische Forschung aufgrund der Zugänglichkeit bis dahin verschlossener Quellenbestände bereits vollzogen hatte. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) 1991 sowie des Bundesgerichtshofes (BGH) 1995[38] haben es an Klarheit in der Bewertung der Kriegsgerichte als Teil des nationalsozialistischen Unrechtsstaates nicht fehlen lassen und die Versäumnisse der Nachkriegsjustiz im Umgang mit der Hinterlassenschaft der Wehrmachtjustiz hervorgehoben. Eine Reihe von Aufhebungsentscheidungen etwa des Berliner Landgerichts bezüglich nationalsozialistischer Unrechtsurteile des Reichskriegsgerichts in den neunziger Jahren runden das Bild ab.

Der Deutsche Bundestag hat den Opfern 1997 mit der Feststellung, der Zweite Weltkrieg sei ein verbrecherischer Angriffs- und Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschland, die Todesurteile unter Anlegung rechtsstaatlicher Maßstäbe Unrecht gewesen, Achtung und Mitgefühl bezeugt. Er hat im Mai 1998 durch Gesetz eine Aufhebung der NS-Unrechtsurteile vorgenommen, die auch „Fahnenflucht", „Wehrkraftzersetzung" und Kriegsdienstverweigerung umfasst.[39] Damit sind in Deutschland nach Jahrzehnten diejenigen ins Recht gesetzt, denen die Gesellschaft der mehrheitlich Gehorsamen in der Nachkriegszeit jegliche Anerkennung versagt hatte.

37 Vgl. W. Wette (Hrsg.): Deserteure.

38 Bundessozialgericht, 11.9.1991, NJW 1992, S. 934; Bundesgerichtshof, 16.11.1995, Az: 5 StR 747/94.

39 Vgl. Bundestags-Drucksachen 13/7669 sowie 13/10848. Das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhG) ist abgedruckt in: Bundesgesetzblatt I 1998, S. 2501.

Siegfried Hermle

Evangelische Märtyrer im Baltikum (1905 bis 1920)

„Wenn wir nicht bereit sind, um des Zeugnisses des Evangeliums unser Leben zu opfern, so beweisen wir, daß es für uns nicht den nötigen vollen Wert gehabt" – Traugott Hahn, der diese Worte am 8. Dezember 1918 an seinen Bruder Hugo schrieb, sollte der bekannteste der so genannten „baltischen Märtyrer" werden.[1] Fünf Wochen später, am 14. Januar 1919 wurde Hahn durch Bolschewisten im Keller des Dorpater Gefängnisses kurz vor der Befreiung der Stadt durch estnisch-finnische Verbände erschossen. Wie Hahn verloren 39 weitere evangelische Pastoren zwischen 1918 und 1920 im Baltikum ihr Leben; ferner drei Pfarrfrauen, eine Diakonisse, ein Stadtmissionar und ein für die Mission engagiertes Gemeindeglied.[2]

Um die Gründe für diese Morde wie auch für jene der Jahre 1905 bis 1907 verstehen zu können – fünf Pastoren, eine Pfarrfrau und der Kutscher eines der Pastoren waren während der Revolution von 1905 grausam ermordet worden – ist ein Blick auf die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Situation des Baltikums zu werfen, die im 19. und 20. Jahrhundert noch von Strukturen geprägt war, die im 13. Jahrhundert ausgebildet worden waren.

An der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert wurde die Missionierung des baltischen Raumes von Holstein und Dänemark aus vorangetrieben. Während Dänemark den nördlichen Teil des Baltikums unterwarf und für bald ein Jahrhundert beherrschte, begann der mit deutschen Kaufleuten an die Düna-Mündung gelangte Augustinerchorherr Meinhard die Mission unter den Liven. 1186 wurde er zum Bischof von Livland geweiht. Als die Missionsbemühungen schwere Rückschläge erlitten, wurde dieses Unternehmen an die Kreuzzugsbewegung angebunden und ein erstes Heer 1196 an die Düna geführt. Der sich 1202/03 bildende „Schwertbrüderorden", der sich dem Kampf gegen die heidnischen Liven widmete,[3] ging freilich bereits 1237 im „Deutschen Orden" auf, der die Unterwerfung und Zwangsbekehrung der Liven zum Abschluss brachte. Nachdem der Deutsche Orden 1346 auch noch das von den Dänen beherrschte Estland

1 A. Hahn: Traugott Hahn, S. 166; vgl. auch S. Hermle: Hahn, S. 31.

2 Dass das Gedenken an die baltischen Märtyrer schon in den 1920er Jahren einsetzte, wurde durch das Wirken des Baltendeutschen Oskar Schabert maßgeblich befördert; insbesondere ein 1926 erstmals erschienenes „Baltisches Märtyrerbuch" gibt detailliert Einblick in die Ereignisse der Jahre 1905 bis 1920. Da die von Schabert gesammelten Originaldokumente im Archiv der Gesellschaft für Altertumskunde in Riga deponiert waren, ist sein Buch heute oft die einzige Quelle über jene schrecklichen Ereignisse (vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 7 sowie zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte dieses Buches B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 126–128).

3 Vgl. hierzu P. Hauptmann: Baltikum, S. 145 f.

mit der 1228 gegründeten Stadt Tallinn (= Reval) gekauft hatte, wurde die bereits von Bischof Albrecht von Buxhoeveden (gest. 1229), dem Gründer Rigas,[4] betriebene Ansiedlung von Deutschen zielgerichtet fortgeführt. Zuwanderer vornehmlich aus Westfalen gründeten Städte, in denen Jahrhunderte lang das deutsche Element überwog, norddeutsche Siedler ließen sich auf dem Land nieder, adelige Großgrundbesitzer wurden dem Orden kriegsdienstpflichtig. Der überwiegende Teil der bäuerlichen Landbevölkerung bestand aus den zwangsbekehrten Esten, Liven und anderen Völkerschaften, die später das Volk der Letten bildeten.

Einen entscheidenden Einschnitt brachte das 16. Jahrhundert. Bereits 1523 standen Vertreter baltischer Städte mit Martin Luther in Briefkontakt[5] und Riga,[6] Dorpat aber auch die Ösel-Wiecksche Ritterschaft gingen früh zur Reformation über. Dieser Umbruch stellte freilich die überkommene äußere Ordnung in Frage, da die Landesherrschaft des Deutschen Ordens bzw. die Oberhoheit einer bischöflichen Gewalt beispielsweise in Riga mit den neuen Verhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringen war. Als eine Säkularisierung des Ordensstaates nicht durchzusetzen war[7] und der russische Zar Iwan IV. (1547–1587) 1557 das Baltikum angriff,[8] um seine Herrschaft nach Westen auszudehnen, suchte der Norden des Ordensgebietes Schutz bei Schweden, Livland fiel 1561 an Polen-Litauen und Kurland mit Semgallen wurde unter dem letzten Livländischen Ordensmeister Gotthard Ketteler (1517–1587) ein weltliches, in Abhängigkeit von Polen stehendes Herzogtum.[9]

Damit ergab sich ab 1561 eine Dreigliederung des Baltikums in einen 80 bis 100 km breiten nördlichen schwedischen Teil, Estland genannt, einen ebenfalls nur schmalen Streifen im Süden, Kurland mit Semgallen, und das sich von der Düna bis zum Peipussee erstreckende Livland, dessen Bewohner im Norden der estnischen Sprachfamilie zugehörten, während der Süden von Letten besiedelt war.

Estland, Livland, das 1629 an Schweden gelangte, und Kurland blieben im Folgenden von der Reformation geprägt, die nicht nur die deutsche Oberschicht, sondern auch die „nichtdeutsche“ Bevölkerungsmehrheit durchdrang. Ein wichtiger Faktor für die Bewahrung des Luthertums war die 1632 vom schwedischen König Gustav Adolf (1594–1632) gestiftete Uni-

4 Diese neben Tallinn und Dorpat wichtigste Stadt des Baltikums war Mitte des 13. Jahrhunderts zum Erzbistum erhoben worden. Die Bevölkerung Rigas bestand beispielsweise Mitte des 16. Jahrhunderts zu zwei Drittel aus Deutschen (vgl. G. Köbler: Lexikon, S. 528 f.).

5 Vgl. P. Hauptmann: Baltikum, S. 148; Schreiben Luthers: „Den Auszerwelten lieben Freunden gottis, allen Christen zu Righe, Revell und Tarbthe ynn Lieffland, meynen lieben herrn und brudern ynn Christo (WA 12, S. 147–150).

6 Riga wurde 1541 sogar Mitglied des Schmalkaldischen Bundes.

7 Der südliche Teil des Ordensstaates, Ostpreußen, wurde 1525 säkularisiert; der letzte Hochmeister des Deutschen Ordens, Albrecht von Brandenburg (1490–1568), empfing aus der Hand des polnischen Königs die Herzogskrone und konnte nun die Reformation in seinem Territorium einführen (vgl. G. Köbler: Lexikon, S. 494).

8 So genannter „Livländischer Krieg“ bis 1582; vgl. P. Hauptmann: Baltikum, S. 149.

9 Insbesondere in Kurland wurde die Reformation in den Jahren bis zum Ende des 16. Jahrhunderts konsequent vorangetrieben: So wurden weit mehr als 100 Kirchen neu errichtet bzw. erneuert, auch hat man Gottesdienste für die lettisch sprechenden Bevölkerungsteile eingeführt und 1587 ein „Enchiridion“ gedruckt, das Luthers Kleinen Katechismus in lettischer Übersetzung, aber auch eine Agende, 47 Lieder und eine Perikopenordnung enthielt.

versität Dorpat, die als protestantische Lehranstalt bis zu ihrem vorläufigen Ende 1710 zur Stärkung des Luthertums wesentlich beitrug.[10]

Die sozialen und ethnischen Strukturen mit der Dominanz der deutschen Adligen und Bürger in allen politischen und wirtschaftlichen Bereichen, die sich während der über 300-jährigen Ordensherrschaft ausgebildet hatten, blieben in den nachfolgenden Jahrhunderten ebenso bestimmend wie die untergeordnete Stellung der kurländischen, lettischen und estnischen Bauern. Daran änderte auch der Übergang von Estland und Livland an Russland im Gefolge des nordischen Krieges von 1710 nichts – infolge der ersten polnischen Teilung kam auch Kurland 1795 an Russland – im Gegenteil: Wie zur Zeit der schwedischen Herrschaft bediente sich auch die neue russische Obrigkeit der deutschen Oberschicht und respektierte – zumindest bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts – die lutherische Kirche als Landeskirche der drei baltischen Provinzen. Bezeichnend ist, dass 1802 die geschlossene Universität Dorpat wieder eröffnet werden konnte. Sie hatte als einzige im russischen Reich eine theologische Fakultät und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war auch die deutsche Lehrsprache selbstverständlich.[11]

Die Privilegien und die Vorherrschaft der Deutschbalten schlossen auch die Pastoren mit ein. Schon durch die Art ihrer Besoldung mussten sie in den Augen der nichtdeutschen Bevölkerung auf Seiten der Großgrundbesitzer stehen. Mit jedem Pastorat – zumindest auf dem Lande – war ein Pfarrgut verbunden. Wie die Grundherren bedienten sich die Pastoren zur Bestellung der Felder der lettischen bzw. estnischen Bauern.[12] Bezeichnend war auch, dass die Pfarrer in der schwedischen Zeit aufgrund eines 1675 durch König Karl XI. (1660–1697) erlassenen Privilegs einen Stand mit adeligen Rechten bildeten. Unter russischer Herrschaft standen ihnen gar die Rechte des persönlichen Adels zu.[13] Diese gesellschaftliche Stellung fand ihren Niederschlag darin, dass im 19. Jahrhundert die adeligen Gutsbesitzer die Pfarrer in der Regel als gesellschaftlich gleichrangig anerkannten. Infolge ihrer Position konnten Pfarrer auch in adlige Familien einheiraten – beispielsweise war der bereits erwähnte Traugott Hahn mit Anna von zur Mühlen verheiratet und damit in verwandtschaftliche Beziehungen zu einer der angesehensten baltischen Familien getreten.[14]

Um 1918 gab es in Estland 105 Kirchspiele mit 103 Pfarrern, in Livland 149 Kirchspiele mit 166 Pfarrern und in Kurland 57 Kirchspiele mit 68 Pfarrern.[15] War die überwiegende Anzahl der Pfarrer zunächst deutschbaltischer Herkunft – 1882 gab es in Livland neben 80 deutschen

10 Vgl. R. Wittram: Dorpat, Sp. 251.

11 Vgl. ebd., Sp. 252.

12 In einem Lebensbild über Pfarrer Traugott Hahn (sen.) (1848–1939) wird beispielsweise berichtet, dass der Pfarrer „Pferde zur Bestellung der Felder, aber auch für seine Fahrten in der ausgedehnten Gemeinde" hatte, dazu „eigenes Vieh und Ackerland", weshalb „man Mägde und Knechte" brauchte (W. Hahn: Ruf, S. 103; vgl. auch ebd., S. 118).

13 Vgl. P. Hauptmann: Baltikum, S. 154.

14 Vgl. S. Hermle: Hahn, S. 24; sowie A. Hahn: Traugott Hahn, S. 18–32. Im Übrigen waren mindestens fünf weitere Pastoren, die zwischen 1905 und 1920 ermordet wurden, mit Frauen aus dem Adel verbunden – nach B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit: Ludwig Zimmermann, S. 196; Johannes Bielenstein, S. 199; Arnold Rutkowski, S. 202; Christoph Strautmann, S. 204; Erhard Doebler, S. 207.

15 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 201.

Pastoren erst 24 estnischer oder lettischer Herkunft –, so änderte sich dies ab der Jahrhundertwende zusehends: 1912 amteten in der Livländischen Kirche bereits 51 lettische bzw. estnische Pfarrer gegenüber 48 deutschstämmigen.

Betrachtet man das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Deutschbalten und der „nichtdeutschen" Bevölkerung, so zeigt sich, dass die Bevölkerungsstatistiken vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts kaum Veränderungen ausweisen. Die Gesamtbevölkerung der drei russischen Provinzen bzw. der aus ihnen 1918 hervorgegangenen Staaten Estland und Lettland belief sich auf ca. 2,6 Millionen Einwohner.[16] 1881 wurden insgesamt ca. 180 000 Baltendeutsche, d. h. 6,9 % der Gesamtbevölkerung gezählt; bis 1914 hatte sich diese Zahl auf 162 000 oder 6,2 % vermindert. Nach Kriegsende lebten in Estland bei einer Bevölkerung von 1,1 Millionen Einwohnern noch 18 319 Deutsche, also nur noch 1,7 %, und in Lettland bei 1,95 Millionen Einwohnern 70 964, d. h. 3,6 % Deutschbalten. In beiden Staaten stellten jeweils die Russen die größte Volksgruppe neben dem eigentlichen Staatsvolk.[17]

Trotz des bescheidenen Bevölkerungsanteiles lag in Estland freilich 58,8 % des landwirtschaftlich genutzten Bodens in den Händen deutscher Großgrundbesitzer; der überwiegende Teil der Landbevölkerung, ca. zwei Drittel, hatte keinen Grundbesitz.[18] Vergleichbar war die Situation in Lettland, hier waren 48 % gutsherrschaftlicher Besitz.[19]

Die privilegierte Stellung der deutschen Oberschicht und insbesondere auch die alles beherrschende Position der lutherischen Landeskirche geriet erstmals im 19. Jahrhundert ins Wanken. In Frage gestellt wurde die deutsche Vorherrschaft zum einen durch die unter dem Einfluss Johann Gottfried Herders[20] (1744–1803) und der Romantik entstandenen lettischen und estnischen Nationalbewegungen, die sich der eigenen Sprache, Geschichte und Tradition bewusst wurden und damit zugleich die herrschenden Verhältnisse zu hinterfragen begannen.[21] War bislang der in Einzelfällen mögliche soziale Aufstieg in der Regel mit einer Germanisierung verbunden, so entstand nun ein Bewusstsein einer eigenständigen nationalen Entwicklung, mit der ein Ausbau des Estnischen und Lettischen zur Schrift- und Kultursprache einherging.[22] Mit dem Ende des Sonderstatus' der baltischen Provinzen im russischen Kaiser-

16 Vgl. ebd., S. 201. Von Rauch nennt für das Jahr 1934 die Zahl 3,1 Millionen. Hier ist freilich in Rechnung zu stellen, dass die nach 1918 gegründeten Staaten etwas größer dimensioniert waren als die russischen Provinzen (G. von Rauch: Geschichte, S. 86).

17 Estland zählte 1934 88,1 % Esten und 8,2 % Russen, der Anteil der Deutschen war nochmals auf 1,5 % gesunken. Die lettische Bevölkerung setzte sich 1935 aus 75,5 % Letten, 10,6 % Russen, 4,8 % Juden und nur noch 3,2 % Deutschen zusammen (vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 86 f.).

18 Als im Oktober 1919 eine Enteignung des Großgrundbesitzes vorgenommen wurde, waren davon 840 Rittergüter mit 1,9 Millionen Hektar einschließlich der zu diesen Gütern gehörenden Bauernhöfe und Sommervillen betroffen. Lediglich 57 dieser Güter befanden sich zu diesem Zeitpunkt in estnischer Hand (vgl. ebd., S. 91).

19 Die 1920 durchgeführte Enteignung betraf rund 1.300 Güter mit 3,7 Millionen Hektar Grundbesitz (vgl. ebd., S. 92).

20 Er war von 1764 bis 1769 Pfarrer in Riga.

21 Niederschlag fand die Pflege des lettischen und estnischen Volksgutes zum Beispiel in der Gründung einer „Lettisch-literärischen Gesellschaft" [sic!] 1824 oder der 1838 in Dorpat entstandenen „Estnischen Gelehrten Gesellschaft" (G. von Rauch: Geschichte, S. 20).

22 Kulminationspunkte waren dabei die ab 1869 in Dorpat stattfindenden estnischen Sängerfeste, die bald eine über den engeren Bereich hinausreichende nationalpolitische Bedeutung erlangten.

reich suchten sowohl russische Nationalisten wie junge estnische und lettische Intellektuelle in zunehmend radikalerer Weise die Vorherrschaft der Deutschen und insbesondere auch der Pastoren zu durchbrechen.[23]

Der zweite Faktor, der die deutsche Vormachtstellung gefährdete, war die vom Zarenreich seit Beginn des 19. Jahrhunderts betriebene Russifizierungspolitik, die darauf abzielte, dass die verschiedenen Völker Russlands die russische Kultur und Sprache annehmen. Im Baltikum sollte nicht nur die Vorherrschaft der deutschen Oberschicht beseitigt, sondern auch das Luthertum zurückgedrängt werden. Von Seiten der russischen-orthodoxen Staatskirche wurden daher große Anstrengungen unternommen, Esten und Letten zur Konversion zu bewegen. Grundlegend war dabei ein 1832 von Zar Nikolaus I. erlassenes Gesetz, das unter zahlreichen anderen Verfügungen die bislang anerkannte und privilegierte Stellung der lutherischen Kirchen in den baltischen Provinzen aufhob. Sie galten neben der herrschenden Staatskirche nur noch als „geduldet".[24] 1836 wurde in Riga ein orthodoxes Vikarbistum gegründet, wenig später erschien ein orthodoxes Andachtsbuch in lettischer und estnischer Sprache. Als Missernten Mitte der 1840er Jahre unter der „nichtdeutschen" Bevölkerung Hungersnöte ausbrechen ließen, wurde die Konversion dadurch beflügelt, dass Glaubenswechslern in Aussicht gestellt wurde, sie könnten mit wirtschaftlicher Hilfe, ja sogar Landzuweisungen rechnen. Es waren nicht wenige Menschen, die auf diese Zusage hin den Übertritt vollzogen.[25] Zwischen 1842 und 1847 traten mindestens 75 000 Letten zur Orthodoxie über, in einzelnen Kirchspielen sollen sogar bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung ihre Konfession gewechselt haben.

Diese für die lutherische Kirche schmerzlichen Verluste sind nicht nur bezeichnend für die Stimmung der estnischen und lettischen Landbevölkerung, sie brachten auch nur zu bald große Schwierigkeiten für die lutherischen Pastoren mit sich. Nicht wenige der Konvertiten suchten nämlich den Weg zurück zur lutherischen Kirche.[26] Dies freilich war unmöglich, da das Gesetz von 1832 ausdrücklich die Vornahme gottesdienstlicher Handlungen an Orthodoxen mit Amtsenthebung bedrohte. Die lutherischen Geistlichen fühlten sich jedoch verpflichtet, die ab Mitte der 1860er Jahre vermehrt anfragenden ehemaligen Gemeindeglieder wieder aufzunehmen. Zahlreiche Pfarrer, in Lettland 93 von 105, sahen sich in der Folge unter Anklage gestellt und wurden mit zum Teil rigiden Strafen bis hin zur Verbannung nach Sibirien belegt. Eine Besserung schien Zar Alexander II. (1855–1881) zu bringen, der in einem Gnadenerlass 1874 alle Verfahren einstellen ließ. Doch bereits 1885 verfügte sein Sohn Alexander III. (1881–1894) erneut, dass Kinder aus gemischten Ehen nur orthodox getauft und erzogen werden durften.

23 Vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 21 f.

24 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 23.

25 Peter Hauptmann konstatiert: Als „eine Kirche der Armen gewann die russisch-orthodoxe in den Augen der hungernden ‚undeutschen' Landbevölkerung plötzlich Anziehungskraft vor der lutherischen Herrenkirche der deutschen Gutsbesitzer" (P. Hauptmann: Baltikum, S. 152).

26 Zum einen wurden die Landzuweisungen nicht im versprochenen Maße getätigt, zum andern fiel es zahlreichen Konvertiten schwer, in der Orthodoxie heimisch zu werden.

Da diese Bestimmung auch rückwirkend Geltung erlangte, stieg die Zahl der Pastorenprozesse wieder sprunghaft an, sodass schließlich 1894 80 liv- und je fünf kurländische und estnische Pastoren unter Strafe standen. Erst 1896 wurden die Prozesse nach einem Gnadenakt von Zar Nikolaus II. (1894–1917) eingestellt.[27] In ihrem Resultat führte die Konversionsbewegung dazu, dass in Estland 1922 – frühere Zahlen liegen nicht vor – zwar noch 78,3 % der Bevölkerung zur lutherischen Kirche gehörten, doch immerhin waren 19 % Glieder der russisch-orthodoxen Kirche. Ähnlich sehen die Zahlen für Lettland aus, die 1925 erhoben wurden. Hier gehörten 57,2 % zur lutherischen Kirche, 13 % zur russisch-orthodoxen und 22,6 % zur römisch-katholischen Kirche.[28]

Ein zweiter Aspekt der Russifizierung traf zunehmend alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Anna Hahn beschreibt diese Zeit in ihrem „Lebenszeugnis“: „Die in Rußland ans Ruder gelangte panslawistische Richtung hatte den Grundsatz, daß im ganzen russischen Reich eine Sprache und ein Glaube herrschen müsse. So wurde auch bei uns die deutsche Sprache aus dem öffentlichen Leben verbannt. Behörden und Schulen wurden mit russischen Beamten und Lehrkräften besetzt“.[29] Viele Deutsche suchten sich diesem Druck zu entziehen; es wurden häusliche Schulkreise eingerichtet,[30] manche wechselten auf ein deutschsprachiges Gymnasium in Russland[31] oder traten ein Studium im „Reich“ an.[32]

Eine weitere Verschärfung der Lage ergaben die sich rasch verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse. Insbesondere in Livland bildete die wachsende Arbeiterschaft in den Städten ein sich sozialistischen Ideen öffnendes revolutionäres Potential. Zu Beginn des Jahres 1905 kam es in zahlreichen Städten des russischen Reiches zu Unruhen, die, ausgelöst vom so genannten „blutigen Sonntag“ in Petersburg, auch auf das Baltikum übergriffen. Der Versuch, die immensen innenpolitischen Probleme durch einen Krieg mit Japan zu überdecken, schlug fehl: Die russische Armee erlitt eine vernichtende Niederlage. Um die Kontrolle über die sich rasant ausbreitende revolutionäre Bewegung wieder zu erlangen, wurden kleinere Zugeständnisse gemacht, beispielsweise gewährte ein am 17. April 1905 erlassenes Toleranzedikt Religionsfreiheit. Doch die Spannungen eskalierten weiter, ein Generalstreik wurde ausgerufen und Arbeiterräte gebildet. Erst das so genannte „Oktobermanifest“, das den Untertanen Grundrechte nach westlichem Muster und dem Staat eine Verfassung mit allgemeinen Wahlen und gesetzgebendem Parlament (Duma) gewährte, stabilisierte die Verhältnisse. Die Aufstände, die sich verschiedentlich noch bis 1906 hinzogen, konnten nun häufig unter Anwendung brutaler Gewalt niedergeworfen werden.

27 Vgl. ebd., S. 153.

28 Vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 89 f. Der ansehnliche Anteil von Christen römisch-katholischer Konfession ergibt sich daraus, dass Lettgallen an den Staat Lettland gelangt war; vgl. unten Anm. 51.

29 A. Hahn: Gott, S. 29.

30 Vgl. ebd., S. 30.

31 Die Brüder Willi und Traugott Hahn besuchten beispielsweise die St. Petri-Kirchenschule in Petersburg (vgl. S. Hermle: Hahn, S. 20).

32 Vgl. A. Hahn: Gott, S. 30.

Im Verlauf der Revolution des Jahres 1905 kam es im Baltikum zur Ermordung von 82 Deutschen und zur Einäscherung von 184 Herrenhöfen.[33] Ein Charakteristikum des Aufstandes im Baltikum war sein kirchenfeindlicher Zug: Gottesdienste wurden gezielt gestört, Pastoren aufgefordert, die Kirche zu schließen und die Gemeinde zu verlassen. Wo die Pastoren dieser Aufforderung nicht nachkamen, mussten sie mit Gewaltmaßnahmen rechnen, einzelne Pastorate wurden überfallen, manche angesteckt.[34] Gemeindeglieder, die ihren Pastor schützen wollten, wurden bedroht, teilweise ging auch ihr Besitz in Flammen auf.

Bei diesem Aufstand, der vor allem in Livland mit besonderer Brutalität geführt wurde, verloren fünf Pfarrer ihr Leben: Am 10. September 1905 wurde Pastor Karl Schilling ermordet.[35] Bereits im Juni war der Gottesdienst von Revolutionären gestört und eine Vorratsscheune durch Brandstiftung zerstört worden. Als wegen dieser Vorfälle eine Gerichtsverhandlung anstand, erschien ein Mann im Pfarrhaus und überreichte Schilling einen Brief. Als dieser ans Fenster trat um ihn zu lesen, wurde der unliebsame Zeuge des Brandes hinterrücks erschossen.

Am 31. August 1906 verloren Propst Ludwig Zimmermann und seine Gattin Katharina ihr Leben.[36] Zimmermann hatte sich im Laufe des Jahres 1905 von seinem Pastorat Lennewarden nach Riga in Sicherheit gebracht, war dann jedoch nach der Niederschlagung des Aufstandes auf Bitten seiner Gemeindeglieder zurückgekehrt. Während sich Zimmermann auf einer Fahrt zu einem Gemeindeglied befand, erschienen im Pastorat drei maskierte Männer und erklärten seiner Frau, sie seien gekommen, um den Pfarrer zu töten. Ein selbstverfasstes Todesurteil legten sie auf den Schreibtisch. Als der Wagen des Heimkehrenden zu hören war, versuchte die Pfarrfrau ihren Mann zu warnen. Daraufhin durchbohrten zunächst sie, dann ihren Mann die Kugeln der Mörder.

Bereits im Mai 1906 war Pastor Friedrich Albert Gruehn auf der Rückfahrt von einer Filialkirche im Wald von einer Bande aufgelauert und erschossen worden.[37] Im November desselben Jahres sollte auch noch Pastor Wilhelm Taurit einem Mordkomplott zum Opfer fallen.[38] Vermutlich handelte es sich um einen Racheakt, da sich Taurit der Bitte von Verwandten eines Verbrechers verweigert hatte, sich für den von einem Feldgericht Verurteilten einzusetzen. Der fünfte Pastor verlor sein Leben, als die Revolution schon besiegt schien. Julius Busch wurde

33 Vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 26 f.

34 Beispielsweise ging am 5. Dezember 1905 das Pastorat Dobeln in Flammen auf. Zerstört wurden hierbei nicht nur die Gebäude, sondern auch wertvolle Manuskripte, da der hochbetagte Stelleninhaber „sein Leben lang für die Sprache und Ethnographie der Letten gearbeitet" hatte (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 33).

35 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 50–52. – Die Angabe bei B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 195, das von Schilling versehene Pastorat Nitau/Livland sei mit Nitaure/Estland zu identifizieren, kann nicht zutreffen. Nitau lag ca. 60 km nordöstlich von Riga und damit eindeutig auf heute lettischem Staatsgebiet.

36 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 53–55. – Wenn Mensing den Geburtsort von Frau Zimmermann Paulenhof/Kurland mit Veriora/Estland identifiziert, so ist das nicht möglich, da Kurland ganz im heutigen Lettland aufging (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 196).

37 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 59–61.

38 Vgl. ebd., S. 57–59.

wohl getötet, da es ihm gelungen war, in seinem Kirchspiel Nerft mit Erfolg gegen die atheistische Propaganda sozialistischer Kreise vorzugehen.[39] Bei einer Fahrt zu einer Filialkirche lauerten zwei Mörder ihm und seinem Kutscher, dessen Name nicht überliefert ist, auf und töteten sie.

Auffallenderweise verloren vier der fünf Mordopfer ihr Leben, als die Regierung mit großer Härte Strafexpeditionen gegen die Aufständischen durchführte. Allein in den drei baltischen Provinzen wurden in den folgenden Monaten 908 Personen als Rädelsführer hingerichtet, Hunderte erhielten Gefängnisstrafen und Tausende wurden nach Sibirien verbannt.[40] Bei den Mordtaten der Jahre 1905 und 1906 mag die Wut und Enttäuschung darüber, dass sich die Verhältnisse kaum verändert hatten, eine Rolle gespielt haben. Die Pastoren waren in den Augen der Aufständischen Teil der beharrenden, konservativen Kräfte, sie trugen zur Stabilisierung der ungerechten Verhältnisse wesentlich bei. Auch die sich offensichtlich breit machende Ansicht, hinter den harten russischen Kriegsgerichten speziell im Baltikum stünden die Deutschen, hat zur Vertiefung der Gegensätze beigetragen. Daher genügt es sicher nicht, den Tod der Kirchenmänner mit Schabert damit zu erklären, dass auf die Pastoren „im letzten Grunde nur" geschossen wurde, „weil sie Pastoren waren (und) man [...] in ihnen das Christentum tödlich treffen" wollte.[41] Ergänzend ist in Rechnung zu stellen, dass die Pastoren eben auch Repräsentanten des Deutschtums und Vertreter jener Ordnung waren, die von den revolutionären Kräften abgelehnt wurde und die man zu überwinden trachtete. Zuzustimmen ist Schabert freilich insoweit, als dass die Pastoren Zielscheibe des Hasses waren, weil sie als Amtsträger der Kirche ihre Stimme erhoben und ihre Gemeindeglieder von den Geboten Gottes her zur Ordnung riefen.[42]

Nach diesem Fanal der Jahre 1905/06 folgten im Baltikum Jahre der äußeren Ruhe, doch unübersehbar brachte die Revolution eine Verschärfung der nationalen Gegensätze. Deutsche wie Letten und Esten entwickelten ein gesteigertes Nationalbewusstsein, das bisherige Schranken innerhalb der Volksgruppen relativierte. Um die deutsche Position zu stärken, kam es zur „Forcierung einer deutschen bäuerlichen Siedlung in Kurland und Livland", die in lettischen Kreisen auf Unverständnis und Ablehnung stieß.[43] Ausgleichsversuche, beispielsweise durch die Einbindung von estnischen und lettischen Vertretern in die Selbstverwaltungsorgane der drei Provinzen, scheiterten an der Zustimmung der russischen Behörden. Immerhin ermöglichte die 1906 erfolgte Aufhebung des gutsherrlichen Patronatsrechtes in Livland, dass die

39 Busch hatte Religionsunterricht in der Gemeindeschule erteilt und einen regelmäßigen Besuchsdienst bei den Eltern durchgeführt (vgl. ebd., S. 61 f.).

40 Vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 27.

41 O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 34.

42 Dass ein Pastor aber auch allein aufgrund der Tatsache, dass er Amtsträger war, attackiert wurde, zeigt das Beispiel des Pastors Robert Auning: obgleich er lettischer Herkunft war und „an der lettischen Bibelübersetzung eifrigsten Anteil" hatte, wurde auf ihn – glücklicherweise erfolglos – ein Mordanschlag verübt (vgl. ebd., S. 34).

43 G. von Rauch: Geschichte, S. 28.

Gemeinden eine größere Selbständigkeit erlangten. Auch wurde wieder zugestanden, dass der schulische Unterricht in den Sprachen der verschiedenen Ethnien erteilt wurde. Zwar gab es aufgrund des nachlassenden Druckes der Russen nun die „Freiheit der Versammlung" sowie ein Parlament und man „konnte sich zu Vereinen zusammenschließen, [...] selbst zu evangelischen und deutschen Vereinen", aber die „Kluft zwischen den Deutschen einerseits und den lettischen und estnischen Heimatgenossen andererseits wurde", wie Schabert resümierte, „in dieser Zeit nicht ausgefüllt".[44] Die aufgestauten Vorbehalte blieben präsent, es bedurfte – bildlich gesprochen – nur einer Lunte, um das Pulverfass wieder zur Explosion zu bringen.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 eskalierte die Situation augenblicklich. Die Angehörigen der baltischen Oberschicht galten pauschal als Sympathisanten des deutschen Kaiserreiches. Bald wurde verboten, in der Öffentlichkeit deutsch zu reden[45] und Exponenten der Baltendeutschen wurden nach Sibirien deportiert,[46] darunter auch 18 Pastoren.[47] Argwohn erregte bei den russischen Behörden insbesondere die Unterstützung der Baltendeutschen für Bewohner Ostpreußens, die bei dem anfänglich siegreichen Vorstoß der russischen Truppen als Kriegsgefangene nach Russland verschleppt worden waren. Diese Aktion führte unter anderem zur Ausweisung von Pastor Traugott Hahn (sen.) nach Sibirien;[48] auch sein Sohn, der Theologieprofessor Traugott Hahn, erhielt den Bescheid, er sei „für die Zeit des Kriegszustandes aus Livland und dem Festungsrayon ausgewiesen und (habe ...) sich in drei Tagen ins Innere Rußlands zu begeben".[49] Während die Verbannung von Hahn (sen.) erst im April 1917 ein Ende fand, konnte sein Sohn nach Fürsprache lettischer und estnischer Studenten schon bald wieder zurückkehren.

Die deutschen Truppen hatten im Osten nach anfänglichen Niederlagen zwischen März und September 1915 nicht nur Litauen, sondern auch weite Teile Kurlands besetzt. Kurz vor Riga kam der Vormarsch zum Stehen. Nicht unbedeutend für die weitere Entwicklung war, dass im Zusammenhang der Kriegshandlungen drei Fünftel der Bevölkerung Kurlands floh, sodass die Einwohnerzahl von 800 000 auf 230 000 zurückging. Aus den Kreisen lettischer Flüchtlinge bildeten sich im Folgenden national-lettische Truppeneinheiten, die bald 130 000 Mann umfassten und an der Düna-Front gegen die Deutschen eingesetzt wurden.[50]

1917 überschlugen sich dann die Ereignisse: Im Februar wurde Zar Nikolaus II. (1894–1917) zur Abdankung gezwungen und eine bürgerliche provisorische Regierung übernahm die Herrschaft in Russland. Bald nach diesem Umsturz erhoben sich im Baltikum Forderungen,

44 O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 41.

45 Vgl. A. Hahn: Traugott Hahn, S. 127 sowie O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 41.

46 Vgl. A. Hahn: Traugott Hahn, S. 130.

47 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 41; als erster Pastor wurde Oskar Bidder nach Kortschewa bei Twer verbannt (S. 183); auch Marnitz (nach Taschkent), Doebler (nach Saratow) und Scheuermann (nach Sibirien) mussten ihre Gemeinden verlassen, da sie wegen „Germanophilie" verdächtig waren (vgl. S. 107 f., 141, 160).

48 Vgl. W. Hahn: Ruf, S. 133 f.

49 A. Hahn: Traugott Hahn, S. 131.

50 Vgl. hierzu G. von Rauch: Geschichte, S. 36 f.

die jeweiligen nationalen Siedlungsräume zusammenzufassen. Am 25. und 26. März 1917 verlangte eine Landesversammlung in Süd-Livland nicht allein die Bildung einer neuen administrativen Einheit Lettland, die aus Süd-Livland, Kurland und Lettgallen[51] gebildet werden sollte, sondern auch eine anstelle des ritterschaftlich dominierten Landtages zu bildende provisorische lettische Landesversammlung.[52] Die russische Regierung anerkannte am 5. Juli dann zwar die neue Landesversammlung, nicht jedoch die Einbindung Lettgallens in die neue politische Einheit. Ein weiterer Rückschlag für die lettischen Selbständigkeitsbemühungen brachte dann ein deutscher Vorstoß Anfang 1917, der zur Besetzung Rigas und der estnischen Inseln Ösel, Moon und Dagö führte. Im Übrigen war auch in Estland die Forderung laut geworden, Nord-Livland, wo vornehmlich Esten lebten, mit Estland zu einer neuen staatlichen Einheit zu verbinden. Bereits am 1. Juli trat ein erster frei gewählter Landtag zusammen, der sich gegen Einwände der estnischen und livländischen Ritterschaft gebildet hatte.[53]

Folgenschwer sollte der zweite Umbruch des Jahres 1917 werden: die bolschewistische Oktoberrevolution. Sie führte auch in Estland und Lettland zur Übernahme der Macht durch Arbeiter- und Soldatenräte.[54] Zur Verschärfung der Lage der Deutschen im Baltikum trug bei, dass während der Geltungsdauer des im November 1917 zwischen dem Deutschen Reich und Russland geschlossenen Waffenstillstandes Vertreter der baltischen Ritterschaften am 28. Januar 1918 gegenüber den Vertretern der bolschewistischen Regierung in Stockholm die Unabhängigkeit der Ritterschaften Estlands und Lettlands erklärten. Diese Erklärung veranlasste die kommunistischen Machthaber, führende Baltendeutsche zu verhaften; 567 Personen wurden ins Innere Russlands deportiert, der Adel für vogelfrei erklärt.[55] Als dann am 24. Februar der Ältestenrat des estnischen Parlaments seinerseits feierlich die Unabhängigkeit erklärte, blieb diese Proklamation Makulatur, da sich die politischen Verhältnisse nochmals gewandelt hatten.

In den überreizten Monaten zwischen November 1917 bis Februar 1918 kam es wieder zu Übergriffen auf Pfarrer und Kirchen, beispielsweise wurde die Revaler Olai-Kirche von Kom-

51 Als Lettgallen – auch Polnisch-Livland – bezeichnet man einen Landstrich nördlich von Dünaburg, der im 17. Jahrhundert, als Livland an Schweden gelangte, bei Polen-Litauen verblieben war und in dem daher auch die Gegenreformation durchgeführt worden war, sodass die Bevölkerung weitgehend römisch-katholischer Konfession war.

52 Vgl. hierzu G. von Rauch: Geschichte, S. 38.

53 Die deutschbaltische Minderheit wurde sich angesichts dieser Entwicklung ihrer bedrängten Lage nur zu gewahr. Die kurländische Ritterschaft fasste daher am 22. September 1917 den Beschluss, das Deutschtum durch Neuansiedlungen zu stärken. Man stellte für deutsche Bauernsiedlungen ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Verfügung. Der Erfolg dieses Vorstoßes blieb jedoch aus. Nicht nur, dass die anderen Ritterschaften diesem Beispiel nicht folgten, die politischen Ereignisse sollten das Vorhaben überrollen. Im übrigen hatten vergleichbare Initiativen der Jahre 1905 bis 1914 zwar 20.000 Bauern nach Lettland geführt, die Hälfte von ihnen gab allerdings bald wieder auf und kehrte ins Reich zurück (vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 87).

54 Wahlen, die in Lettland im November durchgeführt wurden, brachten 72 % für die Bolschewiken, was umso beachtlicher ist, als diese in ganz Russland lediglich 24 % erreichen konnten. In Estland waren für Februar 1918 Wahlen anberaumt, die jedoch von den Arbeiter- und Soldatenräten sistiert wurden, als absehbar war, dass die Bolschewiken nur 25 bis 30 % erhalten würden (vgl G. von Rauch: Geschichte, S. 45, 47 f.).

55 Vgl. G. von Rauch: Geschichte, S. 52 f.

munisten besetzt und zum „Volkshaus“ erklärt.[56] Der schon mehrfach erwähnte Traugott Hahn wurde Ende Januar 1918 in Dorpat gewarnt, er solle verhaftet werden.[57] Er war, wie alle Exponenten des Deutschbaltentums, aufs höchste gefährdet, da auf Maueranschlägen verkündet wurde, der gesamte Adel und die Pastoren seien vogelfrei.[58]

Drei Pastoren und eine Pfarrfrau wurden in diesen aufgeheizten, hasserfüllten Tagen rücksichtslos ermordet. Im Januar 1918 verweigerte Pfarrer Heinrich Adolphi die von lettischen Bolschewiken geforderte Herausgabe der Kirchenschlüssel.[59] Er wurde gemeinsam mit seiner Frau nach Walk ins Gefängnis abgeführt. Zwar konnte er auf Fürsprache von Gemeindegliedern nochmals in seine Pfarrei zurückkehren, doch Gottesdienste in der Kirche waren nicht mehr möglich. Als die russischen Verbände Mitte Februar vor der anrückenden deutschen Armee zurückwichen, wurde Adolphi mit seiner Frau mit neun anderen deutschen und lettischen Gemeindegliedern als Spione verhaftet, in Richtung Russland verschleppt und brutal erschlagen. Dass es die Bolschewiken vor allem auf die Vernichtung der Kirche und die Beseitigung der Amtsträger abgesehen hatten, belegt das Schicksal von zwei Pastoren lettischer Herkunft: Am 21. Februar wurde Ludwig Johannes Tschischko verhaftet, verschleppt und erschossen,[60] drei Tage später widerfuhr Adam Jende dasselbe Schicksal.[61] Jende wurde vorgeworfen, er habe ein Gesuch mit unterstützt, das die Deutschen bat, durch eine Invasion dem kommunistischen Terror ein Ende zu bereiten.

Doch noch einmal wandelte sich die Situation dramatisch: Als die seit Dezember 1917 in Brest-Litowsk zwischen dem Russischen Reich und Deutschland stattfindenden Friedensverhandlungen nicht zu einem Ergebnis führten, suchte die deutsche Oberste Heeresleitung ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Unmittelbar nach Ablauf des Waffenstillstandes am 18. Februar stießen deutsche Truppen ins Baltikum vor. Am 24. Februar wurde Dorpat besetzt, einen Tag später Reval und am 4. März Narwa. Damit waren Estland und Lettland in deutscher Hand.[62]

Während der deutschen Okkupationszeit erwies es sich als fatal, dass die deutsche Militärverwaltung praktisch ausschließlich die Deutschbalten als Gesprächspartner suchte, während die ja durchaus selbstbewusst auftretenden politischen Vertreter der Esten und Letten nur ansatzweise in ihre Planungen mit eingebunden wurden. Dieses Vorgehen erklärt sich aus den in deutschen Militärkreisen unverhohlen diskutierten Annexionsplänen, die mit einer konsequenten Germanisierung Estlands und Lettlands verbunden werden sollten. Landesversamm-

56 W. Hahn: Ruf, S. 185.

57 Traugott Hahn entzog sich dem Zugriff der roten Garden und verbarg sich bei Gemeindegliedern bzw. bei Kollegen auf dem Land. Überraschenderweise blieb er dann gänzlich unbehelligt, als er sich entschloss, nach einiger Zeit das Versteckspiel zu beenden und seinen Dienst in der Gemeinde und an der theologischen Fakultät wieder aufzunehmen.

58 Vgl. A. Hahn: Traugott Hahn, S. 142; W. Hahn: Ruf, S. 135.

59 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 63–65.

60 Vgl. ebd., S. 66–68.

61 Vgl. ebd., S. 68–70.

62 Russland verzichtete im Übrigen am 27. August 1918 auf die Staatshoheit über die baltischen Ostseeprovinzen.

lungen, die auf Initiative der Ritterschaft zusammentraten, wählten im April 1918 Delegierte der vier Stände[63] für einen „Vereinigten Landesrat". Diesem gehörten 35 Deutsche, dreizehn Esten und zehn Letten an. Nachdem der deutsch-russische Friedensvertrag von Brest am 3. März 1918 unterzeichnet wurde, der Russland aller Randgebiete beraubte, fasste der Landesrat am 12. April „den Entschluß, den deutschen Kaiser zu bitten, aus den baltischen Provinzen einen monarchistischen Staat unter deutschem Schutz zu bilden".[64] Eine 15-köpfige baltische Delegation, der im Übrigen auch Traugott Hahn (sen.) angehörte, legte dem Kaiser dieses Ansinnen vor. Bei estnischen wie lettischen Politikern stießen diese Pläne naturgemäß auf einhellige Ablehnung. Estnische Exilpolitiker protestierten gegenüber dem schwedischen Gesandten und Vertretern der westlichen Großmächte gegen die Absichten des „Vereinigten Landesrates" und erhielten von letzteren am 3. Mai die de-facto-Anerkennung des estnischen Exilparlaments als legitimes Repräsentationsorgan. Der endlich am 7. November vom „Landesrat" eingesetzte, aus vier deutschen, drei lettischen und drei estnischen Mitgliedern gebildete Regentschaftsrat blieb Makulatur, da die Geschichte eine erneute dramatische Wendung nahm.

Doch ehe auf die Ereignisse des November 1918 und deren Folgen eingegangen werden kann, ist noch zu berichten, dass selbstverständlich unter der deutschen Oberhoheit an den Schulen wieder auf deutsch unterrichtet werden konnte; ja, es war sogar gefordert worden, im gesamten Bildungsbereich nur noch das Deutsche zuzulassen. Doch dieses Verlangen empörte auch zahlreiche Baltendeutsche, sodass es nicht umgesetzt wurde. Ein besonderes Ereignis war die Wiedereröffnung der Universität Dorpat als deutsche Hochschule. Traugott Hahn gibt einen aufschlussreichen Eindruck von der hoffnungsvollen Erwartung, die von der in Anwesenheit des preußischen Kultusministers am 15. September stattfindenden Eröffnungsveranstaltung ausging: „Wir kommen eben von einem nicht nur unvergesslichen, sondern auch unvergleichlichen Tage her. Auch ich habe in meinem so reichen Leben einen solchen kaum erlebt. Alle Erwartungen übertraf er. Gott war mit uns. Alle Redner wurden von einer geheimnisvollen Macht getragen, weit über sich hinausgehoben. […] Eine neue Gemeinschaft entstand in Wahrheit. Auch die reichsdeutschen Kollegen waren ganz ergriffen."[65]

Die in Hahns Brief zum Ausdruck kommende Hochstimmung sollte freilich schon wenig später wie eine Seifenblase zerplatzen. Die Front im Westen konnte nach dem Eingreifen der USA in den Krieg nicht länger standhalten. Am 9. November 1918 kapitulierte Deutschland bedingungslos, der Kaiser dankte ab und eine republikanische Regierung wurde gebildet. Im Baltikum zog diese Entwicklung einschneidende Veränderungen nach sich. Die Sowjetregierung annullierte bereits am 13. November den Brester Frieden und die Rote Armee unter dem Oberbefehl des Letten Jukums Vācietis (1873–1938) zog gegen das von den deutschen Truppen

63 Großgrundbesitzer, Bürgertum, Bauern und Geistliche.

64 G. von Rauch: Geschichte, S. 55. – In der Diskussion war, Kaiser Wilhelm II. (1888–1918) in Personalunion auch die baltische Herzogskrone anzubieten oder diese dem mecklenburgischen Herzog Adolph Friedrich (1873–1918) zu übertragen.

65 A. Hahn: Traugott Hahn, S. 160 f.

sukzessiv geräumte Baltikum. Bereits am 21. Dezember fiel Dorpat, am 2. Januar 1919 Riga. Sowohl in Estland wie in Lettland übernahmen Sowjetregierungen die politische Macht. In den unter bolschewistischer Herrschaft stehenden Landesteilen setzte ein unberechenbarer anarchischer Terror gegen all jene Kräfte ein, die als Repräsentanten der alten Ordnung bzw. als mögliche Gegner der Sowjets eingestuft wurden. Insbesondere suchten die Kommunisten die ihnen verhassten deutschen Großgrundbesitzer und die Pastoren zu treffen. Während in Estland die Gewaltwelle nach dem Januar 1919 bald abebbte, richteten sich die Terrormaßnahmen in ungleich größerer Brutalität in Lettland vor allem gegen die besitzenden und die bürgerlichen Schichten ohne Ansehen der Nation und dauerten bis Mitte des Jahres 1919 unvermindert an.

Im Januar 1919 begann dann der Widerstand gegen die sowjetische Invasion und die sie stützenden bolschewistischen Kräfte in Estland und Lettland. Estnisch-finnische Verbände erkämpften die Freiheit Estlands, beispielsweise wurde Dorpat am 14. Januar befreit. Um einem weiteren Vordringen des Bolschewismus entgegenzuwirken, rückten deutsche Freiwilligenverbände ab Ende Februar 1919 von Ostpreußen aus gegen Kurland vor, das Ende März befreit war. Doch Misstrauen gegen die deutschen Einheiten auf lettischer Seite, die eine Restitution der Vormachtstellung des Deutschtums nach einem Sieg befürchteten, machte ein Zusammenwirken der lettischen Befreiungskräfte mit den deutschen Truppen und der insbesondere von Deutschbalten aufgestellten „Baltischen Landeswehr“ problematisch, zumal eine Abteilung der letzteren auf eigene Faust am 16. April 1919 die lettische bürgerliche Regierung im sogenannten „Libauer Putsch“ stürzte. Der lettisch-deutsche Konflikt, in den sich England als Vermittler einschaltete, eskalierte zunächst nur deshalb nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung, weil es galt, einen gemeinsamen Gegner, die Bolschewisten, zu bekämpfen. Die baltische Landeswehr drängte darauf, Riga zu befreien, da dort zwischenzeitlich der Terror einen Höhepunkt erreicht hatte. Endlich konnte am 22. Mai 1919 Riga besetzt werden. Seit Frühsommer 1919 beteiligte sich auch die estnische Armee an der Niederringung der entschlossenen und gut ausgebildeten kommunistischen Kräfte Lettlands. Estland drängte nun massiv auf den Rückzug der deutschen Truppen und als dies abgelehnt wurde, kam es am 22. Juni zu einer für die estnischen Truppen siegreichen militärischen Auseinandersetzung. In einem am 3. Juli abgeschlossenen Waffenstillstand wurde daraufhin der Rückzug der deutschen Truppen verfügt, der sich jedoch in die Länge ziehen und zu weiteren Verwicklungen führen sollte, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Endlich wurde am 2. Februar 1920 in Dorpat in einem Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Estland die Unabhängigkeit Estlands anerkannt; am 1. August 1920 erfolgte die Vertragsunterzeichnung in Riga: die Sowjetregierung gestand zu, dass Lettland als selbständiger Staat aus der Sowjetunion ausschied.

Nach dem Rückzug der deutschen Truppen infolge der Kapitulation kam es im Dezember 1918 und Januar 1919 in Estland und ab Januar 1919 mit einem traurigen Höhepunkt am 22. Mai 1919 in Lettland zur Ermordung von 29 Pastoren; acht weitere erlagen haftbedingten

Krankheiten. Unter den 29 Ermordeten befanden sich fünf lettisch- und ein estnischstämmiger Pastor. Bis zur Befreiung Estlands wurden die Pastoren Immanuel Hesse, Walther Paucker, Traugott Hahn und Wilhelm Schwartz hingerichtet.[66] In Livland und Kurland konnten sich wie ausgeführt die bolschewistischen Machthaber länger halten und daher hatten die Baltendeutschen auch eine bis in den Februar 1920 hineinreichende Leidenszeit mit vielen Toten zu erdulden. Drei oder vier der getöteten Pastoren sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, sie hätten mit den Deutschen während der Okkupationszeit kollaboriert,[67] zwei wurden beschuldigt, Revolutionäre bei den deutschen Behörden angezeigt zu haben,[68] zwei Pastoren wurde ihre seelsorgerliche Begleitung von Hingerichteten als Mittäterschaft ausgelegt,[69] und zwei Pastoren, ein lettisch- und ein estnischstämmiger, wurden der Spionage bezichtigt.[70] Am brutalsten waren die aus Riga abziehenden bolschewistischen Haufen. Nachdem bereits am 16. Mai Pastor Arthur Walther im Zentralgefängnis an Flecktyphus gestorben war,[71] wurden beim Herannahen der antibolschewistischen Truppen insgesamt 32 Gefangene erschossen, darunter auch einige Frauen sowie die im Gefängnis inhaftierten acht Pfarrer.[72]

Damit hatte der Schrecken freilich noch kein Ende. Am 29. Mai fand der lettischstämmige Pfarrer Konstantin Uhder den Tod, der meinte, in seine Gemeinde zurückkehren zu können; dort wurde er jedoch von noch aktiven Bolschewisten verhaftet und als Spion hingerichtet.[73] Tragisch war auch der Tod des Letten Gilbert.[74] Gilbert hatte als Feldprediger bei der baltischen Landeswehr gedient und war nach Rückkehr in seine Gemeinde von lettischem Militär der Kollaboration bezichtigt worden. Auf dem Weg zur Gerichtsverhandlung wurde er erschossen. Zu erinnern ist abschließend noch an insgesamt sechs Pastoren, die bis zum Februar 1920 infolge von Auszehrung oder Krankheiten, zumeist Flecktyphus, verstarben, die sie sich aufgrund der Haftbedingungen zugezogen hatten.[75]

Freilich darf die große Zahl der getöteten Pastoren nicht vergessen lassen, dass zahlreiche weitere Morde zu beklagen waren. Neben Angehörigen der deutschen Oberschicht – beispielsweise wurde Pastor Karl Moltrecht gemeinsam mit 19 Gutsbesitzern erschossen[76] – wurden auch Menschen ermordet, die nicht weniger als die Pastoren ein Leben in der Nachfolge Christi geführt hatten und für ihren Glauben einstanden. Bezeugt ist für 1919 der gewaltsame Tod von

66 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch: Hesse, S. 70; Paucker, S. 73; Hahn, S. 76–78 und Schwarz, S. 86.

67 Vgl. ebd., Hans Bielenstein, S. 86; Alexander Bernewitz, S. 89; Theodor August Scheinpflug, S. 119; wohl auch Erhard Doebler, S. 142.

68 Vgl. ebd., Heinrich Bosse, S. 112; Wilhelm Kaspar, S. 175.

69 Vgl. ebd., Xaver Marnitz, S. 106; Paul Treu, S. 122.

70 Vgl. ebd., Richard Wühner, S. 134; Konstantin Uhder, S. 167.

71 Vgl. ebd., S. 173.

72 Vgl. ebd. Hermann Bergengruen, S. 137; Erhard Doebler, S. 140; August Eckhardt, S. 147; Theodor Hoffmann, S. 152; Eberhard Savary, S. 156; Eugen Scheuermann, S. 159; Theodor Taube, S. 162; Ernst Treu, S. 165; vgl. auch G. v. Rauch: Geschichte, S. 66.

73 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 167.

74 Vgl. ebd., S. 169.

75 Vgl. ebd., Arthur Walter, S.173 f.; Wilhelm Kaspar, S. 175–177; Eduard Frese, S. 174 f.; Gustav Cleemann, S. 179 f.; Peter Rosenberg, S. 180–182; Alfred Geist, S. 183–185.

76 Vgl. ebd., S. 95 f.

zwei Pfarrfrauen[77] und von weiteren fünf Personen mit christlichem Hintergrund; ihre Lebenswege mögen stellvertretend für all die anderen Menschen angeführt werden, die in jener dunklen Zeit ein gewaltsames Ende fanden. Die bei ihrer verwitweten Mutter lebende Harriet von zur Mühlen bat die Bolschewisten, sie anstelle ihrer Mutter zu töten;[78] gemeinsam mit Pastor Walther Paucker wurde sie am 6. Januar im estnischen Wesenberg erschossen.[79] Die Vorsteherin des Diakonissenhauses Mitau, Marie Schlieps, starb wie der Pastor und Rektor dieser Anstalt Paul Wachtsmuth, da man ihnen vorwarf, sie hätten einen bolschewistischen Kommissar vergiftet, der schwer verletzt ins Diakonissenhaus eingeliefert worden war.[80] Ermordet wurde im März 1919 auch der Rigaer Stadtmissionar Bernhard von Bötticher, der trotz Verbot weiterhin seelsorgerlich tätig war.[81] Am 22. Mai 1919, dem „Blutdonnerstag", fanden in Riga neben den genannten Pastoren auch die Sängerin Marion von Klot, die ihre Mitgefangenen durch ihren Gesang geistlicher Lieder erfreut und getröstet hatte,[82] sowie der Sammler der Stadtmission Riga Ludwig von Wilpert den Tod.[83]

Blickt man auf die getöteten Pastoren, deutscher, lettischer oder estnischer Herkunft, sowie auf die zahlreichen weiteren ermordeten Christinnen und Christen der Jahre 1905 bis 1920, so sind die Motive der Mörder offenkundig. Vier Faktoren werden von Mensing in Aufnahme der bei Schabert gebotenen Überlegungen herausgestellt:[84]

1. Ursache für die Morde war die Zusammenarbeit der Getöteten mit den deutschen Behörden; den Bolschewisten mussten diese als kollaborierende Vaterlandsverräter erscheinen: sie sollen Revolutionäre angezeigt, Spionage betrieben, mit den Okkupationsbehörden eng zusammengearbeitet und sich sogar an Hinrichtungen von Aufständischen beteiligt haben.[85]
2. Ziel von Mordanschlägen waren die Pastoren auch, da sie als Repräsentanten der herrschenden Klasse galten und zur Stützung der ungerechten Verhältnisse beitrugen.
3. Insbesondere die Pfarrer galten den Revolutionären als Feinde, da sie als Vertreter der Religion, die als „Opium fürs Volk" angesehen wurde, die Menschen ruhig stellten und so entscheidend den als notwendig erachteten Umsturz lähmten.[86]
4. Aus dem Weg geräumt wurden die Pastoren auch als Kritiker der Terrormaßnahmen.[87]

Anzufügen ist noch ein fünfter Grund: Viele Hinrichtungen fanden am Tag des Abzugs der

77 Vgl. ebd., Elise Rutkowski, S. 96; Olga Elisabeth Cleemann, S. 179.

78 Vgl. B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 198.

79 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 73.

80 Vgl. ebd., S. 100–102.

81 Vgl. O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 79.

82 Vgl. B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 208; vgl. auch O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 147.

83 Vgl. O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 89.

84 B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 126; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 26–28.

85 Vgl. oben S. 137 f.

86 Vgl. oben S. 134.

87 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 56, 94, 142, 164.

revolutionären Banden statt.[88] Gewissermaßen als letzte Tat richteten demnach die Aufständischen die verhassten Vertreter der reaktionären Klasse hin, die für Unterdrückung, Ausbeutung und Verblendung standen. Rache, Wut und Enttäuschung mögen daher eine nicht unerhebliche Rolle für die Blutbäder gespielt haben, die angesichts des scheiternden Umsturzes angerichtet wurden.[89]

Wechselt man nun die Perspektive und fragt danach, wie sich – vornehmlich – die Pastoren angesichts der seit den Mordfällen von 1905 erkennbaren Gefahren verhielten, so wird deutlich, dass sich die meisten Pastoren der Gefährdung bewusst waren.[90] Angesichts der wirren, unsicheren und oft chaotischen Verhältnisse auf dem Land riet das Konsistorium in einem Zirkularschreiben den Pastoren, „ihr Leben nicht unnütz zu opfern".[91] Manche flohen in die Städte, wo wenigstens vorübergehender Schutz zu erwarten war.[92] Als jedoch Ende 1918 ganz Estland und Lettland in bolschewistische Hand gerieten, boten auch die Städte keine Sicherheit mehr, da die Machthaber gezielt die Pfarrer inhaftierten, um deren Einfluss auf die Bevölkerung zu unterbinden.[93]

Es mag überraschen, aber viele Amtsträger harrten trotz der lebensgefährlichen Lage in ihren Gemeinden aus. Sie blieben, weil es für die meisten unvorstellbar war, dass jemand aus ihrer Gemeinde die Hand gegen sie erheben könnte. Und in der Tat, Gemeindeglieder zeigten sich in bemerkenswerter Weise mit ihren verhafteten Pastoren solidarisch; häufig vermochten sie durch entschiedene Interventionen bei den bolschewistischen Machthabern für ihren Seelsorger die Freilassung zu erwirken,[94] in einem Fall wurden binnen zwei Tagen 1 000 Unterschriften gesammelt.[95] Allerdings gab es auch die umgekehrte Erfahrung: in vier Fällen scheinen zumindest mittelbar Konfirmanden am Tod ihres Pastors beteiligt gewesen zu sein.[96] Berichtet wird zudem, dass sich in einer Gemeinde, die ihrem Seelsorger ausdrücklich Schutz versprochen hatte, nach dessen Verhaftung niemand für die Freilassung einsetzte.[97] Ein anderer Pastor verbarg sich zunächst mit seiner Familie in einem abgelegenen Gehöft; dann jedoch kündigte der Bauer, der um sein eigenes Leben fürchtete, das Versteck auf.[98]

88 Vgl. Traugott Hahn oder jene zehn Personen, die in Riga am 22. Mai 1919 ihr Leben verloren (ebd., S. 63–65, 76–78, 137–139).

89 Vgl. ebd., S. 97, 99, 168.

90 Beispielsweise wird berichtet, dass die Familien in Sicherheit gebracht wurden (vgl. ebd., S. 72, 98, 111).

91 Ebd., S. 120.

92 Vgl. R. Wittram: Länder: Mindestens 25 Pastoren seien nach Riga geflohen (Sp. 854); vgl. auch O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 117, 120, 120, 128, 138.

93 Teilweise wurde wie in Dorpat oder Wesenberg die Durchführung von Gottesdiensten untersagt (vgl. ebd., S. 81, 75).

94 Vgl. ebd., S. 89, 98, 111, 126.

95 Ebd., S. 117.

96 Ebd., S. 70, 73, 92, 126.

97 Ebd., S. 96 f.

98 Ebd., S. 72. – Die Enttäuschungen mögen daher rühren, dass manche Pastoren die seit Beginn des 20. Jahrhunderts offenkundigen Spannungen in ihren Gemeinden unterschätzten. Schabert berichtet beispielsweise von der insbesondere bei Stellenbesetzungen immer wieder laut werdenden Parole „Hi lettisch – hi deutsch" (ebd., S. 54) oder von einem „scharfen Widerspruch" von Gemeindegliedern in einer vornehmlich aus Letten bestehenden Gemeinde bei der Einsetzung eines „deutschen Pastors" (ebd., S. 50).

Alle Pastoren sahen sich angesichts der Entscheidung, ob sie fliehen oder bleiben sollten, vor einer existentiellen Anfechtung, sahen sie sich doch von Gott an ihre jeweilige Gemeinde gewiesen, die sie in der Stunde der Not nicht im Stich lassen durften. Von Paul Fromhold-Treu ist die Aussage überliefert: „Wo Gott uns hingestellt hat, da müssen wir bleiben, Gefahren gibt es überall, aber Gott kann überall schützen".[99] Eugen Scheuermann schrieb an seinen verhafteten Sohn, dass Gott „uns in dieser Zeit zu einem rechten Heldentum des Leidens erziehen" wolle, weshalb man „Ihm fein stille halten" solle.[100] Pastor Eckardt führte in einem Abschiedswort an seine Gemeinde aus, diese möge „immer festeren Bekennermut zeigen" und „die Bereitschaft, auch Märtyrer für die eigene Überzeugung zu werden".[101] Festhalten am Bekenntnis, am übertragenen Amt war auch für Traugott Hahn ausschlaggebend, als er beschloss, trotz Fluchtmöglichkeit auszuharren. Ihm wurde ein Wort aus dem Johannesevangelium zum Maßstab:[102] Er wollte nicht wie ein „Mietling" angesichts drohender Gefahr die Herde im Stich lassen.[103] Pastor Grüner hatte für sich erkannt, es sei „Gottes Wille", dass er sterben müsse,[104] und Pastor Wühner machte sich die Worte Jesu „Wer sein Leben will behalten, der wird es verlieren" (Mk 8,35) und „Wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach […]" (Mt 10,38) zum Maßstab.[105]

Viele Pastoren verharrten demnach aufgrund ihres Amtsverständnisses, ihrer Ekklesiologie und aufgrund von aus der Heiligen Schrift entnommenen Weisungen in ihren Gemeinden. Das Motiv des Lebensschutzes, das vom Konsistorium vorgebracht worden war, bewegte sie ebenso wenig wie die Verantwortung für die Zukunft ihrer Familien. Die Amtsträger sahen sich in einer Bekenntnissituation, in der alle anderen Überlegungen zurückzutreten hatten.

Allerdings erscheint die von Schabert vorgenommene Klassifizierung der Verstorbenen in Märtyrer und Konfessoren nicht angebracht,[106] da es unerheblich sein sollte, ob jemand ermordet wurde oder infolge von Haftbedingungen – beispielsweise an Krankheiten – sein Leben verlor, der Tod ergab sich unmittelbar aus dem Wort- und Tatzeugnis des Verstorbenen. In der Regel wird man bei den baltischen Märtyrern nicht *eine* klar zu benennende Ursache anführen können, aufgrund derer jemand zu Tode kam.[107] Bei jedem der 53 namentlich bekannten bal-

99 Ebd., S. 126.

100 Ebd., S. 161.

101 Ebd., S. 150.

102 Auch die Pastoren Pauker oder Doebler bezogen sich auf dieses Bibelwort als Begründung dafür, dass sie ihre Gemeinde nicht verlassen konnten (vgl. ebd., S. 74, 143).

103 Joh 10,11–13.

104 Vgl. O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 116.

105 Ebd., S. 135.

106 Schabert folgt damit einer Einteilung, die auch auf dem in Riga errichteten Gedenkstein für die „während der Zeit der bolschewistischen Schreckensherrschaft und Christenverfolgung" – so die Aufschrift – ermordeten Pastoren vorgenommen ist (ebd., S. 2, Foto).

107 In den bei Schabert berichteten Fällen sind am ehesten die Todesumstände von Karl Immanuel Hesse mit der klassischen Bekenntnissituation vergleichbar: er soll erschossen worden sein, als er die Unterschrift unter ein Dokument verweigerte, in dem er alles, was es bislang predigte, als falsch hätte deklarieren müssen (ebd., S. 73).

tischen Märtyrer mögen in je individueller Gewichtung Motive dafür angeführt werden können, weshalb er oder sie ins Fadenkreuz der Verfolger geriet; ein verbindender Faktor freilich war, dass sie alle für den christlichen Glauben einstanden, Christus bezeugten und ihn über jede Ideologie stellten.

Gerd Stricker

Evangelische Deutsche unter dem Druck des Sowjetregimes

Zur Problematik des Martyriums ethnischer Deutscher in Russland

Dass man in Russland jetzt Leben und Sterben Zehntausender Christen erforscht, die Opfer des Sowjetregimes – namentlich des Stalinismus – geworden sind, ist allein dem Zusammenbruch des Kommunismus zu danken. Zuvor durfte über solche Glaubenszeugen nicht gesprochen werden; offiziell durfte man ihrer nicht gedenken. Die meisten Märtyrer hat natürlich die statistisch bedeutendste Religionsgemeinschaft in der Sowjetunion, die viele Millionen Glieder[1] zählende Russische Orthodoxe Kirche (künftig: ROK) zu beklagen,[2] die als frühere Staats- und Volkskirche immer im Zentrum der Verfolgungen stand. Die Kirchen mussten bis zur Perestroika Gorbatschows leugnen, dass in der Sowjetunion Menschen ihres Glaubens wegen umgebracht worden sind. Und es gehörte seit Beginn der 30er Jahre zum politischen Ritual, dass Oberhäupter von Religionsgemeinschaften in sowjetischen und ausländischen Medien die Religionsfreiheit in der Sowjetunion priesen und westliche Berichte über Religionsverfolgung als Lügen der Sowjetfeinde hinstellten.[3] Bei prominenten Opfern, deren Ermordung durch die Bolschewiki nicht zu leugnen war, behaupteten Kirchenführungen ideologisch korrekt – und im Einklang mit der staatlichen Geschichtsschreibung: Diese Menschen seien nicht wegen ihres Glaubens zu Tode gekommen, vielmehr hätten die Bolschewiki sie aus politischen Gründen umgebracht: als Reaktionäre, als Zarentreue und Gesinnungsgenossen der konter-

1 Die Angaben der ROK zu ihrem Mitgliederbestand sind stets (und oft wohl auch gezielt) vage: In der Sowjetzeit wollte die Kirche den Staat nicht durch hohe Mitgliederzahlen provozieren, umgekehrt sollen nach der „Wende" hohe Zahlen sowohl die russische Staatsführung als auch die internationale religiöse Welt beeindrucken. In der Sowjetunion operierte das Patriarchat (bei ca. 280 Mio. Sowjetbürgern) mit folgender Formel: 10 % der Stadtbevölkerung und 20 % der Dorfbevölkerung seien orthodox – die Formel war nach heutigem Wissensstand völlig absurd, weil die Kirche auf dem Lande schon längst „liquidiert" war. Konkret wurde in der Sowjetzeit die Zahl der Glieder der ROK mit 20 bis 50 Mio. beziffert. – Heute ist (in propagandistischer Absicht) von 80 bis 100 Mio. Gliedern der Russischen Kirche (weltweit) die Rede.

2 Die wohl erste systematische Erfassung von Märtyrern und ihrer Viten erschien im Ausland, herausgegeben von der Russischen Orthodoxen Auslandskirche in zwei Bänden: M. Pol'skij: Novye mučeniki. 1981 kanonisierte die Auslandskirche pauschal ca. 6 000 Neu-Märtyrer, darunter Zar Nikolaj und seine mit ihm 1918 ermordete Familie. Im Ausland erschienen immer wieder Sammlungen von Märtyrerviten, bis nach der Perestroika sich auch das Moskauer Patriarchat den Märtyrern des Sowjetregimes zuwenden konnte, z. B. Erzmönch Damaskin (Orlovskij): Mučeniki.

3 Interview der „Izvestija" am 16.2.1930 mit dem kirchenleitenden Metropoliten Sergij (Stragorodskij) – deutsch in P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 739–741; auf den Flughäfen und an zentralen Bahnhöfen lagen stets Propagandabroschüren (in vielen Weltsprachen) aus, z. B. Kirche und Religion in der UdSSR, Moskau 1979; Freedom of Conscience for Soviet Citizens, Kiev 1980; Zum Schutz des Islams!, Kabul 1980; Katholische Kirche in der UdSSR, Moskau 1984 usw.

revolutionären Weißen Garden,[4] als „Schwarzhundertschaftler“,[5] als klerikale Imperialisten usw. So verunglimpfte das Moskauer Patriarchat jahrzehntelang einen der vor dem Ersten Weltkrieg bedeutendsten (auch umstrittensten) orthodoxen Bischöfe: Metropolit Vladimir (Bogojavlenskij, geb. 1848) von Kiew, der am 24. Januar 1918 von einem Trupp Rotarmisten erschossen worden war.[6] 1992, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, sprach ihn ein russisches Bischofskonzil heilig; wenige Jahre später, auf dem Bischofskonzil der Russischen Kirche im August des Jahres 2000, wurden weitere 1 100 orthodoxe Opfer des Sowjetregimes kanonisiert.[7] Und jedes Jahr kommen weitere „Neu-Märtyrer“ hinzu.

Mit dem Wiederaufstieg der Russischen Kirche zur Quasi-Staatskirche ist dieses Aufspüren des Schicksals von orthodoxen Opfern des Sowjetregimes zu einer regelrechten Bewegung geworden, die Massen von Materialien produziert. Die Frage, ob jemand als Orthodoxer oder als Antikommunist, aus religiösen oder politischen Gründen umgebracht wurde, wird von der Kanonisierungskommission zwar auch gestellt, aber in der Regel gibt die Russische Kirche offenbar dem religiösen Aspekt den Vorzug. Das eklatanteste Beispiel dafür bildete die Heiligsprechung von Zar Nikolaj II. und seiner Angehörigen, die am 17. Juli 1918 erschossen worden waren, im Jahre 2000.

Die Frage, ob jemand aus Glaubens- oder aber aus anderen Gründen ermordet wurde, ist auch mit Blick auf deutsche Opfer des Sowjetregimes relevant: Der seit 1941 verfolgten und repressierten deutschen Minderheit gehörten praktisch alle Lutheraner, Reformierten und Mennoniten in der Sowjetunion an; dazu kamen viele deutsche Katholiken, Baptisten und Adventisten. Insgesamt war der Anteil der in der Sowjetzeit umgebrachten gläubigen Deutschen erheblich. Die Frage, ob sie als „Fašisty“ und „Gitlerovcy“ (Hitlerleute), also als Glieder der verhassten deutschen Minderheit – oder aber wegen ihres Glaubens umgebracht worden sind, erhebt sich in jedem Fall. Aber eine eindeutige Antwort ist heute – fünf, sechs oder mehr Jahrzehnte nach dem Geschehen – nicht möglich.

Ein Problem stellt sich mit Blick auf die Sowjetunion in besonderer Schärfe: die verstärkte, oft einseitige Wahrnehmung des Leidens von Geistlichen gegenüber den nicht dokumentierten Leiden von Laien. Ohne Zweifel richteten sich im Sowjetstaat die Aktivitäten der Atheisten, etwa der kommunistischen Jugend („Komsomol“) und des Gottlosen-Verbandes

4 „Weiße Garden“ – zarentreue militärische Einheiten, die sich nach dem Oktoberputsch von 1917 den „Roten“, d. h. den Einheiten der Bolschewiki, entgegenstellten. Von den Roten Armeen im Bürgerkrieg (1918–1921) schließlich verdrängt, flohen die letzten Weißen Verbände unter General Baron Peter von Wrangell 1920 per Schiff von der Krim aus nach Konstantinopel.

5 „Černye sotni“ – Schwarzhundertschaften: rechtsradikale, gegenrevolutionäre Terrorgruppen, die im Umfeld der reaktionären Partei „Union des russischen Volkes“ um 1905 die zarische Autokratie verteidigten. Auf das Konto der Schwarzhundertschaften gingen viele politische Morde an Gegnern der Monarchie.

6 Vgl. F. Heyer: Kirchengeschichte der Ukraine, S. 64–67 – dort wird die Ermordung von Metropolit Vladimir geschildert.

7 Dejanie jubilejnogo osvjaščennogo archierejskogo sobora Russkoj Pravoslavnoj Cerkvi o sobornom pravoslavlenii novomučennikov i ispovednikov rossijskich XX veka [Tätigkeitsbericht des Jubiläums-Bischofskonzils der ROK über die Heiligsprechung russischer Neu-Märtyrer und Bekenner im 20. Jh. in: ‹http://www.russian-orthodox-church.org.ru.s2000r09.htm›].

(„Bezbožniki“[8]), vor allem gegen Amtsträger aller Religionen. Über Geistliche gibt es relativ viele kirchenamtliche Angaben; darüber hinaus bieten die Dossiers der Geheimpolizei – Tscheka, (U)GPU, NKWD, KGB[9] – meist viel mehr Material über religiöse Amtsträger als über Laien; schließlich sind die Erinnerungen von Gemeindegliedern an ihre einstigen Geistlichen meist lebendiger als an andere repressierte Gemeindeglieder. Schließlich: Der Anerkennung eines Märtyrertums von Frauen stellen sich zuweilen spezielle emotionale Widerstände von männlicher Seite entgegen.[10]

Vor dem Hintergrund des Massenmordens im Stalinismus und der Willkür im sowjetischen Rechts- und Strafvollzugssystem herrscht bei allen Religionsgemeinschaften Einverständnis darüber, dass eine Anerkennung als Martyrium – wie man diesen Begriff konkret auch definieren mag – nicht an das Kriterium einer unmittelbar mit Tag und Stunde zu belegenden Ermordung (z. B. Erschießung) gebunden sein kann. Von den meisten Opfern wissen wir weder den Zeitpunkt noch die Art ihres Sterbens – sie wurden erschossen oder aber sind verhungert, bei der Schwerstarbeit tödlich verunglückt, an den Folgen der Folter umgekommen, an einer Krankheit oder Erschöpfung gestorben usw. Wie oft muss man zu dem Wort „verschollen“ Zuflucht nehmen, das alles einschließt, was wir nicht wissen!

1. *Statistik der Russlanddeutschen*

Wenn von Evangelischen der deutschen Minderheit in Russland resp. in der Sowjetunion die Rede ist, ist ihre statistische Einordnung wichtig. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen die Deutschen im Russischen Reich, das ja auch weiteste Teile des Königreichs Polen umfasste,[11] unter mehr als 120 Völkern den achten Platz ein (nach Russen, Ukrainern, Weißrussen, Polen, Usbeken, Kasachen und Juden). Bei der Volkszählung von 1889 wurde die Zahl der Deutschen im Russischen Reich mit 1,8 Millionen Personen ermittelt. Dabei werden die ca. 400 000 Deutschen im Königreich Polen traditionell nicht zu den Russlanddeutschen gezählt. Das gleiche gilt im engeren Sinne auch für die 200 000 deutschen Balten, obgleich sie durch ihre Pastoren, die fast durchweg die leitenden Persönlichkeiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland stellten und durch profilierte Persönlichkeiten in der Reichspolitik und -verwaltung namentlich in den St. Petersburger lutherischen Gemeinden immer prominent vertreten waren.

8 Vgl. S. Firsow: Bund.

9 Tscheka („Außerordentliche Kommission“) – bis 1922, dann (O)GPU („[Vereinigte] Staatliche Politische Verwaltung“ – bis 1934, dann NKWD („Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten“), KGB („Komitee für Staatssicherheit“) – 1954 bis 1991.

10 Die Frauenbeauftragte der ELKRAS, Frau Dr. Tamara Tatsenko, St. Petersburg, ist bemüht, die Leiden russlanddeutscher Lutheranerinnen in Erinnerung zu rufen. Vgl. Babuschkas Enkelinnen.

11 Seit dem Wiener Kongreß war der Zar/Kaiser des Russischen Reiches in Personalunion auch König von Polen.

Durch Emigration und durch große Bevölkerungsverluste infolge der Hungersnöte (1921/22 und 1931/33) lag die Zahl der Deutschen in der Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg bei etwa 1,2 Millionen; die Volkszählung von 1926[12] ergab 421 000 Deutsche in der Wolgarepublik und im Gebiet Saratow, 438.000 in der Ukraine (mit der Krim), 25 000 im Kaukasus; dazu kamen vielleicht noch 150.000 in den Städten und in Wolhynien sowie 130 000 in Sibirien und Kasachstan;[13] eingerechnet sind hier nicht die Opfer der Hungersnot von 1931/33, die eine Folge der Zwangskollektivierung war und allein im deutschen Wolgagebiet 54 000 Opfer forderte. Von der kollektiven Deportation der „Sowjetdeutschen" nach Sowjet-Asien (als Reaktion Stalins auf den Einmarsch der deutschen Armeen in die Sowjetunion am 22. Juni 1941) war eine knappe Million Deutscher betroffen. Nachdem ca. 300 000 von ihnen (mehr als ein Viertel der gesamten Volksgruppe) beim Transport und in der Deportation umgekommen waren, dürfte die Zahl der „Sowjetuniondeutschen" 1950 bei 900 000 gelegen haben.

2. Verfolgungsphasen

Schon in der Endphase des russischen Kaiserreiches sind Menschen aus religiösen Gründen, meist wegen ihres geistlichen Amtes, umgebracht worden. Die katastrophale russische Niederlage im Japanischen Krieg (1904/05) hatte die Aufgeblasenheit und Korruptheit des Zarenregimes offenbart; die verarmten Massen trugen in ihrer Verzweiflung ihre sozialen Forderungen auf die Straße. Der „Petersburger Blutsonntag" (9. Januar 1905), an dem kopflose Offiziere – angeblich auf Geheiß des Zaren – auf 100 000 Demonstranten schießen ließen,[14] heizte die verzweifelte Stimmung auf und bereitete der ersten russischen Revolution – 1905 – den Boden, die nach dem Ende des Japanischen Krieges ausgebrochen war.

Hinzu trat, mit Blick auf die Deutschen in Russland, seit den 1870er Jahren der großrussische Chauvinismus, der sich (als Reflex der sich verschlechternden politischen Beziehungen zwischen dem Deutschen und dem Russischen Reich) in besonderem Maße, und zum Teil handgreiflich, gegen die deutsche Minderheit richtete. Einige lutherische Geistliche als markante Vertreter des Deutschtums in Russland sind Opfer dieser Psychose geworden: Pfarrer Christian Baumann und seine Gattin (1904) im Schwarzmeergebiet (Gouv. Taurien), Pfarrer Marcus Müller (1905) in Tiflis und einige andere.[15]

12 Vgl. D. Brandes: Die Wolgarepublik, S. 167.

13 Deren Zahl stieg infolge der Deportationen von „Kulaken" aus dem europäischen Russland bis 1941 auf 226 000.

14 Von 150–200 Toten und mehreren Hundert Verletzten ist allgemein die Rede.

15 Vgl. hierzu B. Mensing/H.Rathke: Widerstehen, S. 38; Dies.: Mitmenschlichkeit, S. 219–222.

2.1 Oktoberputsch 1917 und 1920er Jahre

Dass der Kommunismus, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg auch Europa östlich der Elbe und einigen Balkanländern aufgezwungen wurde, eine spezielle antireligiöse Stoßrichtung hatte, muss hier nicht zum wiederholten Male erörtert werden.[16] Schon die ersten Maßnahmen der Bolschewiki hatten definitiv antikirchlichen Charakter. Bereits am 23. Januar 1918 erließ der „Rat der Volkskommissare" (d. h.: die Regierung) das Dekret „Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche".[17] Dieser harmlos klingende Titel des Gesetzes täuscht. Es traf die Kirchen im Kern vor allem ihrer äußeren, aber auch ihrer geistlichen Existenz – es entzog ihnen ihre bisherige materielle Basis: Immobilien (auch Kirchen, Pfarrhäuser, Kirchenschulen) wurden verstaatlicht (= zu Volkseigentum erklärt), Eigentum war religiösen Gemeinschaften künftig untersagt, Kollekten wurden verboten – die Kirchen verloren den Status einer juristischen Person. Sodann wurde ihre Existenz auf den Kirchenraum (der vom Staat erbeten werden musste) beschränkt – jegliches öffentliche Auftreten war untersagt. In der Russischen Teilrepublik hafteten mindestens 20 Personen (in der Ukraine: 50 Personen), die den Behörden gemeldet werden mussten, für das der Gemeinde vom Staat zur Kultausübung überlassene Gotteshaus. Diese „Zwanziger" waren die Garanten, oft genug auch die Geiseln des Staates im Umgang mit religiösen Gemeinschaften: Das war der Beginn des Systems der „registrierten" Gemeinden in der Sowjetunion. All diese Verbote und Einschränkungen umrissen den engen politischen und rechtlichen Rahmen, in den sich die Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion bis zum Jahre 1991 fügen mussten.

Einerseits infolge des Bürgerkriegs (1917–1921), andererseits aber auch gesteuert durch die Bolschewiki,[18] kam es seit Herbst 1921 zu einer grauenhaften Hungersnot – nicht nur, aber besonders im Wolgagebiet. In der ganzen Sowjetunion sind in den Jahren 1921/22 ca. fünf Mio. Menschen Hungers gestorben; im deutschen Wolgagebiet waren es wohl an 50 000 Erwachsene und 60 000 Kinder, unter den Schwarzmeerdeutschen sind um 50 000 verhungert; vermutlich lagen die Zahlen noch höher.[19]

> „Fast alle hungern. […] Im Januar dieses Jahres starben 60 000 Personen, darunter viele Evangelische. […] Das ‚teure' Sterben treibt so manchen zum Selbstmord. Eine halbverhungerte Frau sprang in die Newa, um den Angehörigen die Beerdigungskosten zu ersparen."[20]

16 Vgl. den Band P. Maser/J. H. Schørring: Zwischen den Mühlsteinen. Hierin wichtig für den Kontext dieses Beitrages – G. Stricker: Die Ev.-Luth. Kirche in Rußland, S. 63–120.

17 Vgl. P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 648 f. – dort der Text.

18 Vgl. D. Brandes: Die Wolgarepublik, S. 137–139.

19 Vgl. S. Sinner: The Open Wound, S. 34 (2).

20 Ebd., S. 23 (2) – nach einem zeitgenössischen Bericht.

Unter dem Vorwand, der hungernden Bevölkerung müsse geholfen werden, initiierte Lenin die berüchtigte „Konfiszierung kirchlicher Wertgegenstände“ 1922/23: Kirchenschätze sollten verkauft und dafür im Ausland Lebensmittel für die Hungergebiete gekauft werden. Lenin ging es nicht so sehr um die Sache selbst: Der Reingewinn der Aktion floss überwiegend in die Parteikasse und wurde zum Aufbau der Roten Armee verwendet. Lenin sah vielmehr die Konfiszierungsaktion als günstige Gelegenheit, eine Konfrontation mit den Kirchen herbeizuführen und diese dabei entscheidend zu schwächen. In einem Schreiben an die Parteiführung erklärte Lenin:

> „[…] gerade jetzt [müssen wir] der schwarzhundertschaftlich gesonnenen Geistlichkeit die erbittertste und schonungsloseste Schlacht liefern und ihren Widerstand mit einer Grausamkeit brechen, die sie in einigen Jahrzehnten nicht vergessen wird.“

Der Prozess gegen die Gegner der Konsfiszierungen sei

> „so schnell wie möglich abzuwickeln und nicht anders zu beenden als mit Erschießung einer großen Zahl der einflußreichsten und gefährlichsten klerikalen Schwarzhundertschaftler. […] Je größer die Zahl von Vertretern der […] Geistlichkeit ist, die es uns bei dieser Gelegenheit zu erschießen gelingt, desto besser. Gerade jetzt muß diesen Leuten eine solche Lektion erteilt werden, daß sie auf Jahrzehnte hinaus nicht wagen, an Widerstand auch nur zu denken.“[21]

Zahlreiche Schauprozesse wie derjenige gegen 86 Orthodoxe (1921) und der gegen katholische Kirchenführer (1922), nach welchen der Petrograder Metropolit Veniamin (Kazanskij) und Generalvikar Konstantin Budkiewicz erschossen wurden, hatten die Zwangskonfiszierung von Kirchenschätzen zum Hintergrund. Da die evangelischen Kirchen in Russland in der Regel nicht sehr mit Kirchenschätzen gesegnet waren, blieben ihre Gemeinden von staatlichen Maßnahmen stärker verschont.[22]

1921 gewährte Lenin der „Räterepublik“ eine Verschnaufpause: eine gewisse wirtschaftliche Liberalisierung – die „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP/NEP; bis 1928), nachdem der Kriegskommunismus und die damit verbundene Zwangswirtschaft dem Land nur unvorstellbares Chaos und Hungersnot beschert hatten. Diese vorsichtige wirtschaftliche Liberalisierung wirkte sich auch auf das geistige Klima aus. So durften Baptisten Mitte der 20er Jahre Ausbildungsstätten für Prediger errichten, und bekanntlich konnte auch die Lutherische Kirche 1925 in Leningrad ihr sog. „Predigerseminar“ aufbauen. Der Lutherischen Kirche wurden 1924 und 1929 Generalsynoden gestattet. Schon die erste stand unter klarer Kontrolle der Sowjetorgane, aber noch konnte sie ein gewaltiges Pensum leisten: eine neue Verfassung der Kirche,[23] die einen Leitenden Bischof in Moskau, Theophil Meyer, und einen Bischof in Leningrad, Arthur Malmgren, zuständig für Außenbeziehungen und theologische Ausbildung, wählte. Dagegen

21 P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 675 f.

22 Über einige Fälle von Konfiszierung kirchlicher Wertgegenstände in evangelischen Gemeinden, z. B. in der Petrograder (St. Petersburger) Petrikirche und der Moskauer Michaeliskirche, berichtet O. Licenberger: ‚Evangeličesko-ljuteranskaja cerkov‘ i sovetskoe gosudarstvo, S. 133 ff.

23 R. Stupperich: Kirchenordnungen, S. 231–243.

konnte sich die Generalsynode von 1929 angesichts schon weitgehend erschütterter Strukturen und infolge des Drucks der Sowjetmacht nur noch mit Symptomen, nicht aber mit ihrer Behebung befassen.[24]

Zu treibenden Kräften im Kampf gegen die Kirchen wurden der kommunistische Jugendverband „Komsomol“[25] sowie die Tausenden Zellen des „Verbandes der (militanten) Gottlosen“, der seit 1925 in der ganzen Sowjetunion als Massenorganisation aufgebaut wurde und auf seinem Zenit, im Jahre 1932, 5,2 Mio. Mitglieder zählte.[26] Die „Gottlosen“ und „Komsomolzen“ trugen durch breitgefächerte Aktivitäten (bis hin zu Kirchenschändungen) entschieden dazu bei, das antireligiöse Klima in alle Teile des Riesenreiches zu tragen und die Hemmschwelle bei antikirchlichen Aktivitäten immer weiter zu senken. In den Rayons der Russlanddeutschen gab der Gottlosenverband eine Zeitschrift in Deutsch heraus: „Neuland“.[27]

Wie erwähnt, richteten sich bis Ende der 1920er Jahre die antikirchlichen Maßnahmen vor allem gegen die einstige Staatskirche und ihre Amtsträger. Durch antikirchlichen Terror, vor allem durch grauenhafte Foltern und Quälereien, oft sadistisches Ermorden von Bischöfen, Priestern, Nonnen und Mönchen und Laien sollte das Kirchenvolk eingeschüchtert und der bisherigen orthodoxen Volkskirche abspenstig gemacht werden.[28] Auch die verhasste römisch-katholische Kirche war im Visier der Bolschewiki; obgleich statistisch nicht sehr bedeutend, hatte sie vergleichsweise viele Opfer zu beklagen.[29]

Doch lag diesen Repressionen bis 1929 keine Systematik, keine koordinierte flächendeckende staatliche Planung zu Grunde. Wo sich eine Gelegenheit bot und wie es der Zufall fügte, wurden gläubige Menschen (oft bestialisch) ermordet, gefoltert oder nach antireligiösen Schauprozessen vielfach erschossen. Neben Orthodoxen und Katholiken sind diesem blutigen Kampf gegen die Religion nicht wenige Amtsträger und Laien auch anderer Konfessionen zum Opfer gefallen. Alt-Bischof Heinrich Rathke benennt neun lutherische Pfarrer in der Sowjetunion, die zwischen 1917 und 1929 umgekommen sind – allein fünf in den Revolutions- und Bürgerkriegswirren 1917 bis 1920.[30] Einer davon war Pastor Siegfried Schultz, geb. 1888. Nach einer theologischen Kurzausbildung in Petro-/Leningrad war er 1924 ordiniert worden. Im Mai sandte ihn Bischof Arthur Malmgren nach Omsk, da die Gemeinden dort acht Jahre keinen Prediger gehabt hatten. Ein estnischer kommunistischer Agitator, Puusepp, der vor Wut

24 Vgl. W. Kahle: Geschichte 1917–1938, S. 67–112.

25 Abkürzung aus: **Kom**munističeskij **so**juz **mol**odež'i – „Kommunistischer Jugendverband“.

26 Vgl. S. Firsow: Bund.

27 Vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 382 f.

28 Nach detaillierten Untersuchungen sind allein zwischen Oktober 1917 und 1922 nach Entscheidungen bolschewistischer Schnellgerichte 2 691 Priester, 1 962 Mönche und 3 447 Nonnen erschossen worden – ohne Gerichtsbeschluss: ca. 15 000 orthodoxe geistliche Personen; die Zahl der bis dahin (oft bestialisch) umgebrachten Bischöfe dürfte zwischen 40 und 60 liegen. – Vgl. G. Stricker: Religion in Rußland, S. 86.

29 Vgl. M. V. Škarovskij u. a.: Rimsko-katoličeskaja cerkov', S. 17–22 über den Schauprozess gegen den katholischen Bischof Jan Cepljak und seinen Generalvikar Konstantin Budkiewicz: Letzterer wurde danach am 31. März 1923 erschossen.

30 Vgl. B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 219–229.

darüber schäumte, dass die Menschen Pastor Schultz und nicht ihm, dem kommunistischen Agitator, zuströmten, erschoss ihn am 27. August 1926 auf offener Straße – also keineswegs aufgrund eines Befehls oder einer Planung, sondern aus ganz persönlichem Hass. Über die Beisetzung von Pastor Schultz berichtete ein Augenzeuge:

> „Am 15. September fand hier [in Omsk] die Beerdigungsfeier statt. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt; die Hälfte der Teilnehmer stand vor der Kirche. [...] Auch der katholische und viele russische Priester folgten dem Sarge." Der Mörder wurde gefaßt, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt (und wohl bald wieder freigelassen). Bei seiner Verhaftung habe er geäußert: „Ich habe ihn getötet, weil er ein Konterrevolutionär war, und aus Haß gegen die Geistlichkeit."[31]

Jeder Geistliche, jeder Gläubige in der Sowjetunion war Tag und Nacht, Stunde um Stunde in Angst, welche Schikanen denen folgen würden, die man schon hinter sich hatte. Unruhe, Angst und böse Ahnungen bedrängten auch die Lutheraner. So heißt es in Briefen von Bischof Arthur Malmgren, Leningrad, aus dem Jahre 1929:

> „Seit [...] die brutale Hetze gegen alles, was Religion und Kirche heißt, immer schärfer wird, ist auch das wirtschaftliche Leben unserer Gemeinden von Monat zu Monat schwerer belastet. In schroffster Form werden Ausbesserungen an den Kirchen verlangt, gleichviel ob die Kirchenkasse in der Lage ist, die Zahlungen aufzubringen oder nicht; die Steuerschraube wird immer noch weiter angezogen [...]; und zu allem ist noch ein neues Wohngesetz [...] erlassen worden. Das Gesetz bestimmt, daß die Geistlichen nun nicht mehr den sog. freien Berufen zugezählt sein sollen; sie sind fortan ‚netrudovoj element', d. h. ein nichtarbeitendes, unnützes Element und müssen für jeden Quadrat-Meter Fläche, den sie über 2 Quadrat-Faden Fläche [ca. 4 Quadratmeter – G. S.] bewohnen, einen Zuschlag leisten, der ihnen die Wohnungsmiete um 100–200 Prozent und mehr heraufschraubt." [32]

> „Die Arbeitslosigkeit in den Städten nimmt erschreckend zu. Der Städter ist verarmt und der Bauer verelendet. Die nötigsten Lebensmittel sind nicht mehr zu haben: der Hunger steht vor der Thür und wird bald allenthalben unliebsamer täglicher Gast sein. Die geistige Luft ist zersetzt durch gärende Unzufriedenheit und feindselige Erbitterung, und wird immer mehr vergiftet durch antireligiöse und antisittliche Propaganda. In den Jugendklubs der ‚Gottlosen' und in den Fabriken werden Kino und Radio benutzt, um die geist- und gottlose materialistische Weltanschauung unwiderstehlich einzuprägen." [33]

> „Natürlich ist damit nicht gesagt, daß nun wirklich schon die Kirchen verloren sind. Aber es bedeutet dies das Herannahen einer ernsten Gefahr, insofern als allenthalben die gleiche Taktik beobachtet wird, der zufolge die Massen mobilisiert werden, um durch ihren Spruch auf Änderung zu drängen. Im vorliegenden Fall wurden zunächst die Kinder aufgerufen; ihnen folgen in Kürze die kommunistischen Elternkomités, dann schließen sich wohl die Arbeiter des gegebenen Stadtteils an usw., und über ein Kleines wird dann die Stimme des ‚Volkes' laut, daß die Kirchen auszuliefern seien." [34]

> „‚Unser Pastor ist eben zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er es nicht verhindert hat, daß in seinem Kirchspiel eine Frau mit einer Schar Schulkinder in ihrer Wohnung Choräle geübt hat.' In einem anderen Dorf wird der Pastor gezwungen, bei seinen Gemeindegliedern Unterschriften zu sammeln, damit die Glocken eingeschmolzen werden. [...] Die Pastoren sind aufs Betteln, auf milde Gaben ihrer Gemeindeglieder angewiesen." [35]

---

31 Aus einem Augenzeugenbericht – bei K. Cramer: Notbuch der russischen Christenheit, S. 50 f. Vgl. auch H. Tschoerner: Predigerseminar in Leningrad: auf S. 121 berichtet auch Bischof Malmgren in einem Brief vom 12. Sept. 1926 über diesen düsteren Fall.

32 H. Tschoerner: Predigerseminar in Leningrad, S. 136.

33 Ebd., S. 138.

34 Ebd., S. 139.

35 K. Cramer: Notbuch der russischen Christenheit, S. 52.

Alles zusammengenommen – die materielle Not der einzelnen, der politische Druck auf die Gemeinden und ihre wirtschaftliche Vernichtung, die Drangsalierung von Kirchenleitung und Pastoren, das immer enger werdende Korsett von Verboten und Bespitzelung – führte zu einer Lockerung der Bindungen innerhalb der evangelisch-lutherischen Kirche, um so mehr, als sich ihr Wirkungsgebiet über Zehntausende von Kilometern allein in ost-westlicher Richtung erstreckte. Die Kirchenorganisation stand weitgehend nur noch auf dem Papier. Im Grunde wussten die Kirchenleitenden nicht, wo überhaupt noch Gemeinden loyal zur lutherischen Kirche standen und wo nicht. Die Kirche „zerfaserte" gleichsam. Nur spärliche, und selten gute, Nachrichten kamen von jenseits des Ural. Kirchliches Leben war schon vor 1929 immer größeren Einschränkungen unterworfen gewesen. Stadtgemeinden, die früher vielleicht 5000 Glieder gezählt haben, waren Mitte der 1920er Jahre auf einige Hundert geschrumpft: Großbürgertum, Intelligenz und Mittelstand waren geflohen, viele (einstige) Gemeindeglieder hielten sich aus Angst vor Verfolgung fern. Die Pastoren begann man aus den Pfarrhäusern (Pastoraten) und ihren Wohnungen zu vertreiben und beobachtete sie fortwährend. Auf dem Lande war die Kontrolle durch die Geheimpolizei noch leichter. Schon 1930 formulierte ein Kenner, selbst früher Pfarrer im Russischen Reich gewesen: Die evangelisch-lutherische Kirche in Russland sei „mehr Idee als Wirklichkeit, mehr Wille als Leben, mehr Paradestück für die Sowjetpropaganda im Ausland als Stütze der Gemeinden in Russland. *So wie diese Kirche heute in Russland bestellt ist, kann sie nicht leben und nicht sterben."*[36]

Es wird auf evangelischer Seite zu selten darauf hingewiesen, dass die traditionellen evangelischen und die neo-protestantischen Religionsgemeinschaften durch die Kirchenverfolgungen der 1920er Jahre existentiell nicht in dem Maße bedroht waren wie die orthodoxe und die katholische Kirche. Es ist unbestritten, dass während der 20er Jahre die Freikirchen – Baptisten, Evangeliumschristen, Adventisten und auch Mennoniten – (jedenfalls gegenüber den Orthodoxen) privilegiert waren. Das hing damit zusammen, dass Lenin das sog. Sektentum, dem in Russland bis zum heutigen Tage die neo-protestantischen Freikirchen zugeordnet wurden, als eine revolutionäre Bewegung gegen die zaristische Staatskirche definiert hatte: Er bescheinigte den „Sekten", dass ihre Bewegung „in vielen ihrer Erscheinungsformen zu den demokratischen Strömungen Russlands gehört" habe. Um die Sektenanhänger zu gewinnen, ließ Lenin sogar eine Zeitung speziell für sie herausgeben: „Aus der Welt der Sekten" (wörtlich: Unter Sektenanhängern – *„Sredi sektantov"*), mit der Lenin versuchte, die „Sekten" auf seinen Kurs zu bringen und sie ideologisch im Sinne einer Schwächung der orthodoxen Volkskirche zu instrumentalisieren.[37] Die missionarischen Aktivitäten der Mennoniten und Neo-Protestanten wurden lange nicht behindert, weil die Bolschewiki – irrigerweise – hofften, dass unter dem Repressionsdruck viele Orthodoxe zu den weniger verfolgten „Sekten" überwechseln würden. Junge Baptisten, Mennoniten und andere Freikirchen hatten seit 1919 sogar einige Jahre lang

36 Ebd., S. 46 – Hervorhebung bei Cramer.

37 Vgl. E. Beichler: „Kriegskommunismus", S. 159.

die Möglichkeit, sich offiziell vom Militärdienst freistellen zu lassen; 40 000 junge Männer sollen diese Möglichkeit genützt haben,[38] bis die Sonderregelung nach 1925 aufgehoben wurde. Diese Denominationen bezeichneten aufgrund ihrer bis dahin nicht gekannten Entfaltungsmöglichkeiten die 1920er als ihre „Goldenen Jahre" in der Sowjetunion.

2.2 Lutherische Abspaltung im Wolgagebiet

Dass auch die lutherische Kirche von den Bolschewiki mit Argwohn beobachtet wurde und „operativen" Planungen unterlag, zeigt eine Spaltung, die, von den Sowjets kräftig unterstützt, an die „Erneuerer"-Abspaltung von der Russischen Orthodoxen Kirche erinnert. Das Ziel der Bolschewiki dabei war, durch die von ihnen gesteuerten Abspaltungen die traditionellen „Amtskirchen" zu schwächen. Bei den Lutheranern im Wolgagebiet ging es zunächst um den Wunsch einiger früherer „Küsterlehrer", zu vollamtlichen Pastoren ordiniert zu werden: Das waren die Lehrer der früheren Kirchenschulen (in den deutschen Kolonistendörfern gab es fast nur solche); schon im Zarenreich hatten sie die Pastoren bei deren oft wochenlanger Abwesenheit vertreten:[39] Sie hatten getauft, beerdigt, Konfirmandenunterricht erteilt und den sonntäglichen Gottesdienst (mit einer vom Generalkonsistorium approbierten Lesepredigt) gehalten. Die Bolschewiki hatten jene „Küsterlehrer" aus dem Schuldienst entlassen, die ihren kirchlichen Dienst nicht aufzugeben bereit waren. Manche von ihnen ließen sich von Gemeinden, die keinen Pastor mehr hatten, als Prediger anstellen; faktisch verwalteten sie verwaiste Pfarrstellen, deren Zahl ständig wuchs.[40] Sie beanspruchten, von ihren Gemeinden kräftig unterstützt, die vollen Rechte eines Pfarrers. Als der Oberkirchenrat in Moskau ein solches Ansinnen ablehnte, gründeten die einstigen Küsterlehrer David Schulz und Jakob Fritzler 1919 eine „Freie evangelisch-lutherische und reformierte Gemeinde kongregationaler Verfassung", die, jedenfalls anfangs, im Siegel anstelle des Kreuzes Hammer und Sichel und den Spruch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" führte.[41] Diese Abspaltung wurde 1925 durch hinzutretende Gemeinden im Schwarzmeergebiet gestärkt,[42]

38 Jedenfalls auf dem Papier; in der Praxis war es sehr schwer, diesen Anspruch wirklich durchzusetzen. Vgl. J. Reimer: Auf der Suche nach Identität, S. 41.

39 Vgl. G. Stricker: Die Schulen der Wolgadeutschen.

40 Siehe Statistik S. 147 f.: Von den 178 Kirchspielen in der Sowjetunion des Jahres 1919 waren 1921 nur noch 89 besetzt: Pastoren, die aus den neuen Staaten Estland und Lettland und aus Finnland stammten, konnten die „Räterepublik" verlassen, was sie oft fluchtartig taten; auch manche deutsche Pastoren verließen die Räterepublik: Bischof Theophil Meyer prägte das bittere Wort „Pastorenflucht".

41 Vgl. O. Licenberger: Evangeličesko-ljuteranskaja cerkov' v istorii, S. 354: Hier die Abbildung eines solchen Siegels – den runden Rand bilden die Worte (in Deutsch): „Gebiets Vollzugskomitee der Evangelischen Kirche" in kleinerer Schrift liest man auf der zweiten Zeile: „im Wolgagebiet zu Balzer". Das Zentrum des Siegels bilden Hammer und Sichel, worunter in Russisch „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" geschrieben ist. Darum herum, ebenfalls kreisförmig, steht: „Rossijskaja Socialističeskaja Federativnaja Sovetsk. [sic] Respublika".

42 Vgl. W. Kahle: Evangelische Freikirchen, S. 68–70: 6 Gemeinden um Odessa, 17 im Wolgagebiet, 11 im Raum Ufa, 16 in Sibirien, 16 im Kaukasus, 3 in Wolhynien, 13 im Raum Prischib (Schwarzmeergebiet). Allerdings handelte es sich jeweils um Gemeinden von nur wenigen Gliedern – einige Gemeinden standen nur auf dem Papier. Vgl. auch: G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 387; vgl. auch O. Licenberger: Evangeličesko-ljuteranaskaja cerkov' i sovetskoe gosudarstvo, S. 188–205.

an deren Spitze der schon früher vom Oberkirchenrat suspendierte Pfarrer Eduard Luft stand.[43]

Mit der Gründung der „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen" im Jahre 1924 wurde die Sozialistische „Arbeitskommune des Gebietes der Wolgadeutschen" (seit 1918) in der sowjetischen Territorialhierarchie zwar auf eine höhere Stufe gestellt, doch hat sie in Wirklichkeit nie wirkliche Autonomie erlangt.[44] Da es nie genügend wolgadeutsche Parteigenossen gab, saßen in der deutschen Wolgarepublik Russen in stets wachsender Zahl an allen Schaltstellen von Partei, Verwaltung, Geistesleben und Wirtschaft. Immerhin blieben die deutsche Amtssprache und das deutschsprachige Schulwesen[45] erhalten. Sogar eine deutsche Pädagogische Hochschule in Pokrowsk/Engels hat es seit 1929 gegeben: Sie musste 1936 den Betrieb einstellen, nachdem alle deutschen Dozenten verhaftet waren.[46]

3. Vernichtung der Kirchen im Zuge der „Großen Säuberungen"

3.1 Entkulakisierung und Religionsgesetz 1929

Nach Lenins Tod 1924 brauchte Stalin einige Jahre, um seine Macht zu festigen. 1928 war es so weit: Mit einer Reihe von Maßnahmen bereitete er der etwas liberaleren „Neuen Ökonomischen Politik" ein jähes Ende: Die entscheidenden Maßnahmen – die Zwangskollektivierung („Entkulakisierung") – hatten die Abschaffung jeglichen Privateigentums zum Ziel. Dieser Vernichtung privaten Eigentums und Vermögens folgte ein Jahr später die Weichenstellung zur Vernichtung allen religiösen Lebens, jedenfalls seiner sichtbaren Erscheinungsform. Das Religionsgesetz von 1929[47] hatte keinen anderen Zweck, als den „Organen" ein Instrumentarium an die Hand zu geben, mit dem sie alle Religionsgemeinschaften – ob christlich, islamisch, jüdisch, buddhistisch – mit scheinlegalen Mitteln lahmlegen konnten.

In die Jahre nach der Zwangskollektivierung, 1928 bis 1934, fielen Massendeportationen von sog. „Kulaken". Als „Kulaken" galten in der bolschewistischen Terminologie ursprünglich Privatbauern mit eigenem Land, die – das war entscheidend – Leute beschäftigten: Agrar-Kapitalisten. Diese galt es zu „liquidieren". Es kam dann zu einer – zielgerichteten – semantischen Erweiterung: Als Kulaken wurden bald alle Bauern diffamiert, die sich weigerten in die Kolchose, ins Kollektiv einzutreten; sie wurden als Antikommunisten beschimpft und unterlagen zahllosen Repressionen. Schließlich erfuhr das Wort noch eine Begriffserweiterung: „Kulak"

43 Vgl. G. Stricker: Die Ev.-Luth. Kirche in Rußland, S. 90–94 und 109–120. Diese Bewegung hat sich spätestens Anfang der 1930er Jahre verlaufen bzw. ist mit allen Religionsgemeinschaften in Stalins „Großem Terror" vernichtet worden.

44 Vgl. D. Brandes: Die Wolgarepublik.

45 Vgl. G. Stricker: Bildungswesen.

46 Vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 475 f.

47 Dekret „Über die religiösen Vereinigungen" vom 8. April 1929; deutsch in Auszügen bei P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 735–738.

wurde zum Synonym für „Sowjetfeind“. Mit diesem „Totschlagwort“ konnte jeder denunziert werden: Nachbarn, die einen ärgerten oder eine schönere Wohnung hatten, Kollegen, die der eigenen Karriere hinderlich im Weg standen – oder aber Geistliche und Gläubige: eine anonyme Anzeige, dieser oder jener sei ein „Kulak“, regelte die Angelegenheit auf einfachste Weise: Die Beschuldigten wurden nach einem Schnellgerichtsverfahren durch die berüchtigte „Troika“[48] meist zur Deportation verurteilt. Augenzeugen berichteten von endlosen Wagenkolonnen mit „Kulaken“-Familien, die oft zu Zehntausenden aus dem europäischen Teil der Sowjetunion den Weg in die sibirische Verbannung antreten mussten – unbescholtene Bürger und Bauern, die oft selber nicht genau wussten, weswegen sie „verschickt“ wurden. In den Jahren 1929 bis 1933 wurden allein aus der Deutschen Wolgarepublik 60 000 „Kulaken“-Familien deportiert; und für die gesamte europäische Sowjetunion ist allein für die Jahre 1930 bis 1931 die unvorstellbare Zahl von 1,8 Millionen deportierten „Kulaken“-Familien bekannt; die Sterblichkeit der Kinder der Deportierten lag bei 15 %.[49] – Religiöse Hintergründe mögen bei diesen Deportationen auch eine Rolle gespielt haben, aber sie wurden in den Protokollen und Deportationsbefehlen in der Regel nicht genannt.

Briefe von Zeitgenossen – verzweifelte Hilferufe („Rettet, rettet, rettet uns!“) – gehen noch heute unter die Haut:

> „Man will diese Leute [= „Kulaken“ – G. S.] nach dem Norden, nach Sibirien in die Wälder schicken zum Holzfällen. In unserer [...] Zeitung war gestern der Befehl, mit der Kulakenklasse aufzuräumen. [...] Heute wurde beim Nachbar alles aufgeschrieben, alles, jedes Taschentuch, obzwar noch kein Grund vorlag, so vorzugehen, denn noch war er allen Steuerpflichten nachgekommen. Den stimmlosen[50] Kulaken gibt man den Stab in die Hand und treibt sie vom Hof. Wer nicht in die Kollektive übergeht, wird als Kulak angesehen und vertrieben.“[51]

> „[...] hier [in der Provinz – G. S.] herrscht volle Willkür der Ruchlosen. [...] Da ist kein Ansehen der Person und der Lage – ob eine Frau nahe der Geburt, ob ein halbes Dutzend kleiner Kinder; ohne eine Kopeke Geld, ohne Brot und Kleider werden die Leute auf die Straße getrieben, die Männer auf 2–3 Jahre eingesteckt, ohne ein Versehen ihrerseits. Goldene Zähne werden [...] aus dem Mund gerissen, daß das Blut läuft. Wenn das nur ein Arzt machen würde, aber hier besorgt das ein junger Kuhhirt mit der Kneifzange. [...] Jeden Tag wird das wüste Treiben ärger, jeden Tag nimmt die Willkür zu.“[52]

Das Religionsgesetz von 1929[53] war gleichsam das geistliche Pendant zur Liquidierung des Privateigentums durch die Zwangskollektivierung („Entkulakisierung“). Dieses Dekret hatte im Grunde genommen nur einen Zweck: den Lebensraum der religiösen Gemeinschaften so einzuengen, dass sie praktisch mit jeder Lebensäußerung gegen einen Paragraphen dieses Dekrets

48 Russ. troj = drei. Diese „Troika“ bestand aus dem Vorsitzenden einer solchen „Verhandlung“, seinem Stellvertreter und einem Sekretär – kein Verteidiger; in der Regel handelte es sich nicht um Juristen, sondern um Vertreter der Partei.

49 Vgl. D. Brandes: Die Wolgarepublik, S. 197 f.

50 Kulaken hatten kein Wahlrecht, waren also bei einer Wahl nicht „stimm“berechtigt, hatten keine „Stimme“: daher „stimmlos“.

51 K. Cramer: Notbuch der russischen Christenheit, S. 56.

52 Ebd., Brief vom 5. Februar 1930.

53 Seine offizielle Bezeichnung war: „Über die religiösen Vereinigungen. Beschluß des Allrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare“ vom 8. April 1929. Auszüge des Wortlautes des Dekrets bei P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 735–738.

verstießen und so den „Organen“ die Möglichkeit zum Eingreifen boten. Bischof Arthur Malmgren schreibt Prof. D. Franz Rendtorff, dem Präsidenten des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig, voller Sorgen darüber am 2. Juli 1929:

> „Die Verfügung des allrussischen centralen Exekutivkomités und Rates der Volkskommissare über die ‚religiösen Gemeinschaften‘ [...] wird in den nächsten Wochen rechtgiltig [sic] werden. Diese Verfügung bedeutet mit ihren 68 Paragraphen – entsprechend der herrschenden feindseligen Stimmung – die Ansage eines unerbittlichen Kampfes, eines Kampfes womöglich bis zur Vernichtung. In den ersten Paragraphen wird zunächst [...] nur in schrofferer Form wiederholt – was schon galt, daß nämlich eine religiöse Genossenschaft keine juridische Person ist und darum weder Bauten noch bewegliches Inventar käuflich erwerben noch mieten darf. Auch darf eine solche Genossenschaft nicht aus freiwillig gespendeten Mitteln einen Fonds zu Unterstützungen bilden, noch überhaupt Unterstützung gewähren.“ [54]

Die sog. „religiöse Propaganda“, d. h. jegliche Form der Katechese wo auch immer, wird untersagt. Erst im Alter von 18 Jahren dürfen junge Menschen mit Religion in Berührung kommen. Es wird noch einmal ganz klar ausgedrückt, dass kirchliche Gebäude, die der Staat einer Gemeinschaft „zur kultischen Nutzung“ überlassen hat, jederzeit entzogen werden können, falls das Gebäude für „gesellschaftliche Zwecke“ benötigt wird. Bischof Malmgren klagt zu Recht am heftigsten über § 17, wo es heißt:

> „Den religiösen Vereinigungen ist verboten: a) Unterstützungskassen, Kooperativen oder Produktionsgenossenschaften zu gründen [...]; b) ihren Mitgliedern materielle Unterstützung zu gewähren; besondere Gebets- und andere Versammlungen für Kinder, Jugendliche und Frauen wie auch allgemeine Versammlungen, Gruppen, Kreise [...] zu organisieren, die biblischer, literarischer, handarbeitlicher [...] Beschäftigung, dem Religionsunterricht oder ähnlichen Zwecken dienen, Ausflüge durchzuführen [...], [...] Bibliotheken einzurichten [...] In Häusern und Räumlichkeiten, die Gebetszwecken dienen, dürfen nur solche Bücher aufbewahrt werden, die zur Verrichtung des betreffenden Kults notwendig sind.“ [55]

„Dieser Paragraph“, schreibt Bischof Malmgren an Rendtorff weiter,

> „legt im Grunde genommen alles Gemeindeleben lahm, und läßt nur noch den kultischen Gottesdienst bestehen. [...] Erst wenn man den Paragraphen an das Leben heranbringt, erst dann wird man gewahr, wie bitter und böse er ist. [...] [Zum Beispiel ...] Gottes Wort darf der Jugend nicht früher gesagt werden, als bis daß sie das 18-te Lebensjahr vollendet hat, d. h. bis daß sie voraussichtlich die Mittelschule beendet hat. Es ist klar, daß die Jugend dann für die Kirche verloren ist, es sei denn, daß der Einfluß eines christlichen Elternhauses stark genug ist, dem Einfluß der antichristlich gewordenen und politisch energisch arbeitenden Schule die Spitze zu bieten. In den meisten Fällen wird dies nicht sein – denn abgesehen von der Feigheit und Lässigkeit der Eltern – es können ja solche Kinder, die sich als religiös bekennen, auf keine Weise in die Hochschule gelangen oder irgendeinen praktischen Beruf ergreifen. Wir haben dennoch bisher versucht, die Jugend für uns zu gewinnen: einmal durch privaten Unterricht, den wir in den Häusern hin und her einrichteten, und sodann durch den Konfirmandenunterricht, den wir Kindern geben durften, die das 15-te Lebensjahr vollendet hatten. – Diese beiden Wege sind uns fortan durch obigen § 17 versperrt!“ [56]

54 H. Tschoerner: Predigerseminar in Leningrad, S. 140.

55 P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 736.

56 H. Tschoerner: Predigerseminar in Leningrad, S. 141.

Das Religionsdekret von 1929 leitete die systematisch betriebene Verfolgung aller Religionen, Konfessionen und sonstigen religiösen Gruppen ein – mit massenhafter Schließung von Kultstätten, die begleitet wurden von großangelegten antireligiösen Kampagnen. Das Religionsdekret von 1929 leitete den entfesselten Kampf gegen alle religiösen Gruppen im Lande ein, weil sie einen anderen Glauben lehrten als den an die Kommunistische Partei und an ihren genialen Führer, Josef Wissarionowitsch Stalin. Ein Beispiel für die rücksichtslose Umsetzung des neuen Religionsdekretes von 1929 bietet das lutherische Predigerseminar in Leningrad, dem Schritt für Schritt die Existenzgrundlage (finanziell, technisch und personell) entzogen wurde, bis es schließlich 1934 erlosch.

3.2 Das Leningrader Predigerseminar

War der Pastorenmangel schon charakteristisch für die Zarenzeit gewesen, so wurde dieses Problem in der Sowjetzeit noch viel drängender, da die frühere Ausbildungsstätte, die theologische Fakultät der deutschen Universität zu Dorpat (Tartu) nunmehr auf dem Territorium des Freistaates Estland lag. Zudem hatte bis 1925 mehr als die Hälfte aller im Inneren des Reiches tätig gewesenen lutherischen Pfarrer[57] die bolschewistische Räterepublik verlassen. Mehr oder weniger heimliche Versuche von Petrograder Pastoren, durch private theologische Kurse die Lücken in der Pfarrerschaft wenigstens stellenweise zu schließen, hatten zwar einen gewissen Erfolg (elf künftige Pfarrer[58] sind bis 1925 so ausgebildet worden); doch das war das Ergebnis der höchsten Anspannung aller vorhandenen Kräfte – eine Anspannung, die nicht beliebig durchgehalten werden konnte. Nur ein theologisches Seminar war auf Dauer in der Lage, die Ausbildung von Pastoren zu gewährleisten. Nach mancherlei Schwierigkeiten und Rückschlägen konnte im September 1925 dieses Predigerseminar[59] seine Tätigkeit aufnehmen. Die jüngste Studie dazu[60] mit zahlreichen Briefen seines Rektors, des Bischofs Arthur Malmgren, vermittelt eine deprimierende Vorstellung davon, wie sehr das Seminar im Würgegriff der GPU stand und schließlich 1933/34 darin erstickte. Viele Namen der Dozenten und der meisten Seminaristen begegnen uns in der folgenden Märtyrerliste.

Bischof Arthur Malmgren erwähnte in seinen Briefen[61] zahllose Fälle des Eingreifens der „Organe", die davon zeugen, wie hilflos die Kirche, die Bischöfe und die Pfarrer gegenüber den staatlichen Repressionen waren. So war zum Beheizen des Predigerseminars einmal Holz gekauft worden, dessen Herkunft angeblich dubios war. Die „Organe" nutzten die Gelegenheit zu einem Schauprozess, der drei-vier Wochen hingezogen wurde – damit die Parteipresse den

57 1917: 189 Pastoren, 1924: 81 Pastoren – vgl. G. Stricker: Das kirchliche Leben, S. 144–162, hier: S. 150.

58 Vgl. J. Schnurr: Die Kirchen und das religiöse Leben, S. 233.

59 Offiziell mußte es „Biblische Kurse" (Biblejskie kursy) genannt werden, weil die Bolschewiki weder das Wort „theologisch" noch „Seminar" in der Bezeichnung zuließen (selbst „Seminar" klang ihnen zu kirchlich).

60 Vgl. H. Tschoerner: Predigerseminar in Leningrad.

61 Ebd., speziell S. 184–188.

Vorgang ausgiebig im antikirchlichen Sinne ausschlachten konnte. Bischof Malmgren schrieb am 5. Oktober 1932 darüber nach Berlin:[62]

> „Der große Schauprozeß wegen Holzdiebstahl [...] [wollte] immer noch nicht zu Ende kommen.[63] Gestern in der Nacht ist das Urteil gesprochen worden, ein hartes Urteil, das u. a. 20 Todesurteile vorsieht. Ich persönlich bin weder als Angeklagter noch als Zeuge in den Prozeß hineingezogen worden, obwohl mein Name wiederholt genannt und geschmäht wurde. Dagegen mein Schwiegersohn, Pastor Behrendts, saß auf der Anklagebank, ist von den Richtern wie vom öffentlichen Ankläger aufs gröblichste gehöhnt und endlich zu 3-jähriger Verbannung in ein Konzentrationslager verdammt worden unter gleichzeitiger Konfiskation des gesamten Eigentums."[64]

In einem Brief vom 10. Dezember 1932 sah Bischof Malmgren das Schicksal der Kirche in Russland prophetisch voraus:

> „Das Evangelium wird bleiben, auch ein Häuflein Gläubige werden [sic] hier und da bleiben, die den Satan nicht anbeten und die Knie vor dem Zeitgeist nicht gebeugt haben und nicht beugen werden – aber für die organisierte evangelische Kirche in Sowjetrussland ist wohl das Ende nahe herbeigekommen. Es mehren sich die Fälle, wo Pastoren ihr Amt aufgeben und einen Sowjetdienst suchen. Auch einen Lektor des Seminars, den Pastor Reichert, habe ich soeben davongehen sehen. Er ist mir nicht gewaltsam entrissen, wie viele früher, nein – er ist unter den Einfluß der G.P.U. geraten und eigenwillig geschieden, indem er nicht unterließ, mir die größten Ungelegenheiten zu bereiten."[65]

Wenige Wochen später (am 1. Januar 1933) schreibt er:

> „[...] das Schicksal des Seminars [...] [ist] nicht mehr aufzuhalten. Es geht zu Ende mit ihm. Ich werde es kaum noch halten können. Mit teuflischer Bosheit wird mir von allen Seiten der Boden unter den Füßen entzogen. [...] Beschwert ist mir das Herz, wenn ich an meine arme mißhandelte Kirche in Russland denke; mit bitterer Empfindung sehe ich, daß die Sterbestunde des Seminars nicht mehr fern sein kann [...]"[66]

Und in einem Brief vom 18. Januar 1933 heißt es:

> „Es geht hier nicht mehr. Die Zerrüttung und die Verwüstung der kirchlichen Verhältnisse ist nicht mehr aufzuhalten. Die Lage der Dinge ist [...] um vieles schlimmer und ernster geworden. Im Predigerseminar habe ich alle meine Mitarbeiter verloren. [...] Aber neue Lehrkräfte kann ich nun nicht mehr anwerben, sie scheuen sich alle vor den geheimen und offenen Drohungen."[67]

Bischof Malmgren berichtet auch von einer anstehenden Pfarrerwahl an der St. Annenkirche:[68] Die Politische Polizei GPU verlange, dass ein bestimmter älterer Pastor gewählt werde, der als GPU-Mitarbeiter bekannt war, und verbiete die Wahl des jungen energischen Vikars, und die Polizei habe gedroht:

---

62 Solche Briefe konnten natürlich nur heimlich über das deutsche Generalkonsulat in Leningrad expediert werden.

63 Begonnen hatte der Prozess am 14. September 1932 und endete um den 15. Oktober.

64 H. Tschoerner: Predigerseminar in Leningrad, S. 173.

65 Ebd., S. 179. Malmgren äußerte sich oft in dem Sinne, daß Pastor Bruno Reichert GPU-Spitzel gewesen sei. Dieser Verdacht wurde bisher nicht erhärtet. Bruno Reichert wurde 1938 erschossen: Diesem Schicksal sind auch viele Spitzel nicht entgangen.

66 Ebd., S. 182.

67 Ebd., S. 184.

68 In der geräumigen St. Annenkirche waren die Unterrichtsräume des Predigerseminars untergebracht – insofern war es für die Existenz des Seminars von eminenter Wichtigkeit, wer dort zum Pfarrer gewählt wurde.

> „Sollte die Gemeinde [...] sich wider Erwarten dennoch für den Vikar entscheiden wollen, so werde der gesamte Kirchenrat administrativ gemaßregelt und die Kirche geschlossen werden. – – Natürlich wird sich die Gemeinde, eingeschüchtert und geängstigt durch alle die letzten Vorgänge, fügen. Der Vikar aber wird, da er dann keine Aufenthaltsberechtigung mehr hat, die Stadt verlassen müssen. Und auch ich werde [...] in Leningrad nicht mehr bleiben können, [...] sondern nur noch auf dem flachen Lande, 100 km von der nächsten Stadt entfernt. [...] Was soll ich dann noch in Russland? [...] Ich bin des 15-jährigen, aussichtslosen Kampfes müde, meine Widerstandskraft ist zermürbt [...]“.[69]

1934 ist das Seminar buchstäblich erloschen. In den etwa acht Jahren seines Wirkens haben 57 Seminaristen die dreijährige Ausbildung abgeschlossen und sind ordiniert worden. Malmgren selbst resümierte:

> „[...] 7 [von ihnen] sind freiwillig unter dem Eindruck der Verfolgungen [...] vom Amt zurückgetreten, 12 verhaftet und verschickt, 9 sind zur Ableistung ihrer Wehrpflicht einberufen und 7 warten auf ihren selbständigen Predigerdienst. Von den insgesamt 57 Absolventen sind also nur 16 gegenwärtig im geordneten Amt. 34 sind nicht im Amt und 7 noch nicht im Amt.“[70]

3.3 Das Ende der sichtbaren Kirche

Der „Große Stalin-Terror“ bzw. die „Großen Säuberungen“, ausgelöst durch das (von Stalin selbst angeordnete) Attentat auf Sergej Kirow[71] (am 1. Dezember 1934), führte 1935 bis 1938 zu den grausamsten Repressionen in der gesamten Sowjetgeschichte. Stalins Verfolgungswahn ließ ihn überall Gegner wittern. In der Partei wurde „gesäubert“, in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in der Generalität und im Offizierscorps – noch stärker aber fielen Gruppen den „Säuberungen“ zum Opfer, die ohnehin nicht in die „Sowjetlandschaft“ passten, z. B. die Religionsgemeinschaften.

Die Gotteshäuser christlicher und nicht-christlicher Religionsgemeinschaften, bis 1930 meistenteils noch in (wenn auch stets gefährdeter) Nutzung der Gemeinden, wurden nun alle bis 1938 geschlossen; die letzten zehn lutherischen Pastoren waren schon 1937 verhaftet worden. Die Pfarrerstatistik seit 1929 sieht (für die 178 Kirchspiele) folgendermaßen aus: 1929: 90 Pastoren, 1930: 83, 1932: 53, 1933: 34, 1934: 32, 1935: 24, 1936: 10, Ende 1937: 0.[72] Da in diesen Zahlen sowohl Neuzugänge aus dem Predigerseminar als auch Verhaftungen enthalten sind, sei diesen Zahlen zur Verdeutlichung der Lage noch eine Statistik der Verhaftung lutherischer Pastoren an die Seite gestellt: 1929: 8, 1930: 15, 1931: 2, 1932: 0, 1933: 4, 1934: 15, 1935: 14, 1936: 7, 1937: 10.[73] Charakteristisch ist die hohe Verhaftungsrate nach dem Erlass des Religionsgesetzes von 1929 (1929 und 1930) sowie die totale Vernichtungsstrategie seit 1934.

---

69 Ebd., S. 184 f.

70 Ebd., S. 83.

71 Eigentlich: Sergej Mitronovič Kostrikov, 1886–1934. Mitglied des Politbüros der KPdSU und Sekretär des Zentralkomitees der Partei, einer der engsten Mitarbeiter Stalins.

72 Vgl. W. Kahle: Geschichte, S. 326.

73 Vgl. ebd., S. 325, Anm. 4 – diese 1974 zusammengestellte Statistik bedürfte sicher dieser oder jener Korrektur, aber sie zeigt doch deutlich die allgemeine Tendenz.

Die Kirchen wurden versiegelt, die Pfarrer mussten die Pfarrhäuser („Pastorate“) verlassen, aber sie selbst wurden oft noch nicht verhaftet. In einem bewegenden Brief aus dem Jahre 1931 schildert ein Wolgadeutscher das Schicksal eines solchen Geistlichen: „Jeder, der den Pastor aufnimmt, läuft Gefahr, alsbald [...] aus dem Kollektiv hinausgeworfen und ausgesiedelt[74] zu werden.“ Dann berichtet der Briefschreiber, dass eine Nachbarin, die dem bei den Bolschewiki privilegierten Stand der „Armbauern“ angehörte, dem Pastor ein Zimmerchen überlassen hätte, damit er wenigstens ein Dach über dem Kopf habe. Daraufhin sei die Nachbarin aus der Klasse der Armbauern ausgestoßen und den Staatsfeinden – den „Kulaken“ – zugeordnet worden, die die meisten Steuern zahlen mussten; schließlich habe man sie ganz aus der Kolchose ausgeschlossen. Dann heißt es in dem Brief weiter: „Da gab man ihr den wohlgemeinten Rat, den Pfaffen aus dem Haus zu schaffen, dann könnte alles wieder gut werden.“ Der Pfarrer hatte Verständnis für die Lage seiner Gastgeberin und zog weiter.

> „Kaum war er fort, so wurden ihr die unmenschlichen Steuern erlassen. Bald wurde sie wieder ins Kollektiv aufgenommen. [...] Den Pastor aber wagt niemand dauernd aufzunehmen, und so geht er denn von Haus zu Haus und wohnt hier einige Tage oder Wochen, um (wenn zwar nicht ihm, aber dem armen Bauer) der Boden zu heiß wird – wieder weiterzuwandern. Die Leute sagen: ‚Wie früher der Gemeindebulle‘, und weinen.“[75]

Wie sich das Schicksal der verhafteten oder auch untergetauchten Pfarrer im Einzelnen gestaltete, ist auch jetzt nur zum Teil bekannt. Einen tiefen Eindruck vermitteln die Zeugnisse von Pastor Eugen Bachmann:[76] Er hatte im kasachischen Akmolinsk/Zelinograd (heute: Astana, die Hauptstadt Kasachstans) die erste lutherische Gemeinde in der Sowjetunion nach dem Krieg gesammelt, die amtlich anerkannt („registriert“) wurde (1956). Nur wenige Informationen haben wir vom Schicksal repressierter Laien; erst nach der „Wende“ wagen ihre Kinder und Enkel, darüber zu berichten. Ein Teil der Verhafteten wurde erschossen. Die meisten, die im GULag umgekommen sind, wurden Opfer der Lebensbedingungen im GULag, d. h. sind durch Unfälle im Bergbau, im Steinbruch oder beim Holzschlag umgekommen, sind verhungert, erfroren oder vor Erschöpfung oder Krankheit gestorben. Nicht selten fielen Geistliche offenbar auch Verbrechen der Lagerführung und krimineller Häftlinge zum Opfer.

Erich Schacht, ein lutherischer „Bruder“ aus Wolhynien, war Ostern 1935 wegen seiner unerschrockenen Glaubenshaltung, wegen heimlicher religiöser „Aktivitäten“ (wie Gebetsversammlungen) und wegen Briefkontakten mit dem kapitalistischen Ausland („konterrevolutionäre Arbeit“) in der Gegend von Schitomir verhaftet worden und erwartete im Gefängnis seine Verurteilung. Zum Jahre 1935 beobachtete er:

> „Ende Mai 1935 wurde es sehr lebhaft im Gefängnis. Tag und Nacht wurden Menschen gebracht. In meiner kleinen Zelle waren wir jetzt schon 13 Menschen. Das Fenster war klein, wir hatten kaum Luft. [...] Das Wasser wurde uns

74 D. h.: nach Sibirien deportiert zu werden.

75 G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 383.

76 E. Bachmann: In IHM geborgen, S. 205–242.

> auch versagt. 17 Tage dauerte diese Menschenanlieferung. Dann kam eine Kommission, als „GPU-Troika" bekannt, die das Urteil über einen jeden sprach. Im Abstand von zwei Minuten wurde einer nach dem anderen zu Haftstrafen von fünf oder zehn Jahren verurteilt. Die Verurteilten wurden gleich auf den Weg ins Lager geschickt. […] Frau Uhle wurde geholt und nach Kiew abtransportiert. Von da an kam keine Nachricht mehr über sie. Selma schrieb mir, daß Lehrer Grünke, seine Frau Grete und alle anderen deutschen Lehrer verhaftet worden seien, unabhängig davon, ob sie Kommunisten waren oder nicht."[77]

Erich Schacht wurde zu drei Jahren Lager verurteilt, die er in einem Lager bei Murmansk (250 km nördlich des Polarkreises) abarbeiten mußte. Über das Jahr 1937 berichtet er:

> „Immer neue Häftlinge kamen an und lösten die zu Tode gequälten ab. Immer unerträglicher wurde es im Lager. […] Diebe stahlen von dem wenigen, so daß die Mahlzeiten immer kleiner wurden. Aber niemand kümmerte sich darum. Und so griffen Schwäche, Krankheit und Sterben um sich. – In diesem Winter fing auch Jeschows[78] Bande mit dem Erschießen an. […] In der Nacht kam der NKWD[79] und holte die auf der Liste stehenden Sträflinge auf ein kleines Schiff. Dort wurden sie angeschnallt. Bis zu 50 Personen wurden mit einer Ladung auf die Insel gebracht, wo sie noch in derselben Nacht erschossen und ihre Körper durch eine Walzenmühle gedreht wurden. Die menschlichen Leiber wurden zu Fleischstücken auseinandergerissen, die mit Wasserdruck in den Fluß geschleudert wurden."[80]

Die gesamte Sowjetunion wurde seit den 1930er Jahren mit einem System von Straflagern[81] – dem berüchtigten GULag[82] – überzogen, in denen gegen Ende der Sowjetunion mehr als zehn Millionen Menschen eingesperrt waren. Jedes dieser Straf- und Arbeitslager bildete (und bildet zum Teil noch heute) einen eigenen Komplex mit Tausenden und manchmal Zehntausenden Häftlingen. In Sowjetzeiten bildeten die dort erwirtschafteten Erträge einen festen Posten im Staatsbudget. Die ersten Lager entstanden bereits Anfang der 1920er Jahre; traurige Berühmtheit erlangte schon früh der Gefängniskomplex auf der Solowki-Insel im Weißen Meer – in den berühmten Klosteranlagen; der Lagerkomplex erstreckte sich bis aufs Festland, bis Archangelsk. Hier gab es auch eine Abteilung für Geistliche,[83] in die – wie aus den Kurzbiographien ersichtlich – auch lutherische Pastoren verschickt wurden. 1931 entstand der berüchtigte Lagerkomplex bei Workuta in der Komi-Republik (Nordural) mit zeitweise 100 000 Gefangenen. Die Lager am Nördlichen Eismeer wurden zur Metapher für das Grauen des Stalinismus.

77 E. Schacht: In Rußland erlebt, S. 53 f.

78 Jeschow = Ežov, Nikolaj Ivanovič, leitete als Chef des NKWD und Vertrauensmann Stalins die schlimmste Phase der Großen Säuberungen (1936–1938); daher wird diese Phase „Ežovščina – Jeschowschtschina" genannt.

79 Narodnyj Kommissariat Vnutrennych del – eigentlich: Innenministerium; gemeint ist aber die Politische Polizei des Innenministeriums, die die frühere GPU abgelöst hatte.

80 E. Schacht: In Rußland erlebt, S. 66.

81 1980 rechnete man in der Sowjetunion mit 1976 solchen Lagern – vgl. A. Shifrin: UdSSR Reiseführer, S. 12.

82 Abkürzung für: Glavnoe upravlenie lagerej – Hauptverwaltung der Lager.

83 Berühmt wurde eine Deklaration von orthodoxen Bischöfen und Geistlichen aus dem Jahre 1926, die auf die Solowki-Insel verbannt worden waren. Text bei P. Hauptmann/G. Stricker: Orthodoxe Kirche, S. 716–723.

4. Unter dem Deportationsregime 1941 bis 1955

Am 22. Juni 1941 erfolgte der Einmarsch der deutschen Armeen in die Sowjetunion. Viele derer, die zwischen 1934 und 1938 verhaftet worden waren, hatten ihre Lagerfrist gerade hinter sich gebracht und wollten sich in der – übrigens sehr eingeschränkten – Freiheit neu etablieren,[84] als der sowjetische Rundfunk die schreckliche Nachricht vom deutschen Überfall verbreitete. Den Deutschen in der Sowjetunion schwante Schlimmes. Tatsächlich rächte sich Stalin zunächst einmal an „seinen" Deutschen: Er ließ alle im europäischen Teil der Sowjetunion lebenden Russlanddeutschen (knapp 1 Mio.) hinter den Ural deportieren – nach Sibirien, in die Fernost-Region, nach Kasachstan, Zentralasien.[85]

In diesem Kontext ist ein Hinweis wichtig. In Analogie zu den entsprechenden Vorgängen in Polen und Jugoslawien sind die Schicksale der deportierten Deutschen während der Kriegsjahre generell nicht zu berücksichtigen, generell nicht als „Martyrium" zu qualifizieren. Für Stalin und seine Volkskommissare waren die Russlanddeutschen Angehörige einer Feindnation, der Nation des Kriegsgegners: Die Deutschen in der Sowjetunion wurden den Nazis gleichgesetzt und als „Fašisty" diffamiert. Es herrschte gleichsam Kriegsrecht, dem die „Sowjetdeutschen" völlig schutzlos ausgeliefert waren. Insofern sind die hunderttausenden Sterbefälle in den Deportationsgebieten der Russlanddeutschen, die sich in den Kriegsjahren zutrugen, grundsätzlich nicht nach Kriterien eines Märtyrertodes abzufragen. Natürlich gibt es immer Sondersituationen, wenn etwa eine kirchliche Funktion oder die Tätigkeit von Pfarrern und Laien speziell das Motiv für ihre Verfolgung oder Tötung gewesen sind – oder wenn sich jemand für andere aufgeopfert hat.[86]

Schwierig ist es allerdings, das Kriterium „Kriegsjahre" bei den Russlanddeutschen klar einzugrenzen. Dass der Krieg zu Ende war, spürten die russlanddeutschen Deportierten höchstens an der Auflösung des Regimes der sog. „Arbeitsarmee" (s. u.) 1945/46; sie durften danach zwar die stacheldrahtbewehrten Lager, nicht aber ihre Arbeitsstätten verlassen. Das war zweifellos ein Fortschritt. Es ist höchstens festzuhalten, dass sich nach 1950 auch in den Deportationsgebieten der Deutschen eine gewisse Normalisierung, verbunden mit einer Minderung des Repressionsdruckes, einstellte.

Vor dem Hintergrund dieser Einschränkung dienen die folgenden Schilderungen in erster Linie dazu, das Umfeld zu erhellen, in dem die Deutschen in der Sowjetunion, welcher Kon-

84 So auch die drei Pastoren Arthur Pfeiffer, Eugen Bachmann und Johannes Schlundt, die sich nach 1955 wieder den deportierten Lutheranern zur Verfügung gestellt hatten.

85 Das entsprechende Dekret vom 28. August 1941 bezog sich zwar dem Wortlaut nach auf die Wolgadeutschen, wurde aber entsprechend auch auf alle anderen Deutschen in der europäischen Sowjetunion angewandt; vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 221–231; der Text des Dekrets auf S. 221 f. Begründet wurde die Deportation mit der Unterstellung, die Wolgadeutschen hätten mit den Faschisten kollaboriert.

86 Mitteilung von Prof. Dr. Harald Schultze vom 12. November 2004.

fession auch immer, seit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges ihr Leben fristeten. Schon auf dem tage- und wochenlangen Transport in Viehwaggons von Europa nach Asien waren Zehntausende umgekommen, vor allem alte Menschen und Kinder. Ein großer Teil der Überlebenden wurde in der winterlichen Steppe „abgekippt"; in notdürftig geschaufelten Erdhütten („zemljanki") versuchte man zu überleben – für viele war das die Behausung für Jahre. Pfarrer Eugen Bachmann, der Gründer der ersten lutherischen Gemeinde in der Sowjetunion nach dem Krieg, beschrieb die Situation:

> „Als die Deportierten [...] nach einem Transport, der einen Monat oder länger dauerte, völlig erschöpft, ausgehungert und dürftig bekleidet an ihrem Bestimmungsort in Kasachstan, Kirgisien oder Usbekistan ankamen, blieb ihnen als Unterkunft nur eine Schlafstätte aus Stroh und Lumpen in den Hütten der Einheimischen, und was sie sonst an Kleidungsstücken noch mitgeschleppt hatten, mußten sie, um nicht zu verhungern, gegen Brot und besonders gegen Salz eintauschen. Von frühmorgens bis spätabends, oft bei großer Kälte und Schneegestöber, mußten sie – auch die Kinder! – arbeiten. Nicht selten wurden sie von ihren ‚Brigadieren' und Aufsehern geschlagen oder ihrer mitgebrachten Habe beraubt. So manche haben sich im Schneesturm verirrt und sind erfroren."[87]

120 000 arbeitsfähige Männer (15 bis 55 Jahre) und Frauen (16 bis 45 Jahre)[88] wurden in die sog. Arbeitsarmee eingereiht, in die „Trudovaja armija". Diese stellte nichts anderes dar als ein System von Straflagern mit militärischem Regime, wo wegen der unmenschlichen Arbeitsnormen und wegen der Schwerstarbeit unter extremsten Bedingungen die Todesrate womöglich noch höher war als im GULag. Die übrigen „Sowjetdeutschen" (Frauen mit Kleinkindern, Kinder und Greise) wurden dem Regime der „Sondersiedlung" („specnaselenie") unterworfen. In Kolchosen auf dem Lande und in Großstädten (als Arbeiter in der Kriegsindustrie, auf dem Bau usw.) lebten sie zwar ohne Stacheldraht, durften aber den ihnen zugewiesenen Ort nicht verlassen und mussten ebenfalls Schwerstarbeit leisten. Monatlich hatten sie sich bei der jeweiligen NKWD-Kommandantur[89] zu melden. Die Zonen der „Arbeitsarmee" wurden nach Kriegsende in Zonen der deutschen „Sondersiedlung" umbenannt; auch die bisherigen „Trudarmisten" mussten im Umfeld ihrer Arbeitsarmee-Lager wohnen bleiben – so haben sich viele durch die Deportation auseinandergerissene Familien erst nach Ende des Deportationsregimes 1955, also nach 14 Jahren, wiedergefunden. Nun konnten die Deutschen die Sondersiedlungen zwar verlassen und sich in Sowjet-Asien relativ frei bewegen, aber der europäische Teil der Sowjetunion öffnete sich ihnen erst 1972 wieder – nach 31 Jahren der Verbannung. Die Einschränkungen im Bildungsbereich (faktisches Verbot des Studiums an Hochschulen) und in der Berufsausübung (unqualifizierte Berufe) lockerten sich erst seit Ende der 1960er Jahre. – Zwischen 1941 und 1948 sind etwa 300 000 Russlanddeutsche (auf dem Transport in die Depor-

87 E. Bachmann: In IHM geborgen, S. 219.

88 Vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 225.

89 Deshalb nennen die Russlanddeutschen das Regime der „Sondersiedlung" auch „Kommandantur" – komendantura; vgl. ebd., S. 230 f.

tation, unter den grauenhaften Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Arbeitsarmee sowie in der Sondersiedlung) umgekommen: ein reichliches Viertel der gesamten Volksgruppe.[90]

An eine religiöse Betätigung war in der Arbeitsarmee überhaupt nicht – und in der Sondersiedlung erst nach Kriegsende – zu denken.

> „Das, was man unter einem kirchlichen Leben versteht, gab es in dieser Zeit nicht mehr. Hunger und Entbehrung, Rechtlosigkeit und Unterdrückung hatten fast völlig den Sinn für Kirche oder religiöse Gemeinschaft verdrängt. Nur an Kranken- und Sterbebetten gab es gelegentlich noch christliche Ermahnung oder Trost aus Gottes Wort, aber auch dies nur im verborgenen."[91]

Religiöse Zusammenkünfte (Gebetskreise), sofern man sie überhaupt wagte, wurden von Frauen getragen; die Männer exponierten sich selten, da sie für jedwedes Vergehen viel härter bestraft wurden.[92] Lockerungen des Regimes nach Kriegsende und besonders nach 1950 erleichterten das zwar noch immer vorsichtige, aber nicht mehr ganz so gefährliche Wiederaufnehmen religiöser Organisationsformen (Gebetskreise). Die seelische Not der Deutschen in den Deportationszentren äußerte sich unter etwas erleichterten Lebensbedingungen in mächtigen Erweckungen. „Not lehrt beten", pflegten die Deportierten zu sagen, wenn sie davon schwärmten. Die „Organe" der Miliz (Polizei) versuchten natürlich, dem Treiben durch Verhaftungen und andere Repressalien Einhalt zu gebieten. Hierüber wissen wir Genaueres aus einer Vielzahl – besonders baptistisch-mennonitischer – Lebensberichte.[93]

Die illegalen Gebetskreise in den Deportationsgebieten der Deutschen setzten sich aus Mitgliedern aller protestantischen Gruppierungen zusammen: aus Baptisten, Evangeliumschristen, Adventisten, Pfingstchristen – aber auch aus lutherischen und mennonitischen Brüdern. Niemand fragte, welcher Richtung der einzelne angehöre: Sie alle verband die deutsche Sprache, die brüdergemeinschaftliche – pietistisch-evangelikale – Tradition der Wiedergeborenen, das gemeinsame erweckliche Liedgut[94] und: der gleiche „Stallgeruch", denn letztlich gingen sie alle auf die evangelischen Brüdergemeinden in den deutschen Kolonistendörfern zurück. Lutheraner aus der kirchlichen Tradition („Kirchenchristen"), die ihren Glauben bewahrt hatten, schlossen sich diesen Kreisen an, weil ihnen vorerst keine Pastoren zur Verfügung standen. – Als nach dem Ende der Deportation der Repressionsdruck nachließ und man wieder in größerer Freiheit religiöses Leben gestalten konnte, lösten sich die „inter-protestantischen" Gebetskreise wieder auf: Die Kindertaufe der Lutheraner löste die ersten Konflikte – und die Abspaltung der lutherischen Brüder – aus; weitere Konfliktfelder und alt-neue Trennungslinien bildeten das Zungenreden der Pfingstchristen und die Sabbatheiligung der Adventi-

90 Vgl. S. Sinner: The Open Wound, Teil II, S. 106.

91 E. Bachmann: In IHM geborgen, S. 219.

92 So jedenfalls wurde die Passivität der Männer hinsichtlich religiöser Betätigung begründet.

93 Mennoniten und Baptisten haben diesbezügliche Erfahrungen in zahlreichen Publikationen veröffentlicht; neben vielen anderen: J. Hildebrandt/H. Klassen/G. Wölk: Aber wo sollen wir hin?; auf lutherischer Seite z. B. E. Schacht: In Rußland erlebt; Ders.: Erinnerungen.

94 Aus Liedersammlungen wie „Zionslieder", „Glaubensstimme", „Frohe Botschaft", „Heimatklänge" usw.

sten. Jede konfessionelle Gruppierung setzte – nach der unfreiwilligen Unterbrechung durch das Deportationsregime – ihren gewohnten Weg fort.[95] Wilhelm Kahle, der große Erforscher des Luthertums und des Protestantismus in Osteuropa, erklärte dieses Phänomen einmal mit folgendem Bild: Reisende aus unterschiedlichen Richtungen waren ungewollt für längere Zeit auf einem zerstörten Bahnhof zusammengeworfen; man arrangierte sich notgedrungen. Nachdem jedoch der Bahnverkehr wieder aufgenommen werden konnte, fuhr jeder Reisende in seine vertraute Heimat zurück.[96]

Exkurs: die Brüdergemeinden

In wohl den meisten lutherischen Kolonistendörfern Russlands gab es zwei markante Gruppen: die eigentliche Kirchengemeinde und die Brüdergemeinde. Die einen sahen im Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes ihre christliche Pflicht erfüllt; die anderen – erweckte Christen – suchten in buchstäblicher, oft gesetzlicher Erfüllung seines Wortlautes dem Evangelium nachzuleben; sie standen der Amtskirche skeptisch bis ablehnend gegenüber. Von „Kirchenchristen" (auch: von den „Lauen") sprachen abfällig Glieder der Brüdergemeinschaften, die wiederum von den „Kirchenchristen" als „Betbrüder und Betschwestern" verspottet wurden.

Das Entstehen der Brüdergemeinden in Russland[97] hat einerseits in einer speziellen schwäbischen Einwanderungswelle, andererseits und mehr noch in klaren strukturellen Mängeln der lutherischen Amtskirche ihre Ursachen. Ein erheblicher Teil der Schwarzmeerdeutschen war (im Gegensatz zu den Wolgadeutschen) aus religiösen Gründen aus der schwäbischen Heimat ausgewandert: pietistisch geprägte „Stundenhalter" und Separatisten; auch religiöse Schwärmer, die Jesus Christus entgegenziehen wollten, wenn er (nach Johann Albrecht Bengel und Johann-Heinrich Jung-Stilling) 1836 auf dem Berg Ararat (Kaukasus) zur Erde wiederkehre. Gewonnen wurden diese Schwärmer durch die Mystikerin Barbara von Krüdener,[98] die mit diesen Prophezeiungen 1815 eine spezielle Auswanderungsbewegung nach Russland in Gang setzte. Diese vielfältigen religiösen Einwanderungsmotive der Schwarzmeerdeutschen hatten zur Folge, dass für ihre pietistisch geprägten Dörfer, im Gegensatz zu denen der kirchlich nicht sonderlich engagierten Wolgadeutschen, eine ständige religiöse Gärung charakteristisch wurde.

Andererseits litten die lutherischen Gemeinden, seit 1832: die „Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland", stets unter enormem Pastorenmangel: Jeder Pfarrer hatte fünf bis zwanzig, manchmal noch mehr Gemeinden zu betreuen, die er nur einige Male im Jahr aufsuchen konnte. In diesem geistlichen Vakuum konnten sich die pietistischen Kreise, namentlich die

95 Vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 395 f.

96 Wilhelm Kahle (1914–1997) im Gespräch mit dem Autor, 1995.

97 Vgl. G. Stricker: Reflexe, (speziell zur Brüdergemeinde) S. 44–50.

98 Vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 344–347.

schwäbische Bet-„Stunde“, ungehindert entfalten. Hier wurde gebetet, gesungen, geweint und in der Bibel gelesen; Bibelverse wurden ausgelegt, wie jeder sie verstand. Die „Stunde“ stabilisierte sich, nahm konkrete Formen an und wurde zur „Brüdergemeinde“: eine Gemeinschaft wiedergeborener Brüder und Schwestern, die nach Erweckung, Reue und Buße eine totale Umkehr in ihrem persönlichen Leben vollzogen.

Die wichtigste Gemeindeveranstaltung ist die knapp zweistündige „Brüderversammlung“, die dreimal pro Woche oder öfter stattfindet. Drei bis vier Brüder jeweils „dienen am Wort“: Sie halten aufrüttelnde Bußpredigten über Bibelverse, die ihnen vom Gemeindeleiter ad hoc aufgegeben werden. Grundsätzlich ist jeder wiedergeborene Bruder (keine Schwester!) zum Predigtdienst berechtigt (wenn auch nicht immer befähigt). Zwischen den drei, vier Predigten werden getragen und langgezogen strophenreiche Erbauungslieder gesungen. Die zersungenen, von russischen Singtechniken verfremdeten evangelischen Weisen kann der westliche Besucher oft kaum wiedererkennen.

In Russland haben sich die Brüdergemeinden trotz mancherlei Spannungen nie von der Amtskirche getrennt – Taufe und Abendmahl empfingen sie vom Pastor. Dieses kirchliche Korrektiv mag vor der Deportation ihr Abgleiten ins Sektiererische verhindert haben.[99] – Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war die Gemeinschaftsbewegung, nicht zuletzt durch Vermittlung der russischen Filiale der Herrnhuter Brüdergemeine in Sarepta (bei Zaryzin/Wolgograd),[100] auch ins Wolgagebiet und noch später nach Sibirien gelangt; sie ist ein wichtiger, ja ein konstitutiver Bestandteil russlanddeutschen lutherischen Kirchenwesens geworden.

5. Vom Deportationsregime bis zur Perestroika

Als 1955/56 das Deportationsregime aufgehoben wurde, durften die Deutschen die Zonen der „Sondersiedlung“ verlassen, aber am Ural endete die Freizügigkeit: Ihre Heimatgebiete im europäischen Teil der Sowjetunion – an der Wolga, am Schwarzen Meer, im Kaukasus, in Wolhynien – blieb den „Sowjetdeutschen“ unerreichbar. Erst 1972 gestattete ihnen ein Geheimerlass die Rückkehr in die Heimat, wo aber schon mehr als 30 Jahre Russen und Ukrainer heimisch geworden waren.[101] Deshalb suchten nur wenige ihre einstige Heimat auf, wo sie möglichst unerkannt eine Bleibe und Arbeit suchen mussten; die meisten blieben im asiatischen Teil der Sowjetunion.

Nach Stalins Tod, 1953, war es in der Sowjetunion nicht mehr zu jenem blutigen Massenterror gekommen, wie er während der „Großen Säuberungen“ an der Tagesordnung gewesen war. Die Repressionen wurden nun raffinierter und bedrängten das sich gerade erst wieder

99 Ebd., S. 356–358: Brüdergemeinschaften.

100 Vgl. H. Hafa: Die Brüdergemeine Sarepta; G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 358–361; G. Stricker: Reflexe, S. 50–53.

101 G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 221–231, 392–407.

vorsichtig entfaltende kirchliche Leben auf vielfältige Weise; vor allem Nikita Chruschtschow (1958–1964) brachte die Gläubigen noch einmal in große Not. Religiöser Aktivitäten verdächtigen Personen versuchte die Staatsanwaltschaft, mit Hilfe von Falschaussagen dubioser Gestalten, vor allem zwei Delikte nachzuweisen: „Antisowjetische Agitation und Propaganda" (§ 70 StGB der RSFSR) – Höchststrafe: sieben Jahren GULag plus anschließende Verbannung, oder es wurde Anklage erhoben nach § 190 „Verleumdung der Sowjetunion" – hier lag die Höchststrafe bei drei Jahren Lager plus anschließender Verbannung.[102]

Die Glieder der Brüderkreise verhielten sich immer still, politisch und auch sonst in jeder Hinsicht. Wenn sie schon der verfemten Minderheit der „Fašisty" angehörten, da wollten sie nicht zusätzlich noch durch augenfällige „religiöse Aktivisten" das Missfallen der Behörden erregen. „Sei untertan der Obrigkeit!" war für sie die Richtschnur in allen Lagen. Bis in die 70er Jahre waren die lutherischen Brüdergemeinden staatlich nicht zugelassen („nicht registriert"); trotz aller Vorsicht wurden ihre Glieder immer wieder zu bedrohlichen Verhören befohlen und von Verhaftung bedroht. Es kam zuweilen zu tödlichen „Unfällen", bei denen Geistliche – mit größter Wahrscheinlichkeit in staatlichem Auftrag – umgebracht worden sind, darunter auch der lutherische Pastor Eduard Rusch. Sein Vater war vermutlich Pfarrer Konstantin Rusch gewesen: Dieser war 1930 verhaftet, auf die Solowki-Insel verschickt und 1941 erschossen worden. Sein Sohn, Eduard, eignete sich im Selbststudium so überzeugende theologische Kenntnisse an, dass ihn der estnische lutherische Erzbischof Jaan Kiivit (sen.) im Jahre 1960 ordinierte. Bald darauf wurde Eduard Rusch in seiner Gemeinde zu Frunse (Bischkek, Kirgisien) verhaftet und zu fünf Jahren Lager verurteilt. Nach seiner Freilassung zog er nach Tokmak (östlich von Bischkek) und diente der dortigen Gemeinde, wo er 1968 bei einem offenkundig „fabrizierten" Autounfall ums Leben gekommen ist.[103]

5.1 Verfolgung von Baptisten, Adventisten und Pfingstchristen

Wenn man die Nachrichten über Gewissensgefangene in der Sowjetunion aus jenen Jahrzehnten Revue passieren lässt, so wird deutlich, dass der Anteil von Evangeliumschristen-Baptisten, Adventisten und Pfingstchristen der bedeutendste ist; Lutheraner haben da kaum eine Rolle gespielt. Und zwar handelte es sich fast ausschließlich um Glieder nicht-registrierter, also sog. Untergrundgemeinden. Bekanntlich hatte die Chruschtschow'sche Religionspolitik nicht nur zu erheblichen Einschränkungen der Russischen Kirche geführt,[104] sondern 1961 auch die schicksalhafte Spaltung im registrierten „Allunionsrat der Evangeliumschristen-Baptisten

102 Vgl. G. Stricker: Aus der Russischen Orthodoxen Kirche V, S. 15–153.

103 Vgl. H.-C. Diedrich: Kraft, S. 20: Nach Selbststudium mit Hilfe von Pastor Arthur Pfeiffer 1960 von Erzbischof Jaan Kiivit (sen.) ordiniert, wirkte in Frunse/Bischkek, bald verhaftet, bis 1964 im Lager, nach seiner Entlassung Aufbau einer neuen Gemeinde – 1968 bei einem „Unfall" umgekommen.

104 Fast 7 000 von 14 000 Kirchen, fünf von acht Priesterseminaren und 62 von 69 Klöstern wurden 1958–1964 geschlossen – vgl. G. Stricker: Religion in Rußland, S. 98 (die Zahl der Kirchgemeinden ist dort nicht ganz aktuell).

(EChB)“ ausgelöst, derzufolge mindestens ein Drittel – die sog. „Initiativniki“ – in den Untergrund ging.[105] Unter den Adventisten waren solche Spaltungen (und das „Abtauchen“ vieler Gruppen in den Untergrund) früher schon aufgetreten; und die Pfingstchristen existierten sogar zu ihrem überwiegenden Teil im Untergrund, da ihnen die Sowjets seit 1946 eine legale Existenz lediglich als Gliedkirchen des „Allunionsrates der EChB“ gestatteten.[106]

Die nicht-registrierten „Untergrundgemeinden“ führten ein Leben unter ständiger Bedrohung durch die Staatsorgane, aber in innerer Freiheit. Ihre kaum kontrollierbaren Gottesdienste, ihre unzensierten Geheimdruckereien und ihre Kinderkatechese veranlassten die Geheimpolizei, dieses unerwünschte Treiben möglichst schnell – und oft genug höchst brutal – zu beenden. Die Bilder von zerstörten Versammlungsräumen und Zelten, von gestörten Gottesdiensten im Wald, von entdeckten und zerstörten Geheimdruckereien (meist im Umfeld der Untergrund-Baptisten) empörten vor 20 Jahren den Westen. Baptistische und mennonitische Wehrpflichtige, die den Dienst mit der Waffe ablehnten, aber trotzdem Militärdienst leisten mussten, waren täglichen Schikanen und Quälereien ausgesetzt, an deren Folgen einige gestorben sind: eine neuere Form von Martyrium.[107]

Spätestens seit Beginn der Perestroika Gorbatschows (1986/87) kann man davon ausgehen, dass sich die Situation der gläubigen Menschen in der damaligen Sowjetunion so weit verbessert hat, dass man zwar in manchen Bereichen noch von Religionsbedrückung, nicht aber von Religionsverfolgung sprechen kann.

6. Perspektiven der evangelischen Märtyrerforschung

Die evangelische Forschung über evangelische Märtyrer in der Sowjetunion befindet sich in einer ziemlich misslichen Lage. Lediglich über die Zwischenkriegszeit verfügen wir dank des Pastorenlexikons von Erik Amburger über Materialien zu Leben und Sterben von Pastoren. Über Laien, namentlich über Frauen, haben wir nur sporadische Kenntnis aus Gesprächen, die Bischof i. R. Heinrich Rathke bis weit in die 1990er Jahre geführt hat. Die Verfolgungssituation verbot es bekanntlich, Schriftliches festzuhalten. Die Angst saß den Menschen bis über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinaus im Nacken; an alten Aussiedlern aus der Sowjetunion sind Traumatisierungen bis heute zu beobachten.

Etwas Wichtiges kommt hinzu: Für die Brüdergemeinden und ihre Vertreter ist ein fehlendes historisches Interesse charakteristisch. Viele Jahre lang habe ich versucht, in Gesprächen mit „in die historische Heimat zurückgekehrten“ Brüdern ein ungefähres Bild ihrer Geschich-

105 Vgl. T. Quiring: Kontroverse, S. 18–32.

106 Vgl. G. Stricker (Hrsg.): Rußland, S. 416–418: Freikirchen.

107 Darüber informierten das „Brüderblättchen“ (Bratskij listok) der „Initiativniki“ in der Sowjetunion und der „Friedenbote“ in Gummersbach/Deutschland.

te zu entwerfen. Es ist zwar im Lauf der Jahre gelungen, aber erst nach vielen Gesprächen. Mit einem Wort: Das Gespräch mit Brüdern und Schwestern (auch der Freikirchen) ist in den meisten Fällen für die Märtyrerforschung relativ unergiebig; ihnen geht es nicht um das konkrete Geschehen, konkrete Personen, sondern um die Heiligung der Gemeinschaft (Ausnahme: die Mennoniten). Von alldem abgesehen besteht heute das größte Handicap darin, dass die Erlebnisgeneration entweder schon verstorben oder aber zu einer verlässlichen Wiedergabe des im Stalinismus Erlebten und Durchlittenen aus Altersgründen nur noch selten in der Lage ist. Die dumpfe Ergebenheit, mit der man das unabwendbare Schicksal, sprich: die atheistischen Verfolgungen, ertragen hat, ist heute einer Klärung der Umstände individueller Verfolgung nicht dienlich.

Man könnte und müsste in den Archiven der Geheimpolizei (Tscheka, GPU, NKWD, KGB) arbeiten; die russisch-orthodoxen Christen tun das seit 1990 sehr intensiv, und zwar unter wachsender Sympathie und aktiver Mithilfe der Archivare; wie eingangs erwähnt: Die russisch-orthodoxe Märtyrerforschung ist geradezu eine Massenbewegung geworden. Bei den Protestanten sind jedoch die Voraussetzungen ganz anders. Selten würde ein Protestant – ob Lutheraner, Baptist oder Adventist –, der in den KGB-Archiven nach Spuren von Staatsverbrechen suchen wollte, die Unterstützung der Bibliotheksverwaltung und der Archivare erhalten. Im Gegenteil: Nicht-Orthodoxe werden oft abgeblockt und behindert. Das Problem liegt noch an anderer Stelle: Es gibt zu wenige Lutheraner in der einstigen Sowjetunion, die bildungsmäßig in der Lage wären, in den Archiven zu arbeiten. Zu lange waren die „Sowjetdeutschen" als Bürger zweiter Klasse am Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen gehindert. So sind es vielfach Nicht-Lutheraner in Russland, die sich heute mit der Geschichte der lutherischen Kirche in Russland beschäftigen.[108]

Allen Bemühungen, neue Informationen über beispielhaftes Leben und Sterben evangelischer Christen in der Sowjetunion zusammenzutragen, steht die Tatsache entgegen, dass die Erlebnisgeneration stark dezimiert und in ihrem Mitteilungsvermögen nur noch sehr eingeschränkt ist. Die Memoirenliteratur – gedruckte und ungedruckte – scheint noch nicht zur Gänze ausgewertet zu sein. Sie enthält sicherlich noch manche, bisher nicht genügend gewürdigte Angaben zur Erstellung eines Gedenkbuches für evangelische Glaubenszeugen in der Sowjetunion.

108 In St. Petersburg ist es als Lutheranerin allein Frau Dr. Tamara Tatsenko, die in KGB-Archiven arbeitet, sowie der orthodoxe Dr. Michail Schkarowski; in Saratow tut dies Frau Dr. Olga Licenberger/Litzenberger: Die Evang.-Luth. Kirche im Sowjetstaat. 1917–1938 (russisch). Moskau 1999. – Die römisch-katholische Kirche in Russland. Ihre Geschichte und Rechtslage (russisch). Saratow 2001. – Die Evang.-Luth. Kirche in der russischen Geschichte (russisch). Moskau 2003. Nicht zu vergessen Frau Dr. habil. Olga Kurilo, die mit ihren beiden Publikationen: Beiträge zur Geschichte der Lutheraner in Russland (16.–20. Jh.) (russisch), Moskau 1996, und: Lutherische Kirche in Sowjetrussland (1918–1950er Jahre) (russisch), Moskau 1997, die ersten umfangreicheren russischen Veröffentlichungen zu unserem Thema vorgelegt hat. – Russische und russlanddeutsche Profanhistoriker in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich im letzten Jahrzehnt verstärkt Fragestellungen zur deutschen Minderheit in Russland zugewandt; die Ergebnisse sind aber meist nicht überzeugend: Für russische und auch russlanddeutsche Autoren in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist vielfach eine betrübliche Unkenntnis der Materie, aber auch das Fehlen jeglichen geschichtswissenschaftlichen Rüstzeugs charakteristisch.

Gertraud Grünzinger

Evangelische Märtyrer oder ethnische Opfer: Volkstumskämpfe und Krieg in Polen

„Wer die Geschichte des stets mit dem Deutschtum verbundenen Protestantismus in Polen kennt, weiß, dass sie seit den Tagen der Gegenreformation unter Bischof Hosius von Ermeland eine Märtyrergeschichte gewesen ist". So schrieb der Generalsuperintendent der Posener Kirche Paul Blau 1940 im Geleitwort zum „Gedenkbuch an die Septembertage 1939" [1] und stellte damit die im Zusammenhang mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen Umgekommenen in die Tradition christlicher Märtyrer. Als Gewährsmann zitiert er Hans Schadewaldt, der davon ausgeht, dass die „alte, von der polnischen Propaganda stets gern benutzte Gleichung protestantisch-deutsch und katholisch-polnisch hier das konfessionelle Moment geradezu als Werkzeug der Mordaktion hat politisch benutzen lassen". Während Schadewaldt seine Äußerung aber relativiert, indem er als primäres Motiv für die Verfolgung „stets die Zugehörigkeit zum Deutschtum" ansieht,[2] lag für Blau der Grund für ihre Ermordung „nicht zum kleinsten Teil in ihrer evangelische[n] Glaubenshaltung […] Die polnische Öffentlichkeit, vielfach von katholischer Seite verhetzt und aufgewiegelt, sah von jeher in unserer evangelischen Kirche und ihren Pfarrern die Landesverräter und Volksfeinde […] Hierin finden wir die Erklärung für den starken Blutverlust unserer Kirche, aber auch das Recht, von einem Märtyrertum zu sprechen, das nicht nur um des Volkstums, sondern auch um des Glaubens willen die beklagenswerten Opfer jener Tage traf." [3]

Während auch für den Herausgeber der „Jungen Kirche" vor allem die Posener evangelische Kirche die „Dornenkrone einer Märtyrerkirche" schmückte,[4] wurde dies in einem anderen

1 R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 5. Einer der ersten, der die Ereignisse in Polen aufgrund von Tatsachenberichten darstellte, war Richard Kammel mit den Veröffentlichungen „Er hilft uns frei aus aller Not" und „Kriegsschicksale der deutschen evangelischen Gemeinden in Posen und Westpreußen". Beide 1940 erschienenen Veröffentlichungen basierten auf Berichten von über 400 Kirchengemeinden und ihren Pfarrern an das Konsistorium. Bereits 1931 hatte Kammel unter dem Pseudonym „Dr. Gottfried Martin" „Brennende Wunden. Tatsachenberichte über die Notlage der evangelischen Deutschen in Polen" herausgegeben, zu dem Otto Dibelius das Geleitwort verfasst hatte. Das 1934 aus dem Verkehr gezogene Buch wurde 1939 in einer zweiten Auflage vom Eckart-Verlag (Berlin-Steglitz) veröffentlicht, nun ohne den Text des inzwischen suspendierten Generalsuperintendenten.

2 Zit. nach R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 95 f. – Hans Schadewaldt hatte im November 1939 die erste Dokumentensammlung im Auftrag des AA unter dem Titel „Die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen in Polen", 1940 eine zweite Sammlung von „Dokumenten polnischer Grausamkeit" herausgegeben (vgl. dazu JK 1940, S. 130 f.).

3 Vorwort zu R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 134 f.

4 F. Söhlmann: Kirche, S. 183.

zeitgenössischen Gedenkbeitrag bezweifelt. Angesichts des Todes von Friedrich Just stellte Karl Kampffmeyer 1940 die Frage, ob man bei den Leiden der Deutschen in Polen den Begriff des „Martyriums" anwenden dürfe: „Haben sie wirklich für den Herrn Christus gelitten oder war der Grund ihres Leidens allein ihre Zugehörigkeit und ihr offenes Bekenntnis zum deutschen Volk?" Er gab zu bedenken, dass auch Katholiken, die sich zum Deutschtum bekannten, umgekommen seien, sodass als primäres Motiv die Zugehörigkeit zum Deutschtum anzusehen sei. Wenngleich auch nach seiner Auffassung „deutsch" und „evangelisch" vielfach gleichgesetzt wurde, sei das Wort Martyrium dennoch nur „mit aller Vorsicht" zu gebrauchen, denn von einem Martyrium könne man eigentlich nur dann sprechen, „wenn Christen ihr Bekenntnis zu Christus mit dem Tod besiegeln, während sie durch eine Verleugnung ihres Glaubens an Christus ihr Leben retten können. Unsere Brüder hätten aber selbst durch eine Preisgabe ihres evangelischen Glaubens nicht ihr Leben erkaufen können."[5] Ganz eindeutig formulierte der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats für die Evangelische Kirche der APU, dass Pfarrer und Diakone der Kirche in Posen und Westpreußen ihr Leben „für ihr deutsches Volkstum" gelassen" hätten.[6]

Wenn wir die Frage nach evangelischen Märtyrern in Polen stellen, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, dass aus polnischer Sicht die nationale Identität zugleich die konfessionelle Zugehörigkeit bestimmte, damit lässt sich die Motivation für die Morde nicht voneinander trennen. Zum Synonym der Gewalt gegen die deutsche Minderheit wurde in diesem Kontext der „Bromberger Blutsonntag" vom 3. September 1939.[7]

Die Großstadt Bromberg bildete mit ihren 9 000 Deutschen, davon ein knappes Drittel katholischer Konfession, das Zentrum des gesellschaftlich-politischen Lebens der Deutschen in Polen, manchem schien die Stadt als „Staat im Staat". Die Ereignisse dieses ersten Kriegssonntages mit seinem unkontrollierten, scheinbar grundlosen Hassausbruch gegen alles Deutsche wurden von deutscher Seite als Leidensgeschichte rezipiert, politisch wurden die Geschehnisse instrumentalisiert für das Vorgehen der Deutschen in Polen nach der Besetzung und Eingliederung. Für die Polen hingegen gilt der 10. September, an dem 1 747 ihrer Landsleute erschossen wurden, als ihr „Bromberger Blutsonntag".[8] Während Ernst Nolte 1987 im „Bromberger Blutsonntag" einen „tendenziellen Genozid auf polnischer Seite" und den Anlass für den Zweiten Weltkrieg sah,[9] kritisierte Włodzimierz Jastrzębski im Jahre 1990, dass in der Bundesrepublik Deutschland „weiterhin der Mythos vom Märtyrertum der Bromberger Deutschen

5 K. Kampffmeyer: Stunde, S. 453 f.

6 GBl DEK, Ausgabe B, Nr. 25 vom 24.10.1939, S. 117. Zu den Namen Borgmann, Just, Kutzer, Lubnau, Mix, Reisel, Rudolph, Schwerdtfeger, Tauber – derjenige von Diakon Gurkasch fehlte – vgl. unten S. 186 f.

7 Vgl. die Schilderung bei H. Rasmus: Pommerellen, S. 205–219; auf S. 207 zum Schicksal der Bromberger Pfarrer; S. 220–233 die Totenliste für den Stadtkreis Bromberg.

8 G. Schubert: Unternehmen, S. 201 f.

9 Zit. nach ebd., S. 53.

vom 3. September 1939 aufrechterhalten" werde,[10] nachdem schon Reichspropagandaminister Joseph Goebbels vor dem Zweiten Weltkrieg systematisch das Klima für „eine Legende über das Märtyrertum der Deutschen in Polen" geschaffen habe.[11]

An die Deutung der Ereignisse in Bromberg knüpfen sich Fragen nach dem Selbstverständnis der deutschen Minderheit im Staat Polen, ihrer politischen und gesellschaftlichen Haltung und nicht zuletzt ihrer Rolle beim Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen. Trotzdem spielte der „Bromberger Blutsonntag" in der Geschichtsschreibung seit 1945 „keine besondere Rolle".[12] Erst jetzt widmet sich die Forschung binational wieder verstärkt diesem Thema.[13] In jüngster Zeit wurde die Auswahl von Bromberg für das Forschungsprojekt „Deutsche und polnische Konstruktionen historischer Erinnerung im Umfeld von Bromberg und Hohensalza zwischen 1890 und 1939" damit begründet, dass diese Stadt „eine ehemalige Bastion des Deutschtums im Osten" gewesen sei, zudem gebe es hier den „Streit um die Deutung der Ereignisse im September 1939".[14]

Im Folgenden kann nur der Versuch unternommen werden, die Todesschicksale in den Zusammenhang von konfessionellen und kirchlichen Spannungen, ethnischer Verfolgung und politischer Entwicklung hineinzustellen.

1. Die kirchlichen Verhältnisse

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges war das Habsburger Reich zusammengebrochen und eine Reihe neuer Staaten entstanden. Nach dem Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 zog sich die endgültige Festlegung der Grenzen des polnischen Staates noch bis 1921 hin, da Russland, Österreich und das Deutsche Reich Gebiete abtreten mussten. Insgesamt verlor das Deutsche Reich 42 927 km² mit drei Millionen Deutschen an Polen.[15] Die deutsche Minderheit in Polen war – abgesehen von Oberschlesien[16] – überwiegend evangelisch, aber in sich kon-

10 W. Jastrzębski: Bromberger Blutsonntag, S. 5; vgl. dazu jetzt unten S. 191, Anm. 131.

11 Ebd., S. 52. – Goebbels hatte erst auf Vorhaltungen von Vertretern der deutschen Minderheit den Hauptschriftleiter des Deutschen-Nachrichten-Büros Saehmisch am 30.6.1938 angewiesen, in stärkerem Maß als bisher „sachliche Meldungen über die Lage der deutschen Minderheit in Polen" zu bringen, außerdem müsse das Deutsche-Nachrichten-Büro seine Korrespondenten in Polen unterrichten, dass sie auf Meldungen „bezüglich Schikanen gegenüber Deutschen besonderen Wert legen" (Abschrift des Schreibens vom 30.6.1938 in: PolA Berlin, R 104200).

12 G. Schubert in seiner 1989 veröffentlichten Zusammenfassung unterschiedlicher Analysen sowie der ihnen zu Grunde liegenden Materialsammlungen über den „Bromberger Blutsonntag": Unternehmen, S. 46.

13 Am 18.10.2003 wurde in Polen beschlossen, den „Bromberger Blutsonntag" unter Schirmherrschaft des „Instituts für Nationales Gedenken" von polnischen Historikern untersuchen zu lassen (›http://www.zobten.de/Bromberg/Bromberg.htm‹). Vgl. auch das Schreiben von OKR R. Rinne an die Verf. vom 20.2.2004, worin er beklagt, dass „die Ereignisse im September 1939 [...], vor allem beim so genannten Bromberger Blutsonntag, nach unserer Ansicht auf polnischer Seite noch nicht hinreichend aufgearbeitet worden sind".

14 Inter Finitimos, S. 75, 77.

15 Vgl. M. Alexander: Geschichte, S. 279.

16 Vgl. die Tabelle über die Zahl der deutschen Katholiken bei P. Nordblom: Glaube, S. 59.

fessionell gespalten. Nach dem Stand der Volkszählungen von 1921 bzw. 1931 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 27 Millionen 3,7 % bzw. von 32 Millionen 2,6 % evangelisch;[17] 1931 gab es 900 000 Evangelische in Polen.[18]

In den zur Republik Polen zusammengeschlossenen Gebieten existierten schließlich, neben einer Anzahl freikirchlicher Gemeinden, sieben evangelische Kirchen.[19] Die gebiets- und zahlenmäßig größte war die Evangelisch-Augsburgische Kirche im Königreich Polen (EAK); in der Unierten Evangelischen Kirche in Posen-Pommerellen (UEK) waren die unierten Gemeinden der ehemaligen preußischen Provinzen Posen, Mittelschlesien, Westpreußen und Ostpreußen zusammengeschlossen. Während die UEK, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine rein deutsche Kirche war, bildete die Nationalitätenfrage in der EAK den Anlass zu innerkirchlichen Spannungen und Kämpfen.

Die UEK selbst verfolgte zwischen 1919 und 1939 das Ziel, die deutsche Minderheit, die den polonisierenden Maßnahmen der polnischen Regierung ausgesetzt war, an das Bekenntnis und zugleich an die deutsche Sprache und Kultur anzubinden. Diese enge Zusammenarbeit zwischen UEK und preußischer Kirchenleitung wurde erst nach 1933 eingeschränkt,[20] wenngleich der polnische Staat die kirchliche Trennung von der Evangelischen Kirche der APU bereits am 3. Juli 1920 verfügt hatte, als er dem Posener Konsistorium die Rechte des Evangelischen Oberkirchenrats übertrug.[21] Aus polnischer Sicht war die UEK „wegen ihres betont deutschen Charakters, ihrer fortwährenden Bindungen nach Deutschland und ihrer Funktion als bedeutendste Stütze der Deutschen Minderheit in Westpolen einer der Hauptgegner der dortigen Entdeutschungspolitik".[22]

2. Zur theologischen Prägung der Pfarrer

Die bereits seit dem 18. Jahrhundert nachweisbare und immer wieder postulierte Verbindung von Christentum und Volk ist auch in den nach 1918 herrschenden Vorstellungen vom „christlichen-deutschen Volkstum" im Sinne einer schöpfungstheologischen Ordnung virulent, der „Offenbarungsqualität" zuerkannt wurde.[23] Die kirchlich-theologische These von

17 Vgl. A. Kleindienst/O. Wagner: Protestantismus, Statistische Tabelle (o. S.).

18 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 78; S. 77 noch weitere Zahlen. E. Alabrudzińska gibt für 1931 820 000 Evangelische an, das entspricht 2,6 % der Gesamtbevölkerung des polnischen Staates (Protestantismus, S. 190).

19 Die „Evangelisch-Augsburgische Kirche im Königreich Polen" (O. Wagner: Zwischen Völkern, S. 144–146), die „Unierte evangelische Kirche in Polen" (ebd., S. 147 f.), die „Evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Polen" (ebd., S. 147), die „Evangelisch-Lutherische Kirche in Westpolen (Altlutherische Kirche)" (ebd., S. 146), die „Evangelisch-Reformierte Kirche in der Republik Polen" (ebd., S. 146), die „Wilnaer Reformierte Kirche" (ebd., S. 146 f.), die „Unierte evangelische Kirche in Polnisch-Oberschlesien" (ebd., S. 148).

20 Vgl. O. Kiec: Christen, S. 70.

21 Vgl. H. Neumeyer: Kirchengeschichte, S. 150.

22 J. Rogall: Die Deutschen, S. 135.

23 F.-M. Kuhlemann: Pastorennationalismus, S. 557.

der geschichtlichen Zusammengehörigkeit von wahrem Deutschtum und reformatorischem Christentum gehörte bereits seit dem 19. Jahrhundert zum „unverlierbaren Traditionsgut der christlich-deutschen Sendungsidee“.[24] Unter den Prämissen einer „deutschen Sendung“ und eines „deutschen Gottes“ diagnostizierte Ernst Wolf einen „Pastorennationalismus“, den man „nicht verallgemeinern“ dürfe, der aber auch nur „geringe Ausnahmen“ aufwies.[25]

Interpretierte man den Einsatz der evangelischen Pfarrer in den abgetretenen Gebieten für das Deutschtum, für das Recht einer Minderheit auf Erhalt ihrer Sprache, Kultur und Religion als Ausdruck ihres deutschen Nationalismus, dann ließe man die Bedeutung des Begriffs „Volkstum“ mit seinen kirchlichen und religiösen Konnotationen in unzulässiger Weise außer acht. Das Wirken der Pfarrer in den vom Deutschen Reich abgetretenen Gebieten, deren Bevölkerung damit einem anderen Staat angehörte, war mehrheitlich von der Auffassung bestimmt, dass die Beziehung von Volkstum und Glaube nicht zu lösen sei. In seinem Buch „Die volksdeutsche Sendung der Kirche“ [26] plädierte der spätere österreichische Bischof Gerhard May für die Entwicklung einer Theologie, die den Bedürfnissen der Volksdeutschen entspreche. Durch die Abtrennung von theologischen Entwicklungen im Deutschen Reich müsse außerhalb der Reichsgrenzen die Theologie „neu durchdacht und neu geformt werden von der völkischen Verantwortung her, nicht soweit sie eine staatspolitische oder nationalpolitische, sondern eine christliche Verantwortung ist“,[27] dabei dürfe freilich nicht der „Nationalismus auf die Kanzel“. Es gelte ein „Bekenntnis zum Volksdeutschtum“ abzulegen, nicht zum „deutschen Staat“ (S. 13).

Speziell im „Ostraum“ hätten die „außerdeutschen Theologen“ die Aufgabe, „planvoll Mittler der wesenhaften deutschen Theologie zu werden“, denn die Entwicklung ziele „letztlich“ auf eine „Evangelische Kirche deutscher Nation“; die Predigt der Pfarrer müsse deshalb „volksmissionarisch, volksseelsorgerlich, volkspolitisch“ sein.[28] Dem Protestantismus kam unter der Voraussetzung, dass „deutsches und fremdes Volkstum feindselig aufeinanderstößt“, die Funktion eines sicheren „Grenzhüters“ zu.[29] May registriert, dass die Pfarrer häufig als Führer im „völkischen Kampf“ (S. 37) agieren müssen. Unter diesem Druck würden ihren Predigten nur allzu oft Worte zum „völkischen Schicksal“, zudem der „üblichen nationalen Ideologie“ entnommen. Mit einer solchen flachen Theologie werde aber das Evangelium missbraucht, denn Richtschnur müsse immer das Bekenntnis zu Jesus Christus bleiben. In ihrer schwierigen Situation bedürften gerade die Pfarrer einer „politischen Theologie des Außendeutschtums“

24 W. Tilgner: Volk, S. 138.

25 E. Wolf: Volk, S. 174. – F.-M. Kuhlemann plädiert in seiner Untersuchung über Nation und Religion sowie die Haltung der Pfarrerschaft zum Nationalismus im 19. Jahrhundert (Pastorennationalismus) für eine differenzierte Betrachtung.

26 Erschienen 1934.

27 S. 121. Er meint in dem Zusammenhang: „Vom Ausland her gesehen stehen so verschiedene Männer wie Paul Althaus, Karl Barth, Friedrich Gogarten, Karl Heim in einer Front“ (S. 45).

28 Zitate aus einem Vortrag über „Konfession und Nation in Osteuropa“ von Hans Koch 1933 in Wittenberg (referiert bei G. May: Sendung, S. 111).

29 W. Tilgner: Volk, S. 140.

(S. 39). May definiert diese als „Kampf um die Wiedergewinnung der gottgewollten Volksordnung". Um die Menschen zu erreichen, müsse die Theologie für die Volksdeutschen von der Wirklichkeit ausgehen; da könne Politisches religiös gesehen und theologisch begründet werden. Die deutsche Sendung reiche aber über „unmittelbar zeitlich und örtlich gebundene politische Aufgaben hinaus". Für den Christen „steht hinter der Sendung Gott. Er ist der Herr der Geschichte. Er sendet" (S. 98). Der Leiter des Kirchlichen Außenamtes Theodor Heckel geht davon aus, dass Mays Schrift missverstehe, wer sie als Dogmatik der volksdeutschen Theologie auffasse. Denn ebenso wie May müssten ähnliche Veröffentlichungen als Anweisungen für das „praktische Handeln einer volksdeutschen Kirche" gelesen werde, denn der Praxisbezug sei das Wesensmerkmal volksdeutscher Theologie schlechthin.[30]

In unserem Kontext ist es nicht möglich, die theologischen Auffassungen und Prägungen der Pfarrer im Einzelnen darzustellen. Am Beispiel von Friedrich Just, selbst umfangreich schriftstellerisch tätig, kann aber das Denken eines volksdeutschen Pfarrers beleuchtet werden. Seiner 1930 herausgegebenen Schrift „Deutsche Sendung in Polen" stellte er das Motto voran „Deutsch sein heißt: eine Sendung haben. Selig aber ist, wer eine Sendung hat!". In diesem Band, der Artikel unterschiedlicher Themen vereinigt, finden sich Auffassungen, die durchaus den Positionen Mays ähneln, ohne aber dessen theologische Konzentration zu erreichen. In seinem Artikel über die „Minderheitskirche" vertritt Just die Auffassung, dass das Schicksal einer Volksminderheit letztlich „von der Stärke des Glaubens", von der „Lebensstärke ihrer Kirche" abhänge (S. 426 f.). Um bestehen zu können, brauche es „große Gedanken", dazu zähle die Überzeugung, dass „unser Deutschtum, deutsche Sitte und Sprache, deutsche Art und deutsches Wesen, deutsche Kultur und Frömmigkeit" Güter sind, „die in der Welt einzig dastehen, ohne sie ist das Erdenleben nicht zu denken". Für solchen Gedanken lohne es sich „in Begeisterung zu erglühen – und zu sterben" (S. 440). Da Deutschland „als Reich" zerbrochen sei, liege die künftige Aufgabe darin, sich für das Deutschtum aufzuopfern.[31] Ein Verderben aber wäre es, „Irredenta zu treiben", wie es von manchen Kreisen verlangt werde, denn die Deutschen dürften nicht „Kulturdünger" unter der fremden Staatsherrschaft werden. Für das deutsche Volkstum müsse auch das „Opfer der Einordnung" in den Staat gebracht werden (S. 448 f.).

3. Die Geistlichen in den deutsch-polnischen Auseinandersetzungen

Schon Paul Althaus hatte sich als Gouvernementspfarrer in Łódź, wo er seit 1915 tätig war, für eine geistliche Erneuerung innerhalb der augsburgischen Kirche ausgesprochen. Die Erhal-

30 T. Heckel: Kirche, S. 48 f.

31 F.-M. Kuhlemann verweist auf die von Kaiser herausgearbeiteten pietistischen Konzeptionen des 18. Jahrhunderts mit der Liebens- und Glaubensgemeinschaft gesteigert zum „Erlösungsopfer" des Patrioten; diese waren aber noch eingebunden in die Gemeinschaft aller Nationen (Pastorennationalismus, S. 554 f.).

tung von Sprache und nationaler Identität war auch für ihn keine „nationale", sondern eine „geistige und geistliche Frage". Ihm schien das evangelische Bekenntnis gefährdet, wenn deutsche Sprache und Sitte preisgegeben würden. Deshalb seien die Kirchen verpflichtet, den Nationalitäten in ihrer Muttersprache zu predigen. „Wir halten an unserem Deutschtum fest [...], weil wir Deutsche sind und unsere Eigenart [...] als Gottes besondere Gabe heilig halten wollen."[32] Eine entgegengesetzte Haltung vertrat Julius Bursche mit der bereits im 19. Jahrhundert in Warschau entstandenen Ideologie des polnischen Evangelizismus. Danach hatte der Protestantismus eine große Aufgabe in Polen unter der Voraussetzung, dass das Evangelium in polnischer Sprache und in polnischem Geist verkündet werde und die evangelische Kirche sich nicht durch die „chinesische Mauer" der deutschen Sprache vom polnischen Volk abgrenze.[33] In seinem „Memorial", das er am 14. Februar 1919 an die Pariser Friedenskonferenz richtete,[34] sprach er bereits davon, eine polnisch-evangelische Kirche „frei von deutschen Einflüssen" schaffen zu wollen.

Die entschiedene Haltung Bursches führte, konfrontiert mit den um ihr Deutschtum kämpfenden Pastoren der UEK, aber auch innerhalb der EAK zu Spannungen in der Pastorensynode, zu gegenseitigen Beschuldigungen und letztlich zu einem innerevangelischen Kirchenkampf,[35] in dem Bursches polnischer Evangelizismus Blaus uniertem Evangelizismus gegenüberstand.[36]

Sicherlich ist davon auszugehen, dass evangelische Pfarrer und engagierte Kirchenglieder als herausragende Exponenten des Deutschtums Aggressionen auf sich zogen. Nach der Abwanderung der gebildeten Schichten seit den 20er Jahren rekrutierte sich aus diesem Milieu die Speerspitze eines überzeugten und kämpferischen Deutschtums. Aus diesem Grund mussten die Mitglieder der UEK sowie die nach Deutschland orientierten Kräfte in der EAK erfahren, „dass die enge Bindung an das Deutsche Reich und die politischen Minderheitenverbände ihren Kirchen so sehr den Stempel einer deutsch-nationalistischen bzw. pronazistischen Institution aufgedrückt hatte, dass darüber das kirchliche Gepräge und Anliegen von vielen Polen nicht mehr wahrgenommen wurde".[37]

Bei der Erforschung der Ursachen für die im September 1939 erfolgten Übergriffe und Morde an den Deutschen wurde immer wieder auch das Verhalten der katholischen Kirche und der EAK analysiert und gefragt, ob diese das Klima gegen die Deutschen aus konfessionellen Vorbehalten beeinflusst hätten.

Die katholische Kirche verstand sich in Polen als Nationalkirche, ihr räumte die Verfas-

32 A. Kleindienst/O. Wagner: Protestantismus, S. 41 f.

33 O. Wagner: Zwischen Völkern, S. 150. Mit diesem kirchenpolitischen Programm für eine einheitliche große evangelische Kirche in Polen hatte sich Bursche im Kampf um Polens Westgrenze und den Anschluss Teschens eingeschaltet (O. Heike: Minderheit, S. 232 f.).

34 Abgedruckt bei A. Kleindienst/O. Wagner: Protestantismus, S. 421 f.

35 Vgl. O. Heike: Minderheit, S. 253–262.

36 Vgl. E. Alabrudzińska: Protestantismus, S. 64.

37 B. Krebs: Protestantismus, S. 128.

sung der polnischen Republik vom 17. März 1921 zwar einen Vorrang ein, definierte sie aber nicht als Staatsreligion.[38] In seinem nationalistischen Denken sah der polnische Klerus seinen Hauptfeind im Deutschen Reich und im organisierten Deutschtum in Polen.[39] Die Intoleranz des polnischen Katholizismus traf so auch deutsche Katholiken.[40] Viele polnische katholische Geistliche „hetzten in und außerhalb der Kirche gegen die deutsche Volksgruppe".[41] Das Deutsche Nachrichtenbüro bezeichnete am 5. Mai 1939 die katholischen Kirchen als „Hauptherde" der Hetze gegen die Deutschen.[42] Im April 1939 berichtete das Deutsche Generalkonsulat Łódź an das Auswärtige Amt von Ausschreitungen gegen den Vorsitzenden des Vereins deutschsprechender Katholiken in Łódź mit der Bemerkung, der Oberlehrer Slapa sei „ein ruhiger Mensch und hat sicherlich in keiner Weise provoziert. Der Grund des Überfalls war wohl einzig und allein sein Deutschtum".[43]

Das Deutsche Generalkonsulat Kattowitz teilte dem Auswärtigen Amt in Berlin am 31. Januar 1939 mit, dass der katholische polnische Pfarrer Drzymala in der Christmette in Friedenshütte am 24. Dezember 1938 eine Predigt gehalten habe, in der er behauptete, im Deutschen Reich herrsche nur noch ein „Scheinchristentum" und „der Führer wolle das Christkind entthronen und sich selbst auf den Thron setzen. Dann würde die Zeit des Weihnachtsfestes in Deutschland für immer vorbei sein"; deutschfeindliche Äußerungen seien auch in Predigten des polnischen Pfarrers Pogrzeba zu hören gewesen.[44]

Von den katholischen Kanzeln soll auch bei den Gottesdiensten am ersten Kriegssonntag, dem 3. September 1939, der Ruf nach Rache und Vergeltung laut geworden sein. Der Kanonikus Jozef Szulc in Bromberg habe beispielsweise jede Tat gegen einen Deutschen, gleich ob Soldat oder Zivilist, als ein „gottgefälliges Werk"[45] bezeichnet. Der Wahrheitsgehalt dieser Äußerung wird allerdings auch bezweifelt, denn Szulc gehörte am 5. September 1939 zu den Unterzeichnern eines Aufrufs an die Bewohner der Stadt, Ruhe und Ordnung zu bewahren.[46]

Da sich der polnische Klerus gegenüber dem Protestantismus traditionell als Hüter des

38 Vgl. M. Alexander: Geschichte, S. 286.

39 Vgl. H. Rasmus: Pommerellen, S. 67.

40 1936 wurde die Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Katholiken in Radziankau aufgelöst mit der Begründung, der Verband unterliege nach der Entfernung des Vorsitzenden Senator Dr. Eduard Pant den Einflüssen der Hitlerischen Propaganda („Polonia" Nr. 4231 vom 25.7.1936 in: PolA Berlin, R 104199). Pant hatte am 16.12.1934 die Vorstandswahlen verloren und war aus dem Verband ausgetreten. Zu den Auseinandersetzungen um den Kurs von Pant vgl. P. Nordblom: Glaube, S. 599–617.

41 Bericht des Deutschen Konsulats Łódź vom 7.6.1939 (PolA Berlin, R 104205).

42 PolA Berlin, R 104233.

43 Schreiben vom 27.4.1939 (PolA Berlin, R 104230). Der Kattowitzer Bischof Stanisław Adamski nahm die wiederholten Störungen deutscher Gottesdienste zum Anlass, am 4.6. einen Hirtenbrief in allen polnischen Gottesdiensten der Diözese Kattowitz und im Olsaland verlesen zu lassen. Adamski vergleicht darin die Lage der polnischen Katholiken im Deutschen Reich mit derjenigen der deutschen Katholiken in Polen. Wegen der eindeutigen Schlechterstellung, was die Gottesdienste in der Muttersprache anlange, sei der „Wille der polnischen Bevölkerung zur Rache und zur Bestrafung der deutschen Katholiken […] verständlich" (zit. nach dem Bericht des Deutschen Generalkonsulats Kattowitz an das AA vom 20.6.1939; PolA Berlin, R 104188). Vgl. auch H. Rasmus: Pommerellen, S. 63–65.

44 PolA Berlin, R 104188.

45 Zit. nach H. Rasmus: Pommerellen, S. 68.

46 H. Rasmus wiederum schreibt, Szulc habe nach Kriegsausbruch der Bürgerwehr in Bromberg angehört und nach dem 4.9.1939 nach

wahren Christentums verstand, musste er den Protestantismus generell abwerten. Im Aufkommen des nationalsozialistischen „Neuheidentums“ und dessen Einflusses auf die deutschchristliche Bewegung im Deutschen Reich sah der polnische Klerus folgerichtig einen weiteren Niedergang des deutschen Protestantismus und eine Verfälschung des wahren christlichen Glaubens.

Aber nicht nur die katholische Kirche, auch Pfarrer der EAK beteiligten sich anscheinend an der Deutschenhetze. Wenn die Geheime Staatspolizei berichtet, dass sich unter dem Druck der Polonisierungsbestrebungen des Warschauer Generalsuperintendenten Bursche auch dessen evangelische Kirche daran beteilige, so kann dies im Klartext heißen, dass Pfarrer der EAK eine dezidiert anti-nationalsozialistische Haltung bezogen. Als Beleg wurden beispielsweise Auszüge aus einer Ansprache von Pastor Leo Witold May aus Tomaschow/Bezirk Łódź zitiert. Am Abend der „Führerrede“, dem 28. April 1939, habe der polnische Pfarrer u. a. gesagt: „Unser Wahlspruch kann und muß heißen: Weg mit Hitler! An den Strick mit Hitler!“. Er habe auch erklärt, dass er als „deutscher Pastor“ künftig nur noch polnisch predigen und seiner Gemeinde verbieten werde, deutsch zu sprechen oder zu singen. Er habe die Anwesenden aufgefordert, die Volksdeutschen, die zum Reich hielten, so zu behandeln und zu schikanieren, wie man es mit den Polen in Deutschland mache. Als Folge dieser Rede habe in Tomaschow eine regelrechte Deutschenverfolgung eingesetzt.[47]

Auch Blau, Leiter der Posener Kirche, machte die Geistlichen der EAK zumindest indirekt für die antideutsche Stimmung verantwortlich, die im September 1939 zu dem Ausbruch von Gewalt führte. In einem Brief an Professor Adolf Keller vom 17. Oktober 1939 schrieb er rückblickend: „Ich muss leider sagen, dass an der politischen Verdächtigung unserer Kirche und der deutschen Pfarrer auch die kirchliche Presse der Warschauer Augsburgischen Kirche und der dortige Kirchenstreit Schuld tragen“,[48] „da man dort nicht müde geworden ist, immer die deutschen Pfarrer als ‚Schrittmacher des Hitlerismus‘, ‚Germanisatoren‘ und ‚Landesverräter‘ zu brandmarken“.[49]

Krebs geht davon aus, dass nationalsozialistische wie neuheidnische Vorstellungen vor allem unter der jüngeren Generation auf zunehmende Resonanz innerhalb der deutschen Volksgruppe stießen. Nach seiner Auffassung entbrannte „zwischen der ‚alten Garde‘ der Minderheitenführer – traditionell eng mit den Kirchenleitungen verbündet – und den sie bedrängenden jungen radikal-völkischen Kräften“ ein Streit um die Führung der Volksgruppe, der

der Bewaffnung von Zivilisten die Jagd auf die Deutschen fortgesetzt (Pommerellen, S. 69). 1940 kam er im KZ Dachau ums Leben (vgl. G. Schubert: Unternehmen, S. 42, Anm. 25).

47 Schreiben an den Reichsinnenminister, das AA, die Volksdeutsche Mittelstelle und den Reichsführer-SS vom 13.5.1939 (PolA Berlin, R 104233). – In einem anonymen Aufruf vom Mai 1939 hieß es, die deutschen Gottesdienste und Evangelien müssten verschwinden so wie die eineinhalb Millionen Polen in Deutschland „dieser Gottesdienste beraubt werden“ (PolA Berlin, R 104233).

48 Zit. nach O. Kiec: Christen, S. 72. Sein Artikel in dem von M. Greschat hrsg. Sammelband „Deutsche und polnische Christen – Erfahrungen unter zwei Diktaturen“ ist entstanden aus der Tätigkeit der „Deutsch-Polnischen Kirchengeschichtskommission“ (Mitteilung von OKR R. Rinne an die Verf. vom 20.2.2004).

49 Die Verschleppung der Deutschen, S. 182; dort ist der Brief Blaus an Keller abgedruckt (S. 173–183).

von Berlin aus gelenkt wurde und auch „einen erheblichen Anpassungsdruck auf die Kirchenleitungen ausübte“. Die Posener Kirchenleitung bemühte sich aber, neuheidnischen Tendenzen entgegenzutreten und hielt ihre Mitglieder an, die „Einheit von Deutschtum und Christentum“ zu wahren.[50] In der völkischen Bewegung sah sie durchaus eine Konkurrenz zu ihrer eigenen Funktion als Hüterin des Deutschtums und betrachtete daher auch das Aufkommen des „Neuheidentums“ mit Misstrauen.[51]

4. Die deutsche Minderheit und der Nationalsozialismus

Die Frage, inwieweit der Nationalsozialismus bei den Deutschen in Polen auf Resonanz stieß, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Wenn Kammel schreibt: „So erlebten wir auch erhobenen Herzens die deutsche nationale Erneuerung mit und bekannten uns trotz aller Schwierigkeiten, die man uns machte, zum Nationalsozialismus“,[52] dann muss doch offen bleiben, ob diese Einstellung für alle Volksdeutschen in Polen zutraf bzw. in welchem Umfang sie sich organisieren ließen und ob diese Äußerung nicht lediglich eine Reverenz an das Deutsche Reich darstellt. Dem gegenüber steht die Einschätzung des Bromberger SD-Einsatzkommandos in seinen geheimen Lageberichten. Dieses beklagte beispielsweise, der Großteil der Volksdeutschen stünde dem Ideengut des Nationalsozialismus fremd gegenüber.[53]

Über den Grad der Beeinflussung der „Volksdeutschen“ durch den Nationalsozialismus kursieren in der Literatur unterschiedliche Auffassungen. Rasmus hält zwar den Vorwurf, dass diese „der Ideologie der braunen Machthaber erlegen“ seien für eine „grobe Überschätzung“, zu konstatieren sei aber, dass sich allmählich eine gewisse faszinierende Wirkung eingestellt habe, eine einheitliche Gleichschaltung erfolgte aber nicht.[54] Für Rogall blieb die deutsche Minderheit politisch gespalten, von Regierungsseite wurden diese Gegensätze genutzt und nach Möglichkeit vertieft.[55] Aus polnischer Sicht unterlag die deutsche Minderheit „fast vollkommen der NS-Strömung“ mit der Folge, dass die Volksgruppe bereit war, den deutschen Einmarsch aktiv zu unterstützen.[56]

Die zuständigen Stellen in Berlin hatten allerdings die „Verwendung von Volksdeutschen für derartige Einsätze gegen den polnischen Staat“ vor Kriegsbeginn durchaus unterschiedlich beurteilt. Während die NSDAP und militärische Abwehrstellen solche befürworteten, lehnte das Auswärtige Amt ebenso wie die deutschen Organisationen in Polen eine Inanspruchnahme

50 B. Krebs: Christen, S. 25

51 O. Kiec: Christen, S. 70.

52 R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 78.

53 Zit. nach H. Rasmus: Pommerellen, S. 80.

54 Ebd., S. 78, 80.

55 Vgl. J. Rogall: Die Deutschen, S. 155.

56 Vgl. W. Jastrzębski: Bromberger Blutsonntag, S. 33.

der Minderheit für militärische Zwecke ab,[57] vor allem aber wollte Hitler die „polnische Frage nicht auf dem Wege über die Volksgruppe lösen".[58]

Wenn Kammel in seinem oben erwähnten Aufruf davon sprach, dass es den Deutschen schwer gemacht wurde, mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren, dann trifft dies nicht generell zu. Die polnischen Behörden legalisierten zwar die Tätigkeit der NSDAP nicht, aus außenpolitischen Rücksichten aber wurde sie geduldet.[59] Heike unterstellt sogar, dass die Nationalsozialisierung eines großen Teils der deutschen Minderheit mit Wissen der polnischen Behörden vor sich gegangen sei. Trotzdem attestiert er der deutschen Minderheit Loyalität gegenüber dem polnischen Staat „selbst in den Tagen schlimmster Verfolgung" und als Soldaten im Kriegseinsatz 1939.[60]

5. *Die Entwicklung nach der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts*

Als die deutsche Reichsregierung am 29. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 kündigte, verschlechterte sich das deutsch-polnische Verhältnis zusehends, Deutschland wurde „der große Gegner Polens".[61] Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland war seit Frühjahr 1939 geprägt von Verdächtigungen, Misstrauen und politischer Konfrontation. Die vermehrt einsetzende antideutsche Hetze der Polen speiste sich aus verschiedenen Quellen: nationalen Ressentiments, politischen, weltanschaulichen und konfessionellen Gegensätzen, die sich im Einzelnen nur schwer voneinander trennen lassen. Getragen wurde sie von unterschiedlichen Kreisen und Gruppen.

Die Berichte, die die deutschen Konsulate in Polen seit April 1939 an das Auswärtige Amt in Berlin sandten, liefern durch teils detaillierte Auflistungen von Übergriffen – Gewalttätigkeiten und körperliche Misshandlungen, Sachbeschädigungen, Boykottmaßnahmen und der Behinderung der Tätigkeit deutscher Organisationen – einen Überblick über die Wellen der Verfolgung.[62] Das Generalkonsulat Łódź glaubte die Absicht der polnischen Bevölkerung feststellen zu können, „das Deutschtum in seiner Existenz zu vernichten, soweit es sich nicht

57 O. Heike: Minderheit, S. 441. Zur Frage, ob die Volksdeutschen als „bewaffnete Hilfstruppe" eingesetzt werden sollten, vgl. auch G. Schubert: Unternehmen, S. 175.

58 Zit. nach H. Rasmus: Pommerellen, S. 85.

59 Vgl. W. Jastrzębski: Bromberger Blutsonntag, S. 27. – Es kam aber zu spontanen Aktionen, so wurde z.B. ein Kameradschaftsabend der Ortsgruppe Lienau der NSDAP gesprengt (Telegramm des Generalkonsulats Thorn an AA vom 28.3.1939; PolA Berlin, R 104230).

60 Vgl. den Abschnitt bei O. Heike: Waren die Deutschen loyale Staatsbürger? (Minderheit, S. 423–438, Zitat S. 437) sowie bei H. Rasmus: Die Volksdeutschen – eine illoyale Volksgruppe? (Pommerellen, S. 75–88).

61 Schreiben des Deutschen Konsulats Lemberg an das AA vom 3.8.1939 (PolA Berlin, R 104150).

62 Schreiben der Deutschen Stiftung an das AA vom 1.4.1939 (PolA Berlin, R 104204). Zum Vereinswesen der Deutschen vgl. H. Rasmus: Pommerellen, S. 52–56.

völlig polonisieren lassen will".[63] Am 15. Mai 1939 berichtete es von schweren Ausschreitungen der polnischen Arbeiterschaft, die man als „Deutschenpogrom" bezeichnen könne.[64]

Das Generalkonsulat Kattowitz übersandte am 16. Mai 1939 dem Auswärtigen Amt eine Zusammenstellung der „Jungdeutschen Partei"[65] über Vorfälle im ganzen polnischen Staatsgebiet, die Senator Ervin Hasbach dem polnischen Ministerpräsidenten Felizian Slawoj-Skladkowski übergeben sollte.[66] Dem Konsulat in Łódź lag eine Liste von Volksdeutschen vor, die über die ihnen in Tomaschow[67] und in anderen Orten zugefügten Schäden berichtet hatten, zu größeren Verlusten war es aber nicht gekommen;[68] trotzdem – so der Tenor – sei die Furcht vor Ausschreitungen groß, die Bedrohung der „Abschlachtung" der deutschen Bauern halte an.

Am 31. Mai 1939 meldete das Generalkonsulat Thorn, die Angriffe und „Verdrängungsmaßnahmen" seien zurückgegangen. Aufgeführt wurden tätliche Angriffe, Beschädigung von Eigentum, Entlassung volksdeutscher Arbeitnehmer, Boykottmaßnahmen, Haussuchungen, Verhaftungen und Verurteilungen. Viele Übergriffe erfolgten wegen Anhörens der „Führerrede" am 28. April 1939. Es gab Schmierereien, z. B. „nie damy Gdánska" (Wir geben Danzig nicht her), „Precz z Szwabami" (Fort mit den Schwaben).

Von Seiten der deutschen Organisationen in Polen wurde immer wieder die mangelnde Aufmerksamkeit reichsdeutscher Stellen gegenüber der „Drangsalierung der Volksgruppe" moniert.[69] Im Bericht des Deutschen Generalkonsulats Posen an das Auswärtige Amt vom 27. Juni 1939 hieß es, die dortigen Volksdeutschen seien befremdet darüber, dass die Beschlagnahme des Evangelischen Vereinshauses in Posen „verhältnismäßig geringen Widerhall in der reichsdeutschen Presse gefunden habe".[70] Es herrschte ebenso allgemeine Enttäuschung darüber, dass die deutsche Presse Ausschreitungen totschweige.[71] Rasmus sieht insgesamt eine „Schweigefront" der deutschen Politiker trotz der restriktiven polnischen Minderheitenpolitik.[72]

Im Juli meldete das Generalkonsulat Thorn, dass es den polnischen Behörden gelungen sei, die „offenen Gewalttaten" gegen die Volksgruppe zu unterdrücken, dafür habe aber der von

63 Schreiben an das AA vom 8.5.1939 (PolA Berlin, R 104230).

64 Schreiben an das AA (PolA Berlin, R 104233).

65 1930 hatte der seit 1921 bestehende „Deutsche nationalsozialistische Verein für Polen" den unverfänglicheren Namen „Jungdeutsche Partei für Polen" angenommen; unter ihrem Vorsitzenden Rudolf Wiesner nahm sie zwischen 1930 und 1933 einen „gewaltigen Aufschwung" (P. Nordblom: Glaube, S. 71). Zwischen der Jungdeutschen Partei und der 1934 gebildeten Deutschen Vereinigung bestand ein Konkurrenzverhältnis. Am 17.5.1938 erließ z. B. die Ortsgruppe Kiszkow einen Aufruf zur Bildung einer „neu zu schaffenden nationalsozialistisch ausgerichteten Volksgruppenorganisation aller Deutschen in Polen" (PolA Berlin, R 104200).

66 PolA Berlin, R 104233. In dieser Liste waren Verhaftungen, Bestrafungen, Hausdurchsuchungen, Bedrohungen, Benachteiligungen, Terrorisierungen, Provozierungen, Boykotte, Überfälle, Zerstörung von Eigentum u. a. aufgeführt.

67 Zu den Ausschreitungen in Tomaschow und in anderen Orten vgl. E. Kneifel/H. Richter: Gemeinde, S. 65; in Kumrow bei Tomaschow wurden im August 1939 der deutsche Landwirt Dahlmann und sein Sohn ermordet (S. 65).

68 Konsulat Łódź an AA vom 30.5.1939 (PolA Berlin, R 104205); vgl. auch O. Heike: Minderheit, S. 449.

69 Vgl. auch oben S. 173, Anm. 11.

70 PolA Berlin, R 104205. Nach R. Kammel war das Vereinshaus in der polnischen Presse als „Burg des Hitlerismus" verschrien (Kriegsschicksale, S. 64).

71 Telegramm des Generalkonsulats Thorn an das AA vom 27.2.1939 (PolA Berlin, R 104230).

72 H. Rasmus: Pommerellen, S. 79.

den Behörden geführte „Vernichtungskampf“ ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht.[73] In einem Bericht vom 15. Juli 1939 wurden erstmals Todesfälle gemeldet, aber bei keinem der 28 namentlich aufgeführten Fälle lässt sich ein Bezug zur Konfession erkennen.[74]

Auch aus einer Zusammenstellung von 39 besonders schwerwiegenden Fällen (aus 1 500 seit März des Jahres 1939), die das Auswärtige Amt an die deutschen Botschaften[75] übersandte, befand sich unter den Aufgeführten keine Person aus dem kirchlichen Bereich, ebenso fehlte jeder Hinweis auf die Konfession der Betroffenen. Im Juli hatte sich nach einem aus Bromberg eingegangenen Bericht die Lage der Deutschen bedenklich verschlechtert, insbesondere sei auf drei Gebieten eine Verschärfung eingetreten: den militärischen Maßnahmen, der Zunahme von Verhaftungen und Verurteilungen Volksdeutscher sowie bei den Angriffen der Verwaltungsbehörden auf das deutsche wirtschaftliche Leben.[76]

Von den Übergriffen waren Angehörige der unterschiedlichsten Berufe und Altersgruppen betroffen, wobei die Identität der Täter im Dunkeln bleibt. Viele Aktionen richteten sich gegen Bauern, Handwerker und Kaufleute, ob konfessionelle Gründe dabei eine Rolle spielten, lässt sich nicht erkennen.[77] Die Zusammenstellungen vermitteln den Anschein, als würden „die Deutschen“, „das Deutschtum“ ganz allgemein verfolgt. Da aber die überwiegende Zahl der Deutschen evangelisch war, sind konfessionelle Ressentiments der Täter nicht auszuschließen. Freilich muss man sich daneben vergegenwärtigen, dass weder die Aussteller der Berichte – die deutschen Konsulate – noch die Empfänger – deutsche staatliche Stellen – Interesse daran hatten, die Verfolgung der Deutschen in Polen als Kirchenverfolgung zu apostrophieren.

6. Verfolgung und Tod zu Beginn des Krieges

Spätestens seit März 1939 hatten die Starosteien für den Kriegsfall Listen mit den zu verhaftenden Deutschen vorbereitet. Diese Listen waren in drei Kategorien eingeteilt: Zu den Hauptverdächtigten, die als staatsfeindlich galten, gehörten Geistliche und Gutsbesitzer, die Geistlichen erfuhren aber nach ihrer Festnahme keine schlechtere Behandlung als die Gutsbesitzer.[78] Ab Anfang Mai 1939 setzten die Verhaftungen von Angehörigen der nationalen Minderheiten im ganzen Lande ein, es mehrten sich Demonstrationen, Überfälle und teilweise blutige Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit. Am 23. Juni 1939 erließ die polnische Regierung

73 Schreiben an das AA vom 19.7.1939 (PolA Berlin, R 104234).

74 PolA Berlin, R 104206.

75 Schreiben vom 23.8.1939 an die deutschen Botschaften in Athen, Bern, Belgrad, Budapest, Bukarest, im Haag, Helsinki, Kopenhagen, Kowno, Lissabon, Oslo, Reval, Riga, Sofia, Stockholm sowie an das Deutsche Konsulat in Genf (PolA Berlin, R 104236).

76 Schreiben der Deutschen Stiftung an das AA vom 31.7.1939 (PolA Berlin, R 104206).

77 PolA Berlin, R 104205. Nach einem Bericht des Generalkonsulats Thorn vom 13.3.1939 beteiligten sich auch Beamte wie Gemeindevorsteher an Ausschreitungen wie dem Einschlagen von Fensterscheiben (R 104230).

78 Vgl. H. Rasmus: Pommerellen, S. 112 f.

ein Gesetz über die Arrestierung, Internierung und Konfinierung, um gegen Personen vorgehen zu können, „die das Interesse der Staatsverteidigung" gefährdeten.[79] Am 29. August 1939 wurde in Polen die Mobilmachung öffentlich befohlen. Bereits am ersten Kriegstag, teilweise aber auch schon im Juli und August wurden ca. 25 000 Deutsche verhaftet und in Gefängnisse, Internierungslager und in das Konzentrationslager Bereza Kartuska verbracht.[80]

Insgesamt waren etwa 50 Züge mit 15 000 verschleppten Deutschen im Land unterwegs, davon etwa 10 000 aus Posen und Pommerellen.[81] Solche Maßnahmen betrafen aber nicht nur Angehörige der Minderheiten im Lande, sondern auch ideologische Gegner wie Kommunisten, aber auch gewöhnliche Verbrecher. Bereits auf diesen Märschen ins Landesinnere kamen etwa 2 200 Deutsche um oder starben kurz darauf an den Strapazen und erlittenen Misshandlungen.[82] Unter den Verschleppten aus Pommerellen befand sich z. B. Superintendent Max Herrmann aus Podgórz bei Thorn mit 262 Gemeindegliedern.[83] Auf dem Marsch nach Thorn waren 560 Deutsche, darunter fünf evangelische Pfarrer, nämlich Gerhard Diedrich, Klaus Liske,[84] Erwin Löschmann, Gerhard Tietze und Johannes Walter.[85] Der Schwetzer Verschleppungsmarsch umfasste 39 Personen, darunter Pfarrer Helmut Boeckler.[86]

Besonders viele Morde geschahen auf den Verschlepptenzügen aus Posen und Pommerellen. In Posen selbst wurden 30 Evangelische ermordet, weitere 30 auf der Verschleppung. Von den 66 verschleppten Pastoren aus Posen-Pommerellen wurden 14 – unter ihnen Superintendent Aßmann und Dr. von Behrens, die aus Schwäche zurückblieben – ermordet.[87]

In Bromberg eskalierte die Gewalt, mindestens 700 evangelische Einwohner wurden getötet,

---

79 Zit. nach R. Kammel: Probleme, S. 43.

80 Vgl. A. Kleindienst/O. Wagner: Protestantismus, S. 383 f.

81 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 20 f. – H. v. Rosen führt 41 Verschleppungsmärsche auf, die im September 1939 in Posen/Pommerellen in Gang gesetzt wurden (Die Verschleppung der Deutschen, S. 59–99). Vgl. auch A. Rohde: Kirche, S. 186–190.

82 Nach H. Rasmus: Pommerellen, S. 115. Nach A. Kleindienst/O. Wagner (Protestantismus, S. 384 f.) betrug die Zahl der auf den Verschleppungsmärschen Verhungerten oder Erschossenen oder im Konzentrationslager Bereza Kartuska zu Tode Gemarterten insgesamt 3841 Personen. A. Rhode berichtet, dass auf „seinem" Zug von 270 Verschleppten 38 ermordet wurden (Kirche, S. 18); auch Frauen wurden verschleppt (vgl. ebd., S. 28 f.). Vgl. auch R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 33 f.

83 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 29–34; vgl. auch den Bericht Herrmanns über die Verschleppung (R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 107 f., dort 226 Gemeindeglieder). – Nach dem Bericht eines Graudenzer Nervenarztes wurde auch eine Gruppe von etwa 70 polnischen Protestanten verschleppt (nach JK 1940, S. 135).

84 Pfarrer Dr. Liske in Kawki/Kreis Strasburg hatte am 14. Juli 1939 ein anonymes Schreiben mit folgenden Inhalt erhalten: „Sie werden aufgefordert, Polen samt Ihren Volksgenossen innerhalb von 14 – vierzehn – Tagen zu verlassen, andernfalls erfolgt die Vollstreckung der Todesurteile. Die Geheime Hand" (zit. nach dem Schreiben der Deutschen Stiftung an das AA vom 27.7.1939 (in: PolA Berlin, R 104189); erwähnt auch bei H. Rasmus: Pommerellen, S. 151.

85 Vgl. ebd., S. 123 f.

86 Ebd., S. 130.

87 Ebd., S. 128. Die 14 Pastoren kamen aber nicht alle auf der Verschleppung um. Vgl. unten S. 186 f. – In seiner Veröffentlichung „Der Bromberger Blutsonntag. Legende und Wirklichkeit" versucht W. Jastrzębski die Aussagen von Gotthold Starke, die 1940 in der Zusammenstellung „Die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen in Polen" veröffentlicht und auch in die Darstellung „Aus Brombergs Vergangenheit" (Wilhelmshaven 1974) eingegangen sind, zu relativieren, wenn nicht der Verfälschung zu überführen. Jastrzębski führt bei der Darstellung dieses Marsches z. B. an, dass die Tatsache, dass viele die Deportation heil überstanden hätten, unterdrückt würde (S. 173).

dazu kommen die während der Verschleppung Ermordeten.[88] Auch in anderen Städten geschahen Morde, aber in geringerer Zahl.[89]

Es wurden auch viele Gutsbesitzer ermordet, u. a. der Landrat Eugen Naumann[90] und Dr. Werner Kirchhoff-Soldau,[91] Freiherr von Gersdorff (Kreis Schmiegel), Gernoth (Altboyen) und Seyfarth (Rübenfelde), ebenso viele angesehene Bürger. Von den deutschen Privatschullehrern wurden über 100 verschleppt, 34 von ihnen wurden ermordet.[92]

Unter den Gewaltakten 1939 hatten auch katholische Deutsche zu leiden, auch sie wurden verfolgt und ermordet, und selbst katholische Priester wurden wegen ihres Bekenntnisses zum Deutschtum misshandelt und verschleppt.[93] Bei einem Kriegsgericht über den Kirchenältesten Ernst Wiedemeyer aus Gnesen und einen andern evangelischen Deutschen sowie den katholischen Geistlichen Rauhut aus Gnesen saß ein polnischer katholischer Vikar mit zu Gericht. Während die beiden Evangelischen zum Tode verurteilt wurden, kam der katholische Geistliche frei.[94]

Über das zahlenmäßige Ausmaß der Todesfälle der Deutschen in Polen gab es immer wieder unterschiedliche Angaben.[95] Im Oktober 1939 wurde auf Initiative des Historikers und SS-Hauptsturmführers Dr. Kurt Lück in Posen die „Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten" eingerichtet. Sie bezifferte die Zahl aller ermordeten Deutschen in Polen im Jahre 1939 mit 3 453.[96] Im November 1939 war von 12 857 Toten die Rede, am 7. Februar 1940 wurde die Zahl auf Anordnung des Reichsinnenministeriums auf 58 000 angehoben.[97] Heute scheint die Zahl von rd. 4 000 Volksdeutschen, die in den ersten Septembertagen 1939 umgekommen sind, als erwiesen.[98]

88 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 25; nach E. Kneifel/H. Richter (Gemeinde, S. 66) wurden 550 Deutsche ermordet. Vgl. auch J. Rogall: Die Deutschen, S. 160. – Zum Vergleich: auf dem katholischen Friedhof Bromberg-Schleusenau wurden 15 ermordete Volksdeutsche beerdigt, auf dem ev. Friedhof Jägerhof: 62 ermordete Volksdeutsche, Friedhof Hermann-Göring-Str.: 21, Friedhof Schleusentor: 5 Volksdeutsche (nach G. Schubert: Unternehmen, S. 193).

89 Vgl. dazu R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 48–52; A. Rhode: Kirche, S. 24 f.; auf S. 27 beziffert Rhode die Toten einiger kleiner Gemeinden der Provinz Posen.

90 1918 Führer der Deutschen in Szczypiorno, Rittergutsbesitzer auf Gut Suchoreczi im Kreise Znin, von dort aus leitete er den Deutschtumsbund (vgl. A. Rhode: Kirche, S. 54, 102).

91 Mit ihm zusammen wurden Rittergutspächter Walter Ehmann und dessen Inspektor Hermann Stelzer erschlagen und verstümmelt (R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 22).

92 Nach A. Rhode: Kirche, S. 33 f. – Bei R. Kammel ist ein Lehrer Zinn verzeichnet, der erschossen wurde (Er hilft uns frei aus aller Not, S. 20).

93 Vgl. R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 96.

94 Ebd., S. 47; leider berichtet Kammel keine weiteren Einzelheiten.

95 Vgl. zu der Problematik den Abschnitt „Die Zahl der Toten" bei H. Rasmus: Pommerellen, S. 143–146; auch O. Heike: Minderheit, S. 443.

96 G. Schubert: Unternehmen, S. 197; vgl. den gesamten Abschnitt S. 191–210. – E. Kneifel/H. Richter nennen eine Zahl von rd. 15 000 (Gemeinde, S. 66).

97 Vgl. G. Schubert: Unternehmen, S. 191 f. – In einer Anordnung Bormanns vom 15.3.1940 hieß es zum Verhalten gegenüber den Polen: „Haltet Abstand von den Polen! Sie gehören einem Volke an, das noch vor wenigen Monaten 58 000 Deutsche ermordet hat" (IfZ München, Db 15.02).

98 Vgl. G. Schubert: Unternehmen, S. 199.

7. Opfer oder Märtyrer

Nachdem in den 20er Jahren die meisten reichsdeutschen Pfarrer ausgewiesen worden waren,[99] amtierten im August 1939 im Gebiet Posen-Pommerellen noch zwölf Pastoren mit deutscher Staatsangehörigkeit. Am 20. August riet das Deutsche Generalkonsulat allen deutschen Staatsbürgern, die Provinz zu verlassen, am 22. August wurden sie mit drei Tagen Frist ausgewiesen, dabei wurden Superintendent Richard Zellmann-Gnesen, Pastor Glockzin-Wronke, der Danziger Staatsbürger Pastor Gerhard Tietze-Culm sowie Pastor Friedrich Just-Sienno von den „Polen übersehen";[100] die übrigen Geistlichen waren polnische Staatsbürger und „blieben auf ihren Posten".[101] Bei dieser Entscheidung mag auch eine Rolle gespielt haben, dass man mit einem baldigen deutschen Einmarsch und Sieg rechnete.

Die evangelischen Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser waren nach Auffassung von Rasmus bei den Übergriffen in besonderer Weise betroffen, ohne dass er dies zahlenmäßig belegt, andererseits aber attestiert er, dass die dauernde Propaganda psychologische Voraussetzungen geschaffen habe „für die hemmungslose Verfolgung der Deutschen" und die Mordkommandos „wahllos und willkürlich" mordeten.[102] Nach Heike wurden bei den in ganz Polen sich häufenden deutschfeindlichen Ausschreitungen viele deutsche Pastoren „in Mitleidenschaft gezogen".[103] Deren Schicksale sind freilich häufig genauer bekannt als die ihrer Gemeindeglieder. Bei Kammel findet sich eine „Ehrentafel" für die 14 „ermordeten" Pfarrer der UEK.[104] Es handelt sich dabei um folgende Pfarrer:

> *Friedrich Just*, geboren am 24.6.1885, ordiniert am 15.12.1910, seit 1912 Pfarrer in Sienno, hatte sich entschlossen, bei seiner Gemeinde zu bleiben. Er wurde am 1.9.1939 bei der Rückkehr von einem Krankenbesuch von einigen Eisenbahnern, einem Hilfspolizisten und einigen unbekannten Banditen durch drei Schüsse ermordet. – Just hatte 1922 unter dem Titel „Kreuzkirche" Bilder aus der Zeit der Gegenreformation herausgegeben, als viele evangelische Christen ihr Leben für ihren evangelischen Glauben gelassen haben. In dem Vorwort dazu meinte er: „Ein Christ kann ohne Kreuz nicht sein und eine Kirche erst recht nicht […] In solcher herrlichen Kreuzkirche lohnt sich's auch zu bleiben, zu dienen, zu kämpfen und Liebes und Leides unverzagt hinzunehmen."[105] Er vertrat aber auch sein Deutschtum mit glühender Gläubigkeit; in seiner Veröffentlichung „Deutsche Sendung in Polen" von 1930 betonte er die Bedeutung des Volkstums: „Das ist fürwahr ein hohes Ziel, der Edelsten wert, deutsche Art und Sitte, Recht und Freiheit, deutsche Kirche und Schule durchzuretten! Und gerade, weil es Kampf und Mühe kostet, und du ein Märtyrer dabei

99 Vgl. H. Rasmus: Pommerellen, S. 72.

100 A. Rhode: Kirche, S. 10. – Nach R. Kammel erhielt „eine ganze Reihe von Geistlichen deutscher Staatsangehörigkeit Ausweisungsbefehle" (Kriegsschicksale, S. 15). Es verwundert, dass Just übersehen wurde, der doch ein bekannter Pfarrer und Heimatdichter war. Vgl. auch R. Kammel: Probleme, S. 43.

101 R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 15 f.

102 H. Rasmus: Pommerellen, S. 74 f., 148 f.

103 Vgl. O. Heike: Minderheit, S. 262 f.

104 R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 5f. Diese Zusammenstellung findet sich auch bei E. Kneifel: Pastoren, S. 204.

105 Zit. nach K. Kampffmeyer: Stunde, S. 453.

werden kannst!“ Und an anderer Stelle meinte er, dass es sich für den Gedanken, das Deutschtum zu retten, zu sterben lohne.[106] Der Bericht über seinen Tod aber schließt mit den Worten „Er starb im Dienst dessen, der groß vor ihm war.“[107]

Superintendent *Julius Aßmann*, geboren am 5.10.1866, ordiniert am 3.2.1895, seit 1895 Pfarrer in Bromberg. Er gehörte zu den Hunderten von Brombergern, die verschleppt wurden. Wenige Tage vor seiner Internierung schrieb er: „Wer glaubt, der flieht nicht.“[108]

Georg Reisel, geboren am 29.4.1865, ordiniert am 1.10.1893, seit 1909 Pfarrer in Neutomischel. Er starb am 27.9.1939 im Posener Diakonissenhaus an den Folgen eines Beinbruchs und anderer schwerer Misshandlungen, die er während der Verschleppung erlitten hatte.

Wilhelm Borgmann, geboren am 26.9.1910, ordiniert am 21.3.1937, seitdem Pfarrer in Neustadt bei Pinne. Er wurde auf dem Verschleppungsmarsch erschossen.

Ernst Fröhlich, Pfarrvikar aus Schönsee, wurde wahrscheinlich am 3.9.1939 erschossen.

Richard Kutzer, geboren am 12.8.1894, ordiniert am 26.7.1930, seit 1938 Pfarrer in Jägerhof bei Bromberg, er kam am 3.9.1939 ums Leben.[109]

Ernst Kienitz, Lic., geboren am 3.1.1896, ordiniert am 15.10.1922, Pfarrer in Schempin. Er war langjähriger Dozent für Kirchengeschichte an der Theologischen Schule in Posen. Mit über 100 anderen Deutschen wurde er in der Nähe von Turek erschossen.[110]

Emil Mix, geboren am 28.12.1875, ordiniert am 6.7.1902, seit 1912 Pfarrer in Strelno. Er starb im Diakonissenhaus in Łódź an den Folgen der Verschleppung und der Misshandlungen.[111]

Max Miecke, geboren am 24.10.1914, Pfarrer in Schmiegel. Er wurde mit anderen in der Nähe von Turek erschossen.[112]

Paul Rudolph, geboren am 9.8.1897, ordiniert am 15.10.1922, seit 1923 Pfarrer in Grätz. Er wurde auf dem Verschleppungsmarsch im Wald bei Weißenburg vor Gnesen wegen eines angeblichen Fluchtversuchs mit mehreren Gemeindegliedern erschossen.

Oskar Reder, geboren am 3.3.1877, ordiniert am 12.6.1904, seit 1925 Pfarrer in Mogilno. Er war, obwohl er sich im Urlaub in Zoppot befand, dem Internierungsbefehl nachgekommen, um seinen mitinternierten Gemeindegliedern zur Seite zu stehen. Anfang September wurde er bei Choderc/Mittelpolen erschossen.[113]

Johannes Schwerdtfeger, geboren am 23.6.1892, ordiniert am 6.4.1916, seit 1929 in Posen. Er war Leiter des Evangelischen Erziehungsvereins in Posen, Schriftführer des Landesverbandes der evangelischen Frauenhilfe, Pfarrer der Gemeinden Zabikowo und Stenschewo. Er wurde am 10.9. mit 22 Kameraden erschossen. In seinen letzten Stunden versammelte er die Todgeweihten um sich, legte ihnen Bibelworte aus und betete mit ihnen.[114]

Johannes Tauber, geboren am 16.6.1893, ordiniert am 16.11.1924, seitdem Pfarrer in Sontop. Er wurde auf dem Verschleppungsmarsch hinter Kostschin erschossen.[115]

Heinz Werner, geboren am 20.1.1906, ordiniert am 25.7.1930, seit 1931 Pfarrer in Exin. Nach Aussagen von Augenzeugen wurde er im Gefängnis von Hohensalza von einem Soldaten erstochen.

Seit dem Sommer 1939 waren von der UEK in Polen 244 Kirchenbeamte, Älteste und Kirchenvertreter, die beiden Diakone *Walter Gurkasch* aus Altsorge und Landesposaunenwart *Willi Lub-*

106 S. 421, 440 (IfZ München, D 221).

107 Vgl. dazu den Bericht von Bruno Fischer in: R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 7 f.

108 Zit. nach K. Kampffmeyer: Stunde, S. 462. – Bei W. Jastrzębski (Bromberger Blutsonntag, S. 174) ist er unter unbekannten Umständen umgekommen.

109 Zu den unterschiedlichen Versionen über seinen Tod vgl. unten S. 190.

110 Ebenso wie Miecke wurde er besonders schlecht behandelt (R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 61 f.; Ders.: Kriegsschicksale, S. 34).

111 Vgl. R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 27.

112 Vgl. R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 61.

113 Vgl. Kirche und Volk, S. 132; R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 27.

114 Vgl. K. Kampffmeyer: Stunde, S. 462; vgl. auch R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 76.

115 Vgl. den Bericht von Charlotte Tauber über seinen Tod (R. Kammel: Er hilft uns frei aus aller Not, S. 9).

nau,[116] die gemeinsam mit Pfarrer Schwerdtfeger erschossen wurden, sowie die oben aufgeführten 14 Pfarrer ermordet worden.

Verhaftet und verschleppt wurden auch Gemeindeglieder, die der EAK angehörten,[117] dabei kamen zwei ihrer Pfarrer zu Tode. Kneifel bezeichnet die bei Kriegsbeginn und Kriegsende umgekommenen Pfarrer als „Opfer" des Zweiten Weltkrieges.[118] Zu Beginn des Krieges wurden getötet:

> *Kurt Alexander Mergel*, geboren am 2.5.1911, ordiniert am 18.11.1934, seit 1938 Pfarrer in Poddembice. Er wurde kurz vor Kriegsausbruch verhaftet und in das Łódźer Gefängnis überführt, am 6.9. wurde er in Helenówek bei Zgierz von polnischem Militär erschossen.[119]
>
> *Bruno Gutknecht*, geboren am 31.1.1903, ordiniert am 18.3.1928, seit 1930 Pfarrer in Gombin. Seit 1932 gab er die Monatsschrift „Evangelisch-lutherischer Weichselbote" heraus. Zu Beginn des Krieges wurde er in der Nacht vom 7./8.9.1939 in einem Wald bei Gostynin ermordet. Nach Kneifel war Gutknecht ein unpolitischer Deutscher, dem Polentum wohlgesinnt und bei den Polen beliebt; sein Tod ist für ihn die Folge einer „hemmungslosen Deutschenhetze".[120]
>
> Zu den Todesopfern gehörte auch Pastor *Johannes Zander*, geb. am 9.6.1894, ordiniert am 30.4.1922, seit 1925 Pfarrer und Religionslehrer in Ruda-Pabianicka, genannt der „Heilige von Ruda Pabianicka", er starb wenige Monate nach der Verschleppung durch die polnische Polizei an deren Folgen.[121]

Betrachtet man die Einzelfälle genauer, dann wird deutlich, wie schwierig es ist, den Hergang zweifelsfrei zu klären, wie z. B. im Fall von Pfarrer Kutzer und dessen Vater. In der Darstellung von Rhode wurde der Pfarrer von Polen misshandelt und erschlagen,[122] bei Kammel werden Kutzer und sein Vater mit 62 Gemeindegliedern von Soldaten erschossen und verstümmelt,[123] während Jastrzębski den Vorfall in die Vorgänge des „Bromberger Blutsonntags" einordnet: Aus seiner Sichtweise wurde Gewehrfeuer auf polnisches Militär, das sich auf dem Marsch durch Bromberg befand, von der Kirche eröffnet, daraufhin wurde die Kirche abgebrannt, in der Kutzer und andere Deutsche den Tod fanden.[124]

---

116 Vgl. R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 76.

117 Eine Liste der Verhafteten und Verschleppten aus der EAK, darunter Zander und Gutknecht, findet sich bei E. Kneifel/H. Richter: Gemeinde, S. 67 f.; Alfred Bittner wurde z. B. von der polnischen Polizei als Deutscher, von der Gestapo als Pole verhaftet; bei A. Kossert Namen der verschleppten Pastoren aus dem Łódźer Gebiet (Protestantismus, S. 94).

118 Vgl. E. Kneifel: Pastoren, S. 200–202.

119 Zu Mergel heißt es, er sei am 7. September 1939 von polnischen Soldaten ermordet worden bzw. er sei „im Kriege ermordet worden", „durch Kriegsereignisse zu Tode gekommen" bzw. „Pfarrer Mergel ist im Kriege als Soldat verstorben" (EZA Berlin, 7/Op 20); vgl. auch E. Kneifel: Pastoren, S. 133.

120 E. Kneifel: Pastoren, S. 201 f., vgl. auch noch S. 99.

121 Vgl. A. Kleindienst/O. Wagner: Protestantismus, S. 385 f.; E. Kneifel: Pastoren, S. 202.

122 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 30.

123 Vgl. R. Kammel: Kriegsschicksale, S. 48. – Nach einer Zeugenaussage war der Leichnam Kutzers nicht verstümmelt, wie es in der „Deutschen Rundschau" behauptet worden war (G. Schubert: Unternehmen, S. 100).

124 Vgl. W. Jastrzębski: Bromberger Blutsonntag, S. 101; vgl. auch die Darstellung bei H. Rasmus: Pommerellen, S. 216. – Unterschiedliche Versionen existieren auch über die Vorfälle auf der Gannot-Werft, über die Vera Gannot, die selbst vergewaltigt und deren fünfköpfige Familie erschlagen wurde, berichtete. Nach polnischen Aussagen aus der Nachkriegszeit war die Werft freilich ein „Zentrum der Diversion", von der geschossen wurde (H. Rasmus: Pommerellen, S. 217; der Bericht Vera Gannots bei G. Schubert: Unternehmen, S. 116–123).

Solche gewaltsamen Maßnahmen gegen Pfarrhäuser und Pfarrer wurden häufig damit begründet, dass von diesen Türmen auf polnisches Militär geschossen worden sei,[125] die Geistlichen also zu den deutschen Provokateuren gehörten. Rasmus interpretiert dieses Argument aber als Hass gegen die „Ketzerkirchen".[126]

8. Die Rezeption des Bromberger Blutsonntags

Die Deutschen konnten in den Bromberger Ausschreitungen nur den explosiven Ausbruch von Gewalt gegen die unschuldige deutsche Minderheit sehen.[127] Die Urheberschaft an der Schießerei in Bromberg wurde „beinahe übereinstimmend" den Polen zugeschrieben, lediglich zwei ehemalige Bromberger – einer davon ist Pastor Kurt Eichstädt – konnten sich vorstellen, dass die Provokation womöglich von Deutschen angezettelt wurde. Zwar berichtete Eichstädt, dass allen Deutschen in Bromberg die Waffen abgenommen worden waren, für denkbar hält er aber, dass die SS Partisanen nach Bromberg eingeschmuggelt habe, die auf die von der Front zurückflutenden polnischen Truppen schossen.[128]

In einer neueren Untersuchung über den „Volksdeutschen Selbstschutz" weisen die Autoren darauf hin, dass es zu Kriegsbeginn teils spontan, teils von reichs- und volksdeutschen Stellen vorbereitet, zu „Sabotageakten durch volksdeutsche Aktivisten" gekommen sei. In Bromberg beispielsweise habe die Polizei vor dem deutschen Überfall Waffen- und Sprengstofflager sowie Armbinden für ein möglicherweise geplantes Freikorps gefunden.[129] Pastor Woldemar Schilberg gab zu, von dem Tag des deutschen Angriffs auf Polen gewusst zu haben, „weil er in geheimer Verbindung mit der 8. Schlesischen Armee stand und Führer einer volksdeutschen geheimen Einsatzgruppe war".[130]

Nach Schubert folgten die westdeutschen Autoren in der Regel der Version vom nicht provozierten Gemetzel an der volksdeutschen Bevölkerung, während die Geschichtsschreibung der DDR und polnische Historiker die Ansicht vertraten, die deutsche Volksgruppe sei eine durchorganisierte „Fünfte Kolonne" des Dritten Reiches gewesen, die das polnische Militär habe bekämpfen müssen.[131] Die Bromberger Ereignisse seien somit als das Ergebnis der Orga-

125 Beispiele dafür bringt H. Rasmus: Pommerellen, S. 102–104. Bei G. Schubert finden sich auch Zeugenaussagen zu dem Vorwurf, aus evangelischen Kirchen und Häusern sei geschossen worden (Unternehmen, S. 126 f., 130, 134 f.).

126 H. Rasmus: Pommerellen, S. 193 f.

127 Vgl. dazu H. Rasmus: Pommerellen, S. 77 sowie den ganzen Abschnitt S. 95–112.

128 Zit. nach G. Schubert: Unternehmen, S. 131 f.

129 C. Jansen/A. Weckbecker: Selbstschutz, S. 26f.; dort noch andere Hinweise auf eine möglicherweise geplante Mobilisierung der Volksdeutschen.

130 Schreiben an das Konsistorium Posen vom 1.11.1939, zit. nach O. Kiec: Christen, S. 73 f.

131 G. Schubert: Unternehmen, S. 46–48. Für die These von der geplanten deutschen Provokation gebe es aber in den verfügbaren Quellen keine Beweise (S. 66). Der polnische Historiker Włodzimierz Jastrzębski vertrat allerdings in einem Interview, das in der Ausgabe der „Gazeta Wyboreza" vom 13./14.8.2003 erschienen war (in deutscher Übersetzung: Altburgunder Heimatbote vom Mai 2004,

nisierung einer Diversion der deutschen Minderheit gegen die sich aus dem Korridor zurückziehenden polnischen Truppen anzusehen, also bereits Teil einer kriegerischen Handlung, auf die die Polen reagierten. Rasmus weist die polnische These anhand vieler Beispiele zurück und meint, die Polen seien einen „überzeugenden Beweis für ihren schwerwiegenden und ungerechtfertigten pauschalen Vorwurf", die Deutschen hätten als „Fünfte Kolonne" agiert, schuldig geblieben.[132] Für Kotowski dagegen war es im Frühjahr 1939 zur Bildung von Diversionsgruppen unter den Deutschen in Oberschlesien, Posen und Pommerellen durch die Abwehr und die Gestapo gekommen, in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch auch zu Sabotageaktionen. Die Bedeutung und das Ausmaß dieser Aktionen seien aber umstritten.[133]

9. Die Entwicklung in den wieder eingegliederten Gebieten 1939 bis 1945

Im Anschluss an die wenige Wochen dauernde Militärverwaltung wurden mit Erlass Hitlers vom 8. Oktober 1939 die Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen gebildet. Mit dieser Rückgliederung der ehemals polnischen Westgebiete in das Deutsche Reich trat auf kirchlichem Gebiet keineswegs die erwünschte und erhoffte Restitution der kirchlichen Verhältnisse vor der Abtretung an Polen ein. Vielmehr sollte die Neuordnung der eingegliederten ehedem polnischen Gebiete – insbesondere im Warthegau – Modellcharakter haben für die künftige Gestaltung der Kirchen- und Religionspolitik des NS-Regimes und das Verhältnis von Staat und Kirche. Die Kirchen dort wurden mit dem nationalsozialistischen Konzept der völligen Trennung von Staat und Kirche konfrontiert, wodurch der Kirche nur noch Vereinscharakter zugestanden wurde.[134]

Für die polnische Geistlichkeit und die Evangelischen, die sich mit dem Programm von Bischof Bursche identifiziert hatten, begann eine rückhaltlose und planmäßige Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Pastoren der EAK wurden festgenommen, deportiert oder liquidiert.[135] Von den 125 Pfarrern der EAK, die sich zum Polentum bekannt hatten, wurden neben

S. 7–12), einen anderen Standpunkt zu den Geschehnissen des Bromberger Blutsonntags als in seinen vorausgegangenen Publikationen. Er meinte in diesem Gespräch, dass die Theorie von der „Fünften Kolonne", verbunden mit „Meuchelmord-Schießereien auf polnische Zivilisten und Soldaten" für ihn nicht mehr haltbar sei, denn „Beweise für die deutsche Diversion gibt es nicht". Es gäbe aber auch keine Erkenntnisse darüber, „dass die Polen mit Überlegung und Vorsatz die Bromberger Deutschen niedergemetzelt hätten" (S. 12). Nach seiner Auffassung hatten sich vielmehr in der Innenstadt und in den Vororten gemischte Streifen aus Soldaten-Marodeuren und polnischen Einwohnern der Stadt gebildet, von diesen gingen „von niemandem kontrollierte, gegen Häuser, Institutionen und Unternehmen der Bromberger Deutschen gerichtete Angriffe" aus (S. 8). Die Kenntnis dieses Interviews verdanke ich einem freundlichen Hinweis Dr. Bernd von Bülows vom 5.4.2006.

132 H. Rasmus: Pommerellen, S. 75; zum Begriff „Fünfte Kolonne" vgl. S. 81. Vgl. zum derzeitigen Forschungsstand den Beitrag von A. S. Kotowski: Minderheit, S. 484 ff. In neuerer Zeit wurde ein differenzierteres Bild der deutschen Minderheit gezeichnet (ebd., S. 488 und S. 502 f.).

133 Ebd., Minderheit, S. 502 f.

134 Vgl. P. Gürtler: Nationalsozialismus.

135 Vgl. B. Krebs: Christen, S. 26; vgl. für das Łódźer Gebiet A. Kossert: Protestantismus, S. 93 f.

Bursche 61 Geistliche[136] festgenommen, 35 davon kamen in ein Konzentrationslager,[137] 15 Geistliche kamen in der Haft ums Leben.[138] Mit den deutschen Volkslisten und ihrer Einteilung in vier Kategorien machte sich aber auch die „Deutsche Evangelisch-Augsburgische Kirche" nun zu „übereifrigen Helfershelfern der NS-Politik ethnischer Neuordnung" im Reichsgau Wartheland.[139] Für die Łódźer Diözese wurde beispielsweise eine Liste derjenigen Pastoren angelegt, die sich entweder nicht entschieden genug für oder sogar dezidiert gegen eine deutsche nationalistische Position in der EAK ausgesprochen hatten. Der 2. Pfarrer an der Matthäi-Kirche in Litzmannstadt Gustav Berndt wurde beispielsweise unter dem Vorwurf festgenommen, sich nicht entschieden genug für die deutsche Sache eingesetzt zu haben. Er wurde inhaftiert, nach Pabianice strafversetzt und starb 1941 an den Folgen der Gefängnisstrapazen.[140] Die evangelischen Pfarrer gerieten unter solchen Vorgaben fast ausschließlich wegen ihrer polnischen Einstellung in die Maschinerie des nationalsozialistischen Terrors.[141] Bischof Bursche starb am 20. Februar 1942 im Polizeigefängnis Berlin-Moabit unter – wie Krebs meint – bis heute ungeklärten Umständen,[142] während Rhode davon ausgeht, dass er 70-jährig eines natürlichen Todes gestorben sei.[143]

Nach dem Krieg wollte die EAK endgültig eine nationale polnische Kirche schaffen, in diesem Bestreben wurde die Erinnerung an Bursche zu ihrem „nationalpolitischen Credo";[144] sie erstellte bereits 1946 in Warschau für ihren ehemaligen Bischof eine Märtyrertafel.[145]

10. Opfer bei Kriegsende

Zu einer Welle von Racheakten und Verfolgung kam es beim Einmarsch der Roten Armee nach Polen. Im Frühjahr 1945 wurden viele arbeitsfähige Männer zur Zwangsarbeit in den Ural

136 Vgl. B. Krebs: Christen, S. 26; 56 bei A. Kossert (Protestantismus, S. 95) und O. Heike (Minderheit, S. 263).

137 Darunter Pastor Alexander Karl Falzmann in die Konzentrationslager Dachau und Sachsenhausen. Falzmann verstand sich als bewusster Pole, predigte aber fast ausschließlich deutsch (A. Kossert: Protestantismus, S. 110 f.; A. Kneifel: Pastoren, S. 85 f.). Nach O. Heike wurde Falzmann von der Gestapo unter der Beschuldigung festgenommen, „die rechte Hand Bursches gewesen zu sein" (Minderheit, S. 245, Anm. 15); zu den anderen Umgekommenen vgl. ebd., S. 263. Bei E. Kneifel/H. Richter (Gemeinde, S. 67) waren es 25 evangelische Pastoren, die verhaftet wurden.

138 Vgl. B. Krebs: Protestantismus, S. 130.

139 A. Kossert: Protestantismus, S. 96.

140 Ebd., S. 94.

141 Ebd., S. 103. Vgl. auch die Anklagepunkte gegen Bursche (O. Heike: Minderheit, S. 264 und E. Kneifel: Bischof, S. 191).

142 Die Veröffentlichung von B. Krebs über Bursche (Identität) fand in Polen viel Beachtung, in Deutschland wurde sie viel diskutiert (vgl. H. Krajewska: Forschungen, S. 478 f.).

143 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 161.

144 A. Kossert: Protestantismus, S. 102.

145 Für die deutschen Gemeindeglieder gibt es keine Gedenktafel (vgl. A. Kossert: Protestantismus, S. 106, Anm. 73). – In den Veröffentlichungen von B. Mensing/H. Rathke wurde Bursche unter den Todesopfern des Nationalsozialismus (Widerstehen, S. 69 f. und Mitmenschlichkeit, S. 71–73.) aufgenommen. Zu Bursche vgl. B. Krebs: Identität; sein Lebensbild bei E. Kneifel: Pastoren, S. 65–70, E. Kneifel: Bischof; auch A. Rhode: Kirche, S. 158–160.

und nach Sibirien deportiert, unzählige starben in den Arbeitslagern an Entbehrungen und durch Misshandlungen.[146] Tausende kamen bei willkürlichen Racheakten um, vielen Gemeindegliedern gelang die Flucht nicht mehr; sie wurden gedemütigt, verschleppt, getötet.[147] Bei der Evakuierung im Januar 1945 war Pfarrer Adolf Kratsch mit seiner Familie und einem Teil der Gemeinde zurückgeblieben, er fand am 4. März 1945 den Tod. Bei Kneifel heißt es, dass er mehrmals von polnischer Miliz verhaftet worden ist und von ihr „als Deutscher" erschossen wurde.[148] Pastor Julius Buse wurde Opfer der Torturen, die er im Keller des Pfarrhauses in Alexandrow 1945 durch polnische Miliz erlitt.[149] Gehenkt wurde der greise Pastor Otto Wodaege, der, sich unschuldig fühlend, geblieben war.[150] Aus dem gleichen Grund war auch die Gutsherrin Sophie Charlotte von Schlieffen auf Wioska/Bezirk Posen zurückgeblieben. Als „Mensch und als Christ" hatte sie immer „vorbildlich, fraulich und voller Mut" gehandelt; sie starb im Oktober 1945 im Gefängnis von Posen und hatte dort noch einem deutschen Kriegsgefangenen mit der „Kraft ihres Glaubens" Trost zu geben vermocht.[151]

Generell wurde darauf verzichtet, die in Polen zu Tode gekommenen Deutschen als evangelische Märtyrer in den biographischen Teil dieser Veröffentlichung aufzunehmen. Bei den vielen Umgekommenen, deren Tod in mehr oder weniger deutlichem Zusammenhang mit kriegerischen und ethnischen Auseinandersetzungen bzw. deren Folgen steht, schien es schwierig und unangemessen, einzelne Glaubenszeugnisse auszumachen. Von Seiten der Täter mischen sich die Motive in unauflöslicher Weise. Um den Tod zu finden genügte es, deutsch und evangelisch zu sein.

146 Vgl. E. Kneifel/H. Richter: Gemeinde, S. 98.

147 Pfarrer Dr. Georg Lehmann kehrte nach der Flucht 1945 mit seiner Frau zurück, um seine Restgemeinde zu betreuen; das Ehepaar wurde von polnischen Kriminellen ermordet (vgl. E. Kneifel: Pastoren, S. 122, 202), Pfarrer Alexander Groß-Zagórów verstarb Mitte November 1945 im Krankenrevier Finolno bei Stalino, wohin er verschleppt worden war (vgl. E. Kneifel: Pfarrer, S. 95 f., 202).

148 E. Kneifel: Pastoren, S. 115. Seine Witwe gab am 4.12.1948 zu Protokoll, dass ihr Mann am 4.3.1945 „unmenschlich misshandelt worden sei" und den Marsch nach Schubin „nur taumelnd" habe fortsetzen können, bis er an der Stakeler Brücke zusammenbrach und erschossen wurde (EZA Berlin, 7/Op 17).

149 Vgl. E. Kneifel: Pastoren, S. 72; A. Kossert: Protestantismus, S. 104.

150 Vgl. A. Rhode: Kirche, S. 41.

151 Deutsches Adelsarchiv 14, 1958, S. 48 (Hinweis von W. Gerke am 10.2.2004); bereits in den 20er Jahren galt die Gräfin als einflussreiche und im kirchlichen Leben „überaus bedeutsame" Persönlichkeit (W. Hubatsch: General-Kirchenvisitationen, S. 303).

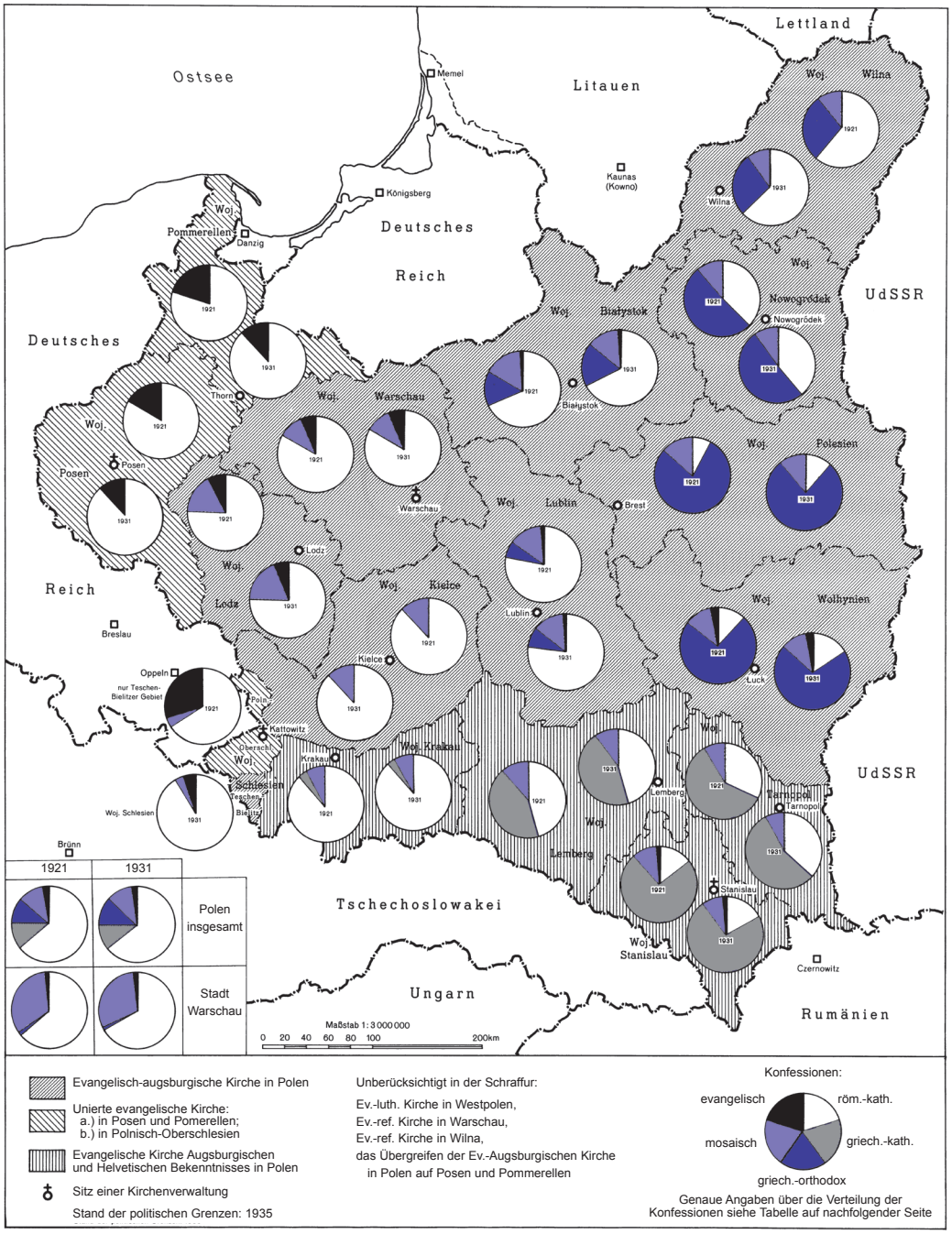


Abb.: Die evangelischen Kirchen und die Verteilung der Konfessionen in der Republik Polen 1918–1939 (nach dem Stand der Volkszählungen von 1921 und 1931); Quelle: A. Kleindienst/O. Wagner: *Protestantismus (o. S.).*

		Gesamt-bevölkerung in Mill.	*Röm.-Kath. in %*	*Griech.-Kath. in %*	*Griech.-Orthodox in %*	*Mosaisch in %*	*Evan-gelisch in %*
Polen insgesamt	a)	27,2	63,9	11,2	10,5	10,5	3,7
	b)	32,0	64,8	10,5	11,8	9,8	2,6
Stadt Warschau	a)	0,94	63,8	0,1	0,6	33,1	1,9
	b)		66,9	0,1	0,8	30,1	1,8
Wojewodschaften:							
Warschau	b)	2,1	85,4	0,0	0,2	9,6	4,2
	b)		86,5	0,0	0,2	8,7	3,7
Łódź	a)	2,3	77,0	0,0	0,2	14,5	7,7
	b)		77,6	0,0	0,2	14,4	7,1
Kielce	a)	2,6	87,6	0,0	0,1	11,9	0,4
	b)		88,0	0,1	0,1	10,8	0,4
Lublin	a)	2,1	78,0	0,1	7,3	13,8	0,8
	b)		76,9	0,1	8,5	12,7	0,9
Białystok	a)	1,3	68,5	0,0	15,1	14,8	1,0
	b)		67,8	0,1	18,5	12,0	0,9
Wilna	a)	1,0	61,2	0,0	26,9	9,4	0,1
	b)		62,5	0,1	25,4	8,7	0,3
Nowogródek	a)	0,82	39,5	0,0	51,1	9,0	0,1
	b)		40,2	0,2	51,3	7,8	0,1
Polesien	a)	0,89	7,8	0,0	79,2	12,6	0,4
	b)		11,0	0,2	77,4	10,1	0,5
Wolhynien	a)	1,4	11,6	0,0	74,2	11,5	2,7
	b)		15,7	0,5	69,8	10,0	2,6
Posen	a)	2,0	83,0	0,1	0,1	0,5	16,4
	b)		89,6	0,1	0,1	0,3	9,7
Pommerellen	a)	0,94	79,6	0,0	0,1	0,3	19,9
	b)	1,0	89,7	0,1	0,1	0,3	9,3
Schlesien, Poln.-Oberschl.	b)	1,0	92,3	0,1	0,0	1,5	5,9
Schlesien, Teschen-Bielitz	a)	0,14	65,7	0,1	0,0	5,0	29,0
	b)		92,3	0,1	0,0	1,5	5,9
Krakau	a)	1,2	89,3	2,6	0,1	7,7	0,3
	b)		89,0	2,3	0,5	7,6	0,3
Lemberg	a)	2,7	46,5	41,4	0,1	11,5	0,5
	b)		46,3	41,8	0,3	11,0	0,4
Stanislau	a)	1,35	14,5	73,9	0,1	10,7	0,8
	b)		16,6	72,9	0,1	9,4	0,8
Tarnopol	a)	1,4	31,6	59,4	0,1	9,0	0,2
	b)		36,7	54,5	0,1	8,4	0,2

Statistische Tabelle zur Konfessionskarte der Republik Polen 1918–1939 nach dem Stand der Volkszählungen von a) 1921 und b) 1931; Quelle: A. Kleindienst/O. Wagner: *Protestantismus (o. S.).*

Sigrid Lekebusch

Christen jüdischer Herkunft – Glaubenszeugen?

Wer kann als Glaubenszeuge, als Märtyrer angesprochen werden? Im zwanzigsten Jahrhundert hat sich der überlieferte Begriff des frühchristlichen Märtyrers so stark verändert, dass diese Frage heute zu einer schwierigen, zu einer fast unlösbaren Entscheidung wird. Gewiss hat der Märtyrerbegriff auch in den evangelischen Kirchen einen legitimen Platz. Es ist nicht leicht, einen Konsens zu finden über die Kriterien, unter denen das Sterben einer Christin oder eines Christen als ein Martyrium, d. h. als ein Glaubenszeugnis bezeichnet werden kann. Ein gewisser ökumenischer Konsens über solche Kriterien scheint sich abzuzeichnen.[1]

Doch keines der Kriterien trifft auf die Christen jüdischer Herkunft im ursächlichen Zusammenhang zu. Sie waren bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich passive Opfer des Terrors. Sie waren zwar Christen – zum Teil auch sehr überzeugte –, aber weder ihr Christentum, noch ihr individuelles Verhalten war der Anlass der Verfolgung; so hätten sie auch mit einer Änderung ihres Verhaltens oder einem Konfessionswechsel der Verfolgung nicht entgehen können. Selbst wenn Glaubenstreue, vorbildliche sittliche Lebensweise erkennbar ist, war dies nicht das Verfolgungsmotiv und hatte nichts mit ihrem gewaltsamen Tod zu tun.[2] Allein ihre vermeintliche Zugehörigkeit zu der „Rasse" der Juden war ihr ‚Vergehen'. Nicht von ungefähr wurden sie deshalb, soweit ihr Schicksal bekannt geworden ist, in das Gedenkbuch der Judenverfolgung aufgenommen.[3]

---

1 Vgl. dazu die Beiträge von Schultze, Hauschild und Kurschat in diesem Band.

2 Dieses Problem wird bei H. Moll: Zeugen, nicht thematisiert. Die erwähnten Biogramme der Christen jüdischer Herkunft weisen partiell auf eine „Ergebenheit des Opfers in Gottes Willen trotz Lebensbedrohung" hin (H. Moll: Martyrer, S. XI), doch das Kriterium des „Glaubens- und Kirchenhasses bei den Verfolgern" (ebd.) trägt bei diesen Menschen nicht. Weder Edith Stein, die zweifellos eine vorbildliche Karmelitin war und überzeugend als Gegnerin des Nationalsozialismus geschildert wird (H. Moll: Zeugen, Bd. 2, S. 892), noch ihre Schwester Rosa Stein (ebd., Bd. 1, S. 336), oder Rosa Bertram sowie die Geschwister Goldschmidt (ebd., S. 361, 397 f.) sind aufgrund des „Glaubens- und Kirchenhasses" der Nationalsozialisten ermordet worden. Allerdings kann mit Einschränkungen die Deportation der katholischen Christen jüdischer Herkunft in den Niederlanden als Kirchenhass gewertet werden. In einer ökumenischen Aktion hatten die katholische Kirche und die Generalsynode der NHK (Niederländisch Reformierte Kirche) beschlossen, ein Protesttelegramm gegen die Deportationen als Kanzelabkündigung zu verlesen. Das Versprechen der Nationalsozialisten, die Christen jüdischer Herkunft von den „Maßnahmen" zurückzustellen, wenn auf die Verlesung verzichtet werde, bzw. im umgekehrten Fall die Drohung, den Christen jüdischer Herkunft ihren Status abzuerkennen und sie sofort den „Rassejuden" zuzurechnen, zeigte insofern Wirkung, als die NHK auf die Abkündigung verzichtete. Die katholische Kirche – von den Folgen der Verlesung nicht informiert – hatte das Telegramm öffentlich verlesen, was für 200 katholische Christen jüdischer Herkunft in den Niederlanden die sofortige Deportation bedeutete, in die auch Edith Stein einbezogen war (zur Kanzelabkündigung und den Folgen vgl. M. Bachmann: Volk Israel, S. 219–229).

3 Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden, Bd. 1 u. 2.

Allerdings vereint die christlichen Märtyrer und die Christen jüdischer Herkunft ihr erduldetes Leiden, ihr Opfertod. Der entscheidende Unterschied liegt in der Handlungskompetenz: der Märtyrer hatte eine nicht wahrgenommene Alternative, um sein Schicksal abzuwenden, was den aufgrund ihrer Rasse Verfolgten verwehrt war. Diese setzten vielmehr mit ihrem Tod ein Zeichen als unschuldig Leidende, ein Umstand, der sie in diesem Aspekt – das erduldete Leiden – mit dem Schicksal eines Märtyrers im traditionellen Sinne vereint.

Ein weiteres Argument spricht für die Aufnahme dieser Personengruppe in den Katalog der Märtyrer: Die Christen jüdischer Herkunft aus definitorischen Gründen nicht in ein Gedenkbuch evangelischer Glaubenszeugen aufzunehmen, würde bedeuten, sie ein weiteres Mal kirchlicherseits auszugrenzen. Beispielhaft könnte hier die Entscheidung der jüdischen Gelehrten sein. Auch die jüdische Tradition hatte das Problem, dass in der Neuzeit statt des christlich motivierten Antijudaismus der Antisemitismus als rassistisches Phänomen die Verfolgungen begründete und zum Holocaust führte. Rabbinische Autoritäten haben dennoch allen während der Shoa getöteten Juden den Märtyrerstatus zuerkannt.[4]

Bedingt durch unser Auswahlverfahren, das dem Gesamtkontext zu Grunde liegt, wird auch bei den Christen jüdischer Herkunft die Frage nach der Glaubenstreue oder der Nähe zur Kirche als Kriterium für eine Aufnahme in die Liste der Märtyrer gestellt. Trotz der großen Anzahl der getöteten Christen jüdischer Herkunft können nur wenige Schicksale geschildert werden. Natürlich gibt es für die meisten von diesen keine Nachricht darüber, wie eng sie einer Kirchengemeinde verbunden waren, wie deutlich sie ihr Christsein auch anderen gegenüber bezeugt haben. Oft ist nur die eine Tatsache gewiss, *dass* sie getaufte Christen waren. Zugleich besteht die Schwierigkeit, dass sich eine Vielzahl der Opfer – bedingt durch die desperate Quellenlage – in der geschichtlichen Anonymität verlieren. Selbst bei Kenntnis der Lebensdaten sind darüber hinaus in einer Vielzahl keine weiteren Informationen zu erhalten.

Ein weiteres Zeichen dieser Gruppe der Verfolgten ist ein weit verbreitetes Schweigen. Die wenigen heute noch lebenden Menschen sind durch ihre Traumatisierung so sensibilisiert, dass jede neue Welle von antisemitischen Ausschreitungen in unserer Gesellschaft die Furcht vor erneuten Diskriminierungen wieder aufleben lässt und sie in ihrem Vorsatz zu schweigen bestärkt. Auch viele Angehörige der ermordeten und verfolgten Menschen, die die Geschichte ihrer Familie kennen, schweigen. Sie sind in unserer Gesellschaft verankert und wollen nicht öffentlich an ihre jüdischen Wurzeln erinnert werden. Insofern sind es immer nur wenige, die Auskunft gegeben haben und die es heute noch können. Sie haben sich trotz Angst überwunden, mit dem Ziel zu warnen, damit dies nie wieder passieren möge. Deshalb müssen die im

4 Vgl. RGG[4] Bd. 5, Sp. 863. Da die Juden im Mittelalter aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt wurden und eine Taufe lebensrettend wirken konnte, war eine verweigerte Taufe ein Glaubensakt. Diese Menschen erfüllten damit die Kriterien eines Märtyrers im ursprünglichen Sinne.

Folgenden aufgezeichneten Biogramme als pars pro toto gesehen werden, sie stehen repräsentativ für eine Vielzahl anderer gleich gelagerter Schicksale.

So sollte es auch zur Erinnerungskultur der Kirche gehören, der „verlassenen Kinder der Kirche“[5] zu gedenken und die Christen jüdischer Herkunft in das Märtyrergedenkbuch aufzunehmen. Die mangelnde Solidarität, die inzwischen unbestrittene Tatsache, dass die Hilfsmaßnahmen der Institution Kirche für ihre verfolgten und geächteten Gemeindeglieder allzu spät und auch da nur zaghaft einsetzten, ist nicht zu tilgen. Doch mit dem Benennen der Christen jüdischer Herkunft kann ein mahnendes Zeichen gesetzt werden, das die Leidenden miteinander vereint.

1. Verfolgung – 1933 bis 1945[6]

Die Verfolgung der jüdischen Bürger erfolgte nach einer langen Periode, in der sich die Juden in Deutschland assimiliert und emanzipiert glaubten. Noch bis in die dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts haben viele Juden immer wieder beeindruckend ihre unauflösliche Bindung an Deutschland und ihre tiefe Verbundenheit mit ihrem Deutschtum betont.[7] Die im deutschen Judentum weitgehend empfundene „deutsch-jüdische Symbiose“ zerrann in der Brutalität des Nationalsozialismus zu einer Illusion.[8]

Der Bewusstseinswandel im Judentum, von dem Gefühl einer diskriminierten Minderheit zu einem nahezu gleichberechtigten Teil des deutschen Volkes gewachsen zu sein, hatte weitreichende Auswirkungen auf den Zusammenhalt innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und auf die Bindung an die jüdische Religion. Schon im 19. Jahrhundert wurden regelrechte Austrittswellen bzw. wachsende Taufwünsche registriert.[9] Die Lösung aus der Synagogengemeinde und die Konversion in eine der christlichen Kirchen waren oft die letzte Konsequenz einer hohen Akkulturation. Häufig waren Eheschließungen zwischen einem jüdischen und christlichen Partner der Anlass für den jüdischen Ehepartner, aus der Synagogengemeinde auszutreten und in der Folge oft auch sich der christlichen Kirche des Partners oder der Partnerin anzuschließen.[10] An welche christliche Kirche sich der Konversionswunsch richtete, war im Allgemeinen eine Entscheidung zugunsten der in der Umgebung vorherrschenden Religion. In den zwanziger Jahren und 1932/33, angesichts des wachsenden Antisemitismus, verstärkte

5 Titel der gleichnamigen Aufsatzsammlung von U. Büttner/M. Greschat: Die verlassenen Kinder.

6 Zum Folgenden vgl. die Veröffentlichungen zu diesem Thema, u. a. E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1–3/II; U. Büttner/M. Greschat: Die verlassenen Kinder; S. Lekebusch: Not und Verfolgung; A.-S. Vuletić: Christen jüdischer Herkunft.

7 Vgl. dazu u. a. W. Benz: Emanzipation, S. 8–10.

8 In den wissenschaftlichen Diskussionen nach 1945 wird festgestellt, dass diese Symbiose wohl immer eine Illusion gewesen sei bzw. nur ein einseitiges Wunschbild und eine Selbsttäuschung der jüdischen Bürger, ebd.

9 Vgl. P. Honigmann: Austritte, S. 60.

10 Vgl. dazu A.-S. Vuletić: Christen jüdischer Herkunft, S. 19 f.

sich der Trend, mit einer Konversion die jüdische Herkunft abstreifen zu wollen. Austritte aus der Synagogengemeinde und Konversionen erreichten 1933 nochmals einen Höhepunkt.[11]

Bedingt durch diese Entwicklung fühlten sich die Christen jüdischer Herkunft in der christlich-bürgerlichen Gesellschaft integriert und dem Judentum so entfremdet, dass sie dem wachsenden Terror ab 1933 hilflos gegenüberstanden. Auf Grund des manchmal Jahrzehnte zurückliegenden Konfessionswechsels erfuhren viele Betroffene erst durch den obligatorischen Ariernachweis, dass sie jüdische Vorfahren hatten.

Alle Christen jüdischer Herkunft waren in den zwölf Jahren Verfolgung in unterschiedlichem Maße den Repressalien ausgesetzt. Die Diskriminierung setzte am 1. April 1933 mit dem reichsweit organisierten öffentlichen Boykott jüdischer Geschäfte ein, gefolgt von dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" am 7. April 1933 mit seinem „Arierparagraphen", das für die „Nichtarier" die Entlassung aus dem Staatsdienst bedeutete. All dies traf auch die Christen jüdischer Herkunft sogleich in voller Schärfe. Rechtsanwälte und Notare verloren ihre Arbeitsstellen. Am 22. April wurde den „nichtarischen" Ärzten ihre Kassenzulassung entzogen. Diese Deklassierung der jüdischen Bürger benutzte das evangelische Krankenhaus in Köln-Kalk, um seinen ärztlichen Direktor, Dr. Kurt Frankenstein, zu entlassen mit der Begründung, sich nicht „der Zeitströmung entgegenstellen" zu wollen.[12] Der in diesem Zitat deutlich hervortretende latente Antisemitismus ist ein häufig festzustellendes Denkschema, von dem selbst Theologen nicht verschont blieben, die sich mutig und unerschrocken für die jüdischen Mitbürger einsetzten.[13] Offizielle Proteste kirchlicher Institutionen gegen die staatlichen Maßnahmen sind zu dieser Zeit nicht vorhanden. Der „Kampf um den Arierparagraphen" begann, als die Forderung nach Übernahme in die Kirche gestellt wurde.[14]

In den folgenden zwei Jahren bis 1935 waren die Christen jüdischer Herkunft gezwungen, Wege zu finden, um in einer Heimat zu leben, die sie immer stärker ausgrenzte und diskriminierte. Wirtschaftlich wurden die Betriebe und Firmen, die von „Nichtariern" geleitet wurden, durch rücksichtslose Schikanen und Behinderungen derart boykottiert, dass die „nichtarischen" Menschen entweder ihre Stellungen verloren oder als Eigentümer aufgeben mussten. „Nichtarische" Kinder wurden von der Klassengemeinschaft ausgegrenzt, waren dem Hohn und Spott der Klassenkameraden ebenso ausgesetzt wie den antisemitischen Anfeindungen vieler Lehrer. Sukzessiv wurden „nichtarische" Kinder aus den höheren Schulen verdrängt, desgleichen war ihnen eine Universitätslaufbahn verwehrt.

11 Zu den Konversionszahlen können exemplarisch die für das Rheinland ermittelten Werte gelten, vgl. S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 31–34. Über die Anzahl der Menschen, die in unterschiedlichem Maße als jüdisch angesehen wurden, gibt es nur Näherungswerte. Vgl. dazu die detaillierte Auswertung von U. Büttner: Von der Kirche verlassen, S. 20, Anm. 9; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 260–264; A.-S. Vuletić: Christen jüdischer Herkunft, S. 42 f.

12 S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 46.

13 Vgl. dazu das Schicksal von Pfarrer Hermann Umfrid: E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 123–140.

14 Dazu K. Meier: Kirchenkampf, Bd. 1, S. 118 f.

Mit dem 1933 gegründeten „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V." (RNC)[15] versuchten die von Kirche und Gesellschaft allein gelassenen Menschen eine Selbsthilfeorganisation aufzubauen und die dringend nötigen Kontakte untereinander auf verschiedenen Ebenen herzustellen. Neben Stellenangeboten, rechtlicher Beratung, karitativer Unterstützung und zunehmend auch Sprachkursen für eine Auswanderung sollten die Rundschreiben den verstreut lebenden Menschen in ihrer Isolation Zuspruch und Unterstützung bieten.[16]

1935 setzte mit den Nürnberger Gesetzen eine neue Phase der Verfolgung ein. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" und die danach folgenden Erlasse und Ergänzungen unterteilten die Menschen in „Arier", „Juden" und „Mischlinge". Für viele Christen jüdischer Herkunft bedeutete dies eine Trennlinie mitten durch die Familie. Die „Mischlinge", die einer christlichen Kirche angehörten,[17] blieben von einigen Repressalien verschont, die den „jüdischen" Elternteil in voller Schärfe trafen. Die Reglementierungen betrafen existentielle Sachverhalte, wie die Möglichkeit ein Geschäft zu führen, was einem „Nichtarier" strikt untersagt war, sowie ganz triviale und private Angelegenheiten, wie das Halten eines Haustieres oder den Besitz eines Radioapparats. Die eklatanten Eingriffe in die Privatsphäre gingen weit darüber hinaus. Das „Blutschutzgesetz" enthielt detaillierte Heiratsvorschriften. Eine Eheschließung oder ein Zusammenleben zwischen einem „jüdischen", auch christlicher Konfession, und einem „arischen" Partner galt als Rassenschande, die bei Zuwiderhandlung mit der Konsequenz einer Einweisung in ein Konzentrationslager geahndet wurde. „Mischlinge" mussten um eine Ehegenehmigung nachsuchen, die aber in der Regel nicht erteilt wurde. Auch hier wurde ein Verstoß mit Gefängnis oder Deportation bestraft.

Mit dem schrecklichen Ereignis der sog. „Reichskristallnacht" setzte eine neue Phase der Verfolgung ein. Tausende wurden verhaftet und in Konzentrationslager oder Gefängnisse gebracht, viele erst in dem Augenblick entlassen, wenn die Angehörigen eine Ausreisegenehmigung bzw. eine Einwanderungserlaubnis vorweisen konnten.

Voller Verzweiflung versuchten die Familien in dem bürokratischen Dschungel die erforderlichen Papiere zu besorgen, das Geld für die Reise, die Reichsfluchtsteuer, die Judenvermögensabgabe, die noch ausstehenden Steuerzahlungen zu beschaffen. Damit setzte nochmals eine Fluchtbewegung größten Ausmaßes ein, die diesmal vor allem auch die getauften „Nichtarier" und die sog. „Mischehen" erfasste.

---

15 Im Oktober 1934 wurde der Verein gezwungen, sich in „Reichsverband der nichtarischen Christen" umzubenennen; 1936, nach einer erneuten Verfügung, war eine weitere Umbenennung nötig. Der „Paulusbund, Vereinigung nichtarischer Christen e.V." verlor dann 1937 die Mitglieder, die als „Mischlinge" eingestuft wurden und die sich in der „Vereinigung 1937 e.V." zusammenschlossen. 1939 musste sich auch dieser Verein auflösen. Vgl. dazu E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 276; vor allem A.-S. Vuletić: Christen jüdischer Herkunft.

16 Zu den Problemen der Mitgliederwerbung vgl. A.-S. Vuletić: Christen jüdischer Herkunft, S. 105 f.

17 Diejenigen, die einen „arischen" Elternteil hatten, aber zum Stichtag, dem 15.9.1935, der Synagogengemeinde angehörten, konnten sich nicht auf den Status eines „Mischlings" berufen. Sie galten als „Jude".

Diese späte Flucht ist typisch für die Christen jüdischer Herkunft. Flucht und Emigration gehörten über Jahrhunderte hinweg zu den Traditionslinien des Judentums und waren bis in die Zeit des Nationalsozialismus durchaus lebendig; jedoch reagierten 1933 auf die Diskriminierungen mit einer frühzeitigen Emigration vor allem rein-jüdische Familien.[18] Die Partner aus „Mischehen" fühlten sich lange Zeit weniger bedroht. Einerseits waren sie durch den nichtjüdischen Teil der Familie gebunden, der ja offiziell nicht gefährdet war, andererseits glaubten sie auch, durch die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche angemessen geschützt zu sein. Erst durch den Novemberpogrom 1938 und die damit verbundenen zahllosen Verhaftungen und Deportationen der männlichen „Juden", gleich welcher Herkunft, wurden sie aufgeschreckt und flüchteten in Scharen. Alle angrenzenden und die meisten außereuropäischen Länder hatten bürokratische Barrieren für eine Einreise aufgebaut, sodass viele versuchten, illegal über die Grenze zu kommen. Die Hilfsorganisationen in diesen Ländern, die konfessionellen so wie auch die weltlichen, gerieten an die Grenze ihrer Belastbarkeit.[19] Da Frankreich, die Niederlande und Belgien ab 1940 zu den besetzten Gebieten gehörten, waren die dorthin geflohenen Menschen erneut in einer verzweifelten Lage. Gurs in Frankreich[20] und Westerbork in den Niederlanden[21] haben als Sammellager vor dem Transport in den Osten einen traurigen Bekanntheitsgrad erreicht.

Auch die in Deutschland verbliebenen Menschen gerieten in die Vernichtungsmaschinerie, die mit den systematischen Deportationen der Juden begann. Die Christen jüdischer Herkunft mit drei und mehr „jüdischen" Großeltern und diejenigen, die nicht durch einen „arischen" Ehepartner „privilegiert" waren, trugen das Stigma des Judensterns und wurden sogleich in die frühen Deportationen einbezogen. Für die „jüdischen" Partner einer „Mischehe"[22] und für die „Mischlinge" begann der endgültige Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft" im September 1944.[23] Sie wurden in verschiedene Arbeitslager deportiert. Im Februar 1945, die „Mischlinge" verblieben im Arbeitslager, erfolgte die Deportation der „volljüdischen" Personen nach Theresienstadt.

In einigen Gegenden des Deutschen Reiches blieben die „Mischehepartner" von einem Aufenthalt in den Arbeitslagern verschont, aber im Februar 1945 traf auch diese Menschen

18 Vgl. dazu u. a. A. Margaliot: Emigration, S. 303.

19 Im Namen der ökumenischen Flüchtlingshilfe unterstützte Friedrich Forell die nach Paris geflohenen Menschen (E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/II, S. 178–182). In den Niederlanden existierten konfessionelle Hilfsorganisationen, die sich um die christlichen Nichtarier kümmerten (siehe S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 100–106).

20 Ausführlich dazu u. a. E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/II, S. 198–205.

21 Zur Geschichte des Lagers vgl. D. Houwaart: Westerbork. Zu dem Schicksal der inhaftierten Menschen aus der Sicht eines Betroffenen P. Mechanicus: Im Depot.

22 In der Einstufung der „Mischehen" gab es einen qualitativen Unterschied, der sich für die Menschen als lebensbedrohend erweisen konnte: „privilegiert" waren die Familien, die christlich getaufte Kinder hatten, ohne den Zusatz „privilegiert" wurden die kinderlosen Ehen behandelt. Vgl. S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 68.

23 Dazu ebd., S. 126–138.

die Deportation nach Theresienstadt.[24] Dass dies die Vorstufe zur Vernichtung auch dieser Gruppe bedeutete, stand unveränderlich fest. Für die Nationalsozialisten war es nur eine Frage des Zeitpunktes, nicht der Tatsache an sich. Das Ende des Krieges – am 9. Mai 1945 befreiten sowjetische Truppen das Lager – verhinderte die weiteren Transporte von Theresienstadt in die Vernichtungslager.

2. Kirchliche Reaktionen

Neben dem latenten Antisemitismus und dem tradierten Antijudaismus war die Zersplitterung der Evangelischen Kirche ein weiterer Faktor, der die Entschlusskraft lähmte und verhinderte, dass die kirchlichen Gremien die wachsende Not der Christen jüdischer Herkunft als ihre Aufgabe wahrnahmen.[25] Schon die Diskussionen um den staatlichen Arierparagraphen und einige Monate später die Forderung der Deutschen Christen nach Übernahme des Paragraphen in die Kirche[26] und damit des Ausschlusses „nichtarischer" Amtsträger beweist die Zerrissenheit der Kirche, ist somit symptomatisch für die folgenden Jahre des Kirchenkampfes. Schon damals konnte weder ein einheitliches theologisches Votum formuliert noch ein Handlungskonzept entworfen werden. Die verschiedenen Gruppen, die Deutschen Christen, die sich etablierende Bekennende Kirche,[27] theologische Fakultäten und auch Einzelpersonen meldeten sich mit Schriften, Vorträgen und Flugblättern zu Wort, die je nach Standpunkt ihr Verhältnis zu den „Nichtariern" und den Christen jüdischer Herkunft erklärten.[28] Diese Positionen spiegeln somit das weite kirchenpolitische Spektrum wider:[29] Zu den wenigen Verteidigern des alttestamentarischen Volkes, die auch das zeitgenössische Judentum einschlossen, zählten Dietrich Bonhoeffer und Hans Ehrenberg; andere wehrten sich gegen eine Übertragung des staatlichen Arierparagraphen auf die Kirche, aber unter Berufung auf Röm 13[30] müsse das Gewaltmonopol und somit die Behandlung der jüdischen Bürger dem Staat überlassen bleiben. Für die Deutschen Christen war die Diskussion entschieden: der Arierparagraph betreffe alle Bereiche, er sei Ausdruck der Rassenfrage.[31] Die deutschchristlichen Thesen erreichten mit

24 Vgl. M. Kingreen: Verschleppung, S. 78.

25 In der katholischen Kirche hatte 1933 der 1871 gegründete Raphaelsverein die Sorge für die Christen jüdischer Herkunft übernommen (E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 334–336). Dies war durchaus nicht unumstritten, aber im Vergleich zu der Inaktivität der evangelischen Kirche, in der sich weder die Äußere noch die Innere Mission für diese Menschen zuständig erklärten und sich die Bekennende Kirche in den Auseinandersetzungen des Kirchenkampfes aufrieb, bedeutete eine solche Anlaufstelle für die in Not geratenen Menschen Hilfe und Tröstung.

26 Dazu K. Meier: Kirchenkampf, Bd. 1, S. 116–121.

27 Zum Spektrum der verschiedenen Einstellungsmuster vgl. G. v. Norden: Kirche und Staat, S. 101 f.

28 Vgl. dazu die Dokumente in: K. Meier: Kirche und Judentum, S. 81 ff.

29 Zu dem Gesamtkomplex vgl. W. Gerlach: Zeugen, S. 53; K. Meier: Kirchenkampf, Bd. 1, S. 119–121.

30 Die differenzierte Argumentation zu Röm. 13 von D. Bonhoeffer: DBW 12, S. 351–354.

31 Vgl. K. Meier: Kirche und Judentum, S. 60–82.

der Sportpalastkundgebung am 13. November 1933 und der Rede des Gauleiters Krause, der das Alte Testament als Judenbuch mit Hurengeschichten verunglimpfte, ihren fatalen Höhepunkt.[32]

Doch neben der Anwendung oder Ablehnung des Arierparagraphen in der Kirche musste das Verhältnis zu den „nichtarischen" Gemeindegliedern grundsätzlich bestimmt werden. Die Brisanz lag in der eindeutigen theologischen Prämisse, dass die Taufe die Gemeinschaft der Glieder der Gemeinde Jesu Christi gründet,[33] oder zeitgenössisch formuliert – die Taufe hebt jeden Rasseunterschied auf.[34] Damit erwächst nach Eph 2,14 und Gal 3,27 f. die Verpflichtung der Solidarität unter den Getauften.[35] Doch durch verschiedene Faktoren wie den virulenten Antisemitismus bzw. das lutherische Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre wurde diese Grundwahrheit entweder abgeschwächt oder sogar negiert. Ein prägnantes Beispiel ist die Diskussion um den Artikel „Die Kirche und die Juden" im „Betheler Bekenntnis".

Nach der Überarbeitung durch einen Gutachterkreis war die ursprünglich von Dietrich Bonhoeffer und Hermann Sasse ausgearbeitete Form der scharfen Ablehnung des Ausschlusses der „Nichtarier" soweit entschärft worden, dass Bonhoeffer seine Unterschrift unter diesen umgearbeiteten Entwurf verweigerte.[36]

Auch in diesem Punkt deckten die Reaktionen ein breites Spektrum ab: von der klaren Stellungnahme Dietrich Bonhoeffers oder Hans Ehrenbergs,[37] die die „judenchristliche" Frage als einen Bekenntnisfall einstuften („in statu confessionis"),[38] über abgewogene Verlautbarungen wie im redigierten Betheler Bekenntnis, der „Zaun zwischen Juden und Christen [sei] mit der Taufe abgebrochen", aber der „Judenchrist" gehe „in das eigentliche Israel" ein, indem er sich von „seinem ungläubigen Volke" scheide,[39] bis hin zu Gerhard Kittels weit beachteter Schrift,

32 Auszug aus der Entschließung der Sportpalastkundgebung abgedr. bei K. Meier: Kirche und Judentum, S. 90; aus der Fülle der Darstellungen zur Sportpalastkundgebung vgl. K. Meier: Kirchenkampf, Bd. 1, S. 122–137; G. v. Norden: Kirchenkampf im Rheinland, S. 81–92.

33 Wolfgang Huber am 20. November 2002 im Gottesdienst zum Buß- und Bettag, Pauluskirche, Berlin-Zehlendorf. „Zum Gedenken an das Schicksal von Christen jüdischer Herkunft in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur", Pressemitteilungen und aktuelle Nachrichten der EKD.

34 Dazu auch L. Siegele-Wenschkewitz: Judenfrage, S. 300–305.

35 Wolfgang Huber, vgl. Anm. 33. Mit Hinweis auf diese Textstellen bewies Karl Immer am 28. September 1933 die Schriftwidrigkeit des Arierparagraphen. „Nach der Heiligen Schrift ist durch den Kreuzestod und die Auferstehung Jesu Christi der Zaun zwischen den Juden und den Heiden abgebrochen". K. Immer: Coetus, S. 7 f.

36 Vgl. W. Gerlach: Zeugen, S. 56 f.; vgl. dazu auch: M. Smid: Protestantismus, S. 62 f.

37 Zu Hans Ehrenberg in dieser Zeit vgl. G. Brakelmann: Ein judenchristliches Schicksal, Bd. 2.

38 Dazu W. Gerlach: Zeugen, S. 53; dazu auch D. Bonhoeffer: „The Jewish-Christian Question as Status Confessionis"; DBW 12, S. 359–361.

39 Selbst Heinrich Grüber unterschied zwischen „Glaubensjuden", dem „wurzellosen Judentum" und den „nichtarischen Christen" (H. Ludwig: Zivilcourage, S. 32). Dazu auch W. Gerlach: Zeugen, S. 57; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 175 f., 187 f. Wenn in diesen Monaten in den Verlautbarungen auf die Juden hingewiesen wird, ist die Adresse das jüdische Volk als das zu bekehrende (W. Gerlach: Zeugen, S. 55–57). Das darin intendierte Recht auf Judenmission wurde erst nach 1945 in Frage gestellt und führte in den kirchlichen Diskussionen zu einem neuen Verhältnis zwischen Judentum und Christentum (vgl. S. Hermle: Judentum, S. 287–291).

der den Christen jüdischer Herkunft einen Gaststatus zuerkennen wollte und darin aber zu dem Schluss kam, dass die Taufe das „Judesein" nicht berühre.[40]

Mit der Gründung ihrer Pfarrbruderschaften zogen Martin Niemöller und Karl Immer[41] eine praktische Konsequenz, die dem Protest gegen den kirchlichen Arierparagraphen mehr Nachdruck verleihen sollte. Die beiden Gremien, der Pfarrernotbund und der Coetus reformierter Prediger, traten in den folgenden Jahren wiederholt mit Verlautbarungen gegen die Kirchenpolitik und gegen den Zeitgeist an die Öffentlichkeit. Damit lag die Hauptbetonung ihres Engagements auf dem bekenntniskirchlichen Kurs des Kirchenkampfes, die Verbundenheitsbekundungen für die Geächteten wurden zu einem Aspekt unter vielen anderen und gerieten im Laufe der Jahre trotz fortschreitender Verfolgung zu einer Randerscheinung.

Aus all dem hörten die Juden[42] und die Christen jüdischer Herkunft die Erklärungsnot der evangelischen Kirche und die mangelnde Solidarität der kirchlichen Gremien mit ihnen, den Verfolgten.[43] Zusätzliche Belastungen entstanden durch die jeweilige landeskirchliche Situation.

Lebten die Christen jüdischer Herkunft in einer Landeskirche oder Gemeinde, die von Deutschen Christen dominiert wurde, standen sie nicht nur einem feindlichen Staat, sondern auch Gremien gegenüber, die mit kirchlichen Verfügungen die staatliche Gesetzgebung noch verschärften. Nach dem Arierparagraphen wurde der Ausschluss der Judenchristen sukzessiv vorangetrieben. Amtshandlungen jeder Art an den „Judenchristen" wurden untersagt, dazu gehörte die Taufe eines jüdischen Konvertiten ebenso wie die Beerdigung auf christlichen Friedhöfen und schließlich auch die Teilnahme am Gottesdienst. Die Christen jüdischer Herkunft wurden aus der Gemeinde und der Kirche systematisch ausgegrenzt.[44]

Viele dieser Menschen, obwohl von ihrer Kirche verlassen, hielten dennoch an ihrem christlichen Glauben fest. So ist Frieda Lindemeyer im Angesicht der Deportation in der Lage, gänzlich ohne Anklage mit einer letzten mütterlichen Ermahnung den nach England geflohenen Kindern noch einzuschärfen: „Meine größte Bitte ist: Verlernt nicht das Beten und vergesset Euren Herrgott nicht!"[45]

Letztendlich blieb es einzelnen überlassen, für die Verfolgten einzustehen.[46] Schon im August 1934 hatten Marga Meusel und Charlotte Friedenthal[47] vom Evangelischen Bezirks-

40 Gerhard Kittel, Professor für Neues Testament in Tübingen, in seinem gedruckten Vortrag „Die Judenfrage", vgl. E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 167 f.; dazu auch L. Siegele-Wenschkewitz: Universitätstheologie, S. 63–68.

41 Zu Karl Immer und dem Coetus reformierter Prediger vgl. S. Lekebusch: Die Reformierten, S. 58–60.

42 Zu der Wahrnehmung in der jüdischen Presse vgl. H. Freeden: Kirche und Judentum, S. 107–110.

43 Vgl. dazu das Schreiben von Hans Goldfarb, Reichsverband nichtarischer Christen Bezirksgruppe Stuttgart, abgedr. in S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 288 f.

44 Vgl. dazu auch U. Büttner: Die verlassenen Kinder der Kirche (2004), S. 40.

45 C. Moß (Hrsg.): „... wir leben doch in Gedanken nur mit euch ...", S. 219. Zu Frieda Lindemeyer vgl. das Biogramm in diesem Band.

46 Nach der Reichspogromnacht gab es einige Pfarrer, die ihren Protest in die Predigt zum Buß- und Bettag kleideten, vgl. dazu G. v. Norden: Politischer Kirchenkampf, S. 205–211; dazu auch G. Brakelmann: Judenverfolgung, S. 55–63.

47 Dazu M. Greschat: Gott der Deutschen.

wohlfahrtsamt der Inneren Mission in Berlin-Zehlendorf eine kirchliche Hilfsstelle für die Christen jüdischer Herkunft gefordert. Doch weder diese ersten Appelle noch die folgenden Denkschriften, die Marga Meusel und Dr. Elisabeth Schmitz verfassten,[48] worin sie die Not der entrechteten und diskriminierten Gemeindeglieder schilderten und die mangelnde Solidarität der Kirche beklagten,[49] konnten die Bekennende Kirche zu einer durchgreifenden Maßnahme bewegen. Martin Albertz, Heinrich Grüber, Paul Braune sind darüber hinaus einige Namen, die auf verschiedenen Ebenen immer wieder eine offizielle Einrichtung anmahnten. Doch erst 1938 konnte das „Büro Grüber" seine Arbeit beginnen.[50] Bis 1941 wurde die Adresse „An der Stechbahn" zum Synonym für Hilfeleistungen aller Art. Nach der Verhaftung von Heinrich Grüber und Werner Sylten musste das Büro im Februar 1941 aufgelöst werden. Viele der Mitarbeiter gehörten zu den rassisch Verfolgten. Einige konnten illegal überleben, doch andere teilten das Schicksal ihrer Leidensgenossen. Sie wurden deportiert und ermordet.[51]

Mit hohem persönlichem Einsatz war es der Hilfsstelle möglich, einige „Opfer unter dem Rad zu verbinden", um die oft gebrauchte Metapher Bonhoeffers zu benutzen. Um „dem Rad in die Speichen zu fallen", wie Bonhoeffer es 1933 gefordert hatte,[52] hätte es der Anstrengungen der Kirche insgesamt bedurft. So bleibt das „Büro Grüber" mit seinem Netz an Zweigstellen im Deutschen Reich der herausragende Lichtblick in der Geschichte der evangelischen Kirche in dieser Zeit. Auch wenn ein solch exemplarisches Unternehmen nicht das kirchliche Versagen verdecken kann, waren aber ihre Mitglieder Repräsentanten einer Kirche, die für ein Christentum eintraten, an das wir uns heute dankbar erinnern.

48 Es ist inzwischen erwiesen, dass die Denkschrift „Zur Lage der deutschen Nichtarier", die bisher Marga Meusel zugeschrieben wurde, von Elisabeth Schmitz verfasst wurde. Vgl. D. Meyer: Elisabeth Schmitz, S. 187–269; A. Pangritz: Späte Entdeckung, S. 138–140.

49 Vgl. G. Brakelmann: Judenverfolgung, S. 78 f.

50 Dazu H. Ludwig: Zivilcourage.

51 Vgl. H. Ludwig: Das „Büro Pfarrer Grüber", S. 21 f.

52 In dem Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage" verweist Bonhoeffer auf die verschiedenen Alternativen, unter denen die Kirche genötigt sei, den Staat an seine Pflichten als Ordnungsmacht zu erinnern. „Die dritte Möglichkeit besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre unmittelbar politisches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht, d. h. wenn sie den Staat hemmungslos ein Zuviel oder ein Zuwenig an Ordnung und Recht verwirklichen sieht. [...] Ein Zuwenig läge vor bei der Rechtlosmachung irgendeiner Gruppe von Staatsuntertanen" (DBW 12, S. 353 f.).

Gury Schneider-Ludorff

Leidenszeugen

Das Projekt „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag zu einer protestantischen Erinnerungskultur zu leisten. Erinnert werden soll an jene Menschen, die aufgrund ihres evangelischen Glaubens im 20. Jahrhundert Leiden auf sich genommen haben – bis zum Tode. Das Kriterium des Todes bei der Auswahl der Glaubenszeugen, an die erinnert werden soll, ist ein eindeutiges – so scheint es. Zumindest begrenzt es die Auswahl auf ein eindeutiges Merkmal: Nur wer seinen Glauben mit dem Leben bezahlt hat, ist Märtyrer.

Die nach einigem Ringen getroffene Entscheidung für das Kriterium „Tod“ wirft jedoch neue Probleme auf im Blick auf Aufgabe und Ziel des Projektes: Ist es nicht eine zu strenge Eingrenzung, wenn in diesem Gedenkbuch nur diejenigen aufgenommen werden, die zu Tode gekommen sind? Werden da nicht all die Leidenszeugen ausgeblendet, die vergleichbare Drangsale erlitten haben, aber danach eben dann doch haben weiterleben und ihren Glauben bezeugen können? Betrifft dies nicht in besonderem Maße evangelische Frauen? In der Tat besteht insofern eine Disproportion, als der größere Teil der Märtyrer – aufgrund der damaligen Amtsstruktur unserer Kirchen – Männer sind.

Es zeigt sich jedoch durch die in den vergangenen Jahren entstandenen Untersuchungen zur Rolle von christlichen Frauen im Nationalsozialismus, dass evangelische Christinnen verfolgt und interniert wurden aufgrund ihres Glaubens bzw. der aus ihrem Glauben heraus resultierenden Aktivitäten. Gelitten haben auch sie, ebenso wie ihre männlichen Glaubensgenossen. Nicht wenige sind an den Folgen der Haft wenige Jahre später gestorben, nachdem sie – oft wie durch ein Wunder – dem Tod in der KZ-Haft entronnen waren. Auch wenn scheinbar wenige christliche Frauen zu Tode gekommen sind, ist zu fragen, ob eine protestantische Erinnerungskultur auf diese Vorbilder im Glauben und deren Glaubenszeugnisse verzichten kann und ob das Kriterium „Tod“ für ein heute erinnerungswürdiges Glaubenszeugnis allein ausreichend sein kann.

Wie aber sind die durch den gewählten Märtyrerbegriff ausschließenden Formen evangelischen Glaubenszeugnisses dennoch in eine protestantische Erinnerungskultur einzutragen? Ich möchte im Folgenden in Anknüpfung an die altkirchliche Tradition vorschlagen, den Märtyrern die *Confessores* – die Bekenner und Bekennerinnen – als Leidenszeugen zur Seite zu stel-

len. Der Begriff der *Confessores* ist weit gefasst. Er umfasst Männer und Frauen, möglicherweise sogar Jugendliche und Kinder.

Der folgende Beitrag muss sich jedoch beschränken und wird in diesem Rahmen die Frauen in den Mittelpunkt stellen. Denn die Erweiterung des Märtyrerbegriffs auf den der *Confessores* bzw. Leidenszeugen gibt den Blick auf weibliche Lebensmodelle frei, die ermutigend wie beispielgebend sind und die sonst keine Berücksichtigung finden würden. Exemplarisch soll daher anhand von 7 Kurzbiographien der Beitrag dieser Leidenszeuginnen zur protestantischen Erinnerungskultur vorgestellt werden.

1. Märtyrer und „Confessores" in der christlichen Antike

Die vom Projekt gewählte Märtyrerdefinition knüpft an die Entscheidung der Alten Kirche an, die die Märtyrerbezeichnung mit dem Tode des Glaubenden verbunden hat. Allerdings geschah dies erst im dritten nachchristlichen Jahrhundert. Denn als Martyrium galt in der christlichen Antike zunächst einmal fast dreihundert Jahre hindurch allgemein die Hinnahme von Bestrafung für das Bekenntnis des christlichen Glaubens.[1] Der maßgebliche Grund der Bestrafung lag darin, dass man für den christlichen Glauben Zeugnis ablegte, sich als Christ oder Christin zu erkennen gab, dem christlichen Glauben angehören wollte und dafür auch bereit war zu leiden.

Diese Leidenszeugen waren überzeugt davon, dass der christliche Glaube nicht abgeleugnet werden könne, weil er lebensspendend sei, und dass sie mit ihrem Leiden in die genuine Nachfolge Christi und seines Leidens träten.[2] Als solche Leidenszeugen wurden sie als „Märtyrer" bezeichnet, ganz gleich ob sie zu Tode gekommen waren oder überlebt hatten. Der Begriff des Märtyrers war also in den ersten drei Jahrhunderten weit gefasst und überschnitt sich mit dem Ausdruck des „Confessors". Märtyrer waren somit auch alle diejenigen, die im Leiden ihren christlichen Glauben bezeugt und die Glaubensprüfung überlebt hatten.

Diese „lebenden Märtyrer" galten wiederum als Vorbilder im Glauben, als „machtvolle schweigende Verkündigung" (Gregor von Nazianz, or. 43,5). Seit Mitte des 3. Jahrhunderts wurde der Terminus Märtyrer auf die beschränkt, die den Tod erlitten hatten. Derjenigen, die die großen Verfolgungen überlebt hatten, wurde in der Zeit der Etablierung des Christentums unter Kaiser Konstantin als *Confessores* gedacht und der Titel *Confessores* in der Folgezeit weiter ausgedehnt auf hervorragende Glaubenszeugen, auch wenn sie nicht dafür gelitten hatten.[3] Die christliche Kirche hat also im Zusammenhang mit dem Martyrium der christlichen Antike auch stets die Tatsache des Bekennens als erinnerungswürdig anerkannt, auch wenn damit

1 Vgl. M. Slusser: Martyrium, S. 207–212.

2 Ebd., S. 208.

3 Vgl. W. H. C. Frend: Confessor, S. 446 f.

nicht der Tod verbunden war. Die Erinnerung an die Leidenszeugen zählt damit zur Tradition christlichen Gedenkens.

Hieran anknüpfend soll es im Folgenden darum gehen, am Beispiel der Zeit des Nationalsozialismus Zeugen des Glaubens in den Blick zu nehmen, die überlebten. Im Gegensatz zur Situation der christlichen Antike, in der das öffentliche Bekenntnis zum christlichen Glauben genügte, um verfolgt zu werden, war dieser Tatbestand als solcher zur Zeit des Nationalsozialismus nicht das Entscheidende. Auch gab es nicht die Möglichkeit, wie in der christlichen Antike, sich durch „Abschwören" der gefährlichen Situation zu entziehen. Christinnen und Christen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, weil ihr christliches Bekenntnis Folgen im Handeln hatte und dieses Handeln als Hochverrat gegen den Staat angesehen wurde. Da gab es zunächst kein Entrinnen. Bei den unten vorgestellten Frauen resultierte die Aktivität des Widerstandes aus ihrer christlichen Überzeugung. Sie sind damit als Form des Bekennens im 20. Jahrhundert zu bezeichnen. Sie zu verschweigen, würde dem evangelischen Glauben die Erinnerung an Personen und Formen des Widerstehens, der Zivilcourage und des Glaubenszeugnisses nehmen.

2. Leidenszeuginnen – Glaubenszeuginnen

2.1 Maria Agnes Gräfin zu Dohna

wird am 14. Februar 1895 als Tochter des Offiziers Carl von Borcke und seiner Frau Lonny in Rathenow (Havel) geboren.[4] 1920 heiratet sie Heinrich Graf zu Dohna-Schlobitten. Dieser scheidet aus dem Militär aus, um das Familiengut der Borckes in Ostpreußen zu verwalten. Vier Kinder werden geboren. Nach der Machtübernahme 1933 schließt sich das Ehepaar der Bekennenden Kirche an. Verbindungen entstehen zu zivilen und militärischen Kreisen des Widerstands wie zu dem Kreis um Carl Goerdeler, über Peter Graf Yorck von Wartenburg zum Kreisauer Kreis und zu Mitgliedern der Militäropposition. Das ostpreußische Gut in Tolksdorf wird zu einem Treffpunkt der Gleichgesinnten gegen Hitler. Während ihr Mann Heinrich 1939 bis 1943 bei der Wehrmacht ist, hält Maria Agnes die Kontakte zu den Mitgliedern der Widerstandsgruppen. Als das Attentat am 20. Juli 1944 gegen Hitler scheitert, werden das Ehepaar und zwei ihrer Kinder von der Gestapo verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilt Heinrich Dohna zum Tode, am 14. September wird er in Plötzensee hingerichtet. Maria Agnes Dohna wird am 17. November 1944 ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht. Sie arbeitet als Krankenschwester im Krankenrevier von Ravensbrück und dann ab Januar 1945 im Krankenrevier des benachbarten Siemenslagers. Als das Siemenslager kurz nach Ostern geräumt wird, Tausende am 28./29. April auf den Todesmarsch getrieben werden und nur die Kranken zurückbleiben, bietet die

4 Vgl. dazu und zum Folgenden: G. Szepansky: Frauen leisten Widerstand, S. 50–56; H. Ludwig: Maria Agnes Gräfin zu Dohna, S. 19–21.

NS-Oberschwester Maria Agnes Dohna einen Entlassungsschein an. Doch diese kehrt um und bleibt, als sie die Frauen sieht, die auf ihre Pflege angewiesen sind. Ende September 1945 gelingt es ihr schließlich, völlig entkräftet zu ihrer Schwester nach Westfalen zu gelangen, wo sie ihre Mutter und ihre Kinder wieder trifft.

1947 tritt sie als Zeugin im Ravensbrückprozess auf, spricht in Gemeinden vom Kirchenkampf und Widerstand, hält Verbindung mit ehemaligen Ravensbrückerinnen in Israel und geht gegen die Verharmlosung des Nationalsozialismus vor. Sie stirbt am 25. Juni 1983.

2.2 Marie-Luise Pleißner

wird am 17. Mai 1891 in Chemnitz geboren.[5] Sie absolviert von 1907 bis 1911 das Königlich-Sächsische Lehrerinnenseminar in Callnberg bei Lichtenstein und erhält nach Haus- und Hilfslehrerzeit 1915 in Chemnitz eine feste Anstellung. 1919 wird sie Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Friedensgesellschaft. Sie schließt sich dem internationalen Versöhnungsbund an. Seit Oktober 1929 ist sie Oberlehrerin an der Höheren Mädchenbildungsanstalt in Chemnitz. Sie kandidiert im März 1933 noch bei den Reichstagswahlen für die Deutsche Staatspartei. Einen Monat später beginnen die Nationalsozialisten die entschiedene Pazifistin aus dem Schuldienst zu drängen, im März 1934 wird sie in den Ruhestand versetzt. Sie unterrichtet nun privat jüdische Kinder und erteilt jüdischen Erwachsenen, die emigrieren wollen, Englischunterricht. Marie-Luise Pleißner intensiviert ihre Kontakte zu den Quäkern und stellt ihre Wohnung für Treffen von Gegnern des nationalsozialistischen Regimes zur Verfügung. 1939 reist sie zum wiederholten Mal nach England und verhandelt mit dem Friends House der Quäker, in jüdischen Gemeinden und im Home Office, um Juden bei der Emigration zu helfen. Es gelingt ihr, einigen Kindern und einer Frau die Flucht ins sichere Ausland zu ermöglichen.

Als sie auf die Nachricht vom Beginn des Zweiten Weltkrieges während einer Unterrichtsstunde empört reagiert, wird sie daraufhin denunziert und verhaftet. Begründet wird die Verhaftung damit, dass sie durch „ihre defaitistischen Reden […] die Sicherheit des Volkes und des Staates“ zerstöre, zudem gebe ihr „Vorleben zu der Befürchtung Anlass […], sie werde ihr staatsabträgliches Verhalten auch weiterhin fortsetzen.“[6] Am 5. Oktober 1939 wird sie ins Konzentrationslager Ravensbrück gebracht. Ein halbes Jahr später erreicht ihr Vater ihre Freilassung aufgrund der Amnestie zu Hitlers 51. Geburtstag am 20. April 1940. In ihren „Erinnerungen an Ravensbrück“ schreibt sie: „Wie erträgt der Mensch solch eine Zeit der Prüfung? Haltung bewahrt, wer sich an seiner Weltanschauung, seinem Glauben immer wieder aufrecht halten kann, der politische Kämpfer, der weiß, dass eine Aufgabe auf ihn wartet – der religiöse Mensch, der sich getragen weiß.“[7]

5 Vgl. dazu und zum Folgenden: H. Ludwig: Marie-Luise Pleißner, S. 41–43.

6 Zit. nach ebd., S. 43.

7 Zit. nach ebd., S. 43.

Marie-Luise Pleißner gehört zu den Ersten, die nach Kriegsende mit dem demokratischen Aufbau beginnen. Bereits am 12. Juni 1945 gründet sie mit zwölf Männern in Chemnitz eine Partei, die in der Liberal-Demokratischen Partei aufgeht. Sie nimmt in dieser vielfältige Ämter und Aufgaben wahr. Marie-Luise Pleißner stirbt am 21. Dezember 1983. Das Denkmal wird jedoch erst 1988 geschaffen.

2.3 Hildegard Schaeder

wird am 13. April 1902 als Tochter des Professors für Systematische Theologie Erich Schaeder und seiner Ehefrau Anna, geb. Sellschopp, in Kiel geboren.[8] Sie studiert ab 1920 Klassische Philologie, Slawistik, Byzantinistik, Geschichte und Philosophie. 1927 promoviert sie an der Philosophischen Fakultät in Hamburg bei dem jüdischen Professor Salomon. Ein Stipendium ermöglicht Hildegard Schaeder von 1928 bis 1930 Forschungen in Prag. Sie wird anschließend Hauslehrerin in Mecklenburg und Gasthörerin an der Universität Rostock. Seit 1933 ist sie wissenschaftliche Stipendiatin, dann Referentin im Geheimen Preußischen Staatsarchiv zu Berlin.

Seit 1935 engagiert sie sich in der Hilfe für Juden der Jesus-Christus-Kirchengemeinde in Berlin-Dahlem, an der Martin Niemöller Pfarrer ist. Hildegard Schaeder beteiligt sich daran, Juden zu verstecken und ihnen bei der Ausreise behilflich zu sein. An der illegalen Kirchlichen Hochschule in Berlin beginnt sie 1936 das Theologiestudium. Ab 1941 versorgt sie jüdische Menschen, die in das Getto von Lublin verschleppt worden sind, mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung. Auf Grund einer Denunziation wird sie schließlich am 14. September 1943 verhaftet und ein halbes Jahr im Polizeigefängnis am Alexanderplatz in Einzelhaft gehalten. Am 15. März 1944 wird sie nach Ravensbrück gebracht. Der Haftgrund lautet: „Begünstigung flüchtiger Juden“. In ihren Erinnerungen „Die Heilige Befreiung“ schreibt sie 1945: „Beim Scheiden aus dem Berliner Gefängnis war es mir aufgegangen, dass das Wort hoch oben an meiner Zellenwand ‚Du sollst lieben Gott deinen Herrn und deinen Nächsten wie dich selbst‘ der Leitspruch meiner Haftzeit sein sollte.“[9] Das Eintreten für diejenigen im Konzentrationslager, denen es noch schlechter geht, macht sie sich zur Aufgabe. Doch auch sie ist den Strapazen der schweren körperlichen Arbeit nicht lange gewachsen. Wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes wird sie im April 1945 für die Gaskammer bestimmt. Nur das beherzte Eintreten einer polnischen Katholikin, die die Aufseherin davon überzeugen kann, dass man Hildegard Schaeder aus Versehen für den Transport notiert habe, rettet ihr das Leben. Bei dem Anmarsch der Roten Armee wird das Lager am 28. April 1945 aufgelöst. Hildegard Schaeder überlebt.

Nach dem Krieg wirkt sie bis 1978 als Oberkirchenrätin im Kirchlichen Außenamt der EKD für die Orthodoxen Kirchen des Ostens. Sie besucht im Auftrag der EKD mehrmals das Patri-

8 Vgl. dazu und zum Folgenden: G. Schwöbel: Hildegard Schaeder, S. 44 f. Gedruckte Quellen und Selbstzeugnisse von Hildegard Schaeder sind gesammelt und herausgegeben in dem instruktiven Band von G. Schwöbel: Leben gegen den Tod.

9 H. Schaeder: Die Heilige Befreiung, S. 94.

archat in Moskau und wird 1962 Lehrbeauftragte an der Philosophischen Fakultät der Frankfurter Universität und von 1965 bis 1978 Honorarprofessorin. Am 11. April 1984 stirbt Hildegard Schaeder in Frankfurt am Main.

2.4 Katharina Staritz

wird am 25. Juli 1903 als Tochter des Gymnasiallehrers Carl Staritz und seiner Frau Margarethe in Breslau geboren.[10] Nach dem Abitur 1922 beginnt sie dort ein Philologiestudium und wechselt 1926 an die Theologische Fakultät Marburg zu Professor Hans von Soden. 1928 wird sie Licentiatin der Theologie und 1933 bei der Kreissynode Breslau-Stadt als Vikarin angestellt. Jugend- und Frauenarbeit, die Seelsorge an der Universitäts-Kinderklinik, die Betreuung des Arbeitervororts Ostwitz liegen in ihrer Zuständigkeit.

Sie wird am 6. November 1938 ordiniert. Das Büro Grüber, das in Berlin eine „Evangelische Hilfsstelle für nichtarische Christen" eingerichtet hat und Hilfe zur Ausreise für verfolgte Menschen jüdischer Herkunft bietet, richtet eine Zweigstelle in Breslau ein, deren Leiterin Katharina Staritz wird. Sie setzt sich für die Ausreise von Juden und Christen jüdischer Herkunft ein und kann vielen Menschen das Leben retten. Als 1941 das Tragen des Davidssterns angeordnet wird, versendet sie ein vom Breslauer Stadtdekan genehmigtes offizielles Rundschreiben an die Pfarrerschaft, in dem sie sich gegen diese Diskriminierung wendet:

> „Es ist Christenpflicht der Gemeinden, sie [die Christen jüdischer Herkunft. GSL] nicht etwa wegen der Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschließen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche wie die anderen Gemeindemitglieder und bedürfen ihres Trostes aus Gottes Wort besonders. […] Praktisch bitte ich zu erwägen, ob nicht die Kirchenbeamten, Gottesdienstordner usw. in geeigneter seelsorgerlicher Form anzuweisen wären, sich dieser gezeichneten Gemeindeglieder besonders anzunehmen, ihnen, wenn nötig, Plätze anzuweisen usw."[11]

Katharina Staritz wird daraufhin vom Dienst suspendiert und geht zurück nach Marburg, wo sie weiterhin für die Bekennende Kirche und das Hilfsbüro tätig ist. Hier wird sie am 4. März 1942 verhaftet und nach Ravensbrück deportiert. Etwa ein Jahr später gelingt es ihrer Schwester, am 18. Mai 1943, dass Katharina Staritz entlassen wird. 1950 wird sie Vikarin für die Frauenarbeit in Frankfurt und damit erste Vikarin der EKHN mit Predigt- und Seelsorgeauftrag in der St. Katharinengemeinde der Frankfurter Innenstadt. Am 3. April 1953 stirbt sie nach schwerer Krankheit in Frankfurt am Main.

---

10 Vgl. dazu besonders die ausführliche Biographie zu Katharina Staritz von G. Schwöbel: Ich aber vertraue; weiterhin: G. Schwöbel: Katharina Staritz (1999), S. 46 f.; eine unverzichtbare Quelle ist neuerdings die auf zwei Bände angelegte Quellensammlung mit Briefen, Selbstzeugnissen und amtlichen Dokumenten von H. Erhart/I. Meseberg-Haubold/D. Meyer: Katharina Staritz, die einen Fundus für die historische Erforschung der Rolle von evangelischen Frauen wie Katharina Staritz oder Elisabeth Schmitz im Dritten Reich darstellt.

11 Rundschreiben Nr. 36 vom 12. September 1941, abgedruckt in: H. Erhart/I. Meseberg-Haubold/D. Meyer: Katharina Staritz, S. 393.

2.5 Die Frauen des Solf-Kreises: Hanna Solf, geb. Dotti, und Lagi Gräfin Ballestrem, geb. Solf[12]

Am 14. November 1887 wird Hanna als Tochter des Gutsbesitzers Dotti und seiner Ehefrau in Neuenhagen bei Berlin geboren. Sie heiratet 1908 Wilhelm Heinrich Solf, der damals Gouverneur der neuen deutschen Kolonie Samoa war. 1909 wird die Tochter Lagi geboren, es folgen drei Söhne. 1920–1927 ist Solf deutscher Botschafter in Japan und zieht 1928 mit der Familie zurück nach Berlin. 1933 kommt es zu regelmäßigen Treffen von Künstlern, Gelehrten und Politikern, auch oppositionellen Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes zum sonntäglichen Tee im Hause Solf. Die Teegesellschaft setzt sich ein für Verfolgte, besonders für jüdische Menschen. Als 1936 Solf stirbt, führt Hanna Solf die Teegesellschaft weiter. Unterstützung erhält sie von ihrer Tochter Lagi, die 1938 aus Shanghai zurückkehrt und sich der Teegesellschaft anschließt. Die Runde ist gut informiert über die Lage in Deutschland und hält durch ausländische Diplomaten Kontakt zum Ausland, die sie wiederum über die Vorgänge in Deutschland informiert. Mutter und Tochter verstecken Juden im eigenen Haus, versuchen über Konsulate und Botschaften Visa zu organisieren und helfen den Verfolgten bei der Flucht in die Schweiz und nach England. Am 12. Januar 1944 kommt es zu einer groß angelegten Hausdurchsuchung, bei der Hanna Solf und ihre Tochter festgenommen und nach kurzer Zeit nach Ravensbrück deportiert werden. Am 15. November 1944 wird der Prozess gegen Hanna Solf und sechs andere Mitglieder der Teegesellschaft vor dem Volksgerichtshof eröffnet. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Volksverhetzung und Feindbegünstigung. Während Elisabeth von Thadden und andere Mitglieder der Teegesellschaft bereits im September 1944 in Plötzensee hingerichtet worden sind, wird der Prozess gegen Hanna Solf wohl durch die Intervention des japanischen Botschafters Oshuma immer wieder verschoben. Dieser hatte sich bei Hitler mit der Begründung eingesetzt, dass das japanische Volk entscheidend in seinem Glauben an das deutsche Volk getroffen werde, sollte die Witwe des besten deutschen Freundes Japans vom Volksgerichtshof verurteilt und hingerichtet werden.[13] Nach dem Tod des Vorsitzenden des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, erreicht Ernst-Ludwig Heuss, dass Hanna Solf und ihre Tochter Lagi am 23. April aus der Haft entlassen werden. Noch in diesen Tagen kurz vor Ende des Krieges werden 67 Freunde des Solf-Kreises erschossen.

12 Vgl. dazu und zum Folgenden: G. Ringshausen: Zwischen Dissens und Widerstand; G. Schwöbel: Lagi, Gräfin Ballestrem, S. 55 f.; G. Schwöbel: Hanna Solf, S. 73–76; G. Schwöbel: Teegesellschaft, S. 80–118; K. Scholder: Mittwochsgesellschaft; L. Gräfin Ballestrem-Solf: We survived.

13 Vgl. G. Schwöbel: Teegesellschaft, S. 117.

2.6 Hildegard Staehle, geb. Luther

wird am 20. April 1894 als Tochter eines Arztes in Celle geboren. 1928 heiratet sie den Offizier Wilhelm Staehle.[14] Durch ihren Mann kommt Hildegard Staehle in Kontakt mit Eugen Gerstenmaier, der im kirchlichen Außenamt das ökumenische Referat leitet, ebenso zu Wilhelm Canaris, dem damaligen Abwehrchef und dem früheren Oberbürgermeister von Leipzig, Carl Goerdeler. Staehle ist Verbindungsmann zwischen Carl Goerdeler und den holländischen Widerstandskreisen. Nach der Pogromnacht 1938 verstecken die Staehles verfolgte Juden und sorgen für die Möglichkeit der Ausreise. Dabei werden sie mit Pfarrer Heinrich Grüber bekannt, der im Auftrag der Bekennenden Kirche eine Hilfsstelle für verfolgte jüdische Bürger eingerichtet hatte. Die Staehles schließen sich auch dem Kreis um Hanna Solf in Berlin an. Wilhelm Staehle wird am 12. Juni 1944 verhaftet und in den letzten Tagen des Krieges, in der Nacht vom 22. zum 23. April, durch Genickschuss ermordet.

Auch Hildegard Staehle wird verhaftet und am 20. April 1945 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt mit der Begründung, sie habe fahnenflüchtige deutsche Offiziere und illegal lebende Juden versteckt und Verbindung zu französischen Kriegsgefangenen unterhalten. Doch das ist nur wenige Tage vor Kriegsende. Hildegard Staehle wird bald befreit. Nach dem Krieg engagiert sie sich für Frauen, die in Konzentrationslagern interniert worden sind. Sie wird zur Mitbegründerin der CDU in Berlin und deren Frauenreferentin. Am 16. Dezember 1945 stirbt sie bei einer Dienstfahrt an den Folgen eines Autounfalls.

3. Ausblick

Dass, wie es scheint, weniger evangelische Frauen als Männer unter den Verfolgungen der Nationalsozialisten ums Leben gekommen sind, könnte zunächst einmal an ihrer weniger exponierten gesellschaftlichen Stellung gelegen haben – viele der hingerichteten männlichen Christen, wie beispielsweise die Mitglieder des Kreisauer Kreises, des Bonhoeffer-Kreises oder die Attentäter des 20. Juli, waren Pfarrer oder Wehrmachtsangehörige, also Personen mit einer wirkmächtigen gesellschaftlichen und beruflichen Stellung, bei denen es galt, ein öffentlich wirksames Exempel zu statuieren. Die Frauen der jeweiligen Widerstandskreise wie Maria Agnes zu Dohna oder die Frauen des Solf-Kreises dagegen bewegten sich im unmittelbaren Umfeld der männlichen Akteure, waren mit denselben Aktivitäten befasst und maßgeblich am Erhalt der Kommunikation und der Netzwerkbildung wie des Informationsflusses beteiligt.

14 Vgl. dazu und zum Folgenden: G. Schwöbel: Hildegard Staehle, S. 187–194; H. Grüber: Erinnerungen; P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat; G. v. Roon: Wilhelm Staehle; F. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler.

Auch sie wurden verhaftet. Dass sie nicht zu Tode gebracht wurden, war aber oft auch nur dem Zufall geschuldet oder – wie beispielsweise bei Hanna Solf – dem Einsatz von Diplomaten aus dem Ausland, dem geistesgegenwärtigen Eintreten von Bekannten oder gar dem herannahenden Ende des Krieges.

Zum anderen zeigt sich gerade im Blick auf die nationalsozialistische Tötungsmaschinerie, dass die Überlebenschance der Christinnen und Christen, die in Konzentrationslager gebracht wurden, von vielfältigen Faktoren abhing: von dem Zeitpunkt ebenso wie vom Ort der Internierung und vielem mehr. Die Gefangenen waren immer vom Tod bedroht und er ist, wie die Biographien der genannten Frauen zeigen, oftmals nur durch ein Wunder verhindert worden. Der Tod als Kriterium für ein erinnerungswürdiges Gedenken ist daher gerade im Blick auf den Nationalsozialismus ebenso problematisch wie einschränkend.

Die Leidenszeuginnen haben ihr Handeln unterschiedlich reflektiert. Einige, vor allem jene aus den kirchlichen Widerstandsgruppen, haben dies auf theologische Art getan, wie Hildegard Schaeder, Katharina Staritz oder Marie-Luise Pleißner. In ihren Schriften kommt die Auseinandersetzung um das eigene Handeln im Namen des Glaubens zum Ausdruck. Sie thematisieren die Zweifel an der Richtigkeit ihres Handelns, aber sie deuten ihr Handeln auch als Nachfolge Christi. Sie empfinden sich nicht als Heldinnen, sondern versuchen noch im Nachhinein diesem eigenen Leiden einen Sinn zu geben. War es richtig, sich für andere einzusetzen und das eigene Leben zu gefährden? Hätten sie es unter anderen Umständen ebenso getan?

In ihren Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus setzt sich beispielsweise Hildegard Schaeder damit auseinander, ob das, was sie getan hat, als eine christliche Tat „um des Glauben willens“ zu bewerten sei:

> „War aber [...] das, was mich in die unbefristete ‚Schutzhaft‘ geführt hatte, die nach einem halben Jahr Einzelzelle in das KZ einmündete, war das auch ‚um des Glaubens willen‘ in dem Glauben an meinen Heiland getan worden? Hatte ich meine kirchliche Arbeit, insbesondere die Judenhilfe in der Gemeinde Martin Niemöllers, im unmittelbaren Glauben und entschiedener Treue zu meinem Herrn Jesus Christus getan? Oder hatten menschliche Bindungen, menschliches Vertrauen zu Männern, deren Ruf und Beispiel mich in die kirchliche Gemeinschaft hineingeführt hatten, [...] mit dazu beigetragen, dass ich mich dieser Arbeit auch für die Anderen [...] zur Verfügung stellte? Und habe ich es mit wahrer Treue und Gewissenhaftigkeit getan? [...]
>
> Also gehörte ich nicht zu denen, die ‚um des Glaubens willen‘ litten? Oder birgt dieses Wort ‚um des Glaubens willen‘ noch einen anderen Sinn, einen Sinn, der sogar alles Menschenleid in sich umschließen kann: dass nämlich denen, die – wie auch immer ins Leiden geraten – sich dem Leiden nicht innerlich trotzig versagen, die lebendige Gegenwart Gottes sich erschließen und ihren Glauben auf den Felsen gründen will? [...] dass Gott unserem Unglauben hilft und uns zurüstet zur Fürbitte für die Bedürftigen.“[15]

Offenbar blieb trotz der Erfahrungen von zugefügtem Leid und Grausamkeiten die Frage, ob sie dieses Leid wirklich wegen ihres Glaubens in Kauf genommen hatte. Wenn dies nicht der Fall war, sondern sie dieses Leid bewusst herbeigeführt hatte, weil sie sich den Menschen um

15 Zitiert nach G. Schwöbel: Leben gegen den Tod, S. 95 f.

sie herum verpflichtet sah, war dann dieses Leiden vergebens gewesen? Hildegard Schaeder beantwortet die Frage, indem sie nicht den Grund des Leidens fokussiert, sondern das Leiden selbst: In jedem Leiden kann Gott erfahrbar werden, und es ist die daraus entstehende Gottesbeziehung, in der das Sein der Einzelnen seine Transzendierung erfährt.

So ist es eine bleibende Aufgabe, über das Gedenken an die Märtyrerinnen und Märtyrer hinaus eben auch die anderen Glaubenszeugen, Leidenszeugen in lebendigem Gedächtnis zu behalten. Denn es bleibt die Frage: Welche Erinnerung wählen wir? An wen ist zu erinnern, welches Engagement als vorbildhaft zu tradieren? Evangelische Erinnerungskultur ist der Pluralität und der Situiertheit von Glaubenszeugnissen verpflichtet. Nicht nur die Erinnerung an die männlichen Amtsträger, die aufgrund ihrer exponierten Stellung zu Märtyrern wurden, ist zu tradieren. Die Frage nach den Leidenszeugen eröffnet das facettenreiche Bild evangelischen Glaubens und Glaubenszeugnisses.

II. Biographisch-dokumentarischer Teil

Abramowski, Rudolf, Lic. theol.



* *15.5.1900 Berlin, † Anfang März 1945 auf dem Transport von Insterburg (Ostpreußen) in den Ural.*
Verh. mit Gertrud, geb. Powilleit, Dr. phil., sechs Kinder.
Theologie-Studium in Königsberg und Erlangen; 1924 Lic. theol. in Königsberg; 1926 Reisepfarrer des Evangelischen Bundes, dann Pfarrer in Schwentainen (Ostpreußen); 1929 Pfarrer an der deutschen ev.-ref. Kirche in Riga (Lettland), ab 1932 ebd. zugleich Dozent für alttestamentliche Theologie und Semitistik an der Herder-Hochschule; 1939 zunächst Hilfspfarrer, dann Pfarrer in Lyck (Ostpreußen).

A. war mit gleicher Leidenschaft Pfarrer und Wissenschaftler. Die hervorragenden altsprachlichen Kenntnisse, die er am traditionsreichen Gymnasium in Schulpforte erworben hatte, bildeten eine wichtige Grundlage für sein Theologiestudium und für seine späteren Forschungen über alttestamentliche und altkirchliche Themen.

Während seiner Tätigkeit als Pfarrer und Dozent in Riga erhielt er durch seine Freundschaft mit den Königsberger Theologen Julius Schniewind, Hans Joachim Iwand, Günther Bornkamm und Martin Noth und durch regelmäßige Reisen nach Ostpreußen Einblick in die Lage der Kirchen unter dem NS-Regime. Schniewind und Iwand mussten die Königsberger Universität 1935 aufgrund staatlichen Zwangs verlassen. Die wiederholten Strafmaßnahmen, denen sie ausgesetzt waren, richteten sich gegen ihr Wirken in der Bekennenden Kirche. Dieser fühlte sich auch A. verbunden, wenngleich er von den Auseinandersetzungen in Deutschland nicht unmittelbar betroffen war. In einem Brief an einen Kollegen bezeichnete er sich später als „alten Bekenntnismann“ (Brief vom 7.7.1942, zitiert nach L. Abramowski: Pfarrer Lic. theol. Rudolf Abramowski, S. 4).

1939 kehrte A. im Zuge der Umsiedlung der Deutschen aus den baltischen Staaten, einer Folge des Hitler-Stalin-Paktes, nach Ostpreußen zurück. Als Pfarrer in Lyck setzte er sich dafür ein, dass der junge Pfarrer Konrad Bojack, der 1935 das von Dietrich Bonhoeffer geleitete illegale Predigerseminar der Bekennenden Kirche besucht hatte, eine reguläre Pfarrstelle erhielt, die ihm und seiner Familie den Lebensunterhalt sicherte. Neben der Tätigkeit als Pfarrer widmete sich A. auch weiterhin der theologischen Forschung. Beides miteinander zu verbinden, erforderte ein hohes Maß an Disziplin und Konzentration, was ihn trotz seines lebhaften Geistes in der Familie oft schweigsam machte.

Im Herbst 1944, als der baldige Einmarsch der Roten Armee absehbar war, gelangte seine Frau mit den Kindern zu Verwandten nach Potsdam, während er selbst in Lyck blieb. Mitte Januar 1945 konnte ihn seine Frau dort noch einmal besuchen. Wenige Tage später, am 20.1.1945, teilte er ihr in seinem letzten Brief die für den 26.1. angeordnete Räumung Lycks mit. In einer Nacht Ende Januar verließen A. und der Regierungsbaurat Josef Ernst, der während der vergangenen Monate bei ihm im Pfarrhaus gewohnt hatte, als letzte Zivilisten den Ort. Wie der Baurat 1946/1947 in Briefen an eine Bekannte und an Frau A. berichtete, fuhren beide mit seinem Auto nach Rastenburg. Dort suchte er selbst

das Bauamt auf, während sich A. ins Pfarrhaus begab. Sie wollten ihre Fahrt gemeinsam in Richtung Westen fortsetzen. Als Ernst wenig später im Pfarrhaus anrief, teilte ihm A. jedoch mit, dass er soeben „einen Transport Lycker Pfarrkinder getroffen“ habe, die er „nicht im Stich lassen“ wolle. Aus Lyck habe er „ruhig weggehen“ können, „da er selbst der Letzte seiner Gemeinde“ gewesen sei; in Rastenburg jedoch sei „es noch nicht so weit“, und er müsse daher „noch bleiben“ (zitiert nach L. Abramowski: Pfarrer Lic. theol. Rudolf Abramowski, S. 2). Am vereinbarten Treffpunkt wartete Ernst noch eine Zeit lang vergeblich auf den Pfarrer und fuhr dann mit seinem Baukommando ab. A. gab dem Dienst an seinen Gemeindegliedern den Vorrang und blieb unter hohem Risiko in Rastenburg.

Über sein weiteres Schicksal berichteten 1947/1951 zwei aus einem Arbeitslager in der Sowjetunion heimgekehrte Männer, die mit ihm zusammen im selben Waggon deportiert worden waren und lange Unterhaltungen mit ihm gehabt hatten. Demnach amtierte A. noch für kurze Zeit in Rastenburg und beerdigte dort etwa 30 Tote. Nachdem der Ort von der Roten Armee besetzt worden war, wurde er als Spion angesehen und verhaftet. Er wurde einige Tage lang ohne Nahrung in einem Keller gefangen gehalten und dann zusammen mit anderen Gefangenen auf einem Lastwagen nach Georgenburg gebracht. Im nahe gelegenen Insterburg wurde er schließlich einem größeren Transport ostpreußischer Internierter in ein Arbeitslager im Ural zugewiesen. Der Transport in Viehwaggons begann am 18.2.1945 und sollte einen Monat später seinen Bestimmungsort erreichen. Die strapaziösen Bedingungen der Fahrt führten dazu, dass mehr und mehr Menschen starben. A. konnte zunächst noch für jeden Toten in seinem Waggon eine Andacht halten. In der dritten Reisewoche starb er selbst an hohem Fieber.

Quellen: Abramowski, Luise: Pfarrer Lic. theol. Rudolf Abramowski; Briefe von Luise Abramowski an den Verf., 30.12.2003, 17.3.2004, 18.8.2004, 27.8.2004; Brief von Käthe Lindemann an die EvAKiZ, 14.7.2002.

Literatur: D. Bonhoeffer: Konspiration, S. 191 f.; M. Koschorke: Geschichte, S. 74, 179 f., 185; H. C. Brennecke/E. L. Grasmück/C. Markschies (Hrsg.): Logos, S. 633–640.

Foto: Privatbesitz Luise Abramowski.

A. Kurschat

Adams, Gustav Arno Heinrich Kurt

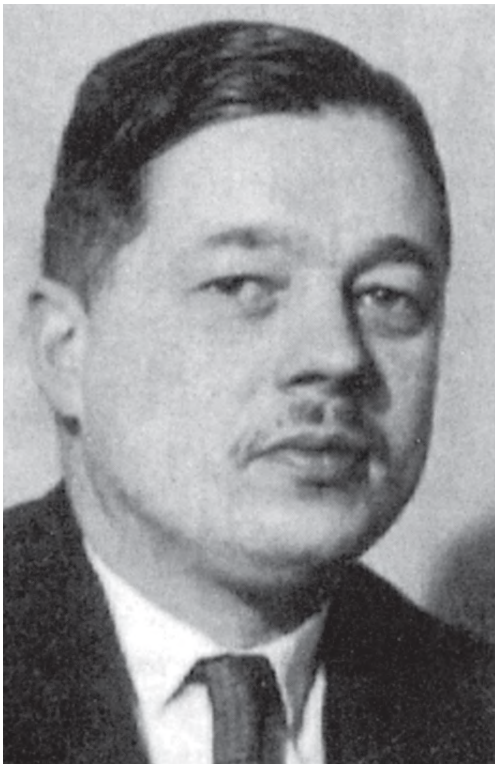
* 15.12.1889 Hamburg, † 7.10.1944 Konzentrationslager Buchenwald.

Verh. mit Maria, geb. Welmann, drei Kinder.

1908–1912 Studium der Fächer Germanistik, Geschichte, Französisch in Göttingen, Berlin, Freiburg i. Br. und Greifswald; 1912 Dr. phil. Greifswald; 1913 Staatsexamen Greifswald; 1918 Ernennung zum Oberlehrer in Hamburg; 1924–1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD); 1929 Ernennung zum Direktor der Volkshochschule Hamburg; 1933 wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen.

A., der Sohn eines Kaufmanns, war einer der engagiertesten Hamburger Reformpädagogen in der Weimarer Republik und politisch in der SPD aktiv. Der Sprachbegabte – während seiner Schulzeit verbrachte er ein halbes Jahr in Paris – studierte Französisch, Germanistik und Geschichte. Da er aufgrund eines Herzfehlers vom Militärdienst befreit war, wirkte er nach der Promotion über Otto Ludwigs Theorie des Dramas und dem Staatsexamen ab 1913 als Kandidat bzw. ab 1918 als Oberlehrer an der Oberrealschule vor dem Holstentor in Hamburg. 1918/19 engagierte er sich im Lehrerrat, 1920 wurde er auf der Liste „Schulfortschritt“ der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in die Lehrerkammer gewählt, der er bis 1930 angehörte. Weit über die Grenzen der Stadt bekannt wurde er durch sein Mitwirken an Reformen in der Schul-, Jugend- und Sozialpolitik. Ihm ging es um Erziehung „vom Kinde aus“, weswegen er die Eigeninitiative der Schüler nachdrücklich förderte. Er suchte die Verbindung des Unterrichts mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, z. B. durch die Einführung von zwei Wochenstunden „Gesamtunterricht“, in denen Fragen aus allen Bereichen des Lebens erörtert wurden. Daneben lehrte er als Dozent an der Hamburger Volkshochschule, deren Direktor er 1929 wurde. A. gehörte der ev.-luth. Kirche an.

Politisch hatte sich A. schon frühzeitig der Arbeiterbewegung angeschlossen, wobei er vor allem die Jugend- und Erwachsenenbildung vorantreiben wollte. 1918 trat er der SPD bei und kümmerte sich insbesondere um den Aufbau der Jugendorganisation. Er organisierte Ferienlager („Kinderrepubliken“), die Kindern schon frühzeitig die demokratische



Selbstverwaltung und die Grundlagen einer sozialistischen Gemeinschaft nahe bringen sollten; zudem war er Mitglied der Reichsleitung der „Kinderfreunde“. Er war Bezirksvorsitzender, seit 1922 Mitglied des Hauptausschusses und seit 1924 stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer sowie Mitglied des Reichskomitees der SPD-Bezirksbildungsausschüsse. Von 1924 bis 1933 war er für die SPD Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, kandidierte erfolglos für den Reichstag und war mehrfach Delegierter auf SPD-Parteitagen. Er gehörte dem Schulbeirat und von 1928 bis 1932 der Hochschulbehörde an. Neben der Schulpolitik engagierte er sich politisch auch in Fragen des Mietrechts und der Finanzpolitik.

Am 23.6.1933 wurde Kurt Adams aus politischen Gründen aus allen staatlichen Ämtern entlassen und arbeitete fortan als Kaffeehändler, um seine Familie zu ernähren und seinen Kindern den kostenpflichtigen Besuch der Lichtwark-Reformschule sowie ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Zugleich bot sein Kaffeelager einen Sammelpunkt für Sozialdemokraten und ein Zentrum für die Verteilung von Flugblättern des sozialdemokratischen Widerstands. Auf seinen Reisen konnte er illegale Kontakte knüpfen und pflegen. Im Rahmen der Verhaftungen nach dem Attentat vom 20.7.1944 („Aktion Gewitter“) wurde A. während eines Kuraufenthalts in Greiz „vorbeugend“ von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Dort starb er infolge der Haftbedingungen an einer Lungenentzündung. 1945 wurde der Witwe im Zuge der Wiedergutmachung das Witwengeld in Höhe der normalen Pension zugesprochen. 1967 wurde im Hamburger Stadtteil Lohbrügge der Kurt-Adams-Platz nach dem Pädagogen und Politiker benannt.

Quellen: Staatsarchiv Hamburg, 361-3: Schulwesen-Personalakten, A 718.

Literatur: J. Bohn: Adams; F. Brahm: Adams, S. 18 f.; U. Schmidt: Gymnasium; W. H. Schröder: Parlamentarier, S. 343.

Foto: F. Kopitzsch/D. Brietzke: Hamburgische Biografie, Bd. 2, S. 19.

R. Hering

Arndt, Walther, Prof. Dr. med. et phil.

* *8.1.1891 Landeshut/Schlesien (heute: Kamienna Góra),* † *26.6.1944* Brandenburg–Görden.

Verh. mit Julia, geb. Heimann, geschieden, ohne Kinder.

1909 Studium Naturwissenschaften und Medizin in Breslau (heute: Wrocław); 1914 med. Staatsexamen, Promotion zum Dr. med. und Approbation; 1919–1921 Assistenzarzt in der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten der Landesversicherungsanstalt von Schlesien in Breslau; 1920 Promotion zum Dr. phil., gleichzeitig Volontärassistent am Zoologischen Institut an der Universität Breslau; Assistent am Museum für Naturkunde (Spongiologie) in Berlin; 1925–1931 Kustos dort, 1930 erhielt er den Titel Professor.

A. wuchs als Sohn von Feodor Arndt in einem toleranten Elternhaus auf. Nach dem Tod seiner Mutter an seinem 14. Geburtstag verband ihn eine enge Freundschaft mit seiner jüngeren Schwester Ilse, die er bis zu seinem Tod, in Erinnerung an Kindertage, liebevoll Pillchen nannte. Schon in der Zeit auf dem Realgymnasium entwickelte A. großes Interesse für



die heimische Fauna. Gemeinsam mit seinem Vater, dem Kreistierarzt, unternahm er Wanderungen, bei denen er seine Beobachtungen präzise notierte.

Nach dem Schulabschluss begann er mit dem Studium der Medizin und der Naturwissenschaften in Breslau. Einer seiner dortigen Lehrer war der Zoologe und vergleichende Anatom Willy Kükenthal. Während seiner Studienzeit entwickelte A. seine politisch liberale, demokratische Anschauung, der er bis zu seinem Tod treu blieb.

Kurz nach Abschluss seines Studiums und der Promotion zum Dr. med. zog A. 1914 als Feldarzt in den Krieg. Er geriet jedoch schon am 23.10.1914 in russische Gefangenschaft und wurde nach Sibirien gebracht. Dort machte er sich mit der russischen Sprache vertraut und übernahm ab 1915 die Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen. Zwei Jahre später kehrte er nach Deutschland zurück, um 1918 als Mitglied einer deutschen Kriegsgefangenen-Fürsorgeorganisation erneut nach Russland zu gehen. Erst 1919 kam er auf Umwegen wieder in seine Heimat.

Nachdem A. 1920 in Breslau zum Doktor der Philosophie promoviert worden war, folgte er 1921 seinem Lehrer Willy Kükenthal an das Zoologische Museum in Berlin. Hier spezialisierte er sich in erster Linie auf das Studium der Poriferen, insbesondere der Süßwasserschwämme. Daneben war er anerkannter Gutachter und Mitglied in zahlreichen in- und ausländischen Vereinen. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit setzte er sich intensiv für die Volksbildung ein, indem er zahlreiche Aufsätze für die Tagespresse verfasste. Die Vielzahl seiner Werke trotz seines frühen Todes war wahrscheinlich die Frucht seines disziplinierten Tagesablaufes. Um 17.00 Uhr kehrte er aus dem Museum in die Dreizimmerwohnung zurück, die er sich mit seinem Vater teilte. Nach dem gemeinsamen Kaffee legte sich A. um 19.00 Uhr für vier Stunden hin. Danach stand er auf und arbeitete bis weit nach Mitternacht, um dann erneut vier Stunden zu schlafen, bevor er sich auf den Weg ins Museum machte.

Der nationalsozialistischen Machtergreifung stand A. distanziert gegenüber, fühlte sich aber zunächst nicht kompetent genug, um sich offen gegen das Regime zu stellen. Trotzdem benutzte er nie den so genannten „Deutschen Gruß“ und hielt sich nicht an das Verbot, jüdische Gelehrte zu zitieren. Im Gegenteil hatte er u. a. weiterhin Kontakt zum Professor für Zoologie Matthes, der nunmehr an der Universität von Coimbra/Portugal lehrte, sowie zu Hans Honigmann, der nach London emigriert war.

Als bei einem Flächenangriff am 22.11.1943 auch das Museum unter Beschuss geriet, trieb A. die von ihm geleitete Luftschutzwache unermüdlich dazu an, Brandbomben, die auf das Dach des Hauses fielen, zu löschen oder in den Hof zu werfen. Auf diesem Wege gelang ihm die vorläufige Rettung des Gebäudes, dessen Bibliothek nach A.s Tod durch eine schwere Sprengbombe zerstört wurde.

Nach dem Sturz Mussolinis im Juni 1943 war den engeren Freunden und Arbeitskollegen A.s seine ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus bekannt, die er in verschiedenen Zusammenhängen geäußert hatte: „Jetzt ist es bestimmt zu Ende mit dem Dritten Reich. Es handelt sich nur noch um die Bestrafung der Schuldigen. Seit dem Schwindel mit dem Brand des Reichstages war es mir völlig klar, daß es so kommen mußte.“ (Zitiert nach H. H. D. Kühlmann: Arndt, S. 315) So äußerte sich A. gegenüber Dr. Wolf-

gang Stichel, der Mitglied der NSDAP und der SS war. Zu den Zuhörern gehörten auch seine alte Jugendfreundin Johanna Luise Mehlhausen, geb. Zwick, die sich dem Nationalsozialismus verschrieben hatte, und ihr Ehemann Dr. med. Siegfried Mehlhausen. Zu Letzterem sagte er noch: „Schlimm ist, daß wir alle unter dem leiden müssen, was die anderen uns eingebrockt haben." (Zitiert nach ebd.) Diese Äußerungen führten am 12.1.1944 zu A.s Verhaftung; die Gerichtsverhandlung am 11.5.1944 führte Freisler. Das Urteil lautete Todesstrafe. Nun gingen Gnadengesuche u.a. von dem Mediziner Sauerbruch, den Zoologen K. und O. Heinroth, von Lengerken, Heck und Breifuss ein. Anfangs schien es, als zeigten die Gesuche Wirkung. A. rückte jedoch nicht von seiner Aussage ab und wiederholte diese sogar. Gleichzeitig kam kein Wort der Verachtung über die Denunzianten über seine Lippen.

Das Urteil wurde am 26.6.1944, dem Geburtstag seiner Schwester, vollstreckt. In seinen beiden letzten Briefen an sie wird die enge Bindung A.s zum Christentum deutlich: „An Deinem Geburtstag will ich in meinen Gedanken meine Hand segnend auf Dein liebes Haar legen, wie Du mir von jeher mein Segen warst, mein liebstes Pillchen! [...] Wie oft habe ich hier, und ich tue es heute noch einmal, die Gesangbuchverse, die wir für Vaters Trauerfeier wählten, und den Spruch: ‚Sei getreu bis in den Tod', der immer mein Wahlspruch war – vor mich hingesagt und hingesungen." (H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 287 f.)

Literatur: H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 285–288; D. H. H. Kühlmann: Arndt (Lit.!); Museum für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Arndt; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 106 (Lit.!); F. Pax: Arndt (Lit.!).

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 53.

C. Bendick

Arnheim, Frieda

**23.2.1909 Berlin, † September 1944 KZ Stutthof verschollen. Ledig, ohne Kinder.*

Höhere Mädchenschule bis 1926; Höhere Handelsschule; Korrespondentin; kaufmännische Angestellte; 1933/1934 Werkstudentin in Paris; 1934 Haustochter in Kopenhagen und London; 1934 Rückkehr nach Berlin; verschiedene Stellungen: 1936 Vertretung als Pfarrgehilfin in Berlin-Nikolassee; 1937 Evangelische Frauenhilfe; 1938 Sekretärin von Sup. Lic. Martin Albertz; August 1940 Zwangsarbeit Blaupunkt Werke Berlin; ab 3.5.1941 in Haft.



A. wuchs in einem jüdischen Elternhaus auf. Als „Volljüdin" verlor sie offenbar bereits 1933 ihre Anstellung. Auf Empfehlung eines Berliner Pfarrers ließ sie sich im Oktober 1933 von Pfarrer Dr. Rudolf Köhler in Frankfurt/Main taufen. Da sie 1934 im Ausland keinen Halt fand, kehrte sie zu ihren Eltern zurück. Eine Anstellung fand sie wohl nur noch in kirchlichen Einrichtungen. Im Juni 1936 stellte sie in Berlin-Köpenick, wo sie wohnte, den Antrag, in die Bekennende Kirche aufgenommen zu werden. Die Rote Karte (Mitgliedskarte) wurde ihr mit immer anderen Begründungen verwehrt: Sie halte sich vom Gemeindeleben in Köpenick fern, besuche aber Veranstaltungen anderer Gemeinden, sie habe „ungenügendes Wissen", sie solle sich mit Vikarin Charlotte Rose befreunden und deren Mädchenscharabend besuchen usw. Für die Mädchenschar war sie nun wirklich zu alt, nahm aber regelmäßig an einem Kursus zur Laienschulung teil, den

Vikarin Rose hielt, und an anderen Kreisen. Wohl zu recht vermutete A., dass der wahre Grund ihrer Nichtaufnahme ein anderer sei.

Marga Meusel, die Leiterin des Evangelischen Bezirkswohlfahrtsamtes Berlin-Zehlendorf, bat Martin Niemöller im Dezember 1936 um Vermittlung: „Ich habe die Überzeugung, daß sie ein frommer, kluger, bewusst evangelischer Mensch ist, der aus innerer Überzeugung heraus um seine Aufnahme in die Bekennende Kirche gebeten hat. Besonders hervorzuheben ist das starke Verantwortungsbewusstsein, das sie jüngeren Menschen gegenüber hat. […] Für Fräulein Arnheim wäre ein Rückhalt an eine kirchliche Stelle besonders wichtig, weil ihre Eltern Juden sind." Niemöller musste zweimal an den Köpenicker BK-Pfarrer schreiben. Am 22.3.1937 antwortete August Petersen: „Wir haben den Eindruck, dass sie [Arnheim] sich an Sie heranmacht, um auf uns einen Druck auszuüben." Niemöller wies das entschieden zurück, da er sie persönlich gar nicht kenne. Ein neues Gesuch A.s um Aufnahme leitete Niemöller am 26.4.1937 an den Berliner Bruderrat weiter: Ihre Nichtaufnahme in Köpenick habe wohl wesentlich den Grund, dass sie rassisch „Volljüdin" sei. „Wenn alle Inhaber der roten Karte – auch in Köpenick! – kirchlich so treu und fleißig mitarbeiteten wie Fräulein A., so sähe es nach meinem Dafürhalten um die Bekennende Kirche ein gut Stück besser aus."

Als Martin Albertz (Berlin-Spandau) im Mai 1938 eine Sekretärin für den Prüfungsausschuss der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburgs suchte, wurde ihm A. vielleicht von Meusel empfohlen. Die verbotene, illegale Arbeit führte sie mit großem Engagement aus. Da die Gestapo schon einmal Prüfungsakten in der Wohnung von Albertz beschlagnahmt hatte, sollten sie einem nochmaligen Zugriff entzogen werden. Deshalb brachte A. die neuen Akten im Sommer 1938 zu der in der Nähe wohnenden Witwe Simon, die ein Zimmer ihrer Wohnung dafür zur Verfügung stellte. Als diese Weihnachten 1939 starb, stellte das Ehepaar Schröder seine Wohnung zur Verfügung. Als A. erfuhr, dass August Schröder Polizeibeamter sei, warnte sie Albertz. Doch er beruhigte sie. Deshalb brauche sie sich keine Sorgen zu machen. Sie hatte einen Schlüssel zu der Wohnung und arbeitete auch öfter dort an den Akten. Ab August 1940 musste sie Zwangsarbeit für einen Wochenlohn von 12 bis 15 RM netto leisten. Da ihre Nachfolgerin bei Albertz, Grete Michels, eine „Halbjüdin", erst im November 1940 begann, hat A. diese Aufgabe möglicherweise bis dahin nebenher wahrgenommen.

Als die Gestapo den Prüfungsausschuss im Mai 1941 verhaftete, wurde A. noch vor Albertz gefangen genommen. Sie weigerte sich vor Staatsanwalt und Polizei, den Ort anzugeben, wo die Prüfungsakten lagerten. Albertz gab ihn dann preis. Vom 10. bis 22.12.1941 fand vor dem Sondergericht I beim Landgericht Berlin der Prozess statt. Die 23 Angeklagten wurden wegen Vergehens gegen § 4 Absatz 1 der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.1933, der sog. Reichstagsbrand-Verordnung, und dem Himmler-Erlass vom 29.8.1937 verurteilt. Dass A. als Jüdin sich geweigert habe, den Aufbewahrungsort der Prüfungsakten zu nennen, wurde im Urteil als „Dreistigkeit" bezeichnet. Weiter heißt es im Urteil: „Die Angeklagte Arnheim [hat] den bei weitem stärksten verbrecherischen Willen an den Tag gelegt. Als Volljüdin, die sich zu ihrer Tarnung […] noch im Oktober 1933 hatte taufen lassen, musste sich die Arnheim ganz besonders davor in Acht nehmen, gegen die deutschen Strafgesetze zu verstoßen" (Urteil in EZA 50/8/115). Wegen Beihilfe zum genannten Vergehen wurde sie zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Da die Untersuchungshaft angerechnet wurde, kamen am 23.12.1941 alle frei, außer Albertz und Günther Dehn, deren Haftzeit länger dauerte, und A., weil sie „Volljüdin" war. Pfarrer Heinrich Vogel berichtete: „Nur leise darf ich an die Szene erinnern, in der wir nach der Verkündigung der Urteile von den im Gefängnis Verbleibenden, Martin Albertz, Günther Dehn und der in ein fühlbares Dunkel gehüllten Friedel Arnheim, Abschied nahmen, indem wir in einem Zwischenraum des Gefängnisses alle gemeinsam auf die Knie gingen" (H. Vogel: Aufgabe, S. 23).

Bis zum 19.1.1942 war A. im Polizeigefängnis am Alexanderplatz. Mit dem 9. Transport wurde sie – zusammen mit ihren Eltern Rudolf und Elise Arnheim – nach Riga (Lettland) deportiert. Während die Eltern wohl sofort ermordet wurden, kam A. zunächst ins Ghetto, dann ins KZ Kaiserwald bei Riga und musste Zwangsarbeit leisten. Als die Rote Armee vor Riga stand, wurden im September 1944 arbeitsfähige Insassen in das KZ Stutthof bei Danzig verschleppt. Dort ist A. verschollen.

Quellen: ZEKHN Darmstadt: Best. 62/6001/1002 (Korrespondenz Meusel-Niemöller-Rose-Petersen-Arnheim 1936/37); LA Berlin: A Rep. 355, Nr. 6007: Verhörprotokolle; EZA Berlin: 50/546/24–54 und 50/8/1–116: Anklageschrift des Generalstaatsanwalts vom 13.11.1941 und Urteil des Sondergerichts I beim Landgericht Berlin vom 22.12.1941; BLha Potsdam: Rep. 36 A (II): Karteikarte über die Deportation A.; Brief des Freundes Pastor i.R. Karl-Heinz Holle vom 11.7.1977 (Privatbesitz).

Literatur: Gedenkbuch Berlins; P. Noss: Albertz, S. 443 ff. u.ö.; B. Press: Judenmord; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/I, S. 261–263; W. Scherffig: Theologen, Bd. 3, S. 315, 320–322; H. Vogel: Aufgabe, S. 21–23.

Foto: Karl-Heinz Holle (Sammlung H. Ludwig).

H. Ludwig



Aufricht, Erna

** 13.1.1882 Budapest, † 19.10.1944 KZ Auschwitz.*
Ledig, ohne Kinder.
1898 Aufnahme in die Diakonissenschule in Kaiserswerth; 1902 Examen für das Lehramt an Volksschulen; 1903 Einsegnung in das Diakonissenamt; bis 1914 als Lehrerin und Erzieherin in Hilden, Horchheim und Kaiserswerth; 1914–1918 Lazarettdienst in Hilden; 1942 Deportation nach Theresienstadt; 17.10.1944 Deportation nach Auschwitz.

A. und ihre Schwester Johanne entstammten einer ungarisch-jüdischen Familie. Die evangelisch-christliche Prägung erhielten sie nach dem frühen Tod ihrer Mutter in einem Budapester Internat. Zwei deutsche Lehrerinnen, die in Kaiserswerth ausgebildet worden waren, hatten einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Kinder. 1887 wurden Erna und Johanne mit Einverständnis des Vaters getauft, wobei alle Rechte an der Erziehung der beiden Kinder in die Hände der Heimleiterin des Pensionats übergingen. Von diesem Zeitpunkt an hatten die Schwestern keinen Kontakt mehr zu ihrer Familie. 1898, mit sechzehn Jahren, stellte Erna A. einen Aufnahmeantrag in der Diakonissenschule von Kaiserswerth. Gemeinsam mit ihrer Schwester wurde sie im Mutterhaus ausgebildet, und 1903 wurden beide gemeinsam eingesegnet. Nach ihrem Examen als Lehrerin war Erna A. an verschiedenen Schulen der Einrichtung und den damit verbundenen Heimen tätig.

Bis 1942 blieb die jüdische Abstammung der Schwestern unentdeckt. Ob es ein Fragebogen war, in den Johanne Aufricht wahrheitsgemäß ihre Herkunft eingetragen hatte, oder ob es ein von der Gestapo abgefangener Brief von Erna Aufricht an einen ungarischen Pfarrer war, hinter dem Spionage vermutet wurde, ist nicht mehr zu entscheiden. Doch von diesem Zeitpunkt an gerieten die Schwestern in den Bannkreis der Behörden. Der erste Termin zur Deportation im Februar 1942 konnte noch abgewendet werden. Die Schwestern erhielten stattdessen die strenge Auflage, das „Anstaltsgelände“ nicht zu verlassen. Der Aufschub währte nur bis zum 13.7.1942. Der endgültige Abtransport vom Schlachthof in Düsseldorf war für den 20.7. angesetzt. Einsprüche gegen diese Maßnahme von Seiten der Kaiserswerther Anstalt waren vergeblich. Von einer Schwester begleitet, traten Erna und Johanne A. den schweren Weg zum Schlachthof an.

Bei der Ankunft in Theresienstadt erhielt Erna A. die Registriernummer VII/1 24 und ihre Schwester VII/1 25, was die beiden in die tröstlichen Psalmen 24 (Die Erde ist des Herrn) und 25 (Nach Dir, Herr, verlangt mich) interpretierten. In dem Raum, den sie mit zehn Frauen aus Düsseldorf teilten, übernahmen beide vom ersten Tag an seelsorgerische und karitative Aufgaben. Sie überstanden Elend, Krankheit und

einen Unfall. Johanne Aufricht brach sich im Dezember 1942 ein Bein, und ihre Schwester erkrankte zur selben Zeit an der gefürchteten Lagerkrankheit, an Typhus. Der erste Deportationsbefehl im August 1944 konnte wegen Ernas schlechten Gesundheitszustands abgewendet werden. Doch im Oktober erfolgte die endgültige Instruktion. Alle Bemühungen der sechs Jahre älteren Schwester, sie begleiten zu dürfen, wurden abschlägig beschieden.

„Ich brachte Erna zu den andern in die Kaserne, wo sie zu Tausenden versammelt waren. Auf einer Pritsche eng beieinander sitzend beteten wir mit schmerzvollen Herzen: ‚Jesu, geh voran!' ‚Bis morgen Erna!' ‚Ja, Gott mit Dir!' Ich sah sie nie wieder. Der Transportzug war in der Nacht abgefahren." (Fliedner Kulturstiftung Kaiserswerth, Best. 4-1,9.)

Quellen: Fliedner Kulturstiftung Kaiserswerth, Best. 4-1,9.
Literatur: R. Felgentreff: Lebensweg. S. 37–397; Dies.: Judenstern.
Foto: Fliedner Kulturstiftung Kaiserswerth.

S. Lekebusch



Barth, Helga

** 21.10.1912 Konstanz, † Ende April 1945 KZ Ravensbrück. Ledig, ohne Kinder.*

1932 Abitur Lessingschule Karlsruhe; 1932–1935 Studium der Nationalökonomie in Heidelberg, Köln und Frankfurt am Main; 1935 Diplom-Volkswirtin; 1935–1937 Gelegenheitstätigkeiten; Mai bis September 1937 Berufspraktikum Städtisches Gesundheitsamt Dortmund; 1938–1940 Gelegenheitstätigkeiten in Karlsruhe und München; November 1940 bis Januar 1942 Angestellte im Posener Außenwerk der Karlsruher Waffen- und Munitionsfabriken; ab Februar 1942 Volkswirtin in der Reichswirtschaftskammer Berlin.

B. wurde stark durch ihr evangelisches Elternhaus geprägt. Der Vater stand dabei als Pazifist, religiöser Sozialist und SPD-Mitglied kritisch zur deutschnationalen Haltung seiner Evangelischen Landeskirche Badens. In Heidelberg schloss sich B. 1932/33 der Roten Studentengruppe an. In Köln nahm sie an den Bibelstunden des „roten Pfarrers" Georg Fritze teil. Ende April 1933 besuchte sie den von den Nationalsozialisten inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden des Bundes religiöser Sozialisten Erwin Eckert (KPD) im Gefängnis in Düsseldorf. Später unterstützte sie die Familie Eckert auch finanziell. Im Februar 1934 schrieb sie an einen ihrer Kölner Dozenten: „[Wenn der Nationalsozialismus] unser Gewissen knechten will und von uns Dinge verlangt, die mit dem Willen Gottes, wie er in der Bibel ausgesprochen ist, in Widerspruch stehen, so werden wir den schärfsten Kampf dagegen führen, getreu dem Wort: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Und eine Übertretung und geradezu eine Verhöhnung des Gottesgebots sehe ich in der Behandlung der Judenfrage [...]. Was mir die kühne Sprache auch für Folgen eintragen mag, ist mir völlig gleichgültig; es mußte gesagt werden." (H. Ludwig: Barth, S. 9)

1937 lernte B. in Dortmund-Dorstfeld die Familie des inhaftierten Kommunisten Rudolf Hantel kennen, deren Leidensgeschichte sie in einem Bericht dokumentierte. Im Vorwort solidarisierte sie sich mit den verfolgten Kommunisten: „Es ist ein heiliges Gelöbnis, das mich mit euch verbindet, mit euch, die ihr Lieblinge Gottes seid, mag auch die pharisäisch kalte Welt euch ‚gottlos' nennen. Wer um der Liebe willen sich zum Opfer bringt und selbstlos Kampf und Lei-

den für seine Brüder auf sich nimmt, in dem wohnt Gott! Ich grüße euch, meine Brüder und Schwestern, die ihr um der Gerechtigkeit willen verfolgt werdet, und preise euch selig, denn ihr seid die Kämpfer für das Reich Gottes auf Erden." (H. Prolingheuer: Leidensgeschichten, S. 56 f.)

Als B., die zur Tarnung in die NS-Frauenschaft und in den NS-Rechtswahrerbund eingetreten war, sich im Frühjahr und Sommer 1942 beharrlich bei höchsten Parteistellen für die Freilassung von Rudolf Hantel einsetzte, wurde sie selbst am 26.8.1942 verhaftet. Nach der Untersuchungshaft in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin verschleppte man sie am 14.11.1942 als politischen Schutzhäftling ins KZ Ravensbrück. Mit der Haftnummer 15066 musste B. in der Schneiderei arbeiten. Zeitweise war sie im Außenlager Neubrandenburg eingesperrt. In den Strafblock des Stammlagers kam sie nach einem missglückten Ausbruchsversuch. Die kommunistische Leidensgenossin Erika Buchmann erinnerte sich 1946 an die Ausstrahlung B.s: „Sie hatte reizende kleine Zeichnungen gemacht, viele Gedichte, die meisten mit sozialem Inhalt, und ich war immer von neuem ergriffen von ihrer Art, auch der schlimmsten Stunde freundliche Seiten abzusehen." (Ebd., S. 96)

Kurz vor der Befreiung starb B. Ende April 1945 während der „Evakuierung" des Lagers unter bisher nicht geklärten Umständen.

Quellen: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück: Personenrecherche, 16.9.2005.

Literatur: Gedenkbuch Ravensbrück, S. 82; H. Ludwig: Barth, S. 9–11; H. Prolingheuer: Leidensgeschichten, S. 52–98; J. Schmid: Ravensbrück, S. 98–100.

Foto: H. Ludwig: **Barth**, S. 9.

B. Mensing

Bastian, Hans-Wolfgang

** 21.5.1906 Elsterwerda, † 18.3.1942 Torgau.*

Ledig, ohne Kinder.

Studium der Theologie 1924–1928 in Halle, Marburg, Jena, Berlin; I. Theologische Prüfung in Halle 1928; Vikariat, Predigerseminar in Wittenberg; II. Theologische Prüfung 1933; Ordination durch Generalsuperintendent Eger 21.5.1933; Pfarrer in Saathain/Kkrs. Elsterwerda 1933–1942.



Aufgewachsen als Sohn des Elsterwerdaer Tierarztes Ernst Andreas Otto Bastian, entschied sich B. für das Theologiestudium. Kirchengeschichtliches und kunsthistorisches Interesse waren Schwerpunkte in der Studienzeit. Im Vikariat schon fiel seine Begabung auf, eine Dozentenlaufbahn wurde vom Sup. für möglich gehalten. Fruchtbar war die Zeit auf dem Wittenberger Predigerseminar 1930/31. Zum Sekretär der Kandidaten im WS 1930/31 gewählt, schrieb B. den Jahresbericht. Ephorus D. Riemer formulierte in seinem Zeugnis über den Kandidaten: „Sein Wesen ist ruhig und bestimmt mit dem Unterton eines starken Selbstbewusstseins, doch zugleich freundlich [...] Er besitzt die Gabe der geschickten Rede. Er versteht es das Zeugnis der Predigt gegenwartnahe zu gestalten [...]" (AKPS, Personal-Akte).

In seinem Pfarrdienst war B. für zwei Dörfer in der Niederlausitz zuständig. Dass ihm die Sanierung der denkmalwerten Dorfkirche in Saathain gelang, war anscheinend ein persönlicher Erfolg. Das Verhältnis zum Patron, Landrat a. D. Bormann, war gut und brachte in den folgenden Auseinandersetzungen auch nötigen Schutz.

Ein scharfer Konflikt in Saathain ergab sich aus dem Dienstverhältnis der Kirchgemeinde zu dem als

Organisten tätigen Lehrer Kotzbau. Vor dem Dienstantritt B.s war mit Kotzbau ein Vertrag geschlossen worden, der diesem eine zusätzliche Bezahlung für einzelne Leistungen zusicherte. Diese Regelung war jedoch nicht rechtens und wurde vom Gemeindekirchenrat gekündigt. Von dem jungen, neuen Pfarrer B. hatte sich Kotzbau Unterstützung erhofft. B. jedoch stimmte der Haltung des Gemeindekirchenrats zu. Aus diesem rein arbeitsrechtlichen Streit entwickelte sich aber durch die Art der Beschwerdeführung des Lehrers ein bedrohlicher politischer Vorgang. Kotzbau nutzte seine Funktion als Zellenleiter der NSDAP, um sich an B. zu rächen mit dem Vorwurf, dieser habe in seinen Predigten den nationalsozialistischen Staat in schwerster Weise angegriffen. Diese Behauptungen schrieb er in Eingaben an den Superintendenten, an die Kreisleitung der NSDAP. Kreisleiter Heidkamp gab diese Beschwerde am 8.8.1934 an die Gauleitung in Halle weiter. B. werde vom Superintendenten gedeckt, habe aber „von der Kanzel Partei- u. staatsfeindliche Aussprüche getan". Er müsse deshalb „als Reaktionär bezeichnet und unbedingt sofort, wenn möglich, in Schutzhaft genommen werden." B. habe erklärt, dass kirchenpolitische Aussagen des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels aus der „Froschperspektive" erfolgten.

Wichtig für B. war, dass Sup. Bertling in Elsterwerda in ausführlichen Gesprächen mit den Beteiligten den Sachverhalt aufklärte und B. gegenüber den Vorwürfen in Schutz nahm. Kotzbau hatte behauptet, die Predigtäußerungen B.s im Wortlaut wiedergegeben zu haben. Ein Stenogramm war aber nicht vorhanden, B. konnte mit seinem Manuskript die Unrichtigkeit der Vorwürfe belegen. Der Sup. konnte klarstellen, dass die Kündigung des Organistenvertrages mit Kotzbau ausschließlich in der (einmütig wahrgenommenen) Kompetenz des Gemeindekirchenrates lag. Die Versuche des Betroffenen, unter Anwendung politischen Drucks einzelne Kirchenälteste umzustimmen, misslangen. Das Magdeburger Konsistorium unter Leitung des deutschchristlichen Bischofs Friedrich Peter stellte dann ebenso fest, dass die erhobenen politischen Vorwürfe nicht stichhaltig seien. Der Versuch des Lehrers Kotzbau, die Berufung von B. in die Pfarrstelle Saathain zu annullieren, war gescheitert. Freilich schrieb Bischof Peter an die Gestapo in Halle, dass Pfarrer B. eine Missbilligung ausgesprochen wurde mit der Mahnung, „sich künftig in politischen Dingen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen und nicht wieder die Kanzel zu missbrauchen ..."

Im März 1942 kam es erneut zum Konflikt. Ein halbes Jahr zuvor hatte B. einen 36-jährigen Familienvater aus dem Dorf zu beerdigen, der aktives Mitglied der Kirchengemeinde war und dessen treuen Glauben er der Gemeinde tröstend vorstellte. Das aber erläuterte Bastian mit der Unterstreichung: „Sein bescheidenes Wesen tat einem so wohl und da laufen soviel Prahlhansen herum, aufdringliche Menschen, die einem lästig werden, und Gesinnungslumpen, die heute Hosiannah und morgen Kreuzige schreien, die man verachten muß, weil sie keinen Charakter haben und wie die Wetterfahnen sind." An jener Beerdigung nahmen Parteimitglieder in Uniform teil – und bezogen diese Aussagen auf sich. Ein halbes Jahr später (!) fand eine Hausdurchsuchung bei B. statt; man beschlagnahmte die „Buddenbrooks" von Thomas Mann und einen Brief. Zum 16.3.1942 wurde er zur Gestapo nach Torgau zum Verhör vorgeladen und in Untersuchungshaft genommen. Zwei Tage später, am 18.3., als das Verhör stattfinden sollte, wurde er in seiner Zelle tot aufgefunden. Er habe sich erhängt.

Der Vater fuhr nach Torgau, erhielt von der Gestapo keine weiteren Auskünfte. Immerhin wurde der Leichnam ausgeliefert und nach Elsterwerda überführt. Auf die Nachfrage von Oberkonsistorialrat Bertram hin, der nach Elsterwerda gefahren war, um die Umstände zu ermitteln, erklärte der Vater, dass er an dem Toten keine Spuren von Misshandlungen entdeckt habe. Die Aufregung im Dorf und im Kirchenkreis war groß. An der Beerdigung nahmen viele Pfarrer, insgesamt 504 Männer und 186 Frauen teil.

Das Konsistorium hat die nötigen Recherchen unternommen. An den Merseburger Regierungspräsidenten wurde ausdrücklich geschrieben: „Pfarrer Bastian ist für uns erkennbar weder politisch noch kirchenpolitisch besonders hervorgetreten." Die amtliche Antwort verwies auf die Bemerkungen in der Beerdigungspredigt, durch die „sich die politischen Leiter getroffen fühlen mussten". Er habe auch im Konfirmandenunterricht die Wehrmacht verächtlich gemacht. Da es kein hinreichendes Anzeichen gab, auf Grund dessen der Suizid im Gefängnis angezweifelt werden konnte, hat das Konsistorium weitere Rückfragen aufgegeben und den Vorgang zu den

Akten gelegt. An den Vater wurde ein warmherziges Kondolenzschreiben gerichtet, das von den „großen Gaben“ und der „treuen Arbeit“ sprach. In jener Zeit war es von Gewicht, wenn in diesem Brief stand: „Das Andenken Ihres Sohnes bleibt bei uns in Ehren.“ Es schien jedoch aussichtslos, energischere Beschwerden zu veranlassen.

Es kann nicht begründet unterstellt werden, dass die Gestapo B. im Gefängnis umgebracht habe. Dass er sich selbst erhängte, lässt sich erklären mit der zermürbenden Hetze aus dem Jahr 1934, der er – mit der Unterstützung seines Superintendenten – hat standhalten können. Offenbar ist er aber den Parteileuten als Gegner des NS-Staates verdächtig geblieben. Da hat die Gestapo zugegriffen. Das hat B. nicht mehr ausgehalten.

Die Kirchengemeinde hat ihm einen Gedenkstein gesetzt, der festhält, dass er „im Widerstand gegen das faschistische Regime“ den Tod fand, – und schließt: „Wir ehren diesen aufrechten Menschen.“

Quellen: AKPS Rep. A Gen. Nr. 7818 Pfarrstelle Saathain/Stolzenhain Kkrs. Elsterwerda 1931–1956; AKPS Rep. A. Spec. P: B 577 Personalakte Hans Wolfgang Bastian 1928–1942; Akte Predigerseminar Wittenberg, Akte Kkrs. Elsterwerda.

Literatur: D. Heizmann: Schatten; P. Heyroth: Hans-Wolfgang Bastian.

Foto: Personalakte AKPS.

H. Schultze



Beck, *Ludwig* August Theodor

** 29.6.1880 Biebrich (heute Wiesbaden), † 20.7.1944 Berlin. Verh. mit Amalie, geb. Pagenstecher, verw., eine Tochter.*

1899–1902 Artillerieleutnant; 1902–1911 Besuch der Vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule in Charlottenburg, Abteilungsadjutant im Feldartillerieregiment Nr. 15 in Straßburg, als Oberleutnant Besuch der Kriegsakademie (Berlin); 1913 Versetzung zum Großen Generalstab; 1916 Generalstabsoffizier in der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz; 1922–1925 Abteilungskommandeur im Artillerieregiment 6 Münster/Westfalen; 1925–1929 Chef des Generalstabes des Wehrkreiskommandos IV in Dresden; 1929–1931 als Oberst Kommandeur des Artillerieregiments 5 Fulda; seit 1933 Chef des Truppenamtes im Reichswehr-Ministerium; seit 1935 Chef des Generalstabes des Heeres; 1935 General der Artillerie; 1938 Rücktritt.

B. wurde 1880 als Sohn von Dr. Ludwig Beck, dem Leiter einer Eisengießerei, und seiner Frau Bertha, geb. Draudt als Mittlerer von drei Geschwistern geboren. Sein Vater stammte aus einer alten hessischen Offiziersfamilie, sodass es nicht verwunderlich ist, dass B. die Offizierslaufbahn einschlug.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs stand B. der Weimarer Republik zwar loyal gegenüber, lehnte die Staatsform im Kern jedoch ab. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten begrüßte er zunächst. Denn diese nährte in ihm die Hoffnung auf die Revision des Versailler Vertrags. Doch schon nach dem sog. Röhm-Putsch 1934 distanzierte sich B. von den neuen Machthabern, weil er schon hier ihre Gesetzlosigkeit erkannte. Trotzdem blieb er im Amt und versuchte von dort Einfluss auf die Politik Hitlers zu nehmen. In seinen Entscheidungen „kannte [er] keine Menschenfurcht, […] beugte sich [aber] in Demut vor Gott“ (H. Speidel: Beck, S. 9). „Seine Kraft zog er aus dem Glauben, aus der Zwiesprache mit Gott, wenn er auch in seiner behutsamen Ehrfurcht jenseitige Dinge nur selten anklingen ließ.“ (Ebd., S. 10) Zunächst lag B.s Interesse jedoch weniger in der widerständischen Arbeit als vielmehr in der Wiederherstellung der deutschen Militärmacht, deren Wiederaufbau 1935 weitgehend

abgeschlossen war. B. wurde zum Chef des Generalstabes, hatte jedoch anders als in der Kaiserzeit nicht die alleinige Leitung des Heers. In der neuen Organisationsform sahen B. und seine Gesinnungsgenossen Gefahren für eine einheitliche Strategie im Kriegsfall. Deshalb strebte die Führung der Wehrmacht eine Spitzengliederung an und versuchte diese durch legale Reformen durchzusetzen. Erst in diesem Zusammenhang erkannte B., dass Hitler in seiner Staatstheorie nicht von einer Gleichberechtigung zwischen Staats- und Heeresführung ausging. B. versuchte daraufhin, Erich Ludendorff für eine Umstrukturierung der Wehrmacht zu gewinnen. Dieser Versuch schlug jedoch fehl.

Im November 1937 unterrichtete Hitler die Spitzen der Wehrmacht und Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath über seine Pläne zur Erweiterung des deutschen Lebensraums. Nach diesen Enthüllungen setzte sich B. kritisch mit der außenpolitischen Lage Deutschlands und der Stärke seiner Truppen auseinander. In immer neuen Denkschriften zwischen Mai und Juli 1938 versuchte er deutlich zu machen, dass ein Krieg aus verschiedenen Gründen zu vermeiden sei. Grundsätzlich verfüge das deutsche Heer nicht über die nötige Schlagkraft, um einen Blitzkrieg gegen die Tschechoslowakei zu gewinnen. Zudem, so argumentierte B. weiter, würde ein deutscher Angriffskrieg die Alliierten Mächte auf den Plan rufen und so zumindest zu einem europäischen Krieg, wenn nicht zu einem Weltkrieg führen. In Hitlers Kriegsvorbereitungen erkannte B. eine Gefahr für den Fortbestand der Nation, die ihn dazu trieb, führende Generäle dazu aufzufordern, ihren Rücktritt anzudrohen und damit Hitler zum Einlenken zu zwingen. Dem General war bewusst, dass ein solches Vorgehen auch Unruhe in die Zivilbevölkerung bringen würde. Diese könne jedoch dazu genutzt werden, dem Volk die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Rechtszustände bewusst zu machen. Die Offiziere lehnten B.s Vorhaben aber ab.

B.s massiver Einsatz gegen die Kriegsvorbereitungen stand mit Sicherheit in Verbindung mit den Gesprächen, die er mit Hans Oster im Sommer 1938 führte. In diesen legte Oster ihm nahe, Sabotageakte gegen Hitler auszuführen. Zu einem solchen Vorgehen konnte sich B. jedoch nicht durchringen; dennoch versuchte er, das Militär durch die erwähnten Verlautbarungen zum Handeln zu bewegen.

Trotz aller Bedenken war B. nicht grundsätzlich gegen die Verschiebung der deutschen Grenzen. Ihm stand jedoch keine militärische Auseinandersetzung vor Augen, sondern vielmehr ein friedliches Arrangement durch Verhandlungen mit den Alliierten. Wenige Wochen später reichte er sein Rücktrittsgesuch ein, weil er die Risikopolitik Hitlers nicht länger mittragen konnte. Hitler nahm das Gesuch an, hielt es jedoch zunächst geheim, da B. im Ausland einen guten Ruf genoss.

Nun übernahm B. eine führende Rolle im militärischen Widerstand um Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell und Johannes Popitz, später schlossen sich dieser Gruppe auch Friedrich Olbricht, Henning von Tresckow und Claus Schenk Graf von Stauffenberg an. In diesem Zusammenhang versuchte B. durch die von Papst Pius XII. vermittelten Sondierungen in London günstige Friedensbedingungen für Deutschland „ohne Hitler“ auszuhandeln. Da der erwartete Putsch des Heeres nicht nur ausblieb, sondern das Militär sich zudem den verbrecherischen Befehlen des Führers im Russlandfeldzug unterwarf, brachten seine Bemühungen nicht den erhofften Erfolg. Insgesamt fehlte nach der Vorbereitung des Staatsstreichs die Initialzündung für das Attentat, zumal Churchill und Roosevelt die bedingungslose Kapitulation Deutschlands forderten und dem Widerstand somit keinen Verhandlungsspielraum mehr boten. Nach dem misslungenen Staatsstreichversuch vom 20.7.1944 wurde B. von Generaloberst Friedrich Fromm dazu aufgefordert, sich das Leben zu nehmen.

Literatur: K. Achmann/H. Bühl: 20. Juli 1944 (Lit.!); H. Krausnick: Beck (1995) (Lit.!); Ders.: Beck (1994); K.-J. Müller: General (Lit.!); H. Speidel: Beck.

Foto: K. Achmann/H. Brühl: 20. Juli 1944, S. 65.

C. Bendick

Berendt, Ernst

* *1.5.1878 Berlin, † 4.8.1942 KZ Dachau.*

Verh. (1921–1925) mit Maria, geb. Hammerschmidt, zwei Kinder.

1906 theologisches Examen in Berlin; 1906–1908 Schuldienst in Bücken (Hannover); 1909 ordiniert und bis 1914 Pfarrer in Steinheid (Sachsen-Meiningen), 1914–1919 in Zin-

nowitz (Usedom); 1919–1938 Leiter der Bethabara- und Beth-Elim-(heute Stephanus-) Stiftung in Berlin-Weißensee; 1940 Pfarrer in Baden-Baden.



B. war ein Sohn des Pfarrers Ernst Berendt (sen.) (1842–1919), der 1878 eine diakonische Stiftung zur Betreuung strafentlassener Frauen und Mädchen in Berlin-Weißensee gegründet und in den folgenden Jahrzehnten weiter ausgebaut hatte. Nach dem Tode seines Vaters übernahm B. die Leitung der Anstalt. Er nutzte die von der Weimarer Republik geschaffenen sozialgesetzlichen Rahmenbedingungen zur Errichtung weiterer sozialer Einrichtungen für Frauen und Mädchen und führte die Stiftung mit großem organisatorischen Geschick durch die Inflationszeit und Weltwirtschaftskrise.

Geprägt von der engen Verbindung von Nationalismus und Protestantismus in der Zeit des Kaiserreichs, fühlte B. sich von der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg, den er als einen aufgezwungenen Verteidigungskampf ansah, tief betroffen. Trotz ihrer fortschrittlichen Sozialpolitik fand er zur Weimarer Republik kein positives Verhältnis. Er machte die demokratischen Parteien für den sittlichen Niedergang des Volkes verantwortlich. Weil er sich vom Nationalsozialismus eine völkische, soziale und politische Erneuerung Deutschlands auf christlicher Grundlage erhoffte, trat er – wie manche andere seiner Amtsbrüder aus dem Bereich der Diakonie – am 1.12.1932 in die NSDAP ein. Er lehnte jedoch die Propagierung eines neuheidnischen „germanischen" Glaubens ebenso ab wie den Personenkult um Hitler und verweigerte konsequent den Hitlergruß. Einen „Vaterländischen Gottesdienst" zum Geburtstag des „Führers" stellte er bewusst unter das Wort aus Apg 4,12: „Es ist in keinem andern *Heil*" (ABB: Notizzettel). B. schloss sich der Bekennenden Kirche an und beteiligte sich an den Fürbittgottesdiensten für den 1937 verhafteten Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller (1892–1984).

Wegen seiner kritischen Äußerungen in Wort und Schrift wurde B. wiederholt vor die Gestapo und vor Sondergerichte der NSDAP zitiert, sein Pfarrhaus in Berlin wurde durchsucht. 1937/38 geriet die Stiftung in finanzielle Bedrängnis, u. a. auch deswegen, weil die öffentlichen Kollekten gedrosselt wurden und die Stiftung Hunderte von nationalsozialistischen Flüchtlingen aus dem Sudetenland aufnehmen musste. Um die drohende Übernahme durch die NSV abzuwenden, gab B. die Leitung der Stiftung Ende 1938 an den Brandenburgischen Provinzialverband für die Innere Mission ab, blieb aber noch bis 1939 Mitglied des Kuratoriums.

Auch in Baden-Baden machte B. kein Hehl aus seiner öffentlichen Kritik an der religiösen Überhöhung des Nationalsozialismus. Deshalb kam er schon im August und September 1940 kurzzeitig in Schutzhaft. Am 4. Advent 1940 wurde er aufgrund einer Denunziation durch eine Frau aus seiner Gemeinde endgültig verhaftet, weil er die überzeugte Nationalsozialistin mit „Grüß Gott" begrüßt und ihr gegenüber zudem noch bedauert hatte, „dass ihr *über* Gott und dem Gottesgruß – Hitler und der Hitlergruß steht" (ABB: Brief vom 23.4.1941). In Eingaben an hohe und höchste Parteistellen bemühte B. sich unter Berufung auf sein „christusmäßiges Bewusstsein" um Freilassung und wies darauf hin, dass er „nicht nur als Mensch, sondern insbesondere als Parteigenosse im Namen d. h. in der Gesinnung des Führers – im Sinne seiner Volksgemeinschaft und seiner Gottesdemut – gehandelt habe." (Ebd.) Von daher konnte er nicht verstehen,

Unrecht oder gar Staatsgefährliches getan zu haben, und war – auch um den Preis des Martyriums – nicht bereit, seine Haltung zu ändern. B.s tragische Verkennung des Wesens des Nationalsozialismus führte nicht nur dazu, dass der Baden-Badener Kirchenvorstand von ihm abrückte und ihn zum Verzicht auf seine Pfarrstelle zwang, sondern auch dazu, dass das Oberste Parteigericht der NSDAP ihn am 21. 5. 1941 aus der Partei ausschloss (BDC) und er am selben Tage in das KZ Dachau überführt wurde.

Im Juli 1942 sollte B., da er für die Arbeitseinsätze zu schwach war, mit einem sog. Invalidentransport zur zwangsweisen Tötung abtransportiert werden. Er erkrankte – nicht zuletzt, weil ihm die Nahrung entzogen worden war – jedoch noch vor dem Abtransport und starb am 4.8.1942 an Entkräftung und Herzschwäche. Sein mitgefangener Pfarrerkollege Werner Sylten, der wenige Wochen später ermordet wurde, leistete ihm in der Todesstunde seelsorgerlichen Beistand.

Bis zuletzt hatte sich auch B. der kranken Mitgefangenen angenommen und ihnen als Seelsorger gedient. Seine schriftlichen Äußerungen aus der Haft zeugen von seiner ungebrochenen Glaubensgewissheit. In einem der ersten Briefe aus der Gestapozelle in Rastatt zitierte B. den Schwedenkönig Gustav Adolf: „Das Evangelium ist es wert, dass wir alles auf uns nehmen – wenn's sein muss, auch den Tod", und zwei Tage vor seinem Tod ließ er seine Tochter in seinem letzten Brief, den er schon nicht mehr selbst schreiben konnte, mit dem Paulus-Wort aus Phil 4,4 grüßen: „Freuet Euch in dem Herrn allewege. Und abermals sage ich Euch: Freuet Euch!" (AD)

Gedenktafeln für B. befinden sich im Dom zu Brandenburg, in der Stephanus-Stiftung in Berlin-Weißensee und in der Johanniskirche in Baden-Baden.

Quellen: ADW Berlin, BP 2760 und 2761; ABB; AD; Sammlung Waldtraut Kaiser-Berendt, Frauenfeld (Schweiz); BArch Berlin, Bestand Berlin Document Center.

Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 58–61; W. Oehme: Märtyrer, S. 80–84; J. Erb: Blutzeugen, S. 28 f.; J.-E. Berendt: Leben, S. 97–136.

Foto: B. H. Forck: Glauben (unnummerierte Bildseite).

C. Nicolaisen

Bergner, Fritz

** 6. 4. 1903 Berlin, † 8. 1. 1943 KZ Dachau.*
Verh. mit Martha, geb. Müller, ohne Kinder.
Schlosserlehre; lebte ab 1923 in Mönchengladbach; 1932 durch seine Frau ein Glied der Siebenten-Tags-Adventisten; 1940 Einberufung zur Wehrmacht; 1941/1942 als Pionier an der Ostfront; 1942 in Kiew verhaftet.

Aus einem nominell ev. Elternhaus stammend, wuchs B. in einfachen Verhältnissen auf. Nach Abschluss einer achtklassigen Volksschule wurde er Schlosser, fand aber in Berlin keine dauerhafte Anstellung. Skepsis und Atheismus prägten sein Weltbild. In Mönchengladbach kämpfte er sich als Hilfsarbeiter durch, war aber bald wieder beschäftigungslos und lebte vom Schmuggel aus dem grenznahen Holland. B.s Leben änderte sich grundlegend, als er unter dem Einfluss seiner Frau, die Adventistin war, und durch persönliches Bibelstudium eine tief greifende Bekehrung erlebte und sich 1932 taufen ließ. Für ihn galt nun die Heilige Schrift als „einzige Richtschnur des Glaubens". Bewusst und willensstark war er nun bereit, den Weg in die Konfrontation zu gehen, waren doch für ihn von Anfang an christlicher Glaube und Nationalsozialismus unvereinbar. B. war als Adventist von der Nähe der Wiederkunft Christi fest überzeugt. Seinen Glaubenskampf sah er daher als endzeitliche Bewährungsprobe, in der man „stark bleiben" und „sich behaupten muss", sonst sei es „um (das) Heil geschehen." B. schien dabei nicht frei von psychischer Belastung gewesen zu sein, wie ein mehrwöchiger Krankenaufenthalt in der Nervenanstalt Süchteln 1933 belegt. Wenn er gezwungen war, gegen seine Glaubensüberzeugung zu handeln, fiel er in tiefe Depression und Heilsunsicherheit. So nahm er sich vor, bei der nächsten Auseinandersetzung standhaft zu bleiben. 1938 wurde er aus dem Eisenwerk Hannover-Brink fristlos entlassen, weil er den Hitler-Gruß verweigerte und am Samstag, dem Ruhetag der Adventisten, nicht zur Arbeit erschien. Auch bei anderen Arbeitsstellen versuchte B. immer wieder durch schriftliche Eingaben eine Arbeitsbefreiung am Samstag zu erwirken und machte dafür seine „Gewissensnot" geltend, da er sich vorbehaltlos an das göttliche Gebot gebunden fühlte. Am 9.12.1940 wurde er zur Wehrmacht einberufen. Er sah darin die „schwerste Prüfung" seines Lebens. B.



wollte zunächst keinen Fahneneid leisten. Erst nach eindringlicher Mahnung war er dazu bereit. Auch bat er „vom ersten Tage an“ um Erlaubnis, den Samstag als Ruhetag einhalten zu dürfen, doch wurde seine Bitte stets zurückgewiesen. „Dadurch“ – so schrieb er – „kam ich in ständigen Konflikt mit meiner Glaubenseinstellung und den Bestimmungen der Wehrmacht“. Er fügte sich zunächst den Anordnungen, konnte aber auf Dauer die Gewissenslast nicht ertragen. Als „Pionier“ bei einem Brückenbaubataillon eingestellt, nahm er am Balkanfeldzug teil und wurde 1941 an die Ostfront verlegt. Im Februar 1942 wurde er wegen Zersetzung der Wehrkraft in Kiew verhaftet. Man warf ihm vor, den Dienst am Samstag verweigert zu haben und den Kriegsdienst „bis zur letzten Konsequenz“, der Tötung des Gegners, abzulehnen. Lieber wolle er – so die Anklage – sein eigenes Leben aufs Spiel setzen, als auf den Feind zu schießen. B. hatte mutig erklärt: „Ich würde mich eher erschießen lassen, als die Waffe gegen den Feind zu erheben.“ Im März 1942 wurde er zur „Begutachtung seines Geisteszustandes“ in das Kriegslazarett in Rowno eingewiesen. Es schien, dass das Urteil der Ärzte sein Leben zunächst bewahrte, denn er wurde als „geisteskrank“ eingestuft. Damit war das militärgerichtliche Verfahren gegen ihn, das mit Sicherheit zu einem Todesurteil geführt hätte, eingestellt. Möglicherweise hatten die Ärzte mit B. Mitleid. Ihr medizinisches Gutachten kam zu folgendem Schluss: „Bergner gehört zu den einseitig Verrannten, religiös verschrobenen Fanatikern. Seine beschränkt vorgetragenen und einförmig abgewandelten Gedanken tragen den Charakter überwertiger Ideen an sich. Sein ganzes Innenleben ist davon beherrscht. Er erscheint in seiner wahnhaften religiösen Einstellung nicht korrigierbar.“ Als „wehrunwürdig“ wurde B. der Gestapo übergeben, die ihn wegen „Wehrsabotage“ am 29.8.1942 zunächst in das KZ Mauthausen („weil unverbesserlich, in Gruppe III“) überstellte. Am 8.11.1942 wurde B. in das KZ Dachau verbracht, wo er wenige Wochen später an „Lungenentzündung“, so der Aktenvermerk, verstorben sein soll. Der Leidensweg B.s war geprägt von Verzweiflung, inneren geistlichen Kämpfen und Gewissensnot. Erst nachdem er sich konsequent zum persönlichen Widerstand durchgerungen hatte, fand er Frieden.

Quelle: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Gestapoakte RW 58/31756 (F. Bergner).
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Bernstorff, Albrecht Graf von

* *6.3.1890 Berlin, † 23./24.4.1945 Berlin.*
Ledig, ohne Kinder.
1909 Abitur in (Berlin-)Charlottenburg; 1909–1914 Nationalökonomie- und Jurastudium in Oxford, Berlin und Kiel; unterbrochen: 1911/1912 Militär; 1914 jur. Staatsexamen und Referendariat; 1914–1921 Auswärtiger Dienst in Wien, Berlin, Koblenz; 1918 Legationssekretär; 1921/1922 Praktikum im Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. in Berlin; 1923–1933 Deutsche Botschaft in London; 1934–1943 Jüdische Privatbank A. E. Wassermann in Berlin.

Die Familie Bernstorff brachte in drei Jahrhunderten bedeutende Staatsmänner und Diplomaten hervor. B.s Vater musste allerdings diese Laufbahn wegen seiner religiösen Aktivitäten aufgeben. Vielleicht spielten



deshalb im Leben B.s Religion und Glauben – über das Traditionelle hinaus – kaum eine Rolle. Toleranz und Liberalität zeichneten ihn aus. Die zwei Studienjahre in Oxford prägten ihn zeitlebens. An seine Vertraute Gräfin Elly Reventlow schrieb er 1917: „Ich gebe Dir vollkommen zu, dass mir der Nationalismus, der jetzt die Welt verseucht, ein Greuel ist und dass ich ein ‚Weltbürger' im besten Sinne des Wortes zu bleiben beabsichtige." (K. Hansen: Bernstorff, S. 79) In den Londoner Jahren bemühte sich B., das negative Bild der Briten vom Kriegsgegner Deutschland zu revidieren. Es gelang ihm, zur Verbesserung der britisch-deutschen Beziehungen nachhaltig beizutragen.

Den Aufstieg des Nationalsozialismus hatte B. mit großer Sorge beobachtet. Nach der „Machtergreifung" schrieb er Elly Reventlow: „Dass solche Leute unser armes Volk verführen, kann einem nur die Schamröte in die Stirn treiben. Und wir anderen müssen die Zeche zahlen, damit diese Abenteurer uns in Grund und Boden mißwirtschaften. Heute muss man sich geradezu schämen, Deutscher zu sein." Und: „Ein Deutschland, das in einen Kasernenhof verwandelt wird, kann ich nicht im Ausland vertreten." (Ebd., S. 192 f., 196) Am 24.6. 1933 wurde er als Botschaftsrat aus London abberufen und etwa im November in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Am 1.3.1934 trat er in das jüdische Bankhaus Wassermann ein. Das war bzw. musste als bewusste Provokation der Nationalsozialisten wirken.

B. gehörte zu dem Teil der deutschen Gesellschaft, der sich deutlich von den Nationalsozialisten abgrenzte. Wie kein anderer benutzte er seine vielfältigen Kontakte und Reisen in alle europäischen Länder dazu, seine Verachtung der Nationalsozialisten öffentlich zu machen und ihren Einfluss zu verhindern. Selbst durch Witze und Anekdoten warnte er vor ihnen und bekämpfte sie so auf allen Ebenen. In welche Gefahr er damit sich und andere brachte, soll er nie ganz erkannt, sie jedenfalls auch nicht gefürchtet haben. Deshalb wurde er von denen, die den gewaltsamen Sturz des Hitlerregimes vorbereiteten, nicht zugezogen. Sein Freund Adam von Trott zu Solz sah in B.s wagehalsiger Offenheit ein Sicherheitsrisiko.

B. versuchte, Menschen, die vom NS-Terror bedroht waren, zu schützen oder wenigstens ihr Leid zu lindern. Das Bankhaus Wassermann transferierte legal das Kapital jüdischer Emigranten über die Palästina-Treuhand-Gesellschaft ins Ausland. Es gibt Hinweise, dass B. Geld für den Kauf von Pässen zur Verfügung stellte und Menschen zur Flucht in die Schweiz verhalf. Allerdings ist es Knut Hansen in den neunziger Jahren nicht gelungen, dafür noch Zeitzeugen zu finden. Gut belegt ist B.s Hilfe für den Historiker Ernst Kantorowicz, den er im November 1938 einige Stunden vor Beginn des Pogroms in seine Berliner Wohnung bat, dort einige Zeit versteckte und dessen Flucht nach England er arrangierte (E. Reventlow: Gedächtnis, S. 53–56). Ebenso kümmerte er sich um die Witwe Max Liebermanns, Martha Liebermann. Allerdings gelang es ihm in diesem Fall nicht, die für die Erteilung der Ausreiseerlaubnis von deutscher Seite geforderten 50 000 Franken in der Schweiz aufzubringen, sodass sie 1943 den Freitod wählte. Nach Beginn der Deportationen im Oktober 1941 brachte er einige Personen auf seinem Gut Stintenburg (Mecklenburg) unter und besorgte Lebensmittel für Untergetauchte. In einem Brief an Elly Reventlow erwähnte er: „[...] das namen-

lose Elend der Juden, die jetzt jede Nacht in gewissen Schüben nach Osten verfrachtet werden, Menschen ohne Besitz und Namen, denen man alles nimmt. Die Bestie rast" (K. Hansen: Bernstorff, S. 255).

Dass B. trotz seiner Gegnerschaft bis 1940 unbehelligt blieb, verdankte er wohl seinem Bekanntheitsgrad und vielfältigen Kontakten ins Ausland. Am 22.5.1940 wurde er verhaftet, am 1. Juni ins KZ Dachau verschleppt und am 27.9. wieder entlassen. Offenbar wurde er aber nicht wegen seiner politischen Haltung verhaftet. Drahtzieherin soll die Witwe von Bernstorffs verstorbenem Bruder Heinrich, Ingeborg Bernstorff, gewesen sein, die mit dem Adjutanten Himmlers, Karl Wolff, liiert war. B. kam nämlich wieder frei, als er für ihren Sohn den Erbvertrag für das Gut Stintenburg unterschrieb.

Auch für die zweite Verhaftung am 30.7.1943 hielt B. wieder beide für die treibende Kraft, entweder um durch seinen Tod schneller an das Erbe zu kommen oder um Zeugen ihres Tuns zu beseitigen. Das lässt sich zwar nicht nachweisen, doch alle anderen Hypothesen ebenfalls nicht. Natürlich war der Gestapo 1943/44 auch der Solf-Kreis, zu dem B. gehörte, bekannt. Die meisten Mitglieder wurden 1944 verhaftet, verhört und einige zum Tode verurteilt. B. war zunächst sechs Monate im Hausgefängnis des RSHA in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße gefangen, ohne verhört zu werden. Vom 7.2. bis 19.10.1944 war er im KZ Ravensbrück. Dort wurde er gefoltert, um ihn zu Aussagen zu zwingen. Dass in der Anklageschrift gegen Hanna Solf u.a. vom 15.11.1944 B. nur mit allgemeinen Beschuldigungen auf 21 Zeilen erwähnt wurde, ist für Knut Hansen ein Indiz, dass der Gestapo seine humanitäre Hilfe für Juden verborgen blieb. Von Oktober 1944 bis April 1945 wurde er in Berlin in der Lehrter Straße gefangen gehalten. Der Prozess vor dem Volksgerichtshof wurde wegen Freislers Tod vom 8.2. auf den 27.4.1945 verschoben. In der Nacht zum 23.4. holte die SS sechzehn und in der folgenden Nacht zum 24.4. nochmals drei Gefangene ab und erschoss sie. Zu diesen dreien gehörte B.

Literatur: E. Reventlow: Gedächtnis; K. Hansen: Bernstorff (Lit.!); J. Tuchel: Festnahme.
Foto: GDW.

H. Ludwig

Biegmann, Emil

** 22.9.1893 Rath (?), † 10.1.1943 KZ Dachau.*
Verh. mit Wally.
Siebenten-Tags-Adventist.

B. war adventistischer „Buchevangelist" (Missionsschriftenverkäufer). Als er diese Arbeit aufgeben musste, fand er vorübergehend Beschäftigung als Prüfer in einer Leipziger Flugzeughalle. Er wohnte zuletzt in Waltersdorf bei Zittau. Wegen Arbeitsniederlegung am Sabbat, dem adventistischen Ruhetag, als Saboteur denunziert, wurde er am 14.11.1941 in „Schutzhaft" genommen. Am 2.1.1942 wurde er in das KZ Dachau überstellt. Dort wurde B. als medizinische Versuchsperson missbraucht und zu Tode gebracht. Die amtliche Benachrichtigung an seine Frau Wally führt an, dass er an den Folgen von „Bandwassersucht" verstorben sei. Es ist bekannt, dass die in den KZ-Quellen angegebenen Todesursachen zumeist nicht mit den tatsächlichen übereinstimmen.

Literatur: J. Hartlapp: Lage, S. 66, 144.

D. *Heinz*

Blank, *Margarete* Viktoria, Dr. med.

** 22.2.1901 Kiew, † 8.2.1945 Dresden.*
Ledig, ohne Kinder.
1921–1927 Medizinstudium in Leipzig; 1927 Approbation; 1927–1929 Assistenzärztin in der Universitätsklinik in Leipzig; 1930 Eröffnung der eigenen Praxis in Panitzsch; 1932 Promotion.

B. wuchs mit ihren beiden Geschwistern Eleonore und Herbert als Kind wohlhabender Deutschbalten in Kiew auf. Ihr Vater, Nikolai Blank, war Diplomingenieur; die Mutter, Raissa Blank, geb. Kowarski, arbeitete bis zur Geburt der Kinder als Zahnärztin. Durch das evangelische Elternhaus geprägt, besuchten die beiden Mädchen die evangelische Töchterschule in Kiew. Nach ihrem Abschluss immatrikulierte sich B. auf der dortigen Frauenfachschule für Naturwissenschaften. Als ihre Mutter in den Revolutionswirren 1919 tödlich verletzt wurde, zog der Vater mit seinen drei Kindern nach Kolberg an der pommerschen Ostseeküste. Von



dort aus gingen die Schwestern nach dem Abitur nach Leipzig. Im Jahr 1921 nahm B. dort ihr Medizinstudium auf, das sie 1927 abschloss. Ihr einjähriges Medizinalpraktikum verbrachte sie an der Universitätsklinik Leipzig und blieb dort ein weiteres Jahr als Volontärin. Aufgrund des innerstädtischen Wohnraummangels erwarb B. ein Grundstück in Panitzsch und erbaute dort ein Holzhaus, das sie zusammen mit ihrer Schwester bewohnte, die in Leipzig Philosophie, Theologie, russische Geschichte, Völkerkunde und Religionsgeschichte studierte. Zu diesem Zeitpunkt hatte B. eine Dauervertretung bei Sanitätsrat Holzberg übernommen. Trotzdem ging es ihr finanziell schlecht, zumal sie ihre Schwester mitversorgte.

In Panitzsch gab es zu diesem Zeitpunkt keinen ortsansässigen Mediziner, sodass die Bewohner bei Krankheitsfällen den Arzt im Nachbarort Borsdorf aufsuchen mussten.

Am 4.11.1929 teilte der Bürgermeister des Ortes B. mit, dass die Stadtverwaltung die Notwendigkeit eines niedergelassenen Arztes im Ort einstimmig anerkannte. Daraufhin mietete B. die entsprechenden Räume und richtete mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine Praxis ein. Nach anfänglichen Schwierigkeiten fassten die Dorfbewohner Vertrauen zu der jungen Ärztin und lobten ihren Einsatz.

Dem Nationalsozialismus stand B. skeptisch gegenüber. Sie wurde zwar Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, trat aber weder in die NSDAP noch in den Nationalsozialistischen Ärztebund ein und besuchte auch nicht die Veranstaltungen der Partei im Ort. Zudem verweigerte sie den so genannten deutschen Gruß „Heil Hitler“. Ihr Verhalten trieb den Bürgermeister des Ortes im Februar 1938 dazu, einen Brief an die Kassenärztliche Vereinigung mit der Bitte zu schicken, B. einer politischen Untersuchung zu unterziehen. Schon fünf Jahre zuvor, im Juli 1933, drohte die Kassenärztliche Vereinigung damit, B. ihre Erlaubnis zu entziehen, weil sie den so genannten „Ariernachweis“ nicht beibringen konnte, obwohl sie infolge ihrer Einbürgerung seit 1924 Deutsche war. Ihre schriftliche Eingabe, in der sie sich gegen das Vorgehen der Behörde wehrte, zeigte jedoch Erfolg, und sie behielt ihre Zulassung als Ärztin.

Ob und inwieweit B. sich aktiv als Widerstandskämpferin betätigte, ist nicht eindeutig zu klären, da über solche Tätigkeiten heute keine Zeugnisse mehr vorliegen. Anders als Birgit Sack, die eine solche Wirksamkeit für unwahrscheinlich hält, berichtet Charlotte Zeitschel in ihrem Aufsatz, dass B. während des Zweiten Weltkriegs die im Nachbarort Taucha stationierten Zwangsarbeiter mit Medikamenten versorgte, indem sie Rezepte für den privaten bzw. für den Praxisbedarf ausstellte. Darüber hinaus soll sie in ihrem Haus ausländische Sender gehört haben und die empfangenen Informationen an die russischen Kriegsgefangenen weitergegeben haben.

Derartige Tätigkeiten waren jedoch nicht der Grund für ihre Verhaftung am 14.7.1944. Kurz zuvor hatte sie die an Keuchhusten erkrankten Kinder der Familie Benne behandelt. Dr. Werner Benne war als Oberstabsarzt in Russland. In einem Gespräch mit seiner Frau Erika äußerte sich B. positiv über Russland. Als Frau Benne ihrem Mann davon Mitteilung machte, denunzierte er B. bei der Gestapo. Dementsprechend stand auch in der Urteilsbegründung nichts über ihr Engagement im Widerstand. Dort hieß es: „Margarethe Blank hat im Januar 1944 vor einer deutschen Frau, deren Mann im Felde steht, schwer zersetzende Äuße-

rungen getan. Sie wird daher zum Tode und dauernden Verlust der Ehrenrechte verurteilt." (Zitiert nach: B. Sack: Margarete Blank, S. 58) Die Gnadengesuche vonseiten der Schwester und einiger Bürger des Ortes schlugen fehl, sodass B. am 8.2.1945 durch das Fallbeil hingerichtet wurde. Ob ihre Schwester Eleonore 200 Unterschriften im Ort gesammelt hatte, um den Tod ihrer Schwester zu verhindern, ist vom heutigen Standpunkt aus nicht mehr eindeutig zu klären.

Während ihrer Haft stand B. in Kontakt mit dem Gefängnisgeistlichen und las mit ihm zu Weihnachten ausgewählte Stellen der Bibel. Darüber hinaus schöpfte sie aus ihrem Glauben an ein Leben jenseits des Todes Kraft in der Zeit vor der Hinrichtung. Hier wird die Verbindung zwischen humanistischen Idealen und christlicher Weltanschauung deutlich, die B.s Einsatz für ihre Patienten bestimmte.

Literatur: Deutsche Widerstandskämpfer, S. 124–126; C. Harnack: Lebensbilder, S. 11; B. Sack: Margarete Blank (Lit.!); C. Zeitschel: Doktor, S. 204–216.

Foto: B. Sack: Blank, Abb. 1.

C. Bendick



Blumenthal, *Hans-Jürgen* Adam Ludwig Graf von

** 23.2.1907 Potsdam, † 13.10.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Cornelia, geb. von Schnitzler, ein Kind, zwei Stiefkinder.

1929–1935 Jurastudium in Berlin und Schriftleiter der Zeitung „Stahlhelm"; danach Leutnant und ab 1936 als Oberleutnant aktiv im Heer; wegen schwerer Verwundung seit 1941 im Allgemeinen Heeresamt in Berlin tätig.

B. ist in der preußischen Adels- und Soldatentradition aufgewachsen. Das Denken der gebildeten protestantischen Familie war national-konservativ und von der Verherrlichung der Kaiserzeit geprägt. Den zunächst begrüßten Nationalsozialismus lehnte B. immer vehementer ab, da dieser Deutschland in den Krieg und später in den Ruin zu führen drohte. So nahm B. in den 30er Jahren zunehmend Kontakt zu einer militärischen Verschwörergruppe um Hans von Dohnanyi (Leiter des Ministerbüros im Reichsjustizministerium), Hans Oster (Chef des Stabes bei der Abwehr) und General Erwin von Witzleben auf, die vor dem Einmarsch Hitlers in die Tschechoslowakei einen Putsch auf Hitler plante, um den Krieg zu verhindern. Dies scheiterte allerdings 1938 an der Beschwichtigungspolitik der Engländer, die Hitler gewähren ließen. Dadurch war die akute Kriegsgefahr als Basis für den Putsch nicht mehr gegeben.

Nach dem gescheiterten Putsch erweiterte B. seine Kontakte zu Regimekritikern und Hitlergegnern noch im Oberkommando des Heeres und wurde bald in die Attentatspläne um Stauffenberg einbezogen. Dieser setzte ihn im Wehrkreis Stettin als Verbindungsoffizier für das Attentat ein und beteiligte ihn auch an den Plänen über die vorübergehende Kriegsspitzen-Gliederung nach Hitlers Sturz. Das Attentat kam am 20. Juli 1944 zur Ausführung, führte aber nicht zu Hitlers Tod. Die Beteiligten wurden verfolgt, verhaftet, teilweise unter Folter noch monatelang verhört und dann hingerichtet. So auch B., der am 23.7.1944 von der Gestapo verhaftet wurde und am 13. Oktober nach Verurteilung vor dem Volksgerichtshof erhängt wurde.

Die Motivation B.s zum Widerstand gegen Hitler und den Nationalsozialismus war, wie aus dem Bericht von seinen Verhören hervorgeht, seine Erkenntnis, dass dieser Deutschland durch seine schlechte Kriegsführung zugrunde richten würde; der von B. verfasste Erlass über die vorläufige Kriegsspitzengliederung diente der vollen Ausnutzung aller Möglichkeiten für die Kriegsführung. Weiterer Anstoß war, wie aus vielen seiner Briefe (im privaten Besitz der Familie Neuhaus, Büdingen) hervorgeht, die ungerechte und unmenschliche Behandlung von Minderheiten und Andersdenkenden. Er war gläubiger Christ und hatte dadurch trotz seines Bewusstseins, sein Leben aufs Spiel zu setzen, keinen Zweifel daran, tun zu müssen, was er für recht, gerecht und notwendig hielt. Im Abschiedsbrief an seine Frau vor seiner Hinrichtung schrieb er, Gott habe es so gefügt, und er tröstete sich und seine Frau mit der Gewissheit, er werde in die Ewigkeit eingehen, um dort künftig wieder mit seinen Liebsten vereint zu sein.

Quellen: Briefe von Blumenthal an seine Mutter: noch im privaten Besitz von Familie Neuhaus; Neuhaus, Maria: Hans-Jürgen Graf von Blumenthal (1907–1944). War der militärische Widerstand im Dritten Reich eine zeitgemäße Form von Zivilcourage? Fulda 1998, unveröffentlicht, jedoch nachzulesen im Karbe-Wagner-Archiv Neustrelitz.

Literatur: K. Finker: Stauffenberg; H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider (Hrsg.): Nacht, S. 132; C. Müller: Stauffenberg; Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation (Hrsg.): Spiegelbild; H. Royce/E. Zimmermann/H.-A. Jacobsen: 20. Juli 1944; P. Steinbach/J. Tuchel: Widerstand; R. G. v. Thun-Hohenstein: Verschwörer; E. Zeller: Stauffenberg.

Foto: GDW.

M. Mentchen



Bonhoeffer, Dietrich, Dr. theol.

** 4. 2. 1906 Breslau, † 9. 4. 1945 Flossenbürg/Oberpfalz.*
Ledig, ohne Kinder.
1923–1927 Studium der Ev. Theologie in Berlin und Tübingen; 1927 Promotion; 1930 Habilitation; 1931 Studentenpfarrer und Privatdozent in Berlin; 1935 Direktor eines Predigerseminars der Bekennenden Kirche; 1940 nach Kontakten mit Angehörigen des Widerstands UK-Stellung und Mitarbeit in der militärischen Abwehr.

B. wurde am 4. Februar 1906 in Breslau als sechstes von acht Kindern des Psychiatrieprofessors Karl Bonhoeffer und dessen Ehefrau Paula, geb. von Hase, geboren. Nach dem Abitur studierte er Theologie in Tübingen und Berlin, wo er 1927 promoviert wurde und sein Erstes Theologisches Examen ablegte. Auf das Vikariat in der deutschen evangelischen Gemeinde in Barcelona folgte eine Assistententätigkeit an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, die er im Sommer 1930 mit der Habilitation und dem Zweiten Theologischen Examen abschloss. Nach einem Studienjahr am Union Theological Seminary in New York wurde er im Herbst 1931 Privatdozent und Studentenpfarrer. Durch seine Auslandsaufenthalte prädestiniert, besuchte er als Jugendsekretär des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen in den folgenden Jahren zahlreiche ökumenische Tagungen im In- und Ausland. Vorrangiges Ziel der Arbeit war es, dem sich gerade in der Jugend erschreckend ausbreitenden Nationalismus zu wehren. Auch der familiäre Hinter-

grund brachte B. von Anfang an in eine klare Distanz zum „nationalen Aufbruch“ des Jahres 1933. Bald sah er sich innerhalb der Bekennenden Kirche isoliert und verließ im Herbst 1933 Deutschland, um Pfarrer deutscher Auslandsgemeinden in London zu werden. Im Frühjahr 1935 wurde er als Leiter eines der von der Bekennenden Kirche neu eingerichteten Predigerseminare nach Deutschland zurückgerufen, konnte diese Arbeit aber nach dem Verbot im Oktober 1937 nur noch in eingeschränkter Weise an verschiedenen Orten Pommerns fortführen.

Schon seit dem Jahre 1938 wusste er durch seinen Schwager Hans von Dohnanyi von den Umsturzvorbereitungen in der militärischen Abwehr. Dohnanyi war auf Veranlassung des führenden Verschwörers Oberst Hans Oster im Sommer 1939 als politischer Referent in die Zentralabteilung der Amtsgruppe Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht, den militärischen Geheimdienst unter Admiral Wilhelm Canaris, eingezogen worden. Durch Dohnanyis Vermittlung wurde B. mit verschiedenen Geheimdienstaufgaben betreut und dadurch „unabkömmlich“ gestellt, das heißt, er wurde nicht zum Militärdienst eingezogen. B. bereitete unter anderem Kanzelaufrufe für den Fall eines Umsturzes vor und unternahm Reisen ins Ausland, um mit seinen ausländischen Freunden aus der ökumenischen Arbeit, insbesondere dem englischen Bischof George Bell von Chichester, Kontakt aufzunehmen. Noch vor der Verwirklichung des Attentatsplans wurde B. am 5. 4. 1943 zusammen mit seiner Schwester Christine und seinem Schwager Hans von Dohnanyi verhaftet. Wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner, am 9. 4. 1945, wurde er auf Befehl höchster Stellen wie fast alle anderen Mitglieder der Gruppe hingerichtet. Man wollte noch möglichst viele kompetente Zeugen der eigenen Verbrechen zum Schweigen bringen.

Bereits im April 1933 hatte B. in dem Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ die Auffassung vertreten, dass es neben der selbstverständlichen Frage der Kirche nach der Legitimät konkreten staatlichen Handelns und der diakonischen Hilfe für die Opfer staatlichen Handelns als dritte Möglichkeit ein „unmittelbar politisches“ Handeln der Kirche gebe. Diese könne in dem Fall, dass staatliches Handeln ein „hemmungsloses“ Zuviel oder Zuwenig an Recht und Ordnung hervorbringe, gezwungen sein, „dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“ (DBW 12, S. 349–358, bes. 353). Zwar hat B. im Jahre 1933 keine eindeutige Antwort auf die Frage gegeben, ob dieser Fall bereits eingetreten sei, aber die Stellungnahme zeigt ein beachtliches Maß an Problembewusstsein, das wohl nicht zuletzt durch B.s Nähe zu den als Juristen tätigen Schwägern Gerhard Leibholz und Hans von Dohnanyi zu erklären ist.

Anfang der 40er Jahre, als B. selbst an den Umsturzvorbereitungen beteiligt war, hat er in seinen Entwürfen einer christlichen Ethik die moralischen Konflikte der Menschen, die auf einen Umsturz hinarbeiteten, bedacht. Er entfaltet „Strukturen eines verantwortlichen Lebens“, das fähig ist, das Rechte und Gebotene zu tun, und sich nicht um des eigenen reinen Gewissens willen zurückzieht. Das Tun des verantwortlichen und mündigen Christen ist durch vier Merkmale gekennzeichnet: Stellvertretung, Wirklichkeitsgemäßheit, Schuldübernahme und das Wagnis freier Tat (DBW 6, S. 256–289).

Dabei geht B. davon aus, dass ein Schweigen angesichts der hemmungslosen Kriegstreiberei Hitlers, der millionenfachen Ermordung der Juden und der Zerstörung der Grundordnungen des Lebens durch eine Willkürherrschaft nicht mehr möglich ist. Wenn Hitler nur mit Gewalt und Attentat, die im Sinne des christlichen Glaubens immer mit Schuld verbunden sind, zu stoppen ist, dann muss das um der Opfer willen getan werden, auch wenn man sich selbst Schuld auflädt. Um großer Prinzipien und eines reinen Gewissens willen dem Rad nicht in die Speichen zu fallen, hieße ebenfalls, schuldig zu werden.

Literatur: D. Bonhoeffer: Werke; E. Bethge: Dietrich Bonhoeffer; E. Feil: Theologie; K.-M. Kodalle: Bonhoeffer; C. Strohm: Bonhoeffer.

Foto: E. Bethge/R. Bethge/C. Gremmels: Bonhoeffer, S. 165.

C. Strohm

Bonhoeffer, Klaus, Dr. jur.

** 5. 1. 1901 Breslau, † 23. 4. 1945 Berlin.*

Verh. mit Emmi, geb. Delbrück, drei Kinder.

1920–1923 Jura-Studium in Tübingen, Heidelberg und Berlin; 1925 Promotion; 1927 Assessor; 1930 Rechtsanwalt in Berlin; seit 1935 Syndikus, später Chefsyndikus der Deutschen Lufthansa in Berlin.



B. entstammt – ebenso wie seine Ehefrau Emmi Delbrück – einer Familie des deutschen Bildungsbürgertums mit reicher Tradition. Sein Vater, der bekannte Professor für Psychiatrie an der Charité, Karl Bonhoeffer, hielt ihn für das diffizilste, amüsanteste und klügste seiner acht Kinder. B. besaß musikalische Begabung, künstlerische Neigung, soziologisches Interesse und einen weiten Horizont, den er sich nicht zuletzt auf vielen Auslandsreisen erwarb.

Parteipolitisch war B. nicht gebunden, hatte aber schon früh – auch unter dem Einfluss der Schriften Max Webers – ein waches politisches Urteilsvermögen entwickelt. Wie selbstverständlich war er von Beginn an ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Seine Opposition gründete in einem entschiedenen Sinn für Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, hatte aber auch religiöse Wurzeln. Im Geist eines bürgerlich-liberalen Protestantismus erzogen, hatte B. zu einer Christlichkeit gefunden, deren Sitz im Leben weniger die Kirche als die Familie war und die ein starkes Verantwortungsempfinden freisetzte.

Der Familien- und Freundeskreis – und nicht eine politische Bewegung – schuf den Rahmen seines Widerstands. Gemeinsam mit seinen Schwägern Hans von Dohnanyi, Justus Delbrück und Rüdiger Schleicher, mit dem Vetter seiner Ehefrau, Ernst von Harnack, sowie mit seinem Bruder Dietrich und Freunden wie Otto und Hans John versuchte B., ein Netzwerk aufzubauen, das Persönlichkeiten aus Militär, Wirtschaft, Arbeiterschaft und Kirche verknüpfte. Sein Hauptbestreben war es, führende Militärs für den Widerstand zu gewinnen. Daneben galt seine Sorge der gedanklichen Vorbereitung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Nachkriegsordnung.

Seine unermüdliche konspirative Arbeit führte ihn zu Oberst Hans Osters Widerstandskreis in der von Admiral Wilhelm Canaris geleiteten militärischen Abwehr. Seit Anfang 1944 hatte B. nähere Berührung mit den Verschwörern um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Nachdem dessen Attentat auf Hitler am 20.7.1944 fehlgeschlagen war, setzte eine Verfolgungswelle ein, die auch B. erfasste. Er wurde am 1.10.1944 verhaftet. Am 2.2.1945 wurde er gemeinsam mit Rüdiger Schleicher zum Tode verurteilt; am folgenden Tag wurde der Volksgerichtshof bombardiert und sein Präsident Roland Freisler getötet. Die Akten wurden vernichtet. Darum kam es nicht zur sofortigen Vollstreckung des Urteils. Erst knapp vor Kriegsende wurde B. zusammen mit Schleicher, H. John, Friedrich Justus Perels und Albrecht Haushofer von einem Rollkommando der SS aus dem Gefängnis in der Lehrter Straße in Berlin abgeholt und in einem nahe gelegenen Trümmergelände erschossen. Mit anderen Opfern des Widerstandes und Opfern der letzten Kriegstage wurde er in einem Bombenkrater auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof beerdigt. Diese Grabstätte dient heute zugleich als Erinnerungsstätte für Dietrich B., Hans von Dohnanyi und Justus Delbrück, die keine eigene Grabstätte gefunden haben. Als biblisches Votum dient die achte Seligpreisung: „Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn das Himmelreich ist ihr."

Die religiös-moralische Grundeinstellung von B. zeigt sich eindrücklich im Abschiedsbrief an seine Kinder: „Verliere dich nicht selbstherrlich an die flüchtige Gegenwart. Sei treu der guten Art deiner Familie und überliefere sie Kindern und Enkeln […] Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegen-

über der Zukunft geben fürs Leben die rechte Haltung [...] Bleibt nicht im Halbdunkel, sondern ringt nach Klarheit, ohne das Zarte zu verletzen und das Unnahbare zu entweihen. Dringt in die Bibel ein und ergreift selbst von dieser Welt Besitz, in der nur gilt, was Ihr erfahren und Euch selbst in letzter Ehrlichkeit erworben habt. Dann wird Euer Leben gesegnet und glücklich sein." (Zitiert nach E. Bonhoeffer: Essay, S. 36, 38)

Literatur: E. Bethge: Dietrich Bonhoeffer; D. und K. Bonhoeffer: Freiheit; E. Bonhoeffer: Essay (Lit.!); A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 110–112; J. Moltmann: Bonhoeffer.
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 111.

J. H. Claussen

Bontjes van Beek, Cato



* *14.11.1920 Bremen, † 5.8.1943 Berlin-Plötzensee.*
Ledig, ohne Kinder.
1937 Au-pair-Mädchen in England; 1937–1938 Besuch der Kaufmännischen Fachschule des Lette-Vereins in Berlin; 1938 Büroangestellte Ingenieurbüro Heyse & Eschenburg in Bremen; April 1940 Reichsarbeitsdienst in Blaustein (Kreis Rastenburg/Ostpreußen); September 1940 Lehrling in der Keramik-Werkstätte ihres Vaters in Berlin.

B. wuchs als Tochter der Tänzerin und Malerin Olga Breiling und des Keramikers Jan Bontjes van Beek in Fischerhude auf. 1933 ließen sich die Eltern scheiden, der Vater ging nach Berlin. Im Elternhaus wurden Kontakte mit der Künstlerkolonie in Worpswede, aber auch mit Intellektuellen aus ganz Deutschland gepflegt. B. charakterisierte dieses Milieu mit den Worten: „links war unsere Welt" (H. Kluge: Cato Bontjes van Beek, S. 23), ohne Zwang in religiösen und politischen Fragen. Einen Teil ihrer Ideale bezog sie auch aus dem Privatunterricht von Pastor Günter Tidow. Ihre Schwester Mietje meinte, in C. habe sich schon früh „der sehr starke Hang zur Religiosität" entwickelt (ebd., S. 35). So bestand sie im Jahr 1934 darauf, dass sie und ihre Geschwister getauft würden, und war später aktives Mitglied der evangelischen Gemeindejugend. Trotz ihres religiösen Interesses blieb ihr Verhältnis zur Kirche ambivalent. Nach Ausbruch des Krieges im September 1939 schrieb sie pessimistisch, man könne auch in der Kirche keinen Trost mehr finden, sie selbst habe ihn dort aber auch noch nie gesucht: „Denn die Kirche muß man von der Bibel unterscheiden." (H. Vinke: Cato Bontjes van Beek, S. 58)

In Berlin wohnte sie mit ihrer Schwester im Haushalt ihres Vaters und kam auch hier in Verbindung mit Kreisen, die, wie sie selbst, dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden und teilweise auch zum aktiven Widerstand bereit waren. Die Schwestern unterstützten in dieser Zeit französische Kriegsgefangene und halfen verfolgten jüdischen Mitbürgern.

Im Herbst 1941 machten B. und ihr Freund, der Lyriker Heinz Strelow, die Bekanntschaft von Libertas und Harro Schulze-Boysen. Durch diese Verbindung zur Widerstandsgruppe der „Roten Kapelle" bekam sie tieferen Einblick in das politische Geschehen. An ihre Mutter schrieb sie am 27.11.1941: „Ich höre jetzt so furchtbare Dinge über das, was draußen in der Welt geschieht – nicht nur draußen weit fort, daß die Lust am Weiterleben mir manchmal vergeht. Ich bin

dann immer so entsetzt. Man kann es kaum glauben, daß solche Sachen einmal als Gedanken in menschlichen Gehirnen entstanden und dann sogar in die Tat umgesetzt wurden. Und trotzdem soll man den Glauben – auch an die Menschen – nicht verlieren." (Ebd., S. 76)

Seit Januar 1942 beteiligten sich B. und Strelow an der Herstellung der illegalen Druckschrift „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk". Die Bereitschaft der 21-Jährigen, sich auf dieses riskante Unternehmen einzulassen, entsprang dem Anliegen, den Zusammenbruch des NS-Regimes durch eine militärische Niederlage herbeizuführen. Lediglich sechs Wochen arbeitete sie für den Kreis um Schulze-Boysen, dann trennte sie sich wegen dessen autoritären Verhaltens, war aber vermutlich noch gemeinsam mit Strelow aktiv.

Am 30.6.1942 gelang der Gestapo und der deutschen Spionageabwehr in Belgien der entscheidende Schlag gegen die „Rote Kapelle", in deren Verlauf die maßgeblichen Mitglieder verhaftet und hingerichtet wurden. Am 20.9.1942 wurden auch B. und ihr Vater verhaftet. Während dieser am 22.12. wieder entlassen wurde, blieb seine Tochter in Haft. Am 15.1.1943 begann der Prozess gegen B. und andere Mitangeklagte vor dem Reichskriegsgericht. Am 18.1.1943 wurde sie wegen „Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats und zur Feindbegünstigung zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte" verurteilt (ebd., S. 122). Gnadengesuchen von verschiedenster Seite – auch vom Kirchenvorstand in Fischerhude – wurde nicht entsprochen.

In der Haft mit dem Todesurteil vor Augen entdeckte B. ihre eigene Gläubigkeit. Für sie wurde nun die Bibel zur geistigen Richtschnur. An Strelow († 13.5.1943 in Berlin-Plötzensee) schrieb sie: „Zum Philosophieren habe ich nun gar kein Verständnis mehr, denn mir ist in dieser Zeit alles sehr einfach und klar geworden, und ich finde, es ist die ganzen Jahrhunderte viel geschrieben worden, und nur weniges hat Bestand, und dazu gehört doch an die erste Stelle die Bibel. Ich bin sehr froh, dass ich das Neue Testament hierhabe." (Ebd., S. 131 f.)

In ihren Abschiedsbriefen an die Geschwister empfahl sie diesen die „systematische" Lektüre der vier Evangelien, bei der sie selbst „stark" geworden sei (H. Kluge: Cato Bontjes van Beek, S. 101). Die letzten Stunden vor ihrem Tod verbrachte B. mit dem Gefängnispfarrer August Ohm; sie feierte mit ihm das Abendmahl, dann blieb noch Zeit für ein Gespräch, in dem sie zuletzt meinte: „Wenn doch der Haß getilgt wäre und die Menschen zu Gott kämen!" (Ebd., S. 106)

Nach ihrer Hinrichtung wurden in Fischerhude für sie die Kirchenglocken geläutet.

1991 benannte sich das Gymnasium in Achim nach Cato Bontjes van Beek, 1995 wurde in der Kathedrale von Coventry eine Ausstellung über B. gezeigt, ihren Namen trägt heute ein Weg in Fischerhude, in Bremen ein Platz, in Leipzig eine Straße. In Wolfsburg wählte ein Stamm des Verbandes Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder ihren Namen. Die Familie Bontjes van Beek stiftete eine Glocke für das Glockenspiel der St. Katharinenkirche in Danzig. 1958 wurde B. rehabilitiert.

Literatur: H. Kluge: Cato Bontjes van Beek (Lit.!); B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen; H. Vinke: Cato Bontjes van Beek (Lit.!).
Foto: H. Vinke: Cato Bontjes van Beek, S. 2.

G. Grünzinger

Bornitz, *Kurt* Paul Ehrich

** 8.2.1899 Kölleda/Thüringen, † 1945.*
Verh. mit Elsa.
1919–1924 Studium der Theologie in Jena, Rostock, Tübingen, Halle-Wittenberg; 1925–1926 Vikar in Stettin; 12.12.1926 ordiniert; 1.1.1929 Pfarrer an der Pauluskirche in Breslau.

B. wuchs als Sohn des Steuersekretärs Paul Bornitz in Kölleda auf und besuchte nach der Volksschule das Königliche Gymnasium in Erfurt, wo er am 4.6.1917 das Abitur ablegte. Nach dem Schulabschluss begann er sein Theologiestudium in Jena und wechselte später nach Rostock, Tübingen und Halle, wo er 1924 sein erstes theologisches Examen ablegte. Vor der Abnahme des zweiten Examens 1926 in Magdeburg ging B. zum Vikariat nach Stettin. Im Dezember 1926 wurde er ordiniert und versah danach zwischen 1926 und 1929 den Dienst als Hilfsprediger im Kloster Mansfeld, in Burgörner, Hamburg, Helbra und Benndorf,

bevor er am 1.1.1929 zum Pfarrer an der Pauluskirche in Breslau berufen wurde.

Schon zu Beginn des Nationalsozialismus distanzierte sich B. von der neuen politischen Richtung und stand später der Bekennenden Kirche nahe, ohne ihr jedoch offiziell beizutreten. Seine oppositionelle Haltung war deshalb besonders gefährlich, weil er durch einen Gestapobeamten, mit dem er im selben Haus wohnte, unter ständiger Kontrolle stand.

Als er im Zuge seines Dienstes in Militsch einen Amtskollegen vertrat, wurde er auf Veranlassung der NSDAP zur Wehrmacht eingezogen, um seine regimekritischen Äußerungen in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Doch auch hier nutzte er die Gelegenheit, seine Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu verbreiten. So gab er in einem Seelsorgegespräch mit einem Angehörigen der SS freimütig zu, dass er die Konzentrationslager für unmenschlich hielt. Darüber hinaus äußerte er während eines Fronturlaubs den Wunsch, eine regimekritische Predigt zu halten, wovon ihm das Konsistorium in Breslau jedoch entschieden abriet. Ob B. mit seiner Predigt trotz der Warnung an die Öffentlichkeit ging, ist nicht belegt.

Anfang 1945 wurde B. unter dem Vorwand eines Sonderurlaubs aus seinem Wehrmachtsgruppenteil gelöst und von einem SS-Gericht zum Tode verurteilt. Die Akten über die genauen Umstände dieser Tat sind nicht aufzufinden, aus ihnen soll aber hervorgehen, dass seine Aussagen über die Konzentrationslager ursächlich mit dem Prozess verbunden waren. Die Hinrichtung wurde von zwei jungen Angehörigen der SS kurz nach der Verhandlung vollstreckt. Der genaue Hergang ist nicht mehr zu rekonstruieren; es ist jedoch zu vermuten, dass die Staatsführung selbst die Sache nicht an die Öffentlichkeit bringen wollte. Selbst seine Ehefrau Elsa erfuhr erst 1948 durch einen katholischen Geistlichen, dem die SS-Angehörigen ihre Tat gestanden hatten, vom Tod ihres Mannes.

Quellen: Evangelischer Kirchenkreisverband Schlesische Oberlausitz, Archiv: Personalmerkblatt.

Literatur: G. Ehrenforth: Kirche, S. 257 f.; W. Oehme: Märtyrer, S. 245 f.; Silesia Sacra, S. 27.

C. Bendick

Braun, Elisabeth

** 24.7.1887 München, † 25.11.1941 Kaunas/Litauen.*
Ledig, ohne Kinder.
Besuch einer privaten Fachschule in München, Lehrerinnenexamen für neuere Sprachen vor der Regierung von Oberbayern; 1913–1925 Studien an der Universität München (Philosophie, Staatswissenschaften, Geschichte, Kunstgeschichte, Italienisch, Psychologie); 1919–1923 Schriftstellerin in Tegernsee; 1923–1927 München; 1927–1938 Tegernsee; 1938–1941 München.

B. wuchs in München in der Familie eines wohlhabenden jüdischen Schneidermeisters und Kaufmanns auf; die Mutter starb bald nach ihrer Geburt. Im Juni 1920 trat die junge Frau aus der Israelitischen Kultusgemeinde aus und wurde im Oktober 1920 in die evangelisch-lutherische Kirche aufgenommen. Als der Vater 1929 starb, erbte B. ein beachtliches Vermögen. 1934 erwarb sie gemeinsam mit ihrer Stiefmutter Rosa Braun das „Hildebrandhaus“, ein großes Stadthaus in der Maria-Theresia-Straße 23 im gehobenen Münchener Stadtteil Bogenhausen. Während Rosa Braun bereits 1934 eine Wohnung im Haus bezog, wohnte B. weiterhin in Tegernsee. Erst als die Ausgrenzung und Verfolgung der Juden in München immer mehr eskalierte – Elisabeths Tante väterlicherseits und ihr Mann hatten sich am 17.1.1938 das Leben genommen – zog B. 1938 zu ihrer Stiefmutter. Für ihre Stiefmutter und sich selbst bereitete sie die Auswanderung in die Schweiz oder in die USA vor. Die Bemühungen scheiterten aber. Ab 1938 vermietete B. im „Hildebrandhaus“ an „nichtarische“ Christen, von denen einige im Rahmen der Wohnraum-„Arisierung“ ihre Bleibe verloren hatten. Bis 1941 lebten neben Elisabeth und Rosa Braun mindestens 15 Menschen jüdischer Herkunft im „Hildebrandhaus“, zumeist alleinstehende Frauen.

Ab Februar 1939 versuchten die Behörden, die Immobilien von B. – neben dem „Hildebrandhaus“ gehörte ihr auch zusammen mit ihrer Stiefmutter und einem weiteren Verwandten ein großes Wohn- und Geschäftshaus in bester Münchener Innenstadtlage – zwangsweise zu „arisieren“. Ab März 1939 bestand eine Sicherheitsanordnung über ihre Konten, über die sie nun nicht mehr frei verfügen konnte. Im Sommer 1940 eröffnete die Devisenstelle wegen eines vermeint-

lichen Verstoßes gegen diese Anordnung ein Strafverfahren gegen B., das mit der Verhängung einer Geldstrafe endete. Schon 1938/39 hatten die beiden Frauen die „Judenvermögensabgabe“ zahlen müssen.

Im Juni 1940 machte B. ihr Testament, „da ich infolge bestimmter persönlicher Bedrohungen in den letzten 17 Tagen möglicherweise mit meinem vorzeitigen Ableben [...] rechnen muß“ (E. L. Schmidt: Braun, S. 15). Als Alleinerben setzte sie die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern ein, „für Zwecke der Betreuung und vor allem – soweit irgend möglich der Mission so genannter nichtarischer Christen in deutschsprachigen Ländern [...]. Ich bitte insbesondere das Anwesen Maria-Theresia-Str. 23 möglichst zum Wohnen für nichtarische Gläubige, Einzelnichtarier oder Rassemischehen weiter zur Verfügung zu stellen; falls es nicht möglich sein sollte, den Erlös der Mieten der Obigen zur Betreuung und Mission zur Verfügung zu stellen. [...] Ich bitte die evang. Luth. Landeskirche dringlichst um Annahme für Christus!“ (Ebd.) Ein Exemplar des Testamentes übergab B. ihrem Gemeindepfarrer Friedrich Bauer von der Dreieinigkeitskirche in Bogenhausen.

Im August 1940 wurden beide Immobilien unter Zwangsverwaltung gestellt. Die beiden Frauen erhielten nun nur noch einen kleinen Teil der bisherigen Mieteinnahmen, von denen sie ihren Lebensunterhalt bestritten. B. wurde zum Arbeitsdienst herangezogen. Im August 1941 mussten die beiden Frauen und mehrere ihrer Mitbewohnerinnen aus dem Haus ausziehen und wurden in Internierungslager für Juden in München eingewiesen. B. war unmittelbar davor für zehn Tage im Gefängnis München-Stadelheim inhaftiert worden. Dennoch kämpfte sie weiter vergeblich gegen das Unrecht, das ihr und ihrer Stiefmutter angetan wurde. Die Gestapo zog im Oktober 1941 ihr gesamtes Vermögen „wegen volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen“ ein. Ein Gerichtsvollzieher stellte B. die Verfügung am 18. November 1941 im Lager zu. Am 20.11.1941 verschleppten die Nationalsozialisten B. und einige ihrer ehemaligen Mitbewohnerinnen zusammen mit etwa 1 000 anderen Münchener „Nichtariern“, von denen mindestens zwölf evangelische Christen jüdischer Herkunft waren, mit dem ersten Deportationszug ins besetzte litauische Kaunas, wo sie nach drei Tagen Zugfahrt und zwei Tagen Haft im Fort IX mit Maschinengewehren niedergeschossen wurden. Die



betagte Stiefmutter wurde im Juli 1942 aus München deportiert und starb im März 1945 im Getto Theresienstadt.

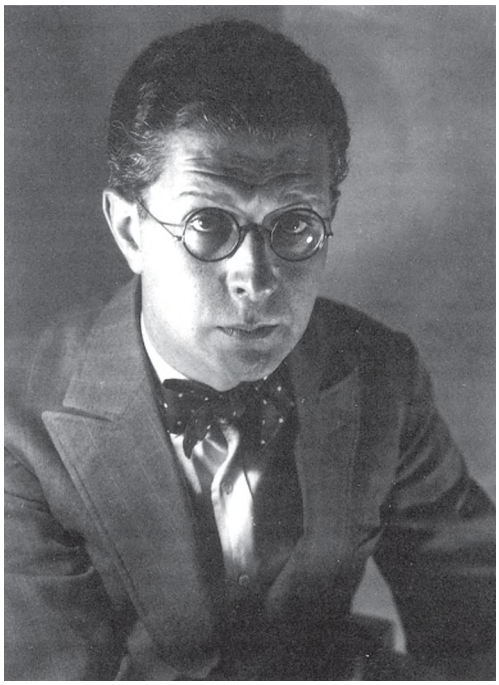
Nach dem Krieg trat die bayerische Landeskirche das Erbe an und errichtete den Sonderfonds „Nachlass Elisabeth und Rosa Braun“, aus dem u. a. gefördert wurden bzw. werden: der Judenmission treibende „Evangeliumsdienst unter Israel“, der aus diesem hervorgegangene, dem gleichberechtigten Dialog zwischen Christen und Juden verpflichtete Verein „Begegnung von Christen und Juden“ und das Altenheim Eben-Ezer in Haifa für Christen jüdischer Herkunft, darunter auch solche, die aus deutschsprachigen Ländern stammten.

Literatur: K. Bäumler: Beitrag; Biographisches Gedenkbuch, S. 197 f.; U. Haerendel: Zwangsveräußerung, S. 110–112; C. Kuller/M. Schreiber: Hildebrandhaus (Lit.!); E. L. Schmidt: Braun (E. L. Schmidt hat vermutlich die Eintragungen E. Brauns bei der Volkszählung 1938/39 zu ihrer Ausbildung, ebd. S. 13, falsch gedeutet; die weitere Literatur hat Schmidts Angaben übernommen).

Foto: H.-J. Müller/U. Rudnick (Hrsg.): Christen, S. 156.

B. *Mensing*

Brendel, Robert, Dr. phil.



** 3.9.1889 Pachuca (Mexiko), † 29.5.1947 Hamburg.*
Verh. mit Xenia, geb. Bernstein, drei Töchter.
1908–1915 Studium der Geschichte, deutschen Literatur und Philosophie in München und Straßburg; Promotion; 1914–1918 Soldat; 1919–1934 Studienrat in Lüneburg, literarische Erfolge mit Lyrik und Novellen; 1936 Berufsverbot als Lehrer und Umzug nach Hamburg; 1938 Veröffentlichungsverbot.

B.s Glaube war geprägt von der evangelisch-lutherischen Tradition des Elternhauses und dem frühen Erlebnis katholischer Volksfrömmigkeit in Mexiko. Christlich-humanistische Grundüberzeugungen bestimmten seine Arbeit als Lehrer, sein politisches Engagement für die Weimarer Demokratie und die Aussöhnung mit Frankreich, die Themen und Motive seiner Dichtung, schließlich auch seine unbeirrte Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus. Viele Gedichte behandeln das Ringen des Menschen mit Gott. Im Mittelpunkt seiner Novellen stehen oft behinderte und kranke, von der Gesellschaft geschundene Menschen; es geht um Schuld und Mitschuld durch Duldung des Unrechts, um Sühne und selbstloses Opfer, durch das sich das Leben gegen den Tod behauptet. In der Einleitung zu dem Band „Die Heimkehr" schrieb B. im Blick auf die Judenverfolgung: „Wir alle waren daran beteiligt und durch die Trägheit unseres Herzens daran mitschuldig." (U. Büttner: Not, S. 147) In einem Vortrag über Gerhart Hauptmann betonte er im September 1946, dass die Deutschen „nach einer Zeit voll Haß und Zerstörung wieder Mitleid, Nächstenliebe und Hilfe als eigentlichste Werte des Menschen entdecken" und erkennen müssten, „daß sie Ton in Gottes Hand sind, seiner Gnade bedürftig, und nicht, wie es uns ins Verderben trieb, allmächtige Herren ihres Schicksals, die keine Ehrfurcht kannten: Weder vor den Menschen, noch vor dem Tode noch vor Gott." (Ebd., S. 146)

Während des Nationalsozialismus litt er darunter, dass er dem Unrecht nicht wehren und seine Familie nicht gegen die ständig wachsende Verfolgung schützen konnte. Den Kindern wurden Ausbildungs-, Berufs- und Heiratschancen genommen; ständig war die Verhaftung Xenias zu befürchten. 1944 wurde B. nur wegen seiner schlechten Gesundheit von der Zwangsarbeit zurückgestellt, im Februar 1945 war Xenia für die Deportation nach Theresienstadt vorgesehen und musste untertauchen. Für sich persönlich konnte B. die Verfolgung wegen seiner „rassisch" unerwünschten Ehe akzeptieren; sie bedeutete für ihn, gegen ein unmenschliches Regime auf der Seite der Entrechteten zu stehen. An einen Schwager schrieb er Ende 1940: „Mir aber ist das Ausgeschlossensein, das durch meinen Abbau erfolgte, im tiefsten Grunde eine Befreiung gewesen, da mir dadurch meine innere Freiheit und meine Wahrhaftigkeit erhalten blieben. [...] Worunter ich jetzt leide, ist nicht mein persönliches Schicksal [...], sondern das Wirklichwerden einer Welt, die ich aus weltanschaulichen, religiösen und menschlichen Gründen nicht bejahen kann." (Ebd., S. 74) Dabei bedrückte ihn, dass er sich mit Rücksicht auf seine ohnehin gefährdete Familie zu keinem aktiven Widerstand entschließen konnte. Ein politisch verfolgter Freund beschrieb seine innere Not: „Was bei den Gequälten in den Konzentrationslagern körperliche Mißhandlungen anrichten, das ist bei einer sensiblen Natur, wie er war, vielfach übertroffen durch das Mitfühlen und Mitleiden an der Not ande-

rer.“ (Kondolenzbrief Erich Weutker, vom 1.6.1947, Privatbesitz) Diese Last und der Druck der Verfolgung ließen B.s Herz so schwer erkranken, dass er sich nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht mehr erholen konnte. Am 29.5.1947 starb er, von den braunen Machthabern „um Werk und Leben betrogen“ (W. Kraft: Spiegelung, S. 149).

Die christliche Begründung seiner Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus brachte B. am deutlichsten im Sommer 1940 in einem anonymen Schreiben an die evangelische Kulturzeitschrift „Eckardt“ zum Ausdruck. Ein fiktiver Trostbrief an die Mutter eines gefallenen Soldaten war dort mit der üblichen Floskel beendet worden, er sei nicht umsonst gestorben, sondern „für den Führer und unser schönes Land“. Zurzeit von Hitlers größten Erfolgen reagierte B. empört: „Wird denn Vernichtung, Krieg und Sterben gerechtfertigt und sinnvoll durch die Autorität und den Glanz eines Menschen? […] fühlt denn keiner mehr die unchristliche, die antichristliche Haltung solcher Gesinnung?“ Das Verlangen des „Führers“, sich „mit seinem ‚heiligen Namen‘ zu grüßen“, der gesamte Terror-, Überwachungs- und Propagandaapparat des „Dritten Reichs“ waren für ihn Zeichen einer gotteslästerlichen und menschenverachtenden Hybris. Angesichts dieses Größenwahns „sollte wenigstens das christliche Gewissen unter allen Schwachen und Berauschten wach geblieben sein, sich die christliche Freiheit erhalten haben, solche Anmaßung als frevelhafte Gottlosigkeit zu begreifen und abzulehnen“. Aber das Gewissen der Kirchen und der Christen in Deutschland scheine „schwach und taub“ geworden zu sein „vor den schmetternden Fanfaren der großen, materiellen Erfolge. […]“ Für B. gab es nur eine Hoffnung, „daß aus diesem Tod der furchtbaren Gegenwart die Saat aufgehen wird der Kräfte, die sich von dem Götzen unseres Landes, diesem Führer, befreien werden, um den wahren, den christlichen Gott an den ihm geraubten Platz zu setzen“. Abschließend entschuldigte er seine anonyme Unterschrift mit der Furcht vor der Auslieferung an die Gestapo. „Vielleicht wäre ich in anderen Zeiten zu solchem Märtyrertum bereit und fähig, aber heute vollzieht und vollendet sich solches Märtyrertum in der Anonymität und Verborgenheit der Konzentrationslager. Es wäre also für die mir heilige Sache völlig wirkungslos.“ (U. Büttner: Not, S. 158–160)

Werke: Die große Hure, Hannover 1920; Centauro, Weimar 1925; Die Heimkehr, Reinbek 1946; Wandlung und Dauer. Ausgewählte Gedichte, Reinbek 1952.
Literatur: U. Büttner: Not; W. Kraft: Spiegelung.
Foto: U. Büttner: Not (Titelbild).

U. Büttner

Bronisch-Holtze, Ernst

** 26.9.1890 Wabnitz/Kreis Öls, † 20.7.1944 Königsberg/Ostpreußen.*
Verh. mit Thora, geb. Holtze (?), zwei Söhne.
Abitur am Gymnasium Steglitz-Lichterfelde; Theologiestudium an der Universität Tübingen; 2.2.1919 Ordination;1919 Pfarrer in Groß Schmöllen; 1926 Pfarrer an der Bartholomäus-Kirche in Berlin; 1927 Pfarrer an der Dreifaltigkeitskirche und Studentenseelsorger für die Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin; 1942 Stadtsuperintendent und Pfarrer am Dom in Königsberg/Ostpreußen; 1943 Konsistorialrat im Nebenamt.

Zusammen mit dem Superintendenten Friedrich Geest gelang es dem kirchenpolitisch neutralen Pfarrer, der ab April 1933 den Vorsitz des Gemeindekirchenrates inne hatte, die Deutschen Christen trotz ihres Sieges bei den Kirchenwahlen 1933 in den Gemeindegremien auszuschalten. Ab 1935 kam es zu offenen Konflikten zwischen B. und Deutschen Christen in der Gemeinde. Der Pfarrer lehnte die Anwendung des „Arierparagraphen“ in der Kirche strikt ab und setzte sich für die Arbeit der verpönten Judenmission ein. Als B. 1937 der Zutritt zur Universität verwehrt und damit faktisch sein Amt als Studentenpfarrer entzogen wurde, stellte der Gemeindekirchenrat ihm einen eigenen Seelsorgebezirk innerhalb der Dreifaltigkeitsgemeinde zur Verfügung. Der DC-Pfarrer in der Gemeinde sah darin eine weitere Maßnahme gegen seine Gruppierung und diffamierte den Amtsbruder im Dezember 1937 anonym im DC-Wochenblatt „Evangelium im Dritten Reich“. Dessen Ziel sei „unter dem Deckmantel der Neutralität die Bekämpfung der D.C.“ (B. Bab/W. Weiss: Festschrift Dreifaltigkeit, S. 121). B. hatte 1937 gemeinsam mit Geest eine kirchliche Arbeitsgemeinschaft gegründet, die mit der Bekenntnisgruppe Dreifaltigkeit kooperierte. Nach dem Tod von Superintendent Geest 1940 drohte der DC-Pfarrer

B. mit einer Anzeige bei der Gestapo, wenn er die Gemeinde nicht bald verlassen würde.

Auf Drängen von Freunden nahm er schließlich 1942 den Ruf an den Königsberger Dom an. Als Stadtsuperintendent pflegte er auch gute Verbindungen zu gemäßigten BK-Pfarrern. Am 10.6.1944 wurde er wegen Abhörens „feindlicher" Sender, des deutschsprachigen Dienstes des Londoner Rundfunks, denunziert und zusammen mit seiner Frau verhaftet. Seine Frau entließ man nach wenigen Tagen wegen der Verschlechterung ihres psychischen Zustandes. Als sie erfuhr, dass eine Freundin aufgrund von Funden bei der Durchsuchung der Pfarrwohnung verhaftet worden war, nahm sie sich am 22. 6. 1944 das Leben. Ihr Mann starb vier Wochen später unter ungeklärten Umständen im Gefängnis, angeblich durch Suizid.

Quellen: LKA Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Berlin, 16.6.2005.

Literatur: B. Bab/W. Weiss: Festschrift Dreifaltigkeit, S. 109–128; H. Linck: Kirchenkampf, S. 273 f.; H.-R. Sandvoss: Mitte und Tiergarten, S. 218–220.

B. *Mensing*

Brugger, Anton

* *9. 4. 1911 Kaprun (Österreich), † 3. 2. 1943 Brandenburg-Görden.*

Ledig, ohne Kinder.

Zuckerbäcker, Hilfsarbeiter und Buchkolporteur der „Reformadventisten".

B. stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Der Vater – er hieß ebenfalls Anton – war Bergmann und Vorarbeiter auf einem landwirtschaftlichen Gut, die Mutter, Elisabeth Josefa (geb. Fischbacher), arbeitete als Tagelöhnerin. Als einziges Kind der Familie wurde der sensible und für religiöse Fragen von klein auf empfängliche B. traditionell im röm.-kath. Glauben erzogen, doch stand er wahrscheinlich schon seit Beginn der 1920er Jahre in Verbindung mit „Reformadventisten". Als gesichert gilt, dass er im Wörthersee (Kärnten) getauft wurde, wahrscheinlich im Jahr 1934, und seitdem ein eifriges Glied ihrer Gemeinschaft war. Die „Reformadventisten" standen wegen ihrer antimilitaristischen Grundhaltung in Opposition zur Mutterkirche der Siebenten-Tags-Adventisten, von der sie sich während des Ersten Weltkrieges getrennt hatten. B. arbeitete als Zuckerbäcker und im Straßenbau. Von 1934 bis 1937 verkaufte er als Buchkolporteur Missionsschriften in Kärnten und im Land Salzburg und besuchte weit verstreute Gemeindeglieder, um sie im Glauben zu stärken. Bei einer Gelegenheit wurde er als „Hausierer" und wegen „Beleidigung" und „Herabsetzung" der Kirche angezeigt und nach zweiwöchiger Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß gesetzt. Nachdem Österreich 1938 von Deutschland annektiert worden war, fuhr B., tief beunruhigt, in die Schweiz, um sich mit A. Müller, einem Führer der Reformadventisten aus Deutschland, der ihn getauft hatte, zu beraten. Müller war 1936, als die Reformgemeinde in Deutschland aufgelöst und ihre Existenz verboten wurde, in die Schweiz geflohen und ermutigte B. – entgegen den Grundsätzen der Gemeinschaft –, Militärdienst zu leisten, falls eine Flucht nicht möglich sein sollte. Da der pazifistisch eingestellte B. auf keinen Fall eine Waffe in die Hand nehmen wollte, entschloss er sich zur Flucht nach Übersee. Als der Krieg ausbrach, fuhr B. 1939 Hals über Kopf nach Triest und wandte sich dort an die adventistische Gemeinde, die ihm helfen sollte, auf ein Passagierschiff nach Übersee zu gelangen. Die Adventisten in Triest begegneten dem „Reformer" argwöhnisch, doch fand sich eine deutschsprachige Glaubensschwester, E. Karis, die bereit war, ihn zu unterstützen. Aus der kurzen Bekanntschaft entwickelte sich eine innige Liebe zwischen den beiden. Weder in Triest noch in Neapel und Genua ließ sich ein Schiff zur Überfahrt finden, auch der Versuch, als blinder Passagier unterzukommen, misslang. B. wurde schließlich im Herbst 1940 in Mailand von der italienischen Polizei aufgegriffen und nach Österreich abgeschoben, wo bereits ein Stellungsbefehl vorlag. Doch aus nicht erkennbarem Grund verzögerte sich B.s Einberufung. In Salzburg vorübergehend in einer Konditorei beschäftigt, bezeugte er weiterhin offenherzig nicht nur seinen Glauben, sondern auch seine antimilitaristische Einstellung. Ein Salzburger Sondergericht verurteilte ihn daraufhin am 19.3.1941 zu zwei Jahren Zuchthaus, die er im Arbeitslager Rodgau-Dieburg (Rollwald) bei Darmstadt verbüßte. Noch vor Ablauf der regulären Haftzeit, im November 1942, wurde B. dem Artillerie-Regiment 961 zugeteilt, das als Bewährungseinheit für Strafgefangene auf-

gestellt wurde. Da B. dort standhaft den Wehrdienst verweigerte, wurde er an das Reichskriegsgericht in Berlin überstellt. Während der langen Wochen der Ungewissheit und des Wartens in der Haft- und Untersuchungsanstalt Tegel erhielt er Besuch von seiner Mutter, die ihn umstimmen wollte. Eine andere Besucherin fand B. in einer kleinen, ungeheizten Einzelzelle, mit gefesselten Händen auf einer Holzpritsche sitzend, den Oberkörper in eine Decke gehüllt. Im Gespräch gab er an, dass er als Vegetarier seine Fleischration Mitgefangenen überlasse, indem er sie heimlich beim gemeinschaftlichen Gang im Gefängnishof auf ein Fenstersims lege. Auch wenn er müde und geschwächt auf die Besucherin wirkte, war sein Geist ungebrochen. Auf einen Zettel, der neben ihm auf der Pritsche lag, hatte er einen Bibelvers gekritzelt: „Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid, noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen." (Offb 21,4) B. sah seine Verweigerung im „Zeichen des Advents", des „Friedensreiches", das Gott bald aufrichten werde. Aber: „Der Weg ins Paradies führt über Golgatha." (D. Heinz: Kriegsdienstverweigerer, S. 54) So wie Gott treu sei und in Jesus Christus wiederkommen werde, so müsse auch der Christ durch das Leid hindurch dem Gebot Gottes Treue erweisen, um Erbe dieses Reiches sein zu können. B.s Widerstand war in der für Adventisten charakteristischen Weise stark endzeitlich geprägt. B. drängte sich nicht zum Martyrium. In seinem Abschiedsbrief an seine Freundin und Verlobte E. Karis bekannte er: „Oh, wie gerne hätte ich noch weitergelebt, um zu arbeiten und anderen Gutes zu tun! Wie schön habe ich es mir vorgestellt, mit Dir vereint Gutes zu wirken!" (Ebd., S. 55) B.s Gewissen ließ es aber nicht zu, einen Kompromiss einzugehen: „Für mich gibt es keinen anderen Weg, weil ich mich unmöglich nach meiner Glaubensüberzeugung am Krieg beteiligen kann […] es ist wohl schwer, aber der Herr wird mir gnädig sein und mir zum Ende helfen." (Ebd., S. 56) Am 5.1.1943 wurde B. vom Reichskriegsgericht zum Tod verurteilt und am 3.2.1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil hingerichtet.

Literatur: D. Heinz: Kriegsdienstverweigerer, S. 41–56; Ders.: Widerstand, S. 88–98; Ders.: Brugger; H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 41–52; H. Fogel: Rollwald, S. 283–286.

D. *Heinz*

Brüning, Hans

* *3.2.1901 Rostock,* † *22.2.1944 Posen.*
Verh. mit Lilly, geb. Köbele, ein Sohn.
Nach kaufmännischer Ausbildung bis 1932 städtischer Angestellter in Rostock, dann Pensionierung wegen schweren Magenleidens; Gemeindeleiter („Ältester") der Siebenten-Tags-Adventisten.

B., sehr belesen, aber eigenbrötlerisch veranlagt, war Glied und später auch Leiter der adventistischen Ortsgemeinde in Rostock. Eine gewisse Zeit arbeitete er als Bibliotheksangestellter in der städtischen Bücherei. Nach seiner Pensionierung im Alter von nur 31 Jahren pflegte er Haus und Garten – er lebte im Rostocker Vorort Gehlsdorf – und betätigte sich als Imker. Vom adventistischen Glauben zutiefst überzeugt, geriet er immer wieder in Konflikt mit Familienangehörigen und Gliedern seiner Gemeinde, weil er hohe Ansprüche stellte und wenig Nachsicht zeigte, wenn man seine Überzeugungen nicht teilte. B. war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, ein Kämpfer für den „freien Sabbat", den Ruhetag der Adventisten, und lehnte den Kriegsdienst konsequent ab. Er fühlte sich zunächst sicher, da er wegen seines Magenleidens als arbeits- und wehruntauglich galt. Anfang 1943 erhielt er plötzlich in kurzen Abständen zwei Einberufungsbefehle, denen er nicht nachkam. Er entschied sich zur Flucht und tauchte am 11.3.1943 unter. B. wollte sich in die Schweiz (Basel) absetzen, wurde aber bereits am 30.3.1943 im elsässischen Mühlhausen beim Versuch, die Grenze illegal zu überqueren, festgenommen. Am 20.8.1943 wurde er nach Pommern verbracht und am 6.10.1943 von einem Militärgericht der Division 402 in Neustettin wegen Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung zum Tod durch Erschießen verurteilt. Ein Erfolg versprechendes Gnadengesuch wurde letztendlich abgewiesen. Das Urteil wurde am 22.2.1944 durch die Gestapo in Posen vollstreckt. Ein ev. Wehrmachtspfarrer, der ihn zuletzt betreute, gab an, dass B. gefasst und glaubensstark gestorben ist. Das Urteil gegen ihn wurde auf Antrag seiner Frau Lilly am 14.9.1955 vom Landgericht Freiburg i. Br. aufgehoben. Sie konnte den Tod ihres Mannes nicht verwinden und hatte sich bereits 1954 das Leben genommen.

Quellen: AAE: Akte H. Brüning.

D. *Heinz*

Buchholz, Karl Gottfried, Dr. theol.

* *18.8.1891 Dresden, † 3.5.1945 Röddelin/Schulzenfelde bei Templin.*

Verh. mit Erna, geb. Abraham, zwei Söhne.

Theologiestudium in Kiel und Berlin; Ordination 1920; Pfarrer in Groß Schacksdorf, seit 1926 in Prenzlau /St. Nikolai; 1934 Sup. des Kkrs. Templin.

B. entstammte einer Kaufmannsfamilie und wuchs in Dresden und Berlin, wohin seine Eltern 1895 umgezogen waren, auf. Nach Abschluss des Joachimsthalschen Gymnasiums zu Berlin und dem Theologiestudium in Kiel und Berlin erhielt er am 11.1.1920 seine Ordination. Buchholz promovierte über die Pädagogik Schleiermachers. Nach kurzer Tätigkeit als Hilfsprediger in Forst/Lausitz übernahm er das Pfarramt Groß Schacksdorf im Kirchenkreis Forst. 1926 ging B. nach Prenzlau und wirkte als Pfarrer an der St. Nikolaikirche. Acht Jahre später, 1934, wurde B. zum Superintendenten des Kirchenkreises Templin und Pfarrer in Templin berufen. Nachdem er den Auftrag zum 1.6.1934 angenommen hatte, zog er Mitte Juni 1934 mit seiner Familie nach Templin. B., der den Deutschen Christen seit 1933 angehörte, fand im Kirchenkreis jedoch nicht die nötige Unterstützung. Ein nicht geringer Teil der Pfarrer gehörte seit Januar 1934 dem bekenntnistreuen Pfarrernotbund an. Jene Pfarrer bildeten aus Protest gegen den neuen DC-Superintendenten im Kirchenkreis einen Konvent der Bekenntnispfarrer. Nach längeren Auseinandersetzungen und dem Drängen von neutral eingestellten Pfarrern, der Politik im Pfarramt zu entsagen, zeichnete sich ab 1940 eine Einigung ab. Der BK-Kreispfarrer teilte B. im August 1940 mit: „Wir haben davon Kenntnis genommen, daß Sie nicht mehr zu den ‚Deutschen Christen' gehören" (H.-U. Kamke: Streit, S. 143). Nach den Aussagen seines Sohnes Ulrich Buchholz trat sein Vater, „als im Jahre 1938 die ersten Synagogen in Deutschland brannten, […] aus dieser Gruppe aus" (Archiv des Kirchenkreises Templin, Sig. 542). In den verbleibenden Kriegsjahren ist das Bestreben von B. zu verzeichnen, nun als von allen Seiten anerkannter Superintendent die Geschicke des Kirchenkreises im pragmatischen Sinne bestmöglich zu lenken. Er engagierte sich insbesondere angesichts des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung Ende April/Anfang Mai 1945 vor Ort und versuchte, wo er konnte, zu helfen. So bot er der katholischen Gemeinde unter anderem Ersatzräume an, nachdem deren Gotteshaus beschädigt worden war. Am 3.5.1945 wurde B. bei dem Versuch, eine Gruppe von Frauen vor der Vergewaltigung zu schützen, auf dem Waldhof bei Templin von einem Soldaten der Roten Armee mit dem Gewehrkolben geschlagen. Er verstarb wenig später an den Folgen seiner Verletzungen im benachbarten Röddelin/Schulzenfelde. Nach der Deutung seiner Amtsbrüder nahm Buchholz das Risiko des Todes durch sein entschlossenes Auftreten bewusst auf sich, „um sich vor Gott wegen seiner Zugehörigkeit zum Kreis ‚Deutscher Christen' zu reinigen" (ebd.).

Quellen: Pfarrchronik der katholischen Kirchgemeinde Templin; Pfarrchronik des Kirchenkreises Templin, verfasst von Karl Buchholz; Brief Ulrich Buchholz an das Verwaltungsamt der Evangelischen Kirchengemeinde Templin, o. D., handsch., o. Pag., Archiv des Kirchenkreises Templin (Sig. 542 und 1952).

Literatur: H.-U. Kamke: Streit.

C. Halbrock

Buttersack, Hans, Dr. jur.

* *11.8.1889 Hamburg, † 14.2.1945 KZ Dachau.*

Verh. mit Margarete, geb. Glaser, sieben Kinder.

Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen, Berlin und Leipzig; Promotion in Rostock; ab 1909 Rechtsanwalt in Wiesbaden; Mitbegründer der Bekennenden Kirche in Hessen-Nassau.

Der Sohn eines Hamburger Kaufmanns zog mit seiner Familie 1885 nach Wiesbaden und legte am Gymnasium in Ellwangen/Jagst im Herbst 1899 das Abitur ab. In seinem liberal-konservativen Elternhaus prägten ihn geistige und weltliche Ordnungsvorstellungen sowie die humanistische Bildung mit den Vorbildern aus der Antike und dem europäischen Kulturkreis. Er wurde zu einem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn erzogen und entschloss sich daher zum Studium der Rechtswissenschaften, das er in Tübingen, Berlin und Leipzig absolvierte. In Kiel legte er sein Referendarexamen ab und wurde in Rostock zum Dr. jur. promoviert. Nach dem einjährigen Militärdienst verbrachte er seine Referendarszeit in Hamburg, legte das zweite Staatsexamen ab und arbeitete dort als Assessor. 1908 war er vier Monate in England, um seine Kennt-



nisse der englischen Sprache zu vertiefen. 1909 wechselte er im Zusammenhang mit seiner Eheschließung nach Wiesbaden, wo er als Anwalt arbeitete; 1912 eröffnete er seine eigene Kanzlei. Im Ersten Weltkrieg war er seit dem 3.8.1914 Soldat, wurde zweimal mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und zum Hauptmann der Reserve befördert. Nach französischer Kriegsgefangenschaft kehrte er erst 1920 wieder nach Wiesbaden zurück, wo er zum Notar ernannt wurde und fünf Jahre später erneut eine eigene Kanzlei betrieb.

B. erzog seine vier Söhne und drei Töchter im christlichen Glauben und zur Vaterlandsliebe. Er war nationalkonservativ eingestellt, stark von der Kriegsniederlage geprägt, wirkte als Gauführer des antirepublikanischen „Stahlhelms“ (Bund der Frontsoldaten) und ließ seine Kameraden am 31.1.1933 zum Wiesbadener „Hitler-Huldigungsmarsch“ antreten. In seiner Freizeit beschäftigte B. sich mit Geschichte, Philosophie und christlicher Dogmatik. Er war kurz im Kirchenvorstand der Marktkirchengemeinde und lange Jahre in dem der Bergkirchengemeinde.

B. war Mitbegründer der Bekennenden Kirche in Hessen-Nassau und seit November 1933 Rechtsanwalt des Wiesbadener Pfarrernotbundes. Wegen seines Engagements wurde er als Kirchenvorsteher der Bergkirchengemeinde auf Antrag des Vorsitzenden des Kreiskirchentages Wiesbaden – offiziell wegen „grober Pflichtverletzung“ – Anfang 1934 entlassen. B. nahm als nassauischer Delegierter an der zweiten Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Dahlem vom 19. bis 20.10.1934 teil. Am Monatsende konstituierte sich der Landesbruderrat des Pfarrernotbundes Nassau-Hessen erneut und unterstellte sich dem Reichsbruderrat, dem B. angehörte.

Ausgeprägt war sein Gerechtigkeitsgefühl, weswegen er als Rechtsanwalt insbesondere politisch Verfolgte und Juden sowie Angehörige des Hochadels vertrat. Dadurch war er bei Staat und Partei sehr unbeliebt, wurde überwacht und häufig von der Gestapo vorgeladen. 1936 betrieb die NSDAP-Gauleitung ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Zwei Jahre später wurde er ohne Begründung für sieben Wochen im Gefängnis in Frankfurt a. M. inhaftiert. In der Folgezeit trat er kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung.

Am 6.5.1943 wurde er verhaftet und über das Wiesbadener Polizeigefängnis nach einigen Wochen ins Konzentrationslager Dachau gebracht; Anlass war ein Trostbrief für eine Pfarrerswitwe „jüdischer Abstammung“. Von Dachau wurde er in ein Außenlager nach Haunstetten bei Augsburg verlegt, wo er in der Rüstungsproduktion Zwangsarbeit zu leisten hatte. Bei einem Luftangriff im Februar 1944 wurde er im Splittergraben verschüttet und schwer verletzt, weswegen er nach Dachau zurückgebracht wurde. Er konnte sich nur noch mühsam bewegen, ein Blasenleiden verschlechterte seinen Gesundheitszustand noch. Während seines Krankenlagers las ihm Pfarrer Gustav Dittmer die Losungen der Herrnhuter Brüdergemeine vor und betete mit ihm. Ein Entlassungsgesuch von B.s Frau wurde abgelehnt, weil dem „sicherheitspolizeiliche Belange entgegenstehen, die auch trotz persönlicher Härten in erster Linie ausschlaggebend bleiben müssen“. Aufgrund unzureichender medizinischer Versorgung und der Lagerbedingungen starb er am 14.2.1945 an einer Fleckfieberepidemie.

In Wiesbaden-Klarenthal wurde 1968 eine Straße nach ihm benannt.

Quellen: Stadtarchiv Wiesbaden: Bericht von Pfarrer L. C. Buttersack vom 23.11.1962; ebd.: Zeitungsausschnittsammlung Hans Buttersack; Brief Gustav Dittmer vom 13.7.1945; undatierte Notizen vermutlich von Manfred Buttersack.

Literatur: G. Baumgart-Buttersack: Erinnerung; L. Bembenek (Red.): Vaterland; Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, Bd. 1; R. Faber/A. Ulrich: Kampf, S. 135–238; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 155; W. Oehme: Märtyrer, S. 192 f.
Foto: R. Faber/A. Ulrich: Kampf, S. 146.

R. Hering

Canaris, *Wilhelm* Franz

* *1. 1. 1887 Aplerbeck (heute Dortmund),* † *9. 4. 1945 KZ Flossenbürg.*
Verh. mit Erika, geb. Waag, zwei Töchter.
1896 Seekadett in Kiel; 1907–1913 auf dem als Stationsschiff eingesetzten Kreuzer „Bremen"; 1914/1915 Oberleutnant auf der „Dresden"; 1915/1916 Erfüllung eines geheimen Auftrags des Admiralsstabs in Spanien; 1921–1923 Admiraloffizier der Ostseestation; 1923/1924 1. Offizier der „Berlin"; 1924–1928 Leiter der Marinestation Ostsee; 1928–1930 1. Offizier auf dem Linienschiff „Schlesien"; 1931/1932 Chef des Stabes des Kommandos der Marinestation Nordsee; 1932–1934 Kommandant der „Schlesien"; 1934/1935 „Verabschiedungsposten" des Festungskommandanten von Swinemünde; ab 1935 Chef der deutschen Abwehr im Reichswehrministerium bzw. (ab 1938) im OKW in Berlin.



C. stand als evangelischer Christ, mit dem man jederzeit ein Gespräch über religiöse Themen führen konnte, weltpolitischen Veränderungen offen gegenüber. Trotzdem lehnte er die politische Struktur der Weimarer Republik ab und distanzierte sich später auch von der nationalsozialistischen Führung. Als Chef der deutschen Abwehr war er über die Ziele und Methoden der neuen Machthaber informiert. Diese Kenntnisse nutzte er nach der so genannten Fritsch-Affäre (1938) zur Unterstützung des Widerstands. Zusammen mit Hans Oster und Hans von Dohnanyi baute er in der Zentrale der Abwehr ein geheimes technisches Zentrum gegen die Politik Hitlers auf. Dies war nur so lange möglich, wie die deutsche Abwehr nicht dem SD unterstellt war. Deshalb agierte C. auf zwei Ebenen: auf der einen erfüllte er seine Aufträge so gewissenhaft wie möglich, auf der anderen unterstützte er die Staatsstreichspläne von Ludwig Beck und dessen Nachfolger Franz Halder. Ein Attentat auf Hitler lehnte er aufgrund seiner religiösen Überzeugung ab.

Vielmehr strebte er danach, Hitler durch die drastische Beschreibung möglicher Kriegsfolgen von einer militärischen Auseinandersetzung abzuhalten. Derartige Darlegungen wurden ihm im Sommer 1939 von Hermann Göring untersagt. Mit Sabotageakten versuchte er nach 1939, die Fortführung des Krieges zu erschweren: Als er z. B. den Auftrag erhielt, den spanischen Staatschef Franco zu einer Durchzugsgenehmigung für die deutschen Truppen bis nach Gibraltar zu bewegen, bestärkte er diesen in dessen ablehnender Haltung. Soweit es in seiner Macht stand, half C. den Verfolgten des Regimes, indem er ihnen die Flucht ins Ausland ermöglichte oder sie in Arbeitsbereichen der Abwehr unterbrachte, um sie vor dem Zugriff der Gestapo zu schützen.

C. konnte die Widerstandsarbeit in der Abwehr knapp zehn Jahre vor dem nationalsozialistischen Regime verbergen. Nach seiner Amtsenthebung im Februar 1944 wurde er auf der Burg Lauenstein unter Hausarrest gestellt und war damit weitgehend von

der Widerstandsarbeit abgeschnitten. Die Leitung der Abwehr übernahm nun das Reichssicherheitshauptamt.

Entgegen allen Erwartungen wurde C. am 1.7.1944 zum Chef des OKW-Sonderstabs „Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmaßnahmen" berufen. Er wohnte nun zwar wieder in Berlin, zog sich aber immer stärker ins Privatleben zurück. Die Widerstandsarbeit nahm er nicht mehr im gleichen Umfang wie zu Zeiten der Abwehr auf. Die Ursache dafür war, dass die neuen Träger des militärischen Widerstands C.s Ansichten als zu konservativ einstuften. Da es darüber hinaus häufig zu Konflikten zwischen C. und Claus Schenk Graf von Stauffenberg kam, zog sich C. aus dem Widerstand zurück, wurde jedoch von Generalstabsrichter Karl Sack, Oberstleutnant Wessel Baron von Freytag-Loringhoven und Oberstleutnant Werner Schrader über die Pläne Stauffenbergs auf dem Laufenden gehalten. Da C. nicht an den Erfolg des geplanten Staatsstreichs glaubte, sah er seine Aufzeichnungen durch und vernichtete belastendes Material.

Obwohl er am Attentat des 20.7. nicht unmittelbar beteiligt war, wurde er drei Tage später von SS-Brigadeführer Walter Schellenberg in seinem Haus festgenommen. Schellenberg gab C. die Chance zu Flucht oder Selbstmord; beides lehnte er ab. Zunächst wurde C. wie die anderen Verdächtigen des 20.7. zum Hof der Grenzpolizei nach Fürstenberg gebracht. Einer der dort Internierten war Hans Oster. Er versuchte C. in seinen Aussagen so wenig wie möglich zu belasten. Da beide jedoch lange Jahre zusammengearbeitet hatten, ließ sich dies nur schwer bewerkstelligen, zumal die Gestapo vermutete, dass C. in irgendeiner Weise den Kontakt zum Widerstand pflegte. So wurde er später in das Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin überstellt. In seinem ersten Verhör triumphierte C. über den Gestapobeamten, indem er jede Anschuldigung mit einer Erklärung entschärfte. Da die Staatsbehörde auf diesem Weg nicht weiter kam, wurde u. a. C.' Nahrung auf ein Drittel reduziert und ihm durch zahlreiche nächtliche Kontrollen Schlaf entzogen. Am 7.2.1945 wurde er in das KZ Flossenbürg gebracht. Auch im dortigen Gefängnis standen seine Chancen nach den Verhören zunächst gut.

Dann wurde jedoch der Panzerschrank im Zossener Lager Maybach II geöffnet, in dem C.' geheime Tagebücher lagen. Hitler las darin einige Stellen, die ihm der Chef des Reichssicherheitsamtes, Ernst Kaltenbrunner, markiert hatte, und gab den Henkern danach freie Hand. Kaltenbrunner wollte C. jedoch nicht mit einem Genickschuss umbringen lassen, was einem unverhüllten Mord gleichkam. Er entschied sich für ein SS-Standgericht. Auch ein solches entsprach nicht den Rechtsvorschriften des nationalsozialistischen Staates. Nach diesen hätte ein Militärgericht abgehalten werden müssen. Trotzdem wurde das Standgericht gegen C. und andere am 8.4.1945 einberufen. Während des Verfahrens, in dem C. zumindest die Mitwisserschaft an den Umsturzplänen vorgeworfen wurde, versuchte er weiterhin die Anschuldigungen des Chefs der Abwehrpolizei, Walter Huppenkothen, zu widerlegen. Deshalb betonte er, dass er nur zum Schein mit den Verschwörern zusammengearbeitet habe. An diesem Punkt prallte er vehement mit seinem früheren Freund und Kollegen Oster zusammen. Das Urteil lautete auf Todesstrafe. Sie wurde am nächsten Morgen gegen sechs Uhr vollstreckt.

Literatur: K. Achmann/H. Bühl: 20. Juli 1944, S. 42, 47; H. Höhne: Patriot (Lit.!); H. Krausnick: Canaris, S. 116–118 (Lit.!); A. Leber: Gewissen (1984), S. 403–407; H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugung, S. 201 f.

Foto: K. Achmann/H. Bühl: 20. Juli 1944, S. 42.

C. Bendick

Delbrück, Justus

** 1902 Berlin, † 23.10.1945 Jamlitz.*
Verh. mit Ellen, geb. von Wahl, vier Kinder.

D. wuchs in Berlin in der national- und sozialliberalen Familie des Historikers Hans Delbrück und dessen Frau Lina, geb. Thiersch, auf. Die Praxis der Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft war für diese kulturprotestantische, bildungsbürgerliche Großfamilie, befreundet und verwandt mit den Harnacks und Bonhoeffers, selbstverständlich. Alle waren sie zwar mit dem preußisch-deutschen Kaiserreich eng verwachsen, sie standen aber als „Vernunftrepublikaner" kooperativ zur Weimarer Republik.

D., seit seiner Gymnasialzeit mit Klaus Bonhoeffer befreundet, studierte mit ihm zusammen Jura in Heidelberg und Berlin. Beide standen schon hier im Ge-



gensatz zur deutschnationalen, völkischen und antisemitischen Universitätsszene. Nach seinen Examina wurde D. Regierungsassessor in Schleswig, war Mitglied der „Demokratischen Staatspartei“, und hier heiratete er 1930 Ellen von Wahl. Nach einer kurzen Zeit in Stade kam er als Regierungsrat nach Lüneburg. Sein Beamtentum verstand er als Dienst für Gerechtigkeit und Humanität in konkreten Lebensverhältnissen. Das Erleben der systematischen Zerstörung des Rechtsstaates nach 1933 führte zur Entscheidung, 1935 aus Gewissensgründen aus dem Staatsdienst auszutreten. In Berlin wurde er Mitarbeiter des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“. 1938 übernahm er aufgrund der Bitte seines jüdischen Freundes Gerhard Leibholz die treuhänderische Leitung der von der „Arisierung“ bedrohten Tuchfabrik des Bruders in Sommerfeld (Niederlausitz). 1940 erfolgte die Einberufung zur Wehrmacht, 1941 die durch Hans von Dohnanyi veranlasste Versetzung als „Sonderführer“ ins Amt Ausland/Abwehr im OKW. Er arbeitete im Umfeld von Wilhelm Canaris und Hans Oster. Letzterer, Dohnanyi, D. und Karl Ludwig Freiherr von Guttenberg bildeten im Amt eine enge, für den konspirativen Widerstand tätige Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft. D. stand im engen Kontakt zu Klaus und Dietrich Bonhoeffer, zu Hans und Otto John, zu Rüdiger Schleicher und Ernst von Harnack. Auch zum Beck-Goerdeler-Kreis wie zum Kreisauer Kreis unterhielt er Verbindungen.

D., der 1935 Mitglied der Bekennenden Kirche geworden war, stand im schärfsten Kontrast zur NS-Ideologie und zu der ihr entsprechenden praktischen Politik. Mit seinem von protestantischer und humanistischer Tradition bestimmten Gewissensverständnis lehnte er den totalen Staat, der die Menschen nach Leib, Seele und Geist für seine Zwecke instrumentalisierte, kategorisch ab.

Als Guttenberg im Januar 1943 nach Agram (Zagreb) versetzt, Dohnanyi und Dietrich Bonhoeffer am 5. 4. 1943 verhaftet, Canaris und Oster 1944 suspendiert wurden, fiel auch D. der Neuordnung des Amtes zum Opfer. Er wurde zurückversetzt in die 2. Dolmetscherabteilung der Wehrmacht in Berlin. Als die „Sonderkommission 20. Juli“ die zentrale Rolle der Abwehr in den Konspirationen gegen Hitler entdeckte, wurde D. am 17. 8. 1944 verhaftet und ins Gefängnis Lehrter Straße gebracht. Er konnte sich so geschickt verteidigen, dass es nicht mehr zu einem Volksgerichtshofsprozess kam. Am 25. 4. 1945 konnte er u. a. mit Theodor Steltzer und Eberhard Bethge das Gefängnis verlassen. Nach wenigen Wochen wurde er vom NKWD abgeholt, um angeblich Aussagen zum Widerstand in der Abwehr zu machen. Am 23. 10. 1945 starb er im Speziallager 6 des Sowjetischen Geheimdienstes in Jamlitz an Erschöpfung und Diphtherie.

Im Gefängnis verfasste D. für seine Frau und den ältesten Sohn Klaus autobiographische Aufzeichnungen. Aus seinen Briefen erfahren wir, dass er viel las: Goethes Wilhelm Meister, Briefwechsel Goethe-Schiller, Kellers Grüner Heinrich, Shakespeares Königsdramen, Dostojewskis Karamasoff, Augustins Confessionen und vieles andere. Und immer wieder zitierte er Stellen aus den Psalmen. Dazu schrieb er: „Es ist doch immer wieder schwer, es Gott anheimzustellen und nicht in eignen Luftschlössern sich zu verlieren. Das ist das eigentlich Schöne an den Psalmen, dass sie diese menschliche Not so ganz zum Ausdruck bringen.“ In der Reflexion über sein bisheriges Leben und im Nachdenken über seine Situation im Angesicht des zu erwartenden Todes vollzog sich

bei ihm eine religiöse Bewusstseinsveränderung und eine konfessionelle Neuentscheidung. Goethes Fazit, dass „wir alle nach und nach aus einem Christentum des Wortes und Glaubens immer mehr zu einem Christentum der Gesinnung und Tat kommen", ist ihm theologisch-existentiell nicht mehr ausreichend. Diese reduzierte Position übersah nach ihm einfach „die Möglichkeit der Vereinigung mit Gott im Glauben und in der Liebe". „Aber das ist der Fluch des Protestantismus: das Überbordwerfen der heiligen Tradition und der Glaube nur ans Wort ist der Anfang des Rationalismus." D. vermisste im zeitgenössischen Protestantismus die Wirklichkeit des dritten Artikels des Glaubensbekenntnisses, die Kirche als *communio sanctorum*. Er setzte dagegen: „Wahr ist, was von alters her in der ganzen Kirche mit lauterem katholischen Glauben verkündigt und gepredigt wird, auch wenn kein Verstand es nachweisen und keine Darstellung es ins Klare zu bringen vermag. Ich würde dem Evangelium keinen Glauben schenken, wenn mich nicht die Autorität der katholischen Kirche dazu bewegte. Diese Sätze des Augustin klingen absurd für jeden, der außerhalb der Kirche steht, oder der die Kirche nur als eine menschliche Organisation ansieht. Sie sind aber gesprochen von jemandem, dem die Gemeinschaft des Glaubens in der Kirche eine Realität ist, eine Wirklichkeit des Lebens, und sie bedeuten, dass der Mensch in der Vereinzelung die Wahrheit des Evangeliums schlechterdings nicht fassen kann, und das ist der Grundirrtum des Protestantismus." D. zog die Konsequenz und trat im Gefängnis zum Katholizismus über. Er polemisierte nicht im Stile des Renegaten gegen Reformation und Protestantismus, sondern betrachtete seinen Schritt als „Rückkehr zur Mutterkirche". Die katholische Kirche war für ihn die universale Kirche unter allen Völkern. Zu ihr als Protestant zurückzukehren, war im Erleben des eigenen Schicksals seine persönliche Konsequenz geworden. Die Enge des nationalen Konfessionellen, durchaus mit seinen Verdiensten, in die Weite eines katholischen Universalismus zu durchbrechen, war in der Kerkerhaft zu seinem ganz persönlichen Vermächtnis geworden. Er starb als Zeuge für die Zukunft einer geglaubten, bezeugten und erfahrenen Kirche Jesu Christi.

Quellen: Haftbriefe (Privatbesitz).

Literatur: P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich– Attentat, S. 50, 338, 656; H.-A. Jacobsen (Hrsg.): Spiegelbild, S. 443 f., 469, 518 f.; E. Bethge: Dietrich Bonhoeffer; E. Bethge/R. Bethge (Hrsg.): Briefe, S. 93 ff.; M. Smid: Dohnanyi; M. Bottlenberg-Landsberg: Guttenberg, S. 185 ff.

Foto: GDW.

G. Brakelmann

Dieckmann, Wilhelm, Dr. phil.

* *17.7.1893 Stotel (bei Bremerhaven),* † *13.9.1944 Berlin.*

Verh. mit Erika, geb. Freiin Mertz von Quirnheim, vier Kinder.

1912–1914 Studium der Theologie und philosophischen Wissenschaften in Leipzig, Göttingen und Berlin; 1914–1918 Teilnehmer am Ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger; 1920 als Leutnant der Reserve aus dem Heeresdienst entlassen, danach Tätigkeit im Reichsarchiv Berlin und Fortsetzung des Studiums; 1923 Promotion; zuletzt Oberregierungsrat im Reichskriegsarchiv in Potsdam.

D. war Pfarrerssohn; er blieb zeit seines Lebens ein tief gläubiger Mann. Im Studium trat er – wie viele Theologen – dem national und antisemitisch eingestellten Verein Deutscher Studenten (VDSt) bei, für den er sich auch später engagierte. 1935 übernahm er die Leitung des VDSt-Kreisverbandes Potsdam, der sich auf seinen Treffen sowohl mit nationalen und militärischen als auch mit christlichen Themen beschäftigte. Der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Interessen D.s lag auf der Kriegsgeschichte; er gab verschiedene militärhistorische Schriften heraus.

D. stand dem Nationalsozialismus zunächst positiv gegenüber und trat in die SA ein. Nicht zuletzt wegen der nationalsozialistischen Kirchenpolitik entwickelte er sich jedoch zunehmend zu einem überzeugten Gegner des NS-Regimes. Er schloss sich 1935 der Bekennenden Kirche an und beteiligte sich an der Jugend- und Männerarbeit der Bekennenden Kirche in Potsdam. Wichtige politische Gesprächspartner D.s waren auf der einen Seite sein Archivkollege und Schwager Otto Korfes (1889–1964), der, anfänglich überzeugter Nationalsozialist, 1943 als Generalmajor in Stalingrad in russische Gefangenschaft geriet, sich dann als Mitbegründer des Bundes Deutscher Offiziere im Rahmen des Nationalkomitees „Freies Deutschland" für den Sturz Hitlers und die sofortige Beendigung des Krieges einsetzte und 1952 Leiter der Historischen



Abteilung der Kasernierten Volkspolizei in der DDR wurde; auf der anderen Seite sein Schwager Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, von dem D. nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 von den Verbrechen gegen die russische Zivilbevölkerung und von der Existenz einer militärischen Opposition gegen Hitler erfuhr; als Major der Reserve kam D. auch in Kontakt mit Mitgliedern des Kreisauer Kreises. Am 17.7.1944 wurde er von Mertz von Quirnheim in die Vorbereitungen für das geplante Attentat auf Hitler eingeweiht.

Wegen dieser Mitwisserschaft wurde D. bereits am 25.7.1944 von der Gestapo verhaftet und kam nach qualvollen Verhören am 13.9.1944 im Gefängnis in der Lehrter Straße in Berlin unter zunächst ungeklärten Umständen zu Tode. Während die offizielle Sterbeurkunde davon spricht, dass D. „tot aufgefunden" worden sei, gelang es seinem Sohn, von Inhaftierten der Nachbarzellen zu erfahren, dass D. nicht Selbstmord begangen habe, sondern im Gefängnis hinterrücks erschossen wurde. D.s Frau und seine Kinder sowie weitere Familienangehörige wurden getrennt in „Sippenhaft" genommen, aus der sie nach der Ermordung D.s wieder entlassen wurden.

In Wäschestücken aus D.s Haftzeit fand seine Witwe kleine Notizen, die bezeugen, dass D. die Quälereien im Gefängnis „ohne Wanken in seinem tiefen Gottvertrauen" ertragen hat (IfZ München: ZS/A-26-1).

Quelle: IfZ München, ZS/A-26-1 (undatierter Bericht von Erika Dieckmann).
Literatur: S. Wegner-Korfes: Haltungen; Dies.: Weimar; M. Zirlewagen: Dieckmann.
Foto: GDW.

C. Nicolaisen

Dittmann,

Ewald Bernhard Johannes Adolf

* *11.5.1877 Neuenkirchen (Dithmarschen), † 20.4.1945 im Arbeitserziehungslager Kiel-Russee.*
Ledig, ohne Kinder.
Theologiestudium in Berlin und Kiel; 1910 ordiniert; Vikar in Hademarschen und Flensburg, dann Pfarrer in Neu-Galmsbüll (Nordfriesland); im Ersten Weltkrieg in Serbien verwundet; dann Garnisonpfarrer in Beverloo (Belgien); seit 1933 Pfarrer in Süderhastedt (Dithmarschen).

D., Sohn eines Lehrers und Kantors, wird als ein außerordentlich volkstümlicher, urwüchsiger und lebensnaher Pfarrer geschildert, der durch seine plattdeutschen Predigten und seine kulturelle Grenzlandarbeit über seine Gemeinde hinaus bekannt wurde. Neben seinem Pfarrdienst widmete er sich mit Hingabe der Landwirtschaft. Von Anfang an stand er im Gegensatz zum Nationalsozialismus; er kritisierte insbesondere die Rechtsüberschreitungen der NSDAP und ihre Willkürherrschaft. D. machte aus seinen Überzeugungen auch bei Kasualien keinen Hehl; so sprach er einmal bei der Beerdigung eines wegen Trunkenheit tödlich verunglückten, aus der Kirche ausgetretenen SA-Mannes offen über die antikirchliche Einstellung und das verantwortungslose Verhalten des Verstorbenen. In kleinem Kreis drückte er auch sein Bedauern über das Scheitern von Georg Elsers Attentatsversuch auf Hitler am 9.11.1939 aus.

Wegen seines Verhaltens geriet D. mehrmals in Konflikt mit den lokalen politischen Instanzen. Im März 1945 fanden diese endlich einen Grund, gegen ihn vorzugehen. Anlass war ein Telefongespräch, in



dem er bat, eine bereits seit längerem in seinem Pfarrhaus untergebrachte Hamburgerin mit vier Kindern, die schon in anderen Häusern Ungelegenheiten bereitet hatte, gegen andere Evakuierte auszutauschen. In seiner Erregung erhob D. dabei den Vorwurf, dass die Zuteilung der Flüchtlinge durchaus nicht in gerechter Weise erfolge. Dies wurde ihm so ausgelegt, als ob er sich geweigert habe, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Deswegen bestellte ihn die Gestapo in Heide (Holstein) am 9.3.1945 zum Verhör, von dem er nicht zurückkehrte. D. wurde in das „Arbeitserziehungslager Nordmark" in Kiel-Russee verbracht, das der Gestapo auch als Haftstätte für „Schutzhäftlinge" und politische Gefangene diente. Versuche kirchlicher Stellen, ihn freizubekommen, blieben vergeblich; das von seinem Bruder eingereichte Entlassungsgesuch wurde zu spät genehmigt.

Nach den Schilderungen eines Mithäftlings, der auch mitgehört hatte, dass eine Lagerangestellte zu einem SS-Mann sagte: „Wir werden den Pastor schon ins Jenseits befördern" (W. Oehme: Märtyrer, S. 230), wurde D. im Lager vom ersten Tage an ohne Rücksicht auf sein Alter und seine angeschlagene Gesundheit in heimtückischer Weise schikaniert. Er verstarb am 20.4.1945 im Krankenrevier des Lagers an einer schweren Magen-Darm-Erkrankung. Der Mitgefangene hatte D. als einen „herzensguten, aufrichtigen, gerechten Seelsorger" schätzen gelernt, dessen letzte Worte seinen Leidensgenossen galten, für die er beten wollte (ebd., S. 231).

Die Leiche D.s wurde ohne Sarg in einem Massengrab in Kiel-Eichhof verscharrt. Später öffnete eine internationale Kommission diese Gräber und identifizierte die Toten. So konnte D. am 20.9.1958 auf dem Friedhof seiner letzten Gemeinde begraben werden. In der Kirche in Süderhastedt erinnert ein Gedenkstein an ihn.

Quellen: Nordelbisches Kirchenarchiv Kiel: Bestand 12.03 Nr. 207 (Personalakte Dittmann).

Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 128–130; J. Erb: Blutzeugen, S. 103–105; W. Oehme: Märtyrer, S. 228–231.

Foto: B. H. Forck: Glauben (unnummerierte Bildseite).

C. Nicolaisen

Dohna-Schlobitten,
Heinrich Karl Waldemar Graf zu

** 15.10.1882 Waldburg (Samland, Ostpreußen), † 14.9.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Maria Agnes, geb. von Borcke, vier Kinder.

Verwalter des großen Landsitzes und der Familiengüter in Tolksdorf (Ostpreußen); 1901 Fahnenjunker beim 1. Leibhusarenregiment, dann Regimentsadjutant; 1914–1918 Kriegsteilnahme, Angehöriger des Generalstabs; 1919 Abschiednahme, Hinwendung zu landwirtschaftlichen, kommunalen und kirchlichen Aufgaben; 1939–1943 Kriegsdienst zunächst beim stellv. Generalkommando in Königsberg, dann Einsätze in Polen, Frankreich, Norwegen und Finnland, zuletzt als Generalmajor beim stellv. Generalkommando in Danzig; 1943 Abschiednahme.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und seinem militärischen Abschied 1920 beteiligte sich D. an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Ostpreußen, indem er als Gutsherr und Mitglied verschiedener kommunaler Körperschaften in seiner Heimat kommunale und kirchliche Aufgaben übernahm. 1921



wurde er als Ehrenritter in den evangelischen Johanniterorden aufgenommen, später stieg er zum Rechtsritter auf.

In Anerkennung seines allgemein bekannten Gerechtigkeitssinns, seines sozialen Gewissens und seiner Pflichttreue wurde D., dessen kluger Rat überall geschätzt wurde, bei Kriegsausbruch 1939 zum Chef des stellv. Generalkommandos in Königsberg berufen.

Veranlasst durch sein ablehnendes Urteil über das Hitlersystem versuchte er – teils unter hohem Risiko – befreundete Generäle zu wirksamen Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus zu veranlassen und die Bevölkerung in den besetzten Gebieten vor Willkürakten der SS zu bewahren, so etwa eine polnische Gutsbesitzerfamilie bei Radom vor der Erschießung wegen angeblichen verbotenen Waffenbesitzes.

Nachdem man 1943 Bodewin Keitel, den Bruder des Feldmarschalls Wilhelm Keitel, in Danzig zum Kommandierenden General ernannt hatte, setzte D. in einer höchst angespannten Situation seinen neuerlichen militärischen Abschied durch, weil er die politischen Auffassungen seines neuen Vorgesetzten nicht mittragen konnte.

Nach seinem Abschied hielt D. weiterhin Verbindung mit Offizieren der Opposition. Über Peter Graf Yorck von Wartenburg nahm er an Besprechungen des Kreisauer Kreises teil. Der frühere zweite Bürgermeister von Königsberg und Oberbürgermeister von Leipzig, Carl Goerdeler, war schon 1939 erfolgreich mit dem Anliegen an D. herangetreten, dass dieser nach einem Sturz des Hitlerregimes das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen übernehmen möge.

Das Vertrauen, das ihm in seinen engen Beziehungen zu konfessionellen und politischen Gruppen des Widerstandes entgegengebracht wurde, gründete sich gleichermaßen auf D.s hohe ethische Maßstäbe des „alten Preußen“, die allgemein bekannt waren, und auf sein frühes Einstehen für die Bekennende Kirche als Mitglied des Bruderrats.

Als Angehöriger der Gruppe um Goerdeler wurde er am 21.7.1944 zusammen mit seiner Ehefrau, einer Tochter und einem Sohn verhaftet und am 14.9.1944 vom Volksgerichtshof zu Tod und Ehrverlust verurteilt. Wenige Stunden später wurde das Urteil vollstreckt, ohne dass sich das Ehepaar vorher noch einmal gesprochen oder auch nur gesehen hätte. Im festen Vertrauen auf die Gegenwart Christi schrieb er in einem Abschiedsbrief an seine Frau: „Gott hat es so gefügt, ich folge Ihm. Er hat mich in dieser ganzen Zeit geführt. […] Ich bat in dieser schweren Zeit immer Christus, mich bei der Hand zu halten, Er tat es und hielt mich stark.“ (Brief an Marie-Agnes Gräfin zu Dohna-Schlobitten, 14.9.1944, zitiert nach H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider (Hrsg.): Nacht, S. 130 f.)

Literatur: U. Eich: Suizid, S. 547; Genealogisches Handbuch der Gräflichen Häuser A 4, S. 172 f.; H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider (Hrsg.): Nacht, S. 129 ff.; A. Leber/W. Brandt/K. D. Bracher (Hrsg.): Gewissen, S. 238–241; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 127 f.

Foto: GDW.

S. Roßteuscher

Dohnanyi,
Hans Johann Georg von, Dr. jur.

** 1.1.1902 Wien, † 9.4.1945 KZ Sachsenhausen.*
Verh. mit Christine, geb. Bonhoeffer, drei Kinder.
1920–1924 Jura-Studium in Berlin; 1924–1928 Assistent am

Institut für Auswärtige Politik, Promotion und Referendarausbildung in Hamburg; 1929–1932 und ab Juni 1933 Referent im Reichsjustizministerium in Berlin; 1934–1938 Leiter des Ministerbüros; 1938 Reichsgerichtsrat und Richter am Reichsgericht in Leipzig; 1941 Übernahme eines Vorstandspostens bei einer Bank und Entlassung aus dem Justizdienst auf eigenen Antrag.



Prägend für D.s Kinderjahre war das großzügig geführte und weltoffene Elternhaus in Berlin-Grunewald, das sein Vater – der international anerkannte Komponist und Musikprofessor Ernst von Dohnányi – zusammen mit der Mutter – einer Pianistin – führte. Beide Eltern stammten aus Ungarn, wohin der Vater 1913 nach der Trennung von seiner Familie zurückging. Die Mutter blieb mit Sohn und Tochter in nun beengten Verhältnissen in Berlin, wo D. das humanistische Grunewald-Gymnasium besuchte. Das protestantische Milieu seiner Freunde zog ihn an. 1916 entschied sich der katholisch getaufte D. für den evangelischen Konfirmandenunterricht. Sein späterer Schwager Gerhard Leibholz erinnerte sich, dass D. „voller Andacht" in der Kirche saß, um zu „hören, wie er sein tägliches Leben wirklich christlich führen" könnte (G. Leibholz: Dohnanyi, S. 139). Durch die Freundschaft mit Justus Delbrück kam D. mit den politischen Überzeugungen des Historikers Hans Delbrück in Berührung. Klaus Bonhoeffer öffnete D. die Tür zum Haus von Karl und Paula Bonhoeffer, deren Tochter Christine er 1925 heiratete.

Obwohl politisch sehr interessiert und von 1921–1928 im wissenschaftlichen Streit um die Kriegsschuldfrage engagiert, schloss D. sich nie einer politischen Partei an. Der DDP nahe stehend, lehnte er den Nationalsozialismus grundsätzlich ab. Hitler bedeutet Krieg – das war die alarmierende Zukunftsperspektive in der Familie am 30.1.1933. Den zu Gewalt und Mord bereiten fanatischen Antisemitismus hatte D. schon 1922 als ein Wesensmerkmal der nationalistischen Republikfeinde wahrgenommen. Wie Dietrich Bonhoeffer rechnete auch D. mit Kirchenverfolgungen und Märtyrertum unter Hitlers Regime. Vor allem zweifelte D. nicht daran, dass Hitlers Herrschaft das Ende des Rechtsstaates bedeuten würde.

Das Vertrauen, das der aus dem bayerischen Katholizismus stammende deutschnationale Reichsjustizminister Franz Gürtner ihm entgegenbrachte, bestärkte D. 1933 darin, im Amt zu bleiben. Vom offenkundigen Unrechtscharakter des NS-Staates umgetrieben, nutzte D. seine verantwortliche Stellung sowohl zur sachlichen, unideologischen Arbeit als auch zur praktischen Hilfe für Verfolgte. Von 1934–1938 führte D. das „Diensttagebuch" des Ministers als Dokumentation aller dem Ministerium auf dem Dienstweg angezeigten Rechtsbrüche von Parteigenossen, von Verfolgungsmaßnahmen gegen die Bekennende Kirche und der Verbrechen in den Konzentrationslagern. D. gehörte selbst nicht der Bekennenden Kirche an. Er unterstützte aber im Gespräch mit Dietrich Bonhoeffer und mit Friedrich Justus Perels, dem Justitiar des Bruderrates der Kirche der altpreußischen Union, die Bekennende Kirche in ihrem Rechtskampf. Er setzte sich 1940 für die Beendigung der Euthanasieaktionen ein. Und er beriet und stärkte wegen ihrer jüdischen Herkunft bedrängte Menschen, die bei ihm Hilfe suchten.

Ein „politisches Gutachten" der NSDAP stellte 1937 fest, D. habe „kein Verständnis für die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches, der er innerlich ablehnend gegenübersteht." D. halte die rassische Haltung des

Nationalsozialismus für unmöglich, „weil sie mit der christlichen Auffassung der evangelischen Kirche im Widerspruch stehe."

Im September 1938 schied D. auf Druck der NS-Parteikanzlei aus dem Ministerium aus. Den während der Staatsstreichvorbereitungen 1938 geknüpften Kontakt mit Oberst Hans Oster und Generalstabschef a. D. Ludwig Beck hielt D. aufrecht. Nach seinem Eintritt in das Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht auf Antrag von Oster im August 1939 arbeitete D. erneut aktiv an Umsturzvorbereitungen mit. 1942 organisierte er in Absprache mit Amtschef Admiral Wilhelm Canaris und mit Oster die Rettung von insgesamt vierzehn zur Deportation bestimmten jüdischen Bekannten und Freunden im Rahmen des sog. „Unternehmen Sieben".

Am 5. 4. 1943 wurde D. wegen angeblicher Devisenvergehen verhaftet. In der Haft fand er Halt in der Bibel und besonders in der Passionsgeschichte. Die systematischen Rechtsbrüche von NSDAP und NS-Staat, die organisierte Judenvernichtung sowie die Kirchenverfolgung und der aggressive Wille zum Krieg bedeuteten für ihn eine permanente Verletzung der Zehn Gebote. Die Zehn Gebote aber und die Bergpredigt erschienen D. von Jugend auf „als die selbstverständliche Grundlage eines anständigen Lebens" (G. Leibholz: Dohnanyi, S. 139). Am 6. 4. 1945 wurde der infolge der unmenschlichen Haftbedingungen schwer erkrankte D. durch ein SS-Standgericht im KZ Sachsenhausen wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und dort am 9. 4. 1945 hingerichtet.

Quellen: BArch Koblenz N 2358.

Literatur: E. Chowaniec: Fall; G. Leibholz: Dohnanyi; W. Meyer: Unternehmen; M. Smid, Dohnanyi (Lit.!); H. E. Tödt: Bonhoeffer-Dohnanyi-Kreis (1993).

Foto: M. Smid: Dohnanyi, S. 68.

M. Smid

Draeger, Margarete, geb. Lubowski



** 30. 8. 1895 Essen, † August 1944 KZ Auschwitz.*

Verh. mit Walter Draeger, 1934 aus rassischen Gründen geschieden.

1915 Abitur in Berlin; 1915–1921 Mathematik-, Physik-, Philosophie-Studium für Lehramt in Berlin und Heidelberg; Dezember 1922 Lehramtsprüfung; 1924–1926 Referendarin; 1926 Pädagogische Prüfung; 1926–1930 Assessorin an mehreren Lyzeen in Berlin; 1. 10. 1930–23. 8. 1933 Studienrätin an der Sophienschule (Lyzeum) in Berlin; Zwangspensionierung; 1938–1940 „Büro Pfarrer Grüber"; 1940–1942 Lehrerin und Leiterin der Familienschule; 1942 (?) Zwangsarbeit bei Siemens & Halske, Wernerwerke; Dezember 1942– Juli 1944 Illegalität.

D. wuchs in einem protestantischen Elternhaus auf, in dem über die jüdischen Vorfahren nichts bekannt war bzw. nicht gesprochen wurde. Nach den NS-Gesetzen war sie „Volljüdin". Im August 1933 wurde sie nicht aufgrund von § 3 des Berufsbeamtengesetzes, dem sog. „Arierparagraphen" vom 7. 4. 1933, zwangspensioniert, sondern nach § 1 des Gesetzes über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten vom 30. 5. 1932: Verheiratete weibliche Reichsbeamte kann die vorgesetzte Dienstbehörde jederzeit entlassen, wenn die wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint. Das war offenbar nur ein Ausweichmanöver, denn sonst hätte sie nach der Scheidung wieder eingestellt werden müssen.

An die Zeit, als D. Studienrätin an der Sophienschule in Berlin war, erinnerten sich Schülerinnen noch nach sechzig Jahren. Die in Paris lebende Rechtsanwältin Margot Jacob-Philipp, die als Jüdin 1939 Deutschland verließ, schrieb 1990: „Das tragischste Band an die Sophienschule sollte mich an unsere Mathematiklehrerin, Margarete Draeger, knüpfen. [Als] eingefleischte Demokratin hatte sie uns während des Unterrichts von der Frauenbewegung gesprochen, von Gertrud Bäumer, auch von ihrer Werkstudentenzeit. Sie stammte aus dem Rheinland. Als Protestantin großgezogen, war ihr ihre ‚nicht-arische Herkunft' unbekannt gewesen. Sie wurde umgehend aus dem Staatsdienst entlassen. Dies umso kampfloser, als ihr ‚arischer' Ehemann, den sie als Werkstudentin miternährt hatte, sich nun schleunigst von ihr scheiden ließ. Sie schadete ihm bei seiner Karriere als Ingenieur […] Zum Judentum überzutreten, um wenigstens an jüdischen Schulen unterrichten zu dürfen, lehnte sie ab. Sie sei nun mal als Protestantin großgezogen worden und hätte es nicht nötig, Dinge ohne Überzeugung zu tun." (H.-R. Sandvoß: Mitte und Tiergarten, S. 163) Für Ilse Rewald war sie „eine Persönlichkeit, der sich keine meiner Mitschülerinnen entziehen konnte. […] Die Gespräche mit ihr sind unvergessen." (Brief v. 31.7.1989) Und Dr. Hilde Langhans erinnerte sich: „Frau Draeger […] erreichte uns durch ihr großes fachliches Wissen und ihr ‚umfassendes' Wesen, umfassend und lassend. Wir lernten Selbstentscheidung ohne Reglementierung." (August 1989)

D. habe – 1934? – einen Nervenzusammenbruch erlitten. Während der Heilung mittels C. G. Jungs Psycho-Analyse sei ihre „Begabung für die Bildhauerei zu Tage gekommen, die ihre Tage nun füllte" (Jacob-Philipp). Im Dezember 1938 gehörte sie zu den ersten Mitarbeitern Pfarrer Heinrich Grübers in Berlin und leitete in der Hilfsstelle für evangelische Rasseverfolgte die Abteilung „Kinderverschickung". Als die Hilfsstelle von der Oranienburger Straße 20 in die größeren Räume An der Stechbahn 3–4 verlegt werden musste, wurde diese Abteilung ein Referat der „Wanderungsabteilung", die Paul Heinitz leitete. Nach dem Geschäftsplan von 1940 war D. zuständig für die „Kinderverschickung ins Ausland, […] Auffindung und Prüfung neuer Auswanderungsmöglichkeiten einschließlich der Bereitstellung von Devisen im Ausland für Passagen, Landungsgelder und dergleichen, Auswanderungsstatistik." (LKA Nürnberg) Zugleich war D. seit Mai 1939 Geschäftsführerin des „Zentralausschusses für die Verschickung nichtarisch-christlicher Kinder", in dem je ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der drei Berliner Hilfsstellen – Büro Grüber, Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat und Internationales Sekretariat der Quäker – zusammenarbeiteten. Die zentrale Vergabe der Visa bzw. Plätze erfolgte durch die Jüdische Gemeinde. In Briefen findet sich die Klage, dass die christlichen Hilfsstellen für von ihnen betreute Kinder nur wenige Visa bekamen. Jacob-Philipps berichtete, dass D. sie um Intervention in der Jüdischen Gemeinde bat und danach einige Visa bekam.

Zunächst nebenher unterrichtete D. Mathematik, aber auch Deutsch und Englisch an der Familienschule, einer Einrichtung für evangelische und katholische rassisch verfolgte Kinder, die öffentliche Schulen nicht mehr besuchen durften. Ihre Art des Unterrichtens, ohne auf die Schüler und Schülerinnen einzugehen, auch auf offensichtliche Scherze nicht zu reagieren, wurde als schrecklich langweilig empfunden. Nach Schließung des Büros Grüber im Dezember 1940 übernahm D. auch die Leitung der Schule. Die Zeugnisse unterschrieb sie an Stelle von Vikarin Klara Hunsche, die bisher für die Bekennende Kirche diese Aufgabe wahrgenommen hatte (E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/2, S. 149). Das könnte eine Forderung der Gestapo gewesen sein, dass die Leiterin selber zum Kreis der rassisch Verfolgten gehören müsse. Als die Schule im Oktober 1941 geschlossen werden sollte, dann aber verkleinert in zwei Sonderklassen in die Erste Jüdische Volksschule, Kaiserstraße 29/30, überführt wurde, waren Margarete Draeger und Lilly Wolff die beiden Lehrerinnen, die zugelassen wurden und damit der Aufsicht der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin unterstanden (E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 218).

Im Januar oder Februar 1941 soll D., nach einem Bericht von Pfarrer Adolf Kurtz, „mit großem Mut einen hohen General bewogen [haben], sich einzusetzen, als die Judenschlachtungen begannen". Die Gestapo habe Pfarrer Werner Sylten für den Urheber gehalten und verhaftet. Er sei „stellvertretend für Frau Draeger gestorben" (A. Kurtz: Schattenbeschwörung, S. 7). Dabei kann es sich nur um das „anonyme Flugblatt über das angebliche Elend der christlichen Juden in Österreich" handeln, das auf Syltens Haftbefehl als

Grund für die Verhaftung am 27.2.1941 angegeben wurde (B. Köhler: Welt, S. 62).

Nach der Schließung aller jüdischen Schulen, damit auch der Sonderklassen, am 30.6.1942 wurde D. zur Zwangsarbeit verpflichtet. Um der Deportation zu entgehen, tauchte sie ab Dezember 1942 unter, hielt aber noch Kontakt zum Beispiel zu Ilse Rewald, gab Privatunterricht und half anderen. Möglicherweise ist sie dadurch im Juli 1944 entdeckt und verhaftet worden. Vom Sammellager Schulstraße 78 aus wurde sie am 10.8.1944 mit dem 56. Osttransport ins KZ Auschwitz deportiert und ermordet.

Quellen: LKA Nürnberg: Kirchliche Hilfsstelle für nichtarische Christen München; Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin: Personalblatt für M. Draeger von 1930; Bericht von Margot Jacob-Philipp vom 3.9.1990 (masch.); Inge Puls, Tagebuch 1940/41; Adolf Kurtz, Schattenbeschwörung am 20. Juli 1964 (masch.); BLha Potsdam, Rep. 36A (II) 7454: Vermögenserklärung für M. Draeger v. 29.7.1944; Korrespondenz und Gespräche mit Ilse Rewald und Hilde Langhans.

Literatur: K. Hunsche: Familienschule; B. Köhler: Welt; H. Ludwig: Geschichte; H.-R. Sandvoß: Mitte und Tiergarten; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bde. 3/1, 3/2, 4/1.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig



Elsas, Fritz, Dr. rer. pol.

* *11.7.1890 Cannstatt (heute Stuttgart-Bad Cannstatt),* † *4.1.1945 KZ Sachsenhausen.*

Verh. mit Marie, geb. Scholl, drei Kinder.

1908–1912 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Berlin und Tübingen, staatswissenschaftliche Dissertation in Tübingen; 1.2.1915 Eintritt in die Stadtverwaltung Stuttgart; Leiter des Mehlhauptamts, später Lebensmittelamt genannt; 1919–1925 städtischer Rechtsrat; 1925 Leiter des städtischen Personalamts; 1924–1926 Landtagsabgeordneter der DDP; 1926 Vizepräsident und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen und Preußischen Städtetags; 1931 Zweiter Bürgermeister von Berlin; 1933 wegen „nichtarischer" Abstammung in den Zwangsruhestand versetzt; ab 1934 in der Beratung von auswanderungswilligen Deutschen tätig.

E. stammte aus einer jüdischen Familie, die Ende des 18. Jahrhunderts aus dem Elsass nach Württemberg eingewandert war. Er war Sohn eines sozial eingestellten Textilunternehmers in Cannstatt. Während seiner Studienzeit konvertierte E. zum Christentum. Möglicherweise wurde er dabei von seiner aus einem christlichen Elternhaus stammenden Stiefmutter beeinflusst. 1915 wurde er in Stuttgart-Berg kirchlich getraut. Während der Studienzeit beteiligte er sich an Unterrichtskursen für Arbeiter. Eine geplante Universitätslaufbahn zerschlug sich. Kurz nach der Fertigstellung der Habilitationsschrift brach der Erste Weltkrieg aus. E. meldete sich freiwillig zur Armee, wurde aber wegen seiner Kurzsichtigkeit mehrfach abgewiesen. Als Beamter der Stadt Stuttgart organisierte er die Lebensmittelversorgung Stuttgarts mit großem Geschick. 1921 trat E. der linksliberalen DDP bei. Für sie nahm er zwei Jahre lang ein Mandat als Landtagsabgeordneter wahr. Im Landtag engagierte er sich als Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Als Vizepräsident des Städtetags kam E. in freundschaftlichen Kontakt mit dem damaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler (DNVP), obwohl beide in unterschiedlichen politischen Lagern standen. Ab 1931 fungierte E. als Zweiter Bürgermeister von Berlin. E. gehörte zu den bedeutendsten und fähigsten Kommunalpolitikern der Weimarer Republik. Ihm lag in der Spätphase der Weimarer Republik vor allem daran, die politische

Mitte gegen die radikalen Partien auf der Rechten und der Linken zu aktivieren.

Für den „Volljuden“ und überzeugten Demokraten konnte es im „Dritten Reich“ kein öffentliches Amt mehr geben. Schon Mitte März 1933 suchte E. um seine Beurlaubung nach, die ihm auch gewährt wurde. Endgültig zwangspensioniert wurde er dann am 12.9.1933 aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, § 3 („Beamte, die nicht arischer Herkunft sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen.“).

Er richtete 1934 am Pariser Platz in Berlin ein Beratungsbüro für Auswanderungswillige, vor allem Juden ein. E. nahm keine Rufe ins Ausland an. Er sah „in Deutschland seiner und seiner Kinder Heimat“ (Theodor Heuss). Er blieb bis 1937 unbehelligt, vor allem deshalb, weil er durch seine Ehe mit einer „Arierin“ relativ geschützt war. 1937 saß E. ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, weil man meinte, ihm Verstöße gegen die Devisenbestimmungen nachweisen zu können. Er wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Sein Büro verlegte er nun in sein Wohnhaus in Berlin-Dahlem. Spätestens mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs musste Elsas jede berufliche Tätigkeit einstellen. Veröffentlichen konnte er, der vor 1933 viele Publikationen vorgelegt hatte, schon seit 1933 nichts mehr. Er verfasste autobiographische und biographische Skizzen. Seine geschichtlichen Darstellungen sind nicht erhalten geblieben.

Es zeugte von großem Mut, dass E. sich 1934 der liberalen Widerstandsgruppe um die früheren DDP-Politiker Ernst Strassmann und Hans Robinsohn anschloss. Die Aktivitäten dieser Gruppe galten weniger dem Umsturz als vielmehr der Ordnung Deutschlands nach dem Ende des „Dritten Reichs“. Das Grundsatzprogramm der Gruppe ist verloren gegangen. Aus einer erhalten gebliebenen Denkschrift von Robinsohn von 1939 ist zu erschließen, „dass die Robinsohn-Strassmann-Gruppe im Gegensatz zur dominierenden Strömung des Widerstands von einem realistischen, modernen, städtisch-geprägten Gesellschaftsbild ausging, wenngleich sie für eine Übergangszeit zu erheblichen autoritären Zugeständnissen bereit war“ (H. R. Sassin: Liberale).

Nach 1937 nahm die Gruppe Robinsohn-Strassmann Verbindung zu anderen Widerstandsgruppen auf; E. konnte seine Kontakte zum Solf-Kreis, zu Wilhelm Leuschner und vor allem zu Carl Goerdeler einbringen. E. hat wohl ein Gutachten über wirtschafts- und arbeitsrechtliche Fragen für Goerdeler ausgearbeitet und auch die Proklamation verfasst, mit der Goerdeler nach geglücktem Attentat an die Öffentlichkeit treten sollte. Goerdeler hatte E. als Leiter der Reichskanzlei vorgesehen. Goerdeler versuchte bei seinen Verhören durch die Gestapo, E. zu entlasten. E. war in die Schusslinie der Gestapo geraten, weil er Goerdeler bei dessen Flucht zwei Tage in seinem Haus aufgenommen hatte und von einem Nachbarn denunziert worden war. E. wurde wohl am 10.8.1944 ins berüchtigte Zellengefängnis Moabit in der Lehrter Straße 3 eingeliefert. Er wurde bei den Verhören gefoltert, belastete aber niemanden. Am 28.12.1944 wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. Dort wurde er mit hoher Wahrscheinlichkeit am 4.1.1945 erschossen. Laut Reichsanzeiger vom 18.1.1945 gab die Gestapo bekannt, dass „der gesamte Nachlaß des Juden Fritz Israel Elsas [...] zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen“ wurde. E. hat seinen Einsatz für den liberalen und sozialen Rechtsstaat mit dem Leben bezahlt.

Literatur: W. Benz: Widerstandsgruppe; H. R. Sassin: Liberale; M. Schmid: Rathaus; Ders.: Demokrat; J. Thierfelder: Elsas.
Foto: M. Schmid: Rathaus, Bild 20.

J. Thierfelder

Elser, Johann *Georg*

** 4.1.1903 Hermaringen/Württemberg, † 9.4.1945 KZ Dachau.*

Ledig, ein Sohn.

Volksschulabschluss Königsbronn 1917; erst Eisendreher-, dann Schreinerlehre in Königsbronn; 1922 Gesellenprüfung, 1922–1932 Arbeiter u.a. in Konstanzer und Meersburger Uhrenfabriken sowie in der Schweiz; 1932–1936 Arbeitslosigkeit, Mithilfe in der elterlichen Landwirtschaft, eigene kleine Schreinerwerkstatt und Gelegenheitsarbeiter; 1936–1939 Arbeiter in einer Heidenheimer Armaturen- und Rüstungsfabrik; 1939 Hilfsarbeiter in einem Steinbruch in Königsbronn; ab August 1939 in München.

E. wuchs im württembergischen Königsbronn in einer evangelischen Familie auf. E. spielte Flöte, Ziehharmonika, Konzertzither und Streichbass und war



in Musik- und Trachtenvereinen aktiv. Er war nicht verheiratet, hatte aber mit seiner Freundin Mathilde Niedermann den Sohn Manfred (geboren 1930), zu dem er nach der Heirat dieser Freundin keinen Kontakt mehr hatte.

Politisch stand E. vor 1933 der KPD nahe, weil diese den Arbeitern bessere Lebensbedingungen versprach. Zeitweise war er 1928/1929 in Konstanz eher passives Mitglied des „Roten Frontkämpferbundes". Aus kommunistischen bzw. sozialistischen und christlichen Motiven heraus wurde er zum Gegner des NS-Staates, weil dieser die Rechte der Menschen missachtete. Durch die Kriegspropaganda in der Sudetenkrise im Herbst 1938 erkannte E., dass Hitlers Politik zum Krieg führen musste. Als verschwiegener Einzelgänger plante er von nun an systematisch die „Beseitigung der augenblicklichen Führung", um den Krieg zu verhindern. An seinem Arbeitsplatz entwendete er über Monate Schießpulver. Im März 1939 kündigte er seinen sicheren Arbeitsplatz, um als Hilfsarbeiter in einem Steinbruch Kenntnisse im Sprengen zu erwerben und Sprengpatronen zu entwenden. Dann kündigte er im August 1939 auch hier und zog nach München. Während er vom Verkauf seiner Musikinstrumente und seiner Werkstatteinrichtung lebte, ließ er sich in mehr als 30 Nächten im Münchener Bürgerbräukeller einschließen. In dem Saal, in dem alljährlich Hitler am 8.11. zum Jahrestag seines Putsches von 1923 vor „alten Kämpfern" der NSDAP sprach, höhlte er die Säule hinter dem Rednerpult aus. In der Zeit seiner Attentatsvorbereitungen suchte E., der vorher nur selten Gottesdienste besucht hatte, häufig Kirchen auf, zum Sonntagsgottesdienst und auch werktags, um dort ein Vaterunser zu beten. Im Verhör räumte er einen Zusammenhang zwischen seinen Kirchenbesuchen und dem Anschlag ein. Das Verhörprotokoll gibt seine Aussagen folgendermaßen wieder: „Es ist schon so, daß ich nach einem Gebet immer wieder etwas beruhigter war. Wenn ich gefragt werde, ob ich die von mir begangene Tat als Sünde im Sinne der protestantischen Lehre betrachte, so möchte ich sagen, ‚im tieferen Sinne, nein!'. […] Ich wollte ja auch durch meine Tat ein noch größeres Blutvergießen verhindern. […]. [Ich] glaube, daß die deutsche Regierung die in Deutschland bestehenden Kirchen […] abschaffen will. […]. Der Arbeiter […] ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder und auch in religiöser Hinsicht kann er sich nicht mehr so frei betätigen. Ich denke hier insbesondere an die Tätigkeit der Deutschen Christen." (J. G. Elser: Autobiographie, S. 74–76, 79 f.)

Mit einem von E. konstruierten Zeitzünder detonierte der Sprengkörper am 8.11.1939 um 21.20 Uhr und zerstörte einen Großteil des Saales. Acht Personen starben, mehr als 60 weitere waren verletzt. Hitler entging dem Anschlag, weil er seine Rede ungewöhnlich früh beendet hatte. Wegen der Witterungsbedingungen konnte er nicht das Flugzeug, sondern musste den Zug zur Rückreise nach Berlin nehmen.

E. versuchte am Tag des Anschlags illegal die Schweizer Grenze bei Konstanz zu überschreiten, wurde aber dabei verhaftet. Als die Gestapo immer mehr Indizien für seine Beteiligung an dem Attentat fand, legte er ein volles Geständnis ab. Hitler und Heinrich Himmler glaubten aber nicht an die Tat eines Einzelgängers und ließen E. in Gestapoverhören in Berlin foltern, um die vermuteten Hintermänner zu ermitteln. Obgleich E. bei seiner Version blieb, wurde über die Presse verbreitet, E. habe im Auftrag des englischen Geheimdienstes gehandelt. Als Sonderhäftling kam E. 1940 im KZ Sachsenhausen in Einzelhaft, wohl um ihn nach dem Endsieg in einem Schauprozess gegen die Hin-

termänner zu verwenden. Diese Sonderbehandlung ließ unter den Mithäftlingen Gerüchte entstehen, E. habe in Wirklichkeit nur ein Scheinattentat im Auftrage Hitlers durchgeführt, um die Kriegsstimmung anzuheizen und Hitlers Schutz durch die Vorsehung zu belegen. Auch Pfarrer Martin Niemöller verbreitete nach Kriegsende solche Legenden. Um die Jahreswende 1944/45 verlegten die Nationalsozialisten E. ins KZ Dachau, wo er auf Weisung Himmlers am 9. 4. 1945 ohne Prozess von einem SS-Mann erschossen wurde.

Literatur: J. G. Elser: Autobiographie, S. 74–76, 79 f. (es handelt sich hier nicht um autobiographische Aufzeichnungen Elsers, sondern um Verhörprotokolle, die in der Regel über weite Strecken keine wörtliche Wiedergabe der Aussagen sind); L. Gruchmann: Georg Elser; H. G. Haasis: Elser, S. 180 f. (Lit.!); P. Steinbach/J. Tuchel: Elser.

Foto (Ausschnitt): H. G. Haasis: Elser, Buchcover und S. 73.



B. Mensing

Feldmann, Winfried

* *9. 3. 1910 Beekhuizen (Niederländisch-Guayana),* † *17. 12. 1942 Baturino (UdSSR).*

Verh. mit Edith, geb. Härter, ohne Kinder.

1928 Abitur in Hann. Münden; 1928–1933 Theologiestudium in Bethel, Greifswald, Göttingen und Bonn; 1933 I. Theol. Prüfung Hannover, 1933/34 Vikar der deutschen luth. Kirche in Paris; 1934–1936 Predigerseminar Kloster Loccum; 1936 II. Theol. Prüfung und Ordination; 1936–1937 Austauschvikar in Freudenstadt und Heilbronn (Württemberg); 1937–1939 Hilfsprediger in Lautenthal (Harz), 30.04.1939 Entlassung aus dem Dienst der Landeskirche Hannovers, danach Privatvikar in Fürstenhagen, seit 14.9.1939 Wehrmacht.

F. wurde in seinem Elternhaus durch eine starke persönliche Frömmigkeit und zugleich Weltoffenheit geprägt. Im Mittelpunkt seiner theologischen Arbeit stand das Studium der Heiligen Schrift. In seinen Predigten bezog er die Texte auf konkrete Zeitfragen. Das Handeln musste der Heiligen Schrift entsprechen. Er akzeptierte weder autoritäre Anordnungen noch Kompromisse und wollte bei abweichender Meinung allein durch die Heilige Schrift widerlegt werden. So trug er bereits auf dem Predigerseminar 1936 Bischof August Marahrens persönlich seine Bedenken gegen dessen staatsloyale Kirchenpolitik vor. Im April 1938 wollte die Hannoversche Landeskirche durch den Treueid der Pastoren auf Hitler die Deutschen Christen in der politischen Loyalität noch übertreffen. F. lehnte diesen Eid als mit dem Ordinationsgelübde unvereinbar ab und begründete seine Sicht in Thesen, Gutachten, Briefen. Seine wiederholte Bitte um ein Gespräch mit dem Bischof oder einem Mitglied der Kirchenleitung wurde nicht erfüllt. Die Eidforderung wurde immer wieder erneuert, obwohl längst bekannt war, dass der Staat diesen Eid ablehnte.

Nicht nur in der Frage des Treueids bestand ein Dissens. Im August 1938 verwarf F. auch die Absicht der Kirchenleitung, durch eine geistliche Leitung für die Deutschen Christen zur inneren Befriedung beizutragen. Damit würde die Unterscheidung von Lehre und Irrlehre liquidiert. Weitere Kritikpunkte kamen hinzu. In einer Predigt am 4. 9. 1938 stellte F. enttäuscht fest, dass als „Feinde der Kirche und Verstörer des Volkes heute die Männer gelten, die sich dem glaubensschwachen oder glaubenslosen Gebahren der Kirche entgegenstellen und ihnen Gottes Wort entgegenhalten“ (H. Ludwig: Wahrheit, S. 121). F. hatte Verbindung zu Kreisen, die der bruderrätlichen Bekennenden Kirche nahestanden (Osnabrücker Kreis, Württembergische

Sozietät, Bruderschaft der Vikare und Hilfsprediger im Rheinland u. a.). Er trug wesentlich zur Entstehung der „Hannoverschen Pfarrbruderschaft“ bei. Im Unterschied zur Bekenntnisgemeinschaft Hannovers kritisierte die Pfarrbruderschaft das der Heiligen Schrift widersprechende Handeln von Bischof Marahrens, z. B. als er im Juni 1939 die fünf „Grundsätze für eine den Erfordernissen der Gegenwart entsprechende neue Ordnung der DEK“ von Reichskirchenminister Hanns Kerrl unterzeichnete (KJ 60–71, 1933–1944, ²1976, S. 290 f., 294–296).

F. gehörte in der Hannoverschen Landeskirche in der NS-Zeit zu den wenigen entschiedenen Zeugen Jesu Christi und kompromisslosen Kritikern des Weges der Landeskirche. Die Kirchenleitung entledigte sich dieses Bekenners, indem sie am schwächsten Glied ein Exempel statuierte: Sie entließ den in seinem Gewissen gebundenen, noch nicht fest angestellten Hilfsprediger ohne Schutz und Hilfe zum 30. 4. 1939. Sein Schulfreund, Pastor Karl Adolf Stisser, übertrug ihm – kirchenrechtlich illegal – als eine Art Privatvikar die Vertretung von zwei seiner fünf Gemeinden: Fürstenhagen und Offensen. Auch nach Kriegsbeginn war Marahrens nicht bereit, F. wieder als Hilfsgeistlichen aufzunehmen: „Die Verweigerung des Eides wird immer wieder Anlass sein, hinsichtlich der Treue gegen Führer und Reich Bedenken zu erheben“, schrieb Marahrens am 21. 10. 1939 an Stisser (H. Ludwig: Wahrheit, S. 118). So musste F. ohne den Schutz der Kirche, der jedem DC-Pfarrer bedenkenlos gewährt wurde, und ohne finanzielle Absicherung seiner Frau in den Krieg ziehen. Am 17. 12. 1942 fiel er an der Ostfront. Sein Freund, Pastor Wilhelm Wedekind, schrieb im Rückblick auf den Weg der Landeskirche nach 1945: „Winfried Feldmann, […] recht eigentlich der bewegende und antreibende Kopf in unserer Mannschaft, […] hat uns nach dem Kriege wie nur einer gefehlt.“ (Ebd., S. 126) Die Hannoversche Landeskirche hat nach 1945 weder im „Fall Feldmann“ Fehler eingeräumt noch gegenüber der Witwe eine Bereitschaft zur Wiedergutmachung signalisiert.

Quellen: LKA Hannover Best. N 25; LKA Bielefeld Best. 5,1-330; Sammlung Feldmann bei H. Ludwig.

Literatur: KJ 60–71, 1933–1944, ²1976, S. 290 f., 294–296; H. Ludwig: Wahrheit, S. 105–126.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig

Finckh, Julius Heinrich *Eberhard*

** 7. 11. 1899 Kupferzell, † 30. 8. 1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Annemarie, geb. von Weyrauch, drei Kinder.
1916 Kriegsfreiwilliger, Unteroffizier; 1919 Studium der Ingenieurwissenschaften an der Technischen Hochschule Stuttgart; 1920 Eintritt in die Reichswehr, Offizierslaufbahn; Truppendienst in Ludwigsburg und Ulm; 1923 Leutnant; 1937 Kriegsakademie Berlin: Ausbildung zum Generalstabsoffizier, Hauptmann; 1939 Generalstabsoffizier (Ib) im Polenfeldzug, Major; 1940 Generalquartiermeister OKH, Verbindungsoffizier zur 6. Armee im Frankreichfeldzug, Oberstleutnant; 1942 Oberquartiermeister 6. Armee, Russland; 1943 Oberquartiermeister Heeresgruppe Süd, Oberst i. G.; 1944 Oberquartiermeister beim Oberbefehlshaber West, Paris.

Als Sohn eines Hausarztes wuchs F. zusammen mit zwei Schwestern im Schwäbischen Kupferzell auf. Nach dem Notabitur 1916 ging er als Kriegsfreiwilliger zur Artillerie und nahm am Ersten Weltkrieg, in dem er beim Fronteinsatz mit dem EK 2 ausgezeichnet wurde, teil. Nach Kriegsende begann F. zunächst ein Studium der Ingenieurwissenschaften an der TH Stuttgart, trat dann aber mit dem Ziel des Berufsoffiziers in das AR 5 in Ludwigsburg ein.

Von der Machtübernahme Hitlers zeigte sich F. nicht begeistert, vielmehr weigerte er sich, seine Batterie mit „Heil Hitler“ zu begrüßen, sondern fand dafür die Formel „Heil Artillerie“ (F. Funk-Finckh: Portraits, S. 87). So überliefert Oberst i. G. a. D. Nolte, der in den Jahren 1936–1938 mit F. seinen Dienst in Ulm versah, in seinen Erinnerungen: „[…] Wir sind in jenen Jahren eigentlich sämtlich, ohne weiter darüber zu reden, gute Patrioten gewesen und standen der NSDAP i. a. skeptisch gegenüber […]“ (ebd., S. 88). Darüber verkörperte F. den Typ eines väterlichen, aber strengen und gerechten Vorgesetzten, der bei den ihm anvertrauten Soldaten wie auch in seinen späteren Verwendungen nicht nur wegen seines überragenden Organisationstalents als Nachschuboffizier, sondern wegen seines fürsorglichen Wesens große Anerkennung genoss. Seit den Jahren auf der Kriegsakademie verband ihn mit C. v. Stauffenberg, der später Pate seiner Tochter wurde, wie auch mit Albrecht Ritter Mertz v. Quirnheim eine enge Freundschaft, die sich auch im aktiven Widerstand bewähren sollte. Die Abneigung gegen das



NS-Regime wurde verstärkt durch die Fritsch-Affäre und den Rücktritt seines früheren Ulmer Vorgesetzten L. Beck. Erste Widerstandsgedanken hatte F. 1939 einer befreundeten jüdischen Familie mitgeteilt, wobei er auch seine Kontakte zu Oster erwähnte.

Getragen wurde F., der sich zwischenzeitlich auch mit der Anthroposophie R. Steiners beschäftigt hatte, von einem christlichen Glauben, mit dessen Fragen er sich auch im harten Kriegsalltag beschäftigte. „In vielen Briefen an seine Frau schrieb er vom Heerespfarrer und dessen Predigten." (Ebd., S. 93) Sein Adjutant Wilhelm Ernst überliefert, dass F. nach langer und schwerer Überlegung zur Überzeugung des Tyrannenmordes gekommen sei. Nachdem Ernst ihn auf die eigene Chance, Hitler zu erschießen, hingewiesen hatte, schlug F. die Bibel auf und verwies ihn auf das Gebot „Du sollst nicht töten." „Er hatte mir", so Ernst weiter, „mit dem ganzen heiligen Ernst, der ihn in entscheidenden Dingen beseelte, noch einmal die Frage gestellt: ‚Weißt du auch, was du willst und was Du verantworten mußt?' Ich wußte es. In der folgenden Nacht hat er mir dann von seinem Freunde, dem Grafen Stauffenberg, erzählt und von dem Plan der Verschwörung." (Wilhelm Ernst an Ricarda Huch am 12.1.1947, BA/NL 166/155 [Ritter])

Ganz bewusst hatte sich F. dem Widerstand zur Verfügung gestellt und bereits 1943 seiner Frau für alle Rechtsgeschäfte Generalvollmacht erteilt. Nach der Entlassung Mansteins, den F. 1943 vergeblich auf die wahre Kriegssituation und auch auf die Massenmorde des SD und der SS im rückwärtigen Heeresgebiet aufmerksam gemacht hatte, bemühte er sich um eine Versetzung. Diese erfolgte, nachdem Stauffenberg ihn umfassend in die Attentatspläne eingeweiht hatte, bewusst auf den Posten des Oberquartiermeisters beim OB West, wo F. u. a. Rommel über die Vorbereitungen des geplanten Staatsstreichs informierte. Nach dem missglückten Attentat musste der erfolgreich in Paris angelaufene Umsturzversuch abgebrochen werden. F., der entschlossen an diesem mitgewirkt hatte, wurde sieben Tage danach verhaftet, zusammen mit seinen Pariser Kameraden Stülpnagel und Linstow vom VGH zum Tode verurteilt und am 30.8.1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Quellen: BArch Koblenz, N 1166/155 (NL Ritter): Wilhelm Ernst an Ricarda Huch am 12.1.1947.
Literatur: H. Bücheler: Stülpnagel, S. 293; F. Funk-Finckh: Portraits (Lit.!); A. Stahlberg: Pflicht, S. 341–345.
Foto: H. Bücheler: Stülpnagel (Bildteil ohne Seitenzahl).

H.-J. Ramm

Fischer, Martin

** 31.10.1895 Kalbsrieth/Thüringen, † Ende 1945 Lager Buchenwald (?).*

Verh. mit Hedwig Elisabeth Hilde, geb. Hartung, eine Tochter.

Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg (Kompanieführer); nach dem Krieg Studium der Chemie und Landwirtschaft, danach praktische Tätigkeiten; 1925–1929 Theologiestudium in Jena; 7.4.1929 Ordination in Eisenach; 1930 II.Theologische Prüfung; 1930 bis Febr. 1932 Pfarrer in Linda bei Wolfersdorf Kkrs. Greiz, ab 1.3.1932 in Reinsdorf/Kkrs. Artern; Mitglied des Stahlhelms; ab 15.5.1938 Pfr. in Blankenberg/Kkrs. Ziegenrück.

F.s Vater war Pfarrer in Kalbsrieth. Als Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg (beim Jägerregiment

zu Pferde Nr. 6) wurde F. mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse ausgezeichnet. Man beförderte ihn zum Leutnant und Kompanieführer. Das Abitur konnte er erst 1918 in Rudolstadt ablegen. Nach dem dreisemestrigen Studium heiratete er 1921 Hedwig Elisabeth Hilde Hartung, Tochter des Oberstudienrates Dr. Hugo Hartung. Wegen der Inflation arbeitete F. zunächst in praktischen Berufen und als Volontär bei der Thüringer Staatsbank, ehe er 1925 mit dem Theologiestudium in Jena beginnen konnte, das er 1929 mit der I. Theologischen Prüfung abschloss.

Als Pfarrer in Reinsdorf gehörte er zur „Bekenntnisfront“ (1935) und fiel durch Proteste gegen den Nationalsozialismus auf. In einem Artikel der „Mitteldeutschen Nationalzeitung“ vom 30.1.1934 wurde er denunziert, sich mit den Pfarrern des Kirchenkreises geeinigt zu haben, nicht der NS-Volkswohlfahrt beizutreten, solange der Kirchenstreit tobe. Er wurde als Reaktionär bezeichnet, der das Christentum nicht gegen den Bolschewismus verteidigt habe – und der „unsere Arbeit“ sabotiere. Der Landrat von Eckartsberga schrieb am 3.1.1935: „[…] daß der Pfarrer Fischer sich auch in einer dritten Kirchenratssitzung abfällig über den Reichsbischof geäußert und erklärt hatte, nach dem 12. Januar würden innerhalb der Kirche klare Verhältnisse geschaffen werden. Der zuständige Amtsvorsteher von Reinsdorf erklärte mir, der Pfarrer Fischer wäre im allgemeinen mit seinen Äußerungen sehr vorsichtig, aber als Gegner der NSDAP bekannt.“ (AKPS Rep. A Spec. F 271) Dieser Bericht wurde von der Staatspolizei Halle weitergeleitet an das Konsistorium Magdeburg: F. habe dem Reichsbischof jede Gefolgschaft verweigert (9.1.1935). Bereits am 26.11.1934 hatte der Kreisleiter von Kölleda dem Gauleiter Jordan gemeldet, dass F. den Reichsbischof der Lüge bezichtigt habe. Der Kirchenpatron Frhr. von Münchhausen habe F. in seiner Haltung unterstützt. Der zuständige Superintendent Kessler schrieb am 16.2.1935: „Fischer ist ein absolut vaterlandstreuer Deutscher.“ Er sei „im übrigen ein gewissenhafter und ernster Geistlicher, der es mit seinem Berufe sehr ernst nimmt“ (AKPS Rep. A Spec. F 271). – Seit 1927 war F.s Frau an Wirbeltuberkulose schwer erkrankt, er selbst litt 1936 an einer Nierenbeckenvereiterung. Bei der Unterzeichnung des Treueids auf Adolf Hitler 1938 gab F. eine schriftliche Zusatzerklärung ab, in der es heißt: „Die Amtspflichten des Pfarrers sind durch das Ordinationsgelübde



bestimmt. […] Darum gibt es für den ordinierten Diener am Wort in der Ausübung seiner Amtspflichten keinen anderen Herrn als den Herrn Christus. Somit werden die im Ordinationsgelübde übernommenen Amtspflichten durch den der Obrigkeit geleisteten Eid weder ergänzt noch beschränkt […]“ (ebd.).

Im Zweiten Weltkrieg stand er nicht in militärischem Einsatz. Inzwischen verwitwet, verlobte er sich mit Dorothea Rönisch, Apothekergehilfin in Blankenberg.

Im September 1945 begab F. sich auf eine Reise. Er wollte über Zeitz nach Leipzig, um hier einen bekannten Pfarrer um Übernahme eines Vortrags in seinem Pfarrort Blankenberg zu bitten. Von dort aus beabsichtigte er weiterzufahren nach Reichenbach in Schlesien, wo er seinen zukünftigen Schwiegereltern bei der angeordneten Aussiedlung behilflich sein wollte. Er ist jedoch weder bei dem Pfarrer in Leipzig noch bei Familie Rönisch in Reichenbach/Schlesien (Eulengebirge) eingetroffen. Seine Verlobte war schon am 13.8. zu ihren Eltern abgereist, um ihnen zu helfen. Die Aussiedlung der Familie fand aber erst am 10.4.1946 statt. Dorothea Rönisch kehrte am 14.4.1946 nach Blankenberg zurück, wo sie Pfarrer F.s Tochter

beistand und im katechetischen Dienst mithalf. Sie wusste nicht, dass F. nach Reichenbach fahren wollte; sie hat ihn nie mehr gesehen.

Seit September 1945 ist F. verschollen. Es wird berichtet, dass er im Spätherbst 1945 im Lager Buchenwald umgekommen sei. Über sein Schicksal gibt es jedoch nur Vermutungen und Gerüchte. Offizielle, wiederholte Suchbemühungen seiner Braut, seiner Schwester Annemarie Fischer/Jena und seiner Tochter Christa Fischer/Langensalza über das Rote Kreuz, über die benachbarte Thüringer Kirche und über die Superintendentur Zeitz (wegen der vermuteten Reiseroute) blieben erfolglos. Eigentümlich ist, dass Rückfragen in der Gemeinde Blankenberg stets mit eisigem Schweigen oder düsteren Andeutungen beantwortet wurden. Noch 1972 wurde jemand, der im Ort nach dem Schicksal von F. fragte, in anonymen Telefonanrufen hart bedroht. Es ist daher wohl wahrscheinlich, dass F. sich in Blankenberg durch seine Stellungnahmen gegen NS-Maßnahmen und durch Vorwürfe in der Nachkriegszeit Feinde geschaffen hat, die daran interessiert waren, ihn als Belastungszeugen auszuschalten. Ist F. denunziert worden, sodass er dann aufgegriffen und nach Buchenwald verbracht wurde? Es lässt sich nicht mehr ermitteln, ob F. also gezielt ausgeliefert wurde oder ob er Opfer eines tragischen Zufalls wurde, wie es deren im Jahr 1945 etliche gab.

Quellen: AKPS Rep A Spec F 271: Personalakte; Brief von Pfr. i. R. Johannes Reichart, ehemals Frössen bei Blankenberg, an Harald Schultze vom 11.5.1999.

Literatur: Pfarrerbuch der Kirchenprovinz Sachsen, Bd. 3, S. 45.

Foto: AKPS: Personalakte.

H. Schultze

Flatow, Ernst

** 26.6.1887 Berlin, † 1942 Warschauer Getto.*

Verh. mit Elisabeth, geb. Worms (Tochter der jüdischen Eheleute Louis und Martha Worms), Trennung 1931, Scheidung 1935.

1908 Studium Jura; 1909 Nationalökonomie in Heidelberg, Freiburg; 8.8.1913 Taufe in Berlin; danach Studium der Theologie in Erlangen; 1914–1918 Kriegsdienst; bis 1920 Oberlehrer im Rauhen Hause in Hamburg; 1926 I. Theol. Examen vor dem Berliner Konsistorium; 1.8.1927 Hilfsprediger in Köln-Ehrenfeld; November 1928 II. Theol. Examen unter Anrechnung seines Dienstes in der Inneren Mission; 16.12.1928 Pfarrer für die linksrheinischen Krankenhäuser in Köln; März 1933 Entlassung; 18.11.1933 Versetzung in den Ruhestand; 1941 Zuflucht in den Lobetaler Anstalten.

F. wurde als Sohn des jüdischen Fabrikanten Max Flatow und dessen Ehefrau Hedwig, geb. Meidner, in Berlin geboren. Er wuchs in einem liberalen, gebildeten, bürgerlichen und begüterten Elternhaus auf. Das Erziehungsprinzip seines Vaters beschrieb er als „strenge Wahrhaftigkeitsethik“ (LKA Düsseldorf). Während der ersten zwei Jahre seiner Schulzeit am Wilhelmsgymnasium in Berlin nahm F. mit dem Einverständnis seiner jüdischen Eltern am evangelischen Religionsunterricht teil. Nach eigener Aussage hatte die Passionsgeschichte in der Vorschule auf ihn einen derart tiefen Eindruck gemacht, dass er schon in der Quinta die Diskriminierungen seitens eines antisemitischen Lehrers in dem Bewusstsein hinnahm, „daß Unrecht leiden besser sei als Unrecht tun“ (ebd.). Eine Konsequenz dieser frühen Beschäftigung mit dem Christentum war seine Weigerung, die von den Eltern gewünschte „Einsegnung“, Bar-Mizwa, zu vollziehen, mit der Begründung, er könne „noch keinem bestimmten Bekenntnis Treue geloben.“ (Ebd.)

Die kaufmännische Lehre, die er auf Wunsch des Vaters begonnen hatte, konnte er nach Fürsprache seiner Mutter wieder abbrechen und im Fürstenwalder Gymnasium die restlichen Schuljahre nachholen, um 1907 seine Reifeprüfung abzulegen.

Seine Studienzeit gestaltete sich zu einer Phase intensiver Identitätssuche. Parallel zu seiner Militärzeit in Straßburg begann er mit dem Jurastudium und besuchte außerdem kunsthistorische Lehrveranstaltungen. Mit dieser Doppelbelegung deutet sich sein Studienverlauf an, der für die nächsten Jahre bestimmend bleiben sollte. Er erwartete vom Studium eine umfassende Welterkenntnis. Schon das Jurastudium hatte er begonnen, „weil die Idee der absoluten Wahrheit und Sittlichkeit“ seit der Schulzeit sein Denken beherrschte.

Enttäuscht vom juristischen Studium, das stärker am „geltenden Recht“ als an „Rechtsprinzipien“ ausgerichtet sei, wechselte er zur Nationalökonomie, um wiederum parallel dazu philosophische und philolo-



gische Vorlesungen zu hören. Doch da sein „Verlangen nach wissenschaftlicher Stringenz und Allgemeingültigkeit auch in der Nationalökonomie enttäuscht" wurde, wechselte er 1910 nach Freiburg zu Heinrich Rickert, um Philosophie zu studieren. Die Bilanz der sechs Semester lautete: „Die Idee einer objektiven Wahrheit ließ mich einerseits nicht los, während anderseits die völlige Isolierung der Erkenntnis vom erlebenden Subjekt meinem religiösen Bedürfnis nicht genügte. Ich vermißte, wie ich es damals formulierte, den logischen Ort des Gebetes." (Ebd.)

Obwohl er ein philosophisches Dissertationsthema über Søren Aabye Kierkegaard, dem seit seiner Jugend wichtigsten geistigen Wegbegleiter, bearbeiten sollte, stellte er auch hier fest, dass er sich dazu „im Sinne Rickerts nicht entschließen" konnte, da er zwar die Leistung der „Rickertschen Wertphilosophie" erkannte, gleichzeitig aber auch ihre Grenzen, „mein Ungenügen", sah.

Den letzten Schritt des langen Weges vollzog er 1913. „Hatte einst die Passionsgeschichte mein Gefühl, dann der ethische Geist Kierkegaards meinen Willen bestimmt, so gewann nun erst durch eine christliche Geschichtsphilosophie mein Denken die Möglichkeit, im Glauben an den in die Geschichte eingegangenen Gott auch dem eigenen historischen Dasein eine Beziehung auf Gott zuzutrauen. So war der Anschluß an die historische Gemeinschaft der Kirche dieses Gottes der gewiesene Weg für mich, den ER aus starrem Individualismus zur Gemeinschaft, aus der Idee zum Leben erlöst hatte." (Ebd.)

Am 8.8.1913 ließ sich der gerade 26-jährige von dem bekannten Lutherforscher Prof. Gustav Kawerau in der Petrikirche zu Berlin taufen. Wenn vor seinem Bekenntnis zum Christentum seine jüdische Herkunft offensichtlich keine Rolle gespielt hatte, so entdeckte er nun seine Liebe zu Israel und zum Alten Testament. Er war jetzt stolz darauf, „zur Wurzel des Glaubens zu gehören und nicht eines der aufgepfropften Reiser zu sein." (Ebd.)

Bis zur Einberufung zum Militärdienst 1914 studierte er in Berlin und in Erlangen bei Friedrich Brunstäd, der mit seiner Untersuchung und der Darstellung „der wahren oder gültigen Religion und der religiösen Wahrheit" das Forschungsinteresse F.s traf. Nach dem Krieg, an dem F. von 1914 bis 1918 in einem Grenadier-Regiment teilnahm, zwangen ihn finanzielle Probleme, sein Studium zu unterbrechen und sich eine Arbeit zu suchen. Die Tätigkeit als Oberlehrer im Rauhen Haus bezeichnete er als „seiner Ausbildung förderlich." Mit Hilfe eines Stipendiums konnte er 1925 sein theologisches Studium in Rostock bei Friedrich Hashagen und Paul Althaus, bei dem er Dogmatik hörte und der ihn in die Theologie Luthers einführte, fortsetzen.

Bedingt durch diesen langen Weg war F. bereits achtunddreißig Jahre alt, als er seine Papiere beim Berliner Konsistorium einreichte, was von einem kirchlichen Mitarbeiter mit einem Ausrufezeichen an seinem Lebenslauf vermerkt wurde. Seine folgende Tätigkeit als Hilfsprediger in Köln-Ehrenfeld konfrontierte ihn mit dem sozialen Elend der zwanziger Jahre, aus dem er nicht wie andere Amtskollegen politische Konsequenzen zog, sondern das ihn in seiner theologischen Haltung zu mehr Seelsorge und zu der Suche nach „den zentralen Wahrheiten des Evangeliums" bestärkte.

Dass sich F. nach dem Zweiten Theologischen Examen mit seinen vielseitigen Begabungen und dem

tiefen wissenschaftlichen Interesse für die Stelle als Krankenhauspfarrer bewarb, war für seine Umgebung überraschend. Dennoch war er in dieser Stellung so erfolgreich, dass ihm aufgrund seiner Verdienste von der Kirche die Pensionsberechtigung eines Pfarrers eingeräumt wurde, zu der er als ein von der Stadt Köln angestellter Krankenhauspfarrer keine Berechtigung gehabt hätte. Einige Jahre später erwies sich dies als finanzielle Rettung.

Schon im März 1933 – noch vor dem staatlichen Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 – erhielt F. von der Stadt Köln seine Entlassung, die am 30. 6. 1933 endgültig fixiert wurde. Alle Versuche, ein kirchliches Pfarramt zu erhalten, schlugen fehl, sodass F. selber im November 1933 seine vorläufige Versetzung in den Ruhestand beantragte mit dem deutlichen Hinweis, dass er damit nicht sein Anrecht auf ein kirchliches Amt aufgeben wolle. Doch eine Weiterbeschäftigung wurde vom Konsistorium mit Hinweis auf „diejenigen Merkmale […], die von dem Volke als der jüdischen Rasse eigen angesehen werden“ (ebd.), für einen kirchlichen Posten als unzumutbar abgelehnt. Ein weiterer Makel war in den Augen der kirchlichen Obrigkeit die Trennung von seiner Frau. Aufgrund seiner Kriegsteilnahme hätte er zu diesem Zeitpunkt weder entlassen noch pensioniert werden dürfen. Doch dies wurde nicht in Erwägung gezogen.

Erst 14 Monate später erhielt er die Pensionsbezüge, die ihm einen bescheidenen Unterhalt sicherten. Da ihm als Jude auch die Fertigstellung seiner Dissertation verwehrt war, widmete er sich seinen vielseitigen geistigen Interessen und pflegte rege Kontakte mit befreundeten Theologen. 1938, als die Bedrohung auch für die Christen jüdischer Herkunft unübersehbar wurde, hätte F. flüchten können. Er und Ilse Breslauer, eine wegen ihrer jüdischen Herkunft aus dem württembergischen kirchlichen Dienst entlassene Jugendleiterin, hatten ein Visum für England. Er ließ die Chance verstreichen. Auf der gemeinsamen Reise stieg F. an der Grenze bei Aachen aus dem Zug. Er war nicht in der Lage, Deutschland zu verlassen.

Von nun an lebte er bei verschiedenen Freunden an wechselnden Orten. Hermann Lutze in Wuppertal beherbergte ihn ebenso einige Monate wie Freunde in Berlin. Doch als die Situation für Gastgeber und Gast immer gefährlicher wurde, fand F. in den Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Pfarrer Braune Unterschlupf. Dort hatte eine Gruppe Christen jüdischer Herkunft Zuflucht gefunden. Doch mit dem Deportationsbefehl am 12. 4. 1942 kam für ihn und seine Leidensgenossen der Transport nach Warschau. Ob er in Warschau an Entkräftung gestorben ist oder nach Treblinka deportiert wurde, konnte bis heute nicht geklärt werden.

Quellen: LKA Düsseldorf: Personalakte Ernst Flatow.

Literatur: H. Prolingheuer: Leidensgeschichten, S. 149–207; S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 47–49, 255–258; S. Rauthe: Gegner, S. 177–179; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 224–230.

Foto: S. Rauthe: Gegner, S. 178.

S. Lekebusch

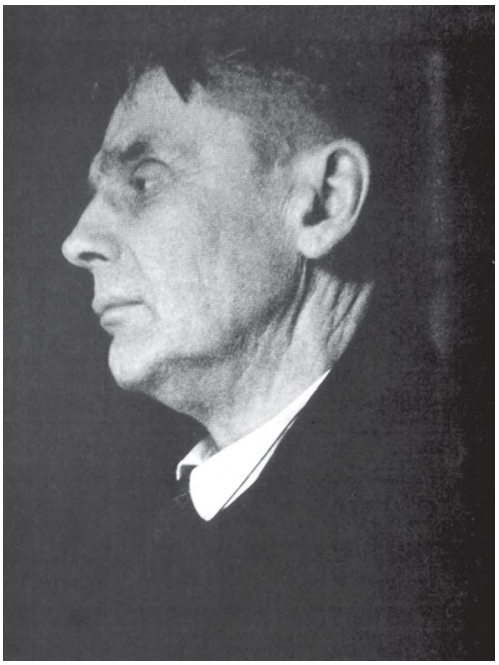
Fleischmann, Max, Dr. jur.

** 5. 10. 1872 Breslau, † 14. 1. 1943 Berlin.*

Verh. mit Anna Josefine, verw. Möller, geb. Guglielmini.

1891–1899 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der neueren Geschichte in Breslau, 1894–1899 Referendar, 1894 Promotion in Halle/Saale zum Dr. jur., ab 1900 Hilfsrichter am Landgericht Halle, 1905–1910 Amtsrichter für Zivil- und Strafsachen in Halle, 1914–1918 Staatsanwalt in Königsberg, gleichzeitig ab 1915 ordentlicher Professor an der dortigen Universität, 1917–1919 Senatsvorsitzender des Reichsschiedsgerichts für Kriegswirtschaft, 1921–1935 Professor in Halle.

F. wuchs als Sohn eines Notariats-Bürovorstehers in einer jüdischen Familie auf, konvertierte jedoch kurz nach der Jahrhundertwende und wurde evangelischer Christ. Nach dem Studium in Breslau, widmete er sich während des Referendariats weiter der wissenschaftlichen Arbeit. Als Staatsrechtler setzte er sich kritisch mit der Verfassungsordnung seiner Zeit auseinander. In diesem Zusammenhang verfasste er 1902 eine Habilitation zum Thema: „Der Weg der Gesetzgebung in Preussen“. In seiner im Mai desselben Jahres gehaltenen Antrittsvorlesung versuchte er, den Nachweis dafür zu erbringen, dass die moderne soziale Bewegung ihr Gedankengut vielfach dem Allgemeinen Landrecht entnimmt.



Im Ersten Weltkrieg arbeitete F. als Militärrichter und unterstützte die Kriegspolitik des Reichskanzlers, indem er dem 1916 gegründeten Nationalausschuss beitrat. Ein Jahr später wurde F. stellvertretender Präsident und Senatsvorsitzender des Reichsschiedsgerichts für Kriegswirtschaft, das nach dem Ende des Krieges zum Reichswirtschaftsgericht wurde.

Trotz seiner intensiven Auseinandersetzung mit dem preußischen Landrecht war das Kolonialrecht sein Spezialgebiet. 1908 erhielt er in Halle/Saale den ersten Lehrauftrag, den Preußen in diesem Gebiet vergab. Darüber hinaus lehrte er Völkerrecht und Deutsche Rechtsgeschichte. In seinen kolonialrechtlichen Arbeiten erteilte F. der religiösen Ansicht, dass man allen menschlichen Wesen mit Liebe begegnen solle, ebenso eine Absage wie der politischen Ansicht, alle Menschen seien gleich. Inhaltlich ließ er sich z. T. zu menschenverachtenden Aussagen hinreißen, in denen nicht nur das Bewusstsein der germanischen Rasse eine Rolle spielte, sondern auch die strikte Trennung von Farbigen und Weißen.

Im Jahr 1915 wurde er ordentlicher Professor an der Universität Königsberg, kehrte jedoch 1921 an die Universität Halle zurück. Im Zuge seiner dortigen Arbeit gründete er 1927 das Institut für Zeitungswesen. Hier regte er die „Ausstellung in Erinnerung an die 200. Wiederkehr des Todestages von Christian Thomasius“, dem Gründer der Universität Halle, an. Mit Thomasius setzte sich F. im Zuge seines rechtshistorischen Interesses intensiv auseinander. Eines seiner Verdienste auf diesem Gebiet ist, neben seiner wissenschaftlichen Thomasius-Biographie, die Anfang der 1930er Jahre erschien, die Lösung „von Recht und Rechtswissenschaft aus dem Griff der Theologie“ (W. Pauly: Fleischmann, S. 47) und die Scheidung von Recht und Moral bei dem Hallenser Gelehrten.

Nach der „Machtergreifung“ Hitlers leistete F. zwar 1934 den Führereid, stand aber ansonsten dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber. Im Sommer des nächsten Jahres teilte ihm das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit, dass er aufgrund von § 4 des Gesetzes über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern von seinen Pflichten enthoben würde, weil der von ihm besetzte Lehrstuhl angeblich entfiele. Im Dezember desselben Jahres teilte ihm der Universitätskurator im Auftrag des Ministeriums mit, dass er mit Bezug auf denselben Paragraphen zum Ende des Jahres in den Ruhestand versetzt würde und dementsprechend weniger hohe Bezüge bekäme. F. wehrte sich gegen dieses Vorgehen, in dessen Hintergrund wahrscheinlich seine jüdische Abstammung stand, mit einer wissenschaftlichen Auslegung der besagten Gesetzesvorschrift. In seinem Vorgehen erfolgreich, blieb die Entpflichtung zwar bestehen; die Versetzung in den Ruhestand wurde jedoch nicht vollzogen. Als die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät im Februar 1937 nach Berlin verlegt wurde, zog F. auch dorthin. In der Hauptstadt knüpfte er Kontakt zum Widerstand. Er wurde Mitglied der Hoernigk-Gruppe, die über eine enge Verbindung zur Robinsohn-Strassmann-Gruppe verfügte. Auch wenn über sein dortiges Engagement nur so viel bekannt ist, dass er über einen Verfassungsentwurf für die Zeit nach Hitler arbeitete, wird an diesem Punkt doch deutlich, dass seine Äußerungen in Bezug auf das Kolonialrecht in den 1920er Jahren nicht im Sinne der Rasseideologie des Nationalsozialismus verstanden werden dürfen, sondern ein Ergebnis des nationalistischen Zeitgeistes waren.

Diese Einordnung mildert jedoch nicht den Inhalt der Aussagen ab, sondern erklärt lediglich, wie F. trotz seiner Einstellung zu Rassengrenzen später aktiv in einer Widerstandsgruppe mitwirken konnte.

Am 14.1.1943 besuchte Fleischmann Eugen Schiffer, den ehemaligen Justizminister, und seine Tochter Marie in ihrer Wohnung in Charlottenburg. Zu der Zeit des Besuchs kamen zwei Gestapobeamte mit zwei Helfern in das Haus und erklärten, dass sie die jüdischen Bewohner abholen wollten. Der ehemalige Justizminister und seine Tochter seien von dieser Aktion ausgenommen, F. jedoch müsste mitkommen. Dieser ging daraufhin in das Badezimmer und brachte sich dort mit Gift um. Die Tatsache, dass er dieses bei sich führte, lässt vermuten, dass er mit seiner Verhaftung gerechnet hatte. So war F. in gewissem Sinne zum Opfer eines eigenen, in den 20er Jahren benutzten Rassebegriffs geworden, dessen Bedeutung sich aber im Nationalsozialismus deutlich veränderte.

Literatur: H. Göppinger: Juristen, S. 231; W. Pauly: Fleischmann, S. 33–52; H. R. Sassin: Liberale, S. 86 und 391; F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, S. 22 f.

C. Bendick

Fritze, Georg

* *1.8.1874 Magdeburg, † 3.1.1939 Köln.*

Verh. mit Katharina (Cato Anna), geb. Havelaer, zwei Söhne, zwei Töchter.

Studium der Theologie in Halle, Marburg; 1896 I. Theol. Examen in Magdeburg; 1898 II. Theol. Examen in Charleroi; 1899–1903 Hilfsprediger und Pfarrer in Charleroi; 1904–1916 Pfarrstellen in Groß-Wanzleben (Prov. Sachsen) und Nordhausen (Sachsen); 1916–1938 Pfarrer in Köln, Mitglied der SPD; seit 1933/34 Mitglied der Pfarrerbruderschaft, 1938 beurlaubt.

F., Sohn des Magdeburger Kaufmanns Albrecht Fritze und seiner Ehefrau Bertha Fritze, geb. Dähne, verbrachte nach dem I. Theologischen Examen die ihn prägenden Jahre in der belgischen Bergarbeiterstadt Charleroi. Von nun an war er auf dem Weg, sich den Beinamen des „roten Pfarrers von Köln" zu erwerben.

Der Kriegsausbruch 1914 war für ihn kein Anlass, in die nationale Begeisterung einzustimmen. So wie er vor dem Krieg die Aufrüstung als Gefahr angeprangert hatte, so sind im Krieg für ihn Friedenspredigten eine notwendige Konsequenz. Mit der Revolution von 1918 und der Errichtung der Weimarer Republik plädierte er für eine Verbindung von Kirche und Sozialdemokratie und gehörte damit zu den Männern, die 1918 überall in Deutschland unabhängig voneinander zur selben Zeit, fast mit denselben Worten zu einer religiös-sozialistischen Bewegung aufriefen und die sich 1928 zum Bund der Religiösen Sozialisten zählten. Auch seine Mitgliedschaft in der SPD gehört in dieses Engagement. Damit zählte er in der konservativ-bürgerlichen Kirche zu einer kleinen Minderheit, die in den zwanziger Jahren durchaus an Boden gewann, vor allem durch Karl Barths Autorität, der mit dem Tambacher Vortrag und seiner dialektischen Theologie prägend auf eine ganze Generation von Theologen wirkte. Aber dennoch nahmen die Religiösen Sozialisten eine kirchliche Außenseiterposition ein.

Die politischen und theologischen Überzeugungen brachten F. sogleich 1933 in eine grundsätzliche Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Staat. Während weite Kreise der evangelischen Kirche den Aufbruch im Staat noch begrüßten, schrieb F. an seinen Vorgesetzten, den rheinischen Generalsuperintendenten Stoltenhoff, einen Brief, in dem er in diesem sich christlich gebärdenden Staat Unterdrückung und Denunziantentum sowie die Verfolgung der Juden anprangerte und von der Kirche ein klares Wort forderte. Der Scharfblick gipfelte in der fast prophetischen Aussage: „Ich fürchte, daß das Schweigen der Kirche zur gegenwärtigen deutschen Judenfrage unerwünschte Folgen haben wird [...]" (H. Prolingheuer: Pfarrer, S. 98 und 240).

Als 1938 das Konsistorium den Eid auf Hitler von seinen Pfarrern verlangte, verweigerte F. dies mit der Begründung, dass ein „Verkündiger" nur der Wahrheit des Evangeliums verpflichtet sei. Da dies mit dem Eid nicht gewährleistet sei und Angriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung auf christliche Inhalte nicht abgewehrt werden dürften, könne er den Eid nicht leisten. Ein Rundschreiben von Martin Bormann im August 1938 erklärte zwar die Eidesleistung zu einer innerkirchlichen Angelegenheit, an der der Staat nicht interessiert sei, doch da F. seine Begründung publik gemacht hatte, wurde er von einigen Presbytern denunziert, die das Konsistorium aufforderten,

nunmehr endlich gegen F. vorzugehen. Der Leiter der Finanzabteilung verfügte daraufhin die sofortige Sperre des Gehaltes. Die Verhandlungen und die rechtlichen Einsprüche des Rechtsanwaltes Schulze zur Wiesche zeigten das Dilemma des Konsistoriums. Insgesamt gab es keine Handhabe gegen F., die Sperrung des Gehaltes war widerrechtlich. Das Konsistorium wollte aber weder dem Presbyterium, das „hinter der Kirchenleitung" stehe, noch einer anderen Gemeinde den missliebigen Pfarrer mehr zumuten. Als Ausweg wurde eine sofortige Beurlaubung bis zum 31.12.1938 bei vollem Gehalt beschlossen. Mit dem 1.1.1939 sollte die dann rechtlich mögliche Versetzung in den Ruhestand geschehen. Diese Verfügung kam nicht mehr zum Einsatz. Am 2.1.1939 starb F. an den Folgen eines Herzinfarktes und eines Schlaganfalls.

Literatur: H. Prolingheuer: Pfarrer; Ders.: Leidensgeschichten, S. 15–50; S. Rauthe: Gegner, S. 180–183.

Foto: H. Prolingheuer: Pfarrer (1981), Umschlagrückseite.

S. Lekebusch



Fürstenheim, Frieda

** 5.5.1878 Berlin, † Juni 1942 KZ Majdanek.*
Ledig, ohne Kinder.

F. war Lehrerin. Leider gibt es über sie keine Unterlagen mehr, sodass wir über ihre Ausbildung und die Schulen, an denen sie unterrichtete, nichts wissen. Da sie nach den NS-Gesetzen „Volljüdin" war, wurde sie sicher bereits 1933 zwangspensioniert. Von 1939 bis 1941 war sie Lehrerin an der Familienschule in Berlin, die 1941 über 100 evangelische und katholische rassisch verfolgte Schüler und Schülerinnen besuchten. Hier unterrichtete sie Erdkunde, Deutsch, Geschichte, Englisch und Französisch.

Ingeborg Puls notierte in ihr Tagebuch über „Fürsti": „Meine Klassenlehrerin [1939/40] hieß Frl. Fürstenheim, eine sehr nette, aber überaus nervöse Dame." Am 1.4.1941: „Alle Scherze sind erlaubt, aber an Frau Draeger prallten alle ab. Für Fürsti haben wir einen Brief aufgesetzt, angeblich von der Eva [Michaelis] aus Chile. In diesem Brief ließen wir sie sich verlobt haben, Locken tragen und weiter solchen Blödsinn. Fürsti glaubte jedes Wort. Wir brüllten dann April, April." Und am 5.5.1941: „Heute hatte Fürsti Geburtstag und ich nahm ihr ein Primeltöpfchen mit und sie hat sich sehr gefreut. Aber das war die einzige Freude, denn dieser Tag war sehr entscheidend: Alle Kinder über 14 Jahre müssen [von der Schule] abgehen, auf höheren Befehl. Uns war zum Heulen." Es gibt ein kleines Foto, das F. inmitten einiger Schülerinnen vor dem Elternhaus von Rita Deutschkron zeigt, die Geburtstag hatte. Diese Einladung spricht für das herzliche Verhältnis, das zwischen Schülern und Lehrerin bestand. Auch nach Verlassen der Familienschule korrespondierte Ingeborg Puls weiter mit „Fürsti", die sie liebte.

F. wohnte zuletzt mit ihrer geschiedenen, blinden Schwester Erna (geb. 1.4.1877) in der Lietzenburgerstraße 34 bei dem Ehepaar Dr. Dafis. Im Juni 1942 wurden beide überraschend abgeholt. Die Lehrerin Hildegard Kuttner berichtete später: „Als Fräulein Fürstenheim fortkam, war ich dabei. Ihre blinde Schwester tappte sich auf der Straße zum Telefon und rief mich an. Sie würden ohne Vorbereitung in einer Stunde geholt. Ich möchte doch packen helfen. Ich brauchte fast eine Stunde Weg (Taxis gab es ja nicht). Da war die Gestapo schon da. Ich versuchte einen Aufschub, aber es war nicht möglich. „Einer unserer ‚Edelsten', Heydrich, ist ermordet worden. Dafür müssen die Juden büßen. Da es einigen gelungen war auszurücken, die wussten, dass sie dran waren, wurden dann dafür andere unvorbereitet geholt, damit die Anzahl stimmte. Ja, sie gingen beide wie Königinnen. Ich

blieb noch bis zur Synagoge [dem Sammelplatz] bei ihnen. Ein Versteck in der Eile zu finden, war nicht möglich, und sie hätten es wohl auch nicht getan. Die Gestapo fuhr mit der Straßenbahn mit [...]. Fräulein Fürstenheim hatte übrigens eine sehr einflussreiche Bekanntschaft aus ihrer Hauslehrerinnenzeit und bat mich, sofort hinzugehen. Der betreffende war ausgerechnet fort im Hauptquartier und nicht zu erreichen. Warum musste das alles so sein?“ (Brief v. 27.5.1961)

Am 13.6.1942 wurden die Schwestern mit dem 15. Transport ins KZ Majdanek deportiert und ermordet.

Quellen: Abschriften aus dem Tagebuch 1940/41 von Ingeborg Lichtenfels, geb. Puls; BLha Potsdam, Best. Oberfinanzdirektion Berlin: Karteikarte über die Deportation; EZA Berlin, Best. 611/29: Brief Hildegard Kuttners an Vikarin Klara Hunsche v. 27.5.1961.

Literatur: K. Hunsche: Familienschule; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 231.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig



Gackstatter, Leonhard

* *3.6.1881 Brettheim/Württemberg, † 10.4.1945 Brettheim/Württemberg.*

Verh., drei Kinder.

Bauer; seit 1910 Bürgermeister in Brettheim; seit 1934 Mitglied der NSDAP.

In den ersten Apriltagen des Jahres 1945 waren amerikanische Truppen schon nahe an Brettheim herangekommen. Die Einwohner wollten mehrheitlich ihr Dorf nicht mehr in einem Krieg opfern, den man als verloren ansah. Für den Bürgermeister begann die unheilvolle Entwicklung, als ihm am 7.4. der Bauer Hermann Knauer berichtete, dass am Ortsrand Brettheims Hitler-Jungen entwaffnet, verjagt und deren Waffen versenkt worden waren. Als ihn wenig später auch der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Leonhard Wolfmeyer, deswegen anrief, bestätigte der Bürgermeister auch ihm gegenüber, dass er diese Vorfälle nicht gutheiße. Beide sahen allerdings keine realistische Möglichkeit, die Waffen wieder zu beschaffen. Im Rathaus von Brettheim führte SS-Sturmbannführer Friedrich Gottschalk noch am gleichen Tag zunächst ergebnislose Verhöre durch, bis der Bauer Friedrich Hanselmann schließlich die Tat gestand. Ein sofort einberufenes Standgericht verurteilte Hanselmann zum Tode. Als der Ortsgruppenleiter als zweiter Beisitzer sich weigerte, das Todesurteil zu unterschreiben, legte es der Sturmbannführer dem Bürgermeister zur Unterschrift vor. Auch G. verweigerte sich diesem Ansinnen mit den Worten „Niemals, das unterschreibe ich niemals“ (H. Schultheiss: Tragödie, S. 31). Daraufhin beschloss Gottschalk, die Angelegenheit vor den Kommandierenden General zu bringen. Der Bürgermeister wurde am 9.4.1945 im Brettheimer Rathaus von einem SS-Offizier verhaftet. Beim kurzen Abschied von seiner Familie, der ihm noch gewährt wurde, sagte er zu seiner Frau: „Ich hätte das Todesurteil gegen Hanselmann unterschreiben sollen, aber das habe ich nicht getan. Das konnte ich nicht. Jetzt weiß man nicht, wie es geht. Vielleicht werden wir alle drei erschossen. Aber lieber will ich unschuldig sterben, als das auf mein Gewissen nehmen.“ (Die Männer von Brettheim, S. 43)

Am 10.4. tagte das auf Befehl von SS-General Max Simon von Korpsrichter Dr. Thum zusammengestellte Standgericht unter der Leitung von Major Ernst Otto

im Schloss Schillingsfürst. Der Major machte G. Vorhaltungen wegen dessen mangelnden Einsatzes nach dem Übergriff auf die Hitler-Jungen sowie seiner Weigerung, Namen von Tätern zu nennen. G. verteidigte sich ruhig mit dem Hinweis, er könne Freunde und Verwandte nicht verraten, denn er sei „kein Verräter" (ebd., S. 49). G. wurde ebenso wie Wolfmeyer zum Tode verurteilt mit der Begründung, beide hätten von der „hoch- und landesverräterischen Entwaffnung der gegen den Feind eingesetzten Hitlerjungen Kenntnis gehabt. Sie haben es unterlassen, der Wehrmacht hiervon zur rechten Zeit Anzeige zu machen und nach Bekanntwerden der verräterischen Handlung nichts unternommen, um die Täter festzunehmen, sondern sie haben sich schützend vor diese gestellt. Durch ihre Handlungsweise ist eine besonders ernste Gefahr für die Kriegsführung und die Sicherheit des Reiches verschuldet worden." (H. Schultheiss: Tragödie, S. 39) G. hörte das Todesurteil reglos an. Gemeinsam mit Hanselmann und Wolfmeyer wurde er noch am gleichen Tag hingerichtet. Erst nach vier Tagen wurden die Leichen abgenommen und morgens um sechs Uhr begraben, begleitet von einer kurzen Ansprache des Pfarrers. Nach der Hinrichtung besuchte Pfarrer Wilhelm Issler auf Verlangen der Ehefrau das Haus und betete mit den Angehörigen.

Der Vorsitzende des Fördervereins der Erinnerungsstätte, Friedrich Braun, charakterisierte den hingerichteten Bürgermeister als gläubigen Menschen, der jeden Sonntag den Gottesdienst besuchte. In seiner Gedenkrede am 10.4.2004 würdigte Braun die „Männer von Brettheim" mit den Worten: „Diese drei beugten sich nicht länger einer unmenschlichen Diktatur, sondern handelten nach ihrem Gewissen."

1964 wurde eine Gedenktafel an der Friedhofsmauer für die Gehenkten angebracht, 1992 die Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim" im dortigen Rathaus fertig gestellt.

Quellen: Schreiben Friedrich Brauns an die Verf. vom 6.12.2004.; Gedenkrede Friedrich Brauns vom 10.4.2004.

Literatur: O. Ströbel: Männer; Die Männer von Brettheim; H. Schultheiss: Tragödie; Ders.: Männer; T. Pohle: Unheil.

Foto: H. Schultheiss: Tragödie, S. 60.

G. Grünzinger

Gauger, Martin, Dr. jur.

** 4.8.1905 (Wuppertal-)Elberfeld, † 15.7.1941 Tötungs-Anstalt Sonnenstein bei Pirna.*

Ledig, ohne Kinder.

1924 Abitur in Wuppertal; 1924–1930 Rechtswissenschafts- und Volkswirtschaftsstudium in Tübingen, Kiel, Berlin und Breslau; 1927 Dipl.-Volkswirt in Kiel; 1930 jur. Staatsexamen in Breslau; 1930–1933 Referendar in Velbert, Wuppertal und Düsseldorf; 1933 Große Staatsprüfung in Berlin; 1934 Assessor in Wuppertal und Mönchengladbach; 7.9.1934 Entlassung aus dem Staatsdienst wegen Eidverweigerung; 1935 Dr. jur.; 1935–1940 Mitarbeiter der 1. Vorläufigen Kirchenleitung der DEK und des Rates der Ev.-Luth. Kirche Deutschlands in Berlin; 4.6.1940 Lösung des kirchlichen Dienstverhältnisses infolge der Kriegsdienstverweigerung.

G. wuchs in einer vom Gemeinschaftschristentum geprägten Familie auf. Die Eltern, Joseph und Emeline Gauger, erzogen die acht Kinder im konservativ-nationalen Geist. Das politische und soziale Leben fand große Aufmerksamkeit. Martin war mit dem Vater, der Direktor der Schriftenmission der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland war, besonders verbunden. Für die vom Vater herausgegebenen Zeitschriften verfasste er bereits als Student Artikel. Über den Nationalsozialismus schrieb er im August 1930: „Begeisterung ist da, aber auch empfindlicher Mangel an Geist; Mut ist da, aber keine Taten, es wären denn Gewalttaten, Massen sind da, aber keine Köpfe." Später lasen Martin und sein Bruder Joachim die Manuskripte mit „Staatspolizeiaugen", um das Lebenswerk des Vaters vor dem Verbot zu bewahren, das sie im Juli 1938 nicht mehr verhindern konnten.

Die Rechtsbrüche der Nazis und Ermordung einiger ihrer Gegner im Zusammenhang des „Röhm-Putsches" waren für G. ein Anlass, am 25.8.1934 den Treueid auf Hitler, den alle Beamten leisten mussten, zu verweigern. Der sofort aus dem Staatsdienst Entlassene fand lange keine Anstellung. In dieser Zeit schrieb er eine juristische Doktorarbeit über „Bekenntnis und Kirchenregiment in ihrer Beziehung zueinander". In ihr wies er nach, dass eine Kirchenleitung, die Irrlehre verbreite, auch juristisch nicht rechtmäßig sei. Mit dieser Begründung hatte die Bekennende Kirche im Oktober 1934 die deutsch-christliche Kirchenleitung durch eine



eigene ersetzt. Im Januar 1935 wurde G. Mitarbeiter der Rechtsabteilung der 1. Vorläufigen Kirchenleitung der DEK. Als es im Herbst 1935 in der Bekennenden Kirche zum Streit über die vom NS-Staat eingesetzten Kirchenausschüsse als Leitungsorgane kam, plädierte G. für Zusammenarbeit mit den Ausschüssen, weil sie zur Entspannung im Kirchenkampf beitrugen. So geriet er in immer größeren Gegensatz zum Flügel um Martin Niemöller. Nach der Spaltung der Bekennenden Kirche im Februar 1936 wurde er Leiter der Rechtsabteilung des Rates der Ev.-Lutherischen Kirche in Deutschland.

G. war ein exzellenter Jurist, dessen Urteil weit über den Lutherrat hinaus Gewicht hatte. Weil aber das Handeln immer mehr durch die Kirchenpolitik statt durch das Recht bestimmt wurde, hätte er den Posten lieber verlassen, hatte aber wegen der Eidverweigerung keine Wahl. Als er 1938 erkannte, dass für den Reichskirchenminister nicht nur die Bruderräte, sondern auch der Lutherrat illegal war, hielt er den Versuch, die Anerkennung des Staates zu erhalten, für gescheitert. Als Bischof August Marahrens im Juni 1939 fünf Grundsätze des Ministers für die Neuordnung der Kirche unterschrieb und damit die NS-Weltanschauung für den Christen als verbindlich anerkannte, verlor der Lutherrat für G. seine Berechtigung. G.s Rücktritt lehnte der Vorsitzende, Bischof Hans Meiser, jedoch ab.

G. stand mit Persönlichkeiten und Kreisen des politischen Widerstandes in Verbindung. Mit dem sozialdemokratischen, jüdischen Juristen Ernst Fraenkel diskutierte er über den NS-Staat als „Doppelstaat“, der die Norm des Gesetzes durch Willkürmaßnahmen der Gestapo unterlief. Helmuth von Moltke, Carl Dietrich von Trotha und G., die drei Breslauer Studienfreunde, bereiteten 1939 die Bildung des Kreisauer Kreises vor, eine der bedeutendsten Gruppen des Widerstandes. G. war mit Hermann Stöhr befreundet, der 1940 wegen Kriegsdienstverweigerung zum Tode verurteilt wurde. G. lehnte nicht nur den Dienst mit der Waffe, sondern den Krieg als Angriffskrieg ab. Um seiner Mutter die Aufregung des langen Kriegsgerichtsverfahrens zu ersparen, wollte er sich das Leben nehmen. In einem Abschiedsbrief schrieb er am 25.4.1940: „Ich kann nicht helfen, dass das Meer von Blut und Tränen noch andere Länder überflutet.“

Weil der Suizid misslang, versuchte er mit Hilfe seines Bruders Joachim über die Niederlande nach England zu fliehen. Da die deutsche Wehrmacht am 10.5.1940 die Niederlande überfiel, kam G. nicht mehr nach England. Bei dem Versuch, nach Deutschland zurückzukehren, um in die Schweiz zu fliehen, wurde er am 18.5.verhaftet, nach Düsseldorf gebracht und hier über ein Jahr gefangen gehalten. Auf Drängen der Düsseldorfer Gestapo im RSHA in Berlin wurde er am 9.6.1941 in das KZ Buchenwald überführt. Der Häftling 4953 musste in der Strafkompanie im Steinbruch arbeiten. Der Mithäftling Alfred Leikam berichtete, dass G. der Glaube an die Gerechtigkeit Gottes hart anfocht. Dass der Nationalsozialismus bis weit in die Kreise der bekennenden Christenheit immer noch Anerkennung fand, vermochte G. nicht zu verstehen. Am Abend des 14.7. wurden 93 Häftlinge – unter ihnen Martin G. – in die „Euthanasie“-Anstalt Sonnenstein bei Pirna gebracht und vergast. Der Lagerarzt von Buchenwald teilte der Familie eine erlogene Krankheitsgeschichte mit, die am 23.7. zum plötzlichen Tod geführt habe. Deshalb wurde der 23.7.1941 lange als Todestag angenommen.

Weil G. den Kriegsdienst verweigerte, trennte sich die Kirche schnellstens von ihrem bisher hoch

geachteten Mitarbeiter. Wie sie seine Gewissensentscheidung nicht respektierte, so verweigerten sich die Bischöfe Wurm und Meiser der Bitte der Familie, sich für einen Prozess einzusetzen, um G. aus den Fängen der Gestapo zu befreien und der Justiz zu unterstellen. Das hätte möglicherweise sein Leben retten können. Statt ihn nach 1945 zu rehabilitieren, gab die lutherische Kirche ihren Mitarbeiter der Vergessenheit anheim. Im Juli 2006 entschuldigte sich der bayerische Landesbischof Dr. Johannes Friedrich im Namen der kirchlichen Gremien bei der Familie für die Haltung von Bischof Meiser.

Quellen: Familienarchiv bei Dr. Hedwig Heiland, Stuttgart; Joachim Gauger, Lebensbild Martin Gaugers (Ms., 75 S.), Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Ger. Rep. 253/81–82: Personal- und Prüfungsakten Gaugers 1929–1935; BArch Berlin R 22/56920: Personalakte Gaugers 1933–1934, R 58/3802: RSHA-Akte Gaugers; Universitätsarchiv Münster, Best. Rechts- u. Staatswiss. Fakultät: Promotionsakte Nr. 1007; LKA Hannover D 15 II Nr. 29, D 15 III Nr. 1: Lutherrat, N 125: Teilnachlass; LKA Nürnberg, Best. Nichttheologische Mitarbeiter Nr. 52: Personalakte.

Literatur: B. Böhm: Entscheidung; B. H. Forck: Glauben; C. Heckel: Gauger; A. Leber: Gewissen (1984), S. 88 f.; H. Ludwig: Staatsfeinde; W. Oehme: Märtyrer, S. 72–79.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig



Geest, Friedrich

** 7.4.1868 Naumburg/Saale, † 16.1.1940 Berlin.*

Verh. mit Enriquita, geb. Meidell, ohne Kinder.

Abitur am Thomas-Gymnasium Leipzig; Theologiestudium in Leipzig; 23.7.1893 Ordination; 1893 Pfarrer in Valdivia/Chile; 1898 Pfarrer in Dorfhain/Sachsen; 1903 Pfarrer in Barmen-Wupperfeld; 1911 Pfarrer in Berlin-Schöneberg; 1913 Pfarrer am Heilsbronnen in Berlin; 1926–1940 Pfarrer an der Berliner Dreifaltigkeitskirche und Superintendent Friedrichswerder I.

G. war kirchenpolitisch zurückhaltend und politisch wohl ein Gegner der Nationalsozialisten. Es gelang ihm zu verhindern, dass die Deutschen Christen nach den Kirchenwahlen im Juli 1933 in seiner Gemeinde die Mehrheit der Sitze im Gemeindekirchenrat erlangten – Dietrich Bonhoeffer predigte am Kirchenwahlsonntag im Studentengottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche. Durch die Lage der Kirche in der Nähe des Regierungsviertels war diese Niederlage für die DC besonders peinlich. Sie versuchten nun, ihren Widersacher auszuschalten. Nur durch das Eingreifen von Reichspräsident Paul von Hindenburg scheiterte 1934 der Versuch, G. zwangsweise in den Ruhestand zu versetzen. Der Superintendent war der persönliche Seelsorger des Reichspräsidenten.

G. stand der Bekennenden Kirche zwar nahe, lehnte aber deren radikalen Anspruch, nur sie sei wahre Kirche, als „pharisäerhaft“ ebenso ab wie die organisatorische Aufspaltung in verschiedene Fraktionen. Er wollte „für alle da sein“. Im Dezember 1935 denunzierte eine Besucherin der Bibelstunde G. bei der DC-Gauleitung. Er habe die NS-Kirchenpolitik kritisiert und „einen Lobgesang für Israel“ angestimmt. Zur Abwehr der DC, deren Gemeindegruppe unter der Führung eines der Gemeindepfarrer stand, bildeten G. und sein Amtsbruder Ernst Bronisch-Holtze zusammen mit der kleine BK-Gemeindegruppe eine Arbeitsgemeinschaft. Als der DC-Pfarrer die Kollegen daraufhin 1937 anonym im DC-Wochenblatt „Evangelium im Dritten Reich“ diffamierte, wies G. das gegenüber dem Schriftleiter des Blattes zurück: „Die Mitglieder unserer

Arbeitsgemeinschaft stehen fest zu Bibel und Bekenntnis. In ihr sammeln sich alle die Gemeindemitglieder, die nicht zu den Deutschen Christen gehören und den Totalitätsanspruch der D.C.-Gruppe zurückweisen [...]. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir die Verwechselung von kirchenpolitischer Tätigkeit und Gemeindearbeit, wie sie durch die D.C.-Gruppe betrieben wurde, nicht mehr verantworten konnten und durften." (B. Bab/W. Weiss: Festschrift Dreifaltigkeit, S. 122) G. schloss den DC-Pfarrer 1939 aus dem Pfarrkapitel des Kirchenkreises Friedrichswerder I aus. Nach wiederholten Denunziationen hatte die Gestapo G. für den 17.1.1940 zu einem Verhör bestellt. Einen Tag vor dem Termin verstarb der Superintendent an Herzversagen.

Quellen: LKA Berlin, 16.6.2005.
Literatur: B. Bab/W. Weiss: Festschrift Dreifaltigkeit, S. 113–128; H.-R. Sandvoß: Mitte und Tiergarten, S. 218–220.
Foto: B. Bab/W. Weiss: Festschrift Dreifaltigkeit, S. 115.

B. *Mensing*



Gehrts, Erwin

* *18.4.1890 Hamburg,* † *10.2.1943 Berlin-Plötzensee.*
Verh. in 1. Ehe mit Hildegard, geb. Kremer, verwitwet, in 2. Ehe mit Erika, geb. Weber, ein Sohn aus 1. Ehe, eine Tochter aus 2. Ehe.
Ab 1905 Ausbildung an den Lehrerbildungsanstalten Uetersen/Holstein; nach Abschluss Tätigkeit als Lehrer, 1910–1912 Realgymnasium Elmshorn; 1913 Abitur; 1913–1914 Studium der Literatur und der Naturwissenschaften in Freiburg; ab 1914 Kriegsfreiwilliger; 1919–1922 Leutnant d.R., Hauslehrer und Erzieher in Voerde/Niederrhein; 1922–1933 journalistische Tätigkeit bei der „Herner Zeitung", dem „Mainzer Anzeiger", der „Westfälischen Landeszeitung", der „Bergisch-Märkischen Zeitung", dem „General-Anzeiger Oberhausen" und der „Täglichen Rundschau" in Berlin; 1933–1935 Gelegenheitstätigkeiten u.a. als freier Journalist; 1935–1942 Reaktivierung als Hauptmann im Reichsluftfahrtministerium, zuletzt als Oberst der Luftwaffe.

G. schloss sich um 1910 dem „Wandervogel" an. Nach dem Ersten Weltkrieg leitete er die Ortsgruppe Wesel des „Wandervogels Völkischer Bund". 1921/22 kurzzeitig Mitglied der rechtsliberalen DVP, gehörte er später mit christlich-sozialer und „konservativ-revolutionärer" Einstellung zum „Tat-Kreis". Ab dem dreimonatigen politisch motivierten Verbot der *Täglichen Rundschau* ab dem 6.7.1933 und dem daraus resultierenden Konkurs der Zeitung war deren politischer Redakteur ohne feste Arbeit. Als politisch Belasteter fand er keine dauerhafte neue journalistische Anstellung.

1935 nahm G. das überraschende Angebot eines ehemaligen Vorgesetzten aus dem Weltkrieg an und brachte es bis zum Gruppenleiter im Reichsluftfahrtministerium. Als mehrfach ausgezeichneter Flieger beteiligte er sich an der propagandistischen Einstimmung auf den Zweiten Weltkrieg: „Der 1. März 1935 ist der Tag der Wiederauferstehung der deutschen Luftwaffe [...]. Der deutsche Aar war aus den Fesseln des schmählichen Versailler Diktats befreit! [...]. Mögen die hohen Leistungen und der kämpferische Geist der deutschen Aufklärungsflieger des Weltkrieges Ansporn sein, die schwierige Aufgabe im künftigen Kriege im gleichen Geiste mit gleichem Erfolge anzupacken!" (E. Gehrts: Aufklärungsflieger, S. 66)

Andererseits nahm G. Mitte der dreißiger Jahre Kontakt zum Hitler-Gegner Ernst Niekisch auf. Der Protestant stand der Bekennenden Kirche nahe. Im

Ministerium begegnete er Harro Schulze-Boysen wieder, den er Ende der zwanziger Jahre kennen gelernt hatte. G., dessen kritische Distanz zum Nationalsozialismus sich mit dem Überfall auf die Sowjetunion noch vergrößerte, baute ab 1941 ein enges Vertrauensverhältnis zu Schulze-Boysen auf. Die beiden tauschten sich auch über politische Fragen aus, es kam aber wohl zu keiner Mitarbeit G.s im Widerstandskreis der sog. „Roten Kapelle".

Am 10.10.1942 wird der Oberst im Rahmen der Zerschlagung der „Roten Kapelle" zu Hause verhaftet und in die Gestapozentrale in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße eingeliefert. Die weiteren Haftstationen sind das Strafgefängnis Spandau und das Militärgefängnis Lehrter Straße. Aus der Haft sind Zeugnisse seiner persönlichen Frömmigkeit überliefert. So formulierte G. am 28.12.1942 in seinen Anregungen für die eigene Trauerfeier: „[...] mein lebendiger Kern [drohte] an dem Zwiespalt der Zeit zu zerspringen [...], aber in der langen Haft [heilte] Gott mich [...]" (H. Coppi: Gehrts, S. 231).

Nachdem das Reichskriegsgericht G. am 10.1.1943 „wegen Zersetzung der Wehrkraft" zum Tode verurteilt hatte, wurde er am 10.2.1943 in Plötzensee durch das Fallbeil ermordet.

Literatur: H. Coppi: Gehrts; E. Gehrts: Aufklärungsflieger; R. Griebel/M. Coburger/H. Scheel: Gestapo-Album, S. 200 f.; P. Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 66.

Foto: R. Griebel/M. Coburger/H. Scheel: Gestapo-Album, S. 200.

B. Mensing

Gerstein, Kurt



* 11.8.1905 Münster/Westf., † 25.7.1945 Paris.

Verh. mit Elfriede, geb. Bensch, drei Kinder.

1925–1931 Bergbaustudium in Marburg, Berlin und Aachen; 1931 Diplomingenieur; 1932–1934 Bergreferendar; 1935 Bergassessor; 1936 1. Inschutzhaftnahme durch die Gestapo; Ausschluss aus der NSDAP und Entlassung aus dem Staatsdienst; Medizinstudium in Tübingen; 1938 2. Verhaftung; 1941 Einberufung zur Waffen-SS; 1942 Leiter der Abteilung Gesundheitstechnik im Hygiene-Institut der Waffen-SS; April 1945 Internierung durch die französische Armee.

Als Schüler und Student fand G. zu einem sehr persönlichen Christentum und engagierte sich in der evangelischen Jugendarbeit. 1933 protestierte er gegen deren Zwangseingliederung in die HJ und widmete sich verstärkt den Schülerbibelkreisen. Dies und sein Einsatz für die Bekennende Kirche führte zu zwei Inschutzhaftnahmen durch die Gestapo 1936 und 1938, zum Ausschluss aus der NSDAP und zur Entlassung aus dem Staatsdienst. G. begann in Tübingen Medizin zu studieren und meldete sich 1940/41 freiwillig zur SS; diesen Schritt begründete er gegenüber Freunden damit, einen Blick „hinter die Kulissen" auf die Verbrechen der Nationalsozialisten tun zu wollen. Dies gelang ihm wider alles Erwarten: Als Leiter der Abteilung Gesundheitstechnik im Hygiene-Institut der SS machte er sich mit Desinfektionsanlagen für die Wehrmacht und Epidemienbekämpfungen in den Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern einen Namen und lernte das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B kennen. Als so ausgewiesener „Experte" erlebte er im August 1942 Judenmorde einmal mit Kfz-Abgasen, zum anderen mit Zyklon B in Belzec und Treblinka. Sofort, schon auf der Rückfahrt nach Berlin,

begann er mit einer verdeckten Informationstätigkeit, indem er Vertreter der neutralen schwedischen und später der Schweizer Botschaft unterrichtete und um Weiterleitung seines Berichts an die Alliierten bat. Er informierte evangelische Kirchenführer, u. a. Otto Dibelius, aber auch katholische Geistliche. 1943 gelang es ihm unter Lebensgefahr, über einen holländischen Studienfreund und dessen Verbindungen zum Widerstand einen Bericht nach London zu senden. Daneben versuchte er Zyklon B-Lieferungen über sich selber zu leiten, um sie zu sabotieren. Befehlen, sich an der Vernichtung der Juden zu beteiligen, hat er sich entzogen. Seine Tarnung als „Spion Gottes“ (so sein französischer Biograph Pierre Joffroy) hat er bis Kriegsende aufrecht erhalten; in französischer Internierung schrieb er den berühmten Gerstein-Bericht, einen Augenzeugenbericht über die erlebten Massaker an Juden. Selbst als Kriegsverbrecher angeklagt, nahm er sich am 25.7.1945 im Pariser Militärgefängnis Cherche-Midi das Leben. Lange stand G., der sich selbst als „Zeuge des Holocaust“ (so sein deutscher Biograph Jürgen Schäfer) berufen fühlte, unter der Diskriminierung als SS-Offizier und Beteiligter an den Judenmorden. Erst 1965 juristisch rehabilitiert – voran ging das berühmte Drama „Der Stellvertreter“ von Rolf Hochhuth, in dem die Figur Kurt Gerstein eine Hauptrolle spielt –, ist er immer noch einer der unbekannteren Widerstandskämpfer aus christlicher Gesinnung, ein protestantischer Einzeltäter mit dem Ursprung in der Bekennenden Kirche, der schon 1934 angesichts der bewusst antireligiösen Ausrichtung der HJ den Konflikt mit den Nationalsozialisten vorhersah. Ähnlich wie der Theologe Dietrich Bonhoeffer erkannte der Laie G. früh und klarsichtig die grundsätzliche Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus unternehme einen Frontalangriff auf den christlichen Glauben und halte „jede ernsthafte Bindung an Gott für höchst überflüssig und schädlich“. Damit korrumpiere er Moral und Recht in Deutschland; Widerstand sei geboten: „So wird das Gewissen der Nation doch einigermaßen wachgehalten und Schlimmeres verhütet.“ (1938)

Quellen: LKA EKvW Bielefeld, Best. 5,2: Kurt-Gerstein-Archiv.
Literatur: S. Friedländer: Gerstein; P. Joffroy: Spion; J. Schäfer: Gerstein (Lit.!); B. Hey u. a.: Gerstein (Lit.!).
Foto: LKA EKvW Bielefeld, Best.: 5,2, F 164.

B. Hey

Goerdeler, *Carl* Friedrich, Dr. jur.

* *31.7.1884 Schneidemühl (heute Piła), Provinz Posen,* † *2.2.1945 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Anneliese, geb. Ulrich, zwei Töchter, drei Söhne.
1902–1905 Jura-Studium in Tübingen und Königsberg; 1905–1911 Militärdienst, Referendar- und Assessorausbildung, Banklehre in Königsberg und Berlin, Promotion in Göttingen; 1911–1914/1920 Assessor und Erster Beigeordneter in der Stadtverwaltung von Solingen; 1914–1918 Kriegsdienst und Tätigkeit in der Finanzverwaltung der besetzten russischen und polnischen Gebiete; 1920–1930 Zweiter Bürgermeister von Königsberg; 1930–1937 Oberbürgermeister von Leipzig; 1931/1932 und 1934/1935 Reichskommissar für Preisüberwachung; ab 1937 Berater der Robert Bosch GmbH.

Als Sohn eines preußischen Beamten verbrachte G. zusammen mit vier Geschwistern seine Schulzeit in Marienwerder (Westpreußen). Das protestantisch-konservative Milieu, in dem er aufwuchs, prägte ihn sein Leben lang. Sein Glaube hatte starke rationalistische und ethische Züge. Religion, Kultur und Politik waren in seinem Denken eng miteinander verknüpft. Seine kirchlichen Kontakte waren vielfältig. Ab 1932 gehörte er dem Zentralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins an.

Nach dem Ersten Weltkrieg profilierte sich G., der Mitglied der DNVP war, in der Kommunal- und Wirtschaftspolitik. Dem Nationalsozialismus stand er in der Anfangsphase der NS-Herrschaft distanziert, aber ohne grundsätzliche Bedenken gegenüber. Eingriffe in die rechtsstaatliche Ordnung veranlassten ihn wiederholt zu Kritik. Nach der Selbstauflösung der DNVP 1933 trat er nicht in die NSDAP ein, jedoch arbeitete er als Oberbürgermeister von Leipzig einige Jahre lang mit ihr zusammen. In seiner Funktion als Reichskommissar für Preisüberwachung, die er bereits unter Reichskanzler Heinrich Brüning zeitweilig innegehabt hatte, versuchte er 1934/1935 u.a. mit einer Denkschrift an Hitler, Reformen in die Wege zu leiten, hatte jedoch nicht den erhofften Erfolg. Seit 1934 unterhielt er Verbindungen zur Bekennenden Kirche, der er selbst nicht angehörte. Während der Haftzeit des Pfarrers Martin Niemöller, der deren radikalen Flügel repräsentierte, beteiligte sich G. an der finanziellen Unterstützung von Niemöllers Ehefrau. Im

Konflikt mit der NSDAP legte G. im März 1937 sein Amt als Oberbürgermeister von Leipzig demonstrativ nieder. Mehrere Auslandsreisen, die G. als Berater deutscher Industrieunternehmen von 1937 bis 1939 unternahm, erhöhten seine Aufmerksamkeit für die Gefahren nationalsozialistischer Politik und bestärkten ihn in seiner Kritik. Mit Abscheu äußerte er sich über den Massenmord an den Juden, den er mit der Christenverfolgung unter dem römischen Kaiser Diokletian verglich.

Aus Kontakten, die G. seit 1935 mit dem damaligen Generalstabschef Ludwig Beck und mit General Georg Thomas unterhielt, entwickelte sich in Berlin unter Becks Führung ein konservativer Widerstandskreis, der seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges auf einen Staatsstreich der Heerführer zur Beseitigung des NS-Systems zielte. G., der ab 1941 eine führende Stellung in der Opposition einnahm, brachte seine zunehmende, politisch wie auch religiös-moralisch begründete Ablehnung des Nationalsozialismus in zahlreichen Memoranden zum Ausdruck und drängte andere Oppositionelle in vielen Gesprächen zu entschlossenem Handeln. Sein Ziel war eine Neuorientierung deutscher Politik an Maximen, die dem christlichen Gebot der Nächstenliebe entsprachen. Einen politischen Mord als Mittel des Widerstandskampfes lehnte er ab. Stattdessen plädierte er im Glauben an die Macht der Vernunft für offene Befehlsverweigerung der obersten Militärs und für ein Gerichtsverfahren gegen Hitler, konnte sich jedoch mit diesem Plan nicht durchsetzen. Seit dem Herbst 1943 erstellte er im Einvernehmen mit Ludwig Beck Listen für die Besetzung von Regierungsämtern nach einem Regimewechsel. Er selbst war als künftiger Reichskanzler vorgesehen.

Nachdem die Gestapo am 17.7.1944, wenige Tage vor dem geplanten Staatsstreich, seine Verhaftung angeordnet hatte, konnte er aufgrund einer Warnung am folgenden Tag bei Freunden und Bekannten untertauchen. Das Scheitern des Attentats vom 20.7. deutete er als Vergeltung Gottes dafür, dass das 5. Gebot nicht befolgt worden war. Infolge einer Denunziation wurde G. am 12.8. bei Konradswalde (Westpreußen) verhaftet. Nachdem er am 8.9. vom Volksgerichtshof zusammen mit Ulrich von Hassell und weiteren Verschwörern wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt worden war, blieb er noch ungewöhnlich lange in Haft.



Ausgehend von der Frage nach Schuld und Gerechtigkeit angesichts des Grauens, dem er die Menschheit ausgesetzt sah, schrieb G. im Januar 1945: „Nein, die Vernunft kann keinen Ausweg finden. Sie muß heute Gott mit dem Psalmisten zurufen, ‚Halte ein! Siehst Du denn nicht, daß diese Qualen den Unschuldigen nicht mehr verständlich sein *können*, daß sie stumpfe Ergebung, aufbäumende Empörung oder höhnende Verhärtung zur Folge haben müssen. […] O, Christus, wo ist die Wahrheit, wo ist der Trost, was vermögen wir Menschen, um wenigstens den Saum des Seelenfriedens und Seelenglückes zu erfassen? Wenn Gott uns wenigstens die Möglichkeit schenkte, seine Gebote zu verkünden! Aber selbst, als wir frei waren, durften wir es nur um den Preis des Leides für andere! Nun, da wir dies Leid nicht scheuen würden, weil es der Qual der Nutzlosigkeit entbehrt, nun läßt Du uns im Gefängnis verderben, Herr, öffne deine Tore!‘“ (Undatierter Rechenschaftsbericht, Januar 1945, zitiert nach H. Mommsen/S. Gillmann: Schriften, Bd. 2, S. 1232.) Am 2.2.1945 wurde er in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Quellen: EZA Berlin, 200/1/866: Gustav-Adolf-Werk 1832–1942, Wahl der Zentralvorstandsmitglieder 1924–1933.

Literatur: C. F. Goerdeler: Schriften (Lit.!); C. Markschies: Goerdeler; M. Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler (1998); G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 81–85; G. Ritter: Carl Goerdeler.

Foto: GDW.

A. Kurschat



Goerdeler, *Fritz* Hermann

** 6.3.1886 Schneidemühl (heute Piła), Provinz Posen, † 1.3.1945 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Sabine, geb. Ulrich, verwitwet, drei Töchter, ein Sohn.

1904–1907 Jura-Studium in Tübingen und Königsberg; anschließend Militärdienst, Referendariat und Assessoriat in Neuenburg, Magdeburg und Berlin; 1913/1914 informatorische Beschäftigung in der Stadtverwaltung von Remscheid; 1914–1918 Kriegsdienst; 1919 Rechtsanwalt in Marienwerder; 1920–1933 Bürgermeister von Marienwerder, Mitglied des Kreistages Marienwerder und des Ostpreußischen Provinziallandtages; 1933–1944 Stadtkämmerer in Königsberg.

G. war der jüngste Sohn des Juristen Julius Goerdeler und dessen Ehefrau Adelheid, geb. Roloff. Mit seinem Bruder Carl und drei weiteren Geschwistern wuchs er überwiegend in Marienwerder (Westpreußen) auf, wohin sein Vater 1890 als Amtsrichter versetzt wurde. G. besuchte dort das humanistische Gymnasium und legte 1904 das Abitur ab. Im selben Jahr folgte er seinen älteren Brüdern an die Universität Tübingen, um Jura zu studieren. Wie seine Brüder gehörte er der Akademischen Turnerschaft Eberhardina an.

Seiner westpreußischen Heimat fühlte sich G. sehr verbunden. Die nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland geforderte Abtretung des größten Teils dieser Region an Polen war für ihn nicht akzeptabel. Anfang Juni 1919 meldete er sich daher zusammen mit seinem Bruder Carl freiwillig beim Feldartillerie-Regiment 71 in Marienwerder zum „Grenzschutz Ost", um die deutsche Bevölkerungsmehrheit gegen die polnische Besatzung zu verteidigen. Der Abschluss des Versailler Vertrages am 28.6.1919 setzte diesem Vorhaben ein Ende. G. trat in die DNVP ein und wurde im selben Jahr zum Bürgermeister von Marienwerder gewählt. Er übernahm dieses Amt im Juni 1920, wenige Tage vor der im Versailler Vertrag vereinbarten Volksabstimmung über die künftige nationale Zugehörigkeit der Region, bei der sich eine große Mehrheit für den Verbleib im Deutschen Reich aussprach. 1932 wurde G. für eine weitere zwölfjährige Amtszeit als Bürgermeister wiedergewählt. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 setzte ihn die NSDAP politisch unter Druck. Um sein Amt weiter ausüben zu können, hätte er in die Partei eintreten müssen, was er jedoch ablehnte. G. war bereit, für die Wahrung seiner Distanz gegenüber dem Regime auch persönliche Opfer zu bringen. Im Mai 1933 übernahm er – zunächst kommissarisch – das weniger exponierte Amt des Stadtkämmerers in Königsberg, wo seine Familie in deutlich bescheideneren Verhältnissen lebte als zuvor. Sein letzter großer öffentlicher Auftritt in Marienwerder war eine Festansprache, die er am Pfingstsonntag 1933 anlässlich der Feierlichkeiten zum 700jährigen Bestehen der Stadt im evangelischen

Dom hielt, in dem er als Jugendlicher konfirmiert worden war. Die große Bedeutung, die die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche für ihn hatte, zeigte sich nach außen hin besonders in seinem langjährigen Engagement für das evangelische Kranken- und Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit in Königsberg. Nachdem es in dessen Vorstand 1933/1934 heftige kirchenpolitische Auseinandersetzungen gegeben hatte, übernahm G. 1935 den stellvertretenden Vorsitz und war ab 1937 Vorsitzender des Gremiums.

Zwischen G. und seinem Bruder Carl bestand während ihres gesamten Lebens eine enge Beziehung. Da ihre Ehefrauen Schwestern waren, gab es zwischen ihren Familien intensive Kontakte und einen starken Zusammenhalt. In ihren politischen Überzeugungen stimmten die beiden Brüder weitgehend überein. So entwickelten sie 1936 auf der Basis ihrer langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung gemeinsam ein Programm der Arbeitslosenfürsorge. Als wichtigster Vertrauter und Berater seines Bruders unterstützte G. später dessen vielfältige konspirative Aktivitäten zur Beendigung der NS-Herrschaft. 1943 gewann er den Königsberger Magistratsbaurat Walter Schwartz dafür, nach einem Umsturz das Amt des Oberbürgermeisters von Königsberg zu übernehmen. Gelegenheiten zum offenen Gedankenaustausch boten G. Begegnungen mit seinem Bruder in Berlin sowie die regelmäßigen Ferienaufenthalte ihrer Familien im Ostseebad Rauschen, wo ihre Schwiegereltern ein Ferienhaus errichtet hatten. Dort traf G. Ende Juni 1944, als die Vorbereitungen für einen Staatsstreich kurz vor dem Abschluss standen, mit seinem Bruder zusammen und erörterte mit ihm die Lage Deutschlands nach der Landung der westlichen Alliierten in der Normandie.

Nach dem gescheiterten Staatsstreich vom 20.7.1944 wurde G. ebenso wie sein Bruder verhaftet und wegen seiner Teilnahme an der Verschwörung vor dem Volksgerichtshof angeklagt. Zahlreiche Familienangehörige kamen in Sippenhaft. Am 22.2.1945, einen Tag vor seinem Prozess, schrieb G. an seine Kinder: „Was auch kommen mag, Ihr dürft gewiss sein, dass Ihr Euch wegen meiner Haltung nicht zu schämen braucht, wie auch die Herren, welche mich vernommen haben, mit grösster Achtung von Onkel Karl sprachen. […] Immer habe ich zu Gott gefleht, dass er euch gnädig behüten möge, euch reine starke Herzen schenkt, mit deren Kraft Ihr gute tüchtige Menschen werdet. Haltet euch im Glauben zu Gott und unserm Heiland. Er ist die lebendige Quelle allen Trostes. Das habe ich in der langen Einsamkeit des Kerkers verspürt, und es war gut für mich, dass Gott mich vor diese Prüfung gestellt hat, der ich zu sehr die Behaglichkeit eines ruhigen Lebens liebte.“ (Stiftung 20. Juli 1944/GDW Berlin: Abschiedsbrief) G. wurde am 23.2.1945 wegen Vorbereitung des Hochverrats und landesverräterischer Feindbegünstigung zum Tode verurteilt und eine Woche später hingerichtet. Seine Frau war bereits 1942 an einer schweren Krankheit gestorben, sodass seine jüngste, noch minderjährige Tochter nun Vollwaise wurde.

Gedenksteine für G. und seinen Bruder Carl befinden sich auf der Grabstätte der Familien Goerdeler und Meyer-Krahmer auf dem Heidelberger Bergfriedhof.

Quellen: Stiftung 20. Juli 1944/GDW Berlin: Abschiedsbrief von Fritz Goerdeler an seine Kinder, 22.2.1945 (Abschrift); Stadtarchiv Remscheid: D 11.1.302 II C 160 (Personalakten der Stadtverwaltung Remscheid betr. Fritz Goerdeler); Auskünfte an den Verf.: Marianne Meyer-Krahmer, 13.9.2005, Dieter Nebeling, 26.10.2006.

Literatur: W. Herb: Goerdeler; H.-A. Jacobsen: Spiegelbild; M. Meyer-Krahmer: Carl Goerdeler (1998) (Lit.!); D. Nebeling: Stolberg-Wernigerode, S. 287 f.; H.-J. Schuch: 750 Jahre Marienwerder, S. 15; Zeugnis für ein anderes Deutschland, S. 56–59.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Grunthal, Marianne

** 31.1.1896 Zehdenick (Brandenburg), † 2.5.1945 Schwerin.*

Ca. 1919–1943 Lehrerin für Handarbeit, Hauswirtschaftskunde, Turnen und Schwimmen an den beiden Volksschulen wie auch an der Mittelschule von Zehdenick; 1943 invalidisiert, da sich ihre Sehkraft aufgrund eines Augenleidens zunehmend verschlechterte.

G. stand dem nationalsozialistischen Regime von Beginn an distanziert gegenüber. Sie war weder Mitglied der NSDAP, noch betätigte sie sich in der nationalsozialistischen Frauenschaft. Trotzdem unterrichtete sie bis 1943 an den Volksschulen und der Mittelschule von Zehdenick, bis sie ein Augenleiden dazu zwang, ihren Beruf vorzeitig aufzugeben.



Ende 1944 forderte der Bürgermeister des Ortes gemäß den Anweisungen der Regierung die Zivilbevölkerung auf, die Stadt zu verlassen. Kurz danach gab er den Befehl, die Havelbrücken zu sprengen, um die Stadt gegen die anrückenden sowjetischen Truppen zu verteidigen. Im Zuge ihrer Flucht gelangte G. am 1.5.1945 nach Schwerin-Mueß. Einen Tag später wanderte sie von dort aus nach Zippendorf und erfuhr vom Tod Hitlers. Daraufhin gab sie ihrer Erleichterung mit folgenden Worten Ausdruck: „Gott sei Dank, dann ist der furchtbare Krieg endlich zu Ende." (K. H. Jahnke: Hitler, S. 159) Ihre Bemerkung wurde anscheinend von SS-Wachmannschaften gehört, die Gefangene aus den Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen nach Westen führten. Diese ergriffen G. und schlugen sie brutal. Danach warfen sie die Frau auf einen Wagen und fuhren mit ihr zum Bahnhof. Dort wurde G. auf Befehl der Schweriner Kreisleitung der NSDAP an einem Mast der Straßenbahn auf dem Bahnhofsplatz gehängt. So fand sie wenige Stunden vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in die Stadt den Tod. Um den Hals trug sie eine Papptafel mit der Aufschrift: „Eine deutsche Frau, die sagt: Gott sei dank, daß der Führer tot ist!" (Ebd., S. 157)

Literatur: K. H. Jahnke: Hitler (Lit.!); B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 183 (Lit.!).
Foto: K. H. Jahnke: Hitler, S. 157.

C. Bendick

Günther, Friedrich

** 1911 Treysa, † 4.8.1944 Lille.*
Ledig, ohne Kinder.
1931 Theologiestudium im kirchlichen Auslandsseminar der Evangelischen Kirche der APU in Ilsenburg; II. Theol. Examen beim Bruderrat der Bekennenden Kirche in Brandenburg; Hilfsprediger in Königsberg in der Neumark; in die Wehrmacht eingezogen und Einsatz im Frankreich-Feldzug; Dolmetscher bei der Oberfeldkommandantur in Lille.

Mit Abschluss seiner Ausbildung in Ilsenburg auf den Einsatz als Pastor einer der deutschsprachigen Gemeinden in Südamerika hin, verweigerte G. die obligatorische Selbstverpflichtung, dort im Sinn des Nationalsozialismus zu wirken. Er wurde von der Bekennenden Kirche in Brandenburg übernommen und legte beim dortigen Bruderrat sein II. Theologisches Examen ab. Nach einer Zeit als ‚illegaler' Hilfsprediger in der Gemeinde Königsberg in der Neumark und seinem Einsatz als Eingezogener der deutschen Wehrmacht im Frankreichfeldzug wurde er als Dolmetscher bei der Oberfeldkommandantur in Lille eingesetzt.

Die zahlreichen Kontakte, die er dort knüpfen konnte, so etwa mit dem Militärverwaltungsrat Dr. Carlo Schmid und Stadtpastor Marcel Pasche, die gemeinsam ein Büro für Rechtshilfe vor den deutschen Gerichten unterhielten, welches französischen Bürgern bei Konflikten mit der Besatzungsmacht Verteidiger vermittelte, die nicht mit der Besatzung kollaborierten, nutzte er wiederholt, um Franzosen den Nachstellungen der Wehrmacht zu entziehen.

Außerdem konnte er durch den Verrat ihm vorab bekannt gewordener SS-Razzien in manchen Fällen die Deportation einzelner Juden mit französischer Staatsbürgerschaft verhindern.

Als Unteroffizier in einem Landesschützenzug bei der britisch-amerikanischen Invasion in der Normandie dem Kessel von Falaise knapp entkommen, meldete er sich am 2.8.1944 bei seiner Dienststelle in Lille zurück, wo er von einem jungen Offizier beschuldigt wurde, „defaitistische Nachrichten über die Lage an der Front" verbreitet zu haben. G. stieß den Offizier beiseite, was dieser – unter den Augen des Chefs der Militärverwaltung – mit drei Pistolenschüssen beantwortete, woran G. zwei Tage später 33-jährig im Krankenhaus Colmette in Lille verstarb.

Freunde griffen den Fall nach dem Kriege auf und brachten den Offizier vor Gericht. Nach seiner Verhaftung erhängte er sich in seiner Gefängniszelle.

Literatur: W. Scherffig: Theologen, Bd. 3, S. 423–425.

S. Roßteuscher

Habermann, Hans Max



** 21.3.1885 Altona, † 30.10.1944 Gifhorn/Aller.*
Verh., sieben Kinder.
Buchhandlungsgehilfe; 1907 hauptamtlicher Mitarbeiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Hamburg; 1911 dort Schriftleiter; 1922 Abteilungsleiter; 1933 entlassen; Kaufmann.

H. arbeitete nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule in Altona als Lehrling und Gehilfe im Buchhandel. In dieser Zeit wurde er durch die antisemitische Deutsch-soziale Partei und die Zeitschrift „Kunstwart" geprägt. 1904 trat er dem antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) bei, einer nationalen Angestelltengewerkschaft, die 1893 in Hamburg gegründet worden war. 1907 wurde er hauptamtlicher Mitarbeiter in dessen „Sozialpolitischer Abteilung" und 1911 Schriftleiter der „Deutschen Handelswacht", dessen zentralen Publikationsorgans; 1913 wurde er in die DHV-Verwaltung gewählt. H. betonte die Überlegenheit ständischer Selbstverwaltung gegenüber staatlich gelenkter Sozialpolitik. Während des Ersten Weltkrieges war er Kriegsfreiwilliger; er propagierte eine Erweiterung der deutschen Grenzen und des deutschen Einflusses in Europa. Von 1919 bis 1922 leitete er erneut die Sozialabteilung des DHV. 1922 wurde er Leiter der Abteilungen Jugend, Berufsbildung und Allgemeinbildung, zunächst im Spandauer Johannisstift, dann in Hamburg. Er begründete den „Bund der Fahrenden Gesellen im DHV" mit. Inhaltlich arbeitete er eng mit Wilhelm Stapel, dessen völkisch-konservative und streng lutherische Anschauungen er teilte, und der Zeitschrift „Deutsches Volkstum" zusammen. 1924 wurde H. Aufsichtsratsmitglied der Hanseatischen Verlagsanstalt und 1930 Vorsitzender des Aufsichtsrates des Münchner Langen-Müller Verlages. 1928 wählte man ihn zum Vorsitzenden des „Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften". Er war einer der führenden Repräsentanten des DHV und galt als potentieller Nachfolger des Verbandsvorsitzenden Hans Bechly. In den 1920er Jahren verstand er den DHV als Träger der „Mission des Deutschtums" und als „wahrhaft völkische Erziehungsbewegung". Daneben bemühte er sich um eine „Synthese des Gegensatzes von Kapital und Arbeit". 1931 publizierte er seine wirtschaftspolitischen Überlegungen unter dem Titel „Stand und Staat". Zu ihrer Realisierung suchte er den Kontakt zu Heinrich Brüning.

Wie andere DHV-Führer trat H., der im Juni 1928 mit der Vertretung der Verbandspolitik in der Öffentlichkeit ernannt worden war, 1929 aus der DNVP aus und schloss sich der von 1930 bis 1933 bestehenden Volkskonservativen Vereinigung an, einer gemäßigten Abspaltung der DNVP, die stark vom Jungkonservatismus geprägt war. In der Folge bekämpfte der DHV die DNVP als „sozialreaktionäre" Partei. Im Oktober 1930 vermittelte er die ersten Begegnungen zwischen Heinrich Brüning und Adolf Hitler und versuchte, die Rechtsorientierung des Zentrums zu forcieren. Er nahm im November 1931 sogar an einer vertraulichen Besprechung zwischen Hitler, Rudolf Heß und Gregor Strasser in München teil. Im Spätherbst 1932 bemühte er sich um die Bildung eines Kabinetts Schleicher mit Brüning als Außenminister und Gregor Strasser

als Innenminister. Differenzen zwischen DHV und NSDAP waren darin begründet, dass H. und Bechly, um ihren Einfluss nicht zu verlieren, sich einer Unterordnung des DHV unter die NSDAP widersetzten. Im April 1933 schieden beide aus der Verbandsleitung aus, sodass die Gleichschaltung des DHV möglich wurde, der nunmehr an der Zerschlagung der Gewerkschaften mitwirkte. H. verlor alle seine Ämter und arbeitete fortan als Kaufmann. In Berlin eröffnete er im Herbst 1934 ein Geschäft für Büroartikel. Seit dem Winter 1934/35 zählte der überzeugte evangelische Christ zum Kern einer gewerkschaftlichen Widerstandsgruppe um Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser. Auch zu Ludwig Beck und Carl Goerdeler gab es enge Verbindungen. H. plante mit ihnen für die Zeit nach dem Sturz der Nationalsozialisten eine Einheitsgewerkschaft, in der er die Angestellten-Gruppe leiten sollte, und war an den Vorbereitungen des Anschlages vom 20.7.1944 beteiligt. In Müden an der Aller, wohin seine Familie gebracht worden war, wurde er am 29.10.1944 von der Gestapo verhaftet. Am folgenden Tag beging er im Gerichtsgefängnis in Gifhorn Suizid, um nicht unter der Folter andere Widerstandskämpfer zu verraten.

Literatur: I. Hamel: Völkischer Verband; A. Krebs: Habermann, S. 397 f.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 134; H. Roder: Gewerkschaftsbund; Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 464–472 und Bd. 4, S. 424–427; P. Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 79 f.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 281.

R. *Hering*

Haeften, Hans-Bernd von

* *18.12.1905 (Berlin-)Charlottenburg, † 15.8.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Barbara, geb. Curtius, fünf Kinder.

1924–28 Jurastudium in Berlin und München, 1928/29 Austauschstudent in Cambridge, 1930 Geschäftsführer der Stresemann-Stiftung, 1933 Attaché im Auswärtigen Amt, 1934 Kulturattaché in Kopenhagen, 1935 dass. in Wien, 1937 Legationssekretär in Bukarest, 1940 Stellvertretender Leiter der Informationsabt. des Auswärtigen Amtes in Berlin, 1943 dass. der Abt. Kulturpolitik; 1944 Vortragender Legationsrat.



H. (gesprochen: Haften) war kirchlich engagiert und theologisch gebildet; während des Studiums weckte Friedrich Siegmund-Schultze sein ökumenisches Interesse. Früh lehnte er „Hitlers Räuberhauptmannmoral“ ab wie sein väterlicher Freund Kurt Hahn, der sich 1932 deshalb für eine starke Präsidialregierung einsetzte. Im März 1933 urteilte H.: „Jede Rechtsbeugung und jeder Willkür- und Terrorakt verletzt die Ehre und Würde der Nation.“ (H.-B. v. Haeften an seine Frau, 17.3.1933)

Ab 1931 intensivierte H. die Freundschaft zu Dietrich Bonhoeffer, besuchte dessen Studentenabende und bekam Einblick in seine Theologie. Als treuer Hörer der Predigten Martin Niemöllers in Berlin-Dahlem gehörte er zur BK.

Ab 1935 in Wien wurde die Begegnung mit jüngeren Katholiken um die Zeitschrift „Hochland“ und Herbert Krimm wichtig für sein Denken. Durch den zweiten Pfarrer an der Dorotheerkirche fand er Zugang zur Evangelischen Michaelsbruderschaft, aber ihre „völlig schiefe Frontstellung“ gegen die BK kritisierte H. (H.-B. v. Haeften an H. Krimm, 27.1.1937).

Nach dem Pogrom vom 9.11.1938 bedauerte er die „passive Haltung der Kirche“ (ebenso, 2.12.1938). Sie kam ihm „vor wie ein Pfarrer im Talar, der in frommer Haltung im Evangelium lesend (er hat gerade

Lukas 10,25 f. aufgeschlagen) seines Weges zieht und der in seinen ‚Text' so vertieft ist, daß er – weitergeht; oder wenn das Elend so nahe vor seinen Füssen liegt, daß er darüber stolpert, so nimmt er [...] seine Zuflucht zu seinem Trostpsalm und erbaut – sich daran."

In Bukarest sorgte H. besonders für die evangelischen Siebenbürger Sachsen. Gegen den Einfluss der NSDAP fand er einen Partner in Pfarrer Konrad Möckel, aber es sollte ein aussichtsloser Kampf sein. 1941 siegte nämlich die Thüringer Richtung der DC.

Ab 1940 in Berlin fand H. Anschluss an den politischen Widerstand. Durch Adam von Trott zu Solz kam er zum Kreisauer Kreis. Er konnte zwar an keiner Kreisauer Tagung teilnehmen, aber deren Ergebnisse beriet die Kreisauer Gruppe im Auswärtigen Amt. Sie bereitete die Schwedenreise von Hans Schönfeld Ende Mai 1942 vor; die parallele Reise Bonhoeffers betreute wohl nur H. Zudem aktivierte er 1942 seine Beziehung zu Siegmund-Schultze und besuchte ihn dreimal im Schweizer Exil.

Als „adäquate Schilderung unserer weltpolitischen Situation" bezeichnete er im Sommer 1942 das Sonett Reinhold Schneiders: „Allein den Betern kann es noch gelingen,/ das Schwert ob unsern Häuptern aufzuhalten [...]" (H.-B. v. Haeften an H. Krimm, 28.6.1942). Aber gleichzeitig hoffte er auf eine gewaltsame Beseitigung des Regimes durch das Militär.

Wie anderen Kreisauern stellte sich H. nach Moltkes Verhaftung die Frage einer Zusammenarbeit mit Stauffenberg, zumal er seit Mitte Januar 1944 mit dessen Ordonnanzoffizier, seinem Bruder Werner, zusammenwohnte und ihn für die Umsturzplanung beriet. Immer wieder rang H. wegen des 5. Gebots mit dem Tyrannenmord. „Wir können nicht mit Gangster-Methoden arbeiten. Man kann den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben" (B. v. Haeften: Leben, S. 16 f.). Anfang Juli entschied er sich zwar für die Beteiligung am Umsturz, aber die Zweifel blieben.

Am 20. Juli erwartete er mit den Freunden im Auswärtigen Amt den Umsturz. Am 21.7. fuhr er zu seiner Frau, um Abschied zu nehmen. Am Sonntag, dem 23.7., ging er in Dahlem zum Gottesdienst und Abendmahl, am Abend wurde er verhaftet.

Am 15.8. stand er mit Trott und vier anderen vor dem Volksgerichtshof. Freisler warf ihm Verrat an der „Treue gegenüber dem Führer" vor (B. v. z Mühlen/A. v. Klewitz [Hrsg.]: Die Angeklagten, S. 215). H. entgegnete: „Diese Treuepflicht habe ich nicht mehr empfunden", und betonte die „Auffassung, die ich von der weltgeschichtlichen Rolle des Führers habe, nämlich daß er ein großer Vollstrecker des Bösen ist".

In seinem Abschiedsbrief an seine Frau (B. v. Haeften: Lebensbericht, S. 89-92) schrieb er: „[I]n diesen Haftwochen habe ich Gottes Gericht stillgehalten und meine ‚unerkannte Missetat' [Ps 90,8] erkannt und vor Ihm bekannt. ‚Gottes Gebote halten und Liebe üben und demütig sein vor Deinem Gott' [Micha 6,8]: das ist die Regel gegen die ich verstoßen habe. Ich habe das fünfte Gebot nicht heilig gehalten (obwohl ich einmal Werner damit zurückgerissen habe) und das Gebot des ‚Stilleseins und Harrens' [Jes 30,17] habe ich nicht ernst genug genommen. [...] ich habe all dieses getan in der Meinung und in dem Willen, Recht zu tun vor Gott. In Wahrheit war ich ungehorsam, obwohl ich ehrlich gefleht habe, Er möge mich auf Seinen Wegen leiten, daß meine Füße nicht gleiten; sie sind geglitten. Warum? Ich habe in all den Zweifeln wohl nicht still und geduldig genug gewartet, bis Er Seinen Willen mir unzweideutig kundtat. Vielleicht war es auch so Sein unergründlicher, heiliger und heilsamer Ratschluß. [...] Mein letzter Gedanke, liebste Frau, wird sein, daß ich Euch meine Lieben des Heilands Gnade und meinen Geist in Seine Hände befehle. So will ich glaubens*froh* sterben." Am 15.8.1944 wurde H. hingerichtet.

Literatur: H.-B. und B. v. Haeften: Briefe; B. v. Haeften: Leben; B. v. Haeften: Lebensbericht; G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 86-91 (Lit.!); B. v. z. Mühlen/A. v. Klewitz (Hrsg.): Die Angeklagten.

Foto: B. v. Haeften: Lebensbericht, S. 85.

G. Ringshausen

Haeften, Werner von

** 9.10.1908 Schwerin, † 21.7.1944 Berlin.*

Ledig, ohne Kinder.

1927 Abitur in Berlin; 1927–1931 Jurastudium in Berlin und (WS 1928/29) Paris; 1931 jur. Staatsexamen, Referendar; 27.11.1934 Große Staatsprüfung; 1.1.1935 Assessor am Amtsgericht Potsdam: beurlaubt von Januar bis Mai 1935 zur Reichswehr bzw. Wehrmacht und 1935–1938 zur Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt Berlin; 1938–1939



Mitarbeiter der Privatbank M. M. Warburg Hamburg; 1.9.1939 Leutnant d. R.; 21.1.1942 Oberleutnant d. R., 7.2.1942 schwere Verwundung; ab Herbst 1942 OKW Amt Ausland/Abwehr; 1.11.1943 Ordonnanzoffizier von Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Der protestantische Glaube war ein tragendes Element in der Familie von Generalmajor a. D. Hans von Haeften und seiner Frau Agnes (geb. von Brauchitsch). H. hing zeitlebens mit großer Liebe an Eltern und Geschwistern und kümmerte sich bis zuletzt fürsorglich um seine Mutter und die Familie seiner Schwester Elisabeth. In der Schulzeit interessierte er sich besonders für geisteswissenschaftliche Fächer, zeitgenössische und sozialpolitische Literatur. Obwohl der Vater ihn bei der Reichswehr für die Offizierslaufbahn angemeldet hatte, setzte H. seinen Wunsch, Jurist zu werden, durch. In seinem Beruf galt er als begabt und tüchtig, fand die eigentliche Erfüllung aber wohl doch erst als Soldat. Er sah und fand immer das Gute und Schöne im Leben und übertrug das auf seine Umgebung. Im großen Freundeskreis war er wegen seiner aufgeschlossenen, sicheren, unkonventionellen Art sehr beliebt. Er schätzte das offene Gespräch. Angehörige und Freunde waren deshalb bestürzt, als sie ab Herbst 1943 eine gewisse Unnahbarkeit feststellten, dass er in Gedanken versank und abwesend schien, an einer großen Sorge und inneren Not schwer trug.

Während H. „spätestens ab 1934 das verderbliche, ja verbrecherische Wesen des Nationalsozialismus mehr und mehr zur Gewissheit wurde“ (K. Zweigert an Ricarda Huch, 15.9.1946), entschloss er sich erst spät zum Widerstand. 1933/34 war er Mitglied eines SA-Marinesturms, weil er gern segelte, schied jedoch aus, als es um ideologische Schulung ging. Den NS-Rassenwahn lehnte er ab und half Verfolgten. Der jüdische Bankier Eric Warburg rechnete H. zu seinen zwölf nächsten Freunden, die ihm das Ausharren in Deutschland bis 1938 erträglich machten (E. M. Warburg: Zeiten, 124). Er gehörte wie sein Bruder Hans-Bernd und dessen Frau Barbara von Anfang an zur Bekennenden Kirche und besuchte regelmäßig Martin Niemöllers Gottesdienste und Bibelstunden in Berlin-Dahlem. In der Wehrmacht sah er zunächst die Fortsetzung der alten preußischen Soldatentradition und empfand den Krieg gegen Frankreich 1940 noch nicht als Unrecht.

H.s Einstellung zum Krieg und NS-Regime wandelte sich während der Belagerung Leningrads 1941/42 grundlegend: „Der Krieg wird mir immer mehr zuwider. […] Er bringt zuviel Leid über die Menschen“, schrieb er am 31.1.1942 seiner Mutter (V. Thiel: Haeften, S. 59). Nach einem Beckendurchschuss am 7.2.1942 war ein weiterer Fronteinsatz unmöglich. Als er nach monatelangem Krankenlager genesen war, wurde er durch Vermittlung seines Bruders Mitarbeiter Helmuth von Moltkes im OKW, Abteilung Amt Ausland/Abwehr. Er musste in den besetzten Gebieten die Einhaltung völker- und kriegsrechtlicher Vereinbarungen überwachen. Ob H. über den von Moltke initiierten Kreisauer Kreis, zu dem sein Bruder gehörte, informiert war, ist nicht bekannt. Ab November 1942 nahm er wieder an Geselligkeiten der Kreise um Ursula von Kardorff, Carl Hans Graf von Hardenberg auf Schloss Neuhardenberg u.a. teil, wo sich Hitler-Gegner trafen.

Die Brüder von Haeften kannten Dietrich Bonhoeffer bereits seit den zwanziger Jahren. Als H. im November 1942 Bonhoeffer in einem Kreis von Freun-

den in Werder begegnete, fragte er unvermittelt, ob er Hitler erschießen solle. Bonhoeffer, von dieser Frage zunächst überrascht, entgegnete: Die Beseitigung Hitlers allein bewirke nichts, wenn das „Danach" nicht genau vorbereitet sei (W.-D. Zimmermann: Begegnungen, S. 183). Ob H. die bisherigen Attentatspläne der militärischen Opposition kannte, wissen wir nicht. Das Gespräch mit Bonhoeffer ist der erste Beleg für eine gravierende Differenz zwischen den Brüdern, denn Hans-Bernd lehnte, wie der Kreisauer Kreis 1942/43, den Tyrannenmord ab. Vielleicht war das auch ein Grund, weshalb Werner auf eigenen Wunsch von Moltke zu Stauffenberg wechselte. Das Gespräch mit Bonhoeffer ist auch ein Beleg dafür, dass H. eher als Stauffenberg den Tyrannenmord als ultima ratio bejahte. Die Bezeichnung „Adjutant Stauffenbergs" wird, wenn sie nur „Helfer" am 20.7.1944 assoziiert, H.s Bedeutung in der militärischen Opposition nicht gerecht. Er war maßgeblich an den Plänen für das Attentat und den Staatsstreich beteiligt, vermittelte den Kontakt zu Adam von Trott zu Solz, der den Kreis um Stauffenberg außenpolitisch beriet, und schuf mit an der Atmosphäre, die Stauffenberg umgab. Doch in der Forschung wurde er – je länger je mehr – zu einer Randfigur.

Als Stauffenberg Ende Januar 1944 H. fragte, ob er bereit sei, Hitler mit einer Pistole zu erschießen, lehnte dieser nur deshalb ab, weil ihm sein Bruder eindringlich die Frage vorhielt, ob das der ihm von Gott gestellte Auftrag sei (G. van Roon: Neuordnung im Widerstand, S. 157 f.). Als H.s Wohnung in Lichterfelde-West durch eine Sprengbombe völlig zerstört wurde, zog er zu seinem Bruder nach Dahlem. Hier gab es über die Frage des Tyrannenmordes oft kontroverse Gespräche. Als sich die Situation des Widerstandes im Juni 1944 zuspitzte, akzeptierte auch Hans-Bernd das Attentat als letzten Ausweg. Der Ablauf des 20.7.1944 wird in der Literatur minutiös geschildert. Als der Versuch des Umsturzes endgültig gescheitert war, wurden die fünf Hauptverantwortlichen – General Ludwig Beck, Stauffenberg, Haeften, General Friedrich Olbricht und Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim – in der Nacht zum 21.7. von Generaloberst Fritz Fromm zum Tode verurteilt, erschossen und auf dem Alten St. Matthäi-Kirchhof in Schöneberg begraben. Auf Befehl Himmlers wurden sie am folgenden Tag wieder ausgegraben, verbrannt und ihre Asche verstreut. Es folgte eine ungeheure Verhaftungswelle und Todesurteile für viele direkt oder indirekt Beteiligte, unter ihnen auch Werners Bruder, Hans-Bernd von Haeften. Seit 1952 wird in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin der mutigen Tat des 20. Juli 1944 gedacht. Seit 1957 erinnert die „Haeftenzeile" in Berlin-Charlottenburg an die Brüder.

Quellen: Barbara von Haeften, jetzt bei Jan von Haeften, Hamburg: Abschriften von Briefen Werner von Haeftens, Berichte über ihn von Helmuth Cords, Konrad Zweigert, Elisabeth Urbig u.a.; Archiv des Walter-Rathenau Gymnasiums Berlin: Reifezeugnis W. von Haeftens; Archiv der Humboldt-Universität Berlin: Best. R/S 2215, 4734/119 (Listen der Studierenden 1927–1931, Abgangszeugnis 1928, Studentenkartei 1929); BLha Potsdam: Best. Rep. 4A Kammergericht Nr. 6541 (Personalakte 1935-1944); Volker Thiel: Werner von Haeften. Widerstand im Schatten Stauffenbergs. Eine Skizze (Magisterarbeit, Bonn 1991).

Literatur: B. v. Haeften: Lebensbericht; R. Gräfin von Hardenberg: Erinnerungen, S. 96–102; P. Hoffmann: Widerstand – Staatssterich – Attentat; U. v. Kardorff: Aufzeichnungen; G. van Roon: Neuordnung im Widerstand; E. M. Warburg: Zeiten, S. 54, 124; W.-D. Zimmermann (Hrsg.): Begegnungen, S. 182–184.

Foto: B. v. Haeften (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Hagen, *Albrecht* Bertold Hans von

** 11.3.1904 Langen (heute Łęgi), Kreis Belgard/Pommern (heute Białogard), † 8.8.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Erica, geb. von Berg, drei Kinder.

1922–1926 Jurastudium in Heidelberg und Königsberg (heute Kaliningrad); 1930 Assessor-Examen und Vertretung des Amtsrichters in Altdamm (Pommern); 1931 Anstellung bei der „Osthilfe"; 1933 bei der Bank für deutsche Industrieobligationen in Stettin (heute Szczecin); ab 1934 in Berlin; seit Beginn des Zweiten Weltkriegs Kriegsdienst als Reserveoffizier.

H. entstammte einem neumärkisch-pommerschen Uradelsgeschlecht. Er verlebte seine Kindheit als viertes von sieben Geschwistern auf dem elterlichen Gut in Hinterpommern. Seine Erziehung war standesbewusst, konservativ und soldatisch ausgerichtet. Um auch in religiöser Hinsicht ein Vorbild abzugeben, besuchten die Eltern regelmäßig den Sonntagsgottesdienst. H. und seine Frau waren später nicht unbedingt kirchlich orientiert, versuchten aber bewusst,



nach ihrem Trauspruch zu leben: „Seid gewurzelt und erbauet in Ihm und fest im Glauben." (Kol 2,7)

Neben dem Elternhaus wurde H. wie viele junge Adlige gesellschaftlich-politisch geprägt durch die Erziehung auf der Ritterakademie in Brandenburg, die er ab 1916 zur vorbereitenden Ausbildung auf den späteren Staatsdienst besuchte, durch die studentische Verbindung „Saxo Borussia" in Heidelberg und durch den Johanniterorden, in dessen Ordensregel es u. a. heißt: Dem Johanniter „wird auch der Alltag zur heiligen Zeit und der weltliche Beruf zum Gottesdienst".

Wie viele andere aus dem Adelsmilieu stand auch H. der Weimarer Republik kritisch gegenüber. Er war Mitglied des „Stahlhelm" und wählte zunächst die DNVP, dann aber, wie er später beim Verhör vor dem Volksgerichtshof angab, „aus innerem Bekenntnis" die NSDAP (zitiert nach D. Albrecht: Schicksal, S. 102). Dennoch stießen ihn Hitlers Radikalität und sein Fanatismus schon bald mehr und mehr ab, sodass er trotz vielfachen Drängens von verschiedenen Seiten niemals der NSDAP oder anderen NS-Organisationen beitrat. Seine Unabhängigkeit galt ihm so viel, dass er in Kauf nahm, bei der Industriebank nicht weiter als bis zum Handlungsbevollmächtigten befördert zu werden.

Als Hitler 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte, nahm H. sofort freiwillig an Lehrgängen der Wehrmacht teil, nicht zuletzt, um nicht doch einer NS-Organisation beitreten zu müssen. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde H. als Reserveleutnant einberufen und zunächst als Ordonnanzoffizier im Versorgungsstab in Wünsdorf bei Berlin eingesetzt, dann 1940/41 in Frankreich, 1941/42 in Russland, Ende 1942 in Afrika. In Tunis lernte H. 1943 Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944) kennen, der offensichtlich H.s distanzierte Haltung zum Nationalsozialismus bemerkte und ihn in die Umsturzpläne der militärischen Opposition einweihte. Ende 1943 wurde H. in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres unter Generalmajor Hellmuth Stieff versetzt, der bereit gewesen wäre, zusammen mit H. und dem ihm befreundeten Major im Generalstab Joachim Kuhn das Attentat auf Hitler auszuführen (so F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, S. 103). H. übernahm nun den Kurierdienst zwischen dem Führerhauptquartier in Ostpreußen und Berlin. In dieser Funktion verschaffte er den notwendigen Sprengstoff für den Anfang 1944 fehlgeschlagenen Anschlag auf Hitler durch Axel Freiherr von dem Bussche-Streithorst (1919–1993) und war an weiteren Sprengstoffbeschaffungen beteiligt. Dabei arbeitete er eng mit Kuhn und Oberstleutnant Bernhard Klamroth zusammen.

Bereits wenige Tage nach dem erfolglosen Umsturzversuch des 20.7.1944 entdeckte die Gestapo die Verschwörergruppe in der Organisationsabteilung und verhaftete neben Stieff auch H. und Klamroth. Im Prozess vor dem Volksgerichtshof am 7./8.8.1944 machte H. keinerlei Versuche, seine Beteiligung am Widerstand zu leugnen. Zusammen mit sieben anderen Verschwörern wurde er zum Tode verurteilt und noch am selben Tage auf bestialische Weise in Berlin-Plötzensee erhängt. Im Abschiedsbrief an seine Frau schrieb H.: „Es bleibt mir nur auch für die letzten Stunden die Haltung zu bewahren, die ich mein Leben lang als die Grundvoraussetzung des Adels angesehen habe. Darum bitte ich Gott um Beistand, dass er

mir ein gnädiger Richter sein möge“ (zitiert nach D. Albrecht: Schicksal, S. 181).

Im Zuge der „Sippenhaft“ wurden H.s Kinder von ihrer Mutter getrennt und für mehrere Monate in ein Kinderheim nach Bad Sachsa gebracht. Auch H.s Frau, seine Eltern und weitere Familienmitglieder wurden vorübergehend verhaftet.

Literatur: D. Albrecht: Schicksal (Lit.!); E. v. Hagen: Kat erzählt; F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler; P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat.

Foto: D. Albrecht: Schicksal (Bild ohne Seitenzahl).

C. Nicolaisen



Halem, *Nikolaus* Christoph Graf von

* *15.3.1905 Schwetz a.d. Weichsel (Westpreußen), † 9.10.1944 Brandenburg-Görden.*

Verh. mit Victoria Marie, geb. Grabe, zwei Söhne.

1918–1931 Jurastudium in Heidelberg, Göttingen, Jena, Halle und Leipzig; Referendariatsexamen 1931; Assessorausbildung beim Amtsgericht Eckartsberga und beim Oberlandesgericht Naumburg; Wirtschaftberater: 1936–1937 Anstellung bei der Dienststelle des „Beauftragten für den Vierteljahresplan“; 1937 Pressereferent beim Reichskommissar für Preisbildung; 1939 Wechsel zur Reichsgruppe Industrie, dort Leiter der Nachrichtenstelle; ab 1.7.1940 Mitarbeiter des Ballestrem-Konzerns.

H. verlebte seine Jugendzeit in seinem Geburtsort und zog 1916 mit seiner Familie nach Berlin. Er wuchs in einem aufgeklärten, politisch konservativen Umfeld auf. Sein Vater, Landrat Gustav Adolf von Halem, war politisch sehr engagiert und kandidierte für die Freikonservativen im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus. Nach dem Sturz der Monarchie ließ er sich aus Gewissensgründen – mit Rücksicht auf den dem König geleisteten Eid – in den Ruhestand versetzen und übernahm die Vermögensverwaltung des letzten Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen. Da H. jedoch kein enges Verhältnis zu seinem Vater hatte, ist nicht zu ermessen, inwieweit dessen politische Gesinnung die des Sohnes prägte.

Die Wahl von Pastor Hoffmark als Hauslehrer in Berlin verdeutlicht ebenso die christliche Ausrichtung des Elternhauses wie der anschließende Besuch der bekannten Klosterschule Roßleben nach dem Umzug der Familie nach Sangerhausen. Dort legte H. das Abitur ab.

Dem Nationalsozialismus stand H. von Beginn an ablehnend gegenüber. Diese Haltung veranlasste ihn im Sommer 1933 dazu, den Eid auf Hitler zu verweigern und dadurch auf eine juristische Karriere zu verzichten. Sein zukünftiger Einsatz im politischen Widerstand kann nicht von seiner christlichen Gesinnung getrennt werden, die auch aus den erhaltenen Zeugnissen aus der Haftzeit deutlich hervortritt.

Schon in den 1920er Jahren unterhielt H. freundschaftlichen Kontakt zu Carl von Jordan, der einen Gesprächskreis führte, in dem religiöse und philosophische Fragestellungen erörtertet wurden. Aus diesen Zusammenkünften entwickelte sich schon 1932 eine Widerstandsgruppe. Nach der „Machtergreifung“ durch Hitler im Januar 1933 versuchte H., Personen, die dem Regime ablehnend oder unschlüssig gegenüberstanden, für den Widerstand zu gewinnen.

Gleichzeitig hatte er durch seine enge Freundschaft mit dem Befehlshaber der Reichswehr für die Abwehrfront, Fabian von Schlabrendorff, guten Kontakt zum Militär. Die umfassende Ausrichtung seiner Tätigkeit

wird durch die Zusammenarbeit mit kommunistischen Untergrundgruppen um den Metallarbeiter Robert Uhrig deutlich. Sie traten um 1940 mit der Widerstandsgruppe um den ehemaligen Hauptmann Josef „Beppo“ Römer in Verbindung. Gleichzeitig stand H. in Kontakt mit Ernst Niekisch, dem Förderer und Verbreiter der national-bolschewistischen Idee. Darüber hinaus hatte er durch seine Bindung zu Rafael Spann, dem in Österreich wirkenden Sohn des Philosophen und Soziologen Othmar Spann, Kenntnis über die dortigen Pläne und unternahm zusätzlich unter dem Deckmantel von Amtsgeschäften für den Ballestrem-Konzern auch eigene Auslandsreisen, um über die Lage in Deutschland zu informieren. Sein Arbeitsvertrag diente allem Anschein nach einzig der Unterstützung seiner Widerstandsarbeit.

Im Februar 1938 waren sich H. und seine engsten Vertrauten, darunter Jordan, darüber einig, dass Hitler Österreich gewaltsam annektieren würde. H. versuchte daraufhin, die verantwortlichen Kommandeure zu einer Verweigerungshaltung zu bewegen, was ihm jedoch unter dem Eindruck des Blomberg-Fritsch-Skandals misslang. Daraufhin entschloss sich Wilhelm Freiherr von Ketteler, ein Attentat auf Hitler vorzubereiten. Dieses scheiterte jedoch und Ketteler wurde wenig später umgebracht.

H. hielt nachfolgend umso stärker daran fest, dass eine politische Veränderung den Tod Hitlers voraussetze, und äußerte sich in diesem Sinne u.a. Jordan und Schlabrendorff gegenüber. Josef Römer wurde für ein weiteres Attentat auf Hitler angeworben und erhielt zu diesem Zweck ebenfalls einen Scheinvertrag beim Ballestrem-Konzern. Er wurde jedoch verhaftet, bevor es zu dem Anschlag kam.

Die Umstände, die schließlich zu H.s Verhaftung im Februar 1942 führten, liegen im Dunkeln. Möglicherweise wurde er von Römer infolge eines durch Folter erzwungenen Geständnisses verraten. Es könnte aber auch sein, dass die Gestapo im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Uhrig-Gruppe im Januar 1942 auf seinen Namen gestoßen war. Die Zeit der Haft, in der er schwer gefoltert wurde, verbrachte H. u.a. im KZ Sachsenhausen, in Berlin-Moabit und in Brandenburg-Görden. Am 16.7.1944 wurde er durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. In seinem letzten Brief an seine Mutter äußerte er den Wunsch, sie möge folgende Worte auf seinen Grabstein setzen lassen: „Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst. Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein“ (Jes 43,1).

Literatur: H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 306–317; K. v. d. Groeben: Halem; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 131 f. (Lit.!); W. Meyer: Halem, S. 258–260 (Lit.!).

Foto: W. Meyer: Verschwörer, S. 258. Rechte: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.

C. Bendick

Halmos (vormals Kohn), Josef

* *8.3.1876 Galantha (Kreis Pressburg, Ungarn),* † *11.11.1943 Auschwitz.*

Verh. mit Agnes Katharina, geb. Burckhardt, vier Kinder.

1894 Gesellenprüfung als Dreher; ab 1905 missionarische Tätigkeit für die erste Baptistengemeinde in München; 1925 Einbürgerung; seit 1929 evangelistische Reisetätigkeit; 1931–1932 Missionshelfer und Laienprediger der Baptistengemeinde in Nürnberg; 1934 Fürsorger beim Blauen Kreuz in München; 1935 Ausbürgerung; 1941 Zwangsarbeit im Lager Milbertshofen.

Als Sohn jüdischer Eltern wuchs H. in ärmlichen Verhältnissen größtenteils in Budapest auf. Obwohl sein Vater am gottesdienstlichen Leben der jüdischen Gemeinde teilnahm, weigerte H. sich, die sprachlichen und lehrmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, um selbst Mitglied werden zu können. Die spätere Namensänderung muss wohl auch als bewusste Distanzierung von seinen jüdischen Wurzeln angesehen werden. H. durchlief eine Lehre in einer Metallgießerei und Dreherei, die durch schwerste Konflikte zu seinem antisemitisch eingestellten Lehrmeister geprägt war. Sich selbst bezeichnete er zu dieser Zeit als „Atheisten“.

Nach Beendigung seiner Lehre schlossen sich nicht zuletzt aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Ungarn Wanderjahre an, die ihn ab 1896 wiederholt nach München führten. Dort traf er auch seine spätere Frau, die ihn als evangelische Christin mit dem Christentum bekannt machte, wodurch sein Wunsch zur Konversion entstand. Nach langwierigen Konflikten mit beiden Elternhäusern wurde das Paar am 30.10.1900 in der Matthäuskirche in Mün-

chen getraut. Die ersten Ehejahre waren durch den häufigen Wechsel von Arbeitsstellen, Arbeitslosigkeit und Krankheit geprägt. Aufgrund seiner politischen Orientierung in Gewerkschaftskreisen distanzierte er sich zunehmend von der Kirche. In dieser Phase kam H. ab 1905 in Kontakt mit der ersten Baptistengemeinde in München, die 1902 gegründet worden war, und wurde nach einigen Wochen ihr Mitglied (A. Strübind/K. Strübind: Himmel, S. 113 ff.). Rückblickend schilderte er seine derzeitige Bekehrungserfahrung: „Ich betrat die Versöhnungsbrücke, das Kreuz Christi und warf mich vor dem Erlöser auf die Kniee, bekannte mich als Sünder, der zu Ihm Zuflucht nehme, Ihm vertraue und Ihm dienen will." (Erstes Tagebuch, S. 104)

Seitdem war H. vielfältig missionarisch für seine Gemeinde, andere Baptistengemeinden und auch „judenchristliche" Kreise in München tätig (Traktatverteilung, Bibelstunden, seelsorgerliche Hausbesuche, Sozialarbeit, Leitung der Sonntagschule). Die im Selbststudium erworbenen theologischen Kenntnisse setzte er zudem in zahlreichen Artikeln für freikirchliche Zeitschriften und in einer ausgeweiteten missionarischen Reisetätigkeit um, die ihn wiederholt auch nach Ungarn führte. Als Laienprediger diente er verschiedenen Gemeinden (u. a. Nürnberg, Kempten, Augsburg). Im Januar 1933 wurde seine Berufung als hauptamtlicher Gemeindehelfer in Kempten, wohl aufgrund politischer Bedenken im Zuge der „Machtergreifung", durch den amtierenden Prediger in München verhindert. H. zog sich angesichts der ersten Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden sukzessiv aus der verantwortlichen Mitarbeit in der Gemeinde zurück.

Die Ausbürgerung 1935 führte ihn immer weiter in die Isolation sowie in wirtschaftliche und soziale Notlagen. Seine Hauptbeschäftigung blieb in den nächsten Jahren dennoch der Besuchsdienst in der „Trinkerrettungsarbeit" (Viertes Tagebuch). 1936 trat H. nach 30 Jahren aktiver Mitarbeit offiziell von seinem Amt im Blauen Kreuz zurück, um dem Verein aufgrund seiner jüdischen Herkunft keine politischen Schwierigkeiten zu machen. Sein Einbürgerungsversuch in Ungarn wurde abgelehnt. In den letzten Jahren vor Kriegsbeginn erhielt er nur noch im privaten Rahmen Einladungen zum Verkündigungsdienst. Im September 1941 wurde er im sog. „Judenlager" in Milbertshofen zur Zwangsarbeit verpflichtet. H. arbeitete in



der Schlosserei und wurde später als „Privilegierter aus einer Mischehe" einem Kommando der Gestapo zugeteilt, das die Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen zur Aufgabe hatte. Die traumatischen Erlebnisse prägten ihn tief. Als die erste Deportation von etwa 800 Juden in die Vernichtungslager vom Bahnhof Milbertshofen erfolgte, war H. zur Bewachung eingeteilt. Die ersten Nachrichten über die massenweise Ermordung von Juden veranlassten H., sich bewusst auf seinen Tod vorzubereiten. Er traf die notwendigen Verfügungen für seine Familie und formulierte sogar den Text seiner Todesanzeige, für die er das biblische Leitwort: „Haltet mich nicht auf, denn der Herr hat Gnade zu meiner Reise gegeben. Lasst mich zu meinem Herrn ziehen" (Gen 24,56) wählte. Im Mai 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und zunächst ins Gefängnis Stadelheim gebracht. Er bat brieflich um einige persönliche Dinge, darunter auch um ein Neues Testament, da er im Gefängnis um die Wortverkündigung gebeten worden sei. In einem seiner letzten Briefe schrieb er: „An dem inneren Menschen erlebe ich ungemein viel. Ich möchte die Segnungen dieser Zeit nicht missen. Paulus wird mir lebendig, aber mehr noch der Herr." (Viertes Tagebuch: Brief H. an

seine Frau vom 14.7.1943) Ab August 1943 bekam seine Familie keine Nachricht mehr von ihm. Schließlich wurde ihnen sein Totenschein, datiert vom 11.11.1943, aus Auschwitz zugestellt. Nach Recherchen seiner Angehörigen, muss H. wohl zunächst als Dolmetscher mit einem Transport ungarischer Juden ins KZ nach Auschwitz gekommen sein (Aufgezeichnete Erinnerungen von Fritz Halmos, im Privatbesitz). Überlebende berichteten, dass er dort in der Schreibstube tätig war. Näheres über die Umstände seines Todes konnte nicht ermittelt werden. Zum 100-jährigen Jubiläum der Baptistengemeinde in München 2002 wurde am Eingang des Gemeindezentrums eine Gedenktafel für den ermordeten Gründervater enthüllt.

Quellen: J. Halmos: Vier Tagebücher, 1938 (Privatbesitz).
Literatur: A. Strübind/K. Strübind: Himmel.
Foto: Strübind (Privatbesitz).

A. Strübind

Hamburger, Georg, Dr. jur.

** 10.4.1891 Berlin, † 3.8.1944 Getto Theresienstadt.*
Ledig, ohne Kinder.
1908 Abitur in Berlin; 1908–1911 Jurastudium in Berlin und Bonn; 1914 Dr. jur.; 1912–1919 Referendar, unterbrochen für Dissertation 1913/14 und Kriegsdienst 1915–1918; September 1919 Große Staatsprüfung; 1919–1938 Rechtsanwalt; 1927–1935 Notar; November 1935 aus rassischen Gründen als Notar gestrichen; 1.12.1938 Berufsverbot als Rechtsanwalt; bis 1943 nur noch „Konsulent" zur Beratung von Juden.

Justizrat Dr. Karl H. (1860–1914) und Margarethe, geb. Levy (1869–1941), hatten zwei Söhne: Hans (1889–1956) war Professor in Köln und überlebte in der Emigration. Georg lebte mit der Mutter zusammen, die sich im November 1940 taufen ließ. Georg war im Juli 1896 Christ geworden, galt aber nach den NS-Gesetzen als „Volljude".

H. war ein theologisch sehr interessierter evangelischer Christ. Er gehörte wohl dem Vorstand des „Reichsverbandes nichtarischer Christen" bzw. später „Paulusbund" an. Anfang 1936 bat ihn Dr. Friedrich Weißler, der Leiter der Kanzlei der Leitung der Bekennenden Kirche, um statistische Unterlagen für die Christen jüdischer Herkunft, weil die Bekennende Kirche sich diesem Personenkreis künftig stärker zuwenden wolle (LKA Bielefeld, 5.1-696/2).

Obwohl H. nicht in Berlin-Dahlem wohnte, gehörte er zur Bekenntnisgemeinde Dahlem, während des Krieges sogar zum Helferkreis, der Gemeindevertretung. Sein Name begegnet uns erstmals als Mitglied der Dogmatischen Arbeitsgemeinschaft, die Helmut Gollwitzer und nach Mai 1940 Hildegard Schaeder leitete. Das war ein Kreis von sechs bis acht Menschen, die sich mit Schriften Luthers und anderer, auch mit Karl Barths „Kirchlicher Dogmatik" befassten. Der Band II/2, in dem Barth die Kapitel 9–11 des Römerbriefes neu interpretierte, war, ohne Verfasserangabe, als „Calvinstudien" getarnt 1942 nach Berlin geschmuggelt worden. H. referierte darüber in der Dogmatischen Arbeitsgemeinschaft (Brief v. 14.8.1942 an Gollwitzer). Nach seinen Briefen las er auch viele andere theologische Werke, auch die Bibel in ihren Ursprachen Hebräisch und Griechisch.

Dass H. erst 1938 Berufsverbot erhielt, aber weiter als „Konsulent" arbeiten konnte, hat wohl auch ihn, wie viele seiner Leidensgenossen, die Gefahr für Leib und Leben nicht rechtzeitig erkennen lassen. 1940/41 bemühte er sich, noch aus Deutschland herauszukommen. Das schien im Januar 1941 nicht ganz hoffnungslos zu sein. Als der Plan jedoch zum zweiten Mal scheiterte, schrieb er an Gollwitzer am 29.9.1941: Das berühre ihn besonders bitter, da „ich keinen Verwandten oder mir nahestehenden Menschen habe, der das mit mir trägt, da ich wirklich ganz allein hier zurückgeblieben bin […]. Sie werden verstehen, wenn ich bekenne, dass mir zum ersten Mal bisweilen Zweifel aufgestiegen sind, ob ich einen gnädigen Gott habe, Zweifel, die mir im November 1938 und beim Tode meiner Mutter eigentlich nie gekommen sind. Natürlich weiß ich, dass das Schwäche im Glauben ist, aber Sie werden das Aufbegehren des alten Adam begreifen können."

Der Grund für diese Anfechtung war nicht nur das Scheitern der Auswanderung, sondern die Kennzeichnung der „Volljuden" mit dem „Judenstern" seit Mitte September 1941. „Es ist wohl das Schlimmste, was uns seit 1935 angetan worden ist. […] Wird die Gemeinde dieser neuen Belastung gewachsen sein, wenn die Schwierigkeiten wirklich kommen? Ich wage nicht, die Frage zu bejahen", bekannte H. in dem Brief an



Gollwitzer. In Dahlem konnten „Sternträger“ weiter am Leben der Gemeinde teilnehmen, während sie in nicht wenigen anderen Kirchen schon an der Tür abgewiesen wurden. Als die „Evakuierung“ der Juden am 18.10.1941 begann und man noch annahm, sie würden im Osten neu angesiedelt, beschloss die Dahlemer Gemeinde, einige in Kursen zu Predigthelfern auszubilden und sie für kirchliche Dienste zu ordinieren. Es überrascht nicht, dass der „Laientheologe“ H. der erste war, der bereits am 11.12.1941 von Pfarrer Dr. Hans Böhm ordiniert wurde. Nach all den deprimierenden Erfahrungen war dieser Beschluss der Gemeinde für H. von kaum zu überschätzender Bedeutung: „So werde ich, wenn es Gott so will, wenigstens mit einem Amt und einer Aufgabe hinausgehen“, schrieb er am 7.11.1941 an Gollwitzer.

H. und Dr. Franz Kaufmann, beide Mitglieder der Dogmatischen Arbeitsgemeinschaft, reagierten auf die neue Phase des NS-Rassenwahns völlig verschieden. Während H. die „Evakuierung“ als von Gott auferlegt annahm, begann Kaufmann ein Netzwerk für das Überleben im Untergrund zu organisieren. Im Frühjahr 1942 kamen viele Leidensgefährten zu H. und erklärten, „dass sie keinesfalls nach dem Osten abwandern würden, sondern vorher Schluss machen würden.“ H. bat Gollwitzer um Rat, da es für ihn ein „schwerer Abfall [vom Glauben sei], wenn wir nicht empfinden, dass Gott uns auch in den Osten ruft [...] und uns durch eine unwiderrufliche Tat dem Ruf und der Nachfolge entziehen. Was hat unser Glauben eigentlich noch für einen Sinn, wenn wir im entscheidenden Augenblick eben nicht glauben, sondern für uns handeln?“ (Brief vom 11.6.1942) Während H. Ausnahmen für möglich hielt, lehnte Gollwitzer in seiner Antwort am 19. Juli den Suizid grundsätzlich ab. Obwohl der Brief theologisch eine Hilfe war, treffe er „nicht in die letzte Hölle“ der „gänzlich verstörten, zerstörten, zu 3/4 wahnsinnigen Menschen“ (G. Schäberle-Koenigs: Weg, S. 304). Als Jochen Klepper mit Frau und Tochter den Freitod wählte, war das für H. „überhaupt kein besonderes Geschehen, diese Dinge sind heute bei mir so an der Tagesordnung, dass es mir schwer fällt, den Einzelfall überhaupt noch so besonders wichtig zu nehmen“ (Brief v. 29.12.1942).

Anfang Oktober 1942 sollte H. abgeholt werden, wurde aber reklamiert. An Gollwitzer schrieb er: „Ich werde es immer als ein großes Glück [...] ansehen, dass ich Ihnen begegnen und nähertreten durfte“ (10.10.1942). Am 30.6.1943 wurde er nach Theresienstadt deportiert. Dort hatte Dr. Arthur Goldschmidt bereits eine evangelische Gemeinde gegründet. H.s Bitte, auch predigen zu können, lehnte Goldschmidt ab. Da für H. die Ordination zum Predigthelfer so wichtig war, war das wohl eine bittere Enttäuschung. Zweimal im Monat durfte er Bibelstunde halten. Er begann mit dem Markusevangelium, musste aber bald aufhören, weil er durch Unterernährung krank geworden war. Goldschmidt berichtet: „Ganz kurz vor seinem Ende gab ich ihm das Abendmahl [...] Die Hingabe dieses schon fast vollendeten Menschen war erschütternd, und ohne Klage, wie ein Gebet, äußerte er, Gott habe ihn verschmäht.“ (A. Goldschmidt: Geschichte, S. 25) Am 3.8.1944 starb Georg Hamburger an Tuberkulose.

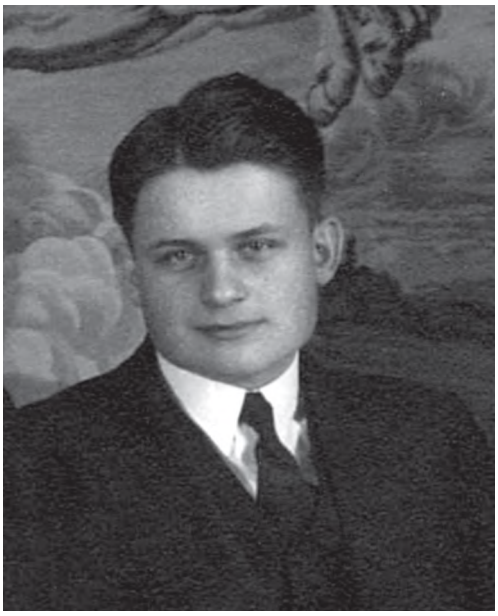
Quellen: BLha Potsdam: Best. Rep. 4A Kammergericht Berlin, 5 Bände (Personalakten); Best. Rep. 36A (II), Akte 13631 des Oberfinanzpräsidenten Berlin; LABO Berlin: Entschädigungsakte 335215; EZA Berlin: Best. 686/454 (Korrespondenz); LKA Bielefeld: Best. 5,1-696/2 (Korrespondenz).

Literatur: A. Goldschmidt: Geschichte, S. 20–25; S. Ladwig-Winters: Anwalt, S. 59, 138; G. Schäberle-Koenigs: Weg.

Foto: S. Ladwig-Winters: Anwalt, S. 138.

H. Ludwig

Hanschkatz, Joachim



** 19.7.1914 Welzow (Niederlausitz), † 20.8.1944 Feldlazarett Gumbinnen (Ostpreußen).*

Ledig, ohne Kinder.

1933 Abitur in Cottbus; 1933–1938 Theologiestudium in Tübingen, Rostock, Berlin, Basel; 1934–1935 Reichswehr/Wehrmacht; 22.2.1939 I. Theol. Prüfung; 1.3.1939 Lehrvikariat in Beeskow; August 1939–1944 Wehrmacht; April 1940 Unteroffizier; 11.12.1940 II. Theol. Prüfung; 16.12.1940 Hilfsprediger; Mai 1941 Ordination in Finsterwalde.

H. wurde im Pfarrhaus in Welzow deutschnational erzogen. Zu Beginn des Studiums wurde er, wie es damals üblich war, Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und der SA. Im Oktober 1934 unterbrach er das Studium zur freiwilligen militärischen Ausbildung. Etwa 1934/35, spätestens in der Berliner Studienzeit ab 1935/36 trat eine Wende ein. Er schloss sich der Bekennenden Kirche an und ging 1937 nach Basel, um bei Karl Barth zu studieren.

H. gehörte nun zu den jungen Theologen der Bekennenden Kirche, die das nazifizierte Konsistorium der Kirchenprovinz Mark Brandenburg ablehnten und beide theologischen Prüfungen vor der Kommission des Bruderrates der Bekennenden Kirche Berlin-Brandenburgs ablegten. Er ist offenbar direkt vom Lehrvikariat zur Wehrmacht einberufen worden. Zweimal bekam er Studienurlaub, im Winter 1940/41, um die zweite theologische Prüfung zu absolvieren, und im Winter 1942/43, um zu promovieren. Doch die Dissertation wurde, soweit das festzustellen ist, nicht abgeschlossen. Theologen wie H., die nur den Bruderrat als Kirchenleitung akzeptierten, waren kirchenrechtlich „illegal“. Er gehörte nun aber zu denjenigen, die unbeirrt am „Dahlemer Notrecht“ (1934) festhielten. Alle Aufforderungen, sich dem Konsistorium doch noch zu unterstellen und legalisieren zu lassen, lehnte er ebenso ab wie Kompromisse des Bruderrates und die Beteiligung am Kirchlichen Einigungswerk von Bischof Theophil Wurm.

Diese konsequenten „Illegalen“ kamen am 9./10.1.1943 in Berlin zusammen und gründeten eine „Kirchliche Arbeitsgemeinschaft“. H. verfasste darüber einen Bericht (H. Ludwig: Die „Illegalen“, S. 67–69). Außer über den Weg der Bekennenden Kirche wurde über die Intensivierung der Hilfe für verfolgte Juden gesprochen. So wird es kein Zufall sein, dass seine Schwester, Ruth Gensicke, im Pfarrhaus in Kunzendorf (Niederlausitz) untergetauchte Jüdinnen aufnahm, um sie vor der Deportation zu bewahren. H. hielt es auch für erforderlich, dass die Gemeinden in der Predigt aufgefordert würden, sich der verfolgten Juden anzunehmen, und betete im Gottesdienst für sie.

Seit Frühjahr 1941 war H. Ausbilder bei Einheiten des Ersatzheeres und seit etwa 1942 in Königsberg stationiert. Er wohnte im Pfarrhaus Helmut Hildebrandts in Königsberg-Ponarth und nahm an einem Bibelkreis der Bekennenden Kirche teil (G. Jonasch: Tod). Ohne Wissen seiner militärischen Vorgesetzten predigte er bei Kurzurlauben in Zivilgemeinden. Kurz vor der Predigt in Zimmerbude (Ostpreußen) am 30.5.1943 habe er in Berlin Judenpogrome erlebt, wie er vor Gericht aussagte. Er predigte über Jakobus 1,22–27. Die Aufforderung des Textes: „Seid aber Täter des Worts und nicht Hörer allein“, denn „reiner und unbefleckter Gottesdienst“ sei, „die Waisen und Witwen in ihrer Trübsal [zu] besuchen“, bezog er auf die Gegenwart: „Unter Witwen und Waisen versteht die Schrift entrechtete, unterdrückte, zu Tode gequälte, dem Peiniger ausgelieferte Menschen [...] Wenn heute

ein jüdischer Bruder an Deine Tür klopft, so darfst Du ihm nicht die Tür weisen. Es handelt sich ferner darum, dass wir uns der vielen Verwundeten und Gefangenen annehmen, ohne danach zu fragen, ob sie durch eigene oder fremde Schuld in ihre schlimme Lage gekommen sind. Wo Elend, wo Trübsal herrscht, da sollen wir teilnehmen, da sollen wir helfen, da sollen wir uns solidarisch erweisen. […] Wo das geschieht, wird man sich auch von der Welt unbefleckt halten, denn die Welt schlägt ja mit ihren Theorien alle diese Wunden." Im Schlussgebet habe er „für die verstoßenen jüdischen Brüder" sowie für alle, „die um des Evangeliums willen Not und Verfolgung auf sich nehmen", gebetet. Dabei habe er Pfarrer Martin Niemöller und zwei weitere im KZ befindliche Pfarrer genannt (EZA Berlin, 7/19085: Feldkriegsgerichtsurteil).

Sechs Gottesdienstbesucher denunzierten H. wegen dieser Predigt, sodass er vor dem Feldkriegsgericht angeklagt wurde. Ihm wurde Kanzelmissbrauch vorgeworfen. Da er die Gesetze über Juden und Kriegsgefangene kenne, standen seine Ausführungen „für jeden Zuhörer im krassen Widerspruch zu den staatlichen Maßnahmen […] Damit machte er Angelegenheiten des Staates zum Gegenstande einer Verkündigung […] In der Gemeinde mußten Zweifel auftreten, was nun eigentlich das Rechte sei, da er ihr zumutete, fremde Kriegsgefangene und Arbeiter und auch Rassejuden als ihre Nächsten in kirchlichem Sinne anzusehen und ihnen ebenso beizustehen wie den Witwen und Waisen, von denen der Text des Jakobus spricht […] Der Angeklagte hat damit die Rechtssicherheit gestört." (Ebd.) Zu seinen Gunsten wurde erwähnt, dass er einen offenen Charakter habe, ein guter Kamerad, geistig rege und selbständig sei und seine allgemeine Führung mit sehr gut zu beurteilen sei. Jedoch scheine er „unter dem Einfluß anderer Personen der Bekennenden Kirche zu stehen". In einer ersten Verhandlung am 31.3.1944, von der es keine Unterlagen gibt, wurde H. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Da das Urteil – offenbar zu milde – nicht bestätigt wurde, fand am 16.5.1944 in Königsberg eine neue Verhandlung statt. Nun wurde er zu neun Monaten Gefängnis und militärischem Rangverlust verurteilt.

H. forderte auch andere Pfarrer auf, in der Predigt zum Judenmord Stellung zu nehmen (M. Koschorke: Geschichte, S. 375). Das nicht getan zu haben, wurde nach 1945 als Schuld erkannt. Sein Freund, Pastor Helmut Hesse, ging im Gottesdienst der reformierten BK-Gemeinde in Wuppertal-Elberfeld am 6.6.1943 auf die Judenverfolgung ein. Er kam ins KZ Dachau, wo er bald darauf starb. H. wurde, wohl nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen ihn, am 16.2.1944 in ein Grenadier-Ersatzbataillon nach Preußisch-Eylau versetzt. Nach dem Urteil wurde er zum Grenadier, dem niedrigsten Mannschaftsdienstgrad, degradiert. Seine Mutter und seine Verlobte, Lieselotte Schiefferdecker, besuchten ihn im Gefängnis. Am 25.7.1944 wurde er in das Grenadierregiment Ostpreußen 2, das offenbar ein Strafbataillon war, nach Litauen zur „Frontbewährung" versetzt. Nach wenigen Tagen, am 1.8.1944, wurde er durch einen Granatsplitter im Rücken bei Wilkowischken schwer verletzt. Am 20. (nicht 2.!) 8. starb er im Feldlazarett in Gumbinnen.

Quellen: Auskunft der Universitätsarchive Tübingen, Rostock, Berlin und Basel; Liste der „illegalen" Vikare und Hilfsprediger, erstellt von Jürgen Stenzel im EZA Berlin; Auskunft der Deutschen Dienststelle (WASt) Berlin v. 7.7.2005; EZA Berlin, 7/19085: Feldkriegsgerichtsurteil vom 17.5.1944; EZA Berlin, 50/507/6–8: Briefwechsel Joachim Hanschkatz mit Sup. Lic. Martin Albertz vom 11./15.5.1944 und Walter Hanschkatz an Albertz vom 26.5.1944; verschiedene Unterlagen bei Brunhilde Hanschkatz, Bad Bodenteich.

Literatur: G. Jonasch: Tod; M. Koschorke (Hrsg.): Geschichte, S. 375; H. Ludwig: Die „Illegalen"; H.-R. Sandvoß: Mitte und Tiergarten, S. 263.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig

Hanschkatz, Walter

** 2.9.1879 Petershagen (Kreis Lebus), † 14.9.1948 Finsterwalde.*

Verh. mit Margarete, geb. Hentschel, fünf Kinder.

1897 (?) Abitur in Cottbus; 1898–1901 Theologiestudium in Greifswald, Leipzig, Berlin; 1903 I. Theologische Prüfung, Vikariat (?); 5.12.1905 II. Theologische Prüfung; 1905–1906 Hilfsprediger in Lübben; 1906–1907 Militär; 12.5.1907 Ordination; 1907–1934 Hilfspfarrer und Pfarrer in Welzow (Kreis Spremberg); 1935–1948 Pfarrer in Finsterwalde.

Voller Tatendrang baute H. die Gemeinde Welzow in einem Vierteljahrhundert auf: Nicht nur durch den Bau von Pfarrhaus, Gemeindehäusern, Friedhofska-

pelle, Kindergärten, Schule u. a., sondern vor allem als beliebter Seelsorger. In der Industriegemeinde galt er als „Arbeiterpastor", der sich einsetzte, Arbeitslose wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Er war einige Jahre Sozialreferent der Grube „Clara" und Vorsitzender verschiedener Vereine. Obwohl deutsch-national gesinnt, war er parteipolitisch nicht gebunden. Als Provinzialmissionssekretär der Berliner Missionsgesellschaft setzte er sich seit 1911 in Vorträgen und Gesprächen auch apologetisch mit dem Zeitgeist auseinander – vor 1933 mit dem Marxismus und Nationalsozialismus, deren Vertreter er sich so zu Feinden machte.

Diese Form der geistigen Auseinandersetzung und Mission führte nach 1933 zu immer neuen Denunziationen und Verhören. Die NSDAP und ihre Gliederungen lehnte H. konsequent ab. Im Gemeindekirchenrat waren die Deutschen Christen in der Mehrheit und machten gegen ihn mobil. Sechs Monate war er vom Amt suspendiert, der Anlass ist nicht mehr bekannt. Als der Gemeindekirchenrat 1934 beschloss, alle Konfirmanden vom zweiten Pfarrer, der zu den Deutschen Christen gehörte, einsegnen zu lassen, protestierten hundert Eltern und forderten durch Unterschrift für ihre Kinder H. als Konfirmator. Da man ihn aus dem Ort vertreiben wollte, meldete der Landrat der Gestapo im Februar 1934, H. habe sich im Gespräch mit einem Bäckergesellen kritisch zum NS-Erbhofgesetz geäußert und Joseph Goebbels und Alfred Rosenberg als Heiden bezeichnet. Da H. im Verhör alles als Missverständnis darstellte, wandten sich seine Gegner nun an Propst Otto Eckert, der schließlich im September 1934 die Versetzung nach Finsterwalde anordnete.

Die Beruhigung war nur von kurzer Dauer. Bereits im März 1935 meldete der Bürgermeister von Finsterwalde, H. verquicke Kirche und Politik und stelle dem Führer Adolf Hitler Jesus Christus als alleinigen Führer gegenüber. In den folgenden Jahren wurde H. genau beobachtet. Bürgermeister, Landrat und Schulleiter boten alles auf, was sich zur Anzeige eignete. So denunzierte der Schulleiter ihn 1935, weil er im Konfirmanden-Unterricht den Gruß „Heil Hitler" nicht erwidert habe und Ansichten äußere, die dem NS-Geschichtsbild nicht entsprächen. Zu ihrem Ärger reichte der Gestapo zuerst das Material nicht, dann verwarnte oder belehrte sie den Pfarrer nur. Auch Frau Hanschkatz wurde wegen einer kritischen Äußerung über die NSV angezeigt. Im Juni 1938 forderte der Bürgermeister die Gestapo auf, ihn in seinem „Bemühen, den Pfarrer Hanschkatz als Volksschädling auszumerzen, durch geeignete Maßnahmen [zu] unterstützen". Ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz aufgrund einer Predigt von H. wurde 1941 wieder eingestellt.



Eine Schülerin, die aus Berlin nach Finsterwalde evakuiert worden war, lieferte im Herbst 1943 endlich den Anlass. Sie erzählte, was sie von Konfirmandinnen gehörte habe. Einige Frauen erzählten das wieder anderen. Am 7.10.1943 zeigte ein SS-Oberscharführer H. an, weil er von seiner Mutter hörte, H. habe zu Konfirmanden gesagt: „Wir verlieren den Krieg! Das ist auch ganz richtig. Weshalb hat Adolf Hitler auch die Juden aus Deutschland verwiesen. Christus war auch ein Jude." Eine Lawine von Verhören begann. Acht Schülerinnen erinnerten sich an das eine oder andere Detail: Der Pfarrer habe über Krieg und Juden gesprochen, den Deutschen Gruß nicht erwidert, für Hitler nicht gebetet u. a. H. selber gab zu, über den Krieg gesprochen zu haben, jedoch aus biblischer Sicht. Entschieden bestritt er, den Endsieg bezweifelt zu haben. Den Schülerinnen wurde geglaubt. Am 6.12. wurde H. in Schutzhaft genommen. Der Amtsge-

richtsrat wandelte sie in Hausarrest um: Aus gesundheitlichen Gründen, aber auch, weil er H. glaube, falsch verstanden worden zu sein, und weil er in der Gemeinde hohes Ansehen genieße.

Die Wartezeit auf den Prozess war für die Eltern Hanschkatz doppelt schwer, weil ihr Sohn Joachim 1944, von einem Feldkriegsgericht verurteilt, im Strafbataillon zu Tode kam. Der Schauprozess vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes am 7./8.11.1944 in Cottbus verlief nach „Freislers Art". 14 Schülerinnen wurden als Zeugen aufgeboten. H. wurde wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt und „für immer ehrlos" erklärt. Am 16.11. wurde er ins Zuchthaus Brandenburg-Görden verlegt, wo er drei Monate in der Todeszelle, Tag und Nacht gefesselt, auf seine Hinrichtung wartete.

Das Urteil rief in Finsterwalde und im Kirchenkreis allgemeine Bestürzung hervor. Außer den Gnadengesuchen von Margarete und Walter Hanschkatz und ihrer Tochter, Ruth Gensicke, gingen acht weitere ein: Der Gemeindekirchenrat, Max Koswig, Ehrenbürger Finsterwaldes, u. a. erklärten, dass Wehrkraftzersetzung niemals die Absicht von H. gewesen sein könne. Er habe stets seinem Volk, das er aus tiefer Seele liebe, „mit den Kräften evangelischen Christentums dienen" wollen. Durch seine sehr temperamentvolle Art sei er leicht in die Lage gekommen, religiöse Aussagen so einseitig „zu formulieren, sodass er dadurch den gefährlichen Grenzbereich streifte, wo theologische und politische Belange hart beieinander liegen." Dagegen baten Konsistorialpräsident Dr. Heinrich und der Evangelische Oberkirchenrat nur um Gnade für die Kirche: Es entspräche der Tradition Martin Luthers, dass die Pfarrerschaft „vorbehaltlos zur Sache unseres nationalsozialistischen Staates hält". Durch H.s Verschulden schon aufs Schwerste getroffen, möge ihr „die weitere Schande erspart" bleiben, dass erstmals an einem Geistlichen die Todesstrafe vollstreckt werde. Die Umwandlung der Strafe sei „ein Erweis des Vertrauens des Führers zu unserer Kirche". Welche der beiden Argumentationen mehr bewirkten, dass Reichsjustizminister Thierack am 3.2.1945 das Urteil in zehn Jahre Zuchthaus umwandelte, wissen wir nicht. Penibel wurde in der Kartei notiert, H. komme am 7.11.1954 um 18 Uhr frei.

Zuletzt ins Zuchthaus Berlin-Plötzensee verlegt, wurde er am 18.4.1945 von der Roten Armee befreit. Erneut geriet er in die Hände der SS, die ihn erschießen wollte. In letzter Minute gerettet, kam er wieder in einen Bunker, wo er am 2.5. endgültig befreit wurde. Schwer krank kehrte er am 8.6. nach Finsterwalde zurück. Er konnte mal eine Andacht oder Bibelstunde halten, sein sehnlichster Wunsch, nochmals predigen zu können, blieb unerfüllt. Er litt unter einem Gefängnis-Trauma. Sein Zustand wurde immer schlechter. Nach seinem Tod nahmen am 17.9.1948 an der Beerdigung fünfzehn evangelische, zwei katholische Pfarrer und über 500 Menschen teil. Doch bald wurde sein Wirken vergessen, bis es Hans-Joachim Thiede in mühsamer Forschung wieder in die Erinnerung zurückholte.

Quellen: BArch Berlin: Akten NJ 2105 (4 Bde.), NJ 2210 (2 Bde.); LKA Berlin: Akte 15/2471 (Margarete H.); EZA Berlin, 2/124: Bericht OKR Fichtner v. 15.11.1944; Briefe von W. u. M. H. 1945/46 bei Brunhilde Hanschkatz – PA W. Hanschkatz ist im Krieg verbrannt.

Literatur: H. Jurisch/H.-J. Thiede: Leben.

Foto: B. Hanschkatz (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Hanselmann, Friedrich

** 23.10.1895 Brettheim/Württemberg, † 10.4.1945 Brettheim/Württemberg.*

Verh., vier Kinder.

Landwirt; Feuerwehrhauptmann in Brettheim.

In den ersten Apriltagen des Jahres 1945 waren amerikanische Truppen schon nahe an Brettheim herangekommen. Die Einwohner wollten mehrheitlich ihr Dorf nicht mehr in einem Krieg opfern, den man als verloren ansah. Am 7.4.1945 marschierten vier Hitler-Jungen vom nahe gelegenen Hausen nach Brettheim, um mit Panzerfäusten den Ort gegen die heranrückenden Amerikaner zu verteidigen. Als die Hitler-Jungen an Rande des Dorfes gegenüber der Molkerei rasteten, stellte der Bauer Friedrich Hanselmann, der wie viele andere Brettheimer über das Vorhaben erzürnt war, die Jungen zur Rede. Inzwischen waren auch der Gemeindediener Friedrich Uhl und der Bauer Hermann Knauer am Ort der Auseinandersetzung eingetroffen. Die Hitler-Jungen suchten ihre Kontrahenten von der Notwendigkeit des Weiterkämpfens



zu überzeugen: „Laßt uns doch in Ruh und helft uns, unser Land zu verteidigen“ (H. Schultheiss: Tragödie, S. 22). Nach einem Handgemenge und dem Abfeuern von Schüssen flüchteten sie jedoch. Die Männer entschlossen sich nach kurzer Beratung, die Waffen, die die Jungen zurückgelassen hatten, im nahen Löschteich zu versenken; wobei der Molkereibesitzer August Schmetzer seinen Lehrling Hans Schwarzenberger aufforderte, sich an der Vernichtung der Panzerfäuste zu beteiligen.

Bei seiner Vernehmung am Abend im Brettheimer Rathaus durch SS-Sturmbannführer Friedrich Gottschalk log Knauer, dass er von dem Vorfall, der sich am Morgen zugetragen hatte, nichts wisse. Daraufhin drohte Gottschalk, wahllos Dorfbewohner erschießen zu lassen, wenn sich die wirklichen Täter nicht stellten. Angesichts dieser Drohung ging Leonhard Wolfmeyer, Ortsgruppenleiter der NSDAP, zum Registraturzimmer, wo sich die Verhörten befanden, und sagte in die Dunkelheit hinein: „Wir sind doch ohne Kinder, wenn einer etwas getan hat, dann soll er sich melden.“ (Die Männer von Brettheim, S. 37) Auf diese Bitte hin stand H., ein treuer Kirchgänger, auf und erklärte: „Ich war es. Ich habe den Buben die Waffen weggenommen und in den See geworfen“, und erklärend fügte er hinzu: „Ich will nicht, daß Unschuldige büßen.“ (H. Schultheiss: Tragödie, S. 30) Der Bauer berichtete nun von den Vorfällen, an denen auch der Gemeindediener Uhl und der Molkereilehrling Schwarzenberger beteiligt gewesen waren. Daraufhin berief Gottschalk ein Standgericht, vor dem sich H. als einziger verantworten musste, da Uhl geflüchtet war und Schwarzenberger nicht herangezogen wurde, da er erst 15 Jahre alt war. Der Sturmbannführer übernahm den Vorsitz und bestimmte als Beisitzer einen ihn begleitenden Major und den Ortsgruppenleiter. Gottschalk war sich mit dem Major einig, dass H. und Uhl todeswürdige Verbrechen begangen hatten. Trotz der Einwendungen von Bürgermeister Gackstatter und Wolfmeyer erkannten Gottschalk und der Major auf „Tod durch Erschießen“. Als sowohl der Bürgermeister als auch der Ortsgruppenleiter sich weigerten, das Urteil zu unterschreiben, kündigte Gottschalk an, das Urteil vor den Kommandierenden General zu bringen. Von seiner Familie verabschiedete sich Hanselmann mit den Worten: „Wenn mir jetzt noch einer helfen kann, ist es der Wolfmeyer.“ (Ebd., S. 31) H. und Schwarzenberger mussten den darauf folgenden Sonntag in einer Gaststätte in Schillingsfürst verbringen, bewacht von zwei SS-Männern. Am Montag, den 9.4. wurden beide in das Gerichtsgefängnis nach Rothenburg gebracht. Dort wurde H. zum zweiten Mal vor einem Standgericht, bestehend aus Gottschalk, Major Esser und dem Volkssturmmann Habelt, verhört. H. verteidigte seine Tat mit dem Hinweis, er habe sein Dorf schützen wollen. Zwar ließen sowohl der Major als auch der Volkssturmmann ein gewisses Verständnis für diese Haltung erkennen, das Brettheimer Todesurteil aber wurde ohne jede weitere Beratung bestätigt. H. wurde wegen eines besonders schweren Falles der Zersetzung der Wehrkraft nach Kriegssonderstrafrechtsverordnung § 5, Absatz 1, Ziffer 1 mit dem Tod durch Erhängen bestraft. Das Urteil wurde am 10.4.1945 vollstreckt. H. wurde gemeinsam mit Gackstatter und Wolfmeyer an den Lindenbäumen beim Friedhof von Brettheim erhängt. Erst nach vier Tagen wurden die Leichen abgenommen und morgens um sechs Uhr begraben mit einer kurzen Ansprache von Pfarrer Wilhelm Issler.

Gottschalk wurde 1960 vom Schwurgericht Ansbach zu einer Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren wegen eines Formfehlers verurteilt.

In seiner Gedenkrede am 10.4.2004 charakterisierte Friedrich Braun die „Männer von Brettheim“ mit den Worten: „Diese drei beugten sich nicht länger einer unmenschlichen Diktatur, sondern handelten nach ihrem Gewissen.“

1964 wurde eine Gedenktafel an der Friedhofsmauer für die Gehenkten angebracht, 1992 die Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim“ im dortigen Rathaus fertig gestellt.

Quellen: Schreiben Friedrich Brauns an die Verf. vom 6.12.2004; Gedenkrede Friedrich Brauns vom 10.4.2004.
Literatur: O. Ströbel: Männer; Die Männer von Brettheim; H. Schultheiss: Tragödie; Ders.: Männer; T. Pohle: Unheil.
Foto: H. Schultheiss: Tragödie, S. 58.

G. Grünzinger

Hanselmann, Johann Georg



* *1.5.1892 Frankenberg bei Oberrot (Baden-Württemberg),*
† *13.5.1942 Oranienburg (KZ Sachsenhausen).*
Verh. mit Karoline, geb. Stöck, zwei Kinder.
Von Beruf Schmied und Schlosser; seit 1928 „Vereinigungsvorsteher“ der „Reformadventisten“ in Ostdeutschland.

Die Eltern, Friedrich und Margarete (geb. Glessing), betrieben eine kleine Landwirtschaft und erzogen den Sohn im ev. Glauben. 1917 wegen einer Kriegsverwundung in das Lazarett Böblingen eingeliefert, wurde H. durch einen „Bruder Schmid“ aus Eningen mit dem Adventismus bekannt. Es ist nicht klar, ob es sich dabei um die offizielle Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten handelte oder bereits um die schismatische „Reformbewegung“ der Adventisten, die sich während des Ersten Weltkrieges als antimilitaristische Opposition zur wehrbereiten Muttergemeinde gebildet hatte. Gesichert ist, dass H. ab Mitte der 1920er Jahre als „Reformadventist“ auftrat. Da seine Tochter Hildegard (geb. 1918) am Sabbat, dem Ruhetag der Adventisten, nicht den Schulunterricht besuchte, wurde H. wiederholt zu Geldstrafen verurteilt. Er lehnte den Hitler-Gruß ab („Nur in Jesus Christus ist ‚Heil‘ allein“) und ging nicht zur Wahl. Der fleißige Autodidakt und Laienprediger wurde 1928 nach Langebrück bei Dresden gerufen, um von dort aus als „Vereinigungsvorsteher“ für Ostdeutschland die weit verstreuten Gemeinden in Sachsen, Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und Schlesien zu betreuen. Seine „Missionsarbeit“ bestand in erster Linie darin, Glieder der offiziellen Gemeinschaft abzuwerben. Diese für Reformadventisten charakteristische Taktik hatte Spaltungen ganzer Ortsgemeinden zur Folge – wie z. B. in Karlsmarkt bei Brieg (Schlesien) – was wiederum dazu führte, dass sich die unter Druck geratene Gemeinschaftsleitung öffentlich von ihren „Dissidenten“ distanzierte. Die NS-Behörden, die nun zwischen Adventisten und „Reformern“ unterschieden, verfügten am 29.4.1936 die Auflösung der „Reformbewegung“ für das gesamte Reichsgebiet „zum Schutz von Volk und Staat“. Wenige Monate nach der Auflösung wurde H., der im Untergrund seinen Dienst als Prediger weiterführte, in Dresden inhaftiert. Im Polizeigefängnis verfasste er eine „Denkschrift“ zu seiner Verteidigung, in der er der Muttergemeinde vorwarf, „Religion und Politik zu vermischen“ und „mit dem Bolschewismus zu buhlen“, während Reformadventisten „die reine Lehre des Evangeliums verkünden“ und damit der „Volksgemeinschaft“ dienen. Eine gewisse gesetzliche Haltung lässt sich in der „Denkschrift“ erkennen, wenn Hanselmann schreibt: „Maßstab des Gerichts ist das Gesetz Gottes“ (AAE). Am 2.10.1937 kam H. mit

Hilfe eines Rechtsanwaltes wieder frei. Kurz danach wurde er aber wieder aufgegriffen und in Halle/Saale zu zwei Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Haftentlassung Ende 1939 ließ er sich in Mühringen bei Horb in der Nähe des Wohnortes seiner Tochter nieder, um seine Flucht in die Schweiz zu planen. Nach einer Begräbnisansprache in Schwäbisch Hall nahm ihn die Gestapo wegen „Wiederbetätigung als Prediger einer verbotenen Sekte" erneut fest. In letzter Minute konnte eine Adressenliste der Gemeindeglieder vor dem Zugriff der Gestapo versteckt werden. H. wurde Anfang 1940 als „Schutzhäftling" in das KZ Sachsenhausen überführt. Im Sterbebuch des KZ wurde „Ruhr" als Todesursache angegeben. Ein Mithäftling berichtete später, dass H. wegen Arbeitsverweigerung am Sabbat „mit auf den Rücken gebundenen Händen hochgezogen wurde und dabei erstickte".

Quellen: AAE: J. G. Hanselmann, Denkschrift zur Verteidigung (3 S.); Standesamt Oranienburg: Sterbebuch-Nr. 1452/15.05.1942; Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen: Veränderungsmeldung, JSU 1/98, Bl. 128.

Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 22–25.

Foto: AAE.

D. *Heinz*

Harnack, Arvid, Dr. jur., Dr. phil.

* *24.5.1901 Darmstadt, † 22.12.1942 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Mildred, geb. Fish, ohne Kinder.

1920–1923 Jura-Studium in Jena und Graz; 1924 Promotion in Jena; ab 1924 am Weltwirtschaftlichen Archiv sowie am Institut für Auswärtige Politik an der Universität Hamburg tätig; 1926–1928 Rockefeller-Stipendiat an der Wisconsin Universität in Madison; 1929–1931 Studium der Volkswirtschaftslehre in Gießen; 1931–1933 geschäftsführender Sekretär der Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft; ab 1938 im Reichswirtschaftsministerium tätig.

H. wuchs als Sohn des anerkannten Literaturhistorikers Otto Harnack in einer politisch linksliberalen Gelehrtenfamilie auf. Nach seinem Jurastudium ging er 1926 als Rockefeller-Stipendiat an die Wisconsin Universität in Madison (USA). Hier lernte er Mildred Fish kennen und heiratete sie 1926. Er kehrte 1928 nach Deutschland zurück und ließ sich zum Studium in Gießen nieder. Seine Frau kam 1929 nach, bevor beide 1930 nach Berlin umzogen. Infolge des dort aufgenommenen volkswirtschaftlichen Studiums entwickelte H. großes Interesse für den Sozialismus. Seine Dissertation schrieb er über „Die vormarxistische Arbeiterbewegung in den USA". Durch diese Studien angeregt, vertiefte er seine Arbeit über den Marxismus und Leninismus. Später wurde er Mitbegründer und erster Sekretär der Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft (ARPLAN).

Der Machtübernahme Hitlers stand H. skeptisch gegenüber. Ebenso wie die Familien Delbrück und Bonhoeffer nahm er Hitlers Aufstieg von Beginn an ernst. Im Zuge der drohenden Verfolgung von politisch Linksgerichteten löste sich die ARPLAN-Gruppe auf. Viele ihrer Mitglieder flohen ins Ausland. H. hatte zu diesem Zeitpunkt gerade ein Buch über Russland beendet, das aufgrund des politischen Umbruchs aber vom Verlag aus dem Programm genommen werden musste.

Da H.s vorbereitete Habilitationsschrift sich ebenfalls mit einer linkspolitischen Thematik beschäftigte, gab er die Universitätslaufbahn auf und bereitete sich auf sein zweites juristisches Examen vor, das er 1935 abschloss. Durch die Hilfe von Greta Kuckhoff, geb. Lorke, bekam H. eine Anstellung im Wirtschaftsministerium. Trotz seiner Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus trat er aus strategischen Gründen im Mai 1937 in die NSDAP ein. Später wurde er auch Mitglied im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, um so in näheren Kontakt zu höheren Regierungsbeamten treten zu können, deren Informationen er für seine Widerstandsarbeit benutzte.

Von 1935 bis 1938 versorgte er die sowjetische Regierung unter dem Codenamen BALTE mit sensiblen Wirtschaftsdaten. Zudem versammelte H. zusammen mit seiner Frau einen Kreis von Gegnern des Hitlerregimes um sich. Zu ihm gehörten neben Intellektuellen wie Adam Kuckhoff auch kommunistische Arbeiter und Angestellte. Aus diesen Zusammenkünften entstand eine Widerstandsgruppe, die zwischen 1935 und 1937 Reden von Roosevelt und anderen Staatsmännern publizierten, deren Worte in Deutschland nicht länger Beachtung fanden. Zudem entstanden dort informative Flugschriften, die sich mit ausländischen Meinungen über die deutsche Politik befassten und interne Wirtschaftsdaten verbreiteten.



Im Jahr 1937 wurde Donald Heath erster Sekretär der amerikanischen Botschaft in Berlin. Bei privaten Zusammenkünften übergab H. ihm wichtige Angaben über die deutsche Wirtschaftssituation, die ohne Nennung seines Namens in die USA gelangten. In Bezug auf die Weitergabe von Informationen hatte H. nicht die Spionagetätigkeit im Blick, vielmehr ging es ihm darum, den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes zu beschleunigen.

Im Jahr 1939 kam es zum Kontakt zwischen den Widerstandskreisen um H. und Harro Schulze-Boysen. Letzterer arbeitete im Luftfahrtministerium und hatte genauso wie H. Zugang zu sensiblen Daten. Gemeinsam versuchten beide Gruppen, politisch Inhaftierte mit Geld und Lebensmitteln zu versorgen und Juden die Ausreise aus Deutschland zu ermöglichen. Darüber hinaus arbeiteten sie weiter an der Aufklärung der Bevölkerung mit Flugblättern und der illegalen Zeitschrift „Die innere Front“. Sie erschien in sechs Sprachen und wurde von John Sieg und Wilhelm Guddorf herausgegeben. H. und Schulze-Boysen waren neben Kuckhoff ständige Mitarbeiter. Durch ihre Aktionen wollten sie die demokratischen Kräfte im In- und Ausland mobilisieren. „Sie wollten nicht nur einen bloßen Kulissenwechsel, sondern die Ausmerzung des Faschismus mit Stumpf und Stiel.“ (Ehrenbuch, S. 23)

Ein Funkspruch, den ein Mitglied der Widerstandsgruppe mit Informationen für die Sowjetunion absetzte, wurde der Gruppe zum Verhängnis. Als dieser von der deutschen Funkabwehr entschlüsselt worden war, konnte die Gruppe aufgespürt werden. Insgesamt wurden zwischen August und Dezember des Jahres um die 100 Personen verhaftet. Im September 1942 verbrachte H. mit seiner Frau Mildred einen Urlaub in Preil, einem Seebad auf der Kurischen Nehrung in der Nähe von Königsberg (Ostpreußen). Dort wurden beide am 6.9.1942 festgenommen und nach Berlin gebracht. Während der Verhöre in der Prinz-Albrecht-Straße wurde H. schwer gefoltert. Der Prozess begann am 15.12.1942 und dauerte viereinhalb Tage. H. wurde zusammen mit seiner Frau, dem Ehepaar Schulze-Boysen und neun weiteren Mitgliedern der Widerstandsgruppe des Hoch- und Landesverrats angeklagt. Während der Verhandlung hielt H. eine zwanzigminütige Verteidigungsrede, in der er das nationalsozialistische Regime anklagte. In ihrer Form nicht propagandistisch, verlangte er in ihr den Sturz Hitlers und machte deutlich, dass er und die anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe Deutschland vor einer Katastrophe retten wollten. Am 19.12.1942 wurde H. zum Tode verurteilt. Nachdem Hitler das Urteil bestätigt hatte, wurde er am 22.12.1942 erhängt. Trotz seiner linkspolitischen Haltung wird in der Beschreibung von H.s letzten Stunden deutlich, dass er dem Christentum sehr nahe stand. So schrieb er im Abschiedsbrief an seine Familie: „Weihnachten müsst Ihr richtig feiern. Das ist mein letzter Wille. Singt dann auch: ‚Ich bete an die Macht der Liebe‘“ (K. Lehmann: Widerstandsgruppe, S. 35).

Literatur: S. B. Brysac: Mildred Harnack (Lit.!); Dies.: Mildred und Arvid Harnack; Deutsche Widerstandskämpfer, S. 362–365; Ehrenbuch, S. 20–24, 65, 103; C. Harnack: Lebensbilder; P. Steinbach: Widerstand im Widerstreit, S. 234–256 (Lit.!).

Foto: R. Griebel/M. Coburger/H. Scheel: Gestapo-Album, S. 61.

C. Bendick

Harnack, Ernst von



** 15.7.1888 Marburg/Lahn, † 5.3.1945 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Anna, geb. Wiggert, fünf Kinder.
1907 Jurastudium, Referendariat in Berlin und Oppeln, Teilnahme am Weltkrieg, 1918 Regierungsassessor in Potsdam, Referent im Kultusministerium, Landrat in Hersfeld, Vizepräsident in Hannover und Köln, 1929–1932 Regierungspräsident von Halle-Merseburg, 1932 Umzug nach Berlin, Juli 1933 zwangspensioniert, Handelsvertreter einer Tuchfabrik.

Der Sohn des Kirchenhistorikers Adolf (seit 1914: von) Harnack trat nach den Erfahrungen im Krieg 1919 in die SPD ein als Religiöser Sozialist im „Bund sozialistischer Kirchenfreunde". Nach Papens „Preußenschlag" 1932 im einstweiligen Ruhestand, kämpfte er gegen das Anwachsen der NSDAP.

Vor den preußischen Kirchenwahlen am 12.–14.11. 1932 wandte er sich gegen die „Deutschen Christen" als „Kampfgruppe, die vom Braunen Haus in München nun gegen die evangelische Kirche vorgeschickt wird" (E. v. Harnack: Jahre, S. 30). Ihre „Richtlinien" beurteilte er als „Lästerung der Grundsätze des Christentums. Wenn je eine große Religion mit dem Anspruch auftreten konnte, Weltgeltung zu haben, zu besitzen und sich an alle zu wenden, dann ist es das Christentum gewesen. [...] Aus diesem Grunde erscheint es mir ein großer Wahnwitz gewesen zu sein, daß man ausgerechnet die Rasse als ein besonderes Geschenk des lieben Gottes hinstellt. [...] Ja, man will es nicht einmal wahr haben, daß der große Stifter unserer Religion ein Jude gewesen ist." (Ebd., S. 31 f.)

Nach der „Machtergreifung" der NSDAP stand H. Verfolgten bei. Deshalb saß er wohl vom 13.–29.6.1933 in „Schutzhaft". Gleichzeitig wurde er wie andere Demokraten und „Nicht-Arier" aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4.1933 zwangspensioniert. Er half Juden durch Verstecken und Beratung; tief erschütterte ihn der Reichspogrom vom 9./10.11.1938.

Die evangelische Kirche sah er 1935 „in einem tragischen Zustand der Schwäche", die „nicht erst durch die Eingriffe der jüngsten Zeit herbeigeführt, wohl aber durch sie offenbart worden" sei (ebd., S. 60). „Dabei gebe ich in meines Herzens Grunde die Hoffnung nicht auf, daß die Evangelische Sache auch einmal wieder Volkssache werden wird." Im Kirchenkampf gehe es, wie H. im Oktober 1937 urteilte, um mehr als um „eine bloße Säkularisation von Außenpositionen, deren Betreuung die Kirche – ohne ihren zentralen Aufgaben untreu zu werden – der weltlichen Gewalt hätte überlassen dürfen"; denn „der Totalitätsanspruch der NSDAP erstreckt sich *praktisch* auch auf das Religiöse. Darum *muß* es zum Kampf kommen, wenn der integrale Nationalsozialismus auf das klare Evangelium stößt." (Ebd., S. 112) „Es ist ein bleibendes Verdienst der kirchlichen *Rechten* in Deutschland, den doppelten Angriff schnell erkannt und ihm entschieden Widerstand geboten zu haben. Das Verdienst wiegt um so schwerer, wenn man sich daran erinnert, wie freudig in diesen Kreisen die Abkehr des Nationalsozialismus von der politischen Demokratie und sein Übergang zu einem autoritären, im engeren Sinne nationalen Regime begrüßt worden war. Deutlich wird hierdurch unterstrichen, daß der Kirchenkampf wirklich um religiöse Anliegen und nicht um getarnte allgemeinpolitische Ziele geführt wird." (Ebd., S. 113)

Aber die „kirchliche Rechte“ behindere auch den Kampf durch „die Engherzigkeit und Rückständigkeit unserer Orthodoxie“. Theologisch liberal, lehnte er die Barmer Theologische Erklärung ab.

Die Kontakte zu früheren Parteigenossen und Gleichgesinnten zielten seit 1938 auf den Sturz des Regimes. Ein verwandtschaftlicher Zusammenhang bestand mit dem Bonhoeffer-Dohnanyi-Kreis. Bei den Sozialisten achtete er besonders Julius Leber. Seit seiner Zeit in Merseburg schätzte er Carl Goerdeler, der ihm Kontakte zu Mitgliedern des bürgerlichen Widerstandes wie Josef Wirmer eröffnete. Bei den Militärs stand er in Verbindung mit Ludwig Beck. Helmuth James von Moltke warb H. 1942 als „Rekruten“ des Kreisauer Kreises. H. trat mit Wilhelm Leuschner für die Wiedererrichtung des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds” und einen Staatsstreich ein, während Moltke für Betriebgewerkschaften war und die Überwindung des nationalsozialistischen Denkens von dem Verlust des Krieges erwartete. Deshalb kam es zu keiner intensiven Zusammenarbeit.

Nach dem 20.7.1944 hoffte H., sich durch wechselnde Aufenthalte in Deutschland der Gestapo zu entziehen, aber am 29.9. wurde er in der Wohnung eines befreundeten Pfarrers festgenommen und in das Berliner Gestapo-Gefängnis in der Lehrter Straße eingeliefert. In seinem ersten Brief aus der Haft schrieb er: „Es steht ernst um mich, aber es ging um Großes, und ich bin nicht aus Leichtsinn in meine jetzige Lage geraten. […] Das Wunder der Gnade ist es, dem ich zustrebe. Ich habe schon einen Strahl davon verspürt – sonst könnte ich diesen Brief nicht schreiben – und hoffe zu Gott, daß mich seine Gnade über alles Bangen um mein äußeres Schicksal hinwegtragen wird. Apokalyptische Zeiten wie diese mit ihren ständigen Gefährdungen und Verlusten lassen den Wert des Lebens gering erscheinen, den der Seele aber hell aufleuchten.“ (E. v. Harnack: Jahre, S. 193)

Am 1.2.1945 fällte der Volksgerichtshof das Todesurteil. „Am Tage vor seinem Tode, am 4.3., spielte ihm auf seine Bitte sein Zellennachbar [Rüdiger Schleicher] drei Choräle auf der Geige: ‚Jerusalem, du hochgebaute Stadt‘, eine Erinnerung an seinen Vater; ‚Wenn ich einmal soll scheiden‘ aus der Matthäuspassion, die zu hören ihn so manches Mal beseligt hatte, und einen alten lateinischen Hymnus: ‚Vexilla regis prodeunt – Des Königs Fahnen ziehn vorauf‘.“ (Ebd., S. 228)

Literatur: A. v. Harnack: Harnack; E. v. Harnack: Jahre; A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 99–101; G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 92–94 (Lit.).

Foto: E. v. Harnack: Jahre, zwischen S. 176 und 177.

G. Ringshausen

Harnack, Mildred, geb. Fish, Dr. phil.

** 16.9.1902 Milwaukee, † 16.2.1943 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Arvid Harnack, ohne Kinder.

1920–1925 Studium der englischen Philologie und Literaturwissenschaft in Madison; 1928/1929 Dozentin an der Frauenuniversität Goucher College; gleichzeitig Studium an der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore; 1929 Studium der Literaturwissenschaft und Philosophie in Jena, Gießen und Berlin; 1931 Lektorin für amerikanische Literaturgeschichte an der Universität Berlin; 1932–1936 Lehrerin für die englische Sprache am Abendgymnasium; 1936 Dozentin für amerikanische Dichtung an der Volkshochschule Berlin; 1941 Promotion an der Universität Gießen; 1941/1942 Sprachbeauftragte an der Universität Berlin.

H. wurde als zweitjüngstes Kind der Familie Fish geboren. Ihre Mutter Georgina, geb. Hesketh, war Anglikanerin, schloss sich aber der Christian-Science-Bewegung an. Diese religiöse Gruppierung wurde von Mary Baker Eddy 1875 gegründet und war deshalb so beliebt, weil sie in Aussicht stellte, dass Menschen unkontrollierbare Dinge in einigen Fällen doch kontrollieren können. Das verbreitete Gottesbild hatte sowohl mütterliche als auch väterliche Züge, was dazu führte, dass Männer dieser Gruppe weit seltener beitraten als Frauen. H. selbst erklärt ihre Distanz zur Religion durch den frühen Kontakt mit der Christian-Science-Bewegung, deren Lehre sie ablehnte.

Während ihrer Zeit als Dozentin an der Frauenuniversität war sie Mitglied in einem Kreis progressiver Studenten, die sich „Friday-Niters“ nannten. Diese Gruppe setzte sich aus graduierten Studenten von Professor John Commons und ihren Partnern zusammen. Hier wurden u. a. Debatten über Arbeiterstreiks und das Verhältnis zwischen Management und Gewerkschaften geführt. Zu dieser Zeit lernte H. ihren späteren Ehemann Arvid Harnack kennen, mit dem sie 1928 nach Deutschland ging. Dort studierte



sie zunächst in Gießen und später in Berlin. Seit das Ehepaar in der Hauptstadt wohnte, trafen sich dort Verleger, Autoren, Kritiker, Akademiker und einige Schüler des Abendgymnasiums, an dem H. seit 1932 unterrichtete, um über verschiedene Themen zu diskutieren und miteinander zu feiern. Diese Gruppe löste sich aber 1934 auf.

Trotz ihrer distanzierten Haltung gegenüber der Religion besuchte H. die American Church in Berlin. Ihr Interesse galt hier jedoch nicht allein der geistlichen Erbauung, sondern vor allem den von Reverend Turner eingerichteten Diskussionsforen, die häufig politische Fragestellungen thematisierten.

H. nahm ebenso wie ihr Mann die „Machtergreifung" Hitlers ernst, ging jedoch nicht davon aus, dass sie selbst gefährdet war. So schrieb sie im Februar 1933 an ihre Mutter: „Wir sind politisch nicht aktiv. Wir leben in Sicherheit, es geht uns gut, wir sind glücklich. Wer interessiert sich schon für Akademiker, die in ihrer Ecke sitzen und über die Zukunft der Welt nachdenken?" (S. B. Brysac: Mildred Harnack, S. 169) Spätestens 1935, als Arvid Harnack für den Geheimdienst der damaligen UdSSR arbeitete, änderte sich ihre Lage. Obwohl sie über die Gefahr der politischen Aktionen ihres Mannes Bescheid wusste, unterstützte sie ihn und lehnte eine Rückkehr in die USA ohne ihn ab.

Während einer Vortragsreise in den USA 1937 vermied sie negative Äußerungen über die deutsche Regierung aus Angst, beobachtet zu werden. Diese Haltung war für dortige Freunde und Verwandte ebenso wenig zu verstehen, wie ihre Mitgliedschaft im ultrakonservativen amerikanischen „Club Daughters of the American Revolution" für die deutschen Bekannten. In beiden Fällen handelte es sich um Vorsichtsmaßnahmen, um möglichst nicht öffentlich in Opposition zum Staat zu geraten, zumal sie durch ihre Lehrtätigkeit unter ständiger Beobachtung von nationalsozialistisch gesinnten Kollegen stand.

Greta Kuckhoff, geb. Lorke, brachte H. schließlich mit Libertas Schulze-Boysen in Kontakt. Das erste Treffen der beiden Frauen war der Beginn der Zusammenarbeit der Widerstandsgruppen um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack. H. versuchte im Zusammenhang mit dem Widerstand durch ihre Kontakte in die USA, Ausreisevisa für Juden zu besorgen. Der Besitz eines deutschen und eines amerikanischen Passes erleichterte ihr Auslandsreisen.

Zusammen mit ihrem Mann wurde H. im September 1942 in Preil, einem Seebad auf der Kurischen Nehrung in der Nähe von Königsberg (Ostpreußen) verhaftet und nach Berlin gebracht. Während der Verhöre in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße wurde sie schwer gefoltert. Der Prozess begann am 15.12.1942 und dauerte viereinhalb Tage. H. wurde zunächst zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Hitler bestätigte dieses Urteil jedoch nicht, sondern bestand darauf, dass das Verfahren wieder aufgenommen wurde, um ein Todesurteil zu erreichen. Am 13.1.1943 wurde das Verfahren erneut eröffnet und endete mit dem von der Regierung angestrebten Urteil, das am 16.2.1943 vollstreckt wurde. In den letzten Stunden ihres Lebens beschäftigte sich H. mit der Bibel, die ihr der Gefängnisgeistliche Harald Poelchau mitgebracht hatte. Bei ihrer Lektüre berührten sie besonders die Verse 1Kor 13,1 und 13: „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete, und hätte die Liebe nicht, so wäre ich ein tönend Erz oder eine klingende Schelle. [...] Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen."

Literatur: S. B. Brysac: Mildred Harnack (Lit.!); Dies.: Mildred und Arvid Harnack; Deutsche Widerstandskämpfer, S. 362–365.
Foto: R. Griebel/M. Coburger/H. Scheel: Gestapo-Album, S. 164.

C. Bendick

Harreß, Karl Georg



** 20.3.1887 Oberlind bei Sonneberg (Thüringen), † 6.7.1942 KZ Groß-Rosen bei Breslau.*
Verh. mit Frieda, geb. Becker, zwei Söhne.
Landwirt; 1912 Taufe als Siebenten-Tags-Adventist; 1913–1914 Ausbildung am Missionsseminar in Friedensau bei Magdeburg; adventistischer „Buchevangelist" (Missionsschriftenverkäufer); ab 1919 Prediger der Siebenten-Tags-Adventisten.

H. schloss sich 1912 in Hirschberg, Schlesien, durch Taufe den Adventisten an und erhielt eine kurze theologische Ausbildung am Missionsseminar in Friedensau bei Magdeburg (1913/14). Schon während des Ersten Weltkrieges diente er aus Gewissensgründen als Sanitäter. Er wirkte als Prediger in Lüdenscheid, Hannover, Kassel, Dortmund, Osnabrück und Oldenburg. Seine Frau Frieda charakterisierte ihn als „nüchternen Mann, der schon 1939 die nationale Katastrophe, die auf Deutschland zukam, klar erkannt hatte." Doch war H. „vorsichtig" und „hat immer gewarnt, sich nicht unnötig zum Märtyrer zu machen." Nach öffentlichen religiösen Vorträgen anlässlich der adventistischen „Gebetswoche" wurde er im Dezember 1941 in Oldenburg von drei verdeckt wirkenden Gestapo-Beamten denunziert, die seine Freundschaft erschlichen hatten, jedoch als Spitzel eingesetzt waren. Da er nicht zu Hause war, als ihn die Beamten zum Verhör abholen wollten, meldete sich H. kurze Zeit später freiwillig bei der Gestapo. Der nichts ahnende Prediger glaubte, dass er wegen einer adventistischen Glaubensschwester zur Verantwortung gezogen würde, die Hitler immer wieder öffentlich als apokalyptisches „Tier aus dem Abgrund" beschimpfte und damit die Existenz der Oldenburger Kirchengemeinde aufs Spiel setzte. Im mehrstündigen Verhör erkannte er schnell, dass es um seine Person als Prediger ging. H. blieb seiner Glaubensüberzeugung treu und offenbarte seine Gegnerschaft zum NS-Staat, die er mit apokalyptischen Aussagen der Heiligen Schrift über die baldige Wiederkunft Jesu begründete („Nach der Voraussicht des Propheten Daniel werden alle Reiche dieser Welt vergehen"). Er wurde inhaftiert und in den folgenden Wochen im Straßenbau der Stadt eingesetzt. Bei einem kurzen Besuch seiner Frau erwähnte er, dass er vom Volksgerichtshof verurteilt worden war. Im Februar 1942 wurde H. mit der Häftlingsnummer 1899 in das KZ Sachsenhausen bei Oranienburg verbracht, wo er den Launen des Wachpersonals ausgeliefert war. So musste er, bereits stark geschwächt, mit einer Zahnbürste Gehsteige reinigen. Er brach mehrmals ohnmächtig zusammen. Kurze Zeit später wurde er in das KZ Groß-Rosen bei Breslau überstellt. Mehrere kurz gefasste Briefe erreichten seine Frau aus dem Konzentrationslager. In einem Brief bat er um Briefmarken, Geld und Bücher. Die Bitte um Bücher musste er jedoch noch im selben Brief widerrufen. Briefmarken und Geld wurden außerdem nicht an ihn weitergereicht, denn nach seinem Tod erhielt seine Frau beides wieder zurück. Aus einem Brief wurde deutlich, dass er nie mit „Heil Hitler" grüßte. Es ist fraglich, ob ihn alle Briefe seiner Frau erreichten. Im Mai 1942 wurde

H. in den Krankenbau des KZ eingeliefert, wo er wenige Wochen später an den Folgen der Haft verstarb. Als amtliche Todesursache wurde „Ödeme, Kreislaufschwäche“ angegeben. Es bleibt jedoch ungewiss, ob die angegebene Todesursache der Wirklichkeit entspricht.

Literatur: D. Heinz: Märtyrer, S. 7.
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Hase, Karl *Paul* Immanuel von

** 24.7.1885 Hannover, † 8.8.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Margarethe, geb. Freiin von Funck, vier Kinder.
Berufsoffizier; 1905 Eintritt in das „Kaiser Alexander“-Garde-Regiment; 1907 Leutnant; Teilnahme am Ersten Weltkrieg, zuletzt als Generalstabsoffizier in Flandern; Grenzschutz Ost; 1920 Übernahme in die Reichswehr; 1921–1926 Angehöriger des Infanterieregiments 9; 1931–1934 Wehrkreisadjutant in Berlin; 1934–1938 Bataillons- bzw. Regiments-Kommandeur in Neuruppin, Küstrin und Landsberg/Warthe; 1939–1940 Divisionskommandeur im Polen- und Frankreichkrieg; 1940–1944 Wehrmachtkommandant von Berlin.



Nach dem 20.7.1944 ließ der Jenaer NSDAP-Kreisleiter das Denkmal des renommierten evangelischen Theologen August v. Hase von seinem Standort entfernen sowie den nach ihm benannten Weg umbenennen. Er hob damit den Großvater H.s, 54 Jahre nach dessen Tod, gleichsam in den Rang eines der „intellektuellen Wegweiser des Aufstands“ (A. v. Hase: Erinnerung, S. 385). Mit diesem Akt eines „Hoheitsträgers“ der NS-Partei war damit erstmals die Frage aufgeworfen worden, inwieweit die Beteiligung H.s am Widerstand gegen Hitler durch die christlich-theologische Tradition in seiner Familie beeinflusst sein mochte. Der Umstand, dass H. zudem ein Onkel Dietrich Bonhoeffers gewesen ist, scheint ebenso auf die Bedeutung jener christlichen Familientradition zurückzuverweisen.

Die Biographie H.s wird freilich zunächst von der fast 40-jährigen Prägewirkung des Militärs und seines Wertesystems her zu verstehen sein: Die militärische Tradition der Familie hatte bereits sein Vater begründet, der Militärarzt war, und dessen Karriere und politische Identifikation an das neuentstandene Bismarck-Reich und die darin festgeschriebene Hegemonie Preußens gebunden war. Der junge H. wuchs in Charlottenburg, in der wilhelminischen Gesellschaft im Berlin der Jahrhundertwende, auf. Sein Eintritt in die kaiserliche Garde im Jahr 1905 erfolgte im Zeichen des damaligen sog. „Realismus“ und ein Jahr vor der berühmten „Köpenickiade“, die beredt den Stellenwert der Uniform im wilhelminischen Obrigkeitsstaat vor Augen führte. Zum zentralen Bezugspunkt von H.s politischem Denken wurde die Teilnahme am Ersten Weltkrieg, die Niederlage von 1918 und „Versailles“ – jenes kollektive Trauma, das 1933 in den Nationalsozialismus mündete.

Vor diesem Hintergrund ergaben sich bei H. deutliche „Schnittmengen“ mit dem NS-Staat. Aber auch genau zu definierende Bereiche des Dissenses: Hierzu gehörte der „Kirchenkampf“, der von H. aufmerksam verfolgt wurde. Von H.s eigenem – von Zweifeln gebrochenen – Bemühen, Nationalsozialismus und Christentum zusammenzubringen, zeugt vielleicht am besten eine Konfirmationswidmung, die er 1940 für seinen ältesten Sohn verfasste: „[Die] siegreichen Kämpfe unserer neuen Wehrmacht [...] hast Du selbst voller Begeisterung miterlebt und sie mit der Glut Deiner Jugend verfolgt. Noch ist das Ringen aber um

unsere Existenz, um die Neugestaltung der Welt nicht zu Ende. Der Tag Deiner Konfirmation ist gekommen, der einen großen Abschnitt in Deinem bisherigen christlichen Leben bildet. […] [D]er allgemeine Umbruch in Deutschland [ist] von einer gewaltigen Durchprüfung der weltanschaulichen Lebensgrundlage begleitet […]. Halte als Christ auch weiterhin an den höchsten christlichen Werten fest und bleibe Deiner Kirche immer treu. Gerade als Soldat, der Du gern werden willst, musst Du ein christlicher Mann sein. […] Gott segne uns den Tag Deiner Einsegnung, dem Ringen unseres Volkes aber gebe er noch in diesem Jahr den Sieg! […] Dein Dich liebender Vater." (Zitiert nach R. Kopp: Hase, S. 147 f.)

Einen Rückverweis auf H.s christliche Glaubensbindung geben auch einige Beispiele, wie er Spielräume seiner militärischen Dienststellungen nutzte: So verdoppelte H. etwa in seiner Funktion als Wehrmachtkommandant von Berlin die Zahl der Standortpfarrämter von drei auf sechs und besetzte sie mit Pfarrern, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst ablehnten, darunter der Gefängnispfarrer Harald Poelchau, der Quäker war. Auch über den in seinem Dienstbereich tätigen BK-Präses Kurt Scharf hielt er seine schützende Hand. Trotz Verbots ließ H. nach Bombenangriffen brennende Kirchen löschen. Ende Juni 1944 besuchte er ostentativ seinen Neffen Dietrich Bonhoeffer in der Haftanstalt Tegel, wie von diesem selbst in einer bemerkenswerten Notiz in „Widerstand und Ergebung" (DBW 8, S. 503) überliefert ist. H. hatte in seiner Eigenschaft als Gerichtsherr auch dazu beigetragen, den Prozess gegen seine Verwandten Bonhoeffer und Hans von Dohnanyi zu verschleppen. Gerade die Funktion H.s als Gerichtsherr des größten Wehrmachtgerichts, das während seiner Amtszeit rd. 30 000 Kriegsgerichtsverfahren abwickelte, ist aber auch ein Beispiel dafür, dass sich eine hohe Funktion im NS-Staat nicht ausüben ließ, ohne sich „mitschuldig" zu machen.

H., der bereits in die Widerstandsplanungen von 1938 einbezogen war, galt bei den Initiatoren des „20. Juli" als „sicher". Er wurde jedoch sehr wahrscheinlich erst am 15.7.1944 von General Friedrich Olbricht konkret über den geplanten Umsturzversuch informiert. Bezeichnenderweise suchte H. in dieser Situation das Gespräch mit dem ihm aus vielen Begegnungen eng vertrauten Berliner Domprediger Doehring. H. war skeptisch gegenüber dem Gelingen des Attentats, der Domprediger bestärkte ihn jedoch im Sinne der Verschwörung. Die brisante Entscheidungssituation konfrontierte H. (noch einmal) zwingend mit den selbstreflexiven Fragen von „Gewissen", „Verantwortung", „Schuld" oder „Sühne". H. entschied sich für die Seite des Widerstands. Die Rolle der Glaubensbindung im Kontext des 20. Juli deutet Pfarrer Poelchau an, der H. und den Feldmarschall Erwin von Witzleben auf ihrem letzten Gang im Zuchthaus Plötzensee begleitete: Beide Männer seien „vollkommen gefasst" und „als überzeugte Christen in den Tod" gegangen (H. Poelchau: Stunden, S. 99).

Literatur: DBW 8; A. v. Hase: Erinnerung; R. Kopp: Hase; M. Messerschmidt/F. Wüllner: Wehrmachtjustiz; H. Poelchau: Stunden.

Foto: GDW.

R. Kopp

Hassell, Christian August *Ulrich* von

** 12.11.1881 Anklam, † 8.9.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Ilse, geb. von Tirpitz, vier Kinder.
1899–1902 Jura-Studium in Lausanne, Tübingen und Berlin; 1903–1904 Militärdienst; 1904–1908 juristischer Vorbereitungsdienst in Berlin und Tsingtau, Reisen nach China, Japan und Großbritannien; 1909–1914 konsularischer Dienst in Berlin und Genua; 1914–1916 Kriegsdienst und schwere Verwundung; 1916–1919 Verwaltungstätigkeit in Stettin und Berlin; 1920–1932 konsularischer Dienst in Rom, Barcelona, Kopenhagen und Belgrad; 1932–1938 Botschafter in Rom; 1939 kurzzeitig Vertreter des Auswärtigen Amtes in Skandinavien; 1940–1943 Vorstandsmitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages; 1943/1944 Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

H. stammte aus einem christlich-konservativen Milieu. Prägenden Einfluss auf seine geistige Grundhaltung hatte insbesondere sein Vater, der Berufsoffizier Ulrich von Hassell (sen.). Dieser sympathisierte mit den christlich-sozialen Vorstellungen Adolf Stoeckers und engagierte sich als Vorkämpfer der christlichen Jungmänner-Bewegung; nach dem Ausscheiden aus dem Offiziersdienst war er u. a. als Vorstandsmitglied

und Bibliothekar des Christlichen Vereins junger Männer in Berlin aktiv.

H. setzte sich ab 1904 sowohl dienstlich als auch in schriftstellerischer Form intensiv mit der politischen Lage Deutschlands auseinander. 1918 trat er in die DNVP ein, der er wichtige programmatische Impulse gab. Anfang 1919 gründete er die Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der DNVP, seit dem Sommer desselben Jahres war er Mitglied des Parteivorstandes. Während er dem Kommunismus, aber auch dem Liberalismus sehr distanziert gegenüberstand, hielt er eine Kooperation mit der Sozialdemokratie für möglich, um in Deutschland einen sowohl christlich als auch sozial geprägten Staat aufzubauen. Außenpolitisch strebte er eine Stellung Deutschlands als zentrale Großmacht in einer auf zwischenstaatliche Kooperation ausgerichteten Ordnung Europas an, deren geistige Basis er in gesamteuropäischen christlich-abendländischen Traditionen erblickte.

Einer Aufforderung des sozialdemokratischen Außenministers Hermann Müller nachkommend, trat H. Ende 1919 wieder in den diplomatischen Dienst ein, wo er zunehmend an Einfluss und öffentlicher Reputation gewann. Den Regierungsantritt Adolf Hitlers nahm H., der als Botschafter in Rom seit 1932 gute diplomatische Beziehungen zu Benito Mussolini unterhielt, wie viele Konservative in Deutschland zunächst wohlwollend auf. Die von Hitler propagierten revisionistischen außenpolitischen Ziele hielt er für weitgehend vereinbar mit seinen eigenen Vorstellungen. Obgleich er nicht der nationalsozialistischen Ideologie anhing und insbesondere den für diese kennzeichnenden Rassismus ablehnte, trat er, nachdem sich die DNVP selbst aufgelöst hatte, am 1.11.1933 in die NSDAP ein. Zur nationalsozialistischen Partei- und Staatsführung – z. B. zu Hermann Göring – besaß er gute Kontakte. Seit 1935 wuchs seine Skepsis gegenüber der nationalsozialistischen Führung, deren Außenpolitik er für kaum berechenbar und zu riskant, ja verantwortungslos und unsittlich hielt. Als ihm 1936/1937 die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer deutlicher wurde, äußerte er offen seinen Dissens. Sein Widerspruch gegen das außenpolitische Vorgehen der Regierung und seine wiederholte Kritik an NSDAP-Mitgliedern in Rom führten dazu, dass er am 17.2.1938 aufgrund einer Verfügung Hitlers sein Amt als Botschafter niederlegen musste. H.



versuchte in den folgenden Jahren vergeblich, seine diplomatische Laufbahn fortzusetzen und die damit verbundenen Möglichkeiten zurückzugewinnen, auf die deutsche Außenpolitik Einfluss zu nehmen. Dies war ihm durch seine Arbeit für den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT) und später für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sowie durch seine schriftstellerische Tätigkeit nur noch in eingeschränktem Umfang möglich.

H.s öffentliches Wirken ab 1938 nötigte ihn zwar einerseits dazu, bestimmte politische Teilziele des Nationalsozialismus in begrenztem Maße zu unterstützen, erleichterte es ihm jedoch andererseits, seine politischen Auffassungen zu vertreten, ohne sich übermäßig zu gefährden, während er konspirativ bereits gegen das Regime aktiv war. Privat verfügte er weiterhin über enge Kontakte zu diplomatischen Kreisen, sodass er gut informiert über das politische Geschehen blieb, das er mit wachsender Sorge beobachtete.

Am 31.8.1939, einen Tag vor dem deutschen Überfall auf Polen, versuchte er auf Initiative des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst Friedrich Freiherr von Weizsäcker, durch Gespräche mit Göring und dem

britischen Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, den Krieg noch im letzten Moment durch eine diplomatische Lösung des Konflikts zu verhindern. Er nahm jedoch zur Kenntnis, dass Hitler und sein Außenminister Joachim von Ribbentrop zu einem Angriff auf Polen fest entschlossen waren und das Risiko einer Ausweitung des Krieges bewusst eingingen.

H.s Einschätzung, dass das NS-Regime v. a. aufgrund der Kriegspolitik, der Judenverfolgung, der Demontage des rechtsstaatlichen Ordnungssystems und der totalitären Unterdrückung geistiger Freiheit verbrecherischen Charakter habe und dass es wesentliche Bestandteile christlich-abendländischer Kultur zerstöre, führten ihn in die konspirative Opposition. In engem Kontakt mit Carl Goerdeler, Ludwig Beck, Johannes Popitz und weiteren christlich-konservativen Oppositionellen, mit denen er teilweise im Rahmen der Berliner Mittwochs-Gesellschaft verkehrte, entwickelte er Pläne für einen Staatsstreich, die sich ab 1942 konkretisierten und in Kooperation mit weiteren Widerstandskreisen in das gescheiterte Attentat vom 20.7.1944 mündeten. H. nutzte seine Kontakte zur Diplomatie und seine Auslandsreisen für den MWT, um Sondierungen über einen von den Verschwörern angestrebten Friedensschluss zwischen einer neuen deutschen Regierung und den westlichen Kriegsgegnern zu betreiben, die jedoch ohne Erfolg verliefen. Daneben führte er Gespräche mit Befehlshabern der deutschen Wehrmacht, um sie – meist vergeblich – zur Unterstützung eines Regierungsumsturzes zu bewegen. Zudem erfüllte er eine wichtige Funktion als Vermittler zwischen den teilweise sehr unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Regimegegner. Er hatte wesentlichen Anteil an der Formulierung oppositioneller Grundsatzpapiere, z. B. des vorläufigen Staatsgrundgesetzes, in dessen erstem Artikel „Christentum und christliche Gesittung“ als „unersetzbare Grundlage deutschen Lebens“ herausgestellt wurden (U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, S. 455).

H., der seit 1925 dem evangelischen Johanniterorden angehörte, unterhielt keine engeren Beziehungen zur Bekennenden Kirche. Aus seinen Tagebuch-Aufzeichnungen geht hervor, dass er deren gemäßigten Flügel recht positiv bewertete, ihrem radikalen Flügel jedoch distanziert gegenüberstand.

An der unmittelbaren Vorbereitung des Umsturzversuchs vom 20.7.1944 war H. nicht beteiligt. Er galt jedoch zusammen mit Friedrich Werner Graf von der Schulenburg als möglicher Außenminister einer neuen Regierung. Nach dem Scheitern des Staatsstreichs wurde H. am 28.7.1944 festgenommen und zunächst im KZ Ravensbrück, später im Gestapo-Gefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße inhaftiert. Seine Angehörigen wurden zeitweise in Sippenhaft genommen. Am 8.9. wurde er zusammen mit Carl Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Josef Wirmer und Paul Lejeune-Jung vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt. Gnadengesuche seiner Schwiegermutter, der Witwe des Großadmirals von Tirpitz, und Benito Mussolinis blieben erfolglos. Am selben Tag wurde er in Berlin-Plötzensee erhängt. Im Abschiedsbrief an seine Frau schrieb er: „Ich bin auch in diesem Augenblick vor allem von tiefer Dankbarkeit erfüllt, gegen Gott und gegen Dich.“ (Ebd., S. 441)

Literatur: U. v. Hassell: Die Hassell-Tagebücher 1938–1944; J. Rohls: Hassell; G. Ringshausen: Evangelische Kirche und Widerstand, S. 78–81; G. Schöllgen: Ulrich von Hassell (2004) (Lit.!); C. Strohm: Bedeutung, S. 220 f.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Haubach, Theodor

** 15.9.1896 Frankfurt/Main, † 23.1.1945 Berlin-Plötzensee. Ledig, ohne Kinder.*

1914–1919 als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg; Studium der Philosophie und Soziologie; 1920–1923 Studium der Philosophie, Soziologie und Staatswissenschaften; 1924–1929 außen- und militärpolitischer Redakteur beim „Hamburger Echo“; 1924 Mitbegründer des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“; 1927–1928 Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft; 1929 Pressereferent im Innenministerium; 1930 Pressereferent beim Berliner Polizeipräsidenten.

Nach dem frühen Tod des Vaters verbrachte der in Frankfurt/Main geborene H. seine Kinder- und Jugendzeit in enger Gemeinschaft mit seiner Mutter, die Jüdin war, in Darmstadt. In der Gymnasialzeit engagierte er sich zusammen mit seinem Freund Carlo Mierendorff in der Jugendbewegung. Beide entwickelten früh kulturelle und literarische Interessen. Religi-



on und Kirche spielten bei den evangelisch getauften und konfirmierten Jungen keine große Rolle. Nach Notabitur 1914 ging H. als Freiwilliger an die Front, wurde mehrfach verwundet und als hoch dekorierter Offizier entlassen. Das „Kriegserlebnis“ beantwortete er mit Beiträgen in literarischen Zeitschriften und mit der politischen Hinwendung zu Demokratie und Sozialismus. Nach dem Studium der Philosophie und Soziologie, abgeschlossen durch eine Promotion bei Karl Jaspers in Heidelberg, war er von 1924 bis 1929 außen- und militärpolitischer Redakteur beim sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft, führendes Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ und Mitgestalter des jungsozialistischen „Hofgeismarer Kreises“. In allen Publikationen vor 1933 war er ein Denker und Kämpfer für einen demokratischen Sozialismus. Ab 1929 erlebte und kommentierte er als Pressereferent im Innenministerium und beim Berliner Polizeipräsidenten hautnah den konzertierten Angriff der Rechten auf die Republik. Bei den Nationalsozialisten war er als ihr entschiedener Gegner bekannt. In dem reformsozialistischen Organ der Religiösen Sozialisten „Neue Blätter für den Sozialismus“ (hrsg. von Paul Tillich, Eduard Heimann u. a.) schrieb er Kommentare zu aktuellen politischen Fragen.

1933 wurde er in Schutzhaft genommen und war von 1934 bis 1936 im KZ Esterwegen. Nach der Entlassung lebte und arbeitete er in Berlin. Zusammen mit seinem 1938 aus dem KZ entlassenen Freund und Genossen Carlo Mierendorff nahm er Kontakte zu Männern im Widerstand auf. Ab 1942/43 gehörten beide Freunde zum Kreisauer Kreis, in dem mit Adolf Reichwein, Wilhelm Leuschner und Julius Leber weitere bekannte Sozialdemokraten aus der Republikzeit mitarbeiteten. Diese sozialdemokratische Gruppe führte intensive Gespräche mit evangelischen und katholischen Theologen und Laien. In einem längeren Diskussions- und Klärungsprozess entwickelte sich bei H. ein immer stärkeres christliches Glaubens- und Existenzverständnis. In der Briefsammlung von Alma de l’Aigle und in Briefen an Erika und Viktor Bausch wie an seine Braut Anneliese Schellhase kann man diesen Prozess gut verfolgen. Er begann mit einer radikalen Religions- und Theologiekritik am durchschnittlichen bürgerlichen Christentum, das in der Gegenwart voll versagte. Er befasste sich mit Epochen und Gestalten der Theologiegeschichte und fragte nach ihrer Relevanz für seine aus den Fugen geratene Gegenwart. Und immer mehr interpretierte er das eigene Durchleiden seiner Zeit mit Hilfe neu gelesener, auf die unmittelbare Existenz bezogener biblischer Texte. Er deutete seine Gegenwart im Horizont mittelalterlicher Ängste und Prophetien. Unter den alten Dichtern war es Dante und unter den alten Malern war es Breughel, die mit ihrer Geschichtsschau und Anthropologie das Drama des Menschen in Wort und Bild gebracht hatten.

Der Weg H.s zur persönlichen christlich geprägten Religiosität ging nicht über Predigt und kirchliche Lehre, sondern über ein Miterleben der Leiden vieler Deutscher in einem Unterdrückungs- und Vernichtungssystem ohne Hoffnung auf ein selbst gesetztes Ende. In dieser Situation las er die Leidensgeschichte und die Hoffnungsgeschichte des Menschensohnes mit ganz anderen Augen als früher. Die Gegenwart bestätigte unmittelbar alte Wahrheiten. Wer die reale Hölle auf Erden erlebt hatte, fragte nach der ebenso realen Hoffnung für diese Welt.

Kurz vor seinem Prozess schrieb H. an Anneliese Schellhase: „[...] ER, der die Liebe selbst ist, ist auch der

Herr über die Liebe. ER rührt der Menschen Herzen an, und wenn das geschieht, dann ist Gnade, Fülle, Segen. Dann strömt des Heiligen Gottes Macht in unser verlorenes Dasein und ‚schafft eine neue Erde und einen neuen Himmel, dass man der vorigen nicht mehr gedenken wird, noch zu Herzen nehmen' (so zu lesen im 65. Kap. V. 17 des Jesajas – dieses wohl besonders herrlichen Propheten)." (Zitiert nach G. Brakelmann: Die Kreisauer, S. 408)

In diesem Vertrauen und in dieser Hoffnung starb H. am 23.1.1945 zusammen mit seinem Freund Helmuth James von Moltke am gemeinsamen Galgen.

Literatur: G. Brakelmann: Die Kreisauer, S. 373–412 (Lit.!); Ders.: Kreisauer Kreis (Lit.!), S. 79 f.; P. Zimmermann: Haubach.
Foto: G. Brakelmann: Die Kreisauer, S. 374.

G. Brakelmann

Heinitz, Günther

** 21.1.1892 Berlin, † Februar 1943 KZ Auschwitz.*
Verh. mit Charlotte, geb. Wolff, 1934 geschieden, ein Kind.
1909 Abitur in Berlin; 1909–1913 Jurastudium; 15.3.1913 Erste jur. Staatsprüfung; 1913–1920 Referendar, unterbrochen: 1915–1918 Vaterländischer Hilfsdienst in der Zentral-Einkaufsgesellschaft Berlin; 7.5.1920 Große Staatsprüfung; 1920–1923 Rechtsanwalt beim Landgericht I Berlin; 1923–1933 Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin; 1930 Notar; 24.5.1933 Zulassung als Rechtsanwalt und Notar zurückgezogen und am 9.6. gelöscht; 1930–1938 Weiterführung der Kanzlei des Vaters; 1939–1940 „Büro Pfarrer Grüber"; 1941–1943 Zwangsarbeit für Weser-Flugzeugbau GmbH Berlin.

Von den drei Söhnen des Geheimen Justizrates Dr. Ernst Heinitz (1857–1930) war H. der jüngste. Seine Eltern gehörten seit vielen Jahren nicht mehr zum Judentum und ließen ihn im April 1892 evangelisch taufen. Sein Bruder, Dr. Anton Heinitz (1885–1974), charakterisierte ihn als gütig, uneigennützig und sehr nachgiebig. Er sei „ganz amüsant und sehr musikalisch", auf vielen Gebieten sehr begabt gewesen, erinnerte sich sein Neffe Thomas Heinitz. Ein Gehörleiden beeinträchtigte ihn immer stärker in seinem Beruf.

Das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft" vom 7.4.1933 zwang 1835 jüdische Rechtsanwälte Berlins, einen Antrag auf Wiederzulassung zu stellen. Zu den fast 600 abgelehnten Anträgen (S. Ladwig-Winters: Anwalt, S. 41, 43) gehörte auch der von H., der rassisch „Volljude" war und wegen des Gehörleidens im Ersten Weltkrieg nicht an der Front gekämpft hatte. Am 24.5. wurde die Zulassung für ihn zurückgezogen, er erhielt ein Vertretungsverbot, am 9.6. wurde er als Rechtsanwalt und Notar gelöscht. Mit mehreren Eingaben und Fürsprachen kämpfte H. um die Rücknahme des Verbots – leider vergeblich.

Das war noch kein völliger Verlust seiner ökonomischen Basis, da er seit 1930 mit seinem älteren Bruder Anton die Kanzlei ihres Vaters weiterführte. Doch wird er wegen des Berufsverbotes wohl nur als Rechtsberater, nicht mehr vor Gericht tätig gewesen sein. Aus gesundheitlichen Gründen war er auch nur zu etwa 40% daran beteiligt. Das Ende kam mit der 5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.1938, die allen noch aktiven jüdischen Rechtsanwälten zum 30.11.die Zulassung entzog. Anton Heinitz emigrierte im September 1938 nach England, wo seine Familie bereits lebte. H. blieb in Berlin und wohnte bei seiner Mutter, Anna Heinitz. Wohl durch Vermittlung seines Bruders Paul wurde H. 1939 Mitarbeiter im „Büro Pfarrer Grüber", der evangelischen Hilfsstelle für rassisch Verfolgte. Nach dem Geschäftsplan von 1940 war er für die Registratur zuständig. Wohl nach Schließung der Hilfsstelle im Dezember 1940 war er zur Zwangsarbeit bei der Weser-Flugzeugbau GmbH dienstverpflichtet. Als sich seine Mutter am 11.2.1940 das Leben nahm, schrieb sie in einem Abschiedsbrief: „Ich gehe aus einem Leben, dessen Qual zu tragen, ich nicht mehr die Kraft habe! Paul soll sich Günthers in Liebe annehmen und ihm zur Seite stehen […]." Ab September 1941 musste H. als „Volljude" den Judenstern tragen.

Am 27.1.1943 unterzeichnete H. im Sammellager Große Hamburger Straße 26 die Vermögenserklärung. Nach einem Erlass Hitlers vom 29.5.1941 wurde das Vermögen von „Reichsfeinden" zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Am 3.2. wurde er mit dem 28. Transport ins KZ Auschwitz deportiert und ermordet.

Quellen: BArch Berlin: Personalakte R 3001 PA 59630; BLha Potsdam: Rep. 4A (Kartei der Rechtsanwälte und Notare, Kammergericht Berlin), Rep. 36A (II) 14343(Oberfinanzdirektion Berlin:

Vermögenserklärung vom 27.01. 1943); LABO Berlin: Entschädigungsakte 349426 (G. Heinitz); Korrespondenz mit dem Neffen Thomas Heinitz in London 1988.

Literatur: H. Göppinger: Juristen; S. Ladwig-Winters: Anwalt, S. 140; H. Ludwig: Opfer, S. 155.

H. Ludwig

Heinitz, Paul



** 24.1.1887 Berlin, † 27.2.1942 Berlin.*

Verh. mit Erna, geb. Hausdörfer.

1.2.1909 Erste jur. Staatsprüfung, Referendar; 17.10.1913 Große Staatsprüfung; Gerichtsassessor; 1914–1918 Kriegsdienst; 1.6.1919 Landrichter am Landgericht I Berlin; 1920–1934 Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft; zuletzt Ministerialrat; 31.3.1934 zwangspensioniert; 1934–1937 Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Öle und Fette; 1938–1940 „Büro Pfarrer Grüber"; 1941–1942 Reichsvereinigung der Juden.

H. „war in vielen Dingen eine begnadete Person: schon als Knabe wurde er berühmt wegen seiner wunderbaren Sopranstimme, die sich später in einen schönen Bariton umwand. Er war außergewöhnlich gut aussehend, alle weibliche Verwandtschaft war in ihn verliebt und seine Musikalität war so bedeutend, dass er es bestimmt zum erstklassigen Berufsmusiker geschafft hätte." Seine Ehe mit der Gesangslehrerin Erna Hausdörfer führte zum Bruch mit seinem Bruder Anton. Das hat die Familie und die Verbindung mit H. sehr belastet. Politische Gründe, wie ein Vetter meinte, hätten dabei keine Rolle gespielt, erinnerte sich sein Neffe Thomas Heinitz.

Da H. rassisch „Volljude" war, wurde er aufgrund des Berufsbeamtengesetzes am 31.3.1934 zwangspensioniert. Er sei trotz Anfeindungen der NSDAP von Reichsminister Walter Darré lange geschützt worden. Möglicherweise geht es auf ihn zurück, dass H. danach – zwar nur als Angestellter – zur Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Öle und Fette in Berlin versetzt wurde, wo er als Justitiar tätig war. Nachdem ein Mitarbeiter, der nicht mit einem „Juden" zusammenarbeiten wollte, sich bei Hitlers Stellvertreter, Rudolf Heß, beschwert hatte, wurde H. 1937 entlassen. Im März 1937 erhielt auch seine Frau Berufsverbot, weil sie „als Gesangspädagogin im nationalsozialistischen Sinne" nicht geeignet sei, wenn sie mit einem „Juden" verheiratet blieb.

Unmittelbar nach dem 9.11.1938 kamen viele Ratsuchende zu Adolf Kurtz, dem Pfarrer der Zwölf-Apostel-Kirche in Berlin-Schöneberg. Bei der Beratung in seiner Wohnung half ihm H. (M. Albertz: Synagoge, S. 60). Wegen der vielen Menschen und da ein Amtsbruder deshalb Kurtz denunzierte, wurde die Sprechstunde in die Räume der Hilfsstelle verlegt, die Pfarrer Heinrich Grüber gerade in der Oranienburger Straße 20 aufbaute. So wurde H. der erste Mitarbeiter im „Büro Pfarrer Grüber". Im Januar 1939 übernahm er die Leitung der „Wanderungsabteilung", die wegen des starken Andranges in ein zweites Büro An der Stechbahn 3–4, gegenüber dem Berliner Schloss, verlegt wurde. Im Februar 1939 kamen täglich 100–120 Hilfesuchende in diese Abteilung. Sie hatte für die Gebiete der „Wanderung", d.h. richtiger: der Flucht, verschiedene Referate. H. sei ein „sehr federgewandter Büroleiter" gewesen, erinnerte sich Leonhard Auerbach (H. Ludwig: Opfer, S. 154). Nach Statistiken vermittelte diese Abteilung 1938–1940 etwa 1 700 erfolgreiche Auswanderungen (H. Ludwig: So gehe hin, S. 34). Im Mai 1939 wurde

H. zugleich Vorsitzender des „Zentralausschusses für die Verschickung nichtarisch-christlicher Kinder“, in dem Margarete Draeger das Büro Grüber vertrat. Nach dem Geschäftsplan von 1940 war H. im Büro auch für die Durchsicht und Verteilung der eingehenden Post und den Verkehr mit der Reichsvereinigung der Juden zuständig. Der Grund dafür könnten die geringer gewordenen Möglichkeiten, nach Kriegsbeginn noch aus Deutschland zu emigrieren, gewesen sein.

Nach der Verhaftung Grübers am 19.12.1940 und der Schließung des Büros gab es für einen Teilbereich eine Übergangslösung. Da die Gestapo daran interessiert war, dass noch möglichst viele Rasseverfolgte das Land verließen, konnten H. und – als Sekretärin – Luise Wolff die Organisation der „Wanderung“, d.h. die Beschaffung von Geldern u.a. für die Emigration evangelischer Rasseverfolgter, als „Abteilung E[vangelische]“ unter dem Dach der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland fortsetzen. Das entsprach der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juli 1939, nach der die konfessionellen Hilfsstellen gar nicht existierten. Heinitz musste unter erschwerten Bedingungen arbeiten: Briefbögen der Reichsvereinigung benutzen, die deren Leiter der Abt. Wanderung unterzeichnete. Nur am Diktatzeichen war zu erkennen, dass die Hilferufe von ihm kamen. Die Hilflosigkeit, in der er seine Arbeit tun musste, kam in seinem Brief vom 14.3.1941 an Pfarrer Dr. Adolf Freudenberg, den Leiter des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes in Genf, zum Ausdruck: „Sie können kaum begreifen, wie einem zu Mute ist, wenn man fast täglich Menschen vor sich hat, die aufgefordert worden sind, ihre Passage nachzuweisen, und die man [...] mit vertröstenden Redensarten abspeisen muss, während gleichzeitig die Glaubensjuden jede finanzielle Hilfe durch den Joint erhalten. Es ist wirklich ein kaum tragbarer Zustand, und es wird einem täglich unfasslicher, warum die Menschen, die zum christlichen Glauben übergetreten sind, jetzt so bestraft werden, warum ihre Hoffnung auf Hilfe durch christliche Kreise [des Auslandes] so enttäuscht wird.“ Wie vielen Menschen H. noch helfen konnte, wissen wir nicht. Er bemühte sich auch um die Auswanderung von Mitarbeitern des früheren Büro Grüber, nicht jedoch um seine eigene Rettung.

Mit dem offiziellen Auswanderungsverbot im Oktober 1941 und dem Beginn der Deportationen nach dem Osten ging auch diese Hilfsarbeit zu Ende. Am 23.2.1942 arbeitete H., gesundheitlich schon beeinträchtigt, noch in dem kleinen Büro, als er durch Aufregung über das Erscheinen von SS-Leuten oder das Tragen zu schwerer Kohleneimer – es gibt beide Versionen – einen Magendurchbruch erlitt. Der Fahrer des Krankenwagens weigerte sich, ihn zu transportieren, da er als „Jude“ nicht im christlichen Krankenhaus und als Christ nicht im Jüdischen Krankenhaus behandelt würde. Letztlich gelang es Frau Heinitz doch, einen Arzt zu finden, der ihn behandelte. Doch da war es schon zu spät. H. starb am 27.2.1942 – ein Opfer der Rassenverfolgung.

Quellen: BArch Berlin: Personalakte R 3001 PA 59631 (nur bis 1921); LABO Berlin: Entschädigungsakte 362288 (P. Heinitz); Archiv des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf: Korrespondenz Heinitz 1941 in Freudenberg-Files Box 2, Akte 16; Korrespondenz mit Thomas Heinitz (London) 1988, Prof. Dr. Ernst Heinitz und Lucie Hausdörfer (Berlin) 1987.

Literatur: M. Albertz: Synagoge, S. 59 f.; H. Göppinger: Juristen, S. 222 f.; H. Ludwig: Opfer, S. 153 f.; Ders.: So gehe hin; E Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bde. 3/1, 3/2, 4/1.

Foto: L. Hausdörfer (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Herbst, Alfred

** 15.12.1906 Schriesheim, † 20.7.1943 Brandenburg.*

Verh. mit Elise, eine Tochter.

Seit 1922 Baptist; nach der Lehre als Elektromonteur bei einer Stuttgarter Firma tätig; Umzug nach (Weinstadt-) Endersbach; 26.3.1943 Einberufung zur Wehrmacht nach Böblingen.

H. wuchs in geistiger und räumlicher Nähe zur örtlichen Gemeinde der Baptisten auf. Seine Eltern waren aktive Mitglieder der Gemeinde. Das so genannte „Sälchen“ der Baptisten war auf dem Wohngrundstück und auf Kosten der Familie errichtet worden. 1918 bekehrte sich H., 1922 wurde er getauft und damit Gemeindemitglied. Die kleine Baptistengemeinde zählte Anfang der 1920er Jahre rund 30 Mitglieder. Diese waren in der Gemeindearbeit, einschließlich der Verkündigung, weitgehend auf sich allein gestellt. „Sowohl durch die kriegsbedingten Verkehrs- und personellen Beschränkungen, als auch durch die



erwähnte Umstrukturierung der benachbarten Stadtgemeinden gerieten die wenigen Geschwister in Schriesheim immer mehr ins Abseits und führten so im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott, aber auch in kritischer Solidarität, ihr eschatologisch orientiertes Eigenleben. Für sie galt ‚Wandel im Glauben' als oberster Grundsatz, der ihr zeitliches Handeln bestimmt hat." (G. Schmid: Schriesheim, S. 101)

Im Kontext dieser persönlichen ethisch und eschatologisch bestimmten Frömmigkeit entschied sich H. im Jahr 1943, kurz nach seiner Einberufung, den Wehrdienst zu verweigern. Am 18.4.1943 kam er aus diesem Grund in Untersuchungshaft beim Kreisgericht Ludwigsburg. Am 25.6.1943 wurde er vom Reichskriegsgericht in Berlin zum Tode verurteilt. Am 20.7.1943 wurde das Urteil durch Erschießen vollstreckt. Briefe an Frau und Tochter, die er zwischen der Festnahme im April und der Hinrichtung im Juli schrieb, spiegeln seine Einstellung wider. Sie bringen einerseits seine Verbundenheit mit der Familie zum Ausdruck, andererseits sind sie Nachdenken über den „eigenen Weg", den er in der Verbundenheit mit Christus zu bewältigen versuchte. „Der Glaube, das Vertrauen, der Gehorsam und die Liebe zu ihm macht mich stark, Hab und Gut, ja, meine Allerliebsten auf Erden zu verlassen und seinen Geboten zu folgen." (Zitiert nach J. Müller-Bohn: Letzte Briefe, S. 37) Nicht nur hier machte ihm der Zwiespalt zwischen der Verantwortung für die Familie und dem Gehorsam gegenüber Christus zu schaffen. Aber sein radikales christliches Nachfolgeverständnis ließ ihm offenbar keine andere Wahl: „Liebe Frau, ich bezeuge vor Gott dem Herrn, daß ich diesen Weg nicht gehe aus Lieblosigkeit zu Dir und meinem guten Kind, meiner lieben, herzensguten Sonni, nein, niemals nein, sondern aus tiefstem Glaubensgehorsam zu meinem Herrn und Erlöser Jesus Christus, dem ich durch die Taufe in seinen Tod mit meinem Leben gehöre. Kein Knecht kann zwei Herren dienen." (Ebd., S. 51) „Der Herr ließ es zu, mich im Glauben und Gehorsam zu ihm zu prüfen, und in dieser Prüfung mußte ich Gott mehr gehorchen als den Menschen." (Ebd., S. 60) H. verstand seine Situation als eine Glaubensprüfung, die Glaubensgehorsam verlangt und Glaubenszeugnis bewirkt.

Seine Haltung wurde auch vom Reichskriegsgericht zur Kenntnis genommen, ohne dass dies Einfluss auf das Urteil hatte: „Wir Herren sind alle der Überzeugung, dass Sie ein tief ernster Christ sind. Wir haben alle Arten versucht, Sie vom Härtesten zu befreien. Leider ließ sich kein Weg finden, denn die Gesetze sind so hart und unmöglich für uns." (Ebd., S. 55) Tatsächlich berichtete H. von wiederholten Versuchen, ihn umzustimmen, von schonender Behandlung und von Aufschub der Haftverschärfung.

Bei einer Vernehmung wurde gefragt, „ob ich noch mehr solcher Glaubensgenossen hätte, was ich mit ruhigem ‚Nein' beantworten konnte." (Ebd., S. 54) Denn für Baptisten war seinerzeit die Christusnachfolge generell kein Grund zur Kriegsdienstverweigerung. Vielmehr fühlte man sich „verpflichtet, Kriegsdienste zu leisten, wenn wir von der Obrigkeit dazu aufgefordert werden", so das baptistische Glaubensbekenntnis in der damals aktuellen Fassung von 1938 (Glaubensbekenntnis, S. 27).

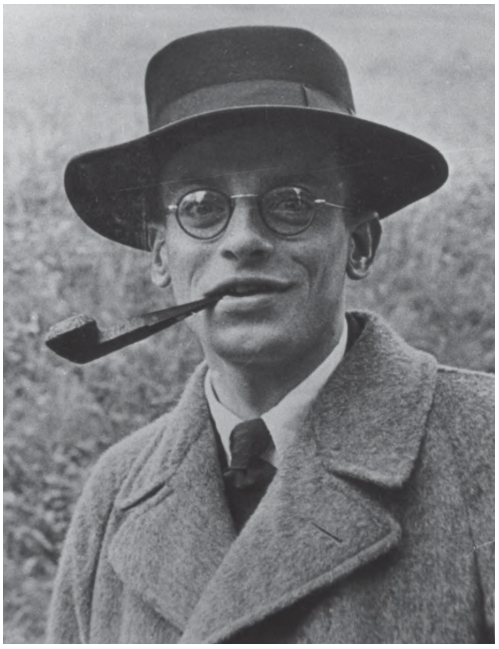
H. blieb der einzige bisher namentlich bekannte baptistische Kriegsdienstverweigerer während der NS-Zeit. Eine nach ihm benannte Straße in seinem Heimatort Schriesheim erinnert an sein Schicksal.

Literatur: Glaubensbekenntnis (1938); A. Hartmann/H. Hartmann: Kriegsdienstverweigerung, S. 10 f.; J. Müller-Bohn, Letzte Briefe; G. Schmid: Schriesheim.

Foto: G. Schmid: Schriesheim, S. 143.

H.-V. Sadlack

Hesse, Helmut



* *11.5.1916 Bremen, † 24.11.1943 KZ Dachau.*
Ledig, ohne Kinder.
1935 Arbeitsdienst; 1935–1940 Studium der Theologie in Wuppertal-Elberfeld, Halle, Basel und Berlin; 1940 I. Theol. Examen vor der Prüfungskommission der Bekennenden Kirche im Rheinland; 1940–1941 Vikariat in Bad Honnef und Wuppertal-Elberfeld; dort weiterhin gelegentliche Predigtdienste bei laufenden Verhandlungen mit dem Rat der Rheinischen BK; 1943 „illegales" II. Examen; Ordination, Predigtamt in der reformierten Bekenntnisgemeinde Elberfeld; ab 14.11.1943 im KZ Dachau.

Gerade 18-jährig schrieb der junge H. „eine Art zu lang gewordene Grabrede" (H. Hesse: Leben, S. 24) über sich und seine Vorfahren. Er wollte, so begründete er selbst diese für einen Jugendlichen eher ungewöhnliche Reflexion, sein eigenes Leben von außen beurteilen, um die Aufgaben, die er zu erfüllen habe, zu verstehen. Innere Festigkeit, klare und kompromisslose Orientierung allein an Gottes Wort sowie die Berufung zur Verkündigung auf jedem Weg erkannte er bereits damals als Forderungen, die das Leben an ihn stellen sollte.

H. wuchs als Jüngster von fünf Geschwistern in einem von pietistischer Frömmigkeit geprägten Pfarrhaus auf. Schon früh ließ der Vater, Hermann A. Hesse, seine Kinder an Diskussionen um den Kirchenkampf teilhaben. Er saß in der nach 1934 gespaltenen Elberfelder Gemeinde dem BK-Presbyterium vor, das sich konsequent an die Barmer Theologische Erklärung und die Synodenbeschlüsse von Dahlem hielt, während sich ein anderer Teil der Gemeinde der Düsseldorfer Kirchenleitung verpflichtet fühlte.

H. distanzierte sich bereits am Ende seiner Schulzeit öffentlich und in aller Deutlichkeit von der Politik des Hitler-Regimes. War er 1934 kurzzeitig der SA beigetreten, um der Eingliederung in die Hitlerjugend zu entgehen, so erklärte er 1935 seinen Austritt und wandte sich, empört über die gerade verkündeten Nürnberger Rassengesetze, klar gegen den Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten. In diese Zeit fiel auch die Einberufung zum Arbeitsdienst nach Ostfriesland. Seine gelegentlichen Unpünktlichkeiten dort wurden mit stundenlangem „Kellerstehen" im knöcheltiefen Grundwasser bestraft. Dabei zog er sich jene unheilbare Niereninsuffizienz zu, die ihn zeitlebens angewiesen machte auf lebenswichtige Medikamente.

Als 1935 für H. die Wahl einer Studienrichtung anstand, entschied er sich vor dem Hintergrund der angespannten kirchlichen Situation für ein Theologiestudium. Nach mehreren Studienortwechseln ging er 1939 an die Theologische Hochschule nach Berlin. Zusammen mit einer befreundeten Mitstudentin unterstützte er hier die Arbeit des „Büros Pfarrer Grüber", das eine längst fällige Antwort der Bekennenden Kirche auf die Diskriminierung von Juden darstellte und unterschiedliche, bald auch illegale Hilfeleistungen für Juden organisierte.

Nicht weniger konsequent und furchtlos bezog er nach dem Studium als junger Vikar 1941 Stellung mit einer Aufsehen erregenden Predigt über Jona 1, in der er den NS-Staat unmissverständlich mit Ninive gleichsetzte und die Gemeinde zum Widerstand gegen das Regime aufrief: „Willst du dich durch stillschweigendes Zusehen beteiligen an dem Missbrauch, den man mit dem Namen des ‚Allmächtigen' treibt, an Gotteslästerung und Sabbatschändung, an dem Mord wehrloser Geschöpfe des lebendigen Gottes? Siehst du

nicht, wie alle Gebote Gottes verlacht werden? Predige wider Ninive […].“ (H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 20) Im gleichen Jahr setzte auch das lange Ringen um seine zweite Examensprüfung ein. Da die BK-Prüfungskommissionen zu diesem Zeitpunkt bereits außer Kraft gesetzt waren, verwies der Rat der rheinischen BK die Kandidaten an die Landeskirchen Württemberg und Lippe. Eine Prüfung vor einer Kirchenleitung, die die Beschlüsse der BK-Synoden von Barmen und Dahlem nicht anerkannte, war für H. jedoch nicht akzeptabel. Nach langen vergeblichen Auseinandersetzungen ermöglichte ihm schließlich das Elberfelder BK-Presbyterium, das II. Examen in Form eines Visitationsgespräches abzulegen, was laut Notordnung in genehmigten Ausnahmefällen erlaubt war. Für H. lag eine solche Genehmigung allerdings nicht vor. Als er daraufhin durch seinen Vater ordiniert wurde, strich der Rat der rheinischen Bekennenden Kirche den „Illegalen“ von der Liste der Kandidaten. H. reagierte darauf umso radikaler: Unbeirrt nahm er sein Predigtamt in Elberfeld weiter wahr und machte sich in Gebeten und Predigten in besonderem Maße zum Fürsprecher für das jüdische Volk. In der letzten Ansprache vor seiner Verhaftung verlas er aus dem „Münchener Laienbrief“: „Als Christen können wir es nicht länger ertragen, daß die Kirche in Deutschland zu den Judenverfolgungen schweigt. […] Sie muss vielmehr bezeugen, daß mit Israel sie und ihr Herr Jesus Christus selbst bekämpft werden“ (Zitiert nach A. Amelsberg: Hesse, S. 89). Zwei Tage später, am 8.6.1943, wurden Vater und Sohn Hesse verhaftet.

Die Strapazen der Haft im Wuppertaler Polizeigefängnis und der Entzug seiner Medikamente schädigten ihn so schwer, dass er wenige Tage nach seiner Verlegung ins KZ Dachau starb. Sein Vater überlebte die Haft.

Auf Wunsch seiner Mutter fand im Januar 1944 im ostfriesischen Weener, dem Geburtsort seines Vaters, eine Trauerfeier für den im KZ umgekommenen Sohn statt. „Das ist meine Freude, dass ich mich zu Gott halte“, stand als Leitwort über der Predigt (Brief von Menna Steen an Elisabeth Buttler, 13.1.1944). Eine tiefe Glaubenszuversicht, die H. durch alle Höhen und Tiefen seiner Existenz getragen hat, wirkte tröstend und nachhaltig über diesen Tag hinaus.

Quellen: LKA Bielefeld: Bestand 5,1, Sammlung Helmut Hesse; Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (HStA) Düsseldorf: Gestapo-Akte Helmut Hesse RW-58 Nr.47308; Telefongespräch mit Eduard Hesse (Bruder von Helmut Hesse), 5.1.2004; Briefe von Menna Steen an Elisabeth Buttler über die Trauerfeier für Helmut Hesse in Weener, 7.12.1943 und 13.1.1944 (im Besitz des Sohnes Hans-Martin Buttler, Hildesheim)

Literatur: A. Amelsberg: Hesse (Lit.!); K. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 18–20; E. Hesse: Leben; S. Rauthe: Gegner, S. 17–19, 216–223 (Lit.!).

Foto: Privatbesitz.

S. Brandt

Hildmann, Walter

* *19.12.1910 Markt Herrnsheim, † 28.5.1940 Abbeville/Frankreich.*

Ledig, ohne Kinder.

1931 Abitur Gymnasium Kempten; 1931–1935 Theologiestudium in Tübingen, Erlangen und Bonn; 1935 Examen; 1935 kurzzeitige Verwendungen als Vikar in Augsburg und als Katechet in München; 15.12.1935 Ordination; 1936–1939 Privatvikar in Gauting; ab August 1939 Kriegsdienst.

H. wurde im Theologiestudium besonders von Karl Barth geprägt. H. stand seither dem radikalen bruderrätlichen Flügel der Bekennenden Kirche nahe – und dem Kurs der eigenen „intakten“ Landeskirche überaus kritisch gegenüber, insbesondere dem vom Landeskirchenrat im Mai 1938 angeordneten Treueid der Pfarrer auf Hitler und der Aufforderung zur Vorlage eines „Ariernachweises“ im Herbst 1938: „Es ist zum Weinen! Unsere Kirchenleitung blickt nicht auf Gottes Leitung und Möglichkeiten, sondern auf unsere politischen Möglichkeiten“ (B. Mensing: Rücksicht, S. 339). Gegenüber seinen kirchlichen Vorgesetzten betonte er, dass auf „halbem, Kompromiß-Handeln im Kleinglauben“ (ebd., S. 340) keine Verheißung liege, sondern „Widerstand“ der Kirche gegen den Staat geboten sei.

Als Katechet in München wurde H. im Sommer 1935 wegen „staatsabträglicher Äußerungen“ im Unterricht angezeigt. Im November 1935 erhielt er daraufhin Unterrichtsverbot. Ab Februar 1936 betreute er als Privatvikar des Starnberger Pfarrers selbständig die Tochterkirchengemeinde Gauting. Ab 1937 wurde er mehrfach von nationalsozialistischen Gemeindegliedern angezeigt. In seiner Predigt am Heldengedenktag



im März 1938 hatte er ausgeführt: „es könne niemals Gotteswille gewesen sein, daß die Menschen sich im Krieg umbrächten. Daß eine Mutter bei der Geburt denken könne, dieses Kind werde auch einmal auf dem Schlachtfeld verbluten, sei ja entsetzlich." (Ebd., S. 336) Wegen der Verbreitung eines illegalen Flugblattes über den Niemöller-Prozess und der Aussage „dem heutigen Staat ist es weniger um Recht, sondern vielmehr um die Macht zu tun" (ebd., S. 337), kam er im Mai 1938 für einige Tage in Gestapohaft. In der Folge entzog man ihm den Religionsunterricht und verurteilte ihn im Juni 1939 zu vier Monaten Gefängnisstrafe, deren Verbüßung ihm durch die Einberufung zur Wehrmacht im August 1939 erspart blieb. Sein Landeskirchenrat hatte ihn bereits im Januar 1939 als „Vorsichtsmaßnahme" beurlaubt und im März 1939 endgültig von seiner Stelle entfernt, ihn aber in seinem Gerichtsverfahren unterstützt. Während eines Fronturlaubs konnte er im Februar 1940 noch sein Zweites Examen ablegen. H. fiel in Kämpfen seiner Division in Nordfrankreich.

Literatur: P. W. Hildmann: Hildmann; B. Mensing: Rücksicht. *Foto:* Festschrift Gauting, S. 22.

B. *Mensing*

Himpel, Helmut, Dr. med. dent.

* *14.9.1907 Schönau bei Freiburg im Breisgau, † 13.5.1943 Berlin-Plötzensee.*

Verlobt mit Maria Terwiel, ohne Kinder.

Studium der Elektrotechnik, dann der Zahnmedizin in Freiburg und München, Dr. med. dent.; 1937 Übernahme einer zahnärztlichen Praxis in Berlin-Charlottenburg.

Während seines Studiums in Freiburg lernte H. die Katholikin Maria Terwiel kennen, die ihr Jurastudium nicht abschließen konnte, weil ihr als „Halbjüdin" 1935 das Referendariat verwehrt war. Die Nürnberger Rassegesetze verboten dem Paar die Eheschließung. Dennoch lebten sie nach ihrer Verlobung ab 1940 zusammen.

H. eröffnete 1937 in Berlin-Charlottenburg eine Praxis, in der er auch viele jüdische Patienten hatte. Als diesen die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel untersagt wurde, behandelte H. sie in ihren Wohnungen.

Über einen Patienten kamen beide in Kontakt zu Harro Schulze-Boysen und beteiligten sich an Aktionen des Widerstandskreises um diesen und Arvid Harnack („Rote Kapelle"). Illegal verbreitete das Paar Schriften und Flugblätter, vor allem im Winter 1941/42 und im Frühjahr 1942. In vermutlich über tausend Exemplaren vervielfältigten und versandten sie die Predigten des Münsteraner Kardinals Clemens August Graf von Galen, in denen er sich im Sommer 1941 mutig gegen die „Euthanasie"-Morde an den Geisteskranken und die Unterdrückung der Kirche gewandt hatte. Adressaten waren unter anderem evangelische und katholische Pfarrämter. Untergetauchten Juden beschafften Terwiel und H. Personalpapiere, der Zahnarzt versorgte sie auch medizinisch.

Am 17.9.1942 verhaftete die Gestapo im Rahmen der Aufdeckung der „Roten Kapelle" auch Terwiel und H. Im Spandauer Militärgefängnis magerte H. bis auf 55 Kilo ab. Das Reichskriegsgericht verurteilte das Paar zusammen mit anderen Mitgliedern der



Literatur: R. Griebel/M. Coburger/H. Scheel: Gestapo-Album, S. 120 f.; H. Moll (Hrsg.): Zeugen I, S. 146–149; J. Tuchel: Himpel (1997), S. 271 f.; Ders.: Motivationen, S. 280–284, 290–292; Ders.: Terwiel.

Foto: R. Griebel/M. Coburger/H. Scheel: Gestapo-Album, S. 121.

B. Mensing

Hirschwald, Werner

** 14.7.1897 Berlin, † November 1944 KZ Gleiwitz.*

Verh. mit Dorothea, geb. Berszinsky, 1941 geschieden, ein Kind.

1915 Abitur in Berlin; 1915/1916 Ausbildung zum Handelskaufmann; 1916–1919 Kriegsdienst; Oktober 1919 Beendigung der kaufmännischen Ausbildung; 1919–1938 kaufmännische und fremdsprachliche Korrespondententätigkeit, 1938 aus rassischen Gründen entlassen; 1939/1940 Büro Pfarrer Grüber; 1941–1944 Zwangsarbeit bei Siemens in Berlin.

„Roten Kapelle“ am 26.1.1943 „wegen Hochverrates und Feindbegünstigung“ zum Tode. In der Haft setzte sich H. auch nach dem Todesurteil mit der Zukunft von Kirche und Staat auseinander. Ein besonderes Anliegen war es ihm dabei, „die beiden Konfessionen wieder unter ein Dach zu bringen. In letzter Zeit habe ich so viele Beweise der Verständigungsbereitschaft erhalten“ (J. Tuchel: Terwiel, S. 221). In seinem Abschiedsbrief vom 12.5.1943 spiegelt sich sein reflektierter christlicher Glaube wider: „So sind also Künste und Wissenschaften, Musik u. Theater, gutes Essen u. reinliche, schöne Kleidung zwar sicherlich für das Jenseits entbehrliche, ja sogar höchst überflüssige Dinge. Trotzdem bin ich überzeugt, daß wir sie genießen, so gut als möglich, ohne an unserer Seele Schaden zu nehmen. […] Man muß das alles entbehren können, wenn man es nicht haben kann, sich dessen aber freuen, so man in seinem Besitz ist, und auch mit Freuden wieder darauf verzichten, wenn es von einem genommen wird. So ist’s mit den Dingen, so ist’s mit dem Körper. Freilich ist man Mensch genug, nicht gerade Freude zu empfinden, wenn dieser einem genommen wird, und auch wieder Philosoph (– u. gläubig –) genug zu entsagen ohne Hader.“ (J. Tuchel: Terwiel, S. 221)

Nach H.s Hinrichtung wurde auch Maria Terwiel am 5.8.1943 in Berlin-Plötzensee ermordet.

H. war der zweite Sohn von Max und Antonie Hirschwald. Sein Vater war Brauereibesitzer und Mitinhaber des Hohenzollern-Kunstgewerbehauses in Berlin, Unter den Linden. Er starb bereits 1904. H. war – nach der Erinnerung seines Sohnes Wolfgang – ein ruhiger und sehr geduldiger Mensch. „Mein Vater war sehr naturverbunden, wanderte gerne im Gebirge, reiste gern und sprach Englisch, Französisch und Spanisch.“ Er sei auch Mitglied in einem Berliner Sportclub gewesen.

Von 1933 bis 1938 war H. Handelsvertreter der Firma Biomalz in Teltow bei Berlin. Dort sei er sehr geschätzt worden, musste aber entlassen werden, weil er nach den NS-Gesetzen als Jude galt. Durch seinen Bruder Herbert wurde er 1939 Mitarbeiter im „Büro Pfarrer Grüber“. Kammergerichtsrat Dr. Herbert Hirschwald war bereits 1935 zwangspensioniert worden, arbeitete aktiv in der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem mit und gehörte im Dezember 1938 zu den ersten Mitarbeitern Grübers. Bis zu seiner Emigration nach England im August 1939 – wo er noch Theologie studierte und den Namen Hartwell annahm – gab es im Büro Grüber Herbert und Werner Hirschwald. Auf Briefen benutzten sie verschiedene Diktatzeichen (Hi I und Hi II). Werner war in der „Wanderungsabteilung“, die Paul Heinitz leitete, zunächst Referent für Südameri-



ka. Nach dem Geschäftsplan von 1940 waren H. und Wolfgang Kolsen für die gesamte Auswanderungsberatung zuständig. So war H. sicher auch an den Verhandlungen beteiligt, in Brasilien eine Papierfabrik aufzubauen und damit 750 Plätze für evangelische Christen jüdischer Herkunft zu schaffen. Leider scheiterte das schon weit gediehene Projekt durch den Beginn des Zweiten Weltkrieges (H. Ludwig: Opfer, S. 126–128). Auch H.s Bemühungen, mit seiner Familie nach Neuseeland zu emigrieren, scheiterten, weil das Visum erst zwei Wochen nach Beginn des Krieges eintraf.

Nach der Schließung des Büro Grüber wurde H. 1941 zur Zwangsarbeit bei Siemens dienstverpflichtet. Er musste Säcke mit Kohlenstaub transportieren. Im gleichen Jahr wurde seine Mutter ins Getto Litzmannstadt (Łódź) deportiert und ermordet und seine Ehe geschieden. H.s tiefe Verzweiflung und zugleich Hoffnung auf Gottes Hilfe kam in einer Federzeichnung zum Ausdruck: Es sind hohe, steile, spitze, schwarze Felswände zu sehen, die im Hintergrund aufhellen. Auf der Rückseite zitierte er fast wörtlich Psalm 121,1: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von denen mir Hilfe kommt." Auf unbekanntem Wege erreichte die Zeichnung am 5.1.1944 seinen Bruder Herbert in England. Am 9.1.1944 wurde H. verhaftet, um am folgenden Tag ins KZ Theresienstadt deportiert zu werden. Von dort wurde er am 29.9.1944 zunächst ins KZ Auschwitz und dann in das Arbeitslager KZ Gleiwitz verschleppt. Dort verstarb er Mitte November an den Folgen unmenschlicher Behandlung.

Quellen: Rekonstruierter Lebenslauf, verschiedene Dokumente und Korrespondenz 1986–1988 mit Prof. Dr. Wolfgang Hirschwald (Berlin); LABO Berlin, Abt. 1: Entschädigungsakte Werner Hirschwald Nr. 16167.

Literatur: H. Ludwig: Opfer, S. 126 ff., 155 f.; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 258.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig

Hoepner, Erich

* *14.9.1886 Frankfurt/Oder, † 8.8.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Irma, geb. Gebauer, zwei Kinder.
Ab 1905 Offizierslaufbahn in Metz und Hannover; 1913 Kriegsakademie in Berlin; 1914–1918 Ordonnanz-, Front und Stabsoffizier im XVI. Armeekorps in Frankreich; Nov. 1918 1. Generalstabsoffizier Westpreußen; 1920 Truppenoffizier in Allenstein; Inspektion der Kavallerie in Berlin; 1927–1938 Generalstabsoffizier bzw. Kommandeur in Königsberg und Braunschweig, Potsdam und Wuppertal; 1935 Chef des Stabes des Gruppenkommandos I; 1936 Generalmajor; 1938 Kommandierender General XVI. Armeekorps in Berlin; 1939 General der Kavallerie; 1940 Generaloberst; 1941 Kommandeur der Panzergruppe 4; 1942 Entlassung.

In der Familie eines Arztes wurde bei H., seiner Schwester und den zwei Brüdern die Grundlage für einen „festen und tragfähigen christlichen Glauben" (K. Achmann/H. Bühl: 20. Juli 1944, S. 112) gelegt. Hinzu kam der Besuch des Berliner Kaiserin-Augusta-Gymnasiums, in dem man dem Fach Religion eine besondere Bedeutung zumaß, eigenes Nachdenken und das Erbe seiner theologischen Vorfahren. Dem Nationalsozialismus stand H. von Beginn an ablehnend gegenüber. Bereits 1933 äußerte er seiner Tochter gegenüber bei einem Vorbeimarsch der SA: „Das

nimmt kein gutes Ende.“ (Bücheler: Hoepner, S. 92) Erste Auseinandersetzungen mit dem NS-Regime hatte H. 1933 in Ostpreußen, als er verschiedenen Rechtsbrüchen entgegentrat. 1937 nach Wuppertal versetzt, bekannte H. „sich ganz entschieden zu der Meinung, daß das nationalsozialistische Regierungssystem unter Anwendung jeden geeigneten Mittels möglichst bald zu Fall gebracht werden müsse […] er war immer vollgeladen von Energie und ohne Zögern bereit, sich persönlich in die praktische Aktion einzuschalten.“ (BA-MA N 51/8) Im September 1938 gehörte H. zu den führenden Köpfen des geplanten Staatsstreiches. Einerseits hoffte er auf diplomatische Lösungen der politischen Fragen zur Vermeidung eines Krieges, andererseits war er der entschlossene Truppenführer, der sich dem Wohl der Soldaten verpflichtet wusste.

Durch militärische Erfolge ließ H. sich nicht täuschen. Immer wieder suchte er Gespräche und Personen, um dem Regime auch durch ein Attentat ein Ende zu bereiten. Im Westfeldzug scheute H. die Konfrontation mit der SS nicht und bezeichnete den SS-Führer Eicke im Zusammenhang eines menschenverachtenden Einsatzes als „Schlächter“ (H. Bücheler: Hoepner, S. 110). Im Ostfeldzug kritisierte er immer wieder in Briefen an seine Frau die politische und militärische Führung. Vor allem spüren wir aus seinen Briefen stets die psychische Anspannung und die aus christlicher Verantwortung entspringende Sorge um die ihm Anvertrauten. Den so genannten Kommissarbefehl lehnte er ab. Mit Generalfeldmarschall W. Ritter von Leeb stimmte er „in der Ausführung dieses Befehls überein: ‚Wir machen das eben nicht‘“ (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 155). Als Kommandeur der PzGr 4 erkannte H. vor Moskau, dass die Kräfte nicht mehr reichten und die Truppe am Ende war. Er widersetzte sich Hitlers Haltebefehl und zog seine Truppe zurück. Hitler stieß ihn daraufhin aus der Wehrmacht aus. Von seinen Offizieren verabschiedete er sich mit Gedanken, die seine Rückbezogenheit und Verantwortung vor Gott erkennen lassen: „Ich bin meines Postens als Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee enthoben worden, weil ich einen Führerbefehl nicht befolgt habe. Seit meiner Jugend der Armee verbunden und dadurch dem deutschen Soldaten verpflichtet, fühle ich mich bei meinen Entschlüssen stets einem Höheren verantwortlich. Jederzeit würde ich wieder so handeln, wie ich gehandelt



habe […]“ (H. Bücheler: Hoepner, S. 170 f.). In Berlin lebend, trat H. in Verbindung zu zivilen oppositionellen Kreisen wie der Mittwochsgesellschaft und über Olbricht, Beck und Stauffenberg zum militärischen Widerstandskreis. Nach einem Umsturz war er als Befehlshaber des Ersatzheeres und OB im Heimatkriegsgebiet vorgesehen.

Am 20.7.1944 war H. verabredungsgemäß in der Bendlerstraße, wo er den angebotenen Freitod ablehnte, weil er sich vor Gericht verantworten wollte. Vor Freislers Tribunal, wo ihm jede Hoffnung auf ein ordentliches Verfahren genommen wurde, stand er trotz vorheriger Folter zu seinen Handlungen. „Ich wollte diesen Narren beseitigen und wenn Sie mich fragen, ob ich diese Tat wiederholen würde, dann antworte ich ‚Ja‘.“ (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 161 f.) Zusammen mit den anderen Verurteilten des ersten Prozesses wurde H. am 8.8.1944 in Plötzensee ermordet.

Quellen: BA-MA Freiburg N 51 (Nachlass Hoepner).

Literatur: H. Bücheler: Hoepner (Lit.!); K. Achmann/H. Bühl: 20. Juli 1944, S. 111–121 (Lit.!); H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 149–162 (Lit.!).

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 391.

H.-J. Ramm

Hofacker, Caesar von, Dr. jur.



** 11.3.1896 Ludwigsburg, † 20.12.1944 Berlin-Plötzensee.*
Ledig, ohne Kinder.
1914–1916 als Soldat an der Westfront; 1916 Wechsel zu den Fliegern, 1918–1920 in französischer Gefangenschaft; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen und Göttingen; seit 1930 bei den Vereinten Stahlwerken in Berlin tätig; 1940–1942 Leiter des Referates „Eisenschaffende Industrie und Gießereien" beim Militärverwaltungschef; seit 1942 Leiter der „Außenstelle Zentrale" des Speerschen Rüstungsministeriums, später Wechsel zur Dienststelle des Oberbefehlshabers in Frankreich, General Carl-Heinrich von Stülpnagel, in Paris.

Zusammen mit Stauffenberg und Tresckow wurde H. einer der entschiedensten Hitlergegner, der von der politischen und moralischen Notwendigkeit eines Attentates auf den Führer fest überzeugt war. Er musste einen langen Weg des Bewusstseinswandels zurücklegen, um zu seiner zentralen Rolle beim Staatsstreich des 20.7.1944 in Berlin und Paris zu kommen.

1896 wurde er als Sohn einer baltischen Gräfin von Üxküll und eines württembergischen Generals geboren. Die Schwester seiner Mutter war die Mutter der Stauffenberg-Brüder. Er wurde in eine bekannte Familie des Bildungsbürgertums hineingeboren, die viele Theologen und Juristen hervorgebracht hatte. Nach Abitur und Studienaufenthalten in Frankreich und England nahm er ab 1914 an Kämpfen an der Westfront teil, bevor er 1916 zu den Fliegern ging. 1918 kam er in französische Gefangenschaft, aus der er 1920 entlassen wurde. In Tübingen und Göttingen studierte er Rechts- und Staatswissenschaften. Als Student reagierte er auf die Kriegserfahrung, auf den Versailler Vertrag und auf die Republik mit völkisch-nationalistischen Ideen, vermischt mit antisemitischen Parolen. Er agitierte für den „Hochschulring Deutscher Art". 1930 wurde er – inzwischen als promovierter Jurist bei den Vereinigten Stahlwerken in Berlin tätig – Mitglied des „Stahlhelms" und später der SA und der NSDAP. Zu Hitlers innen- und außenpolitischen Zielen hatte er trotz partieller Bedenken zunächst eine große Nähe. 1939 als Reserveoffizier zur Luftwaffe einberufen, wurde er im Juni 1940 beim Militärverwaltungschef als Leiter des Referates „Eisenschaffende Industrie und Gießereien" tätig. Später, 1942, wurde er Leiter der „Außenstelle Zentrale" des Speerschen Rüstungsministeriums. In Denkschriften versuchte er, gegen die sich radikalisierende NS-Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik einen kooperativen Interessensausgleich zwischen den Ländern zu schaffen. Enttäuscht über die rigorose Besatzungspolitik wechselte er zur Dienststelle des Oberbefehlshabers in Frankreich General Carl-Heinrich von Stülpnagel, mit dem zusammen er in Paris zum Zentrum des militärischen Widerstandes wurde. Er wurde der Vertrauensmann seines Vetters Klaus von Stauffenberg in Paris. Häufige Berlin-Reisen brachten auch weitere Kontakte zu militärischen und zivilen Verschwörern. Die Oberbefehlshaber in Frankreich, von Kluge und Rommel, versuchte er für die Unterstützung eines gewaltsamen Endes des Systems und des politischen Endes des Krieges zu gewinnen.

Am 20.7.1944 verhaftete die Wehrmacht in Paris 1 200 Angehörige des SD und der SS. Hier war der Staatsstreich gelungen. Nach dem Scheitern in Berlin wurden Stülpnagel, H. und andere Offiziere verhaftet, von Freisler zum Tode verurteilt und hingerichtet. H. wurde von der Gestapo schnell als die „treibende Kraft des Widerstandes in Paris" erkannt. Dass er es in der

Tat gewesen war, setzte die Korrektur und Überwindung seiner politischen Vorstellungen aus den 1920er und 1930er Jahren voraus. Die Kriege Hitlers als imperiale Eroberungs-, als ökonomische Ausbeutungs- und rassische Vernichtungskriege konnte er nur als Verbrechen interpretieren. Als Christ wurde ihm die innen- und rechtspolitische Entwicklung zur NS- und Hitlerdiktatur zur gewissensmäßigen Belastung. Trotz partieller Übereinstimmungen zur NS-Politik erkannte er schließlich die Destruktion des Rechtes und die Zerstörung der christlich geprägten Kulturwelt als Weg in einen organisierten Nihilismus. In einem Brief zur Konfirmation seiner beiden ältesten Kinder vom März 1944 bekannte er, was ihm Wahrheit geworden war: „Warum haben wir gerade in heutiger Zeit Anlaß, uns mit besonderer Inbrunst zum christlichen Glauben zu bekennen? Weil wir mehr denn je fühlen, daß jeder von uns in Gottes Hand ist, daß Er die Menschen und Völker lenkt und daß wir daher tiefer demütig sein müssen; daß die Menschen die Demut, die Ehrfurcht vor etwas Höherem, Reinerem, Größerem als sie selbst brauchen, wenn sie nicht dem Übermut, dem Größenwahn, dem Verbrechen verfallen wollen. Weil wir fühlen, daß es bestimmte ewige Gesetze des Gut-Seins, des Edelmuts, der Gerechtigkeit gibt, die man nicht ungestraft verletzen darf, und die die Menschen nur dann einhalten, wenn sie – anstatt nur an die Möglichkeit dieser Gesetze – an einen Gott glauben, der das Gute will und das Schlechte bekämpft.

Weil wir fühlen, daß Gott in der einmaligen großen Persönlichkeit von Jesus Christus, unserem Heiland, den Menschen ein Geschenk gemacht, eine Offenbarung gespendet hat, für die wir gar nicht genug dankbar sein können. Durch seinen Mund, durch sein Leben und Wirken und Leiden hat Gott jene großen ewigen Lehren und Grundsätze verkündet, die wir Menschen einhalten, nach denen wir leben und sterben müssen, wenn wir besser, reiner, glücklicher werden wollen.

Die Lehre Christi ist das größte und tiefste Vermächtnis, das Gott uns Menschen bisher gegeben hat. […]“ (Zitiert nach H. Gollwitzer/K. Kuhn/R Schneider: Nacht, S. 371 f.)

Damit dieser Glaube und dieses Ethos noch eine Zukunft in Deutschland haben könnte, war H. bereit, das Attentat mit bestem Gewissen vorzubereiten und zu vollziehen. Am 18.7.1944 schrieb er nach dem letzten Gespräch im engsten Kreis der Verschwörer am 16.7. auf der Rückfahrt von Berlin nach Paris an seine Frau: „Heute wäre jedes ungenützte Verstreichenlassen auch nur weniger Stunden eine Sünde wider den Heiligen Geist und ein Verstoß nicht zuletzt gegen meine Pflicht als Mann einer deutschen Frau und als Vater deutscher Kinder.“

Literatur: H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider (Hrsg.): Nacht, S. 371– 373; G. R. Ueberschär: Hofacker.
Foto: H. Bücheler: Stülpnagel.

G. Brakelmann

Hoff, Martha, geb. Fränkel

** 5.10.1890 Mannheim, † 1942.*
Verh. mit Dr. Hans Hoff.
Gesangslehrerin.

Wann Martha Fränkel getauft wurde, ist unklar. In einer Beurteilung des Pfarrers Büchner aus Meiningen (wo sie als Gesangslehrerin tätig war) vom 6.1.1927 heißt es: „Sie gehört von Haus aus zum evangelisch-protestantischen Bekenntnis, hat ihre Eltern schon länger verloren, viel Schweres erlebt, und in allen Lebenslagen hat sich ihr Christenglaube als heilige, überwindende Kraft bewährt; sie ist eine tiefreligiöse Natur, deren Frömmigkeit sich umsetzt in die lebendige Tat eines christlichen Lebenswandels“ (LKA: PA 1333). Am 24.1.1927 heiratete sie den verwitweten Pfarrer Dr. Hans Hoff (1864–1939) aus Mannheim. Nach dessen Pensionierung zum 1.6.1933 zog das Ehepaar nach Wiesbaden um.

In einem Schreiben vom 29.11.1941 bat H. den badischen Landesbischof Kühlewein um seine Unterstützung bzw. Intervention, damit sie den Judenstern nicht tragen müsse. Kühlewein antwortete, dass er ihr nicht helfen könne, da das Gesetz die Rasse betreffe und auf „konfessionelle Verhältnisse keine Rücksicht“ nehme. In dieser Zeit erwog H. die Ausreise in die Schweiz. Sie wurde jedoch am 23.5.1942 „ohne Angabe eines Ziels“ deportiert.

1998 wurde eine Gedenkplakette für Martha Hoff am Pfarrhaus der Christuskirche in Mannheim aus Mitteln der Hermann-Maas-Stiftung angebracht.

Quellen: LKA Karlsruhe, PA 1333: Personalakte Hans Hoff.
Literatur: H. Wäldin: Christuskirche, S. 78–82.

U. Wennemuth

Honig, *Max*

** 19.10.1897 Berlin, † Juli (?) 1942 Trawniki bei Lublin.*
Verh. in 1. Ehe mit Helene Höfert, geb. Hofe, in 2. Ehe mit Ruth Lorenz, geb. Wittenberg, zweimal geschieden.

Über das Leben des Kaufmanns H. vor 1939 wissen wir fast nichts mehr. Bis 1925 gehörte er der Jüdischen Gemeinde an. Am 17.1.1925 wurde er getauft. Als Konfession wird evangelisch-lutherisch genannt. In erster Ehe war er mit Helene Höfert (geb. Hofe) verheiratet. Diese Ehe wurde geschieden.

Wahrscheinlich gehörte H. seit 1939 zu den Mitarbeitern im „Büro Pfarrer Grüber". Nach dem Geschäftsplan von Anfang 1940 war er in der Wohlfahrtsabteilung zuständig für Wohnungssachen, Nachweis von Erholungsheimen und Außenfürsorge, Letzteres zugleich für die Allgemeine Abteilung und die Wanderungsabteilung. Diese Aufgaben wird er bis zur Schließung des Büros nach der Verhaftung Grübers am 19.12.1940 wahrgenommen haben. Vom 23.6. bis 15.11.1941 soll H. an der „Familienschule" tätig gewesen sein (Gedenkbuch-Datenbank). Nähere Angaben sind dafür nicht bekannt. Ab 20.11.1941 war er als Transportarbeiter bei der Firma Warnecke und Böhm, Berlin-Weißensee, dienstverpflichtet.

In der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem fanden Christen jüdischer Herkunft eine sie tragende Gemeinschaft. Für ihre Betreuung und Begleitung war Gertrud Staewen mit einem Helferkreis verantwortlich. Pfarrer Dr. Adolf Freudenberg, der zur Dahlemer Gemeinde gehört hatte und inzwischen den Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf leitete, bemühte sich, dieser Gruppe von Verfolgten noch zu helfen. Im Briefwechsel mit Gertrud Staewen benutzten sie Decknamen, zum Beispiel „Honer" für H. Vielleicht hatte H. Freudenberg gebeten, sich für die Einreise in die Schweiz einzusetzen? Auf die kurze Mitteilung: „Herzliche Grüße von Pastor F., leider vorläufig nicht", schrieb Staewen ihm am 7.12.1941: „Honers sind meine besonderen Schützlinge. Ich saß an dem Tag bei ihnen, als sie abgeholt werden sollten [24.11.1941]. Sie bekam einen schweren Gallenanfall, und es glückte, daß sie mit Attest zurückblieb, und er dann auch aus der Synagoge [Levetzow-Straße] wieder entlassen wurde (dort erwarten sie den Abtransport). [...] Beide sind sehr gefährdet."

Dass die am 18.10.1941 begonnene „Evakuierung" oder „Abwanderung" nicht in neue Wohngebiete im Osten, sondern in Todeslager führte, wusste man in Dahlem noch nicht. Am 7.12. schrieb Staewen nach Genf: „Über das Ziel der Transporte ist noch sehr wenig Gewisses bekannt. [...] Mit den Staretzens [Deckname für Dr. Otto Stargardt] bin ich sehr verbunden. [...] Er, ebenso wie das liebe kleine Jöckli [Deckname für Ingeborg Jacobson] und Honer und Georg H. [Dr. Georg Hamburger], der auch nur aus Zufall noch da ist und manche andere, sind in Kurzkursen zu einer Art Aeltesten-Ordination, damit sie ‚dort' taufen, beerdigen etc. können." Freudenberg antwortete am 6.1.1942: „Die Kurse für Laien-Ordination sind das stärkste christliche Zeugnis, das wir seit langem von dort gehört haben. So eine Nachricht verdoppelt meinen Mut." H. wurde für dieses Amt im Abschiedsgottesdienst vor der Deportation ordiniert.

Am 2.4.1942 wurden Max und Ruth Honig mit dem 12./13. Osttransport mit insgesamt 1370 Berlinern deportiert. Der Transport war für Trawniki bei Lublin bestimmt, zumindest ein Teil kam aber nur bis Warschau, wo sie in einem Durchgangslager, Gartenstraße 27, untergebracht wurden. Dazu gehörten H.s und Elisabeth Kayser.

Bereits am 11.4.1942 teilte Elisabeth Kayser mit, dass sie mit H. jüdische Mädchen aus einem Dauerheim in Berlin-Weißensee, die mit dem Transport mitgekommen waren, betreue. Nach dem Tod von Elisabeth Kayser am 16.5. sprach H. bei ihrer Beerdigung ein Gebet und das Vaterunser. Am 15.6. informierte Staewen Freudenberg: „Honer schreibt, dass dort [in Warschau] annähernd 100 Christen in seiner Betreuung sind. Die Amtshandlungen hat er größtenteils selbst zu erledigen. P[astor] Loth, der Königstr. 19 wohnt, besucht ihn recht häufig. Er ist auch bereit, Sendungen entgegenzunehmen, entweder für bestimmte Personen oder natürlich auch für die Gemeinschaft der Hundert. Honer schreibt auch von gemeinsamen Sonntagen mit Katholiken. Wir bitten sehr, uns mitzuteilen, was Sie für dort tun können." Freudenberg antwortete am

25.6.: „Mit Honer und Freunden stehen wir in Verbindung und hoffen, dass die erste Hilfe bald ankommt. Außer uns kümmern sich auch schwedische Freunde um sie. Es ist wenig, was wir tun können, zeigt ihnen aber immerhin unsere Verbundenheit." Freudenberg gelang es, „im brüderlichen Einvernehmen mit einem jüdischen Hilfskomitee unter der Leitung meines Freundes Dr. [Gerhart] Riegner, Genf, einige Liebesgaben an eine kleine protestantische Gruppe im Getto von Warschau [zu] schicken; ihr diente als Vertrauensmann Max Honig aus dem Büro Grüber" (A. Freudenberg: Rettet sie doch, S. 23).

Bis Ende Juli 1942 kamen aus Warschau noch Nachrichten. Ruth Honigs Tochter Ingeborg L. bekam im Juli die letzte Karte ihrer Mutter. Freudenberg erhielt von Franziska Liefmann, einer Verwandten, im Juli die letzte Mitteilung. Am 30.10.1942 ließ er Staewen fragen und informieren: „Hat sie noch irgendwelche Nachrichten aus Warschau oder sonst aus Polen? [...] Wir haben das letzte Lebenszeichen vom 31.7. von Frau Landmann [Deckname für F. Liefmann]. Seither von keinem mehr gehört. [...] Nach hiesigen Nachrichten müssen wir fürchten, dass Honer, Landmann und die anderen nicht mehr am Leben sind."

Da für H. Trawniki bei Lublin und für Ruth Honig das KZ Majdanek, ein Stadtteil von Lublin, als offizielle Todesorte in der Gedenkbuch-Datenbank genannt werden, sind sie offenbar noch von Warschau nach Lublin verschleppt und dort erst ermordet worden.

Quellen: Archiv des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf: Interchurch Aid, B 2 (Korrespondenz Freudenberg – Straewen); Landesarchiv Berlin: Gedenkbuch-Datenbank; LABO Berlin: Entschädigungs-Akte Max Honig 18329.

Literatur: M. Flesch-Thebesius: Geschichte, S. 208–211; A. Freudenberg: Rettet sie doch; H. Ludwig: Opfer, S. 156 f.; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 169, 254, 342.

H. Ludwig

Hößlin, Roland von



** 21.2.1915 München, † 13.10.1944 Berlin-Plötzensee.*
Ledig, ohne Kinder.
1934 Reiterregiment 17 in Bamberg; 1936 Leutnant; 1939 Oberleutnant, Kriegseinsatz; 1940 Fahnenjunkerschule in Potsdam-Krampnitz; 1941 Stabs- und Frontdienst in Nordafrika; 1942 Verwundung, Lazarettaufenthalt in Berlin; 1943 Panzertruppenschule in Potsdam-Krampnitz; Kommandeurslehrgang; 1944 Kommandeur in Insterburg und Meiningen; Major.

Der aus einer alten schwäbischen Adelsfamilie stammende H. gehörte zu den wenigen Truppen- und Frontoffizieren, die sich am Widerstand und Staatsstreich beteiligten. Vom Regimentskameraden Stauffenberg angesprochen und durch militärische und christlich-ethische Gründe überzeugt, erklärte er sich bereit, bei einem Staatsstreich die öffentlichen Gebäude in Königsberg zu besetzen. Wegen Scheiterns des Attentats kam der Plan nicht mehr zur Ausführung. H. wurde am 23.8.1944 aufgrund von Recherchen im Umfeld Stauffenbergs verhaftet.

H. wuchs mit zwei Geschwistern in einem deutschnational eingestellten Elternhaus, das der Weimarer Republik wie auch dem Nationalsozialismus reserviert gegenüberstand, auf. In der Jugendzeit gehörte H. zu einer kleinen, national geprägten Gruppe, den „Holmbergern". Nach dem Abitur ließ er sich bei den Bamberger Reitern zum Berufsoffizier ausbilden. Welche politisch-ethische Haltung H. in jenen Jahren

einnahm, bleibt unbekannt. Er war ein tapferer, mit militärischen Auszeichnungen – u. a. 1942 mit dem Ritterkreuz – versehener Soldat. Aufgrund einer komplizierten Verwundung wurde er nach Berlin in ein Heimatlazarett verlegt, wo ihm ein Teil seiner rechten Hand amputiert werden musste und er von Stauffenberg für den Widerstand gewonnen wurde.

Mit seinen Angehörigen pflegte H. einen intensiven Briefwechsel, der vor allem in den letzten Briefen in das Herz eines gläubigen Menschen blicken lässt. Welche Begebenheit ihn auf dem Kommandeurslehrgang die Frage: „Glauben Sie, daß wir unter diesem Regime noch das Recht haben, den Krieg zu gewinnen?“ stellen ließ, bleibt unbekannt (A. v. Kageneck: Hößlin, S. 78). Zum Regimegegner herangereift, sagte er Stauffenberg seine Mitwirkung am Staatsstreich zu.

Während dieser Zeit führte er schon in Insterburg mit seinem Adjutanten, im Zivilberuf Pastor, intensive theologische Gespräche. Wie auch die anderen Angeklagten kam H. vor dem VGH kaum zu Wort. Das Urteil war ohnehin schon gefällt.

Die letzten Lebenszeichen H.s „sind bleibende Zeugnisse und Bekenntnisse eines tiefen festen Glaubens“ (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 231). Ein Neues Testament, das er im Tausch gegen einen Goetheband erhalten hatte, ist ihm dabei eine große Hilfe gewesen. Formulierungen in den Briefen, die wortwörtlich den Evangelien entnommen sind, weisen auf ein intensives Lesen der Heiligen Schrift hin. In Erwartung des Todesurteils schreibt er: „Ich habe in diesen Tagen ganz zu meinem Gott in mir und über mir gefunden“ (A. v. Kageneck: Hößlin, S. 152 f.). Diese Gottesgewissheit lässt ihn „innerlich und äußerlich ganz ruhig und gefaßt“ (ebd.) sein. H. erkennt die Diesseitigkeit und Vergänglichkeit der Welt und tröstet seine Eltern und Geschwister mit der Hoffnung auf eine Auferstehung mit den Worten: „Bitte trauert nicht allzu heftig über mich! Ihr wißt, ich habe auch selten den Kopf hängen lassen. Wie schön ist doch das Leben, wie schön nur, jeden Tag die Sonne aufgehen zu sehen! Denkt, daß auch Ihr Hinübergehende seid und daß wir uns wiedertreffen im Hause des ewigen Vaters.“ (Ebd., S. 157) Im Anschluss an die Verhandlung wurde H. mit den anderen Verurteilten nach Plötzensee überstellt und am 13.10.1944 hingerichtet. In seinem Abschiedsbrief schreibt er an seine Eltern: „[…] Mit Gott habe ich abgerechnet, er hat mir dafür seinen Frieden und seine himmlische Ruhe ins Herz gesenkt, ich bin heiter und gefasst, mein Geist lebt schon in der anderen Welt. […] Ich bete zu Gott, er möge aus dem Schatz seiner überreichen Gnade und Liebe Euch Trost für die Seele spenden. […]“ (Ebd., S. 162 f.)

Literatur: A. v. Kageneck: Hößlin (Lit.!); H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugung, S. 227–232 (Lit.!).

Foto: GDW.

H.-J. Ramm

Hötzel, Gottfried

* 18.2.1880 Buchwald/Schlesien, † 9.8.1940 Stuttgart.
Verh. mit Elisabeth, geb. Genähr, zwei Söhne, zwei Töchter.
1898 Abitur, Studium der Theologie in Halle, Tübingen und Greifswald; 1902 und 1906 I. und II. Theol. Examen in Koblenz; 1906 Ordination und Aussendung im Dienst der Rheinischen Missionsgesellschaft nach China; 1915–1917 Lazarettpfarrer; 1917–1940 erst Hilfsprediger; dann Pfarrer in Düsseldorf-Heerdt-Oberkassel; 1939 Leiter der Zweigstelle „Büro Pfarrer Grüber“ in Düsseldorf; 20.2–11.4.1940 Schutzhaft, Aufenthaltsverbot für Rheinland und Westfalen.

H. war der älteste Sohn des Pfarrers Hugo Hötzel und seiner Ehefrau Maria, Tochter des Magdeburger Konsistorialrates und Dompredigers Hohenthal. Geprägt durch diese familiäre Tradition, stand es für ihn immer fest, in den kirchlichen Dienst einzutreten. Allerdings entschloss er sich für den Beruf eines Missionars, für den er jedoch die Erlaubnis seines Vaters erst nach einem absolvierten Theologiestudium erhielt. Seine Aussendung nach der Ordination 1906 führte ihn nach China. In Hongkong lernte er die Tochter des Missionspräses Immanuel Genähr kennen und heiratete sie im Oktober 1909. Die Erfahrungen in diesem anderen Kulturkreis und – nach eigener Aussage – der Rat seiner Frau, die noch eher als er jede Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten abgelehnt habe, hatten seinen Blick über die deutschen Grenzen hinaus erweitert und ihn trotz deutschnationaler Einstellung gegenüber nationalsozialistischen Parolen resistent gemacht. In seinen Predigten und Vorträgen griff er immer wieder zu Parallelen aus



der Mission, die sowohl von der Gestapo als auch vom Konsistorium mit Befremden vermerkt wurden.

Seit 1933 hatte er sich für die Bekennende Kirche engagiert. Etwa 30 Gemeindeglieder (0,5%) zählten zu seiner BK-Gemeinde. Ansonsten war die Gemeinde gespalten, auf der einen Seite die Familie H. und Friedrich Meyer sowie ein Presbyter und der Gemeindesekretär, auf der anderen das DC-Presbyterium. Im August 1935 fand die letzte reguläre Presbyteriumssitzung statt, die mit einem Eklat endete. Bis 1945 agierten die BK-Pfarrer in einer Gemeinde ohne funktionierendes Leitungsorgan, unterstützt von einem gewählten Bruderrat, der ebenso wie das Presbyterium aus 14 Mitgliedern bestand. Diese Gemeindestruktur gewährte H. eine bescheidene Freiheit und ein wenig Schutz vor Denunziationen.

1939 übernahm H. die Zweigstelle des Büros Grüber in Düsseldorf und engagierte sich in der Betreuung der „nichtarischen Christen". Im Gestapoverhör erklärte er, dass er sich als Missionar für die „Juden" in seiner Gemeinde empfinde und ihn ihr persönliches Schicksal berühre, außerdem seien sie für ihn „in erster Linie Christen" (Gestapoprotokoll 23.9.1940, abgedruckt bei S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 331).

Die Beschäftigung der Religionspädagogin Ilse Peters, nach der Terminologie der Nationalsozialisten „Mischling ersten Grades", die er im Gemeindedienst einsetzte, bescherte ihm die Beschwerde eines Rottenführers und später eine Denunziation. Seine Entgegnung, sie sei eine anständige, nette Person, führte 1938 zu einem Eintrag in seinem Personalbogen bei der Gestapo. Eine weitere Anzeige kam von der Ehefrau eines Oberkonsistorialrates, die den Inhalt einer Predigt als empörend empfand. Pfarrer H. habe darin die Judenfrage behandelt. „Er sei von der Bibelstelle ausgegangen, nach der Christus einmal gesagt habe, dass die Juden Kinder des Teufels seien." (HStA Düsseldorf RW 58, 3911: Aktenvermerk 12.3.1940) Im Folgenden habe Pfarrer H. dargelegt, dass dieser Ausspruch von vielen missbraucht werde, denn „nicht die Juden sind die Kinder des Satans, sondern diejenigen, welche die Juden verfolgen." (Ebd.)

Den letzten Auslöser für seine Verhaftung gab ein Vortrag, den er in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung des „Deutsch-Evangelischen Frauenbundes" und des Vereins der Freundinnen junger Mädchen gehalten hatte. „Selbstbestimmte Sittlichkeit oder Gottes Gebot" war das Thema. Unverhohlen und auf verschiedenen Ebenen griff H. die nationalsozialistische Ideologie und das Staatswesen an. Schlagworte wie „Macht geht vor Recht", „Macht schafft Recht", trugen ihm das Attribut polemisch ein. Seine Gleichsetzung der „Sittlichkeit" im gegenwärtigen Staat und bei den vom Nationalsozialismus als minderwertig verachteten afrikanischen Völkern mit ihrer Kopfjägerei, Vielweiberei usw. war ein direkter Angriff auf den nationalsozialistischen „Herrenmenschen". Mit einem Appell an die Frauen, als die Hüterinnen der Sittlichkeit zu agieren und die Söhne und Männer in diesem Sinne zu beeinflussen, forderte er diese zu mehr Widerstand gegen den Zeitgeist auf. Unverblümt äußerte er im Gestapoverhör: „Über meine Stellung zum nationalsozialistischen Staat befragt, erkläre ich, dass ich diesen nicht unbedingt bejahen kann. In erster Linie sehe ich mich an meine christliche Weltanschauung gebunden."(Gestapoprotokoll 23.9.1940, abgedruckt bei S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 331)

Nach dem Vortrag wurden beide Frauenvereine aufgelöst und H. verhaftet. Bei seiner Entlassung nach

sieben Wochen erhielt er Redeverbot für das ganze Reichsgebiet und Aufenthaltsverbot im Rheinland und in Westfalen. Verschärft wurden diese Maßnahmen, die generell schon ein Berufsverbot enthielten, durch das Konsistorium der Rheinprovinz. Einem Wunsch der Gestapo folgend beabsichtigte die kirchliche Behörde zusätzlich noch eine Versetzung in den Ruhestand. Sein plötzlicher Tod hat – so das Konsistorium – in der „Erledigung der Angelegenheit Pfr. H." „eine völlig neue Lage geschaffen" (Konsistorium an Superintendent Klein, 23.9.1940, zitiert bei S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 338).

Quellen: AEKR Düsseldorf, Best. Kons. Düsseldorf-Oberkassel: Beiakten 200; VEM Wuppertal: Personalakte Gottfried Hötzel; HStA Düsseldorf, RW 58, Nr. 3911.

Literatur: E.-J. Langevoort: Hötzel; S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 93–95, 330–338; H. Ludwig: Zivilcourage, S. 47–51; S. Rauthe: Gegner, S. 228–230.

Foto: S. Rauthe: Gegner, S. 229.

S. Lekebusch



Hustedt, *Karl* Friedrich Heinrich

* *29.3.1891 Blender (Kreis Verden), † 6.5.1945 Hermannsburg.*

Verh. mit Elsa, geb. Pape, eine Tochter, ein Sohn.

Theologiestudium in Kiel und Halle (Saale); 1914–1918 Kriegsdienst; 1919 Wiederaufnahme des Theologiestudiums; 1920–1922 Vikariat in Einbeck; 1922 Ordination, danach Hilfsprediger in Eschede; 1924–1933 Pfarrer in Fallingbostel, ab 1933 in Hermannsburg; 1939 Einberufung zum Kriegsdienst; 1941 Entlassung aus dem aktiven Kriegsdienst.

Nach dem Besuch des Gymnasiums in Verden studierte H. Theologie. Er wurde besonders durch die Lehre des Hallenser Theologieprofessors Martin Kähler geprägt, in deren Mittelpunkt die universelle Gültigkeit der biblischen Christus-Verkündigung stand. Auch den Theologen Ludwig Harms, der 1849 die Missionsanstalt Hermannsburg in der Lüneburger Heide gegründet hatte, um Missionare für den Dienst in Abessinien und Südafrika auszubilden, schätzte H. sehr. Eine Ausgabe von dessen Predigten nahm er während seiner langjährigen Tätigkeit in Hermannsburg immer wieder gern zur Hand. Wie Harms konnte H. auch in niederdeutscher Sprache predigen. Die Seelsorge lag ihm besonders am Herzen.

In den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gehörte H. in der Bekennenden Kirche zu den Anhängern des Landesbischofs August Marahrens, den er von seinem Vikariat in Einbeck her persönlich kannte, wo Marahrens damals Superintendent gewesen war. Zu H.s Freundeskreis zählten in dieser Zeit einige Theologen, die in Hermannsburg Zuflucht vor dem NS-Regime fanden. Im Konfirmandenunterricht legte er den Jugendlichen nahe, für die in Deutschland verfolgten Juden zu beten. Einer der Konfirmanden erstattete Anzeige gegen ihn, woraufhin die Gestapo ihn aufsuchte und ihm androhte, ihn ins KZ zu verbringen. Die Tatsache, dass er als Weltkriegsoffizier schwer verwundet und mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden war, rettete ihn vor der Inhaftierung. Seit diesem Zeitpunkt wurden seine Predigten abgehört.

H. kam in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges ums Leben, in denen sich Hermannsburg bereits

unter britischer Besatzung befand. Das nahe gelegene KZ Bergen-Belsen war am 15.4.1945 befreit worden, und viele völlig ausgehungerte ehemalige KZ-Häftlinge versuchten nun, ebenso wie viele ehemalige Zwangsarbeiter aus dem Ausland, in ihre Heimat zurückzukehren. Wiederholt gab es Plünderungen. Am 6.5.1945, dem Sonntag Rogate, hielt H. morgens den Gottesdienst in Hermannsburg. Nachmittags sollte er im benachbarten Beckedorf ein krankes Kind taufen. Dorthin machte er sich mit einem Rucksack, in dem er seinen Talar und das silberne Taufgerät trug, zu Fuß auf den Weg. Auf der Straße begegnete ihm eine Gruppe von Plünderern, denen er Einhalt zu gebieten versuchte und die ihn daraufhin verfolgten. Um ihnen zu entgehen, kehrte er am Ortsrand beim Imker Gustav Rabe ein. Dort riet man ihm dringend davon ab, den Weg fortzusetzen, doch H. fühlte sich verpflichtet, die Taufe zu vollziehen. Er wählte nicht die gefährdete Landstraße, sondern einen Feldweg entlang der Bahngleise, um nach Beckedorf zu gelangen. Die Familie des Täuflings wartete jedoch vergeblich auf seine Ankunft und seine eigene Familie abends ebenso auf seine Rückkehr.

Da aufgrund des Ausnahmezustandes, den das britische Militär verhängt hatte, zwischen 20 und 6 Uhr ein allgemeines Ausgangsverbot herrschte, konnten die Hermannsburger Bauern erst am folgenden Morgen zur Suche nach ihrem Pastor aufbrechen. Sie fanden ihn tot, den unangetasteten Rucksack neben sich, in einem kleinen Birkenwäldchen. Eine Verletzung deutete darauf hin, dass er erschlagen worden war. Auf einem Leiterwagen brachten die Bauern seine Leiche zurück nach Hermannsburg, wo eine große Trauergemeinde von ihm Abschied nahm. Zum Gedenken an H. wurde an der Todesstelle im Birkenwäldchen ein großes Kreuz aus Eichenholz errichtet. Die genauen Umstände seines Todes konnten nicht aufgeklärt werden.

Quellen: LKA Hannover: Bestand 9 Presseausschnittsammlung (darin: Gurland, Rudolf: Ad memoriam Pastor Karl Hustedt † 6. Mai 1945 in Hermannsburg. Konferenz Hermannsburg, 23. Mai 1945. Hermannsburg 1945; Kirchliches Amtsblatt für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, 20.7.1945, S. 16; Mai, Gottfried: Vor 34 Jahren. Mord oder Unfall – noch herrscht Ungewißheit. Am 6. Mai 1945 fiel Pastor Karl Hustedt bei Hermannsburg einem Überfall zum Opfer. In: Cellesche Zeitung, 5.5.1979, S. 6); Thiem, Christel: Lebenslauf von Pastor Karl Friedrich Heinrich Hustedt; Briefe von Christel Thiem, geb. Hustedt, an den Verf., 11.11.2004, 16.1.2005, 8.10.2006.

Literatur: S. Bitter/H.-H. Gurland: Kirche, S. 142, 184, 315, 437–442.
Foto: Privatbesitz.

A. Kurschat

Jacobson, Ingeborg

** 19.3.1915 Berlin, † Dezember 1942 KZ Auschwitz.*
Ledig, ohne Kinder.
1934 Abitur; kaufmännische Ausbildung; Büroarbeit in einer Seifenwarenfirma; 1938–1940 Chefsekretärin im „Büro Pfarrer Grüber"; 1942 Zwangsarbeit Fripa-Werke Berlin-Treptow.

Dr. Richard Jacobson (1876–1942), seine Frau Käthe (1892–1942) und ihre beiden Töchter Ingeborg und Dagmar (1917–?) waren evangelische Christen. Dr. Jacobson war ein großer Musikliebhaber. Auch Ingeborg liebte Musik und spielte gut – und wohl oft zu ihrem Trost – Klavier. Sie hatte Freude an der Natur und war glücklich, wenn sie Städte und Landschaften erkunden konnte. Dort fand sie rasch Kontakte zu Menschen, die gleich gesinnt waren. Ihre engste Schulfreundin wurde wegen ihrer großen Begabung und Musikalität im Hause Jacobson geschätzt. Ihretwegen ließ sich J. 1930 auch in der Christuskirche konfirmieren. Eine bittere Enttäuschung war es, dass diese Freundin nach dem Abitur den Kontakt völlig abbrach und sich um das Schicksal von Ingeborg nicht mehr kümmerte.

Diese Erfahrung machten damals viele Menschen in Deutschland: Weil sie nach den NS-Gesetzen Juden waren, kannte man sie nicht mehr. Obwohl bereits die Eltern von Richard Jacobson zum christlichen Glauben konvertiert waren, waren alle vier Jacobsons „Volljuden". Wahrscheinlich hat Ingeborg deshalb nach dem Abitur auch nicht studieren können.

Ihre Schwester Dagmar wurde 1934 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche von Pfarrer Gerhard Jacobi, dem Präses der Bekennenden Kirche in Berlin-Brandenburg, konfirmiert und gehörte danach zu einem Bibelkreis, den Vikarin Lic. Elisabeth Zinn leitete. In ihn trat auch J. und etwas später ihre Schulfreundin Maria Barkhof ein, der wir viele Erinnerungen an J. verdanken. J. war in diesem Kreis sehr glücklich und fand hier Halt in der Zeit zunehmender Verfolgung.



Ihm gehörten mehrere junge Christinnen jüdischer Herkunft an. Nach der Heirat Elisabeth Zinns übernahm Vikarin Helga Zimmermann die Leitung des Kreises. Elisabeth Bornkamm erinnerte sich später: J. „war ein sehr liebenswertes Geschöpf, zart, liebevoll und liebefähig, hilfsbereit; bedürftig der Gemeinschaft und Kommunikation, im christlichen Glauben – jedenfalls seit ihrer Konfirmation – tief und fest verwurzelt, fähig und begabt für Freundschaft und Liebe. [Sie] gehörte zu den engagierten, tief beteiligten Gliedern dieses Kreises." (Brief vom 8.6.1987)

Ihrer Freundin Maria schenkte J. 1936 das Liederbuch „Ein neues Lied" mit der Widmung: „Unser Leben wird sinnvoll, indem es ein Schaffen wird, das heißt ein gehorsames Teilnehmen an dem Werk Gottes." In die Bibel, die sie Maria schenkte, schrieb sie: „Römer 8, 38–39! Weihnachten 1938 Deine Inge". In der „Kristallnacht" vom 9. zum 10.11.1938 brachen SA-Horden in die Wohnung der Familie ein und griffen Frau Jacobson an. J. flüchtete zu ihrer Freundin Maria und blieb die Nacht bei ihr. Offenbar ist Dr. Jacobson nicht, wie tausende anderer Männer, in dieser Nacht verhaftet und ins KZ verschleppt worden. Als Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und Träger des Eisernen Kreuzes war er zunächst noch geschützt, lehnte es aber auch ab, Deutschland zu verlassen. Er habe sich nichts vorzuwerfen und werde als Arzt gebraucht. Dass er sich nur als „Judenbehandler" bezeichnen durfte, verdrängte er wohl. Als er abgeholt wurde, ging er mit seiner Arzttasche.

Richard Jacobson war ein strenger Vater. Dagmar überwarf sich mit den Eltern wegen eines jungen Mannes, ging mit ihm 1939 (?) nach Prag und heiratete ihn. Dagmar Kalfus wurde im November 1941 nach Theresienstadt und dann nach Riga verschleppt und ermordet. J. hing an ihren Eltern. Aus Liebe zu ihnen, um sie nicht allein zu lassen, kehrte sie 1939 von einer Englandreise nach Berlin zurück, obwohl viele hofften, sie bleibe dort in Sicherheit.

1938 baute Pfarrer Heinrich Grüber im Auftrag der bruderrätlichen Bekennenden Kirche die Hilfsstelle für „nichtarische Christen" auf. Charlotte Friedenthal, Mitarbeiterin von Sup. Lic. Martin Albertz in der Leitung der Bekennenden Kirche, gewann J. als Sekretärin für Grüber. Ab Oktober 1938 half sie ihm zunächst im Pfarrhaus in Berlin-Kaulsdorf. Von Dezember 1938 bis zur Schließung des „Büro Pfarrer Grüber" am 19.12.1940 war sie Chefsekretärin. Grüber schenkte ihr Weihnachten 1938 ein Foto von sich mit der Widmung „Andern tragen helfen, das trägt uns!"

Seit 1939 musste J. den Zusatzvornamen „Sara" führen und seit September 1941 den Judenstern tragen. Grüber hatte ihr versprochen, wenn sich die Situation verschärfe, ihr bei der Auswanderung zu helfen. Wegen seiner Verhaftung konnte er das Versprechen nicht einlösen. So bat Pastor Wilhelm Rott im Auftrag der Bekennenden Kirche im Oktober 1941 Alphons Koechlin, den Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, sich dafür einzusetzen, dass J. in die Schweiz kommen könne, um dann in die USA zu emigrieren, für die sie ein Affidavit besitze (DBW 16, S. 219 f.). Obwohl Pfarrer Dr. Adolf Freudenberg vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf diese Bitte unterstützte und „alle Register zog" und auch die in der Schweiz lebende Großmutter sich einsetzte, lehnten die Berner Behörden die Einreise immer wieder ab.

Nach der Schließung des Büros Grüber gab J. Namen bisher Betreuter an Helene Jacobs, damit sie ein Kreis

der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem weiter betreute. So kam J. wohl mit Gertrud Staewen in Verbindung. An Freudenberg schrieb diese am 7.12.1941: „Bei Jöckli [Deckname] bin ich in vieler Sorge, sie hat jetzt keine Arbeit; sucht sie aber jetzt welche, fällt sie ebenso auf. Noch hat ihr Vater ja aber [die] Jüd[ische] Praxis." In dieser Zeit nahm J. an einem Kursus zur Laien-Ordination teil, der sie und andere befähigen sollte, im Gebiet ihrer „Abwanderung" – die offizielle Bezeichnung für Deportation – kirchliche Dienste wahrnehmen zu können.

Ohne Vorinformation wurden alle drei Jacobsons im November 1942 zur Deportation abgeholt. Als sie die Wohnung verließen, habe J. gesagt: „In Gottes Namen gehen wir." Da ihr Betrieb sie reklamierte, kam sie am nächsten Tag zurück. Ihre Mutter habe ihr traurig nachgeblickt. Die Eltern wurden am 29.11. ins KZ Auschwitz deportiert. Nach wenigen Tagen rief J. ihre Freundin Dorothea an: „Sie sind wieder da und ich muss fort!" (Judennot, S. 63 f., Brief v. 14.12.1942). Sie kam in das Sammellager Große Hamburger Straße, um von dort am 9.12.1942 nach Auschwitz verschleppt und ermordet zu werden.

Quellen: Korrespondenz mit M. Barkhof, D. Seydel und E. Bornkamm 1986–1988; Archiv des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf: Interchurch Aid, B 2 (Korrespondenz Freudenberg mit Staewen); BLha Potsdam: Rep. 36A (II) 17105 (Jacobson); LABO Berlin: Entschädigungsakte Nr. 307123 (Jacobson).

Literatur: DBW 16, S. 219 f.; Judennot; H. Ludwig: Opfer, S. 157–160; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 255–257 u. ö.

Foto: M. Barkhof (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Jacoby, Hildegard

* *21.12.1903 Rothenditmold (seit 1906 Teil von Kassel),* † *2.6.1944 Berlin.*

Ledig, ohne Kinder.

Lyzeum; 1920–1922 Berlin, Rostock, 1922/1923 Höhere Handelsschule Kassel; Sekretärin; 1926–1928 Soziale Frauenschule (Alice Salomon) in Berlin; 1928/1929 Wohlfahrtspflegerin in Berlin und Kassel, 1929–1933 Arbeitsvermittlerin im Arbeitsamt Lörrach; 1933 aus rassischen Gründen entlassen, 1933–1935 freiberuflich in Haushalten; 1935/1936 Evangelisches Bezirkswohlfahrtsamt Berlin-Zehlendorf; 1936–1939 Kanzlei eines Patentanwalts; 1939–1941 Hilfe in einem Pfarrbüro; 1941–1943 Sekretärin im Brandenburger Bruderrat der Bekennenden Kirche.



J.s Eltern, Dr. med. Richard Jacoby (1858–1915) und seine Ehefrau Anna, geb. Ellrot (1869–1908), gehörten beide der evangelisch-lutherischen Kirche an. Seit ihrem 12. Lebensjahr war J. Vollwaise. Da die Großeltern väterlicherseits Juden waren, galt J. ab 1933 als „Halbjüdin". Die „Antwort auf diese Demütigung, die sie durch die menschliche Gesellschaft erlitt, war die Hochherzigkeit eines Menschen, der die mitmenschliche Verantwortung niemals preisgibt" (G. Harder). Da sie im öffentlichen Dienst nicht mehr tätig sein konnte, nahm Marga Meusel, die Leiterin des Evangelischen Bezirkswohlfahrtsamtes in Berlin-Zehlendorf, 1935 J. als Mitarbeiterin auf. Um der Sache der Bekennenden Kirche willen arbeitete J. ab 1941 freudig und geradezu erfinderisch im Sekretariat des Brandenburger Bruderrates mit, obwohl diese Arbeit verboten und ständig durch Razzien der Gestapo bedroht war.

Durch ihre Erfahrung mit der NS-Rassenverfolgung war J. besonders um Hilfe für andere Betroffene bemüht (M. Sello, Leben, S. 37 f.). Nachdem sie bei

einem Bekenntnisgottesdienst in Berlin-Friedenau Helene Jacobs kennen gelernt hatte, die zum Helferkreis um Dr. Franz Kaufmann gehörte, habe sie ihr öfter Lichtbilder für Ausweise gebracht, die der Graphiker Cioma Schönhaus dann bearbeitete. Einmal stellte sie ihren eigenen Postausweis und Urkunden über ihre „halbjüdische" Herkunft zur Verfügung, um einer anderen damit zu helfen. Für den Fall, dass die Gestapo sie entdeckte, verabredeten Jacobs und J., was sie aussagen würden.

Nach der Verhaftung Helene Jacobs' steckte J., die das nicht ahnte, ihr einen Ausweis durch den Türschlitz und schrieb dazu, was zu tun sei und wann sie wieder käme. Dadurch ist der Gestapo dieser eine Fall bekannt geworden, während ihr andere verborgen blieben. Die Gestapo fand bei Jacobs auch die Unterlagen über J.s „halbjüdische" Herkunft. Am 25.8.1943 wurde J. verhaftet und im Sammellager Große Hamburger Straße gefangen gehalten. Nach dem Verhörprotokoll sagte sie, dass es sich um einen Blankopostausweis einer ihr unbekannten Person handelte, den sie nur weitergegeben habe. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Horst Holstein, notierte sich: „Erledigt für Frl. [Hannelotte] Reiffen: Dame, für die der Ausweis bestimmt war, kam ins Büro." Von Vikarin Reiffen wissen wir, dass sie für den Brandenburger Bruderrat tätig war und mehreren rassisch Verfolgten geholfen hat. Über die Papiere ihrer Vorfahren sagte J. im Verhör, dass Helene Jacobs sie nur aufbewahrte. Jacobs gab in einem zweiten Verhör zu, dass diese Urkunden einer „Halbjüdin" helfen sollten, sie diese aber nicht weitergab, um J. nicht zu gefährden. Konnte die Gestapo hier J. überführen, nahm sie ihr offenbar ab, dass sie Franz Kaufmann persönlich nicht kannte. Am 5.11.1943 wurde J. wegen „Beihilfe zur schweren Urkundenfälschung" angeklagt.

Nach Abschluss der Ermittlungen wurde sie ins Frauengefängnis Berlin-Moabit verlegt. Da sie an chronischem Gelenkrheumatismus litt, der in der Haftzeit intensiver wurde, musste sie am 16.12.1943 zum Gespräch mit dem Mitarbeiter ihres Verteidigers, Assessor Friedrich Justus Perels, getragen werden. Während die Leiterin des Gefängnisses ihr vorwarf, sie simuliere nur, ordnete der Gefängnisarzt die Verlegung in ein Lazarett an. Rechtsanwalt Holstein beantragte für sie sogar Haftentlassung.

Der Prozess vor dem Sondergericht III beim Landgericht Berlin war vom 1.12.1943 auf den 10./11.1.1944 verschoben worden. J. wurde, weil sie nicht zum Kreis um Kaufmann gehöre und nur einmal einen (ihren?) Ausweis, den die Gestapo fand, fälschen lassen wollte, nur wegen „Beihilfe zur versuchten Urkundenfälschung" zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach dem Prozess wurde sie am 21.1.1944 ins Frauengefängnis Leipzig-Kleinmeusdorf verlegt. Hier lag sie noch einige Wochen im Lazarett, ab etwa Mitte Februar 1944 nahm sie, soweit das möglich war, am „normalen Arbeitsleben" des Gefängnisses teil. Wegen ihres Gesundheitszustandes (Gelenkrheumatismus und Herzleiden) beantragte die Leitung des Gefängnisses beim Generalstaatsanwalt am 24.2. Haftunterbrechung. Da nichts erfolgte, bat J. am 16.4. Holstein, sich für sie in Berlin einzusetzen. Am 29.4.1944 (!) wurde die Vollstreckung der Strafe für sechs Monate bis zum 1.11. unterbrochen.

J. kehrte in ihre Wohnung in Berlin-Nikolassee, Palmzeile 6, zurück. Als sie am 2.6.1944 Margot Kaufmann besuchte – vom Tod Franz Kaufmanns wussten beide Frauen noch nichts –, erlitt sie in deren Wohnung einen schweren Herzanfall, der zum Tode führte. Am 7.6. wurde sie auf dem Friedhof in Berlin-Nikolassee beerdigt. Die Trauerfeier, an der acht BK-Pfarrer teilnahmen, hielt der Pfarrer der BK-Gemeinde Berlin-Friedenau, Wilhelm Jannasch, über Kol 1,24. Er sagte: Das „Grosse und Entscheidende in ihrem Leben [habe sich] in diesen paar letzten Monaten zusammengedrängt [...], nicht in Kraft eines besonders weiten Blickes, sondern einfach im Fortgang des kleinen täglichen Gehorsams, der sie dazu zwang, bedrängten Brüdern und Schwestern in besonderer Weise eine Trösterin und Helferin zu sein."

Quellen: Stadtarchive Kassel (Meldekartei) und Lörrach (Protokoll des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes vom 14.8.1929); Alice-Salomon-Archiv Berlin: Best. FS 3 (Prüfungsakten Jahrgang 1926–1928); LA Berlin: A Rep. 355, Nr. 18617, 18621; EZA Berlin: 50/23/2-42 (Unterlagen über die Haft 1943/44: Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll, Anklageschrift, Korrespondenz Dr. Holsteins, Formular über die Haftunterbrechung, Würdigung Günther Harders); Briefe von Maria Sello vom 10.11.1991 und 5.9.1996 einschließlich der Ansprache Pfr. W. Jannaschs bei der Trauerfeier am 7.6.1944.

Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 95–98; K. Rudolph: Sprung, S. 125–128, 161 f.; M. Sello: Leben.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig

Jentsch, Carl Fürchtegott



** 9.2.1899 Kamenz, † 8.5.1945 Helbigsdorf.*
Verh. mit Ruth Käthe, geb. Grütze, zwei Töchter, ein Sohn.
Studium der Theologie bis 1925; 1925 am Kandidatenkonvikt in Bethel/Bielefeld; 1926 Pfarrvikar in Fürstenwalde-Fürstenau, 1926 Ordination; 1927–1929 Pfarrer in Rautenkranz; 1929–1945 Pfarrer in Helbigsdorf.

J. erblickte am 9.2.1899 in Kamenz als ältester Sohn des dortigen Pfarrers Paul Georg Jentsch und seiner Ehefrau Frieda Martha, geb. Endler, das Licht der Welt. Mit seinem jüngeren Bruder Ernst wuchs er gemeinsam auf. Als Schüler besuchte er die Fürstenschule St. Afra in Meißen, und später studierte er Theologie. Nach Beendigung seiner Studien arbeitete er 1925 am Kandidatenkonvikt in Bethel und wurde 1926 Pfarrvikar in Fürstenwalde-Fürstenau, wo er am 6.6.1926 ordiniert wurde. Ab 1927 arbeitete er dann in Rautenkranz. 1929 wurde ihm die Pfarrstelle in Helbigsdorf übertragen. Seine zukünftige Ehefrau Ruth Käthe Grütze, Tochter des Langenauer Pfarrers Johannes Georg Adam Grütze und seiner Ehefrau Käthe Clara, geb. Weishorn, lernte er auf Besuchen bei seinem Bruder Ernst, Pfarrer in Herold, kennen. Die beiden heirateten am 21.4.1932 in der Kirche zu Langenau. Dem Pfarrerehepaar Jentsch wurde 1936 die Tochter Renate, 1937 die Tochter Maria und 1940 der Sohn Gottfried geboren. Im Zweiten Weltkrieg wurde J. aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht zur Wehrmacht einberufen. Am Tag des offiziellen Kriegsendes musste er dennoch sein Leben lassen.

Am Dienstag, den 8.5.1945 und in den Folgetagen zogen Soldaten der Roten Armee durch Helbigsdorf. Die Bevölkerung suchte zum großen Teil Schutz, indem sie zunächst die Häuser verließ und sich am Rand des Dorfes oder im Wald außerhalb verbarg. Der Pfarrer blieb mit seiner Familie am Ort. Am Nachmittag des 8.5. wurde J. von Kantor Lehmann in die Schule gerufen. Dort lag in einem der Klassenzimmer die 23-jährige Schwägerin des Kantors, Leonore Liselotte Hilscher, mit einer schweren Kopfverletzung. Sie war vor einem Soldaten auf den Dachboden des Gebäudes geflüchtet. Dort schlug der Soldat mit einem Löschspaten auf sie ein. Anschließend schleifte er den Körper über drei Treppen hinweg bis hinunter zum Klassenzimmer. Sie erlag noch am Abend dieses Tages ihren Verletzungen. J. begab sich nach dem Hilferuf sofort auf den Weg zur Schule.

Zum gleichen Zeitpunkt sah seine Ehefrau einen Soldaten den Berg zum Pfarrhaus hinaufkommen. Sie verriegelte die Haustür von innen und verbarg sich mit den drei Kindern in der Pfarrscheune. In Sorge und Furcht vor der Gewalt des Soldaten ging die Mutter danach noch einmal ins Haus zurück, um die Eingangstür aufzusperren. In dem Moment, da sie die Tür öffnete, war der Soldat aber bereits um das Haus herum auf den Hof gelangt. In ihrer Not suchte die Mutter nun Schutz bei der Nachbarschaft.

Gleichzeitig berichtete die Küsterin Milda Oehme J., dass der betrunkene Soldat, der das Blutbad in der Schule angerichtet hatte, zum Pfarrhaus gegangen sei, und drängte ihn, nach Frau und Kindern zu schauen. Oehmes konnten auch beobachten, wie J. dem Soldaten in der Tür des Pfarrhauses begegnete. Dieser hatte versucht, wie sich später schlussfolgern ließ, eine Gitarre und eine Uhr mitzunehmen. J.s Kinder wurden Ohrenzeugen von dem folgenden lauten Wortge-

fecht auf dem Hof und den fünf Schüssen. Sie flohen darauf über den Sportplatz und dachten, es wären Schreckschüsse abgegeben worden. Später wurden sie von ihrer Mutter gerufen. Ihr Vater lag tot im Hof. Im Helbigsdorfer Begräbnisbuch wurde der Zeitpunkt des Geschehens mit 17.15 Uhr festgehalten.

Nachdem der tote Körper des Pfarrers in eine Decke gehüllt in die Scheune gebracht worden war, flüchtete die Mutter mit den Kindern in die alte Ziegelei. Dort stellte ihnen Frau Elsbeth Metzler ihr Schlafzimmer zur Verfügung. Die Beerdigungen der Ermordeten fanden am 11.5.1945 statt. Ein Pfarrer war nicht anwesend. Die Feier leitete die Witwe Ruth Käthe Jentsch.

Monate später wurde am 12. Sonntag nach Trinitatis, dem 19.8.1945, 15 Uhr, ein Gedenkgottesdienst für J. gefeiert. Kantor Lehmann spielte hierzu die Silbermannorgel. Nach den Tagebuchaufzeichnungen des Muldaer Pfarrers Walter Kunde hielt Superintendent von Kirchbach diesen Gottesdienst. Der Predigt lag das Bibelwort Joh. 15,16 zugrunde: „Nicht ihr habt mich erwählt, sondern ich habe euch erwählt und bestimmt, dass ihr hingeht und Frucht bringt und eure Frucht bleibt, damit, wenn ihr den Vater bittet in meinem Namen, er's euch gebe." An diesem Gottesdienst nahmen die Pfarrer Grünberg, Brause, Stiehl, Sachsenweger, Hesse und Kunde teil. Im Anschluss an den Gottesdienst wurde ein Kranz am Grab niedergelegt.

Am Himmelfahrtstag 2005 wurde an der südwestlichen Ecke der Helbigsdorfer Kirche ein Gedenkstein für J. mit folgender Inschrift enthüllt: „In Treue zu seinem Auftrag und Bekenntnis wurde Pfr. Carl Jentsch am 8. Mai 1945 im hiesigen Pfarrhof erschossen. + Du handelst treu in dem, was du an den Geschwistern tust. 3 Joh 5."

Quellen: Berichte der drei Kinder von C. F. Jentsch.
Foto: Familienbesitz.

D. *Wüst*

Jung, Edgar Julius, Dr. jur.

* *6.3.1894 Ludwigshafen, † 30.6./1.7.1934 bei Oranienburg.*
Verh. mit Wilhelmine, geb. Küffner, zwei Kinder.
1913–1920 Jurastudium in Lausanne, Heidelberg und Würzburg (unterbrochen durch Kriegsteilnahme 1914–1918, zuletzt als Kampfflieger, und Freikorps Epp-Einsatz 1919); 1920 Staatsexamen und Promotion Dr. jur., Würzburg; 1922 Assessorexamen und Niederlassung als Anwalt in Zweibrücken; 1924–1934 Anwalt und Publizist in München.



Die Schlüsselerlebnisse des evangelischen Lehrersohnes im Blick auf seine spätere politische Entwicklung waren der Weltkrieg und der Kampf im Freikorps Epp gegen die Münchener Räterepublik. J. beteiligte sich ab 1923 am Widerstand gegen die französische Pfalzbesetzung und war 1924 in die Ermordung eines pfälzischen Separatistenführers verwickelt. Aus der Pfalz ausgewiesen, zog die Familie nach München um. Neben seinem Beruf engagierte er sich politisch, zunächst in der DVP. Ende der Zwanziger Jahre wurde er durch seine Schriften (u.a. „Die Herrschaft der Minderwertigen", 1928) zu einem der Hauptvertreter der jungkonservativen Gegner der Weimarer Republik. Er propagierte eine christlich-konservative Revolution mit einer „Wiederverchristlichung" des deutschen Volkes. Den Aufstieg der NSDAP begrüßte er im Juni 1932 in einem Zeitschriftenartikel: „Der Nationalsozialismus [...] ist zu einer stolzen Macht geworden. Wir

freuen uns darüber nicht nur, sondern haben das Unsrige zu diesem Wachstum beigetragen." (K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken, S. 283) Ab Herbst 1932 fungierte er als Berater und Redenschreiber Franz von Papens, dessen Konzept der Einrahmung und Zähmung Hitlers durch konservative Minister er mitentwickelte. Nach der NS-Machtübernahme versuchte J. über Papen die konservativen Kräfte in der Koalitionsregierung zu stärken. Im Sommer und Herbst 1933 sammelte er nach einer schweren seelischen Krise gleich gesinnte Kritiker des Regimes: „Wir sind mit dafür verantwortlich, daß dieser Kerl an die Macht gekommen ist; wir müssen ihn wieder beseitigen" (H. Graml: Edgar-Jung-Kreis, S. 206). Im Februar 1934 warnte er angesichts der brutalen Praxis der NS-Herrschaft in einem Zeitschriftenaufsatz vor einem Selbstausschluss Deutschlands aus dem christlich geprägten Europa: „Man kann nicht einfach den Geist der Macht zum Gott machen; das wäre Dämonie [...]. Gott ist Macht und Liebe, echte Herrschaft deshalb ohne Gerechtigkeit und ohne Liebe undenkbar. Wer Macht nicht in Verantwortung gegenüber Gott ausübt, ist ein Usurpator." (G. v. Norden: Barmer Theologische Erklärung, S. 172) Die Beseitigung des Usurpators Hitler betrieb er nun mit aller Kraft. Mit seinem Kreis bereitete er einen konservativen Staatsstreich vor. Papen sollte Reichspräsidenten Hindenburg dazu bewegen, eine konservative und wohl auch monarchische Staats- und Regierungsform an die Stelle der NS-Herrschaft zu setzen. Auslöser sollte die von J. verfasste, gegen die NS-Politik gerichtete Marburger Rede Papens vom 17.6.1934 sein, in der er auch auf den Kirchenkampf einging: „Es ist zuzugeben, daß in diesem Widerstand christlicher Kreise gegen staatliche und parteiliche Eingriffe in die Kirche ein politisches Moment liegt. Aber nur deshalb, weil politische Eingriffe in den religiösen Bezirk die Betroffenen zwingen, aus religiösen Gründen den auf diesem Gebiet widernatürlichen Totalitätsanspruch abzulehnen." (Ebd., S. 172) Auf Hitlers Veranlassung wurde J. am 25.6. verhaftet. Papens Proteste dagegen blieben erfolglos. Im Rahmen des „Röhm-Putsches" wurde J. in der Nacht vom 30.6. auf den 1.7.1934 in einem Wäldchen bei Oranienburg erschossen. Aus seinem Widerstandskreis wurde in derselben Nacht auch Papens Pressereferent Herbert von Bose in der Vizekanzlei ermordet.

Literatur: H. Graml: Edgar-Jung-Kreis; H. Jahnke: Jung (Lit.!); L. E. Jones: Collaboration; K.-M. Grass: Jung, S. 669–671; G. v. Norden: Barmer Theologische Erklärung, S. 171 f.; K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken, S. 283–288.
Foto: E. Forschbach: Jung (Buchcover-Rückseite).

B. Mensing

Kaftal, Gabriele

** 2.12.1922, † 1943 verschollen.*

Kaftal, Hermann Heinrich

** 26.5.1894, † 1942 erschossen.*
Verh. mit Margherita Dorothea, geb. Meier, zwei Kinder.

Kaftal, Hermann Heinrich

** 11.12.1929 Hamburg, † 1943 verschollen.*
Taufe 21.4.1930; bis 1938 Besuch staatlicher Schulen; 1939 Talmud-Tora-Schule in Hamburg.

Kaftal, Margherita Dorothea, geb. Meier

** 18.5.1902, † 1942 verschollen.*
Verh. mit Hermann Heinrich Kaftal, zwei Kinder.

Hermann Heinrich K. (jun.) wurde am 11.12.1929 als zweites Kind einer christlichen Familie jüdischer Herkunft in Hamburg geboren. Die Taufeintragung in der Kirche Hamburg-Eppendorf benennt bei den Eltern ausdrücklich das lutherische Bekenntnis. Die wenigen Fotos, die von K.s kurzem Leben existieren, zeigen einen lächelnden, rundlichen, kleinen Jungen mit Brille. In der Erinnerung einer ehemaligen Spielkameradin wird er als gutmütig und freundlich beschrieben, ein Junge, der nach drei Jahren Schulbesuch die Volksschule verlassen musste. Der Erlass des Reichserziehungsministers Rust vom 15.11.1938, der besagte, dass es deutschen Lehrern nicht zuzumuten sei, jüdische Kinder zu unterrichten, bzw. den deutschen Schülern nicht zuzumuten sei, mit jüdischen Kindern die Schulbank zu teilen, zwang auch K., seine Schule zu verlassen.

Eine schwere Krankheit verhinderte vorerst den weiteren Schulbesuch. 1939 nahm er den Unterricht wieder auf. Die für ihn zuständige Lehranstalt war nunmehr die Talmud-Tora-Schule, die er bis zu seiner Deportation besuchte.

1940 wurde die Familie in das „Judenhaus" Hagedornstraße eingewiesen, wo sie eine Wohnung mit mehreren anderen Familien teilte. Nach den Nürnberger Gesetzen galten die Eltern trotz der christlichen Konfession als „Volljuden". Insofern trafen auch die dann folgenden Judengesetze die Familie mit voller Härte, neben all den Einschränkungen und Verboten, die das tägliche Leben betrafen, mussten sie den Judenstern tragen, den Namenszusatz Sarah oder Israel annehmen.

Am 7.11.1941 kam für die Familie der Befehl zur „Aussiedlung". Sie wurden am 9.11.1941 nach Minsk deportiert. Ein Überlebender des Holocaust übermittelte die letzten Zeugnisse über das Schicksal der Familie. Niemand hat überlebt. Der Vater, Hermann K., wurde erschossen, nachdem er SS-Schergen angeklagt hatte. Gabriele K. arbeitete als Krankenschwester und erlebte sowohl den Tod der Mutter durch Hunger und Kälte als auch den des Bruders, der in einem Außenkommando schwer arbeiten musste. Über ihren eigenen Tod ist nichts bekannt.

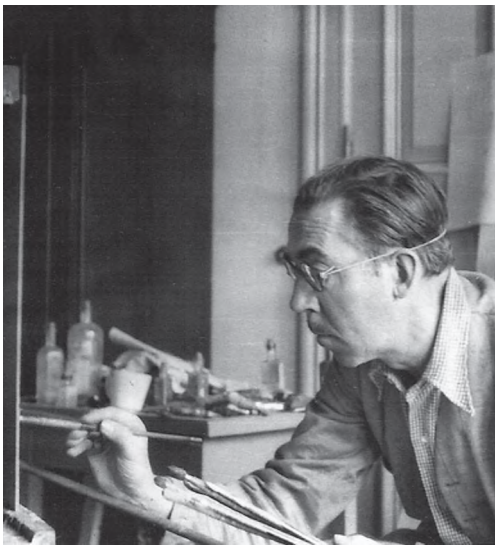
Literatur: C. Pritzlaff: Entrechtet.

S. Lekebusch

Kaiser, Heinrich

** 12.6.1883 Remscheid, † 25. oder 29.6.1946 Dresden. Ledig, ohne Kinder.*

K. wurde als Sohn des Oberlehrers Ludwig Kaiser und seiner Ehefrau Alma, geb. Müller, geboren. Der Kunstmaler und Architekt, der u. a. in der Meisterklasse von Professor Bruno Paul studierte, lebte seit 1910 in Berlin. Seine Arbeit wurde in der Fachwelt sehr geschätzt. Dem nationalsozialistischen Regime stand er schon früh ablehnend gegenüber und machte seine Haltung auch öffentlich. Dadurch brachte er sich in eine gefährlich Lage, weil er seine Wohnung mit einem Kunstmaler teilte, der das neue Regime unterstützte. Als seine Brüder Ludwig und Hermann mit



ihrer Arbeit im Widerstand begannen, entwickelte sich zwischen den Dreien ein reger Informationsaustausch. K. hörte ausländische Radiosender und stellte sein Atelier für Besprechungen mit Carl Goerdeler und anderen Angehörigen des Militärs zur Verfügung. Zudem knüpfte er in seiner Werkstatt Verbindungen zum Arbeiterwiderstand und zu holländischen Widerstandskämpfern.

Einen Tag nach dem Attentat vom 20.7.1944 wurde er zusammen mit seinen Brüdern in Kassel-Wilhelmshöhe verhaftet und in das Zuchthaus Kassel-Wehlheiden gebracht. Da ihm die Gestapo nichts nachweisen konnte, wurde er am 25.10.1944 bedingt aus dem Zuchthaus entlassen. Demzufolge stand er nachfolgend unter Beobachtung der Gestapo. Sie konnte seine Spur aber nicht weiterverfolgen. Durch die Haft verschlimmerte sich ein kompensiertes Herzleiden, an dessen Folgen K. Ende Juni 1946 starb.

Literatur: P. Kaiser: Verbindung, S. 449 f., 560 f. (Lit.!); Ders.: Kaiser, S. 4–7; G. Hüttisch: Kaiser, S. 27–36; G. Ringshausen: Widerstand, S. 261–300; G. van Roon: Kaiser, S. 263, 271, 286.
Foto: Privatbesitz.

C. Bendick

Kaiser, Hermann



** 31.5.1885 Remscheid, † 23.1.1845 Berlin-Plötzensee.*
Ledig, ohne Kinder.
1911 nach dem Studium „Einjähriger"-Offiziersanwärter in Kassel; ab 1912 Lehrer an der Oranienschule in Wiesbaden; Kriegsdienst 1914–1918 und ab 1939.

K. wurde am 31.5.1885 als zweiter Sohn des Oberlehrers Ludwig Kaiser und seiner Ehefrau Alma, geb. Müller, geboren. Mit seinen Geschwistern wuchs er in einem nationalliberalen Elternhaus auf. Die Achtung der Menschenwürde und die Ehrfurcht vor der göttlichen Schöpfung spielte bei der Erziehung eine wichtige Rolle. Nach seinem Schulabschluss studierte K. Mathematik, Physik, Geschichte sowie Kunstgeschichte und strebte ebenso wie sein Vater das Lehramt an.

Im Jahr 1914 kämpfte K. als Offiziersanwärter im 1. Nassauischen Feldartillerieregiment Nr. 27 an der Westfront. Obwohl er in politischen Diskussionen häufig zum Maßhalten mahnte, sprach er sich für die Festigung und Vergrößerung des Kolonialreiches und für den wirtschaftlichen Vorrang Deutschlands in Kleinasien aus.

Der Weimarer Republik stand K. skeptisch gegenüber und hoffte, dass der Nationalsozialismus die Lage des Deutschen Reiches verbessern würde. Mit besonderer Genugtuung erfüllte ihn, dass das neue System wehrfreudig gestimmt war. Deshalb trat K. im April 1933 in die NSDAP ein. Negative Erfahrungen mit der neuen Regierung, u.a. die Folgen des sog. Röhmputsches, führten dazu, dass sich K. von der Partei wieder distanzierte. Zu diesem Sinneswandel trug aber auch die ablehnende Haltung seiner Brüder bei: Ludwig Kaiser äußerte sich als stellvertretender Leiter des Kasseler Finanzamtes schon Ende der 1920er Jahre negativ über verschiedene Anhänger der neuen Regierung und gewann den sich anschließenden Ehrenprozess gegen die Brüder Oswald und Roland Freisler in zweiter und dritter Instanz. Auch der Architekt und Maler Heinrich Kaiser verlieh seiner Missbilligung gegenüber dem neuen Regime Ausdruck.

Im Zweiten Weltkrieg diente K. ab 1940 beim Oberkommando des Heeres. Er war Teil des Stabs des Chefs der Heeresrüstung und des Befehlshabers des Ersatzheeres unter dem Befehl von Friedrich Fromm. Dort wurde ihm u. a. die Aufgabe zuteil, das Kriegstagebuch zu führen. Seine Kriegsbegeisterung währte jedoch nur bis September 1939, wie ein Brief an seine Schwester zeigt: „Wir müssen in nächster Zeit viel aushalten und werden das auch können, wenn wir unser Schicksal in Gottes Hand geben." (G. van Roon: Kaiser, S. 265)

Bei einem Einsatz in Posen zu Beginn des Krieges schockierte ihn vor allem, dass das Vorgehen der Einsatzkommandos nicht öffentlich diskutiert wurde. Hier regte sich in ihm wohl zum ersten Mal der Gedanke an Widerstand. Es war wahrscheinlich im Januar 1941, als K. mit Generalstabschef Ludwig Beck zusammentraf und die Möglichkeit des Widerstandes erörterte. Beck brachte K. dann mit Carl Goerdeler in Kontakt, und die drei diskutierten die Möglichkeiten eines Staatsstreiches. Zunächst war ihr Plan, Hitler gefangen zu setzen und für seine Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, da sie seine Ermordung nicht mit ihrer christlichen Gesinnung in Einklang bringen konnten. In der folgenden Zeit wurde K.s Dienststelle und z. T. auch die seines Bruders Ludwig zum Treffpunkt des Widerstandes, dessen Arbeit sich durch die sich abzeichnende Nieder-

lage im Russlandfeldzug verstärkte. Nachdem Hitler den Generälen die Schuld an der Misere gegeben hatte, wuchs in den Widerstandskreisen der Wille zur Aktivität. Doch die militärische Basis für eine konkrete Handlung war zu schwach, da viele Generäle sich nicht zum Vorgehen gegen Hitler bereit finden konnten.

K.s Kontakte erweiterten sich im Jahr 1942: Goerdeler führte ihn sowohl beim katholischen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser ein als auch bei Oberst Wilhelm Staehle, dem Kommandanten der Invalidensiedlung in Berlin-Frohnau. Letzterer war Goerdelers Verbindungsmann für die Niederlande. K. drängte immer stärker auf ein Attentat auf Hitler, wobei er sich auch hier auf seine christliche Verantwortung berief: „Richtig ist es wohl, wenn man bemerkt hat, daß das Luthertum immer einen konservativen Charakter gehabt habe, ein revolutionärer Zug aber von Anfang an der reformierten Konfession eigen gewesen sei. […] Aber der harten Lehre vom unbedingten Recht der bestehenden Obrigkeit stellte Luther seine Auffassung von den Schranken der weltlichen Gewalt gegenüber, die der Seele nicht befehlen könne." (Ebd., S. 272) K. hatte jedoch keine Truppen, mit denen er die Aktion hätte beschleunigen können, und konnte demnach als Verbindungs- und Vertrauensmann nur die gewünschten Kontakte mit Beck und Goerdeler herstellen und versuchen, die Unstimmigkeiten, z. B. mit den Anhängern des Kreisauer Kreises, den Aufbau des „neuen Staates" betreffend, auszuräumen. Das brachte ihm die Bezeichnung „die Seele der Bendlerstraße" ein. Im sog. neuen Staat war K. zunächst als Kultusminister vorgesehen, lehnte diesen Posten jedoch ab. Trotzdem erklärte er sich bereit, die Arbeit eines Staatssekretärs im genannten Ministerium zu übernehmen. Dazu kam es aber nicht mehr. K. erfuhr bei der Taufe seines Neffen in Kassel, dass das Attentat auf Hitler am 20.7.1944 fehlgeschlagen war. Da er belastendes Material bei sich trug, verabredete die Familie, die Unterlagen am nächsten Tag im Kinderwagen zu Apotheker Cybulla zu bringen und dort zu verstecken. Doch das Haus seiner Schwester, indem K. genächtigt hatte, war am nächsten Morgen von der SS umstellt. Die Frauen konnten noch eines der bereitgelegten Papierbündel vernichten, das andere fiel der Gestapo in die Hände. So wurde K. am 21.7.1944 in Kassel gemeinsam mit seinen Brüdern Ludwig und Heinrich verhaftet. K. wurde in Handschellen nach Wiesbaden gebracht. Dort wurde seine Wohnung durchsucht. Später wurde er nach Berlin ins Gestapogefängnis überstellt und während der Verhöre gefoltert. Im Prozess am 17.1.1945 wurde K. zum Tode verurteilt. Er wurde am 23.1.1945 in Plötzensee gehängt.

Literatur: L. Bembenek/A. Ulrich: Widerstand, S. 375, 396–398 (Lit.!); P. Kaiser: Verbindung, S. 558–560 (Lit.!); Ders.: Kaiser, S. 4–7; G. Hüttisch: Kaiser, S. 27–36; G. Ringshausen: Widerstand, S. 261–300; G. van Roon: Kaiser, S. 259–286 (Lit.!).

Foto: GDW.

C. Bendick

Kasenzer, Ernst

** 19.6.1891 Skingirren (Ostpreußen), † 1.2.1943 KZ Dachau.*

Verh. mit Hanna, geb. Müller, zwei Töchter.

Nach Abschluss des Gymnasiums Kaufmannslehre; dann Volksmissionar im Evangelisationsdienst an landeskirchlichen Gemeinden in ganz Deutschland; zuletzt in Thüringen.

Wegen seiner eindringlichen volksmissionarischen Verkündigung kam K. nach 1933 wiederholt in Konflikt mit nationalsozialistischen Instanzen, die seine Tätigkeit argwöhnisch beobachteten. Die Verweigerung des Hitler-Grußes, in dem K. eine Verleugnung des ersten Gebotes sah, führte am 5.3.1942 zu seiner Verhaftung. Auch beim Verhör vor der Gestapo legte er ein unerschrockenes Bekenntnis zu Christus als dem einen Herrn ab. Als seine Frau versuchte, die Haftentlassung aus dem Polizeigefängnis in Weimar zu bewirken, wurde ihr bedeutet, K. solle erst einmal seine Gesinnung ändern.

Von Weimar kam K. für ein Vierteljahr in das KZ Buchenwald und wurde dann am 26.6.1942 in den Pfarrerblock des KZ Dachau überführt. In seinem letzten Wort an seine Frau sagte er: „Für meinen Herrn und Heiland laß ich mir den Kopf abschlagen. Ich unterschreibe nichts." (Mitteilung von Hanna Kasenzer an W. Oehme vom 12.1.1973) Seinen wenigen Briefen aus dem KZ ist zu entnehmen, dass K. immer wieder Trost und Stärkung aus der Bibel empfing; Mithäftlinge haben bezeugt, dass er sein Los vol-



ler Glaubenszuversicht trug und auch im Lager, wo immer es ging, Zeugnis von Jesus Christus ablegte.

K. war den Strapazen der Arbeitskommandos und den Entbehrungen des Lagerlebens gesundheitlich jedoch nicht gewachsen. Er starb am 1.2.1943 an Entkräftung; in der amtlichen Todesnachricht wurde als Todesursache Lungenentzündung angegeben.

Quellen: Landeskirchliches Archiv Dresden: Nachlass W. Oehme.
Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 86–89; J. Erb: Blutzeugen, S. 48 f.; W. Oehme: Märtyrer, S. 118–120.
Foto: B. H. Forck: Glauben (unnummerierte Bildseite).

C. Nicolaisen

Kaszemeik, Richard Felix

* *19.9.1914 Erfurt,* † *27.11.1944 in Kurland (Lettland). Ledig, ohne Kinder.*

1928–1931 Besuch der kaufmännischen Berufsschule und Ausbildung bei dem „Verein Kreditreform" in Erfurt; 1932 Dienstleistung beim freiwilligen Arbeitsdienst der Stadt Erfurt; 1933–1935 Schreibhilfe bei der Stadtverwaltung Erfurt; Entlassung aus politischen Gründen; 1936–1937 kaufmännischer Angestellter bei der Firma Opel in Erfurt; 1941–1942 Beschäftigter der Firma I. C. Schmidt (Blumenschmidt) in Erfurt; 1929–1933 Mitglied der pazifistischen „Deutschen Friedensgesellschaft" (DFG) bis zu deren gewaltsamer Auflösung.

Der uneheliche Sohn einer Fabrikarbeiterin und eines kaufmännischen Angestellten in Leipzig äußerte nach der Musterung 1935 gegenüber der Gestapo: „Einem Gestellungsbefehl zum Arbeitsdienst oder zum Dienst beim Heer werde er freiwillig keine Folge leisten, da er für den heutigen Staat mit der Waffe nicht kämpfen könne." (Feldurteil des Reichskriegsgerichts vom 18.5.1943) Im Dezember 1936 wurde er wegen Gehorsamsverweigerung zu einer Arreststrafe verurteilt, weil er beim Exerzieren das Maschinengewehr fallen ließ. Am 7.12.1937 wurde er wegen eines vorgetäuschten Selbstmordversuchs bei der Wehrmacht vom Gericht der 29. Division zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er bis zum 14.6.1938 im Wehrmachtgefängnis Germersheim verbüßte. Fortlaufend verweigerte er unter Berufung auf seine Weltanschauung den Gehorsam. Das Gericht der 33. Division verurteilte ihn am 9.6.1938 wegen erschwerter Gehorsamsverweigerung zu 14 Monaten Festungshaft und zur Dienstentlassung. Auf Berufung des Gerichtsherrn wurde das Urteil aufgehoben, und K. wurde am 5.7.1938 vom Gericht des XII. Armeekorps zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er im Strafgefängnis Mannheim und im Gefangenenlager Rodgau bis zum 4.1.1941 verbüßte. Am 6.7.1942 erfolgte die erneute Einberufung zur Wehrmacht in die Sonderabteilung (H) IX für „disziplinlose, vorbestrafte Soldaten" in Schwarzenborn. Auch dort äußerte K. seine Überzeugung, „daß sich der Dienst mit seiner Weltanschauung nicht vereinbaren ließe" (ebd.). Am 15.7.1942 unternahm er einen erfolglosen Selbstmordversuch. „Als Pazifisten und überzeugten Gegner jeder militärischen Betätigung habe ihn seine Inkonsequenz gequält […]" (ebd.). Am 13.7.1942 sagte er zu einem Leutnant: „Ich habe heute morgen vor die Front treten und erklären wollen: Ich will nicht mehr! Ich kann es mit meiner inneren Überzeugung nicht vereinbaren, Soldat zu sein." (Ebd.) Am Tag darauf erklärte er seine Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes und dass er „einer

pazifistischen Vereinigung angehört habe, die eine Einigung Europas ohne Kriegführung erstrebe. Ein Krieg hätte auf jeden Fall vermieden werden können." (Ebd.) Bei dieser Haltung blieb er.

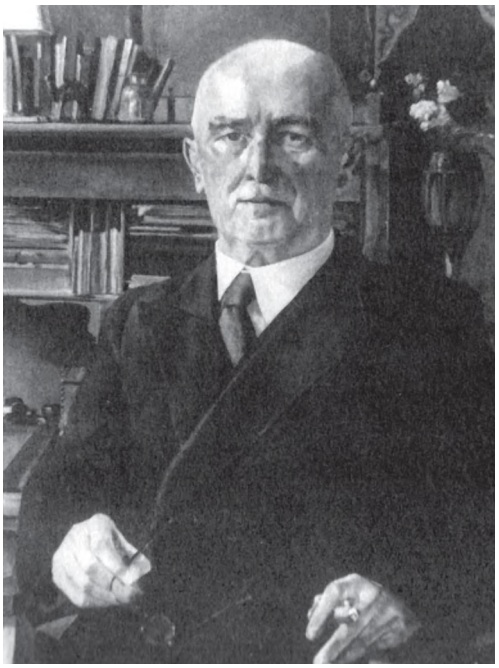
Wegen Zersetzung der Wehrkraft nach § 5 Abs. 1 Nr. 3 KSSVO wurde K. am 28.9.1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 18.5.1943 wegen des Widerrufs seiner Kriegsdienstverweigerung auf drei Jahre Gefängnis gemildert. K. wurde im Juni 1943 vom Wehrmachtgefängnis Torgau-Fort Zinna zur Feldstrafgefangenenabteilung 17 im Osten abgestellt. Infolge einer Verwundung kam er in ein Heimatlazarett, von wo er zum Ersatztruppenteil für Feldstrafgefangenenabteilungen nach Anklam entlassen wurde. Am 14.9.1944 wurde er der „Bewährungstruppe" Inf. Btl. z. b. V. 540 überstellt. Im Oktober 1944 kam er an der Ostfront in Kurland von der Truppe ab. Das in Lettland zusammengetretene Gericht der 263. Infanterie-Division verurteilte ihn am 27.10.1944 wegen „Fahnenflucht" zum Tode. Am 27.11.1944 wurde K. als Deserteur erschossen. In seinem letzten Brief an seine Mutter schrieb er: „Ich will weiter nichts schreiben, ich will auch nicht über meine Richter urteilen, Gott wird alles richten und gut machen. Nur eines will ich schreiben: Ich bin glücklich, in diesem Kriege und in meinem Leben keinen Menschen getötet oder ein Leid zugefügt zu haben." (Kriegsgerichtsakte Kaszemeik, BA-ZNS)

Quellen: Militärhistorischen Archiv der Tschechischen Republik in Prag, Best. „Reichskriegsgericht": Feldurteil des Reichskriegsgerichts gegen Richard Felix Kaszemeik vom 18.5.1943; BA-ZNS Aachen-Kornelimünster: Best. des Gerichts der Division 159 (Nr. 342): Kriegsgerichtsakte Richard Felix Kaszemeik.

Literatur: N. Haase: Reichskriegsgericht, S. 88–94.

N. Haase

Kaufmann, Emil *Alfred*, Dr. phil.



* *20.12.1868 Kälbertshausen (Baden),* † *14.1.1946 Heilbronn.*

Verh. in 1. Ehe mit Anna, geb. Sandritzki, eine Tochter, ein Sohn, verwitwet, in 2. Ehe mit Helene, geb. Freiin von Strombeck, ein Sohn, geschieden.

1887–1892 Studium in Straßburg, Halle und Heidelberg; freiwilliger Militärdienst in Straßburg; 1892–1895 Vikar in Liedolsheim (Baden), Vikar und Lehrer in Jerusalem, Pfarrverwalter in Alexandria (Ägypten), Pastorationsgeistlicher in Neustadt (Schwarzwald); 1895–1907 Pfarrer und Lehrer in Alexandria; ab 1907 Pfarrer in Kandern, ab 1909 in Lahr (Baden); 1914–1918 Militärgeistlicher; 1919 Pensionierung; 1920–1924 Studium der Fächer Geographie und Ägyptologie in Heidelberg; 1924–1929 freier Wissenschaftler in Weinheim a. d. Bergstraße; 1929 Promotion im Fach Geographie in Gießen; 1929–1942 freier Wissenschaftler in Gießen; ab 1935 stellvertretender Vorsitzender des Orient-Instituts in Frankfurt a. M.

K., der in der kinderreichen Familie eines badischen Pfarrers aufwuchs, studierte Theologie mit dem Ziel, Pfarrer zu werden, besuchte jedoch auch Vorlesungen in Geographie und anderen Fächern der Philosophischen Fakultät. Sein Interesse am Nahen Osten führte ihn nach Jerusalem, wo er für zweieinhalb Jahre in Schule und Verwaltung des Syrischen Waisenhauses tätig war, das der schwäbische Chrischona-Bruder Johann Ludwig Schneller 1860 gegründet hatte. Während seines langjährigen Dienstes in der deutschen evangelischen Gemeinde in Alexandria befand sich unter seinen Schülern der spätere Stellvertreter Hit-

lers, Rudolf Heß, zu dessen Familie K. bis Ende der 1930er Jahre Kontakt hatte. In Alexandria lernte er Arabisch und beschäftigte sich intensiv mit der dortigen Kultur. Im Ersten Weltkrieg wurde er als Militärgeistlicher zeitweise in Palästina eingesetzt. 1919 ließ er sich aus gesundheitlichen Gründen zunächst vom Pfarramt beurlauben und dann in den Ruhestand versetzen. Er trat in die DNVP ein, der er bis 1929 angehörte, und war zeitweilig Führer der deutschnationalen Jugend in Weinheim.

In den folgenden Jahren ging K. mit großem Engagement seinen orientalistischen Interessen nach. Er studierte in Heidelberg Geographie, Ägyptologie und verwandte Fächer und reiste zu Forschungszwecken in den Orient. 1929 ließ er sich in Gießen nieder. Dort war er nach seiner Promotion als Mitarbeiter des Geographen Fritz Klute an der Bearbeitung eines Handbuchs über Afrika beteiligt. Er redigierte die „Orient-Rundschau", das Organ des Bundes der Asienkämpfer, Balkankämpfer und Orientfreunde, dem er seit 1920 angehörte, und unternahm zahlreiche Vortragsreisen.

Den Nationalsozialismus beurteilte K. nach anfänglicher Sympathie zunehmend als kulturlos und religionsfeindlich. Aus diesem Grund verweigerte er nationalsozialistischen Einrichtungen wie der NS-Volkswohlfahrt und dem Winterhilfswerk seine Unterstützung. In der Kreisleitung der NSDAP galt er 1938 als politisch unzuverlässiger Vertreter einer starren religiösen Haltung, der sich „[v]on seinem Standpunkt als Theologe [...] weder mit der Judenfrage befreunden, noch den Sinn der Volksgemeinschaft verstehen" könne (Auskunft der NSDAP-Kreisleitung Wetterau an die Adjutantur des Stellvertreters des Führers, 9.8.1938, zitiert nach J.-P. Jatho: Freitagskränzchen, S. 53).

Gegen Ende der 1930er Jahre traf er sich öfters mit einigen Pfarrern im Gießener Haus des evangelischen Wingolfsbundes, dem er seit 1887 angehörte, zum offenen Meinungsaustausch über politische Themen. Bei diesen Treffen lernte ihn die Gestapo-Agentin Dagmar Imgart kennen, deren Mann als Archivar des Wingolfsbundes tätig war und die mit ihrer Familie im selben Haus wohnte. Vom Frühjahr 1941 an lud K. des Öfteren Bekannte zu sich in die Wohnung, um mit ihnen ausländische Rundfunksendungen zu hören und über die politische Lage zu diskutieren. Dieses sog. Freitagskränzchen bestand aus insgesamt etwa einem Dutzend christlich geprägten Frauen und Männern unterschiedlicher Konfession, die dem Nationalsozialismus distanziert gegenüberstanden. Neben dem Kunstmaler Heinrich Will und dessen Frau Elisabeth gehörten auch der Pfarrer Ernst Steiner, der bereits an den Gesprächsrunden im Wingolfsbund beteiligt gewesen war, und dessen Frau Helene zu diesem Kreis. Die meisten von ihnen stammten aus dem Bildungsbürgertum und waren seit Jahren miteinander bekannt. Ende 1941 ließ sich auch Dagmar Imgart zu diesen Treffen einladen und denunzierte die Beteiligten. Am Abend des 6.2.1942 wurde K. zusammen mit fünf Gästen in seiner Wohnung von der Gestapo verhaftet. Das Ehepaar Steiner und drei weitere Angehörige des Kreises, die dieser Versammlung ferngeblieben waren, wurden in den folgenden Tagen verhaftet. Die zum Schein ebenfalls festgenommene Denunziantin wurde wenige Stunden später wieder freigelassen.

Die Verhafteten wurden am folgenden Tag in das Gestapo-Gefängnis in Darmstadt verbracht. Aus der Nachbarzelle konnte K. die Schreie Ernst Steiners hören, der von den Wärtern zu Tode gefoltert wurde. Am 21.7.1942 wurde K. zusammen mit Heinrich Will vom Volksgerichtshof in Darmstadt wegen landesverräterischer Feindbegünstigung und Rundfunkverbrechen zum Tode verurteilt und wenige Wochen später ins Strafgefängnis Frankfurt-Preungesheim gebracht. Als „tiefste Tiefe meines Lebens" bezeichnete K. in einem Bericht, den er kurz vor seinem Tode niederschrieb, seine Haft dort: „Nur wer es durchgemacht hat, kann sich vorstellen, was es heißt, monatelang jede Nacht die Henkersknechte erwarten zu müssen, die einen zur Hinrichtung abholen sollten! Da schreit die Seele zu Gott, da erscheint es einem unfaßbar, daß Menschen andere Menschen so quälen können [...]" (zitiert nach K. Heyne: Widerstand, S. 265). Die badische Landeskirche entfernte ihn am 7.9.1942 aus dem Dienst, sodass er seine Versorgungsansprüche verlor. Am 13.2.1943 wurde er zu acht Jahren Zuchthaus begnadigt und, körperlich völlig entkräftet, in das Gefängnis in Butzbach verlegt. Dort befreite ihn am 1.4.1945 das amerikanische Militär. Mittellos und durch die Haft noch immer geschwächt, fand er bei verschiedenen Angehörigen und Freunden Aufnahme. Wenige Monate später starb er in einem Heilbronner Krankenhaus an den Folgen eines Schlaganfalls.

Quellen: LKA Karlsruhe, PA 2159 Bd. I und II: Personalakte Alfred Kaufmann; LKA Stuttgart, K8/5: Protokolle der Vorstandssitzungen des Syrischen Weisenhauses in Jerusalem; Universitätsarchiv Gießen, Phil Prom Nr. 2310: Promotionsakte Alfred Kaufmann.

Literatur: H. Adamo: Kaufmann-Will-Kreis (Lit.!); K. Dienst: Christen; B. Gentges u. a.: Heinrich Will (Lit.!); K. Heyne: Widerstand, S. 216–226, 261–276; J.-P. Jatho: Freitagskränzchen (Lit.!).

Foto: B. Gentges u. a.: Heinrich Will, S. 271 (Gemälde von Heinrich Will).

A. Kurschat

Kaufmann, Franz, Dr. jur.

* *5. 1. 1886 Berlin, † 17. 2. 1944 KZ Sachsenhausen/Oranienburg.*

Verh. in 1. Ehe mit Alexa Heubes, geb. Josephi; ab 1934 in 2. Ehe mit Margot, geb. von Walther, eine Tochter.

1904 Abitur in Berlin; 1904–1908 Jurastudium in Heidelberg, München, Halle, Berlin; 1908 jur. Staatsexamen; 1908–1914 Referendar in Berlin und Kiel; 1909–1910 Militär; 1914 Große Staatsprüfung; 1914–1919 Kriegsteilnehmer; 1919 Dr. jur. in Kiel; 1919–1922 Assessor im Magistrat von Berlin-Charlottenburg; 1922 Finanzreferent im preußischen Innenministerium; 1922–1928 Referent im Reichsfinanzministerium; 1923 Oberregierungsrat; 1928–1935 Generalreferent beim Reichssparkommissar bzw. ab 1934 beim Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches; 30. 12. 1935 Zwangspensionierung aus rassischen Gründen, 1942 Zwangsarbeit bei der Firma Ferdinand Kranefeld.



K. wurde von seinen jüdischen Eltern national und evangelisch erzogen, später auch getauft. Nach den NS-Rassegesetzen galt er aber als „Volljude". Nach der Geburt einer Tochter 1940 galt er als in „privilegierter Mischehe" lebend und war vorerst vor den schlimmsten Auswüchsen der Rassenverfolgung geschützt.

Nach der Zwangspensionierung begann Kaufmann als Gasthörer Theologie in Berlin zu studieren und ging religiösen, philosophischen, soziologischen Interessen nach. Er wurde Mitglied der Dogmatischen Arbeitsgemeinschaft der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem, die zunächst Pastor Helmut Gollwitzer, ab 1940 Hildegard Schaeder, leitete. Er besuchte mehrere Haus-Bibelkreise für Christen jüdischer Herkunft und einen Kurs für Laienordination der BK. Obwohl Kaufmann mit mehreren BK-Pfarrern (Gollwitzer, Wilhelm Jannasch, Eitel-Friedrich von Rabenau, Theodor Burckhardt u. a.) verbunden war, wurden er und seine Frau erst 1943 Mitglieder der BK. In der Dogmatischen Arbeitsgemeinschaft lernte K. den ebenfalls rassisch verfolgten Dr. Georg Hamburger kennen, der als Laienprediger für die Zeit nach der Deportation – er kam 1943 nach Theresienstadt – ausgebildet worden war. In den Bibelkreisen in Dahlem und Halensee lernte er einige seiner späteren Mitarbeiterinnen in der Judenhilfe kennen. Um eine Möglichkeit zur Emigration bemühte sich K. erst nach dem Novemberpogrom 1938. Trotz Unterstützung durch Vertreter der Ökumene (Birger Forell, Rhenus Gelpke, Adolf Freudenberg u. a.) blieb er erfolglos.

Nach Bekanntwerden der ersten Deportationen begann K., Helfer und Helferinnen zu gewinnen, um rassisch Verfolgten zu helfen. Mit zunehmender Dringlichkeit fragte er: „Wo ist unsere Gemeinschaft im Glauben, wenn wir die Gefahr der Verfolgten nicht mit ihnen teilen? […] Sollen wir weiterleben, als wenn nichts geschehen wäre?" (H. Jacobs: … als wenn

nichts geschehen wäre, S. 63) Die Unbedingtheit seines Appells überzeugte einige, die in ihm eine einmalige Persönlichkeit, eine „Perle“ (ebd.) sahen, andere bezeichneten ihn als „Amokläufer“, weil er sich selbst und andere dadurch gefährde. Zunächst versuchte er, mittels seiner alten Beziehungen zu Beamten und Ämtern zu helfen. Als die Deportationen ab Oktober 1941 zur Regel wurden, sagte er: „Nun müssen wir wenigstens so viele wie möglich vor dem sicheren Tode zurückhalten und irgendwo verbergen. Es gilt Menschenleben zu retten. Jedes Mittel ist recht!“ (H. Jacobs: Menschen, S. 84) Er versuchte, die zur Deportation Aufgerufenen zum „Sprung ins Nichts“, zu einer illegalen Existenz unter falschem Namen zu ermutigen. Das war nur durch illegale Mittel (Ausweisfälschungen, auf dem Schwarzmarkt erworbene Lebensmittelkarten, wechselnde Unterkünfte u. a.) möglich. Seine Helfer und Helferinnen bildeten nicht, wie es in der Literatur heißt, die „Gruppe Kaufmann“, sondern verteilten sich auf mindestens vier personell, aber auch in den Formen ihrer Hilfe verschiedene Kreise, in denen K. jeweils die treibende Kraft war. Er hatte auch zu anderen kirchlichen und jüdischen Helfergruppen Verbindung.

Durch eine Denunziation kam die Gestapo Kaufmann auf die Spur. Nach der Verhaftung von Ernst Hallermann und Helene Jacobs, seiner engsten und furchtlosen Mitarbeiterin, wurde Kaufmann am 19.8.1943 verhaftet. Die während der Verhöre und Folterungen der Gestapo bekannt gewordenen und erpressten Namen von 46 rassisch Verfolgten, denen Kaufmann geholfen hatte, wurden verhaftet, deportiert und ermordet. Am 10./11.1.1944 verurteilte das Sondergericht III beim Landgericht Berlin mehrere seiner Helfer und Helferinnen zu zum Teil mehrjährigen Zuchthausstrafen. Kaufmann selber blieb während dieser Zeit in der Gestapo-Sammelstelle Große Hamburger Straße in Berlin in Haft. Weil er als „Volljude“ der Justiz entzogen war, wurde er auf Befehl der Gestapo am 17.2.1944 ins KZ Sachsenhausen gebracht und dort sofort erschossen.

Die Urteile gegen einige Helferinnen Kaufmanns wurden nach 1945 aufgehoben. 1969 wurde der „Fall Kaufmann“ noch einmal vor dem Landgericht Berlin aufgerollt, die Ermittlungen aber 1972 eingestellt, weil die beschuldigten Gestapobeamten nicht mehr auffindbar waren.

Quellen: LA Berlin, A Rep. 355, Nr. 18617-18627 (1 Gew. K.Ls. 203/43, gg. Hallermann u. a.): Gestapo-Vernehmungsprotokolle 1943; LA Berlin, B Rep. 057-01, Nr. 233-339 (1 Js 1/69): Wiederaufnahmeverfahren 1969; BArch Berlin, R 2301, PA 1191: Personalakte Kaufmann; LABO Berlin (Entschädigungsamt): Akte 10834 (Kaufmann); LKA Bielefeld, Best. 5,1-400/1; EZA Berlin, Best. 686/453/3 einzelne Korrespondenz.

Literatur: H. Jacobs: Illegalität; Dies.: Menschen; F. Kroh: David, S. 92–102; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 233–237, 242–248; K. Rudolph: Kaufmann (Lit.!); Dies.: Sprung.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig

Kayser, Elisabeth, geb. Berger

**2.2.1874 Berlin, †16.5.1942 Warschau.*
Verh. mit Richard Kayser, zwei Kinder.

Im 19. Jahrhundert wurden Mädchen bürgerlicher Familien oft von der Berufsausbildung ausgeschlossen. Auch K.s Vater, ein Fabrikant, erlaubte seiner Tochter nicht, einen Beruf zu erlernen. Wie er war auch ihr Mann, Richard Kayser (1872–1925), Teilhaber an Firmen, die Stoffe herstellten. 1914 meldete er sich freiwillig zum Kriegseinsatz. Nach kurzer Tätigkeit als Dolmetscher in einem Offiziersgefangenenlager wurde er Referent für Textilfragen in der Rohstoffabteilung des Preußischen Kriegsministeriums, die Walter Rathenau leitete. Um dieses Amt antreten zu können, musste er sich taufen lassen. K. und ihr Mann waren Kinder jüdischer Eltern, aber nicht mehr jüdisch erzogen worden. Am 17.9.1916 wurden sie und ihre beiden Töchter, Charlotte (1899–1989) und Leonore (1906–2003), getauft. Weil Richard Kayser die Taufe aus Berufsgründen und nicht aus voller Überzeugung empfing, hatte er Gewissenskonflikte. Seine Frau Elisabeth – genannt Else – wünschte sich die Taufe schon lange.

Nachdem ihre beiden Töchter aus dem Kleinkindalter heraus waren, leistete K. ehrenamtlich Sozialarbeit: Zum Beispiel im Ersten Weltkrieg in Volksspeisungsküchen und nach 1918 in einer Milchküche, die ein Herr Abraham zur Versorgung notleidender Familien gestiftet hatte. Um ihrem Mann im Betrieb zu helfen, lernte sie nach 1918 Stenographie und Schreibmaschine. 1925 half sie in einem Verein für Kindererholung. Nach 1933 arbeitete sie in verschiedenen Hilfsstellen



für Christen jüdischer Herkunft. Ihre Tochter Leonore erinnert sich: „Meine Mutter war ein tapferer, tatkräftiger Mensch, immer hilfsbereit, klein von Gestalt, aber von großer Energie in allen schweren Lagen ihres Lebens“ (Brief vom 20.2.1987).

Mitte der zwanziger Jahre war die schwierige wirtschaftliche Lage der Tuchfabrikation einer der Gründe für Richard Kaysers Freitod. Für seine Frau hatte er mit der Erdmann Hoffmann AG in Sorau (Niederlausitz), deren Mitinhaber er früher war, einen Pensionsvertrag abgeschlossen. Nach seinem Tod musste das erst 1923 erbaute Haus der Familie in Berlin-Dahlem verkauft werden. K. lebte von der kleinen Pension und geringen Mieteinnahmen.

Nach den NS-Gesetzen galten K. und ihre Töchter als „Volljuden“. Sie wurden verschiedene Wege geführt: K. wurde aktives Mitglied der Bekennenden Kirche in Berlin-Dahlem. Charlotte wurde im März 1936 katholisch, ging 1937 nach Frankreich und wurde Dominikanerin. Leonore, die den Buchhändler Ernst Hauswedell geheiratet hatte, wurde Mitglied der Christengemeinschaft in Hamburg. Um den Beruf ihres Mannes nicht zu gefährden, wurde ihre Ehe 1937 geschieden. Man versuchte, ihr ihre Kinder wegzunehmen, um sie deportieren zu können. Sie erhielt Berufs- und Reiseverbot und erlitt weitere Schikanen.

Nach 1933 gehörte K. zum „Paulusbund“, der Selbsthilfeorganisation der Christen jüdischer Herkunft, den Dr. Heinrich Spiero leitete. Die Familie Kayser war mit Spiero bereits seit dem Ersten Weltkrieg eng befreundet. Als 1937 alle „Volljuden“ aus dem Paulusbund ausscheiden mussten, half K. danach im privaten „Büro Spiero“ ihren Mitverfolgten. Als das Büro Spiero 1939 ins „Büro Pfarrer Grüber“ integriert wurde, wurde sie Mitarbeiterin der Wohlfahrtsabteilung, die Dr. Richard Kobrak leitete, der auch von Spiero zu Grüber gekommen war. Sie arbeitete in der Kanzlei der Abteilung und in der Kleiderkammer. Ihre eigene Auswanderung zu den Geschwistern nach England, den Schritt in die Illegalität, um sich der Deportation zu entziehen, oder den Suizid lehnte sie ab. Nachdem sie auch noch den Judenstern tragen musste, schrieb sie Helmut Gollwitzer am 22.2.1942: „Was mir persönlich am schwersten geworden ist, ist das Herausgestelltsein, jedem mitleidigen, aber auch jedem feindlichem Blick preisgegeben“ (G. Schäberle-Koenigs: Weg, S. 240). Zu Georg Hamburger sagte sie kurz vor ihrer Abholung: „Wenn ich jetzt nicht glaube, dass Gott mich ruft, wozu bin ich dann so lange in die Kirche gegangen?“ (Ebd., S. 298) Das Jesajawort „Wer glaubt, der flieht nicht“ (Jes 28,16) habe sie so wörtlich wie möglich verstanden (Urner im Gedenkgottesdienst 1948).

K. nahm in der Bekennenden Kirche an den Kursen zur Laienschulung von Pfarrer Dr. Eitel-Friedrich von Rabenau (Berlin-Schöneberg) teil. Am Abend vor ihrer Abholung ordinierte von Rabenau sie zur Laienpredigerin. Margarete Liebmann berichtet am 2.4.1942 über den Abschiedsgottesdienst der Tochter Leonore Hauswedell, die ihre Mutter selbst in dieser Situation nicht besuchen durfte: „Eine wirkliche Freude im Leid war es für Ihre Mutter, die ja einen ganzen großen Kreis hatte, zu sehen, wie all ihre Freunde zu ihr stehen und wie unendlich beliebt sie war. […] Ihre Mutter war wohl die ruhigste und gefestigste von uns allen und ich kann nur sagen, daß sie bewundernswert gefaßt ist, wohl durch den Hinterhalt, den ihr Glaube und Kirche gibt. […] Ihre Mutter wurde gestern Abend noch von Herrn Pfarrer von Rabenau, in dessen Kursen sie mitarbeitete, ordiniert (d. h. sie ist berechtigt, wenn, was anzunehmen ist, kein Pfarrer zur Stelle ist,

Gottesdienste abzuhalten, Sakramente auszuteilen, sonstige kirchliche Handlungen zu vollziehen). Es ist das eine unbedingte Anerkennung und zeigt, wie sehr Ihre Mutter auch in den Kreisen der Pfarrer anerkannt und als geeignet befunden wurde. [...] Pfarrer von Rabenau war selbst so bewegt, dass er weinte und unterbrechen musste. Viele Tränen sind geflossen, viel Liebe ist bewiesen und gegeben worden. Aber das alles ist viel, viel zu wenig, um all das zu vergelten, was Ihre Mutter an uns allen getan hat. [...] Der Transport geht morgen – Charfreitag [sic] ab."

Karfreitag war der 3.4.1942. In der Literatur wird für den 12./13. Osttransport der 2.4. genannt. Mit ihm sollten 1 370 Berliner rassisch Verfolgte nach Trawniki bei Lublin deportiert werden. Der Transport oder zumindest ein Teil kam zunächst nur bis Warschau, wo sie in einem Durchgangslager in der Gartenstraße 27 untergebracht wurden: 30 Personen in einem Zimmer! Auf einer ersten Postkarte aus Warschau berichtet K. am 8.4., dass sie mit Max Honig, den sie aus dem Büro Grüber kannte, zusammen sei und mit ihm jüdische Mädchen aus einem Heim in Berlin-Weißensee betreue. Am 29.4. schrieb sie ihrer Tochter Leonore, dass sie seit 10 Tagen eine starke Erkältung habe und im Krankenzimmer liege. Sie bat um Geld, um kaufen zu können, „was unbedingt nötig ist, um kräftig zu bleiben." Doch statt der erhofften Besserung führten eine Lungenentzündung und Herzschwäche am Abend des 16.5. zu ihrem Tod. Sie wurde auf dem Teil für Protestanten des jüdischen Friedhofs in Warschau bestattet. Max und Ruth Honig, Franziska Liefmann und die behandelnde Ärztin Dr. Kastner durften daran teilnehmen. Max Honig sprach ein Gebet und das Vaterunser.

Am 9.10.1948 fand in der Annenkirche in Berlin-Dahlem eine Gedenkfeier für K. statt, bei der Pfarrer Hans Urner predigte. 1961 ließ Leonore Hauswedell für ihre Mutter einen Baum in Jerusalem pflanzen, zum Andenken an die Mitarbeiter Grübers.

Quellen: Korrespondenz aus Berlin und Warschau von Elisabeth Kayser u.a. 1942 und die Predigt Pfr. Hans Urners vom 9.10.1948 im Besitz von Leonore Hauswedell; Korrespondenz mit Leonore Hauswedell 1987–1990; BLha Potsdam: Rep. 36A (II) 19026; LABO Berlin: Entschädigungsakte 211957 (E. Kayser).

Literatur: H. Ludwig: Opfer, S. 164–166; G. Schäberle-Koenigs: Weg, S. 240, 291–295, 298.

Foto: L. Hauswedell (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Kiep, Otto Carl

** 7.7.1886 Saltcoats/Ayrshire (Schottland), † 26.8.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Johanna, geb. Alves, drei Kinder.

1906 Jura-Studium Berlin, München und Kiel; 1908–1914 Referendar Nauen, Neuruppin und Berlin; 1909 Promotion Leipzig; 1909–1910 Einjährigfreiwilliger; 1912 Diplom Universität London; 1914–1916 Teilnahme Erster Weltkrieg; 1915 Assessorexamen; seit 1919 Tätigkeit Auswärtiges Amt Berlin, zuletzt 1930 Generalkonsul New York; 1933 Versetzung in den einstweiligen Ruhestand auf eigenen Wunsch; seit 1934 mit der Amtsbezeichnung „Gesandter" im Auftrag des Auswärtigen Amtes Leiter verschiedener Delegationen für Wirtschaftsverhandlungen in Südamerika und Manschuko (Ostasien); 1937 Eintritt NSDAP; 1937–1938 deutscher Vertreter im „Internationalen Nichteinmischungsausschuß" London; 1939 wieder Auswärtiges Amt, Herbst 1939 abkommandiert zum Oberkommando der Wehrmacht (Amt Ausland/Abwehr), zuletzt als Major der Reserve.

Die Erziehung K.s als Sohn des Kaufmanns und deutschen Konsuls Johannes Kiep und dessen Ehefrau Charlotte (geb. Rottenburg) war geprägt von patriotischer Haltung, sozialer Einstellung und christlichem Glauben. Er habe sein Leben „dem Wirken für das Vaterland" gewidmet, so resümierte K. in seinen Aufzeichnungen in der Haft (O. C. Kiep: Lebensweg, S. 201). Ein erster politischer Konflikt ergab sich für K. 1933 aus der Teilnahme an einem Essen zu Ehren von Albert Einstein, der in die USA geflohen war.

Durch die Bekanntschaft mit Elisabeth von Thadden, deren Schülerin eine seiner Töchter war, kam er in Kontakt mit Hanna Solf. Die Witwe des ehemaligen Botschafters in Japan Wilhelm Solf († 1936) hatte eine Gruppe Gleichgesinnter um sich geschart, die der Unterdrückung, Verfolgung, Erniedrigung und Entwürdigung der Menschen durch das Regime entgegentreten wollte. Im Oberkommando der Wehrmacht unterhielt K. Beziehungen zur Widerstandsgruppe um Hans Oster und Hans von Dohnanyi, blieb aber auch eine wichtige Kontaktperson zu Widerstandskreisen im Auswärtigen Amt.

K. gehörte zu den Gästen der „Tee-Gesellschaft", die von Thadden am 10.9.1943 in Berlin gab. Unvorsichtigerweise hatte sie zu dieser Gesellschaft Dr. Paul Reck-



zeh, nicht nur Arzt, sondern auch Gestapo-Spitzel, dazu gebeten. In der Runde wurde über die aktuelle Lage und auch über mögliche Hilfsmaßnahmen nach dem Krieg gesprochen. Reckzeh beteiligte sich an den Gesprächen als „Agent provocateur“ (G. Ringshausen: Dissens, S. 139) und denunzierte später alle Gäste. Himmler befahl schließlich die Verhaftung der „Tee-Gesellschaft“ und weiterer Kontaktpersonen. K. wurde zur Last gelegt, defätistische Äußerungen getan zu haben; er hatte offensichtlich das ausgesprochen, was auch die anderen dachten, nämlich, dass Deutschland den Krieg militärisch nicht mehr gewinnen könne.

Seine Aufzeichnungen aus der Haft, in denen er für seine Kinder seinen Lebensweg beschrieb, schloss er mit dem Satz: „Am 16. Januar 1944 [der Tag seiner Verhaftung und des Ausschlusses aus der Wehrmacht] fand meine Soldatenlaufbahn ein jähes Ende und das jetzige Geschehen trat ein, das eine undurchsichtige Wolke über mein künftiges Schicksal breitet.“ Voller Hoffnung formulierte er aber noch: „Möge Gott es mir schenken, auch in der Zukunft weiterhin für Deutschland zu wirken und mit Euch nach allem jetzigen schweren Geschehen die Segnungen des Friedens zu erleben.“ (O. C. Kiep: Lebensweg, S. 201)

In den dann beginnenden Verhören gab K. den Namen seines Informanten über die Telefonüberwachung preis, sodass Helmuth James Graf von Moltke am 19.1. inhaftiert wurde. Als K.s Name in einer Aufzeichnung Carl Goerdelers, der ihn als Pressechef der Reichskanzlei vorgesehen hatte, entdeckt wurde, folterten ihn die Beamten schwer, um ihm ein Geständnis als „Exponent der Gruppe Goerdeler“ abzupressen (G. Ringshausen: Dissens, S. 211). Es kam zu nächtlichen Verhören, bei denen K. gefesselt war, und zur Androhung von körperlicher Gewalt. Anfang Juni wurde er in das Zuchthaus Brandenburg-Görden überführt, nachdem das Reichskriegsgericht das Verfahren gegen ihn am 5.6. an die allgemeine Gerichtsbarkeit abgegeben hatte. Für K. war klar, dass mit dieser Übertragung das Todesurteil feststand. Am 12.6.1944 wurde er nach Plötzensee gebracht, dort unternahm er am 19.6. einen Selbstmordversuch, um sein Vermögen für seine Frau vor dem Einzug zu schützen. Wegen eines Fliegeralarms konnten Beamte aber sein Verbluten verhindern. Am 1.7. begann der Prozess gegen K. und von Thadden vor dem Volksgerichtshof. Die Anklage beschuldigte beide, „durch Wehrkraftzersetzung und durch Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens die Kriegsfeinde des Großdeutschen Reichs begünstigt“ zu haben (ebd., S. 207). In der schriftlichen Urteilsbegründung von Roland Freisler hieß es, dadurch hätten beide „unsere Kraft zu mannhafter Wehr angegriffen und unseren Kriegsfeinden geholfen. Sie sind für immer ehrlos und werden mit dem Tode bestraft.“ (Ebd., S. 146)

Alle Hoffnungen auf Begnadigung – für die sich auch Prof. Dr. Ferdinand Sauerbruch bei Reichsjustizminister Otto Thierack eingesetzt hatte – zerschlugen sich nach dem missglückten Attentat vom 20.7.

Die Basis für K.s Gesinnung der Nichtanpassung stellte seine „Liberalität und Menschlichkeit“ dar, die er „zunehmend christlich verstand.“ (Ebd., S. 215) Sein tiefer Glaube an Gott und an eine moralische Ordnung ließen K. in seinem letzten Brief an seine Frau sich selbst die Frage stellen: „Habe ich die Aufgabe erfüllt, die Gott mir zugewiesen hat?“ (D. Thompson: Deutsche, S. 26)

Am 9.9.1994 fand im Auswärtigen Amt eine Gedenkfeier für die Opfer des Widerstandes im Auswärtigen Dienst statt.

Literatur: DBE 5, S. 532; O. C. Kiep: Lebensweg; G. Ringshausen: Dissens; W. Stoecker: Bericht; D. Thompson: Deutsche.
Foto: Privatbesitz.

G. Grünzinger

Klamroth, *Bernhard* Ludwig

** 20.11.1910 Berlin, † 15.8.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Ursula, geb. Klamroth, ein Sohn.
Berufsoffizier, 1930 Eintritt in die Reichswehr; 1933 Offizierspatent; 1939 Kompaniechef Polen; dann in wechselnden Funktionen an der Ostfront; ab März 1942 Generalstabsoffizier; seit Oktober 1942 Gruppenleiter beim Chef der Organisationsabteilung im OKH; 1943 Oberstleutnant OKH Mauerwald/Ostpreußen.

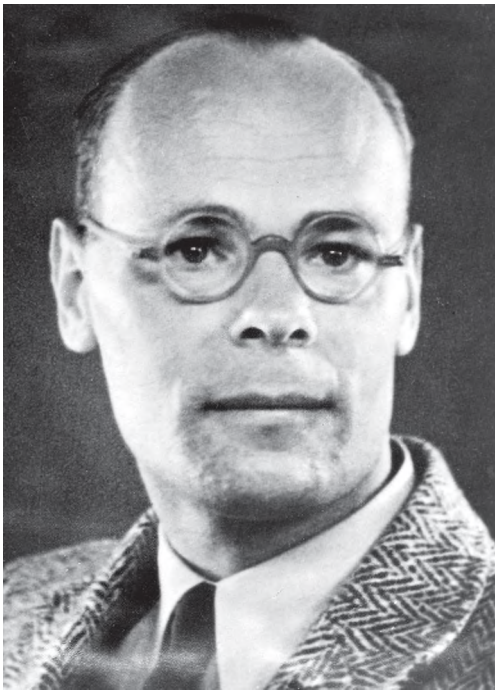
Klamroth, Johannes Georg

** 12.10.1898 Halberstadt, † 26.08.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Else, geb. Podeus, fünf Kinder.
Notabitur; 1917 Unteroffizier Riga; 1918 Ortskommandeur Arroküll/Estland; 1919 Kaufmannslehre Hamburg; seit 1922 Juniorchef und Miteigentümer der Getreide- und Düngemittelhandlung J. G. Klamroth Halberstadt; seit 1939 Kriegsdienst, Abwehroffizier Dänemark, Russland, zuletzt als Major der Reserve; 1943 Amt Ausland/Abwehr im OKW Berlin bzw. Potsdam-Eiche.

Johannes Georg Klamroth wuchs als ältester Sohn von Kurt und Gertrud Klamroth in protestantischer Familientradition auf. Die kirchliche Bindung war Teil der Familientradition; ebenso wie sein Vater und seine Vorväter war auch K. Kirchenvorstand der evangelisch-reformierten Liebfrauen-Gemeinde in Halberstadt. Von seiner ältesten Tochter ließ er sich in Schmuckschrift einen Spruch aus dem 90. Psalm für sein Arbeitszimmer schreiben: „Herr, lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden [...]“ (M. Gabriel: Klamroth, S. 32).

Wiewohl er 1933 in die NSDAP und die SS eintrat, sind nach dem sog. Röhm-Putsch 1934 kaum Aktivitäten für diese Organisationen zu verzeichnen. In Anpassung an den Zeitgeist ließ er zwar einen „Arier-Paragraphen“ in die Satzung des Klamrothschen Familienverbandes aufnehmen, dies hinderte ihn aber andererseits nicht daran, den „nichtarischen“ Hans Litten als Privatsekretär einzustellen. Er blieb, wie ein ehemaliger Volontär meinte, „irgendwie undurchsichtig“ (W. Bruhns: Land, S. 289). Im Jahre 1938 wurde K. von Kollegen denunziert, er mache noch immer Geschäfte mit jüdischen Firmen und sollte deshalb aus der Partei ausgestoßen werden. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges nahm K. ohne irgendwelche Bedenken seine militärische Karriere wieder auf, zunächst in Polen als Bataillonsführer; 1940 wurde er in das Oberkommando der Wehrmacht nach Berlin „zur besonderen Verwendung“ versetzt. Von dort wurde er in seiner Eigenschaft als Getreidekaufmann und Zivilist mit unklarem Auftrag nach Kopenhagen geschickt. Bis Februar 1942 leistete er Dienst als Abwehroffizier in Kopenhagen, danach an der Ostfront. Im März 1943 wurde er zurückversetzt nach Berlin in das Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und dort mit der Leitung zweier wichtiger Abteilungen des Ministeriums betraut. Im Juli 1943 schrieb er an seine Frau: „[...] Nie habe ich so deutlich empfunden, daß wir in einem gewaltigen Kampf der Weltanschauungen auch im Inneren stehen, in einem Kampf, in dem Fronten und die richtige Seite nicht so klar zu erkennen sind, wie an den äußeren Kriegsfronten. Wie viele Gelegenheiten bieten sich mir jetzt, neue interessante Beziehungen anzuknüpfen, führende Männer und maßgebende Frauen kennen zu lernen, Anschluß an geistige Bewegungen zu finden, die unsere Zeit beeinflussen werden.“ (Ebd., S. 339) Im nächsten Brief bat er sie, der SS in Halberstadt seine „schwarzen Uniformen“ auszuhändigen, die er aus „bestimmten Gründen“ stiften wollte (ebd.). Dies könnten Anzeichen sein, dass sich seine eher unkritische Haltung veränderte, er nach neuer Orientierung suchte. In den Vernehmungen bei der Gestapo nannte er Stalingrad als auslösenden Faktor (ebd., S. 356). Mit seiner Beförderung im Dezember 1943 zum Gruppenleiter war er verantwortlich für den vorbeugenden Geheimschutz militärischer Forschungsprojekte, vor allem für die Raketenversuchsanstalt des Heeres in Peenemünde. Im Februar 1944 traf er in Mauerwald/Ostpreußen beim OKW, das sich dort aufhielt, wenn Hitler in der





Wolfschanze residierte, mit vier Männern zusammen, die mit der Sprengstoffbeschaffung für das Attentat gegen Hitler befasst waren: Generalmajor Hellmuth Stieff, Major Joachim Kuhn, Oberleutnant Albrecht von Hagen und Bernhard Klamroth. Letzterer, ein entfernter Verwandter, war durch die Heirat mit seiner Tochter Ursula im Januar 1943 Schwiegersohn von K. geworden. K. hatte generell häufig mit Männern des 20. Juli zu tun; viele waren in seinem Adressbuch vermerkt.

Aber erst bei seinem letzten Besuch in Halberstadt am 21.7.1944 erzählte K. seiner Frau, dass er sich am 10.7. mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Erich Fellgiebel, Stieff und Bernhard in Berchtesgaden getroffen habe, dabei sei über Attentatspläne gesprochen worden. Else Klamroth berichtete später: „Ich weiß noch, wie einleuchtend mir Vaters Darstellung von der Notwendigkeit des Attentats war, aber er sagte nur so wenig, so wenig." (Ebd., S. 357) Bis zum 29.7. telefonierte sie noch jeden Tag mit K., dann verlor sich seine Spur.

Am 21.7.1944 wurde B. K. wegen seiner Beteiligung am Attentat auf Hitler in Zossen verhaftet. Am 15.8.1944 fand im Berliner Kammergericht der Prozess – dessen Protokoll verschollen ist – gegen Schwiegervater und Schwiegersohn statt. Beide wurden noch am selben Tag zum Tod durch den Strang verurteilt. Bernhard wurde für schuldig befunden, an der Beschaffung des Sprengstoffs mitgewirkt zu haben, sein Schwiegervater, weil er die daran Beteiligten nicht denunziert hatte. Zusammen mit Egbert Hayessen, Wolf Heinrich Graf von Helldorf, Adam von Trott zu Solz und Hans-Bernd von Haeften wurden beide am 15.8.1944 vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt. K. wurde verurteilt wegen Hoch- und Landesverrats. Der geistliche Beistand, nach dem er vor seiner Exekution verlangte, wurde ihm wie anderen auch auf Anweisung Hitlers versagt. Im letzten Brief an seine Frau schrieb er: „Lehre die Kinder beten, jetzt weiß ich, was das heißt." (Zitiert nach W. Bruhns: Land, S. 379) Seine Frau aber meinte über ihn: „Er hatte sehr viel Gottvertrauen und war tief religiös, gebe Gott, daß ihm das Kraft gab." (Ebd.)

Eine Gedenktafel für Bernhard und Johannes Georg Klamroth befindet sich in Halberstadt; eine Gedenktafel für Bernhard Klamroth als ehemaligem Schüler

des Walter-Rathenau-Gymnasiums befindet sich in der Herbertstraße, Berlin-Wilmersdorf.

Literatur: W. Bruhns: Land; M. Gabriel: Klamroth.
Fotos: GDW; Bernhard Klamroth (Abb. links), Johannes Georg Klamroth (Abb. rechts).

G. Grünzinger

Klausing, Friedrich-Karl

** 24. 5. 1920 München, † 8. 8. 1944 Berlin-Plötzensee.*
Ledig, ohne Kinder.
1938 nach dem Reichsarbeitsdienst Eintritt als Fahnenjunker in das Infanterie-Regiment 9 in Potsdam; im Zweiten Weltkrieg schwere Verwundung in Stalingrad, 1943 Versetzung zum OKW, 1944 Ordonnanzoffizier von Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Stab des Allgemeinen Heeresamtes in Berlin.



K. wuchs mit seinen drei Geschwistern überwiegend in Frankfurt auf, wo sein Vater, Friedrich Klausing, ab 1921 Professor für Bürgerliches Recht und Deutsche Rechtsgeschichte war. 1933 begrüßte sein Vater, der zuvor der DVP angehört hatte, die Machtübernahme der Nationalsozialisten und wurde Mitglied der NSDAP, der SA und anderer NS-Organisationen. Die Aufgeschlossenheit der Familie für den Nationalsozialismus war insofern begrenzt, als der christliche Glaube weiterhin deutlich ihr Leben prägte. Die Kinder besuchten den Kindergottesdienst in der Deutschen Evangelisch-Reformierten Gemeinde in Frankfurt, in der sie später auch konfirmiert wurden. Als Mitglied der christlichen Pfadfinderjugend wurde K. 1934 in die Hitler-Jugend eingegliedert. In einem Frankfurter Schüler-Bibelkreis, den er ebenso wie sein älterer Bruder Benno besuchte, tauschte er sich mit anderen über den evangelischen Glauben aus. Nach dem Abitur am humanistischen Lessing-Gymnasium in Frankfurt und halbjährigem Reichsarbeitsdienst schlug K. die Offizierslaufbahn ein, während sein älterer Bruder Theologie studierte und Pfarrer werden wollte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde K. zunächst in Polen und Frankreich eingesetzt. Im Winter 1942/1943 nahm er an den Kämpfen bei Stalingrad teil. Nach schwerer Verwundung übernahm er zeitweise die Ausbildung der jungen Fähnriche in seinem Regiment. Über diese Tätigkeit schrieb er damals: „Das Militärische lernen sie draußen an der Front viel besser. Aber was ich versucht habe, ihnen mitzugeben, ist, daß man ohne Gott nicht existieren kann." (Zitiert nach Söhne und Töchter unserer Gemeinde, S. 5) Nach erneutem Dienst an der Front und einer weiteren Verwundung wurde K. als mehrfach ausgezeichneter Hauptmann zum Innendienst beim OKW in Berlin versetzt.

Eine freundschaftliche Beziehung verband ihn mit dem wesentlich älteren Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, seit dieser 1940 in das Ersatz-Bataillon des Infanterie-Regiments 9 eingetreten war. Schulenburg gewann K. auch für den Widerstand gegen das NS-Regime.

Im April 1944 wurde K. als 1. Ordonnanzoffizier zusammen mit Werner von Haeften Adjutant von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Bei den Attentatsversuchen am 11. und 15. Juli begleitete er Stauffenberg zum Führerhauptquartier auf dem „Berghof" in Berchtesgaden bzw. in der Wolfsschanze in Ostpreußen. Während Stauffenberg an den Lagebesprechungen mit Adolf Hitler teilnahm, wartete K. im Auto, um nach dem geplanten Sprengstoffanschlag

Stauffenbergs umgehende Rückkehr nach Berlin sicherzustellen. Am 20.7.1944 hielt sich K. im AHA im Berliner Bendlerblock auf, wo er für die Übermittlung der „Walküre"-Befehle mitverantwortlich war, mit denen die Verschwörer die militärische Führung zu übernehmen gedachten. Als sich am späten Abend die Lage im Bendlerblock immer mehr zuspitzte, beteiligte er sich an der Verteidigung der Verschwörer gegen regimetreue Offiziere. Er konnte in der Nacht aus dem Gebäude entkommen und sich bei Freunden verstecken, stellte sich jedoch am nächsten Morgen der Gestapo. Im ersten Schauprozess gegen die Verschwörer vor dem VGH bekannte er sich unumwunden zu seiner Mitverantwortung für den Umsturzversuch. Zusammen mit Erwin von Witzleben und sechs weiteren Angeklagten wurde er am 8.8.1944 wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt. Enttäuscht von der mangelnden Tatkraft führender Offiziere des Widerstandskreises, zweifelte K. zuletzt am Sinn der Verschwörung und ihrer Ziele. In seinem letzten Brief, den er in der kurzen Zeit zwischen Urteilsverkündung und Hinrichtung verfasste, deutete er das Scheitern des Putsches als „Zeichen göttlicher Gnade" und äußerte die Hoffnung, dass Gott das deutsche Volk vor Chaos und Untergang bewahren werde (Stiftung 20. Juli 1944/GDW Berlin: Abschiedsbrief, 8.8.1944, Abschrift, S. 1). Sein Vater nahm sich bereits zwei Tage zuvor aus ungeklärten Motiven das Leben. In seinem Abschiedsbrief distanzierte er sich von K.

Quellen: Stiftung 20. Juli 1944/GDW Berlin: Abschiedsbriefe von Friedrich-Karl Klausing, 8.8.1944, und Friedrich Klausing, 6.8.1944 (Abschriften), undatierter Bericht von Marie-Sibylle Klausing über Professor Dr. Friedrich Klausing (Abschrift).

Literatur: B. Diestelkamp: Professoren; P. Hoffmann: Stauffenberg; A. Krebs: Schulenburg; B. Rüthers: Erbfolge; Söhne und Töchter unserer Gemeinde; P. Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 105f.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Kleinmann, Karl

* *3.10.1877 Birkweiler, † 3.12.1942 Landau.*

Verh. mit Anne Marie, geb. Häberle.

1897–1901 Studium der Theologie in Erlangen, Straßburg und Heidelberg; 1905–1907 Vikar in Birkweiler; 1907–1909 Vikar in Neustadt/Haardt; 1909–1913 Pfarrer in Morschheim; 1913–1918 Militärpfarrer in Landau; 1919–1923 Pfarrer in Kaiserslautern; ab 1926 Dekan in Ludwigshafen, im gleichen Jahr erhielt er den Titel Kirchen-rat; 1933–1942 Dekan in Landau.

K. hatte sich als Pfarrer und Religionslehrer völlig der Theologie verschrieben. Oft las er schon früh morgens wissenschaftliche Neuerscheinungen, wobei er die Werke des Berliner Professors Ernst Troeltsch besonders schätzte. Als liberal denkender Theologe führte er lange Zeit die gleich gesinnten Amtsbrüder in der Pfalz an und redigierte seit 1921 das Kirchenblatt „Die Union".

Innerhalb der Gemeinden zeichnete er sich durch seine unermüdliche Einsatzfreude aus. So war er maßgeblich am Bau der Friedenskirche in Ludwigshafen beteiligte, die nach Ende des Ersten Weltkrieges errichtet wurde. Für die Gestaltung des Altarraums verpflichtete er den Impressionisten Max Slevogt, der für die Altarwand ein Fresko mit dem Titel „Kreuzigung" entwarf. Dieses Kunstwerk und seine Vorlagen wurden jedoch bei Bombenangriffen während des Zweiten Weltkrieges zerstört.

Dem Nationalsozialismus stand K. gleich zu Beginn ablehnend gegenüber und äußerte diese Haltung auch öffentlich in der Stiftskirche zu Landau. Dort urteilte er im Zusammenhang mit der Auslegung der Beispielerzählung vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25–37) über die Wohltätigkeit des nationalsozialistischen Staates folgendermaßen: „Nur was aus einem warmen Herzen geschieht, hat vor Gott Geltung. Propaganda will er nicht" (W. E. Linz: Kleinmann, S. 70). Überhaupt fanden die Predigten des Pfarrers großen Anklang. Die Gemeindeglieder schätzten die klaren Worte, mit denen er den Text erfasste, und die darauf folgende konkrete Anwendung des biblischen Inhalts.

Im Rahmen des Pfarramtes unterrichtete K. zusätzlich Religion an der Landauer Oberschule. Als er am 3.12.1942 den Klassenraum betrat und den Unterricht wie üblich mit einem Choral aus dem Gesangbuch beginnen wollte, schwiegen die Schüler. Auf Nachfrage antwortete einer: „Her Degahn, Eier alte Juddelieder singe mer net." (Ebd.) K. wusste, welcher seiner Kollegen die Schüler zu diesem Verhalten aufgefordert hatte und verließ den Raum, um ihn im Leh-

rerzimmer zur Rede zu stellen. In der erregten Diskussion erlitt K. einen Herzschlag, in dessen Folge er verstarb.

Literatur: W. E. Linz: Kleinmann, S. 68–70.

C. Bendick

Kleist-Schmenzin, Ewald von



** 22.3.1890 Groß-Dubberow, Kreis Belgard (Pommern), † 9.4.1945 Berlin-Plötzensee.*

Verh. in 1. Ehe mit Anning, geb. von der Osten, sechs Kinder, verwitwet, in 2. Ehe mit Alice, geb. Kuhlwein von Rathenow, zwei Kinder.

1908 Jurastudium in Leipzig und Greifswald; Referendariat; 1914–1918 Teilnahme am Weltkrieg; 1918 Gutsherr in Schmenzin, Pommern; 1929–1933 Vorsitzender des Hauptvereins der Deutschkonservativen.

K. war als Christ Konservativer und Monarchist. Seinen Konservatismus verstand er als „Gesamtschau aller Dinge von einem festen Standpunkte aus. Da er nur religiös zu begründen ist, so ist dieser feste Punkt in Gott und von dort aus ist die Aufgabe des Menschen zu begreifen, nämlich Gottes Willen zu erkennen und zu tun." (E. v. Kleist-Schmenzin: Religiös-konservative Revolution, S. 4) K. gehörte in der Generalsynode der ApU zur Positiven Union, urteilte aber theologisch liberal, dass „Dogmen und Bekenntnisfragen nur mittelbar mit Glauben etwas zu tun" haben (B. Scheurig: Ewald von Kleist-Schmenzin, S. 261). Aber gegen den Kulturprotestantismus verstand er das Leben als „eine Gott zur Verantwortung stehende Einheit." (Ebd., S. 262)

Seit 1931 war K. entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. 1932 veröffentlichte er „Der Nationalsozialismus – eine Gefahr", gegen dessen Angriff „auf die Grundlagen allen staatlichen und menschlichen Lebens" (ebd., S. 250): „Für uns ist [...] nicht die Nation als solche der letzte Maßstab, sondern der Wille Gottes, der uns verpflichtet, für die Nation zu leben. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied." (Ebd., S. 253 f.) Der Rassismus „ist mit Glaube und Christentum unvereinbarer Materialismus" (ebd., S. 253).

In der Karwoche 1933 urteilte er: „Jetzt geht es auf das Schafott." (A. Wegner: Kleist-Schmenzin, S. 7) Vom 1.–3.5.1933 war er erstmals in Haft, weil er die von der SA auf der Kirche in Hopfenberg aufgezogene Hakenkreuzfahne als Patronatsherr durch die Kirchenfahne ersetzen ließ. 1934 konnte er den Häschern beim „Röhm-Putsch" gerade noch entgehen und in Berlin bei Ernst Niekisch untertauchen. Vor der Hochzeit sagte er 1938 zu seiner zweiten Frau: „Für seinen Glauben muß man bereit sein alles zu opfern, auch Besitz und wohl das Schwerste: die Familie" (ebd., S. 11). So riet er Ende Januar 1944 seinem ältesten Sohn Ewald Heinrich, als dieser sich bei einer Uniformvorführung mit Hitler in die Luft sprengen wollte: „Ja, das mußt Du tun. – Wer in einem solchen Moment versagt, wird nie wieder froh in seinem Leben." (B. Scheurig: Ewald von Kleist-Schmenzin, S. 184 f.)

Von der BK forderte K. „den entschlossenen Angriff gegen den mächtigen, listigen und grausamen Feind" (ebd., S. 141), gegen die Deutschen Christen als Hilfstruppe des Teufels. Er lehnte den Gehorsam gegenüber den Nazis ab, da sich Paulus angesichts ihres Regimes „gehütet hätte, das dreizehnte Kapitel des Römerbriefes zu schreiben" (ebd., S. 142). Obwohl die BK ihm auch darin widersprach, trat er ihr 1935 bei. Als im gleichen

Jahr ein DC-Mann Pfarrer in Schmenzin wurde, trat er aus der Kirche aus. Zum Gottesdienst ging er zu dem BK-Pfarrer Reimer. Die „Reichspogromnacht“ vom 9./10.11.1938 war ihm ein Beweis „fundamentierter Rechtlosigkeit“ (ebd., S. 166).

1938 begann seine konspirative Tätigkeit in Verbindung mit dem bürgerlich-militärischen Widerstand in Berlin. Um den Krieg zu vermeiden, warnte er in London die Regierung vor Hitlers Plänen. 1939 und 1940 übermittelte er über Schweden den Alliierten sogar Angriffsplan und -termin, da das Scheitern von Hitlers Krieg zum Umsturz führen sollte. Damit beging er in den Augen der Nazis Landesverrat, aber K. handelte „als Konservativer, Preuße und Christ“ (ebd., S. 156). 1943 gewann Carl Goerdeler ihn für die Umsturzplanung als Politischen Beauftragten im Wehrkreis II (Pommern).

Nach dem 20.7.1944 wurde er von der Gestapo verhaftet und am 18.8. in das Berliner Gestapo-Gefängnis Lehrter Straße eingeliefert. Nach den schweren Wochen der Verhöre gewähren die Briefe an seine Frau einen Einblick in sein Denken und Glauben. In den letzten Jahren habe er „gelernt, Gott zu danken, und was es heißen soll: ‚Du sollst Gott lieben über alles.‘ […] Ich habe früher immer Glauben, Gehorsam und Vertrauen betont, aber wohl zu wenig die Liebe, zu Gott und dem Nächsten.“ (Ebd., S. 268) „Der Mensch soll sich mit allen Freuden und Sorgen zu Gott wenden, sonst verliert er die lebendige Verbindung mit ihm. […] In der Bitte soll man hören und hören wollen, und Gott bleibt nicht stumm. Ich weiß es.“ Bei der Bitte: „Dein Wille geschehe“, hatte er den Weg des Martyriums vor Augen: „Und wenn der Gehorsam gegen Gott die furchtbarsten Leiden bringt, so dürfen wir doch keinen Augenblick zögern, Gott zu gehorchen, um unserer selbst, das ist um unserer Seelen willen.“ (Ebd., S. 270)

Am 3.2.1945 bekannte K. vor dem Volksgerichtshof unter Roland Freisler: „Jawohl, ich habe Hochverrat betrieben seit dem 30. Januar 1933, immer und mit allen Mitteln. Ich habe aus meinem Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus nie ein Hehl gemacht. Ich halte diesen Kampf für ein von Gott verordnetes Gebot. Gott allein wird mein Richter sein.“ (Ebd., S. 192) Ein Luftangriff unterbrach die Verhandlung, ein herabstürzender Balken tötete Freisler.

Am 15.3.1945 wurde K. zum Tod verurteilt. Bei seinem Weg zur Hinrichtung am 9.4.1945 konnte er Pfarrer Eberhard Bethge noch auftragen: „Wenn Sie herauskommen sollten und einmal meine Frau und meine Familie sehen, so sagen Sie ihnen, daß ich in vollem Frieden mit Gott – sagen Sie: in vollem Glauben und Frieden – hinübergehe: Ich weiß, warum und wofür das geschieht.“ (Ebd., S. 195)

Literatur: E. v. Kleist-Schmenzin: Religiös-konservative Revolution, S. 4–8; B. Scheurig: Ewald von Kleist-Schmenzin (Quellen); C. Weiling: Bewegung; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 165–167 (Lit.!); E. v. Kleist-Schmenzin: Reformation; A. Wegner: Kleist-Schmenzin.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 125.

G. Ringshausen

Klepper, Jochen

** 22.3.1903 Beuthen, † 11.12.1942 Berlin.*
Verh. mit Johanna, geb. Gerstel, zwei Stieftöchter.
Studium der Theologie in Breslau und Erlangen; Journalist für die kirchliche Presse und den kirchlichen Rundfunk; 1933 Entlassung beim Rundfunk; 1935 Entlassung beim Ullstein-Verlag; 1937 Ausschluss aus Reichsschrifttumskammer, 1940–1941 Militärdienst.

Klepper, Johanna, geb. Gerstel, verw. Stein

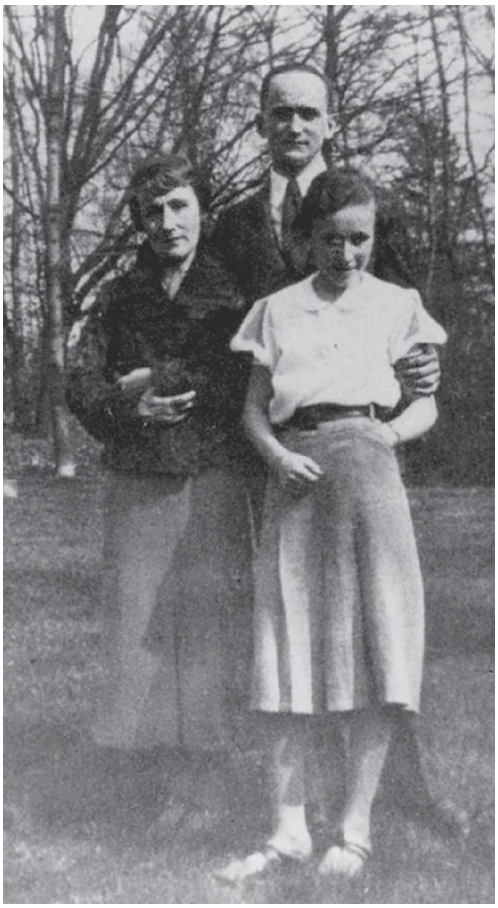
† 11.12.1942 Berlin.
Verh. in 2. Ehe mit Jochen Klepper, zwei Töchter aus 1. Ehe. Taufe 1938.

Stein, Renate

** 1923, † 11.12.1942 Berlin.*

Aus einem evangelischen Pfarrhaus stammend, begann K. seinen Berufsweg mit einem Theologiestudium, das er nach fünf Jahren während der Beschäftigung mit der Lizentiatenarbeit abbrach, um als Redakteur beim evangelischen Presseverband in Breslau zu arbeiten. Kleinere literarische Veröffentlichungen führten ihn auf den Weg eines freien Schriftstellers, aber sein erster Roman fand keinen Verleger.

1929 lernte er die 13 Jahre ältere Johanna Stein kennen, Witwe eines jüdischen Anwalts mit Töchtern



Brigitte und Renate, eine schicksalhafte Begegnung zwischen der Jüdin ohne religiöse Bindung und dem gläubigen Protestanten. Die Heirat 1931 führte zum endgültigen Bruch des schon lange gespannten Verhältnisses zu seinem Vater.

Da K. in Breslau keine Verdienstmöglichkeiten mehr fand, bezog die Familie im März 1932 ein Haus in Berlin-Südende. Von diesem Datum an führte er bis zu seinem Tode minutiös Tagebuch, mit dem er Zeugnis ablegte über die wachsende Bedrohung und Verzweiflung und eines in Anfechtung bewahrten Glaubens, in dem er immer wieder Halt und Zuflucht fand. Nicht von ungefähr sind die Kirchenlieder, von denen sich noch heute zwölf im Evangelischen Gesangbuch finden, in der Zeit nach 1935 entstanden.

In Berlin übernahm K. den Posten als Redaktionsassistent im Berliner Funkhaus, den er im Juni 1933 wegen seiner ehemaligen Mitgliedschaft in der SPD und seiner jüdischen Frau wieder verlor. Auch aus der nächsten Stellung als Lektor im Ullstein-Verlag wurde er 1935 wegen seiner „Mischehe“ entlassen.

Mit dem 1937 erschienenen Buch „Der Vater. Roman eines Königs“ gelang ihm der schriftstellerische Durchbruch. Dies sicherte ihm zwar seine finanzielle Unabhängigkeit, aber die existentielle Bedrohung durch den Nationalsozialismus war nicht mehr zu übersehen. In demselben Jahr wurde er zwar aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen, was einem Berufsverbot gleichkam. Doch mit Hilfe einer Sondergenehmigung konnte er vorerst weiterarbeiten.

1938 ließ sich Johanna Klepper taufen und gleichzeitig vollzog das Ehepaar die kirchliche Trauung. Dennoch galt Johanna Klepper nach den Nürnberger Gesetzen von 1935 ebenso wie ihre Töchter weiterhin als „Volljüdin“. Das Angebot seiner Frau, sich scheiden zu lassen, lehnte K. definitiv ab. Seine Arbeit als Schriftsteller und die Solidarität zu seiner Familie waren für ihn untrennbar verbunden. „Ich bitte Gott immer wieder, daß er aus meinem Schreiben etwas wie ein Pfarramt, daß er aus meinem Familienleben und unserem Haushalt etwas wie ein Pfarrhaus mache.“ Ebenso band ihn seine Ehe in das Geschick der Verfolgten. „In diesem jüdischen Schicksal, in das Gott einen einbezieht, ist etwas, wogegen ich nicht ankann.“ (7.9.1933, zitiert nach H. Klepper: Schatten, S. 105) Umso härter traf ihn die Enttäuschung über die mangelnde Solidarität seiner Kirche: die gehörten Predigten, die ihn „kalt“ ließen, weil sie „Steine statt Brot“ anboten. Die Kirche des „nationalen Aufstiegs“ nannte er seinen „Todfeind“. „Die Kirche ist trostlos. Ist denn nahezu der ganze Pastorenstand verdammt? Hat die ganze Besinnung darin bestanden, daß sie sich angesichts der veränderten politischen Lage dazu entschlossen, endlich wieder einmal ein paar neue Predigten auszuarbeiten?“ (15.12.1935, zitiert nach ebd., S. 319)

Obwohl er den Kriegsausbruch 1939 als Strafgericht Gottes und als Prüfung ansah, folgte er 1940 der Einberufung zum Wehrdienst, denn durch den Militärdienst erhoffte er sich Normalität und Schutz für seine Familie. Doch mit der Entlassung im Oktober 1941 – als Ehemann einer jüdischen Frau galt er als „wehrunwürdig“ – hatte sich auch dieser Hoffnungsschimmer zerschlagen.

Die ältere Stieftochter Brigitte Stein war 1939 nach England geflohen, wohingegen Renate ihre Emigration immer aufgeschoben hatte. K. konnte zwar noch im Dezember 1942 mit Hilfe einiger Bewunderer eine Ausreisegenehmigung für Renate erwirken, die jedoch durch Adolf Eichmann persönlich untersagt wurde. Dies war für die Familie das endgültige Zeichen, dass auch die Deportation der beiden Frauen bevorstand.

Schon 1933 hatte K. über den Freitod reflektiert: „Wir wollen zusammen sterben. […] Der Mensch, der mein Leben ist, soll auch die letzte Stunde meines Lebens bestimmen. Und dann ist nur noch Gott." (23.6.1933, zitiert nach ebd., S. 78) „Der Selbstmord ist das einzig Endgültige, das der Mensch tun kann. Darum streift er an Gottes Recht. Darum ist der Schauer vor dem Selbstmord so tief." (25.6.1933, zitiert nach ebd., S. 80 f.)

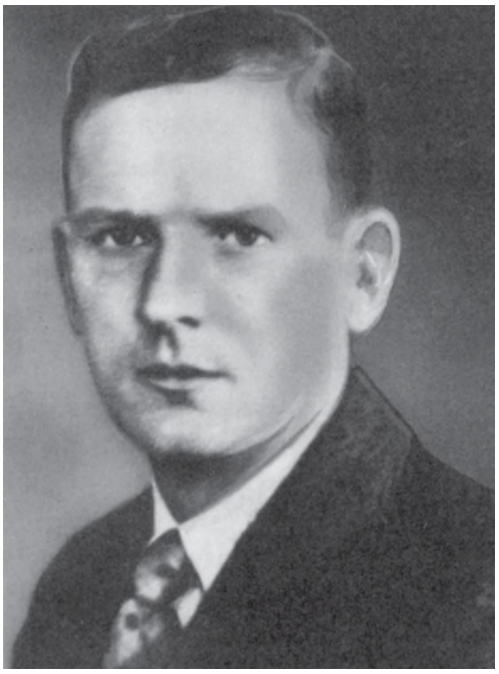
Seine letzte Eintragung lautete: „10. Dezember 1942 – nachmittags die Verhandlung auf dem Sicherheitsdienst. Wir sterben nun, ach, auch das steht bei Gott – Wir gehen heute Nacht gemeinsam in den Tod. Über uns steht in den letzten Stunden das Bild des Segnenden Christus, der um uns ringt. In dessen Anblick endet unser Leben." (Zitiert nach ebd., S. 1133)

Literatur: H. Klepper (Hrsg.): Schatten; R. Böhm: Klepper (Lit.!).
Foto: GDW.

S. Lekebusch

Klose, *Karl* Erich Philipp

* *3.1.1908 Eving (heute Dortmund),* † *März/April 1945 Dortmund.*
Verh. mit Elfriede (Frieda) Henriette, geb. Acteries, zwei Töchter.
Ab 1923 zunächst Bergeklauber und Hilfsarbeiter, später Schlosser- und Schweißer-Vorarbeiter unter Tage auf der Zeche Minister Stein in Dortmund-Eving.



Als Sohn des Portiers Wilhelm Klose (sen.) und dessen Ehefrau Amalie, geb. Wiesmann, wuchs K., der am 2.2.1908 getauft wurde, in einem evangelischen Elternhaus auf. Lange Zeit gehörte er dem CVJM an. Er heiratete 1931. Während seine Frau, eine gelernte Verkäuferin, den Haushalt führte und für die im folgenden Jahr geborene Tochter sorgte, arbeitete K. im Steinkohle-Bergbau auf der Zeche Minister Stein in seinem Heimatort. Seit dem Ende seiner Schulzeit war er ebenso wie sein älterer Bruder Wilhelm auf dieser Zeche beschäftigt, die während seiner Lehrzeit zu einer Großschachtanlage ausgebaut wurde. Da beide dort während des Zweiten Weltkrieges als Schlosser unentbehrlich waren, wurden sie von der Einberufung zur Wehrmacht zurückgestellt.

Anders als ihr Vater, der der SPD angehörte, waren K. und sein Bruder nicht parteipolitisch engagiert. K. war jedoch eng mit seinem Arbeitskollegen Gustav Budnik befreundet, der zeitweilig der SPD angehört hatte und später in die KPD eingetreten war. Seit 1933 politisch verfolgt, kehrte Budnik 1938 nach mehreren Verhaftungen und zweijähriger Gefangenschaft in verschiedenen Konzentrationslagern auf die Zeche Minister Stein zurück. In Gesprächen mit ihm erhielt K. Einblick in die menschenverachtende Brutalität des NS-Regimes, die Budnik am eigenen Leib erfahren hatte. Während des Zweiten Weltkrieges bildete Budnik zusammen mit anderen Kommunisten und Sympathisanten aus unterschiedlichen Dortmunder Industriebetrieben einen Widerstandskreis. Auch K.

und sein Bruder Wilhelm sowie der ebenfalls auf der Zeche Minister Stein arbeitende Friedrich Schramm gehörten dieser Gruppe an. Ihr gemeinsames Anliegen bestand zunächst v. a. darin, sich über die Gestaltung der Politik und des sozialen Lebens nach dem Krieg auszusprechen. Angesichts des Vordringens alliierter Truppen 1944 strebte Budnik mit seinen Freunden einen Zusammenschluss „aller gut gesinnten Männer" zu einer „Art Ordnungsorganisation" an, die „im Augenblick des Zusammenbruchs Bürgerkrieg und innere Unruhen [...] verhüten" sollte (so Wilhelm Klose 1949, Staatsanwaltschaft Dortmund: 10 Js 155/49, Bd. 5, Blatt 800). K., der über einen Vervielfältigungsapparat und einen Papiervorrat verfügte, sollte zu diesem Zweck Flugblätter herstellen, in denen die Bevölkerung dazu aufgerufen werden sollte, „sich aller Ausschreitungen gegen Leben und Eigentum mißliebiger Volksgenossen zu enthalten" (ebd.).

Zu Weihnachten 1944 kamen K. und Budnik mit ihren Familien in Dortmund zusammen, um gemeinsam das Fest zu feiern. Die beiden Ehefrauen hatten mit den Kindern Schutz vor den sich häufenden Luftangriffen gesucht und waren in Bentrup bei Detmold untergekommen, wohin sie nach dem Fest zurückkehrten. Danach sah K. seine Frau, die seit dieser letzten Begegnung schwanger war, und seine Tochter nicht mehr wieder (die zweite Tochter wurde im September 1945 geboren). In der Nacht zum 9.2.1945 wurden K. und zahlreiche weitere Angehörige des Widerstandskreises, darunter sein Bruder Wilhelm sowie Budnik und Schramm, von der Gestapo festgenommen. Die Verhafteten wurden im Keller der Staatspolizeistelle in Dortmund-Hörde untergebracht und in den folgenden Tagen dort vernommen. K.s Bruder, der von Polizisten misshandelt wurde und die Folterung anderer Häftlingen miterlebte, wurde Ende Februar wieder freigelassen. Für die übrigen Inhaftierten ordnete die Leitung der Sicherheitspolizei ohne Hinzuziehung gerichtlicher Instanzen die sog. Sonderbehandlung an: Anfang März 1945 begann ein Exekutionskommando der Gestapo mit einer Serie von Massenerschießungen, die erst am 12.4.1945, einen Tag vor der vollständigen Besetzung Dortmunds durch US-Truppen, endete. K., Budnik und Schramm wurden dabei ebenso wie zahlreiche weitere Angehörige von Widerstandsgruppen, Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter aus Dortmund und den umliegenden Städten umgebracht. Die Gefangenen wurden jeweils nachts, mit Stacheldraht gefesselt, auf Lastwagen oder zu Fuß zu Bombentrichtern im Wald der Bittermark bzw. im Rombergpark gebracht, wo sie sich an den Rand der Trichter stellen mussten und durch Genickschuss getötet wurden. Die Trichter wurden anschließend mit Erde zugeschaufelt.

Bei welcher dieser Mordaktionen K. ums Leben kam, ist unklar. Am 21.4.1945 wurde seine Leiche in einem der Massengräber im Rombergpark aufgefunden, als diese unter Aufsicht der Besatzungsmacht geöffnet und die sterblichen Überreste der Getöteten in neu ausgehobenen Gräbern beigesetzt wurden. Auf den Friedhöfen in Dortmund-Hörde und auf dem Waldgelände in der Bittermark wurden Gedenksteine für die Toten errichtet.

Quellen: Staatsanwaltschaft Dortmund: 10 Js 155/49, Bd. 5, Blatt 800–803 (Vernehmung des Wilhelm Klose, 21.11.1949); LA NRW/Staatsarchiv Münster: Regierung Arnsberg Nr. 51740 (Entschädigungsakte zu Karl Klose); Archiv der Segenskirchengemeinde Dortmund: Kirchenbücher.

Literatur: G. Högl: Widerstand, S. 453; L. Junge: Stacheldraht, S. 57 f. (Lit.!); K. Klotzbach: Nationalsozialismus, S. 210–216; U. Sander: Mord, S. 44.

Foto: Internationales Rombergpark-Komitee.

A. Kurschat

Kneip, Otto

** 11.8.1892 Kreuznach, † 8.10.1941 KZ Groß-Rosen.*
Verh. mit Wilhelmine, eine Tochter.
1910–1914 Studium an der Kunstakademie Kassel; 1914–1918 freiwilliger Kriegsdienst; letzter Dienstgrad Leutnant der Reserve; 1918/1919 Referendariat am Realgymnasium in Kassel; 1919–1926 Zeichen- und Turnlehrer an höheren Schulen in Herne und Kassel; 1922 Prüfung als Turnlehrer; 1925 ministerielle Befähigung zum Studienrat; 1926–1936 im Schuldienst der Stadt Düsseldorf; 1936 in vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Die Tochter, Gudrun Kneip, beschreibt ihren Vater als einen vielseitig interessierten Menschen, der als unterhaltsamer Gesellschafter in einem großen Freundeskreis sehr geschätzt wurde. Er komponierte, dichtete und malte. Zudem konnte er nach Gehör Melodien nachspielen und improvisieren.



Schon früh hatte er den Wunsch, seine künstlerische Begabung in eine Berufslaufbahn münden zu lassen. Ebenso wie er durch den Besuch der evangelischen Schulen, des evangelischen Religionsunterrichts, an dem er gegen den Willen der Eltern teilnahm, schon früh den Wunsch geäußert hatte, sich taufen zu lassen. Die Eltern gehörten zwar nicht dem streng gläubigen Judentum an, versuchten aber dennoch, durch einen Aufenthalt in Amerika ihren Sohn von seinem Berufswunsch und von dem Konfessionswechsel abzubringen. Heimweh und ein tiefes Zerwürfnis mit dem orthodoxen jüdischen Verwandten, bei dem er lebte, trieben ihn wieder nach Deutschland. Seine Großmutter sicherte ihm nun die Finanzierung eines Kunststudiums zu, und mit seiner Volljährigkeit erklärte er den Austritt aus der Synagogengemeinde. Zwei Jahre später, 1914, bevor er sich als Freiwilliger zum Kriegsdienst meldete, ließ er sich taufen. Ob dies zu einer Trennung von seiner Familie führte oder ob er – wie die Tochter vermutet – keinen Kontakt mehr zum Judentum haben wollte, lässt sich nicht mehr entscheiden. Sicher ist aber, dass K. ein Konvertit aus tiefer Glaubensüberzeugung war, der auch seine Schwester davon überzeugte, seinem Vorbild zu folgen.

Mit seiner Heirat, der Geburt der Tochter und der Ernennung zum Studienrat verlief sein Leben bis 1933 in bürgerlichen Bahnen. Die Familie führte mit einem großen Freundeskreis ein offenes Haus. Mit seinen ehrenamtlichen Tätigkeiten in unterschiedlichen Vereinen gewann er vielseitige Sympathien. Auch die deutsch-konservative Einstellung passte in die politische Landschaft. Er gehörte der Deutschnationalen Partei an, war Mitglied im Kyffhäuserbund und dem Stahlhelm, bis diese Gruppierungen von der SA übernommen wurden.

Seine deutschnationale Geisteshaltung ließ ihn die nationale Revolution begrüßen, doch angesichts der ersten Verfolgungen im April 1933 formulierte er fast beschwörend sein Bekenntnis zu Deutschland:

An die Heimat
Ich liebe Dich seit ich geboren,
denn Du nur bist mein Heimatland.
Das Schicksal hat Dich auserkoren, [...]
Der Sturm, der über's Land hinbrauset,
er rüttelt, doch er bricht mich nicht;
so oft man – Heimat – an Dir zauset,
tat ich treu-deutsch stets meine Pflicht!

Noch 1935 beteuert er eindringlich seine Verbundenheit mit seinem Vaterland:

Irgendwo in der Welt
Gibt's ein Land, das ich liebe;
Irgendwo in der Welt
Gibt's ein Herz, das mir schlägt,
dessen Sprache ich spreche,
dessen Seele mich trägt.
Auch, wenn man mich foltert,
erniedrigt und steint,
so bleib ich Dir –
Deutschland – Auf ewig vereint!

Sein Frontkämpfereinsatz im Ersten Weltkrieg schützte ihn vor der ersten Entlassungswelle 1933. Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung selbst kam die Ablehnung der Pensionierung. Offensichtlich blieb auch danach seine Abstammung im persönlichen Umkreis weitgehend unbekannt, denn das Flugblatt, mit dem die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft zu ihrer Abschlussfeier am 7.10.1933 einlud, enthält neben den Grußworten – im Tenor der Zeit abgefasst und mit Heil Hitler unterzeichnet – ein dreistrophiges Gedicht von K.

1935 nahm er noch erfolgreich an einer Wehrsportübung teil und durfte Unterricht in diesem Fach

erteilen. Dieser für einen „jüdischen“ Lehrer unübliche Einsatz sollte sich einige Jahre später als verhängnisvoll erweisen.

Nach den Nürnberger Gesetzen wurde er als „Volljude“ zum 1.1.1936 mit 40 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Die Tochter, nunmehr „Mischling ersten Grades“, die bis dahin nichts von der jüdischen Herkunft ihres Vaters wusste, wurde, um ihre Abstammung zu verbergen, in einer Internatsschule in Bad Godesberg angemeldet. Dort konnte sie ihre Schulausbildung in einem christlichen Umfeld ohne Diskriminierung fortsetzen, wobei nur wenige Lehrerinnen ihre Abstammung kannten. Allerdings hat sie selber unter dem Bewusstsein, ausgeschlossen zu sein, so gelitten, dass sie sich von allen Aktivitäten fernhielt. Hinzu kam die zunehmende finanzielle Not. Die geschmälerten Einkünfte, die geringen Pensionsbezüge des Vaters erlaubten keine größeren Ausgaben.

Um das Haushaltsbudget der Familie zu verbessern, malte und verkaufte Otto K. Bilder, fertigte Möbelstücke an und schnitzte kleinere Skulpturen. Die Aufträge hierzu verschaffte ihm Helmut Klingbeil, seit 1937 Pfarrer der Matthäikirchengemeinde in Düsseldorf, der für K. in dieser Zeit Ansprechpartner und Helfer blieb.

Außerdem wurde für ihn die Möglichkeit, sich in Gedichten und Gebeten mitzuteilen, ein wachsendes Bedürfnis. Bis zu seiner Verhaftung wurden in dichter Folge Gedanken zu Papier gebracht. Vor 1933 beherrschte die Treue zu Deutschland, zum Vaterland, vermischt mit Stolz, dazu zu gehören und sich im Krieg bewährt zu haben, seine Niederschriften. Nach 1933 werden die Beschwörungen an das Vaterland, ihn nicht zu verstoßen, intensiver. Ein düsterer, depressiver Ton durchzieht nun die Gedichte und Gebete, die für K. das Mittel wurden, sich in der zunehmenden Einsamkeit zu äußern. Zuflucht und Halt gab ihm sein tiefer Glaube. In den Jahren der Verfolgung existiert kein Gedicht ohne eine Anrufung Gottes, den Dank an den Herrn und das Vertrauen in seine Allmacht.

5.5.1936:
Gott, mein Gott, was soll nun werden,
man nahm mir ein großes Ziel;
wie lang wird auf dieser Erden
noch getrieben falsches Spiel?

Herr, der Du der große Lenker
Aller Dinge auf der Welt,
Warst mir oft ein güt'ger Schenker,
doch mir geht es nicht um Geld! –
Breite über meine Wunde
Heilung, Ruhe – Seelenglück,
gebe Kraft mir und die Stunde,
da ich fand zur Welt zurück!
Gott, mein Gott, Du läßest leiden,
prüfst so hart, doch läßt bestehn.
Willst das Ende mir bereiten?
Gut, dann laß es bald geschehn. [...]

Seine vielfachen Bemühungen, nach Amerika auszuwandern, scheiterten immer wieder an der Quote. Aussichtsreicher erwies sich die Vermittlung eines Bekannten, der ihm eine Arbeitsstelle in Amerika mit einem Pfarrer als Bürgen verschaffen konnte. Doch die notwendigen Anträge und Unterlagen erreichten auch das Wehrbereichskommando, das ihn durch seine Wehrsportausbildung als Geheimnisträger einstufte und somit die Ausreisegenehmigung verweigerte. Für die dann folgende Verpflichtung zur Zwangsarbeit bat er wegen Krankheit um einen Aufschub, was ihm als Arbeitsverweigerung ausgelegt wurde. Die bei der darauf angesetzten Hausdurchsuchung beschlagnahmten Privatbriefe boten einen Grund, K. wegen Heimtücke und Zersetzung der inneren Front anzuklagen. Die entsprechende Passage im Brief lautete: „Wir werden von infernalen Kräften regiert, und alle, die mitlaufen, machen sich mitschuldig“ (Lebenserinnerungen v. Gudrun F.).

Nach seiner Verhaftung am 12.5.1941 und einer dreimonatigen Untersuchungshaft in Düsseldorf wurde er in das KZ Sachsenhausen und von dort aus nach Groß-Rosen überstellt. Am 15.10.1941 erhielt Wilhelmine Kneip die Nachricht, dass ihr Mann in Groß-Rosen gestorben sei und sie seine Urne gegen 5 RM zur Beerdigung erhalten könne.

1953 wurde in einem Prozess ein ehemaliger Aufseher des Konzentrationslagers verurteilt, weil er K., der nicht rechtzeitig gegrüßt habe, mit Tritten und Schlägen derart traktiert habe, dass dieser in derselben Nacht an den Verletzungen gestorben sei.

Quellen: Unterlagen von Gudrun F.: Lebenserinnerungen von Gudrun F. und Gedichte des Vaters (Zitate).
Literatur: S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 214–220.
Foto: S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 215.

S. Lekebusch

Kobrak, Richard, Dr. jur.



** 15.10.1890 Breslau, † Oktober 1944 KZ Auschwitz.*
Verh. mit Charlotte, geb. Stern, drei Kinder.
1908 Abitur in Breslau; 1908–1911 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau, Freiburg, München; 1911 jur. Staatsexamen; 1912 Dr. jur. in Breslau, 1912–1919 Referendar, unterbrochen durch Kriegsdienst; 1919 Große Staatsprüfung; 1919–1927 Stadtverwaltung Breslau; 1927–1935 Stadtverwaltung Berlin; 1.1.1936 zwangspensioniert; 1936–1940 Arbeit in Hilfsstellen für Christen jüdischer Herkunft; 1941/1942 Zwangsarbeit bei Siemens-Schuckert Kabelwerke Berlin-Gartenfelde.

Käthe Kobrak, die älteste Tochter von Richard und Charlotte Kobrak, 1918 geboren, im Juli 1939 nach England emigriert, erinnert an ihren Vater: „Er war preußischer Beamter im besten Sinne des Wortes, ein Mann von eisernem Fleiß, unbestechlicher Pflichttreue und absoluter Gewissenhaftigkeit. Er hat uns vorgelebt und dazu erzogen, daß man immer und unter allen Umständen sein Bestes zu tun hat, ohne Lob oder Belohnung zu erwarten. Er lehrte uns Toleranz für und Hochachtung vor Menschen aller Stände und Klassen und anderer Konfessionen und ‚Rassen', – übrigens lange ehe wir Kinder wußten, daß wir selbst ‚Juden' wären! Aus seinen weiten und tiefen Kenntnissen aller Art hat er oft das, was wir in der Schule lernten, ergänzt und interessant gemacht. Zusammen mit Mutter hat er dafür gesorgt, daß uns das Beste und Schönste an deutscher und ausländischer Literatur, Musik und Kunst nahe gebracht wurde: durch Theater-, Opern-, Museenbesuche und Reisen, die, als wir älter wurden, oft Weiterbildung mit Ferienstimmung verbanden. Andererseits liebte er die Natur, besonders die Berge, und lehrte uns die Freude am Wandern. – Vor der Nazi-Zeit war er politisch stark als guter Demokrat engagiert, ein Mann der ‚Mitte' [...], der sich als Deutscher und Christ fühlte und bis zuletzt nicht auswandern wollte, weil er Deutschland liebte und die Hoffnung auf ein Ende des Nazi-Wahnsinns nicht aufgab." (Brief vom 12.3.1987)

In der Breslauer Stadtverwaltung führte K. die Dezernate Wohlfahrt, Jugend, Schule selbständig. In einer Beurteilung vom Februar 1927 heißt es: „Er ist ein schneller, gewissenhafter Arbeiter, besitzt eine große Tatkraft und versteht es geschickt, schwierige Verhandlungen – nicht nur im Magistrat, sondern auch in der Stadtverordnetenversammlung – zu einem gute Ende zu führen. [...] Er gilt als der tüchtigste und befähigste unter den jüngeren Juristen unserer Verwaltung." Im November 1927 wechselte er in die Stadtverwaltung von Berlin und wurde auch hier als Mitarbeiter sehr geschätzt. 1933 war er Generaldezernent für das Wohlfahrtswesen. Er lehrte am Verwaltungsseminar der Stadt Berlin, an der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit und der Sozialen Frauenschule der Inneren Mission.

Im April 1933 wurde Obermagistratsrat K. aus rassischen Gründen gezwungen, aus dem Amt zu scheiden. Da er als Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs noch geschützt war, musste er 1934 wieder eingestellt werden, allerdings in der untergeordneten Position eines Dezernenten in der Finanzverwaltung, da sein Aufgabengebiet inzwischen besetzt worden war. Auf Grund der Nürnberger Gesetze wurde er zum 1.1.1936 zwangspensioniert.

Von 1936 bis 1940 leistete K. ehrenamtlich soziale Arbeit für Christen jüdischer Herkunft, zuerst im „Paulusbund", der Selbsthilfe-Organisation dieser

Verfolgten, den Dr. Heinrich Spiero leitete. K. war Stellvertreter des erkrankten Spiero, als im Februar 1937 alle „Volljuden“ aus dem Paulusbund ausscheiden mussten. Er setzte die Hilfsarbeit im privaten „Büro Spiero“ fort. Auf Empfehlung Pastor Paul Braunes übernahm er im Februar 1939 zunächst zusätzlich Aufgaben im „Büro Pfarrer Grüber“, bis das Büro Spiero ins Büro Grüber integriert wurde. 1939–1940 leitete K. die Wohlfahrtsabteilung des Büros Grüber, in der fünf weitere Mitarbeiter für bestimmte Sachgebiete zuständig waren.

Seit Dezember 1935 gehörte Familie Kobrak zur Bekenntnisgemeinde in Berlin-Lankwitz, wo sie in der Waldmannstraße 1 wohnte. Sie gingen öfter nach Dahlem, weil die Predigten sie dort mehr ansprachen. Nach der Verhaftung Pfarrer Martin Niemöllers 1937 besuchten sie häufig in Dahlem die Fürbitt- und Sonntagsgottesdienste von BK-Hilfsprediger Helmut Gollwitzer, der sich der K.s sehr annahm. Käthe und Helmut K. gehörten zum Haus-Bibelkreis für „nichtarische Christen“, den BK-Hilfsprediger Ernst Gordon leitete, der selber Verfolgter war. Nach der „Kristallnacht“ 1938 tauchten Richard und Helmut K. in der Lüneburger Heide unter und kamen erst zurück, als sich die Lage beruhigt hatte. So entgingen sie wohl der Verhaftung tausender Männer, die ins KZ verschleppt wurden. 1939 emigrierten die Kinder von Richard und Charlotte K. – Käthe, Helmut und Eva – nach England. Da sie nach Kriegsbeginn nur noch einmal im Monat durch einen Rot-Kreuz-Brief, der nur 25 Worte enthalten durfte, mit den Eltern Kontakt hatten, wissen wir über die letzten Jahre nur sehr wenig.

Als „Volljude“ musste K. ab Januar 1939 den Zusatzvornamen „Israel“ und ab September 1941 den Judenstern tragen. Am 1.11.1941 wurden Richard und Charlotte K. aus ihrer Wohnung ausgewiesen und in ein „Judenhaus“ in Berlin-Charlottenburg, Eichenallee 25, zwangsumgesiedelt, wo sie nur noch ein Zimmer bewohnten. K. wurde zur Zwangsarbeit dienstverpflichtet.

Im Jahre 1941 versuchten beide Kobraks doch noch aus Deutschland herauszukommen. Am 6. 5.1941 bat K. Pfarrer Adolf Freudenberg, den Leiter des Flüchtlingsdienstes des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, der mit dem Büro Grüber zusammengearbeitet hatte, um einen Zuschuss von 200 Dollar zu den Passagekosten, die ihnen noch fehlten. Sie hatten Affidavits für die USA und den größten Teil der Passagekosten durch Verwandte erhalten. Im November 1941 ließ Freudenberg über Gertrud Staewen den Kobraks, Deckname „Krole“, mitteilen: „Sehr betrübt, dass trotz Finanzierung Ausreise unmöglich. Wann besteht wieder Hoffnung?“ Das am 23.10.1941 erlassene Verbot, Deutschland während der Dauer des Krieges zu verlassen, war offenbar der Grund dafür.

Richard und Charlotte K. wurden am 17.3.1943 ins KZ Theresienstadt verschleppt. Dort schlossen sie sich der evangelischen Gemeinde an, die Arthur Goldschmidt leitete. Im Sommer 1943 kam Rechtsanwalt Dr. Georg Hamburger aus Berlin-Dahlem nach Theresienstadt. Da er zum Laien-Prediger ordiniert worden war, bat er, auch predigen zu dürfen. Goldschmidt lehnte das ab. Im Oktober 1943 beriet eine Gemeindevertreter-Versammlung über den Konflikt. K. trat als Fürsprecher Hamburgers auf, unterlag aber bei der Abstimmung (A. Goldschmidt: Geschichte, S. 20–25). Am 16.10.1944 wurde K. und am 19.10. Charlotte Kobrak ins KZ Auschwitz verschleppt und ermordet. Zur Erinnerung an beide ließen Enkel und Freunde am 16.7.2007 auf dem Gehweg vor dem Wohnhaus Waldmannstr. 1 in Berlin-Lankwitz „Stolpersteine“ verlegen.

Quellen: LABO Berlin: Entschädigungsakte 62407 (Beurteilungen Kobraks für die Breslauer und Berliner Zeit); Archiv des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf: Korrespondenz in Freudenberg-Files, Box 2, Akte 16; BLha Potsdam: Rep. 36A (II) 19715; Korrespondenz mit Käthe und Helmut Kobrak (London) 1987, einschließlich eines von R. Kobrak selber verfassten Lebenslaufes und seiner Bibliographie.

Literatur: A. Goldschmidt: Geschichte; H. Ludwig: Opfer, S. 178–170; Ders./T. Unglaube: Stolpersteine; P. Reinicke: Kobrak; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 4/1, S. 259.

Foto: Sammlung Ludwig.

H. Ludwig

Koch, Hans, Dr. jur.

** 16.8.1893 Bartenstein/Ostpreußen, † 24.4.1945 Berlin.*

Verh. mit Annemarie, geb. Kahle, vier Kinder.

1911 Abitur in Berlin; 1911–1913 Jurastudium in Königsberg und Berlin (4 Semester); 1913 Offiziersausbildung; 1914–1919 Kriegsteilnehmer, nach schwerer Verwundung am 7.9.1914 französische Gefangenschaft und Internierung

in der Schweiz; 1919 Fortsetzung des Studiums in Königsberg; 1920 jur. Staatsexamen und Promotion; 1920–1923 Referendar am Kammergericht Berlin; 1923 Große Staatsprüfung; 1923–1927 Referent im preußischen Handelsministerium; 1924 Zweiter Staatskommissar für die Berliner Börse; 1925 Regierungsrat; 1927–1945 Rechtsanwalt und Notar (1932) in Berlin; 1939–1945 Wehrmacht.



Als Sohn eines Oberstudiendirektors wuchs K. in gutbürgerlichen Verhältnissen auf und wurde in konservativ-nationalem Geist erzogen. Schon als Schüler interessierte er sich für Fragen der Geschichte, des Staates, der Wirtschaft, des sozialen Lebens, der Wehrmacht. Er hatte einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und war außergewöhnlich hilfsbereit. Zeitlebens war er ein treuer Freund, auf den man sich verlassen konnte. K.s Fleiß, seine Rechtskenntnisse und Auffassungsgabe veranlassten den preußischen Handelsminister, sich immer wieder für seine Beförderung einzusetzen. Doch K.s Wunsch, in die allgemeine Staatsverwaltung übernommen zu werden, erfüllte sich nicht. Er wechselte den Beruf, wurde Rechtsanwalt und Notar. Das Recht zu verteidigen und Verträge auszuarbeiten, entsprach seiner Neigung.

Während er der Weimarer Republik vorbehaltlos diente, lehnte er den Nationalsozialismus wegen fortgesetzter Rechtsbeugungen von Anfang an ab. Seine Gegnerschaft war vorwiegend ethisch begründet. Ohne Rücksicht auf sich selber, stand er den rechtlos Gemachten zur Seite.

K. bemühte sich 1933–1935, die Enteignung der Firma Simson in Suhl durch die NSDAP abzuwenden, erfuhr dabei aber am eigenen Leib, dass Recht und Ehre im NS-Staat nichts mehr galten. Der Thüringer Reichsstatthalter, Fritz Sauckel, wollte 1933 die „Judenfirma" in Parteibesitz überführen, da sie nach dem Versailler Vertrag der einzige konzessionierte Waffenproduzent war. K. fand eine Rechtsform, die die Enteignung vermied: Der Name der Firma wurde geändert und am 1.2.1934 ein Treuhänder eingesetzt. Sauckel fand sich damit nicht ab und erhielt schließlich von Hitler freie Hand, den Fall auf seine Art zu lösen. Er ließ Arthur Simson und K. in Schutzhaft nehmen, bis K. Ende November 1935 das Mandat niederlegte und Simson den Enteignungsvertrag unterzeichnete. K. verbitterte, dass das Heereswaffenamt, auf dessen Verlangen er Simson verteidigte, nicht zu ihm stand, als Sauckel ihm Beleidigung der Partei vorwarf. Simson, der 1936 Deutschland verlassen hatte, schrieb 1955 über K.: „Er war eine Verkörperung der besten deutschen Tradition, in der persönlicher Anstand, Respekt für die Rechte anderer […] sich mit Treue gegenüber dem Vaterland und Liebe zum deutschen Volk vereinten." (C. Koch: Schicksal, S. 6)

Hans und Annemarie Koch waren seit 1934 Mitglieder der Bekennenden Kirche in Berlin-Nikolassee. In den folgenden Jahren verteidigte K. BK-Mitglieder vor Gericht, wenn sie aus kirchenpolitischen Gründen verhaftet worden waren. Er war einer der drei Verteidiger Pfarrer Martin Niemöllers 1938 im Prozess vor dem Sondergericht II beim Landgericht Berlin. Die Verteidiger widerlegten die Anschuldigungen des Staatsanwalts, wiesen die Zerrüttung des Rechts im NS-Staat nach und erwirkten für Niemöller ein Urteil, das Hitler auf keinen Fall akzeptieren wollte. Am Tag der Urteilsverkündung wurde Niemöller noch im Gericht erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. K. entging nur knapp einem Anschlag auf sein Leben, da die Gestapo seinen Wagen manipuliert

hatte. K. war ein Freund der Familie Niemöller, besuchte ihn im Gefängnis und KZ und kümmerte sich um Else Niemöller. Martin Niemöller bat seine Frau, K. zu danken, dass er im „Sturm dieser Tage wirklich [eine] zuverlässige Stütze" sei (M. Niemöller: Briefe, S. 131). Während des Krieges versuchten Bonhoeffer, Koch und Hans von Dohnanyi, BK-Pfarrer vor der Einberufung zur Wehrmacht oder Verhaftung zu bewahren bzw. das Los der Gefangenen zu erleichtern.

K. kam vermutlich durch Bonhoeffer 1939/1940 mit Dohnanyi und durch ihn mit der Oppositionsgruppe um Hans Oster im OKW Amt Ausland/Abwehr in Verbindung. Für den Aufbau der Gruppe war K. für Dohnanyi hilfreich, weil er Kontakte zu Kreisen der Wirtschaft um Carl Goerdeler unterhielt. Beide trafen sich einmal im Monat. Treffpunkt war auch das Kloster Ettal in Bayern, in dem auch Bonhoeffer eine Zeit lebte und die Kinder Dohnanyis, K.s, Klaus Bonhoeffers u. a. die Schule besuchten. Dohnanyi notierte K.s Namen bereits im März 1940 für eine Regierung nach Hitler. Auf Listen des [Ludwig] Beck-Goerdeler-Kreises wurde K. im Januar 1943 und Juli 1944 als künftiger Reichsgerichtspräsident aufgeführt (P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat, S. 454).

Da K. aus Vorsicht keine oder nur wenig Aufzeichnungen machte, wissen wir über seine Rolle im militärischen Widerstand kaum etwas. Dass er in die Vorbereitungen des 20.7.1944 eingebunden war, belegt ein Bericht seines Freundes Friedrich Ernst: „Als wir kurz vor dem 20. Juli noch einmal die Schwere des Kampfes und die geringen Aussichten auf einen außenpolitischen Erfolg miteinander abwogen, da sagte er mir: ‚Fritz, uns bleibt ja keine Wahl, um der Ehre willen. Wie immer der Ausgang, wir müssen zum mindesten den Willen zur Wiederherstellung von Treue, Reinheit der Gesinnung und Recht durch die Tat erhärten. Sonst verlieren wir auch für die Zukunft die Grundlagen […], ohne die wir als Christen und rechte Deutsche nicht leben können.'" (Ansprache bei der Trauerfeier für Hans Koch am 27.4.1946). Nach dem gescheiterten Attentat vom 20.7.1944 gewährten K.s dem flüchtigen Hans Bernd Gisevius vom 21. bis 24.7.1944 Unterkunft. Als Arthur Nebe, der mit Gisevius floh, am 16.1.1945 verhaftet wurde, gab er unter Folter K.s Namen preis. Hans und Annemarie Koch wurden am 20.1.1945, Tochter Brigitte im Februar verhaftet. K. wurde nach drei Monaten Haft und Folter im RSHA, Prinz-Albrecht-Straße, in der Nacht zum 24.4.1945 hinterrücks erschossen. Da der Häftling Dr. med. Ense angeschossen unbemerkt fliehen konnte, wurde der Leichnam K.s gefunden und am 4.6.1945 auf dem Friedhof in Berlin-Nikolassee beerdigt.

Quellen: GStAPK Berlin: I HA Rep. 77, Nr. 1459 (Personalakte), Rep. 90 Abt. P. nr. 66, Heft 3 (Koch an H. Göring, 18.11.1935); BLha Potsdam: Rep. 4A Kammergericht, Nr. 8098 (Personalakte); THStA Weimar: Best. Wilhelm-Gustloff-Werke, Nr. 1 (Fall Simson Suhl); LKA Bielefeld: 5.1, 466 bis 469 (Prozess M. Niemöller); GDW Berlin: Akte Hans Koch; AZETH Zürich: Nachlass H. B. Gisevius (Korr. A. Koch); Unterlagen der Familie; Korrespondenz mit Peter Koch und Dorothea Koch-Möckel 2005; Christiane Koch: Ein deutsches Schicksal im Widerstand, Ms 1983.

Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 134–137 (korr.-bedürftig); H. B. Gisevius: Nebe, S. 49 ff., 61, 67 f., 115; H. Höhne: Canaris, S. 559; P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat; H. Ludwig: Rechtsanwalt; M. Niemöller: Briefe; M. Oehme: Märtyrer, S. 242 ff. (korr.-bedürftig); M. Smid: Dohnanyi.

Foto: D. Koch-Möckel (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Krökel, Wilhelm

** 26.4.1890 Bant (heute Wilhelmshaven), † 18.2.1945 KZ Hamburg-Neuengamme.*

Verh. mit Martha, geb. Krökel, zwei oder drei Kinder.

1905–1909 Schiffszimmerlehrling auf der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven; dann Schiffbauer; 1923–1933 Betriebsratsvorsitzender der Marinewerft Wilhelmshaven; 1933 entlassen; ab 1936 Konstrukteur bei den Norddeutschen Werken.

Der in Bant geborene K. wuchs mit sechs Geschwistern in einer Werftarbeitersiedlung auf und besuchte die Hafenschule. Er erlernte von 1905 bis 1909 das Schiffszimmerhandwerk auf der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven und bestand die Gesellenprüfung 1909 mit sehr guter Beurteilung. Nach der Ableistung des Wehrdienstes als Pionier von 1911 bis 1913 war der evangelische Schiffbauer auch während des Ersten Weltkrieges bei der Werft beschäftigt, durch seine Fachkenntnisse galt er als „unabkömmlich". Seine Freizeit widmete er dem Arbeitersport – er war Vorsitzender der „Freien Turnerschaft Rüstringen" und Vorsitzender des Arbeitersports im Bezirk Weser-Ems. Seit der Lehrzeit war K. Mitglied im Deutschen

Metallarbeiterverband DMV, dem Vorläufer der Industriegewerkschaft Metall, im Vorstand der Ortsverwaltung Wilhelmshaven-Rüstringen sowie Stadtverordneter der SPD, der er seit 1909 angehörte. Von 1923 bis zu seiner Entlassung 1933 war K. Betriebsratsvorsitzender der Marinewerft in Wilhelmshaven. Er galt als unerschrockener Verfechter der Rechte der Arbeiter. Am 2.5.1933 wurde das Wilhelmshavener Gewerkschaftshaus von der SA besetzt und K. am selben Tag mit ungefähr 400 Kollegen der Marinewerft als „Staatsfeind" entlassen. Verbunden damit war eine Unterstützungs- und Vermittlungssperre durch das Arbeitsamt. Nach längerer Arbeitslosigkeit, in der er und seine Familie durch heimliche Sammlungen unterstützt wurden, fand er am 12.2.1936 wieder eine Beschäftigung als Konstrukteur bei der Firma Möller (sen.) vom Norddeutschen Eisenbau in Sande und arbeitete im U-Boot-Bau. Trotz Denunziationen durch den Blockwart und drohender Verhaftung stieß er mit anderen Wilhelmshavener Sozialdemokraten zur Robinsohn-Strassmann-Widerstandsgruppe. Er gehörte zur fünfköpfigen Kerngruppe um Arthur Grunewald (sen.), die Kontakte in die örtliche Rüstungsindustrie hatte und so entsprechende Informationen über Art und Umfang der Aufrüstung sammeln konnte. Am 22.8.1944 wurde er im Rahmen der Verhaftungen nach dem Attentat vom 20.7.1944 („Aktion Gewitter") frühmorgens ohne besonderen Anlass verhaftet, in Kasernenkellern inhaftiert und zwei Tage später als politischer Häftling ins Konzentrationslager Hamburg-Neuengamme eingeliefert (Häftlingsnummer 43027). Am 18.2.1945 starb er im Konzentrationslager Hamburg-Neuengamme, offiziell an einer Darmerkrankung. Nach Aussagen eines ehemaligen Bewachers wurden die Gefangenen mit einer Benzinspritze getötet. Nach K. ist in der Grodensiedlung von Sande bei Wilhelmshaven der Wilhelm-Krökel-Platz benannt, zudem wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) der „Wilhelm-Krökel-Fußballpokal" für Wilhelmshavener Schulmannschaften der Klassen sieben bis neun gestiftet. Der große Saal des Gewerkschaftshauses des DGB Kreis Wilhelmshaven ist nach K. benannt. Karl-Heinz Fürst drehte in den achtziger Jahren einen 90-minütigen Super 8-Film über K. unter dem Titel: „Wenn sie mich holen, komme ich nie wieder". 1981 gab es Proteste gegen die Entfernung eines Fotos von K., das sich seit 1946 im Versammlungsraum der Firma „Norddeutscher Eisenbau GmbH" in Sande bei Wilhelmshaven befand – die Geschäftsleitung wollte keine Fotos von KZ-Häftlingen dulden.

Quellen: Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg: Nachlass Hans Schwarz.
Literatur: Rohrstock; Wilhelm Krökel; H. R. Sassin: Liberale S. 104, 394; Die Tat vom 18.12.1981 und vom 26.2.1982.

R. *Hering*

Lancken, Emil Heinrich Fritz von der

* *21.6.1890 Niederjeutz (Basse-Yutz), Kreis Diedenhofen (Thionville), Lothringen, † 29.9.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Maria Antonia, geb. Verhoop, drei Töchter.
Ab 1912 Offizierslaufbahn; 1914/1915 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, schwere Verwundung; ab 1916 Adjutant bei der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde (Berlin); nach dem Ersten Weltkrieg Verwaltungsdienst in Berlin; L-Offizier; 1926–1930 Leiter des Zivilwaisenhauses in Potsdam; ab 1928 Leiter eines privaten Schülerpensionats in Potsdam; 1932 Versetzung ins Reichskriegsministerium; im Zweiten Weltkrieg als Oberstleutnant z. V. Adjutant von Friedrich Olbricht im Allgemeinen Heeresamt in Berlin.

L. war das älteste von drei Kindern des preußischen Offiziers Fritz von der Lancken und der Lübecker Kaufmannstochter Klara von der Lancken, geb. Heyke. Er erhielt seine Schulbildung in einem Kadettenkorps und wurde wie schon sein Vater und Großvater Berufsoffizier. Im Ersten Weltkrieg diente er nach schwerer Verwundung nicht mehr bei der Truppe, sondern im militärischen Erziehungs- und Ausbildungswesen. Später übernahm er die Leitung des Zivilwaisenhauses in Potsdam. Seit 1924 war er Ehrenritter des evangelischen Johanniterordens. Seine Tätigkeit im Potsdamer Waisenhaus entsprach dem Anliegen des Ordens, dem christlichen Gebot der Nächstenliebe besonders im karitativen und sozialen Bereich nachzukommen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in der Waisenanstalt setzte L. sein pädagogisches Engagement fort, indem er ein privates Pensionat für Jungen betrieb, die in Potsdam die Schule besuchten. Nach mehreren Umzügen fand er 1932 in der „Löwen-

villa“, in der Potsdamer Marienstraße (heute Gregor-Mendel-Str.) am Park von Schloss Sanssouci gelegen, eine dauerhafte Unterkunft für seine Familie und das Pensionat.

Während des Zweiten Weltkrieges war L. in seiner Position im Allgemeinen Heeresamt am zentralen Ort des militärischen Widerstandes in Berlin tätig. Über seinen Chef Friedrich Olbricht, der ihm menschlich sehr zugetan war, kam er frühzeitig mit den Umsturzplänen in Berührung, die zum Militärputsch am 20.7.1944 führten. Sein Wohnhaus war häufiger Treffpunkt der Verschwörer. Im Wehrbezirkskommando Potsdam lagerte L. den Sprengstoff, den Claus Schenk Graf von Stauffenberg bei seinen Attentatsversuchen im Juli 1944 mit sich führte und schließlich am 20.7. im Führerhauptquartier Wolfsschanze zündete. Stauffenberg ließ die Aktentasche mit der Bombe am Nachmittag des 19.7. von seinem Fahrer aus L.s Wohnung abholen und in sein eigenes Wohnhaus in Berlin bringen. Am selben Tag inspizierte L. zusammen mit Hans-Ulrich von Oertzen in Cottbus die Brigade, die am folgenden Tag in Berlin den Deutschlandsender besetzen sollte.

Am Tag des Putsches sorgte L. u. a. dafür, dass der Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin), der regimetreue General Joachim von Kortzfleisch, im Allgemeinen Heeresamt im sog. Bendlerblock in Gewahrsam genommen wurde, damit Karl Freiherr von Thüngen dessen Amt übernehmen konnte. Zudem übertrug ihm Olbricht am späten Abend die Hauptverantwortung für den Schutz des Allgemeinen Heeresamtes vor den Truppen, die unter der Führung des Majors Otto Ernst Remer den Staatsstreich niederzuschlagen versuchten. In der Nacht zum 21.7. wurde L. zusammen mit anderen Verschwörern in Stauffenbergs Büro im Bendlerblock festgesetzt. Die Offiziere weigerten sich jedoch, sich zu ergeben, und konnten noch belastende Dokumente verbrennen, bevor sie endgültig verhaftet wurden. L. wurde zusammen mit Wilhelm-Friedrich Graf zu Lynar und anderen Verschwörern am 29.9.1944 vom VGH zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. Eine Gedenkinschrift für L. befindet sich am Grabkreuz der Familie von der Lancken/Wallis auf dem Invalidenfriedhof in Berlin. In Potsdam ist eine Straße nach ihm benannt.

Quellen: GDW Berlin: Belegarchiv, Mappe Lancken (Lebenslauf Fritz von der Lanckens, verfasst von Axel von der Lancken); Auskünfte an den Verf. von Claudia Marquard, 2.11.2006, und René Schreiter, 2.11.2006.

Literatur: Genealogisches Handbuch der adeligen Häuser A 14, S. 306 f.; P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat; H.-A. Jacobsen: Spiegelbild; W. K. Prinz von Preußen/B. Baron Freytag von Loringhoven: Johanniter, S. 25, 34; E. Zeller: Geist, S. 192, 394, 400.

Foto: GDW.

A. Kurschat



Lebrecht, Heinrich

** 24.7.1901 Darmstadt, † 5.2.1945 Euskirchen (Eifel).*
Verh. mit Caroline, geb. Knewitz, zwei Kinder.
1919 Abitur in Mainz; 1919–1923 Theologiestudium in Bonn und Gießen; 1923 I. Theol. Prüfung; 1923/1924 Predigerseminar in Friedberg/Hessen; 1924 II. Theol. Prüfung und Ordination; 1924 Pfarrvikar in Kusel und Frankenthal (Pfälzische Kirche); 1924–1927 Pfarrer in Offenbach am Main; 1927–1945 Pfarrer in Groß-Zimmern (Nassau-Hessen).

L. hat seine Gemeinde in Predigten und wöchentlichen Artikeln im „Sonntagsgruß“ über kirchlich-theologische, weltanschauliche und politische Probleme



informiert und so eine lebendige, mündige Gemeinde aufgebaut. Er gehörte seit 1933 zum Pfarrernotbund und zur Bekenntnisgemeinschaft Nassau-Hessen. DC-Landesbischof Ernst-Ludwig Dietrich verfolgte ihn, seit er im Gottesdienst am 28.10.1934 den Beschluss der Bekenntnissynode der DEK von Berlin-Dahlem, an Stelle der DC eine eigene Kirchenleitung einzusetzen, verlesen hatte. Am folgenden Sonntag rief L. zur Gründung der Bekenntnisgemeinde Groß-Zimmern auf, der sich sofort mehr als zwei Drittel der Gemeindeglieder anschlossen. Die Verlesung der Dahlemer Botschaft ahndete die Kirchenleitung mit dem Entzug eines Monatsgehaltes (29.10.1934). Unter den so Gemaßregelten wurde L. als einziger auch vom Amt suspendiert (3.11.1934). Ihm wurde verboten, Religionsunterricht in der Schule zu halten (17.1.1935). Am 14.2.1935 wurde ihm mitgeteilt, dass er zum 1.3. strafversetzt werde. L. ignorierte die Maßnahmen, soweit das möglich war, weil er die DC-Kirchenleitung nicht anerkannte und darin von seiner Gemeinde unterstützt wurde. Machtlos war er jedoch gegen das Verbot des Staates, Religionsunterricht zu halten. Von März bis Oktober 1935 wurde ihm das Gehalt gesperrt.

Eine kleine Gruppe von Nationalsozialisten unter Führung des Bürgermeisters denunzierte L. bei kirchlichen und staatlichen Stellen, um ihn aus dem Ort zu verdrängen. Das galt nicht nur dem BK-Pfarrer, sondern auch dem „Judenstämmling“, wie der Landesbischof ihn bezeichnete. Nach den NS-Rassegesetzen war er „Halbjude“. Seit März 1934 versuchte er, ein Pfarramt im Ausland zu finden, vor allem wegen der Berufschancen seiner Kinder. Als er und seine Familie 1938/1939 – von Bischof George Bell nach England eingeladen – emigrieren konnten, lehnte er das ab, weil er seine Gemeinde nicht im Stich lassen wollte. Ein junges Mädchen, das unter dem Judenhass von Lehrern und Schülern in Groß-Zimmern 1939 zu leiden hatte, nur weil ihr Vater zwei untergetauchten Jüdinnen Lebensmittel gebracht hatte, äußerte später über ihren Pfarrer: „Ich nahm mir ein Beispiel an ihm, er wurde verfolgt, missachtet, aber er hat niemals mit gleichen Waffen zurückgeschlagen. Mir kam es vor, als habe er eine übernatürliche Kraft.“ (M. Lebrecht: Verschweigen, S. 100)

Als der NS-Staat im Herbst 1935 Kirchenausschüsse als Kirchenleitungen einsetzte, die paritätisch aus allen Gruppen zusammengesetzt waren, trat äußerlich eine gewisse Beruhigung ein. Da die 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz Christen jüdischer Herkunft zunächst zurückstellte, mussten Pfarrer, wie L., im Amt belassen werden. Deshalb wurde er offiziell wieder in sein Amt eingesetzt – aus dem er faktisch nie ausgeschieden war – und erhielt wieder Gehalt. In Wirklichkeit brachte diese Phase nur eine neue Form des Kirchenkampfes: Religionsunterricht durfte er weiterhin nicht halten und – unter dem Druck der NSDAP – versuchten Gemeindeglieder, bei Taufen L. als BK-Pfarrer und „Halbjuden“ zu umgehen und so die Kirche im Sinne der DC zu zerstören. Gemeinde- und Landesbruderrat standen auch in dieser Situation hinter L. Ab 1937 leitete Paul Kipper, DC-Präsident der Kanzlei, die Landeskirche Nassau-Hessen. Im Januar 1942 ordnete er – mit anderen DC-Landeskirchen – die Ausscheidung der Christen jüdischer Herkunft aus der Kirchengemeinschaft an. Der entschiedene Widerspruch des Gemeinde- und Landesbruderrates gegen diese Verordnung bewirkte wahrscheinlich, dass L. in seiner Gemeinde weiter amtieren konnte. Als jedoch der Staat die Heranziehung der „Halbjuden“ zur Zwangsarbeit forderte, wurde L. am 23.5.1944 zur „Organisation Todt“ eingezogen. Kipper setzte sich für ihn nicht ein. L. nahm die Trennung von Fami-

lie und Gemeinde als „mir von Gott bestimmt [an], mein Teil in der Not des Krieges mitzutragen“ (ebd., S. 123). Zwischen Hoffen und Bangen schrieb er seiner Frau und den beiden Kindern: „Wenn wir uns auf Erden nicht mehr wieder sehen, – es braucht ja nur eine Bombe einen zu treffen –, so wollen wir uns vor dem Throne Gottes zusammenfinden; die von uns, die zurückbleiben, halten dieses Ziel unverrückt vor Augen. […] Das ist gleichsam mein Testament.“ (Ebd., S. 134 f.) Am 23.1.1945 wurde er bei einem Bombenangriff verletzt und starb am 5.2.1945 in einem Feldlazarett in Euskirchen. Die Umstände, die zu seinem Tod führten, sind nie ganz aufgeklärt und von der Familie bezweifelt worden.

Die Straße vor dem Pfarrhaus in Groß-Zimmern wurde bereits im Oktober 1945 in Lebrechtstraße umbenannt. Aus Anlass des 60. Todestages 2005 gedachte die Gemeinde ihres ehemaligen Pfarrers L.

Quellen: Oberstudienrätin Marianne Lebrecht, Offenbach: Nachlass Pfr. H. Lebrechts; Sonntagsgruß der Evangelischen Gemeinde Groß-Zimmern, Jg. 1927–1938.

Literatur: Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau, Bde. 1–8 (Namensregister); M. Lebrecht: Verschweigen; H. Pfeifer (Bearb.): Briefwechsel; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 2/2, S. 59–71.

Foto: M. Lebrecht (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig



Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf von

** 22.6.1909 Hannover, † 4.9.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Gottliebe, geb. Gräfin Kalnein, vier Töchter.
Studium der Volks- und Betriebswirtschaft in Frankfurt am Main; 1936 Übernahme der Verwaltung der ostpreußischen Familiengüter; 1939–1944 Kriegsdienst, zuletzt als Oberleutnant d. R.

Der evangelische Gutsbesitzer war im Zweiten Weltkrieg als Reserveoffizier Adjutant des Generals Fedor von Bock. L. wurde während des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion Augenzeuge der Massaker an der jüdischen Bevölkerung in Borissow. Beim Einmarsch tötete die Wehrmacht in diesem weißrussischen Ort bei Minsk Tausende von Juden. Im September und Oktober fanden weitere Massenerschießungen statt; bei der größten am 20./21.10.1941 ermordete ein Sonderkommando 8 000 Menschen, darunter alle Frauen und Kinder der jüdischen Bevölkerung. Die Opfer mussten sich mit dem Gesicht nach unten in bereits ausgehobene Massengräber legen.

Unter diesem Eindruck schloss sich L. dem militärischen Widerstand um Henning von Tresckow in der Heeresgruppe Mitte an, dem er schon längere Zeit nahe stand.

In den Planungen für die „Operation Walküre“ war L. als Verbindungsoffizier für den Wehrkreis I in Königsberg eingesetzt. Am 21.7.1944 wurde der Graf in Ostpreußen verhaftet und am 3.9.1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Im Abschiedsbrief an seine Frau spiegelt sich sein Weg zu einem persönlichen Gottesglauben in der Haft wider: „Natürlich, mein Einzigstes, hat es auch bittere und traurige Stunden gegeben, wo meine Gedanken dann ihre eigenen Wege gingen und ich alle Kraft zusammennehmen mußte, um nicht nachzugeben und die Haltung zu bewahren. […]. Und auch diese Stunden waren nicht umsonst und sicherlich notwendig, um mich dorthin zu führen, wo ich

heute stehe. Ich könnte diesen Zustand nicht besser erklären als mit dem Wort aus der Bibel: ‚Fürchte dich nicht, glaube nur.' […]. Mein Engel, ich werde Dir in dieser Form fremd sein, aber glaube mir, diese Wochen haben mich wirklich gläubig gemacht und ich bin unendlich dankbar dafür. Der christliche Glaube und der Glaube an ein ‚himmlisches Reich' sind das Einzigste, was einem in der Not hilft. […]. Eine große Hilfe war mir, daß ich in Königsberg und in Berlin mir eine Bibel beschaffen konnte, die meine Hauptlektüre war. […]. Der liebe Gott beschütze Dich und unsere Kinder auf all Euren Wegen." (H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider [Hrsg.]: Nacht, S. 414, 417 f., 420) Am 4.9.1944 wurde Lehndorff hingerichtet.

Seine Frau überlebte die Sippenhaft im Arbeitslager. Den vier Töchtern wollten die Nationalsozialisten ihre Identität rauben. Im Kinderheim wurde ihnen die Wäsche mit den gestickten Grafenkronen weggenommen.

Literatur: W. Benz (Hrsg.): Holocaust, S. 33; H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider (Hrsg.): Nacht, S. 411–420; P Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 126 f.; J. v. Henninge: Lehndorff, S. 105.

Foto: GDW.

B. Mensing



Leipelt, *Hans* Konrad

** 18.7.1921 Wien, † 29.1.1945 München-Stadelheim.*
Ledig, ohne Kinder.
1938 Abitur in Hamburg; Arbeitsdienst; Wehrdienst; 1940 als „Halbjude" entlassen; Studium der Chemie in Hamburg, ab 1941 in München.

L. wuchs in einer evangelischen Familie in Wien und ab 1925 in Harburg auf; 1938 legte er sein Abitur an der Oberschule für Jungen in Hamburg-Wilhelmsburg ab; seine Leistungen im Fach Musik waren sehr gut. Er wurde protestantisch erzogen und konfirmiert. Wegen regimekritischer Äußerungen musste er 1935 die Schule wechseln. Nach dem Arbeitsdienst stand er im Wehrdienst, nahm 1939 am Polen- und anschließend am Frankreichfeldzug teil; im Juni 1940 wurde er mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet. Ende August 1940 wurde er als „Halbjude" – seine Mutter galt in der nationalsozialistischen Terminologie als „Volljüdin" – unehrenhaft aus der Wehrmacht entlassen. Bereits seit der Schulzeit hatte er antisemitische Ressentiments und Einschränkungen erfahren, die seine Auflehnung gegen den Nationalsozialismus motivierten. Schwer erschüttert hatte ihn die Deportation seiner Großmutter Hermine Baron, geb. Löw, nach Theresienstadt am 19.7.1942; tagelang sei er kaum ansprechbar gewesen. Politisch sympathisierte er sowohl mit marxistischen Ideen als auch mit einem parlamentarisch regierten Staat auf föderativer Grundlage. 1940 begann L. in Hamburg mit dem Studium der Chemie, das er ab Sommer 1941 in München fortsetzte. Nach der Verhaftung der Geschwister Scholl brachte er mit Traute Lafrenz die letzten Flugblätter der „Weißen Rose" nach Hamburg und sammelte Geld für die Witwe Kurt Hubers. L. hatte auch Kontakt zu einem Kreis von Ober- und Handelsschülern, die der Swingjugend nahe standen.

Am 13.1.1943 hielt der Gauleiter Paul Gießler im Deutschen Museum vor Studierenden der Münchner Universität eine Rede, in der er die Studentinnen auf-

forderte, anstelle zu studieren dem „Führer“ Kinder zu schenken. Diese Äußerung löste großen Unmut und Proteste aus. L. schrieb die Rede sowie alle Zwischenrufe mit und vervielfältigte sie. Am 8.10.1943 wurde er verhaftet und im Gefängnis München-Stadelheim inhaftiert. Am 13.10.1944 wurde er in Donauwörth vom zweiten Senat des Volksgerichtshofes „wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt und am 29.1.1945 enthauptet.

Während der Haftzeit gelangte L. in langen Gesprächen mit dem evangelischen Gefängnisgeistlichen Dr. Karl Alt zu einem entschiedenen Christentum. In seinem Abschiedsbrief an seine Schwester vom 29.1.1945 wird dieser mehrfach bezeugte Glaube L.s deutlich: „[...] bleibst Du in der Hand Gottes zurück, in der ich Dich getrost lasse – hält er uns doch alle in seiner Hand, schützt und erhält uns, und wo er uns diesen Schutz, diese Erhaltung zu versagen scheint, muß uns doch auch das, und gerade das, zum Besten dienen. Dieses Zutrauen zu ihm dürfen, ja müssen wir haben, auch wenn wir seine Wege einmal nicht verstehen und vielleicht sogar hart finden. Ich bitte Dich, und werde in diesen letzten Stunden für Dich darum beten, daß Du Dir dieses Vertrauen zu Gott Dein ganzes Leben lang erhalten möchtest. [...] Ich fühle im wahrsten Sinne des Wortes göttliche Ruhe in mir und sterbe ohne Angst in der Hoffnung auf Gottes Vergebung [...]. Lebe wohl, mein Liebes. Nochmals empfehle ich Dich in die Hände Gottes. Ich weiß, daß wir uns wiedersehen werden.“ (S. Bergeest/A. Mühlhaus/H. Riem ann/S. Rieper/K. Schween: Geist, S. 94) Nach Hans L. wurden in München und Hamburg zwei Straßen benannt. 1971 wurde im Foyer des Auditorium Maximum der Universität Hamburg eine Gedenktafel u.a. für Hans Leipelt angebracht. 1995 erhielt die Staatliche Fachoberschule Donauwörth den Beinamen „Hans-Leipelt-Schule“.

Literatur: S. Bergeest/A. Mühlhaus/H. Riemann/S. Rieper/K. Schween: Geist; A. Bottin: Zeit, S. 73 f., 84, 86, 121, 123, 132–135; U. Hochmuth (Bearb.): Candidates; U. Hochmuth/G. Meyer: Streiflichter; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit S. 149 f.

Foto: A. Bottin: Zeit, S. 11.

R. *Hering*

Leipelt, Katharina (eigentlich Katinca/Käthe), geb. Baron, Dr. phil.

* *28.5.1892 Boskowitz (Mähren), † 9.12.1943 Hamburg-Fuhlsbüttel.*

Verh. mit Konrad Leipelt, zwei Kinder.

1911–1916 Studium der Chemie; 1917 Promotion zum Dr. phil.; lebte von 1908–1922 in Wien, dann in Hamburg bzw. Harburg-Wilhelmsburg (ab 1937 zu Hamburg gehörig).

L., Tochter eines Privatbeamten, wuchs in einer gebildeten, bürgerlichen, jüdischen Familie auf und konvertierte zum Protestantismus. Seit 1908 lebte sie in Wien und erwarb dort das Reifezeugnis am k.k. akademischen Gymnasium. Bevor sie sich zum Wintersemester 1911/1912 an der Philosophischen Fakultät einschrieb und Chemie studierte, belegte sie Gymnasialkurse an den Schwarzwäldischen Lehranstalten. Mit der Ausnahme des Sommersemesters 1915 war sie an der Universität Wien bis zum Sommersemester 1916 als ordentliche Hörerin eingeschrieben. Am 28.6.1917 wurde sie zum Doktor der Philosophie promoviert. Sie wird als sehr musikalisch, liebenswürdig und verständnisvoll geschildert.

L. heiratete im Oktober 1920 Dipl. Ing. Konrad Leipelt (1886–1942), der später in Hamburg bei der Norddeutschen Affinerie, einem Metallveredelungswerk, arbeitete und danach Leiter der Zinnwerke in Wilhelmsburg war. 1922 zog sie mit ihrer Familie von Wien nach Hamburg bzw. Harburg-Wilhelmsburg bei Hamburg um, war bis 1936 aber immer wieder für einige Wochen in Wien gemeldet. Sie lebte im „Dritten Reich“ in „privilegierter Mischehe“, verlor aber durch den plötzlichen Tod ihres Mannes am 23.9.1942 diesen relativen Schutz. Nunmehr arbeitete sie als Bürogehilfin in einem Kraftfutterbetrieb in Hamburg-Harburg. Bereits am 19.7.1942 war ihre Mutter Hermine Baron, geb. Löw, nach Theresienstadt deportiert worden, wo sie am 23.12.1943 starb. Die Deportation hatte die Familie, vor allem ihren Sohn Hans Konrad, sehr tief getroffen.

L. wurde nach der Verhaftung ihres Sohnes Hans Konrad, vermutlich am 7.12.1943, in Sippenhaft genommen und im Polizeigefängnis Hamburg-Fuhls-



büttel interniert. Dort wurde sie zwei Tage nach ihrer Verhaftung tot in ihrer Zelle aufgefunden – die Todesumstände sind unklar, möglicherweise hat sie Suizid begangen, um einer Deportation in ein Konzentrationslager zu entgehen. Ihr Sohn charakterisierte sie in seinem Gnadengesuch vom 29.10.1944 als „in steter, selbstaufopfernder Liebe und Fürsorge für die Ihren und schweigendem, starken Ertragen physischen und psychischen Leidens sich offenbarend" (A. Bottin: Zeit, S. 84). Bereits während des Ersten Weltkrieges hatte sie ihr Chemiestudium unterbrochen, um freiwillig im Lazarett in Wien als Pflegerin tätig zu sein, wodurch sie selbst ihre eigene Gesundheit geschädigt haben soll.

Quellen: Wiener Stadt- und Landesarchiv, historisches Meldearchiv; Archiv der Universität Wien, Nationalien und Promotionsprotokoll der Philosophischen Fakultät.

Literatur: S. Bergeest/A. Mühlhaus/H. Riemann/S. Rieper/K. Schween: Geist; A. Bottin: Zeit, S. 74, 84, 121; Hamburger jüdische Opfer, S. 233; U. Hochmuth (Bearb.): Candidates; U. Hochmuth/G. Meyer: Streiflichter; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 149 f.; F. Wünsche: Schultze-Jahn.

Foto: A. Bottin: Zeit, S. 74 .

R. *Hering*

Lichtenstein, Herta, Dr. rer. pol.

* *10.11.1905 Fraustadt (Schlesien), † Januar 1942 (?) Getto Litzmannstadt (Łódź).*

Ledig, ohne Kinder.

1925 Abitur in Breslau; 1925–1928 Studium der Volkswirtschaft in Breslau und Berlin; 14.12.1928 Dipl. Volkswirt Breslau; 1929–1931 Volontariat bei der Stadtwirtschaft der Provinz Niederschlesien und der Industrie- und Handelskammer in Breslau; 18.7.1931 Dr. rer. pol. in Breslau; September 1933 Dissertation „Die Finanzwirtschaft der deutschen Großstädte von 1925 bis 1931" in Jena erschienen; 1939–1940 „Büro Pfarrer Grüber" in Berlin.

Bevor Studienrat Dr. Julius Lichtenstein und Elise Herrnstadt 1904 heirateten, konvertierten sie zum Christentum, „um einen christlichen Hausstand zu begründen." Ihre beiden Töchter, Herta und Irmgard (1909–?), wurden als Babys getauft und wuchsen in einem evangelischen Elternhaus in Breslau auf. Nach den NS-Gesetzen waren Eltern und Töchter trotzdem „Volljuden".

Über L.s Lebensweg 1931–1939 sind wir leider kaum unterrichtet. Aus ihrer Korrespondenz mit dem Fischer-Verlag Jena geht hervor, dass sie 1931/1932 in Stettin, 1933 in Berlin und ab Oktober 1933 in Gera lebte. Eine Anstellung im öffentlichen Dienst oder der Wirtschaft wird sie ab 1933 sicher nicht mehr gehabt haben. Nach Erinnerung ihrer Schwester Irmgard war sie illegal für eine Organisation, die Kurse für Volkswirtschaft (im Fernstudium?) anbot, tätig, indem sie die Fragen ausarbeitete und die Antworten dann korrigierte. Nähere Angaben dazu sind bisher nicht bekannt. In Briefen an Hans-Günther Bressler findet sich im September 1937 die Mitteilung, dass L. seit zwei Monaten wieder eine Stellung habe. Am 28.11.1938 teilte sie ihm mit: „Ich selber habe Gott sei Dank mein bißchen Arbeit noch behalten. Erst mal bis Januar." Dabei könnte es sich um diese Kurse handeln, aber auch für 1933–1937 fehlen alle Angaben.

Dr. Julius Lichtenstein war Mitglied des großen Arbeitsausschusses des „Reichsverbandes nichtarischer Christen" (später „Paulusbund"), und Vorsitzender der Ortsgruppe in Breslau. L. leitete in Berlin eine Wandergruppe des Paulusbundes, zu der etwa 40 junge Christen jüdischer Herkunft gehörten, zum Beispiel die Geschwister Kobrak. Sie waren mit Zelten



unterwegs, badeten selbst an für „Juden“ verbotenen Stellen, kamen zu Liederabenden und Vorträgen zusammen. Da es keine öffentlichen Bildungsmöglichkeiten mehr für sie gab, außer im Italienischen Kulturzentrum, lernten sie dort Italienisch. Die Wandergruppe bestand nur bis etwa 1938. An Hans-Günther Bressler, der zu ihr gehörte, bis er 1937 in die Schweiz emigrierte, schrieb L. am 28.11.1938, d. h. nach der „Kristallnacht“: „Nächsten Sonntag hoffen wir, uns als Gruppe noch mal zusammen finden zu können, nicht alle auf einmal, sondern in getrennten Kolonnen, eine bei mir, eine bei Inge [Frankenstein, verh. Unglaube], vielleicht noch eine dritte anderswo.“ Dr. Ruth Israel aus der Wandergruppe erinnert sich, dass L. sehr beliebt war. Sie sei sehr hilfsbereit und sozial engagiert gewesen, habe viel arrangiert und immer für die Gruppe gekocht.

1939–1940 arbeitete L. im „Büro Pfarrer Grüber“ und zwar in der Kanzlei der Wohlfahrtsabteilung, die Dr. Richard Kobrak leitete. Sie wird wohl durch Vermittlung von Dr. Heinrich Spiero, dem ehemaligen Vorsitzenden des Paulusbundes, und Kobrak ins Büro Grüber gekommen sein. Als im Mai 1939 eine Anfrage ans Büro Grüber kam, für ein Krankenhaus in Caracas (Venezuela) würden vier Krankenschwestern gesucht, leitete L. die Auswanderung ihrer Schwester Irmgard dorthin in die Wege. Irmgard hatte schon seit 1933 als Fürsorgerin Berufsverbot, sie arbeitete als Krankenschwester und Sprechstundenhilfe. Sie überlebte auf diese Weise als einzige der Familie. Auf eine Anfrage des Bischofs von Tansania meldete das Büro Grüber am 28.6.1939 L. für diese Stelle. Leider zerschlug sich der Plan. Im Januar 1939 wandte sich Dr. Julius Lichtenstein an Pfarrer Julius Rieger in London, da er von der Absicht hörte, dass ein Altersheim für Christen jüdischer Herkunft geschaffen werde. Er bat, ihn und seine Frau dafür zu berücksichtigen. Auch diese Hoffnung zerschlug sich.

Aus einem Brief an Hans-Günther Bressler erfahren wir am 1.11.1940 erstmals von L.s Erkrankung: „Herta war Wochenend bei den Eltern. Sie sieht furchtbar elend aus, ist auch leidend – erwähne aber Irmchen gegenüber nichts.“ Sie litt an Basedow. Öfter war von der Absicht einer Operation die Rede, zu der es dann nicht kam. Im Laufe des Jahres 1941 kam es zu einer leichten Besserung. Ende Februar stürzte sie und brach sich ein Bein. Anfang September erhielten die Eltern von ihr einen „recht deprimierten Brief“. Bereits mit dem ersten Osttransport aus Berlin wurde sie am 18.10.1941 ins Getto Litzmannstadt (Łódź) deportiert. Nachdem die Eltern lange Zeit nichts von ihr hörten, heißt es in einem Brief vom 28.12.1941: „Von Herta kommen nun ab und zu Karten, die ganz befriedigend, so wie man das sagen kann, klingen.“ Doch das war nur von kurzer Dauer. Am 5.1.1942 erhielten die Eltern Lichtenstein das letzte Lebenszeichen ihrer Tochter Herta. Sie ist wohl im Getto Litzmannstadt ermordet worden. Es gibt aber auch die vage Erinnerung, sie sei noch in ein anderes Lager verschleppt worden. Die Eltern Lichtenstein sind vermutlich im Oktober 1941 in das gettoartige Sammellager Kloster Grüssau (Schlesien) und im August 1942 weiter nach Theresienstadt verschleppt und dort ermordet worden.

Quellen: Archiv der Universität Breslau (Wroclaw), Sig. prom. Rer. Pol. Sig. P 202: Promotionsakte (Lebenslauf); ThStA Weimar: Korrespondenz Herta Lichtensteins mit dem Gustav Fischer Verlag 1931–1933; Korrespondenz mit Hans-Günther Bressler

1937–1942 bei Dr. Rainer Bressler, Zürich; Archiv der Bonhoeffer-Gemeinde London, Akte 352, und Tower Hamlets LHLA London, TH 8662/45/8-16: Korrespondenz mit Pfr. Julius Rieger; Korrespondenz mit Irmgard Spanier-Lichtenstein, Caracas, 1991; Gespräche mit Fritz Schöngut und Dr. Ruth Israel (Mitglieder der Wandergruppe) 1988/1991.

Literatur: H. Loewy: Weg; A. S. Vuletič: Christen jüdischer Herkunft.

Foto: I. Spanier (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig

Lindemeyer, Georg

* *5.8.1887 (Wuppertal-)Elberfeld, † 1942 verschollen in Minsk.*

Verh. mit Frieda, geb. Lewinsky, zwei Töchter, ein Sohn.

Taufe 1892; Gymnasium in Elberfeld; Jurastudium in Bonn und Heidelberg; Referendariat in Berlin; 1915–1933 Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht in Düsseldorf; 1933 entlassen; 1940 Zwangsarbeit.

Lindemeyer, Frieda, geb. Lewinsky

* *24.6.1893 Berlin, † 1942 verschollen in Minsk.*

Verh. mit Georg Lindemeyer, zwei Töchter, ein Sohn.

Schulbesuch bis 1909; einjähriger Handelskursus, Bürotätigkeit im Büro des Vaters.

L. stammte aus einer Wuppertaler und Frieda Lindemeyer, geb. Lewinsky, aus einer Berliner jüdischen Familie.

L. wurde nach dem Tode seines Vaters, eines Textilhändlers, und der Wiederverheiratung seiner Mutter mit dem evangelischen Geschäftspartner 1892 getauft und evangelisch erzogen. Nach dem Schul- und Studienabschluss leistete er seine Referendarzeit bei Justizrat Arnold Lewinsky in Berlin. Dort lernte er seine spätere Frau Frieda Lewinsky kennen. Mit der Heirat und dem Amtsantritt am Amts- und Landesgericht siedelte das junge Ehepaar 1915 nach Düsseldorf um.

Bei der Geburt des ersten Kindes einige Monate später gab es schwere Komplikationen. Das Leben von Mutter und Kind schien gefährdet. In dieser Situation beschloss Frieda Lindemeyer, sich taufen zu lassen. Das Kind starb einige Tage nach der Geburt. Obwohl der Taufentschluss in der lebensgefährdenden Krise motiviert war, entwickelte Frieda Lindemeyer eine tiefe Verbundenheit zum protestantischen Glauben. Die drei nachfolgenden Kinder wurden alle in der Auferstehungskirche in Düsseldorf-Oberkassel getauft und im evangelischen Glauben erzogen.

In das bürgerliche Leben brach das Jahr 1933 mit der Entlassung des Familienvaters aus dem Staatsdienst aufgrund des „Arierparagraphen“ am 21.4.1933 ein. L. versuchte auf unterschiedlichen Wegen für den Unterhalt der Familie zu sorgen. Er erteilte Fremdsprachenunterricht, schrieb Fachartikel in juristischen Zeitschriften und betrieb in beschränktem Maße, da „jüdische“ Anwälte keine „arischen“ Mandanten vertreten durften, auch eine Rechtsanwaltspraxis. Ab 1935, als der finanzielle Rahmen immer enger wurde, versuchte auch Frieda Lindemeyer mit einer Art Vertretertätigkeit zum Familieneinkommen beizutragen.

L. war ein literarisch interessierter und gebildeter Mann. Neben der Kenntnis mehrerer Sprachen verfügte er über ein tiefes Wissen der deutschen Literatur. Außerdem verfasste er Abhandlungen, Romane, Dramen und Tragödien. Diese vielseitigen Interessen halfen ihm, in den letzten Jahren die erzwungene Untätigkeit zu ertragen. Überdies engagierte sich das Ehepaar im „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nicht-arischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V.“. Der Kreis der Leidensgenossen milderte die zunehmende Isolierung und Ausgrenzung, vor allem nachdem sie sich von ihren Kindern getrennt hatten und diese in England in Sicherheit waren.

Die Möglichkeiten einer qualifizierten Schul- und Berufsausbildung verschlechterten sich für die drei Kinder von Jahr zu Jahr. 1937 meldeten die Eltern Edith in der Stoatley Rough School in Haslemere (Surrey) an, einer 1934 gegründeten Schule, die vor allem deutsche Flüchtlingskinder aufnahm. Ihr folgte zwei Jahre später ihr Bruder Wolfgang, der die Magdalen College School in Brackley/Northamptonshire besuchte. Nach der Pogromnacht 1938 entschloss sich auch Eva-Maria zu einer Flucht nach England.

In den folgenden Jahren stand immer wieder auch für die Eltern die Frage einer Emigration im Raum. Trotz aller Anstrengungen bot sich keine konkrete Perspektive, und letztendlich waren mit Kriegsbeginn die Möglichkeiten für eine Flucht versperrt. L. wurde zur Zwangsarbeit herangezogen, 1941 musste das Ehepaar den Judenstern tragen.



Anfang November kam der Befehl, sich am Schlachthof in Düsseldorf-Derendorf zum „Transport in den Osten" einzufinden. Die letzten verbliebenen Freunde, zu denen vor allem Ilse Peters gehörte, die der Anlass der Denunziation gegen Pfarrer Gottfried Hötzel gewesen war, nahmen an dem Gottesdienst teil, den Pfarrer Johannes Balke am Vorabend der Deportation in der Wohnung Lindemeyer für eine kleine Gruppe von Leidensgenossen abhielt.

Angesichts der drohenden Deportation hatte Frieda Lindemeyer immer wieder erwogen, den Freitod zu suchen. In ihrem letzten Brief an die Kinder in England schrieb sie: „Morgen müssen wir unter grausamsten Bedingungen unser altes Heim verlassen und werden in die Fremde getrieben. Unser Ziel soll Minsk sein. Nun müssen wir alles verlassen, was uns lieb war und ohne einen Pfennig in die Fremde gehen. In unserem Alter wirklich keine Kleinigkeit. Nach schweren inneren Kämpfen habe ich mich entschlossen, Vati nicht allein zu lassen, obgleich ich doch so gern schlafen gehen würde. Wenn ich wüßte, daß mir kein Wiedersehen mit Euch mehr beschieden ist. Ich will durchhalten und bete zu Gott, dass er mir die Kraft gibt, all das Schreckliche zu ertragen, was Er uns schickt. [...] Ich bete zu Gott täglich und stündlich, dass er mich erhalten und beschützen möge und die Stunde doch einmal kommen möge, da wir uns wiedersehen! [...] Jetzt ist die Letzte Nacht vorüber [...]. Nun geht's hinaus. Auch da wollen wir sagen: mit Gott! Betet für uns, wie unsre Gebete nur für Euch zum Himmel gehen." (Zitiert nach Moß: Gedanken, S. 217)

Literatur: S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 124; C. Moß (Hrsg.): Gedanken.

Foto: C. Moß (Hrsg.): Gedanken, S. 24 (von links: Georg, Eva-Maria, Edith, Frieda und Wolfgang Lindemeyer).

S. Lekebusch

London, Margrit

** 17.8.1919 Hamburg, † 6.2.1945 KZ Ravensbrück.*

L. wurde als Tochter von Max London und seiner Ehefrau Agnes geboren. Sie wuchs in einer jüdischen Familie auf, hatte aber schon früh Kontakt zur Hamburger Jerusalemgemeinde. Diese wurde im 17. Jahrhundert von der Irisch Presbyterianischen Kirche gegründet und unterstand ab 1884 der Leitung von Dr. Arnold Frank. Der getaufte ungarische Jude errichtete ein Missionshaus in Hamburg, um Juden, die sich auf dem Weg nach Übersee befanden, mit

Arbeit, Unterkunft und biblischer Unterweisung zu versorgen. Deswegen wurde die Gemeinde zum Treffpunkt vieler „nichtarischer“ Christen. L. half dort bei der Organisation von Nachmittagsveranstaltungen und war Mitglied im Kirchenchor. Mit 16 ließ sie sich am 17.3.1935 von dem nun amtierenden Pastor Moser taufen und war hernach Mitglied im Jugendbund für entschiedenes Christentum.

Ihr Vater, Max London, wurde am 14.7.1942 von der Gestapo abgeholt und nach Theresienstadt deportiert. Später gelangte er nach Auschwitz.

Im selben Jahr wurde L. während ihrer Arbeit in einem Geschenkwarenladen verhaftet. Anfangs gelangte sie in das Fuhlsbütteler Gefängnis, wo sie mehrere Monate in Dunkelhaft verbringen musste. Am 26.7.1944 deportierte man sie ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Dort wurde als Haftgrund neben ihrer jüdischen Abstammung eingetragen, dass sie als politischer Häftling galt. An ihrer oppositionellen Haltung dem Staat gegenüber besteht kein Zweifel, ob sie sich jedoch konkret in einer Widerstandsgruppe betätigte, lässt sich aus den Quellen nicht einwandfrei belegen. Nach den Angaben ihrer Freundin Hildegard Schaeder starb L. zwei Monate vor der Auflösung des Lagers an Lungentuberkulose.

Literatur: Christliche Frauen, S. 69 f.; G. Schwöbel: Leben gegen den Tod.

G. Schwöbel

Lueben, Werner

* 23.3.1894 Breslau, † 28.7.1944 Torgau.

Verh. mit Klara, geb. von Scholten, zwei Töchter, ein Sohn.

1913 Abitur Gymnasium Halle/Saale; 1913–1920 Jurastudium in Halle (unterbrochen durch Militärdienst im Ersten Weltkrieg ab 1914, zuletzt als Leutnant d.R.); 1920 Referendar; ab 1923 Assessor am Amtsgericht Erxleben; 1925 Landgerichtsrat, dann Amtsgerichtsrat in Bartenstein/Ostpreußen, 1928 in Königsberg/Ostpreußen; 1934 Kriegsgerichtsrat in Breslau, 1935 Oberkriegsgerichtsrat dort; 1936 Ministerialrat am Reichskriegsministerium Berlin; 1936 Reichskriegsanwalt am Reichskriegsgericht Berlin; ab 1939 Reichskriegsgerichtsrat mit verschiedenen Einsätzen als Rechtsberater an der Front; ab 1943 am Reichskriegsgericht in Torgau; 1944 Senatspräsident.

L., selbst Sohn eines Militärbeamten, wollte nach dem Abitur eigentlich die Offizierslaufbahn einschlagen. Als dies an einer Sehschwäche scheiterte, wählte er das Jurastudium, das er ab 1914 als Kriegsfreiwilliger unterbrach. In der Weimarer Republik fand er wie viele bürgerliche Protestanten seine politische Heimat in der rechtsextremen deutschnationalen DNVP. 1920 trat er in die Deutsch-Nationale Studentengruppe an der Universität Halle ein, ein Jahr später in die DNVP und in den republikfeindlichen rechten Wehrverband „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“. In Königsberg geriet L. zusammen mit seinem Juristenkollegen Otto Barwinski, einem engagierten Katholiken, in Konflikt mit den Nationalsozialisten, weil sie 1931 als Untersuchungsrichter Voruntersuchungen gegen Personen aus dem Umfeld des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch zu führen hatten. Die beiden wurden in der NSDAP-Presse attackiert. Nach der „Machtergreifung“ betrieb Koch, bald zusätzlich Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, L.s Versetzung. L. bewarb sich seinerseits 1933 um Aufnahme in die Heeresjustiz – aus alten Affinitäten zum Militär und wohl auch, um dem unmittelbaren Einflussbereich der Partei zu entkommen. Im Oktober 1933 wurde seine Versetzung ans Landgericht Berlin ausgesprochen, aber wenige Tage später traf die Zusage für den Militärjustizdienst ein. In den folgenden Jahren stieg er bis zum Senatspräsidenten beim Reichskriegsgericht im Rang eines Generalleutnants auf. Innere Konflikte stellten sich ein, als die NSDAP etwa seit 1938 ihren unmittelbaren Einfluss auf die Wehrmacht ausbaute und L. als Reichskriegsanwalt gesetzlich an Weisungen gebunden war. Er ließ sich auf eine Richterstelle versetzen. Allerdings hat L. unter etwa 100 anderen Angeklagten auch den österreichischen Bauern und tiefgläubigen Katholiken Franz Jägerstätter am 6.6. 1943 wegen Wehrdienstverweigerung zum Tode verurteilt.

In der Hauptverhandlung gegen drei katholische Priester aus Stettin wegen „Spionage“ vom 24. bis zum 27.7.1944 wandte sich L. aber gegen die fingierten Anschuldigungen des Anklägers: „Es handelt sich in diesem Fall weder um Verbrecher noch um asoziale Elemente, ihre einzige Tragik ist es, daß sie katholische Priester sind.“ (H. Moll [Hrsg.]: Zeugen, Bd. 1, S. 113) Schon am 27.5.1944 hatte L. in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichskriegsgerichtes, Admiral Max Bastian, Zweifel im Bezug auf die Beweisführung

vorgetragen. Die Vernehmungstechniken der Gestapo stellten keine geeignete Grundlage für ein Geständnis dar – er spielte damit auf die offensichtliche Folter der Angeklagten an. Bastian hatte ihn kurz vor der Verhandlung gerügt, weil er sich als einziger dem angeordneten Urteil widersetzt hatte.

In der Nacht vor der Verkündung des – bereits vorher von der Gestapo festgelegten – Todesurteils nahm der Richter sich mit seiner Pistole das Leben, wohl weil er diese rechtswidrigen Urteile aus Gewissensgründen nicht unterschreiben konnte.

Wegen des Formfehlers der fehlenden Unterschrift wurde das Urteil aufgehoben. In einem neuen Verfahren wurden im September 1944 die Todesurteile ausgesprochen: Am 13.11.1944 wurden Carl Lampert, Friedrich Lorenz und Herbert Simoneit in Halle an der Saale enthauptet.

Quellen: Mündliche Informationen von Luebens Tochter Irmgard Sinner, geb. Lueben, an Heinrich Rathke, Dezember 2001; Lebensbild von Werner Lueben, Manuskript von Luebens Sohn Claus Lueben, Halstenbek, Dezember 2002 (10 Seiten), und Ergänzung dazu vom Juli 2004 (4 Seiten); mündliche Informationen von Claus Lueben an Björn Mensing, 29./30.9.2005.

Literatur: H. Moll (Hrsg.): Zeugen, Bd. 1, S. 113; B. M. Kempner: Priester, S. 218 f.

B. Mensing

Lynar, Wilhelm-Friedrich (*Wilfried*) Rochus Graf zu



* *3.2.1899* Berlin, † *29.9.1944* Berlin-Plötzensee.

Verh. mit Ilse Hyma Marie, geb. Gräfin von Behr-Negendank, zwei Töchter, vier Söhne.

1917 Eintritt als Fahnenjunker in das Leibgarde-Husaren-Regiment in Potsdam; im Ersten Weltkrieg Kriegsdienst, zuletzt im Rang eines Leutnants; Ausbildung als Land- und Forstwirt; 1928 Übernahme der Standesherrschaft in Lübbenau; im Zweiten Weltkrieg Dienst in der Heeresverwaltung beim Stellvertretenden Generalkommando des III. Armee-Korps in Berlin, Major d. R.; ab 1943 Adjutant Erwin von Witzlebens in der Führer-Reserve des OKH.

L. wuchs zusammen mit drei Schwestern in Berlin auf, wo sein Vater, Rochus Friedrich Graf zu Lynar (gesprochen: Lynár), als Rittmeister im Ersten Garde-Dragoner-Regiment seinen Dienstsitz hatte. 1914 wurde L., dessen Taufpate Kaiser Wilhelm II. war, in der Nikolaikirche in Lübbenau konfirmiert. Am Gymnasium in Luckau legte er das Abitur ab. Nach seiner militärischen Ausbildung im Potsdamer Leibgarde-Husaren-Regiment bereitete er sich auf die Verwaltung der Besitztümer seiner Familie im Spreewald vor. Er heiratete 1923 und bezog mit seiner aus Vorpommern stammenden Frau das Gutshaus in Tornow (Unterspreewald). 1928 übernahm er von seinem Vater die Standesherrschaft auf Schloss Lübbenau. Seine Aufsicht über die gräfliche Land- und Forstwirtschaft war mit täglichen Reisen zwischen dem Rentamt in Lübbenau und den auf großer Fläche verteilten Gütern und Forsten verbunden. Seine Frau, eine gelernte Krankenpflegerin, hatte die Leitung über den Haushalt und das Dienstpersonal. Da L. den Familienbesitz hoch verschuldet übernommen hatte, zog er mit seiner Familie 1930 in das kleinere Schloss Seese um. Auf Schloss Lübbenau ließ er ein Museum einrichten.

Feste Bestandteile des Familienlebens waren das Gebet vor dem Essen und der sonntägliche Kirchgang. Als Standesherr auf Lübbenau war L. zugleich

Patron der dortigen evangelischen Kirchengemeinde. In dieser Funktion stiftete er eine Glocke für die (heute nicht mehr existierende) Dorfkirche von Groß Lübbenau. 1929 wurde L. als Ehrenritter in den evangelischen Johanniterorden aufgenommen, 1935 stieg er zum Rechtsritter auf. Seine Frau engagierte sich als Vorsitzende der evangelischen Frauenhilfe in der Gemeindearbeit. Der zunehmende nationalsozialistische Einfluss auf die Frauenhilfe veranlasste sie 1933, ihre Tätigkeit dort zu beenden. Auch L. stand den Nationalsozialisten distanziert gegenüber, war deren Herrschaftspraxis doch weder mit seiner christlichen Grundhaltung noch mit seiner monarchistischen Gesinnung vereinbar, die den guten Beziehungen zwischen seiner Familie und dem Haus Hohenzollern entsprach.

Während des Zweiten Weltkrieges schloss sich L. dem militärischen Widerstand an. Auf Schloss Seese führte er vertrauliche Gespräche mit den Offizieren Ludwig Gehre und Fritz Jaeger, dem Juristen Otto John und anderen Oppositionellen. Besonders eng war sein Kontakt zu Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, dessen Adjutant er ab 1943 war. Witzleben, der bei L. auf Schloss Seese eine Wohnung bezogen hatte, war in der Umsturzplanung als künftiger Oberbefehlshaber der Wehrmacht vorgesehen und stand durch L. in ständiger Verbindung mit den Verschwörern. L. kannte die Attentatspläne, die Henning von Tresckow bei der Heeresgruppe Mitte und Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Allgemeinen Heeresamt entwickelten, und war an der Vorbereitung des Staatsstreichs unmittelbar beteiligt.

Am 20.7.1944 erfuhren L. und Witzleben in der Dienststelle des Generalquartiermeisters Eduard Wagner in Zossen, dass das Attentat auf Adolf Hitler gescheitert war. Gegen 20 Uhr trafen sie, unzufrieden mit dem Verlauf des Putsches, im Allgemeinen Heeresamt in Berlin ein. Nachdem sich Witzleben dort mit Ludwig Beck besprochen hatte, fuhren sie wieder zu Wagner nach Zossen. Am späten Abend kehrten sie nach Seese zurück, wo sie am folgenden Tag verhaftet wurden. Am 29.9.1944 wurde L. vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. Ein Gedenkkreuz für L. mit dem Bibeltext 2 Tim 4,7 f. befindet sich in der Nikolaikirche in Lübbenau. Dort wird jedes Jahr an seinem Todestag ein Gedenkgottesdienst gefeiert.

Quellen: GDW Berlin: Belegarchiv, Mappe Lynar (darin: Brief von Gottfried Vetter an die GDW, 17.6.1989); Wilhelm Friedrich Graf zu Lynar und der 20. Juli 1944. Gerechtigkeit, Tapferkeit und Menschlichkeit. Werkstattausstellung im Kanzleigebäude des Schlossbezirks Lübbenau [Broschüre zur Ausstellung]; Auskünfte an den Verf.: Armgard Gräfin zu Lynar, 12.10.2006, Matthias Spikermann, 3.9.2006, Lothar Uebel, 13.10.2006.

Literatur: P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat; H.-A. Jacobsen: Spiegelbild; W. K. Prinz von Preußen/B. Baron Freytag von Loringhoven: Johanniter, S. 30, 35.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Maaß, Hermann

* *23.10.1897 Bromberg (heute Bydgoszcz),* † *20.10.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Eva, geb. Habich, sechs Kinder.

1916–1918 Kriegsdienst, Entlassung nach schwerer Gasvergiftung; ab 1919 Studium der Fächer Philosophie, Psychologie und Soziologie in Berlin, danach sozialpädagogische Arbeit in Fürsorgeheimen in Thüringen, Examina im Lehramt und in der Wohlfahrtspflege; 1924–1933 Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände und Chefredakteur der Zeitschrift „Das junge Deutschland" in Berlin; 1933–1938 Publizist in Potsdam; ab 1937 Prokurist im Metallverarbeitungsbetrieb Wilhelm Leuschners.

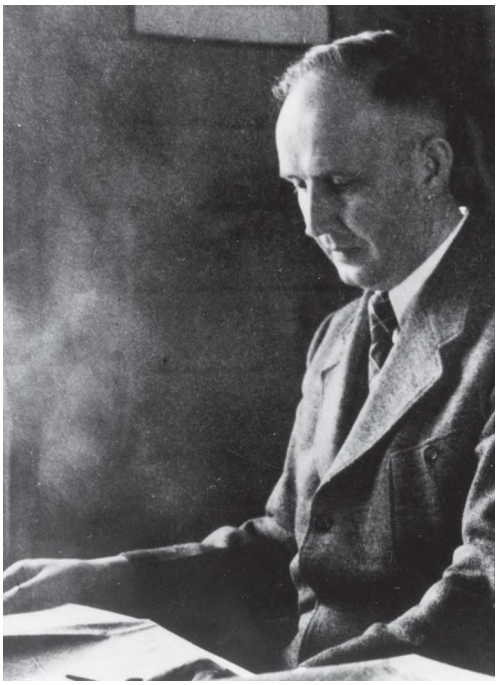
M., der aus der Familie eines Bahnbeamten stammte, wollte nach seinen Studien an der Universität und an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin zunächst Wohlfahrtspfleger werden. Seit 1920 engagierte er sich politisch in der SPD. 1924 wurde er Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände in Berlin, einer Spitzenkörperschaft, der mehr als 70 Jugendverbände unterschiedlichster Prägung mit insgesamt über vier Millionen Mitgliedern angehörten. In dieser Funktion setzte M. sich durch Eingaben bei Regierung und Parlament z. B. für verbesserte Regelungen zum Jugendschutz, für eine bessere Aus- und Fortbildung, für günstigere Arbeitsbedingungen erwerbstätiger Jugendlicher und für Fahrpreisermäßigungen im Bahnverkehr ein. Unter seiner Leitung entstand die Ausstellung „Das junge Deutschland", die 1927 in Berlin und später auch in anderen deutschen Städten gezeigt wurde. Sie doku-

mentierte die soziale, berufliche und kulturelle Lage der deutschen Jugend und diente zugleich dazu, das Bedürfnis erwerbstätiger Jugendlicher nach ausreichender Freizeit zu belegen.

Am 5.4.1933 ließ der Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, durch einen Trupp der Hitlerjugend die Geschäftsstelle des Reichsausschusses besetzen. M. wurde mit Beschimpfungen und Drohungen empfangen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses, Ludwig Vogt, trat sein Amt an Schirach ab und stellte sich in den Dienst der HJ. M. hingegen war nicht bereit, sich der Gleichschaltung des Reichsausschusses zu fügen. Da er sich weigerte, freiwillig von seinem Amt zurückzutreten, wurde er entlassen. Für ihn und seine in Potsdam lebende Familie hatte dies erhebliche finanzielle Einbußen zur Folge. Von der Harvard-Universität wurde ihm eine Dozentenstelle angeboten, doch eine Emigration in die USA kam für ihn nicht in Frage. Seine Hauptaufgabe sah er darin, in Deutschland die Opposition gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen. Er blieb in der Jugendarbeit tätig und arbeitete unter erheblichen Schwierigkeiten bis 1938 publizistisch als Mitherausgeber zweier pädagogischer Schriftenreihen.

Seit 1935 hatte M. Kontakt zu Wilhelm Leuschner, dem ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister von Hessen, der in der Organisation des gewerkschaftlichen Widerstandes eine führende Stellung einnahm. Nachdem er 1937 in Leuschners Berliner Firma eingetreten war, unterhielt er als dessen engster Mitarbeiter Verbindungen zu Regimegegnern aus der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, aus der Gruppe um Ludwig Beck und Carl Goerdeler, aus dem Kreisauer Kreis und aus der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Einige Zusammenkünfte fanden in seinem Potsdamer Wohnhaus statt.

M.s politisches Wirken galt dem Aufbau einer Gesellschaft, deren geistiges Fundament ein auf christliche Traditionen zurückgreifendes sozialistisches Ethos bilden sollte. Kirchlichen Institutionen stand er distanziert gegenüber. Er und Eva Habich hatten 1925 kirchlich geheiratet, waren jedoch wenig später aus der Kirche ausgetreten. Gleichwohl verstanden sie sich weiterhin als Christen. Ihre Kinder ließen sie zwar nicht taufen, jedoch gaben sie ihren Glauben an sie weiter, feierten mit ihnen die christlichen Feste und ließen sie am Religionsunterricht teilnehmen.



Mit den Gesprächspartnern, die er 1942 in Kreisau traf, besuchte M. auch den Gottesdienst. In politischer Hinsicht trat er in dieser Zeit jedoch für eine enge Begrenzung des kirchlichen Einflusses ein.

Nach dem missglückten Staatsstreich vom 20.7.1944 wurde M. am 8.8.1944 verhaftet. Er wurde in die Sicherheitspolizeischule Drögen bei Fürstenberg verbracht und später nach Berlin überführt. In Drögen formulierte er in einem Brief an seine Frau sein politisches Testament. Auf seinen baldigen Tod gefasst, schloss er mit den Worten: „Ich werde sterben. Lebt wohl. Gott sei Euch gnädig! Vergebt mir meine Sünde wider Euch. Im Geist bleibe ich bei Euch.“ (Brief an Eva Maaß, 12./13.8.1944, zitiert nach S. Grabner/H. Röder: Geist, S. 45.) Am 20.10. verkündete der Volksgerichtshof das Todesurteil über M., das noch am selben Tag vollstreckt wurde. Im Bewusstsein seiner Verantwortung gegenüber Gott begann M. sein Schlusswort im Prozess mit den Worten: „Ich glaube, es mir, aber auch der Sache schuldig zu sein, wenn ich hier vor Gott und meinem Gewissen erkläre“ – doch fiel ihm hier der Vorsitzende Richter Roland Freisler ins Wort: „Sie erklären hier nichts vor Gott. Sie erklären hier

nur etwas vor dem Volksgerichtshof des Großdeutschen Reiches!“ Nachdem Freisler ihn an einem zweiten Versuch, den Satz zu vollenden, erneut gehindert hatte, setzte sich M. mit den Worten „Ich verzichte!“ (Zitate nach Märtyrer, S. 3) Wenige Tage nach seiner Hinrichtung erkrankte seine Frau so schwer, dass sie am 25.11.1944 starb. Die sechs Kinder blieben als Vollwaisen zurück.

Quellen: Auskunft von Uta Maaß an den Verf., 21.10.2003.
Literatur: H. Bradter: Opfer; G. Brakelmann: Kreisauer Kreis, S. 93–95 (Lit.!); K. Finker: Hermann Maaß (Lit.!); S. Grabner/H. Röder (Hrsg.): Geist; Märtyrer der Freiheit, S. 3.
Foto: GDW.

A. Kurschat

Maschke, *Ernst* Ludwig

** 4.10.1868 Königsberg, † 29.3.1940 Berlin.*
Verh. mit Anna Elisabeth, geb. Maschke, eine Tochter.
Studium der Musik in Leipzig und Berlin (Examen 1890); bis 1904 als Organist sowie als Chorleiter und Gesangslehrer an der Höheren Töchterschule in Neubrandenburg tätig; später an der St. Nikolai-Kirche in Rostock; 1910–1931 Organist und Kantor an der Königlichen Schlosskirche in Königsberg sowie gleichzeitig Leiter und Lehrer am staatlichen „Institut für Kirchen- und Schulmusik“; zusätzlich Orgelrevisor der Ostprovinz; ab 1931 Organist an der Königsberger Königin-Luise-Gedächtniskirche.

M.s Vater, Dr. Abraham Maschke, erkannte schon früh das musikalische Talent seines Sohnes und förderte es nachhaltig. In einer jüdischen Familie aufgewachsen, ließ sich M. 1884 evangelisch taufen. Fortan legte er den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Kirchenmusik. In ihrem Dienst stand er 21 Jahre und wurde für sein Orgelspiel wie auch für seine Chormusik und eigene Kompositionen sehr geschätzt. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft sollte M. in den dreißiger Jahren seine Anstellung verlieren. Eigentlich wollte er sich schon im März 1931 in den Ruhestand versetzen lassen. In diesem Zusammenhang stellte sich jedoch heraus, dass ihm kein Ruhegehalt zustände, da dies laut einer Bestimmung von 1921 nicht vom Staat, sondern von der Kirchengemeinde als Nutznießerin seines Dienstes zu entrichten sei. M. arbeitete aber zu dieser Zeit an der Königsberger Schlosskirche, der keine Gemeinde angeschlossen war. Nach wiederholten Verhandlungen fand das Königsberger Kirchenregiment einen Ausweg, indem es M. im Zuge eines Anschlussvertrages zum hauptamtlichen Organisten und Kirchenchorleiter an der Königin-Luise-Gedächtniskirche bestellte. Diese Anstellung wurde auf Lebenszeit bzw. bis zum Eintritt der Dienstunfähigkeit ausgestellt.

Im Sommer 1935 veranlasste Staatskommissar Hans Hinkel, dass alle „nichtarischen“ Kirchenmusiker aus der Reichsmusikkammer ausgeschlossen werden sollten. Auf der diesbezüglichen Liste fehlte jedoch der Name des als „Volljude“ geltenden M. Diesen Umstand verdankte er wahrscheinlich einerseits der Tatsache, dass er zu den bekanntesten Kirchenmusikern Ostpreußens gehörte, andererseits scheint jedoch auch der freundschaftliche Kontakt zu Reichsbischof Ludwig Müller von Vorteil gewesen zu sein. Dessen ungeachtet teilte aber der Präsident der Reichsmusikkammer dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin am 19.2.1936 mit, dass M. nun doch aufgrund seiner jüdischen Abstammung aus dem Dienst ausscheiden müsse. Dieses Ansinnen widersprach aber dem seit Oktober 1935 eingesetzten Reichskirchenausschuss der preußischen Landeskirche, in dem hauptsächlich Anhänger der Bekennenden Kirche und solche, die dem nationalsozialistischen Regime neutral gegenüberstanden, vertreten waren. Das Gremium hatte auch in anderen Fällen deutlich gemacht, dass es zu keinerlei Berufsverboten aufgrund der Abstammung bereit sei.

Kurze Zeit später lastete der Musikfachberater des Evangelischen Oberkirchenrats, Professor Wolfgang Reimann, M. jedoch sittliche Verfehlungen gegenüber Schülerinnen der Kirchenmusikschule in Königsberg an. Für diese Vorfälle gab es keine Beweise; trotzdem führten sie offiziell zur Kündigung M.s zum 1.4.1937.

Ein Jahr später siedelte M. mit seiner Frau nach Berlin um. In ihre dortige Wohnung drangen Ende März 1940 zwei Gestapobeamte ein, um den „Juden“ M. abzuholen. Als sie ihn abführen wollten, erlitt er einen Herzschlag und starb noch am selben Tag.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 59. (Lit.!); E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 2/1; S. 280–288; H. Prolingheuer: Kirchenmusik, S. 262–268 (Lit.!).

C. Bendick

Massow, Bertha von



** 1.2.1872 Insterburg/Ostpreußen, † 6.4.1945 Köslin/Pommern.*

Ledig, ohne Kinder.

Ab 1899 Arbeit in der Inneren Mission in Berlin; ab 1903 provisorische Leitung des Diakonissen- und Kinderhauses Stift Salem in Stettin; 1904 im Lazarus-Krankenhaus in Berlin Einsegnung zur Diakonisse und zur Oberin der Salem-Schwestern; Oberin des – 1914 nach Köslin verlegten – Mutterhauses bis zum Tod.

M. stammte aus altem preußischem Adel und wuchs gemeinsam mit drei Geschwistern in einem stark christlich ausgerichteten Elternhaus auf. Ihre Kindheit prägten Werte wie Tatkraft und Pflichtbewusstsein, Durchhaltevermögen und Opferbereitschaft. Erste Erfahrungen mit diakonischer Arbeit sammelte M. ab Januar 1899 unter der Leitung von Pastor Johannes Burckhardt in der Inneren Mission in Berlin. In den Wintermonaten betreute M. jeweils Projekte in Berlin – etwa in einer Frauenschule und einem Arbeiterinnenheim –, in den Sommermonaten leitete sie Erholungsheime für junge Mädchen in der Mark Brandenburg und in Mecklenburg.

Als in Stettin die erste Oberin des Diakonissenhauses Stift Salem, Thekla von Hünerbein, starb, sollte M. ab Mai 1903 eigentlich nur prüfen, ob die wirtschaftlich stark angeschlagene Einrichtung noch überlebensfähig war. 35 Jahre nach der Gründung der Stiftung wurde ernsthaft der Anschluss an ein anderes, größeres Mutterhaus in Erwägung gezogen. Als keine Kooperation zu Stande kam, begriffen die Diakonissen dies als Wink Gottes und beschlossen, Salem selbständig bestehen zu lassen. Das Amt der Oberin trugen sie M. an.

Als M. eingesegnet wurde, bestand die Stiftung aus dem Diakonissen- und Kinderhaus in Stettin, in dem insgesamt 91 Kinder betreut wurden, und einer „Salemshütte“ in Schlesien. In den 42 Jahren unter M.’s Leitung erlebte Salem seine Blütezeit. Die Schwesternschaft wuchs von 36 auf 360 Diakonissen an. Lebensmittelpunkt war ab 1914 statt Stettin Köslin, weil die Stiftung als zweiten großen Arbeitsbereich neben der Kinder- und Jugendarbeit die Krankenpflege am Kösliner Kaiser-Wilhelm-Krankenhaus übernahm. Als die Diakonissen kriegsbedingt aus Pommern vertrieben wurden, ließen sie zurück: das Mutterhaus mit 138 Zimmern, das Krankenhaus mit 400 Betten, ein Kleinkindheim mit 120 und vier Kinderheimaten mit insgesamt 160 Plätzen, ein Feierabendhaus, ein Pfarrhaus, ein Büro- und ein Maschinenhaus, zwei Mietshäuser und eine Landwirtschaft mit 250 Morgen.

Der Vertreibung gingen Jahre voraus, in denen Salem ebenso wie andere christliche Einrichtungen ständig Gefahr lief, mit den Nationalsozialisten in Konflikt zu geraten. Den damit verbundenen Gefahren zum Trotz tat M. auch in dieser Phase stets, was sie als Christin für gut und richtig hielt, und gewährte Menschen Schutz, die vom Regime verfolgt wurden. So brachte M. in den Kinderheimaten einen jüdischen Jungen und drei Zigeuner-Kinder sicher durch den Krieg. Ende der Dreißiger Jahre ermöglichte sie einer Gruppe von Studenten, die der Bekennenden Kirche angehörten, in Salem heimlich ihre theologische Prüfung abzulegen. 1942 gestattete sie der Studentin Ursula Goetze, den für Studierende vorgeschriebenen Sommer-Landeinsatz in Salem zu absolvieren, obwohl

sie bereits wegen ihrer Kontakte zu den Geschwistern Scholl aufgefallen war. Am 16.10.1942 verhaftete die Gestapo Goetze im Kösliner Mutterhaus; ein Dreivierteljahr später wurde sie hingerichtet.

Als Anfang März 1945 russische Soldaten in Köslin einmarschierten, schickte M. innerhalb von zwei Tagen knapp 1 000 zu Salem gehörige Schwestern, Mitarbeiter, Kinder und Kranke rechtzeitig auf die Flucht, blieb aber selbst zunächst mit etwa 35 Diakonissen und Mitarbeitern zurück. Ihre Hoffnung, das Werk in Köslin bewahren zu können, indem sie den Russen anbot, ihre Verwundeten zu pflegen, erfüllte sich nicht. Brutal rissen die Soldaten allen Besitz an sich und behandelten die Schwestern wie Gefangene; immer wieder kam es auch zu Vergewaltigungen.

Mit derselben Entschlossenheit, mit der M. sich in den Vorjahren schützend vor Verfolgte des Nazi-Regimes gestellt hatte, versuchte sie jetzt, ihre Diakonissen und Mitarbeiter zu beschützen. Als am 5.3. erneut ein russischer Soldat nach einer jungen Schwester griff, stellte M. sich dazwischen. Mit dem Gewehrkolben schlug der Russe auf die 73-Jährige ein. Am Kopf und im Gesicht blutend brach sie zusammen.

Am 10.3. wurde den Diakonissen befohlen, das Mutterhaus zu verlassen. Für die nächsten Wochen kamen sie im nahe gelegenen Ulrikenstift unter. M.s Zustand verschlechterte sich zusehends, zumal sie sich eine ruhrartige Erkrankung zuzog, die in diesen Tagen weit verbreitet war. Ihr Siechtum ertrug sie geduldig mit Hilfe von Gebeten und von Bibeltexten, die sie sich am Krankenlager vorlesen ließ. Mehr als um ihr zerstörtes Lebenswerk zu trauern, sorgte sie sich um die Menschen, denen sie sich als Oberin verpflichtet fühlte. „Dass ich alle diese Häuser aufgebaut habe, gilt in Gottes Augen nicht so viel, als wenn ich einer Seele den Weg zu Christus gewiesen habe“ (H. Schmidt: Erinnerungen, S. 8), meinte sie und betete für all die Schwestern, über deren Schicksal Unklarheit bestand. „Gott begräbt seine Arbeiter, aber sein Auftrag geht weiter“ (J. Orzschig: Der Auftrag geht weiter, S. 20) – in dieser Überzeugung starb M. am 6.4.1945. Mit diesen Worten gab sie den Salem-Schwestern einen Leitsatz mit auf den Weg, der sie auf der langen Suche nach einer neuen Heimat getragen und begleitet hat. Erst fünf Jahre nach der Vertreibung aus Pommern fanden die Diakonissen einen neuen Wirkungskreis in Minden/Westfalen.

Literatur: Diakonissenanstalt (Hrsg.): 80 Jahre; Konvent (Hrsg.): Pommersche Heimatkirche; J. Orzschig (Hrsg.): Der Auftrag geht weiter (Lit.!); B. v. Massow: Rundbrief; H. Schmidt: Erinnerungen.

Foto: J. Orzschig (Hrsg.): Der Auftrag geht weiter, S. 19.

Schwester Magdalena Gensch/Carola Mackenbrock

Maus, *Georg* Heinrich Ludwig Gottfried

** 5.6.1888 Bottendorf/Hessen, † 14.2.1945 Hochstadt/Main. Verh. in 1. Ehe mit Elisabeth († 12.3.1937), in 2. Ehe mit Waltraut, geb.* Nies, *zwei Söhne, eine Tochter.*

1907–1912 Studium der Theologie und Geschichte in Marburg, Bethel, Göttingen und Kiel; 1913 freiwilliger Militärdienst; 1915–1918 Frontdienst; 1919/1920 Studium und Examen für das Lehramt an Höheren Schulen in Kiel; 1922–1936 Privatlehrer und Lehrer an verschiedenen Schulen; 1933 Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (1939 Austritt); 1936–1943 Lehrer in Wuppertal, bis 1944 in Idar-Oberstein.

Am 5.6.1888 wurde in Bottendorf M., das älteste Kind des Pfarrers Anton Maus und seiner Ehefrau Philippine, geb. Engelhard, geboren. Gemeinsam mit vier Geschwistern wuchs M. in bescheidenen Verhältnissen auf.

Nach einem glänzenden Abitur als einer der Besten seines Jahrgangs entschied er sich für ein Theologiestudium. Das ungezwungene Studentenleben in Marburg kostete ihn sein Stipendium, das ihm gestrichen wurde, weil er den Auflagen nicht nachkam. Ebenso scheiterte sein erster Versuch, nach fünf Semestern das Erste Theologische Examen abzulegen. Trotz des Versuchs, mit einem neuen Anfang in Bethel und Göttingen das Studium erfolgreich zu beenden, schaffte er die Prüfung auch im zweiten Anlauf nicht. Diese Misserfolge überzeugten ihn, dass er den Beruf wechseln müsse. Er entschied sich für die Fortsetzung zu einem Lehrerstudium. In Kiel studierte er neben evangelischer Theologie die Fächer Deutsch und Geschichte. Unterbrochen durch den Militärdienst und den vierjährigen Frontdienst setzte er 1919 sein Studium fort und schloss es 1920 mit der Prüfung für das Lehramt an den Höheren Schulen ab.

Ein Jahr des Vorbereitungsdienstes, des Referenda-

riats, wurde ihm erlassen, sodass er als verheirateter Mann mit 33 Jahren 1921 die pädagogische Prüfung ablegte. In den folgenden elf Jahren unterrichtete er an zwölf verschiedenen Schulen, die von einer Privatschule in Braunfels über unterschiedliche Schultypen, Gymnasien, Oberrealschulen und Realschulen, in Betzdorf, Köln-Mülheim, Wetzlar, Koblenz und Düsseldorf reichten. Die erste feste Anstellung erhielt er 1936 in Wuppertal an dem Hindenburg-Realgymnasium (heute Gymnasium Bayreutherstraße). Hier verblieb er bis zu seiner Versetzung 1943 nach Idar-Oberstein.

Über die Gründe für den außergewöhnlich häufigen Stellenwechsel kann nur spekuliert werden. So wie M. ab 1933 im privaten Bereich deutlich gegen das NS-Regime Stellung nahm, war er wohl auch in den zwanziger Jahren kein angepasster Lehrer. Die wenigen Quellen berichten von einem ungewöhnlichen Unterrichtsstil, von einem Lehrer, der für seine Unterrichtspraktiken sowohl von den Schülern als auch von den Eltern kritisiert wurde. Er war offensichtlich ein unbequemer Lehrer, ein Mensch, der einen eigenen Weg ging. Auf den Fotos aus dieser Zeit wirkt er ernst, grübelnd und sorgenvoll.

1933 engagierte sich M. sogleich in der Bekennenden Kirche, erst in Düsseldorf und nach dem Umzug nach Wuppertal auch in Elberfeld. In den theologischen Diskussionen mit seinem Freund und Kollegen Helmut Lauffs soll er jede Form von politischer Opposition abgelehnt haben. Seine Lebensmaxime war das Wort der Bibel, die Bibelarbeit sei die geeignete Methode, um die Deutschen Christen und den Nationalsozialismus zu bekämpfen. In diesem biblizistischen Sinne vermisste er ein radikales Wort der Bekennenden Kirche. Ungeachtet seiner deutlichen Aversion gegen den Nationalsozialismus fühlte sich M. nicht zum politischen Widerstand berufen. Deutlich wird die Ambivalenz von Standhaftigkeit in Glaubensfragen und schwankender Haltung bei Alltagsentscheidungen in der Frage um die Mitgliedschaft beim Nationalsozialistischen Lehrerbund. War der Beitritt 1933 noch opportun und der Austritt nach Kriegsbeginn 1939 aus Überzeugung geschehen, so erklärte er am 28.10.1943 auf eine Anfrage nach den Motiven seines Austritts: „Falls meine vorgesetzte Behörde es fordert, bin ich bereit, die Austrittserklärung zurückzuziehen." (Zitiert nach K. Loscher/U. Hahn: Maus, S. 30)

Bei dem Angriff auf Elberfeld im Juni 1943 verlor



die Familie Maus ihren Hausstand. Da auch das Gymnasium zerstört war, wurde M. im September 1943 nach Idar-Oberstein versetzt. Der Empfang durch den Direktor ließ nichts Gutes ahnen. Es wurde ihm bescheinigt, dass man ihn eigentlich nicht benötige. Die Atmosphäre im Ort ließ sich mit dem von der Bekennenden Kirche dominierten und kirchlich geprägten Wuppertal nicht vergleichen. Nicht nur, dass es in Idar-Oberstein seit vier Jahren keinen Religionsunterricht mehr gegeben hatte, der offensichtlich auch nicht vermisst wurde, sondern darüber hinaus herrschte auch eine starke nationalsozialistische Prägung, die nicht an der Schultür Halt machte. Im Religionsunterricht wurde der fromme Lehrer häufig von den Kindern mit Fragen konfrontiert, die die Verbindung von Glauben und staatsbürgerlichem Verhalten zum Thema hatten: ob es recht sei, „zwecks Erlangung eines guten Postens in der Partei aus der Kirche auszutreten," ob ein Soldat aufgrund seines christlichen Bekenntnisses tapferer sei als ein aus der Kirche ausgetretener, und auch die Missbilligung „der Verdrängung der Juden aus dem Reiche" (ebd., S. 67). Seine wiederkehrende Forderung, die Bibel, den Glau-

ben als Richtschnur zu nehmen, führte zwar in Idar-Oberstein zu Irritationen, erfüllten jedoch nicht den Tatbestand einer strafbaren Handlung. Der eigentliche Auslöser für seine Verhaftung war die Diskussion um die Feindesliebe. Ausgehend von einer Missionsgeschichte, in der die „primitiven Völker" durch den Einfluss der Missionare bewegt wurden, auf Blutrache und Stammesfehden zu verzichten, erhielten die Schüler auf ihre Frage, ob dies auch für die Engländer gelte, die die deutschen Städte bombardierten, von M. die Antwort: „Jesus Christus hat das gesagt, und ich kann davon nichts zurücknehmen. Auch Dr. Goebbels kann Jesu Gebot nicht aufheben!" (Ebd., S. 34)

In seiner Stellungnahme zu dem Vorgang bescheinigte der Direktor M., ein „bibelgläubiger Christ" zu sein, der die „Weltanschauung des Nationalsozialismus" als „eine ihm fremde Welt" empfinde. Mit dieser Einstellung finde er bei den Kindern nicht das von ihm gewünschte Verständnis. Der Versuch des Direktors, damit den Vorgang zu verharmlosen, verfing nicht. Am 16.5.1944 wurde M. im Unterricht verhaftet und in das Gefängnis nach Koblenz verbracht.

Nach einer mehrwöchigen Untersuchungshaft, während deren die Angehörigen immer wieder versuchten, durch Beziehungen und Fürsprache eine Freilassung zu erreichen, kam die schlechte Nachricht, dass der Prozess in Berlin vor dem Volksgerichtshof, Senat 6 (zuständig für Straftaten wie Defätismus, Wehrkraftzersetzung, Wehrdienstentziehung, Wirtschaftssabotage u.a.) stattfinden werde. Alle verhängnisvollen Äußerungen kamen nochmals zur Sprache. Gleichzeitig wurde aber betont, dass dies alles nicht für eine Verurteilung ausreiche, bis auf die Auslegung des Bibelworts „Liebet Eure Feinde". Damit habe M. die Schülerinnen einem „schweren seelischen Zwiespalt" ausgesetzt, „der die Gefahr politischer Abirrung in sich schloß" (ebd., S. 69). Da er zudem versäumt habe, einen Ausgleich zwischen dem Bibelwort und den Anforderungen in der Kriegssituation herzustellen, habe er den Tatbestand der Wehrkraftzersetzung erfüllt. In der Anklageschrift wurde dem Angeschuldigten zwar „eine tief religiöse ernste und wahrhaftige Persönlichkeit" bescheinigt und dass er sich nicht von staatsfeindlichen Gedanken habe leiten lassen. Insofern sei seine Straftat als minder schwerer Fall anzusehen. Aber dennoch führte dies am 23.11.1944 zu einer Verurteilung, allerdings zu einem für die damalige Rechtssprechung durchaus moderaten Urteil von zwei Jahren Gefängnis, wovon die Untersuchungshaft von sechs Monaten angerechnet wurde.

Gleichwohl bedeutete es für M. trotz allem das Todesurteil. Gegen Ende des Krieges wurden die Gefangenen von Berlin aus in eines der Konzentrationslager verbracht. Am 7.2.1945 begann der Transport von M. nach Dachau. Unterernährt, herzkrank und geschwächt durch nicht ausgeheilte Kriegsverletzungen von einem Bombenangriff in Koblenz, überstand er die Strapazen des Transports nicht. Bei Hochstadt verstarb er und wurde auf dem dortigen Friedhof beerdigt.

1960 veranlasste der „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V." die Umbettung in die KZ-Ehrengedenkstätte in Flossenbürg. Das Grab von Studienrat M. befindet sich im Feld L, Reihe 1 b, Nr. 4950.

Seine von ihm selber formulierte Lebensmaxime lautete: „Petrus hat den Herrn nicht vor dem Hohen Rat, sondern vor einer armseligen Magd verleugnet. Unsere besondere Gefahr als Schulmeister besteht darin, den Herrn vor kleinen Schulkindern zu verleugnen." (Ebd., S. 94)

Literatur: K. Loscher/U. Hahn: Maus.
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 205.

S. Lekebusch

Meichßner, Joachim

** 4.4.1906 Deutsch Eylau (heute Iława), Westpreußen, † 29.9.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Elisabeth, geb. Wilhelm, zwei Kinder.

1924 Eintritt als Offiziersanwärter in die 3. (Preußische) Nachrichtenabteilung der Reichswehr in Potsdam; nach Ausbildung an der Infanterieschule Ohrdruf und an der Artillerieschule Jüterbog Adjutant in der 3. Nachrichtenabteilung; 1935–1937 Generalstabsausbildung an der Berliner Kriegsakademie; ab September 1937 Dienst im OKH; 1940/1941 1. Generalstabsoffizier und Gruppenleiter im Allgemeinen Heeresamt in Berlin; 1941/1942 Teilnahme am Russlandfeldzug als 1. Generalstabsoffizier der 292. Infanteriedivision; 1942/1943 1. Generalstabsoffizier beim Chef des Heeresstabes im OKW; ab Ende 1943 als Oberst i. G. Chef der Organisationsabteilung des Wehrmachtführungsstabes.

Als ältester Sohn des Theologen Maximilian Meichßner und dessen Ehefrau Hildegard, geb. Schrötter, wuchs M. in Wahlstatt (Schlesien) und in Koblenz auf, wo sein Vater Garnisonspfarrer war. Nach seiner Schulzeit an der humanistischen Landesschule in Schulpforte, an der sein Vater ab 1912 als Professor und geistlicher Inspektor tätig war, schlug er die Offizierslaufbahn ein. Sein Vater, der 1926 Superintendent in Wittenberg wurde, schloss sich später der Bekennenden Kirche an. Auch M. verstand sich als bekennender Christ und gehörte während des Zweiten Weltkrieges einem christlichen Offizierskreis an.

1940 wurde M. enger Mitarbeiter von General Friedrich Olbricht, der als Chef des Allgemeinen Heeresamtes eine Schlüsselfunktion im militärischen Widerstand hatte. Durch Olbricht, der ihn sehr schätzte, war M. schon früh in Pläne für einen Regierungsumsturz eingeweiht. Im Jahr 1942 begleitete M. in seiner neuen Stellung im OKW einige Male General Walther Buhle zu Besprechungen im Führerhauptquartier und nahm mehrfach an Adolf Hitlers nächtlichen Teestunden in Winniza (Ukraine) teil, wo die militärische Führungsebene zeitweilig ihr Hauptquartier hatte. Da er gelegentlich Zutritt zu Hitlers Lagebesprechungen erhielt, wurde er im Rahmen der Staatsstreichsplanung Ende 1943 darum gebeten, sich für ein Attentat auf Hitler zur Verfügung zu stellen, was er jedoch ablehnte. Ob er grundsätzliche Vorbehalte gegen einen solchen Mordanschlag hatte oder aus anderen Gründen keine Möglichkeit sah, ihn durchzuführen, ist ungeklärt. Noch Anfang 1944 bemühte sich Claus Schenk Graf von Stauffenberg vergeblich darum, ihn für ein Attentat zu gewinnen.

Am 20.7.1944 war M. in seiner Potsdamer Dienststelle an dem Umsturzversuch beteiligt. Am folgenden Tag wurde zunächst sein Vater von der Gestapo festgenommen. M. wurde am 28.7. verhaftet, am 29.9.1944 durch den Volksgerichtshof in Berlin zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. In seinem letzten Brief an seine Ehefrau trat sein christlicher Glaube deutlich hervor: „Ich gehe nun zum Sterben – bin ganz ruhig und denke in Liebe und Dank bis zuletzt an Dich, die Kinder, die Eltern, Mutter. Gott behüte Euch und mache Euch stark, das zu ertragen. Im Jenseits sehen wir uns wieder. – Ich bete zu Gott, daß er Dir allen Schmerz erleichtert und Dir, trotz meiner Schuld an Dir und den Kindern, doch



noch den Lebensweg möglich und glückhaft macht. […] Gott erbarme sich Deiner, der Kinder, der Eltern, Mutter, Ruth und schenke meiner Seele Frieden! Betet für mich!“ (H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 133)

Quellen: Müller, Wolfgang (Hrsg.): Sternbriefe des Grafen Kanitz 1939–1944. Briefe christlicher Soldaten aus dem II. Weltkrieg. Dokumentation. Delmenhorst ²1995 [Privatdruck].

Literatur: P. Hoffmann: Widerstand; D. Graf von Schwerin: Köpfe, S. 298, 332, 420, 427; H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider (Hrsg.): Nacht, S. 133; H.-J. Jacobsen: Spiegelbild; P. Pasternack: 177 Jahre, S. 46.

Foto: GDW.

C. Bendick/A. Kurschat

Mertz von Quirnheim, *Albrecht* Rudolf Ritter

** 25.3.1905 München, † 20.7.1944 Berlin.*

Verh. in 1. Ehe mit Charlotte Alice, geb. Kraudzun, ein Sohn, geschieden, in 2. Ehe mit Hilde, verw. Baier, geb. Voswinkel.

1923 Eintritt in das Infanterieregiment 19 in Landshut, Offizierslaufbahn; 1936–1938 Generalstabsausbildung an der Kriegsakademie in Berlin; 1939/1940 Quartiermeister im Generalkommando des V. Armee-Korps, Teilnahme am Frankreichfeldzug im Stab der 29. Infanteriedivision; 1940–1942 Gruppenleiter in der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres; 1942–1944 Stabschef des XXIX. Armee-Korps, ab 1943 als Oberst; ab Juni 1944 Stabschef bei General Friedrich Olbricht im Allgemeinen Heeresamt in Berlin.



Zur Zeit seiner Geburt lebte die Familie von M. in München, wo sein Vater, der aus Mittelfranken stammende Offizier Hermann Ritter Mertz von Quirnheim, im bayerischen Generalstab und später als Lehrer an der Kriegsakademie tätig war. Im Rang eines Generalmajors aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, wurde sein Vater in die kriegsgeschichtliche Abteilung des Potsdamer Reichsarchivs übernommen und im Oktober 1919 zum Präsidenten des Archivs ernannt. Am Potsdamer Viktoria-Gymnasium bestand M., der zuvor das Erasmus-Gymnasium in Amberg besucht hatte, 1923 das Abitur. In einem Lebenslauf, den er in dieser Zeit verfasste und seinen Eltern schenkte, schrieb er abschließend: „Ich wünsche sehnlichst, einmal mit dem Einsatz meines ganzen Könnens und meines Lebens meine Überzeugung vertreten zu dürfen." (Zitiert nach P. Steinbach: 20. Juli 1944, S. 118) Unter anderen Umständen, als er es sich damals vorstellte, sollte dieser Wunsch in Erfüllung gehen.

Während seiner militärischen Ausbildung freundete sich M. mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg an, mit dem er 1927/1928 die Infanterieschule in Dresden besuchte. Später absolvierten die beiden auch gemeinsam die Kriegsakademie in Berlin. Ähnlich wie Stauffenberg begrüßte M. – im Gegensatz zu seinem Vater – die Machtübernahme der Nationalsozialisten. Er erwog einen Übertritt vom Reichsheer zur SA, wurde jedoch Anfang 1934 auf Betreiben seines Vaters in ein anderes Regiment versetzt, in dem seine Motivation für die Fortsetzung seiner Laufbahn beim Heer wieder zunahm. Seine Haltung zum NS-Staat blieb bis 1938 trotz einiger Vorbehalte grundsätzlich positiv. Den antisemitischen Ausschreitungen stand er aber von Anfang an ablehnend gegenüber. Seine Skepsis gegenüber dem Regime wuchs unter dem Einfluss seines Vaters und weiterer Familienangehöriger und Freunde, von denen sich einige, wie sein Schwager Wilhelm Dieckmann und auch Werner von Haeften, der Bekennenden Kirche anschlossen.

Hatte sich M. 1939 noch empört über das von Georg Elser versuchte Attentat auf Adolf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller geäußert, so gelangte er drei Jahre später in Gesprächen mit Stauffenberg zu der Überzeugung, dass Hitler beseitigt werden müsse. Seiner späteren zweiten Frau Hilde Baier vertraute er an, dass ihm Hitler als Wahnsinniger oder Verbrecher erscheine, dessen Politik nicht mehr tragbar sei. Ende 1943 bemühte sich Stauffenberg, M. zur Durchführung eines Regierungsumsturzes heranzuziehen. 1944 wechselte Stauffenberg von seinem Amt als Stabschef bei General Friedrich Olbricht zum Chef des Stabes beim Befehlsaber des Ersatzheeres, Generaloberst Friedrich Fromm. Stauffenberg veranlasste, dass M. sein Nachfolger bei Olbricht wurde, der ebenfalls zum Kreis der Verschwörer gehörte. Nach anfänglicher Enttäuschung darüber, von der Truppe ins Allgemeine Heeresamt versetzt zu werden, empfand es M. schließlich als befreiend, sich aktiv am

geplanten Umsturz beteiligen zu können. Dabei ging es ihm nicht nur um die Rettung Deutschlands vor der absehbaren Niederlage, sondern letztlich um die Bewahrung des „Abendlandes“ (zitiert nach P. Hoffmann: Stauffenberg, S. 386).

Ende Mai 1944, kurz vor dem Wechsel auf seinen neuen Posten, heiratete M. in Waldshut Hilde Baier, die Witwe des 1942 im Krieg gefallenen Kölner Geschäftsmanns Otto Baier, mit dem er eng befreundet gewesen war. Anfang Juni ließ M. sich in Berlin von Stauffenberg in seinen Aufgabenbereich einarbeiten. An seine Frau, die ihm erst einen Monat später in die Hauptstadt folgte, schrieb er: „Ich bitte Gott, daß er mir Kraft, Mut und Haltung gibt, das Beste zu leisten, dessen ich fähig bin.“ (Zitiert nach H. v. Mertz: Zeuge, S. 128 f.) Bei einem ersten Umsturzversuch am 15.7.1944 drängte er Stauffenberg von Berlin aus in einem Telefongespräch, das Attentat auf Hitler auszuführen, obgleich sich die Forderung der an der Verschwörung beteiligten Generale, dass Hitler und der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, gleichzeitig zu töten seien, an diesem Tag nicht erfüllen ließ. Am 20.7. löste M. im AHA die für den Putsch vorbereiteten „Walküre“-Befehle aus. Nach dem Scheitern des Staatsstreichs erklärte Generaloberst Fromm ihn aus diesem Grund zusammen mit Stauffenberg, Olbricht und Werner von Haeften für standrechtlich zum Tode verurteilt und ließ die vier Offiziere noch in derselben Nacht im Innenhof des sog. Bendlerblocks erschießen.

Gedenkinschriften für M. befinden sich auf dem Alten St. Matthäus-Kirchhof in Berlin, wo die getöteten Offiziere zunächst bestattet wurden, bevor Himmler ihre Leichen exhumieren und verbrennen ließ, sowie auf dem Grabstein seiner Eltern auf dem Neuen Friedhof in Potsdam und auf einer Gedenktafel an der Gruft seiner Vorfahren in der Pfarrkirche St. Oswald in Boßweiler.

Literatur: K. O. Freiherr von Aretin: Mertz von Quirnheim; H. Gerlach: Oberst; P. Hoffmann: Stauffenberg; H. v. Mertz: Zeuge; P. Steinbach: 20. Juli 1944; S. Wegner-Korfes: Haltung.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Metzner, Gottlieb Karl

** 20.3.1896 Karlsmarkt bei Brieg (Schlesien), † Ende 1944 (in/bei) Breslau (?).*

Verh. mit Emma, geb. Titze, drei Töchter, ein Sohn.

Maurer und Waldarbeiter; zunächst Siebenten-Tags-Adventist, dann „Reformadventist“.

M. besuchte die Volksschule in Karlsmarkt und wurde wie sein Vater Maurer. Im Winter bewarb er sich als Waldarbeiter, um seinen kargen Lohn aufzubessern. Zu Beginn der 1920er Jahre schloss er sich der örtlichen Gemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten in Karlsmarkt an. Seine beiden in die USA emigrierten Schwestern waren mit Adventisten in Berührung gekommen und hatten ihren neu gewonnenen Glauben der Familie in Briefen bezeugt. 1924 heiratete er Emma Titze. Als eifriger Adventist half er mit seinem Vater beim Bau der neuen „Advent-Kapelle“, die 1928 eingeweiht wurde. Zu Beginn der 1930er Jahre begann M.s Leidensweg. Von Anfang an lehnte er den Nationalsozialismus ab und war enttäuscht über die Kompromisshaltung seiner Gemeinde. So schloss er sich den dissidenten „Reformadventisten“ an, die unter dem Einfluss ihres „Vorstehers“ J. G. Hanselmann Anhänger in seiner Ortsgemeinde gefunden hatten. Wehrdienstverweigerung, Vegetarismus und Sittenstrenge bildeten Scheidungsgründe für die „Reformer“, die sich bereits während des Ersten Weltkrieges von der Muttergemeinde getrennt hatten. Schon 1934 wurde M. vorübergehend in das Strafgefangenenlager Esterwegen bei Papenburg eingewiesen, wo er im nahe gelegenen Moor Zwangsarbeit verrichten musste. 1936, als die Auflösung der „Reformgemeinschaft“ von den NS-Behörden verfügt wurde, verbrachte er sechs Monate in Untersuchungshaft in Breslau. Zwischen 1937 und 1939 wurde er wiederholt wochenlang im Brieger Gefängnis festgehalten. Ihm wurde zur Last gelegt, dass er regelmäßig die Arbeit am Samstag, dem Ruhetag der Adventisten, niederlegte. Außerdem warf man ihm vor, samstags seine schulpflichtigen Kinder nicht zur Schule zu schicken. Da M. nicht nachgab, entzogen die Behörden den Eltern 1939 das Sorgerecht und brachten die Kinder zur „Umerziehung“ in anderen Familien unter. Sohn Heinz wurde schließlich Soldat und blieb zuletzt im Raum Riga verschollen. Am 19.10.1944 wurde M. von der Gestapo festgenommen und in das Strafgefängnis

nach Breslau gebracht. Da er den Wehrdienst – er sollte zum „Volkssturm“ eingezogen werden – und die Arbeit am Samstag weiterhin vehement ablehnte, wurde er wahrscheinlich als Saboteur erschossen. Die Familie erhielt jedoch keine Todesnachricht. Das Schicksal M.s ist bis heute ungeklärt.

Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 11 f.

D. *Heinz*

Meyer, *Else* Rosa, verh. Rauch

** 26.6.1888 Lüneburg, † 10.5.1942 KZ Kulmhof/Chełmno.*
Verh. mit Gustav Heinrich Philipp Rauch, 1928/1929 Scheidung, ohne Kinder.
1904 Taufe und Konfirmation; 1911–1913 Ausbildung am Lehrerinnenseminar in Altona; 1913–1933 im Hamburger Schuldienst; 1933 zwangspensioniert.

Meyer, Ludwig Walter

** 16.11.1900 in Hamburg, † verschollen in Auschwitz.*
Verh.
Ausbildung zum Kaufmann.

R. wurde 1888 als älteste Tochter von Gustav Meyer und seiner Frau Emma, geb. Rosenbaum, in Lüneburg geboren. Gustav Meyer, Produktenhändler in der Firma seines Vaters, zog 1890 mit seiner Familie nach Hamburg. Sein neuer Erwerbszweig als Kaufmann für Elektroartikel brachte der Familie wachsenden Wohlstand, was sich in den folgenden Jahren in mehrmaligen Umzügen in größere und bessere Wohnungen innerhalb Hamburgs niederschlug. Mit dem Austritt aus der jüdischen Gemeinde vollzog der Vater für sich und seine Familie die Loslösung von Judentum. Die eigene Taufe am 5.7.1903 und die der Söhne Erich (geb. 6.12.1890) und Ludwig Walter (geb. 16.11.1900) geschah von Seiten der Eltern aus Glaubensüberzeugung. Anlässlich ihrer Konfirmation wurde auch R. am 13.3.1904 getauft, ebenso wie die jüngste, am 12.10.1904 geborene Tochter Käthe, die am 10.12.1904 in St. Gertrud am Kuhmühlenteich die Taufe empfing. Die 1935 über Italien nach Havanna geflohenen Geschwister Käthe und Erich Meyer beschrieben die Eltern als bewusste Christen und aktive Gemeindeglieder. Die evangelische Prägung blieb auch in Havanna erhalten. Käthe und Erich Meyer schlossen sich anfangs der amerikanisch-methodistischen und später – nach der Vertreibung der Amerikaner von Cuba – der anglikanischen Kirche an. Gleichzeitig suchten sie aber auch den Kontakt zur Synagogengemeinde und nahmen öfters am Sabbatgottesdienst teil, ohne zu ihren jüdischen Wurzeln zurückkehren zu können.

Die in Deutschland gebliebenen Geschwister konnten nicht gerettet werden.

R. begann nach ihrer Schulzeit auf dem Lyzeum und ihrer Ausbildung im Lehrerinnenseminar im April 1913 ihren Schuldienst in Hamburg. Ab 1918 unterrichtete sie in der von der Weimarer Republik eingerichteten vierjährigen Grundschule bis zum fünften Schuljahr alle Fächer, neben Religionslehre Deutsch, Rechnen, Heimatkunde, Zeichnen und Singen. In den Erinnerungen ehemaliger Schüler wird sie als strenge Lehrerin und zugleich ausgezeichnete Pädagogin beschrieben, die die Liebe zur Literatur zu wecken wusste. Mit einer Unterbrechung von 1923 bis 1926 verblieb sie bis 1933 an der Volksschule in Hamburg-Eimsbüttel.

Ihre Zwangspensionierung aufgrund des „Arierparagraphen“ vom April 1933 verurteilte R. zur Untätigkeit. Dennoch hatte sie offensichtlich nicht unter antisemitischen Anfeindungen leiden müssen. Sie lebte zurückgezogen und unbehelligt in ihrer Wohnung, die sie Anfang der 1930er Jahre bezogen hatte.

Nach den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 wurde sie als ohne Kinder geschiedene Frau trotz der christlichen Konfession den „Volljuden“ zugerechnet. So ist ihr Name auf der Liste der ersten „Aussiedlungen“ verzeichnet. R.s letztes Lebenszeichen war die Nachricht an die Geschwister in Havanna, dass sie deportiert werde.

Nach einer Nacht in der Sammelstelle, dem Logenhaus in der Moorweidenstraße, wurden am 25.10.1941 eintausend Personen vom Hannöverschen Bahnhof in Hamburg nach Litzmannstadt (Łódź) verschleppt. In dem Getto lebte R. gemeinsam mit anderen Frauen aus Hamburg auf engstem Raum bis zum 10.5.1942. An diesem Tag verließ sie mit 260 „Juden“ christlicher Religion das Getto nach Chełmno, wo sie nach ihrer Ankunft sofort ermordet wurde.

Ihr Bruder, Ludwig Walter Meyer, teilte zwei Jahre später ihr Schicksal. Über seinen Lebensweg ist nur wenig bekannt. Bis 1934 war er als Angestellter tätig. Offensichtlich wurde er zu diesem Zeitpunkt entlassen, denn er wechselte die Wohnung und war von da an als Autoverkäufer tätig. Dass er nicht arbeitslos war, ist seiner damals noch bestehenden Ehe mit einer „arischen" Frau zu verdanken. Doch mit der von der Frau angestrebten Scheidung fiel der Schutz. Ludwig Walter Meyer wurde am 10.10.1942 in das „Judenhaus" in Hamburg, Rutschbahn 25a, eingewiesen. Am 12.2.1943 findet sich sein Name auf der Deportationsliste nach Auschwitz. Dort verliert sich seine Spur.

Literatur: A. Riegel: Else Rauch.

S. Lekebusch

Meyer, *Reinhold* Hans-Heinrich



* *18.7.1920 Hamburg,* † *12.11.1944 Hamburg-Fuhlsbüttel. Ledig, ohne Kinder.*

1940 Abitur in Hamburg; 1940 Buchhandelslehre und Beginn des Germanistik-Studiums in Hamburg; 1942 Junior-Chef der Buchhandlung der Agentur des Rauhen Hauses.

M. wuchs in Hamburg als Sohn des Buchhändlers Johannes P. Meyer auf. Während der Vater als franken-schwäbischer Pietist sich zur Lutherischen Bekenntniskirche St. Anschar, die damals noch nicht zur Landeskirche gehörte, hielt, war die Mutter Louise als Tochter eines Methodistenpredigers weiterhin in der Methodistischen Kirche engagiert. M. und seine Geschwister entschieden sich zur Konfirmation für St. Anschar. Neben dieser religiösen war eine musische Prägung in der Familie für M. entscheidend. Mit zwölf Jahren erkrankte er an Osteomyelitis, einer Knochenmarkentzündung, und musste 1932 für zwei Jahre ins Krankenhaus. 1940 legte er am Wilhelm-Gymnasium in Hamburg das Abitur ab und begann mit dem Studium der Germanistik an der Hamburger Universität; gleichzeitig begann er eine zweijährige Buchhandelslehre in der väterlichen Buchhandlung der Agentur des Rauhen Hauses, nach deren Abschluss er 1942 zum Junior-Chef ernannt wurde. Ein besonderes Anliegen waren ihm die Kunstausstellungen in den Räumen der Buchhandlung. Er selbst hatte enge Kontakte zu den Worpsweder Malern. M. schloss sich dem Hamburger Zweig der „Weißen Rose" an, die sich in den Kellerräumen der Buchhandlung am Jungfernstieg 50 regelmäßig zu gemeinsamer Lektüre und Gesprächen traf. Dabei ging es u.a. um die Frage, ob die Anwendung revolutionärer Gewalt gegen die Nationalsozialisten ethisch zulässig sei. Dort wurden auch Texte verbotener Autoren vervielfältigt. An der Universität war M. besonders von dem Erziehungswissenschaftler Wilhelm Flitner geprägt.

Am 19.12.1943 wurde er in Blankenburg/Harz von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel gebracht, wo er in Einzelhaft gehalten wurde. Am 25.6.1944 wurde er in das Konzentrationslager Neuengamme überführt, am 16.10.1944 aber wieder zurückverlegt. Am 12.11.1944 starb M. unter ungeklärten Umständen im Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel. Seine christliche Überzeugung war für ihn eine tragende Basis in dieser Zeit. Im Juli 1943 schrieb er angesichts der schweren Luftangriffe auf Hamburg: „Das einzige, was uns bleibt und gestärkt worden ist in einem nicht zu beschreibenden Maße, ist ein unbedingtes Gottvertrauen." (R. Meyer:

Blumen, S. 32) Im Dezember 1943 hielt er auf einem Zettel in der Haft folgende Worte fest: „Dein Antlitz schaut Oh Herr, die Welt, Du bist die Zuflucht der Starken wie der Schwachen. Du der Hort, der einzig traubar ist." (Ebd., S. 40) Drei Tage vor seinem Tod verfasste er einen unzensierten Brief an seinen Vater zum Geburtstag: „[...] meine guten Wünsche werden Dich an diesem Tag besonders begleiten. Ich hoffe so sehnlichst, Dir bald wieder helfen zu können, um einen Bruchteil meiner Dankesschuld abzustatten. Gott schenke es gnadenreich, bald. Und ER möge Dir Deine Gesundheit erhalten! [...] Seid nun Gott befohlen. ER hält uns alle in seiner Hand. Bleibt gesund und behaltet guten Mut, wenn es auch manchmal über die Kräfte zu gehen scheint. Wir müssen stärker sein als die Not." (A. Bottin: Zeit, S. 82) Während der Haft schrieb M. einen Satz des Malers Franz Marc ab: „Wie schön, wie einzig tröstlich zu wissen, daß der Geist nicht sterben kann, unter keinen Qualen, durch keine Verleugnungen, in keinen Wüsten. Dies zu wissen macht das Fortgehen leicht –."(R. Meyer: Blumen, S. 64)

Literatur: R. Meyer: Blumen; A. Bottin: Zeit; U. Hochmuth: Candidates; U. Hochmuth/G. Meyer: Streiflichter.
Foto: A. Bottin: Zeit, S. 11.

R. *Hering*



Mielke, Albert

* *4.5.1895 Klein Schwarzsee, Kreis Neustettin, † 2.11.1933 Oberschmon.*

Verh. mit Maria, geb. Langheinrich, drei Kinder.

Theologiestudium in Greifswald und Halle; Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, Leutnant der Reserve; Ordination 4.9.1921 in Stettin; 1921–1923 Hilfsprediger in Neuwuhrow/Hinterpommern; 1923 Pfarrer in Hainrode/Grafschaft Stolberg-Roßla; 1927–1932 Pfarrer in Geußnitz Kreis Zeitz; seit 16.4.1932 Pfarrer in Oberschmon Kreis Querfurt.

M. stammte aus einer Bauernfamilie in Hinterpommern. Er wird als tatkräftiger, in den Gemeinden sehr beliebter Pfarrer geschildert. In der kurzen Zeit seines Pfarrdienstes in Oberschmon fiel er auf durch seine aktive Jugendarbeit, die dem Einfluss der Hitlerjugend abträglich war. Ein besonderer Konflikt entstand bei den Kirchenwahlen am 23.7.1933. Die Deutschen Christen wollten den Ortsgruppenführer der SA Bielke, Sohn einer einflussreichen Grundbesitzerfamilie, als Kandidaten aufstellen. M. ließ ihn von der Liste streichen, weil er keine Beziehungen zur Kirchengemeinde hatte. Im Hintergrund schwelte ein Konflikt mit dessen Mutter, die unter dem begründeten Verdacht stand, einen Kranz vom Kriegerdenkmal entwendet und für eine Grabstätte der Familie verwandt zu haben. Der Kreiswahlleiter und das Konsistorium waren mit der Entscheidung M.s in dieser Wahlsache einverstanden. Die Familie Bielke hetzte jedoch gegen den Pfarrer, brutale Drohungen wurden ausgesprochen. M. wurde von Wohlwollenden ausdrücklich um Vorsicht und Zurückhaltung gebeten. In den letzten Tagen vor seinem Tod habe M. einen stillen, gedrückten Eindruck gemacht; seine Frau reagierte auf die Situation mit Angst. Am 2.11.1933 brach M. auf, um mit dem Fahrrad zum Konfirmandenunterricht im Filialort Ziegelroda zu fahren. Seine Frau wollte ihn begleiten. Er wehrte ab: „Ich fahre doch zum Gottesdienst, was soll mir da passieren?" (Bericht der Toch-

ter) Er fuhr also los; anschließend arbeitete er noch mit dem Rendanten der Gemeinde. In der abendlichen Dunkelheit ist er am Bahnübergang Leimbach zu Tode gekommen. Auf Grund der Darstellung des Superintendenten vom 17.2.1934 (AKPS: Rep. A Spec. Nr. M 391) und der Stellungnahme des zuständigen Juristen im Magdeburger Konsistorium vom 19.4. 1934 (ebd.) ist davon auszugehen, dass M. ermordet wurde.

Die Staatsanwaltschaft Naumburg behauptete, M. habe sich vor die Lokomotive geworfen. Dieser Lesart wurde nicht nur von den Angehörigen und Freunden der Familie widersprochen. Es sei bei ihm niemals eine Neigung zu Suizid erkennbar gewesen. Auch der Superintendent und der Referent im Konsistorium hielten aufgrund der Indizien diese Behauptung für unglaubwürdig. M.s Fahrrad hatte Blutspuren, stand neben den Gleisen. Sein Schädel war zertrümmert, aber nicht vom Rumpf abgetrennt. Andere Teile des Körpers waren nicht von der Lokomotive zerquetscht. Der untersuchende Arzt Dr. Feistkorn habe keine Obduktion angeordnet, habe die Leiche nicht einmal entkleiden lassen zur Untersuchung. Die Staatsanwaltschaft habe wichtige Zeugen nicht angehört. Für den kirchlichen Gutachter ergab sich daher mit zureichender Sicherheit, dass ein Kampf mit dem Pfarrer stattgefunden haben müsse, er ermordet wurde und seine Leiche dann auf die Gleise vor den Prellbock gelegt wurde.

Der Superintendent berichtete an das Konsistorium, dass die Patronin der Kirchengemeinde Oberschmon, Freifrau von Münchhausen, erklärte, dass sie nicht bereit sei, nach einem neuen Pfarrer für die Gemeinde zu suchen, weil die Pfarrer unter den gegenwärtigen Umständen vogelfrei und schutzlos ihren Widersachern ausgesetzt seien. Der Magdeburger DC-Bischof hat den Bericht des Superintendenten am 27.2.1934 zur Kenntnis genommen und dessen Darstellung stark bezweifelt. Er notierte: „Die Stellungnahme der Patronin ist bezeichnend. Es wird der Beweis zu erbringen sein, dass ein nationalsozialistischer Pfarrer in Oberschmon ein glückliches Gemeindeleben aufzubauen versteht.“ (Ebd.)

Das dritte Kind von M. kam drei Monate nach dessen Tod, am 8.2.1934 zur Welt. Die Witwe von Pfarrer M. zog unmittelbar nach dem Tod ihres Mannes zu den Eltern nach Naumburg/Saale. Dort wurde sie nach 1945 als Opfer des Faschismus anerkannt.

Quellen: AKPS: Rep. A Spec. Nr. M 391; Mitteilung der Tochter von A. Mielke, Ursula Jebsen, geb. Mielke (Laucha/U.) vom Juni 2002 an die EvAKiZ, darin: Bericht von Martha Wickleder, geb. Bernhard, Oberschmon (Ms., hdschr.); Tamara Misch: Leserbrief in: Naumburger Tageblatt, 26.7.2002.
Foto: Familienbesitz.

H. Schultze

Moltke, Helmuth James Graf von

** 11.3.1907 Creisau bei Schweidnitz/Niederschlesien, † 23.1. 1945 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Freya, geb. Deichmann.
1925–1929 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, Breslau; 1932–1933 Gerichtsreferendar am Kammergericht Berlin; 1934 Assessorexamen; Rechtsanwalt für internationales Privat- und Vermögensrecht; längere Studienzeiten in England; 1938 Barrister-Examen; seit 1939 Spezialist für Völkerrechtsfragen im Krieg im Amt Ausland/Abwehr des OKW in Berlin.

Seine Jugend verbrachte der Sohn des Grafen Helmuth von Moltke (1876–1939) und der Dorothy Rose-Innes aus Südafrika (1884–1935) auf dem Schloss und Gut Creisau bei Schweidnitz in Niederschlesien, in Deutschland bekannt als Sitz des Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke (1800–1891). Bei seiner Taufe durch den Ortspfarrer erhielt er den Namen Helmuth James. Dieser Doppelname steht für preußische und angelsächsische Traditionen, die sich im späteren Leben und Denken des Täuflings verschränken sollten. Ebenso sollte sich später die Wahrheit seines Taufspruches ereignen: „Denn ich bin gewiß, dass weder Tod noch Leben, weder Fürstentümer noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, noch keine andere Kreatur mag uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christo Jesu ist.“ (Röm 8,38 f.) – Seine Eltern waren überzeugte und aktive Mitglieder der Christian Science, von ihnen ging jedoch kein prägender religiöser Einfluss auf ihre fünf Kinder aus. Bei M. waren in der Jugend- und Studentenzeit keine religiösen oder kirchlichen Interessen erkennbar. Beeinflusst wurde er besonders von der liberalen und demokratischen Grundeinstellung seiner Mutter. Während seines Jura-Studiums erarbeitete er sich ein kosmopolitisches Denken, ein tolerant-liberales Poli-

tikverständnis und ein völkerrechtlich orientiertes antinationalistisches und antimilitaristisches Denken. Eine ausgeprägte soziale Einstellung im Sinne der Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft kam hinzu. Durch Begegnungen mit Frauen und Männern aus dem Wiener Schwarzwald-Kreis war er völlig frei von völkischem und antisemitischem Denken. Das Jahr 1933 war für ihn, seine Frau Freya und die Eltern der Beginn des Zusammenbruchs einer humanen Ordnung. Aus Überzeugungsgründen ging der 1934 examinierte Jurist nicht in den Staatsdienst, da für ihn der NS-Staat den Charakter als Rechtsstaat verloren hatte. Als freier Rechtsanwalt spezialisierte er sich auf internationales Privatrecht und Völkerrecht, beriet Juden in Vermögens- und Auswanderungsfragen. Nach längeren Studienaufenthalten in England wurde er Ende 1938 zum Barrister examiniert. Seine englischen Freunde versuchte er von der Notwendigkeit einer harten Linie gegen die Expansionspolitik Hitlers zu überzeugen. Er selbst nahm ab 1938 Verbindungen zu militärischen und zivilen Widerstandskreisen auf. Seit September 1939 war er als Spezialist für Völkerrechtsfragen im Krieg im Amt Ausland/Abwehr im OKW unter Admiral Canaris beschäftigt. Als bestens über die Kriegslage informierter Mann begann er ab Januar 1941 zusammen mit Peter Graf Yorck von Wartenburg eine konspirative Tätigkeit mit dem Ziel, Hitler und das NS-System zu stürzen. Es bildete sich der sog. Kreisauer Kreis aus jungen Adeligen aus dem protestantischen Spektrum, aus katholischen und evangelischen Theologen und Laien und aus Sozialdemokraten. Man erarbeitete programmatische Texte für ein „neues Deutschland“ nach Kriegsende und Regimesturz.

Der Prozess der konzeptionellen Verständigung unter den Kreisauern war bei M. verbunden mit einer persönlichen Neubesinnung auf den christlichen Glauben und mit einer Neubestimmung des Christentums als Grundlage einer kommenden Neuordnung Deutschlands und Europas. Die Erfahrungen der tagtäglichen Realität der Missachtung von Recht und Menschenrechten gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber fremden Völkern und Rassen in einem total geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieg ließen ihn radikal neu fragen nach dem Mensch- und Mitmenschsein unter den Geboten und unter der Botschaft Gottes und des Menschensohnes Jesus Chri-



stus. Das Lesen der Bibel und das Hören und Beten im Gottesdienst eröffneten immer neue Möglichkeiten zum Verstehen der eigenen Wirklichkeit unter den Bedingungen einer weltanschaulichen Diktatur und der ihr entsprechenden mörderischen Praxis. Hinzu kamen philosophische und theologische Dialoge zwischen den Freunden. Vor allem von Alfred Delp lernte M. die naturrechtlich begründete katholische Soziallehre kennen und schätzen. Der Geist ökumenischer Verbundenheit bestimmte den Stil des Umgangs miteinander. Die Kreisauer Neuordnungstexte waren ein kreativer Kompromiss zwischen Protestanten, Katholiken und demokratischen Sozialisten.

Am 19.1.1944 wurde M. verhaftet, ein Jahr später am 23.1.1945 in Plötzensee gehängt. Dieses Jahr im Gefängnis vollendete, was in den Kriegsjahren begonnen hatte: die reflektierte Entwicklung zu einem überzeugten und bekennenden Christen. Die letzten Wochen in brüderlicher Gemeinschaft mit Alfred Delp, seine Briefe an Freya und die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof zeigten einen Mann, für den es einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen Christentum und Nationalsozialismus gab. Dieser

zeigte sich in der Anthropologie, in der Ethik und in dem Verständnis der Rolle des Staates. M. sah sich vor dem Blutrichter Freisler immer mehr in der Entscheidungssituation: entweder Gott oder Abgott. Er bejahte unter Anfechtungen seines zu erwartenden Todes das stellvertretende Opfer für die Wahrheit der christlichen Botschaft. Den Sinn seines jungen Lebens erkannte er in diesem Martyrium.

An seine Frau schrieb er nach dem Prozess über sich: „ […] steht er vor Freisler nicht als Protestant, nicht als Großgrundbesitzer, nicht als Adeliger, nicht als Preuße, nicht als Deutscher, […] sondern als Christ und gar nichts anderes. […] Zu welch einer gewaltigen Aufgabe ist Dein Mann ausersehen gewesen: All die viele Arbeit, die der Herrgott mit ihm gehabt hat, die unendlichen Umwege, die verschrobenen Zickzackkurven, die finden plötzlich in einer Stunde am 10.1.1945 ihre Erklärung. Alles bekommt nachträglich einen Sinn, der verborgen war. […] Für diese eine Stunde hat der Herr sich alle diese Mühe gegeben.“ (Zitiert nach G. Brakelmann: Die Kreisauer, S. 126 f.) Und seinen Abschiedsbrief schloss er mit dem apostolischen Segenswunsch: „Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit Euch allen. Amen.“ (Ebd., S. 128)

Literatur: G. Brakelmann: Kreisauer Kreis, S. 45–51 (Lit.!); G. Brakelmann: Die Kreisauer, S. 7–128 (Lit.!).

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 168.

G. Brakelmann

Müller, Elisabeth



** 15.3.1875 Winningen, † 25.3.1945 Auschwitz (Oświęcim). Ledig, ohne Kinder.*

1890–1893 Ausbildung an der Lehrerinnen-Bildungsanstalt der Evangelischen höheren Mädchenschule zu Koblenz, Lehrerinnenexamen für Höhere Schulen; 1895/1896 Lehrerin an der Volksschule in Winningen; 1896–1919 private Beschäftigung in Köln, Weltreise, Lehrerin für Neuphilologie an der Oberrealschule in Gießen; 1920 Unfall bei einer Bergtour in Österreich, endgültiges Ausscheiden aus dem Beruf; ab 1933 Ruhestand in Winningen.

M. wuchs als ältestes von sieben Kindern des Pfarrers Adolph Müller und dessen Ehefrau Caroline in Winningen bei Koblenz auf, einer evangelischen Enklave an der Mosel, in der ihr Vater seit 1873 als Seelsorger tätig war. Nach dem Lehrerinnenexamen und einer kurzen Berufstätigkeit an der Volksschule in Winningen, die sie selbst als Kind besucht hatte, zog sie 1896 zu ihrer sehr wohlhabenden verwitweten Patentante nach Köln und leistete ihr bis zu deren Tod 1909 Gesellschaft. Ihrem Beruf ging sie in dieser Zeit nicht nach. Mit dem Tod der Tante fiel ihr eine große Erbschaft zu, die sie für eine Weltreise nutzte. Während des Ersten Weltkrieges begann sie wieder, als Lehrerin zu arbeiten. Als begeisterte Bergsteigerin unternahm sie 1920 mit einem ihrer Brüder eine Tour auf den Großvenediger, bei der sie abstürzte und verletzt wurde. Ihre Genesung gestaltete sich langwierig. 1933 kehrte sie nach Winningen zurück und lebte dort zurückgezogen als Rentnerin. Sie gab in geringem Umfang Nachhilfestunden und war im evangelischen Frauen- und Jungfrauenverein aktiv.

Die weltoffene, politisch interessierte Frau bemühte sich im nationalsozialistischen Deutschland um unabhängige Informationsquellen und wirkte der NS-Propaganda entgegen, indem sie ihre Kenntnis-

se an andere weitergab. Die Haltung des Regimes gegenüber dem Christentum gab ihr Anlass, im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten Widerstand zu leisten. Bei der Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag am 10.4.1938 stimmte sie im Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der Deutschen mit Nein, obwohl allgemein bekannt war, dass die Geheimhaltung der Stimmabgabe nicht gewährleistet war. Wenig später erschien ein bekannter, offensichtlich alkoholisierter SA-Mann nachts vor ihrem Haus und schrie: „Hier wohnt das Nein-Schwein“ (zitiert nach G. Löwenstein: Kirchengemeinde, S. 159). Es wurde ihr verboten, weiterhin Nachhilfestunden zu erteilen. Während des Zweiten Weltkrieges kontrollierte die Polizei ihren regen Postverkehr mit Verwandten und Freunden im In- und Ausland. Aufgrund ihrer regimekritischen Äußerungen in mehreren Briefen wurde sie am 24.10.1941 verhaftet und nach Koblenz gebracht, wo sie nach dreimonatiger „Schutzhaft“ bei der Gestapo am 13.1.1942 in Untersuchungshaft überführt und im Stadtgefängnis in der Karmeliterstraße untergebracht wurde. Das Sondergericht Koblenz verurteilte sie am 26.5.1942 wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz zu acht Monaten Gefängnis. Ihr wurde u. a. angelastet, dass sie einem Bekannten zwei Predigten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen zugeschickt und ihm von antikirchlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten berichtet hatte. Da das Gericht ihre Polizei- und Untersuchungshaft auf die Strafe anrechnete, hatte sie nach dem Urteil nur noch eine Reststrafe von einem Monat zu verbüßen. Sie wurde hierzu nach Köln in die Haftanstalt am Klingelpütz überstellt. Auf Antrag der Gestapo Koblenz wurde sie jedoch nicht wie vorgesehen am 26.6.1942 entlassen, sondern erneut in „Schutzhaft“ genommen und am 8.9.1942 ins Frauen-KZ Ravensbrück verbracht, wo sie durch einen roten Winkel auf ihrer Häftlingskleidung als politische Gefangene gekennzeichnet war.

In Winningen löste ihr Schicksal bei vielen Menschen Entsetzen aus, doch gab es keinen öffentlichen Protest. Während ihre Freundin Bertha Knaudt, geb. Pitsch, sie per Post mit Lebensmittelpäcken versorgte, schürten fanatische Nationalsozialisten die Furcht der Bevölkerung vor staatlicher Gewalt, indem sie M. diffamierten und als abschreckendes Beispiel darstellten. So war am 1.5.1943 die Strohpuppe am Winninger Maibaum, die am Schluss der Maifeier traditionsgemäß verbrannt wurde, mit Kleidern ausstaffiert, die an M. erinnern sollten. Auf einem Schild, das am Körper der Puppe befestigt war, stand die unmissverständliche Drohung: „So stirbt ein Volksverräter!“ (Ebd.) An einer Hauswand gegenüber war zudem ein Plakat im Stil einer Todesanzeige angebracht.

M. wurde am 6.2.1944 zusammen mit zahlreichen weiteren als arbeitsuntauglich eingestuften Häftlingen von Ravensbrück in das KZ Lublin und im Mai 1944 mit anderen Überlebenden weiter ins KZ Auschwitz deportiert. Von dort schrieb sie ihrer Familie zum letzten Mal am 17.9.1944. Nachdem sie die Befreiung des Lagers durch die Rote Armee am 27.1.1945 noch miterlebt hatte, starb sie wenige Wochen später völlig entkräftet im Alter von 70 Jahren. Eine Gedenktafel für M. befindet sich in der evangelischen Kirche von Winningen.

Quellen: LHA Koblenz: 584,001 Staatsanwaltschaft Koblenz, Strafprozess 2893 (Sondergerichtsverfahren gegen Elisabeth Müller, 2 S Ms 12/42); Dokumente im Besitz von Joachim Hennig und Margarete Müller.

Literatur: G. Löwenstein: Kirchengemeinde, S. 157–160; W. Rummel: Recht, S. 221 f.

Foto: G. Löwenstein: Kirchengemeinde, S. 148.

C. Bendick/A. Kurschat

Müller(-Dahlem), Hermann *Friedrich* Wilhelm

** 11.3.1889 Berlin, † 20.9.1942 Wibety (Nordrussland).*

Verh. mit Martha, geb. Florstedt, zwei Kinder.

Theologiestudium in Tübingen und Berlin; 1913 Erste Theologische Prüfung; im Ersten Weltkrieg Dienst als Kriegsfreiwilliger (zuletzt Leutnant der Reserve); 1919 Hilfsprediger; 1924 Pfarrer im Lautawerk (Lausitz); 1928 in Berlin-Steglitz; 1933 in Berlin-Dahlem; 1936 Vorsitzender der 2. Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche; März 1939 amtsenthoben; 1939 Kriegsdienst in Frankreich und in Russland, zuletzt als Hauptmann der Reserve.

M., Sohn eines Lehrers, wurde bewusst christlich erzogen und entschied sich schon als Kind für den Pfarrerberuf. Seine erste Gemeinde war eine im Aufbau befindliche Industrie-Gemeinde, in der M. durch intensive Predigt- und Seelsorgearbeit langsam das



Vertrauen der Arbeiterschaft gewann. Seit 1933 Pfarrer in Berlin-Dahlem, arbeitete er eng mit Martin Niemöller (1892–1984) zusammen und wurde zu einem der führenden Köpfe der Bekennenden Kirche. Er war 1933 Mitbegründer und seit 1937 stellvertretender Vorsitzender des Pfarrernotbundes, seit 1934 Mitglied des Rates der Ev. Kirche der Altpreußischen Union und seit 1935 Mitglied des Reichsbruderrates, seit 1936 einer der drei Vorsitzenden der 2. Vorläufigen Kirchenleitung (VKL), seit 1937 Vorsitzender der Konferenz der Landesbruderräte.

Wie die meisten evangelischen Pfarrer stimmte auch M. dem Nationalsozialismus partiell zu. Aber aus kirchlich-theologischen Gründen geriet er in Gegensatz zum Nationalsozialismus. Sein Widerstand richtete sich zum einen gegen die theologischen Irrlehren der nationalsozialistisch orientierten Deutschen Christen, die 1933 in der evangelischen Kirche an Macht und Einfluss gewonnen hatten, zum andern gegen die staatskirchlichen Bestrebungen der nationalsozialistischen Kirchenpolitik. Da dies für M. mit dem Wesen der Kirche im Widerspruch stand, musste die Kirche sich eine Notordnung schaffen, die allein an das Wort Gottes und das Bekenntnis der Kirche gebunden war. Mit dieser Sicht begründete M. die kirchenrechtliche Eigenständigkeit des bruderrätlichen Flügels der Bekennenden Kirche.

Als einer der Väter und konsequenten Verfechter des „kirchlichen Notrechts“ geriet M. in einen Dauerkonflikt mit den deutschchristlichen Kirchenbehörden und dem Reichskirchenminister. Seit 1935 wurde er von den zuständigen staatlichen und kirchlichen Stellen mehrfach gemaßregelt (Hausarrest, Redeverbot, zeitweise Verhaftung). Wegen seiner Mitverantwortung für die sog. „Gebetsliturgie“, in der die VKL Ende September 1938 angesichts der drohenden Kriegsgefahr den Krieg als Strafe Gottes bezeichnete und die Schuld des Volkes und der Kirche bekannte, wurde M. auf Anweisung des Reichskirchenministers sofort das Gehalt gesperrt und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, das im März 1939 zur Amtsenthebung führte. Damit durfte er in seiner Gemeinde weder Amtshandlungen vollziehen noch stand ihm seine Dienstwohnung weiter zur Verfügung.

In dieser für ihn desolaten Situation meldete M. sich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges zur Wehrmacht. Als Gräberoffizier, zuletzt im Range eines Hauptmanns der Reserve, betreute er Soldatengräber zunächst in Frankreich und in Belgien, schließlich in Russland. Offenbar wurde ihm im Geheimen nachgestellt. Im Januar 1942 fand man ihn in Russland mit herausgeschlagenen Vorderzähnen abseits vom Wege in der Kälte liegen, im Februar 1942 wurde er im Urlaub in Berlin von zwei Soldaten völlig erschöpft mit Vergiftungserscheinungen nach Hause gebracht, am 20.9.1942 brach er nach dem Genuss einer nur für ihn bereiteten Speise, die ihm ein neuer Bursche gebracht hatte, tot zusammen. In der Todesurkunde wurde als Todesursache „Lähmung der Atmungsorgane“ angegeben. Am 22.9.1942 wurde M. auf dem Soldatenfriedhof in Szoltzy in der Nähe des Ilmensees begraben.

Literatur: M. Niemöller: Müller; B. H. Forck: Glauben, S. 65–77; J. Erb: Blutzeugen, S. 43 f.; W. Oehme: Märtyrer, S. 107–114.

Foto: B. H. Forck: Glauben (unnummerierte Bildseite).

C. Nicolaisen

Münch, Alfred



* *15.4.1898 (Mannheim-)Neckerau, † 1945 KZ Hamburg-Neuengamme.*

Verh. mit Anna, geb. Zöllner, zwei Kinder.

Nach Kaufmannslehre zunächst als Buchhalter, dann als Buchkolporteur und Laienprediger der „Reformadventisten" tätig.

M. stammte aus einem evangelischen Elternhaus und besuchte die Musikhochschule in Mannheim. Nach seiner Heirat (1921) lernte er die „Reformadventisten" (Internationale Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, Reformationsbewegung) kennen, die sich während des Ersten Weltkrieges von der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten abgespalten hatten. 1926 wurde M. getauft und in die Mannheimer Ortsgemeinde aufgenommen. Für ihn waren die Gebote Gottes (Dekalog) absolut verpflichtend. Ihre strikte Befolgung sah er als „Gradmesser" der echten Nachfolge. Seine kompromisslose Haltung brachte ihn in Konflikt mit den NS-Behörden, besonders nach dem Verbot der Gemeinschaft der Reformadventisten am 29.4.1936. Um seine Arbeit als Laienprediger zu tarnen, arbeitete M. zeitweise in einer Baumschule in Mannheim-Ladenburg und als Versicherungsvertreter.

Am 21.9.1936 richtete er ein mutiges Schreiben an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hans Kerrl mit der Bitte um Befreiung vom Schulunterricht für seine Kinder am „Sabbat", dem Ruhetag der Adventisten. Da die „Reformadventisten" nach dem Verbot als „staatsfeindlich" galten, gab sich M. in dem Gesuch als reguläres Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten aus. Er führte die große Gewissensnot der Adventisten an, als er schrieb: „Es handelt sich hier nicht um eine persönliche Widersetzlichkeit [...] sondern um einen Gewissenskonflikt [...] [da] wir uns als Christen nicht ohne Verlust unserer Erlösung durch Christus vom Gesetz Gottes lossagen können." Mehr noch: der Sabbat, nach „öffentlicher Meinung" ein „jüdischer Brauch", bleibe für Christen – so M. – der biblisch gebotene Ruhetag – eine gewagte Aussage vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Judenfeindschaft. Wenige Wochen nach Einreichung des Gesuches wurde M. verhaftet und am 19.4.1937 zusammen mit dem Gemeindeleiter R. Ruprecht von einem Sondergericht in Mannheim zu 7 Monaten Arrest verurteilt. Über seine Frau und 13 weitere Mannheimer Glieder wurden ebenfalls Haftstrafen verhängt. Da M. im Gefängnis in Bruchsal die Arbeit am Samstag verweigerte, wurde seine Haftzeit verlängert. Nach der Entlassung brachte er seine Tochter Erika (geb. 1926) bei Freunden in Holland unter, um der drohenden Zwangseinweisung des Kindes in ein Erziehungsheim zu entgehen. Obwohl viele Prediger der Reformadventisten zu diesem Zeitpunkt bereits aus Deutschland geflohen waren, blieb M. seiner Gemeinde in Mannheim treu („Alle fliehen, aber als Hirte kann ich die Gemeinde jetzt nicht im Stich lassen"). Unmittelbar nach Kriegsbeginn erhielt er den ersten Stellungsbefehl. Fünf weitere folgten, denen M. nicht nachkam, weil er den Wehrdienst kategorisch ablehnte. Im März 1940 wurde er wegen Verweigerung des Hitler-Grußes verhaftet und zwei Monate später zunächst in das KZ Dachau verbracht. Von Oktober 1940 bis Februar 1945 war M. Häftling im KZ Neuengamme, wo er möglicherweise an Hungertyphus verstarb. Die genaue Todesursache ist nicht bekannt.

Quellen: AAE: Brief 21.9.1936.

Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 35–37.

Foto: AAE.

D. Heinz

Mungard, *Jens* Emil



** 9.2.1885 Keitum (Sylt), † 13.2.1940 KZ Sachsenhausen.*
Verh. mit Anna, geb. Andresen, geschieden, vier Kinder.
1900 landwirtschaftliche Lehre; 1910 Heirat und Übernahme des väterlichen Hofes; 1915–1918 Kriegsdienst bei der sog. Inselwache auf Sylt; 1921 Verlust des Hofes durch Brandstiftung; 1932 Überschreibung des Restbesitzes auf die Ehefrau; 1934 Scheidung; 1935 endgültiges Verlassen der Insel und Aufenthalt vorwiegend in Flensburg und Umgebung.

Der Sylter M., Sohn des Wörterbuchschreibers und Sprachaktivisten Nann Mungard (1849–1935), gehört zu den wichtigsten Dichtern der kleinen nordfriesischen Sprachgemeinschaft. Insbesondere in seinen politischen, gegen den Nationalsozialismus gerichteten Gedichten geht M. weit über die thematischen Grenzen traditioneller Heimatdichtung hinaus. Sein äußerer Lebensweg verlief allerdings alles andere als geradlinig.

Aufgewachsen unter einem ebenso harten wie despotischen Vater, gelang es dem Zeit seines Lebens stotternden M. nicht, seine umfangreichen schriftstellerischen Tätigkeiten mit den Anforderungen des bäuerlichen Alltags und mit den Pflichten eines Familienvaters in Einklang zu bringen. M. geriet so zunehmend ins soziale Abseits, zumal er in den verzweifelten Bemühungen um Verbesserung seiner wirtschaftlichen Situation auch mit dem Gesetz in Konflikt kam. Am Ende stand die weitgehende Isolierung M.s, was den Behörden den Zugriff auf M., der bis zuletzt aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus keinen Hehl machte, erheblich erleichtert haben dürfte. Zudem hatte er sich auch durch seine Beziehungen zum Ausland (Niederlande, Dänemark) verdächtig gemacht. 1936 wurde M. wegen eines trivialen Devisenvergehens erstmalig in Schutzhaft genommen. Ein von ihm selbst wohl nicht ganz ernst gemeinter Antrag auf Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer wurde 1938 wegen mangelnder politischer Zuverlässigkeit abgelehnt. Er erhielt Schreibverbot, an das er sich nicht hielt. In einem Brief an den Publizisten Hermann Schmidt vom 31.7.1938 nahm er hierauf Bezug: „Unter diesen Umständen muß ich Dich bitten, in Zukunft nichts mehr von mir zu bringen. Oder erst recht!“ (Zitiert nach J. E. Mungard: Hart, S. 25) Kurz vor Weihnachten 1938 wurde M. erneut verhaftet und 1939 in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht, wo er Anfang 1940 laut Auskunft der Kommandantur „an Körperschwäche“ starb. Seine Asche wurde auf dem Keitumer Friedhof beigesetzt. Auf Grund familiärer Zwistigkeiten erfolgte 1985 eine zweite, symbolische Beisetzung im nordschleswigschen Mögeltondern neben dem Grab seines Vaters, der nach dem Brand des Hofes nach Dänemark emigriert war.

Der wie die überwiegende Mehrzahl seiner friesischen Landsleute deutschnational gesinnte M. stand dem Nationalsozialismus zunächst abwartend bis positiv gegenüber. M.s Kritik am Nationalsozialismus entzündete sich denn auch weniger an politischen Gegensätzen als an den Erscheinungsformen des nationalsozialistisch geprägten Alltags, wo es „bluat ‚Kolonnen‘ jeft, hur kumando-uurt di locht töreft“ („bloß ‚Kolonnen‘ gibt, wo Kommando-Wort die Luft zerreißt“, so in dem Gedicht „It Uuw Jeens Lornsen bäricht?“, J. E. Mungard: Ströntistel, S. 79). Mit Spott bedachte M. so auch die beginnende Judenverfolgung, die sich ihm als Ausdruck allgemeiner

Massenhysterie darstellte. Protestantische Wurzeln seines Widerstandes zeigen sich in seinem Bezug auf Luther, dessen Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ er übersetzte („En borig es üüs Got“, ebd., S. 321) und der ihm Vorkämpfer des freien Wortes war, so wie sich ihm die Verfolgung Jesu als Parallele seiner eigenen Situation darstellte: „Hi heer man bluat di waarhair sair“ („er hat doch bloß die Wahrheit gesagt“, so in dem Gedicht „Ev. Johannes 1 [fērs 23]“, ebd., S. 323). Als Ausdruck von M.s religiöser Grundhaltung darf man wohl seine Übersetzung von Paul Flemings „In allen meinen Taten“ ansehen, die sich in M.s häufige Reflexionen über das eigene Ende einreiht:

Ön al min dön en leten
fortruu ik Got sin weten,
dat hi mi rat en föört.
Höm mut, skel't mi jir slaagi,
ik om sin reer dach fraagi,
salung ik sen üp wārelsöört.

(1. Strophe des Gedichts „Let üüs Herigot reer“, ebd., S. 29; vgl. Evangelisches Gesangbuch, Nr. 368) M. war, wie seine älteste Tochter Elisabeth Mungard sich erinnerte, „ein tiefreligiöser Mensch und hat sein Schicksal tapfer getragen.“ (Brief von E. Mungard an K. Schmidt, 12.3.1985)

Der sprachliche Zugang zu M. wird leider erschwert durch ein von ihm selbst verfügtes Übertragungsverbot seiner Werke ins Deutsche, das sicher einer kritischen Überprüfung bedarf. Fortbestehende Ressentiments seiner Sylter Landsleute haben bis heute eine angemessene Würdigung M.s auf seiner Heimatinsel verhindert. Da auch die regionale Forschung M. bislang weitgehend ignoriert hat, ist sein Bekanntheitsgrad eher gering.

Quellen: Arkiv ved Dansk Centralbibliothek Flensburg, Nr. P138 Mungard, Jens: dichterischer Nachlass; Mungard, Elisabeth: Briefe (im Privatbesitz).

Literatur: H. Kunz/T. Steensen: Sylt-Lexikon, S. 235–237; J. E. Mungard: Ströntistel; Ders.: Hart; O. Wilts: Mungard.

Foto: H. Kunz/T. Steensen: Sylt-Lexikon, S. 235.

O. Wilts



Nieden, Wilhelm zur

** 29.8.1878 Fröndenberg (Westfalen), † 23.4.1945 Berlin.*

Studium der Elektrotechnik; seit 1904 Diplomingenieur bei Thyssen in Mülheim a. d. Ruhr; seit 1907 für die Stadt Elberfeld tätig; seit 1910 Leitung der Städtischen Werke Barmen; 1927 Ruf in den Stadtrat nach Leipzig, dort Generaldirektor der städtischen technischen Betriebe; ab 1933 Wirtschaftsgutachter in Berlin.

N. stammte aus einer alten westfälischen Pfarrersfamilie, entschied sich aber für einen technischen Beruf. Nach dem Studium der Elektrotechnik war er zunächst Diplomingenieur bei Thyssen. Später arbeitete er für die Städte Elberfeld und Barmen, bis er 1927 in den Stadtrat von Leipzig berufen wurde, wo er zum Generaldirektor der städtischen technischen Betriebe ernannt wurde. Noch im Jahr 1933 wurde der politisch konservativ eingestellte N. vom Leipziger Stadtrat für zwölf weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Dieser Wahlsieg war aber strategischer Natur: Die Anhänger des Nationalsozialismus sprachen sich nur für die Wiederwahl N.s aus, um die Sozialdemokraten zu schwächen. Letztere bemühten sich seit Monaten um eine neue Ausschreibung der Stelle, um einen politisch liberaleren Kandidaten aufstellen zu

können. Nach seiner Wiederwahl trug N. den Titel „Technischer Bürgermeister“. Bedingt durch die neue Amtsbezeichnung verzögerte sich die Bestätigung seiner Wahl. Diesen Umstand nutzten die Anhänger der Nationalsozialisten, um gegen N. vorzugehen. Auf Wunsch der NSDAP-Kreisleitung wurde Kurt Kaergel zur „Säuberung“ der technischen Werke und Verkehrsbetriebe eingesetzt. Gleichzeitig wurde in der bereits gleichgeschalteten Stadtverordnetenversammlung ein Untersuchungsausschuss gebildet, der sich mit den genannten Stellen beschäftigte. Dieses Gremium entschied die fristlose Entlassung von drei N. unterstellten Direktoren, die durch Mitglieder der NSDAP ersetzt werden sollten. N. wehrte sich gegen dieses Vorgehen. Als ihm bedeutet wurde, dass er durch sein Verhalten seine eigene Position gefährde, antwortete er: „Als Mensch und als Christ kann ich nicht anders handeln.“ (Zitiert nach A. Leber: Gewissen [1984], S. 422)

Trotzdem nahm er seine eigene Entlassung im Herbst 1933 nicht kampflos hin, sondern strebte im Oktober des Jahres die Eröffnung eines förmlichen Dienstverfahrens an. Sein Antrag wurde jedoch vom sächsischen Innenministerium wahrscheinlich deshalb abgelehnt, weil ein solches Verfahren die Unhaltbarkeit der Vorwürfe, die N. zur Last gelegt wurden, zu Tage gebracht hätte. Nach der Entlassung N.s wurde Kaergel zum leitenden kaufmännischen Direktor der Stadtwerke.

N. fand zunächst als Gutachter und später als Sachverständiger des Rechnungshofes in Berlin ein neues Aufgabenfeld. Seine Sachkenntnis wurde trotz seiner oppositionellen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus in Fachkreisen sehr geschätzt.

Im Dezember 1943 wurde N. durch Carl Goerdeler in die Staatsstreichpläne eingeweiht und erklärte sich dazu bereit, im „neuen Staat“ ein Amt zu übernehmen. Acht Monate später wurde er wegen seiner Kontakte zum politischen Widerstand verhaftet und am 18.1.1945 durch den Volkgerichtshof zum Tode verurteilt. Nach der Verkündung des Urteils schrieb er am 22.2.1945 seinen Schwestern: „Ich verliere den Mut nicht. Alle Opfer brächten wir ja gern, wenn sie für einen guten Zweck wären [...] Doch hat uns Gott bisher so sichtbar gut geführt, daß wir diese Probe auch bestehen müssen und nicht verzagen dürfen.“ (Zitiert nach ebd.)

Die Vollstreckung des Urteils verzögerte sich durch den Tod Freislers und die Bombardements der Alliierten, bei denen auch der Volksgerichtshof zerstört wurde. N. wurde daraufhin nach Potsdam verlegt. Er gehörte zu jenen Männern, die am 22.4.1945 unmittelbar vor dem Einrücken der Roten Armee in das Berliner Stadtgebiet unter dem Vorwand einer Verlegung nach Plötzensee das Gefängnis in der Lehrter Straße verließen. Die Gefangenen wurden genötigt, ihr Gepäck und ihre Wertsachen auf einen bereitstehenden Wagen zu legen und selbst über ein Trümmerfeld in Richtung Potsdamer Bahnhof zu laufen. Wenige Minuten später wurden sie von hinten erschossen.

Literatur: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 421–424; I. Reich: Goerdeler, S. 166 ff.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 423.

C. Bendick

Niehus, Martin

** 6.9.1864 Salzwedel, † 20.3.1920 bei Ammendorf (heute Halle).*

Verh. mit Gertrud, geb. Küster, zwei Pflegesöhne.

1888 I. Theol. Prüfung Halle; 1891 II. Theol. Prüfung Magdeburg mit „gut“ bestanden; 20.6.1894 Ordination in Magdeburg; 1893–1994 Hilfsprediger in Salzwedel; dann 1894 Diaconus in Calbe/Milde und Pfarrer in Vahrholz; 15.4.1905 Pfarrer von Burgliebenau (mit Döllnitz), Kkrs. Merseburg-Land.

N., Sohn des Lehrers und Organisten Ludwig Niehus, wuchs in Salzwedel auf und besuchte dort das Gymnasium. Von 1884 bis 1888 studierte er Theologie in Greifswald und Halle. Am 13.7.1897 heiratete er Gertrud, die Tochter des Amtsgerichtsrats Küster in Calbe. Die Ehe blieb ohne Kinder; das Ehepaar hatte aber die beiden Neffen Gerhard und Willibald Lorbeer als Pflegesöhne im Haushalt. Als Pfarrer der kleinen Gemeinde Burgliebenau (300 Einwohner) war er zugleich zuständig für Döllnitz im Saalkreis (2 000 Einwohner); er war Schulverbandvorsteher für beide Orte.

N. wurde in den Wirren der Kämpfe von Spartakisten während des Kapp-Putsches ermordet. Sein Todesschicksal ist nur in Umrissen bekannt; die Presse berichtete über den Prozess gegen die Täter.



Am 18.3.1920 waren Männer auf das Pfarrgrundstück gekommen; wegen der Gefahr des Einbruchs gab N. einen Schreckschuss ab. Am nächsten Tag kamen Abgesandte der „Roten Armee“ und forderten die Waffen, die N. auch abgab.

Am gleichen Tag führte N. noch Gemeindebesuche aus, kam zurück, nahm Geld und seinen Pflegesohn mit und sagte, dass er fliehen müsse. Er wurde ergriffen und nach Ammendorf in das Lokal „Goldener Adler“ verbracht, wo der Aktionsausschuss der Spartakisten tagte.

Nachts 11.00 Uhr wurde er zum Verhör abgeholt, der 21-jährige Pflegesohn wurde in einen Schweinestall verbracht; von dort wurde er nach zwei Tagen befreit, nachdem die Aufständischen geflohen waren.

Die Leitung der Ermordung hatte Heinrich von Wieckowski, ein Arbeiter aus Ammendorf. N. sollte erschossen werden. Vor der Hinrichtung habe er noch kniend gebetet: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ (Zitiert nach Evangelium im Dritten Reich) Weil er dabei nicht getroffen wurde, schlug ihm Franz Mohr, ein Arbeiter aus Radewell, mit dem Gewehrkolben auf den Schädel. Der Tote wurde beraubt – sein Geld als Beute verteilt, seine Stiefel nahm Mohr an sich. Dann wurde die Leiche in die Saale geworfen. Erst am 9.4. wurde sie aufgefunden.

Der Prozess gegen die Täter fand vor dem Schwurgericht Halle am 12.11.1920 statt. Wieckowski wurde wegen Totschlags zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt, Mohr erhielt zehn Jahre Zuchthaus, beide zehn Jahre Ehrverlust; ein Mittäter, Hermann Reinhardt aus Radewell, wurde wegen mildernder Umstände mit vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust bestraft.

Die Presse berichtete mit Empörung darüber, dass nicht wegen Mordes verurteilt wurde. Im März 1934 wurde an der Stelle der Ermordung ein Denkstein mit der Aufschrift „Pastor Niehus, † 20.3.1920“ errichtet. Die Einweihung nahm der Magdeburger DC-Bischof Friedrich Peter, im Beisein der Witwe, von Verwandten und Pfarrern vor.

Quellen: AKPS Rep. A, Spec. P, Nr. N 15: Personalakte Niehus; Rep. A, Spec. G, Nr. 675 (Pfarrstellenakte Burgliebenau); Pfarrerkartei der Kirchenprovinz Sachsen; Reichbote, Berlin, 15.11.1920; Hallesche Zeitung, 13.11.1920; Evangelium im Dritten Reich. Kirchenzeitung für Christentum und Volkstum, 10.11.1935.

Literatur: v. Stein: Mitteldeutschland, S. 88 f., 101 f., 113 f., 125–127.

Foto: Flugblatt mit Portraits baltischer Märtyrer, Essen o. J.

H. Schultze

Noa, Theodor

** 10.5.1891 Görlsdorf (Neumark), † [14.3.1938] Berlin.*
Verh. mit Martha, geb. Krumme, zwei adoptierte Kinder.
1911 Abitur in Dresden; 1911–1914 Theologiestudium in Leipzig, Bethel, Halle; 28.9.1914 I. Theol. Prüfung in Halle; 1914–1918 Kriegsdienst; 1919 Lehrvikariat in Bielefeld; II. Theol. Prüfung in Münster; 4.1.1920 Ordination; 1920–1927 Pfarrer in Hagen; 1927–1937 Pfarrer der Ev.-reformierten Gemeinde in Siegen.

N. gehörte bereits als Gymnasiast zum Dresdner Schülerbibelkreis. Die Bibelkreis-Bewegung habe „das Beste an meinem religiösen Erleben vermittelt und meine innere Entwicklung wesentlich mitbestimmt“, schrieb er im Lebenslauf (U. Hörsch/A. Stötzel: Noa, S. 6). 1920 wurde er Hilfsprediger in Hagen, um die Jugendarbeit aufzubauen. In der Zeit des politischen und kirchlichen Umbruchs und der Orientierungslosigkeit der Jugend in den großen Städten richteten die evangelischen Gemeinden Hagens ein



eigenständiges Jugendpfarramt ein. Am 20.2.1921 wurde N. in dieses Amt eingeführt. Durch neue Formen der Arbeit (Morgenwachen, Jugendgottesdienste, Jugendevangelisationswochen, Freizeiten u.a.), durch an der Bibel und der Moderne orientierte Antworten auf die großen Fragen des Lebens und durch umfangreiche Jugendfürsorge gelang es N. mit einem Helferkreis, die christliche Jugendarbeit in Hagen auszubauen und zu vertiefen. Er hatte dafür eine besondere Begabung, die Jugend brachte ihm große Sympathie entgegen. Obwohl der Abschied schwer fiel, bewarb er sich um die Pfarrstelle in Siegen, weil er nach sieben Jahren endlich in die Gemeindearbeit kommen wollte. Aber auch hier blieb die Jugendarbeit ein besonderer Schwerpunkt, der nach 1933 jedoch zunehmend schwieriger wurde.

N. meldete sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst und kam 1918 mit hohen Auszeichnungen zurück. Er habe bis zum Schluss treu zum Kaiser gestanden, aber auch der Weimarer Republik zum Wohle des Volkes seinen Dienst nicht versagt, stellte er 1932 fest. Als ihm bei einer Freizeit eine Gruppe der Gewerkschaftsjugend mit roter Fahne begegnete, ließ er das Lied „Stolz weht die Fahne schwarz-weiß-rot!“ singen. Gefragt, ob das sein müsse, sagte er: „Es muss! Christliche Jugend muss beweisen, dass sie für das Vaterland steht!“ (R. Gädeke: Noa, S. 100) In der Hausarbeit zur Zweiten theologischen Prüfung 1919 setzte er sich mit dem Thema „Sozialismus und Christentum“ auseinander. Während er in der Predigt Jesu und bei Paulus genügend Beispiele für eine Affinität zur sozialistischen Idee fand, sei die Verbindung zwischen Christentum und marxistischem Sozialismus wegen tiefer Gegensätze zum Scheitern verurteilt. Als sich 1929 im Siegerland die christlich-sozialen Anhänger Adolf Stöckers und Reinhard Mumms aus der DNVP abspalteten und den „Evangelischen Volksdienst“ gründeten, erklärte Noa, in „ihm die politische Heimat“ gefunden zu haben (U. Hörsch/A. Stötzel: Noa, S. 141). Von seiner Sicht einer engen Verbindung zwischen Evangelium und Politik aus griff er 1932 scharf die christentumsfeindliche Haltung der NSDAP an. Die beschwerte sich über Noa beim Konsistorium in Münster und startete eine agitatorische Kampagne gegen ihn.

Im NS-Staat nahmen N.s Schwierigkeiten auf vielen Ebenen immer mehr zu. Seine Mitgliedschaft im Pfarrernotbund und der Bekennenden Kirche schuf Konfliktspotential. Die NSDAP hatte die Attacke von 1932 nicht vergessen. Die Situation verschärfte sich, weil N. infolge eines Großelternteiles nach den NS-Gesetzen „Vierteljude“ war. Als Kriegsteilnehmer und nach der Gesetzeslage hatte das für ihn noch keine Konsequenzen. Dennoch wurde er selber deshalb diffamiert und der Umgang mit ihm kriminalisiert. Dafür gibt es mehrere Belege von Zeitzeugen: Jugendliche, die statt an der HJ-Veranstaltung an einer Freizeit, die N. leitete, teilnahmen, wurden im Herbst 1937 von der HJ-Führung vorgeladen und „ganz fürchterlich zusammengestaucht, was uns einfiele, mit einem Juden“ Umgang zu haben. Sie wurden aus der HJ ausgeschlossen, obgleich Zwangsmitgliedschaft bestand. Es wurde versucht, N. bei Amtshandlungen zu umgehen oder auf andere Weise zu schneiden. „Mich kann heut jeder dumme Junge beleidigen“, soll N. zu einer Mutter gesagt haben (ebd., S. 151–153).

Das Ringen zwischen der Bekennenden Kirche und dem Konsistorium bzw. dem NS-Staat fand 1937 im „Kollektenkampf“ einen Höhepunkt. Die Bekennende Kirche hielt sich nicht an das Verbot, für ihre Arbeit Kollekten zu sammeln. Mit zahlreichen westfälischen Pfarrern habe N. am 12.12.1937 eine Kollekte „für die Unterstützung von Theologiestudierenden“ abge-

kündigt (ebd., S. 154). Die Kollekten wurden beschlagnahmt und gegen die Pfarrer Strafverfahren eingeleitet. Inwieweit Noa davon betroffen war, ist nicht mehr nachweisbar. Dazu kamen finanzielle Schwierigkeiten, weil er 1937 wohl Jungen mit ins Ferienlager genommen hatte, die zumindest nicht alle bezahlen konnten.

N. habe sich anderen nicht anvertraut und nach Lösungswegen gesucht, sondern sei immer mehr psychisch vereinsamt und am Ende seiner Nervenkraft gewesen. Da ihm in beiden Fällen Anklage und Verlust des Amtes drohte, habe er für sich wohl keinen Ausweg mehr gesehen: Am 22.12.1937 habe er ohne jede Mitteilung Siegen verlassen. Am 29.12. schrieb er seinem Amtskollegen Hans-Christian Vacheroth, dem Vorsitzenden des Siegener Presbyteriums, aus Berlin einen Brief: „Er sei des Kampfes müde; er könne in diesem Staat nicht länger leben, die Belastung sei zu groß für ihn; er verabschiede sich und könne nicht mehr länger durchhalten." (Ebd., S. 156, 420) Am 14.3.1938 wurde N.s Leiche aus einem Kanal bei Berlin-Spandau geborgen. Auf der Sterbeurkunde wurde dieser Tag als Todestag angegeben. Über Ursache und Art seines Todes gab es bis in die achtziger Jahre viele Spekulationen und Gerüchte (ebd., S. 336–341). In N.s Bibel, die er bei sich hatte, sei Hiob Kapitel 30,9 markiert gewesen: „Nun aber bin ich ein Spottlied geworden."

Literatur: R. Gädeke: Noa; U. Hörsch/A. Stötzel: Noa; M. Schreiber: Noa.

Foto: LKA EKvW Bielefeld: 25 F 1359.

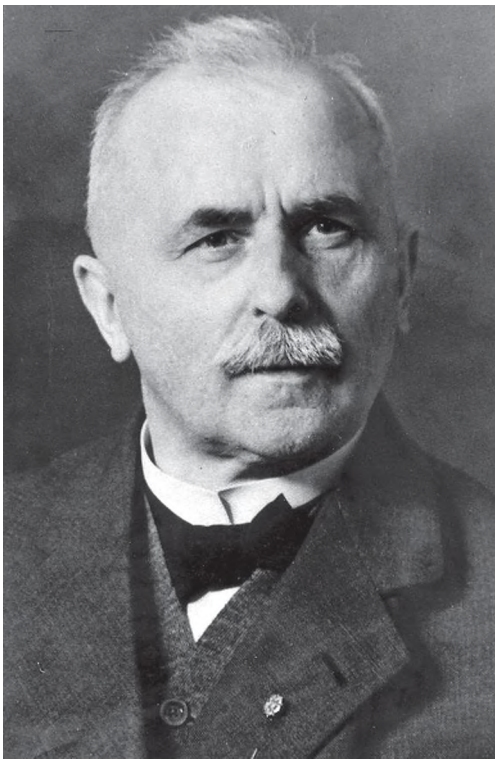
H. Ludwig

Noack, Johannes

** 25.12.1878 Burg bei Cottbus, † 9.5.1942 Berlin.*

Verh. mit Bertha, geb. Weiland, drei Töchter.

Studium der Theologie in Greifswald und Berlin; 1905 Ordination, Hilfsprediger und Pfarrer in Lonkorz (Westpreußen); 1911 Pfarrer in Reetz (Kreis Belzig); 1916/1917 Kommissarischer Prorektor am Lehrerseminar Havelberg; 1924/1925 Pfarrer in Blumenau (Brasilien); Vertretungen in mehreren Berliner Gemeinden; 1928 Berufung durch den EOK in die Pfarrstelle St. Annen in Eisleben.



Theologie zwischen dem Greifswalder Apologeten Otto Zöckler und dem historisch-kritisch orientierten Adolf von Harnack prägten N. Pädagogische Begabung und lebenslang gepflegte naturwissenschaftliche Interessen traten immer wieder hervor. Soweit schriftliche Zeugnisse erhalten sind, zeigen sie einen geistig beweglichen und scharfsinnig analysierenden Theologen. Ein politisches Profil lässt sich angesichts der Quellen schwer bestimmen, am nächsten stand er wohl dem Nationalkonservatismus, verbunden mit einer in seiner pfarramtlichen Tätigkeit belegten sozialen Verantwortung für die große Bergarbeitergemeinde St. Annen in Eisleben. Doch das führte ihn nicht zur Sympathie mit der NSDAP und ihren Verbänden, auch nicht in ein positives Verhältnis zu den Deutschen Christen, die bei der Wahl im Juli 1933 alle Sitze im Gemeindekirchenrat und der Gemeindevertretung erwarben. Nach den Feierlichkeiten zum 450. Geburtstag Luthers in Eisleben griff vielmehr die Kreisleitung der DC in der „Eisleber Zeitung" N. als untragbar für den kirchlichen Dienst an und verlangte seine Entfernung. Mit Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" wurde er

gegen den Protest von Gemeindegliedern vom Konsistorium in Magdeburg vom Dienst beurlaubt und im Oktober 1933 mit der Verwaltung einer Pfarrstelle in Weißenfels beauftragt. Als sich – vermutlich auf Initiative der DC-Gauleitung – auch dort Widerstand artikulierte, kehrte N. nach Eisleben zurück. Er weigerte sich, sich um eine andere Pfarrstelle zu bewerben oder eine weitere Beauftragung anzunehmen. Gerichtliche Schritte des GKR mit dem Ziel der Entfernung aus Eisleben scheiterten. Daraufhin wurde in Eisleben ein verleumdendes Flugblatt verteilt und im März 1935 das Pfarrhaus von SA gestürmt und verwüstet. Trotz der bedrängten Lage sammelte er in seiner Wohnung eine Bekennende Gemeinde zu Gottesdiensten, Bibelstunden und Versammlungen, die von der Polizei überwacht und teilweise verboten wurden. Konsistorialpräsident Ernst Loycke schützte N. gegen den Versuch Bischof Peters, ihn zwangsweise zu versetzen. Vom Provinzialkirchenausschuss der Provinz Sachsen wurde N. Anfang 1936 wieder in seine Rechte als Pfarrer von St. Annen eingesetzt, aber wegen des fortgesetzten Verlangens aus der NSDAP seine Versetzung „im Interesse des Dienstes“ gegen den Protest von 400 Gemeindegliedern eingeleitet. Trotz des ausdrücklichen Verbots sammelte N. die vom Bruderrat der Bekennenden Kirche 1937 und 1938 ausgeschriebenen Kollekten ein und erhielt deshalb mehrere Strafbescheide. Das beschleunigte das Versetzungsverfahren beim EOK, der im Juli 1939 die Zwangsversetzung verfügte. Einsprüche und Beschwerden hatten keinen Erfolg. Am 2.4.1940 nahm die Gestapo im Amtszimmer N.s eine Durchsuchung vor, bei der sie Notizen über Nachrichten ausländischer Sender, eine Sammlung politischer Witze und eine persönliche Denkschrift aus dem Jahr 1934 fand. Damals hatte er darin notiert: „Hitler als Charakter ist eines der traurigsten und ekelhaftesten Bilder der Gegenwart.“ Daraufhin wurde er verhaftet und nach sechsmonatiger Untersuchungshaft von einem Sondergericht in Halle zu 30 Monaten Zuchthaus verurteilt. War er schon nach der Festnahme vom Magdeburger Konsistorium in den Wartestand versetzt worden, so folgte nach dem Urteil die Entfernung aus dem kirchlichen Dienst unter Verlust aller Rechte. Eine Tochter musste ihr Studium vorzeitig beenden, eine andre konnte nicht heiraten, weil ihr kein polizeiliches Führungszeugnis ausgestellt wurde, seine Frau siedelte nach Berlin um. Die Kälte und die ungenügende Ernährung im Zuchthaus Halle schwächten die Gesundheit des 63-jährigen so, dass er sich eine nach damaligen Verhältnissen unheilbare Herzinnenhautentzündung zuzog. Aus diesem Grunde wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen. Am 9.5.1942 starb er in Berlin und wurde auf dem Friedhof Stahnsdorf begraben.

Die Kirchenprovinz Sachsen hob die Entfernung aus dem kirchlichen Dienst auf. Auf Antrag des „Antifa-Ausschusses“ verlieh die Stadt Eisleben nach dem Krieg einer Straße den Namen „Johannes-Noack-Straße“.

Quellen: AKPS: Rep. A, Spec. G-A 7522, -A 7523, -A 7524; Rep. A, Spec. P-N 32 (1–3); im Besitz von Frau Ingeborg Naumann, Wolmirstedt: Tagebuch Johannes Noacks und Familienchronik, Briefe Noacks an seine Familie 1940–1942.
Literatur: G. Galle: Widerstand; E. L. Block: Auflehnung, S. 3.
Foto: Privatbesitz.

M. Onnasch

Oertzen, Hans-Ulrich von

** 6.3.1915 Berlin, † 21.7.1944 Berlin.*
Verh. mit Ingrid, geb. von Langenn-Steinkeller, ohne Kinder.
1933 Abitur; Eintritt in die Armee und Ausbildung in einer Nachrichtenabteilung in Hannover; 1938 Versetzung als Adjutant nach Wien, nach Kriegbeginn in verschiedenen Oberkommandos im Westen; 1940 Lehroffizier in der Heeresnachrichtenschule in Halle (Saale); danach Einsätze im Panzerarmee-Nachrichtenregiment 1 an der Ostfront; 1942 Generalstabslehrgang; März 1943 Versetzung in den Generalstab der Heeresgruppe Mitte; 1944 Stabsoffizier in der Korpsabteilung der 2. Armee.

O. entstammte einer weitverzweigten Familie, in der die militärische Laufbahn und das Bewirtschaften von Gütern Tradition war. Sein Vater, Offizier im Großherzoglich-Mecklenburgischen Grenadierregiment 89, starb 1916 im Ersten Weltkrieg, ohne seinen Sohn gesehen zu haben. O. wuchs allein mit seiner Mutter auf, einer Malerin, die in ihren Werken häufig religiöse Motive verwendete. Nach einer Zeit bei der Großmutter in Neustrelitz verbrachte er den Großteil seiner Kindheit auf dem Gut seines Onkels in Rattey (Mecklenburg) zwischen Gutshaus, Pferdestall und Feldern. Seine Urgroßeltern hatten hier um 1850 das Rettungshaus „Bethanien“ für sozial gefährdete Jun-



gen sowie das Rettungshaus „Bethlehem“ für Mädchen gegründet, eine Anstalt der Inneren Mission. Das Ehepaar bildete das Personal selbst aus und richtete „Kleinkinderschulen“ auf dem Lande ein.

Vor dem Hintergrund dieser sozialpädagogischen und religiösen Tradition wurde O. auf Gut Rattey erzogen, ehe er nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin im Mai 1929 in die Zweigschule Spetzgart des Reformgymnasiums Schloss Salem am Bodensee eintrat. Schulleiter Kurt Hahn legte bei seinen Schülern neben musischen und handwerklichen Tätigkeiten großen Wert auf Mitverantwortung bei der Organisation des Alltags und auf Sport, um ihnen die Ideen von Mut, Fairneß und Kooperation nahe zu bringen. Diese Anforderungen kamen O.s Charakter entgegen. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichneten ihn ein starker Wille, Leistungsbereitschaft und Selbstbewusstsein aus, aber auch Fröhlichkeit und ein offenes Wesen. Edgar Röhricht, Offizier und väterlicher Freund, beschrieb den jungen O. so: „Wo wir zu grübeln und zu erwägen beginnen, verfügt er über die Unbekümmertheit des Entschlusses.“ (E. Röhricht: Pflicht, S. 27)

Nach dem Abitur verließ O. am 6.4.1933 die Schule und ging zum Militär. Er hatte keine Probleme, sich in den folgenden Jahren im Armeealltag zurechtzufinden: O. mochte den Beruf; die Vorgesetzten schätzten sein Wesen und sein Organisationstalent. Wie viele seiner Generation zeigte er sich anfangs aufgeschlossen dem NS-Regime gegenüber. Negative Erfahrungen, etwa mit dem selbstherrlichen Auftreten von SS-Einheiten, begannen ihn nachdenklich zu machen. Er betrachtete die Auswüchse zum damaligen Zeitpunkt jedoch noch als „Schönheitsfehler“, die man in Kauf nehmen müsse.

Diese Einstellung begann sich zu ändern, als der Offizier 1942 im Urlaub auf einem Gut in der Neumark, einem Landstrich östlich der Oder, die junge Ingrid von Langenn-Steinkeller kennen lernte. Die schnell enger werdende Beziehung zu seiner späteren Frau ließ ihn stärker über die Zustände, die Zukunft und die eigene Verantwortung nachdenken. Einmal schrieb er ihr: „Die Aufgaben, die das Leben an uns stellt, müssen wir lösen, um wirklich zu leben.“ Ein anderes Mal: „Nur durch Prüfungen werden wir geläutert.“ (L.-B. Keil: Hans-Ulrich von Oertzen, S. 55 f., 92)

Diese Gedanken nahmen an Intensität zu, nachdem O. Anfang 1943 in die Heeresgruppe Mitte versetzt worden war. Sein neuer Vorgesetzter, Henning von Tresckow, war eine der zentralen Figuren des militärischen Widerstands und hatte begonnen, zuverlässige Offiziere zu versammeln. Nach Aussage von Mitstreitern zog er den selbstbewussten O. eng an sich heran. Dieser bewunderte Tresckow und die anderen, meist älteren Generalstabsoffiziere als „geistig hochstehende und starke Persönlichkeiten“. Sie hätten bald „seine Einstellung zu vielen Dingen über den Haufen geworfen“, vertraute er im Juli 1943 seiner Verlobten an, die neben Tresckow zur wichtigsten Bezugsperson geworden war (ebd., S. 89 f.).

Mit den Erlebnissen an der Front, aber auch den Meldungen über die zunehmende Bombardierung deutscher Städte und das wachsende Elend beschleunigte sich O.s Wandel vom begeisterten Militär zum mutigen Widerstandskämpfer. An der Seite von Tresckow war er an mehreren Anschlagsvorbereitungen auf Hitler aktiv beteiligt, er besorgte Sprengstoff, arbeitete zusammen mit Stauffenberg an den Alarmierungsplänen „Walküre“ und inspizierte die zu alarmierenden Truppen. Anfang Juli 1944 hatte er an

der Front für die Durchhalteparolen eines umherreisenden Reichsredners nur noch Spott übrig.

In der Abwägung zwischen militärischem Pflichtbewusstsein und seinem Gewissen hatte er sich längst entschieden: für die Zukunft Deutschland ebenso wie für seine Frau und die im März 1944 geschlossene junge Ehe. Unter welchen Anspannungen er in der Phase der Attentatsvorbereitungen stand, zeigt die Erinnerung des Geistlichen seiner Armee-Einheit an ein Gespräch am Pfingstmontag 1944. Nach dem Gottesdienst hatte O. den Pfarrer unter vier Augen gebeten, zu erläutern, was sein Predigttext für ihn persönlich bedeuten könnte. Dieser lautete: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht." Nach dem 20.7.1944, so notierte der Pfarrer in seinem Tagebuch, habe er das ernste Gespräch mit dem Offizier in einem besonderen Licht gesehen (E. Ufer: Männer, S. 358, 380).

Am 20.7. fungierte O. als Verbindungsoffizier des Attentäters Stauffenberg im wichtigen Wehrkreis Berlin. Ganz auf sich allein gestellt, koordinierte er den Staatsstreich vom Wehrkreiskommando aus. Dort wurde seine Rolle am folgenden Morgen durch einen Zufall entdeckt. Kurz danach nahm sich der 29-jährige mit einer Gewehrsprenggranate das Leben.

Literatur: R. v. Hardenberg: Erinnerungen; L.-B. Keil: Hans-Ulrich von Oertzen (Lit.!); E. Röhricht: Pflicht; E. Ufer: Männer.
Foto: GDW.

L.-B. *Keil*

Olbricht, Friedrich



** 4.10.1888 Leisnig/Sachsen, † 20.8.1944 Berlin.*
Verh. mit Eva, geb. Koeppel, zwei Kinder.
1907 Offizierslaufbahn in Leipzig; 1914–1918 Front- und Generalstabsdienst an der Ostfront und in Frankreich; 1919 Verbindungsoffizier Provinzialregierung Magdeburg; 1920 Truppen- und Stabsoffizier in Dresden; 1926 Truppenamt in Berlin; 1931 Kommandeur und Stabsoffizier in Dresden und Chemnitz; 1939 Polenfeldzug; 1940–1944 Chef des Allgemeinen Heeresamtes in Berlin.

Christliche Frömmigkeit hat neben einem humanistischen Bildungsideal und Patriotismus den aus einer Lehrerfamilie stammenden O. geprägt. Er wurde Berufssoldat und nach dem Ersten Weltkrieg in die Reichswehr übernommen. Während dieser Zeit machte er Bekanntschaft mit den Offizieren, mit denen er später im Widerstand zusammen fand wie Ludwig Beck, Erwin von Witzleben, Hans Oster und Carl-Heinrich von Stülpnagel. O. stand von 1933 an in Opposition zum NS-Regime. Er war entsetzt darüber, „daß eine unseriöse Persönlichkeit mit Dreck am Stecken Kanzler des Deutschen Reiches geworden war" (G. Wollstein: Olbricht, S. 212). In den Vorgängen des 30.6.1934, gegen dessen Mordaktionen er protestierte, fand er seine Kritik bestätigt. Auch für O. war die Fritsch-Krise der Anlass zum Schritt in den Widerstand. Die Erlebnisse des Polenfeldzugs führten ihm die Sinnlosigkeit des Krieges, die Inhumanität und Brutalität des Regimes besonders vor Augen. Sein Entschluss, aktiv an der Ablösung des Regimes mitzuwirken, wird aus vorwiegend ethischen Gründen gefallen sein. H. Kaiser charakterisiert ihn als „auf christlicher Grundlage" stehend (F. Georgi: Olbricht, S. 34). Von O. selbst gibt es keine Aufzeichnungen. Seine Biographin Helen P. Page belegt seine christliche Grundhaltung mit der Aussage, er könne dieses oder jenes

„nicht vor Gott und seinem Gewissen“ vereinbaren. (H. P. Page: Olbricht, S. 155) Seine Ehefrau bezeugt: „Die christliche Überzeugung war entscheidender als die patriotische.“ (Ebd.) Zwar ist O. kein regelmäßiger Gottesdienstbesucher gewesen, aber er war mehr als im traditionellen Christentum verwurzelt. So engagierte er sich für die Militärseelsorge gegen nationalsozialistische Ansprüche und hielt sich zur Dahlemer Bekennenden Kirche. Ebenso setzte er sich später während des proklamierten „totalen Krieges“ dafür ein, dass eine uk-Stellung von Gemeindepastoren nicht aufgehoben wurde. Überhaupt bemühte O. sich, wo immer es möglich war, Gefährdeten und Verfolgten zu helfen.

Ähnlich wie Friedrich von Rabenau fühlte sich O. dem Una-Sancta-Gedanken verbunden, so kreisten die Predigten des Kardinals v. Galen in der Familie und bildeten einen Gesprächsstoff.

Als Amtschef des Allgemeinen Heeresamtes stellte sich O. ganz für die Sache des Widerstandes zur Verfügung. So liefen über ihn, den Organisator, und Oster, den für das unmittelbare Attentat und die Verbindung zum Ausland Verantwortlichen, die Fäden der nationalkonservativen Opposition bei Ludwig Beck zusammen. Als im Verlauf des Krieges erkennbar wurde, dass kein aktiver Feldmarschall für die Durchführung eines Umsturzes gewonnen werden konnte, übernahm O., der schon zuvor eine der wichtigsten Kontaktpersonen zwischen zivilen und militärischen Widerstandsgruppen gewesen war, nun die wichtige Aufgabe eines Koordinators aller Aktivitäten des militärischen Widerstands. Im Verschwörerkreis mit Witzleben, Beck, Hoepner, Fellgiebel, Stülpnagel, Falkenhausen, Goerdeler, Sack und Popitz, der sich zunehmend in seiner Privatwohnung traf, erwies er sich als geduldiger Gesprächspartner. O. ist es zuzuschreiben, Claus Schenk Graf von Stauffenberg für die aktive Teilnahme am Umsturz gewonnen zu haben, der seine rechte Hand wurde. Nach dem Ausfall von Canaris und Oster und damit der Abwehr wurde das Heeresamt mit Stauffenberg als Chef des Stabes zur militärischen Zentrale des Widerstandes. Der Kaltenbrunner-Bericht vom 7.9.1944 vermerkt zu Recht, dass „Olbricht derjenige gewesen“ ist, „der neben Stauffenberg und Mertz am 20.7.1944 in der Durchsetzung der Absichten der Verschwörerclique mit Konsequenz vorgegangen ist“ (H.-J. Jacobsen: Spiegelbild, S. 367). So war es O., der bereits am 15.7.1944 „Walküre“ auslöste und die Truppen für den Staatsstreich in Bewegung setzte, wie er auch am 20.7.1944 ohne die Bestätigung vom Tod Hitlers abzuwarten handelte und auch nach Wilhelm Keitels Mitteilung vom Überleben Hitlers die Fortführung der Aktion befahl.

Als erster Offizier hat O. seinen Einsatz gegen Unrecht und Gewaltherrschaft, am späten Abend des 20.7.1944 im Hof des sog. Bendlerblocks auf Befehl von General Friedrich Fromm erschossen, mit seinem Leben bezahlt.

Literatur: H.-J. Jacobsen (Hrsg.): Spiegelbild; F. Georgi: Olbricht (Lit.!); H. P. Page: Olbricht (Lit.!); G. Wollstein: Olbricht, S. 207–222.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 415.

H.-J. Ramm

Onnasch, *Friedrich* Adalbert

** 8.10.1881 Studsin, Prov. Posen, † 17.2.1945 Berlinchen.*
Verh. seit 1910 mit Maria, geb. Frisius, vier Kinder.
Gutsbesitzerssohn; Realgymnasium Bromberg; 1902–1905 Theologiestudium in Heidelberg, Berlin, Halle; 1905 Diakoniepraktikant in Bethel; 1906 Seemannsmission in London u. Domkandidatenstift Berlin; 1907 Pfarramtsvertreter in Florenz; 1908 Pfr. in Posen; 1909–1922 Anstalts-Pfr. in Hoffnungs- u. Lobetal bei Bernau; 1922–1940 Sup. in Köslin/Pom.; 1935–1937 u. 1939 Standort- u. Lazarettpfr.; seit 1939 Vorsitzender des BK-Bruderrats in Pommern; 1940 Ausweisung aus Pommern u. Reichsredeverbot; 1941 kommiss. Pfarrvertretung in Berlinchen/Neumark; 1943 Mitglied des Bruderrates der APU.

Der aus evangelisch-frommer Familie stammende Friedrich Onnasch war die anerkannte Führungspersönlichkeit der Bekennenden Kirche im hinterpommerschen Sprengel der Provinzialkirche Pommern und gleichzeitig eine der tragenden Gestalten beim Aufbau und der Ausgestaltung der Bekennenden Kirche in ganz Pommern. Er vereinigte in sich geistlich-geistige Autorität und Organisationsgeschick mit sozial-karitativem Engagement, Predigtbegabung und seelsorglicher Gewissenhaftigkeit. Durch seine militärisch-straffe, aber seelsorglich überzeugende Leitung des Kösliner Kirchenkreises nötigte er auch



kirchenpolitischen Gegnern Respekt ab. Als unerschrockene „Kämpfernatur“ wich er Konflikten nicht aus. Typisch dafür ist sein Diktum: „Einer Drohung weiche ich nie.“

Als O. 1922 in die neben Stettin größte Ephorie Pommerns eingesetzt wurde, brachte er eine reiche Gemeindeerfahrung in sozialen Randbereichen bereits mit. Parallel zu häufigen sozialpolitischen Vorträgen baute er in der Kösliner Mariengemeinde ein stark differenziertes Gemeindeleben aus, in dessen Zentrum Bibelarbeitskreise standen. O.s Motto „Hören auf das Wort“ lässt sich auch in seiner evangelischen Verbands- und Pressearbeit wiederfinden. Schon seit Ende der 1920er Jahre wurde die Kösliner Ephorie zu einem markanten Zentrum volksmissionarischer Aktivitäten. Durch O.s Gemeindearbeit angeregt wurden z. B. auch Stephanie von Mackensen und Dr. med. August Knorr.

Aus konservativ deutschnationaler Grundstimmung begrüßte O. 1933 den politischen Regierungswechsel. Situationstypisch stand der Kösliner Superintendent für eine gleichermaßen staatsloyale wie bekenntnistreue Haltung. 1933 positionierte er sich gegen die Reichskirchenführung und die deutschchristliche Besitzergreifung der kirchlichen Administration. „Es war zum Herzbluten, wie der Geist Christi in der Kirche durch widerlichen, brutalen Gewaltgeist ersetzt wurde“, notierte er rückblickend. Im Februar 1934 ereilte ihn die kurzzeitige Suspendierung vom Pfarramt und gleichzeitig eine 13-monatige Verdrängung aus dem Sup.-Amt. Das provozierte den geschlossenen Protest und eine beeindruckende Solidarisierung aus Gemeinde und Ephorie, der sich selbst die DC-Mitglieder anschlossen. Seine Wiedereinsetzung als Superintendent erfolgte jedoch erst Anfang 1935. Unter O.s Einfluss schloss sich seine Gemeinde Ende 1934 durch einstimmigen Gemeindekirchenratsbeschluss der BK an, was eine wichtige Vorbedingung für die spätere Aufnahme des Bonhoefferschen Sammelvikariats war, das O. 1937/1939 mitverantwortlich trug. Seit 1936 war er Leiter des BK-Kirchenkreiskonventes der Ephorien Köslin und Bublitz und ab 1937 theologischer Beisitzer und Vizevorsitzender der Rechtsstelle beim Bruderrat der Evangelischen Kirche Pommerns.

Bereits 1936/1937 kam es in der gesamten Kösliner Ephorie vermehrt zu staatspolizeilichen Repressalien. Im Bereich der eigenen Gemeinde entstanden ernsthafte Konflikte mit der Hossenfelder-Bewegung, vor allem auf dem Feld der Konfirmandenarbeit. 1937 wurde O. nach seiner Teilnahme an der Beerdigung des in Haft verstorbenen Kommunisten Otto Drews Opfer einer gezielten Pressekampagne, die im Oktober 1937 mit der Entlassung aus dem nebenamtlich versehenen Standortpfarramt endete. O. blieb unerschütterlich in seiner intensiven Zusammenarbeit mit dem Provinzialbruderrat und förderte die von August Knorr organisierten BK-Laienkonventsbildungen. 1938 trat eine massive Störaktivität durch die neu gegründete „Deutschchristliche Gemeinde“ (Nationalkirchliche Bewegung) unter Pastor Schwalm ein. Daraus entwickelte sich ein Dauerkonflikt. Schwalm wurde 1940 vom Belgarder Sup. Johannes Zitzke gegen O.s Ephorieverantwortlichkeit fest installiert. Im Februar 1939 wurde O. zum Vorsitzenden des pommerschen BK-Bruderrates gewählt, in dem er für den kompromisslosen ‚Weg A‘ stand: „Laß die Menschen uns hassen, wenn der HErr uns nur lieb hat. […] Toter Glaube, tote Kirche wird nicht verfolgt.“ Zeitweilig bestand eine enge Arbeitsgemeinschaft mit Dietrich Bonhoeffer. Im September 1939 führte das allgemein übliche

Fürbittgebet, das auch die Konzentrationslagergefangenen benannte (APU-Gebetsformular von 1938), zu einer erneuten, kurzzeitigen Gestapo-Verhaftung und zu O.s endgültiger Absetzung als Standortpfarrer. Wahrscheinlich auf Anweisung der NSDAP-Gauleitung wurde über ihn mit Geltung vom 12.9.1940 Reichsredeverbot und Aufenthaltsverbot für Pommern wegen „Volksverhetzung“ verhängt. Seine Amtsrechte blieben davon unberührt. Er verzog zunächst auf das Gut der Familie v. Gerlach in Rohrbeck bei Königsberg/Neumark, seine Frau blieb in Köslin. Erst im Oktober 1941 gewährte man ihm die kommissarische Pfarramtsvertretung in Berlinchen/Neumark. 1942 als Unterzeichner der 13 Sätze des kirchlichen Einigungswerkes von Theophil Wurm vorgesehen, wurde sein „Radikalität“ signalisierender Name für untragbar gehalten und aus der Signatarliste wieder gestrichen. Gleichwohl wurde O. 1943 Mitglied des Bruderrates der Ev. Kirche der APU, konnte aber an den Beratungen und Visitationen nur sporadisch teilnehmen.

Am 30.1.1945 erlebte er in Berlinchen den russischen Einmarsch, der die Einäscherung großer Teile der Stadt mit sich brachte. Am 17.2.1945 wurde O. im Zuge der befohlenen Räumung der Wohnung aus ungeklärtem Motiv von plündernden Rotarmisten spontan erschossen. Seine Frau bestattete ihn am 18.2. auf dem Friedhof des Ortes. An O. erinnern eine 1995 in der Marienkirche des heutigen Slawno (Schlawe) angebrachte Tafel sowie seit 2004 eine von der Stadt Koszalin gestiftete Gedenktafel an der ehemaligen Kösliner Superintendentur.

Quelle: Heinrich Glücks: Meine Erinnerungen an das Haus Onnasch, Ms., ca. 1986.
Literatur: K. Pagel/B. Metz: Wir können’s ja nicht lassen; B. Bach: Kösliner Onnaschs, S. 5–75 (Dok.!).
Foto: K. Pagel/B. Metz: Wir können’s ja nicht lassen, Titelbild.

I. Garbe

Onnasch,
Friedrich („Fritz“) Karl Günther



** 2.5.1911 Lobetal, † 4.3.1945 Köslin.*
Verh. seit 1939 mit Margret, geb. Bethge, drei Kinder.
1919 spinale Kinderlähmung; Gymnasium Köslin; 1929–1933 Theologiestudium in Tübingen, Berlin, Erlangen, Greifswald; 1934/1935 Vikar in Glowitz, Groß Möllen, Ferdinandshof; 1935 Predigerseminarist in Zingst u. Finkenwalde; 1936 Ordination durch den BK-Bruderrat; 1937–1939 Hilfsprediger u. Sammelvikariatsinspektor in Köslin; 1939/1940–1945 BK-Leitungstätigkeit in Stettin; seit 1943 stellv. Mitglied des BK-Bruderrates der APU.

Fritz Onnasch war einer der prägenden Köpfe der pommerschen jungen BK-Bruderschaft. Als prominenter Vertreter des notrechtlichen BK-Weges entwickelte er sich vor und während des Zweiten Weltkrieges zum geistig-geistlich führenden Anreger der jungen BK-Pfarrerschaft. Wesentlich geprägt von den Theologien Paul Althaus’ und Dietrich Bonhoeffers hatte er nach dem Vorbild seines Vaters, Sup. Friedrich Onnasch, die Entstehung und organisatorische Festigung der BK seit 1934 couragiert mitvollzogen und gehörte bis zuletzt zur Gruppe, die den kirchenpolitisch kompromisslosen Weg in strikter Abgrenzung gegenüber dem Provinzialkonsistorium durchzuhalten gewillt war.

Als Teilnehmer des 1. BK-Predigerseminarkurses in Zingst und Finkenwalde beeindruckte ihn nachhaltig Dietrich Bonhoeffer, von dessen theologischen Positionen sich Onnasch durchaus zu unterscheiden wusste. Er war 1936 Gründungsmitglied des BK-Bruderhauses. 1936 erfolgte auch seine Wahl zum Vorsitzenden der BK-Bruderschaft der Hilfsprediger und Vikare in Pommern. Die pommerschen Bruderschafs-

rundbriefe 1936–1944 tragen nicht nur seine Mitunterschrift, sondern sind zum größeren Teil von ihm verfasst. O. löste 1937 Wilhelm Rott als Inspektor des Finkenwalder Predigerseminars ab und entwickelte sich rasch zum anerkannten Predigerseminars- und Bruderschaftsseelsorger. Er wird übereinstimmend als unpathetische, außerordentlich einsatzfreudige und geistlich überragende Vertrauenspersönlichkeit beschrieben, der seine persönliche Meinung ungern in den Vordergrund rückte.

Nach der staatspolizeilichen Schließung des Finkenwalder Seminars am 28.9.1937 folgte im November/Dezember eine einmonatige Haft wegen „Kollektenvergehen". 1937–1939 war O. Hilfsgeistlicher und Sammelvikariatsinspektor in Köslin. Mit Bonhoeffer und Eberhard Bethge stand O. in intensiver Arbeits- und Lebensgemeinschaft. Als Vertreter des kompromisslosen ‚Weges A' stärkte O. 1938/1939 den Widerstand unter den pommerschen BK-Ordinierten gegen das mehrmals verlängerte Legalisierungsangebot des Stettiner Konsistoriums. Seine Heirat in den ersten Kriegstagen 1939 war von der wiederholten Verhaftung seines Vaters überschattet. Wegen einer rechtsseitigen Beinlähmung wehruntauglich, blieb O. während der Kriegsjahre ständiger Kontaktmann zu den nichtpommerschen Bruderschaften und der einzige durchgängig aktive Seelsorger der pommerschen BK-Bruderschaft. Ein offizielles Pfarramt hat O. jedoch nie erhalten. Seit 1939/1940 im Leitungsbüro des Stettiner BK-Bruderrates, bildete er nach der Strafentlassung von Pfr. Lic. Dr. Martin Burgwitz (1.10.1942) de facto die Führungsspitze der pommerschen BK. Von seiner Stettiner Wohnung aus half er untergetauchten Verfolgten sowie Betroffenen der ‚Nürnberger Gesetze' und nahm in nicht abreißender Folge Gäste und Flüchtlinge auf. Im Mai 1943 musste er sich einer eingreifenden Operation unterziehen (Beinprothese). Seit Oktober 1943 war er Ratsmitglied des Bruderrates der Ev. Kirche der APU in Stellvertretung seines Vaters. Wegen ständiger Bedrohung durch Luftangriffe wurde seine Familie 1943 nach Köslin evakuiert. O. war Mitwisser der Attentatspläne vom 20.7.1944. In der Schlussphase des Krieges sorgte er für die Öffnung pommerscher Pfarrhäuser für Evakuierte und Flüchtlinge. Ende Januar 1945 folgte er seiner Familie nach Köslin und vertrat seinen Vater in der kriegserschütterten Mariengemeinde: „Wir wollen – Gott helfe dazu – bleiben, wo die Gemeinde bleibt." Hier erlebte O. am 4.3. den Einmarsch der russischen Truppen. In den Nachmittagsstunden des 4.3.1945 wurde er spontan und ohne Erklärung von russischen Soldaten abgeführt und aus ungeklärter Ursache erschossen. Seinen drei Tage später aufgefundenen Leichnam bestatteten Ehefrau und anwesende Freunde am 8.3.1945 im Garten der Kösliner Superintendentur. In einer seiner letzten Andachten hatte Fritz O. geäußert: „Der Herr Christus will uns sagen, in Gefahr ist nicht der, welcher am Abgrund steht und die Tiefe sieht, sondern in Gefahr ist, wer die Abgründe nicht kennt und nicht sehen will." Seit 2004 erinnert an ihn und seinen Vater eine Tafel, die an der ehemaligen Superintendentur im heutigen Koszalin angebracht ist.

Literatur: F. Bartels: Namen; W. Maechler: Fritz Onnasch; K. Pagel/B. Metz: Wir können's ja nicht lassen; B. Bach: Kösliner Onnaschs, S. 76–101; DBW 14–16.

Foto: Privatbesitz.

I. Garbe

Oster, *Hans* Paul

** 9.8.1887 Dresden, † 9.4.1945 Flossenbürg.*

Verh. mit Gertrud, geb. Knoop, drei Kinder.

Offizierslaufbahn in Dresden; 1914–1918 Kriegsteilnahme als Truppen- u. Stabsoffizier; 1924 Truppen- u. Stabsoffizier in Dresden, Güstrow, Schwerin und Münster; 1932–1935 zivile Tätigkeit, u. a. milit. Abwehrdienst in Berlin; 1935–1943 Stabsoffizier der Abwehr in Berlin; Generalmajor.

Der Sohn des Pastors der französisch-reformierten Gemeinde in Dresden – jüngstes Kind von fünf Geschwistern – hat zweifellos eine zentrale Position im militärischen Widerstand gegen Hitler eingenommen. In der Familie lernte O. einen gelebten christlichen Glauben kennen; sein Vater weckte bei ihm besonders Interesse an theologischen Fragen und den Schriften Martin Luthers. Glaubensfragen maß O. auch in seiner Kindererziehung große Bedeutung zu, und so war auch der Gottesdienstbesuch für ihn selbstverständlich. Nach verschiedenen Truppenverwendungen war O. seit 1932 in der Abwehr, dem militärischen Geheimdienst tätig. Unter dem Schutz



des Leiters der Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, konnte O. diese Dienststelle bis 1943 zu einer Zentrale des militärischen Widerstandes ausbauen. Bald mit den Unrechtstaten des neuen Regimes konfrontiert, nahm O. eine zunehmend ablehnende Haltung zum NS ein, besuchte demonstrativ Gottesdienste von BK-Pastoren und sammelte Gleichgesinnte um sich. Den entscheidenden Anstoß zum aktiven Widerstand gab die Fritsch-Krise, die ihn zum „Geschäftsführer des Widerstandes“ werden ließ (F. v. Schlabrendorff: Begegnungen, S. 175). O. gewann den Generalstabschef L. Beck für den Widerstand und hatte wesentlichen Anteil an der Staatsstreichplanung von 1938. U. a. durch Hans v. Dohnanyi ließ O. unwiderlegbares Belastungsmaterial über die Verbrechen des Regimes sammeln, versuchte vergeblich durch Kontaktaufnahme zu den Westalliierten einen Krieg zu verhindern bzw. während des Krieges über kirchliche Kanäle (Vatikan, anglikanische Kirche) die Bereitschaft eines Friedensschlusses zu erkunden. Seinen Agenten im Vatikan, den Katholiken Rechtsanwalt J. Müller, gewann O. mit seinem christlichen Bekenntnis als einen Beweggrund für den Eintritt in den Kampf gegen den NS: „Ich […] bin bekennender evangelischer Christ […] Wir haben also die gleiche grundfeste Haltung in der Verteidigung des Christentums.“ (J. Müller: Konsequenz, S. 12 f.) In diesem Zusammenhang regte O. auch an, dass J. Müller D. Bonhoeffer kennen lernen solle. „Es gibt sicher interessante Gesprächsthemen, zum Beispiel den Abwehrkampf des Christentums gegen die Diktatur.“ Und weiter: „Gewiss glauben wir an die Macht des Gebetes, aber wir dürfen uns nicht allein auf Gott verlassen. Wir müssen schon selbst etwas beitragen, dass Gott den Menschen hilft.“ Deshalb müsse man angesichts des leichtsinnig und verbrecherisch angezettelten Krieges „im Dienste Christi zusammenstehen und den Frieden unter den Menschen wiederherstellen […]“ (ebd., S. 14). Nach Gisevius war O. derjenige, der „am unentwegtesten gegen die braune Tyrannei gekämpft hat – und am längsten“ (H. B. Gisevius: Ende, S. 478). Er war, wie Schlabrendorff später schrieb, „ein Mann nach dem Herzen Gottes, von untadeligem Charakter und großer Klarheit, die ihn auch in gefahrvollen Situationen nicht verließ“ (F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, S. 34). Wegen einer misslungenen Spionageangelegenheit wurden 1943 kriegsgerichtliche Ermittlungen gegen O. angestellt, er wurde beurlaubt und 1944 entlassen.

Damit war eine der wichtigsten Schlüsselstellungen für den Widerstand verloren gegangen. Das Verfahren wurde zwar eingestellt, allerdings nach seiner in Zusammenhang mit dem 20.7.1944 erfolgten Verhaftung wieder aufgenommen. Als die von Hans von Dohnanyi gesammelten und versteckten Notizen gefunden wurden, geriet auch O., dem man bisher nichts nachweisen konnte, in eine bedrohliche Situation. In äußerer Ruhe und Gelassenheit und Glaubensgewissheit, wie sie O.s letzter Brief an seine Frau vom 19.1.1945 dokumentiert, schildert er auch seine eigene Situation: „Du kennst mich genug und weißt daher, daß ich dazu neige, die Dinge im Leben sehr ernst zu nehmen und mit dem Ungünstigsten zu rechnen, um eintretende Enttäuschungen und Rumpler um so besser ertragen zu können. Ich habe mich daher in den Gedanken hineingelebt daß der Junge, so wie er war, einen anständigen Heldentod gestorben ist. Sollte dies ein Irrtum sein und wir den Jungen in leiblicher

Gestalt wiedersehen, so hat der Herrgott ihn uns in seiner Gnade von neuem geschenkt." (R. G. v. Thun-Hohenstein: Verschwörer, S. 268) Zwar gelang es der Gestapo trotz Folter nicht, sein umfassendes Wissen über den Widerstand zu erschließen. Aber der Fund der Canaris-Tagebücher Anfang April, der die Verwicklung der Abwehr in den Widerstand deutlich erkennen ließ, war auch für Hans Oster der Anfang vom Ende. In der Mittagslage des 5.4.1945 hat Hitler den Entschluss gefasst, W. Canaris, K. Sack, H. Oster, Th. Strünck, L. Gehre und D. Bonhoeffer zu liquidieren. Nach Flossenbürg verschleppt, wurde auch Hans Oster durch ein SS-Standgericht zum Tode verurteilt und am 9.4.1945 zusammen mit seinem früheren Amtschef ermordet.

Literatur: H. B. Gisevius: Ende; J. Müller: Konsequenz; F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler; Ders.: Begegnungen, S. 168–185; R. G. v. Thun-Hohenstein: Verschwörer (Lit.!).

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 129.



H.-J. Ramm

Pacha, Viktor

** 26.8.1917 Ober-Lazisk bei Pless, Oberschlesien, † 6.5.1943 Brandenburg-Görden.*

Ledig, ohne Kinder.

Schuhmacher, Autoputzer und „Buchevangelist" (Missionsschriftenverkäufer) der „Reformadventisten".

Die Eltern, Albert und Hedwig (geb. Gisdon), waren römisch-katholisch und hatten wenig Verständnis für den adventistischen Glauben ihres Sohnes. Als Bergmanninvalide musste der Vater zwölf Kinder versorgen. P., der eine polnische Volksschule besucht hatte und besser polnisch sprach als deutsch, war als einziger der Familie aus der Kirche ausgetreten (1935). In dieser Zeit lernte er den um acht Jahre jüngeren Günter E. Pietz kennen, der ebenfalls den Wehrdienst verweigern sollte. Beide stärkten sich gegenseitig in ihrem Entschluss zum Widerstand. Am 4.12.1940 in Brieg eingezogen, erklärte P. bei der Ausgabe der Waffen, dass er kein Gewehr anrühre und auch den Fahneneid nicht leisten könne. Anfang Februar 1941 musste er sich wegen seiner Weigerung vor dem Reichskriegsgericht in Berlin verantworten. Dabei stellte sich heraus, dass er nicht – obwohl die Eltern Volksdeutsche waren – die deutsche Staatsbürgerschaft besaß. Daraufhin wurde das militärgerichtliche Verfahren gegen ihn eingestellt. Es bleibt ein großes Rätsel, warum sich P. in den folgenden Monaten um die Eintragung in die deutsche Volksliste (Abt. 3) bemühte, musste er doch wissen, dass letztendlich ein Erwerb der Staatsbürgerschaft die Ableistung des Militärdienstes nach sich ziehen würde. Handelte er aus Solidarität zu seinem jüngeren Freund und Leidensgenossen Günter E. Pietz, der trotz polnischer Einflüsse in seiner Familie deutscher Staatsbürger war? P. gab sich als Adventist völlig unpolitisch: „Ich habe mich nie aktiv für das Deutschtum eingesetzt, aber auch nie im polnischen Sinne betätigt". Aber auch der Hinweis, dass er bei der Einbürgerung dem Vorbild der Eltern folgen wolle, liefert keine plausible Erklärung, da er doch im religiösen Bereich auch seinen eigenen Weg gegangen ist. P. verblieb zunächst als Schuhmacher bei seiner Truppe. Durch eine Gesetzesänderung wurde er im Januar 1942 deutscher Staatsbürger „auf Widerruf" (!) und damit wehrpflichtig. Da er weiterhin standhaft den Waffendienst verweigerte, wurde eine psychiatrische Untersuchung in einem Lazarett in Breslau-Herrnprotsch angeordnet. Auch ein Pastor der Muttergemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten

suchte P. dort auf und wollte ihn umstimmen mit der Bemerkung: „Bruder, was tust du hier? Wir sind doch in Ägypten und nicht in Kanaan und müssen uns hier der Rute beugen. Schone dein junges Leben und tue deine Pflicht.“ Von Breslau wurde P. in das Zuchthaus nach Halle/Saale überstellt, wo er auf seinen ebenfalls inhaftierten Freund Günter E. Pietz traf. Am 8.4.1943 wurde P. erneut dem Reichskriegsgericht in Berlin vorgeführt, das ihn zum Tod verurteilte. „Wer in dieser Weise […] die Treuepflicht gegenüber seinem Volk verletzt, kann keine Milde erfahren […] Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Da der Angeklagte sich weigert diese Ehrenpflicht jedes Deutschen zu erfüllen […] werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt.“ Das Gericht (4. Senat) beschäftigte die Frage, ob es nicht „in Anbetracht der wehrfeindlichen Einstellung des Angeklagten zweckmäßiger gewesen wäre, wenn die Verwaltungsbehörde […] die Eintragung in die Volksliste abgelehnt hätte.“ Das Urteil wurde im Zuchthaus Brandenburg-Görden vollstreckt. P. und Pietz wurden nicht – wie irrtümlich behauptet – auf direkten Befehl H. Himmlers gemeinsam hingerichtet.

Quellen: BArch Berlin M 100/2 A.87: V. Pacha, Reichskriegsgericht (4. Senat), vom 8.4.1943.
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Perels,
Ernst Joachim Friedrich Hans, Dr. phil.

* *2.8.1882 Berlin, † 10.5.1945 KZ Flossenbürg.*
Verh. mit Gertrud Margarete Antonie, geb. Hermes, vier Söhne.
1901 Jurastudium in Freiburg; 1901 Geschichtsstudium in Berlin; 1904 Promotion; 1911 Habilitation; im Ersten Weltkrieg Übersetzer im Reichsmarineamt; 1921 außerordentlicher, 1931 ordentlicher Professor für Historische Hilfswissenschaften in Berlin; 1936 auf eigenen Wunsch entpflichtet.

P. wuchs als jüngster von vier Brüdern in einer Berliner Juristenfamilie auf und wurde in liberalem Geist erzogen. Diese Prägung verstärkte sich im Konfirmandenunterricht; sein Konfirmator, Paul Kirmß



(1850–1937), war ein führendes Mitglied im Deutschen Protestantenverein, der sich um die Aussöhnung von Christentum und Kultur bemühte. Zu Kirmß behielt P. zeitlebens Kontakt und ließ alle seine Söhne von ihm taufen.

Nach seinem Studienabschluss trat P. zunächst in den Dienst der „Monumenta Germaniae Historica“ (MGH), denen er bis 1923 als fester Mitarbeiter angehörte. In seinen Forschungen befasste er sich u. a. mit Briefeditionen der Karolingerzeit sowie kirchengeschichtlichen und kanonistischen Studien.

Politisch war P. national, aber nicht nationalistisch eingestellt. Da sein Vater als Sohn jüdischer Eltern am Tage seines Abiturs zum christlichen Glauben übergetreten war, galt P. nach nationalsozialistischer Auffassung als „Halbjude“ resp. „Mischling ersten Grades“. Er konnte aber trotz des im April 1933 erlassenen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das den sog. „Arierparagraphen“ enthielt, im Unterschied zu seinen Brüdern vorerst im Universitätsdienst bleiben. Der nach der Verschärfung der antijüdischen Gesetzgebung drohenden Entlassung durch die Nationalsozialisten kam P. Ende 1935 durch seinen eigenen Antrag zur Entpflichtung von der Lehrtätigkeit zuvor. Finanziell abgesichert durch eine

verkürzte Pension der Universität, nahm P. Abstand von Auswanderungsplänen nach England und arbeitete weiter bei den MGH (die nach 1933 in „Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichte“ umbenannt worden waren).

Da sein Sohn Friedrich Justus in den Umsturzversuch des 20.7.1944 verwickelt war, wurde P. im Oktober 1944 im Zuge der nationalsozialistischen „Sippenhaft“ in den Arbeitsräumen des Reichsinstituts in Pommersfelden bei Bamberg verhaftet und ins Gefängnis in Berlin-Moabit eingeliefert. Als deutliches Zeichen seiner christlichen Gesinnung ließ P. sich als erstes Buch ein Neues Testament ins Gefängnis bringen. Am 27.12.1944 wurde er in den Alten- und Krankenblock des KZ Buchenwald verbracht, wo es massenhaft Hunger- und Seuchentote gab. Kurz vor Kriegsende wurde P. in das KZ Flossenbürg verlegt. Dort starb er am 10.5.1945 an den erlittenen Strapazen.

Literatur: M. Schreiber: Perels; I. Oberling: Ernst Perels (‹http://www.geschichte.hu-berlin.de/galerie/Texte/perels.htm›. 10.12.1997).

Foto: I. Oberling: Ernst Perels ‹http://www.geschichte.hu-berlin.de/galerie/Texte/perels.htm›.

C. Nicolaisen



Perels, *Friedrich* Leopold *Justus*

* 13.11.1910 Berlin, † 23.4.1945 Berlin.
Verh. mit Helga, geb. Kellermann, ein Sohn.
1929 Jurastudium in Heidelberg; 1930 in Berlin; 1933 Referendarexamen; 1936 zweite juristische Staatsprüfung; danach Justitiar der altpreußischen Bekennenden Kirche; seit 1940 zugleich in der Anwaltskanzlei von Horst Holstein.

Als zweiter Sohn des Historikers Ernst Perels wuchs P. zusammen mit drei Brüdern in einem bürgerlich-liberalen Elternhaus auf. Er blieb von Jugend an, geprägt durch die bewusst christliche Erziehung der Mutter, der Kirche verbunden; seine weitere religiöse Sozialisation erfuhr er durch die erweckliche Frömmigkeit der Schülerbibelkreise. In seinem Studium schloss P. sich der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung an, der es angesichts der modernen gesellschaftlichen Entwicklung ebenfalls um die bewusste Ausrichtung des persönlichen Lebens an der biblischen Botschaft ging. In seiner politischen Überzeugung blieb P. liberal und rechtsstaatlich orientiert.

Wegen seiner jüdischen Abstammung – der Großvater väterlicherseits war am Tage seines Abiturs vom Judentum zum Christentum übergetreten – hatte P. seit 1933 wie seine gesamte Familie unter der antijüdischen Gesetzgebung der Nationalsozialisten zu leiden. Zwar konnte er seine juristische Ausbildung noch abschließen, aber der Weg in den Staatsdienst oder die selbständige Tätigkeit eines Rechtsanwalts blieb ihm verschlossen. P. lehnte den nationalsozialistischen Antisemitismus und Totalitätsanspruch grundsätzlich ab; der Schwerpunkt seiner Gegenwehr lag jedoch auf seinem Engagement für die durch die nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ und die staatliche Kirchenpolitik bedrohte Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Kirche. Noch während seiner Ausbildungszeit stellte P. sich ehrenamtlich dem Pfarrernotbund und später dem altpreußischen Bruderrat der Bekennenden Kirche als Rechtsberater zur Verfügung; seit Herbst 1936 setzte er sich als haupt-

amtlicher Justitiar unermüdlich dafür ein, Pfarrern und Mitgliedern der Bekennenden Kirche vor den Kirchenbehörden oder weltlichen Gerichten zu ihrem Recht zu verhelfen.

1936 lernte P. Dietrich Bonhoeffer kennen und über ihn auch Klaus Bonhoeffer, Hans von Dohnanyi und Rüdiger Schleicher. P. stellte sich der Widerstandsgruppe um Bonhoeffer von Anfang an zur Verfügung. Im Herbst 1941 verfasste er angesichts der ersten Zwangsdeportationen der Juden Berichte über die verzweifelte Lage der Betroffenen, um die militärische Opposition zu Interventionen anzutreiben; 1942 arbeitete er für den Widerstandskreis um Generaloberst Ludwig Beck einen Beitrag über die Sofortmaßnahmen für die Kirchen nach dem erstrebten politischen Umsturz aus. P. war sich bewusst, dass seine Tätigkeit, würde sie entdeckt, als „volks- und wehrkraftzersetzend“ mit dem Tode bestraft würde; er ließ sich aber nicht entmutigen, den einmal eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Einem seiner Brüder sagte er einmal: „Es fallen so viele im Kampf für dieses System, ich finde es besser, man fällt im Kampf gegen das System“ (zitiert nach J. Perels: Widerstand, S. 202).

Nachdem die Gestapo im September 1944 entdeckt hatte, dass auch der Kreis um Bonhoeffer an den Vorbereitungen zum Staatsstreich beteiligt war, wurde P. am 5.10.1944 verhaftet. Im Gestapo-Flügel des Gefängnisses in Berlin-Moabit wurde er bei seinen „verschärften Vernehmungen“ wochenlang körperlich misshandelt, aber es gelang den Ermittlern nicht, von P. Namen von weiteren Verschwörern zu erpressen. Jedoch reichte die Tatsache seiner Mitwisserschaft schon aus für die Todesstrafe. Im Laufe des Prozesses vor dem Volksgerichtshof am 2.2.1945 wurde P. deutlich, dass er neben seiner Mitwisserschaft vor allem auch wegen seines Einsatzes für die Bekennende Kirche vor Gericht stand. Trotz seiner geschickten Verteidigung gelang es ihm jedoch nicht, das Todesurteil zu verhindern. Ein Gnadengesuch und Bemühungen um Wiederaufnahme des Verfahrens oder Nichtvollstreckung des Todesurteils blieben erfolglos. In seinen letzten Wochen fand P. Trost im christlichen Glauben; Ostermontag 1945 konnte er heimlich noch das Abendmahl empfangen.

In der Nacht vom 22./23.4.1945, als die Eroberung Berlins durch sowjetische Truppen unmittelbar bevorstand, sollte P. zusammen mit weiteren 15 Gefangenen – unter ihnen auch Klaus Bonhoeffer und Rüdiger Schleicher – angeblich an eine andere Stelle geführt und von dort aus entlassen werden. Kaum hatte sich die Gruppe in Bewegung gesetzt, wurden die Gefangenen von dem begleitenden SS-Kommando jedoch durch Genickschüsse ermordet, ohne dass ein Vollstreckungsbefehl für das Todesurteil vorlag. Wenige Wochen nach P. starb auch sein in „Sippenhaft“ genommener Vater Ernst Perels an den im KZ erlittenen Strapazen.

Literatur: M. Schreiber: Perels (1994); Ders: Perels (1989); J. Perels: Widerstand; C. Nicolaisen: Perels.
Foto: M. Schreiber: Perels (1989), Umschlag.

C. Nicolaisen

Pfältzer, Ludwig

** 7.9.1911 Pforzheim, † 1.9.1942 Brandenburg-Görden.*
Ledig, ohne Kinder.
Gärtner, ab Mitte der 1930er Jahre Mitglied der „Reformadventisten“.

P. wurde im November 1940 zur Wehrmacht einberufen, sollte aber noch den Befehl für einen Sammeltransport abwarten. Er nutzte diese Zeit, um unterzutauchen. Als Fahnenflüchtiger wurde er im gesamten Reichsgebiet steckbrieflich gesucht. Etwa zehn Monate lang hielt er sich bei verschiedenen Gliedern der adventistischen Reformgemeinde versteckt, bis er am 28.9.1941 in Groß-Trebbow bei Schwerin verhaftet wurde. Nach seiner Festnahme weigerte sich P. standhaft, Wehrdienst zu leisten, indem er auf dem biblischen Gebot „Du sollst nicht töten“ beharrte. Das am 29.7.1942 gegen ihn verhängte Todesurteil wurde in anonymisierter Form als Grundsatzurteil in die Entscheidungssammlung des Reichskriegsgerichts aufgenommen, da in diesem seltenen Fall, so die Begründung der Richter, Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung als Tateinheit vorlagen. P. wurde am 1.9.1942 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

Literatur: M. Herrberger (Hrsg.): Verfolgung, S. 45 f.

D. *Heinz*

Pfannschmidt,
Joachim Friedrich Gustav



** 26.7.1896 Berlin, † 1.5.1945 Groß Kiesow.*
Verh. in 1. Ehe mit Luise, geb. Kähler, vier Kinder, in 2. Ehe mit Hilde, geb. Teichmüller, fünf Kinder.
Studium der Theologie in Tübingen, Greifswald und Berlin; 16.7.1922 I. Theol. Examen; 19.2.1924 II. Theol. Examen in Berlin; 29.5.1924 Ordination; Hilfsprediger im Diakonissenmutterhaus Lutherstift in Frankfurt/Oder; 1924 Pfarrer in Steimke/Altmark; 1930 Pastor in Groß Kiesow.

Trotz des frühen Todes seines Vaters, des Malers und Bildhauers Friedrich Pfannschmidt, der im September 1914 in Frankreich fiel, meldete sich P. 1915 freiwillig zum Kriegsdienst. Der Tod des Bruders 1918 hat möglicherweise zu seinem Entschluss beigetragen, Theologie zu studieren. Die wirksamen theologischen Impulse haben der Greifswalder Praktische Theologe Eduard von der Goltz, der mit seiner Mutter befreundet war, und der kirchlich und ökumenisch engagierte Nationalökonom Wilhelm Kähler, später sein Schwiegervater, gegeben. Die Studentenverbindung „Wingolf“ vermittelte ihm in Berlin die Freundschaften zu Heinrich Hüffmeier, Ernst Geß, Bernhard Schiele und Gustav Knack. Daher wurde die Förderung der Berliner Missionsgesellschaft zum bleibenden Teil seiner Gemeindearbeit. P. war politisch deutsch-national geprägt und Mitglied des „Stahlhelm“ geworden. Deshalb wurde er 1934 in die SA überführt. Seine Aktivitäten waren allerdings gering, sodass er nach schleichenden Konflikten und der Weigerung, am Sonntagsdienst teilzunehmen, „wegen Interesselosigkeit aus der SA entlassen“ wurde (Schreiben des SA-Sturms 12/R212 vom 20.8.1936).

1934 schloss er sich der Bekennenden Kirche und auf Anregung seiner Frau auch der Michaelsbruderschaft an, deren liturgische Ordnung in der Gemeinde gebraucht wurde. Im Herbst 1934 warb er mit einem Flugblatt für einen Anschluss seiner Gemeinde an die Bekennende Kirche, scheiterte aber an der Mehrheit des Gemeindekirchenrats. Eine Verwarnung wegen der öffentlichen Werbung für die Bekennende Kirche durch den Landrat verhinderte die Regierung mit Berufung auf den Erlass des Reichsinnenministeriums vom November 1934 (W. Klän: Kirche, S. 294 f.).

Da Groß Kiesow wirtschaftlich und sozial vom großen Gutshof geprägt wurde, andererseits aber seit den zwanziger Jahren pietistisch geprägte westfälische Siedler in Diedrichshagen wohnten, war die Gemeinde gespalten. Die Teilnahme am Gottesdienst ließ zu wünschen übrig, die offenen sonntäglichen Zusammenkünfte im Pfarrhaus für Familien und Kinder wurden behindert und dann unterbunden. Mehrfach erschien die Gestapo zu Vernehmungen in Groß Kiesow. P. pflegte die Verbindung zu anderen Pastoren der Bekennenden Kirche wie z. B. zu Otto Haendler und nahm Konflikte in Kauf. Noch 1943 verweigerte er dem Stettiner Konsistorium die Generalkirchenvisitation in seiner Gemeinde mit dem Hinweis, dass es kein Recht der geistlichen Leitung besitze (ebd., S. 600 f.). Seit Herbst 1939 nahm er – vermittelt vom „Büro Pfarrer Grüber“ – eine getaufte Jüdin als Hausangestellte auf, die vergeblich auf die Erlaubnis zur Auswanderung wartete. Sie überlebte im Schutz des Pfarrhauses. Eine Greifswalder Jüdin erhielt heimlich in Groß Kiesow die Taufe, wurde später aber nach Theresienstadt deportiert. Aus einem im Rückblick nur schwer verständlichen strikten Rechtsgefühl zeigte P. während des Krieges polnische Zwangsarbeiter an, die

aus dem Pfarrgarten Obst gestohlen hatten. Vermutlich wurde daraufhin seine Stellung bei manchen in der Gemeinde schwieriger.

Seit Januar 1945 zogen Flüchtlinge auch durch Groß Kiesow. Sie wurden in großer Zahl im Pfarrhaus aufgenommen. P. traf seit März Vorbereitungen für die Flucht der Familie, aber er ließ die Pläne dann fallen. Die letzte, schriftlich erhaltene Predigt hielt er über Joh. 16,16–23a. Am 30.4.1945 erreichte die Rote Armee das abseits der Hauptstoßrichtung gelegene Dorf, das am Ortseingang und auf dem Kirchturm weiße Fahnen zeigte. Die Familie mit allen neun Kindern war im Pfarrhaus versammelt. Eine erste Inspektion des Hauses durch Soldaten verlief ohne Übergriffe. Am späten Abend erschienen zwei Soldaten, begleitet von einem polnischen Arbeiter. Schuhe wurden für bedürftige Polen eingesammelt, dann der Befehl von den Soldaten gegeben, die beiden ältesten Töchter müssten zum Kommandanten kommen. Ihr Vater stellte sich schützend vor die Töchter. Ein plötzlicher Stromausfall veranlasste die Soldaten und den Polen aus dem Haus zu flüchten. Dabei blieben eine Mütze und eine Maschinenpistole zurück. Nach kurzer Zeit erschien eine Gruppe von etwa zehn Soldaten und forderten P. auf, beim Kommandanten zu erscheinen. Als er den Grund dafür hören wollte und dem Befehl nicht folgte, wurde er mit einem gezielten Schuss ins Herz getroffen. Am gleichen Tag wurde das Pfarrhaus von Russen, Polen und Deutschen gründlich geplündert. Hilde P. war zu dieser Zeit mit ihren Kindern nicht im Haus, da sie als Hebamme zu einer Frau im Dorf gerufen worden war. Da es ihr nicht gelang, einen Pastor aus der Nachbarschaft zu erreichen, bestattete sie an einem der nächsten Tage zusammen mit anderen Gemeindegliedern ihren Mann in einem heimlich angefertigten Sarg auf dem Kiesower Kirchhof.

Das Schicksal P.s blieb im Gedächtnis der Mitarbeiter der pommerschen Kirche. Eine öffentliche Würdigung seines Wirkens und seines Endes gab es bisher nicht.

Quellen: LKA Greifswald: Versorgungsakte Joachim Pfannschmidt; Chronik der Pfarrgemeinde Groß Kiesow 1939 bis 1945 aufgezeichnet von Hilde Pfannschmidt im Juli 1956; Pfarrarchiv Groß Kiesow: Gemeindebrief vom 17.3.1938; Sammlung von Dokumenten zur Familiengeschichte bei Frau Pastorin Mechthild Löhr, geb. Pfannschmidt, Brandenburg: Predigt vom 22.4.1945 über Joh. 16, 16-23a; Einige mir bekannte Daten aus dem Lebenslauf meines Vaters, Dorothee Pfannschmidt vom 5.9.1996; Die Nacht zum 1. Mai 1945, vermutlich Ilse Pfannschmidt o. D.; Sammelmappe SA.
Literatur: W. Klän: Kirche.
Foto: Privatbesitz.

M. Onnasch

Pietz, Günter E.

** 4.7.1925 Chorzow bei Königshütte, Oberschlesien, † 27.9.1943 Halle/Saale.*
Ledig, ohne Kinder.
Hilfsarbeiter und „Buchevangelist“ (Missionsschriftenverkäufer) der „Reformadventisten“.

Die Eltern, Anton Johann und Hedwig Franziska (geb. Viola), waren gläubige Katholiken, die sich um 1937 den „Reformadventisten“ angeschlossen hatten. P. war schon als Zwölfjähriger von der Bibel und Luthers Reformation begeistert, was ihm in der Schule den Spitznamen „kleiner Prophet“ einbrachte und den Ärger des katholischen Religionslehrers, der seinen „Bibeleifer“ bremsen wollte. Die absolute Treue zum Wort Gottes, besonders zum Sabbatgebot, zog sich wie ein roter Faden durch sein kurzes Leben. Einen prägenden Einfluss übte sein um acht Jahre älterer Freund Viktor Pacha auf ihn aus, der auch wegen Wehrdienstverweigerung hingerichtet werden sollte. P. fühlte sich von Anfang an „von Gott in die Pflicht genommen“ (AAE: Akte G. Pietz). Seine Überzeugung entsprang, gerade auch in ihrer jugendlichen Unbeholfenheit und Naivität, einer tiefen, verinnerlichten Frömmigkeit, die P. bis zur letzten Konsequenz auslebte, so als ob er auf diese Prüfung und Erfüllung in seinem Leben gewartet hätte. Sein Leidensweg begann 1940 im Alter von 15 Jahren, als er von der Gestapo in Kattowitz verhört und gefoltert wurde, weil er am Sabbat, dem Ruhetag der Adventisten, nicht bereit war, in der Fabrik zu arbeiten. Auch seine Eltern wurden zur Verantwortung gezogen und blieben vier Monate in Haft. 1941 wurde P. erneut wegen Arbeitsverweigerung am Samstag verhaftet und für 10 Wochen in das KZ Auschwitz gesteckt. Auch im Lager hörte er nicht auf, Zeugnis von seinem Glauben abzulegen. Seine Peiniger schlugen ihn mit dem Gewehrkolben blutig und ließen ihn bis zur Erschöpfung Zementsäcke tragen. Als er entlassen wurde, war P. am Ende seiner



körperlichen Kräfte. Die Mutter schrieb: „Ich blickte aus dem Fenster und sah … einen alten Mann. Ich erkannte ihn zunächst nicht. Es war mein Sohn Günter." (Ebd.) Zwei Tage nach seiner Entlassung aus dem KZ musste sich P. wieder bei der Gestapo in Kattowitz melden. Man drohte ihm, dem „jüdischen Hund": „Wenn du noch einmal am Samstag die Arbeit verweigerst, dann gehst du durch den Schornstein." (Ebd.) Nach einer „Schonzeit" von sechs Monaten wurde P. bei Bauern zur Landarbeit verpflichtet. Wieder wurde er wegen seiner Glaubensüberzeugung, die er mit einer kleinen Taschenbibel zu begründen suchte, verhört und gequält. Im April 1943 spitzte sich seine Lage weiter zu, nachdem er in der Nähe von Gleiwitz zum Arbeitsdienst einberufen worden war und eine militärische Grundausbildung erhalten sollte. Der noch nicht Achtzehnjährige lehnte den Führereid ab und war nicht bereit, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Nach seiner Verhaftung versuchte ein freundlicher Adjutant ihn umzustimmen, doch – so P. – „wer selig werden will, kann keinen anderen Weg gehen" (ebd.). Wieder berief er sich auf die Bibel – „ich trage sie stets bei mir" – und sein Gewissen. Im Militärgefängnis in Oppeln waren Offiziere und Wachpersonal ratlos, als sie das einfache, geradlinige Bekenntnis dieses schüchternen, wortkargen und ernsthaften Jungen („der Herr hat mir den Mund aufgetan") hörten, das doch nichts zu bewirken schien als seinen Tod. („Der Heiland hat gesagt: ‚Liebet euch untereinander!' Und zu Petrus sagte er: ‚Stecke dein Schwert in die Scheide!' Ein Christ muss geistlich kämpfen, nicht fleischlich … Am Schluß hat mir der Oberleutnant verwundert die Frage gestellt: ‚Du meinst also, dass man mit geistlichen Waffen kämpfen soll?' Meine Antwort war: ‚Jawohl!'." [Ebd.]) Von Oppeln wurde P. in das Zuchthaus in Halle/Saale überstellt, wo er seinem ebenfalls inhaftierten Freund Viktor Pacha kurz begegnete. Am 6.8.1943 wurde P. vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen Wehrdienstverweigerung zum Tod verurteilt. Am Tag seiner Hinrichtung in Halle schrieb er an seine Eltern: „Weint nicht über mich, denn ich bin gut aufgehoben. Wenn unser Heiland einmal kommen wird, dann werden wir uns freuen. Und mein Wunsch ist es, euch dort bei ihm zu sehen." (Ebd.) Einen innigen Gruß sandte er auch an seine neunjährige Schwester Alice. Doch zu diesem Zeitpunkt befand sie sich bereits zur „Umerziehung" in einem Waisenhaus in Kaufbeuren, Oberbayern, nachdem den Eltern das Sorgerecht entzogen worden war, weil sie die Tochter am Sabbat nicht zur Schule geschickt hatten.

Quellen: AAE: Akte G. Pietz.
Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 30; M. Viebig: Zuchthaus Halle/Saale, S. 201.
Foto: AAE.

D. Heinz

Plettenberg, *Kurt* Eugen Gustav Adolf Freiherr von

** 31.1.1891 Bückeburg, † 10.3.1945 Berlin.*
Verh. mit Arianne, geb. Freiin von Maltzahn, drei Kinder.
1910/1911 Jura-Studium in Kiel und Lausanne; 1911/1912 Militärdienst in Parchim; 1912–1914 Forstwirtschaftsstudium an der Forstakademie in Hannoversch Münden; 1914–1918 Kriegsdienst; 1918–1921 Studium in Berlin und München, Referendariat, Assessorexamen in Eberswalde; 1921–1923 Oberförster in Stralsund; ab 1923

Forstmeister in Friedrichstein (Ostpreußen); ab 1930 in der Landwirtschaftskammer für Brandenburg und Berlin tätig, später Landes- und zuletzt Oberlandforstmeister im Reichsforstamt in Berlin; ab 1937 Hofkammerpräsident des fürstlichen Hauses Schaumburg-Lippe in Bückeburg; 1939–1942 Kriegsdienst; ab 1942 Generalbevollmächtigter des vormals regierenden preußischen Königshauses in Berlin und Potsdam.



P. wurde protestantisch, kaisertreu und deutschnational erzogen. Da sein Vater, Karl Freiherr von P., Berufsoffizier war, musste die Familie häufig umziehen. P. wuchs in Bückeburg, Potsdam, Kassel, (Hamburg-)Altona und zuletzt in Berlin auf, wo sein Vater Generaladjutant des Kaisers wurde. An der Seite seines Vaters, der seine Söhne oft auf die Jagd mitnahm, hatte er intensive Erlebnisse in der Natur, deren langfristige Erhaltung und Pflege er sich später zur beruflichen Aufgabe machte. Der Erste Weltkrieg unterbrach seine forstwirtschaftliche Ausbildung. Seine anfängliche Kriegsbegeisterung, die er mit vielen seiner Generation teilte, wich zunehmendem Entsetzen über das menschliche Elend, das ihn umgab.

Für die Revolution von 1918 hatte P. aufgrund seines paternalistischen Politikverständnisses keine Sympathie, doch er erkannte auch Mängel im früheren System und bemühte sich um ein differenziertes Urteil. In der Zeit der Weimarer Republik leitete er für sieben Jahre die Verwaltung der Güter des Grafen Heinrich von Dönhoff in Ostpreußen, bevor er zur Landwirtschaftskammer nach Berlin wechselte. Zur NS-Politik nahm er zunächst eine grundsätzlich wohlwollende Haltung ein. Angesichts der politischen und sozialen Konflikte jener Zeit rief der Begriff der „Volksgemeinschaft“ in ihm die Hoffnung auf eine Stärkung der gegenseitigen Verantwortung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen hervor. Auch die Agrarpolitik der neuen Regierung fand seine Zustimmung. Einen Eintritt in die Partei, der ihm immer wieder nahe gelegt wurde, lehnte er jedoch ab. Als die Eingliederung von Mitgliedern des „Stahlhelm“, dem er seit dem Ende des Ersten Weltkrieges angehörte, in die SA-Reserve I vollzogen wurde, bemühte er sich um einen Austritt. Kurz darauf erlosch seine Mitgliedschaft aus Altersgründen.

1939 wurde P. als Major d. R. zum Kriegsdienst einberufen. Sorgenvoll schrieb er zwei Monate später an eine Cousine: „Ich bin meiner innersten Einstellung nach wohl wirklich ein ‚Pazifist‘ und ich habe in Polen unter dem Grauen des Krieges vielleicht mehr noch gelitten wie vor 25 Jahren. Ich fürchte auch die bevorstehende Katastrophe der Menschheit.“ (Brief an Elisabeth von Sydow, 3.11.1939, zitiert nach K.-W. von Plettenberg: Erinnerungen) Gleichwohl fühlte er sich gegenüber den jungen Soldaten verpflichtet, militärische Verantwortung zu übernehmen. Nach vorübergehender Beurlaubung Anfang 1941 wurde P. Ende desselben Jahres von seinem Dienst als Regimentskommandeur an der Ostfront freigestellt, um sich in Bückeburg und Berlin um die Vermögensverwaltung der Häuser Schaumburg-Lippe und Preußen zu kümmern.

Als loyaler und verschwiegener Berater stand P. mit zahlreichen Angehörigen militärischer und auch politischer Widerstandskreise in Verbindung, darunter Ludwig Beck, Ulrich von Hassell, Henning von Tresckow und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Begegnungen zwischen ihnen fanden u. a. bei seinem Freund Carl-Hans Graf von Hardenberg auf dessen

Schloss Neuhardenberg (Brandenburg) statt. Ein Attentat auf Hitler hielt P. für notwendig, wenngleich er sich der Möglichkeit bewusst war, dass bei dessen Ausführung auch Unschuldige – nicht zuletzt aus seinem eigenen Freundeskreis – ums Leben kommen konnten. Nach seiner Einschätzung ging es letztlich um den Fortbestand der christlich-abendländischen Kultur. Besorgt schrieb er dem Sohn eines Kollegen in einem Brief zu dessen Konfirmation: „Die christliche Kulturgemeinschaft der europäischen Völker hat dies alte Europa geprägt und ihm den enormen kulturellen Vorsprung vor allen anderen Teilen der Welt gegeben, den wir vielleicht jetzt verlieren, weil wir die alten Lehren der *absoluten* Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe nicht mehr in den Mittelpunkt unseres Denkens und Strebens stellen. […] Es kommt nicht auf Glaubensformeln an, nicht auf mehr oder minder unverständliches ‚Für wahr halten', sondern darauf, daß man mit Ernst prüft, zu welcher inneren Haltung in ihrer Beziehung zu einander, in ihrem Verhältnis zum Tode – zu Gott, das liegt beides sehr nah bei einander – Christus die Menschen führen wollte." (Brief an Wilfried Berg, 3.4.1944, Abschrift im Privatbesitz)

Die Verbindungen, die P. zu den Verschwörern vom 20.7.1944 unterhielt, blieben lange unentdeckt. Erst am 3.3.1945 wurde er im Potsdamer Schloss Cecilienhof, seinem damaligen Dienstsitz, verhaftet und in das Gefängnis im Keller des Reichssicherheitshauptamtes in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Dort versuchte man, ihn zur Preisgabe seines Wissens über andere Personen zu zwingen. Nach einem Bericht seines Mithäftlings Fabian von Schlabrendorff eröffnete P. ihm dort in einem Gespräch, dass er, um sein Wissen geheim zu halten und seine Bekannten zu schützen, keine andere Möglichkeit sehe, als sich das Leben zu nehmen. Als er in einem oberen Stockwerk des Gebäudes vernommen werden sollte, stürzte er sich von dort aus dem Fenster.

Quellen: Plettenberg, Karl-Wilhelm Freiherr von: Erinnerungen an Kurt Freiherr von Plettenberg; Dokumente im Privatbesitz.
Literatur: H. H. Hilf: Chronik; K.-W. v. Plettenberg: Plettenberg; F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, S. 150; P. Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 156; E. Zeller: Geist der Freiheit, S. 293, 332, 352, 456 f.
Foto: GDW.

A. Kurschat

Ploeger, *Heiko* Wilhelm

* *12.7.1898 Leer,* † *15.9.1944* Dortmund.
Verh. mit Henny, geb. Niederbeckmann, ohne Kinder.
1912–1915 Maschinenschlosserlehrling in Oesede; 1916–1918 Kriegsdienst als Marinefunker; 1918–1920 Schlosser beim Eisenbahnwerkstätten-Amt in Osnabrück; 1921–1923 Schlosser bei Betrieben in Osnabrück und Düsseldorf; 1923/1924 Unterwachtmeister bei der Schutzpolizei in Osnabrück; 1925–1937 wechselnde Beschäftigung und wiederholte Arbeitslosigkeit; ab 1937 Schlosser in einer Kanonenfabrik der Bielefelder Dürkopp-Werke in Künsebeck (heute Halle in Westf.).

P. wuchs zusammen mit vier jüngeren Geschwistern im ostfriesischen Leer auf, wo er die Evangelisch-reformierte Klassenschule, eine Volksschule, besuchte. Wegen seiner guten Leistungen konnte er in seinen letzten beiden Schuljahren die Fortbildungsschule besuchen. 1912 wurde er vorzeitig entlassen, weil seine Familie nach Osnabrück umzog, wohin sein Vater, der zu dieser Zeit bei der Reichsbahn arbeitete, versetzt worden war. Bei einem Maschinenbaubetrieb im nahe gelegenen Oesede begann P. zunächst eine kaufmännische Lehre. Da ihn der Umgang mit Technik mehr interessierte, wechselte er nach kurzer Zeit das Fach und ließ sich zum Maschinenschlosser ausbilden.

Als Freiwilliger nahm P. am Ersten Weltkrieg teil. Im November 1918 erlebte er im Kieler Marinehafen den Beginn der Revolution. Ende des Jahres kehrte er nach Osnabrück zurück, wo er eine Anstellung als Schlosser fand. Nachdem er im Februar 1920 wegen Personalabbaus arbeitslos geworden war, trat er am 21.4.1920 in die Horchabteilung 307 bei der 1. Westfälischen Brigade in Münster ein und arbeitete für kurze Zeit als Funker im militärischen Nachrichtendienst. Da sich seine Arbeitssuche als Schlosser schwierig gestaltete, bewarb er sich bei der Polizei und arbeitete ein Jahr lang im Funk- und im Straßendienst. Als ausgesprochen ruhiger, bedächtiger und willensstarker Mensch hatte P. große Schwierigkeiten, sich in den Polizeiapparat einzufügen, weshalb er nach einem Jahr entlassen wurde. In den folgenden Jahren wechselten Perioden der Arbeitslosigkeit mit kurzzeitigen Beschäftigungen, u. a. als Dampfpflugführer bei der Trockenlegung eines Moores in der Nähe von Dörpen im Emsland. In dieser Zeit gehörte er vorübergehend



dem „Stahlhelm“ an, obgleich er dessen reaktionäre Haltung nicht teilte. Er hoffte offenbar, durch die persönlichen Kontakte, die sich dort ergaben, leichter eine Arbeitsstelle zu finden, was ihm jedoch nicht gelang. 1928 zog er nach Herford um. Während er weiterhin nur unregelmäßig Arbeit fand, trug seine Frau mit ihrem Einkommen als Haushaltshilfe und Näherin zum gemeinsamen Lebensunterhalt bei.

In seiner früheren Stellung bei einer Eisenbahnwerkstatt war P. in den Deutschen Eisenbahnerverband eingetreten. Später gehörte er dem Deutschen Metallarbeiterverband und vorübergehend dem Christlichen Metallarbeiterverband an. In Herford engagierte er sich zunehmend in der Arbeiterbewegung. Er wurde Mitglied der SPD, des Arbeiterschachvereins und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in dessen Herforder Ortsgruppe er 1931 organisatorische Aufgaben übernahm. Nationale Interessen blieben in seinem Bewusstsein von großer Bedeutung, doch er distanzierte sich vom politischen Konservatismus seiner Eltern. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft beteiligten er und seine Frau sich mit dem Verteilen von Flugblättern am politischen Widerstand. Eine engere Bekanntschaft bestand zwischen P. und dem jungen Kommunisten Wilhelm Osterhagen, der im Nachbarhaus wohnte.

1937 fand P. eine dauerhafte Anstellung in der Rüstungsproduktion bei den Bielefelder Dürkopp-Werken. Dort kam er mit regimekritischen Arbeitskollegen in Kontakt. Vom Kriegsbeginn 1939 an hörte er mindestens viermal wöchentlich mehrere ausländische Rundfunksender ab und gab deren Nachrichten regelmäßig an befreundete Kollegen weiter, mit denen er auch über politische Themen diskutierte. Am Abend des 18.1.1944 wurde P. in seiner Herforder Wohnung verhaftet und in das Bielefelder Polizeigefängnis an der Turnerstraße verbracht. Als er nach sieben Wochen in das Bielefelder Gerichtsgefängnis überstellt wurde, hatte er 20 Kilogramm abgenommen. Am 18.6.1944 schrieb er an seine Frau: „Wenn hier auch mein Gewicht abnimmt, deshalb behalte ich doch den Kopf oben und den Mut lasse ich schon lange nicht sinken, und letzten Endes siegt immer der Geist über die Materie. Meine Hilfsbereitschaft und mein Wollen wird hoffentlich bald für mich zum Segen sein. Ich fühle mich ohne Schuld und sehe dem Kommenden frei entgegen.“ (Zitiert nach D. Begemann: Deutschland, S. 93) Kurz darauf wurde P. in das Gerichtsgefängnis nach Hamm überstellt, wo er trotz Gewichtsverlusts und Muskelschwundes schwere körperliche Arbeiten verrichten musste. Am 15.8.1944 wurde er vom Oberlandesgericht Hamm „wegen Abhörens feindlicher Sender, Verbreitens volksschädlicher feindlicher Sendernachrichten und Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt (LA NRW/Staatsarchiv Münster: Urteilsausfertigung). Von sechs mitangeklagten Arbeitskollegen wurde einer ebenfalls zum Tode verurteilt, die anderen erhielten mehrjährige Zuchthausstrafen. Vor seiner Hinrichtung im Dortmunder Gerichtsgefängnis einen Monat später bat P., der in den 1920er Jahren aus der Kirche ausgetreten war, einen evangelischen Pfarrer zu sich, um mit ihm zu singen und zu beten, wie er es auch zuvor schon in seiner Zelle getan hatte. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: „Ich habe meinen Frieden mit Gott“ (Zitiert nach D. Begemann: Deutschland, S. 110). Seine Frau erlag im März 1945 einer schweren Krankheit. Am 12.1.1946 wurde der Leichnam von P. neben dem seiner Frau auf dem Friedhof „Ewiger Frieden“ in Herford beigesetzt.

Quellen: LA NRW/Staatsarchiv Münster: Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 1. Instanz 1933–1945, Nr. 16377, Blatt 37 (Urteilsausfertigung und Urteilsabschrift, 5 O Js. 277/44).
Literatur: D. Begemann: Deutschland; G. Högl: Widerstand, S. 335.
Foto: D. Begemann: Deutschland, Umschlag.

A. Kurschat.

Pohle, Carl

** 8.12.1889 Berlin, † 5.6.1944 Brandenburg-Görden.*
Verh., eine Tochter.
Schuhmacherlehre; Schuhmacher; 1916–1917 Kriegsdienst; 1928 Arbeitsunfähigkeit wegen Lähmungserscheinungen; 1929–1931 Schreibkraft in einer Auskunftei; 1931 rechtsseitige Lähmung, Heimarbeit; bis 1930 Mitglied der DNVP; 1926–1928 stellvertretender Bezirksleiter von Berlin-Neukölln; 1923–1928 Erster Vorsitzender des Elternbundes in der Philipp-Melanchthon-Gemeinde; 1934 Leitung Bruderrat der Bekennenden Kirche der Philipp-Melanchthon-Gemeinde.

Die Philipp-Melanchthon-Gemeinde war während der Weimarer Republik und nach 1945 ein Zentrum der Religiösen Sozialisten und während der NS-Herrschaft ein Zentrum der Bekennenden Kirche in Berlin. Nach 1933 schloss sich die Hälfte der Gemeindeglieder den Deutschen Christen an, ein kleinerer Teil hielt sich zur Bekennenden Kirche. Im Jahre 1934 rief P. den ersten Kreis der Bekennenden Kirche in der Gemeinde zusammen, der in der folgenden Zeit stark anwuchs, während der Einfluss der Deutschen Christen kontinuierlich abnahm.

Im Februar 1943 verlobte sich seine Tochter mit einem Kriegsblinden, der bei einer Nachbarin einquartiert war, die sich für diese Verbindung eingesetzt hatte. Bei der Feier kamen die Gäste ins Politisieren. P. erklärte, der Krieg sei längst verloren, das bewiesen die Informationen von BBC-London, die er ständig höre. Er nannte Hitler den „größten Schweinehund und Verbrecher“, der es zu verantworten habe, dass sich Pastor Martin Niemöller in Gefangenschaft befinde. P. war bei wichtigen Zusammenkünften häufig in Dahlem, dem Sitz des Pfarrernotbundes, gewesen. Wenig später ging die Verlobung der Tochter in die Brüche. Die Nachbarin, eine fanatische Nationalsozialistin, gab P., ihrem politischen Widersacher, die Schuld. Sie ging in seine Wohnung und begrüßte ihn mit „Heil Hitler“. P. herrschte sie an, wenn sie nochmals mit diesem Gruß seine Wohnung beträte, würde er sie die Treppe hinunterwerfen. Daraufhin denunzierten die Nachbarn P. bei der Gestapo. Bei der Vorladung stritt er die Vorwürfe ab und versuchte, alles als ein Missverständnis hinzustellen. Etwa ein halbes Jahr nach der Verlobung saß er als Untersuchungsgefangener in Moabit. Am 9.3.1944 wurde Anklage erhoben, am 17.4. fand die Hauptverhandlung vor dem 1. Senat des Volksgerichtshofs statt. P. wurde schuldig gesprochen wegen „Wehrkraftzersetzung“, weil er „im 4. Kriegsjahr in übelster Weise defaitistisch gehetzt und den Führer maßlos beschimpft“ habe (J. Klein: Pohle, S. 357). Im April kam P. in das Zuchthaus Brandenburg, sein Gnadengesuch wurde abgewiesen. Der Gefängnispfarrer Reymann unterrichtete die Witwe Margarete Pohle in einem Brief über die letzten Stunden: „Sie wissen, dass er im Glauben an seinen Heiland fest gegründet war, und so war es für mich eine dankbare Aufgabe, ihm für den letzten Weg noch aus Gottes Wort die letzte Glaubensstärkung darzureichen: auch das Heilige Abendmahl konnten wir noch feiern […]. Ihr Mann ist dann ganz stark und gefasst den letzten schweren Weg gegangen – in seines Heilands ewige Arme!“ (Ebd., S. 360) Seine theologischen Bücher vermachte P. Pfarrer Arthur Rackwitz, seinem langjährigen Gesprächspartner, mit dem er in seiner unversöhnlichen Gegnerschaft gegen die Nationalsozialisten übereinstimmte. P. hatte den Religiösen Sozialisten bereits 1941 in einem Schreiben an den Evangelischen Oberkirchenrat gegen deutsch-christliche Angriffe mit den Worten verteidigt: „Wir sind bereit, das Kirchenvolk aufzurufen gegen antichristliche Dunkelmänner jeder Schattierung, die es unternehmen, unser kirchliches Gemeindeleben und damit die christliche Kultur unseres Vaterlandes durch alle möglichen Diskriminierungen zu untergraben, und sagen den kirchlichen Behörden treue Arbeit zu.“ (H.-R. Sandvoß: Neukölln, S. 218) Umgekehrt urteilte Pfarrer Arthur Rackwitz in seinem Schreiben an das Entschädigungsamt Berlin vom 21.6.1957: „Herr Pohle war von Anfang an ein unversöhnlicher Gegner des Nationalsozialismus. Er gehörte zu den wenigen Menschen, die damals auch nicht die geringsten Konzessionen an diese Bewegung machten, die er als verbrecherisch und politisch höchst verderblich beur-

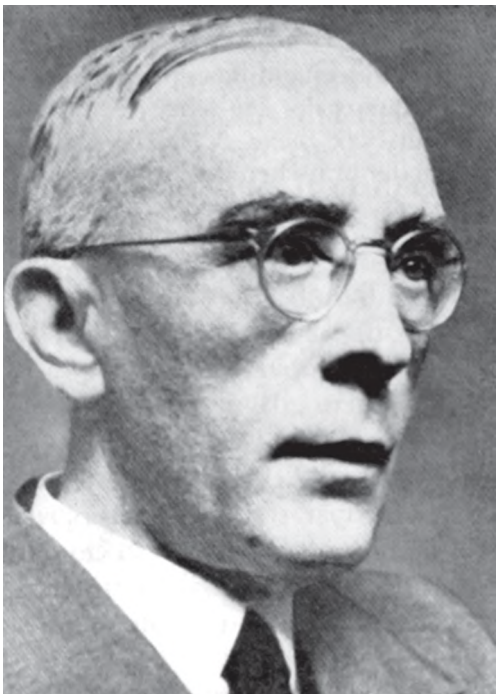
teilte. Er machte daraus auch in Gesprächen mit anderen niemals ein Hehl und wurde daher auch von den Funktionären der NSDAP mit höchstem Argwohn und Mißvergnügen angesehen.“ (J. Klein: Pohle, S. 355)

Gedenktafeln befinden sich an der ehemaligen Wohnung von P. in der Silbersteinstraße Berlin-Neukölln, seit dem Volkstrauertag 1981 auch in der Philipp-Melanchthon-Kirche in Berlin-Neukölln.

Literatur: J. Klein: Pohle; O. Meyer: Gemeinde; H.-R. Sandvoß: Neukölln.

G. Grünzinger

Popitz, Johannes, Dr. jur.



** 2.12.1884 Leipzig, † 2.2.1945 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Caroline, geb. Slot, zwei Söhne, zwei Töchter.
1903–1905 Jurastudium und Besuch von zahlreichen staatswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen in Lausanne, Leipzig, Berlin und Halle; 1907 Promotion; 1907–1909 Regierungsreferendar in Köln; 1910–1913 Assessor in Beuthen (Oberschlesien); 1910–1914 dem Oberverwaltungsgericht Berlin zugewiesen; seit 1914 im Innenministerium tätig, 1919 Geheimer Regierungsrat; später vortragender Regierungsrat im Reichsfinanzministerium; seit 1921 Ministerialdirektor dort; seit 1925 Staatssekretär dort; 1929 einstweiliger Ruhestand.

P. wurde am 2.12.1884 als Sohn des Apothekers Gustav Eduard Heinrich Popitz und seiner Ehefrau Maria Helene Anna, geb. Rudolph, geboren. Die Eltern ließen ihren Sohn evangelisch taufen. Nach dem frühen Tod des Vaters zog die Mutter in ihr Elternhaus zurück. P. wuchs dadurch bei seinem Großvater, dem Landesgerichtspräsidenten a. D., in Dessau auf, von dessen Erziehung er stark geprägt wurde.

Nach seinem Studium und dem darauf folgenden Vorbereitungsdienst beschäftigte sich P. im Finanzministerium hauptsächlich mit Steuerfragen. Ende des Ersten Weltkriegs wirkte er am Umsatzsteuergesetz mit, das am 24.7.1919 verkündet wurde. Die Steuerreform 1925 ließ dieses Gesetz im Kern bestehen, weitete es aber auf jegliche Form von Dienstleistungen aus. Durch seine intensive Beschäftigung mit dem Steuerwesen trug P. dazu bei, dass diese Thematik zu einem eigenen Rechtszweig wurde. In seiner Zeit als Ministerialdirektor hatte er Anteil an der durch die Inflation bestimmten Finanzpolitik von 1923 und an den später notwendigen Sanierungs- und Anpassungsgesetzen.

Zusätzlich lehrte P. seit 1923 an der Berliner juristischen Fakultät und später auch an der dortigen Verwaltungsakademie und der Handelshochschule sowie seit 1930 an der Universität Kiel. Den ihm dort 1931 angebotenen Lehrstuhl für Staatsrecht lehnte er ebenso ab wie die Ernennung zum Präsidenten des Reichsfinanzhofes in München 1930.

Das Jahr 1928 war in finanzpolitischer Hinsicht von der Reparationsfrage geprägt. Die Aussicht auf den Young-Plan führte zu einem Steuerprogramm, das zahlreiche Steuersenkungen vorsah. Die Euphorie über diese Entwicklung verflog jäh, als Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding zur Deckung des ansteigenden Fehlbetrags im Reich Auslandsanleihen aufnehmen wollte. Nachdem die Verhandlungen mit ausländischen Partnern ergebnislos blieben, bat Hilferding Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht um Hilfe. Dieser stellte eine außerordentliche finanzielle Unterstützung nur dann in Aussicht, wenn das

Ministerium sofort einen Tilgungsfond einrichtete. Aus Protest über diesen Eingriff der Landesbank in die Regierungsgeschäfte traten P. und Hilferding von ihren Ämtern zurück.

P. gehörte keiner politischen Richtung an. Trotzdem lehnte er das Programm der NSDAP ab und bezeichnete seine Verfechter als Dilettanten. Er selbst sah seinen Auftrag darin, auf Hindenburg in der Form einzuwirken, dass er Hitler nicht zum Reichskanzler berufe. Nach der „Machtergreifung" wollte P. ein Gegengewicht zur Regierung der NSDAP sein, damit diese den Verwaltungsapparat nicht zerstörte.

Schleichend vollzog sich der Übergang von P. in den Widerstand. Wichtige Eckpunkte waren der sog. Röhm-Putsch (1934) und die Pogromnacht (1938). Seine tiefe Empörung über die Entwicklungen in Deutschland führte dazu, dass P. sich der Bewegung um Ludwig Beck, Ulrich von Hassell, Jens Jessen, Carl Goerdeler u. a. mit dem Ziel anschloss, den Krieg so rasch wie möglich zu beenden. Für dieses Vorgehen wäre, so P., ein handelnder General unerlässlich, doch Beck sei zu zögerlich.

P. selbst versuchte innerhalb seines Einflussbereiches Menschen vor der Gestapo zu schützen und scheute hierbei nicht den offenen Konflikt mit der staatlichen Einrichtung. Bis 1943 wurde P. abwechselnd als Finanz- und Kultusminister im neuen Staat gehandelt, danach verschwand er von den vorderen Plätzen, da es häufig zu Konflikten mit anderen Gliedern des militärischen Widerstands kam. Zuvor war P. aber 1943 noch an der Ausarbeitung des „Gesetzes über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben" beteiligt. Dieses Gesetz wurde eine Zeit lang als „vorläufiges Staatsgrundgesetz" bezeichnet.

Trotz seiner zunehmend defensiven Rolle in der Widerstandgruppe gab P. seine widerständische Tätigkeit nicht auf. Im August 1943 suchte er den Kontakt zu Heinrich Himmler, um ihn für den Sturz Hitlers zu gewinnen. P. versuchte ihm deutlich zu machen, dass Himmler selbst so zum Nachfolger des Führers werden könnte. Himmler schien zunächst interessiert, sodass weitere Treffen zwischen ihm und P. geplant wurden. Diese fanden jedoch nicht statt, da die deutsche Abwehr einen diesbezüglichen Funkspruch aus Berlin abgehört hatte. Ob es sich aufseiten Himmlers um ein ernst gemeintes Interesse handelte oder er die Widerstandsbewegung aus der Reserve locken wollte, lässt sich heute nicht mehr mit Gewissheit sagen.

Durch seine widerständische Tätigkeit stand P. schon lange unter besonderer Aufsicht des Regimes. Dieses nahm das Attentat vom 20.7.1944 zum Anlass, P. einen Tag später zu verhaften, obwohl er am Staatstreichversuch nicht aktiv beteiligt war. Er wurde in das KZ Fürstenberg gebracht. In der VGH-Verhandlung unter Roland Freisler am 3.10.1944 wurde das Gespräch zwischen Himmler und P. mit äußerster Zurückhaltung behandelt. Freisler entschied nach wenigen Fragen, dass es für die Verhandlung nicht wichtig wäre. Allein die theoretischen Gespräche mit Goerdeler u. a. über einen möglichen Staatsstreich reichten aus, um P. des Hoch- und Landesverrats anzuklagen. Das Urteil lautete auf Todesstrafe. Nur zehn Tage später wurde P. zum ersten Mal zur Hinrichtungsstätte geführt, kehrte jedoch wieder in seine Zelle zurück. Dort wurde ihm ebenso wie Goerdeler der Auftrag erteilt, anhand eines Fragebogens Vorschläge für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg zu erstellen. Beide präsentierten ihr Ergebnis im Januar 1945. P. wurde am 2.2.1945 gehängt.

Literatur: Amt und Verantwortung; L.-A. Bentin: Popitz (Lit.!); H. Dieckmann: Entwicklung (Lit.!); K. M. Hettlage: Popitz, S. 329–347 (Lit.!); A. Leber: Gewissen (1984), S. 369–371, G. Schulz: Popitz, S. 406–409 (Lit.!).

Foto: G. Schulz: Popitz, S. 406.

C. Bendick

Praun, Friedrich von

* *21.7.1888 Hersbruck/Mittelfranken, † 19.4.1944 Nürnberg*

Verh. mit Irene, geb. Freiin von Seckendorff-Gudent.

Jurastudium; Referendariat; 1920 Rechtsanwalt in Nürnberg; 1920 Assessor im Oberkonsistorium München; 1921 Kirchenamtmann; 1924 Oberkirchenamtmann; 1930 Vorstand der Landeskirchenstelle in Ansbach; ab 1936 Direktor dort.

P. ging im Kirchenkampf als Kirchenjurist aktiv gegen die Deutschen Christen in Bayern vor. Den Nationalsozialisten war er schon mehrfach unangenehm aufgefallen.

P. wurde wegen „defaitistischer“ Äußerungen – nur Gott könne noch helfen – nach einem Luftangriff auf das nahe Nürnberg in der Nacht vom 10. auf den 11.8.1943 von zwei jungen Mädchen denunziert, von denen wohl eines von der NSDAP gezielt als Spitzel eingesetzt worden war. Am 18.10. verhaftete man P. und lieferte ihn zunächst ins Gefängnis Erlangen ein. Am 18.12.1943 wurde er auf Weisung des Amtsgerichts Nürnberg in das Nürnberger Gefängnis verlegt. Das Gefangenenverzeichnis gibt als Grund Untersuchungshaft wegen „Heimtückeverstoß“ an. Am 29.3.1944 wurde die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht Nürnberg, an der auch ein Vertreter des Landeskirchenrates teilnahm, unterbrochen. Da man P. nun dringend verdächtigte, gegen § 5 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung verstoßen zu haben, gab man das Verfahren an den berüchtigten Volksgerichtshof ab. Im Gefangenenverzeichnis in Nürnberg ist dies an einem neuen Geschäftszeichen des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof kenntlich. Nach § 5 (1) Kriegssonderstrafrechts-Verordnung wurde mit dem Tode bestraft, wer öffentlich den Willen des deutschen oder eines verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen versuchte.

Nach Erinnerungen von Zeitzeugen war P. nach dieser Verhandlung sehr deprimiert, da er sich eine relativ glimpfliche Entscheidung erhofft hatte.

Vor der Überführung nach Berlin ist P. in der Nacht vom 18. auf den 19.4.1944 im Gefängnis gestorben – offizielle Todesursache: Suizid durch Erhängen. An der Beisetzung in der Gruft der Familie von Seckendorff in Unterdeufstetten bei Crailsheim nahmen am 22.4.1944 auch der bayerische Landesbischof Hans Meiser und viele weitere Geistliche teil. Der in München ausgebombte Landeskirchenrat befand sich zu dieser Zeit im Gebäude der Landeskirchenstelle in Ansbach.

Quellen: StA Nürnberg, Bestand JVA Nürnberg Gefangenenverzeichnis: Nr. 55 (leider haben sich dort keine Akten des Sondergerichtsverfahrens erhalten); Personalstand 1937, S. 6 (leider befinden sich im Landeskirchlichen Archiv Nürnberg keine Personalakten zu Praun).

Literatur: R. Meiser: Ansbach, S. 214 f.; H. Witetschek (Bearb.): Kirchliche Lage, S. 7, 34 f.

B. *Mensing*

Przyrembel, Gustav

* *13.5.1909 Karlsmarkt bei Brieg, Oberschlesien, † 30.3.1940 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Selma, geb. Wignantky, zwei Söhne (Zwillinge), eine Tochter.

Bauer und Hilfsarbeiter, ab 1933 durch Taufe „Reformadventist“.

Nach der Volksschulausbildung in Karlsmarkt arbeitete P. auf dem Bauernhof seiner Eltern, die evangelisch waren. Zeitweise war er auch als Bauarbeiter in Berlin beschäftigt. Durch G. K. Metzner lernte er die „Reformadventisten“ in Karlsmarkt kennen und schloss sich ihnen an. 1934 heiratete er Selma Wignantky, die Tochter des örtlichen Gemeindeleiters der Siebenten-Tags-Adventisten, der unter der Spaltung der Gemeinde, die durch die schismatischen Reformadventisten verursacht wurde, litt. Die pazifistischen Reformadventisten, deren Wurzeln in die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückreichten, lehnten Waffendienst und Fahneneid ab und waren zumeist auch nicht bereit, in einer Sanitätseinheit zu dienen, wenn es die Situation erlaubte. Den Siebenten-Tags-Adventisten warfen sie Kooperation mit dem NS-Regime vor und sahen darin einen „babylonischen Irrweg“. So wie in Karlsmarkt zerrissen Dissens und Spaltung ganze adventistische Gemeinden und Familien. Da die Reformadventisten in Karlsmarkt nicht zur Wahl gingen, wurden sie namentlich durch Aushang im Gemeindeamt an den Pranger gestellt. Nach der polizeilichen Auflösung der Reformgemeinschaft im gesamten Reichsgebiet am 29.4.1936 mussten sich die Glieder in Karlsmarkt heimlich im Wald zur Feier des Gottesdienstes versammeln. P., der zu den Stützen der Karlsmarkter Reformgemeinde zählte, wurde am 10.12.1939 in Schweidnitz festgenommen, nachdem er schon bei der Musterung seine Ablehnung von Waffendienst und Fahneneid aus Gewissensgründen bekundet hatte. Anfang März 1940 wurde er vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen Zersetzung der Wehrkraft zum Tod verurteilt. P. versuchte vor dem Gericht eine theologische Rechtfertigung, wurde aber barsch darauf hingewiesen, dass er als Angeklagter nicht vor einem Kirchenkonzil stünde, bei dem es religiöse Fragen zu erörtern gäbe. Während der Verhandlungen wurde ihm auch ein Schreiben eines



Quellen: AAE: Akte G.: Przyrembel (Briefe).
Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 13–18.
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Putbus,
Malte von (bis 1938 von Veltheim)

* *3. 1. 1889 Halberstadt/Provinz Sachsen, † 10. 2. 1945 KZ Sachsenhausen/Oranienburg.*

Verh. mit Marie, geb. von Ploetz, fünf Töchter, zwei Söhne.

1900–1909 Kadettenanstalten in Plön und Lichterfelde; 1909 Leutnant im Pommerschen Kürassierregiment; Frontoffizier im Ersten Weltkrieg, 1921 als Rittmeister ausgeschieden; 1921–1934 als Landwirt verschiedene kleinere Ländereien bewirtschaftend; erbte 1934 das Fürstlich Putbussche Familienfideikommiss, den größten Grundbesitz auf Rügen; ab 1938 Genehmigung zur Führung des Namens von Putbus.

Im Januar 1919 war der aus altem lutherischen niedersächsischen Adel stammende P. an der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes in Berlin beteiligt. Politisch schloss er sich der Völkischen Bewegung um General Erich von Ludendorff an. Im Februar 1932 trat er in die NSDAP ein, für deren Ortsgruppe in Garz er einige Jahre als politischer Leiter fungierte. Der SA schloss er sich im Januar 1933 an. Im Range eines Obertruppführers vertrat er die Rügensche Reiter-SA auf Turnieren in ganz Deutschland. Ab Sommer 1933 war er zudem Kreissportbeauftragter für Rügen. Ab 1934/1935 kam der „Herr auf Putbus“ als patriarchalisch-konservativer Großgrundbesitzer in zahlreiche Konflikte mit lokalen NSDAP-Repräsentanten. Diese Spannungen wurden dadurch verschärft, dass Putbus der Kirchenpolitik und den antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes zunehmend kritischer gegenüberstand. Er weigerte sich beharrlich, aus dem evangelischen Johanniterorden, der hauptsächlich sozialdiakonische Einrichtungen unterhält, auszutreten und sein Kirchenpatronat niederzulegen. Örtliche Diskriminierungen von Juden rügte er öffentlich. Im Frühjahr 1939 wurde P. aus der NSDAP ausgeschlossen und von der Gestapo kurzzeitig in Schutzhaft genommen. Ein Sondergerichtsverfahren insbesonde-

Pastors der Siebenten-Tags-Adventisten vorgelegt, das die Vaterlandsverteidigung als Christenpflicht zu begründen suchte. P. ließ sich nicht umstimmen und beklagte sich später über die „abgefallenen Adventisten, besonders die Prediger“, die „denen, die an Gott festhalten, in den Rücken fallen und ihnen den Kampf unsäglich erschweren.“ In seinen letzten Briefen versuchte er auf liebevolle Weise seine Mutter, die keine Adventistin war, von seiner Haltung zu überzeugen: „Gott hat mich bewahrt bis zu dieser Stunde und wird mich auch in der letzten Stunde nicht verlassen […] in allen Lebenslagen habe ich ihm vertraut […] So sei auch du willig und trage dein Los mit Geduld, ohne zu klagen, ohne zu murren […]“ „Beharre bis ans Ende, damit wir uns einmal wiedersehen in jenem besseren Land […].“ Besonderen Trost fand P. in der eschatologischen Verheißung eines neuen Himmels und einer neuen Erde („Durch Leiden zur Herrlichkeit!“). Drei Tage vor seiner Hinrichtung in Berlin-Plötzensee gebar seine Frau Zwillinge. Nach der offiziellen Todesnachricht verlor sie vor Kummer fast den Glauben an Gott und ihr Leben.



re wegen seiner kritischen Äußerungen zur Judenverfolgung wurde aber im Spätsommer 1939 eingestellt. Von Oktober 1939 bis August 1941 musste der Reserveoffizier Kriegsdienst leisten. Am 21.7.1944 wurde Putbus in seinem Schloss von der Gestapo verhaftet, wohl wegen seiner langjährigen freundschaftlichen Verbindungen zu Ludwig Beck, einer der führenden Persönlichkeiten der Militäropposition gegen Hitler (nach dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 29.5.1998 spielten diese Verbindungen bei der Verhaftung keine Rolle). Bei den Verhören wurde P. schwer misshandelt. Nach Haft in Stralsund, Stettin und Berlin kam er Ende Januar 1945 ins KZ Sachsenhausen, wo er von einem SS-Mann mit einem Gummiknüppel aus nichtigem Anlass zusammengeschlagen wurde. Im Krankenrevier des KZ starb P. an den Folgen der Haft und der Misshandlungen. Nach anderen Angaben wurde er im KZ Sachsenhausen erschossen (M. Schoebel: Putbus, S. 18).

Literatur: W. Meyer: Verschwörer, S. 326–329; M. Schoebel: Putbus, S. 18.

Foto: W. Meyer: Verschwörer, S. 327

B. Mensing

Puzich, Ferdinand

** 27.12.1889 Glinken (Ostpreußen), † 10.4.1942 KZ Sachsenhausen.*
Verh. mit Wilhelmine, geb. Laßka, ein Sohn.
Postschaffner in Lyck (Ostpreußen), ab 1934 im Ruhestand.

Als pietistisch geprägter Christ gehörte P. dem Ostpreußischen Gebetsverein und später auch der Bekennenden Kirche an. Er war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Im Alltag brachte er dies dadurch zum Ausdruck, dass er den Hitler-Gruß grundsätzlich verweigerte, denn er war überzeugt, dass außer in Jesus Christus in keinem Menschen das Heil zu finden und zu erhalten sei. In seiner Stellung als Postschaffner im Innen- und Außendienst war er Beamter der Reichspost und sollte daher 1934 den Beamteneid auf Hitler leisten. Ein solcher Eid war jedoch unvereinbar mit seinem Glaubensgehorsam gegenüber Gott. Er bat daher den örtlichen Postdirektor, ihn von der Eidespflicht zu entbinden. Auf eine Ausnahmeregelung wollte dieser sich zwar nicht einlassen; da er P. jedoch als Mitarbeiter schätzte, redete er ihm zu, er solle den Eid nicht so ernst nehmen. Er bestellte auch P.s Frau zum Gespräch, von der er glaubte, dass sie ihren Mann von der Notwendigkeit eines Zugeständnisses überzeugen könne. P. und seine Frau waren sich in ihrer religiösen Haltung jedoch einig. Zur Abwendung eines Dienststrafverfahrens wurde P. nun nahe gelegt, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen. Mit dem Hinweis auf seine Verwundung im Ersten Weltkrieg, von der ein Ohrenleiden herrührte, stellte P. einen entsprechenden Antrag, dem im August 1934 stattgegeben wurde. Durch dieses Verfahren konnte die Versorgung seiner Familie gesichert werden.

P. beteiligte sich nicht an nationalsozialistischen Veranstaltungen, Sammlungen und Spenden für die NS-Volkswohlfahrt. Seine konsequente Verweigerungshaltung wurde lange weitgehend toleriert, sein Sohn musste jedoch das Gymnasium verlassen. 1941 wurde P. von einem Nachbarn aus seinem Wohnhaus denunziert, weil er eine Spende verweigert hatte. Er wurde am 24.5.1941 von der Geheimen Staatspolizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Lyck eingeliefert. Ohne dass ihm eine konkrete strafbare Handlung nachzuweisen gewesen wäre, wurde er am 23.8.1941 in das KZ Sachsenhausen verbracht. In den



Briefen, die er von dort an seine Frau schrieb, versuchte er noch, ihr Kraft zu geben: „Ja fürwahr trug Er, der Schönste und Lieblichste Herr und Heiland unsere Schmerzen, und müssen Alle die Ihm folgen gehen die gleiche Bahn! So hilft Er auch uns in allem Leid und Not, gelobet sei der Herr, darum seid unverzagt, Er kommt zu retten und zu helfen. Unser Leben steht in des Herrn Hand.“ (Brief an Wilhelmine Puzich, 28.2.1942, Privatbesitz) In seinem letzten erhaltenen Brief deutete er bereits die Vorausahnung seines baldigen Todes an: „Doch wird wohl auch mein Lauf bald vollendet sein, nun es geschehe wie es will, in dem Herrn bin ich still.“ (Brief an Wilhelmine Puzich, 15.3.1942, Privatbesitz) Am 10.4.1942 kam P. im KZ ums Leben. Die genaue Todesursache wurde nicht bekannt.

Quellen: Briefe und Dokumente im Privatbesitz von Waltraut Puzich; Auskunft von Christel Puzich an den Verf., 24.10.2006.

Foto: Privatbesitz.

A. Kurschat

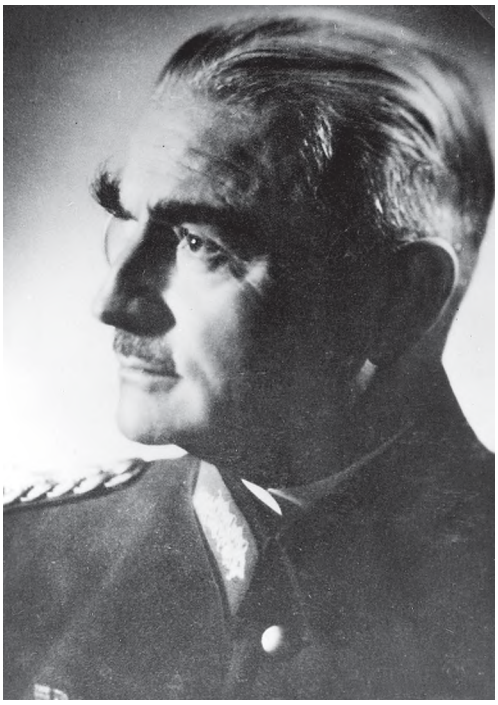
Rabenau, Friedrich von

* 10.10.1884 Berlin, † (vermutlich) 14.4.1945 KZ Flossenbürg.

Verh. mit Eva, geb. Kautz, zwei Kinder.

1903 Offizierslaufbahn in Danzig und Rosenhain; 1911–1914 Kriegsakademie in Berlin; 1914–1918 Kriegsteilnahme, vd. Generalstabsverwendungen in Frankreich; 1918/1919 Generalstabsoffizier im Baltikum; 1919 Geschäftsführer der DNVP Leipzig; 1923–1926 Offizier der Reichswehr; Heeresausbildungsabteilung T 4 in Berlin; 1927/1929 Kommandeur und Generalstabsoffizier in Königsberg, Breslau und Münster; Lehraufträge an den Universitäten Breslau und Münster; 1937 Dr. phil. h. c. Breslau; 1937–1942 Chef der Preußischen Heeresarchive und der Deutschen Heeresarchive; 1939 Kriegseinsatz als Kommandeur; 1940 General der Artillerie, Beginn des Theologiestudiums in Berlin; 1943 Verabschiedung; 17.11.43 Lizentiat der Theologie; 13.1.1944 Predigterlaubnis.

Der als Sohn eines Arztes geborene R. gehörte zu der älteren Generation der Soldaten im Widerstand. In ihm begegnet uns gleicherweise das Bild eines Soldaten und Gelehrten, eines Christen und Widerständlers. Sein militärischer Werdegang ist ähnlich dem der Generalskameraden seiner Generation. Nach kurzer Tätigkeit als Geschäftsführer der DNVP in Leipzig in den Dienst der Reichswehr zurückgekehrt, war er bei der Machtübernahme Hitlers Kommandant von Breslau. In diese Zeit fallen die ersten ernsthaften Auseinandersetzungen des überzeugten Christen mit dem NS-Regime. Versetzt nach Münster, setzte er seine Lehrtätigkeit fort, befasste sich zunehmend mit religiösen Fragen und pflegte enge Beziehungen zum katholischen Bischof Graf v. Galen. „Die Bibel und religiöse Schriften, ebenso wie kulturelle und ethische Erscheinungen verschwanden nicht mehr von seinem Schreibtisch.“ (Büttner, BA-MA N 62/80) Seit 1916 gehörte R. dem evangelischen Johanniterorden an. Im Hinblick auf den Einfluss des Nationalsozialismus beschäftigte er sich mit dem Gedanken an eine Una Sancta. Auf seine Intervention hin gelang es, die Abtei Maria Laach vor dem Zugriff der Partei zu schützen. Nationalsozialismus und Christentum standen sich für R. diametral gegenüber. „Weltanschauung als Religionsersatz heißt, das Endliche an die Stelle des Unendlichen setzen“ (W. Vorberg: Lebensbild, S. 40),



wobei schließlich nicht nur der christliche Glaube und die Kirche Schaden nehme, „sondern allmählich das Menschenbild zerstört werde“ (BA-MA N 62/80: Büttner). 1936 wurde er entsprechend seinen wissenschaftlichen Neigungen beauftragt, ein eigenes Heeresarchiv aufzubauen. Nach Beginn des Krieges ging R. gegen eine propagandistisch gefärbte Kriegsgeschichtsschreibung vor. Ihm lag an einer korrekten Darstellung. Als R. nach der Vernichtung vieler Akten durch einen ungeklärten Brand eine Untersuchung forderte, wurde er seiner Stellung enthoben und setzte das 1940 begonnene Theologiestudium fort. Obwohl ihm Redeverbot erteilt und ihm die Benutzung der Akten seines früheren Archivs verboten wurde, ließ R. sich nicht beirren. Seine Dissertation über die Militärseelsorge wurde mit „summa cum laude“ bewertet. Das Original ist in den letzten Kriegswirren verloren gegangen. Im Januar 1944 erhielt er dann nach einer Prüfung vor dem Berliner Konsistorium die Predigterlaubnis. Seine Bewerbung um eine Divisionspfarrerstelle wurde jedoch abgelehnt.

R. war es, der im Widerstand Kontakte mit Zivilisten und Soldaten, vor allem im Kreis um Ulrich von Hassell, Carl Goerdeler und Ludwig Beck, herstellte.

R. war aber in den engsten Kreis nicht vorgedrungen. Das Attentat am 20.7.1944 traf ihn unvorbereitet. Er verwarf als Christ den politischen Mord, auch wenn er seine entschieden ablehnende Haltung dem Regime gegenüber nach dem Attentat nicht verbarg. Am 25.7.1944 wurde R., dessen langjährige Beziehungen zu Goerdeler nicht verborgen geblieben waren, verhaftet. Über seine Haftzeit sind wir bis Ende des Jahres 1944 durch ein einzigartiges, sehr persönliches Tagebuch unterrichtet. Es gibt uns sowohl Einblick in die schwierigen Haftbedingungen als auch in einen sehr persönlichen Glauben, der ihm über manche Stunden der Verzweiflung hinweghalf. Der Inhaftierte fügte sich in allem Gottes Willen und konnte sich selbst angesichts der Einsamkeit des Weihnachtsfestes trösten: „Auch mir ist heute der Heiland geboren, dies ist zuletzt das Wesentliche.“ (BA-MA N 62: Tagebuch) R. wollte es sich mit dem Glauben nicht zu einfach machen. So notierte er am 25.12.1944: „Jemand sagte heute, man müsse eben Gott vertrauen. Das ist mir in dieser Art zu bequem. Nachdem die Menschen die Geschichte in Unordnung gebracht haben, soll der Herrgott alles wieder gut machen. Da muß man ein bissel schon selbst mittun.“ (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 248) Über das KZ Buchenwald, wo er Zellengenosse Bonhoeffers war, wobei die beiden Schach spielten, regen theologischen Gedankenaustausch pflegten und er eine Abhandlung über die Bitten des Vaterunser abfasste, kam er am 13.4.1945 nach Flossenbürg. Vermutlich ist er einen Tag darauf ermordet worden.

Quellen: BA-MA N 62 (Nachlass Rabenau): Vorberg, Wilhelm: Friedrich von Rabenau (maschinenschriftl. Lebensbild), Ausführungen des Msgr. Büttner.
Literatur: H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 240–249.
Foto: GDW.

H.-J. Ramm

Rahtgens, Carl Ernst

** 27.8.1908 Lübeck, † 30.8.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Johanna Helene, geb. von Cramon, drei Kinder.
1928 Eintritt als Fahnenjunker in das Artillerie-Regiment 3 in Potsdam, Offizierslaufbahn; 1938/1939 Generalstabs-

ausbildung an der Kriegsakademie in Berlin; ab 1939 Kriegsdienst u. a. in Tschechien, auf dem Balkan und in Russland, 1942/1943 Verbindungsoffizier zur Heeresgruppe Mitte in der Operationsabteilung des OKH im Hauptquartier Mauerwald (Ostpreußen), Oberstleutnant i. G.; zuletzt Erster Generalstabsoffizier bei der Heeresgruppe F.



Von seiner Mutter, einer Schwägerin des späteren Generalfeldmarschalls Günther von Kluge, wurde R. zusammen mit seinem jüngeren Bruder im christlichen Glauben erzogen. Sein Vater, der eine Kunstdruckerei leitete, wurde mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges als Reserveoffizier eingezogen und erst am Ende des Krieges wieder nach Lübeck entlassen. Als er zurückkehrte, konnte er seine Firma nicht mehr weiterführen, weil er in der Zwischenzeit enterbt worden war und seinen Anspruch auf das Unternehmen auch in mehreren Gerichtsprozessen nicht mehr durchsetzen konnte. Eine neue Arbeitsstelle fand er schließlich bei der Polizei. Tüchtig und unverzagt sorgte seine Frau in diesen Jahren für die beiden Söhne. R. war ihr für die große Leistung in dieser schwierigen Lage sein Leben lang dankbar.

Nach dem Abitur, das er in Stettin ablegte, schlug R. die Offizierslaufbahn ein. Unter seinen Kameraden suchte er den Kontakt zu engagierten Christen. Als junger Leutnant wurde er 1932 zu einer Tagung der Oxfordgruppenbewegung eingeladen, einer interkonfessionellen und internationalen Bewegung für lebendiges Christentum, die 1921 von dem amerikanischen Theologen Frank Buchman begründet worden war. Deren Anliegen bestand darin, die individuelle Gottesbeziehung zu stärken, eine an der Bergpredigt orientierte Lebensweise zu fördern und durch ein intensives Gemeinschaftsleben eine neue, weltumspannende soziale Ordnung herbeizuführen. Bei der Tagung dieser Bewegung erlebte R. eine innere Wandlung, die sein christliches Selbstverständnis dauerhaft prägte. Dies schlug sich auch in der moralischen Erziehung der Rekruten nieder, die er als Offizier unterrichtete. Er besuchte Tagungen christlicher Offiziere, traf sich mit Freunden zu privaten Andachten und ließ sich im täglichen Leben von den Losungen der Herrnhuter Brüdergemeine leiten.

Zur Zeit seiner Heirat war R. in Hamm stationiert, kurz darauf begann seine Ausbildung an der Kriegsakademie in Berlin, die durch den Beginn des Krieges vorzeitig beendet wurde. Nachrichten über die systematische Tötung kranker und behinderter Menschen durch das NS-Regime, die ihn Ende 1940 erreichten, und über die Verfolgung von Juden in den besetzten Gebieten schockierten ihn ebenso wie das Elend der Flüchtlinge, das er beim Balkanfeldzug erlebte. Da er sich für den Einsatz an der Front nie hatte begeistern können, war er erleichtert darüber, im Spätherbst 1942 in die Operationsabteilung des OKH versetzt zu werden. Die Erkenntnisse, die er dort über die menschenverachtende Art der Kriegführung gewann, erschütterten ihn und ließen ihn zu der Überzeugung gelangen, dass man Hitler entmachten müsse, um Schlimmeres zu verhindern. Mit seiner Frau sprach er hierüber bei einem kurzen Besuch in Jannowitz (Schlesien), wohin die Familie aus dem luftkriegsgefährdeten Berlin gezogen war. Dabei äußerte er die Hoffnung, dass Hitler gefangen genommen und auf diese Weise handlungsunfähig gemacht werden könne. Vorbehalte hatte er jedoch gegenüber einem politischen Mord. Besorgt äußerte er sich über die Gefahren, die sich aus seinen Verbindungen zum militärischen Widerstand für ihn

und seine Familie ergeben konnten. In dieser Hinsicht wirkte seine Versetzung nach Belgrad entlastend, weil er dort keinen unmittelbaren Kontakt zum engeren Kreis der Verschwörer mehr hatte. Sein Wissen um das wiederholte Scheitern geplanter Attentate auf Hitler führte ihn in dieser Zeit immer wieder zu der Frage, ob ein Mordanschlag dem Willen Gottes entsprechen könne oder nicht.

Nach dem 20.7.1944 richtete sich die Suche nach Beteiligten und Mitwissern an dem Staatsstreich bald auch auf R. Im August wurde er in Belgrad verhaftet und von dort nach Berlin in das Gefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in der Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Am 30.8.1944 verkündete der Volksgerichtshof das Todesurteil über ihn und weitere Offiziere, darunter auch Günther Smend, mit dem R. seit seiner Tätigkeit im OKH befreundet gewesen war. Das Urteil gegen R. wurde damit begründet, dass er schon 1943 eine Beseitigung Hitlers propagiert habe. Wie er selbst aussagte und kurz nach dem Prozess an seine Frau schrieb, hatte er damals im OKH mit anderen Offizieren – darunter Günther Smend – über Umsturzbestrebungen gesprochen, wozu ihn eine Unterredung mit seinem Onkel, dem Generalfeldmarschall Günther von Kluge, veranlasst hatte.

Noch am selben Tag wurde R. in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Sein Glaube trug ihn auch in den letzten Stunden seines Lebens. An seine Frau schrieb er: „Ich habe in den letzten Wochen sehr viel gebetet u[nd] an Dich gedacht. [...] Den Herrn Christus habe ich ständig um Erbarmen angefleht u[nd] hoffe gewiß, daß er mich nun aufnehmen wird in sein himmlisches Reich, wo ich bei Ihm zu schlafen hoffe, bis Er kommt Sein Reich aufzurichten. Ich bin ganz still u[nd] ruhig, obwohl mein letzter Gang mir noch bevorsteht, doch hoffe ich gewiß, daß der Herr mir auch dabei helfen wird, damit ich durch das dunkle Tal des Todes zu Ihm finde." (Brief an Johanna Rahtgens, 30.8.1944, Privatbesitz)

Quellen: J. Rahtgens: Abschied und Neubeginn; Dies.: Karl Ernst Rahtgens; Briefe und Dokumente im Privatbesitz.

Literatur: A. Kurschat: Rahtgens (Lit.!); G. Schmidt: Welt; P. Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 159 f.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Ranacher, Julius

* *15.2.1900 Ketschendorf, Kärnten, Österreich (die Reichskriegsgerichtsakte gibt Weitenfeld, Kärnten, als Geburtsort an),* † *14.3.1942 Brandenburg-Görden.*

Ledig, ohne Kinder.

Schneidermeister; 1933 Austritt aus der röm.-kath. Kirche, anschließend Mitglied der „Reformadventisten".

R., außerehelich geboren und aus ärmlichen Verhältnissen stammend, übernahm 1935 in Feldkirchen, Kärnten, das Schneidergeschäft (Bahnhofstraße 37) der Witwe Maria Maritschnig (geb. 1884). Maritschnig, eine überzeugte Reformadventistin, hatte R. zum adventistischen Glauben geführt. Am 16.11.1941 wurde er zur Wehrmacht einberufen und auf seine Bitte hin einer Sanitätsausbildungskompanie zugewiesen. Obwohl R. der Einberufung Folge leistete, weigerte er sich, eine Militäruniform anzuziehen. Er berief sich standhaft auf sein Gewissen, das ihm nicht erlaube, Soldat zu werden oder eine Waffe in die Hand zu nehmen („Ich kann nicht zwei Herren dienen und ihnen zugleich die Treue schwören" [AAE: Akte J. Ranacher]). Am 18.2.1942 wurde R. vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft" zum Tod verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Angeklagte hat nicht aus Feigheit gehandelt. Wegen der von ihm gezeigten Hartnäckigkeit und Unbelehrbarkeit ist eine milde Beurteilung ausgeschlossen. Derart hartnäckige Wehrdienstverweigerungen sind wegen der ihnen innewohnenden Werbekraft besonders geeignet, den Wehrwillen anderer zu zersetzen." (BArch Berlin, M 1006 A.21) R. wurde im Zuchthaus Brandenburg-Görden am 14.3.1942 um 5.05 Uhr morgens mit dem Fallbeil hingerichtet. Seine Helferin Maria Maritschnig, die vor Gericht R.s „pazifistische Überzeugung" und „absolute Gottestreue" bezeugte (AAE: Akte J. Ranacher), verlor am 25.9.1942 im KZ Auschwitz ihr Leben.

Quellen: BArch Berlin, M 1006 A.21: Feldurteil J. Ranacher, Reichskriegsgericht (3. Senat), vom 18.02.1942; AAE: Akte J. Ranacher.

Literatur: D. Heinz: Widerstand, S. 92–96; R. Zimmermann: Ehrenbuch, Bd. 2, S. 75.

D. *Heinz*

Reichwein, *Adolf*



** 3.10.1898 Bad Ems, † 20.10.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. in 1. Ehe mit Eva, geb. Hillmann, in 2. Ehe mit Rosemarie, geb. Pallat, vier Kinder.
1918–1919 Studium der Geschichte, Kunstgeschichte, Germanistik und Philosophie in Frankfurt a. M.; 1919 Teilnahme an einem Volkshochschulkursus in Darmstadt; 1920 Immatrikulation in Marburg; 1923 Promotion zum Dr. phil.; 1929–1930 Leiter der Pressestelle und persönlicher Referent des Preußischen Kultusministers; 1930 Eintritt in die SPD; 1930–1933 Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie Halle a. d. Saale; 1933–1939 Leiter einer Schule in Tiefensee/Mark Brandenburg; seit 1939 Mitarbeiter des Museums für Deutsche Volkskunde in Berlin.

Der in Hessen in dörflicher Umgebung aufgewachsene Sohn eines Lehrers machte 1917 am Friedberger Realgymnasium sein Notabitur. Schon vorher hatte er als Kriegsfreiwilliger eine militärische Ausbildung erhalten. Ab August 1917 war er an der französischen Nordfront eingesetzt, wurde schwer verwundet und aus der Armee entlassen. Die erlebte Frontkameradschaft und die Lektüre u. a. von Pestalozzi und Grundtvig ließen den aus der Jugendbewegung Kommenden eine Entscheidung für die Arbeit in der Volksbildung und Erwachsenenpädagogik fällen. In Frankfurt a. M. studierte er verschiedene Fächer und nahm 1919 an einem Volkshochschulkursus des Landes Hessen teil. Seit 1920 hörte er in Marburg philosophische und theologische Vorlesungen und engagierte sich in der „Akademischen Vereinigung“, einer Gruppe von vorwiegend freideutschen Studenten, die sich für die Weimarer Republik als demokratischen Rechts- und Sozialstaat einsetzten. 1923 promovierte er zum Dr. phil. In den darauf folgenden Jahren engagierte er sich in verschiedenen Funktionen für die Sache der Volkshochschulen sowie für Ferienkurse für Jungarbeiter und Studenten. Während seiner Zeit als Leiter der VHS Jena und eines Jungarbeiterheimes der Zeiss-Werke unternahm er eine große Weltreise, die er in mehreren Büchern beschrieb. Zentral war sein Interesse an Fragen der Weltwirtschaft. „Wirtschaft und Pädagogik“ wurde sein Lebensthema.

Nach einer kurzen Zeit als Referent beim Preußischen Kultusminister C. H. Becker war er von 1930 bis 1933 Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie in Halle a. d. Saale. 1930 trat er nach den Septemberwahlen der SPD bei. Seine weltanschaulich und politisch undogmatische Position ermöglichte ihm eine Mitarbeit an dem Organ des religiös-sozialistischen und reformsozialistischen Kreises um Paul Tillich „Neue Blätter für den Sozialismus“. Hier arbeiteten auch seine Genossen Carlo Mierendorff und Theodor Haubach mit.

1933 als Professor entlassen, wurde er für die Jahre 1933–1939 Leiter einer einklassigen Schule in Tiefensee in der Mark Brandenburg. Hier praktizierte er ein umfassendes reformpädagogisches Konzept, das inmitten staatlich-ideologischer Schulpolitik ein alternatives Erziehungsmodell auf humanistischer Basis entfaltete. Seine Veröffentlichungen aus dieser Zeit zeigen einen praktischen und theoretischen Pädagogen, der unter den Bedingungen einer Weltanschauungsdiktatur Bausteine für eine andere Pädagogik nach dem Ende des Nationalsozialismus legte.

1939 als Mitarbeiter des Museums für Deutsche Volkskunde in Berlin berufen, vollzog der Pädagoge R. den bewussten Schritt in den aktiven politischen Widerstand mit dem Ziel der Beendigung des NS-Systems. Durch Moltke kam er in Kontakt zum Kreisauer Freundeskreis. Er selbst vermittelte Kontakte zu Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Wilhelm Leuschner, Hermann Maaß und Julius Leber. In der konzeptionellen Arbeit der Kreisauer war er vorrangig zuständig für Schul- und Bildungsfragen. An den „Grundsätzen für eine Neuordnung" vom 9.8.1943 arbeitete er intensiv mit, auch wenn in Fragen des Religionsunterrichtes Kontroversen zurückblieben. R. und Leber schlossen sich seit Ende 1943 und nach der Verhaftung von Moltke im Januar 1944 immer enger dem militärischen Widerstand um Claus von Stauffenberg an. Bei dem Versuch der Kontaktaufnahme mit Kommunisten wurden sie verhaftet, im Gestapo-Gefängnis angekettet und gefoltert und am 20.10.1944 zusammen mit Hermann Maaß in Plötzensee gehängt.

R. gehörte als Pädagoge, der den Schritt in den aktiven Widerstand vollzogen hatte, zu den geistig produktivsten und kreativsten Männern des Widerstandes. Weltanschaulich verschränkten sich bei ihm humanistische, christliche und reformsozialistische Elemente. Es war eine offene und demokratische Position, die ihn zum Dialog mit anderen Personen und Positionen befähigte. Seine europäisch-humanistischen Wertorientierungen, verbunden mit christlichen Elementen eigengeprägter und eigenständiger Religiosität, prädestinierten ihn für den Aufbau eines „anderen Deutschland" nach Krieg und Zusammenbruch. Für das Amt des Kultusministers war er von den „Verschwörern" vorgesehen.

Sonst zurückhaltend in persönlichen Bekenntnissen schrieb er im letzten Brief kurz vor seiner Hinrichtung an seine Frau: „Liebe Romai, die Entscheidung ist gefallen. Zum letzten Mal schreibe ich Deinen mir so teuer gewordenen Namen. In meiner letzten irdischen Stunde sind meine Gedanken noch einmal mit besonderer Innigkeit bei Dir und den vier Kindern, die Du mir geschenkt hast und die mir Jahre – die mir viele scheinen – so viel Freude, Aufrichtung und Erbauung waren. Diese drei Monate sind für mich trotz aller Qual auch von großer innerer Bedeutung gewesen: sie haben vieles klären und hoffentlich auch läutern helfen, was man gerne in seiner letzten Stunde geklärt und geläutert hat. Ich scheide ruhig, weil ich die Kinder in Deiner Hut weiß. – Seit dem 5. Juli war mein tägliches Gebet das Vater Unser, dem sich die Fürbitte für Dich, die Kinder und die Eltern anschloß. Ich verdanke diesem Gebet tägliche Stärkung. – Möge Gott Euch stärken, das Schwere zu überwinden und das Leben in Stärke fortzusetzen. […]" (Zitiert nach U. Amlung: Entscheidung [2003], S. 83 f.)

Literatur: U. Amlung: Entscheidung (Lit.!); W. Huber/A. Krebs: Reichwein; G. Brakelmann, Kreisauer Kreis, S. 63–68 (Lit.!).
Foto: GDW.

G. Brakelmann

Reinmuth, Hermann, Dr. jur.

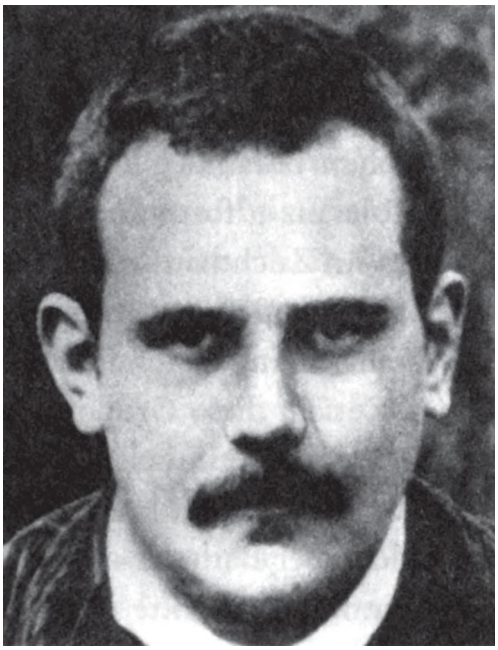
** 19.1.1902 Reichenbach/Kreis Kamenz, † 26.04.1942 KZ Sachsenhausen/Oranienburg.*

Ledig, ohne Kinder.

1920 Abitur nach Privatunterricht durch den Vater; 1920–1926 Studium der Volkswirtschaft und Jurisprudenz in Tübingen, Kiel und Leipzig; Promotion Dr. jur. Leipzig 1926; 1926–1928 Juristisches Referendariat in Dresden; 1928/1929 Gerichtsassessorprüfung, Assessor am Landgericht Bautzen; 1929/1930 Polizeipräsidium Oberhausen; 1930–1933 Landratsamt Düsseldorf; ab 1933 Regierungsbezirk Lüneburg.

Der Pfarrerssohn wurde politisch stark von seinem Onkel mütterlicherseits, Hermann Mulert, geprägt. In R.s Kieler Semestern entwickelte sich ein herzliches Verhältnis zum Onkel, der dort als Theologieprofessor lehrte. Mulert war in der linksliberalen DDP organisiert und ein prominenter Vertreter des Liberalprotestantismus. Nach der „Machtergreifung" wurde der Theologe von den Nationalsozialisten angefeindet und 1935 entlassen.

R. schloss sich in Leipzig, erfüllt vom christlichen Ideal der sozialen Gerechtigkeit, dem „Sozialistischen Studentenbund" an und 1926 auch der SPD. Für seine politische Entwicklung wurde in Leipzig die Freundschaft mit der linksidealistischen Katholikin Maria Grollmuß wichtig. 1931 traten beide der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP), einer linken SPD-Abspaltung, bei.



Neben seinem politischen Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit unterstützte er Notleidende auch ganz konkret. Von seinen Bezügen als Assessor unterstützte er mit relativ großen Beträgen arbeitslose Familienväter, allein stehende Mütter und eine Hilfskampagne für das von einer Hungerkatastrophe heimgesuchte China.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten schoben die Behörden den politisch „belasteten“ Assessor im März 1933 in degradierender Absicht in Verwaltungsstellen nach Königsberg und ab September 1933 nach Lüneburg ab. R. ließ sich aber nicht einschüchtern. Gemeinsam mit anderen nahm er sofort Hilfsaktionen für die Not leidenden Familien von inhaftierten NS-Gegnern auf. R. nahm dazu Verbindung zu Elsa Brändström und zu den Quäkern auf. Neben die materielle Hilfe traten Bemühungen um Rechtsbeistand für verfolgte Kommunisten und Sozialdemokraten. Im Sommer 1934 konnte der Protestant und linke Sozialist den katholischen Erzbischof von Paderborn, Caspar Klein, bewegen, ein Gnadengesuch für einen zum Tode verurteilten Kommunisten einzureichen.

Neben diesem humanitären Widerstand setzte R. sein politisches Engagement fort. Im Oktober 1933 begleitete er Maria Grollmuß bei einer Reise – das ganze war als Sonntagsausflug getarnt – nach Bodenbach ins deutsch-tschechische Grenzgebiet. Dort wurden Kontakte zur linken Emigration in der Tschechoslowakei hergestellt. Im Mai und September 1934 folgten gemeinsame Kontaktreisen nach Prag. Grollmuß und R. schmuggelten Materialien ins Deutsche Reich ein, die sie unter dem Titel „Rote Blätter“ verbreiteten. Ihre Kontaktleute in Prag setzten als „Revolutionäre Sozialisten“ auf einen gewaltsamen Umsturz in Deutschland. R. lehnte als Pazifist diese Pläne ab. Aus seiner Sicht verheißungsvoller waren die Beziehungen zu einem Kreis Prager Universitätsprofessoren, die zur Unterstützung von R.s humanitären Hilfsaktionen bereit waren. Doch vor der nächsten geplanten Prag-Reise verhaftete die Gestapo Ende November 1934 R. in Lüneburg und Grollmuß bei Bautzen. Bei einer Hausdurchsuchung war belastendes Material gefunden worden. Die Festgenommenen kamen in die Gefangenenanstalt I in Dresden. Aus R.s Umfeld verhaftete die Gestapo auch seine Schwester Clementine, die die Hilfsaktionen unterstützt hatte.

R. und Maria Grollmuß wurden vor dem Volksgerichtshof 1935 wegen „Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat unter erschwerenden Umständen“ angeklagt. Am 23.11.1935 erging das Urteil: sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust für R., sechs Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust für seine Freundin.

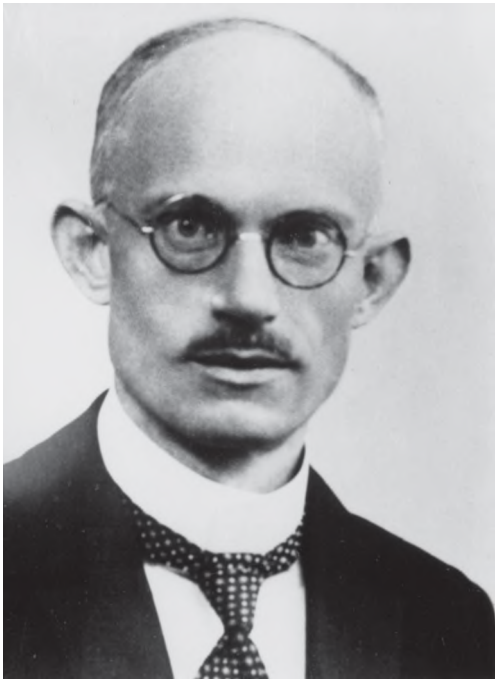
Aus dem Zuchthaus in Waldheim kämpfte R. gegen die Aberkennung seines Doktortitels durch die Universität Leipzig. Mutig formulierte er in einer Denkschrift 1936: „Die Grundsätze der Humanität und Toleranz, diese moralischen Leistungen der europäischen Kultur sind m. E. die Voraussetzungen für ihre geistigen und technischen Taten. Zerfällt diese Grundlage, so sind alle Leistungen und Kenntnisse technischer, wirtschaftlicher, psychologischer und sonstiger Art keine Fortschritte der Kultur, sondern solche der Barbarei.“ (K. Nowak: Reinmuth [2000], S. 120) Innere Stärkung erfuhr R. in Waldheim durch die Lektüre der Schriften des Schweizer Theologen Karl Barth, den die Nationalsozialisten wegen seiner oppositionellen Haltung 1935 von der Universität Bonn vertrieben hatten.

Im Dezember 1941 wurde der inzwischen gesundheitlich angeschlagene Häftling ins Polizeigefängnis Dresden verlegt. Nach Verbüßung der vollen Haftstrafe sollte er hier vor der Entlassung die übliche Erklärung unterschreiben, in Zukunft nichts mehr gegen den NS-Staat zu unternehmen. Als er dies verweigerte, verschleppte ihn die Gestapo am 14.2.1942 als „Schutzhäftling" ins KZ Sachsenhausen. Dort starb der Häftling Nummer 41107 laut Sterbebuch des Standesamtes Oranienburg am 26.4. unter ungeklärten Umständen – offizielle Todesursache: Kreislaufschwäche; Grundleiden: Ruhr.

Maria Grollmuß starb am 6.8.1944 im KZ Ravensbrück.

Literatur: K. Nowak: Reinmuth (1978); Ders.: Reinmuth (2000); C. Wickert (Red.): Freiheit, S. 265 f.
Foto: K. Nowak: Reinmuth (2000), S. 119.

B. *Mensing*



Richter, Paul

* *21.7.1894 Kaitz (heute Dresden),* † *13.8.1942 KZ Dachau. Verh. mit Johanna, geb. Hentsch, vier Kinder.*
1914 Abitur in Dresden; 1914–1917 Theologiestudium in Kiel, Münster, Erlangen, Leipzig; 1917–1919 Sanitätssoldat; 1920 I. Theologische Prüfung; 1920–1921 Vikar in Bad Elster; 12.12.1920 Ordination; 1921 April: II. Theologische Prüfung; 1921–1928 Pfarrer in Bärenstein (Erzgebirge); 1928–1942 Pfarrer in Wilsdruff und Sachsdorf.

R. hatte ein tiefes Verständnis für alle Menschen, die ihm anvertraut waren. Die schlichte Frömmigkeit der Eltern, ihre Liebe und Anhänglichkeit zur Kirche und die Achtung vor dem geistlichen Amt weckte früh den Wunsch, Pfarrer zu werden. Er war sehr begabt und las gern. Lebensmitte war der gekreuzigte und auferstandene Christus. Er wusste sich an das lutherische Bekenntnis und Ordinationsgelübde gebunden. In der Antrittspredigt in Wilsdruff im April 1928 sagte er: Der Prediger soll ein Botschafter, Mahner und Tröster sein.

Am 30.6.1933 wurde der deutsch-christliche Pfarrer Friedrich Coch Landesbischof in Sachsen. Auf die Einladung der sich sammelnden Opposition schrieb R.: „Es möchte denen entgegengetreten werden, die uns vorschreiben wollen, nationalsozialistische Weltanschauung zu predigen" (W. Oehme: Märtyrer, S. 90). Er lehnte Menschenverherrlichung, Rassenhass, Führertum und blinden Gehorsam ab. In der Familie wurde allerdings wenig über Politik gesprochen, erinnert sich der damals achtjährige Sohn Gotthold. R. gehörte zu den 294 von 1 260 sächsischen Pfarrern, die sich 1933 dem Pfarrernotbund anschlossen. Weil sie die Erklärung des Pfarrernotbundes gegen den „Maulkorberlass" des Reichsbischofs am 14.1.1934 im Gottesdienst verlasen, wurden allein in Sachsen 30 Pfarrer für ein halbes Jahr vom Amt suspendiert. Der beunruhigten Gemeinde schrieb R. am 24.3.: Die Einschränkung freier Verkündigung sei „eine Verletzung des Bekenntnisses der Reformation [...] Wir haben also aus innerster Gewissensüberzeugung gehandelt. Nunmehr wird von uns verlangt, daß wir diese Gewissenshandlung als einen Verstoß gegen die kirchliche Ordnung anerkennen [...]; wir haben im Gegenteil gerade das getan, was die ev.-luth. Kirche von ihren Predigern erwarten muß." (Ebd., S. 91 f.) „Noch erinnere ich mich", schrieb Sup. Hugo Hahn später, „wie ernst uns Bruder Richter [...] ins Gewissen redete", den

von Coch geforderten Revers abzulehnen (H. Hahn: Kämpfer, S. 60). Im Juli 1934 wurde die Suspension aufgehoben, doch R. und 15 anderen Zwangsversetzung angekündigt (D. Röthig: Chronik, S. 77, 82), die aber nicht erfolgte.

Als der NS-Staat im Herbst 1935 den Kirchen, in denen Deutsche Christen und Bekennende Kirche sich bekämpften, Kirchenausschüsse als Leitungen aufzwang, willigte die Bekennende Ev.-lutherische Kirche in Sachsen ein, weil damit Coch entmachtet wurde. Auch in Wilsdruff wurde 1936 der Gemeindekirchenrat durch einen Ortskirchenausschuss ersetzt, obwohl es offenbar keine aktive DC-Gruppe gab (GA 507, 592). Als Hitler im Februar 1937 mit einer Kirchenwahl erneut das Blatt wenden wollte, informierte R. seine Gemeinde: „Es ist für viele evangelische Christen ungemein schwierig, zur Klarheit darüber zu gelangen, worum es in unserer Kirche überhaupt geht […] Bei der Kirchenwahl werden wir evangelischen Christen gefragt sein, ob dieses Bekenntnis [zu Jesus Christus] allein Regel und Richtschnur für die gesamte Lehrtätigkeit der Kirche sein soll […] Oder soll die evangelische Kirche sich danach richten, daß die Botschaft von der Gnade manchem nicht gefällt?“ (W. Oehme: Märtyrer, S. 87) Er versuchte, die Gemeinde von der Notwendigkeit des Kirchenkampfes zu überzeugen.

Im Juli 1937 setzte der NS-Staat OKR Johannes Klotsche als Leiter der Landeskirche ein. Es kam erneut zu heftigen Kämpfen. Am 13.2.1938 wandten sich sächsische Pfarrer an ihre Gemeinden: Ein „unkirchliches Regiment“ zerstöre die Kirche. „Man will einen anderen Glauben und eine andere Kirche, die man ‚Deutsches Christentum‘ und ‚Nationalkirche‘ nennt.“ Wer das ablehne, werde als Staatsfeind diffamiert. Auch R. verlas die Erklärung und gab, wie alle anderen, Reichskirchenminister Hanns Kerrl davon Kenntnis (LKA Dresden, 5-106/1, S. 22 f.). Am 20.4.1938 wurden die Pfarrer zum Treueid auf Hitler verpflichtet. Aus Sorge, der Eid werde in Sachsen auch als Anerkennung der Kirchenleitung interpretiert, lehnten 257 BK-Pfarrer die Ableistung vor Bezirkskirchenämtern ab. Den im BK-Kreis geleisteten Eid wies die Kirchenleitung zurück und drohte mit Entlassung (D. Röthig: Chronik, S. 185; gegen W. Oehme: Märtyrer, S. 89). Nach langwierigen Verhandlungen wurde zugestanden, dass der Eid, wie in Preußen, die Bindung an das Ordinationsgelübde nicht aufhebt. In dieser Form wiederholte auch R. den Treueid am 22.9.1938 (LKA, 5-242 und 5-124/125; D. Röthig: Chronik, S. 196).

Die Gestapo beobachtete R., führte Haussuchungen durch und wartete nur auf einen Vorwand, ihn ausschalten zu können. Am 21.8.1941 besuchte er die Witwe eines Lehrers, der als Hauptmann in Frankreich Suizid begangen hatte, weil er für den Tod von Soldaten verantwortlich war. In dem seelsorgerlichen Gespräch verstand die Witwe eine Formulierung R.s nicht. Empört erzählte sie dem Bürgermeister davon und trat aus der Kirche aus. Am 21.10. musste R. zum Verhör der Gestapo nach Dresden. Am 10.11. wurde er verhaftet und kam ins Polizeigefängnis in Dresden. Im Haftbefehl stand: Beleidigung einer Offizierswitwe. Er sei der „Front in den Rücken gefallen“ und habe „den Abwehrwillen der Heimat geschwächt“ (W. Oehme: Märtyrer, S. 93). Johanna Richter und andere bemühten sich, ihn durch Eingaben wieder frei zu bekommen. Am 2.3.1942 wurde er „aus Platzmangel“ ins KZ Dachau verlegt. Auf dem Weg dorthin erlitt er eine Nierenkolik, sodass er im Krankenhaus in Plauen behandelt werden musste. Frau Richter fuhr sofort hin. So konnten beide noch drei Tage (19.–21.3.) zusammen sein und das Abendmahl feiern. In Vorahnung legte er fest, bei seinem Begräbnis solle „Nun bitten wir den Heiligen Geist“ gesungen und Hebr 12,2 ausgelegt werden.

Am 27.3. traf R. im KZ Dachau ein. Als Häftling 29614 kam er in Block 26/3, den „Pfaffenblock“. Seine Frau kämpfte weiter um seine Freilassung. Der katholische Pfarrer Hermann Scheipers berichtete über R.: „Seine Augen […] verrieten geistige Lebendigkeit und ungebrochenen Mut.“ Am 9.8. predigte er den Mithäftlingen über 1 Kor 10,12 f. Der Schwerstarbeit auf den Plantagen war er körperlich nicht mehr gewachsen. Am 13.8.1942 starb er an Hungertyphus. Der Bote, der Frau Richter die Nachricht überbrachte, drohte: „Wenn ihr Theater macht, kommt ihr auch dorthin.“ Die Gestapo verbot einen Gedächtnisgottesdienst. Am 23.8. predigte Sup. Böhme (Meißen) in Wilsdruff. Ohne R.s Namen zu erwähnen, wurde es ein Gedächtnisgottesdienst, der alle ergriff. Am 18.9. wurde die Urne unter großer Teilnahme im Familiengrab in Dresden-Leubnitz-Neuostra beigesetzt.

Im April 1948 gedachte die 16. ev.-luth. Landessynode an Pfarrer Paul Richter (Protokoll, S. 136). Seit 1949 erinnert an ihn eine Gedenktafel an der Kreuz-

kapelle des Friedhofs in Wilsdruff, für die er 1937 das fünf Meter lange Eichenkreuz selber gezimmert hatte. In der Krypta des Brandenburger Domes wird an ihn erinnert. In Wilsdruff gibt es seit 1997 einen Paul-Richter-Weg, und das Gemeindezentrum in Dresden-Leubnitz erhielt seinen Namen.

Quellen: Unterlagen der Familie (Briefe Richters aus Gefängnis und KZ Dachau, Tagebücher von Paul und Johanna Richter 1941–1943); LKA Hannover: Best. D 15 I Nr. 92,1: Lutherrat Berlin, Bd. 6,1 (Eingabe J. Richters an das RSHA Berlin v. 23.12.1941); Gemeindearchiv Wilsdruff: Akte Paul Richter und Nr. 507, 592; LKA Dresden: Best. 5, Nr. 106, 124, 242; Dorothea Röthig, Chronik des Kirchenkampfes in Sachsen, 1960 (Hektogr.); Protokoll der 16. evangelisch-lutherischen Landessynode, 1. Tagung, 19. April 1948, S. 136; Korrespondez mit Familienangehörigen.

Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 61–64 (korr.-bedürftig); H. Hahn: Kämpfer; H. Klemm: Dienst, S. 316–331; W. Oehme: Märtyrer, S. 83–99 (korr.-bedürftig).

Foto: Kirchengemeinde Wilsdruff (Sammlung Ludwig).

H. Ludwig



Rittmeister, John, Dr. med.

** 21.8.1898 Hamburg, † 13.5.1943 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Eva, geb. Knieper.
1917/1918 als Soldat im Krieg u. a. in Frankreich; 1920–1926 Studium in Marburg, Göttingen, Kiel, und München; Staatsexamen und praktische Zeit in Hamburg; 1926–1929 2. Aufenthalt in München; 1933–1936 Assistent an der Poliklinik für Nervenkranke in Zürich; 1937–1942 Oberarzt der Psychiatrischen Klinik Waldhaus am Berliner Nikolassee; später Leiter der dortigen Poliklinik.

R. war der Sohn einer Hamburger Patrizierfamilie. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums zog er als Soldat in den Ersten Weltkrieg. Als Angehöriger eines Artillerieregiments ging es 1917 zunächst an die italienische Gebirgsfront in den Dolomiten, später kämpfte er in Frankreich. Nach seiner Rückkehr in die Heimat 1919 starb seine Mutter. Ein Jahr später nahm der politisch konservativ eingestellte R. das Medizinstudium auf. Sein besonderes Interesse galt hier der Psychoanalyse und der Psychotherapie. Entsprechend seiner patriotischen Einstellung wurde er bald Mitglied einer national gesinnten Jugendgruppe. Dort entwickelte er sein später deutlich hervortretendes Interesse für kulturkritische Schriften und seine Liebe zur russischen Literatur. Nach dem erfolgreichen Abschluss seiner Studien unternahm er ausgedehnte Reisen durch Europa, um seine medizinischen Kenntnisse zu vertiefen. In diesem Zusammenhang gelangte er auch einmal in die Sowjetunion. Anfang der 1930er Jahre führte ihn sein Weg nach Zürich, wo er mit einer psychotherapeutischen Ausbildung begann. Hier wurde er auch Mitglied der Schweizerischen „Gesellschaft zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion“, was seine Auseinandersetzung mit der marxistischen Idee förderte.

Erst 1937 kehrte er nach Deutschland zurück, um sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Ein Jahr später wurde er Oberarzt der Berliner Psychiatrischen Klinik Waldhaus und ein weiteres Jahr später Leiter der dortigen Poliklinik. Während dieser Tätigkeit trieb er seine Ausbildung zum Psychotherapeuten weiter voran. Zudem wuchs sein Interesse für Literatur, Kunst und Philosophie.

R. verhielt sich nicht passiv gegenüber den immer deutlicher zutage tretenden rassistischen Zügen des Nationalsozialismus, die er entschieden ablehnte. Mit Hilfe seiner Hamburger Familie versuchte R. vor Kriegsbeginn, jüdischen Mitbürgern die Ausrei-

se zu ermöglichen. Später versteckte er einige Juden zeitweise in der Klinik und versorgte Untergetauchte jüdischen Glaubens und politisch Verfolgte mit Geld, Kleidung und Lebensmitteln.

Daneben organisierte er in Anknüpfung an seinen Aufenthalt in der Schweiz Gesprächskreise zu marxistischen Themen. Im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen kam es zu einem eher zufälligen Treffen mit Harro Schulze-Boysen, von dessen Agenten- und Spionagetätigkeit R. nichts wusste. Er war jedoch fasziniert von Schulze-Boysens unermüdlichem Einsatz im Widerstand und arbeitete an einem Flugblatt mit, war jedoch an dessen Verteilung nicht beteiligt. Trotzdem wurde er am 23.9.1942 verhaftet und später durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Während seiner achtmonatigen Haft, setzte er sich in einem Tagebuch intensiv mit seiner Person und der eingetretenen Situation auseinander. Je intensiver er sich mit den Lehren verschiedener Philosophen und einem psychoanalytischen Blick auf seine eigene Lebensgeschichte beschäftigte, desto größer wurde seine Nähe zum christlichen Glauben. Deshalb unterhielt er sich häufig mit dem Gefängnispfarrer und schöpfte auf diese Weise Mut in der zunehmend verzweifelten Lage, die mit der Bestätigung des Todesurteils am 23.2.1943 nahezu aussichtslos wurde. So schrieb er am 28.3.1943: „Ich werde Sieger auch im Gefängnis und im Tod bleiben. Für mich ist Christentum keine Flucht, sondern Rechtfertigung des Lebens (Röm 5,18)." (J. Rittmeister: Welt, S. 103) Im Abschiedsbrief an seine Frau Eva, die er nur Mäcki nannte und die nach ihm ebenfalls verhaftet worden war, schrieb er: „Ich bin ganz ruhig und gefaßt [...] Das kleine Crucifix liegt vor mir, Deine Zeichnung von der Zelle auch, Du bist bei mir, ich bei Dir, Du wirst weiterwandeln auf der Erde, wie Gott in Christus ein diesseitig menschliches Lebens lebte, der Mensch soll nicht in Askese, sondern fröhlich und liebend [...] wandeln, mitten im Zeitlichen sich aber des Menschlich-Zeitlosen bewußt bleiben, woher er stammt und wohin er zurückkehrt."(H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 307)

Literatur: W. Bräutigam: Rittmeister (Lit.!); H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 307; K. v. Klemperer: Zeuge, S. 24 f. (Lit.!); J. Rittmeister: Welt (Lit.!).

Foto: W. Bräutigam: Rittmeister, S. 35.

C. Bendick

Roenne, *Alexis* Peter Wilhelm Hugo Freiherr von

* *22.2.1903 Tuckum (Kurland),* † *12.10.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Ursula, geb. von Bülow, zwei Töchter.

Nach dem Abitur Versicherungsangestellter in Lübeck; 1924 Eintritt als Fahnenjunker in das Infanterie-Regiment 9 in Potsdam, Offizierslaufbahn; 1935–1937 Generalstabsausbildung an der Kriegsakademie in Berlin; 1937–1940 Referent in der Abteilung Fremde Heere West des OKH in Berlin; 1940/1941 Erster Generalstabsoffizier bei der 23. Infanterie-Division in Polen, nach Verwundung ein Jahr lang felddienstuntauglich; 1942 Probeeinsatz in der Abteilung Fremde Heere Ost des OKH; 1943 Beförderung zum Oberst, Chef der Abteilung Fremde Heere West des OKH in Zossen.

R. war das jüngste von fünf Kindern des deutschbaltischen Rechtsanwalts Peter Freiherr von Roenne und dessen Ehefrau Helene, geb. Baronesse von Derschau. Er verlebte seine Kindheit auf dem Familiengut Wilkajen bei Tuckum, das sein Vater bis zur Enteignung infolge der russischen Revolution verwaltete, und im nahe gelegenen Mitau, wo er auch die Schule besuchte. 1919 zog die Familie nach Deutschland. In einem Internat in Treptow (Pommern) bestand R. 1920 das Abitur. Seine Berufswahl gestaltete sich schwierig, da das Geld für ein Studium fehlte. Durch die Vermittlung seines ältesten Bruders, der bei einer Lebensversicherung in Lübeck Arbeit gefunden hatte, erhielt R. dort ebenfalls eine Stelle. Er strebte dann die Offizierslaufbahn an und wurde 1924 ins traditionsreiche Infanterie-Regiment 9 aufgenommen, wo er in den folgenden Jahren Zugführer, Ausbilder und schließlich Kompaniechef wurde.

Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete R. überwiegend beim Nachrichtendienst des OKH, wo ihm zunächst in der Abteilung Fremde Heere West die für den Frankreichfeldzug wichtige Aufgabe zukam, Nachrichten über das französische Heer und dessen operative Pläne auszuwerten. Sein Dienst bei der Truppe 1940/1941 wurde durch seine Verwundung am ersten Tag des Russlandfeldzuges beendet. In der Abteilung Fremde Heere Ost war er unter deren Leiter Reinhard Gehlen an den Vorbereitungen zur Aufstellung der von Andrej A. Wlassow geführten antibol-



schewistischen Russischen Befreiungsarmee beteiligt, bevor er 1943 in die Abteilung Fremde Heere West des OKH zurückkehrte und deren Leitung übernahm.

R. war ein tief gläubiger, politisch konservativer Mensch. Den Aufstieg der nationalsozialistischen Partei an die Macht verfolgte er mit Vorbehalten. Während der ersten Jahre der NS-Herrschaft hoffte er noch auf eine Stabilisierung der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands auf der Grundlage von Recht und Gesetz. Aber die Brutalität von SA und SS, die fortgesetzten Repressionen gegen die Kirchen, die Greueltaten insbesondere an der jüdischen Bevölkerung Polens, von denen er als Generalstabsoffizier bei der 23. Infanterie-Division erfuhr, und die unverantwortliche Kriegsführung, deren verheerende Folgen ihm während seiner Tätigkeit beim OKH deutlich wurden, ließen ihn immer grundsätzlicher auf Distanz gegenüber dem Regime gehen.

R. hatte Kontakt zu Claus Schenk Graf von Stauffenberg, den er bereits 1936 an der Kriegsakademie kennen gelernt hatte, und zu anderen Angehörigen der militärischen Opposition gegen Hitler. Am Umsturzversuch des Jahres 1944 nahm er selbst nicht aktiv teil. Er erfuhr jedoch von den Staatsstreichsplänen und billigte sie.

Unmittelbar nach dem 20.7.1944 wurde R. festgenommen und verhört. Am 9.8.1944 erfolgte seine endgültige Verhaftung. Der Hauptvorwurf gegen ihn lautete, dass er die ihm bekannten Attentatspläne nicht angezeigt habe. In der Haft schrieb er am 1.10.1944: „Sicher ist, daß sie [gemeint sind die Verschwörer] vernunftgemäße Grundlage hatten, und daß die Beteiligten nur um ihres Volkes Todesnot willen ihre schwersten persönlichen Hemmungen überwanden (Fahneneid). – Gott hat gegen sie entschieden! Er hat erneut gezeigt, daß auch höchste vaterländische Ziele die Sünde [gemeint ist der Mordanschlag] zur Erreichung nicht rechtfertigen! Er hat vielleicht auch dem deutschen Volke die im Gelingen des Umsturzes vielleicht liegende Rettungsmöglichkeit vor dem Verderben nicht mehr schenken wollen, um seiner schwersten Schuld willen (Antichristentum, Judenmassentod), die es nun nach Jahren vergeblicher Gnade büßen soll! [...] Mein eigener Anteil war klein genug. Ich habe drei Wochen zuvor etwas erfahren und geschwiegen, weil auch ich darin die einzige Rettung Deutschlands und meiner Kinder sah. So falle ich stolz und reinen Gewissens für diese! Gott, der Herr, hat mir vergeben!“ (Zitiert nach H. Royce: 20. Juli 1944, S. 133) Am 5.10.1944 verurteilte ihn der Volksgerichtshof zum Tode.

In den wenigen Tagen nach seiner Verurteilung beschäftigte sich R. besonders intensiv mit der christlichen Botschaft. Dies geht aus Kassibern hervor, die aus dem Gefängnis an seine Frau geschmuggelt werden konnten. Darin notierte er Bibelstellen und Kirchenlieder, die ihm angesichts seines bevorstehenden Todes besonders wichtig waren (so Röm 8,38 f., 1 Kor 15,55 und Hebr 10,39). Nach der Hinrichtung erhielt er keine Grabstätte. Eine Gedenkinschrift für R. befindet sich auf dem Grabstein seiner Frau auf dem Klosterfriedhof in Malchow (Mecklenburg).

Quellen: Briefe von Adelheid Barbara Döll an den Verf., 30.9.2004 und 3.11.2004.

Literatur: Zum 25. Jahrestag des 20. Juli 1944, S. 28 f.; B. Freiherr Freytag von Loringhoven: 20. Juli 1944, S. 130 f.; Mecklenburgia sacra 7, 2004, S. 83–93, 119–133 (Lit.!); H. Royce (Bearb.): 20. Juli 1944, S. 90 f., 132 f.; W. Strik-Strikfeldt: Stalin.

Foto: GDW.

A. Kurschat



Rosenthal, Bruno

** 8.5.1909 Berlin, † 13.1.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh., ein Kind.
Musiker, später Expedient in Berlin.

R. gehörte zu den sog. „Mischlingen" und setzte sich als sehr aktives Mitglied in dem von Pfarrer Heinrich Grüber gegründeten Kreis für Christen jüdischer Herkunft ein. Durch seine Kontakte zu verschiedenen Widerstandsgruppen, konnte er die anderen Mitglieder der Gruppe mit immer neuen Informationen versorgen. R. war entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, zumal er schon um 1942/1943 wusste, dass in den Konzentrationslagern Menschen vergast wurden. Anfang der 1940er Jahre arbeitete R. in der Werbeabteilung bei der Union Deutsche Verlagsgesellschaft, die Fachbücher und Fachzeitschriften herausbrachte. Viele, die vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wurden, brachten die Mitarbeiter des Büro Grüber hier unter. So ist es nicht verwunderlich, dass gerade hier 1943 ein Anti-Hitler-Gedicht folgenden Inhalts kursierte:

> „Händchen falten, Köpfchen senken,
> immer an den Führer denken.
> Komm, Herr Jesus, sei unser Gast
> und segne, was Du uns bescheret hast;
> aber nicht Pellkartoffel und Hering
> sondern was Du ißt und Hermann Göring! [...]
> [Zwischenzeile nicht überliefert]
> Wer andern das Kinderkriegen versüßt
> und selber keine machen kann,
> wahrlich, das ist ein deutscher Mann"
>
> (zitiert nach H.-R. Sandvoß: Kreuzberg, S. 240).

Mehrere Angestellte des Betriebes wurden von der Gestapo verhört. Zunächst waren die Befragungen leutselig, sodass man von einem glimpflichen Ende ausging. Vier Wochen später wurden einige Mitarbeiter jedoch erneut vorgeladen, unter ihnen befand sich auch R. Er wurde wegen eines Verstoßes gegen das Heimtückegesetz verhaftet, erlitt in der Haft angeblich einen Hirnschlag und verstarb.

Literatur: B. Mensing/R. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 100 f.; H.-R. Sandvoss: Friedrichshain/Lichtenberg, S. 247 f.; Ders.: Kreuzberg, S. 240.
Foto: H.-R. Sandvoß: Kreuzberg, S. 241.

C. Bendick

Rothe, *Margaretha* Hedwig Frieda Erna

** 13.6.1919 Hamburg, † 15.4.1945 Leipzig.*
Ledig, ohne Kinder.
1938 Abitur in Hamburg; ab 1939 Studium der Medizin in Berlin und Hamburg.

Die ev.-luth. Tochter eines Angestellten besuchte in Hamburg verschiedene Schulen, wobei sie die reformorientierte Lichtwark-Schule stark im demokratischen Sinne prägte. 1937 musste sie diese Schule verlassen und wechselte auf die Klosterschule, wo sie am 23.3.1938 die Reifeprüfung bestand und anschließend ein halbes Jahr als Hausgehilfin Arbeitsdienst leistete. Die Schule lobte ihre Hilfsbereitschaft und charakterisierte sie als „eine sehr kluge, scharfe, nüchterne Denkerin, deren Urteilsfähigkeit sehr oft eine über



ihren Jahren stehende Reife bewies. Von größter Belesenheit, strebte sie immer wieder nach persönlicher Stellungnahme zu allen Fragen, die der Unterricht aufwarf" (Staatsarchiv Hamburg, 362-2/36, Margaretha Rothe, Klosterschule an Reichsstudentenwerk, 10.3.1939). R. wird als sehr zurückhaltend geschildert. Ihr Berufswunsch, Kinderärztin zu werden, stand im Zeichen praktizierter Humanität. Ihre Ablehnung des Nationalsozialismus war kompromisslos, getragen von einem starken Willen.

Im Sommersemester 1939 nahm R. das Medizinstudium an der Hamburger Universität auf. Der Ordinarius der Pädiatrie, Rudolf Degwitz, bestätigte sie in ihrer ablehnenden Haltung zum Nationalsozialismus. Im Wintersemester 1939/1940 war sie in Berlin, wo sie sich oppositionellen Studenten anschloss. R. gehörte zum revolutionären Kern der Hamburger Weißen Rose, einer lockeren Gruppierung von NS-Gegnern, die auf einen seit 1935/1936 bestehenden Freundes- und Lesekreis von Lichtwark-Schülern zurückging. Nach dem Kriegsbeginn kamen oppositionell eingestellte Studierende hinzu, hauptsächlich von der philosophischen und der medizinischen Fakultät. R. sympathisierte zeitweilig mit dem Kommunismus und erstrebte eine sozialistische Volksrepublik. Sie vervielfältigte das dritte Flugblatt der Münchner Weißen Rose, verfasste den Handzettel „Gegen Hitler und Krieg" mit und warb für den Freiheitssender.

Am 9.11.1943 wurde R. u. a. wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung verhaftet, im November 1944 wurde sie aus dem Gestapo-Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel über Berlin nach Cottbus transportiert, am 10.2.1945 erreichte sie das Frauengefängnis Leipzig-Kleinmeusdorf. Bereits an Lungentuberkulose erkrankt kam sie ins Gefängnislazarett und am 6.3. in das Städtische Krankenhaus Leipzig-Dösen, wo sie am 15.4. verstarb.

1971 wurde im Foyer des Auditorium Maximum der Universität Hamburg eine Gedenktafel u. a. für R. angebracht. Nach R. wurden in Hamburg 1982 der Margaretha-Rothe-Weg im Stadtteil Niendorf, 1987 ein Gebäude auf dem Gelände des Universitätskrankenhauses sowie 1988 das mit dem Gymnasium Hartzloh vereinigte Elise-Averdieck-Gymnasium benannt.

Quellen: Staatsarchiv Hamburg, 362-2/36 Gymnasium Klosterschule, Schulakte Margaretha Rothe.
Literatur: A. Bottin: Zeit; H. v. d. Bussche (Hrsg.): Anfälligkeit; U. Hochmuth: Candidates; U. Hochmuth/G. Meyer: Streiflichter.
Foto: H. v. d. Bussche: (Hrsg.): Anfälligkeit, S. VI.

R. *Hering*

Rubanowitsch, Israel Johannes

* *12.5.1866 Rjeshtza, Kreis Korow, Gouvern. Witebsk, Weißrussland,* † *10.6.1941 KZ Sachsenhausen.*
Verh., eine Tochter.
1870–1878 Elementarschule in Reval; 1878–1881 Lederschaftmacher-Lehre; 1881–1883 Wehrpflicht; 1883–1886 Arbeit bei einem Schuster; 1886–1889 Missionsseminar in Neukirchen; danach als Prediger u. a. in Reval, Schwelm und Straßburg tätig, ab 1902 in Hamburg.

R. wurde als Kind jüdischer Eltern geboren. Mit dem Umzug der Familie R. von Rjeshtza nach Reval konvertierte seine Mutter zum lutherischen Glauben; sein Vater blieb mosaisch. Durch die pflichtgemäße religiöse Erziehung in der Synagoge lernte R. hebräisch. Daneben sprach er russisch, deutsch und estnisch. Bis zum 19. Lebensjahr war er ein eifriger Jünger der Synagoge. Er trat 1885 über zur lutherischen Kirche und



erhielt den Taufnamen Johannes. Mit dem Wunsch, Judenmissionar zu werden, besuchte er von 1886–1889 das Missionsseminar in Neukirchen. Von dort zurückgekehrt, evangelisierte er in estnischen und deutschen Kirchen Revals. Mit der zunehmenden Russifizierung des Baltikums wurde er 1895 ausgewiesen und übersiedelte, inzwischen verheiratet, nach Schwelm. Dort wurde ihm 1896 seine einzige Tochter Elisabeth geboren (gest. 1982).

1897 verlegte er seinen Wohnsitz nach Straßburg. Wegen seiner erwecklichen Erfolge im Osten nannte man ihn auch „den Erwecker Schlesiens".

1902 wurde er Nachfolger von Pfarrer Johannes Röschmann (1862–1901) im Diakoniewerk „Elim" in Hamburg. Bald wurde er über die Grenzen der Gemeinschaftsbewegung hinaus bekannt als eifriger Kämpfer gegen liberal-theologische Tendenzen (Lepsiusstreit 1904) sowie gegen schwärmerische Einflüsse (Pfingstbewegung 1907). Neben seiner Sonntagsschrift „Was sagt die Schrift?" (1904–1918) brachte er auch viele Broschüren mit dogmatischem und erbaulichem Inhalt heraus. 1913 wurde er auf Antrag naturalisiert. Mit der Wandlung seiner theologischen Überzeugung zur Allversöhnung hin (1911) verlor er jedoch seine bisherige Lehrautorität. Als die Vorwürfe von Irrlehre und anstößigem Lebenswandel sich mehrten, trat er 1918 von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wurde sein Kontrahent Friedrich Heitmüller (1888–1965), der inzwischen eine alternative Arbeit aufgebaut hatte und nun beide Werke vereinigte. R. gründete 1918 mit wenigen Getreuen, sehr enttäuscht von seinen ehemaligen Glaubensgenossen, seine eigene judenchristliche „Evangelisch-kirchliche Gemeinschaft". Fortan hielt er sich von dem öffentlichen kirchlichen Leben Hamburgs – Allianz, Ökumene und anderen judenchristlichen Gemeinden – völlig zurück.

Am 25.2.1935 wurde er unter dem Vorwand verhaftet, sich in volksschädlicher Weise zu betätigen sowie als getaufter Jude staatsfeindliche Äußerungen gemacht zu haben. Dann wurde am 28.2.1935 sein Vermögen eingezogen. Am 6.3.1935 wurde seine Zeitschrift „Das volle Heil" und zwei Tage später seine „Evangelisch-kirchliche Gemeinschaft" verboten, „weil der Prediger der Gemeinde, der vom jüdischen zum evangelischen Glauben übergetreten war, unter dem Deckmantel des Christentums einen unheilvollen talmudisch-jüdischen, ja sogar gesundheitsgefährdenden Einfluß auf deutsche Volksgenossen ausgeübt hat. Der Prediger R., der sich von der Gemeinde gern mit ‚Väterchen' anreden und sich die Hände küssen ließ, hat unter dem Christentum das Recht verstanden, die Opferfreudigkeit seiner Gemeinde in schamloser Weise für sich auszubeuten. Er hat von der Gemeinde, die ihn als den armen, unterstützungsbedürftigen Prediger kannte, Geld- und Sachspenden jeder Art angenommen, sodass er sich ein Vermögen von über 60 000 RM zusammentragen konnte." (Hamburger Nachrichten, 8.3.1935) Nach Überprüfung der Anklagepunkte wurde er jedoch am 13.3.1935 aus der Haft entlassen und die Beschlagnahme seines Vermögens aufgehoben. Ihm wurde jedoch Redeverbot erteilt, was am 6.4.1935 auch auf private Räume ausgedehnt und mit dem vorigen Vorwand schamloser Bereicherung und Beunruhigung der Bevölkerung begründet wurde. F. Heitmüller, sein Nachfolger, stellte sich öffentlich auf die Seite der staatlichen Zwangsmaßnahmen und schickte dadurch R. völlig in die menschliche und kirchliche Isolation.

Ende 1938 wurde R.s Vermögen per Sicherungsanordnung bis zu einer monatlichen Summe von

300 Mark erneut gesperrt mit der Begründung: „Sie sind Jude. Es ist damit zu rechnen, dass Sie in nächster Zeit auswandern werden." (Devisenstelle Hamburg, 14.12.1938) Die endgültige Verhaftung erfolgte am 29.7.1939. Er kam ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel. Dort wurde er bis zum 11.4.1940 als Häftling der Geheimen Staatspolizei geführt. Dann brachte man ihn ins KZ Sachsenhausen, wo er „am 10.6.1941 an Altersschwäche im hiesigen Lager verstorben ist" (Schreiben der Kommandantur Konzentrationslager Sachsenhausen, 30.6.1941). Nach Beendigung des Krieges versuchte die Tochter mehr über die Todesursache ihres 76-jährigen Vaters zu erfahren und bekam die Mitteilung: „Es dürfte im Falle Ihres Vaters sehr schwer sein, die wahren Vorgänge bei seiner Ermordung zu klären." (Forschungsstelle für Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, 20.3.1967)

Literatur: A. Jung: Rubanowitsch (Lit.!).
Foto: H. Heinrichs, Hamburg.

A. Jung



Sachs, Johanna

** 14.3.1898 Berlin, † Februar 1943 KZ Auschwitz.*
Ledig, ohne Kinder.

Obwohl S. im Kreis der verfolgten Christen jüdischer Herkunft eine bekannte Persönlichkeit war, an die sich viele erinnern, wissen wir leider nur noch wenig über sie.

Sie war Fürsorgerin, durfte aber seit 1933 ihren Beruf nicht mehr ausüben, da sie nach den NS-Gesetzen „Volljüdin" war. Die Eltern waren vor Beginn der NS-Zeit verstorben. Ihre Schwester Gabriele heiratete und emigrierte mit ihrem Mann in die USA. Bis sie sich etabliert hatten, sorgte S. für die 1935 in Berlin geborene Tochter Christine. Als sie Christine in die USA brachte, blieb sie – gegen den Rat der Schwester – nicht dort, weil sich viele nicht vorstellen konnten, was noch kam. 1936 gehörte sie zur Berliner Wandergruppe des „Paulusbundes", die ihre Cousine, Dr. Herta Lichtenstein, leitete. Da es für sie keine öffentlichen Bildungsmöglichkeiten gab, kam die Gruppe auch zu Vorträgen und Liederabenden zusammen.

Bei einem Gottesdienst während der Olympiade in Berlin im August 1936 lernte sie Elisabeth Kayser kennen. Als deren Tochter Charlotte 1937 nach Frankreich emigrierte, zog S. zu ihr. Beide verband die folgenden Jahre eine innige Freundschaft. Die fast 25 Jahre ältere Frau Kayser wurde ihr eine „gute mütterliche Freundin". Durch Kayser sei sie in den ersten Bibelkreis gekommen. Damit wird der Hausbibelkreis für Christen jüdischer Herkunft gemeint sein, den BK-Hilfsprediger Ernst Gordon, ein Bonhoeffer-Schüler, bis zu seiner Auswanderung 1938 leitete, danach übernahm ihn Pastor Helmut Gollwitzer. Ihm gehörten neben S. Renate Bergius, Inge Frankenstein, Alice und Gerda Goldstaub, Helmut Kobrak, Herta Lichtenstein, Fritz Schöngut und andere an, die sich bereits aus der Wandergruppe kannten.

In der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem waren Elisabeth Kayser und S. aktive Glieder, die in ihrer besonderen Situation von der Gemeinde getragen und von Gollwitzer begleitet wurden. Als Renate Bergius im September 1938 anregte, für die älteren und einsamen rassisch verfolgten Gemeindeglieder einen Besuchsdienst zu bilden, erklärten sich S. und Herta Lichtenstein dazu sofort bereit. Der Besuchsdienst sollte den damit Beauftragten auch zeigen, dass sie für die Gemeinde vollwertige Glieder waren.

Mehrere Mitglieder des Bibelkreises wanderten

1939 aus. Auch S. bemühte sich seit November 1938, nach England zu kommen. Mit Gollwitzer sprach sie darüber, ob sie aus dem fliehen dürfe, was ihr hier auferlegt sei. Denn Elisabeth Kayser war der Meinung: „Wer glaubt, der flieht nicht." (Jes 28,16) Die Genehmigung für England traf erst im August 1939 ein und wurde durch den Beginn des Zweiten Weltkrieges hinfällig. Am 10.10.1939 schrieb S. an Gollwitzer: „Aber ich muss in dem allen immer wieder daran denken, was Sie mir sagten: Nicht Auswanderung um jeden Preis, sondern wenn es von Gott von mir verlangt wird." (EZA Berlin, Best. 686/343/5) Im Rückblick war dieser Rat natürlich naiv. Die Frage nach dem Sinn des Leidens, ob die Rassenverfolgung auch Leiden um Christi willen sei, sowie später die Frage des Suizids, um der Deportation zu entgehen, findet sich in ihrer Korrespondenz mit Gollwitzer. Auch andere theologische Probleme versuchten sie brieflich zu klären, zum Beispiel die Beichte, die Una Sancta, das Christuszeugnis im Alten Testament oder die Auslegung von Jesaja 59 (Gott überwindet die Sünde seines Volkes).

Im Juli 1940 wurde S. gezwungen, nach Berlin-Wilmersdorf in die Lietzenburger Straße 8 umzuziehen, wo sie mit Studienrätin a. D. Margarete Draeger zusammenwohnte. Nachdem sie zur Zwangsarbeit dienstverpflichtet war, schrieb sie am 24.8.1941 an Gollwitzer: „Seit dem 10.7. [1941] habe ich nun, wie viele andere auch, eine Arbeit bekommen. [... Sie] macht mir Freude, da es immerhin so ist, dass ich sie leisten kann. [...] Ich gehe jeden Tag um ¼ 7 aus dem Haus und habe es bis auf einen Tag immer geschafft, noch in Ruhe die Tageslese und die Losung vorzunehmen" (EZA Berlin, Best. 686/454/1). Ob das die Draht- und Kabelwerke Vogel in Köpenick waren, wo sie 1942/1943 arbeitete, ist nicht bekannt.

Als im Oktober 1941 die „Abwanderung" nach Osten begann, von der man noch nicht wusste, dass sie in den Tod führte, beschloss die Dahlemer Gemeinde, einige in Kursen zu Laienpredigern auszubilden, die kirchliche Amtshandlungen ausüben und Gemeinden sammeln könnten. Am 30.10.1941 nannte die Gemeindehelferin Elsie von Stryk in einem Brief an Gollwitzer als erste Namen: „Wir überlegen, dem Georg aus Hamburg [Dr. Georg Hamburger], der Kaiserin Else [Elisabeth Kayser], der Sächsin [Johanna Sachs], dem Kaufmann [Dr. Franz Kaufmann] etc. eine Art Notabitur zu geben, damit ihre Mitreisenden nicht so alleine sind." (EZA Berlin, Best. 686/455/1) Von Georg Hamburger und Elisabeth Kayser wissen wir mit Sicherheit, dass sie zu Predigthelfern ordiniert wurden.

Im März 1942 erfahren wir aus ihrem Brief an Gollwitzer: „Ich habe manchmal das Gefühl, dass ich nicht mehr mit tragen kann, dass es zu viel ist und ich stumpf werde, ja, ich möchte fast sagen, aus Hilflosigkeit, ich weiß nicht recht, wie ich es ausdrücken soll. Es ist ja auch, dass mir und uns allen nichts anderes zu tun bleibt, als uns in das zu fügen, was uns auferlegt wird, und jeden Tag unsere Pflicht zu erfüllen, an dem Platz, an dem wir nun einmal gestellt sind. Aber manchmal ist das doch recht schwer." (G. Schäberle-Koenigs: Weg, S. 277 f.) Elisabeth Kaysers Deportation Anfang April und ihr Tod im Mai 1942 trafen S. sehr schwer. Helene Jacobs schrieb Gollwitzer über S.: „Sie ist aber sehr gefasst und trägt auch dies, wie ihr eigenes Schicksal, mit Gelassenheit und Gottvertrauen." (Ebd., S. 293) Wegen der großen Entfernung kam sie nur noch selten nach Dahlem, da die „Sternträger" keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen durften, sondern alles zu Fuß zurücklegen mussten.

Am 28.1.1943 schrieb sie an Leonore Hauswedell in Hamburg, die zweite Tochter Elisabeth Kaysers: „Was mit mir wird, weiß ich natürlich nicht; ich hoffe immer noch, verschont zu werden. Sollte es aber einmal so weit kommen, dann ist die Arbeit gar kein Schutz. Das wissen wir leider gewiss. Aber ich will mich nicht niederdrücken lassen. Ich will weiter zuversichtlich bleiben." (Original bei L. Hauswedell) Bereits zwei Tage später war sie abgeholt worden und musste die Vermögenserklärung unterschreiben. Am 3.2.1942 wurde sie mit dem 28. Osttransport von Berlin nach Auschwitz deportiert und ermordet.

Quellen: EZA Berlin, Best. 686: Nachlass Helmut Gollwitzer; BLha Potsdam, Rep. 36 A (II) 32695: Vermögenserklärung u. a.
Literatur: G. Schäberle-Koenigs: Weg.
Foto: Rainer Bressler.

H. Ludwig

Sack, Erich

** 1.4.1887 Goldap (Ostpreußen), † 24.1.1943 KZ Dachau.*
Verh., ein Sohn, sieben Töchter.
Theologiestudium in Königsberg (heute Kaliningrad); Hilfs-



prediger in Hamburg; seit 1914 Pfarrer in den ostpreußischen Orten Lyck (heute Ełk), Allenburg, Groß-Warnicken, Zinten und seit 1926 in Lasdehnen.

Prägend für S. war die Zeit als Hilfsprediger in Hamburg. Dort war er an der sog. Kapellengemeinde St. Anschar tätig, die sich 1920 von der Landeskirche löste und zu einer lutherischen Freikirche umwandelte, um dem kirchlichen Liberalismus gegenüber das lutherische Bekenntnis deutlicher zur Geltung zu bringen. Als Pfarrer in Lyck blieb S. während der russischen Besetzung 1914 als einziger Geistlicher in der Stadt, um die Zivil- und Soldatengemeinde zu betreuen. Seinem Einsatz ist es mit zu verdanken, dass der russische Kommandant die Stadt nicht einäscherte.

Nach 1933 bekämpfte S. die nationalsozialistisch orientierten „Deutschen Christen", die in der Kirche an Macht und Einfluss gewonnen hatten, als Irrlehrer und bezeichnete auch den Nationalsozialismus selbst offen als ein nationales Unglück. Wegen seiner ideologiekritischen Äußerungen in Predigten und bei Kasualien wurde er denunziert, von der Gestapo beobachtet und wiederholt zu Verhören zitiert; bei Haussuchungen wurde nach belastendem Material gesucht. Direkte Verstöße gegen das „Heimtückegesetz" konnten ihm jedoch vorerst nicht nachgewiesen werden.

Schließlich gab eine Bemerkung S.s im Konfirmandenunterricht: „Ein Volk, das seinen Glauben verleugnet, wird niemals siegen" (zitiert nach B. H. Forck: Glauben, S. 84), den erwünschten Grund für seine Verhaftung am 6.8.1942. S. kam zunächst in das Gefängnis nach Tilsit (heute Sowjetsk), wo ihn seine Frau zum letzten Mal sah, und wurde am 16.8.1942 in das KZ Dachau überführt. Geschwächt durch den ungewohnten Einsatz bei den Arbeitskommandos und die mangelhafte Ernährung starb S. dort am 24.1.1943, nachdem ihn sein Sohn noch einmal besuchen konnte; als Todesursache wurde Lungenentzündung angegeben. Im März 1943 wurde seine Urne in seiner ostpreußischen Heimat beigesetzt.

Quellen: BArch Berlin, ZC I 2505: Bericht des Oberstaatsanwalts am Landgericht Königsberg an den Reichsjustizminister vom 4.3.1939.

Literatur: B. H. Forck: Glauben, S. 83–85; J. Erb: Blutzeugen, S. 45–47; W. Oehme: Märtyrer, S. 115–117.

Foto: B. H. Forck: Glauben (unnummerierte Bildseite).

C. Nicolaisen

Sack, Karl, Dr. jur.

** 9.6.1896 Bosenheim (heute Stadtteil von Bad Kreuznach), † 9.4.1945 KZ Flossenbürg.*

Verh. mit Wilhelmine, geb. Weber, zwei Söhne.

1914 Jura-Studium in Heidelberg; 1919 in Frankfurt; Abschluss 1920 in Gießen, unterbrochen 1914–1918 durch Kriegsdienst; 1923–1925 Gerichtsassessor in Gießen und Ober-Ingelheim; 1926–1930 Oberamtsrichter in Schlitz; 1930–1934 Landgerichtsrat in Mainz; ab 1934 in der Wehrmachtjustiz in Hannover, Gießen und München; 1938 Reichskriegsgerichtsrat in Berlin; 1942 Chef der Heeresrechtsabteilung im Oberkommando des Heeres.

S. wuchs als Pfarrersohn in Oberhessen auf. Er blieb zeit seines Lebens durch die Welt des evangelischen Pfarrhauses geprägt und stand auch als Heeresrichter zu seiner christlichen Einstellung. Mit seiner Familie besuchte er nach Möglichkeit die sonntäglichen



Gottesdienste; er hörte öfters die Predigten Martin Niemöllers (1892–1984) und setzte sich nach dessen Verhaftung 1937 vergeblich für seine Freilassung ein.

S.s politische Vorstellungswelt war deutsch-national und streng konservativ. Er lehnte den rheinischen Separatismus strikt ab. In Schlitz trat er in die DVP ein, die sich unter Führung Gustav Stresemanns (1878–1929) auf den Boden der Weimarer Verfassung stellte. Bereits vor 1933 wandte S. sich gegen die Radikalisierung des politischen Lebens durch den Nationalsozialismus. Er selbst war bestimmt von dem Grundsatz, dem „Recht aus christlicher Verantwortung zu dienen“ (zitiert nach S. Dignath: Sack, S. 49). Weil ihm nach 1933 der Verlust der richterlichen Unabhängigkeit drohte, wechselte er in die Heeresjustiz über, die dem direkten Einfluss der NSDAP noch weitgehend entzogen war. Im Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Frhr. von Fritsch (1880–1939), sah er einen Garanten für Sittlichkeit und Rechtlichkeit.

Als Fritsch 1938 wegen angeblicher sittlicher Verfehlungen vor einem Sondergericht der Prozess gemacht werden sollte, gelang es S., die militärgerichtliche Untersuchung in seine Hände zu bekommen, die Unhaltbarkeit der Anschuldigungen zu beweisen und damit die Pläne Hitlers und der Gestapo zu vereiteln. In dieser Zeit kam er in Kontakt mit Vertretern der frühen militärischen Opposition gegen Hitler, die sich in der militärischen Abwehr gebildet hatte. Er schloss sich Hans Oster und Hans von Dohnanyi an; zusammen mit Dohnanyi bereitete er für den Fall des gelungenen Umsturzes den Strafprozess gegen Hitler vor. Zu der Zeit lehnte S. ein Attentat auf Hitler noch ab; eine der wichtigsten Aufgaben des politischen Umsturzes sah er in der Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit.

S. hat an der Rechtsprechung zwar nichts Grundsätzliches ändern können, es gelang ihm aber in wichtigen Fällen, Prozessabläufe günstig zu beeinflussen, Verfahren gegen Mitarbeiter der Abwehr zu verschleppen, deren Widerstandstätigkeit vor der Gestapo zu verbergen und manches Leben zu retten. Er stand in ständiger Verbindung mit der Bekennenden Kirche, insbesondere mit Friedrich Justus Perels, um gefährdete Menschen abzuschirmen. Im Hintergrund der Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reichssicherheitshauptamt und dem Amt Ausland/Abwehr im Winter 1943/1944 spielte S. eine bedeutsame Rolle, um die Gestapo irre zu führen. Im Februar 1944 besuchte er den entmachteten ehemaligen Chef der Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, offenbar, um ihn vom Stand der Umsturzvorbereitungen zu informieren. Von Carl Goerdeler war S. als Justizminister einer neuen Regierung vorgesehen.

Als der Gestapo im September 1944 im Oberkommando des Heeres in Zossen Akten in die Hände fielen, die Aufschluss über die Verschwörertätigkeit in der Abwehr gaben, wurde mit vielen anderen auch S. verhaftet. In den Verhören gab er keine Namen preis. Im April 1945 wurde er ins KZ Flossenbürg verbracht, dort auf persönlichen Befehl Hitlers zusammen mit seinen Mitverschwörern in der Abwehr, Dietrich Bonhoeffer, Wilhelm Canaris, Ludwig Gehre und Hans Oster, durch ein kurzfristig einberufenes Standgericht wegen Hoch- und Kriegsverrats zum Tode verurteilt und am Morgen des 9.4.1945 erhängt.

1984 wurde S. durch Anbringung einer Bronzetafel im ehemaligen Reichskriegsgericht in Berlin-Charlottenburg als Widerstandskämpfer geehrt.

Literatur: H. Bösch: Sack; S. Dignath: Sack.
Foto: S. Dignath: Sack (Bildteil ohne Nummerierung).

C. Nicolaisen

Schack, *Adolf-Friedrich*
Wilhelm Emecke Graf von



* *3.8.1888 St. Goar,* † *15.1.1945 Brandenburg-Görden.*
Verh. mit Else-Dorothea, geb. Freiin von Werthern, eine Tochter, drei Söhne.
1909 Eintritt als Fahnenjunker in das 2. Garde-Regiment zu Fuß in Berlin, Offizierslaufbahn, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, zuletzt Hauptmann; 1920–1923 landwirtschaftliche Ausbildung; 1923 Übernahme des Familienguts Zülow; ab 1939 Kriegsdienst: Teilnahme am Frankreichfeldzug, 1941 Versetzung ins Heeresarchiv in Potsdam, 1944 Major z. V., Leiter der Organisationsabteilung in der Wehrmachtkommandantur Berlin.

S. war das vierte von fünf Kindern des Offiziers Ulrich Graf von Schack und dessen Ehefrau Gertrude, geb. Schmitz. Sein Vater, ein Neffe des Literaten und Kunstsammlers Adolf Friedrich Graf von Schack, hatte das Familiengut Zülow südwestlich von Schwerin nach seinem Abschied vom Militär verpachtet und sich mit seiner aus Bonn stammenden Frau in St. Goar am Rhein niedergelassen, wo er als Präsident der Casinogesellschaft eine herausragende Position innehatte. S. wuchs in St. Goar auf und besuchte das Städtische Gymnasium in Boppard. Da er als nachgeborener Sohn nicht damit rechnen konnte, einmal das Familiengut zu übernehmen, wurde er nach dem Abitur Berufssoldat. Im Ersten Weltkrieg auf dem Balkan schwer verwundet und mehrfach ausgezeichnet, schied er im Frühjahr 1920 aus dem Heer aus und absolvierte eine Lehre als Landwirt. Eine Verbindung zum Militär blieb durch seine Mitgliedschaft im „Stahlhelm“ bestehen. 1923 übernahm er nach dem Tod seines Vaters das Familiengut in Mecklenburg, da sein älterer Bruder Rudolf darauf verzichtet hatte. 1928 ließen er und seine aus Thüringen stammende Frau sich in der Berliner Garnisonkirche trauen. Der große Gutsbetrieb, den sie gemeinsam führten, geriet in den folgenden Jahren in wirtschaftliche Schwierigkeiten und wurde 1932 zwangsversteigert. S. behielt jedoch einen Resthof, der Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf kleinerem Areal umfasste.

1939 zum Kriegsdienst eingezogen, wurde S. im Mai 1941 ins Heeresarchiv in Potsdam versetzt, wohin ihm seine Familie nachfolgte. Ebenso wie der damalige Chef der Heeresarchive, Friedrich von Rabenau, gehörte S. seit 1921 dem evangelischen Johanniterorden an. 1936 war er nach der Auflösung des „Stahlhelm“ in die NSDAP eingetreten, doch stand er den Nationalsozialisten innerlich distanziert gegenüber.

Nach seiner Versetzung in den Stab des Berliner Stadtkommandanten Paul von Hase wurde er von seinem Chef in die Staatsstreichspläne eingeweiht und für die Zusammenarbeit mit den Verschwörern gewonnen. Bei dem Umsturz sollte Hase von der Stadtkommandantur Unter den Linden aus die Absperrung des Regierungsviertels anordnen. Am 20.7.1944 verlief diese Maßnahme zunächst erfolgreich, bis sich der von Hase mit der Abriegelung beauftragte Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland“, Major Otto Ernst Remer, auf die Seite des NS-Regimes stellte. Nachdem Remer telefonisch von Adolf Hitler die Befehlsgewalt über den Wehrmachtstandort Berlin und den Auftrag zur Niederschlagung des Putsches erhalten hatte, wurde die Stadtkommandantur von Remers Bataillon belagert. Es gelang S., dort noch belastende Papiere zu verbrennen. Am folgenden Tag

wurde er verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn am 10.10.1944 zum Tode. Nach dem Prozess war er im Strafgefängnis Berlin-Tegel inhaftiert. Am 15.1.1945 wurde er im Zuchthaus Brandenburg-Görden erschossen. Über den Verbleib seiner sterblichen Überreste erfuhr die Familie nichts.

Gedenktafeln für S. befinden sich in der Familiengrabstätte in Stralendorf bei Schwerin und an seinem Geburtshaus in St. Goar.

Quellen: Stiftung 20. Juli 1944/GDW Berlin: Lebenslauf von Adolf-Friedrich von Schack [jun.], 16.6.1951.

Literatur: H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 112, 634 f., 642; R. Kopp: Hase, S. 209, 244 (Lit.!); C. Mißling: Schack; St. Goar ehrt Widerstandskämpfer; J. Seidel: Opfer.

Foto: GDW.

A. Kurschat



Scheliha, Rudolf (Dolf) von

** 31.5.1897 Zessel (Schlesien), 22.12.1942 Berlin-Plötzensee. Verh. mit Marie Louise, geb. Medinger, zwei Töchter.*

1915–1918 Freiwilliger im Ersten Weltkrieg; 1919–1921 Studium der Rechte in Breslau und Heidelberg; seit 1922 Attaché im Auswärtigen Amt, Abteilung Osteuropa; 1925–1926 Gesandtschaft in Prag; 1926–1929 Attaché in Konstantinopel; 1929–1934 im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Kattowitz und Warschau tätig; seit 1939 in der Informationsabteilung im Auswärtigen Amt in Berlin beschäftigt.

S. stammte aus einer evangelischen schlesischen Adelsfamilie, deren Angehörige nach der Offizierslaufbahn in der Regel ihre Güter bewirtschafteten. Nach seinem Abitur 1915 ging S. zum Militär und trat in dasselbe Regiment ein, in dem schon sein Vater und sein Onkel gedient hatten. Er wurde Mitglied des 1. (Schlesischen) Leib-Kürassierregiments „Großer Kurfürst", dessen Ehrenkommandeur der Kaiser selbst war. Hier nahm er u. a. an den Stellungskämpfen bei Sottkowice teil.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges studierte er Jura in Heidelberg und Breslau. In den Jahren 1919 und 1920 war er aktives Mitglied im Corps Saxo-Borussia. Hier lernte er Nikolaus von Halem kennen, der genau wie S. selbst später im Widerstand gegen den Nationalsozialismus arbeitete. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Studium begann S. im Februar 1922 eine Ausbildung im Auswärtigen Amt in Hamburg. Schon im Juli des gleichen Jahres wurde S. als Attaché in die Abteilung IVa, die für Osteuropa zuständig war, übernommen. Dort unterstand er dem Ministerialdirektor Ago Freiherr von Maltzan. Als dieser im Dezember 1922 zum Staatssekretär befördert wurde, behielt er S. bei sich.

Drei Jahre später trat S. seine erste Stelle im Ausland an und ging als Gesandter zunächst nach Prag und später 1926 nach Konstantinopel. Im darauf folgenden Jahr heiratete S. Marie Louise Medinger. Zwei Jahre später ging das junge Paar nach Kattowitz (Polen), wo S. als Vizekonsul amtierte. Nach drei weiteren Jahren wurde S. auf Drängen von Hans-Adolf von Moltke nach Warschau versetzt, wo Moltke nach dem Tod von Ulrich Rauscher im Dezember 1931 als Gesandter arbeitete. Hier konnte S. seine Erfahrungen mit den Problemen der deutschen Minderheit in Polen einbringen. Bis zur Verlängerung des Nichtangriffspakts zwischen Deutschland und Polen 1934 hielt er darüber hinaus Kontakt zum polnischen Militär. Über die Stellung S.s zu den Anfängen des Nationalsozialismus ist nur wenig bekannt, was wahrschein-

lich damit zusammenhängt, dass er im Ausland tätig war. Moltke drängte ihn jedoch, in die NSDAP einzutreten, weil die deutsche Minderheit in Polen den Machtwechsel in Deutschland zunächst durchaus positiv beurteilte. Als die politische Unruhe nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich 1938 auch Polen erreichte, verlieh S. seiner pazifistischen Grundhaltung Ausdruck durch den Ausspruch: „Jeder, der einen Krieg anfängt, gehört an die Wand gestellt!“ (U. Sahm: Scheliha, S. 93) Diese Äußerung führte zur Denunziation. Ein Disziplinarverfahren konnte nur durch das Eingreifen Moltkes verhindert werden. S.s Distanz zur nationalsozialistischen Regierung trat nun immer deutlicher zutage. Er unterstütze die „deutschfeindliche“ Zeitung „Der Deutsche in Polen“, indem er ihr Material aus Deutschland zur Verfügung stellte. Zudem setzte er sich schon früh für Menschen ein, die vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wurden. So z. B. für seinen Freund Victor Jordan, der Mitte der 1930er Jahre österreichischer Generalkonsul in München war. Jordan reiste unmittelbar vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich nach Salzburg und warnte von dort den Außenminister seines Landes telefonisch. Dieser Anruf wurde abgehört und Jordan wurde in das KZ Dachau gebracht. S. setzte sich für seine Entlassung ein, die 1940 erwirkt wurde.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kehrte S. ins Auswärtige Amt nach Berlin zurück. Hier arbeitete er in der Informationsabteilung. Seine Aufgabe war es, Berichte ausländischer Medien über die Gewalt der Deutschen in den besetzten Gebieten zu dementieren. S. leitete seine Informationen mit der Bitte um Stellungnahme an die Gestapo weiter. So konnte er die Meldung über deutsche Verbrechen den Verantwortlichen offen vorhalten. Darüber hinaus äußerte er sich im Mai 1940 freimütig gegen die deutsche Politik in Polen und versuchte, seinen polnischen Freunden zu helfen. Die Predigten von Clemens August Graf von Galen über die Tötung von Menschen mit Behinderungen gelangten wahrscheinlich durch ihn ins Ausland. Das Thema wurde vom britischen Rundfunk am 29.9.1941 zum ersten Mal aufgenommen. Seit 1942 hatte S. auch Kenntnis über die Tötung der Juden in den Konzentrationslagern und unterrichtete wahrscheinlich den amerikanischen Konsul in Genf davon, dass Hitler die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten umbringen lassen wollte. Zudem war er seit Oktober 1942 in Staatsstreichpläne eingeweiht und bat Reinhard Henschel um finanzielle Mittel für die Zeit nach dem erhofften Umsturz. Dieser ließ ihm einen Blanko-Scheck zukommen.

Am 29.10.1942 wurde S. während der Arbeit im Zusammenhang mit den Festnahmen von Angehörigen der sog. „Roten Kapelle“ verhaftet und in das Gestapogefängnis in der Prinz-Albrecht-Str. gebracht. Die Verbindung zu dieser durch marxistisches Gedankengut geprägten Widerstandsgruppe war jedoch nur äußerlich. Vielmehr lieferte diese groß angelegte Aktion die Möglichkeit, einen unbequemen Gegner in den eigenen Reihen loszuwerden. Nach Misshandlungen während der Verhöre wurde er ebenso wie die Angehörigen der „Roten Kapelle“ wahrscheinlich wegen Feindbegünstigung, Landesverrats und Spionage zum Tode verurteilt. Die entsprechenden Unterlagen sind jedoch nicht mehr vorhanden.

Das Gnadengesuch, das Hans Raumer, ein Onkel von S., aufsetzte und S.s Vater zur Unterschrift nach Zessel schickte, erreichte den Leiter der Rechtsabteilung des OKW am 22.12.1942. An diesem Morgen war S. hingerichtet worden. In seinem Abschiedsbrief an seine Frau schrieb er: „Ich trage mein Schicksal, das Gott mir auferlegt, mit Fassung und Ruhe.“ (Ebd., S. 223)

Literatur: U. Sahm: Scheliha (Lit.!).
Foto: GDW.

C. Bendick

Schiemann, Paul

** 16.2.1895 Essen, † 18.5.1945 Straubing/Bayern.*
Verh. mit Louise, geb. Kehm, zwei Töchter.
Nach dem Ersten Weltkrieg Fotograf in Essen, später in Eppstein.

S. war der Sohn eines Bergmanns und ging 1914 als Kriegsfreiwilliger an die Front. Während seines Einsatzes in Verdun und an der Somme wurde der Maschinengewehrscharfschütze verwundet und in das Lazarett Lorsbach bei Eppstein gebracht. Dort lernte er seine spätere Frau Louise Kehm kennen. Nach der Rückkehr an die Front geriet er in englische Kriegsge-



fangenschaft und kehrte erst 1919 nach Deutschland zurück.

Ein Jahr später heiratete S. Louise Kehm. Zunächst ließ sich das junge Ehepaar in Essen nieder, zog jedoch drei Jahre später nach Eppstein. Beide Eheleute standen auf ihre je eigene Art dem Christentum nahe. Während Louise Schiemann sich aktiv im Kirchenchor beteiligte, fühlte S. eine starke innere Bindung zum christlichen Glauben und war stolz darauf, dass seine Vorfahren um ihres evangelischen Glaubens willen aus dem Salzburger Land nach Ostpreußen ins Memelland gezogen waren. Nach seinem Einsatz an der Front zum Kriegsgegner geworden, führte S. bis zur „Machtergreifung" Hitlers neben seiner beruflichen Tätigkeit als Fotograf den Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands, Gau Südwestdeutschland. Durch seinen Einsatz verhalf er vielen Witwen und Waisen zu ihrer Rente. Seine veränderte Haltung gegenüber dem Krieg zeichnete sich schon während der Kriegsgefangenschaft im Ersten Weltkrieg ab, wie ein Brief aus dieser Zeit belegt: „Wir Christen beten doch alle zu einem Gott um Sieg und Frieden, aber wem soll Er den Sieg geben?" (Meixner-Wülker: Brief, 4.4.2005)

Obwohl S. nicht Mitglied der Partei war, sympathisierte er anfänglich mit den Nationalsozialisten, distanzierte sich aber schon 1933 von dem Regime, auch weil er durch einen nationalsozialistisch gesinnten Nachbarn in erhebliche Bedrängnis kam. Als die Familie 1923 nach Eppstein zurückkehrte, geriet S. durch die Ausstellung seines Passierscheins für den Übertritt in das damals französisch besetzte Gebiet auf die Liste der Separatisten, die das Rheinland vom deutschen Reich trennen wollten. Dieses Versehen wurde ihm 1933 zum Verhängnis: Sein Nachbar Hermann Müller, seit 1927 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Eppstein, reichte 1933 eine Klage gegen die Eheleute S. ein und unterstellte ihnen die Nähe zum Separatismus. Im nachfolgenden Prozess wurden beide zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, mussten die Strafe aber aufgrund der Amnestie nach dem Tod von Reichspräsident Hindenburg nicht antreten.

Nach diesen Erfahrungen engagierte sich S. in einer Widerstandsgruppe. So empfing er Mitglieder der KPD in seiner Wohnung, tauschte mit ihnen illegale Schriften aus und hörte mit einigen engen Vertrauten ausländische Rundfunksender.

Am 21.4.1937 wurde er erneut verhaftet und in der darauf folgenden Woche vom Sondergericht Kassel zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, kommunistische Schriften zu lesen und einzelne Anhänger der KPD wirtschaftlich zu unterstützen. Während der Verhöre in der Untersuchungshaft sagte S. so geschickt aus, dass zwei Mitglieder der Widerstandsgruppe freigesprochen wurden. Im Gefängnis Frankfurt-Preungesheim stand er dem Rheinschiffer Hugo Steigleiter bei, der auf seinem Schlepper illegale Schriften mit sich geführt hatte, von deren Gefährlichkeit er nichts wusste. Für seine Tat war dieser zum Tode verurteilt worden. Anders als Steigleiter, der später durch das Fallbeil starb, kehrte S. nach verbüßter Strafe im Januar 1940 zurück. Doch nun trieb ihn der Ehrverlust an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. Zusätzlich war er weiterhin den Verleumdungen des Ortsgruppenleiters ausgesetzt.

In dieser Zeit kümmerten sich S. und seine Frau um Zwangsarbeiter aus Russland und Polen. Diese kamen sonntagnachmittags nicht nur zum Fotogra-

fieren in das Haus der Familie, sondern wurden dort auch verköstigt. Damit verstieß das Ehepaar gegen das Heimtückegesetz. Zusätzlich unterhielt S. eine freundschaftliche Beziehung zu einem „Halbjuden" des Ortes, der von einer katholischen Familie adoptiert worden war. S. zeigte ihm auch das Versteck des geliehenen Revolvers, mit dem er sich gegen eine etwaige Verhaftung zur Wehr setzen wollte. Die Tatsache, dass er eine Pistole in seiner Wohnung bereithielt, macht deutlich, dass ihm die Gefahr, in der er sich befand, durchaus bewusst war.

Wahrscheinlich war es Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Hermann Müller, der die Verlobte von Unteroffizier Adolf Braun dazu anstiftete, S. dazu zu bewegen, Braun während seines Besuchs im eigenen Haus unterzubringen. Er denunzierte die Familie wahrscheinlich im Auftrag Müllers, sodass S. zusammen mit seiner Frau am 21.1.1945 verhaftet wurde. Die Anklage lautete auf „Wehrkraftzersetzung und Führerbeleidigung" (ebd.). S. wurde zunächst nach Frankfurt gebracht, gelangte aber im März des Jahres mit einem Häftlingstransport über Bamberg nach Straubing. In Bamberg waren die Häftlinge in einer Reithalle untergebracht. Da einige von ihnen fliehen konnten, wollte das Wachpersonal im Gegenzug einzelne Gefangene erschießen. S. verhandelte unter Einsatz seines eigenen Lebens mit den Verantwortlichen und erreichte, dass kein Häftling ermordet wurde. Am 18.5.1945 starb S. im Zuchthaus Straubing, kurz nach der Befreiung durch die Amerikaner. Sein Transport hatte zuvor mehrere Tage auf dem Gleis gestanden, da das Zuchthaus überfüllt war. Infolgedessen waren die Häftlinge bei ihrer Ankunft völlig entkräftet. In einem Brief aus der Haft an seine Töchter bezeugte S. einmal mehr seinen Glauben: „Der lieben Mama könnt ihr von mir aus schreiben oder sagen, wir würden unsere Silberne auch noch feiern, und es würde alles wieder gut und schön, Gott ist auch bei ihr!" (E. Meixner-Wülker: Zwiespalt, S. 81 f.)

Quellen: Meixner-Wülker: Brief an die Verfasserin, 4.4.2005;
Literatur: E. Meixner-Wülker: Zwiespalt; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 184 (Lit.!).
Foto: E. Meixner-Wülker: Zwiespalt, S. 2.

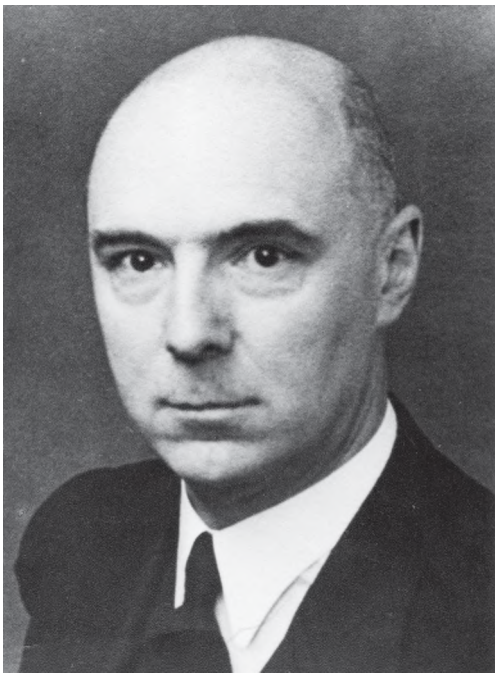
C. Bendick

Schleicher, *Rüdiger* Otto, Dr. jur.

* *14.1.1895 Stuttgart,* † *22./23.4.1945 Berlin.*
Verh. mit Ursula, geb. Bonhoeffer, vier Kinder.
1913–1914 Militär- und Kriegsdienst, schwer verwundet; die komplizierte Kriegsverletzung behinderte ihn lebenslang; 1915–1919 Jura-Studium in Tübingen; 1923 Promotion; 1922–1925 Assessor im Reichsverkehrsministerium; 1925–1926 in Altona und Stuttgart; 1927–1933 Regierungsrat in der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministerium; 1933–1939 Oberregierungsrat und Ministerialrat im Reichsluftfahrtministerium; 1935–1939 Chef der Rechtsabteilung; 1939–1944 Referent im Allgemeinen Luftamt, Hon.Professor und Leiter des Instituts für Luftrecht an der Universität Berlin; Herausgeber des „Archivs für Luftrecht".

S. stammte aus einer alten württembergischen Familie und war der älteste von vier Söhnen eines angesehenen Stuttgarter Arztes. Beide Großväter waren leitende Verwaltungsbeamte (Präsidenten) im württ. Staatsdienst. Die Mutter, geb. Rüdinger, kam aus der Familie des schwäbischen Pietisten Joh. Christoph Blumhardt (1805–1880). Das Abitur legte S. am humanistischen Eberhard-Ludwigs-Gymnasium Stuttgart ab. Ferienaufenthalte in England und Frankreich vermittelten früh moderne Sprach- und Weltkenntnisse. Konfirmiert wurde er vom ehemaligen Hofprediger Prälat Hoffmann, der nach 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche wurde. Hoffmann schrieb später in einem Brief an Ricarda Huch von Schleichers „ernstem religiösen Interesse, seiner Wahrheitsliebe und zarten Gewissenhaftigkeit, die sich später bei dem Mann auch als strenges Rechtsgefühl bewährte".

Das Thema von S.s Doktorarbeit über das neue Gebiet des „Internationalen Luftrechts", auch in völkerrechtlicher Hinsicht von großer Bedeutung, bestimmte ganz wesentlich Denken und Berufsweg des geistig wie religiös vielseitig gebildeten Juristen auch bei der Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungen der jungen Demokratie in Deutschland vor und nach dem verhängnisvollen Weg in die NS-Diktatur. Seit 1915 las er Friedrich Naumanns christlich sozialliberale Zeitschrift „Die Hilfe" und später auch die Naumann-Biographie von Theodor Heuss. 1919 trat er der DDP bei (nicht der nationalliberalen DVP) und bedauerte mehrfach das Misstrauen der



Kirchen gegenüber der Demokratie. Nach dem beruflichen Wechsel nach Berlin und der Eheschließung mit Ursula, geb. Bonhoeffer, Tochter des Psychiatrie-Professors der Charité Karl B. und seiner Frau Paula, geb. von Hase, wurde auch die enge Verbundenheit mit dieser politisch wachen Familie für S. wesentlich. Den zunehmenden Antisemitismus empfand er ebenso wie diese als eine antichristliche Herausforderung. Das hat ihn noch in den qualvollen Verhören der Gestapo nach dem 20.7.1944 bewegt, als er die Verfolgung und Entrechtung zumal der Juden, das Vorgehen gegen die Kirche und „Staatsfeinde“ sowie die KZs als entscheidende Motive für seinen Widerstand hervorhob. Umso schwerer trug er an der problematischen Entscheidung, 1933 auf Druck des neuen Luftfahrtministers Göring, nach langen Diskussionen in der Familie, der NSDAP beigetreten zu sein. Man hoffte, durch seinen Verbleib im Ministerium nötige Einblicke und Kontakte zu erhalten. In einem Vortrag „Über allgemeines und spezielles Landkriegsrecht“ vor Kriegsrichtern kurz vor und nach Hitlers Kriegsentscheidung im April und September 1939 hob er besonders auf die Haager Landkriegsordnungen von 1899 und 1907 ab und forderte deren Ergänzung: und zwar durch „Gebote der Menschlichkeit, wie sie sich unter zivilisierten Völkern ergeben“. Ganz im Unterschied zu damaligen Staatsrechtlern hielt S. stets betont an den Regeln des Völkerrechts fest, so auch bei der Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten; er verwies überdies auf den von der Weimarer Republik unterzeichneten Kellog-Pakt zur Kriegsächtung von 1928, dem bis 1938 über 60 Staaten beigetreten waren – und der dann nach dem Krieg bei den Nürnberger Prozessen eine Grundlage der Verurteilung bilden sollte. Mutig war auch sein Hinweis im gleichen Vortrag auf das Gebot der Achtung der „religiösen Überzeugung“ in besetzten Ländern, Ergebnis eigener Erfahrungen aus dem Kirchenkampf nach 1933. Aber S.s Ablösung als Leiter der Rechtsabteilung im Reichsluftfahrtministerium war bereits zwei Wochen vor Entfesselung des Zweiten Weltkriegs erfolgt. In seiner neuen Stelle hatte er zwar keinen direkten Einfluss auf die Kriegsgerichtsbarkeit mehr, konnte sich aber stärker mit Wissenschaft und Lehrtätigkeit befassen und in seinem Institut die Kontakte zu Widerstandskreisen intensivieren, wobei sein Assistent, Dr. Hans John, eine wichtige Rolle spielte.

Nach dem tragischen Scheitern des Umsturzversuches 1944 wurde S. am 4.10. verhaftet, wenig später auch sein Schwiegersohn Eberhard Bethge, engster Freund und später maßgebender Biograph Dietrich Bonhoeffers. Durch seine menschenfreundliche Art gelang es S., seine Geige in die Zelle bringen zu lassen. Musik war ihm lebenslang eine wesentliche Kraftquelle. Zur Freude von Mitgefangenen ertönten nun Choräle und Passagen aus den Bachschen Passionen. Aber schließlich ereilte ihn am 2.2.1945 das Todesurteil des Volksgerichts unter Freisler, den am Tag darauf selbst eine Bombe tötete. Gnadengesuche auch namhafter Offiziere und Beamter schilderten S. als „Idealisten edelster Prägung, von lauterstem Streben und einer Reinheit des Empfindens, wie man es selten antrifft“ (Dr. Winterhoff, Generalintendant der Luftwaffe am 17.4.1945), und betonten, er sei „eine der reinsten und edelsten Persönlichkeiten, die mir in meinem Leben begegnet sind. Sein Leben war stets von Skrupeln begleitet, ob seine Gedanken auch wirklich dem ‚Recht‘ entsprachen, ob niemand Unrecht geschehe …“ (Dr. Brandenburg, Oberstleutnant und Ministerialdirektor, Januar 1945). Doch auf Befehl von höchster

Stelle wurde S. in der Nacht zum 23.4.1945 zusammen mit Klaus Bonhoeffer, Hans John, Friedrich Justus Perels und zwölf Mitgefangenen von einem SS-Kommando des RSHA nahe dem Gefängnis Berlin, Lehrter Straße, erschossen.

Quellen: Gerrens, Uwe: Rüdiger Schleicher. Staatsdienst und Verschwörung. Eine Biographie, Heidelberg 1989 (unveröff. Ms.).
Literatur: R. Schleicher/F. Reymann: Recht; A. Leber: Gewissen (1984), S. 108 f.; H.-A. Jacobsen (Hrsg.): Spiegelbild; E. Bethge: Dietrich Bonhoeffer; E. Bethge/R. Bethge: Briefe; J. Mehlhausen: Zeugen des Widerstands.
Foto: GDW.

K. D. *Bracher*

Schneider, Paul



* *29.8.1897 Pferdsfeld/Hunsrück, † 18.7.1939 KZ Buchenwald.*
Verh. mit Margarete, geb. Dieterich, sechs Kinder.
1915–1918 Kriegsfreiwilliger/Militärdienst; 1919–1922 Studium der ev. Theologie in Gießen, Marburg und Tübingen; 1922 I. Theol. Examen in Koblenz; 1923 II. Theol. Examen in Koblenz; 1923–1924 Tätigkeit bei der Berliner Stadtmission; 1925 Hilfsprediger in Essen-Altstadt und Rotthausen bei Essen; 1926 Pfarrer in Hochelheim und Dornholzhausen; 1934 Versetzung nach Dickenschied und Womrath im Hunsrück.

Im Studium wandte sich S. zunächst der liberalen Theologie zu und wurde in der Marburger Zeit ihr eifriger Verfechter. In Gießen und Soest (Predigerseminar) ließ er sich von der Theologie Adolf Schlatters und Karl Heims beeindrucken und vollzog allmählich eine Wendung zur positiven Theologie sowie zu einer pietistisch-erwecklich akzentuierten Frömmigkeit. Letztere erfuhr durch seine zehn Monate währende Tätigkeit in der Berliner Stadtmission eine nachhaltige Bestätigung. In politischer Hinsicht stand S. in kritischer Beziehung zur Weimarer Republik, bejahte vielmehr ein autoritäres, allerdings in christlich-ethischen Grundsätzen verwurzeltes Staatssystem. Er hatte deshalb keine Schwierigkeit, Hitler und die regierenden Nationalsozialisten als von Gott gegebene „Obrigkeit“ anzuerkennen.

Dem Nationalsozialismus begegnete S. aus religiöser Sicht allerdings zunächst (1932) mit erheblichen Vorbehalten, ließ sich dann aber in den ersten Monaten der Machtübernahme vom nationalen Aufbruch mitreißen, bejahte vor allem das propagierte soziale Engagement Hitlers. Mitte des Jahres trat er den Deutschen Christen bei. Seine Mitgliedschaft währte allerdings nur kurze Zeit. 1934 stieß er mit seiner Dickenschieder Gemeinde zur Bekennenden Kirche, stimmte insbesondere den Beschlüssen der Dahlemer Synode zu.

In Konflikt mit dem Nationalsozialismus geriet S. in Fällen, in denen er das christliche Anliegen bedroht sah. So wandte er sich bei der Beerdigung eines Hitlerjungen gegen die deutschgläubige Äußerung eines Kreisleiters. Spektakulär war S.s Boykott der Reichstagswahlen 1936. Er begründete diesen Schritt vor seiner Gemeinde damit, dass seine Stimme auch als Zustimmung zur antichristlichen Weltanschauungspolitik des Staates aufgefasst werden müsse. S. scheute sich auch nicht, gegen einzelne Deutsche Christen in seinen beiden Gemeinden vorzugehen. Die Presbyterien eröffneten gegen sie Lehrzuchtverfahren.

Obschon es S. in allen Fällen allein um die Verteidigung des christlichen Glaubens und seiner Bedeutung im deutschen Volk zu tun war, wurden seine Aktionen

seitens der Partei und des Staates als antinationalsozialistische, d. h. als politische angesehen und entsprechend bekämpft. Wiederholt wurde S. in Haft genommen. Von der zuständigen (deutschchristlich orientierten) Kirchenbehörde in Koblenz bzw. Düsseldorf (Ev. Konsistorium der Rheinprovinz) wurde zunächst seine Beurlaubung, dann seine Versetzung, schließlich seine Amtsenthebung betrieben. Dabei wirkten jeweils staatliche und kirchliche Behörden und Parteistellen in unterschiedlicher Weise zusammen.

Wegen der Kirchenzuchtverfahren war S. schließlich am 31.5.1937 auf Befehl Hitlers in Koblenz inhaftiert worden. Zu einem Gerichtsverfahren kam es allerdings nicht. Da es sich eigentlich um eine rein kircheninterne Angelegenheit handelte, hätte dieses auch kaum Aussicht auf Erfolg gehabt. Vielmehr wurde S. zusammen mit der Entlassung aus der Haft des Rheinlandes verwiesen. Die Ausweisung erkannte er allerdings nicht an: Er wisse sich – so ließ er in einem Schreiben an die Reichskanzlei in Berlin vom 30.9.1937 wissen – „vor Gott an meine Gemeinde gewiesen" und könne sich deshalb durch Menschen von diesem Auftrag nicht einfach abbringen lassen. Er wolle deshalb den „gebotenen Ungehorsam" nach Apg 5,29 praktizieren: „Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen." (R. Wentorf: Fall, S. 179 f.) Wohl um die Konsequenzen wissend, fuhr er im Oktober 1937 nach Dickenschied zurück. Nach dem Gottesdienst am 3.10. in Dickenschied, auf dem Weg nach Womrath, wurde er erneut verhaftet. Da er der wiederholten Aufforderung nicht nachkam, sein schriftliches Einverständnis zur Ausweisung zu geben, wurde er schließlich am 26.11.1937 in das Konzentrationslager Buchenwald überstellt.

In Buchenwald musste er schwerste Arbeit im Steinbruch verrichten. Als er bei der Flaggenhissung am Geburtstag des Führers 1938 seine Mütze nicht abgenommen hatte, wurde für ihn Prügelstrafe angeordnet. Anschließend kam er in Einzelhaft. Im Wesentlichen hat er die weitere Zeit bis zu seinem Tode in diesem Gebäude verbracht, sich standhaft weigernd, den Ausweisungsbefehl zu unterschreiben und damit frei zu sein. Unter unmenschlichen Bedingungen und ständig der Prügelstrafe durch den im Lager als sadistisch bekannten Aufseher M. Sommer ausgesetzt, hat er aus dem Fenster seiner Arrestzelle heraus versucht, den Mitgefangenen auf dem Appellplatz das Evangelium zu verkünden. Die monatelange Qual endete mit dem Tod S.s 1939. Nach der Aussage des Mithäftlings W. Poller soll dieser nach Verabreichung einer Überdosis Strophantin durch den Lagerarzt Dr. Ding-Schuler eingetreten sein. Allerdings lässt sich mit letzter Gewissheit nicht schlüssig nachweisen, dass S. ermordet worden ist.

Das Andenken S.s wird heute besonders von der Pfarrer-Paul-Schneider-Gesellschaft (Weimar) gepflegt. S.s Bedeutung für die Gegenwart ist neuerdings umstritten. Während er einerseits ganz überwiegend als idealer Blutzeuge des Glaubens (Märtyrer) rezipiert und sein Widerstand gegen den Nationalsozialismus mehr oder weniger deutlich herausgestellt wird, wird andererseits bezweifelt, dass er so ungebrochen als Märtyrer bezeichnet werden kann (F. Rickers: Weltbild), denn er war auch ein religiöser und moralischer Eiferer, der das Leiden um Christi willen als Erweis der Standhaftigkeit im Glauben vor der Öffentlichkeit ansah.

Literatur: A. Aichelin: Schneider; F. Rickers: Widerstehen, S. 133–184; Ders.: Weltbild; M. Schneider: Prediger; R. Wentorf: Fall.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 319.

F. Rickers

Scholl, *Hans* Fritz

* *22.9.1918 Ingersheim (Württemberg),* † *22.2.1943 München-Stadelheim.*

Ledig, ohne Kinder.

1939–1943 Medizinstudium in München; seit April 1940 Angehöriger der 2. Studentenkompanie; Teilnahme am Frankreichfeldzug.

H. wurde als zweites Kind von Robert und Magdalene Scholl geboren. Seine Mutter, eine ehemalige Diakonisse, unterwies die Kinder schon früh im christlichen Glauben. Dabei wurde die Religion aber nie zum alleinigen Zentrum. In der Familie herrschte vielmehr ein offener Protestantismus, der sich auf der politischen Ebene mit der weltoffenen, demokratischen und liberalen Haltung des Vaters verband. Dieser distanzierte sich schon zu Beginn vom Nationalsozialismus, konnte aber trotzdem nicht verhindern, dass S. wie auch seine ältere Schwester Inge 1933 in die HJ eintraten.



S. stieg zum Fähnleinführer von 160 Hitlerjungen auf. 1936 wurde er als Vertreter seines HJ-Standortes zum Nürnberger Reichstag entsandt. Diese Erfahrung führte zur Distanzierung S.s von der Jugendorganisation der Nationalsozialisten, woraufhin er sich wieder stärker der Bündischen Jugend anschloss. In ihr trat neben das militärische Element u. a. die Auseinandersetzung mit der vom nationalsozialistischen Regime verbotenen Literatur. Überdies wurden in den Gruppenstunden nicht nur deutsche Volkslieder, sondern auch solche aus Russland und Skandinavien gesungen. Derartige Inhalte waren innerhalb der HJ nicht zulässig. Aufgrund seines Engagements für die Bündische Jugend wurde S. 1937 von der Gestapo verhört und in Untersuchungshaft genommen.

Die Distanz zum Nationalsozialismus blieb fortan bestehen und zeigte sich auch darin, dass S. später weder der NSDAP noch einem nationalsozialistischen Verband beitrat. Gemeinsam mit seinen Geschwistern, die dem Regime ebenfalls ablehnend gegenüberstanden, und engen Freunden wie Otl Aicher suchte S. zunächst durch die Lektüre der wenigen politischen Bücher, die nicht der Zensur zum Opfer gefallen waren, und durch zahlreiche Diskussionen nach einer neuen Orientierung.

Wenig später als Student in München verband ihn eine enge Freundschaft mit Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf. Nach ihrem Studienbeginn gehörte seine Schwester Sophie ebenfalls dazu. Gemeinsam besprachen sie politische Themen und ließen auch die Frage über die Verbindung von Nationalsozialismus und christlicher Weltanschauung nicht aus. In diesem Zusammenhang kamen sie zu dem Schluss, dass man Gott mehr Gehorsam schuldig wäre als dem Staat. Wahrscheinlich führte diese Erkenntnis zu S.s Entschluss, seine ablehnende Haltung der Regierung gegenüber in die Öffentlichkeit zu tragen. So entwarf er 1942 zusammen mit Schmorell das erste Flugblatt der Weißen Rose. Die Widerstandszelle blieb jedoch nicht auf Studentenkreise beschränkt. Denn ihnen war bewusst, dass für den Widerstand eine größere Gruppe gewonnen werden musste, die alle sozialen Schichten umfasste. Zu diesem Zweck nahm S., dessen Familie durch ihre antifaschistische Haltung bekannt war, Kontakt zur Familie Richard Scheringers auf. Dort bekam er die Adresse von Dr. Falk Harnack, dem Bruder von Dr. Arvid Harnack. Er war der Leiter der damals größten Widerstandsgruppe, der sog. Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe. Auf diesem Weg wollten die Studenten in Verbindung zum organisierten Widerstand gelangen. Aber auch zu Münchener Gelehrten wurde nach und nach Verbindung aufgenommen. So kam es zur Zusammenarbeit mit dem Professor für Philosophie Kurt Huber und den reformkatholischen, regimekritischen Publizisten Professor Carl Muth und Theodor Haecker. Die aus diesen Verbindungen resultierenden Diskurse stärkten nicht nur die kritische Haltung dem Regime gegenüber, sondern führten S. auch zu einem undogmatischen, überkonfessionellen Glauben. Dieser spiegelte sich in seinen Tagebucheinträgen wider, die er während des Sanitätseinsatzes in Russland niederschrieb: „O Gott der Liebe, hilf mir über meine Zweifel hinweg. Ja, ich sehe die Schöpfung, die Dein Werk ist, die gut ist. Aber ich sehe auch das Werk der Menschen, unser Werk, das grausam ist und Zerstörung und Verzweiflung heißt und das die Unschuldigen immer heimsucht. Erbarme Dich dieser Kinder! Ist das Maß der Leiden noch nicht bald voll.“ (K.-H. Jahnke: Weiße Rose, S. 79 f.)

Nach der Rückkehr aus Russland im Herbst 1942 veränderte die Widerstandsbewegung ihre Methode. Im Januar und Februar 1943 brachte S. wahrscheinlich zusammen mit Schmorell Inschriften wie „Nieder mit Hitler“ und „Freiheit“ an verschiedenen Gebäuden der Stadt an, darunter auch an der Universität. Ferner riefen die Anfang 1943 entstandenen Flugblätter nicht länger zum passiven, sondern nun zum aktiven Widerstand auf. Als S. und seine Schwester am 18.2.1943 ein neues Flugblatt in der Universität auslegten, wurden sie vom Hausdiener gesehen, der die Gestapo verständigte. Beide wurden verhaftet und zum Verhör ins Wittelsbacher Palais gefahren. S. versuchte so viel Schuld wie möglich auf sich zu nehmen. Selbst in der Gerichtverhandlung am 22.2.1943, die von Roland Freisler geführt wurde, setzte er sich in seinem Schlusswort für Christoph Probst ein. Jedoch leider ohne Erfolg. Noch am gleichen Tag wurde das Todesurteil gegen ihn, seine Schwester und Probst wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung in München-Stadelheim vollstreckt.

Kurz vor seinem Tod empfing S. das Abendmahl durch den Gefängnispfarrer Karl Alt. In seinem Abschiedsbrief an die Eltern brachte er erneut seinen Glauben zum Ausdruck: „Ich bin ganz stark und ruhig. Ich werde noch das Heilige Sakrament empfangen und dann selig sterben. Ich lasse mir noch den Psalm 90 vorlesen. Ich danke Euch, dass ihr mir ein so reiches Leben geschenkt habt. Gott ist bei uns.“ (K. Alt: Todeskandidaten: S. 89)

Literatur: K. Alt: Todeskandidaten, S. 85–94; F. Breinersdorfer: Sophie Scholl (Lit.!); B. Mensing,/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 91–94 (Lit.!); K. H. Jahnke: Weiße Rose (Lit.!); G. Jasper: Schwierigkeit, S. 13–23 (Lit.!); E. Sauser: Scholl, Sp. 673–676 (Lit.!).
Foto: B. Leisner: Sophie Scholl (Bildteil ohne Seitenzahlen).

C. Bendick

Scholl, Sophia Magdalena (*Sophie*)

** 9.5.1921 Forchtenberg, † 22.2.1943 München-Stadelheim. Ledig, ohne Kinder.*

1940–1942 Ausbildung zur Kindergärtnerin in Ulm; Arbeitsdienst und Kriegshilfsdienst; 1942–1943 Studium der Biologie und Philosophie in München.



S. kam 1921 als viertes Kind von Robert und Magdalene Scholl, geb. Müller, zur Welt. Sie verbrachte ihre Kindheit in Forchtenberg, wo ihr Vater Bürgermeister war. Nach der Wahlniederlage des Vaters zog die Familie 1929 nach Ludwigsburg und 1932 nach Ulm. Magdalene Scholl, die im Diakonissenhaus Schwäbisch Hall ausgebildet worden war, erzog ihre Kinder dem evangelischen Glauben entsprechend, ohne die Religion in den Mittelpunkt zu stellen. Vielmehr regierte im Hause Scholl ein liberal geprägter, offener Protestantismus, der sich auf der politischen Ebene mit der weltoffenen, demokratischen und liberalen Haltung des Vaters verband. Er stand dem Nationalsozialismus schon zu Beginn skeptisch gegenüber, konnte aber nicht verhindern, dass sich seine Kinder den Jugendorganisationen der Regierung anschlossen. S. trat im Januar 1934 in den BDM ein. Trotz ihrer anfänglichen Begeisterung für diesen Bund erkannte sie schon 1937, als sie im Verfahren gegen ihren Bruder Hans und zu dessen Verbindung zur Bündischen Jugend vor der Gestapo aussagen musste, dass es sich bei der Hitlerjugend keineswegs um eine unpolitische Gruppierung handelte. Die Widersprüche zwischen den hohen Idealen und der Wirklichkeit des national-

sozialistischen Systems und seiner Jugendarbeit traten für sie immer stärker in den Vordergrund. Zum endgültigen Bruch mit dem BDM kam es, als sie mit anderen Gruppenführerinnen verabredete, die Wimpel der Gruppen nicht mit der vorgeschriebene Rune, sondern mit einem anderen Symbol zu besticken, um so ermessen zu können, wie viel Freiheit ihnen zugebilligt würde. Daraufhin wurde S. aus dem Kreis der Führerinnen ausgeschlossen.

Anders als viele ihrer Altersgenossen setzte sich S. kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinander und stand ihm zunehmend skeptisch gegenüber. Um dem Reichsarbeitsdienst zu entkommen, entschied sie sich für eine Ausbildung zur Kindergärtnerin am Fröbel-Seminar und nahm danach eine Stelle in einem Säuglingsheim an. Trotzdem wurde sie für ein Jahr zum Reichsarbeitsdienst eingezogen, sodass sie ihr Studium erst 1942 aufnehmen konnte.

Ebenso wie ihr Bruder Hans ging sie an die Universität München und wurde dort in den Freundeskreis ihres Bruders, zu dem u. a. Traute Lafrenz, Alexander Schmorell sowie Christoph und Herta Probst gehörten, integriert. Sie unterhielten darüber hinaus Kontakte zu den Professoren Carl Muth, bei dem S. die ersten Wochen ihrer Studienzeit wohnte, und Kurt Huber. Muth war seit 1903 Herausgeber der Zeitschrift „Hochland“, die ab 1933 als Widerstandsorgan fungierte. Gemeinsam war ihnen eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Sie diskutierten häufig über verschiedene politische Themen, wobei auch die Frage des Verhältnisses von Nationalsozialismus und christlicher Weltanschauung von Bedeutung war. In diesem Zusammenhang wurde die Meinung vertreten, dass der Gehorsam gegenüber Gott demjenigen gegenüber dem Staat übergeordnet sei.

Insgesamt belegen S.s Tagebucheinträge und die Briefe an ihren Freund Fritz Hartnagel die intensive Auseinandersetzung mit dem Glauben: „Immer, wenn ich bete, rinnen mir die Worte fort, ich weiß keine anderen mehr als: Hilf mir! Etwas anderes kann ich nicht beten, einfach darum, weil ich noch viel zu niedrig bin, um beten zu können. So bete ich darum, beten zu lernen.“ (10.10.1942; I. Jens: Briefe, S. 221) Die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Politik, führte 1942 schließlich dazu, dass der Kreis um Hans Scholl regierungskritische Flugschriften aufsetzte. Sie wurden später als Schriftstücke der „Weißen Rose“ bezeichnet und innerhalb und außerhalb Münchens verbreitet.

Es ist nicht eindeutig zu klären, ob S. schon an den ersten vier im Juni 1942 verfassten Blättern beteiligt war. Nach Äußerungen von Elisabeth Hartnagel bat S. ihren Freund bei ihrem letzten Treffen um 1 000 Reichsmark und um einen mit Stempel von seiner Kompanie versehenen Beschaffungsschein für ein Vervielfältigungsgerät. Das Geld erhielt sie zwar, jedoch nicht den Schein, da Hartnagel hierzu einen Kameraden von dem Vorgang hätte unterrichten müssen. Sollte sich dies so zugetragen haben, war S. auch an den ersten vier Schriften beteiligt. Im Verhör durch die Gestapo gab sie jedoch an, die ersten ihr vorgelegten Schriftstücke nicht zu kennen, obwohl sie zuvor die Mitarbeit an den Flugblättern „Aufruf an alle Deutsche!“ und „Kommilitoninnen! Kommilitonen!“ zugegeben hatte.

Am 18.2.1943 legte S. zusammen mit ihrem Bruder Hans zwischen 1 500 und 1 800 Exemplare des letzten Flugblattes der „Weißen Rose“ in der Universität München aus und warf den Rest in den Lichthof. Dabei wurden beide vom Hausdiener der Universität gesehen, der die Gestapo verständigte. Die Geschwister wurden umgehend verhaftet und ins Wittelsbacher Palais gefahren. Nach zahlreichen Verhören, in denen S. zunächst alles abstritt, erfuhr sie, dass ihr Bruder die Verantwortung für die Flugblätter auf sich genommen hatte. Daraufhin gestand auch sie ihre Beteiligung, wobei sie versuchte, die Verantwortung ihres Bruders herunterzuspielen, um ihn zu schützen. Die Befragung endete mit einer deutlichen Stellungnahme von S.: „Ich bereue meine Handlungsweise nicht und will die Folgen, die mir aus meiner Handlungsweise erwachsen, auf mich nehmen.“ (F. Breinersdorfer: Sophie Scholl, S. 389) Am 22.2.1943 begann das Verfahren gegen Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst im Münchener Justizpalast. Das Verhör führte Roland Freisler. Alle drei Angeklagten wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde noch am selben Tag vollstreckt. Kurz zuvor empfing S. das Abendmahl durch den Gefängnisgeistlichen Karl Alt.

Literatur: K. Alt: Todeskandidaten, S. 85–94; F. Breinersdorfer: Sophie Scholl (Lit.!); I. Jens: Briefe (Lit.!); H. Gollwitzer/K.

Kuhn/R. Schneider: Nacht, S. 84; K. H. Jahnke: Weiße Rose (Lit.!); B. Schüler: Im Geiste (Lit.!).
Foto: B. Leisner: Sophie Scholl (Bildteil ohne Seitenzahlen).

C. Bendick

Scholz-Babisch, Friedrich

* *10.4.1890 Rohrau (Schlesien),* † *13.10.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Christine, geb. Voelkel, zwei Töchter, ein Sohn, eine Pflegetochter.
Landwirt in Rohrau, ab 1941 Kriegsdienst.



S. übernahm in den1920er Jahren von seinem Vater die Bewirtschaftung der Güter Rohrau und Zottwitz. Als Mitglied des Versuchsrings Ohlau orientiere er sich dabei an neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Bis zu 110 Mitarbeiter waren bei ihm beschäftigt. Für kinderreiche Familien baute er gutseigene Wohnungen und einen Kindergarten. Als sein Gutsinspektor 1941 die Einberufung zur Wehrmacht erhielt, stellte S. sich als Rittmeister d. R. freiwillig für den Kriegsdienst zur Verfügung, woraufhin sein Gutsinspektor nicht mehr eingezogen wurde. S. wurde als Wirtschaftsoffizier in Krakau und Warschau eingesetzt. Am 20.12.1943 bestellte ihn Claus Schenk Graf von Stauffenberg in seine Dienststelle in Berlin, um ihn wie auch einige andere Offiziere, die ihm geeignet erschienen oder empfohlen worden waren, für eine Beteiligung an dem geplanten Staatsstreich zu gewinnen. Als „überzeugter Christ und Anhänger der Bekenntnisfront“ (Bericht von SD-Chef Ernst Kaltenbrunner, 29.8.1944, zitiert nach H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 312) stellte sich S. den Verschwörern zur Verfügung. Er war als Verbindungsoffizier des Wehrkreises Breslau zum OKH vorgesehen.

Am 20.7.1944 hielt sich S. in Breslau beim Befehlshaber des Wehrkreiskommandos III, General Rudolf Koch-Erpach, für seinen Einsatz bereit. Seine Ernennung zum Verbindungsoffizier, die per Fernschreiben aus Berlin vollzogen werden sollte, erreichte Breslau jedoch erst, nachdem dort bereits Gegenbefehle Heinrich Himmlers eingegangen waren. Nachdem die Gestapo in der Nacht zum 21.7. in der Nachrichtenzentrale der Verschwörer in der Berliner Bendlerstraße die Liste mit den vorgesehenen Verbindungsoffizieren entdeckt hatte, sollte S. verhaftet werden. Sein Vorgesetzter Koch-Erpach erhob jedoch Einspruch dagegen, indem er sich auf seine eigene Befehls- und Disziplinargewalt über S. berief. Er konnte dessen Verhaftung für kurze Zeit hinauszögern, doch nicht verhindern. Noch in derselben Nacht wurde S. festgenommen und nach Berlin gebracht.

Am 14.9.1944 wurde S. aus der Wehrmacht ausgestoßen. Weil er die Umsturzpläne gekannt und nicht gemeldet hatte, wurde er zusammen mit Hans-Jürgen Graf von Blumenthal, Roland von Hößlin und Georg Schulze-Büttger am 13.10.1944 vom VGH zum Tode verurteilt und am selben Tag erhängt.

Quellen: GDW Berlin: Belegarchiv, Mappe Scholz-Babisch.
Literatur: U. Eich: Suizid, S. 566; P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat; HSO 28, 1979, Nr. 10, S. 10; H.-A. Jacobsen: Spiegelbild; B. von zur Mühlen: Angeklagten, S. 276 ff.; R. Warkus: Schlesien; E. Zeller: Geist.
Foto: GDW.

C. Bendick/A. Kurschat

Schönthaler, *Paul* Eduard Walter

* *23.12.1911 Bad Homburg v. d. H.; † 4.4.1943 Bergnassau-Scheuern (Nassau/Lahn).*

Verh. mit Rut Vera, geb. Emde, ohne Kinder.

Ca. 1929–1935 Ausbildung und Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter in der Versicherungsbranche; 1935–1938 Erkrankung (Rippenfellentzündung); ein Sanatoriums- und mehrere Kuraufenthalte, zwischenzeitlich Phasen der Arbeitslosigkeit; 1938–1941 Beschäftigung bei einer Apparatebaufirma; ab 1942 Tätigkeit in der Heil- und Pflegeanstalt Scheuern (Nassau/Lahn); 1933–1935 NSDAP.

Als Sohn eines Buchdruckers wuchs S. zuerst in Bad Homburg, ab 1923 in Frankfurt a. M. auf. Er gehörte von Kind an zur „Christlichen Versammlung" (CV). Diese Glaubensgemeinschaft akzeptierte zwar den Staat als eine göttliche Ordnung, lehnte jedoch eine Betätigung in ihm weitgehend ab. Dies galt auch hinsichtlich der Teilnahme an der Kultur; so sprach man sich besonders gegen Radio und Kinobesuche aus. S. wurde entsprechend erzogen und vertrat später die Position einer Separation von der Welt aufgrund eigener Überzeugung.

Die Geheime Staatspolizei verbot 1937 die CV, weil diese ihrer Auffassung nach sich dem nationalsozialistischen Staat verweigerte. Bald darauf wurde einigen gegenüber dem Nationalsozialismus loyal eingestellten Versammlungschristen erlaubt, den Bund freikirchlicher Christen zu gründen (BfC), dem sich nach und nach der größte Teil der verbotenen CV anschloss. Ihm trat S. nicht bei, weil der BfC seiner Meinung nach wichtige Prinzipien der CV aufgegeben hatte; so bejahte dieser beispielsweise im Gegensatz zur früher eingenommenen Haltung eine aktive Mitarbeit im NS-Staat.

Diejenigen, die wie S. ebenfalls den BfC aufgrund ihrer religiösen Ansichten ablehnten (sog. Nicht-Bündler), trafen sich an verschiedenen Orten zu Gottesdiensten, in denen das Abendmahl gefeiert und Geldspenden für die Laienprediger der CV gesammelt wurden. Diese Aktivitäten interpretierte das NS-Regime als – strafbewehrte – Fortführung einer verbotenen Sekte.

S. nahm nicht nur regelmäßig an diesen illegalen Zusammenkünften – bis Dezember 1941 in Frankfurt, danach im Hause seines Schwiegervaters F. Emde in Bergnassau – teil, sondern er nahm in den Kreisen der Nicht-Bündler auch eine führende Position ein. Dabei ging es ihm allerdings nicht um eine oppositionelle Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, sondern das Verbot der CV hatte ihn auf religiösem Gebiet in einen Gegensatz zur Regierung gebracht. Bezüglich der Religionsausübung war S. der Auffassung, der Obrigkeit nicht gehorchen zu können, weil er sich gewissensmäßig an die in der CV vertretenen Grundsätze gebunden fühlte. Deshalb blieb ihm keine andere Möglichkeit, als diese illegalen Zusammenkünfte mit Gleichgesinnten durchzuführen. Das oben erwähnte Prinzip der Separation von der Welt brachte ihn auch dazu, keine Veranstaltungen der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen zu besuchen.

Nach der Aufdeckung seiner religiösen Aktivitäten durch die Gestapo verhörte ihn diese; sie verhaftete S. am 29.10.1942 und lieferte ihn in das Limburger Polizeigefängnis ein. Ab dem 7.11. befand er sich im Polizeigefängnis in Frankfurt a. M. In ihrem Schlussbericht charakterisierte die Gestapo ihn als einen Menschen, der versucht habe, „durch seine fanatische Einstellung zur ‚CV' in staatsabträglicher Art die innere Heimatfront zu untergraben", und bezeichnete ihn als einen „unbelehrbaren Sektierer" (zitiert nach A. Liese: Verboten, S. 545). Ein Versuch seiner Schwester, ihn wegen seiner gesundheitlichen Probleme freizubekommen, scheiterte, obwohl sein behandelnder Arzt eine erneute Kur befürwortet hatte und die Reichs-Versicherung gewillt war, einen Sanatoriumsaufenthalt zu genehmigen.

Nach Zustellung der Anklageschrift der Frankfurter Staatsanwaltschaft, in der S. u. a. als „fanatischer Anhänger der CV" (zitiert nach A. Liese: Verboten, S. 546) bezeichnet wurde, fertigte er eine schriftliche Entgegnung an. Er führte aus, dass er „bei [der] Protokollaufnahme [durch die Gestapo] oft, doch vergeblich protestiert" habe. Weiter heißt es: „Ich mußte schließlich unterschreiben." (Zitiert nach ebd., S. 547) Außerdem warf er der Gestapo vor, sie verfahre bei ihrer Interpretation des Versammlungsverbotes kleinlich, indem sie die fast nur von Familienmitgliedern besuchten Hausandachten als Fortführung einer verbotenen Gemeinschaft betrachte. Auch lehne er es ab, sich vom Staat vorschreiben zu lassen, mit wem er befreundet sein könne. Wenn er Nicht-Bündler als Freunde habe, sei dies seine Privatangelegenheit.

S. wurde darauf in einem Verfahren vor dem Frankfurter Sondergericht zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Da er geständig gewesen war, wurde ihm die bisher erlittene Haft angerechnet.

S. wurde am 18.1.1943 aus der Haft entlassen, starb aber schon knapp zwei Monate später. In einem Gutachten zum Wiedergutmachungsverfahren stellte der Arzt, der S. über längere Zeit begleitet hatte, 1949 fest, dass man S. im Oktober 1942 für haftunfähig hätte erklären müssen. Nach seiner Haftentlassung sei er als „todkranker Mann" zurückgekommen; es bestehe kein Zweifel daran, „dass die zum Tod führende Verschlimmerung der Lungenerkrankung die unmittelbare Folge der erlittenen Haft" gewesen sei (zitiert nach ebd., S. 556).

Das Urteil des Sondergerichts wurde am 13.7.1949 vom Landgericht Frankfurt a. M. aufgehoben.

Quellen: Hessisches Hauptarchiv, Wiesbaden, Abt. 461: Strafverfahrensakten, Nr. 8538.
Literatur: A. Liese: Verboten, S. 542–547, 555 f. (Lit.!).

A. Liese

Schrader, Werner

* *7.3.1895 Rottorf (heute Königslutter am Elm), † 28.7.1944 Zossen.*
Verh. mit Cornelia, geb. Kracke, zwei Kinder.
1915–1918 Kriegsdienst; 1918–1933/1935–1936 Lehrer in Wolfenbüttel; 1933–1935 Beurlaubung und Verfolgung wegen Hochverrats, Flucht nach Berlin; 1936–1944 Wehrmachtdienst im Amt Ausland/Abwehr in München und Wien.

Der begabte Sohn eines Landwirts und Milchhändlers erhielt seine Ausbildung von 1909 bis 1915 am Herzoglichen Lehrerseminar in Wolfenbüttel. Als Pensionsgast der Kantorenfamilie Oelker erlebte S. in ihrem religiös strukturierten Alltag praktizierte Bibelfrömmigkeit und gemeinsames Musizieren. Hier erlernte er das Geigen-, Klavier-, Harmonium- und Orgelspiel. Die Fronterfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg stärkten seine national-konservative Gesinnung. Puritanische Gewissensstrenge, soldatische Disziplin und persönliche Opferbereitschaft waren Werte, die der Wolfenbütteler Religions-, Deutsch- und Geschichtslehrer zeit seines Lebens hoch achten und selbst erbringen sollte. So engagierte er sich privat in Vereinen, in der DVP und im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten". Seit 1922 mit einer Pastorentochter verheiratet, hielt er auch engen Kontakt zur Wolfenbütteler Hauptkirchengemeinde, wo er gelegentlich die Orgel spielte und bei der Erteilung des Konfirmandenunterrichtes aushalf.

Enttäuscht über die Annäherung der DVP an die Weimarer Demokratie trat er 1926 aus und konzentrierte sein politisches Engagement auf den „Stahlhelm". Als Führer des Landesverbandes Braunschweig verlieh er diesem ab 1927 ein deutsch-völkisches, antirepublikanisches, aber mit Wohnungsbau-, Arbeitslosen- und Hilfsprogrammen für Kriegsversehrte zugleich kirchennahes und sozial ausgerichtetes Profil.

Die offenkundige Konkurrenz zwischen den Nationalsozialisten und ihren Harzburger Bündnispartnern zerstörte auch bei S. bald die Illusion eines gemeinschaftlichen Vorgehens gegen Parlamentarismus und Kommunismus. Machtpolitisches Kalkül wich ab Oktober 1931 einer grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus als „nicht zu Ende gedachtem Kommunismus"; im engeren Kreis bezeichnete er das Hitlertum als „tief nihilistische, antichristliche und antihumane Bewegung, [...] die sich vom Unglück der Menschen nähre und deren Ziel die Zerstörung aller Werte sei" (zitiert nach W. W. Schrader, StA Wolfenbüttel, 250 N 337).

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" wurde mit dem sog. „Braunschweiger Stahlhelm-Putsch" ein Versuch der Solidarisierung des „Stahlhelms" mit dem verbotenen Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" von den Nationalsozialisten am 27.3.1933 grausam niedergeschlagen und vergolten. S. wurde verhaftet, aus dem Schuldienst sowie als Stahlhelmführer entlassen und seine Familie zahlreichen Vernehmungen und Verfolgungen ausgesetzt. Nach Aufhebung der Hochverratsklage fand S. in Berlin im Reichsarbeitsministerium unter Franz Seldte Zuflucht und Beschäftigung, stand wegen seiner nunmehr offenen Regimegegnerschaft aber unter der dauernden Bedrohung einer erneuten Verhaftung. Nicht zuletzt aufgrund der Denunziationen nationalsozialismusfreundlicher Lehrerkollegen der Wolfenbütteler Realschule gelang ihm nur noch eine temporäre Rückkehr in den Schuldienst.

Einen Ausweg bot seine 1936 durch den Abwehrchef Admiral Wilhelm Canaris veranlasste Einberufung in die Wehrmacht, ab 1937 wurde er in München und Wien für die Abwehr tätig. In der von Generalmajor Hans Oster geleiteten Abteilung pflegte S. Kontakte zu anderen Widerstandsmitgliedern in Militär und Abwehr wie Friedrich Wilhelm Heinz, Hans von Dohnanyi und Dietrich Bonhoeffer, dessen theologisch begründeter Widerstand wichtige Argumentationshilfen für regimefeindliche Christen bot. Als Mitglied der 1943 beim OKH verbliebenen Restabwehr gelang es S., einen von Major Kuhn und Oberstleutnant von Hagen versteckten und durch die Geheime Feldpolizei aufgefundenen Sprengstoffvorrat aus militärischen Widerstandskreisen beiseite zu schaffen und für das für den 20.7.1944 geplante Attentat auf Hitler erneut bereitzustellen. Nach dem Scheitern des Vorhabens führte die Spur der Sprengstoffreste zur Abwehr. Mit der Idee des eigenen Opfertodes zum Schutz weiterer Mitverschworener bereits vertraut, entzog sich S. seiner bevorstehenden Verhaftung, indem er sich im Militärlager „Maybach II“ bei Zossen erschoss.

Tragischerweise konnten Unterlagen mit Informationen über Widerstandspläne, die S. unter anderem von Canaris zur Aufbewahrung anvertraut worden waren, über seinen Fahrer kurz vor Kriegsende noch in die Hände der Gestapo gelangen, was zu weiteren Verhaftungen führte.

Begraben auf dem Selbstmörderwinkel des Soldatenfriedhofs, wurde S. posthum als Landesverräter aus der Wehrmacht entlassen. Seine Witwe musste einige Jahre um Unterstützungs- und Wiedergutmachungsleistungen durch die Stadt Wolfenbüttel kämpfen; der Weg über die Rehabilitierung bis hin zu einer offiziellen Ehrung ihres Mannes sollte sich noch bis in die 1960er Jahre ziehen.

Quellen: StA Wolfenbüttel: 12 Neu 13 Nr. 40 930, 34 N Fb. 9 Nr. 55, 12 Neu 7 Nr. 447: Personalakten W. Schrader: 250 N 337 Materialsammlung von Werner Wilhelm Schrader; Pfarrarchiv Hauptkirche Wolfenbüttel: Gemeindechronik, S. 97 f., 114 f.

Literatur: E. A. Roloff: Aufstand (Lit.!); Ders.: Erinnern, S. 32–35, 104 f.; H.-B. Krieger: Schrader.

B. *Hoffmann*

Schramm, Friedrich

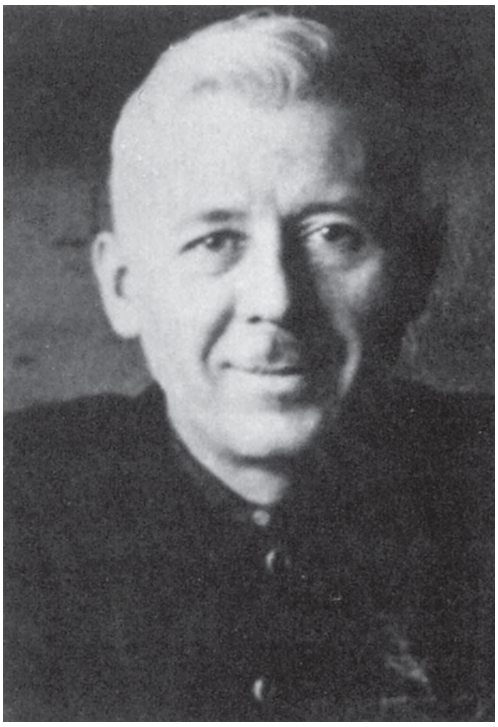
* *6.11.1889 Aplerbeck (heute Dortmund),* † *März/April 1945 Dortmund.*

Verh. mit Maria Wilhelmine, geb. Liebherr, eine Tochter.

1905–1908 Schlosserlehre in Dortmund; 1908–1922 Schlosser bei verschiedenen Betrieben in Dortmund; 1922–1924 Schlossermeister in Heinsen an der Weser; ab 1924 Grubenschlosser und später Schweißer auf der Zeche Minister Stein in Dortmund.

S. wurde am 29.11.1889 evangelisch getauft und erhielt in seinem Elternhaus eine streng religiöse Erziehung. Als Sohn eines Schuhmachermeisters wuchs er in gut situierten Verhältnissen auf. Er besuchte die Volksschule bis zur 8. Klasse. Nach seiner Lehre in der Dortmunder Firma Julius Sander, einer Maschinenbaufabrik und Kesselschmiede, wechselte er wiederholt die Stelle. 1916 heiratete er. Im folgenden Jahr bekam das Ehepaar eine Tochter, die in der Dortmunder Reinoldikirche getauft wurde. Nachdem S. am 16.5.1922 die Meisterprüfung abgelegt hatte, machte er sich in Heinsen an der Weser selbständig. Er kehrte jedoch bereits zwei Jahre später mit seiner Familie nach Dortmund zurück. Im Dezember 1924 fand er dort eine dauerhafte Anstellung auf der Zeche Minister Stein. Bei seinen Arbeitskollegen und in der Nachbarschaft hatte er einen guten Ruf. Man sagte über ihn: „Der Meister ist immer die helfende Hand.“ (Zitiert nach L. Junge: Stacheldraht, S. 72)

Einer politischen Partei gehörte S. nicht an. Wie seine Ehefrau später bekundete, ließen ihn besonders sein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn und sein menschliches Empfinden zum Gegner der Nationalsozialisten werden, deren Gewalt gegenüber Juden und politischen Gegnern ihn empörte. Während des Zweiten Weltkrieges schlossen er und seine Frau sich aufgrund einer bewussten Gewissensentscheidung einer Widerstandsgruppe an, die von Kommunisten und Sympathisanten aus unterschiedlichen Dortmunder Industriebetrieben gebildet wurde, darunter Gustav Budnik und Karl Klose, die wie S. auf der Zeche Minister Stein arbeiteten. Ihr gemeinsames Anliegen bestand zunächst v. a. darin, sich über die Gestaltung der Politik und des sozialen Lebens nach dem Krieg auszusprechen. Die Gruppe unterhielt illegale Kontakte zu Kriegsgefangenen in wichtigen Industriebe-



trieben und war im Herbst 1944 an der Rettung der Jüdin Charlotte Temming vor der Deportation in ein Vernichtungslager beteiligt. Darüber hinaus gab es Bestrebungen, eine Ordnungsorganisation aufzubauen, die verhindern sollte, dass die Bevölkerung beim bevorstehenden Einmarsch der alliierten Truppen in einen Krieg aller gegen alle verfiel. Als Treffpunkt des Kreises diente u. a. die Gartenlaube des ehemaligen KPD-Funktionärs August Kanwischer an der Dortmunder Hafenwiese.

In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1945 wurden S. und seine Frau sowie zahlreiche weitere Angehörige des Widerstandskreises, darunter Budnik und Klose, von der Gestapo festgenommen. Sie wurden im Keller der Staatspolizeistelle in Dortmund-Hörde untergebracht und in den folgenden Tagen dort vernommen. Während S. weiterhin in Haft blieb, wurde seine Frau nach vier Tagen mit der Auflage entlassen, über die Haftbedingungen im Polizeigebäude Stillschweigen zu bewahren. Später berichtete sie von schweren Misshandlungen, die sie dort miterlebt hatte. Angehörige von S. versuchten vergeblich, seine Freilassung zu erwirken. Die Leitung der Sicherheitspolizei ordnete ohne Hinzuziehung gerichtlicher Instanzen die sog. Sonderbehandlung für die Gefangenen an: Anfang März 1945 begann ein Exekutionskommando der Gestapo mit einer Serie von Massenerschießungen, die erst am 12.4.1945 endete. In den Wochen vor und nach Ostern wurden mehrere hundert Menschen umgebracht, darunter neben S., Budnik, Klose und Kanwischer zahlreiche weitere Angehörige von Widerstandsgruppen sowie Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter aus Dortmund und den umliegenden Städten. Die Gefangenen wurden, mit Stacheldraht gefesselt, jeweils nachts auf Lastwagen oder zu Fuß zu Bombentrichtern im Wald der Bittermark bzw. im Rombergpark gebracht, wo sie sich an den Rand der Trichter stellen mussten und durch Genickschuss getötet wurden. Die Trichter wurden anschließend mit Erde zugeschaufelt.

Bei welcher dieser Mordaktionen S. ums Leben kam, ist unklar. Am 21.4.1945 wurde seine Leiche in einem Massengrab auf einer Spielwiese in der Bittermark aufgefunden, als dort die Bombentrichter unter Aufsicht der Besatzungsmacht geöffnet und die sterblichen Überreste der Getöteten in neu ausgehobenen Gräbern beigesetzt wurden. Auf den Friedhöfen in Dortmund-Hörde und auf dem Waldgelände in der Bittermark wurden Gedenksteine für die Toten errichtet.

Quellen: LA NRW/Staatsarchiv Münster: Regierung Arnsberg Nr. 51426 (Entschädigungsakte zu Friedrich Schramm); Archiv der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund: Kirchenbücher der Gemeinde Aplerbeck und der St. Reinoldi-Gemeinde.

Literatur: G. Högl: Widerstand, S. 456; L. Junge: Stacheldraht, S. 71 ff. (Lit.!); K. Klotzbach: Nationalsozialismus, S. 210–216; U. Sander: Mord, S. 47 ff.

Foto: Internationales Rombergpark-Komitee.

A. Kurschat

Schröer, Gustav Adolf *Heinz*

* *1.11.1903 Friedrichshagen (heute Berlin),* † *2.9.1945 Simankow.*

Verh. mit Irene Gertrud, geb. Kleinpaul, drei Kinder.

1922–1928 Studium von Erdkunde, Biologie und Religion in Berlin; 1928 1. Examen; 1930 2. Examen; 1935 Predigerseminar in (Bielefeld-)Bethel; 1935 Lehrer in Deutsch Krone;



1936–1937 Lehrer in Jastrow; 1937 I. Theol. Examen; 1938 Vikariat; 1939 Ordination; 1941–1945 Pfarrer in Schönlanke.

S. wurde am 1.11.1903 in Friedrichshagen bei Berlin geboren. Schon während des Konfirmandenunterrichts entdeckte er sein Interesse für die kirchliche Arbeit. Nach der Konfirmation 1918 schloss sich S. zunächst dem evangelischen Jungmännerverein und später dem Blauen Kreuz sowie dem Weißen Kreuz an.

Nach dem Abitur entschied er sich dennoch für ein Lehramtsstudium und belegte die Fächer Erdkunde, Biologie und Religion an der Berliner Universität. Daneben engagierte er sich weiter in der kirchlichen Arbeit. Nach Abschluss des Studiums hegte S. weiterhin den Wunsch, hin und wieder einen Gottesdienst in einer Kirche zu halten. Deshalb meldete er sich Anfang 1935 zu einem Studiengang im Predigerseminar in Bethel bei Bielefeld an. Diese Ausbildung gab er aber schon im Sommer des Jahres wieder auf, weil sie ihn an die Grenze seiner physischen Belastbarkeit führte. Nach einem Erholungsaufenthalt in Königstein bei Pirna nahm er die Stelle an einer Schule in Deutsch Krone (heute Wałcz/Polen) an. Kein Jahr später, im Frühjahr 1936, wechselte er nach Jastrow (heute Jastrowice). In dieser Zeit gab er seiner Ablehnung gegen den Nationalsozialismus öffentlich Ausdruck und stellte heraus, dass er die christlichen Werte über das Regime stellte. Diese Haltung führte nicht nur dazu, dass er bei Beförderungen übergangen wurde, sondern brachte ihm auch die Gegnerschaft einiger Kollegen ein. Deshalb fasste er den Entschluss, in den kirchlichen Dienst einzutreten.

Oberkonsistorialrat Dr. Kegel in Berlin verschaffte ihm die Möglichkeit, ein Kolloquium im Konsistorium abzulegen, um zu beweisen, dass er über die notwendigen Kenntnisse verfüge, um zum kirchlichen Examen zugelassen zu werden. Nach dem I. Theologischen Examen wurde er Hilfsprediger im Johannesstift in Berlin-Spandau, wohin die Familie im Frühjahr 1937 zog. Am 1.1.1938 begann er sein Vikariat bei Pastor Philipps; er wurde 1939 zum Pfarrer ordiniert.

Da es S. in die selbständige Gemeindetätigkeit zog, nahm er eine Pfarrstelle in Schönlanke (heute Trczianka) an. Wegen des Krieges musste er beide Gemeindebezirke allein versorgen. Dazu gehörten auch die Dörfer Neudorf und Niekosken sowie Zaskerhütte und Hüttchen. Unter der Woche legte der Pfarrer die Wege mit dem Fahrrad zurück; am Sonntag brachte ihn ein Fuhrwerk zu den verschiedenen Gottesdiensten. S. bemühte sich sehr um die Gemeindeglieder und war dort sehr beliebt.

Auch als sich die russische Front Anfang 1945 Schönlanke näherte, stand für S. fest, dass er so lange wie möglich bei der Gemeinde bleiben wollte. Seine Frau schickte er mit den drei Kindern nach Bernsdorf/Sachsen zur Großmutter. Als russische Soldaten in Schönlanke ankamen, waren im Pfarrhaus Alte, Kinder, die ihre Eltern verloren hatten, und Menschen, die nicht wussten, wohin sie gehen sollten, versammelt. Treue Mitarbeiter versorgten sie und sprachen ihnen Trost zu. Beim Anblick des Bildes im Erdgeschoss, das die Wundererzählung von Jesu Seewandel und dem sinkenden Petrus illustrierte (Mt 14,22–33), ließen die Soldaten die Gewehre sinken. Das evangelische Pfarrhaus wurde so zur Schutzzone, was umso erstaunlicher war, wenn man bedenkt, dass der katholische Geistliche des Ortes, Probst Timm, in seinem Haus schwer misshandelt wurde. Später wurde das Pfarrhaus jedoch

vom Militär beansprucht, woraufhin seine Bewohner in ein Haus in der Maskenstraße zogen, das in der Folgezeit zu einem Hilfskrankenhaus wurde. S. trug die Rot-Kreuz-Armbinde und versuchte unentwegt, den Menschen in der Stadt Mut und Trost zu zusprechen, und feierte mit ihnen das Abendmahl. Zahlreiche GPU-Verhöre musste er über sich ergehen lassen, wurde aber dann durch die massive Fürsprache der Gemeinde von den bevorstehenden Deportationen in russische Arbeitslager zurückgestellt.

Trotzdem wurde er am 17.2.1945 auf dem Weg zum Zahnarzt verhaftet und in ein Sammellager nach Landsberg/Warthe gebracht. Seine Mitgefangenen Pfarrer Hans Bischoff, Samuel Nauerth (?) und Karl Goetzke berichteten seiner Ehefrau nach ihrer Entlassung über die Zeit im Lager. Von Landsberg ging es mit dem Güterwagen auf eine zweiwöchige Fahrt in die Sowjetunion. Während der Fahrt lebten je 100 Personen in einem Waggon, der nur durch einen kleinen Kanonenofen beheizt werden konnte. Holz und Lebensmittel waren knapp, und es kam zu Streitereien. S. versuchte diese zu schlichten und sprach den Menschen immer wieder Trost zu; so konnte er einige vom Selbstmord abhalten. Nach ihrer Ankunft im Raum Stalino wurden die Gefangenen zum Arbeitsdienst im Kohlebergbau eingeteilt. S. musste Steine klopfen, Steine herantragen und Schutt wegschaffen, was als leichtere Arbeit galt und dazu führte, dass er weniger Nahrungsmittel bekam. Deshalb erlitt er einen Zusammenbruch, erholte sich jedoch und konnte seinen Dienst wieder erfüllen. Während der Krankheit wurde er von seinen Kameraden versorgt. Wenig später erkrankte er an Wassersucht und wurde ins Hospital eingeliefert. In den Krankenstuben hielt er ebenso wie im Lager regelmäßig Andachten. Dies war ohne weiteres möglich, da die russischen Soldaten den Gefangenen erlaubten, ihre Bibeln und Gesangbücher zu behalten. S. setzte auch einen Ostergottesdienst im Lager durch. Als er wieder dorthin zurückkehrte, wurde er zu Landarbeiten auf der Kolchose eingesetzt, erkrankte dabei jedoch erneut. Am 2.9.1945 sollte er mit einem Krankentransport ins Hospital gebracht werden. Er starb jedoch noch am selben Tag. Der Gehorsam in der Nachfolge Christi war das Fundament, auf dem S. sein Leben aufbaute. Dieses Thema beherrschte schon seine Prüfungspredigt über Johannes 6,66–71: „Ich kann ja heute gar nichts anderes sein, und will auch gar nichts anderes sein als Botschafter dieser beseeligenden Erkenntnis: ‚Du hast Worte des ewigen Lebens, du bist des lebendigen Gottes Sohn' [Joh. 6,68 f.]. Diese Botschaft kommt aus dem Neuen Testament uns entgegen. Sie wird bezeugt durch die Gottesmänner aller Jahrhunderte. Die Wahrheit dieser Botschaft wird auch heute hin und her über die weite Erde erfahren von Menschen, die sich ihr willig ausliefern." (H. Schröer: Prüfungspredigt, S. 4) S. gehörte zu denen, für die die Treue zu Gott zur Richtschnur ihres Lebens wurde. An dieser hielt er bis zu seinem Tod fest.

Quellen: H. Schröer, Prüfungspredigt im Privatbesitz von Gerhard Schroer; G. Schröer: Biographie, S. 55–84; G. Schröer: Schröer.

Foto: Privatbesitz Gerhard Schröer.

C. Bendick

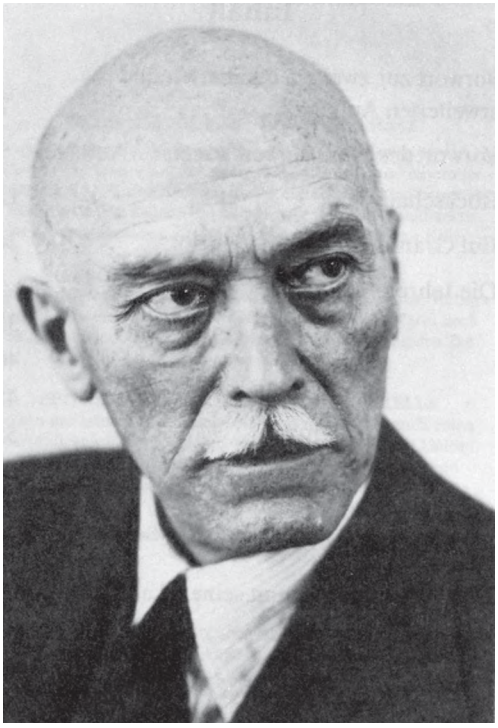
Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der

* *20.11.1875 Kemberg/Sachsen, † 10.11.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Elisabeth, geb. von Sobbe, geschieden, eine Tochter.

Nach dem Abitur (1894) Einjährigfreiwilliger; Studium der Rechtswissenschaft in Lausanne, Berlin und München; Referendar; 1901–1914 konsularische Laufbahn des Auswärtigen Amts in Barcelona, Lemberg, Prag, Neapel, Warschau und Tiflis; 1914–1918 Heeresdienst in Frankreich und konsularischer Dienst im Nahen Osten; 1918–1919 Friedensdelegation in Tiflis; ab 1919 diplomatische Laufbahn im Auswärtigen Amt Berlin; 1923–1934 Gesandter in Teheran und Bukarest; 1934–1941 Botschafter in Moskau.

Der Diplomat S. war bekennender protestantischer Christ und Ehrenritter des Johanniterordens. Als Sohn verarmter Adliger stand dem vielseitig begabten, weltoffenen Juristen im wilhelminischen Deutschland nur die konsularische Laufbahn offen. Erst die Republik eröffnete ihm den diplomatischen Dienst. Von Reichsaußenminister Dr. Walther Rathenau zum Gesandten in Persien ernannt, erwarb er tiefe Kenntnis der Kulturen des Orients und den Ruf eines subtilen Vermittlers auf bedeutendem internationalen



Terrain. In Teheran wurde die staatenlose deutsche Emigrantin aus St. Petersburg Alwine von Duberg zu seiner lebenslangen, vertrauten Weggefährtin – das Reglement seiner Behörde ließ eine Eheschließung nicht zu. In seinen politischen und sozialen Wertmaßstäben zutiefst liberal, zeichnete sich S. durch nüchterne Sachlichkeit und rückhaltlose Wahrhaftigkeit, hohes Verantwortungsgefühl, außergewöhnliche Toleranz und tiefes, gütiges Verständnis für seine Mitmenschen ohne Unterschied von Nation und Stand aus; seine Selbstlosigkeit im Dienste an seiner Familie, seiner Behörde, seinem Volk und Land grenzte an Selbstaufopferung. Diese Eigenschaften sollten auch sein politisches Handeln unter dem Nationalsozialismus bestimmen, das seit seinen Anfängen auf grundsätzlicher Ablehnung des atheistischen Führer-Staates beruhte. Die natürliche Friedfertigkeit, die den jungen Grafen in Distanz zu seiner Generation versetzte und im Ersten Weltkrieg durch die Erfahrung der Orgien sinnloser Gewalt an den verschiedenen Fronten sowie das persönliche Erleben des Untergangs dreier Reiche – des Deutschen, Russischen und Osmanischen Reichs – gefestigt wurde, machte ihn zum unbeirrbaren Gegner jeglicher Kriegspolitik. Sein persönliches Credo – Frieden als hohes Ziel eines harmonischen Miteinanders der Menschen und Völker – traf in seltener, nachgerade idealer Weise mit der wahren Bestimmung des Diplomaten – der Sicherung des Friedens unter den Nationen durch die Mittel der Vernunft und des Dialogs – und seiner religiös-metaphysischen Grundüberzeugung zusammen, dass der Einzelne an seinem Platz in der Welt als Agens des ewigen Friedensstifters und Friedenserhalters die Transformation der Geschichte in Richtung auf den ewigen Frieden (im Sinne Kants) bewirken müsse. Das Zusammentreffen dieser Kräfte in seiner Person hat seiner menschlichen Ausstrahlung sublime Überzeugungskraft und seinem politischen Handeln schwer zu widerstehenden Erfolg gesichert. Als Botschafter in Moskau nutzte er jede berufliche und außerberufliche Gelegenheit, um im Interesse der Menschen beider Völker einem kriegerischen Aufeinanderprallen der totalitären Reiche Stalins und Hitlers vorzubeugen. Zugleich rettete er tausendfach Sicherheit und Leben von politisch gefährdeten Menschen in Russland und Deutschland durch sein couragiertes, die Befugnisse weit überschreitendes, unkonventionelles Eintreten. Hilflos aber musste er der Vernichtung der Familie Duberg unter dem Vorwand ihres evangelischen Glaubens durch den Stalinschen Terrorapparat zusehen und mit Kurierpost seine in Berlin ausharrende Freundin über den Leidensweg ihrer Angehörigen in Kenntnis setzen. Der Botschafter war maßgeblich am Zustandekommen des Nichtangriffspaktes beteiligt, in dem er ein Instrument zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges zu schmieden hoffte. Als der aggressive Charakter des Hitler-Stalin-Paktes offenbar wurde, ließ er, tief deprimiert, Vertretern der betroffenen Mächte geheim detaillierte Warnungen zugehen. Mit Bekanntwerden der Vorbereitung des Russlandfeldzuges setzte er die ihm zur Verfügung stehenden legalen und illegalen Mittel ein, um diesen Opfergang der Völker zu verhindern. Gemeinsam mit zuverlässigen Mitarbeitern suchte er nach Mitteln und Wegen, um seinen Minister, die Generalität und schließlich Hitler persönlich von Sinnlosigkeit und katastrophalem Ausgang dieses Waffengangs zu überzeugen. In Deutschland zum Regimefeind erklärt, warnte er in Moskau seine ausländischen Kollegen

und schließlich die Sowjetregierung selbst wiederholt eindringlich vor dem bevorstehenden Krieg. Seine Warnungen erreichten Stalin, vermochten ihn aber nicht zu überzeugen. So musste der Botschafter dem sowjetischen Außenkommissar nach Jahren zermürbender Kämpfe schließlich am Morgen des 22.6.1941 in letzter moralischer Erschöpfung die deutsche Kriegserklärung verlesen. Die Worte Molotows: „Das haben wir nicht verdient!“ besiegelte er unter Rührung mit einem aufrichtigen Händedruck. In Berlin setzte sich S. nach Kräften für den Abbruch der Feindseligkeiten und einen Waffenstillstand sowie Friedensschluss ein. Als er bei den Vertretern der Reichsregierung kein Gehör fand, stellte er sich dem deutschen Widerstand zur Verfügung. Seine jüngeren Mitarbeiter sowie Mitstreiter des Kreisauer Kreises führten ihn in den engen Kreis um Carl Goerdeler, Ludwig Beck, Claus von Stauffenberg und Henning von Tresckow ein, für die er – gemeinsam mit Ulrich von Hassell – die Ausarbeitung des außenpolitischen Teils des Programms der Bewegung des 20.7.1944 übernahm. Er drängte zur politischen Tat, solange die Opposition noch Möglichkeiten zu Verhandlungen mit den Alliierten besaß, und war bereit, im Moment des Staatsstreiches Verhandlungen mit Stalin zu führen. Das Angebot Goerdelers zur Mitarbeit in einer künftigen Regierung nahm er in der ihm eigenen Bescheidenheit mit den Worten an, „er sei zur Mitarbeit in einer neuen Regierung bereit, falls er damit dem Volke dienen könne“. Unter dieser Voraussetzung wurde der große, weltweit geschätzte, tätige Befürworter des Ausgleichs zwischen Ost und West als Außenminister einer Widerstandsregierung nominiert. Diese Tatsache ließ die Gestapo – nach vorausgegangenen Mordanschlägen sowie der Tötung seiner Lebensgefährtin Alwine von Duberg im Mai 1944 – am 16.8.1944 endgültig zuschlagen. Als Mittäter des 20.7.1944 vor den Volksgerichtshof gestellt, bewahrte der mutige Senior der Verschwörer seine moralische Kraft und Würde. Er bekannte freimütig seine Gegnerschaft zu Hitler und die Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes und lehnte es ab, ein Gnadengesuch zu stellen. In vollendeter seelischer Gelassenheit und der religiösen Gewissheit, richtig gehandelt zu haben, schritt er am 10.11.1944, zehn Tage vor Vollendung seines neunundsechzigsten Lebensjahres, zusammen mit dem Sohn des Physikers Max Planck zur Hinrichtungsstätte.

Quellen: Nachlass Botschafter Graf Schulenburg bei Sonnhild Gräfin Schulenburg, Burg Falkenberg (Obpfz.); die diplomatischen Quellen befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts Berlin; Teilveröffentlichungen enthalten die Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP).

Literatur: S. Wegner-Korfes: Schulenburg; Dies.: Botschafter; I. Fleischhauer: Rußlandfeldzug; Dies.: Pakt; Dies.: Diplomatischer Widerstand; E. F. Sommer: Schulenburg.

Foto: E. F. Sommer: Botschafter, S. 6.

E. I. Fleischhauer

Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der

* *5.9.1902 London, † 8.9.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. Charlotte, geb. Kotelmann, sechs Kinder.

1920 Grenzschutzsoldat/Abitur in Lübeck; 1920–1923 Jurastudium in Göttingen und Marburg; 1923–1925 Referendariat in Potsdam, Kyritz und Meyenburg;1928/1929 Assessor in Recklinghausen, Labiau, Gerdauen, Heiligenbeil; 1933 NSDAP Gauleitung Ostpreußen; Oberpräsidium Königsberg; Persönlicher Referent beim Gauleiter E. Koch; Regierungsrat; 1934 Landrat in Fischhausen/Ostpreußen; 1937 Polizeivizepräsident von Berlin; 1939 Vizepräsident im Oberpräsidium Breslau; 1941 Oberpräsident; 1940–1944 Offizier.

Der Sohn eines Militärattachés wuchs im Mecklenburgischen in einem national-konservativen, preußisch orientierten Elternhaus zusammen mit fünf Geschwistern auf. Nach dem Jurastudium bekleidete er als Verwaltungsjurist verschiedene Positionen in staatlichen Diensten. Durch seinen Einsatz für die Bevölkerung galt er als „Sozialist aus Gerechtigkeitssinn und aus adeliger, christlicher, brüderlicher Verpflichtung“ (A. Krebs: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, S. 104). Die Lösung der sozialen und nationalen Frage galt für S. als die politische Frage, die sich durch eine Symbiose zwischen Sozialismus und Nationalismus mit der NSDAP, der er 1932 beitrat, verwirklichen ließe. S. verurteilte die Aktionen um den 30. Juni 1934. Er wurde als Landrat nach Fischhausen (1934) und dann als Polizeivizepräsident nach Berlin (1937) versetzt. Grundsätzliche innen- und außenpolitische Gründe nahmen ihm die Illusion und führten ihn in die Opposition und in den aktiven Widerstand. Besondere Kritik übte er an der Beamtenpolitik des Regimes.



S. forderte eine unabhängige Beamtenschaft, die Rückkehr zur preußischen Tradition in der Verantwortung vor Gott. Sein Rechtsempfinden ließ eine Diskriminierung Andersdenkender nicht zu. Im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom 1938 entließ er eigenmächtig die in das Berliner Polizeipräsidium verbrachten jüdischen Bürger wieder und half ihnen.

Traditionell im kirchlichen Kontext eines gläubigen Christentums erzogen, wandte sich S. dem christlichen Glauben zu. Persönliche Schicksalsschläge ließen Gott nach einer Zeit der Distanzierung wieder „in den Mittelpunkt" seines Lebens treten (U. Heinemann:Ein konservativer Rebell, S. 208.). Im Mittelpunkt der Kindererziehung, so bittet er seine Frau, müsse „der Glaube an Gott stehen … das Wissen um seine Allmacht und Führung" (ebd., S. 212). Für ihn ist Gott „die überirdische Macht, die auf geheimnisvolle Art in unser Leben hineinragt, für uns mit dem Verstand nicht erkennbar und nur mit dem Herzen erfassbar ist. Ich glaube an eine Führung durch Gott; ich habe sie in meinem Leben des öfteren gespürt. Ich glaube, daß man seiner Kraft teilhaftig wird, wenn man ihn liebt, sich ihm hingibt und zu ihm betet." (Ebd., S. 214) Wie manche Angehörige des militärischen Widerstandes denkt er an eine „una sancta", denn „der Gegensatz katholisch-evangelisch" sei „längst überholt und wesenlos geworden. Der Gegensatz dieses Jahrhunderts ist Christentum und Atheismus" (ebd.). Durch die Erfahrungen im Russlandkrieg geht S.s Weg in den Widerstand neben politischen Erwägungen mit einer Orientierung am christlichen Glauben einher. Angesichts einer sich abzeichnenden militärischen Niederlage sieht S. im Juni 1943 seine zukünftige Aufgabe in der Verkündigung des Wortes Gottes. Er möchte aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden „und Pfarrer werden, denn in der religiösen Wiedererneuerung liegt die entscheidende Aufgabe unseres Jahrhunderts" (ebd., S. 255).

S. gilt als der Verbindungsmann zwischen der älteren und jüngeren Generation sowie der Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten zum militärischen Widerstand und arbeitete an einem Verfassungsentwurf mit. Im Falle des Umsturzes war S. als Staatssekretär im Innenministerium vorgesehen.

Am 20. Juli 1944 in der Bendlerstraße festgenommen, ließ er sich auch durch Folter in Gestapohaft nicht einschüchtern. Als Begründung für seinen Widerstand führte er den Kampf des Nationalsozialismus gegen das Christentum an. Bereits in einem Brief an seine Frau hatte er sein Motiv dargelegt: „Es kommt nur darauf an, daß ich meinem Gewissen folge, durch das Gott zu mir spricht." (Ebd., S. 250) Kurz nach dem am 10.8.1944 erfolgten Todesurteil wurde S. in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Literatur: H.-A. Jacobsen: Spiegelbild; U. Heinemann: Ein konservativer Rebell (Lit.!); A. Krebs: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg; H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 133–143.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 187.

H.-J. Ramm

Schulze-Boysen, *Libertas* Victoria, geb. Haas-Heye

** 20.11.1913 Paris, † 22.12.1942 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Harro Schulze-Boysen, ohne Kinder.
1933–1935 Pressereferentin bei der Filmgesellschaft Metro-Goldwyn-Meyer in Berlin; 1935 kurzzeitiger freiwilliger

Arbeitsdienst in Glindow (Brandenburg), danach freie Schriftstellerin in Berlin; ab 1941 Sachbearbeiterin in der Kulturfilmzentrale des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.



Ihren Vornamen verdankte S. dem „Märchen von der Freiheit“, das ihr Großvater, Philipp Fürst zu Eulenburg und Hertefeld, geschrieben hatte und dessen Heldin den Namen Libertas (lat. „Freiheit“) trug. Künstlerische Neigungen waren in ihrer Familie stark vertreten. Ihr Vater, Otto Haas-Heye, war Modegestalter. Sie selbst hatte wie schon ihr Großvater literarische Interessen und schrieb seit ihrer Jugendzeit eigene Texte. Ihre Kindheit verbrachte sie auf dem Gut ihres Großvaters in Liebenberg (Brandenburg). Als sich ihre Eltern 1921 scheiden ließen, blieb S. mit ihrer Schwester bei ihrer Mutter in Liebenberg, während ihr Bruder zu ihrem Vater kam, der damals die Modeabteilung des Staatlichen Kunstgewerbemuseums in Berlin leitete. In dieser Zeit übernahm S. von ihrer Mutter eine tiefe Religiosität, die sie später in einigen Gedichten zum Ausdruck brachte. Ihre Schulzeit verlebte sie – nach zwei Jahren Privatunterricht in Liebenberg – ab 1922 in Berlin und ab 1926 in Zürich, wo sie bis zu ihrem Abitur im Jahr 1932 das Städtische Mädchen-Lyzeum besuchte. In der Schulzeitschrift „Simplicissimus“, die sie dort herausgab, veröffentlichte sie erste Gedichte, Kurzgeschichten und einen Fortsetzungsroman.

Im Januar 1933 kehrte S. nach einer neunmonatigen Reise durch Großbritannien und Irland nach Liebenberg zurück. Dort leitete ein Verwandter von ihr inzwischen die NSDAP-Ortsgruppe. Ein anderer Verwandter war 1931 nach einem Besuch bei Hitler in die Partei eingetreten und warb nun für deren Politik. Auch S., die zuvor kaum politisch interessiert gewesen war, wurde im März 1933 Parteimitglied. 1934 lernte sie Harro Schulze-Boysen kennen, einen entschiedenen Gegner des NS-Regimes, der zwei Jahre lang die linksliberale Zeitschrift „Gegner“ herausgegeben hatte und nach deren Verbot 1933 von der SA kurzzeitig in Haft genommen und misshandelt worden war. Seit dem Frühjahr 1934 war er in der Nachrichtenabteilung des Reichsluftfahrtministeriums tätig. 1936 heirateten beide in Liebenberg. Ihre kirchliche Trauung fand in der dortigen Hauskapelle statt. Harro S., der protestantisch erzogen, jedoch aus der Kirche ausgetreten war, ließ im Programm des Gottesdienstes das Lied „Jesu, geh voran“ durch „Ein feste Burg ist unser Gott“ ersetzen.

In den folgenden Jahren bildete sich um Harro Schulze-Boysen, der sich nun dem Kommunismus zuwandte, ein Freundeskreis linksgerichteter Oppositioneller, zu dem neben anderen Künstlerinnen und Künstlern der Schriftsteller Günther Weisenborn gehörte. S. widmete sich nun wieder stärker ihren literarischen Interessen und verfasste 1938 zusammen mit Weisenborn das Theaterstück „Die guten Feinde“, das 1939 in Bremen uraufgeführt und in einer Hörspielfassung im Radio ausgestrahlt wurde. Für die „Essener Nationalzeitung“ schrieb sie 1940/1941 wöchentlich Filmkritiken.

Der intensive politische Meinungsaustausch, an dem S. im Freundeskreis ihres Mannes teilhatte, veränderte ihr Weltbild. Im Januar 1937 trat sie aus der NSDAP aus. 1938 begann sie sich am aktiven Widerstand zu beteiligen, indem sie bei der Verteilung einer illegalen Schrift zum Münchener Abkommen half.

Ihr Mann nahm enge Kontakte zum Kreis um Arvid Harnack und zu weiteren Widerstandsgruppen auf. Mit Harnack zusammen informierte er 1941 einen Vertreter der sowjetischen Botschaft über die deutschen Angriffspläne gegen die Sowjetunion. Im selben Jahr vermittelte S. den Kontakt zwischen ihrem Mann und einem aus Brüssel angereisten Offizier des sowjetischen Nachrichtendienstes. Im Sommer 1942 sammelte sie zusammen mit dem späteren Schriftsteller Alexander Spoerl in der Kulturfilmzentrale des Propagandaministeriums Bilddokumente über nationalsozialistische Gewaltverbrechen an der Ostfront. Das Material diente zur Erstellung eines Flugblatts, das die deutschen Soldaten dazu aufrief, mit russischen Partisanen zusammenzuarbeiten und zu ihnen überzulaufen, um Deutschland vom NS-Regime zu befreien.

Inzwischen war die Gestapo auf einige Angehörige des Netzwerks um Harro Schulze-Boysen und Harnack aufmerksam geworden. Im Polizeijargon wurde die Gruppe als „Rote Kapelle" bezeichnet, was keine religiöse Bedeutung hatte, sondern sich auf deren Kontakte zum sowjetischen militärischen Nachrichtendienst bezog. Am 2.9.1942 erfuhr S., dass ihr Mann verhaftet worden war. Sie warnte zahlreiche Freunde, vernichtete ihre Fotosammlung über Gewaltverbrechen und bereitete ihre Abreise vor. Am 8.9.1942 wurde sie im D-Zug von Berlin nach Traben-Trarbach verhaftet und in das Gefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin verbracht. Später wurde sie in das Gerichtsgefängnis in Berlin-Charlottenburg überführt. In ihren Vernehmungen versuchte sie durch umfangreiche Aussagen ihr Leben zu retten. Das Reichskriegsgericht verurteilte sie jedoch am 19.12.1942 wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Spionage zum Tode. Drei Tage später wurde sie zusammen mit ihrem Mann und acht weiteren Verurteilten, darunter Arvid Harnack, in Berlin-Plötzensee hingerichtet. In ihrem letzten Brief an ihre Mutter schrieb sie: „Ich darf sterben, wie Christus starb: Für die Menschen!" (Brief an Thora von Eulenburg, 22.12.1942, zitiert nach Libertas Schulze-Boysen, S. [36])

Die Hauskapelle des Gutes Liebenberg erhielt 1994 den Namen „Libertas-Kapelle".

Quellen: Libertas. Hrsg. von Thora zu Eulenburg. o. O. [²1962] (Privatbesitz).

Literatur: H. Coppi: Harro Schulze-Boysen; H. Coppi/J. Tuchel: Rote Kapelle (Lit.!); Libertas Schulze-Boysen; P. Steinbach/J. Tuchel: Lexikon des Widerstandes, S. 177–179.

Foto: Libertas Schulze-Boysen, S. [7].

A. Kurschat

Schwamb, Ludwig

* *30.7.1890 Undenheim (Rheinhessen),* † *23.1.1945 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Elisabeth, geb. Fritz, ohne Kinder.

1910–1914 Jura-Studium in Gießen und Berlin; 1914–1918 Kriegsdienst; 1919–1921 juristischer Vorbereitungsdienst; 1921 kurzzeitig Rechtsanwalt in Mainz; 1921–1925 Finanzbeamter in Alzey; 1925–1928 Regierungsrat, Leiter des Finanzamtes in Oppenheim; 1928–1933 Oberregierungs-, Ministerial- und schließlich Staatsrat, persönlicher Referent des hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner, Mitglied des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs; 1933–1934 Rechtsanwalt in Mainz; 1934–1944 Syndikus der Berliner Schuhfabrik Tack in Berlin und Frankfurt a. M.

S. war nach der Erinnerung eines seiner Mitstreiter im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, des Nationalökonomen und Schriftstellers Emil Henk, ein ernster, entschlossener, stiller und ausgesprochen religiöser Mann. Aus bäuerlicher Familie stammend, begann er gegen den Willen seines Vaters Jura zu studieren. Sein politisches Denken war seit dieser Zeit an demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien orientiert. Bestärkt wurde er in dieser Haltung durch seine Erfahrungen als Soldat im Ersten Weltkrieg, die zudem Abscheu gegen die Grausamkeit des Krieges in ihm hervorriefen. Nach Kriegsende trat er in die SPD ein. In Mainz war er 1921 der erste praktizierende Rechtsanwalt überhaupt, der sich offen zur Sozialdemokratie bekannte.

1928 wurde S. neben Carlo Mierendorff, dem Chef der Presseabteilung des Innenministeriums, einer der engsten Mitarbeiter des sozialdemokratischen hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner, mit dem ihn zugleich eine private Freundschaft verband. Im Reichsbanner Schwarz Rot Gold und in der Eisernen Front setzte er sich für den Schutz der Demokratie in Deutschland ein. 1933 wurde die Regierung des Volksstaats Hessen im Zuge der nationalsozialistischen



Gleichschaltungspolitik entmachtet. S. wurde von dem neuen hessischen Reichsstatthalter Jakob Sprenger unter Berufung auf das neu eingeführte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem Staatsdienst entlassen und wenige Wochen später unter Polizeiaufsicht gestellt. Er legte Widerspruch gegen seine Entlassung ein und konnte immerhin erreichen, dass diese 1934 in eine Versetzung in den Ruhestand umgewandelt wurde, sodass er Pensionszahlungen erhielt.

In den folgenden Jahren konnte S. in seiner Funktion als juristischer Berater der Berliner Conrad Tack & Cie. AG, einer Schuhfabrik mit Niederlassungen in ganz Deutschland, auf zahlreichen Dienstreisen Kontakte zu Gegnern des Nationalsozialismus pflegen, ohne die Aufmerksamkeit des Regimes auf sich zu ziehen. In seiner Wohnung in Berlin-Wilmersdorf fanden verfolgte Weggefährten zeitweise Zuflucht vor der Gestapo. Hier traf er sich häufig mit Leuschner und hielt insbesondere seit 1938 konspirative Beratungen mit weiteren Führern des sozialistischen Widerstandes ab, darunter Mierendorff, Julius Leber, Theodor Haubach und Adolf Reichwein. Später wurden auch Verbindungen zum Kreisauer Kreis geknüpft. Das Verhältnis zwischen S., Leuschner, Mierendorff und Leber war von starker persönlicher Zuneigung geprägt. Ähnlich eng waren die Beziehungen zwischen den Ehefrauen Elisabeth Schwamb und Annedore Leber, die sich ebenfalls an den konspirativen Aktionen beteiligten.

Während Leuschner in Berlin durch seine Kontakte zu Ludwig Beck und anderen führenden Persönlichkeiten militärischer und ziviler Widerstandskreise eine Schlüsselfunktion bei der Organisation eines Regierungsumsturzes übernahm, leitete S. von Frankfurt aus die sozialdemokratischen Widerstandskreise im Rhein-Main-Gebiet. In Leuschners Auftrag führte er u. a. Verhandlungen über die Unterstützung des Umsturzes auf regionaler Ebene. Für die Übergangssituation nach erfolgtem Staatsstreich war er als Politischer Beauftragter beim Wehrkreis XII in Wiesbaden vorgesehen, der die Gebiete zwischen Saar und Main umfasste.

Nach dem Scheitern des Attentats vom 20.7.1944 wurden S. und seine Frau am 23.7.1944 in Frankfurt a. M. verhaftet. Während seine Frau, die einen kurz nach der Festnahme unternommenen Selbstmordversuch überlebte, wenige Tage später wieder freikam, wurde S. in das Berliner Zellengefängnis in der Lehrter Straße verbracht und in der Folgezeit dort schwer misshandelt. In seinem Anfang Oktober 1944 begonnenen Prozess vor dem Volksgerichtshof gelang es S., seine Frau und zahlreiche seiner Mitstreiter im Rhein-Main-Gebiet zu decken. In einem Brief, den er seiner Frau zu Weihnachten 1944 schrieb, äußerte er sich über sein christliches Selbstverständnis: „Du weißt, Liebes, daß ich nicht gläubig im kirchlichen Sinne bin. Aber ich habe mich doch immer als Christ gefühlt, nicht nur aus dem Bewußtsein heraus, daß unsere ganze abendländische Kultur und damit auch unsere Persönlichkeit von christlichem Ideengut entscheidend gestaltet und geprägt sind, sondern auch in der Überzeugung, daß Jesus Christus uns höchstes Menschentum und höchste Menschlichkeit gelehrt und vorgelebt hat. Er ist dafür gekreuzigt worden. Und kreuzigen wir ihn nicht täglich neu?“ (Brief an Elisabeth Schwamb, 15.12.1944, Stadtarchiv Mainz, NL 106, Karton 2) Die weihnachtliche Botschaft „Friede auf Erden!“ als „Verheißung des gerechten Friedens auf Erden“ deutend, äußerte er die Hoffnung: „Wenn dieser gerechte Friede erreicht ist, dann wird vielleicht

auch einmal wieder die Zeit kommen, da die Menschen Weihnachten als ‚Fest der Liebe' feiern dürfen." (Ebd.) In der weiteren Ausführung dieses Gedankengangs verwies er auf die Erläuterung des Liebesgebots im Johannesevangelium: „Niemand hat größere Liebe, denn der sein Leben läßt für seine Brüder." (Ebd.; vgl. Joh 15,13) Am 13.1.1945 wurde S. wegen Hoch- und Landesverrats zum Tode verurteilt und am 23.1.1945 in Berlin-Plötzensee erhängt.

Quellen: Stadtarchiv Mainz NL 106, Karton 2: Nachlass Schwamb.
Literatur: G. Beier: Leuschner, S. 570–575 (Lit.!); A. C. Bratu: Schwamb; E. Henk: Tragödie, S. 49; A. M. Keim: Schwamb (Lit.!).
Foto: GDW.

A. Kurschat

Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich-Wilhelm Graf von



** 21.12.1902 Kopenhagen, † 8.9.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Marianne, geb. Sahm, fünf Kinder.
1921–1922 praktische land- und forstwirtschaftliche Ausbildung; 1923–1926 Landwirtschaftsstudium in München, Berlin und Breslau; 1926 Erbschaft und Übernahme der Güter Göhren (Mecklenburg) und Sartowitz (Pommerellen/Polen); 1938 Leutnant der Reserve; 1939–1944 Kriegsdienst: Polenfeldzug im Infanterieregiment 48, 1941–1943 Stabsdienst in Paris und Utrecht, 1943 Hauptmann d. R. beim Stab der Division Brandenburg in Berlin, 1944 bei der Passierscheinhauptstelle des Generalquartiermeisters im OKH.

S. wuchs zusammen mit seinen fünf Schwestern in einem konservativen, monarchistisch und christlich geprägten Elternhaus auf. Sein Vater war Diplomat. So führten seine Wege über München, Wien, Guatemala und Luxemburg nach Dresden. Nach zwei praktischen Ausbildungen studierte S. Landwirtschaft und übernahm nach Adoption die ihm vom Onkel vererbten Güter. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde S.s Leben wesentlich durch die polnische Minderheitenpolitik in Pommerellen geprägt, das infolge des Versailler Vertrages vom Deutschen Reich an Polen abgetreten worden war. Mit der „Deutschen Vereinigung" und seinem taktischen NSDAP-Beitritt 1935 versuchte er die Interessen der deutschen Minderheit in Polen zu vertreten. Angesichts der zunehmenden Zerstörung der Rechtsordnungen widmete sich S. ab 1937/1938 fast ausschließlich dem Kampf gegen den Nationalsozialismus und gehörte zum Umfeld der Männer, die im Herbst 1938 dem Regime ein Ende bereiten wollten.

Nach dem Polenfeldzug äußerte S. sein Entsetzen über die Vertreibungs- und Mordaktionen. In seinem Testament von 1942 bestimmte er für die in seinem Sartowitzer Forst Ermordeten die Errichtung einer Gedenkstätte „mit folgender Inschrift ‚Hier ruhen 1 400–1 500 Christen und Juden. Gott sei ihrer Seele und ihren Mördern gnädig.'" (Zitiert nach D. Graf von Schwerin: Köpfe, S. 60) Seit 1941 im Stab des OB West, bestärkte er Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben in der Absicht, das NS-Regime zu beseitigen. Ein Versuch, Hitler Anfang 1942 nach Paris einzuladen und durch ein Attentat zu töten, scheiterte jedoch. 1943 in das Zentrum des Widerstandes nach Berlin geholt, hielt S. die Verbindung zu dem aus seinem Amt ver-

abschiedeten, in den Umsturzplänen als Oberbefehlshaber vorgesehenen Witzleben. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der spiritus rector des Staatsstreichs, und S. fanden schnell Vertrauen zueinander und wurden Duz-Freunde. Nach erfolgtem Staatsstreich war S. als Staatssekretär beim zukünftigen Staatsoberhaupt eingeplant.

Bei den verschiedenen Erörterungen über eine zukünftige Politik waren sich S. und seine Freunde einig, dass „das Christentum wieder die tragende seelische Kraft der Zukunft sein solle“ (H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 167.) S., der nicht formal Mitglied der Bekennenden Kirche war, ihr aber nahestehend, ermöglichte in Fürstenwerder einem jungen Pfarrer der Bekennenden Kirche die Anstellung. Durch sein Elternhaus christlich erzogen und geprägt, war S. Rechtsritter des bewusst evangelischen Johanniterordens. Glaubensaussagen S.s sind weitgehend unbekannt. Er „tat sich mit seinem Glauben nicht leicht“ (D. Graf von Schwerin, Köpfe S. 129 f.), aber durch sein christlich geprägtes Familienleben und seine Ausstrahlung fanden Menschen in seiner nächsten Umgebung den Weg zum Glauben. Seine Worte bei der Konfirmation seines ältesten Sohnes Wilhelm 1944 bezeugen in hohem Maß seine Pflichtauffassung und seinen Glauben als Lebensgrundlage: „In einer solchen Zeit des Leides und der allgemeinen Verwirrung bedürfen wir alle eines Haltes und einer inneren Kraft, die uns stark macht, und es ist sicher, daß die Lehre Christi, die fast 2000 Jahre Geltung hat, uns die innere Hilfe bringt, der wir bedürfen“ (zitiert nach A. Leber: Gewissen, S. 162.). Überhaupt war der christliche Glaube für S. eine der Grundlagen für seine sich seit dem Hitlerputsch 1923 manifestierende Ablehnung der Hitlerbewegung.

„Man kann schließlich nicht mehr tun, als dafür zu sterben“ (D. Graf von Schwerin: Köpfe, S. 412), meinte S. zu dem an ihn gefesselten Theologen Eugen Gerstenmaier nach seiner Festnahme am 20.7.1944 in der Berliner Bendlerstraße. Im vierten Prozess gegen die Verschwörer am 21. August 1944 vor den Volksgerichtshof gestellt, widerstand S. unerschrocken dem Richter Roland Freisler und sprach die Morde des Regimes an. Als Freisler ihn als Lump bezeichnete und ihm die Frage stellte, ob er unter der Gemeinheit dieser Äußerung zerbreche, antwortete er mit einem klaren Nein.

Der frühere Adjutant Witzlebens wurde zum Tode verurteilt und am 8.9.1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. In seinem Abschiedsbrief wenige Minuten vor seinem Tod bekannte er sich nochmals zu seinem Handeln: „Dass ich ungebeugt in den Tod gehe in dem festen Bewußtsein, nichts für mich und alles für unser Vaterland gewollt zu haben, das muß Dir immer Gewißheit bleiben und das musst du den Söhnen immer wieder sagen.“ Insbesondere bat er seine Frau um eine adäquate Erziehung und Ausbildung seiner Kinder und fügte hinzu: „Erziehe die Söhne zu christlichen Edelleuten ohne Engigkeit im Denken“ (Zitiert nach H. Gollwitzer: Nacht, S. 148).

Literatur: A. Leber: Gewissen (1984), S. 131–133; H. Gollwitzer/K. Kuhn/R. Schneider: Nacht (1954), S. 147 f.; H.-J. Ramm: Gedenken (Lit.!); D. Graf von Schwerin: Köpfe (Lit.!).

Foto: A. Leber: Gewissen (1984), S. 133.

H.-J. Ramm

Seltmann, Heinrich

**25.2.1894 Jonsdorf, †27.3.1935 Leipzig.*
Verh. mit Gertrud, geb. Bauch, sieben Kinder.
1914 Studium der Theologie in Leipzig, bei Kriegsbeginn Einberufung; 6.11.1914 schwere Verletzung mit Nervenleiden als Folge; 1916 Fortsetzung des Studiums; 1920 I. Theol. Examen; Diakonatsvikar in Treuen (Vogtland); 8.5.1921 Ordination, Hilfsgeistlicher in Radeberg; 1922 Pfarrer in Geyersdorf (Erzgeb.); 1931 Pfarrer in Crimmitschau.

Gleich zu Beginn ihrer Herrschaft geriet S. mit den Nationalsozialisten in Konflikt und machte sich nicht nur die Deutschen Christen, sondern auch die NSDAP zum Feind. Anfang Januar 1934 wurde er wegen einer Silvesterpredigt angezeigt. Am 14.1. verlas er dann, wie viele andere sächsische Pfarrer auch, eine Abkündigung gegen das deutsch-christliche Kirchenregiment in Dresden. Aufgrund der Anzeige durch seinen Kantor wurde er mit anderen zusammen nach Dresden ins Landeskirchenamt bestellt. Das Ergebnis war eine 50%ige Gehaltskürzung und ein eingeleitetes Dienststrafverfahren. Ein Gnadengesuch seiner Tochtergemeinde Langenreinsdorf führte zu dem Angebot, eine Erklärung zu unterschreiben, in der er seine bisherigen Stellungnahmen und seine Haltung im Kirchen-



kampf widerrufen sollte. Dies lehnte er ab. Sein Vater versuchte ihn vergeblich zu mehr Zurückhaltung zu überreden, ohne ihn zum Austritt aus dem Pfarrernotbund bewegen zu wollen. Er sollte nur nicht immer in „vorderster Linie“ stehen. S. aber blieb fest. Im März 1934 wurde er vom Dienst suspendiert.

Zu der Sorge um seine Kirche und die Menge der Schwierigkeiten und Leiden, die sich für ihn daraus ergaben, kam 1934 auch noch der Tod seiner Frau nach der Geburt des siebenten Kindes hinzu. An seiner nun einsetzenden Schwermütigkeit konnten auch Sanatorienaufenthalte und eine Ruhezeit bei seinen Eltern in Kesselsdorf bei Dresden nichts ändern. Auch die Bitten der Leiter der Bekennenden Kirche, jetzt nicht in erster Linie an das „Ringen um die Kirchenerneuerung“ zu denken, bei dem sie ihn auf ihrer Seite wüssten (Walter Helm an Seltmann vom 30.11.1934: „[...] es ist in jedem Kampf so, daß auch die Frontkämpfer einmal zurückgenommen werden, um neue Kraft zu sammeln“), sondern an sich und seine Gesundheit zu denken, halfen nichts. Schließlich wurde er in die Nervenklinik der Leipziger Universität eingeliefert, wo man ihm aber auch nicht helfen konnte. Er starb dort, zerrieben von den Sorgen um seine Landeskirche und geschwächt durch die persönlichen Schicksalsschläge, mit nur 41 Jahren am 27.3.1935.

Quellen: Briefwechsel der Jahre 1934 und 1935 aus dem Archiv der Familie Seltmann.
Literatur: W. Oehme: Märtyrer, S. 10–17.
Foto: Privatbesitz Fam. Seltmann.

M. *Hein*

Siemens, Paul

** 20.10.1880 Langeoog, † 13.12.1940 Hildesheim.*
Verh. mit Martha, geb. Immler, vier Kinder.
1901–1905 Theologie-Studium in Göttingen und Halle; 1905–1907 Besuch des Predigerseminars in Loccum, 1907 Ordination in Aurich; 1907–1910 Vikar an der Christuskirche in Paris; 1910–1913 Hilfsgeistlicher in Hannover; 1913–1928 Pastor in Flachstöckheim, Kreis Goslar; ab 1928 Pastor an St. Michael in Hildesheim, ab 1930 Vorsitzender der Hildesheimer China-Blindenmission.

Geboren als ältestes Kind eines ostfriesischen Geistlichen (Peter Siemens, 1853–1928, Pastor und Superintendent in Timmel, Kreis Aurich), wuchs S. in einer fünfköpfigen Geschwisterschar auf, in der die Berufswahl in gewisser Weise vorgeprägt war: Alle drei Söhne nahmen ein Theologiestudium auf, das der jüngste allerdings alsbald in ein Medizinstudium verwandelte. In seiner Studienzeit wurde S. vor allem von Martin Kählers positiver Theologie geprägt. Die Entsendung an die deutsche Gemeinde in Paris konnte als Auszeichnung verstanden werden. Dort lernte er auch seine spätere Frau kennen, die Tochter eines deutschen Kaufmanns.

1913 bekam er die erste eigene Pfarrstelle in der Patronatsgemeinde Flachstöckheim. Im Februar 1928 wechselte S. auf die 2. Pfarrstelle der Hildesheimer Michaeliskirche. Schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt setzte er sich ehrenamtlich für die 1890 durch die Hildesheimer Pastorentochter Louise Cooper gegründete China-Blindenmission ein. Das Protokollbuch führt ihn ab 1929 als Mitglied des Vorstandes. Am 12.9.1930 wurde er zum Vorsitzenden des Vereins gewählt. Der Einsatz für die Missionsdiakonie brachte



S. – ab 1933 auch Mitglied der lutherischen Bekenntnisgemeinschaft – unter den im Krieg noch verschärften Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur zum Entschluss, aus dem Leben zu scheiden.

Die Mission hatte sich zum Ziel gesetzt, blinde junge Mädchen in Südchina zu einem eigenständigen Leben zu führen und ihnen das Evangelium von Jesus Christus zu bezeugen. Seit 1897 unterhielt sie ein Heim in der britischen Kronkolonie Hongkong. 1912 kam ein zweites Blindenheim hinzu, in der Nähe des Hospitals, das die Basler Mission in Meihsien unterhielt. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Basel wurden bis 1936 gepflegt, dann verhinderten die wachsenden Einschränkungen des „Dritten Reiches" für die Missionsarbeit ein weiteres Zusammenwirken.

Auch die Verbindung nach Hongkong war seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges erschwert, betrachtete die Reichsregierung doch die Kronkolonie als Feindgebiet. Gleichwohl sah der Vorstand 1940 – nach entsprechenden Signalen, die im Protokollbuch festgehalten wurden – die Möglichkeit, wieder eine Diakonisse in das Missionsgebiet zu entsenden. Am 26.10. wurde der Beschluss gefasst, die Schwester Elfriede Ortmann auszusenden. Der von S. gehaltene Aussendegottesdienst fand am 10.11. in der St. Lambertikirche statt. Dies nahm die Gestapo Hildesheim zum Anlass, gegen die Mission vorzugehen: Sie machte S. am 19.11.1940 „den schweren Vorwurf, für ein feindliches Land Menschen und Material bereit zu stellen, die nach dem Führerbefehl nur im Kriegseinsatz Verwendung finden dürften" (F. Garbe: Tsau Kwong, S. 18).

Neben diesem überaus gefährlichen Vorwurf erhob die Gestapo außerdem die Beschuldigung, dass die Mission gegen das Sammlungsgesetz verstoßen habe, indem die Missionssekretärin Schwester Brigitte Damm unter einen im August 1940 im Gemeindebrief des hannoverschen Sprengels Hildesheim-Harz erschienen Bericht über die Arbeit des Vereins dessen Postscheckkontonummer gesetzt habe. Damit habe sie zu durch das Sammlungsgesetz verbotenen Geldspenden aufgefordert. Außerdem wurde dem Schatzmeister und der Vereinsführung vorgehalten, die Geschäfte unordentlich betrieben zu haben.

Der Vorwurf landesverräterischer Feindbegünstigung war lebensbedrohlich. Hatte doch die nationalsozialistische Regierung 1934 diesen vorher unbekannten Straftatbestand in das Strafgesetzbuch eingeführt und mit Todesstrafe oder lebenslangem Zuchthaus bewehrt.

Es lässt sich heute nicht mehr klären, ob die Gestapo diesen Vorwurf selbst ernst genommen oder ihn nur zur Einschüchterung benutzt hat. Klar ist, dass dieser Vorwurf in den Vernehmungsprotokollen und nach dem Tode von S. in den weiteren Auseinandersetzungen über das Vereinsverbot keine Rolle mehr gespielt hat. Auch in den beiden Verfahren vor dem Amts- und dann vor dem Landgericht Hildesheim 1941/1942 gegen vier Mitarbeiter des Missionswerkes ging es nur um den Verstoß gegen das Sammlungsgesetz. Offenbar reichte dieser Vorwurf aus, um das wohl eigentlich beabsichtigte Ziel der Aktion zu erreichen: die Mission auszuschalten. Aber wirklich erfolgreich war die Gestapo damit nicht. Denn auch die auf Weisung aus Berlin durchgeführte Revisionsverhandlung vor dem Landgericht führte nur zu einer Verurteilung der Missionssekretärin zu einer Strafe von 100 Reichsmark, nachdem in erster Instanz alle vier Angeklagten freigesprochen worden waren. Am 10.2.1945 gab die Gestapo überraschend das beschlagnahmte Vermögen dem an sich nicht mehr existierenden Verein zur Selbstliquidation zurück.

Der genaue Ablauf des Geschehens, das S. zum Entschluss führte, aus dem Leben zu gehen, lässt sich nach derzeitigem Quellenstand nicht rekonstruieren. In einem Abschiedsbrief, derzeit nur indirekt belegbar, hat er sich beschuldigt, die Mission durch sein Wirken in den Abgrund geführt zu haben, obwohl er an der Veröffentlichung der Postscheckkontonummer keinen Anteil hatte. Seine Kirche hat ihn mit allen christlichen Ehren bestattet, was zu jener Zeit durchaus ungewöhnlich war. Landesbischof August Marahrens hatte überdies zuvor der Witwe persönlich einen Kondolenzbesuch abgestattet.

Quellen: BArch Berlin Bestand R 43 II/1271a; Heimatarchiv der Hildesheimer Blindenmission Hildesheim, Karton VI: Bericht über die Auflösung der Hildesheimer Blindenmission, Protokollbuch; Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 172 Hildesheim Acc 82/78 Nr. 16.

Literatur: F. Garbe: Tsau Kwong; K. U. Kersten: Entwicklung.

Foto: Privatbesitz.

A. Siemens



Slawinsky, Max, Dr. phil.

** 15.4.1897 Berlin, † 10.12.1940 Finkenwalde bei Stettin.*
Verh. mit Ruth, geb. Wetzel, drei Kinder.
Als Soldat im Ersten Weltkrieg schwer verwundet; 1918–1923 Studium der ev. Theologie an der Universität Berlin; 1922–1923 Prediger der Baptistengemeinde Berlin-Wattstraße; 1923–1925 theologischer Hilfslehrer am baptistischen Predigerseminar in Hamburg; 1925–1926 Promotionsstudium an der Universität Würzburg (Dr. phil.); 1926–1931 theologischer Lehrer am baptistischen Predigerseminar in Hamburg; seit 1931 Prediger der Baptistengemeinde Stettin I.

Der Berufsweg von S. umfasste pastorale Gemeindearbeit und Lehrtätigkeit. Dabei beschränkte sich sein Interesse nicht auf die Theologie, und hier besonders das Alte Testament. In seiner soziologischen Dissertation untersuchte er darüber hinaus berufs-, konfessions- oder altersspezifisches Gruppenverhalten bzw. „Milieus“. Über den Freikirchen- und Gemeinschaftsprediger, also seine eigene Berufsgruppe, bemerkte S. dort, dass „völliges Aufgehen in einer kleinen Gemeinde bzw. Gemeinschaft ihn oft wie auf einer vom Kontinent abgeschlossenen Insel leben lässt; […] so übersieht der Gemeinschaftsprediger völlig seine prophetische Aufgabe an der Hebung des Volksmilieus, die sozial-religiöse Arbeit […] und vergisst, dass es auch Gegenwartsaufgaben für ihn geben könnte“ (M. Slawinsky: Milieupädagogik, S. 178 f.).

Aber S. beließ es nicht bei selbstkritischer Reflexion. Als eine Herausforderung – seine Herausforderung – für den christlichen Glauben betrachtete er die von den Nationalsozialisten forcierte Renaissance germanischer Mythologie im Dienst völkischer Ideologie. Dieser „Gegenwartsaufgabe“ nahm er sich in einer Reihe von Veröffentlichungen an: „Die unsichtbaren Gegenspieler im Geisteskampf der Weltgeschichte“ (1934), „Blut und Rasse im Licht der Bibel“ (1934), „Heldische Frömmigkeit. Siegfried oder Christus?“ (1934), „Vererbung und Gottesglaube“ (1935), „Bibel oder Edda?“ (1936). Bisher fehlt eine gründliche Untersuchung seiner Schriften; sie wäre ein Desiderat. Völkisches und christliches Gedankengut werden dabei nicht so schroff konfrontiert, wie die Gegenüberstellung in den Titeln teilweise vermuten lässt. Vielmehr profilierte S. den christlichen Glauben im Kontext und sogar unter Verwendung von Begriffen

und Motiven, die seinerzeit in der NS-Ideologie und darüber hinaus bei Zeitgenossen verbreitet waren. So deutete er beispielsweise in seiner „Christlichen Glaubenskunde“ (1940) das nationalistische Bekenntnis zur Überlegenheit der arischen Rasse im christlichen Sinne um: „Wir wollen Arier, d. h. Herren sein, die im Aufblick zu Gott Herr über alles Niedere im Menschen sind und in seiner Kraft die von Gott gewollten und angelegten Tugenden entfalten. Diese göttliche Kraft und Vollmacht, das Niedere unter unsere Füße zu treten und die Herrschaft über uns selbst zu haben, besitzen wir, wenn wir wahre Jünger Jesu, wahrhaft gläubige Christen sind.“ (S. 29) Ein Volk hat demnach seine Qualitäten nicht „im Blut“, wie die Rasselehre behauptete, sondern nur durch „göttliche Kraft und Vollmacht“. Diese Qualität erweist sich aber weniger in der Beherrschung anderer als vielmehr in der eigenen Selbstbeherrschung und Tugend. Die auf das Arier-Sein gerichteten Hoffnungen sind demnach im Christsein wahrhaft realisiert.

S.s Versuch einer Kontextualisierung des Evangeliums im Rahmen völkisch-nationalen Denkens sah sich, bei undifferenzierter Betrachtung, auch Missverständnissen ausgesetzt. Den Sicherheitsbehörden entging jedoch seine NS-kritische Verwendung von NS-Terminologie nicht. S. wurde daraufhin von der Gestapo überwacht und wiederholt zu Vernehmungen vorgeladen. Er provozierte nicht nur mit seinen Schriften, sondern auch durch sein Verhalten. Bekannt ist, dass er mit „Heil Christus“ grüßte, sich weigerte, zu Hitlers Geburtstag die Hakenkreuzfahne auszuhängen und sich für ein aus politischen Gründen verhaftetes Gemeindemitglied einsetzte. Zunächst nur hinter vorgehaltener Hand wurden deshalb Zweifel an der offiziellen Version seines Todes geäußert: Am Abend des 10.12.1940 sei S. auf dem Heimweg von einem auswärtigen Predigtplatz der Stettiner Baptistengemeinde beim Überqueren der Gleise im Bahnhof Finkenwalde von einem rangierenden oder durchfahrenden Zug erfasst und getötet worden, den er bei Dunkelheit und Schneetreiben übersehen habe. Diese Version stützte sich auf Aussagen von zwei SS-Leuten, die sich mit ihm zusammen auf dem Bahnsteig befanden. SS-Leute übermittelten auch die Todesnachricht und verfassten eine Meldung für die örtliche Zeitung, während die Familie – wiederum auf Anweisung der SS – keinen Nachruf veröffentlichen durfte. Die SS ließ ferner den Sarg versiegeln und überwachte die Trauerfeier.

Vor seinem Tod geriet S. also mit Überzeugungen, Vorschriften und Organen des nationalsozialistischen Staates in Konflikt – nach seinem Tod führte offenbar die SS Regie. Die nahe liegende Vermutung, dass sie auch für seinen Tod verantwortlich war, wird durch einen seltsamen Vorfall im Jahr 1971 erhärtet. Anlass dazu gab die Veröffentlichung eines Berichtes über S. zusammen mit seinem Foto in der Zeitschrift „Die Gemeinde“. Ein Leser des Artikels (in einem Krankenhaus) erinnerte sich später an die spontane Reaktion eines Mitpatienten auf das Foto: „Das ist ja der Judenknecht, den wir auf dem Stettiner Bahnhof erledigt haben.“ Auch die Familie weiß von einer Begegnung im Krankenhaus. Ihrem Bericht nach könnte die Äußerung des Mitpatienten auch so zu verstehen sein, dass der Mord nicht auf dem Bahnhof geschah, sondern in einem nahen Lager. Insofern bleibt ein Rest an Unsicherheit in Bezug auf Ort und Art des Todes. Ob das angebliche „Zugunglück“ Mord war oder nur den vorausgegangenen Mord tarnen sollte oder gar zu diesem Zweck erfunden wurde – die Anzeichen dafür, dass Prediger S. einem nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zum Opfer fiel, haben sich jedenfalls zur Gewissheit verdichtet.

Ein Wiedergutmachungsantrag wurde deshalb in den 70er Jahren gestellt, aber wegen Verjährung abgelehnt. Weitere Ermittlungen wurden nicht angestellt, um Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Aus Anlass seines 60. Todestages fand im Dezember 2000 eine Gedenkfeier in Hamburg-Rahlstedt statt, wo die Familie S. in den 20er Jahren lebte. Auf dem dortigen Friedhof befindet sich auch das Grab von S.

Quellen: OA: Nachlaß Max Slawinsky.
Literatur: M. Slawinsky: Milieupädagogik; R. Slawinsky: Frömmigkeit; W. Schritt: Slawinsky; H. Saborowski: Nachruf.
Foto: Die Gemeinde, 1971, Nr. 41.

H. V. Sadlack

Spittel, Rudolf Otto Ernst

** 6.3.1898 Neustadt/Westpreußen, † 26.7.1945 Danzig.*
Verh. mit Lydia.
1917–1922 Studium der Theologie in Greifswald, Berlin und



Marburg; 18.11.1923 Ordination in Stolp; 1923–1924 Hilfsprediger in Stolp; 1924 Berufung zum 4. Pfarrer an St. Marien in Stolp.

S. war zwei Jahrzehnte evangelischer Pfarrer in Stolp, Kirchenprovinz Pommern, und gehörte der Bekennenden Kirche an. Seine Jugendarbeit war der Gestapo ein Dorn im Auge. Im Januar 1942 wurde S. von der Gestapo verhaftet; Gemeindeglieder und Amtsbrüder erwirkten jedoch seine Freilassung. „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben" (Off 2,10) – diese Worte waren S.s Losungswort fürs Leben. So blieb er auch während der Zeit der Flucht und Vertreibung bei seiner Gemeinde. Am 3.4.1945 wurde er von Soldaten abgeführt und für einige Tage im Stolper Gefängnis inhaftiert. In dieser Zeit konnte er mit Sterbenden noch das Abendmahl feiern und seiner Frau Nachrichten zukommen lassen: „Bleib, wenn ich nicht zurückkehre, möglichst in einer Arbeit, die in meiner bisherigen Bahn so herrliche Gemeinschaft mit Dir war. Hab Dank für all Dein Opfern eigenen Lebens. Grüße die Gemeinde stets von mir … Ich hoffe, innerlich von Gott gestärkt zu werden. Äußerlich ist es recht anstrengend. Gott wird schon wissen wozu alles …" (L. Spittel: Du hast mich überredet, S. 197) Am 15.4.1945 wurde S. über Thorn und Graudenz nach Danzig ins Narvik-Lager deportiert. Um den Pfarrer versammelten sich Männer aller Konfessionen, um seine Andachten zu hören und Trost aus seinen Worten zu schöpfen. Im Juni 1945 erkrankte S. schwer am Fleckfieber. Nach seiner Genesung kam er in ein Revier, wo er nachts Küchenarbeit verrichtete; tagsüber mussten die Gefangenen antreten und stundenlang stehen. S. starb nach einem erneuten Zusammenbruch am 26.7.1945 und wurde im Massengrab des Narvik-Lagers bestattet. Nachrichten und Briefe von ihrem Mann erhielt Lydia Spittel von heimkehrenden Männern aus dem Lager. Die Abschrift eines Briefes von Lydia Spittel und ihr Buch über ihren Mann sind die bekannten Quellen über sein Schicksal.

Quellen: Abschrift eines Briefes von Lydia Spittel an Herrn Groß vom 1.9.1945 (LKA Greifswald, Best. 5 Konsistorium: Nr. 12 Flüchtlingsberichte, S. 349 ff.).

Literatur: L. Spittel: Du hast mich überredet.

Foto: L. Spittel: Du hast mich überredet (unnummerierte Seite).

U. Reinfeldt

Sponeck, *Hans* Emil Otto Graf von

** 12.2.1888 Düsseldorf, † 23.7.1944 Germersheim.*

Verh. in 1. Ehe mit Anneliese, geb. Honrichs, zwei Söhne, geschieden, in 2. Ehe mit Gertrud, geb. Könitzer, ein Sohn.

1905–1914 Offizierslaufbahn in Lichterfelde und Spandau (Berlin); 1914–1918 Kriegsdienst als Frontoffizier und im Generalstab; 1919–1938 Kommandeur in Potsdam und Neustrelitz, Generalstabsdienst in Berlin, München und Münster; ab 1938 Kommandeur in Bremen, ab 1940 Kriegsdienst als Generalleutnant u. a. in den Niederlanden und der Ukraine.

S. verlebte seine Kindheit in Freiburg i. Br. und trat im Alter von zehn Jahren in das Kadettenkorps in Karlsruhe ein. Im Anschluss an seine Schulbildung schlug er wie sein Vater, ein preußischer Berufsoffizier, der bereits wenige Monate nach seiner Geburt gestorben war, die Offizierslaufbahn ein. Nach dem Ende des



Ersten Weltkrieges war er überwiegend bei der Infanterie und im Generalstabsdienst tätig.

Als Kommandeur in Neustrelitz 1934–1937 suchte S. dem Eindringen der NS-Ideologie in sein Regiment durch engen Kontakt zur Bekennenden Kirche entgegenzuwirken. Schon vor 1933 hatte er nationalsozialistische Gewalt- und Terrorpraktiken abgelehnt und vor Hitlers Kriegsabsichten gewarnt. Auch in späteren Jahren verhielt er sich distanziert gegenüber dem Nationalsozialismus und legte Wert auf die Wahrung christlicher Traditionen in seinem Stab. Der mit ihm befreundete Schriftsteller Manfred Hausmann, der 1939/1940 unter seiner Führung Dienst tat, berichtete darüber: „Wir begingen im Stabe am 24.12. kein Fest des Lichtes oder dergleichen, sondern ein christliches Weihnachtsfest. Es war jedermann klar, daß der Kommandeur keine Sympathie für das nationalsozialistische Regime hatte. Das ergab sich mit aller Deutlichkeit aus den privaten Gesprächen." (Zitiert nach E. Einbeck: Exempel, S. 12) S. gehörte dem evangelischen Johanniterorden als Rechtsritter an.

1937/1938 war S. im Generalstab der Luftwaffe tätig, deren Oberbefehlshaber, Hermann Göring, Anfang 1938 eine politisch motivierte Intrige gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, führte. Im Militärgerichtsverfahren gegen Fritsch meldete sich S. als Entlastungszeuge. Seine Äußerungen wurden von Göring, der den Vorsitz innehatte, z. T. sehr heftig zurückgewiesen. Kurze Zeit später, jedoch nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Haltung in der Fritsch-Affäre, wurde S. von der Luftwaffe zum Heer zurückversetzt.

Während des Zweiten Weltkrieges hatte S. im Herbst 1941 als Kommandeur des 42. Armeekorps am Schwarzen Meer die Aufgabe, in den Kämpfen auf der Halbinsel Krim die Halbinsel Kertsch und die Hafenstadt Feodossija zu verteidigen. Am Morgen des 29.12. begann ein sowjetischer Angriff, durch den die auf der Halbinsel eingesetzte Division vom Rest der Armee abgeschnitten zu werden drohte. Angesichts der akuten Gefahr für das Leben der Soldaten ordnete S. – gegen den ausdrücklichen Befehl der Armeeführung – den umgehenden Rückzug an. Obwohl es ihm so gelang, die Division zu erhalten, entzog ihm die Armeeführung sofort das Kommando. Noch am selben Tag erhielt auch Adolf Hitler Kenntnis von dem Vorgang und leitete ein Kriegsgerichtsverfahren gegen S. ein. In einem Befehl vom 26.12., der die militärische Führung in der Ukraine allerdings erst am 30.12. erreichte, hatte Hitler jede Rückzugsbewegung an der Ostfront ohne seine ausdrückliche Genehmigung verboten. Am 23.1.1942 wurde S. von einem Sondersenat des Reichskriegsgerichts unter dem Vorsitz Görings wegen fahrlässigen Ungehorsams zum Tode verurteilt. Auf dem Gnadenweg erfolgte jedoch sogleich eine Umwandlung der Strafe in sechs Jahre Festungshaft, verbunden mit Ausschluss aus dem militärischen Dienst und Verlust aller darauf beruhenden Rechte.

Die folgenden Jahre verbrachte S. unter außergewöhnlich humanen Haftbedingungen auf der Festung Germersheim. Seine Überzeugung, unschuldig zu sein, und seinen Unmut über das Regime brachte er wiederholt deutlich zum Ausdruck, was einer vorzeitigen Entlassung entgegenwirkte. Andererseits fand er in dem Bewusstsein, „daß alles in der Hand der göttlichen Vorsehung liegt, […] die innere Kraft, das Schwerste zu ertragen" (so in einem Brief an Manfred Hausmann, zitiert nach E. Einbeck: Exempel, S. 59).

Nach dem gescheiterten Staatsstreich vom 20.7.1944, an dessen Planung S. nicht beteiligt gewesen war, machte der NSDAP-Gauleiter des Gaus Saarpfalz, Josef Bürckel, den Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, auf S. aufmerksam und wies ihn auf dessen antinationalsozialistische, christliche Haltung hin. Himmler befahl, S. umgehend zu erschießen. Als S. am 23.7. von dem Befehl erfuhr, schrieb er an seine Frau: „Ich bin in jeder Weise *völlig* unschuldig. […] Ich sterbe in festem Glauben an meinen Erlöser. Gott sei meiner Seele gnädig." (Zitiert nach E. Einbeck: Exempel, S. 64) Mit dem Stadtdekan konnte er noch ein letztes Mal das Abendmahl feiern, bevor er von einem Wehrmachtskommando erschossen wurde. Nach dem Krieg erhielt S. ein Grab auf dem Soldatenfriedhof im pfälzischen Dahn.

Literatur: E. Einbeck: Exempel (Lit.!); W. Haag: Sponeck; E. v. Manstein: Siege, S. 240–245.
Foto: E. Einbeck: Exempel, S. 2.

A. Kurschat



Stehmann, Siegbert

** 9.4.1912 Berlin, † 18.1.1945 bei Koralla/Oberschlesien.*
Verh. mit Elfriede, geb. Dalchow, ein Sohn.
Abitur am Gymnasium zum Grauen Kloster Berlin 1930; 1930–1936 Theologiestudium in Berlin und Tübingen; 1936 I. Theol. Examen vor der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche in Berlin–Brandenburg; 1937 Vikar u. a. in Templin und Fehrbellin; August/September 1937 in Haft; 1937/1938 Predigerseminar der Bekennenden Kirche in Naumburg/Queis; 1938 II. Theol. Examen; 14.12.1938 Ordination Berlin-Lichterfelde; 1939/1940 Mitarbeiter im Evangelischen Preßverband für Deutschland in Berlin; Februar 1940 bis Januar 1945 Wehrmacht, zuletzt als Leutnant.

Der Studienratssohn gewann bereits als Dreizehnjähriger bei einem Wettbewerb mit einem Gedicht den ersten Preis, als Student veröffentliche er 1935 seine ersten Gedichte. Im Studium prägte ihn die Theologie von Karl Heim und Karl Barth. Bald fand er den Weg zur Bekennenden Kirche. Im April 1935 wurde S. im Rahmen einer Auseinandersetzung auf einer Versammlung der Deutschen Glaubensbewegung im Berliner Sportpalast zusammengeschlagen. Es folgten Verhöre durch die Gestapo. Im August 1937 wurde er gemeinsam mit seinem Mentor Günther Harder, dem bekenntnistreuen Fehrbelliner Pfarrer und Mitbegründer der Kirchlichen Hochschule Berlin, verhaftet. Nach einem Monat erfolgte die Entlassung. S. ließ sich nicht einschüchtern. Mit zwei Amtsbrüdern suchte er in Berlin einige Ministerien und die Gestapo auf, um sich für Martin Niemöller einzusetzen.

In seiner dichterischen Arbeit prägten ihn der Eckart-Kreis um die gleichnamige nationalprotestantische Kulturzeitschrift und die langjährige Freundschaft mit dem bekannten Dichter und christlichen Humanisten Rudolf Alexander Schröder.

Im Februar 1940 wurde der junge, frisch vermählte Vikar einberufen. In der Zeit seines Einsatzes in Norwegen grenzte er sich im Brief vom 1.9.1940 an seinen Freund Rolf Stöver indirekt vom nationalsozialistischen Siegestaumel und Heldenkult ab: „In dieser wunderlosen Zeit, in den wahrhaft apokalyptischen Zuständen dieses seltsam verworrenen Säkulums ist es namenlos tröstend, um eine unsichtbare Verbundenheit des Geistes zu wissen. – Das alte Abendland

ist todmüde, und die Kräfte der Erneuerung wachsen ja, wie wir wissen, niemals aus der Hybris, aus dämonischem Heroismus, aus babylonischen Träumen und Zielsetzungen." (R. Stöver: Kultur, S. 176) Nach der Beteiligung seiner Einheit an Kämpfen in Finnland 1941 wurde er im Gedicht „Die Wolke", das 1942 im „Eckart" veröffentlicht wurde, noch deutlicher: „In diesem Augenblick zerbrach der Schein, der uns das Irdische verkennen läßt. Hier begegnete uns ja kein Bild mehr, keine Erscheinung aus dem glückseligen Spiel zwischen Luft und Winden, sondern die ernste, große, heilsam und nüchterne Wirklichkeit. Ferne Wälder und Dörfer brannten und schwelten, und der Rauch des Unheils hob sich grell empor zu Anklage, Warnung und Botschaft." (R. Stöver: Kultur, S. 192)

Nach einer schweren Verwundung mit mehrmonatigen Lazarettaufenthalten, absolvierte er 1943/1944 eine Reserveoffiziersausbildung. Danach musste er einen Maschinengewehrzug an der Ostfront übernehmen. In Bessarabien traf ihn im Juli 1944 ein Granatsplitter in den Oberschenkel. Im Lazarett begegnete er seinem vertrauten Berliner BK-Amtsbruder Helmut Gollwitzer. Nach der Genesung beorderte man ihn zum Stab der 304. Infanterie-Division. Hier denunzierte ihn im Dezember 1944 ein bei ihm einquartierter NS-Führungsoffizier wegen Wehrkraftzersetzung. Das Kriegsgerichtsverfahren wurde zwar eingestellt, aber man versetzte Stehmann zur kämpfenden Truppe. Am 18.1.1945 fiel er in Oberschlesien als Kompanieführer in der sowjetischen Nida-Offensive.

Literatur: M. Heide-Münnich: Stehmann (Lit.!); R. Wentorf: Stehmann; R. Stöver: Kultur; DBE 9, S. 470; BBKL 14, Sp. 1527–1529.
Foto: M. Heide-Münnich: Stehmann, Buchcover und S. 51

B. Mensing



Steil, Ludwig

* *29.10.1900 Lüttringhausen bei Remscheid, † 17.1.1945 KZ Dachau.*

Verh. in 1. Ehe mit Elisabeth, geb. Egen, verwitwet, in 2. Ehe mit Auguste, geb. Ederhof, eine Tochter.

April 1918 Abitur in Barmen (heute Wuppertal); Juni 1918 bis Ende November 1918 Militärzeit, ohne an Gefechtshandlungen beteiligt gewesen zu sein; Sommersemester 1918 und 1919–1924 Studium der Evangelischen Theologie in Bonn, Münster, Tübingen, Berlin und Utrecht; 1924–1926 Vikariat und Besuch des Predigerseminars in Wittenberg; 1926–1927 Studieninspektor des Ev.-luth. Predigerseminars in Preetz; 1927–1928 Hilfsprediger in der diakonischen Einrichtung „Tannenhof" in Lüttringhausen, 1928–1929 in Barmen-Gemarke; seit dem 16.6.1929 Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Holsterhausen in Wanne-Eickel (heute Herne).

S. entstammt einem reformierten Pfarrhaus und wuchs in der Heil- und Pflegeanstalt „Tannenhof" bei Lüttringhausen auf, wo sein Vater als geistlicher Vorsteher wirkte. Als wichtigste theologische Lehrer bezeichnete er Adolf Schlatter, Karl Heim und Karl Holl. Stark prägend wurde sein Engagement im Rahmen der pietistisch geprägten Deutschen christlichen Studentenvereinigung (DCSV), für die S. 1920 für ein Jahr als Verbindungsmann zwischen dem Vorstand in Berlin und den Studentengruppen im ganzen Reich tätig war. Dem DCSV blieb er stets verbunden, so organisierte er eine große Studentenkonferenz im Jahr 1924, deren Vorträge von S. eingeleitet und unter dem

Titel „Christus-Herrschaft“ herausgegeben wurden. Seit dem Sommer 1929 bis zu seiner Verhaftung am 11.9.1944 amtierte S. als Pfarrer in der von Bergarbeitern geprägten Gemeinde Holsterhausen in Wanne-Eickel. Nach 1933 wurde er sehr schnell zu einem der profiliertesten BK-Pfarrer Westfalens, der ausgehend von der Ebene der Kirchengemeinde entschieden den „Kampf um die rechte Leitung“ der Kirche führte.

S. schloss sich Anfang 1933 der jungreformatorischen Bewegung an und gehörte im Ruhrgebiet mit Hans Ehrenberg u. a. zu den Verfassern des „Wortes und Bekenntnisses westfälischer Pfarrer zur Stunde der Kirche und des Volkes“ von Pfingsten 1933, das mit der Unterschrift von rund 100 Pfarrern veröffentlicht wurde und als eine frühe theologische Orientierung der sich formierenden Bekennenden Kirche zu würdigen ist. Inhaltlich enthält es eine klare Absage an das Programm der Deutschen Christen, aber auch eine Kritik der nationalsozialistischen Weltanschauung, indem die nationalsozialistische Beschwörung des Volkstums als Schwärmerei bezeichnet und der totale Anspruch des Staates verworfen werden. Unmittelbar nach der Gründung im September 1933 trat S. dem Pfarrernotbund bei und war seit der Konstituierung der westfälischen Bekenntnissynode sowie des westfälischen Bruderrates im März 1934 deren Mitglied. Er nahm als Delegierter an den Bekenntnissynoden der DEK in Barmen, Dahlem, Augsburg und Bad Oeynhausen (1934 bis 1936) sowie an der Bekenntnissynode der ApU 1937 in Halle teil. Unter Präses Koch gehörte er zur geistlichen Leitung der westfälischen BK und fungierte bis 1939 als dessen ständiger Vertreter beim Konsistorium der Kirchenprovinz Westfalen in Münster. Zum Konflikt kam es, als S. die Prüfungskandidaten im Sommer 1939 nahezu vollständig zum Rücktritt von der Prüfung veranlasste, da ein führendes DC-Mitglied den Vorsitz dieser Prüfungskommission innehatte, woraufhin das Konsistorium S. für untragbar erklärte.

Der Anlass der Verhaftung am 11.9.1944 war eine auf Bitten der Herner Kirchengemeinde im Sommer desselben Jahres gehaltene Volksmissionswoche, in deren Rahmen S. die Aussage Hitlers, sog. „lebensunwertes Leben“ zu vernichten, mit dem Verweis auf das fünfte Gebot scharf verurteilte. Nach mehrmonatiger Haft in Dortmund und Bochum wurde S. am 5.12. auf den Transport nach Dachau geschickt. Von dem Transport unter menschenunwürdigen Bedingungen geschwächt, traf er am 23.12. in Dachau ein. Bereits Anfang Januar 1945 wurde S. mit Typhus ins Krankenrevier eingeliefert, wo er am 17.1.1945 verstarb.

Quellen: LKA EKvW Bielefeld: Personalakte Ludwig Steil und Bestand 3 Nr. 12 (u. a. Vorträge, Flugblätter, Gemeindbriefe).
Literatur: L. Steil (Hrsg.): Christus-Herrschaft; G. Steil: Pfarrer; W. Niemöller: Kirche; B. Hey: Kirchenprovinz; T. Jähnichen: Steil.
Foto: Privatbesitz.

T. Jähnichen

Steiner, Christoph *Ernst*

** 22.4.1885 Zeitlofs (Unterfranken), † 16.3.1942 Darmstadt.*
Verh. in 1. Ehe mit Marie, geb. Otto, eine Tochter, zwei Söhne, verwitwet, in 2. Ehe mit Helene, geb. Hirsch, ein Sohn.
1904–1908 Theologie-Studium in Gießen, Tübingen, Berlin, Bethel und Halle; 1908–1909 Predigerseminar in Friedberg; 1909–1915 Pfarrer in Rothenberg, Worms und Alsfeld; 1915–1927 Pfarrer in Ehringshausen, 1917–1918 Militärgeistlicher in Serbien und Westpreußen; 1927–1942 Pfarrer in Hausen und Garbenteich (Nassau-Hessen).

Wie sein Vater, der zehn Jahre lang leitender Pfarrer am Elisabethenstift in Darmstadt war, begann S. nach dem Abitur ein Studium der Theologie. Anschließend war er als Pfarrer in verschiedenen Gemeinden tätig. Musisch veranlagt, gründete er bald nach seiner Übernahme der Pfarrstelle in Hausen gemeinsam mit dem Bürgermeister einen Kirchengesangsverein. Anfang der 1930er Jahre trat S. offen für die NSDAP ein und besuchte regelmäßig deren Veranstaltungen. Sein Engagement begründete er u. a. mit der Sorge vor einem Erstarken des Kommunismus in Deutschland. Zeitweise kooperierte er auch in der Gemeindearbeit mit NS-Gliederungen und ließ sie in seinen Gottesdiensten Präsenz zeigen. Kirchenpolitisch war er weder bei den Deutschen Christen noch in der Bekennenden Kirche aktiv. Die fortwährenden Spannungen zwischen dem NS-Staat und den Kirchen und besonders die Verfolgung der Juden veranlassten S., seine politische Haltung zu ändern. Nicht nur in privaten Gesprächen, sondern auch in seinen Gottesdiensten kritisierte er nun den Nationalsozialismus und den Krieg, gegen den er sich mit besonderer Schärfe wand-



te, nachdem der ältere seiner beiden noch lebenden Söhne im Juli 1941 in Finnland gefallen war. Wiederholt wurde S. deshalb von seiner Ehefrau und von Freunden vor allzu großer Offenheit gewarnt.

Seit Mitte der 1930er Jahre war S. mit dem Gießener Orientalisten und ehemaligen Pfarrer Alfred Kaufmann bekannt, der ebenso wie er selbst dem evangelischen Wingolfsbund angehörte. Mit ihm und zwei weiteren Pfarrern traf er sich in den folgenden Jahren öfters im Gießener Haus des Wingolfs zum politischen Meinungsaustausch. Gelegentlich besuchte das Ehepaar S. auch die Treffen des sog. Freitagskränzchens, die ab Mai 1941 in Kaufmanns Wohnung in Gießen stattfanden. Dort kamen regelmäßig einige Bekannte Kaufmanns zusammen, um gemeinsam ausländische Radiosendungen zu hören und über politische Themen zu diskutieren. Auch Witze über das NS-Regime wurden erzählt. So sagte S. z. B. Anfang 1942 zu Kaufmann: „Wissen Sie, daß der Teufel aus der Hölle verschwunden ist und gesucht wird. In der Wilhelmstraße hat er sich wieder eingefunden und gibt dort Dr. Goebbels Nachhilfestunden." (Zitiert nach J.-P. Jatho: Freitagskränzchen, S. 117)

Ende 1941 erhielt die Gestapo-Agentin Dagmar Imgard Zugang zum Freitagskränzchen und denunzierte die Beteiligten. Am Abend des 6.2.1942 wurde Kaufmann zusammen mit seinen Gästen in seiner Wohnung von der Gestapo verhaftet. S. und seine Frau, die an diesem Abend der Versammlung ferngeblieben waren, wurden am Morgen des 7.2. in Hausen festgenommen und gemeinsam mit den anderen Verhafteten in das Gestapo-Gefängnis in Darmstadt gebracht. Seine Frau wurde – ebenso wie die nur zum Schein festgenommene Denunziantin – am folgenden Tag wieder freigelassen, jedoch unter Schweigegebot gestellt. Am 16.3.1942 kam S. im Gefängnis unter ungeklärten Umständen ums Leben. In der amtlichen Todesbescheinigung wurde Selbstmord durch Erhängen als Ursache angegeben. Angehörige und Freunde zweifelten jedoch daran. Kaufmann berichtete später: „Im Gestapogefängnis in Darmstadt nahm sich mein Freund und Wingolfsbruder Pfarrer Steiner, ein geistig überaus hochstehender idealgesinnter Mensch, das Leben durch Erhängen. So heißt es. Ich glaube aber nicht daran, denn ich habe ihn oft in der Nachbarzelle schreien hören, und die Drohungen gegen den ‚Pfaffen' waren alltäglich. Für mich steht fest, daß er von den SS-Wärtern totgeschlagen wurde und nachher erhängt oder daß er direkt von ihnen in der Zelle erhängt worden ist." (Zitiert nach K. Heyne: Widerstand, S. 264) Um Unruhe zu vermeiden, wurde seine Beerdigung in Hausen verboten. An der Beisetzung in Gießen nahmen jedoch auch viele seiner ehemaligen Gemeindeglieder teil.

Quellen: ZEKHN Darmstadt Bestand 120A/771: Personalbogen Ernst Steiner; Universitätsarchiv Gießen, Allg. Nr. 1268: Matrikelbuch; Allg. Nr. 1282 und 1283: Inskriptionsbücher.

Literatur: H. Adamo: Kaufmann-Will-Kreis; B. Gentges u. a.: Heinrich Will; K. Heyne: Widerstand, S. 210–212, 216–226, 261–276; J.-P. Jatho: Freitagskränzchen (Lit.!); K. H. Jung: Abend.

Foto: Archiv des Gießener Wingolf, Digitale Bildersammlung 1914–1945 (Ausschnitt: Helene und Ernst Steiner).

A. Kurschat

Stellbrink, Karl Friedrich

** 28.10.1894 Münster, † 10.11.1943 Hamburg.*

Verh. m. Hildegard Emma Johanne Elisabeth, geb. Dieckmeyer, vier Kinder, mehrere Pflegekinder.

1913 Eintritt in das landeskirchliche Diasporaseminar in Soest; 1915–1917 Kriegsdienst, schwere Verwundung; 1917–1919 soziale Arbeit in Berlin, Abitur; 1919–1920 Fortsetzung der Ausbildung am landeskirchlichen Diasporaseminar in Soest; 1920–1921 Vikar in Barkhausen

(Westfalen); 1921–1925 Pfarrer in Arroio do Padre bei Pelotas, 1925–1929 in Monte Alverne bei Santa Cruz do Sul (Rio Grande do Sul, Brasilien); 1929 Pfarrverwalter in Sirbis; 1930–1934 nach Ergänzungsprüfung Pfarrer in Steinsdorf (Thüringen); ab 1934 Pfarrer in Lübeck.



S. besuchte das humanistische Gymnasium in Detmold und beendete seine Schulbildung 1912 am Evangelischen Johannesstift in (Berlin-)Spandau vorzeitig, um eine Ausbildung zum Prediger im Auslandsdienst zu beginnen. Im Ersten Weltkrieg wurde er 1917 an der Westfront schwer verwundet und mit einer verkrüppelten linken Hand aus dem Kriegsdienst entlassen. Er schloss seine Ausbildung ab, heiratete und ging mit seiner Frau nach Brasilien, um deutschsprachige Siedler seelsorgerlich zu betreuen. Der Aufenthalt dort prägte ihn stark und blieb ihm als eine sehr glückliche Zeit in Erinnerung.

National gesonnen und gesellschaftspolitisch engagiert, hatte S. nach seiner Rückkehr aus Brasilien große Sympathie für Hitler und die NSDAP, in die er 1933 eintrat. Zudem war er im völkisch orientierten „Bund für deutsche Kirche“ aktiv. Dies waren wesentliche Gründe dafür, dass er 1934 als Pastor an die Luthergemeinde in Lübeck berufen wurde. Seinem Ideal einer lebendigen Gemeinschaft von Kirche und Volk wirkten jedoch, wie er bald erkannte, antikirchliche Tendenzen entgegen, die er nicht widerspruchslos hinzunehmen bereit war. Nach seinem Austritt aus dem „Bund für deutsche Kirche“ 1936 nahm er unter den Lübecker Pastoren eine Sonderstellung ein, da er sowohl den Deutschen Christen als auch der Bekennenden Kirche distanziert gegenüberstand.

1937 wurde S. wegen seiner Kritik an der Jugendarbeit der NSDAP aus der Partei ausgeschlossen. Politisch nicht konform waren auch die offenen Beziehungen, die er zu dem Stoffhändler Paul Lambertz unterhielt, einem wegen seiner jüdischen Herkunft verfolgten evangelischen Christen, der mit seiner Frau in der Nachbarschaft lebte, bis das Paar 1938 emigrierte. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde S. wegen regimekritischer Äußerungen in seinen Predigten mehrmals von der Gestapo verwarnt. Der Tod eines seiner Pflegesöhne, der 1940 in Frankreich fiel, traf ihn schwer. Nachdem deutsche Truppen wenige Tage später in Paris einmarschiert waren, mahnte er zu christlicher Barmherzigkeit. Er hörte ausländische Rundfunksendungen und sprach mit Bekannten über sein zunehmendes Misstrauen gegenüber der deutschen Kriegsberichterstattung. Im Sommer 1941 lernte S. bei einer Beerdigung Johannes Prassek kennen, der Kaplan an der katholischen Herz-Jesu-Kirche in Lübeck war. Die beiden stellten bald ihre gemeinsame Überzeugung fest, dass sich Christen beider Konfessionen gemeinsam dem NS-Regime entgegenstellen müssten. Gemeinsam mit den beiden ebenfalls an der Herz-Jesu-Kirche amtierenden Geistlichen Eduard Müller und Hermann Lange tauschten sie regimekritische Schriften und Informationen aus und verbreiteten sie unter befreundeten Theologen und Gemeindegliedern. So berichtete S. z. B. in einem Feldpostbrief an einen Soldaten aus seiner Gemeinde von dem „Handhaben der Euthanasie im Reiche“ und von den „großen Predigten“ des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen (Brief an Walter Ruder, 3.12.1941, Privatbesitz).

Als in der Nacht vom 28. zum 29.3.1942 ein großer Teil Lübecks durch den ersten schweren Luftangriff der Alliierten auf städtische Wohnviertel zerstört wurde, wertete S. dies als Beleg für die Unverantwortlichkeit der deutschen Kriegspolitik. In seiner Predigt im Konfirmationsgottesdienst am folgenden Palmsonntag sprach er davon, dass Gott mit mächtiger

Stimme gesprochen habe. Der genaue Wortlaut seiner Predigt ist nicht überliefert, doch ihr Tenor war mit der nationalsozialistischen Kriegspropaganda offenkundig unvereinbar. Am 3.4.1942, dem Karfreitag, erschien die Geheime Staatspolizei im Pfarrhaus der Lutherkirche, um S. in Haft zu nehmen. Nach seinem unermüdlichen Einsatz bei Rettungsaktionen in der Nachbarschaft in der Nacht des Bombenangriffs war S. so schwer erkrankt, dass ihn die Gestapo nicht sofort abführte. Sie informierte jedoch sogleich die nationalsozialistisch ausgerichtete Lübecker Kirchenleitung darüber, dass S. den Luftangriff „nicht als eine Tat des Feindes", sondern „als ein Gottesgericht" dargestellt habe (NKA Kiel 42.07, Nr. 384, Blatt 35: Auszug aus dem Protokoll des Kirchenrats der ev.-luth. Kirche in Lübeck, 3.4.1942). Der Lübecker Kirchenrat distanzierte sich daraufhin von S. und leitete noch am selben Tag ein Disziplinarverfahren ein, um S. aus dem Amt zu entfernen, „da er durch sein Verhalten sich des Vertrauens, das seinem Amte entgegengebracht wird, nicht würdig gezeigt und seine Treuepflicht gegenüber Führer, Volk und Reich schuldhaft verletzt" habe (NKA Kiel 42.07, Nr. 384, Blatt 37: Schreiben des Kirchenrats an S., 3.4.1942). S. wurde vorläufig vom Dienst suspendiert. Als er sich nach den Osterfeiertagen am 7.4.1942 bei der Polizei erkundigen wollte, was gegen ihn vorliege, wurde er festgenommen. Prassek, Müller und Lange wurden im Mai bzw. Juni 1942 ebenfalls inhaftiert, kurze Zeit später auch mehrere Angehörige der von den drei Priestern geleiteten Gemeindegruppen.

Nach mehr als einjähriger Haft in Lübeck-Lauerhof und Hamburg-Fuhlsbüttel wurde S. am 23.6.1943 vom 2. Senat des Volksgerichtshofs, der zur Hauptverhandlung nach Lübeck gekommen war, wegen „Zersetzung der Wehrkraft in Verbindung mit landesverräterischer Feindbegünstigung und Rundfunkverbrechen" zum Tode verurteilt (zitiert nach B. Templin/I. Klatt: Augen, S. 61). Die drei katholischen Geistlichen wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Von den mitangeklagten Gemeindegliedern erhielten einige Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen, andere wurden freigesprochen. Nach dem Prozess wurde S. zusammen mit seinen drei Amtsbrüdern in das Hamburger Gefängnis am Holstenglacis verlegt, wo das Urteil vollstreckt werden sollte. Die von der Lübecker Pastorenschaft und von seiner Familie eingereichten Gnadengesuche blieben wirkungslos. Die Lübecker Kirchenleitung enthob ihn nun endgültig seines Amtes, wodurch er alle Versorgungsansprüche verlor.

Wenige Tage vor seinem Tod schrieb S. an seine Frau: „Gott hat mir bis hierher geholfen, weil Eure Gebete mich trugen. O; was würde das für eine Gemeinschaft werden, wenn wir wieder zusammenkommen würden!! Aber sei gewiß: sie kommt zusammen, wenn nicht in dieser unendlich kurzen Erdenzeit, so bestimmt dort i[n] d[er] Ewigkeit. Und das ist doch wahrlich die Hauptsache! Darum freuet Euch [und] sorget Euch um nichts! (Phil. 4,4–7)." (Brief vom 31.10.1943, Privatbesitz). Am 10.11.1943 wurden die vier Lübecker Geistlichen durch das Fallbeil hingerichtet. Die Urne von S. befindet sich seit 1973 in der Lübecker Lutherkirche. Das Todesurteil gegen ihn wurde 1993 offiziell aufgehoben.

Quellen: Briefe und Dokumente im Privatbesitz von Waltraut Kienitz; Materialsammlung von Prof. Dr. Peter Voswinckel; Nordelbisches Kirchenarchiv Kiel: Bestand 42.07, Nr. 384 (Personalakte Stellbrink).

Literatur: H. Buss: Märtyrer (korr.-bedürftig); Ökumene im Widerstand (Lit.!); E. Pelke: Christenprozeß; J. Schaefer: Zeugen (1946); B. Templin/I. Klatt: Augen; M. Thoemmes: Martyrer (Lit.!); P. Voswinckel: Nach 61 Jahren.

Foto: GDW.

A. Kurschat

Stempel, Heinz Rudolf

** 25.4.1879 Pulsnitz, † 19.10.1936 Leipzig.*
Verh. mit Dorothea, geb. Knaur, drei Kinder.
1901/1902 Einjährig-Freiwilliger in Erlangen; 1902–1906 Studium der Theologie in Kiel, Berlin und Leipzig; 1906 Erstes (Leipzig) und 1908 Zweites (Dresden) Theol. Examen, dazwischen Lehrer (17. Bezirksschule Dresden, Schloss Mildenau in Brandenburg und Schloss Falkenau in Schlesien); ab 1909 im Pfarrdienst, zuletzt Riesa-Gröba.

S. war zweites Kind und einziger Sohn des Großkaufmanns Alfred Stempel und seiner Frau Flora, geb. Schiebler. Sein Großvater Julius Schiebler war 1848 zum Tode verurteilt worden, weil er sich im Dresdner Aufstand für die Einführung der Frankfurter Verfassung eingesetzt hatte. Er wurde zwar vom sächsischen König schließlich begnadigt, aber die Haltung



des Einstehens für eine einmal als richtig verstandene Sache bis hin zum Tod wurde in der Familie weiter getragen.

Nach dem I. Theol. Examen unternahm S. eine ausgedehnte Weltreise, die ihn nach „Amerika, Japan, China, Java, Ceylon, Indien und Aegyten“ (H. Stempel: Afranisches Ecce, S. 6) führte, ehe er Lehrer wurde. Im Anschluss an das II. Theol. Examen zu Ostern 1908 in Dresden trat er dem dortigen Stadtverein für Innere Mission bei. 1909 erhielt er die zweite Pfarrstelle als Diakonus in Neukirch am Hochwald in der Lausitz. Beeinflusst von Friedrich Naumann, bei dem er in seiner Studienzeit in Berlin gearbeitet hatte, stand er allen sozialen Fragestellungen aufgeschlossen gegenüber. In seiner Gemeinde richtete er eine Volksbibliothek ein, errichtete die Gemeindediakonie und ließ ein Schwimmbad bauen. Sein Augenmerk lag besonders auf der Jugend, sowohl für die weibliche als auch für die männliche Jugend organisierte er Abende. 1914 konnte er nach Liebenau wechseln, wo er nun selbstständiger Pfarrer war. Allerdings musste er im selben Jahr noch als Divisionspfarrer nach Bautzen, wo er bis Dezember 1918 diente. Vor allem die Geschehnisse im Baltikum in dieser Zeit beeindruckten ihn sehr.

Nach dem Krieg amtierte er noch vier Jahre in Liebenau und wechselte dann nach Riesa-Gröba in eine Arbeitergemeinde, die von politischen Machtkämpfen gezeichnet war.

Dort wurde er am 21.1.1934 auf eine Anzeige hin „aus politischen Gründen“ in Schutzhaft genommen und erst am 8.2. wieder entlassen. Die Torturen dieser kurzen Zeit (vom 31.1. an im Konzentrationslager Hohnstein in der Sächsischen Schweiz) reichten aus, um ihn zu ruinieren. Nicht nur seine körperlichen Kräfte waren am Ende, auch seine geistige Spannkraft war dahin. Am Tag seiner Entlassung verfügte das Landeskirchenamt ein absolutes Verbot für ihn, Amtshandlungen auszuführen, wegen der Befürchtung von „Störungen der Ruhe, Ordnung und öffentlichen Sicherheit“ (W. Oehme: Märtyrer, S. 27). Alles Bemühen sowohl von Mitgliedern des Kirchenvorstandes als auch der Patronin war zunächst umsonst, erst im November 1935 durfte S. wieder rechtmäßig in seiner Gemeinde als Pfarrer amtieren. Dies war allerdings wohl mehr dem Kirchenausschuss, der in Dresden die Leitung der Landeskirche in die Hände genommen hatte, als anderen Faktoren geschuldet. Alle vorherigen Versuche seinerseits, wieder in seiner Gemeinde Dienst tun zu dürfen, waren vom Landeskirchenamt abgeblockt worden.

Was S. jedoch nicht erreichte, war, dass die Gemeindevertreter, die infolge der Kirchenwahlen 1933 ihren Sitz erhalten hatten, zurücktraten. Sie waren es gewesen, die ihm nicht nur das Leben schwer gemacht, sondern ihn auch ins Gefängnis gebracht hatten. Namentlich der Ortsgruppenführer der NSDAP, Hans von Altrock, hatte S. angezeigt. Schon zum Reformationsfest 1932 hatte S. Altrock mit seinem SA-Trupp der Kirche verwiesen, nachdem der Kirchenvorstand um der von kirchenpolitischen Streitigkeiten freien Wortverkündigung willen „das Tragen von Parteiuniformen im geschlossenen Zuge“ in der Kirche verboten hatte. Klar trennte S. zwischen Partei und Glaubensbekenntnis. Im Namen des Kirchenvorstandes hatte er am 29.12.1932 dem Landeskonsistorium geantwortet: „Wir verstehen nicht, wie ein Kirchgang im Parteikleide, der [...] erzwungen ist, als Bekenntnis der Kirche gewertet werden kann. Wir können ein Bekenntnis zur Kirche Christi nur dann erblicken, wenn der Einzelne und die Partei sich im Gehorsam den Ordnungen dieser Kirche und ihrer gewählten

Vertreter fügt […]“ (Pilgerfahrt, S. 6).

Im Juni 1933 schon hatte Altrock für eine erste Beurlaubung S.s gesorgt und im Januar 1934 schließlich seine Verhaftung verursacht. Grund war jetzt ein Zeitungsartikel S.s, in dem er mit Blick auf die Worte Gamaliels in Apostelgeschichte 5,38 f. („Lasset ab von diesen Menschen [den Jerusalemer Christen] und lasset sie fahren! Ist der Rat oder das Werk aus den Menschen, so wird's untergehen; ist's aber aus Gott, so könnet ihr's nicht dämpfen; auf daß ihr nicht erfunden werdet als die wider Gott streiten wollen.“) geschrieben hatte: „Deshalb soll uns in dieser bewegten Zeit ein weiser Jude Führer sein“ (Der Sonntag).

Ein Nierenleiden, das er sich in der Haft zugezogen hatte, führte schließlich dazu, dass er Anfang Oktober 1936 in die Leipziger Universitätsklinik eingeliefert werden musste. Dort starb er am 19.10.1936 im Alter von 57 Jahren.

Quellen: Pilgerfahrt gegen das Vergessen: Dokumentation einer Pilgerfahrt von der Kirche in Riesa-Gröba zur Burg Hohnstein am 31. Januar 2004, Materialien der Kirchgemeinde Riesa-Gröba; Der Sonntag [Leipzig], 2004, Heft 7 vom 12. Februar.

Literatur: W. Oehme: Märtyrer, S. 18–35; H. Stempel: Afranisches Ecce.

Foto: Gemeindebrief der Kirchengemeinde Riesa-West (Oktober 1986), S. 1.

M. Hein



Stieff, Hellmuth

* *6.6.1901 Deutsch Eylau (heute Iława), Westpreußen, † 8.8. 1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Ili Cäcilie, geb. Gärtner, ohne Kinder.

1918 Kriegsfreiwilliger, Fahnenjunker; 1919/1920 Grenzschutz Ost; 1922–1932 Truppendienst in Potsdam und Schweidnitz; 1932–1935 Ausbildung zum Generalstabsoffizier in Berlin; 1934–1938 Generalstabsdienst in Elbing und Landau/Pfalz; 1938–1941 Generalstab des Heeres in Berlin; 1941–1942 Generalstabsoffizier (Ia) Armeekommando 4, Russland; 1942–1944 Chef der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres, 1944 Generalmajor.

Als Sohn eines Offiziers wuchs S. zusammen mit seiner Schwester in Westpreußen auf. Nach dem Notabitur 1918 nahm der „fröhliche drahtige Mann“ – „von ungewöhnlich kleiner Statur“ (F. v. Schlabrendorff: Begegnungen, S. 229) – am Ersten Weltkrieg teil und wurde als Fahnenjunker in die Reichswehr übernommen. Durch die von H. Mühleisen edierten Briefe S.s gewinnen wir einen Einblick in seinen Weg in den aktiven Widerstand und seine vom christlichen Glauben geprägte Grundhaltung. S. stand der Republik positiv gegenüber, begrüßte aber dann als nationalbewusster Offizier die Machtübernahme. Zwar erkannte er bald den Widerspruch zwischen politischem Reden und Tun, nahm aber Hitler aus der Kritik noch aus. Selbst die nationalsozialistische Rassenpolitik meinte er 1933 noch mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens vereinbaren zu können. In seiner Haltung wurde S. ab 1934 immer mehr schwankend und äußerte sich zunehmend kritisch gegenüber dem „Wahnsinn der Einpartei-Herrschaft“ (H. Mühleisen: Stieff, S. 91). Die Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler rief bei ihm Kritik hervor. S. begrüßte die Einführung der Wehrpflicht, warnte aber vor einer parteipolitischen Einflussnahme und fürchtete einen weiteren Krieg. In der Auseinandersetzung mit

dem Tod Hindenburgs schien sich S. auf den christlichen Glauben zu besinnen. S. verstand sich als „verantwortungsbewussten und gläubigen Menschen“ (ebd., S. 89) und den Menschen als Gegenüber Gottes. Der christliche Glaube war für S. etwa durch den von ihm erwünschten Gottesdienst ein „Bestandteil der Wehrmacht“ (BA-MA, N 114/26).

Als Zeuge des Judenpogroms stellte er sich schützend vor jüdische Mitbewohner und schämte sich, „ein Deutscher zu sein“ (H. Mühleisen: Stieff, S. 12). Die NS-Verfolgungen und Mordaktionen in Polen ließen seine Wertvorstellungen als Offizier einstürzen. „Man bewegt sich dort nicht als Sieger, sondern als Schuldbewußter!“ (Ebd., S. 107) Den wahren Charakter Hitlers erkennend, bezeichnete S. ihn u. a. als „wahren Teufel in Menschengestalt“ (ebd., S. 127). Unter dem Eindruck der Erlebnisse des Russlandfeldzuges, der Mordaktionen der SS-Einsatzgruppen, auch in Kenntnis über das Tragen des Judensterns, der Judendeportation und -ermordung, entschloss S. sich im August 1942 zum aktiven Widerstand. Er fühlte sich hier von Gott in die Pflicht genommen zu handeln. Nach der Stalingradkatastrophe waren alle Hemmschwellen bei ihm verschwunden. S. war dennoch zögernd, wenn er auch zweifellos zum engsten Kreis der Mitverschwörer, zu den entschiedensten Feinden Hitlers zu zählen ist. Was ihn zögern ließ, ob es der Konflikt der Eidesfrage war oder nicht doch zuletzt seine Mentalität – er war rasch zu begeistern und konnte nach Überprüfung der Lage im gleichen Zusammenhang sehr sachlich sein –, bleibt letztlich verborgen. Zwar lehnte S. persönlich die Durchführung des Attentats ab, hatte aber den Sprengstoff aufbewahrt und war dann doch bereit, sich mit Hitler in die Luft zu sprengen. Am 20.7.1944 begleitete er Stauffenberg von Berlin nach Ostpreußen. Nach dem misslungenen Attentat blieb er im OKH, warnte Freunde und wurde am 21.7.1944 kurz nach Mitternacht verhaftet. Vor dem Volksgerichtshof trat er, obwohl gefoltert, dem Richter Roland Freisler mit klarer Stimme und fester Haltung entgegen.

Voller Glaubensaussagen ist S.s Abschiedsbrief an seine Frau: „ […] ich hoffe auf die Gnade Gottes, daß er uns dereinst in seiner Herrlichkeit wieder zusammenführen wird […] Der Tod ist kein Ende, sondern nur eine Wandlung. Ich bin von der Unsterblichkeit unserer Seelen fest und gläubig überzeugt. Und so werde ich auch dich […] durch Gottes Güte wieder finden […].“ (Ebd., S. 178 f.) Der katholische Gefängnisgeistliche von Plötzensee, Peter Buchholz, konnte nach eigenem Bericht dem Angeklagten unmittelbar vor der Hinrichtung seelsorgerlichen Beistand leisten und auch den Wunsch erfüllen, im katholischen Bekenntnis zu sterben, um dadurch die Verbundenheit mit seiner katholischen Ehefrau zu bekräftigen. Eine Stunde nach Verkündigung des Urteils am 8.8.1944 wurde S. in Plötzensee hingerichtet.

Quellen: BA-MA, N 114 (Nachlass Stieff).
Literatur: H. Mühleisen: Stieff (Lit.!); F. v. Schlabrendorff: Begegnungen; H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 176–182.
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 397.

H.-J. Ramm

Stöhr, Hermann, Dr. rer. pol.

** 4.1.1898 Stettin, † 21.6.1940 Berlin-Plötzensee.*
Ledig, ohne Kinder.
1914–1918 als Kriegsfreiwilliger bei der Kaiserlichen Marine; 1919–1922 Studium der Volkswirtschaft, öffentliches Recht und Sozialpolitik in Kiel, Berlin und Rostock; 1922 Promotion zum Dr. rer. pol. in Rostock; 1923–1925 Hilfssekretär bei der Geschäftsstelle „Die Eiche“ und dem Internationalen Versöhnungsbund in Berlin; 1926–1928 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Centralausschuss für die Innere Mission in Berlin und Dozent an der Wohlfahrtsschule des Ev. Johannesstifts in Berlin-Spandau; ab 1929 freier Schriftsteller.

Als Sohn eines Zollsekretärs in Stettin im traditionell protestantischen Geist erzogen, wuchs S. in einfachen bürgerlichen Verhältnissen als Jüngster im Kreis von vier Geschwistern auf. Mit Abschluss der Reifeprüfung meldete sich der noch nicht Siebzehnjährige im November 1914 freiwillig zur Kriegsmarine und brachte es bis Kriegsende zum Marinezahlmeisteranwärter (Reserveoffizier).

Während seines Studiums erlebte S. eine geistige Neuorientierung. Statt – wie geplant – über die im Krieg versenkte Tonnage promovierte er über „Die Auslandshilfe 1919–1921“, die Deutschland widerfuhr, für S. im Sinne der Völkerversöhnung das Pendant zu den in Versailles auferlegten Reparationen. S. schloss



sich dem 1914 gegründeten, hauptsächlich von englischen Quäkern getragenen „Internationalen Versöhnungsbund“ an. Deren Mitglieder verpflichteten sich auf „Christi Revolutionsprinzip der Liebe“. Während seiner Tätigkeit als Sekretär des Internationalen Versöhnungsbundes Deutscher Zweig 1923–1926 und als enger Mitarbeiter des führenden deutschen Ökumenikers, Prof. Friedrich Siegmund-Schultze, Berlin, reifte S.s konsequente Haltung eines absoluten Pazifisten, die unter dem Vorzeichen seines künftigen Lebensthemas stand: Die Überwindung sozialer und nationaler Schranken im Geiste christlicher Einheit. Ihm wurde die Geschäftsführung der einzigen deutschsprachigen ökumenischen Zeitschrift „Die Eiche“ übertragen. Er arbeitete in der von Siegmund-Schultze betreuten „Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ mit, hielt den Kontakt zum „Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“ und vertrat die protestantischen Pazifisten im „Deutschen Friedenskartell“. Auch die Tätigkeit 1926–1928 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Centralausschuss für die Innere Mission und als Dozent an der Wohlfahrtsschule des Berliner Johannesstifts war für S. Friedensarbeit. Mit einer groß angelegten Untersuchung über „Die Wohlfahrtsgesetzgebung in den außerdeutschen Staaten Europas“ schaffte er die Voraussetzung für den Zusammenschluss der protestantischen diakonischen Verbände auf dem europäischen Kontinent im „Internationalen Verband für Innere Mission und Diakonie“.

Sein unerschrockenes publizistisches Eintreten für die Aussöhnung mit Polen brachte S. Kritik vonseiten protestantisch-deutscher Minderheiten in Polen und als unmittelbare Folge die Entlassung aus dem kirchlich-diakonischen Dienst. Seit 1928 lebte er nur noch von den bescheidenen Einkünften als freier Schriftsteller. In dem von ihm gegründeten „Ökumenischen Verlag“ erschienen ausschließlich eigene Werke.

Das „Dritte Reich“ bedeutete das Ende des organisierten Pazifismus. Pazifisten wurden politisch verfolgt und waren auch innerhalb der evangelischen Kirche geächtet. Dessen ungeachtet trat S. der von ihm klar erkannten heraufziehenden Barbarei und Kriegsgefahr als „Prophet im vollen biblischen Sinn des Wortes“ (Kurt Scharf) entgegen. Nach dem Judenboykott 1933 solidarisierte er sich in seiner Heimatstadt Stettin öffentlich mit der jüdischen Gemeinde. Im Sommer 1933 forderte er die Leitung der evangelischen Kirche auf, regelmäßig in der sonntäglichen Fürbitte der in den KZs inhaftierten und verfolgten „Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten, es seien Christen oder Juden“, zu gedenken. Er geißelte seine Kirche, die sich im November 1933 in die Einheitsfront einreihte und zum Ja zu Hitlers Politik und zum Austritt aus dem Völkerbund aufrief.

Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 war S. ähnlich wie Dietrich Bonhoeffer im Falle eines Krieges zur Verweigerung aus Glaubensgehorsam entschlossen. Nach Aufforderung zur Ableistung einer Wehrübung als Reserveoffizier schrieb S. am 2.3.1939 an die Wehrbehörde: „Den Dienst mit der Waffe muß ich aus Gewissensgründen ablehnen. Mir wie meinem Volk sagt Christus: ‚Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen‘ (Matth. 26,53). So halte ich die Waffenrüstungen meines Volkes nicht für einen Schutz, sondern für eine Gefahr. Positives Christentum weist meines Erachtens den Völkern höhere Ziele, als sich in Kriegs-Rüstungen gegenseitig

zu übertreffen und einen immer größeren Prozentsatz der nationalen Energien hierfür einzusetzen." (Zitiert nach E. Röhm: Hermann Stöhr, S. 167)

Zum ersten Mal in der vierhundertjährigen Geschichte der lutherischen Großkirchen hatte damit eines ihrer Mitglieder aus religiösen Gründen den Kriegsdienst verweigert. S. blieb über mehrere Prozesse hinweg bei seiner Entscheidung und nahm die Konsequenz auf sich. Er wurde am 16.3.1940 durch das Reichskriegsgericht wegen Zersetzung der Wehrkraft zum Tode verurteilt und am 21.6.1940 in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Zum Gedenken an sein Martyrium wurde 1985 ein Berliner evangelisches Gemeindezentrum nach S. benannt. Im Dezember 1997 hob die Staatsanwaltschaft I beim Landgericht Berlin nachträglich das Todesurteil gegen S. auf. Im Januar 1998 erhielt der Platz hinter dem Berliner Ostbahnhof S.s Namen.

Literatur: R. Daur (Hrsg.): Ein Christ; E. Röhm: Hermann Stöhr (Lit.!).
Foto: Privatarchiv E. Röhm.

E. *Röhm*



Streufert, *August* Karl Johann

* *5.8.1887 Negast (Pommern), † 27.12.1944 KZ Hamburg-Neuengamme.*

Verh. in 1. Ehe mit Klara, geb. Frese, zwei Söhne, eine Adoptivtochter, geschieden, in 2. Ehe mit Ella Erna Auguste Hedwig, geb. Schultz, ein Sohn.

1901–1905 Tischlerlehre; 1905–1908 Geselle bei Tischlermeistern in Pommern, Mecklenburg und Holstein, u. a. in Abtshagen, Stralsund und Kröpelin; 1908–1921 (Unterbrechung 1915–1918: Kriegsdienst) Tätigkeit bei Holzbearbeitungsbetrieben in Stralsund; 1921–1928 Arbeitsvermittler und stellvertretender Geschäftsführer beim öffentlichen Arbeitsnachweis in Stralsund; 1928–1933 Abteilungsleiter bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Stralsund; 1933/1934 Pensionswirt und Kaufmann im Ostseebad Nienhagen (Mecklenburg), Gemüsehändler und Versicherungsvertreter in Berlin; ab 1934 Handlungsreisender in Raisdorf (Holstein).

Seine Kindheit verlebte S. in ärmlichen Verhältnissen im Dorf Negast bei Stralsund. Die Familie bewirtschaftete dort ein kleines Grundstück, das sein Vater fast ohne eigene Mittel erworben hatte, weshalb hohe Abgaben dafür zu zahlen waren. S. wuchs zusammen mit drei älteren Schwestern und mehreren Halbgeschwistern auf, die seine zuvor verwitweten Eltern in ihre gemeinsame Ehe eingebracht hatten. Als S. fünf Jahre alt war, starb sein Vater. Seitdem musste die ganze Familie hart arbeiten, um nicht zu hungern. Seine Schulbildung erhielt S. auf der einklassigen Dorfschule in Negast. Aufgrund seiner hervorragenden Leistungen zog ihn sein Lehrer auch zum Unterricht und zur Aufsicht über seine Mitschüler heran. Ein Pastor versuchte erfolglos, genug Geld zu sammeln, um S. nach Stralsund aufs Gymnasium zu schicken. Nach dem Schulabschluss war S. einer geistigen Tätigkeit zugeneigt, doch musste er aus finanziellen Gründen eine Lehre in einer Landtischlerei absolvieren, weil er dort freie Unterkunft und Verpflegung erhielt.

Nach Lehre und Wanderschaft ließ sich S. 1908 als Holzarbeiter in Stralsund nieder. Er war Vorsitzender des Stralsunder Holzarbeiterverbandes und Mitglied der SPD. 1918/1919 gehörte er dem Stralsunder

Arbeiter- und Soldatenrat an, im März 1919 wurde er Stadtverordneter und 1921 Fraktionsvorsitzender der SPD in Stralsund. Sein Fachgebiet war vor allem die Sozialpolitik. Da ihn infolge einer schweren Lungenverletzung, die er im Ersten Weltkrieg erlitten hatte, die Arbeit in der Holzindustrie gesundheitlich sehr belastete, nahm er 1921 eine Anstellung als Arbeitsvermittler an. 1928 kandidierte er im Wahlkreis 6 (Pommern) erstmals für die Wahl zum Reichstag. 1929 wurde er Abgeordneter des pommerschen Provinziallandtages. Im September 1930 wurde er zudem in den Reichstag gewählt, dem er bis Juli 1932 angehörte. Aus dem Tod seines Parteifreundes Karl Krull, der im Juli 1932 bei einer Jugendveranstaltung in Negast erschossen worden war, leitete S. die ernste Mahnung zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zu Ruhe und Besonnenheit in der politischen Auseinandersetzung ab. Scharfe Kritik äußerte er an den Nationalsozialisten, die er für Krulls Tod verantwortlich machte.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten musste S. seine Arbeit als Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter beenden. Im April 1933 wurde er aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ fristlos aus seiner Stellung beim Arbeitsamt entlassen. Um möglichen Gewaltakten von Nationalsozialisten, die ihn kannten, zu entgehen, verließ er Stralsund. Nach längerer Arbeitssuche fand er im September 1934 in der Kieler Niederlassung der niederländischen Nahrungsmittelfirma C. J. Van Houten & Zoon eine Stelle als Vertreter für den Raum Schleswig-Holstein, Lübeck, West-Mecklenburg und Hamburg. Mit seiner zweiten Frau und ihrem gemeinsamen Sohn wurde er in Raisdorf ansässig. Vor dem Umzug dorthin schrieb er: „Gebe Gott, daß wir unser schwer errungenes Glück in Gesundheit und bescheidenem Wohlstand erleben dürfen.“ (Brief an Ella Schultz, November 1934, zitiert nach H. Ohl: Aktion Gitter, S. 70) S. war kein häufiger Kirchgänger, aber er lebte als evangelischer Christ im Bewusstsein einer engen Bindung an Gott und orientierte sich besonders am Gebot der Nächstenliebe. Um sich und seine Familie nicht zu gefährden, war er auf eine unauffällige Lebensführung bedacht. Er unterhielt Kontakte zum Untergrund, doch konnten ihm bei Verhören und Haussuchungen keine Straftaten nachgewiesen werden.

Im Rahmen der von Heinrich Himmler angeordneten „Aktion Gewitter“ (auch als „Aktion Gitter“ bezeichnet), die sich gegen ehemalige Parteifunktionäre und Mandatsträger von SPD, KPD und anderen Parteien im gesamten Reichsgebiet richtete, wurde S. am Morgen des 23.8.1944 in seinem Wohnhaus verhaftet, in das Kieler Gestapo-Lager Drachensee verbracht und wenige Tage später in das KZ Hamburg-Neuengamme überstellt. Vor dem Abtransport aus Kiel notierte er auf einem Stück Packpapier eine kurze Nachricht an seine Frau, die dieser durch einen Wachmann übermittelt wurde. Darin bat er: „Versuche was Du kannst, damit ich frei komme. […] Behalt' mich lieb und hab Dank für alles Gute. Hab weiter Mut; der liebe Gott wird uns helfen.“ (Zitiert nach S. Streufert: Drachenwind, S. 86) Seine Frau und einige Bekannte bemühten sich vergeblich um seine Freilassung. S. starb in Hamburg-Neuengamme nach offiziellen Angaben an einer Lungenentzündung.

Auf dem Vorplatz des Berliner Reichstagsgebäudes befindet sich seit 1992 eine Gedenktafel für S. In Stralsund und Raisdorf sind Straßen nach ihm benannt.

Quellen: LASH Schleswig Abt. 623 Nr. 18: Gefangenenbuch B des Kieler Polizeigefängnisses aus dem Monat August 1944, Nr. 580; Brief von Siegfried Streufert an den Verf., 26.8.2004; Auskunft von S. Streufert an den Verf., 20.9.2004.

Literatur: Der Freiheit verpflichtet, S. 321; W. Lamprecht: Streufert; H. Ohl: Aktion Gitter; Reichstags-Handbuch, S. 489 f.; S. Streufert: Drachenwind (amerik. Ausg.: Arch of Fire, hier insbes. S. 205).

Foto: H. Ohl: Aktion Gitter, S. 75.

A. Kurschat

Stülpnagel, Carl-Heinrich von

** 2.1.1886 Berlin, † 30.8.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Helene, geb. Freiin von Pentz, drei Kinder.

1904–1914 Offizierslaufbahn in Darmstadt und Berlin; 1914–1918 Kriegsteilnahme: Front- und Generalstabsoffizier in Frankreich; 1918/1919 Grenzschutz in Schlesien; 1920 Freikorps Faupel im Ruhrgebiet, Teilnahme am Kapp-Lüttwitz-Putsch; Übernahme in die Reichswehr; 1924–1932 Truppen- und Generalstabsoffizier in Deutsch Eylau, Berlin, Münster, Neuruppin, Dresden; 1932 Abtei-



lungsleiter „Fremde Heere West“ im OKH in Berlin; 1936 Kommandeur in Lübeck; 1939–1944 Kriegsteilnahme: 1940 Westfeldzug, Vorsitzender der deutsch-französischen Waffenstillstandskommission; 1941 OB 17. Armee, Ostfeldzug; 1942–1944 Militärbefehlshaber Frankreich in Paris.

S. stammt aus einer alten Soldatenfamilie des brandenburgischen Schwertadels. Zusammen mit seinen drei Geschwistern wuchs er in Frankfurt a. M. auf. Nach humanistischem Abitur und einem Jurasemester in Genf begann S. 1904 die Laufbahn eines Berufssoldaten. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er in die Reichswehr übernommen. Dort durchlief er die übliche Laufbahn eines Generalstabsoffiziers, wobei er den Offizierskameraden begegnete, die später mit ihm im Widerstand verbunden waren. Zunächst sympathisierte S. mit den Ideen des NS, aber die Vorgänge um den 30.6.1934 und die dilettantische Außenpolitik ließen ihn immer mehr zum Gegner des NS und Hitlers „aus christlich-sittlicher Verwurzelung“ (E. Kosthorst: Opposition, S. 57) werden. S. koordinierte die Planungen der Widerstandsgruppen um Witzleben und in der Abwehr und beteiligte sich an der Ausarbeitung des Umsturzplanes 1938. Er resignierte nicht, auch für den nachfolgenden Zeitraum liefen die Fäden bei ihm zusammen. Nach dem Westfeldzug versuchte S. als Leiter der Waffenstillstandskommission mit Frankreich einen Ausgleich herbeizuführen. Als Armeeführer konnte S. es nicht vermeiden, im Russlandfeldzug in die rasseideologische Vernichtungspolitik hineingezogen zu werden, auch wenn er mit dem Antisemitismus nicht einverstanden war und eine schreckliche Buße auf das deutsche Volk zukommen sah. Nicht ohne Grund ließ er sich ablösen. Seit 1942 als „Militärbefehlshaber Frankreich“ versuchte er die Judendeportation zu verzögern, konnte sie zu seinem Leidwesen aber nicht verhindern. In Paris sammelte der „Philosoph unter den Verschwörern“ um sich Intellektuelle aller Geistesrichtungen zu Gesprächen. Für S. „führte der Weg über die Naturwissenschaften zu den existentiellen Problemen der Welt, von der Physik zur Metaphysik.“ Ebenso hielt der „gläubige Protestant“ (H. Bücheler: Stülpnagel, S. 284) einen engen Kontakt zum Wehrmachtsoberpfarrer Rudolf Damrath, der „wohl der wichtigste theologische Gesprächspartner“ S.s. war (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 171). Gottesdienstbesuche waren für ihn eine Selbstverständlichkeit; konnte er nicht kommen, bat er seinen Pfarrer um eine Predigtabschrift. Intensiv hat sich S. im Gespräch mit Damrath auch mit Barth, Gogarten und Schleiermacher sowie der Theologie des 19. Jahrhunderts auseinandergesetzt.

Ausgehend von theologisch-dogmatischen Fragestellungen und einer „Art pantheistischen Philosophie, die er vielleicht von Schleiermacher übernommen hatte“, ist der General „zu einem schlichten Christenglauben gekommen.“ (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 172 f.) Gerade angesichts des nationalsozialistischen Terrorregimes hat S. die Verkündigung der biblischen Wahrheit postuliert. Spätestens seit Sommer 1943 hatte S. engen Kontakt mit der Berliner Widerstandsgruppe; er trieb die Planungen für den Umsturz in Paris voran und war „der verlässlichste Außenposten der Berliner Zentrale des Widerstandes“ (H. Bücheler: Stülpnagel, S. 19).

So konnte der in Paris generalstabsmäßig geplante Staatsstreich am 20.7.1944 dort als einzigem Ort mit Erfolg durch Festsetzung der gesamten SS und des SD durchgeführt werden. Der Umsturz scheiterte im Westen letztlich an der opportunistischen Haltung

des Generalfeldmarschalls Günther von Kluge. S. wurde zur Berichterstattung nach Berlin befohlen, ein Freitodversuch durch Pistolenschuss bei Verdun misslang. S. musste erblindet Gestapohaft und Verhöre wie auch die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof über sich ergehen lassen. Zusammen mit seinen Mitstreitern, den Obersten Eberhard Finckh und Hans-Otfried von Linstow, wurde er zum Tode verurteilt. Kurze Zeit nach der Urteilsverkündung am 30.8.1944 wurden sie – ohne seelsorgerliche Begleitung erfahren zu haben, zumal die Geistlichen zum Gestapogefängnis, in dem S. inhaftiert war, keinen Zutritt hatten – in Berlin-Plötzensee ermordet.

Quellen: Brief von Rudolf Damrath an Sohn Walter v. Stülpnagel vom 2.1.1950 (Sammlung Stülpnagel); Gespräch des Verfassers mit J. v. Stülpnagel (Sohn) am 6.12.1993.
Literatur: H. Bücheler: Stülpnagel; E. Kosthorst: Opposition; H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen.
Foto: GDW.

H.-J. Ramm



Sylten, Werner

** 9.8.1893 Hergiswil (Schweiz), † 26.8.1942 Schloss Hartheim bei Linz (Österreich).*
Verh. mit Hildegard, geb. Witting, zwei Kinder.
1913–1920 Theologiestudium in Marburg, unterbrochen vom Militärdienst; 1920 I. Theol. Dienstexamen; 1920–1921 Zusatzstudium in Volkswirtschaft und Sozialpädagogik an der Universität Berlin; 1922. II. Theol. Dienstexamen; 1922–1924 Vikarsdienst in der hannoverschen Landeskirche; 1925–1936 Leiter des Thüringer Frauenasyls in Bad Köstritz, 1936–1938 Leiter des Büros der Bekenntnisgemeinschaft in Gotha; 1938–1941 leitender Mitarbeiter im „Büro Pfarrer Grüber" in Berlin.

S. war von der liberalen Theologie geprägt, die ihm nicht zuletzt ein hohes soziales Verantwortungsbewusstsein vermittelte. Nach seinem Theologiestudium arbeitete er in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft (SAG) von Friedrich Siegmund-Schultze im Berliner Osten. Der junge Vikar schrieb in sein Tagebuch: „Christen dürfen nicht nur in der Abgeschiedenheit der Familie den christlich-sittlichen Grundsätzen gemäß leben und handeln, sondern auch draußen, wo der Kampf ums Dasein tobt." (Zitiert nach J. Thierfelder: Sylten, S. 138) S. führte im Thüringer Frauenasyl, einer dem Evangelischen Reichserziehungsverbandes (EREV) angeschlossenen Fürsorgeeinrichtung für minderjährige Mädchen, grundlegende Reformen durch. Er änderte dessen Namen in Thüringer Mädchenheim. Nach der neuen Satzung sollte es im Heim „um ein familiengemäßes Zusammenleben aufgrund einer christlichen Hausordnung" gehen (E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/2, S. 308). S. legte großen Wert auf einen kompetenten Mitarbeiterstab und forcierte so die Professionalisierung.

Die „Machtergreifung" Hitlers brachte für S. schwere Nachteile. Seine Mitgliedschaft bei der Bekennenden Kirche machte ihn in der Thüringer Landeskirche, die deutschchristlich und antisemitisch geprägt war, auf die Dauer zum Außenseiter. S. wurde Mitglied im Pfarrernotbund und der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft in Thüringen. S. hatte früh Konflikte mit dem deutschchristlichen Landeskirchenrat. Er verweigerte den geforderten „Ariernachweis". Den Deutschen Christen Martin Sasse erkannte er nicht als geistlichen

Leiter und Landesbischof für Thüringen an. Wegen eines judenfreundlichen Artikels im Rundbrief des Mädchenheims wurde S. vom „Völkischen Beobachter“ attackiert. S.s Frau fühlte sich den Belastungen auf die Dauer nicht gewachsen und schied Anfang 1935 freiwillig aus dem Leben. Schon 1935 bemühte sich S. um eine Anstellung außerhalb Thüringens. S. befürchtete seine Entlassung. Tatsächlich wurde er am 1.4.1936 vom Innenminister beurlaubt. Danach war S.s Herkunft als „Halbjude“ bekannt geworden. Durch ein infames Zusammenspiel von Innenministerium, Kirchenleitung sowie dem „Landesführer der Inneren Mission“ wurde S. vom Stiftungsvorstand des Mädchenheims auf den 1.7.1936 entlassen. Unterstützung fand er bei seinen Mitarbeiterinnen, bei der Lutherischen Bekenntnisgemeinschaft und bei Direktor Fritz vom EREV.

1936 stellte die Lutherische Bekenntnisgemeinschaft S. als Leiter ihres Büros in Gotha an. Sein Wunsch, Brunhilde Lehder, eine ehemalige Mitarbeiterin aus Bad Köstritz, die ihm nach Gotha gefolgt war, zu heiraten, zerschlug sich, weil er die erforderliche Genehmigung für diese „Mischehe“ von staatlicher Seite nicht erhielt. S. konnte in Gotha nur knapp zwei Jahre bleiben. Dann wurde das Büro von der Gestapo geschlossen und S. aus Thüringen ausgewiesen.

Im Dezember 1938 wurde S. Mitarbeiter von Heinrich Grüber, der im Sommer 1938 die „Kirchliche Hilfsstelle für evangelische Nichtarier“ geschaffen hatte, die sich um die Betroffenen kümmerte und sich vor allem um Auswanderungsberatung und -vermittlung bemühte. S. hatte in der Hilfsstelle, von der Gestapo „Büro Pfarrer Grüber“ genannt, zunächst die Leitung der Seelsorgeabteilung inne und war später Grübers Stellvertreter. Die Hilfsstelle wurde vom Staat nie rechtlich anerkannt, jedoch akzeptiert, weil dieser von 1938–1941 das große Interesse hatte, Deutschland durch Auswanderung der Juden „judenfrei“ zu machen. Im „Büro Pfarrer Grüber“ konnte S. seine besonderen Gaben als Seelsorger entfalten. Ende 1940 wurde Grüber verhaftet. Er verschwand für zweieinhalb Jahre im KZ, zunächst in Sachsenhausen und dann in Dachau. Bis zur endgültigen Schließung des Büros Anfang 1941 leitete S. die Hilfsstelle. Im Februar 1941 wurde S. ebenfalls verhaftet. Zum dritten Mal musste S. das Ende einer befriedigenden Arbeit erfahren. Eineinhalb Jahre saß er mit Heinrich Grüber und Martin Niemöller im sog. Pfarrerblock in Dachau ein. Im August 1942 wurde er krank. Im Rahmen der NS-Euthanasieaktion 14f13 spürte die SS in den Konzentrationslagern kranke Menschen auf. Sie galten als „lebensunwert“ und wurden in den Euthanasie-Tötungsanstalten umgebracht, S. im Schloss Hartheim bei Linz.

S. hat viele Bedrohte retten können. Dafür bezahlte er mit seinem Leben. Er hätte sich 1939 mit einem von Bischof George Bell, Chichester, besorgten Visum nach England in Sicherheit bringen können, meinte aber, es gäbe dringendere Fälle. In einem seiner letzten Briefe aus dem KZ an seinen Sohn Reinhard schrieb S. eine Art Vermächtnis: „Vergiß nie, auch im Leid dankbar zu sein. Es gibt immer vieles, wofür Gott zu danken ist. Schau nur genau hin! Wer dankbar ist, wird nicht bitter. Ihr beide seid stets von so viel Liebe umgeben gewesen, daß das in Euch immer neue Liebe weckte, Ihr Liebe ausstrahltet. Die Welt braucht *viel, viel Liebe*.“ (Zitiert nach E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/2, S. 330)

Literatur: B. Köhler: Welt; Ders.: Gotha; H. Ludwig: Geschichte; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 3/2, S. 305–330; J. Thierfelder: Sylten.
Foto: GDW.

J. Thierfelder

Talazko, *Karl* Anton

** 19.7.1897 Hohnstein, † 21.4.1945 Pulsnitz.*
Verh. mit Hildegard, geb. Garbrecht, vier Kinder.
1914–1916 als Kriegsfreiwilliger in Flandern und vor Verdun, dort schwere Verwundungen; Theologiestudium 1917 in Leipzig, 1918 in Tübingen, 1921 wieder in Leipzig und dort I. Theol. Examen; dann Prediger in Kaaden; 1922 II. Theol. Examen in Dresden; 1923 Pfarrvikar in Kaaden bei Komotau (Böhmen); 1924 Ordination in Komotau; 1925 Vikar, dann Pfarrer in Adorf; 1932 Pfarrer in Obergersdorf, Möhrsdorf und Weißbach (Sachsen).

Nach einer fröhlichen Jugendzeit – so T. selbst –, aber schweren familiären und persönlichen Verlusten im Ersten Weltkrieg, in dem er einen Teil seiner rechten

Hand verlor, absolvierte er sein Theologiestudium unter starkem Eindruck der Professoren Althaus und Ihmels in Leipzig und Schlatter in Tübingen. Diesen verdankte er nicht nur zahlreiche Anregungen, sondern auch die große Liebe zu seinem Studium und zum geistlichen Amt.

Trotz der wachsenden Kirchenfeindschaft der NSDAP und ihrer Gliederungen suchte wohl Mitte April 1945 der Bürgermeister und Ortsbauernführer von Gersdorf T. auf, um mit ihm zu besprechen, ob er für den Fall heranrückender feindlicher Truppen mit der Anbringung einer weißen Fahne am weithin sichtbaren Kirchturm einverstanden sei, da eine sinnvolle Verteidigung aufgrund des geringen Waffenvorrats und der Abwesenheit deutscher Truppen unmöglich schien.

Als sich am 20.4.1945 tatsächlich sowjetische Truppen der Ortsgrenze näherten, wurden im Dorf umgehend weiße Fahnen am Kirchturm und an zahlreichen Gebäuden angebracht. Daraufhin begaben sich T.s Familie und seine Nachbarn zu einem nahe liegenden Grundstück, wo sie auf Angehörige der Waffen-SS stießen. Diese – Teil der 10. SS-Panzer-Division „Frundsberg“ – waren zuvor aufgrund einer Eisenbahnbrückensprengung liegen geblieben und bewachten nun die herbeigeeilte Dorfgemeinschaft einschließlich des Bürgermeisters. Diesen, aber auch T., beschimpften und bedrohten sie nun und wiesen den ältesten Sohn des Pfarrers an, gemeinsam mit einem gleichaltrigen Nachbarsjungen die weißen Fahnen in Gersdorf wieder zu entfernen. Als sein Sohn zurückkehrte, erfuhr er, dass die SS-Leute zusammen mit T. und dem Bürgermeister ins Dorf hinabgegangen seien.

In Wirklichkeit aber brachten die SS-Leute T. und den Bürgermeister als politische Gefangene in die benachbarte Stadt Pulsnitz. Dort sollten die beiden verhört und auf dem Marktplatz erschossen werden.

Es wird berichtet, T. sei mit einem Pappschild um den Hals mit der Aufschrift „Ich bin ein Verräter“ durch die Stadt geführt worden. Einer der beiden Pulsnitzer Pfarrer habe T. begleitet und vor der Erschießung mit ihm gebetet. Die betenden Hände seien T. auseinander geschlagen worden. Sein Leichnam soll Spuren von Misshandlungen aufgewiesen haben. T. wurde neben der Kirche in Gersdorf bestattet.

Quellen: Ev.-luther. Kirchengemeinde Kamenz: Der Kirchenbote, 1.8.1945, S. 2.; Archiv der Ev.-Luth. Superintendentur Kamenz: Lebenslauf des Pfarrers Karl Anton Talazko, geb. 19.7.1897; Schreiben des Superintendenten an das ev.-luth. Landeskirchenamt Sachsens, 7.6.1945; Archiv der Ev.-Luth. Superintendentur Stollberg (Sachsen): Lebenslauf des Pfarrers Karl Anton Talazko; Protokoll vom 1. Mai 1926 über die eidliche Inpflichtnahme durch den Superintendenten.

Literatur: J. Fest: Der Untergang, S. 63; R. Michaelis: „Frundsberg“; R. Rost/H. Oswald: Pulsnitz, S. 131.

Foto: Privatbesitz.

H. Talazko/S. Roßteuscher



Thadden, Elisabeth von

* *29.7.1890 Mohrungen/Ostpreußen, † 8.9.1944 Berlin-Plötzensee.*

Ledig, ohne Kinder.

1921 evangelische Erziehungsleiterin in dem Kinderdorf Heuberg/Schwäbische Alb; 1921/22 Abschluss als staatlich anerkannte Wohlfahrtspflegerin Berlin; 1924 Übernahme der Wirtschaftsleitung auf dem Heuberg; 1925 Wirtschaftsleiterin der Schule Schloss Salem/Bodensee;

1927 Gründung des „Evangelischen Landerziehungsheims für Mädchen Schloss Wieblingen“ in Heidelberg und bis zum Verbot 1941 dessen Leiterin.



T. war das älteste der fünf Kinder von Landrat Adolf von Thadden und dessen Ehefrau Ehrengard. Im pommerschen Trieglaff, wo die Familie seit 1906 lebte, führte man traditionell ein offenes Haus mit Gästen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Milieus. Besonders beeindruckt war T. von Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze, dem Begründer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, dem sie über sein Schweizer Exil verbunden bleiben sollte. Im Jahre 1920 verließ T. das elterliche Gut, sie konnte nun an ihre vielen Beziehungen anknüpfen, etwa an diejenigen zu Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung wie Alice Salomon, deren Soziale Frauenschule in Berlin sie besuchte.

T. dachte deutschnational und konservativ, ihre anfängliche Wertschätzung des Nationalsozialismus hing vor allem damit zusammen, dass sie diese Bewegung für fähig hielt, die sozialen Probleme im Deutschen Reich zu lösen. Neben dieser partiellen Übereinstimmung waren aber auch tief greifende Gegensätze zur nationalsozialistischen Ideologie angelegt, die zu einer zunehmenden innerlichen Distanzierung führen sollten.

Mit der Gründung des Landerziehungsheims Wieblingen realisierte T. ihre Vorstellung einer Schule mit ausgeprägt evangelischem Charakter, die allerdings seit 1936 nicht mehr als „evangelisch“ firmierte. Vermutlich unter dem Einfluss ihres Bruders Reinold und des Heidelberger Stadtpfarrers Hermann Maas – selbst aktiv in der Hilfe für jüdische Bürger – schloss sie sich 1934 der Bekennenden Kirche an.

Mit Kriegsbeginn begann für die Schule und ihre Leiterin eine schwierige Zeit. Am 5.10.1939 zog sie mit Teilen der Schule nach Tutzing am Starnberger See (Bayern). Dort kam es seit Sommer 1940 zu zunehmenden Verdächtigungen, Denunziationen und Verhören durch Gestapo und SD. T. wurde vorgeworfen, verkappt eine konfessionelle Schule zu betreiben, die vor allem von adeligen Schülerinnen besucht würde. Da die Genehmigung für die Schule 1941 zurückgezogen werden sollte, siedelte T. Ostern 1941 wieder nach Baden um. Aber auch dort machte man ihr Schwierigkeiten, die darin gipfelten, dass ihr am 14.5. der Beschluss des badischen Unterrichtsministeriums mitgeteilt wurde, wonach ihr die Führung ihres privaten Landerziehungsheims untersagt werde, da dieses keine „ausreichende Gewähr für eine nationalsozialistisch ausgerichtete Erziehung der Jugendlichen“ biete (M. Riemenschneider/J. Thierfelder: E. v. Thadden, S. 127).

Nachdem T. gezwungen worden war, ihr Lebenswerk aufzugeben, zog sie nach Berlin und arbeitete beim Deutschen Roten Kreuz. In dieser Zeit nahm sie regelmäßig an Bibelkreisen und christlich geprägten Vortragsabenden teil, die 1942 von der Gestapo verboten wurden; weiterhin hatte sie Kontakt zum Leiter der Una-Sancta-Bewegung, dem 1944 hingerichteten Freiburger Diözesanpriester Max Joseph Metzger und zu dem Kreis um die Gesandtenwitwe Hanna Solf.

Am 10.9.1943 lud T. zu einer „Tee-Gesellschaft“ anlässlich des Geburtstages ihrer Schwester Marie-Agnes Braune ein. Unter den Gästen befand sich Dr. Paul Reckzeh, nicht nur Arzt, sondern auch Gestapo-Spitzel. Sie hatte ihn auf Empfehlung ihrer Schweizer Bekannten Bianca Segantini dazugebeten, der

gegenüber er sich als regimekritisch dargestellt und den Wunsch geäußert hatte, mit Gleichgesinnten zusammenzukommen. Die Gäste erörterten angesichts der Kapitulation Italiens die bedrängte Situation Deutschlands und stellten – da der Krieg als verloren angesehen werden musste – Überlegungen an, wie man mit gut gesinnten ausländischen Kreisen in Verbindung kommen könne, vor allem aber auch, was nach einem Zusammenbruch zu tun sei. Diese offenen Gespräche sollten T. zum Verhängnis werden. Sie wurde am 13.1.1944 im französischen Meaux, wo sie als Rot-Kreuz-Helferin eingesetzt war, durch die SS verhaftet.

Fortan gab es für sie nur noch Stationen berüchtigter Gefängnisse: Prinz-Albrecht-Straße (Berlin), Oranienburg, Ravensbrück, Zuchthaus Brandenburg. Ihr Glaube gab ihr auch in dieser Zeit der Selbstvorwürfe und Anfechtungen die Kraft, Haft und Schikanen zu ertragen. Ricarda Huch hatte in der Wieblinger Zeit den Eindruck gewonnen, dass ihre Gläubigkeit „für sie so selbstverständlich [war] wie die Liebe zum Vaterlande und zum eigenen Volke, etwas, das einem nicht genommen werden kann, womit man lebt und stirbt […] ohne sich in eine jenseitige Heimat hineinzusehnen“ (I. v. d. Lühe: E. v. Thadden, S. 130 f.).

Am 1.7.1944 wurde T. wegen „Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung“ vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt. Die Wochen bis zur Hinrichtung verbrachte sie, ständig an den Händen gefesselt, in der Vollzugsanstalt Barnimstraße in Berlin. Dort diktierte sie dem Gefängnisseelsorger wenige Stunden vor ihrem Tod ihre Version der Ereignisse und meinte abschließend: „Wir wollten barmherzige Samariter sein, aber nichts Politisches.“ (Ebd., S. 237)

Bereits im Oktober 1945 wurde das Landerziehungsheim Wieblingen wieder eröffnet. Nach seiner Gründerin heißt das Gymnasium heute „Elisabeth von Thadden-Schule“.

Literatur: G. Grünzinger: E. v. Thadden; I. v. d. Lühe: E. v. Thadden; M. Riemenschneider/J. Thierfelder: E. v. Thadden; G. Schwöbel: E. v. Thadden; R. v. Thadden: Widerstand.
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 37.

G. Grünzinger

Thaumann, Willi

** 25.8.1906 Danzig, † 4.11.1941 Brandenburg-Görden.*
Ledig, ohne Kinder.
Kaufmann; schloss sich zu Beginn der 1930er Jahre den dissidenten „Reformadventisten“ an.

T. war von Anfang an ein überzeugter Gegner des NS-Regimes. Von den Siebenten-Tags-Adventisten wandte er sich enttäuscht ab, weil sie sich in seinen Augen dem politischen System anpassten und sich nicht über die „Judenhetze“ in seiner Stadt empörten. Trotz Warnung eines ihm wohlgesonnenen Polizeibeamten hielt er sein Eisen- und Haushaltswarengeschäft in Danzig-Langfuhr am „Sabbat“, dem Ruhetag der Adventisten, geschlossen. Er brachte sogar eine Tafel mit dem biblischen Sabbatgebot an der Ladentür an, um seiner Überzeugung deutlich Ausdruck zu verleihen. Die NS-Behörden nahmen T. zunächst wegen „jüdischer Agitation“ fest. Im Verlauf der Vernehmungen stellten sie fest, dass er als Christ niemals die Gebote Gottes übertreten wolle. Daher könne er auch keinen Wehrdienst leisten. Trotz Folter hielt T. unbeirrbar an seiner Überzeugung fest. Es scheint, dass er eine gewisse Zeit Häftling im KZ Sachsenhausen war. Am 2.10.1941 wurde er wegen „Wehrkraftzersetzung“ vom Reichskriegsgericht in Berlin zum Tod verurteilt. Die Hinrichtung wurde im Zuchthaus Brandenburg-Görden vollstreckt.

Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 35; R. Zimmermann: Ehrenbuch, Bd. 2, S. 56.

D. Heinz

Thüngen, Karl Freiherr von

** 26.6.1893 Mainz, † 24.10.1944 Brandenburg-Görden.*
Verh. in 1. Ehe mit Margarethe (Margit), geb. Edle von Schultes, in 2. Ehe mit Marie, geb. Freiin von Michel-Raulino.
Berufsoffizier; im Ersten Weltkrieg Angehöriger des bayerischen 5. Chevauxleger-Regiments; 1919 Aufnahme in das 17. Reiterregiment in Bamberg, 1926 dort Chef der 6. Eskadron; 1933–1938 verschiedene Ämter im Reichswehrministerium; 1939 Dienst im OKH; zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Kommandeur eines Infanterie-Ersatzregiments; 1942/1943 Kommandeur der 18. Pan-

zerdivision; ab 1943 Inspekteur des Wehrersatzwesens im Wehrkreis III (Berlin), Generalleutnant.

Im Ersten Weltkrieg diente T. als Leutnant und später als Oberleutnant im 5. Chevauxleger-Regiment. Nach dem Krieg wurde er in die Reichswehr übernommen. Er gehörte dem traditionsreichen 17. Reiterregiment in Bamberg an, in das 1926 auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg eintrat. Sein Regimentskamerad Franz Graf du Moulin Eckart charakterisierte T. rückblickend als „aufrichtigen evangelischen Christen" (Schreiben an K. D. Kaiser, 11.8.1999, Abschrift bei der EvAKiZ München).

Beim Staatsstreichsversuch am 20.7.1944 wurde T. auf Veranlassung von General Friedrich Olbricht, dem Chef des Allgemeinen Heeresamtes, zum Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin) ernannt. Er trat somit an die Stelle seines Vorgesetzten, des Generals der Infanterie Joachim von Kortzfleisch, der den Verschwörern aus Loyalität gegenüber dem NS-Regime seine Unterstützung verweigert hatte und infolgedessen im Allgemeinen Heeresamt im sog. Bendlerblock festgesetzt wurde. Bei der Neuorganisation der Befehlsstrukturen gab es jedoch Verzögerungen, sodass T. erst zwischen 19 und 20 Uhr im Wehrkreiskommando am Hohenzollerndamm eintraf, als sich bereits die Nachricht von Adolf Hitlers Überleben verbreitet hatte. Zu energischen militärischen Maßnahmen konnte er sich unter diesen Umständen nicht durchringen.

Als sich das Scheitern des Staatsstreichsversuchs immer deutlicher abzeichnete, begann T. zusammen mit Generalmajor Otto Herfurth und Oberstleutnant Bruno Mitzkus, die von den Verschwörern erteilten Befehle rückgängig zu machen. Auf Anordnung Kortzfleischs, der am späten Abend in seine Dienststelle zurückkehrte, führte T. zusammen mit dem Adjutanten Oberst Joachim von Wiese und Kaiserswaldau eine erste Vernehmung des Majors Hans-Ulrich von Oertzen durch, der den Umsturzversuch vom Wehrkreiskommando aus koordiniert hatte. Über das Ergebnis dieses Verhörs ließ T., der die Dienststelle anschließend verließ, an Kortzfleisch weitergeben, dass Oertzen vermutlich nur zufällig oder unwissend in das Geschehen hineingeraten sei. Oertzen, der dennoch verhaftet wurde, nahm sich kurz darauf das Leben.



Trotz seines uneindeutigen Verhaltens wurde auch T. wenig später verhaftet und am 5.10.1944 vom VGH zum Tode verurteilt. Er konnte zwar glaubhaft machen, dass er vor dem 20. Juli nicht in die Verschwörung eingeweiht gewesen sei. Ihm wurde jedoch zur Last gelegt, dass er sich den Staatsstreichsplänen nicht grundsätzlich verweigert hatte. Das Todesurteil wurde im Zuchthaus Brandenburg-Görden durch Erschießen vollstreckt.

Quellen: EvAKiZ München: Akten des Projekts „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts", Schreiben von C. F. Graf du Moulin Eckart an OKR K. D. Kaiser, 11.8.1999, Abschrift.

Literatur: H.-A. Jacobsen: Spiegelbild; P. Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat; H. v. Thüngen: Thüngen, S. 87–91; H.-W. Wörmann: Widerstand, S. 123 f.

Foto: H. v. Thüngen: Thüngen, S. 91.

C. Bendick/A. Kurschat

Tresckow, Henning von



** 10.1.1901 Magdeburg, † 21.7.1944 bei Białystock (Polen).*
Verh. mit Erika, geb. von Falkenhayn, zwei Töchter, zwei Söhne.
1916–1918 Kriegsdienst; 1919 Lehre als Bankkaufmann; 1920–1924 Jura-Studium in Berlin; ab 1924 Offizierslaufbahn; im Zweiten Weltkrieg Generalstabsoffizier, ab 1941 an der Ostfront.

1916 ging der Sohn eines Generals und Gutsbesitzers in der Neumark als Freiwilliger in den Krieg, aus dem er als Leutnant mit der Erfahrung von blutigen Schlachten zurückkehrte. Nach kurzem Dienst in der Reichswehr studierte er Rechts- und Staatswissenschaften und Finanzwirtschaft. Nach kurzer Beschäftigung in einem Berliner Bankhaus unternahm er eine Weltreise über Frankreich und Portugal nach Südamerika, kehrte über die USA zurück, rettete das väterliche Gut vor dem Ruin und wurde Geschäftsführer einer kleinen Fabrik. Nach seiner Heirat mit Erika von Falkenhayn 1926 ging er wieder zurück in die Reichswehr und trat in das 9. Infanterieregiment („Graf 9“) in Potsdam ein. Seiner Mentalität entsprechend einer parlamentarischen Monarchie zugeneigt, hatte er ab 1928 Sympathien für Hitlers Idee der Volksgemeinschaft, für eine autoritäre Staatsführung, für die Revision von Versailles und für eine nationale Aufrüstungspolitik. 1933 nahm er begeistert am „Tag von Potsdam“ (21.3.1933) teil, wurde als Generalstabsoffizier ausgebildet und arbeitete im Kriegsministerium. Eine erste innere Distanzierung vom System brachten 1934 die Ereignisse um den sog. Röhm-Putsch: Die Reichswehr ließ widerstandslos alte Generäle durch Hitler ermorden. Die Blomberg-Fritsch-Affäre und die „Reichskristallnacht“ 1938 brachten T. in große Gewissensnöte über den von ihm geleisteten Führereid. Er geriet in das Umfeld der militärischen Opposition, die aber nach dem „Münchener Abkommen“ zerfiel. Als Generalstabsoffizier erlebte er im Polenfeldzug das mehrheitliche Schweigen der Wehrmachtsführung über die SS-Verbrechen hinter der Front. Der Sieg über Frankreich zeigte ihm: Jeder Sieg der Wehrmacht stärkte Hitlers Position in Heer und Volk. Der Krieg im Osten nahm die Form eines nach ideologischen Kriterien geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieges an. Selbst als Offizier in seine Mechanismen an und hinter der Front verstrickt, organisierte er nach vergeblicher Konsultation der Obersten Befehlshaber bei der Heeresgruppe Mitte einen eigenen Widerstandskreis von jungen Offizieren, die mit ihm zusammen von der Notwendigkeit eines Attentates auf den Führer als zentrale Figur des gesamten NS-Systems überzeugt waren. Ihr überkommener Wertekanon, ihr preußisches Soldatenethos und ihre christlich geprägten Gewissen waren zutiefst verletzt. Sich selbst sahen sie als Mittäter, Mitgefangene und Mitbehaftete in einem verbrecherischen Staats- und Befehlssystem. Man stellte vor und nach gescheiterten eigenen Attentatsversuchen Verbindungen zu militärischen und zivilen Widerstandskreisen in Berlin her. T. arbeitete mit Stauffenberg den militärischen Teil des Staatsstreiches aus. Er wurde einer der entschiedensten Gegner Hitlers. Bei ihm verschränkten sich in seinem Entschluss, den Tyrannenmord als unausweichliche Notwendigkeit zu wagen, religiös-moralische, politische und militärische Argumente. Von seinem Beruf her selbst in die Schuldzusammenhänge einer totalen Kriegsführung verstrickt, wagte er um der Rettung der Menschen in Deutschland und im besetzten Europa willen einen letzten Schritt in bewusste persönliche Schuld: die

Ermordung des Führers und Reichskanzlers. Als diese scheiterte, beging er Selbstmord. Sein Freund Fabian von Schlabrendorff überlieferte als seine letzten Worte: „Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, daß wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.“ (F. v. Schlabrendorff: Offiziere [1984], S. 129)

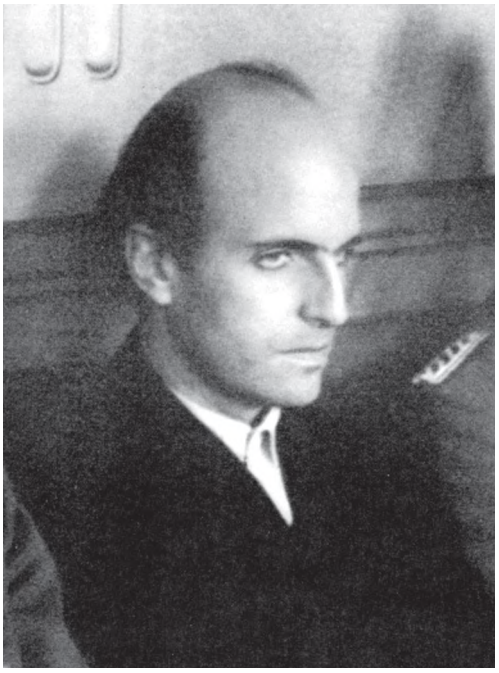
T. hat als evangelischer Christ und Preuße gegen den Geist und die verbrecherische Praxis des Nationalsozialismus gekämpft. Aus verletztem Gewissen und aus Treue zu den besseren Traditionen seines Vaterlandes heraus hat er im vollen Wissen um die eigene Mitschuld an der Möglichkeit der Politik Hitlers sein Leben geopfert.

Literatur: B. Scheurig: Henning von Tresckow (1997); S. Grabner/H. Röder: Tresckow; G. Brakelmann: Offiziere.

Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 135.

G. Brakelmann

Trott zu Solz, Adam von



** 9.8.1909 Potsdam, † 26.8.1944 Berlin-Plötzensee.*

1927–1931 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Göttingen und Berlin; 1929 Kurzsemester am Mansfield College in Oxford; 1931–1933 Studium am Balliol College in Oxford; 1933–1934 Referendar in Rotenburg, Hanau und Kassel; 1936 Assessorexamen; 1936–1937 zweiter Englandaufenthalt; 1938 Reise über die USA nach Ostasien; seit 1940 als Referent für Amerika und Asien, später auch für das britische Empire im Außenministerium tätig.

Seine Kindheit verbrachte T. als Sohn des preußischen Kultusministers August von Trott zu Solz in Berlin. Vor allem seine Mutter Eleonore, geb. von Schweinitz, übte religiösen Einfluss auf ihn aus. 1919 zog die Familie auf den Familienbesitz Imshausen. In der Schulzeit (Abitur 1927) hatte er Kontakte zur Jugendbewegung. Im Studium der Rechts- und Staatswissenschaften befasste er sich als politisch und weltanschaulich Interessierter mit den Klassikern des Sozialismus und nahm an ökumenischen Tagungen in Genf und Liverpool teil. Ein besonderes Verhältnis entwickelte er zum Generalsekretär des Weltkirchenrates Willem A. Visser ’t Hooft. An den Studienorten Berlin und Göttingen pflegte er Kontakte zu sozialistischen Studentengruppen und zum religiös-sozialistischen Kreis um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“. 1931 bis 1933 studierte er in England und lernte dort führende Publizisten und Politiker kennen. Nach dem Referendariat bestand er 1936 sein Assessorexamen. In Berlin knüpfte er Kontakte zu Kreisen der Opposition und zu angelsächsischen Auslandskorrespondenten.

Nach einem weiteren Studienjahr in England machte er 1938 eine Reise über die USA nach Ostasien. Zurückgekommen nahm er wieder Kontakte zu Männern des zivilen und militärischen Widerstandes auf. Kurz vor Ausbruch des Krieges führte er mit Wissen des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker Gespräche mit wichtigen englischen Politikern, um die englische Regierung von ihrer Appeasement-Politik abzubringen.

Nach Gesprächen in den USA kam er 1940 über Tokio, Peking und Moskau zurück nach Berlin, trat im Juni 1940 ins Außenministerium ein und wurde Referent für Amerika und Asien, später für das britische Empire.

T., der Helmuth James Graf von Moltke von England her kannte, wurde im Kreisauer Kreis zusammen mit seinem Kollegen und Freund Hans-Bernd von Haeften außenpolitischer Experte. In den Jahren 1940 bis 1944 war er – abgesichert durch Vorgesetzte im AA – im Auftrage des Widerstandes in der Schweiz, in Frankreich, in den Niederlanden, in der Türkei, in Schweden und in Wien. Unermüdlich erkundete er die außenpolitischen Möglichkeiten des Widerstands durch die alliierte Politik. Zahlreiche Sondierungsgespräche hat er im Ausland für die Kreisauer geführt, häufig durch Vermittlung ökumenischer Kreise. Ununterbrochen nahm er an den Diskussions- und Verständigungsprozessen seiner Freunde teil. Nach Moltkes Verhaftung im Januar 1944 verdichtete er seine Zusammenarbeit mit Julius Leber und Claus von Stauffenberg, denen er bis zuletzt als außenpolitischer Berater zur Verfügung stand. Das Attentat befürwortete er als letzte Möglichkeit, eine Katastrophe zu verhindern. Vorgesehen als Staatssekretär im AA wurde er am 25.7.1944 verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 26.8. in Plötzensee aufgehängt. Seine Frau Clarita und seine Kinder kamen zuvor in „Sippenhaft".

T. wuchs in einem evangelisch-kirchlichen Umfeld auf. Ökumenische und angelsächsische Einflüsse wurden für ihn sehr bedeutsam. In seiner Widerstandsarbeit nutzte er die zahlreichen Bekanntschaften und Beziehungen für seine politischen Ziele. Von der Ökumene und den neutralen Staaten erwartete er Friedensinitiativen. Große Hoffnungen für das Verstehen des deutschen Widerstandes bei der englischen Regierung setzte er auf die Vermittlungsdienste des Bischofs George Bell. Aber er musste erleben, dass die alliierte Politik kein Interesse am Widerstand eines „anderen Deutschland" hatte. Die Kreisauer waren außenpolitisch „verlassene Verschwörer". T., der als Patriot fühlte und dachte, war sich mit den anderen Kreisauern einig im Abschied vom Nationalstaat und in der Hinwendung zu einem föderalistischen Europa. Zweifel hatte er gegenüber dem zeitgenössischen Christentum als „eindeutige[m] Orientierungsfeld in der äußeren Welt". (Zitiert nach C. v. Trott: Trott, S. 211) Bei aller Anerkennung der historischen Bedeutsamkeit von Christentum und Kirche für Europa war er skeptisch, wenn er an gleicher Stelle schrieb: „[...] aber finden wir etwa hier schon den einzigen Pol, um den sich die Zukunft kristallisieren muß, oder stehen uns auf dem, wie mir scheint, eben erst beginnenden Weg auf ihn hin auch noch andere historische Erinnerungen und Kräfte zur Seite?" (Zitiert nach ebd.) Philosophie und die Kenntnis anderer Religionen und Kulturen hatten ihn kritisch gemacht, einen christlichen Universalanspruch zu stellen. Das schloss eine persönliche Hinwendung zum verstärkten Lesen der Bibel, zum Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes und Pfingsten 1944 einen Gang zum Abendmahl (der erste seit der Konfirmation) nicht aus. Am Ende bekannte er seiner Mutter: „Gott ist mir in diesen Wochen gnädig gewesen und hat mir frohe, klare Kraft zu allem, fast allem geschenkt – er hat mich auch gelehrt, wo und wie ich fehlte." (Zitiert nach ebd., S. 213)

Für die Wiederaufrichtung des Rechtes im Innern, für die Geltung des Völkerrechtes in der Staatengemeinschaft, für die Freiheit des Glaubens und des Denkens in toleranter Vielfalt, für ein Leben in Humanität und Gerechtigkeit hat er als Patriot und Weltbürger gekämpft und ist er gestorben.

Literatur: G. Brakelmann: Die Kreisauer, S. 51–58 (Lit.!); C. v. Trott: Trott; H. L. Wuermeling: Trott.
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 185.

G. Brakelmann

Umfrid, Hermann

** 20.6.1892 Stuttgart, † 21.1.1934 Stuttgart.*
Verh. mit Irmgard, geb. Silcher, vier Kinder.
1910–1911 Jura-Studium; 1911–1914 Theologie-Studium in Tübingen und Marburg; 1914 Kriegsfreiwilliger; Oktober



1914–1916 als Verwundeter in englischer Kriegsgefangenschaft; 1917 wegen schwerer Krankheit Rot-Kreuz-Gefangenenaustausch in die Schweiz, später in die Heimat entlassen; 1918–1922 Vikar der württembergischen Landeskirche; 1922 Pfarrer in Kaisersbach (Württ.); 1923 Heirat; 1929–1934 Pfarrer in Niederstetten (Württ.).

Aufgewachsen in einem weltoffenen Elternhaus in Stuttgart als Ältester von vier Geschwistern trat U. ganz in die geistigen Fußstapfen des Vaters, des Mitbegründers und langjährigen Vizepräsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft, Pfarrer Otto Umfrid. Nur nach schweren Gewissenkonflikten entschied der Sohn des als „Friedenshetzer" angegriffenen berühmten, für den Friedensnobelpreis nominierten Vaters, sich aus traditionell patriotischer Gesinnung zusammen mit anderen Kommilitonen freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Umso entschiedener gehörte U. nach dem Ersten Weltkrieg zu jener Minderheit von Pfarrern, die im Sinne der Religiösen Sozialisten und des Internationalen Versöhnungsbundes für sozialen Ausgleich im Inneren und für Gerechtigkeit und Völkerverständigung im Äußeren eintraten und die sich gegen Militarismus wie gegen die sich ausbreitenden Nationalsozialisten zur Wehr setzten. Während seines Schweiz-Aufenthalts 1917 als Austausch-Gefangener war U. dem Theologen und Religiösen Sozialisten Leonhard Ragaz begegnet, der ihm zum eigentlichen Lehrer und väterlichen Freund wurde. In einem Vortrag „Politik und Ethik" sagte U. 1924: „Wir haben vor allem innerhalb unseres Volkes die dringliche Aufgabe für den Verzicht auf Gewaltanwendung, gegen den Bürgerkrieg (bei Kommunisten und Nationalsozialisten!) einzutreten und die kurzsichtigen Märchen zu zerstören, als sei mit Gewalt allein Gerechtigkeit zu schaffen oder gar mit einer noch bevorstehenden ‚letzten Gewaltanwendung' der ewige Friede gesichert." (H. Umfrid: Politik, S. 23) Zu U.s engsten Freunden gehörte der Religiöse Sozialist Gotthilf Schenkel und das führende Mitglied des Versöhnungsbundes Rudi Daur. Bereits kurz nach dem Weltkrieg war U. dem Köngener Bund, einer aus der christlichen und freien deutschen Jugend erwachsenen Kirchenreformgruppe, beigetreten, die in den kommenden politischen und kirchlichen Auseinandersetzungen zu seiner eigentlichen geistigen Heimat wurde.

Auslöser der Schicksalswende für U. und seine Familie waren die schweren Judenpogrome in Hohenlohe und speziell in der 1 700 Einwohner zählenden, vorwiegend protestantischen Kleinstadt Niederstetten (Württemberg), deren Pfarrer U. war. Am Samstag, 25.3.1933, fiel ein auswärtiges Rollkommando der SA unterstützt von der örtlichen Polizei über die 81 Juden umfassende Minderheit am Ort her, kehrte unter einem Vorwand in deren Häusern das Unterste nach oben, schleppte die Männer aufs Rathaus, misshandelte sie zum Teil lebensgefährlich und verbrachte einige Juden in ein Konzentrationslager. Ähnliches geschah in Nachbarorten, wo es auch Tote gab. Am folgenden Tag nannte U. in seiner Sonntagspredigt offen, wenn auch in der gebotenen Zurückhaltung die widerrechtlichen Handlungen beim Namen: „Alle Obrigkeit hat über sich die Obrigkeit Gottes und darf Strafe nur handhaben gegen die Bösen und nur wenn gerechtes Gericht gesprochen ist. Was gestern in dieser Stadt geschah, das war nicht recht. Helfet alle, dass der Ehrenschild des deutschen Volkes blank sei!" (Zitiert nach E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 127)

Die Reaktion der örtlichen Parteileitung ließ nicht lange auf sich warten. U. wurde zum öffentlichen

Widerruf seiner Predigt aufgefordert. Da er sich weigerte, folgte ein beispielloser Psychoterror vonseiten der Partei, durch den U. sich jedoch nicht abhalten ließ, auch weiterhin sich mit den Juden am Ort zu solidarisieren. Zu seiner großen Enttäuschung gewährten ihm seine kirchlichen Vorgesetzten nicht den von ihm erwarteten öffentlichen Schutz. Auch eine von U. formulierte Eingabe von einigen Mitgliedern des Köngener Bundes an den württembergischen Kirchenpräsidenten Theophil Wurm, in der die Kirchenleitung aufgefordert wurde, zur massiven Judenverfolgung nicht länger zu schweigen, blieb ohne Reaktion: „Die christliche Kirche darf nach unserer Meinung zu diesen Dingen nicht länger schweigen. […] Wir sehen die furchtbar drohende Verwirrung alles Rechtsbewusstseins, das Überhandnehmen der Angeberei und der Befriedigung persönlicher Bedürfnisse; wir sehen die Gefahr einer völligen Verschüttung der evangelischen Botschaft vor Augen, wenn nicht der völkischen Überhebung gesteuert und der christlichen Barmherzigkeit Raum gegeben wird im Sinne des Samariters, der sich dessen annahm, der unter die Mörder gefallen war.“ (Zitiert nach ebd., S. 372–276)

Auf Dauer konnte U. der ständigen Überwachung und den häufigen Repressalien nur mit Mühe standhalten. Zwei Mal musste er in den folgenden Monaten sich wegen psychischer Überlastung krankmelden. Als Ende 1933 der NSDAP-Kreisleiter ihn aufgefordert hatte, sein Amt niederzulegen und ihm und seiner Familie mit KZ gedroht hatte, war U. um Ende seiner Kraft. Nach einer bewegenden Altjahrsabendpredigt voller Vorahnung legte U. in letzter Verzweiflung Hand an sich, an dessen Folgen er in Stuttgart starb.

Nur drei Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Niederstetten überlebten den Holocaust. Sie und ihre Familien legten 1979 im Märtyrer-Wald von Yad Vashem einen „Hermann-Umfrid-Gedenk-Garten“ an in Erinnerung an die „hohen Ideale dieses Kämpfers für Menschenrecht und Menschenwürde“ (zitiert nach M. Schmid: Hermann Umfrid, S. 11).

Literatur: H. Umfrid: Politik; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1 (Lit.); M. Schmid: Hermann Umfrid; I. Umfrid: Hermann Umfrid.

Foto: Privatarchiv E. Röhm.

E. Röhm

Vahldieck, Fritz, Dr. phil.

26.10.1872 Magdeburg, † 28.9.1938 Halle/Saale.
Verh. 1903 mit Lydia, geb. Eggert, zwei Kinder.
Studium der Theologie in Halle; Promotion 1896 zum Dr. phil. in Leipzig; 1895 I. Theol. Prüfung Halle; 1897 II. Theol. Prüfung Magdeburg; 1901 Ordination in Sunderland/England; 1903 Pfarrstelle Ermstedt, Kkrs. Erfurt; seit 1913 Halle, St. Georg (4. Pfarrstelle).

Als Sohn des Schneidermeisters und „Militäreffektenhändlers“ Albert Vahldieck wuchs V. in Magdeburg auf und legte dort das Abitur ab. In seiner letzten Stelle, der Georgengemeinde Halle, war V. durch zwei Jahrzehnte als geachteter Pfarrer tätig. Superintendent D. Johannes Hellwig betonte mehrfach, dass er V. persönlich schätze. Politische Konflikte hatte es in früheren Jahren für ihn nicht gegeben. Während der späteren Disziplinarverhandlungen konnte auf eine durchaus positive Aussage V.s über Hitler und seine politische Begabung verwiesen werden. Konflikterfahrungen mit dem NS-System ergaben sich in den ersten Monaten des Jahres 1936 und führten zu Verurteilung, Inhaftierung und Amtsenthebung.

Ende Januar 1936 führte V. das Traugespräch mit dem Baumeister und SA-Mann Hans Naumann und seiner Braut. Als der Bräutigam erklärte, dass er eine „Trauung nach germanischer Weise“ (Archiv Kkrs. Halle, Pfarrer: Stellungnahme Vahldieck vom 17.2.1936) wünsche, entwickelte sich ein lebhaftes Gespräch, in dem sich V. freimütig über bedrohliche Entwicklungen im deutschen Volk äußerte. Provoziert durch die Erwartung des Bräutigams, dass Worte aus der Edda als Trauspruch verwendet werden könnten, erwiderte V. mit kritischen Bemerkungen zur Praxis des Winterhilfswerks und gab Gerüchte über die Zweckentfremdung von Erträgen dieser Sammlung weiter. Das Brautpaar erstattete Anzeige bei der Ortsgruppe der NSV, aufgrund deren es zur Klageerhebung des Oberstaatsanwalts beim Sondergericht Halle kam.

Ein zweiter Vorgang wurde in das Strafverfahren einbezogen: V. hatte vor jenem Traugespräch erfahren, dass zehn Konfirmandinnen in der Mittelschule über Äußerungen des Pfarrers im Konfirmandenunterricht befragt worden seien. Daraufhin war V. zur Gestapo bestellt worden. In einer Sitzung des GKR der Georgengemeinde beschwerte er sich darüber mit dem



Satz „Da bringt man einen alten Pfarrer noch vor die Tscheka“ und der Rückfrage „Sind das nicht russische Zustände?“ (Zitiert nach AKPS, Spec. P V 71 D 1936–1938: Disziplinarakte Vahldieck, Disziplinar-Urteil vom 21.9.1937, S. 4 f.) Das Sondergericht Halle verurteilte V. am 10.7.1936 aufgrund des Heimtückegesetzes zu einer Haftstrafe von neun Monaten, von denen er fünf Monate in der Haftanstalt Bautzen verbüßte, dann auf Bewährung entlassen wurde. Immerhin hatte der Provinzialkirchenausschuss der Provinz Sachsen am 2.9.1936 ein Gnadengesuch an den Reichsjustizminister gerichtet, das zu der Strafmilderung geführt hatte. V. wurde anschließend von seinem Dienst suspendiert; das Konsistorium eröffnete gegen ihn das Disziplinarverfahren. Er habe durch sein Verhalten gezeigt, dass er des Amtes unwürdig sei, das er innehabe. Seine Behauptungen seien geeignet, „das Wohl des Reiches, das Ansehen der Reichsregierung und der NSDAP schwer zu schädigen“ (AKPS, Spec. P V 71 D 1936–1938: Disziplinarakte Vahldieck, Disziplinar-Urteil, S. 3). Der kirchliche Rechtsausschuss unter Vorsitz des Konsistorialpräsidenten Dr. Fretzdorff folgte in der Bewertung des Falles der Sachstandserhebung des Sondergerichts Halle. Dies hatte die Wiedergabe der Gesprächsinhalte durch das Ehepaar Naumann dem Urteil uneingeschränkt zu Grunde gelegt. V. hatte sich dagegen verwahrt, dass seine Gegendarstellung des Gesprächshergangs selbst von dem Rechtsausschuss der Kirche nicht berücksichtigt wurde. Dessen Urteil hält fest: „Dieser [der Angeschuldigte] bekennt sich in keiner Weise schuldig, meint vielmehr, er habe in pflichtmäßiger Wahrnehmung kirchlicher Belange gehandelt, also mit Beweggrund und Zweck aus dem Evangelium: ‚Wir können nichts wider die Wahrheit, sondern für die Wahrheit.‘“ (AKPS, Spec. P V 71 D 1936–1938: Disziplinarakte Vahldieck, Disziplinar-Urteil, S. 5) V. wurde mit dem Spruch des Rechtsausschusses vom 21.9.1937 des Amtes enthoben, das Ruhegehalt um 50 % gekürzt.

Bereits erkrankt durch einen Herzklappenfehler, hat dies Disziplinarverfahren V. zutiefst verletzt und zur Eskalation seines Krankheitszustandes unmittelbar beigetragen. Wegen seiner Erkrankung musste der vorgesehene Verhandlungstermin verschoben werden. V. legte gegen das Disziplinarurteil Berufung ein. Die Angelegenheit schleppte sich hin; Sup. Hellwig schrieb deshalb am 8.8.1938 an das Magdeburger Konsistorium: „Ich habe mehrfach mündlich und schriftlich mitteilen müssen, dass Pfarrer Vahldieck infolge des nicht enden wollenden Wartens auf eine Entscheidung des Rechtsausschusses der Kirche sehr bedenklich erkrankt ist. […] Es ist nicht unmöglich, dass der schwerkranke Pfarrer in absehbarer Zeit seinem Leiden erliegt.“ (Archiv Kkrs Halle: Stellungnahme) Am 3.10.1938 sollte die Verhandlung des Disziplinarhofs der ApU stattfinden; am 28.9.1938 starb V. Sup. Hellwig schrieb an das Konsistorium, „dass er als ein rechter Christ unverbittert, auf die letzte Fahrt sich freuend, gestorben ist.“ (Ebd.)

V.s Tod ist nicht unmittelbar Folge seiner Inhaftierung. Dagegen machen die mehrfachen Interventionen des Superintendenten – in Verbindung mit dem Gutachten des behandelnden Arztes – deutlich, dass die für V. ehrenrührige Weiterbehandlung des Falles durch Konsistorium und Rechtsausschuss zur gesundheitlichen Zerrüttung und zum Tode führte.

Quellen: AKPS, Rep. A Spec. P V 71/I und II: Personalakte Vahldieck, Spec. P V 71 D 1936–1938: Disziplinarakte Vahldieck; Archiv Kkrs. Halle, Pfarrer: Stellungnahme Vahldieck vom 17.2.1936.
Literatur: A. Schellbach: Zeit, S. 172.
Foto: Archiv Pfarrerbuch der KPS Halle.

H. Schultze

Voß, Hans-Alexander von



** 13.12.1907 (Berlin-)Charlottenburg, † 8.11.1944 Heinersdorf (Kreis Lebus).*

Verh. mit Gisela, geb. von Stülpnagel, drei Kinder.

1926 Eintritt in das Infanterieregiment 9 in Potsdam; Offizierslaufbahn in Potsdam, Spandau/Ruhleben und Berlin; 1937 Kriegsakademie; ab 1939 Generalstabsoffizier in Polen, Frankreich und Russland; ab 1943 Oberstleutnant im Stab der Heeresgruppe Mitte.

Die preußische Orientierung und Vaterlandsliebe des Vaters, Generalleutnant Hans von V., und die religiöse Einstellung der Mutter prägten V. Der Jugendbewegung begegnete er im „Jungnationalen Bund". Im Potsdamer Infanterieregiment 9 wurde Henning von Tresckow sein Freund.

V. hat wohl das „Dritte Reich" begrüßt, sah es aber bald kritisch. Vermutlich führten die Morde an Juden und Intellektuellen beim Polenfeldzug zur Ablehnung. Durch die Nazis sah er die preußische Tradition und Moral zerstört. Hinzu kam die glaubensmäßige Auseinandersetzung: „Nicht das Handeln nach den Gesetzen und ihren Paragraphen macht den edlen Menschen, sondern das Bestreben, Gott, dem Herrn Jesus Christus nachzueifern, in seiner unendlichen Liebe, zueinander, zu unserem Nächsten in dem Streben nach Reinheit. […] Und so fühle ich in meinem Herzen die gläubige Verpflichtung, mich nicht irre machen zu lassen […] von dem *Geschwätz* unserer Tage." (H.-A. v. Voß an seine Frau, 25.11.1940) Nach der Absage an die Deutschen Christen wandte er sich im März 1941 gegen „ein ganz unglaubliches Buch" in den Frontbuchhandlungen, das die Entchristlichung Deutschlands propagierte: „Wann endlich wird Hermann der Lehrer und nicht Christus der deutsche Held des ersten Halbjahrtausends?" (Ebenso, 26.3.1941) Dabei hielt V. es „für möglich, daß in manchen Gehirnen maßgebender Persönlichkeiten derartige Gedanken leben."

Für die Konspiration gewann ihn Tresckow im Oktober 1940. Unter Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben als Oberbefehlshaber West bildeten Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, V. u. a. eine Gruppe, die durch Schwerin mit General Hans Oster in Berlin und durch V. mit Tresckow in der Heeresgruppe Mitte der Ostfront sowie dem Militärbefehlshaber in Frankreich verbunden war. Seit November 1941 planten sie ein Pistolenattentat auf Hitler bei einer Siegesparade in Paris. Um dafür Generaloberst Franz Halder zu gewinnen, schickte Witzleben Ende Januar 1942 V. ins Oberkommando des Heeres. Aber Halder verweigerte seine Unterstützung.

Im Februar 1943 kam V. in den Stab der Heeresgruppe Mitte. Die Fronde um Tresckow plante ein Attentat bei Hitlers Besuch in Smolensk, wobei sich V. wiederum beteiligen wollte. Da Hitler am 13.3.1943 ohne Himmler kam, verbot Generalfeldmarschall Günther von Kluge das Attentat aus Angst vor einem Bürgerkrieg. Beim Abflug konnte Tresckow jedoch einen Sprengsatz in Hitlers Flugzeug lancieren, der aber nicht explodierte.

Während danach die Berliner Gruppen den Widerstand planten, verschärften sich die Angriffe der russischen Truppen. „Ich denke über alles sehr, sehr ernst […]. Vor allem ist es wichtig, daß wir unseren Glauben noch viel mehr als bisher pflegen und ihn auf unsere Kinder übertragen." (Ebenso, 7.2.1944) Angesichts der Luftangriffe in der Heimat hatte V. „das Gefühl,

daß Gott der Herr durch diesen Krieg erst zur richtigen Nächstenliebe erziehen will. [...] Wir verdienen es nicht, am Ende unserer Tage Gottes Gnade zu empfangen, wenn wir nicht während unseres Lebens angesichts dieser furchtbaren Zerstörungen und Vernichtung unseren Mitmenschen in ihrem unendlichen Leid geholfen haben." (Ebenso, 9.2.1944)

Ende Februar 1944 versuchte er erneut, Kluge in der Nähe von Wien für den Widerstand zu gewinnen. Da er keinen Erfolg hatte, berichtete er erstmals seiner Frau, dass er an Umsturzvorbereitungen beteiligt war.

Diese führten zum Staatsstreich vom 20.7.1944, während ab Juni die russischen Angriffe den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte bewirkten. „Ich habe in der letzten Zeit so erschütternde Dinge erlebt, daß ich gar nicht mehr recht fröhlich sein kann," schrieb der für seinen Humor bekannte V. am 13.7.; „die Sorgen um das Vaterland nehmen von Tag zu Tag zu" (ebenso, 14.7.1944). „Die Zerstörung Europas nimmt in diesem Jahr noch grausige Formen an", prognostizierte er drei Tage vor dem 20.7., an dem er als Mitwisser beteiligt war. Nach dem Fehlschlag konnte er wegen der Zensur kaum über seine Ängste vor der Entdeckung schreiben, vermittelte aber seiner Frau den Eindruck, dass „wir uns an die große Spannung und an die zahlreichen Sorgen hier durchaus gewöhnt" haben. „Ich stehe in Gottes Hand, es kann mir nichts geschehen, was Er nicht hat ersehen und was mir selig ist." (Ebenso, 27.7.1944) Aber er rechnete mit seiner Verhaftung.

Als er am 1.10. Urlaub bekam, war er durch die Strapazen und die Verhaftungen der Freunde gekennzeichnet und verzweifelt. Er meinte, „[d]ie Apokalypse, ein Strafgericht Gottes werde über die Deutschen kommen" (Ursula Schulz von Heinersdorf, zitiert nach R. v. Voss, 20. Juli, S. 203). Dass die angekündigte Versetzung in den Westen rückgängig gemacht wurde, deutete er als Zeichen seiner bevorstehenden Verhaftung. Um unter der Folter keine Mitverschworenen zu verraten, nahm er sich am Abend des 8.11.1944 in Heinersdorf östlich von Berlin, wo seine Familie seit 1941 im Hause von Verwandten Schutz vor den Berliner Bombennächten gefunden hatte, das Leben.

Quellen: H.-A. v. Voss: Briefe an seine Frau (Familienbesitz); BA-ZNS Aachen-Kornelimünster, Personal-Akte Voß.
Literatur: R. v. Voss: Der 20. Juli 1944; G. Ringshausen: Voß.
Foto: G. Ringshausen: Voß, S. 360.

G. Ringshausen

Weisenstein, Moritz

** 1.1.1876 Wien, † 7.10.1944 Barackenlager Köln-Müngersdorf.*
Verh. mit Elisabeth, sechs Kinder.
14.8.1898 Taufe in der Hamburger Jerusalemkirche; Ausbildung zum Diakon; Herbergsvater in Schlesien und Westpreußen; 1925–1935 Missionsarbeiter des Westdeutschen Vereins für Israel; 1935 Auflösung des Vereins und Entlassung von Moritz Weisenstein; ab 1939 Vertrauensmann für das „Büro Pfarrer Grüber" in Köln.

Für den 1844 gegründeten „Westdeutschen Verein für Israel" war W. der Inbegriff eines Missionars, der aufgrund seines gelebten Glaubens und seiner Lebensgeschichte überzeugte. Sein Lebenswerk sah er in der Bekehrung seiner jüdischen Brüder und Schwestern.

Der Sohn jüdischer Handelsleute ging nach seiner Schulzeit auf eine Weltreise, nach der er sich auf der Rückreise in Hamburg im Missionshaus der Jerusalemgemeinde taufen ließ. In den nächsten Jahren folgte die Ausbildung zum Diakon im schlesischen Brüderhaus Zoan, anschließend die Arbeit als Stadtmissionar sowie als Herbergsvater in Schlesien und Westpreußen, bis er schließlich 1925 als Judenmissionar in den Dienst des „Westdeutschen Vereins für Israel" trat. Das Haus in Köln, Moltkestrasse 80 – zugleich die Wohnung der Familie und die Vereinszentrale – bot satzungsgemäß Juden, die durch ihren Konversionswunsch in finanzielle Bedrängnis gerieten, kostenlos Obdach. Diese Funktion erfüllte das Haus auch in den dreißiger Jahren mit anderen Vorzeichen.

Obwohl die Judenmission bis 1935 offiziell nicht verboten war, häuften sich für W. ab 1933 die Schwierigkeiten und Behinderungen in seiner Tätigkeit. Im August 1933 erhielt er in Lemgo für einen Missionsgottesdienst Predigtverbot. Die Kollekte wurde ihm dennoch ausgehändigt. Aufgeschreckt durch diese Maßnahme blieben weitere Einladungen aus, und somit fehlten auch die Einnahmen für den Verein.

Im April 1935, noch vor der Bekanntgabe der Nürnberger Gesetze, wurde der „Westdeutsche Verein für Israel" von der Gestapo aufgelöst. Im September folgte die Entlassung von W. durch den Vorsitzenden des Vereins. Laut Gestapo machte sich jetzt jeder strafbar, der weiterhin den aufgelösten Verein unterstützte oder als Mitglied beteiligt war. Obwohl das Evan-



gelische Konsistorium diese Verfügung in vollem Wortlaut den Gemeinden mitgeteilt hatte, fanden sich unerschrockene Kölner Unternehmer, die W. jahrelang weiterhin mit bedeutenden Summen unterstützten.

Nachdem der Versuch, in den Betheler Anstalten einen Posten zu finden, gescheitert war, engagierte sich W. als Vertrauensmann des Büros Grüber für seine Leidensgenossen und stellte damit das Haus Moltkestraße, das er noch weiter bewohnen konnte, als Anlaufstelle zur Verfügung.

Seine Kinder konnten in den folgenden Jahren in das benachbarte Ausland fliehen. Er selber lehnte dies ab. Seine Aufgabe sah er trotz zunehmender Verfolgung und Diskriminierung in Köln in der Betreuung der Nichtarier.

Im Rahmen der sog. Septemberaktion 1944, als alle im Rheinland noch lebenden „Volljuden" und „Mischlinge" in verschiedenen Sammelstellen interniert wurden, um anschließend in Arbeitslager im ganzen Reich deportiert zu werden, wurde auch W. mit seiner nichtjüdischen Ehefrau verhaftet. Elisabeth Weisenstein konnte zwar nach einigen Tagen das Lager wieder verlassen, doch W., schon länger schwer herzkrank, verstarb dort am 7.10.1944 im Alter von 68 Jahren.

Literatur: H. Ludwig: Zivilcourage, S. 43–46; S. Lekebusch: Not und Verfolgung, S. 56–58; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 293–296.

Foto: E. Röhm/J. Thierfelder: Juden – Christen – Deutsche, Bd. 1, S. 295.

S. Lekebusch

Weissler, Friedrich, Dr. jur.

** 28.4.1891 Königshütte/Oberschlesien; † 19.2.1937 KZ Sachsenhausen.*

Verh. mit Johanna, geb. Schäfer, zwei Söhne.

Jurastudium Universität Halle; 1914 Promotion Halle; Kriegsdienst; 1925 Amts- und Landgerichtsrat Halle; 1932 Landgerichtsdirektor Magdeburg; 21.7.1933 Entlassung aus dem Justizdienst; seit November 1934 Mitarbeiter, später Chef der Kanzlei der Vorläufigen Kirchenleitung der DEK Berlin.

W. wurde als Kind jüdischer Eltern geboren. Der Vater, Justizrat Adolf Weissler, selbst Rechtsanwalt, ließ seine Kinder evangelisch taufen: ihnen sollte ein Richteramt in Preußen nicht verschlossen bleiben. Nach dem Jurastudium hat W. schon 1914 in Halle promovieren können. Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg schloss er seine juristische Ausbildung ab. Neben seiner Tätigkeit als Richter erarbeitete er, gemeinsam mit Reichsgerichtsrat Hoeniger, einen maßgeblichen Kommentar zur Grundbuchordnung. Als er, inzwischen Vorsitzender eines Strafrechtssenats am Landgericht Magdeburg, im März 1933 einem Zeugen, der dreist in SA-Uniform auftrat, die übliche Ordnungsstrafe auferlegte, wurde gegen ihn als jüdischen Richter eine Kampagne organisiert. Als Kriegsteilnehmer hätte er trotz seiner jüdischen Herkunft im Dienst belassen werden können; seine Beschwerden gegen die Entlassung blieben erfolglos. Schon unmittelbar während dieser Ereignisse schrieb er an den Vorsitzenden des Halleschen Richtervereins: „Nicht mein persönliches Schicksal ist es, was mich bekümmert, sondern die Sorge um das deutsche Rechtsleben und damit die Grundlage des deutschen Staatswesens. [...] Nach dem heute veröffentlichten Entwurf wird die Unabhängigkeit [scil. der Gerichte] bis auf weiteres überhaupt aufhören. Ist denn an maßgeblicher Stelle keiner, der auf die ungeheuren Gefahren, ja auf die

Kulturwidrigkeit eines solchen Vorgehens hinweist?“ (Zitiert nach D. Miosge: Weissler, S. 49)

Nach dem Umzug nach Berlin trat er in den Dienst der Vorläufigen Kirchenleitung der DEK – zunächst als Mitarbeiter, dann als Leiter ihrer Verwaltungsbehörde. In dieser Eigenschaft war er aktiv an der Erarbeitung der „Denkschrift der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche“ beteiligt, die nach schwierigen Kommissionssitzungen im Mai 1936 in der Reichskanzlei überreicht wurde in der Hoffnung, dass Hitler sie persönlich zur Kenntnis nehmen werde. Diese schärfste Protestschrift der Bekennenden Kirche enthielt nicht nur Vorwürfe gegen die Übergriffe des Staates im Bereich der Kirche und gegen die Verbreitung des Neuheidentums, sondern benannte auch die Rechtsbrüche, den Skandal der Konzentrationslager und die bürgerliche Diskriminierung der Juden. Als der Text am 23.7.1936 im Ausland („Basler Nachrichten“) veröffentlicht wurde, wurde W. auch von der Kirchenleitung als Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen. Der Vorgang konnte nach damaligem Recht als Landesverrat gewertet und bestraft werden. W. verteidigte sich gegen diese Vorwürfe. Trotzdem war mit diesem Vorgang in der Kirchenleitung das Vertrauen zu ihm als Letztverantwortlichem gestört. „Seine Kirche stand ihm in der äußersten Gefährdung nicht so bei, wie sie es hätte tun müssen. Weil man in der vermeintlichen Weitergabe der Denkschrift […] einen ‚Vertrauensbruch‘ sah, hielt man ihm nicht die Treue.“ (Manuskript Wolfgang Huber) Man erwartete die Klärung auf gerichtlichem Wege. Am 7.10.1936 von der Gestapo verhaftet, war W. bis zum Februar 1937 in Untersuchungshaft. Die Überstellung in das KZ Sachsenhausen am 13.2.1937 wertete er als Beleg für seine Unschuld. Stattdessen wurde er dort von den SS-Leuten gequält, gefoltert und zu Tode getrampelt. Die Behauptung, dass er Suizid begangen haben, konnte durch die von der Familie beantragte Obduktion widerlegt werden. Der verantwortliche SS-Offizier wurde daraufhin aus dem Dienst entlassen. Die Beisetzung W.s war unter strenger SS-Bewachung durch Pfarrer Hans Asmussen gehalten worden.

W. war ein zutiefst frommer und rechtlich denkender Mensch. Verheiratet mit Johanna, geb. Schäfer, der Tochter eines Pfarrers, hat er das Handeln der BK-Kirchenleitung streng an den Grundsätzen des Bekenntnisses normiert sehen wollen. Aus den Tagen



der Untersuchungshaft sind bewegende Zeugnisse seines Glaubens erhalten. An seine Frau schrieb er: „Arme Frau, arme Mutter, arme Kinder, Gott wird euch trösten, ich kann es nicht. Lest Psalm 27. Ich habe wunderbare Ruhe und Kraft geschenkt bekommen. Denn ich weiß, dass der Herr auch dort täglich helfen wird, wie er es bisher so wunderbar getan hat. […] Ich weiß euch alle in bester Hut. […] Und Gott ist uns näher, als wenn es uns gut geht.“ (M. Greschat: Weißler [1997], S. 275)

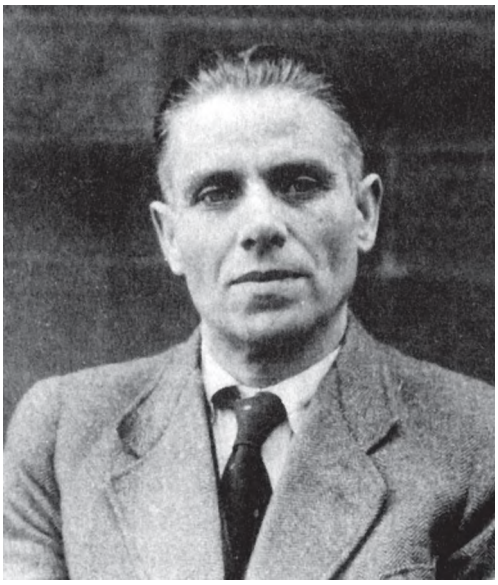
Auf dem Gelände des KZ Sachsenhausen ist am 19. Februar 2005 eine Gedenkstele errichtet worden. Bei deren Einweihung erklärte der Ratsvorsitzende der EKD Bischof Wolfgang Huber: „Die Evangelische Kirche in Deutschland gedenkt Friedrich Weisslers in Scham und Dankbarkeit.“

Quellen: Gedächtnisrede Wolfgang Huber (Manuskript); Privatarchiv Dipl.-Ing. Johannes Weissler; Bundesarchiv und Gedenkstätte Deutscher Widerstand: s. Germann, S. 71.

Literatur: M. Germann: Weißler (Lit.!); M. Greschat: Weißler (1998); Ders.: Widerspruch; D. Miosge: Weissler, S. 43–51 (Lit.!).

Foto: GDW.

H. Schultze





Will, Balthasar *Heinrich*

* *27.8.1895 Treis an der Lumda (Hessen),* † *19.2.1943 Frankfurt-Preungesheim.*

Verh. mit Elisabeth Henriette, geb. Klein, ohne Kinder.

1914–1920 Kriegsdienst und Lazarettaufenthalt; 1920–1927 Studium der Malerei in Frankfurt a. M., Düsseldorf und Wien; ab 1927 Kunstmaler in Gießen.

Will, *Elisabeth* (Liesl) Henriette, geb. Klein

* *2.11.1901 Wien,* † *vermutlich Dezember 1942 KZ Auschwitz.*

Verh. mit Heinrich Will, ohne Kinder.

1920–1925 Studium der Fächer Deutsche Philologie, Englische Philologie, Musikgeschichte, Philosophie und Pädagogik in Wien; 1926–1930 Musikerzieherin in Wien; ab 1930 Hausfrau in Gießen.

Heinrich W. wuchs zusammen mit fünf Geschwistern auf dem Bauernhof seiner Eltern in Treis auf. Im Ersten Weltkrieg erlitt er 1918 eine schwere Gasvergiftung, weshalb er erst 1920 aus dem Lazarett in sein Elternhaus zurückkehren konnte. Schwere körperliche Arbeit in der Landwirtschaft war ihm untersagt. Mit finanzieller Unterstützung durch seinen Vater nahm er ein Studium der figürlichen Malerei an der Städelschule in Frankfurt a. M. auf. Von dort wechselte er an die Kunstakademien in Düsseldorf und Wien, wo er seine spätere Ehefrau Elisabeth kennenlernte. Nach dem Abschluss des Studiums und einer Studienreise durch Italien ließ er sich Ende 1927 als Maler in Gießen nieder. Er erhielt hauptsächlich Aufträge für Porträts. Daneben galt sein künstlerisches Interesse vornehmlich der Landschaftsmalerei.

Elisabeth W., die Tochter einer Konzertpianistin und eines Ingenieurs, wuchs mit ihren beiden Geschwistern überwiegend in Wien auf, wo die Familie eine Maschinenbaufabrik besaß. Ihre in Berlin aufgewachsene Mutter und ihr aus Temeswar stammender Vater gehörten der jüdischen Gemeinde an. Im Anschluss an ihr geisteswissenschaftliches Studium arbeitete sie als Musikerzieherin in mehreren Wiener Kindergärten. Sie wandte sich während ihres Studiums dem Christentum zu und ließ sich schließlich als einziges Mitglied ihrer Familie evangelisch taufen.

Heinrich und Elisabeth W. heirateten 1930 in Wien und lebten dann in Gießen. Heinrich W. beteiligte sich an Kunstausstellungen in Gießen, Frankfurt und Darmstadt und wurde über Gießen hinaus bekannt. Am 26.7.1933 wurde er zum Bezirksleiter des Reichskartells der bildenden Künste für den Bezirk Oberhessen ernannt, dem etwa 15 Künstler angehörten.

Außerdem engagierte er sich im Kampfbund für deutsche Kultur, in den er am 1.4.1933 eingetreten war. Sowohl in künstlerischer als auch in politischer Hinsicht stand er jedoch dem Nationalsozialismus distanziert gegenüber. 1934 wurde der Vorwurf der Heimtücke gegen ihn erhoben, weil er das Regime offen kritisiert hatte. Ein juristisches Verfahren wurde zwar wieder eingestellt, doch mahnten ihn seine Freunde zu größerer Vorsicht. Einige Bekannte wandten sich von ihm ab. Im Mai 1936 wurde er aus der Reichskammer der bildenden Künste ausgeschlossen, weil er sich nicht von seiner Frau scheiden lassen wollte, die nach den nationalsozialistischen Rassekategorien als „nicht arisch" galt. Vom folgenden Jahr an konnte er seine Bilder nicht mehr auf öffentlichen Ausstellungen zeigen und daher nur noch an Freunde und Verwandte verkaufen. Für den Lebensunterhalt waren er und seine Frau trotz zusätzlicher Einnahmen aus der Untervermietung seines Ateliers auf Unterstützung durch Verwandte angewiesen.

Bei einem Besuch in Wien nach dem sog. Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 geriet Elisabeth W. in große Sorge angesichts der Diskriminierung und Verfolgung, unter der ihre Angehörigen dort litten. Sie bat ihren in Gießen gebliebenen Mann, mit ihr zusammen nach Skandinavien auszuwandern. Da er jedoch aus Heimatverbundenheit und in der Annahme, sie vor Verfolgung schützen zu können, in Deutschland bleiben wollte, kehrte sie zu ihm nach Gießen zurück. Am gesellschaftlichen Leben dort nahmen beide in den folgenden Jahren nur noch sehr eingeschränkt teil, doch pflegten sie ihre privaten Kontakte zu Menschen, die das NS-Regime ablehnten.

Vom Frühjahr 1941 an gehörten beide dem sog. Freitagskränzchen an, das sich in der Wohnung des Gießener Orientforschers Alfred Kaufmann traf, um ausländische Rundfunksendungen zu hören und über politische Themen zu diskutieren. Der Gesprächskreis bestand aus etwa einem Dutzend christlich geprägten Frauen und Männern unterschiedlicher Konfession, die sich größtenteils schon seit Jahren kannten. Ende 1941 ließ sich eine Gestapo-Agentin, die mit einem Bekannten von Kaufmann verheiratet war, zu den Zusammenkünften einladen und denunzierte die Beteiligten. Bei einem Treffen in Kaufmanns Wohnung am Abend des 6.2.1942 wurden Heinrich und Elisabeth W. zusammen mit Kaufmann und den übrigen Gästen von der Gestapo verhaftet und am folgenden Tag nach Darmstadt ins Gefängnis verbracht. Einige weitere Angehörige des Kreises, die der Versammlung am 6.2. ferngeblieben waren, wurden in den folgenden Tagen ebenfalls verhaftet.

Infolge der brutalen Strategie der Verhöre, bei denen u. a. mit gefälschten Aussageprotokollen Druck ausgeübt wurde, belastete sich Heinrich W. durch seine Aussagen schwer. Am 21.7.1942 wurden er und Kaufmann vom Volksgerichtshof in einem Schauprozess in Darmstadt wegen landesverräterischer Feindbegünstigung und Rundfunkverbrechen zum Tode verurteilt, Elisabeth W. wegen Rundfunkverbrechen zu sechs Jahren Zuchthaus. Sogleich versuchte Elisabeth W., eine formale Auflösung ihrer Ehe einzuleiten, damit ihr Mann nicht mehr als „jüdisch Versippter" galt. Auf diese Weise hoffte sie, eine Abmilderung seiner Strafe in einem Begnadigungsverfahren zu begünstigen. In zwei Kassibern, die sie ihm im Darmstädter Gefängnis zukommen lassen konnte, versicherte sie ihn ihrer ungebrochenen Liebe. Am 12.8.1942 schrieb sie zuversichtlich: „Der liebe Gott läßt jedes Jahr von neuem Blumen blühen u[nd] Früchte reifen u[nd] wir werden uns mit seiner Hilfe noch an allem freuen dürfen! […] Laß uns den lieben Gott bitten, daß es sich nunmehr zum Guten wendet!" (Zitiert nach H. Adamo: Tochter, S. 137) Am 14.8.1942 wurde sie in das Frauenzuchthaus Ziegenhain verlegt. Ihre beiden Briefe wurden später bei ihrem Mann entdeckt, woraufhin sie zusätzlich mit schwerem Arrest bestraft wurde. Am 7.12.1942 wurde sie aus Ziegenhain zum KZ Auschwitz abtransportiert, wo sie vermutlich sofort vergast wurde.

Heinrich W., der von dem Gefängnispfarrer im Darmstädter Gefängnis noch Papier und Stifte erhalten konnte, mit denen er sein letztes Selbstporträt zeichnete, wurde am 11.9.1942 zusammen mit Kaufmann in das Gefängnis Frankfurt-Preungesheim eingeliefert. Nachdem insgesamt zehn Gnadengesuche für ihn abgewiesen worden waren, wurde er dort am 19.2.1943 durch das Fallbeil hingerichtet. Im Abschiedsbrief an seine Angehörigen schrieb er: „Der Tod gehört zum Leben und ist erst der Beginn des wahren ewigen Lebens. […] Jeglichen Schrecken hat der Tod für mich verloren. Ich hatte Zeit, mich vorzubereiten. Im festen Glauben als guter Christ sehe ich ihm furchtlos ins Auge. […] Auf Wiedersehen im

ewigen Leben." (Abschrift des Briefs vom 19.2.1943, Stadtarchiv Staufenberg, Bestand 05, A 110) Seine Hinrichtung wurde in Gießen auf roten Plakaten und bei Propagandaveranstaltungen in Schulen und Betrieben bekannt gegeben.

Quellen: Stadtarchiv Staufenberg, Bestand 05, A 110: Heinrich Will.

Literatur: H. Adamo: Tochter (Lit.!); H. Adamo/G. Rehnelt: Vergangenheit; H. Brüchert-Schunk: Beispiele; B. Gentges u. a.: Heinrich Will (Lit.!); J.-P. Jatho: Freitagskränzchen.

Fotos: Stadtarchiv Staufenberg.

A. Kurschat

Winter, Annemarie

15.3.1912 Wanne-Eickel (heute Herne), † 7.9.1945 Kopejsk/Westsibirien.

Ledig, ohne Kinder.

1931–1935 Theologiestudium in Bethel, Berlin und Erlangen, dort 1. Examen; 1935–1937 Gesangstudium (Sopran) in Nürnberg und Berlin mit Bühnenprüfung; 1937–1939 Vikariat in Stettin, dort 2. Examen; 1939 Reisesekretärin bei der Frauenhilfe; 1939–1942 Vikarin in Glowitz; 1942–1945 Pfarrvikarin in Sageritz und Dammen, Kreis Stolp.

Als älteste Tochter eines lutherisch bestimmten Theologen wuchs W. in Wanne-Eickel und Soest mit fünf Geschwistern auf. Das Elternhaus war deutsch-national eingestellt, wie es dem Trend in der Kirche entsprach.

Unter dem Einfluss kirchlicher Jugendarbeit und des Predigerseminars Soest, in dem der Vater bis 1936 als Direktor wirkte, begann sie nach dem Abitur 1931 das Theologiestudium in Bethel. Zunächst sympathisierte sie mit dem nationalsozialistischen System, lehnte es dann aber wegen der sichtbar werdenden antichristlichen Weltanschauung ab. Sie schwankte zwischen den kirchenpolitischen Fronten der Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche und suchte nach einem unabhängigen Weg. Nach dem Ersten Theologischen Examen brach sie die Brücken zur Theologie ab, da eine zerstrittene Kirche und deren unklare Haltung zum Amt der Theologin ihr keinen Mut zur kirchlichen Arbeit machten.

Sie studierte Gesang als Sopranistin von 1935 bis 1937 in Nürnberg und Berlin. Das geistliche und menschliche Ringen während des Singens beschrieb sie so: „Der Tag ist ein Kampf zwischen Oberfläche und Tiefe … Heute lebe ich oberflächlich, billigen Phantasien hingegeben, und dafür konnte ich abends nicht darstellen. Denn auch zur Kunst gehört die Wahrhaftigkeit echter Tiefe. Ich aber sang Phrase und spielte Gesten … Herr, mein Gott, befreie mich von meiner Oberfläche" (Tagebuch). Nach bestandener Bühnenprüfung fand sie keine Anstellung, die ihr zusagte.



Daraufhin entschloss sie sich, in den kirchlichen Dienst nach Pommern zu gehen, wohin ihre Eltern gegangen waren. „Ich weiß jetzt genau, wohin ich gehöre. Man muss einmal die Heimat verlassen haben, um sie ganz zu besitzen" (Brief an die Eltern vom 16.9.1937). Als Lehrvikarin kam sie in Stettin zur Pommerschen Frauenhilfe, beteiligte sich an Singerüsten und war Reisesekretärin in Ostpommern. Dann wurde sie im Konsistorium eingesetzt.

Sie studierte weiter Luthers Schriften und lernte auch pietistische Frömmigkeitsformen kennen. Sie bedauerte, „dass wir in der Kirche so gar keine Beweise des Geistes und der Kraft mehr von Jesus Christus erwarten. Wir verkündigen das Wort, ja! Aber wir trauen dem Wort nicht mehr, dass die Wirklichkeit aller Wirklichkeiten dieser Welt gegenüber Macht haben

kann. Von dem Fanatismus dieser Welt lassen wir uns alle ins Boxhorn jagen … Je mehr ich in die unerbittliche Klarheit der Bibel eindringe, wird mir die Sache der DC fade und abgestanden." (Brief an die Eltern vom 30.10.1937) Immer deutlicher wurde ihr der kirchenfeindliche und inhumane Charakter des Regimes.

Als mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges die Einziehung zu Arbeitseinsätzen drohte, wurde sie als Vikarin in den Gemeindedienst übernommen. In Glowitz, Kreis Stolp, sammelte sie Jugend- und Frauenkreise, wirkte als Organistin und Chorleiterin und durfte auch in Vertretung predigen. 1941 verlobte sie sich mit dem Theologen Heinz Juhnke, mit dem sie sich freilich nur für wenige Monate treffen konnte, bis er Soldat wurde und in Russland fiel. Das traf sie tief.

Aufgrund des kriegsbedingten Pfarrermangels konnte sie im Kreis Stolp die Pfarrämter Sageritz seit 1942 und dazu Dammen ab 1943 versehen. Superintendent Gehrke segnete sie ein, weil eine Ordination nicht möglich war. 1944 überlegte sie, ob sie wegen des drohenden Kriegsendes zu ihren Eltern nach Vorpommern umziehen sollte, entschloss sich aber dann, bei ihren Gemeinden zu bleiben. Im letzten Brief an die Eltern steht: „… was meine Bauern aushalten müssen, will ich teilen" (Brief an die Eltern vom 20.2.1945). Das nahe Kriegsende sah sie als drohendes Gericht Gottes über Volk und Kirche: „Immer wieder erschauert das Herz vor dem unerbittlichen Ernst der Gerichte Gottes. Und doch ernten wir ja nur, was wir gesät haben. Möge Gott uns beistehen und der Heiland uns hindurchtragen, wenn nun das Schlimmste kommt … Möge sein Reich bald hereinbrechen." (Letzter Brief, an eine Freundin vom 24.2.1945)

Beim Einmarsch der sowjetischen Truppen am 8.3.1945 ging es so schrecklich zu, dass die Vikarin mit wenigen Frauen zu flüchten versuchte. Dabei wurden sie gefangen genommen und zur Zwangsarbeit nach Sibirien deportiert. Dort arbeitete sie zunächst im Braunkohletagebau, dann auf einer Kolchose. Trotz der Arbeit kümmerte sie sich um Schwerkranke, sorgte für eine gerechte Verteilung der geringen Lebensmittel, hielt Abendandachten und sonntags Gottesdienst. Schließlich erkrankte sie an Gelbsucht und Tuberkulose. Sie kam nach Kopejsk bei Tscheljabinsk in eine Krankenbaracke. Dort hielt sie trotz ihrer Schwäche noch am Sonntag vor ihrem Tode auf einem Hocker sitzend Gottesdienst. Am Sterbetag, dem 7.9.1945, sang sie mit gebrochener Stimme und ließ sich Luthers Lieblingspsalm 118 vorlesen. Wo sie begraben wurde, ist nicht bekannt. Eine Frau schrieb an die Eltern: „Ihr Fräulein Tochter wurde allgemein der gute Engel des Lagers genannt" (Brief vom 30.5.1947).

Quellen: Deutsches Rotes Kreuz: Suchdienst, Sterbenachricht vom 3.2.2003; Ehrhart, Hannelore, Sammlung von Unterlagen zu Annemarie Winter, in: AKET, S. 1–5; EZA Berlin, 7/1570, 7/1571, 7/16094, 7/1646, 7/6100, 50/562/231; Familienarchiv Friedrich Winter: 223 Briefe, Fotoalbum, Taufschein, Konfirmationsurkunde, Sterbeurkunde; Sammlung Kruckemeyer, Friedrich: Briefe an die Eltern, Tagebuchteile, Briefe und Bericht über Sibirien von Rosemarie Gerhard, Kondolenzschreiben an die Eltern (masch.), 1947.

Literatur: F. Winter: Weg; E. Kruckemeyer: Vikarin; B. Metz: Winter.

Foto: Privatbesitz.

F. *Winter*

Witzleben,
Job Wilhelm Georg *Erwin* von

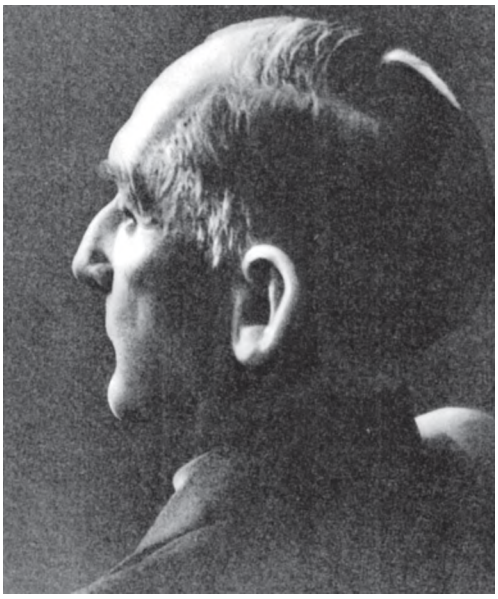
* *4.12.1881 Breslau,* † *8.08.1944 Berlin-Plötzensee.*

Verh. mit Ilse, geb. Kleeberg, zwei Kinder.

1901 Offizierslaufbahn in Liegnitz und Hirschberg; 1914–1918 Font- u. Generalstabsoffizier in Frankreich; 1919–1934 Generalstabsoffizier in Frankfurt/Oder, Dresden, Potsdam, Lübeck, Hannover; 1934–1938 Befehlshaber Wehrkreis III, Kommandeur des III. Armeekorps in Berlin; 1938 Oberbefehlshaber Gruppenkommando 2 in Frankfurt a. M.; 1939 Oberbefehlshaber 1. Armee im Westen; 1940 Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Heeresgruppe D im Westen; 1941–1942 Oberbefehlshaber West in Paris/St. Germain; 1942 Führerreserve in Berlin bzw. Seese (Lübbenau).

W. stammt aus dem thüringischen Schwertadel, einer alten Soldatenfamilie. Nach der Kadettenausbildung in Berlin-Lichterfelde wurde er Berufssoldat, nahm am Ersten Weltkrieg teil und wurde von der Reichswehr übernommen. Die Familie von Witzleben war eine volkskirchlich geprägte Familie, wobei sich vor allem Frau von Witzleben intensiv mit Glaubensfragen befasste. W. war Rechtsritter des evangelischen Johanniter-Ordens, der von seinen Mitgliedern eine bewusst christliche Lebenseinstellung, Einsatz für den Glauben und den Nächsten erwartet. Für W. war

der christliche Glaube eine Selbstverständlichkeit wie der Gottesdienstbesuch. „Ohne Gott ging es nicht." (H.-J. Ramm: Grundüberzeugungen, S. 115) Von dieser Grundhaltung her ist seine Einstellung zum Nationalsozialismus zu verstehen. W. „verabscheute den plumpen, halbgebildeten Hitler als Eindringling in eine Sphäre, für die ihm an Tradition und charakterlicher Haltung alles fehlte" (H. Schacht: Abrechnung, S. 79). Entschieden lehnte er die Anwendung des Ariererlasses und den Einfluss der Partei auf die Reichswehr ab. Vergeblich forderte er nach der Ermordung der Heeresgeneräle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow eine kriegsgerichtliche Untersuchung. Nach eigenem Bekunden meinte W. zwar, dass er von Politik nichts verstehe, „aber das brauche ich ja nicht, um zu wissen, was da zu machen ist" (R. Hildebrandt: Haushofer, S. 92). Seine Aufrichtigkeit, seine Geradlinigkeit, seine Ritterlichkeit und sein Blick für das Wesentliche ließen ihn zu einem der wenigen zuverlässigen höheren Offizieren werden, die bereit waren, ohne Rückversicherungen aktiv einen Staatsstreich vorzubereiten und zu tragen. W. war „von erfrischender Unkompliziertheit. Politische Finessen [...] lagen ihm nicht." Auch in seiner Widerstandshaltung ist W. nicht „schwankend geworden" (H. B. Gisevius: Ende, S. 360). Er wollte Hitlers kriminellen Kriegskurs nicht mitmachen und gehörte mit zu den führenden Köpfen des Staatsstreichversuchs vom September 1938. Auch nach dessen Scheitern suchte W. immer wieder nach Möglichkeiten, den Umsturz herbeizuführen. Darüber hinaus stellte er sich 1939 entschlossen vor General Theodor Groppe, der sich gegen den sog. „Fortpflanzungsbefehl" der SS gewandt hatte, und verbot kurzerhand in seinem Befehlsbereich die von Parteigruppierungen geforderten Ausschreitungen gegen jüdische Mitbürger. Auch der erfolgreiche Westfeldzug (1940) ließ W., inzwischen Oberbefehlshaber West, nicht wanken. In seinem in Paris stationierten Stab sammelte er eine Reihe von oppositionellen Offizieren. Bis 1942 teilte man hier noch die Ansicht, dass man die „Rückkehr zu legalen Zuständen nicht mit einem illegalen Schritt beginnen" (D. v. Schwerin: Köpfe, S. 232) dürfe. 1942 war W. aber damit einverstanden, dass ein Attentat auf Hitler anlässlich eines Parisbesuches erfolgen sollte. Zur Ausführung dieses Planes kam es jedoch nicht, weil W. erkrankte und verabschiedet wurde.



H. Oster und vor allem aber Ulrich-Wilhelm von Schwerin waren es, die den Kontakt mit W. und dem Widerstand aufrechterhielten. Trotz seines angegriffenen Gesundheitszustands ließ sich W. in die Staatsstreichvorbereitungen einbinden und war bereit, die Aufgaben eines OB der Wehrmacht zu übernehmen. Er war keineswegs mutlos, verbittert oder weltfremd, wie ihn die NS-Propaganda hinstellte. Vielmehr gehörte er „zu den Offizieren des Heeres mit hoher Intelligenz und Bildung. Diese Eigenschaften waren jedoch seinem Wesen entsprechend ganz unaufdringlich." (A. Leber: Gewissen [1954], S. 231) Bereits im September/Oktober 1943 unterzeichnete er den Befehl, der mit den Worten „Der Führer Adolf Hitler ist tot" (zitiert nach R. Pommerin: Witzleben, S. 341) begann. Am 20.7.1944 hat W. mit seinem Blick für das Wesentliche das Scheitern auch dieses Umsturzversuches erkannt und Claus von Stauffenberg mit „Schöne Schweinerei das" begrüßt (H. B. Gisevius: Ende, S. 538). Gegen Mitternacht in seinen Wohnort Seese zurückgekehrt, sagte er nur noch: „Betet, daß es Beck noch schafft" (H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 146). Am 21.7. verhaftet, formulierte er bei den Verhören durch die Gestapo knapp, dass in der neuen Regierung das „Christentum stärker in den

Vordergrund“ gestellt werden sollte (H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 167 f.). Vor Roland Freislers Tribunal blieb W. seinem Richter trotz physischer und psychischer Belastung nichts schuldig. Kurz nach der Urteilsverkündung am 8.8.1944 wurde W. mit den anderen Verurteilten am Fleischerhaken in Plötzensee stranguliert. Der Gefängnisgeistliche konnte nur Erwin von Witzleben und Paul von Hase auf ihrem letzten Gang zum Hinrichtungsschuppen begleiten. „Witzleben zeigte“ dabei „die überlegene Haltung des vornehmen Herrn der alten Schule. […] Beide Männer waren tiefernst, ruhig und vollkommen gefasst. Sie gingen als überzeugte Christen in den Tod“ (V. v. Gostomski/W. Loch: Tod, S. 185).

Quellen: Gespräch des Verfassers mit der Tochter W.s am 29.8.1991.
Literatur: A. Leber: Gewissen (1984), S. 386–388; H. B. Gisevius: Ende; H. Schacht: Abrechnung; V. v. Gostomski/W. Loch: Tod; R. Hildebrandt: Haushofer; H.-J. Ramm: Christliche Grundüberzeugungen, S. 114–149 (Lit.!); R. Pommerin: Witzleben, S. 328–343; D. v. Schwerin: Köpfe.
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 387.

H.-J. Ramm



Wolff, Lilly

* *16.6.1896* (Berlin-)Niederschöneweide, † *September 1942 in Riga verschollen.*

Ledig, ohne Kinder.

1917 Reifeprüfung Oberlyzeum Flensburg; 7.3.1918 Lehramtsprüfung für Lyzeen und Mittelschulen; 1918/1919 Lehrerin an einer Privatschule in Storkow (Mark); 1919–1923 Privatmädchenschule in Heide (Schleswig-Holstein); 1923–1930 beauftragte Lehrkraft an der Höheren Mädchenschule in Heide; 25.3.1926 Lehrbefähigung zur endgültigen Anstellung in Heide; 1930–1933 Mädchen-Bürgerschule in Heide; 1.9.1933 aus rassischen Gründen zwangspensioniert; 1936–1939 Private jüdische Mädchenschule von Frau A. Pelteson in Berlin-Wilmersdorf; 1939–1942 Familienschule in Berlin.

Die Familie Wolff gehörte zum großbürgerlichen, assimilierten Judentum in Berlin. Aus gesundheitlichen Gründen übernahm Georg Wolff 1906 das Gut „Jägerslust“ bei Flensburg. Die Töchter, Susanne und Lilly, ließen sich taufen, während der Sohn, Alexander, das ablehnte. Nach dem Tod des Vaters 1917 führte Alexander die Landwirtschaft weiter. Ab 1934 wurden hier junge Juden für die Auswanderung nach Palästina umgeschult. In der Pogromnacht 1938 zerstörten SA-Horden das Gut. Alexander konnte nach Dänemark fliehen und dann in die USA emigrieren. Seine Mutter Katharina und seine Frau Irma bezogen ein Notquartier. Das Gut wurde „arisiert“.

W. war im Kollegenkreis und unter den Schülern außerordentlich beliebt. Nach ihrer Zwangspensionierung lebte sie bei der Mutter auf dem Gut. Sie gab Nachhilfeunterricht in Englisch und Französisch. Die NSDAP veranlasste, dass ihr das als „Jüdin“ verboten wurde. Im Juni 1936 zog sie zu Verwandten nach Berlin, um an einer jüdischen Schule wieder unterrichten zu können. Von Oktober 1939 bis Juni 1942 war sie Lehrerin an der „Familienschule“ in Berlin, Oranienburger Straße 20. Diese war dem „Büro Pfarrer Grüber“ angeschlossen, bestand aber über dessen Schließung hinaus. In ihr wurden zeitweise 100 evangelische und katholische rassisch verfolgte Kinder unterrichtet, die seit November 1938 keine öffentliche Schule mehr besuchen durften. W. unterrichtete Geschichte und Englisch. Die Schülerin Ingeborg Puls notierte im Februar 1941 in ihr Tagebuch: „Frl. Wolff, die einstmals gefürchtete, ist unsere Klassenlehrerin [1940/41]

und schrecklich nett.“ Für ihren Geburtstag am 16.6. verfassten die Schülerinnen ein Gedicht und sprachen es auf eine Schallplatte. Auch nach dem Abgang von der Familienschule blieb Puls mit W. in brieflicher Verbindung. Das sind Belege für ein herzliches Verhältnis zwischen Lehrerin und Schülerinnen.

Im Oktober 1941 wurde die Familienschule durch Adolf Eichmann geschlossen. Für 98 Schüler und Schülerinnen wurden zwei Sonderklassen in der Ersten Jüdischen Volksschule, Kaiserstraße 29/30, eingerichtet. Margarete Draeger und W. waren die einzigen Lehrerinnen, die die Genehmigung erhielten, dort weiter zu unterrichten. Am 30.6.1942 wurde der gesamte Schulbetrieb für Juden eingestellt. W. arbeitete danach noch mit einigen Schülern auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee.

W. lehnte es ab, unterzutauchen, weil sie nicht mit falschem Pass leben könne. Beim Abschied gab sie Vikarin Klara Hunsche ein Blatt, auf das sie den Vers aus der Johannes-Apokalypse 3,10 geschrieben hatte: „Weil du bewahrt hast das Wort von meiner Geduld, will auch ich dich bewahren vor der Stunde der Versuchung, die kommen wird über den ganzen Weltkreis.“ Am 5.9.1942 wurde W. mit dem 19. Osttransport nach Riga deportiert und gilt seither als verschollen.

Quellen: LASH Schleswig: Aufsichtsakten des Regierungspräsidenten zu Schleswig über die Volks- und Mittelschulen in Heide (Abt. 309 Nr. 30970-30972); Stadtarchiv Heide: Akte Nr. 982 (L. Wolff); Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Berlin: Unterlagen für L. Wolff von 1930; BLha Potsdam Rep. 36 A (II): Karteikarte über die Deportation, 1937/38; LABO Berlin: Entschädigungsakte 359773; Ingeborg Lichtenfels (geb. Puls): Abschriften aus dem Tagebuch 1940/41.

Literatur: B. Philipsen: Brücke; K. Hunsche: Familienschule; E. Röhm/J. Thierfelder: Juden, Bd. 4/1, S. 218–220, 223 f., 230 f.

Foto (Ausschnitt): Privatbesitz Bernd Philipsen.

H. Ludwig



Wolfmeyer, Leonhard

* *24.1.1903 Blaufelden/Württemberg,* † *10.4.1945 Brettheim/Württemberg.*

Verh., fünf Kinder.

Seit 1940 Hauptlehrer in Brettheim; seit 1933 Mitglied der NSDAP; 1937 Kreisredner und seit 1942 Kreisschulungsleiter; 1937–1940 NSV-Zellenleiter; seit 1937 Abschnittsleiter NS-Lehrerbund.

W. kam im Jahre 1940 als Hauptlehrer und Ortsgruppenleiter nach Brettheim, um dort für Frieden zwischen der NSDAP, der Gemeinde und der Kirchengemeinde zu sorgen. Mit dem Heranrücken der Amerikaner 1945 und der wachsenden Angst, Brettheim könnte noch in kriegerische Handlungen verwickelt werden, hatte W., der auch Führer des Brettheimer Volkssturms war, Mühe, die Einwohner von der Notwendigkeit eines letzten Einsatzes für den Endsieg zu überzeugen.

Als er am 7.4. erfuhr, dass in Brettheim Hitler-Jungen, die mit Panzerfäusten feindliche Angriffe abwehren sollten, entwaffnet und verjagt sowie deren Waffen im Teich versenkt worden waren, reagierte er bestürzt. Dem informierenden Unteroffizier, der die Angelegenheit bereits an die Kreisleitung nach Rothenburg gemeldet hatte, versicherte er, alles tun zu wollen, um die Waffen wieder zu beschaffen und die Täter zu finden. Beim späteren Verhör durch Sturmbannführer Friedrich Gottschalk versuchten jedoch sowohl Bürgermeister Gackstatter als auch W. jeden einzelnen der Befragten als Täter auszuschließen. Nachdem der Bauer Hanselmann gestanden hatte, an der Tat beteiligt gewesen zu sein, berief Gottschalk

ein Standgericht ein. Der Sturnbannführer und sein erster Beisitzer, ein Major, verurteilten Hanselmann zum Tode. W. lehnte als zweiter Beisitzer die Unterzeichnung des Urteils mit den Worten ab: „Ich weiß, was auf dem Spiele steht. Dennoch werde ich meine Hand nicht dazu hergeben, dass ein solch fleißiger und anständiger Bürger einen derartigen Tod findet“ (H. Schultheiss: Tragödie, S. 31). Auch Gackstatter weigerte sich, das Urteil zu unterschreiben.

Am nächsten Tag besuchte W. seine schwangere Frau im Krankenhaus. Als er dort von einem Leutnant der SS-Feldgendarmerie mit Haftbefehl abgeholt wurde, hielt er in der Hand eine Bibel, aus der er seiner Frau vorgelesen hatte. Gemeinsam mit Gackstatter wurde er in das Gefängnis von Rothenburg o. d. Tauber gebracht. Nach einer quälenden Nacht schrieb er seiner Frau: „Ich denke an das Lied: „Wenn der Herr einst die Gefangenen Ihrer Bande ledig macht O dann schwinden die vergangenen Stunden wie ein Traum der Nacht. Dann wird unser Herz sich freun, unser Mund voll Lachens sein. Jauchzend werden wir erheben den, der Freiheit uns gegeben“. Dass sich ihm angesichts seiner Situation dieses Lied aufdrängte, eine Anlehnung an Psalm 126 („Wenn der Herr die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden […]“), dokumentiert eine verbliebene christliche Bindung, die er sich trotz seines Einsatzes für die NSDAP bewahrt hatte. Davon zeugt auch, dass er sich im Pfarramt zwar einmal nach den Modalitäten eines Kirchenaustritts erkundigt, ihn aber nie vollzogen hatte, vielleicht auch mit Rücksicht auf seine Mutter, eine sehr fromme Frau. Im gleichen Brief erinnerte er sich nochmals an die Geburt seiner Kinder und legte seiner Frau nahe, sie als die „gütigsten Geschenke uns. Herrgotts“ zu betrachten (Die Männer von Brettheim, S. 45).

Auf Befehl von SS-General Max Simon hatte Korpsrichter Dr. Thum am Nachmittag des 10.4. ein weiteres Standgericht zusammengestellt. Zum Leiter der Verhandlungen gegen Gackstatter und W. war Major Ernst Otto bestimmt worden. Die Angeklagten wurden beschuldigt, ein Verbrechen der Zersetzung der Wehrkraft nach § 5 Abs. 1 Ziff. 1 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung begangen zu haben. W. verteidigte sein Verhalten gegenüber Otto mit den Worten: „[…] man kann doch nicht Vollstrecker von Todesurteilen über Menschen sein, die man kennt und die man betreut.“ (Ebd., S. 50) Otto ließ keine Argumente gelten und verurteilte W. und Gackstatter zum Tode. Unter dem Eindruck des gegen ihn ergangenen Todesurteils zeigte sich W. unter Hinweis auf seine fünf Kinder auch bereit, dasjenige gegen Hanselmann zu unterschreiben. Dem wurde aber ebenso wenig stattgegeben wie dem von W. vorgebrachten Gnadengesuch. Otto entschied, dass die Verurteilten gehängt werden sollten. Alle drei Männer wurden am Abend an den Lindenbäumen vor dem Brettheimer Friedhof gehängt. Die letzten Worte des Ortsgruppenleiters vor der Hinrichtung lauteten: „Das ist der Dank für den Einsatz in all den Jahren, ich habe mich bis jetzt für den Führer eingesetzt und wünsche ihm auch weiterhin alles Gute.“ (Ebd., S. 55) Erst nach vier Tagen wurden die Leichen abgenommen und morgens um sechs Uhr begraben, begleitet von einer kurzen Ansprache von Pfarrer Wilhelm Issler.

Max Simon und Ernst Otto wurden in drei Prozessen vor den Landgerichten Ansbach (1955 und 1960) und Nürnberg (1958) freigesprochen.

In seiner Gedenkrede am 10.4.2004 charakterisierte der Vorsitzende des Fördervereins der Erinnrungsstätte, Friedrich Braun, die „Männer von Brettheim“ mit den Worten: „Diese drei beugten sich nicht länger einer unmenschlichen Diktatur, sondern handelten nach ihrem Gewissen.“

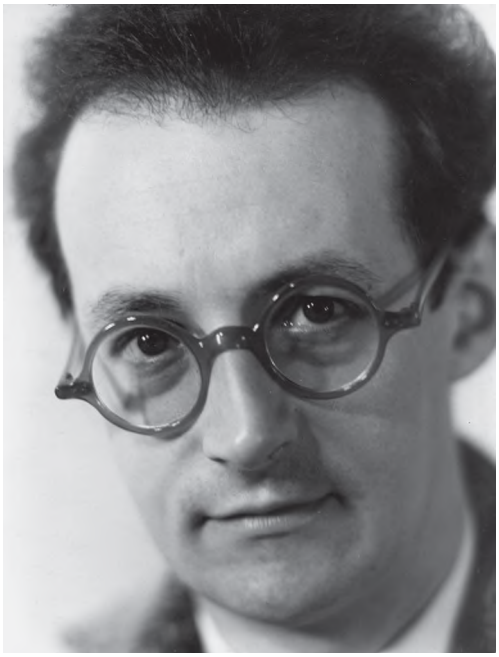
1964 wurde eine Gedenktafel an der Friedhofsmauer für die Gehenkten angebracht, 1992 die Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim“ im dortigen Rathaus fertig gestellt.

Quellen: Schreiben Friedrich Brauns vom 6.12.2004 an die Verf.; Gedenkrede Friedrich Brauns vom 10.4.2004.
Literatur: O. Ströbel: Männer; Die Männer von Brettheim; H. Schultheiss: Tragödie; Ders.: Männer; T. Pohle: Unheil.
Foto: H. Schultheiss: Tragödie, S. 59.

G. Grünzinger

Wüsten, Johannes (Pseudonyme: Peter Nikl, Walter Wyk)

** 4.10.1896 Heidelberg, † 26.4.1943 Brandenburg-Görden.*
Verh. mit Dorothea, geb. Koeppen, eine Tochter.
1912 Tischlerlehre in Görlitz; 1914 Studium der Malerei bei Otto Modersohn in Fischerhude; 1916–1918 Kriegsdienst



an Ost- und Westfront, Lazarettaufenthalte; 1918–1921 als Maler und Schriftsteller in Hamburg, Mitbegründer der „Hamburgischen Sezession"; 1922–1934 Maler und Kupferstecher in Görlitz; 1934–1941 Exil in Prag und Paris.

Als Sohn eines Predigers der Gemeinschaftsbewegung wuchs W. im Geiste eines landeskirchlich harten Protestantismus auf, gemildert durch die in Erziehungsfragen dominante warmherzige Mutter, deren besonderer Liebling Jakob Böhme war. Was ihm blieb, war eine „absolut evangelische Einstellung" und eine lebenslange Beziehung zur Mystik.

Sein künstlerischer Entwicklungsweg vom expressionistischen Maler und Grafiker zum Repräsentanten neusachlichen Kunstwillens ist gekennzeichnet durch die Suche nach Ausdrucksformen, die einen „total in die Breite gelaufenen" Expressionismus ersetzen sollten, durch Präzision und Eindeutigkeit der künstlerischen Aussage. Das beharrliche Ringen um das Wiederaufleben des Kupferstiches war die zwangsläufige Folge dieses Prozesses. Der Fanatismus des Stechens verband sich bei W. „mit dem spottgeschärften, sachlich kühlen Geist der Zeit" (Willi Wolfradt). Als „herrlich böse" charakterisierte Kurt Tucholsky seine Arbeiten, „böse aus enttäuschter Güte". (Alle Zitate nach K.-L. Hofmann/C. Präger: Johannes Wüsten) Das Leiden an der Zeit blieb unverstanden im provinziellen Görlitz der 1930er Jahre. Im Frühjahr 1931 meldete der Polizeibericht, „ein junger Mann, der einen Schwedenmantel trug", habe in einer Görlitzer Ausstellungshalle Wüstens „St. Sebastian" zerstochen, und im Herbst hängte die Museumsleitung auf Einspruch konservativer Kreise drei Blätter der Kupferstichfolge „Blutproben" ab. „Warum können die Menschen nicht einsehen, daß dieser Trunk des nationalen Hasses, des Rassenhasses, des Klassenhasses sie naturnotwendig zerfressen muß wie jede Haßlauge", schrieb W. am 18.12.1931 in sein Tagebuch (zitiert nach ebd., S. 55).

Drei Monate später trat er in die KPD ein. „Nach wie vor will ich versuchen, den Schwerpunkt meiner eigenen Arbeit immer beim menschlichen Herzen zu suchen." (Ebd., S. 56.) Für eine Theatergruppe der Görlitzer „Roten Hilfe" schrieb er ein Heimatspiel über einen gescheiterten Handwerkeraufstand des 16. Jahrhunderts. Am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler fand die letzte Aufführung statt. Das Spielkollektiv wurde zum Kern einer von W. geleiteten Widerstandsgruppe, die Flugschriften herstellte, Bedrohte über die Grenze in die Tschechoslowakei brachte und eingeschmuggelte Literatur unter Hitlergegnern verbreitete. Von zwölf Mitgliedern der Spielvereinigung „Rote Bühne" starben sieben in faschistischen Vernichtungslagern.

Im April 1934 ging W. ins Exil nach Prag, später nach Paris. Hatte er sich bis zu seinem 40. Lebensjahr unbedingt als Maler gefühlt, wurde von nun an die Schriftstellerei sein Hauptberuf. Es entstanden antifaschistische Erzählungen und dramatische Texte sowie eine große Anzahl politischer Pressezeichnungen. Von herausragender Bedeutung war sein 1937 abgeschlossener „Rübezahl"-Roman. Von Ernst Bloch, mit dem er in Prag oft zusammentraf, empfing er wesentliche Anregungen. Die Hauptfiguren des am Vorabend der Französischen Revolution im schlesischen Riesengebirge angesiedelten Romans, der Kupferstecher Peter Wost und der aufklärerische Schriftsteller Nikolaus von Nördlingen, waren – wie W. bekannte – seine beiden „Ich": der Romantiker und der Moralist: „Wie kann man noch an Götter glauben, wenn man den

Menschen gesehen hat“, (ver)zweifelt der eine, und der andere ist überzeugt: „Nichts ist noch je geworden ohne Träume.“ (J. Wüsten: Rübezahl, S. 99, 306)

Am 27.1.1941 wurde W. von der Gestapo in Paris verhaftet. Während seiner 13-monatigen Untersuchungshaft in Berlin-Moabit schrieb er am Entwurf zu einem Stück über Jakob Böhme, der seinen Traum von menschenwürdigen Zuständen im Zeichen der aufblühenden Lilie verkündete. Aufgrund in Prag veröffentlichter Artikel und politischer Karikaturen verurteilte der Volksgerichtshof den „Kunstmaler Johannes Wüsten […] wegen Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 15 Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre und zu den Kosten des Verfahrens, die 5 000 Mark betrugen (zitiert nach ebd., S. 78). Am 26.4.1943 starb W. im Zuchthauslazarett Brandenburg-Görden an Tuberkulose.

Seines 80. Geburtstages gedenkend, veranstaltete die Heimatstadt Görlitz 1976 ein Symposium. Enttäuscht über den tendenziösen Charakter der dort gehaltenen Vorträge, schrieb eine langjährige Gefährtin des Exils, die Pädagogin, Journalistin und Schriftstellerin Lotte Schwarz: „Bei dieser feierlichen Versammlung wurde Johannes noch einmal ermordet. Denn von diesem romantischen Unbekehrbaren, von diesem Besessenen, der in den starren Formen der expressionistischen Sprache seine tiefe religiöse Leidenschaft verbarg […] blieb nichts als ein leeres und kaltes Klischee: der große kommunistische Künstler, der sein ganzes Leben lang zum Ruhme der Partei tätig war.“ (L. Schwarz: Johannes Wüsten, S. 49)

Literatur: Die Blutproben des Johannes Wüsten; K.-L. Hofmann/C. Präger: Johannes Wüsten; L. Schwarz: Tode; J. Wüsten: … auf daß ich etliche gewänne; J. Wüsten: Rübezahl.

Foto: Privatbesitz.

W. Wessig

Yorck von Wartenburg, Peter Graf, Dr. jur.



Teilnehmer des Polenfeldzuges; seit 1942 Mitarbeiter im Wirtschaftsstab Ost im OKH.

* *13.11.1904 Oels bei Breslau, † 8.8.1944 Berlin-Plötzensee.*
Verh. mit Marion, geb. Winter, ohne Kinder.
Jurastudium, Examen 1926; Promotion 1930; 1934–1936 Justitiar im Oberpräsidium Breslau; 1936–1940 im Reichskommissariat für Preisbildung in Berlin tätig; 1940

Als fünftes Kind von zehn Geschwistern verbrachte Y. seine Jugend im Schloss Klein-Oels bei Breslau. Sein Vater Heinrich (1861–1923) war politisch ein überzeugter Monarchist mit sozialer Verantwortung und als Dr. jur. und Dr. phil. h.c. ein großer Kenner der antiken Kultur. Seine Mutter Sophie (1872–1945), eine geborene von Berlichingen, war eine gebildete, im evangelischen Glauben verwurzelte Frau. Die preußische Adelsfamilie war geprägt durch ihr politisches Engagement und vor allem durch ihre geistig-kulturellen Interessen. Im Schloss, das ein Zentrum des schlesischen Geisteslebens war, gab es eine große Privatbibliothek. Konfessionell pflegte man ein bewusstes Luthertum.

Y. besuchte die ev. Klosterschule Roßleben, studierte nach dem Tod des Vaters Jura und durchlief nach dem Examen 1926 die üblichen Stationen einer juristischen Laufbahn. Helmuth James Graf von Moltke und andere spätere Kreisauer lernte er 1929 im Schlesischen Arbeitslager kennen. 1930 promovierte er zum Dr. jur., ab 1932 wohnte er mit seiner Frau Marion

in Berlin, ging 1934 als Justitiar zum Oberpräsidium Breslau und bearbeitete dort Landwirtschafts- und Preisfragen. Mit seinem Chef, dem Gauleiter und Regierungspräsidenten Josef Wagner, ging er 1936 ins Reichskommissariat für Preisbildung nach Berlin. Hier nahm er schon 1937 Kontakt zu Männern in der militärischen Opposition auf. Um ihn herum bildete sich ein kleiner Gesprächskreis, der Reformkonzepte für ein nichtnationalsozialistisches Deutschland entwarf. Bevor im Januar 1940 seine Zusammenarbeit mit Moltke begann, nahm er als Leutnant am Polenfeldzug teil. Nach dem Sturz von Wagner wurde er ab Juli 1942 Mitarbeiter im Wirtschaftsstab Ost im OKH.

Moltke und Y. wurden „Kopf und Herz" des sich bildenden sog. Kreisauer Kreises. In unendlich vielen Gesprächen wurden die Kreisauer Konsenstexte erstellt. Dabei kam es zu weltanschaulichen und politischen Grundsatzdialogen zwischen den Protestanten, Katholiken, Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten im Kreis. Y. leistete hierbei im hohen Maße Vermittlungsarbeit. Besonderes Interesse hatte er an Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie an Fragen der Bedeutsamkeit eines persönlichen Glaubens für politische und kulturelle Entscheidungen. Er selbst wurde in einem längeren Klärungsprozess ein bewusster Christ, der im sonntäglichen Gottesdienst der Gemeinde seine Heimat sah. Mit dem evangelischen Otto Heinrich von der Gablentz und mit dem Katholiken Alfred Delp verband ihn ein starkes ökumenisches Interesse. Unermüdlich arbeitete er mit an den Kreisauer Texten, die der Zeit nach dem Sturz Hitlers und dem Kriegsende ein geistig-politisches Fundament geben sollten. Auf der 3. Kreisauer Tagung 1943 wurden die „Grundsätze für eine Neuordnung" verabschiedet. Der große Konsenssatz am Anfang heißt: „Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Haß und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft." (G. v. Roon: Neuordnung im Widerstand, S. 561)

Nach der Verhaftung von Moltke im Januar 1944 wurde die Rolle von Y. noch bedeutsamer. Er vollzog den bewussten Schulterschluss mit seinem Vetter Claus von Stauffenberg und war am 20.7.1944 in der Berliner Bendlerstraße. Am 7. und 8.8.1944 wurde er im ersten Prozess des Volksgerichtshofes unter Roland Freisler gegen die „Verschwörer" zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Protokoll findet sich folgende Passage:

„Herr Präsident, ich habe bereits bei meiner Vernehmung angegeben, daß ich mit der Entwicklung, die die nationalsozialistische Weltanschauung angenommen hatte – – Freisler (unterbrechend) … nicht einverstanden war! Sie haben, um es konkret zu sagen, ihm erklärt: In der Judenfrage passe Ihnen die Judenausrottung nicht, die nationalsozialistische Auffassung vom Recht hätte ihnen nicht gepaßt. Y.: Das Wesentliche ist, was alle diese Fragen verbindet, der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber." Freisler tobte und konstatierte: „[…] was die Religion anlangt, so ist im Grunde, der Nationalsozialismus sehr bescheiden. Er sagt: Bitte, mache das doch ab, wie Du willst, nur bleibe im Jenseits mit Deinen Ansprüchen, Kirche; denn die Seelen sollen ja im Jenseits herumflattern; hier auf der Erde gilt unser jetziges Leben." (Stenogramm-Abschrift in: B. v. z. Mühlen/A. v. Klewitz: Die Angeklagten, S. 85 im Anhang) Y. bekannte sich unerschrocken zu seinem christlichen Glauben, zu christlicher Ethik und humanistischer Moral. Die sog. Kaltenbrunner-Berichte betonen seine starke „konfessionelle Bindung" und zitieren ihn aus einer Vernehmung: „[…] hatte sich im Laufe der letzten Jahre in mir ein innerlicher Bruch mit dem Nationalsozialismus vollzogen, insbesondere waren es die nationalsozialistische Auffassung vom Recht, die über die Nürnberger Gesetze hinausgehenden Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum und das Vorgehen, welches wir teilweise in den besetzten Gebieten an den Tag legten, die mich dem nationalsozialistischen Reich völlig entfremdet hatten. Ich bin der Überzeugung, daß eine europäische Einigung unter deutscher Führung im Zuge der Zeit liegt, aber sich nur verwirklichen läßt auf dem gemeinsamen Boden der abendländischen Vergangenheit, die im wesentlichen geprägt ist durch Hellenismus, Christentum und die Schöpfungen deutschen Geistes." (H.-A. Jacobsen: Spiegelbild, S. 110)

In der Tat: Bei Y. ist es Widerstand aus persönlichem christlichen Glauben in enger Bindung an die deutschen und europäischen philosophischen sowie religiösen Traditionen. Und wenn er sich im Gefäng-

nis einen Sammelband von Karl Holl über Luthers Theologie kommen ließ, signalisierte das seine Zustimmung zu Holls These von „Luthers Religion als Gewissensreligion“. Für ihn waren die Gewissen der Deutschen verletzt durch Erziehung, Propaganda und durch Teilhabe an klaren Unrechtstaten und Verbrechen. Das Gewissen als ein von christlicher Botschaft geformtes Gewissen in sein freiheitliches Königsrecht wiedereinzusetzen – das war sein Ziel. Dafür hat er gekämpft und dafür ist er gestorben.

Literatur: G. Brakelmann: Kreisauer Kreis, S. 51–54 (Lit.!); Ders.: Die Kreisauer, S. 129–284 (Lit.!).
Foto: A. Leber (Hrsg.): Gewissen (1984), S. 137.

G. Brakelmann

Zrenner, Leander Josef

** 21.1.1905 Regensburg, † 9.8.1941 Brandenburg-Görden.*
Verh. mit Anna, geb. Lehner, fünf Kinder.
1922–1929 Bauernknecht, anschließend Hilfsarbeiter in Regensburg und München; ab Mitte der 1930er Jahre Glied der „Reformadventisten“.

Z. wuchs als uneheliches Kind in einem Waisenhaus auf, wahrscheinlich in Wiesau (Oberpfalz), wo er unter Zurückweisung und Armut litt. Eine solide Berufsausbildung blieb ihm versagt. Ab 1922 verdingte er sich als Knecht bei Bauern in der Umgebung von Wiesau, Schönhaid und Schwandorf. 1932 heiratete Z. in München die aus Murnau stammende Wäscherin Anna Lehner und schloss sich in den nächsten Jahren mit seiner Frau den antimilitaristischen „Reformadventisten“ an, die sich bereits während des Ersten Weltkrieges wegen der Wehrdienstfrage von der Mutterkirche der Siebenten-Tags-Adventisten getrennt hatten. Die Begegnung mit den dissidenten Adventisten in München veränderte Z.s Leben und Denken grundlegend. Bei den Adventisten fand der Hilfsarbeiter Geborgenheit, Lebenssinn und Zukunftshoffnung. Er erlebte eine tiefe, kompromisslose, zuweilen bis ins Gesetzliche hineinreichende Umkehr. Die biblischen Gebote einschließlich der „sabbatlichen Ruhe“ wurden zur absoluten Richtschnur seines Lebens. Familienandachten und religiöses Singen sind den Kindern bis heute in Erinnerung geblieben. Im Februar 1941 wurde Z., der in Freising einem Bauersatzbataillon zugeteilt war, wegen Arbeitsverweigerung am Samstag inhaftiert. Da er aus religiösen Gründen auch den Kriegsdienst radikal ablehnte, wurde er am 7.7.1941 vom Reichskriegsgericht in Berlin zum Tod verurteilt. In seinem letzten Brief an die Familie schrieb er am Tag der Hinrichtung: „Ich will Gott Lob, Preis und Dank darbringen … indem ich mich um seiner Gebote willen töten lasse.“ (AAE: Akte L. Zrenner) Z. wurde am 9.8.1941 um 5.00 Uhr morgens in Brandenburg-Görden mit dem Fallbeil ermordet. Einer seiner Söhne, Werner Zrenner (geb. 1937), verweigerte 1957 den Wehrdienst, indem er sich vor dem Prüfungsausschuss des Kreiswehrersatzamtes München auf das Vorbild seines 16 Jahre zuvor hingerichteten Vaters berief. Er gilt als einer der ersten anerkannten Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik.

Quellen: AAE: Akte L. Zrenner.
Literatur: H. Fleschutz: Und folget ihrem Glauben nach, S. 39; R. Zimmermann: Ehrenbuch, Bd. 2, S. 45.

D. Heinz



Adolphi, Ellen, geb. Brandt verw. Krause

* *3.9.1860 Palzmar/Livland, † 21.2.1918 Kawershof bei Walk/Livland.*
Verh. mit Heinrich Adolphi.

Die verwitwete A. hatte im August 1906 den Ehemann ihrer verstorbenen Schwester Anna geheiratet. Als die Revolutionäre im Januar 1918 gegen die Kirche zu agieren begannen, war sie wie ihr Mann Zielscheibe von Nachstellungen. Wie sehr sie, die Pfarrfrau, als Repräsentantin der verhassten Kirche, des verhassten Christentums, gesehen wurde, lässt sich daraus erkennen, dass sie gemeinsam mit ihrem Mann verhaftet und nach Walk ins Gefängnis gebracht wurde. Typischerweise waren es dann Frauen der Gemeinde Adsel, die die Freilassung des Pastorenehepaares bewirken konnten. Doch die Freiheit währte nur kurz. Mit dem Abzug der „roten" lettischen Schützenregimenter wurde sie gemeinsam mit ihrem Mann wiederum inhaftiert. Man erklärte dem Ehepaar, man müsse es als „Spione" nach Russland verbringen. Zunächst in der Walker Kirche eingesperrt, wurden die Gefangenen am 21.2. auf Schlitten nach Pleskau abtransportiert. Doch nach wenigen Kilometern wurden neun inhaftierte Personen von den sie bewachenden Soldaten erschlagen. Die Leiche von A. wies Aussagen zufolge 29 Wunden auf, die Bajonette und Kolben an der Wehrlosen verursacht hatten.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 197; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 63–66.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 8.

S. Hermle

Adolphi, Heinrich

* *9.10.1852 Wenden/Livland, † 21.2.1918 Kawershof bei Walk.*
Verh. in 1. Ehe mit Anna, geb. Brandt († 25.4.1905), in 2. Ehe mit Ellen, geb. Brandt, verw. Krause.
1872–1876 Theologiestudium in Dorpat; 1877 Hauslehrer bei Baron von Wrangell; 1879 Pastor in Adsel; seit 1886 Suppleant des geistlichen Schulrevidenten im Sprengel Walk.

Nach seinem Theologiestudium wirkte A. zunächst als Hauslehrer und dann als Pastor in Adsel. Besonders am Herzen lag ihm in seiner Gemeinde das Schulwesen; regelmäßig hielt er mit den Lehrern Konferenzen ab und unterstützte die Mütter in ihrem Unterricht für die „Vorschulkinder". Auch die Kirche seiner Gemeinde wurde unter seiner Ägide neu erbaut. Hervorzuheben ist auch seine literarische Tätigkeit für die Lettische-Evangelische Presse und ein von ihm verfasstes erstes Schachbuch in lettischer Sprache. Über sein Spezialgebiet „Heidenmission" legte er 1902 das Buch „Am Fuße der Bergriesen Ostafrikas" vor, in dem er die Wirksamkeit der Leipziger Mission in Ostafrika darstellte. In lettischer Sprache schrieb er eine Reihe Missionsschriften und beteiligte sich engagiert an der



Herausgabe eines neuen lettischen Gesangbuches. Während der Revolution 1905/06 verblieb A. auf seiner Stelle. Mit dem Ende der Zarenherrschaft traten auch in A.s Gemeinde Propagandisten gegen Gott und die Kirche auf. Am 9.1.1918 forderten Bewaffnete von A. die Herausgabe der Kirchenschlüssel, was dieser freilich verweigerte. A. und seine Ehefrau wurden daraufhin zur Kirche gezerrt, „wo eine johlende Menge mit roten Fahnen sie erwartete“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 64). Ein Agitator bezichtigte ihn, „dem blutigen Zaren und den Herren in den Schlössern“ gedient zu haben, während er nun dem Volke nicht gestatten wolle, die Kirche zu benutzen. Aus der Menge wurden Forderungen laut, ‚den Schwarzen‘ in den nahen Fluss Aa zu werfen. Während ein Gemeindeglied in dieser angespannten Situation die Schlüssel für die Kirche auslieferte und so der Menge Zugang zum Gotteshaus verschaffte, wurden A. und seine Frau nach Walk ins Gefängnis transportiert. Einige tapfere Frauen der Gemeinde erreichten die Freilassung der Pfarrfamilie und die Erlaubnis zur Rückkehr nach Adsel. Da man A. warnte, einen Gottesdienst in der Kirche abzuhalten, versammelte er im folgenden die Gemeinde im Pastorat. Als am 18.2. 1919 der Vormarsch der Deutschen von Riga aus begann, wurden von dem zurückweichenden lettischen Schützenregiment der Pastor und seine Frau als Spione verhaftet und nach Russland verschleppt. Zunächst wurden sie mit 175 „Spionen“ in der Kirche von Walk eingeschlossen. Beim Näherrücken der deutschen Truppen wurden die Gefangenen am 21.2. auf Schlitten Richtung Pleskau fortgebracht. Nach wenigen Kilometern wurden A., seine Frau sowie sieben weitere Personen, die auf ihrem Schlitten waren, von den sie begleitenden Soldaten erschlagen. Erst nach zwei Tagen wurden die übel zugerichteten Leichen von den heranrückenden deutschen Truppen gefunden.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 197; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 645; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 151, Nr. 3; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 63–66.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 8.

S. Hermle

Aman, Ewald *Friedrich*

** 16.1.1862 Gut Sofiewka (Sifievka)/Gouvernement Jekaterinoslaw, Taurien, † 1915/1916 Friedenfeld/Taurien.*
Verh. in 1. Ehe 1890 mit Eugenie, geb. Blank, in 2. Ehe 1902 mit Eleonore, geb. Schmidt.

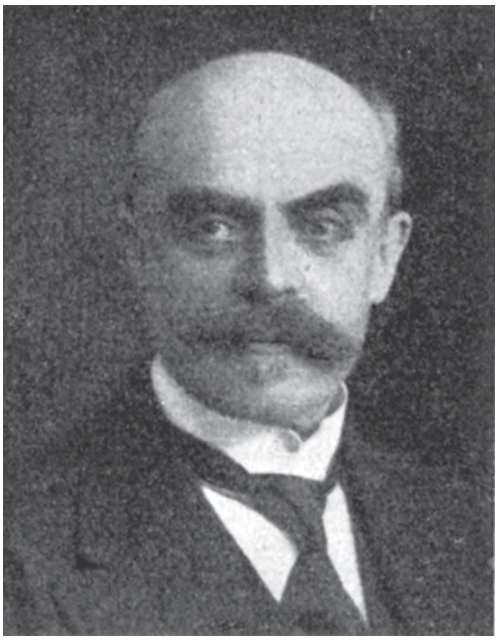
Nach seinem Studium in Dorpat wurde A. 1889 ordiniert. Er war zunächst Vikar in Nemirov/Podolien. Ab 1890 arbeitete er als ständiger Adjunkt in Friedenfeld/Kirchspiel Prišib, Jekaterinoslav (Tersanka) und wurde ab 1907 Pastor dort. Die näheren Umstände seines Todes sind nicht bekannt.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 249, Nr. 20; B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 39; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 121.

T. Westermeyer

Berg, Eugen

** 24.8.1855 Pernigel/Livland, † 14.3.1919 Riga/Livland.*
Verh. mit Nancy, geb. Adolphi.
1875–1880 Theologiestudium in Dorpat; 1885 livländischer Kandidat; 1885 Predigthelfer in Pernigel; 1886 Pastor in Palzmar-Serbigal.



B. hatte in seinem Pastorat Palzmar-Serbigal, wie sein Amtsvorgänger, Konflikte mit der russischen Administration, weil er Amtshandlungen an Rekonvertiten durchführte. 1889 und 1893 wurde B. für jeweils einige Monate suspendiert; als er wenig später erneut Rekonvertiten betreute, entging er der Amtsenthebung nur durch ein kaiserliches Gnadenmanifest. In der Regel wirkte B. eher im Stillen; freilich erregte eine Initiative Aufsehen: Er schlug der Sprengelkonferenz vor, die deutschen und lettischen Gemeinden des Landes, die zumeist durch Personalunion einem Pastor zugewiesen waren, zu trennen. Er hoffte, auf diesem Wege in der Kirche Frieden zwischen Deutschen und Letten herbeiführen zu können. Allerdings akzeptierte die Synode diesen Vorschlag nicht. Die revolutionären Umtriebe des Jahres 1905/6 zwangen B. für kurze Zeit aus seiner Gemeinde zu fliehen; eine revolutionäre Bande hatte von seiner Kirche Besitz ergriffen. In den nachfolgenden Strafexpeditionen stellte er sich vor einige unschuldig verdächtigte Gemeindeglieder. Ende des Jahres 1918 sah sich B. aufgrund verschiedener Warnungen genötigt, nach Riga zu fliehen, da auch in seiner Gemeinde die kommunistischen Ideen auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Als er sich am 23. Februar 1919 auf dem Weg zu einem kranken Gemeindeglied befand, wurde er auf der Straße von zwei Kommunisten erkannt und ins Zitadellengefängnis geschleppt. Versuche, ihn zu befreien, schlugen fehl und auch ein Bittgesuch, das binnen zwei Tagen von tausend seiner Gemeindeglieder unterzeichnet worden war, vermochte nichts zu bewirken. Im Gegenteil: Man kann vermuten, dass gerade dieser Einsatz seine Hinrichtung beschleunigt hat. Am 14.3. wurde er gemeinsam mit 64 anderen Leidensgefährten im Bickernschen Walde erschossen. Einem überlebenden Mitgefangenen soll er den Auftrag gegeben haben, die Gemeinde zu ermahnen, „Gott die Treue zu halten“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 118).

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 202; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 74; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 168 f., Nr. 115; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 117 f.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 23.

S. Hermle

Bergengruen, Hermann

** 8.6.1872 Bilderlingshof, † 22.5.1919 Riga.*
Verh. mit Else, geb. Bornhaupt.
1893–1898 Theologiestudium in Dorpat; 1899–1900 in Berlin; 1902 Inspektor der Stadtdiakonie von Riga; 1907 Pastor der deutschen St. Johannis-Gemeinde in Wenden.

B. wurde erster Inspektor der 1901 gegründeten Rigaer Stadtmission und wechselte 1907 auf die Pfarrstelle Wenden. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde er 1915 aufgrund seiner deutschen Herkunft sowie seiner Stellung als Pastor nach Sibirien deportiert. Dort hatte er 18 Monate in einer elenden Hütte unter polizeilicher Aufsicht zu leben. Brieflich versuchte er Seelsorger seiner Gemeinde zu bleiben. Im Zuge der Revolution von 1917 erhielt er als politischer Gefangener die Freiheit. In seine Gemeinde konnte er freilich erst 1918 zurückkehren, nachdem deutsche Truppen ganz Livland besetzt hatten. Als sich im Dezember 1918 bolschewistische Truppen Wenden näherten, floh ein großer Teil der Gemeinde nach Riga. Nach schwerem inneren Konflikt entschloss sich B. ebenfalls nach Riga auszuweichen. Dort wurde ihm die hirtenlos gewordene Petri-Gemeinde



zur Versehung angewiesen. Bald wurde auch Riga von kommunistischen Truppen erobert und so stellte sich erneut die Frage, ob er bleiben oder mit Teilen seiner Gemeinde die Flucht ergreifen sollte. Dieses Mal war für B. klar, dass er nicht weichen dürfe. Am 6.4. wurde er in der Sakristei der Petri-Kirche verhaftet; zeitgleich hatte man seine Frau und seine Kinder aufgegriffen. Mit seinem Sohn wurde er ins Zentralgefängnis eingeliefert und seine Frau ins Matthäi-Gefängnis verbracht, während die kleinen Kinder der Pfarrfamilie Bekannten übergeben wurden. Als Frau B. nach 14 Tagen entlassen wurde, gelang es ihr, einen geheimen Briefwechsel mit ihrem Mann zu beginnen. In diesen Briefen, die aus Sicherheitsgründen vernichtet wurden, sei nie Klage geführt worden; sie seien vom Dank für die Führung Gottes geprägt gewesen und der Zuversicht, „daß nichts über unsere Kraft geht, was Gott von uns verlangt“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 139 f.). B. war es selbstverständlich, die Gefangenen mit Andachten zu stärken. Am 22. Mai, kurz vor der Einnahme Rigas durch die baltische Landeswehr, wurde B. – mit zahlreichen weiteren Amtskollegen – als Geisel erschossen. Bei seiner Bestattung wurde wie von ihm bestimmt der 103. Psalm gebetet; das Gebet des Zöllners aus Lk 18,13 lag der Beerdigungsansprache zugrunde: „Gott sei mir Sünder gnädig!“

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 206 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 82 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 169, Nr. 118; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 137–140.
Foto: O. Scharbert: Bildnisse, S. 29.

S. Hermle

Bernewitz, Alexander

* *26.5.1856 Kandau/Kurland, † 16.1.1919 Kandau/Kurland.*

Verh. mit Emilie (Emmy) Auguste, geb. Kroeger, zwei Kinder.

1875–1881 Theologiestudium in Dorpat/Livland; 1882 Pastor adj. bei seinem Vater in Kandau, nach dessen Rücktritt 1889 dort Pastor; 1909 Propst der Diözese Kandau; 1910 Goldenes Predigerbrustkreuz; Mitglied der Lettisch-Litterärischen Gesellschaft.

Bei anfälliger Gesundheit hat sich B. doch mit großem Eifer seiner pastoralen Aufgabe gewidmet. Er war ein eindrucksvoller Prediger. Das Verhältnis zu der kleinen deutschen Gemeinde war ausgesprochen gut, das zu der großen lettischen Gemeinde schon früh schwierig. Russische Popen pflegten lettische Landbewohner mit unhaltbaren Versprechungen zum Übertritt zur orthodoxen Staatsreligion zu treiben; Rekonversion war verboten. „Evangelische Geistliche, die [...] wirklich Reuige wieder in die Abendmahlsgemeinschaft ihrer Kirche aufnahmen, kamen vor Gericht.“ (V. Grüner: Bernewitz, S. 31) B. scheute sich nicht, einer griechisch-orthodoxen Frau auf dem Sterbebett das Abendmahl zu reichen, und war in der Folge in der Gefahr, nach Sibirien verschickt zu werden. Seit 1905 kamen die in der lettischen Revolution aufgebrochenen nationalen und sozialen Spannungen hinzu. Im Januar 1906 wurde aus dem Hinterhalt auf B.s Vetter Alexander Bernewitz (1863–1935), Pastor in Neuenburg, geschossen. Einen Einblick in die Erwägungen, Einsichten und Motive der baltischen Geistlichkeit im Jahre 1906 gibt ein Vortrag, den B. im September vor der kurländischen Synode in Mitau hielt („Das geistliche Amt und die sociale Revolution 1905/06“, in: Thabor-Bote [Mitau] Nr. 9 und 10. 1906, S. 49–58). Er fragte, wie sich der Geistliche nach der tiefen Krise



von 1905/06 zur Sozialdemokratie stellen solle, und gab zu bedenken, dass sie „eine politische Lebensform“ sei, die nicht eo ipso mit Gottesfeindschaft und Anarchismus gleichgesetzt werden dürfe. Die Sozialdemokratie sei vor allem eine „Magenfrage“: in ihr spreche sich der „vielfach berechtigte Wunsch“ nach Verbesserung der Lebensbedingungen aus. Der Pastor habe es mit Menschen zu tun, die des Evangeliums bedürften – eines Evangeliums, das über jeder Partei stehe. Vorbildlich sei, wie Adolf Stoecker (1835–1909) in die soziale Bewegung selbst hineingehe; es sei dies nicht jedermanns Begabung, doch hätten alle Geistlichen die soziale Frage im Sinne einer Wende, ja einer Buße, zu der eigenen zu machen. Das Amt verpflichte zu Treue und Ausdauer. Wenn es sein müsse, sei auch Leiden zu erdulden. Zwar sei es enttäuschend, dass sich die lettischen Gemeinden „oft in wahrhaft empörender Weise völlig passiv verhalten [hätten], wenn ihre Kirchen geschändet, ihre Gottesdienste lächerlich gemacht, ihre Pastoren mißhandelt, abgesetzt, vertrieben, ermordet“ worden seien. Aber man müsse die Angst der Menschen bedenken. Die Geistlichen sollten Heimsuchungen so ertragen, dass sie zum Segen würden. – Bernewitz freilich musste sich selbst in diesem Sinne ermutigen; es sei „eine Welt der Tränen, diese Welt“, sagte er seinem jüngeren Amtsbruder Gurland (R. Gurland: Gedenket, S. 5), als dieser ihn 1911 besuchte. Im Ersten Weltkrieg hoffte er auf „eine deutsch-evangelische Zukunft seiner geliebten Heimat“, trat dabei aber auch für die Rechte der Letten ein. Als im Januar 1919 die Bolschewisten Kandau 1919 besetzten, war er nicht zu bewegen, seine lettische Gemeinde zu verlassen, obwohl er sich von ihr verkannt wusste. Er wurde inhaftiert und erschossen.

Literatur: W. Bernewitz: Bernewitz, S. 19 f.; H. Brandenburg: Bernewitz, S. 48 f.; J. Erb: Wolke, S. 489–491; V. Grüner: Bernewitz, S. 31; R. Gurland: Gedenket, S. 5; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 89–93.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 15.

S. Bitter

Bidder, Oskar

** 27.3.1866 Mitau/Kurland, † 12.7.1919 Moskau.*
Verh. mit Marie Hermine, geb. Petri.
1887–1893 Theologiestudium in Dorpat; 1894 Pastoradjunkt in Lesten; 1895 Pastoradjunkt in Allendorf; 1896 Pastoradjunkt in Sieckeln und Lesten; 1897 Pastor in Sieckeln; 1910 Religionslehrer und Gefängnisprediger in Riga.

B., der von eher schwacher Konstitution war, betreute trotz seiner Kränklichkeit mit großem Engagement seine Pfarrei Sieckeln in Oberkurland. In der Gemeinde wurde in seiner Zeit eine Küsterei sowie eine Schule erbaut. Während der Revolution von 1905 blieb er in seiner Gemeinde, doch bald zeigte es sich, dass seine Gesundheit so schwer angeschlagen war, dass er den schweren Pfarrdienst nicht weiter wahrnehmen konnte. 1910 nahm er seinen Abschied vom Gemeindeamt und wirkte nach seiner Genesung in Riga als Religionslehrer und Gefängnisprediger. 1914 wurde er als einer der ersten Pastoren nach Russland verbannt, da man ihm vorwarf, er habe mit internierten deutschen Zivilkriegsgefangenen für Kaiser Wilhelm gebetet. Bis 1917 lebte er in Kortschewa bei Twer als Verbannter. Aufgrund einer Amnestie nach der Revolution von 1917 freigekommen, kehrte er nach Riga zurück und wirkte wieder als Lehrer. Nachdem die Bolschewisten Riga erobert hatten, wurde er verhaftet und am



22.5.1919 mit anderen Geiseln, die sich im Frauengefängnis befanden, nach Moskau verschleppt. Auf dem Weg dorthin suchte er die Deportierten zu stärken und zu trösten. Die beschwerliche Reise schwächte seinen labilen Gesundheitszustand weiter, sodass er in Moskau an der Ruhr erkrankte und am 12.7.1919 im Gefängnislazarett verstarb.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 212; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 174 f., Nr. 147; T. Kallmeyer: Kirchen, S. 252; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 182 f.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 46.

S. Hermle

Bielenstein, Hans (Johannes)

* *13.2.1863 Neu-Autz/Kurland, † 13.1.1919 Bauske/Kurland.*

Verh. mit Ingeborg, geb. von Wadenstjerna, fünf Kinder.

1883–1887 Theologiestudium in Dorpat/Livland; 1886 Silbermedaille der Fakultät; 1888 Probejahr und Hauslehrer; 1888–1901 Pastor in Ringen und Waddax/Kurland; 1901 Pastor in Alt- und Neu-Rahden/Kurland.

B. war ein beliebter Seelsorger seiner Gemeinde. Im Pastorat gingen Nachbarn, Freunde und Bekannte ein und aus. Rudolf Gurland (1886–1947), Schwager seines Bruders, des Pastors Emil Bielenstein (1858–1943), berichtet: „Als die Bolschewikenhorden ins Land kamen, fahndeten sie besonders nach denen, die in der deutschen Besatzungszeit Ämter bekleidet hatten. Alle ‚Amtsvorsteher', die von den Deutschen eingesetzt worden waren, mussten flüchten. In Alt-Rahden hatten die Kriegsumstände es so gefügt, dass nur der Pastor noch am Orte war, sodass er notgedrungen die Amtsvorstehergeschäfte übernehmen musste. Er hatte stets seine Gemeindeglieder geschont und gerecht behandelt, das dankten sie ihm von Herzen. Aber die Bolschewisten suchten nun auch ihn. Die Söhne, 23 und 18 Jahre alt, suchten ihren Vater zur Flucht zu bewegen. Vergeblich!" (R. Gurland: Gedenket, S. 2) B. sah den Tod kommen, seiner Frau sagte er: „Sprich du an meinem Grab ein Vaterunser, hole keinen Amtsbruder, auf dass dem keine Ungelegenheiten durch die Bolschewisten erwachsen." (Ebd.) Sich und den Seinen prägte er ein: „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden" (Joh. 16,33). – 1905 hatte er erlebt, dass Revolutionäre das Pastorat des Vaters in Dobeln verwüsteten. Der Vater war der bekannte Erforscher der lettischen Sprache und des lettischen Brauchtums Dr. August Bielenstein (1826–1907). Seine Bibliothek, wissenschaftliche Sammlungen und Manuskripte wurden ein Opfer der Flammen. Der Anführer jenes Überfalls hat später geschrieben, man habe einen „Scheiterhaufen" für das Werk eines „Schwarzrocks" und „Fahnenträgers der Barone" errichten wollen, der sich wissenschaftlich mit den Sauna-Schwitzbänken der Letten, ihren Kienspanhaltern und Geschirrvorrichtungen beschäftigt habe, zugleich aber habe beweisen wollen, „daß ohne die Kultur der Junker die Letten Dummköpfe und Dilettanten geblieben wären" (A. Bielenstein: Leben, Nachwort, 427 f.). Schon 1905 hatte die Verfolgung auch den drei Söhnen, Pastoren wie der Vater und aktive Mitglieder der Lettisch-Litterärischen Gesellschaft wie er, gegolten. B. hat das wissenschaftliche Erbe des Vaters fortgeführt und Aufsätze zum lettischen Märchen und Volkslied wie zur mittelalterlichen Geschichte seiner Heimat veröffentlicht (z. B.: Wo liegt das Saule-Schlachtfeld?, in: Magazin, hrsg. von der Lettisch-Litterärischen Gesellschaft 22/3,



Mitau 1905, S. 76–89). – Nach den revolutionären Ereignissen des Jahres 1905 bat er seine Amtsbrüder um Berichte; sie sind posthum in lettischer Übersetzung veröffentlicht worden. Am 12.1.1919 wurde er mit seinen Söhnen verhaftet; er durfte noch eine Trauung vornehmen, dann wurden sie eingesperrt. Am 13.1. wurden sie nach Bauske verbracht. B. las den Söhnen Psalmen vor und deutete ihnen die Passion Jesu. Dann führte man ihn zur Erschießung auf die Ruine der alten Ordensburg Bauske; er musste sein Grab selbst ausheben und sich bei strengster Kälte bis aufs Hemd entkleiden, weil die Schergen die Kleider für sich beanspruchten. „Mit meinem Körper könnt ihr tun, was euch befohlen ist, meine Seele wird gleich im Paradiese sein", sagte er den Mördern und betete vor der Erschießung mit den Worten Jesu (R. Gurland: Gedenket, S. 3). Die Söhne konnten nach der Ermordung des Vaters fliehen. Die lettische Gemeinde, die sich vergeblich in Bittschriften für B. eingesetzt hatte, sorgte nun für die Hinterbliebenen. Lange noch legte man Blumen auf sein Grab.

Quellen: Auskunft von Dieter Bielenstein/Bonn.

Literatur: A. Bielenstein: Leben, S. 427; W. Bielenstein: Kampferlebnisse, S. 99–101; J. Frey: Fakultät, S. 95; R. Gurland: Gedenket, S. 1–3; T. Kallmeyer: Kirchen, S. 257 f.; O. Nonacs: Macitaju; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 86–89; O. v. Taube: Märtyrer, S. 16 f.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 14.

S. Bitter

Bosse, Heinrich

** 6.8.1871 Pastorat Wohlfahrt, † 16.2.1919 Riga.*
Verh. mit Wilhelmine, geb. Förster.
1892–1897 Theologiestudium in Dorpat; 1898 Vikar für den Sprengel Walk; 1904 Religionslehrer an verschiedenen Schulen in Riga; 1910 Pastor in Wohlfahrt.

Nach sechsjähriger Wirksamkeit als Religionslehrer an verschiedenen Schulen in Riga wurde B. erst 1910 Pastor der Gemeinde Wohlfahrt, wo schon sein Vater und Großvater als Pastoren gewirkt hatten. Die Ereignisse während der Revolution 1905/06 zeigten B., dass es in seiner Gemeinde „viele Schäden" gab, gegen die er „oft scharf zu Felde ziehen mußte" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 111). Neben der Arbeit für die Schule, wo er einen entschiedenen Kampf gegen die junge nihilistische Lehrerschaft führte, galt sein Engagement insbesondere der Fürsorge für die Armen in seiner Gemeinde. Der Beginn der Revolution von 1917 brachte auch für B. eine schwierige Zeit. Einmal verlangte eine Gruppe von Bolschewisten den Kirchenschlüssel; revolutionäre Lieder sollten mit Orgelbegleitung gesungen werden und B. eine Rede halten. B. freilich weigerte sich. Bald darauf überfiel ihn eine Gruppe junger Männer in seiner Amtsstube und schleppte ihn ins Gefängnis. Doch dem entschiedenen Einsatz einiger Gemeindeglieder war es zu verdanken, dass B. bald wieder freikam. Allerdings blieb die Situation bedrohlich. Bald darauf warnte ihn eine lettische Frau, dass von einer Versammlung beschlossen worden sei, ihn und seine Familie zu erschießen. Gerade noch rechtzeitig gelang es B. mit seiner Familie zu fliehen und bei Gemeindegliedern unterzutauchen. Freilich bezahlte die Frau, die ihn gewarnt hatte, ihre Tat mit dem Leben. Nach dem Vormarsch der deutschen Truppen, die den revolutionären Umtrieben ein rasches Ende bereiteten, wurde ein Gemeindeglied, das einer der Hauptagitatoren unter anderem gegen B. gewesen war, vom Feldgericht zum Tode



verurteilt. Dies sollte für B. schlimme Folgen haben, denn nach dem Abzug der Deutschen vermochten B. und seine Familie zwar wegen der zu erwartenden Rachemaßnahmen zu fliehen, doch ein Sohn des erwähnten Hingerichteten erkannte ihn am 3.2.1919 auf der Straße in Riga. Gemeinsam mit anderen Kommunisten brachten sie B. sowie seine ihn begleitende Frau in das Untersuchungsgefängnis. Dort wurde er verhöhnt, misshandelt und geschlagen. B. wurde in eine Einzelzelle gesteckt und fortwährend bedroht. Als ihm erzählt wurde, seine Kinder seien ermordet worden, erlitt er einen Nervenzusammenbruch. Seiner Frau, die eine Besuchserlaubnis erhalten hatte, gelang es, ihn wieder aufzurichten. Zudem erwirkte sie bei der Gefängnisleitung, dass ihr Mann in eine Zelle mit anderen Leidensgenossen verlegt wurde. Als seine Frau am 15.2. aus dem Gefängnis entlassen wurde, verabschiedete sie sich von ihrem Mann, der ihr sagte: „Meinen Weg kenne ich, erzieh du unsere Kinder im Glauben und Gottesfurcht." (Ebd., S. 113) Am 16.2. wurden B. und seine Zellengenossen von einem Auto abgeholt und in den Bickernschen Wald verschleppt. Was dort passierte ist nicht bekannt. Seine Leiche wurde nach der Befreiung Rigas am 22.5. gefunden. Auf dem Friedhof in Wohlfahrt, wo bereits andere Familienmitglieder bestattet waren, fand auch er seine letzte Ruhestätte.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 202; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 73 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 182, Nr. 197; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 110–113.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 21.

S. Hermle



Bötticher, Bernhard von

* *1.9.1870 Autzenbach bei Autz/Kurland, † 19.3.1919 Riga/Livland.*

B. konnte aufgrund eines Augenleidens das erwünschte Theologiestudium nicht absolvieren. Da er gerne mit Menschen arbeiten wollte, wurde er noch im späten Alter Stadtmissionar in Riga. Während der schweren Tage des Novembers 1918 war es ihm selbstverständlich, den Bedrängten und Notleidenden beizustehen und sie seelsorgerlich zu begleiten. Auf dem Weg zu einer Witwe, deren Mann erschossen worden war, wurde er verhaftet. Es wird berichtet, dass er

auch im Gefängnis „Bote seines Herrn“ geblieben sei (O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 79). Mit vielen anderen wurde er am 19.3.1919 erschossen; ein nahe seiner Leiche gefundenes Feldgesangbuch war aufgeschlagen und zeigte das angestrichene Lied: „Wie wird uns sein, wenn endlich nach dem Schweren/ doch nach dem letzten ausgekämpften Streit/ wir aus der Fremde in die Heimat kehren/ und einziehn in das Tor der Ewigkeit!“ (Ebd., S. 79)

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 204; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 79; O. Schabert: Bildnisse, S. 40.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 40.

S. Hermle



Busch, Julius

* *7.10.1879 Linden-Birsgallen/Kurland, † 29.7.1907 Nerft/Kurland.*
Ledig.
1900–1905 Theologiestudium in Dorpat/Livland; 1906 Oberlehrer der Religion in St. Petersburg; 1906 Pastor adj. in Alt- und Neu-Rahden/Kurland; 1906 Selburger Diözesan-Adjunkt in Sonnaxt/Kurland für die vakanten Pfarren Nerft, Salwen, Saucken und Setzen; 1907 Pastor in Nerft/Kurland und Ilsenberg.

B. entstammte einer alten kurländischen Pastorenfamilie. Sein Vater Julius Busch (sen.) (1842–1914) war als Pastor in Nerft und Propst der Diözese Selburg den lettischen Revolutionären des Jahres 1905/06 energisch entgegengetreten. Die Gemeinde hatte ihn kräftig unterstützt. Der Konflikt zwischen den Sozialisten und der Kirchengemeinde eskalierte noch zu einem Zeitpunkt, als die Revolution erstickt schien, nachdem seit Januar 1906 zarentreue Truppen in harten Strafexpeditionen die Opfer der Revolution zu rächen gesucht hatten. In Nerft war die Lage noch 1907 so gespannt, dass B. (sen.), um ein drohendes Blutvergießen in der Gemeinde zu vermeiden, sein Amt als Propst in Selburg und als Pastor in Nerft verließ und in seine Birsgallensche Gemeinde zurückkehrte.

Sein Sohn übernahm daraufhin Vertretungsdienste in der Selburger Diözese. Er wurde von der Nerftschen Gemeinde freudig begrüßt und bald aufgefordert, die Nachfolge des Vaters als Pastor in Nerft anzutreten. B. ist der Bitte gefolgt und ist mit großem Eifer an seine Aufgabe herangegangen. Er hat namentlich versucht, in der Erziehung der Jugend Aufbauarbeit zu leisten und der von der Revolution ausgestreuten atheistischen, sozialistischen und nationalistischen Propaganda entgegenzuwirken. Die Feinde des Vaters wurden nun auch seine Feinde; wollten sie einst den Vater töten, so nun den 27-jährigen Sohn. Zwei gedungene Mörder haben dem jungen Pastor am Morgen des 27.7.1907 auf seiner Fahrt zum Gottesdienst in der Filialkirche Ilsenberg aufgelauert und ihn mit seinem Kutscher erschossen. So hat es – für Oskar Schaberts Märtyrerbuch – sein älterer Bruder Pastor Karl Busch (1872–1953) berichtet, der durch seine Frau, Helene Freiberg, eine Schwester der Vally Freiberg, auch bereits Anteil an dem Martyrium in der Familie Grühn hatte.

Literatur: Album Curonorum, S. 213, Nr. 1560; T. Kallmeyer: Kirchen, S. 295; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 64 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 61 f.; E. v. Schrenck: Kirchengeschichte, S. 162.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 7.

S. Bitter





Cleemann, Gustav

** 16.9.1858 Riga, † 30.5.1919 Riga.*
Verh. mit Olga, geb. Bernsdorff.
1878–1885 Theologiestudium in Dorpat; 1885 livländischer Kandidat; 1885 Pastoradjunkt in Uexküll-Kirchholm; 1886 Pastor in Pinkenhof; 1907 deutsche Jesusgemeinde in Riga; zugleich Religionslehrer an der städtischen Töchterschule.

Die Tätigkeit in seiner ersten Gemeinde Pinkenhof fiel C. nicht leicht, da er sich äußerst schwer tat, seinen lettischen Gemeindegliedern in ihrer Sprache zu predigen. Er folgte deshalb gerne einer Berufung an die deutsche Jesus-Gemeinde nach Riga, wo er seine Arbeit auch unter den ungünstigen Voraussetzungen des Weltkrieges mit großem Engagement betrieb. Am 4.5.1919 wurde er zusammen mit seiner Frau verhaftet und als Geisel in das Zitadellengefängnis gebracht. Ihm war diese Haft eine tief berührende Zeit, sie war ihm „eine Quelle reichen Segens", da er sich seinem „Gott und Herrn [nie] so nahe gefühlt" habe (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 180). Als Riga am 22.5.1919 von der baltischen Landeswehr entsetzt wurde, konnten er und seine Frau das Gefängnis verlassen. Beide waren jedoch schon so stark an Flecktyphus erkrankt, dass ihnen nur noch wenige Tage beschieden waren. C. verstarb am 30. Mai; auf seiner Grabtafel steht das ihn charakterisierende Wort aus der Apostelgeschichte: „Ich übe mich zu haben ein unverletzt Gewissen allenthalben, beides, gegen Gott und die Menschen" (24,16).

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 211; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 197, Nr. 288; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 179 f.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 44.

S. Hermle

Cleemann, Olga, geb. Bernsdorff

** 22.2.1859, † 2.6.1919 Riga.*
Verh. mit Gustav Cleemann.

Gemeinsam mit ihrem Mann wurde sie am 4.5.1919 von den bolschewistischen Herrschern Rigas verhaftet. Im Gefängnis erkrankte sie an Flecktyphus, so-

dass C. nach ihrer Befreiung am 22.5. nur noch wenige Tage zu leben hatte. Sie verstarb am 2.6.1919 und wurde gemeinsam mit ihrem Mann zwei Tage später bestattet.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 211; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 179 f.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 44.

S. Hermle

Doebler, Erhard



* *4.8.1882 Riga, † 22.5.1919 Riga.*
Verh. mit Alma, geb. von Samson-Himmelstjerna.
1902–1908 Theologiestudium in Dorpat; 1908 Oberlehrer für deutsche Sprache an einer Schule im Kaukasus; 1910 livländischer Kandidat; 1911 Oberlehrer an verschiedenen Schulen; 1912 Predigthelfer an St. Peter in Riga; 1913 Redakteur des Rigaer Kirchenblattes; 1913 Pastor und Rektor des Marien-Diakonissenhauses; 1915 Oberpastor an St. Jakob in Riga.

D., der früh Waise geworden war, hatte sich seinen Lebensunterhalt weitgehendst selbst zu verdienen. Nach zwei Jahren als Lehrer für die deutsche Sprache in einer Schule im Kaukasus wirkte er als Religions- und Deutschlehrer in Riga. Trotz seiner Jugend wurde er 1913 zum Rektor des Rigaer Diakonissenhauses gewählt und bereits zwei Jahre später zum Oberpastor der traditionsreichen Jakobigemeinde eingesetzt. Seine Antrittspredigt zeigt etwas von seiner theologischen Grundeinstellung: „Was ich euch verkündigen will, heute und solange es mir vergönnt ist, – es ist immer das Eine und immer der Eine – Jesus Christus, – aus seiner Fülle allein kann uns werden Gnade um Gnade, können wir nehmen Segen um Segen." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 141) D. engagierte sich vor allem für die Predigt, für den Kindergottesdienst und die Armenpflege. Allerdings wurde seine Gemeindearbeit bereits 1916 jäh unterbrochen, als er – wie so viele andere – nach Ausbruch des Weltkrieges wegen „Germanophilie" verbannt wurde. Er kam nach Saratow, wo er sich als freiwilliger Helfer des Ortspastors der Betreuung der anderen Vertriebenen annahm. Während dieser Zeit schrieb er auch ein später viel beachtetes Andachtsbuch mit dem Titel „Ruhet ein wenig". Mit der Revolution von 1917 wurde ihm die Freiheit gegeben, doch erhielt er zunächst nicht die Erlaubnis, nach Riga zurückzukehren. Nachdem seine Heimatstadt am 3.9.1917 von den Deutschen erobert worden war, schien die Rückkehr gänzlich unmöglich. Doch D. unternahm gemeinsam mit seiner Frau verschiedene Versuche, die russische Front zu durchbrechen. Über Estland gelangten sie schließlich unter großen Gefahren über den zugefrorenen Sund auf die Insel Ösel, von dort fuhren sie mit einem Schiff nach Kurland und erreichten schließlich Riga. Sogleich nahm D. seinen Dienst wieder auf. Als im November 1918 die deutsche Wehrmacht nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches abziehen musste und sich die Übernahme der Herrschaft durch die Bolschewisten abzeichnete, stand D. vor der Frage, ob er wie viele seiner Gemeindeglieder fliehen sollte. Dies kam für ihn freilich nicht in Frage, ihm war Bleiben selbstverständliche Hirtenpflicht. Da er am politischen Leben während der Okkupationszeit teilgenommen und in Predigten gegen die bolschewistische Bedrohung Stellung bezogen hatte, rechnete er mit seiner Verhaftung. Diese blieb freilich zunächst aus. Jeden Morgen wurde in der Jakobikirche eine Andacht gefeiert, sonntags war die Kirche bis auf den

letzten Platz gefüllt. Nachdem in der St. Jakobikirche ein Meeting der neuen kommunistischen Machthaber abgehalten worden war, predigte er am 4. Sonntag nach Epiphanias über die Vaterunser-Bitte „[…] geheiligt werde dein Name". Er wies die Gemeinde darauf hin, dass es nun gelte, Zeuge zu sein, Protest gegen die Entweihung des Namens genüge nicht. Man müsse dafür sorgen, „daß Sein Name durch uns geheiligt werde." (Ebd., S. 143) Am 4.3.1919 wurde D. nach einer stundenlangen Haussuchung verhaftet und ins Gefängnis eingewiesen. Dort hatte er äußerst schwere Tage, voll Hunger und Unsicherheit zu durchleben. Das Neue Testament wurde ihm abgenommen und jede Andacht verboten. Dennoch versuchte er nachts heimlich seelsorgerlich tätig zu sein. Am 20.3. verlegte man ihn ins Rigaer Zentralgefängnis, wo er in eine Zelle kam, in der sich bereits vier Amtsbrüder befanden. Sie feierten jeden Morgen und Abend miteinander Andacht und stärkten sich so gegenseitig sowie die Inhaftierten in der Nachbarzelle. Heimlich gelang es D., in einen regen Briefwechsel mit seiner Frau einzutreten. Beispielsweise schrieb er ihr am 27. März: „Ich habe alles so in Gottes Hände gelegt, daß ich ganz ruhig bin. ‚Er mag's mit meinen Sachen nach Seinem Willen machen'. Aber wenn Gott mich dem Leben wiederschenkt, so will ich ein ganz neues, vertieftes Leben führen. Für unsere Gemeinden beten wir immer wieder. Ja, gebe Gott, daß diese Prüfungszeit auch ihnen viel Segen bringt!" (Ebd., S. 144) Am 11.4. hieß es in einem Brief: „Gut, daß wir eben Passionszeit haben. Da stellt man wohl ganz unwillkürlich sein Leiden neben das unseres Heilandes. Und dann wird man ganz still. Wie wenig ist es doch im Grunde genommen, was wir tragen müssen! Das muß man sich nur sagen, und dann geht es." (Ebd., S. 145) Am 22.5. wurde er – die baltische Landeswehr war der Stadt Riga nahe gekommen und die Befreiung stand unmittelbar bevor – mit 32 weiteren Personen aus der Zelle gerufen und auf den Gefängnishof geführt. Kurz konnten sich die Gefangenen noch voneinander verabschieden und einen Bruderkuss geben, dann wurden sie von einem Erschießungskommando niedergestreckt. Wenig später erreichte ein erstes Panzerauto der Landeswehr das Zentralgefängnis, im Hof bot sich den Einstürmenden ein Bild des Grauens.

Literatur: E. Doebler: Briefe; E. Langewitz: Bolschewikenherrschaft; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 207; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 83 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 208, Nr. 361; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 140–148.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 30.

S. Hermle

Eckhardt, August

** 20.4.1868 Riga, † 22.5.1919 Riga.*
Verh. mit Antonie, geb. Heyer.
1886–1891 Theologiestudium in Dorpat; 1892 Predigthelfer in Sunzel; 1893 Nachmittagsprediger in Riga; 1906 Pastor am Dom zu Riga; 1893–1906 zugleich Religionslehrer an der städtischen Realschule; 1898–1903 Präses des Jünglingsvereins; 1907–1913 Herausgeber des Rigaer Kirchenblattes; 1913 Herausgeber der Zeitschrift „Glaube und Leben"; 1919 Propst zu Riga.

Der Rigaer Dompastor E. war – wie ihn Schabert charakterisierte – ein „Mann des Herzens, nicht des Wortes, mehr ein Seelsorger als ein Prediger" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 148). Er neigte der liberalen Theologie zu und bewahrte auch in bedrängten Zeiten seine klare Haltung, mit der er sich in großer Opferbereitschaft um seine Gemeinde kümmerte. Insbesondere wusste er sich den vielen armen Gemeindegliedern verbunden und suchte Trauernden beizustehen. Als im Januar 1919 ein neuer Propst für Riga zu bestimmen war, wurde er von den lettischen und deutschen Pastoren einstimmig gewählt. Nach der Eroberung der Stadt durch die Bolschewisten versammelte er die Amtsbrüder heimlich, um in gemeinsamer Beratung Stärkung zu finden. Im Hinblick auf die alle bedrängende Frage, ob man fliehen oder bleiben solle, hatte er eine klare Haltung, die in einem Brief vom 28.12.1918 zum Ausdruck kommt: „Ich als Pastor halte das Bleiben für meine Pflicht und Schuldigkeit. Aus Riga kann doch nur ein verschwindend kleiner Teil sich retten, was soll aus den andern werden, wenn alle die, welche ihnen noch Führer und Halt sein könnten, das Hasenpanier ergreifen. Ich hoffe, daß Gott mir die Kraft geben wird, nichts zu unternehmen, dessentwegen ich vor den Meinen oder meiner Gemeinde erröten müßte." (Ebd., S. 148) E. wurde während eines Gottesdienstes am 6.4. verhaftet. Als die Gemeinde wartete, dass der Pastor mit seiner Predigt beginnen würde, blieb die Kanzel leer. Nach einiger Zeit trat E. vor



die Gemeinde und teilte mit, er sei verhaftet. Nach einem kurzen Gebet und der Mahnung, sich für die Armen einzusetzen, segnete er die Gemeinde. Dann führten ihn bewaffnete Männer aus dem Dom ins Zentralgefängnis. E. hatte angesichts der drohenden Verhaftung vorsorglich ein Abschiedswort an seine Gemeinde geschrieben. In diesem nach seiner Bestattung verlesenen Wort hieß es: „Sollte ich um meines Zeugnisses willen in Gefangenschaft und Tod kommen, so helfe mir Gott, daß ich auch in solchen Zeiten nicht schwach werde, vielmehr der Geist der ersten Zeugen auch in mir, dem Schwachen, lebendig sich zeige. Die Gemeinde aber möge auch ihrerseits immer festeren Bekennermut zeigen. Uns kann aus der Not der Zeit nur herausgeholfen werden, wenn [...] die Bereitschaft, auch Märtyrer für die eigene Überzeugung zu werden, in der Gemeinde lebendig wird. Es kann nicht besser werden, solange die, welche sich Christen nennen, so entsetzlich nachgiebig sind und sich jeder Richtung beugen, die etwas rücksichtsloser ihre Ziele verfolgt." (Ebd., S. 150.) E. gelang es immer wieder, Zettel aus dem Gefängnis herausschmuggeln zu lassen. Auf einem Papier vom 22.4. hieß es: „Man muß auf alles gefaßt sein. Überall bleiben wir doch in Gottes Hand. Wir wollen aufrechtbleiben." (Ebd., S. 151) Wie zahlreiche weitere Amtsgenossen wurde auch er am 22.5. ermordet, als sich die baltische Landeswehr Riga schon so weit genähert hatte, dass die Niederlage der bolschewistischen Herrscher abzusehen war. Kurz vor seiner Ermordung hat E. noch ein Lied gedichtet, das mit den Worten schloss: „Ja, Herr, ich will es wirklich, – will/Als rechter Christ mich zeigen/Du aber wirst dich göttlich still/Zu meinem Wollen neigen." (Ebd., S. 152) Als Leichentext hatte er Ps 16,6 ausgewählt: „Das Los ist mir gefallen aufs liebliche. Mir ist ein schön Erbteil geworden!"

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 207; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 84 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 214, Nr. 397; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 148–152.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 31.

S. Hermle

Frese, Eduard

** 19.11.1871 Pastoral Pönal, † 27.5.1919 Riga.*
Verh. mit Lisbeth Natalie Wilhelmine, geb. Brehm.
1892–1897 Theologiestudium in Dorpat; 1898 ordiniert zum estländischen Pfarrvikar; 1902 Pastor in Waiwara.

Der aus einem alten Pastorengeschlecht stammende F. war ein musisch veranlagter, optimistisch eingestellter Mensch. In seinem Pastorat Waiwara kümmerte er sich in besonderer Weise um die Schulkinder. Mit Beginn des Weltkrieges musste er sein Pastorat, das vom russischen Militär requiriert wurde, verlassen und auf einem Gutshof Wohnung nehmen. Als sich die Lage zuspitzte, flüchtete er um seiner Familie willen nach Riga. Durch Krankheit und Erschöpfung wurde er an einer Weiterreise gehindert. Da in Riga nahezu alle Pastoren verhaftet waren, half F. bei der Bestattung von Toten ebenso mit wie beim seelsorgerlichen Dienst an den Hinterbliebenen. Nachdem sein Aufenthalt in Riga bekannt geworden war, wurde er verhaftet. Erst nach sechs schweren Wochen konnte er nach der Befreiung Rigas am 22.5. das Gefängnis wieder verlassen, aber seine Gesundheit war durch eine Typhuserkrankung so angegriffen, dass er am 27.5.1919 verstarb.





Literatur: E. Amburger: Pastoren in Estland, S. 38, Nr. 33; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 210 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 174 f.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 42.

S. Hermle

Geist, Alfred

** 28.11.1863 Riga, † 2.10.1919 Riga.*
Verh. mit Martha Ottilie, geb. Wagner.
1883–1884 Theologiestudium in Dorpat; 1884/85 Hauslehrer, anschließend Studium in Heidelberg und Jena; 1887 Pfarrvikar in Auma/Thüringen; 1888 Pastoradjunkt und ab 1893 Pastor der reformierten Gemeinde Riga.

G. gehörte zur reformierten Kirche und wechselte deshalb auch vom lutherisch bestimmten Dorpat an die Universitäten Heidelberg und Jena. Seine Wirksamkeit als Pastor kam nicht nur seiner Gemeinde in Riga zugute, er war auch engagiert im Hinblick auf die Sammlung der wenigen reformierten Gemeinden in Russland. Um unter den litauischen Reformierten in Riga tätig werden zu können, erlernte er ihre Sprache. Engagiert hat er sich für das Schulwesen, für den Jungmännerverein oder den „Deutschen Verein", der alle Balten in Livland zusammenschloss. Für G. war es selbstverständlich, dass er angesichts der bolschewistischen Herrschaft nicht weichen wollte. Den wenigen verbliebenen Familien suchte er weiterhin Rat, Trost und Hilfe zukommen zu lassen. Am 19.3.1919 wurde er mit seinem 16-jährigen Sohn ins Zentralgefängnis gebracht. Während sein Sohn nach zehn Tagen die Freiheit erlangte, blieb G. inhaftiert. Gemeinsam mit seinem lutherischen Kollegen Doebler gestaltete er abwechselnd Andachten für die Mitgefangenen; gemeinsam vertieften sie sich in die Theologie der Psalmen. Als seine litauische Gemeinde große Anstrengungen unternahm, ihn zu befreien, hatte dies für G. fatale Folgen. Zunächst wurde er in ein elendes Kellerloch gesperrt, wo Diebe inhaftiert waren; dann musste er schwerste Zwangsarbeit leisten. Als sich Mitgefangene weigerten, Holz in Wagons zu verladen, wurde die gesamte Gruppe in einen Wagon gesperrt. Dort infizierte sich G. mit Fleckfieber. Zurück im Gefängnis, wurde er in eine Zelle verlegt, wo er drei Pastoren antraf. Trotz der sich immer stärker bemerkbar machenden Krankheit hatte G. schwere Arbeit auf dem weit entfernten Waldfriedhof zu leisten. Als das Gefängnis am 22.5. von der baltischen

Landeswehr befreit wurde, brachte man ihn umgehend ins städtische Krankenhaus. Eine ihn zusätzlich schwächende Lungenentzündung führte zu monatelangem Siechtum; zuletzt konnte er weder sprechen noch sich bewegen. Am 2.10.1919 ist G. verstorben. Der Beerdigungsansprache wurde der von ihm ausgewählte Text zugrunde gelegt: „Ich will den Kelch des Heils nehmen und des Herrn Namen predigen." (Ps 116,13)

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 212 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 233, Nr. 521; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 183–186.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 47.

S. Hermle



Gilbert, Wilhelm

* *24.12.1868 Hofzumberge, † 16./17.11.1919 bei Siuxt/Kurland.*
Verh. mit Lilly Ernestine, geb. Felix.
Nach einer Zeit als Hauslehrer 1893–1898 Theologiestudium in Dorpat; 1899 Adjunkt in Mitau; 1901 Waisenvater und Religionslehrer an der St. Petri-Schule zu Petersburg; 1905 Pastor Vicarius in Setzen, dann Würzau; 1906 Pastor Vicarius in Siuxt und Irmlau; ab 1907 Pastor ebenda.

Propst Rutkowski nahm den aus einer armen lettischen Familie stammenden G. in sein Pfarrhaus auf, um das begabte Kind auf das Theologiestudium vorzubereiten. Die Studienleistungen G.s wurden von der Dorpater Fakultät 1894 mit einer goldenen Medaille belohnt – er hatte eine Preisaufgabe in herausragender Weise gelöst. Während der ersten russischen Revolution war er Vikar in Setzen. Dort überfiel am Pfingsttag 1905 eine Gruppe von Revolutionären die Kirche. Als G. aus der Sakristei trat, wurde er beschossen, doch glücklicherweise nicht getroffen. Auch auf seiner nächsten Stelle hatte er einen Anschlag zu überstehen: In der Nacht des 27.11.1905 wurde das Pastorat überfallen. G. und seine Familie blieben wie durch ein Wunder erneut unverletzt. In der ihm übertragenen Pfarrei Siuxt kam es im Folgenden immer wieder zu Konfrontationen mit lettischen Nationalisten, da G. seine Wertschätzung des deutschen Volkes und der deutschen Kultur immer deutlich zum Ausdruck brachte. Trotz dieser schwierigen Situation widmete er sich mit großem Engagement seiner Gemeinde, insbesondere die Predigtvorbereitung und der Konfirmandenunterricht lagen ihm am Herzen. Wichtig war ihm auch die wissenschaftliche Arbeit; wo immer dies möglich war, beschäftigte sich G. mit theologischer Literatur. Da er sich am Ende der deutschen Okkupationszeit entschieden gegen bolschewistische Aktionen geäußert hatte, verließ er mit seiner Familie Weihnachten 1918 seine Gemeinde. Er stellte sich der baltischen Landeswehr als Freiwilliger zur Verfügung und wurde ihr Feldprediger. Nachdem diese Verbände Kurland zurückerobert hatten, kam er am 7.4. wieder in seine Gemeinde. Doch seine Lage war bedroht; am 15.11.1918 warnte ihn ein Gemeindeglied, er solle fliehen, da er zu viele Feinde habe. G. jedoch blieb und wurde am nachfolgenden Tag durch lettische Militäreinheiten verhaftet. Man warf ihm Landesverrat vor. G. verlangte vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden, was ihm auch zugestanden wurde. Er sollte nach Riga gebracht werden. Auf dem Weg dorthin wurde er von einem Soldaten erschossen und vollständig ausgeraubt. Offiziell beschloss die kurländische Synode 1920, auch G. zu den Märtyrern der Kirche zu zählen.

Literatur: T. Kallmeyer: Kirchen, S. 359; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 213; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 105f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 169–172.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 38.

S. Hermle



Gross, Erwin

** 14.9.1870 Riga/Livland, † 10.2.1920 Velikie Luki/Gouvernement Pleskau (Pskov)/Russland.*
Verh. mit Marie, geb. Kügler, neun Kinder.
1888–1893 Theologiestudium in Dorpat/Livland; 1894–1895 Probejahr in Rodenpois/Livland; am 24.09.1895 Ordination in Riga; 1895–1896 Pastor vic. für Lennewarden und Groß-Jungfernhof/Livland; 1896/1898 Pastor adj. in Roop/Livland bei seinem Schwiegervater Pastor Paul Kügler (1845–1902); 1898–1907 Pastor in Katlakaln/Olai; 1907 Pastor zu Roop; livländischer Direktor der Lettisch-Litterärischen Gesellschaft.

Der Sohn des Oberlehrers der deutschen Sprache und Literatur am Stadtgymnasium Dr. Robert Gross (1832–1902), der zunächst in Dorpat Theologie studiert und 1893 das livländische Konsistorialexamen abgelegt hatte, erlebte schon als junger Pastor der Landgemeinde Katlakaln nahe Riga die Ausschreitungen der lettischen Revolutionäre von 1905/06 und trat ihrer Propaganda mutig entgegen. Wiederholt wurde er schon damals bedroht. Die Pfarre von Roop versprach zunächst mehr Ruhe; anfängliches lettisches Misstrauen blieb hinter der treuen Arbeit des Pastors zurück. G. konnte sich hier auch wieder der theologischen Wissenschaft zuwenden, seine Aufmerksamkeit galt dabei besonders sozialen Problemen.

Mit dem Ersten Weltkrieg aber begann für ihn eine schlimme Leidenszeit. Schon 1915 sollte er wegen „Germanophilie" nach Sibirien verschickt werden. Die bolschewistische Sturmflut erschütterte seine Nerven derart, dass 1916 mit Wilhelm Grüner zeitweilig ein junger Geistlicher, durch gemeinsame Schillingsche Vorfahren mit Marie Gross verwandt, zu seiner Unterstützung eingesetzt werden musste. Grüner wurde 1918 als Pastor nach Ronneburg berufen; er wurde im Februar 1919 in Wenden ein Opfer des Terrors. G. floh im Dezember 1918 vor den Bolschewisten nach Riga, kehrte nach der Einnahme Rigas Anfang Januar 1919 nach Roop zurück und wurde hier nach dem Gottesdienst am 16.1.1919 verhaftet und in Wenden ins Gefängnis geworfen. Er konnte hier noch als Seelsorger wirken. Am 12.5. aber wurde er nach Russland verschleppt, von Gefängnis zu Gefängnis gebracht und schließlich in Velikie Luki im Gouvernement Pleskau (Pskov) interniert. Er lebte hier unter grausigen Verhältnissen und ging im Februar des nächsten Jahres an Hunger zugrunde. Schabert, der sich auf die Aufzeichnungen eines Sohnes und des Pastors N. Ozolins stützt, rechnet G., weil er nicht unmittelbar getötet worden ist, nicht zu den Märtyrern, sondern zu den „Konfessoren". In dem von ihm herausgegebenen Heft „Bildnisse und Aussprüche Baltischer Märtyrer" hat er von G. das Wort überliefert: „Das entbehrungsreiche eigenartige Leben des Gefangenen wird seinen Segen haben, wenn ich es recht mit Gottes Hilfe trage. Haltet an am Gebet, Gott wird helfen. Es tagt bereits ein Morgenrot." (S. 48) Sein Sohn Walter Gross (1903–1974) hat mit einer Studie über Roop eine wertvolle Beschreibung der Lebensverhältnisse eines baltischen Pastorats überliefert.

Literatur: Album Fratrum, S. 378, Nr. 960; W. Gross: Kirchspiel; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 245, Nr. 598; B. Mensing/

H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 213 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 186–188.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 48.

S. Bitter

Grühn (Gruehn), Friedrich Albert



** 22.4.1859 Kandau/Kurland, † 11.5.1906 bei Erwahlen/Kurland.*
Verh. mit Lucie Valentine Marie (Vally), geb. Freiberg, acht Kinder.
1880–1884 Theologiestudium in Dorpat/Livland; Praktisches Jahr in Kandau, 19.5.1885 Ordination in Mitau/Kurland; Pastor adj. in Samiten/Kurland; 1886–1890 Pastor in Balgalln/Kurland, 1891 in Erwahlen/Kurland mit Rohjen und Saßmacken.

G. war theologisch konservativ geprägt. Nach den ersten Amtsjahren in der „Hungerpfarre" Balgalln übernahm er die große Gemeinde Erwahlen mit den Filialkirchen in dem Städtchen Saßmacken und in dem am Ostseestrand gelegenen Rohjen. Zu seiner Gemeinde gehörten 10 000 Gemeindeglieder, weit zerstreut lebend. G. setzte sich für die sozialen Belange seiner Gemeinde und für die Hebung des Schulwesens ein. Auf einer seiner Fahrten durch die tiefen Wälder Kurlands traf er auf eine Gruppe elend dahinvegetierender aussätziger Menschen. Er ruhte nicht, bis er mit Hilfe der Stiftung eines kurländischen Adeligen in Saßmacken ein Leprosorium errichten konnte.

G. liebte es zu malen; einige seiner Bilder haben sich in der Familie erhalten. Im Terror des Jahres 1905 forderte ein Revolutionskomitee, er solle weichen; würde er bleiben, so hätte er das „mit dem sichern Tode zu bezahlen" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 60). G. legte den Drohbrief in ein Geheimfach seines Schreibtisches und blieb. Er wollte das Amt, in das Gott ihn gestellt, nicht verlassen. Er beschäftigte sich mit der Passion Jesu. 1905 malte er ein großes Ölbild, das den in Gottes Willen ergebenen Jesus von Nazareth im Garten Gethsemane zeigt. Am Morgen des Himmelfahrtstages 1906 wurde G. auf der Fahrt zur Konfirmation in Rohjen von einer etwa siebenköpfigen Bande in einem dichten Wald nahe der Lubben'schen Mühle aus dem Hinterhalt überfallen und erschossen; seinem Kutscher, der sich retten konnte, waren die Mörder unbekannt (Polizeibericht). – Die „Dünazeitung" schrieb: „Ein altes Mütterchen aus dem benachbarten Armenhause kniet am Sarge laut sprechend: ‚Du lieber Pastor, bitte Gott, er möge gnädigst die große Sünde verzeihen, die die lettischen Leute an dir verübt und uns Arme und Waisen vaterlos gemacht, denn er war unermüdlich bereit, uns nicht allein mit Worten zu trösten, sondern auch durch die Tat beizustehen'." (Dünazeitung vom 20.5.1906) Der Artikel schließt: „O Lettenvolk, du armes, zu welchen Abgründen sind so viele deiner verblendeten Glieder geführt worden! Beglücker und Leiter der Presse, seht die Früchte Eures Wirkens! [...] Aber auch diese teuflische Mordtat wird einen Baustein liefern zur allendlichen Herstellung glücklicherer Tage." (Ebd.) G.s Witwe soll nach mündlicher Überlieferung eine Unterstützung aus der Privatschatulle der Zarin bekommen haben. G.s Grab wird noch heute von lettischer Hand gepflegt. Der heutige Pastor in Erwahlen, Propst Marcis Zeiferts, beabsichtigt eine Wiederherstellung des Küsterhauses in Erwahlen; die Zimmer sollen nach Pastoren der Gemeinde benannt werden, eines wird an Grühn erinnern (Briefe M. Zeiferts vom 18.3. und 25.10.2004 an den Verf.).

Für Schaberts Märtyrerbuch hat Werner Gruehn (1887–1961) über den Tod des Vaters berichtet; W. Gruehn hat sich später wiederholt in seiner kirchli-

chen und wissenschaftlichen Arbeit auf das Martyrium seines Vaters – und das Traugott Hahns – berufen.

Quellen: Staatl. Archiv der Russischen Förderation, 102/7e/8725, 1906: Russischer Polizeibericht vom 15.5. 1906 über die Ermordung Grühns (Kopie in Besitz von Dietwald Gruehn/Berlin); Dünazeitung vom 20.5.1906; Predigten, Briefe und Fotos im Besitz des Verfs.

Literatur: S. Bitter: Gruehn; K. Hagen: Lexikon, S. 32 f.; T. Kallmeyer: Kirchen, S. 382; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 59–61; E. v. Schrenck: Kirchengeschichte, S. 162; W. Sénéchal: Pfarrer, S. 47–59; J. Zilgalvis: Macitajmuizas.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 6.

S. Bitter



Grüner, Wilhelm

* *1.9.1891 Pastorat Appricken/Kurland, † 7./8.2.1919 Wenden/Livland.*

Ledig.

1911–1915 Theologiestudium in Dorpat/Livland; Probejahr 1915/1916 in Riga, dann Pastor adj. in Roop/Livland; seit 1918 Pastor in Ronneburg/Livland.

G., mütterlicher- und väterlicherseits aus alter Pastorenfamilie, wollte nach dem Studium zunächst in Riga die Arbeit der Inneren Mission kennen lernen; auch wollte er in der unruhigen Kriegszeit in der Nähe seiner Angehörigen bleiben. Sein Vater Eduard Grüner (1860–1938), der später für Schabert über den Leidensweg seines Sohnes berichtet hat, war seit 1910 Pastor im nahe gelegenen Neuermühlen, sein Bruder Viktor Grüner (1889–1941) war damals Pastor in Riga. Doch wurde er schon 1916 nach Roop berufen, um als Adjunkt Pastor Erwin Groß zu entlasten, der in den Belastungen jener Jahre nervlich erkrankt war. G. hat hier unter schwierigsten Kriegsverhältnissen seines Amtes walten und auch die Familie seines Mentors vor der russischen Soldateska, die das Pastorat plünderte, schützen müssen. Später konnte er mit dem genesenen E. Groß gemeinsam amtieren. Er besaß ein frisches und offenes Wesen und wurde in der Gemeinde sehr geschätzt. Nach der deutschen Eroberung Südlivlands übernahm G. 1918 die Gemeinde Ronneburg in der Hoffnung auf ein Aufblühen der Gemeinde nach den Verwüstungen der Kriegsjahre. Doch dem bei Kriegsende zurückweichenden deutschen Heer folgten die Bolschewiken. Die deutschen Gemeindeglieder flohen und versuchten, auch ihren Pastor zur Flucht zu bewegen. Am 12.12.1918 schrieb er seinen Eltern in dem letzten erhaltenen Brief: „Ich bin froh, daß ich Euch in größerer Sicherheit weiß, wir sind preisgegeben allen zügellosen Elementen. Ich sehe allen Eventualitäten ins Auge, rechne selbst damit, daß ich diese Zeit nicht überstehen werde. Ich bleibe jedenfalls bei meiner Gemeinde bis zum letzten Augenblick, sie sollen es wissen, ihr Pastor verläßt sie nicht in Gefahr, und ich bin ganz bereit, wenn Gott mich abrufen sollte, mit Freuden zu ihm zu gehen." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 115) Einen Monat später wurde Grüner nach dem Gottesdienst verhaftet; ein Tribunal in Wenden/Livland beschuldigte ihn, einen Revolver bei sich getragen zu haben. Doch konnte G. nachweisen, den Befehl, die Waffe abzuliefern, nicht erhalten zu haben. Es wurde ihm sodann vorgeworfen, dass er die Mütter ermahnt hatte, ihre Kinder in Gottesfurcht und in der Lehre des Wortes Gottes zu erziehen, weil in den Schulen der Religionsunterricht verboten war. Er wurde inhaftiert. In der Haft konnte er seine Mitgefangenen seelsorgerlich begleiten, auch schriftlich seinen kranken alten Mentor trösten. Der 27-jährige

G. ist in der Nacht vom 7. auf den 8.2.1919 in Wenden erschossen worden, nachdem er das Gewissen seiner Widersacher in flammender Rede erschüttert hatte. Er starb in der Zuversicht des Glaubens, betete für seine Feinde, sang auf dem Wege zur Hinrichtungsstätte „Jesus meine Zuversicht" und schließlich „Wenn ich einmal soll scheiden". Die Leiche wurde erst im Sommer 1919 gefunden. Die lettische Gemeinde von Roop, in der Grüner als Adjunkt gewirkt hatte, erbat sich die Erlaubnis, ihn auf ihrem Kirchhof bestatten zu dürfen. Zum Trauergottesdienst war die Kirche herrlich geschmückt, der orthodoxe Geistliche hatte die damals sonst kaum erhältlichen Kerzen gestiftet. Ein Pastor konnte in dieser Zeit der Vertreibung, der Flucht und des Mordens an diesem Gottesdienst nicht mitwirken.

Literatur: Album Curonorum, S. 229, Nr. 1644; V. Grüner: Leben, S. 53 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 72 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 113–116; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 247, Nr. 613.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 22.

S. Bitter



Hahn, Traugott, Prof. Dr.

* *1.2.1875 Rauge/Livland, † 14.1.1919 Dorpat/Livland.*
Verh. mit Anna, geb. von zur Mühlen, vier Kinder.
1893–1897 Theologiestudium in Dorpat; 1899 Predigthelfer an St. Olai in Reval; 1902 Pastor an der Universitätskirche in Dorpat; 1902 Privatdozent für historische Theologie; 1908 D. theol. der Universität Rostock; 1909 außerordentlicher Professor für praktische Theologie in Dorpat.

In einer Pastorenfamilie aufgewachsen setzte H. nach erfolgreichem Abschluss in Dorpat sein Studium in Göttingen fort, wo er eine Promotionsschrift über den im 4. Jh. lebenden Theologen Tyconius begann. Freilich konnte er diese nicht abschließen, da er im Mai 1899 nach Reval zurückkehren musste, um seinen erkrankten Vater im Pfarramt zu unterstützen. Als er 1902 einen Ruf auf die Pfarrstelle der Universitätsgemeinde in Dorpat erhielt, mit der traditionsgemäß auch die Mitgliedschaft an der Theologischen Fakultät verbunden war, reichte er seine zwischenzeitlich abgeschlossene Tyconius-Studie ein und wurde trotz Widerständen des aus der Tschechei stammenden Kirchengeschichtlers Johann Kvacala im Herbst 1902 promoviert und wenig später zum Privatdozenten für Historische Theologie ernannt. 1908 erfolgte vom zuständigen Minister die Ernennung zum Professor für Praktische Theologie, einer Aufgabe, der sich H. mit großem Engagement widmete. Insbesondere stellte er die Bedeutung der inneren und äußeren Mission heraus und suchte die Studierenden im homiletischen Seminar zu einer intensiven Durchdringung des Bibeltextes anzuregen. Seiner von der Erweckungsbewegung geprägten Frömmigkeit gemäß war ihm das Katheder zugleich auch immer Kanzel. Es überrascht deshalb nicht, dass Studenten den Eindruck hatten, seine Vorlesungen hätten „stets das Gepräge eines persönlichen Bekenntnisses" (A. Hahn: Traugott Hahn, S. 98). Neben der akademischen Arbeit blieb H. aber stets auch Gemeindepastor: Predigt, Seelsorge und Konfirmandenunterricht waren ihm besonders wichtig.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet H. ins Visier der russischen Behörden. Im Frühjahr 1915 wurde er aus Livland ausgewiesen. Bald konnte er freilich auf Fürsprache estnischer und lettischer Studierender zurückkehren. Mit der Zuspitzung der Situation durch den Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 sahen

sich H. und seine Familie aufs Äußerste bedroht. Am 28.1.1918 wurde H. vor einer bevorstehenden Verhaftung gewarnt. Er tauchte unter und lebte in den nächsten Wochen bei verschiedenen Familien auf dem Lande. Freilich wollte er sich nicht verstecken, deshalb ließ er von der Kanzel abkündigen, dass er seine Arbeit in der Gemeinde wieder aufnehme. In dieser bedrängten Situation war ihm die Lektüre des Neuen Testaments eine große Kraftquelle und in einem Brief an seine Schwiegermutter machte er deutlich, dass er in „der Einsamkeit … viel Tiefes durchlebt" habe (ebd., S. 149). Gott sei mit ihm „ins Gericht gegangen", aber er sei nun der ihm um Jesu Christi Willen zukommenden göttlichen Gnade gewiss. Es dürste ihn „wohl von Herzen danach, weiter zu leben, aber vor allem nicht mein Eigenleben, sondern Ihm zu leben, dem Herrn Jesus Christus, ob nun hier oder in einer anderen Welt" (ebd., S. 150). Als am 24.2.1918 Dorpat durch deutsche Truppen besetzt wurde, war die gefährliche Zeit beendet; auch die Universität konnte als deutsche Universität wieder eröffnet werden. Freilich sollte diese Phase nur von kurzer Dauer sein. Als die deutschen Truppen im November abzogen, stellte sich die Frage nach Flucht oder Ausharren erneut. H. war zwischenzeitlich zu der festen Überzeugung gelangt, er müsse unter allen Umständen bei seiner Gemeinde bleiben. Insbesondere war ihm das Wort Jesu vom Mietling, der angesichts des Wolfes seine Herde verlässt, zum Wegweiser geworden [vgl. Joh 10,12]. Seinem Bruder Hugo schrieb er am 8. Dezember: „Wenn wir nicht bereit sind, um des Zeugnisses des Evangeliums unser Leben zu opfern, so beweisen wir, daß es für uns nicht den nötigen vollen Wert gehabt." (Ebd., S. 166)

Mit der Machtübernahme der Bolschewisten in Dorpat spitzte sich die Situation zu. Zunächst konnte Hahn noch Gottesdienste durchführen, dann wurde dies untersagt. Dringend geraten wurde H. aus Dorpat zu fliehen, doch er konnte sich hierzu nicht entschließen. Am 3.1. wurde er verhaftet und gemeinsam mit seinem Freund, Prof. Adalbert von Stromberg, und dem russisch-orthodoxen Bischof Platon mit einer großen Zahl weiterer Gefangener in eine Zelle eingewiesen. Alle Versuche seiner Frau, seine Freilassung zu erwirken, blieben erfolglos. Am 14. Januar, als die heranrückenden Befreiungstruppen schon unmittelbar vor Dorpat standen, wurde H. gemeinsam mit Bischof Platon, mit dem er während der Gefängniszeit eine intensive geistliche Gemeinschaft gepflegt hatte, ermordet. H. wusste sein Leben ganz in Gottes Hand, er wollte seinen Zeugendienst weiter ausüben, wollte den ihm anvertrauten Menschen beistehen, sie in der lebensbedrohlichen Situation begleiten. Seine Festigkeit, die das eigene Leben nicht verschonte und auch auf die Familie keine Rücksicht nahm, wurde ihm zum Verhängnis.

Literatur: J. Erb: Geduld, S. 27; A. Hahn: Traugott Hahn; S. Hermle: Hahn; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 199 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 67–69; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 253, Nr. 649; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 76–85.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 12.

S. Hermle

Hassmann (Hasmanis), Edgar

** 31.1.1884 Luhde/Livland; † 26.3.1919 Riga/Livland.*
Verh. mit Maria Elisabeth, geb. Abb.
1906–1913 Theologiestudium in Dorpat; 1914 Pastor der estnisch-lettischen Gemeinde in Pleskau; 1915 Pastor in Salisburg.

H. entstammte einer lettischen Familie, die in den estnischen Teil Livlands übergesiedelt war, sodass er einer der wenigen Pastoren war, die sowohl Estnisch wie Lettisch beherrschten. Nach seinem Theologiestudium wurde er 1914 Adjunkt der estnischen Gemeinde in Fellin, wechselte jedoch noch im gleichen Jahr als Pastor zur lettischen Gemeinde in Salisburg. Als die Kommunisten im Januar 1918 erstmals die Macht errangen wurde H. sofort festgenommen und in Rujen vor ein Tribunal gestellt. Die Richter verwiesen ihn weiter nach Walk, wo sich H. jedoch der Gefangenschaft zu entziehen wusste. Bis zum Einmarsch der deutschen Truppen in Walk lebte er versteckt. Während der deutschen Besatzungszeit konnte er wieder in seinem Pfarramt tätig werden. Nach dem Abzug der Deutschen und der Wiederkehr der Bolschewisten war seine sofortige Verhaftung zu erwarten; er floh deshalb nach Riga. Dort wurde er auf der Straße von einem Kommunisten erkannt und verhaftet. Es begann für ihn eine schwere Zeit im Gefängnis, wo H. weiter seelsorgerlich tätig war und mit seinen Zellengenossen sogar das Abendmahl – freilich mit



Wasser und Brot – feiern konnte. Gemeinsam mit Propst Schlau wurde er am 26.3. hingerichtet. Seiner jungen Frau konnte er kurz vor seinem Tod einen Zettel zukommen lassen: „Auf Wiedersehen im Jenseits“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 128).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 340, Nr. 425; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 205; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 104 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 259, Nr. 689; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 127 f.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 26.

S. Hermle

Hesse, Carl Immanuel

* *13.7.1875 Theal bei Sagnitz/Livland, † 18.12.1918 Wrangelstein/Estland.*

Verh. mit Magdalene Aline, geb. Lemm, vier Kinder.

1894–1900 Theologiestudium in Dorpat; 1904 Predigthelfer der Stadtgemeinde Fellin; 1907 Pastor in Jewe.

Der aus einer Pastorenfamilie stammende H. wurde Pastor in Jewe, einer 13 000 Mitglieder zählenden Landgemeinde. In der angespannten Lage nach Ausbruch des Weltkrieges wurde H. gemeinsam mit neun anderen estnischen Pastoren 1915 in die Verbannung nach Sibirien geschickt; vorgeworfen wurde ihm, dass er Gaben für die deutsche Leipziger Mission gesammelt habe. Nach neun Monaten konnte er zurückkehren, doch kurz nach seiner Rückkehr wurde im Februar 1918 selbst das abgelegene Jewe von der Revolution ergriffen: Im Pastorat wurden Hausdurchsuchungen nach Waffen und Kaiserbildern durchgeführt und in der Kirche die alten Bilder der Patrone zerstört. Mitten in diese unruhige Zeit fiel die Konfirmation; als ein 21-jähriger Konfirmand während der Einsegnung lachte, schloss ihn H. vom Abendmahl aus. Dieser junge Mann suchte daraufhin einen Anschlag auf den Pastor auszuüben. Er wollte ihn bei der Heimfahrt von einem fernen Gehöft abfangen, doch H. war rechtzeitig gewarnt worden und hatte einen anderen Weg eingeschlagen. Mit dem Einmarsch der Deutschen am 1.3.1918 wurden die Unruhen zunächst beendet, doch als die deutschen Truppen am 29.11.1918 abzogen, war absehbar, dass die Bolschewisten wieder an die Regierung gelangen würden. In dieser Situation brachte H. seine Frau und die vier Kinder auf ein abgelegenes Gehöft. Als er am 1. Advent zur Predigt zurückkehrte bemerkte er, dass seine Gemeindeglieder von der aufkommenden Revolutionsstimmung eingenommen waren, er wurde nicht mehr gegrüßt, „jeder schimpfte ihm, dem Deutschen, nach“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 72). Auch der Bauer, der seiner Familie Unterschlupf gewährte, beschied ihm, er könne die Pfarrfamilie nicht länger verbergen, da sein Anwesen dadurch in höchster Gefahr sei. H. brachte seine Familie daraufhin bei einem alten Lehrer in einem Nachbarkirchspiel unter. Die Situation wurde immer bedrohlicher. Am Vorabend seiner Verhaftung – so wird berichtet – habe H. seine Familie besucht und mit ihr Psalm 27 gebetet: „Der Herr ist mein Licht und mein Heil.“ Von kommunistischen estnischen Soldaten wurde er am nächsten Morgen aufgefordert, sich binnen zwei Stunden zum Abmarsch vorzubereiten. Er nutzte die Zeit, um mit seiner Frau das Abendmahl zu feiern. In Psalm 27 suchte er Trost und Stärkung angesichts der erwarteten Zumutung, „daß er seinen Glauben verleugne“. H. wurde in das



10 km entfernte Gut Wrangelstein gebracht, wo der Stab der roten Regierung seinen Sitz hatte. Mit Spott wurde er empfangen und im anschließenden Verhör beschuldigt, er sei geflohen, „was seine konterrevolutionäre Gesinnung bekunden" würde (ebd., S. 73). Als man ihn zwingen wollte eine Erklärung zu unterschreiben, dass alles, was er gepredigt habe, erlogen sei, verweigerte er die Unterschrift. Während des Verhörs muss es zu einer besonderen Situation gekommen sein, denn H. wurde von den Verhörenden geblendet. In der Frühe des 18. Dezembers wurde er in der Nähe eines Flusses erschossen. Wie sich später ergab, hatte der erwähnte Konfirmand den Zufluchtsort von H. verraten und war auch an der Ermordung beteiligt.

Literatur: E. Amburger: Pastoren in Estland, S. 45 f., Nr. 52; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 198; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 65 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 70–73.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 10.

S. Hermle

Hoffmann, Theodor

* *1.2.1865 St. Petersburg/Russland, † 22.5.1919 Riga.*
Verh. mit Lucie, geb. Schumacher.
1883–1888 Theologiestudium in Dorpat; 1888 livländischer Kandidat; 1888–1901 Religionslehrer an verschiedenen Rigaer Schulen; 1892 Vikar und ab 1893 Nachmittagsprediger an St. Peter in Riga.

Da H. beim Abschluss seines Examens noch zu jung war, um ein Pfarramt zu übernehmen, wirkte er zunächst als Lehrer am Gouvernementsgymnasium in Riga. Auch später als Vikar bzw. als Nachmittagsprediger an der Rigaer Petrikirche blieb er der Schularbeit verbunden. Geschmerzt hat ihn wohl, dass er wiederholt bei Predigerwahlen übergangen wurde, sodass er während seiner gesamten Wirksamkeit lediglich in den Nachmittagsgottesdiensten tätig werden konnte. Für H. war die Flucht angesichts der sich nähernden bolschewistischen Truppen 1919 nicht vorstellbar. Seinem Sohn, der ihm und seiner Frau die Flucht angeraten hatte, antwortete er: „Ich bleibe, ich bin in Gottes Hand. Meine Gemeinde verlaß ich nicht. Ich tue meine Pflicht, tu du die deine." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 153) Nachdem die Petri-Kirche zum Hauptmeeting-Raum der neuen bolschewistischen Herrscher erwählt worden war, musste H. seine bedrängten Gemeindeglieder an anderen Orten zu stärken suchen. Insbesondere die diakonische Unterstützung lag ihm am Herzen. Es war ihm gelungen, größere Geldmittel für die Armenpflege vor den Bolschewisten zu verbergen. Auch als ihn ein Gemeindeglied warnte, man plane ihn zu ergreifen, lehnte er jede Flucht ab: „Wie der Kapitän das Schiff nur als letzter verlassen darf, so darf ich meine Gemeinde nicht verlassen und mich nicht in Sicherheit bringen." (Ebd., S. 154) Als er im Februar 1919 mit seiner Konfirmandenarbeit begann, fürchtete er, diese nicht zu Ende führen zu können. Wider Erwarten konnte er die Konfirmanden zur Konfirmation führen, doch während des Gottesdienstes erschienen plötzlich Kommissare, die ihn abholen wollten. H. vermochte durchzusetzen, dass er das Abendmahl noch vollenden konnte. Erst nachdem er selbst auch noch das Abendmahl genommen und das Dankgebet gesprochen hatte, machte er sich mit den Bewaffneten auf den Weg zum Zentralgefängnis. Dort hatte er zunächst eine Zeit härtester Haft zu ertragen – das



Wasser floss in seiner Zelle von den Wänden, und immer nur ein Teil der Inhaftierten konnte sich in Ermangelung von Sitzgelegenheiten ausruhen. Nach einigen Tagen kam er dann in eine andere Zelle, wo er Amtsbrüder traf. Gemeinsam lasen sie die Gefängnisepistel des Apostels Paulus, den Philipperbrief, und H. hatte aufgrund seiner reichen exegetischen Kenntnisse viel zum Verständnis des Textes beizutragen. Die Inhaftierten hatten Hunger, Demütigungen und Todesdrohungen zu ertragen. H. ahnte, dass er nicht überleben würde. Bei einem von seiner Frau arrangierten Treffen kurz vor seinem Tod sagte er: „Ihr werdet bald befreit sein, aber ich werde es nicht erleben, aber um mich sollt ihr nicht trauern." (Ebd., S. 155) Als am 22.5.1919 angesichts der herannahenden Landeswehr von den Bolschewisten die Geiseln erschossen wurden, trafen ihn als Ersten die Kugeln. Bei seiner Bestattung stand Phil 4,13 über der Ansprache: „Ich vermag alles durch den, der mich mächtig macht, Christus".

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 208; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 86 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 275, Nr. 792; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 152–155.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 32.

S. Hermle

Jende, Adam

* *16.10.1861 Puiga unter Arras/Livland, † 24.2.1918 bei Pleskau/Russland.*

Verh. mit Elsa Margarete, geb. Einberg.

1884–1891 Studium der Philologie und Theologie in Dorpat; 1891 livländischer Kandidat; 1893 Vikar des Sprengels Riga-Land und zugleich Predigthelfer in Loddiger und Uexküll; 1897 Pastor in Ronneburg; ab 1904 Schulrevident; 1906 Vertreter des Sprengels Wenden in der Kommission zur Reorganisation der Kirchspielordnung; Vorsitz der Ronneburger landwirtschaftlichen Vereinigung.

Der aus einer lettischen Familie stammende J. ergriff zunächst den Lehrerberuf und wirkte von 1892–1893 als Gemeindeschullehrer in Neu-Karkel. 1883 legte er dann als Externer das Abitur am Gymnasium in Riga ab. Nach einem erfolgreichen Studium – er erhielt 1890 für seine Leistungen eine silberne Preismedaille – wurde J. Pastor in Ronneburg und zugleich Schulrevident. 1906 wurde er zum Vertreter des Sprengels Wenden in die Kommission zur Reorganisation der Kirchspielordnung gewählt, zugleich hatte er den Vorsitz des Ronneburger landwirtschaftlichen Vereins inne. J. vertrat äußerst entschieden die Interessen des Lettentums, eine Haltung, die ihn oft in starken Gegensatz zu den Deutschen brachte. Als junger Pastor in Ronneburg verteidigte er während der Revolution von 1905 die erhobenen Forderungen „als den berechtigten Kampf des lettischen Volkes für seine Freiheit" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 68). Engagiert verwandte er sich für die Schaffung einer religiösen Literatur für sein Volk. So entschieden sich J. freilich für die Entwicklung des Lettentums eingesetzt hatte, so kompromisslos stellte er sich in seinen Predigten wie in Einzelgesprächen gegen die nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches in Livland an die Macht gelangten Kommunisten. Es war ihm deshalb nicht möglich, seine Kirche kommunistischen Rednern für ein Treffen zu überlassen. Seine Haltung zog ihm die Ablehnung, ja den Zorn der Bolschewisten zu. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass im Presseorgan der lettischen Schützen gehässige Artikel voller Drohungen gegen J. erschienen. Als die deutschen Truppen nach dem Ende des Waffenstillstandes am 18.2.1918 vorrückten und der Herrschaft der „Roten" ein rasches Ende bereiteten, suchten letztere vor ihrer Flucht Rache zu nehmen. Unter den 60



aufgegriffenen Personen befand sich auch J. Man warf ihm vor, er habe ein Gesuch mitunterzeichnet, das die deutschen Truppen bat, durch eine Intervention der kommunistischen Herrschaft ein Ende zu bereiten. J. wurde zusammen mit den anderen nach Smilten ins Gefängnis gebracht. Wegen der heranrückenden deutschen Truppen sollten die Gefangenen per Zug nach Pleskau verlegt werden. Doch kurz vor Erreichen dieser Stadt wurde den Gefangenen mitgeteilt, Pleskau sei bereits von Deutschen besetzt, weshalb sie an Ort und Stelle hingerichtet werden sollten. Am frühen Morgen des 24. Februar wurde u. a. auch J. erschossen. Wie sich später herausstellte, muss unter seinen Mördern auch einer seiner Konfirmanden gewesen sein.

Auch das Beispiel J.s zeigt, dass die Revolutionäre primär eine Ausrottung des christlichen Glaubens und der Kirche im Blick hatten, sonst hätte ein so stark seinem Lettentum verbundener und für dessen Entwicklung sich engagierender Mann wie J. nicht ermordet werden dürfen.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 198; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 103; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 284, Nr. 852; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 68–70.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 9.

S. Hermle

Kalweit, Martin K.

4.11.1833 Ickschen bei Tauroggen (Taurage), Litauen, † 23.9. 1918 (bei) Prochladnoje nahe Tiflis (Tbilissi).

Verh. mit Henrietta, geb. Wall, mehrere Kinder.

Von Beruf Drechsler; 1858 Taufe bei den Baptisten; 1863 Übersiedlung nach Tiflis (Kaukasus); dort Mitgründer, Diakon und Laienprediger der Baptisten; 1891 zu fünf Jahren Verbannung in Girjusy bei Schuscha (Armenien) verurteilt, später unter Polizeiaufsicht in Jerewan.

Der Halbwaise K. hatte deutsche Eltern und stammte aus ärmlichsten Verhältnissen. Der Vater, ein memelländischer Kleinbauer, übergab den Sohn mit 13 Jahren einer anderen deutschen Familie zur Pflege. Ein regulärer Volksschulbesuch blieb K. verwehrt, doch eignete er sich im ev. Katechismusunterricht Grundkenntnisse an. Nach seiner Konfirmation erlernte er den Beruf des Drechslers und stellte Spinnräder her, die er verkaufte. Unter dem Einfluss der Familie seiner Frau kam K. mit der ostpreußischen Baptistenbewegung in Berührung, erlebte eine Bekehrung und wurde am 22.5.1858 getauft. 1862 zog K., wahrscheinlich von Kowno/Kaunas (Litauen), nach Tiflis/Tbilissi, wo Bruder und Onkel in der zaristischen Armee dienten. Nach einigen Jahren gewann er in der glaubensfremden Umgebung Zugang zu den Molokanen, einer protestantenfreundlichen russischen Sekte. Am 20.8.1867 taufe K. im Fluss Kura bei Tiflis den ersten Russen molokanischer Herkunft, Nikita I. Woronin. Dieses Jahr markiert den Beginn des russischen Baptismus, indem K. auch Kontakte zur Kirchenleitung der Baptisten in Deutschland herstellte. 1871 starb seine Frau Henrietta. Als eifriger „Buchevangelist“ und Laienprediger der Baptisten weckte er das Misstrauen der russischen Behörden und wurde 1891 zu fünf Jahren Verbannung in Girjusy (Armenien) verurteilt. Anschließend lebte er unter Polizeiaufsicht in Jerewan. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er wieder bei Tiflis, wo er in den Wirren der beginnenden Oktoberrevolution als einer der ersten prominenten Glieder der Baptisten in Russland von aufständischen Bolschewiki erschossen wurde. A. A. Töws berichtet: „Bruder Kalweit wurde von den Roten auf einem Gutshof festgenommen und erschossen. Er hatte vorgezogen zu bleiben, während

die anderen sich durch schleunige Flucht retteten. Noch ehe er erschossen wurde, zeugte er vor den roten Banden von seinem Heiland …“ (A. A. Töws, Märtyrer, S. 72).

Literatur: A. A. Töws: Märtyrer, S. 72; H.-Chr. Diedrich: Siedler, S. 88 f., 93, 113; Istorija, S. 529; W. Kahle: Freikirchen, S. 94–95; A. W. Wardin: Sectarianism, S. 151 f. (Lit.!).

D. *Heinz*

Kaspar, Wilhelm (Kaspars, Vilhelms)



* *3.1.1853 Rauden/Kurland, † 23.5.1919 Wenden/Livland.*
Verh. mit Elisabeth, geb. Teraud.
1875–1880 Theologiestudium in Dorpat; 1881 livländischer Kandidat; 1881 Distriktsprediger von Ost-Sibirien in Irkutsk; 1891 Pastor in Schujen/Lodenhof.

Nach zehnjähriger Tätigkeit im flächenmäßig größten Pfarramt der Welt, in Ost-Sibirien, wurde der aus einer lettischen Bauernfamilie stammende K. zum Pastor der Gemeinde Schujen bestellt. Während der Revolution von 1905/06 verblieb er in seinem Pfarramt und konnte durchsetzen, dass die Kirche nicht von den Revolutionären benutzt wurde. Nachdem die Deutschen Ende 1918 abgezogen waren, konnte K. zunächst auch unter der bolschewistischen Herrschaft weitgehend unbehelligt arbeiten. Doch im Januar 1919 kam es zu Konflikten mit dem im Pastorat wirkenden Standesbeamten. Dieser wollte die Eheleute zum Verzicht auf eine kirchliche Trauung bewegen. Als ihm dies nicht gelang, suchte man den Pastor beispielsweise durch eine vierstündige Haussuchung unter Druck zu setzen. Neben verschiedenen Briefen wurde auch ein Revolver gefunden, den K. nicht abgegeben hatte. Daraufhin wurde er am 4. März als Konterrevolutionär verhaftet und nach Wenden ins Gefängnis überstellt. Weiteres Belastungsmaterial freilich fand sich zunächst nicht, bis schließlich ein Lehrer K. beschuldigte, ihn bei der deutschen Obrigkeit denunziert zu haben, obwohl er von diesem vor den Okkupationstruppen beschützt worden war. Während seiner Gefängniszeit saß er schließlich mit über 110 Personen in einer Zelle, denen K. predigte und mit denen er Gemeinschaft im Gebet pflegte. Durch einen Aufstand schien sich am 14. Mai 1919 plötzlich die Gelegenheit zur Freiheit zu eröffnen, doch die Rebellen konnten sich nicht dauerhaft behaupten. Die bereits entwichenen Gefangenen – unter ihnen K. – wurden aufgefordert, umgehend zurückzukehren. Aus Furcht, an seiner Frau und den Kindern könnte Rache geübt werden, stellte sich K. Während er am Abend dieses Tages den Text für die Andacht, Phil 4,8-15, vorlas, brach er zusammen. Er konnte zwar die kleine Feier noch mit einem Vaterunser und mit einem Segensspruch beschließen, doch Fieberschübe schwächten ihn zunehmend: Er hatte Typhus! Da ihm jede ärztliche Hilfe zunächst verweigert wurde und auch nach einer Verlegung ins Gefängnislazarett keine wirkliche Pflege erfolgte, verstarb K. in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai. In derselben Nacht wurden seine Zellengenossen erschossen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 374, Nr. 579; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 210; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 290, Nr. 885; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 175–179.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 43.

S. Hermle



Klot, Marion von

** 30.3.1897 Puikeln/Livland, † 22.5.1919 Riga/Livland.*

Die ausgebildete Sängerin war bei ihrer Mutter geblieben, als am 3.1.1919 die deutschen Truppen das rechte Düna-Ufer räumten. Im April wurden sie und ihre Mutter verhaftet und in das Rigaer Zentralgefängnis eingeliefert. Ursache hierfür war keine konkrete Anschuldigung die man gegen sie vorgebracht hätte, sondern einfach ihre Zugehörigkeit zu einer zu vernichtenden Klasse der baltischen Gesellschaft, dem deutschstämmigen Adel. Zunächst vegetierte sie mit 30 Mitgefangenen in einer engen Zelle, doch bald starb die Hälfte ihrer Mitgefangenen an Typhus. Jeden Abend, wenn die Gittertore verschlossen waren, suchte sie durch ihre Lieder die Mitgefangenen zu trösten. Beispielsweise sang sie das Lied: „Weiß ich den Weg auch nicht, du weißt ihn wohl, das macht die Seele still und friedevoll". Am 22.5. wurde sie von abrückbereiten kommunistischen Kommissaren kurz vor Erstürmung des Zentralgefängnisses durch die baltische Landeswehr erschossen und fünf Tage später in dem Grab, das wenige Tage zuvor für ihre Großmutter ausgehoben worden war, bestattet.

Literatur: J. Erb: Geduld, S. 178; Ders.: Wolke III, S. 470–474; W. Lenz: Lexikon, S. 388 f.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 208.

Foto: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 7, 1960 (nach S. 80).

S. Hermle

Marnitz, Karl Xaver von

** 9.8.1858 Papendorf/Livland, † 30.1.1919 Riga/Livland.*

Verh. in 1. Ehe mit Anna, geb. Hess, in 2. Ehe mit Else, geb. Berting.

1876–1882 Theologiestudium in Dorpat; 1882 livländischer Kandidat; 1883 Pastor in Lasdohn; 1892 in Uexküll/Kirchholm; Geistlicher Schulrevident für den Kreis Riga; 1907 Propst des Sprengels Riga/Land.

Nach seiner Gymnasialzeit in Pernau und Riga studierte der aus einem alten Pastorengeschlecht stammende M. Theologie. Auf seiner ersten Pfarrstelle war er zwischen 1883 und 1889 sowie 1890 und 1892 zugleich Vikar einer im russischen Bezirk Witebsk liegenden Gemeinde. 1892 übernahm er die Pfarrei Uexküll/Kirchholm in der Nähe von Riga. Typisch für M. war seine zupackende, erdverbundene Art. Es wird berichtet, dass ihm die besten Gedanken zur Predigt nicht am Schreibtisch, sondern dann gekommen seien, „wenn er mit seinem Pfluge Furche auf Furche durch die Scholle der Heimaterde zog" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 107). M. vermochte seine Position zur Geltung zu bringen. Für ihn war es selbstverständlich, sich der von der orthodoxen Kirche wieder zur lutherischen Kirche zurückkehrenden Gläubigen anzunehmen. Deshalb sah er sich gleich mehrfach angeklagt; 1889 und 1894 wurde er jeweils für einige Monate suspendiert. Während der Revolutionszeit von 1905/6 hatte er es in seiner der großen Industriestadt benachbarten Gemeinde mit zahlreichen Menschen zu tun, die von den revolutionären Ideen ergriffen waren. Sein heftiges Temperament und seine Geradlinigkeit vermochten zwar den ihm anvertrauten Menschen eine klare Vorgabe zu machen, doch schaffte er sich in seiner Gemeinde auch viele Feinde. Aus innerer Überzeugung lehnte es M. ab, die ihm nahe gelegte Flucht zu ergreifen: „Wir sind dazu da, unsere Pflicht zu tun, den Erfolg Gott überlassend, meine Familie kommt in zweiter Reihe und darf nicht über mein Amt gehen"



(ebd.), so soll er damals gesagt haben. Nach der Ermordung von Propst Zimmermann wurde er 1907 zu dessen Nachfolger als Propst des Sprengels Riga/Land gewählt.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet er ins Visier der russischen Behörden, da er einen im Verdacht der Spionage stehenden jungen Mann engagiert verteidigte. Seinen Einsatz musste er mit der Verbannung nach Taschkent büßen, wo er bald zwei Jahre in elenden Verhältnissen leben musste. Mit der Revolution vom Februar 1917 erlangte er die Freiheit, doch konnte er erst sieben Monate später nach Riga zurückkehren, da Livland von den Deutschen besetzt war. Da seine Gemeinde Uexküll aufgrund der Kampfhandlungen ausgesiedelt worden war, wirkte M. als Pastor im nahen Baldohn, von wo aus er den Wiederaufbau seiner Gemeinde betrieb. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands versuchte ein vor Riga liegendes englisches Kriegsschiff ordnende Funktion in der Stadt wahrzunehmen. Die Kaserne einer lettischen Einheit wurde beschossen, da man in dieser eine kommunistische Organisation vermutete. Nach der Kapitulation der Soldaten wurden die Rädelsführer zum Tode verurteilt. M. gewährte den Todeskandidaten geistlichen Beistand und reichte einigen von ihnen das Abendmahl. Als am 3.1.1919 die Bolschewisten die Herrschaft in Riga übernahmen, galt M. als Kollaborateur. Da es zudem eine Reihe von Gemeindegliedern gab, die ihn seit 1905 mit einer persönlichen Feindschaft verfolgten, wurde er am 12.1. verhaftet und ins Zitadellengefängnis gebracht. Über die weiteren Ereignisse ist kaum etwas bekannt. Berichtet wird lediglich, dass sich M. auch im Gefängnis als treuer Seelsorger bewährt habe. In der Nacht des 30.1. wurde er aus dem Gefängnis geführt; seitdem fehlt jede Nachricht von ihm. Die „Rote Fahne“ brachte wenig später ein Todesurteil; eine Leiche freilich wurde nicht gefunden.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 201; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 70; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 329, Nr. 1126; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 106–110.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 20.

S. Hermle

Moltrecht, Albert Carl

** 12.5.1860 St. Matthiae/Livland, † 20.1.1919 bei Tuckum/Kurland.*
Verh. in 1. Ehe mit Amalie, geb. Bose, in 2. Ehe mit Betty, geb. Bose.
1879–1886 Theologiestudium in Dorpat; 1886 livländischer Kandidat; 1887 Predigthelfer in Kremon; 1889 Pastor in Zohden; 1891 Pastor in Dondangen; seit 1900 Piltenscher Propst.

Der aus einem alt-livländischen Pastorengeschlecht stammende, streng konservativ ausgerichtete M. fand durch seine engagierte Arbeit bei deutschen wie lettischen Gliedern seiner Gemeinde hohe Anerkennung. Typisch für ihn war, dass er sich auch bei schlechtem Wetter nicht scheute, Landfahrten von bis zu 60 km auf sich zu nehmen, wenn er von einem Gemeindeglied gerufen wurde. Während der Revolution von 1905/06 blieb M. in seiner Gemeinde, obwohl eine Reihe benachbarter Kollegen massivem Druck ausgesetzt waren und Pastor Gruehn sogar ermordet wurde. M.s Einflussnahme war es zu verdanken, dass bei der Strafexpedition von 1906 viel Unheil von seiner Gemeinde abgewendet werden konnte, da er für eine Reihe fälschlich Beschuldigter eintrat. Die während



der Revolutionsphase offenkundig werdende Kirchenfeindschaft und Gottlosigkeit ließ M. an seinem Amt und seiner Amtsführung zweifeln. Er überlegte, sein Amt niederzulegen oder an eine andere Pfarre zu wechseln. Freilich bewegten ihn seine Gemeindeglieder in Dondangen zu bleiben. Hierfür mit ausschlaggebend mag gewesen sein, dass er 1900 von seinen Amtskollegen zum Propst der Diözese Pilten gewählt worden war. Als der Bolschewismus Ende 1918 auch in seiner Gemeinde die Herrschaft übernahm, dachte M. nicht an Flucht; er sah primär die Besitzenden in großer Gefahr. Aber ein revolutionäres Komitee ordnete seine Verhaftung an: Am 15.1. drangen Bewaffnete in das Schlafzimmer des Pastorenehepaares ein und zwangen sie, sich anzukleiden. Der Propst wurde zum Verhör in die Nachbarstadt verbracht. Beim Abschied sagte er zu seiner Frau: „Es kann mir nichts geschehen, als was Er hat versehen und was mir selig ist." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 95) Mit anderen Verhafteten seines Kirchspiels wurde er im Gefängnis mit Hohn und Spott übergossen. Noch hoffte er freilich, dass er befreit werden könnte, doch ihm verbundene Gemeindeglieder wagten es nicht, sich für ihn zu verwenden – der Terror war zu groß. Nach weiteren vier Tagen wurden die Gefangenen nach Tuckum gebracht, wo die Gutsbesitzer und M. in einem gespielten Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt wurden. In der Morgenfrühe des 20.1.1919 wurden 19 Personen zum Galgenberg bei Tuckum geführt. Sie hatten ihre Gräber auszuheben und wurden dann ermordet. Später fand man M.s Leiche vollständig ausgeraubt. Er hatte einen Schlag auf den Kopf erhalten, dann war mit einer Kugel seinem Leben ein Ende gesetzt worden.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 201; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 71; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 346, Nr. 1231; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 93–96.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 16.

S. Hermle

Mühlen, Harriet von zur

** 13.5.1871 Odenkatz, † 6.1.1919 Wesenberg/Estland.*

M. lebte bei ihrer aus Russland stammenden Mutter. Nachdem die Bolschewisten 1918 die Herrschaft ergriffen hatten, sollte die alte Frau hingerichtet werden. Daraufhin bat M. die Machthaber, sie anstelle ihrer Mutter zu töten. Am 6.1.1919 wurde sie daraufhin in Wesenberg hingerichtet. Ihre Mutter starb eineinhalb Jahre später.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 198 f.; O. Taube: Märtyrer, S. 15 f.

S. Hermle

Paucker, Walter

** 7.3.1878 St. Simonis/Estland, † 6.1.1919 Wesenberg/Estland.*
1897–1905 Theologiestudium in Dorpat; 1907 Pastoradjunkt an der Heilig-Geist-Kirche in Reval; 1907 zweiter Pastor in Wesenberg; 1919 Bestellung und Ordination zum ersten Pastor in St. Simonis.

Seine erste Pfarrstelle erhielt der aus einer alten estländischen Pastorenfamilie stammende P. in Wesenberg, wo er als zweiter Pastor seinen Kollegen insbesondere in der Armenpflege und bei der Wahrnehmung des Predigtdienstes zu unterstützen hatte. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit bildete die Tätigkeit in der Schule. Während der Kriegszeit suchte P. die Angehö-



rigen von Einberufenen zu trösten und zu stärken, allabendlich lud er zu Gottesdiensten ein, in denen auch oft ein Abendmahl gefeiert wurde. Häufig fuhr er ins nahe gelegene St. Simonis, um seinem alten Vater in dessen Gemeinde beizustehen. Im Herbst 1918 wurde er anlässlich des 50-jährigen Amtsjubiläums seines Vaters zu dessen Nachfolger gewählt. Bis zur Regelung der Amtsübergabe blieb er in Wesenberg. Als am 16.12. die Bolschewisten Wesenberg in Besitz nahmen, flohen sehr viele Bewohner. P. blieb, er hatte seinen Eltern geschrieben: „Alle überreden mich, auch zu fliehen, ich kann mich aber nicht dazu entschließen, die große Wesenbergsche Gemeinde zu verlassen. Das Wort vom Hirten, der die Schafe verläßt, wenn der Wolf hereinbricht [Joh 10,18], läßt mich nicht los und zwingt mich, auf meinem Posten zu bleiben – ich stehe in Gottes Hand, er kann und wird mich beschützen, wenn es sein Wille ist." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 74) Bereits am Tag nach dem Einmarsch wurde er verhaftet. Zwar bot ihm ein früherer Konfirmand an, ihm zur Flucht zu verhelfen, aber P. wollte das Gefängnis nur verlassen, wenn ihm erlaubt würde, seiner Gemeinde weiter seelsorgerisch zu dienen. Da dies unmöglich war, blieb er im Gefängnis, wo er seinen Mitgefangenen seelsorgerliche Dienste leistete. Am 6.1.1919 wurde er mit vielen anderen hingerichtet. Berichtet wird, er habe im Angesicht des Todes das Lied „Laßt mich gehen, laßt mich gehen, daß ich Jesum möge sehen" angestimmt. Nachdem die Herrschaft der Bolschewisten 14 Tage später beendet wurde, brachte man die Leiche P.s aus einem Massengrab in die Wesenbergsche Kirche. Dort holte ihn der greise Vater mit Vertretern der Gemeinde St. Simonis ab. Der gewählte Pastor kam als Glaubenszeuge in seine Gemeinde.

Literatur: E. Amburger: Pastoren in Estland, S. 77, Nr. 148; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 199; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 106; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 73–76.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 11.

S. Hermle

Rosenberg (Rozenbergs), Peter (Peteris)

** 28.6.1871 Kemeri (Gem. Alt-Pebalg)/Livland, † 10.6.1919 Riga.*

Verh. mit Marie, geb. Dihrik.

1893–1900 Theologiestudium in Dorpat; 1901 Pastoradjunkt für den Sprengel Wolmar; 1903 Pator in Roop; 1907 Pastor in Lennewarden/Groß Jungfernhof; 1911 Pastor an der St. Martins-Kirche in Riga.

Der aus einer lettischen Familie stammende R. stellte sich bei der ersten Revolution von 1905 mit solcher Entschiedenheit gegen revolutionäre Agitatoren, dass diese aus seiner Gemeinde Roop vertrieben wurden. Als er in Riga an die lettische Martins-Gemeinde berufen wurde, sah er sich erstmals mit der städtischen Situation konfrontiert: mit Armut, Alkoholismus und der Entfremdung weiter Bevölkerungskreise von der Kirche. Im Folgenden begann er eine rege Abstinenzarbeit, suchte die Gemeinde aufzubauen und während des Weltkrieges die Kriegsnot und das Elend insbesondere auch der lettischen Flüchtlinge zu lindern. Er errichtete beispielsweise mit Geldern, die er von der Regierung als Lette leicht erhalten konnte, ein Lazarett. Herauszuheben ist, dass er sich dem Ansinnen der Predigersynode von 1918, Kaiser Wilhelm ein Danktelegramm zu schicken, entgegenstellte, da ihn sein Eid an den russischen Kaiser binde. Nachdem die Bolschewisten die Regentschaft übernommen hatten, wurde er von seinen Kollegen dazu bestimmt, mit den neuen



Machthabern über die Nutzung der Kirchen zu verhandeln – freilich mit wenig Erfolg. Am 2.4.1919 wurde er inhaftiert. Im Gefängnis konnte er aufgrund seiner guten Sprachkenntnisse nicht nur den lettischen, sondern auch deutschen und russischen Gefangenen beistehen und sie seelsorgerlich begleiten. Als R. am 20.5. nach Wenden zur Gerichtsverhandlung gebracht werden sollte, trafen seine Bewacher erst nach Abfahrt des Zuges auf dem Bahnhof ein. Da die Landeswehr inzwischen Riga erreicht hatte, wurde auch ein zweiter, auf den 22.5. geplanter Überführungstermin hinfällig; R. kam frei. Zurück im Pfarrhaus, fand er dieses verschlossen vor; seine Frau war durch das Erlebte zusammengebrochen und in eine Nervenheilanstalt eingeliefert worden. Die Kinder fanden Unterkunft bei Verwandten auf dem Land. Nach der Genesung seiner Frau kehrte die Pfarrfamilie in das ausgeraubte, leere Pastorat zurück. R. freilich hatte sich im Gefängnis mit Flecktyphus angesteckt, nach einem langen schweren Todeskampf verstarb er am 10. Juni.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 212; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 394 f., Nr. 1543; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 180–182.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 45.

S. Hermle

Rutkowski, Arnold

* *16.2.1865 Hofzumberge/Kurland,* † *14.3.1919 Mitau/Kurland.*

Verh. mit Elisabeth Thekla Maria, geb. von Bahder, sieben Kinder.

1883–1889 Theologiestudium in Dorpat; 1890 Helfer des Pastors in Mitau; 1891 Pastor zu Hofzumberge und Pankelhof.

Der aus einer Pastorenfamilie stammende R. wurde 1891 zum Nachfolger seines Vaters gewählt und trat am 25. März seine Pfarrstelle in Hofzumberge und Pankelhof an. Sein eher stilles Wirken wurde nach den unruhigen Revolutionsjahren von 1905/06 erst mit dem Ausbruch des Weltkrieges gefährdet. Er sollte ins Innere Russland verschickt werden, doch der schnelle Vorstoß der deutschen Truppen bewahrte ihn vor dieser Maßnahme. Als 1918 auch in seiner Gemeinde der Bolschewismus zunehmend Anhänger gewann, verblieb er auf seinem Posten; er verließ sich auf Gemeindeglieder, die versprochen hatten, ihn zu schützen. Als er verhaftet werden sollte, so wird erzählt, habe er sich zum Gebet niedergekniet, worauf ihn die Häscher als verrückt erklärten und unbehelligt ließen. Am 27. Februar 1919 wurde R. dann jedoch zusammen mit seinem 16-jährigen Sohn verhaftet und mit anderen als Geiseln nach Mitau ins Gefängnis überstellt. Zu seiner großen Enttäuschung engagierte sich niemand aus seiner Gemeinde für ihn; nur seine Frau setzte sich vehement für seine Freilassung ein. Daraufhin wurde auch sie mit ihren beiden jüngsten Kindern ins Mitauer Frauengefängnis eingeliefert. Während die beiden Kinder bald wieder frei kamen, blieben R., seine Frau und der 16-jährige Sohn im Gefängnis. Die Eheleute wurden am Abend des 14.3. mit anderen Opfern auf dem Hof des Gefängnisses in Mitau erschossen. Ihre vier ältesten Söhne, die am 18.3. mit der Landeswehr in Mitau einzogen, konnten nur noch ihren Bruder befreien.

Literatur: T. Kallmeyer: Kirchen, S. 629; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 202 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 96 f.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 17.

S. Hermle



Rutkowski, Elisabeth Thekla Maria, geb. von Bahder

† 14.3.1919 Mitau/Kurland.
Verh. mit Arnold Rutkowski, sieben Kinder.

Als sich R. energisch für die Freilassung ihres Mannes einsetzte, wurde sie mit ihren beiden jüngsten Kindern ins Frauengefängnis gebracht. Zwar wurden die Kinder bald bei Verwandten untergebracht, doch R. wurde mit ihrem Mann am Abend des 14.3.1919 zusammen mit 47 weiteren Opfern auf dem Gefängnishof in Mitau erschossen.

Literatur: T. Kallmeyer: Kirchen, S. 629; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 202 f.; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 96 f.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 17.

S. Hermle



Savary, Eberhard

** 12.4.1863 Beatenthal/Livland, † 22.5.1919 Riga/Livland.*
Verh. mit Bertha, geb. Hasselblatt.
1882–1887 Theologiestudium in Dorpat; 1888 Pastoralvikar, dann 1889 Pastor in Ascheraden; nach Evakuierung 1915 Pastoralvikar in Loddiger.

Um S., der aus einem kinderreichen Elternhaus stammte, bemühten sich gleich zwei lettische Gemeinden, was in einer Zeit voll Nationalitätenauseinandersetzungen sehr erstaunlich war. Nach Antritt seiner Pfarrstelle in Ascheraden galt es zunächst die alte baufällige Kirche zu erneuern, dann wurde der vernachlässigte Kirchhof wieder instand gesetzt und eine Bibelstunde sowie ein Kirchenchor ins Leben gerufen. Besonderen Wert legte S. auf die Betreuung seiner Gemeinde durch Seelsorge und Predigt. Als es im Verlauf der Revolution von 1905 zu Störungen des Gottesdienstes kam, stellte sich die Gemeinde entschieden hinter ihren Pastor. Dennoch verließ S. für kurze Zeit Ascheraden. Besorgte Gemeindeglieder hatten ihm zur Flucht geraten, da man ihn beispielsweise auf seinen einsamen Waldfahrten zu entlegen wohnenden Gemeindegliedern nicht mehr schützen könne. Seine Gemeinde sah sich im Sommer 1915 erneut vor einem tiefen Einschnitt, da das gesamte an den Ufern der Düna gelegene Kirchspiel beim Herannahen der Deutschen ausgesiedelt wurde. S. wurde daraufhin ein Pfarramt übertragen, dessen Pastor erkrankt war. Allerdings musste er bald nach seinem Amtsantritt erneut weichen, dieses Mal vor dem unorganisiert zurückflutenden russischen Militär. Nachdem die deutschen Truppen seine Gemeinde besetzt hatten, kehrte er zurück. Zunächst galt es die entweihte und beschmutzte Kirche wieder herzustellen und die Gemeinde zu sammeln. Als die deutschen Truppen im Dezember 1918 abzogen, kämpfte er mit

sich, ob er fliehen solle. Als er jedoch um eine Trauung gebeten wurde, sah er dies als Fingerzeig Gottes an. Er blieb. Das große Ansehen, das er unter seinen Gemeindegliedern, ja selbst unter den Kommunisten genoss, ermöglichte es ihm, auch nach der Errichtung der bolschewistischen Herrschaft an Sonn- und Feiertagen Gottesdienste durchzuführen. Am 10.4.1919 wurden er und seine Frau – wie alle anderen Deutschen des Kirchspiels – verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Seine Frau wurde drei Tage später wieder entlassen, S. hingegen in das Zentralgefängnis nach Riga überwiesen. Er erkrankte an Flecktyphus und sollte ins Gefängnislazarett überstellt werden. Doch der furchtbare 22.5. sollte auch seinem Leben ein Ende setzen: Trotz seines hohen Fiebers wurde er mit den anderen Geiseln zusammen im Gefängnishof erschossen. Berichtet wird, Ps 37,5: „Er wird es wohl machen" sei „ihm die ganze schwere Zeit ein Leitstern gewesen" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 159).

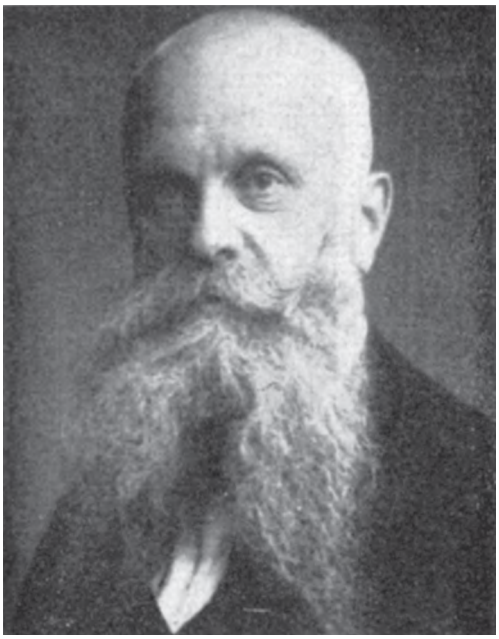
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 208; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 87; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 402, Nr. 1590; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 156–159.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 33.

S. Hermle

Scheinpflug, Theodor August

** 6.5.1862 Pernau/Livland, † 14.3.1919 Riga/Livland.*
Verh. mit Elisabeth, geb. Guleke, sieben Kinder.
1881–1888 Theologiestudium in Dorpat/Livland; Probejahr in Neu-Pebalg/Livland und in Schwaneburg/Livland; 1889–1891 Pastor adj. in Erlaa/Livland; dann Pastor vic. in Schujen/Livland; 1891 Pastor in Pernigel/Livland.

Die wichtigsten Mitteilungen verdanken wir hier wie auch sonst Schabert, der sich in seinem Märtyrerbuch auf das stützt, was die Witwe des Märtyrers aufgezeichnet hat. S. stammte aus einem kinderreichen livländischen Pastorat. Zu seinem Glauben und zur Begeisterung für das Predigtamt haben ihn schwere innere Kämpfe während der Studienzeit geführt. Bei Antritt seines Amtes in Pernigel musste er das Misstrauen erleben, das damals eine lettische Gemeinde dem von einem deutschen Patron gewählten deutschen Pastor entgegenbringen konnte. Es gelang S. aber, die Herzen der Menschen zu gewinnen. „Er predigte



seiner Gemeinde treu den Christus ‚für uns' und das Himmelreich ‚in uns'." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 119) Es sind von ihm Kinderpredigten überliefert, die in zwei Bänden in Leipzig gedruckt worden sind. S. war sich gewiss, dass Christentum nicht nur gepredigt, sondern dass es vor allem „vorgelebt werden" muss. Schon die Revolution 1905/1906, in der sein Schwager Carl Schilling ermordet wurde, zog ihn hinein in das Leiden um des Glaubens willen. Ja, er hatte schon einst seine Braut gefragt: „Kannst du mit mir singen: nehmen sie den Leib …?" (Aus Luthers Lied „Ein feste Burg", 4. Strophe, 2. Hälfte: „Nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib: laß fahren dahin, sie haben's kein' Gewinn, das Reich muß uns doch bleiben.")

Während des Ersten Weltkrieges wurde er 1917 von den Russen verhaftet; später wieder freigelassen. Es wird berichtet, dass die Soldaten sich des Eindrucks der Andacht nicht haben entziehen können, die S. bei seiner Verhaftung mit seinen Angehörigen noch hielt. In der lettischen Revolution wurde er vor ein Tribunal nach Wolmar gefordert, kam aber wieder frei, als das deutsche Militär vordrang. In der Hoffnung auf eine Wende zum Guten wurde er nun Vertrauensmann der Deutschen. Als im November 1918 die Deutschen abzogen, blieb S. zunächst in Pernigel, obwohl die Deut-

schen seiner Gemeinde nach Riga flohen. Erst als das Konsistorium seine Pastoren mahnte, ihr Leben nicht unnütz zu opfern, machte auch er sich nach Riga auf. Er konnte hier noch als Prediger wirken. In Pernigel durchsuchte man sein Pastorat und fand die schwarz-weiß-rote Binde des deutschen Vertrauensmannes. Am 27.1.1919 wurde er verhaftet. – Aus der Haft heraus hat er seinen Angehörigen wiederholt geschrieben, dass ihm innerer Frieden geschenkt war und erhalten blieb. Seinem Mitgefangenen wurde er zum Seelsorger; ja, er half ihm zum Glauben. Einst hatte er gesagt: „Wenn doch Gott mir die Gnade geben wollte, wenigstens von einer Seele zu wissen, der ich zum Glauben geholfen habe." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 121) Am Tage seiner Hinrichtung, dem 14.3.1919, hat sich S. von jenem Mitgefangenen, seinem geistlichen Sohn, die Sünde vergeben lassen und getrost mit über 60 Leidensgenossen den weiten Weg zum Bickernschen Wald angetreten. Als Grabinschrift hat sich S. ein Wort aus der Apostelgeschichte (4,12) erwählt: „Es ist in keinem Andern Heil, ist auch kein andrer Name den Menschen gegeben, darinnen wir sollen selig werden".

Literatur: Album Fratrum, S. 341, Nr. 853; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 75;. M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 404, Nr. 1601; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 119–122; E. v. Schrenck: Kirchengeschichte, S. 175.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 24.

S. Bitter

Scheuermann, Eugen

* *12.9.1856 Riga/Livland,* † *22.5.1919 Riga.*

Verh. mit Adele, geb. Pawlowski, sechs Kinder.

1877–1882 Theologiestudium in Dorpat; 1883 Vikar für den Sprengel Wolmar; Vikar der Trinitatisgemeinde in Riga; 1888 Pastor in Lubahn; 1898 Pastor an der Luther-Kirche in Riga.

Die erste Pfarrstelle von S. lag nahe der russischen Grenze, und seine Gemeindeglieder entstammten zumeist dem lettischen Volk. Engagiert setzte er sich für die Armen seiner Gemeinde ein, er sorgte für den Bau eines kleinen ‚Siechenhauses' und für eine angemessene Betreuung der Aufgenommenen. Eine schwierige Periode hatte er durchzustehen, als die national aufgehetzten Gemeindeglieder sowie ein vor



Ort wirkender Priester der orthodoxen Kirche ihm Schwierigkeiten bereiteten. Zum Ausdruck kam dies beispielsweise darin, dass die der Pfarre zustehenden Naturalablieferungen, die angesichts der schlechten finanziellen Ausstattung für den Unterhalt der großen Familie unabdingbar waren, nicht mehr geleistet wurden. Erst ein Prozess brachte die Klärung in diesem Streit: Die Abgaben waren rechtens und mussten entrichtet werden. Als sich ihm die Chance bot, wechselte S. 1898 auf eine Pfarrstelle nach Riga, wo er vornehmlich unter lettischen Arbeitern wirkte. Die starke sozialistische Prägung seiner Gemeindeglieder stellte ihn vor nicht geringe Herausforderungen. Bei der Revolution 1905 wurde ein Mordanschlag auf ihn verübt; elf Revolverkugeln trafen S. – es war ein Wunder, dass er am Leben blieb. Kurz nach Kriegsausbruch wurde er unter die „Germanophilen" eingestuft und in die Verbannung nach Sibirien geschickt, von wo aus er erst 1918 zurückkehren konnte. Nach dem Ausbruch der Revolution 1918 stand auch S. vor der Frage, ob er bleiben oder fliehen sollte. Obwohl sein ältester Sohn, auch er Pastor, verhaftet und sein zweiter Sohn erschossen wurde, blieb er auf seinem Posten. Er schrieb seinem inhaftierten Sohn: „Ich meine, Gott will uns in dieser Zeit zu einem rechten Heldentum

des Leidens erziehen, da wollen wir Ihm fein stille halten“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 160 f.). Im Rahmen einer Massenverhaftung am 5. April 1919 wurde er von den bolschewistischen Machthabern gemeinsam mit seiner ältesten Tochter abgeholt und ins Gefängnis gebracht. Stärkung erfuhr er durch tägliche Andachten, die er mit ebenfalls inhaftierten Amtsbrüdern halten konnte. Gemeinsam las man in der Passionszeit die Leidensgeschichte und er suchte seiner Frau brieflich Trost zu spenden. Beispielsweise schrieb er: „Karfreitag unter solchen Verhältnissen in diesem Jahr! Wir wollen es aber als ein Sich-um-uns-Mühen Gottes ansehen, daß er uns für würdig befindet, dieses alles mit gutem Gewissen leiden zu dürfen. Übermorgen ist Ostern! Ich glaube fest, nicht nur an ein Auferstehen in der Ewigkeit, sondern so Gott will, auch noch hier für unser Erdendasein. Doch wie Gott will.“ (Ebd., S. 161) Großen Schmerz bereitete ihm die Nachricht, dass seine Tochter Mitte Mai in der Haft verstorben war und er an ihrer Beerdigung am 19.5. nicht teilnehmen konnte. Sein eigenes Leben sollte nur drei Tage länger währen: Wie viele andere wurde er am 22.5.1919 auf dem Hof des Zentralgefängnisses in Riga erschossen.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 209; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 87 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 404 f., Nr. 1605; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 159–162.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 34.

S. Hermle



Schilling, Carl Theophil

** 5.2.1865 St. Petersburg, † 10.9.1905 Nitau/Livland.*
Verh. mit Magdalene, geb. Scheinpflug, zwei Kinder.
1885–1889 Theologiestudium in Dorpat/Livland; Praktisches Jahr in Neu-Pebalg und Kremon/Livland; dann Pastor adj. in Tirsen-Wellan im Walkschen Kreise/Livland; seit 5.12.1891 Pastor in Nitau; Mitglied der Lettisch-Litterärischen Gesellschaft.

S., väterlicherseits aus alter Pastorenfamilie, mütterlicherseits hugenottischer Herkunft, war theologisch konservativ. Zwei Jahre vor seinem Tode hatte er in Auseinandersetzung mit Adolf von Harnacks Vorlesungen über „Das Wesen des Christentums“ (Leipzig 1900) die Voraussetzungslosigkeit der modernen Theologie bestritten und in ihr eine kritiklose Anwendung naturwissenschaftlicher Grundsätze auf die Theologie gefunden (Grundvoraussetzungen, 1903). Er war der erste der baltischen Pastoren, „die ihre Treue mit ihrem Blut haben besiegeln müssen“. „Nicht da wurde er zum Märtyrer, als die tödliche Kugel ihn traf, er war es längst“ (M. Stephany: Leben, S. 1), schreibt Maximilian Stephany, denn S. hatte als Pastor in Nitau um der evangelischen Wahrheit willen hart ringen und viel leiden müssen. Das evangelische Bekenntnis war durch den Übertritt von Letten zum orthodoxen Glauben bedrängt. Nach achtjähriger Tätigkeit wurde Schilling „wegen Propaganda gegen die russische Staatskirche“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 51) mit Gefängnishaft bestraft, wurde danach aber von seiner Gemeinde dankbar wieder aufgenommen. Für die Elendsten seiner Gemeinde schuf er nach langem Sammeln und mit Hilfe seines Patrons, des Grafen Wilhelm Stenbock-Fermor (1863–1937), ein kirchliches Siechenhaus.

In der revolutionären Unruhe des Jahres 1905 verband sich ein sozialer und nationaler deutsch-lettischer Gegensatz mit kirchenfeindlichen Motiven.

S. erhielt seit März Drohbriefe, er werde „erschossen werden, wenn er nicht alle Forderungen des lettischen, sozialdemokratischen Komitees auf Erlaß der Pachten, Akzidentien usw. sofort erfülle“ (Baltische Revolutionschronik, S. 181). Zu Pfingsten stürzten bewaffnete junge Leute in den Gottesdienst und machten die Kirche zum Ort eines revolutionären „Meetings“. Sie bedrohten S. mit dem Revolver, rissen ein lettisches Neues Testament an sich, verlasen daraus eine Schriftstelle, hielten eine aufrührerische Rede und sangen revolutionäre Lieder nach kirchlichen Melodien. S. wurde vorgeworfen, den Menschen Steine statt Brot zu geben. Als S. im August an der Synode in Walk teilnahm, versuchte man, das Pastorat in Brand zu stecken; die Familie blieb unverletzt, die Kinder wurden nun zur Großmutter nach Riga ausquartiert. Am 10.9.1905 wurde S., der seine Gemeinde nicht verlassen wollte, im Pastorat ermordet. Als er die Tür öffnete und sich anschickte, einen ihm überreichten Brief zu lesen, erschoss man ihn hinterrücks. „Ein ganz fremder Mensch war es!“, konnte der Sterbende noch seiner Frau sagen. Bei der Beerdigung in Riga sagte der später selbst ermordete Propst Ludwig Zimmermann, es würden jetzt wohl so manchen die Augen aufgehen über die „Feinde jeder Autorität und Ordnung in Staat und Kirche“; S. sei vielen „ein Pfadfinder und Wegweiser“ gewesen (M. Stephany: Leben, S. 12 f.). In diesem Sinne erhob auch die lettische Zeitung „Rigas Awise“ warnend ihre Stimme (Baltische Revolutionschronik, S. 182). Zum Gedächtnis an S. hat M. Stephany eine Reihe von Predigten aus seinem Nachlass herausgegeben.

Literatur: Baltische Revolutionschronik, S. 89–90, 181–182; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 62; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 405, Nr. 1609; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 50–53; E. v. Schrenck: Kirchengeschichte, S. 160 f.; A. Stenbock-Fermor: Graf, S. 7 f.; M. Stephany: Leben (mit der Grabrede L. Zimmermanns).

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 3.

S. Bitter

Schlau, Carl, Dr. phil.



* *10.2.1851 Riga/Livland,* † *26.3.1919 Riga.*
Verh. mit Charlotte, geb. Hoerschelmann.
1870–1875 Theologiestudium in Dorpat; 1875–1876 in Leipzig und Göttingen, Dr. phil. in Leipzig; 1878 Pastor in Allasch/Wangasch; 1884 Pastor in Salis; 1887–1890 geistlicher Schulrevident; 1890 Propst des Sprengels Wolmar.

S., der in seiner abgelegenen Gemeinde alles daransetzte, die Deutschen und die Letten zu versöhnen, hatte als Pastor wegen Amtshandlungen an zur lutherischen Kirche rückkehrwilligen orthodoxen Christen schwere Konflikte mit der russisch-orthodoxen Staatskirche. 1894 wurde er wegen Amtshandlungen an Rekonvertiten für acht Monate suspendiert und nur die Thronbesteigung Zar Nikolais II. brachte ihm eine vorzeitige Amnestie. In den Revolutionswirren 1905 sah er sich mehrfach Morddrohungen ausgesetzt und musste für zwei Monate aus seinem Pfarramt weichen. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde S. aus Livland verbannt; er hatte sich von 1916 bis 1918 im Inneren Russlands aufzuhalten, wo er deutsche Zivilgefangene betreute. Nach der Rückkehr in seine Gemeinde 1918 war ihm nur noch eine kurze Periode der Wirksamkeit zugestanden: Am 27. Januar 1919 wurde er von bolschewistischen Truppen gefangen genommen. Kurz zuvor hatte er erfahren, dass sein Sohn in Petersburg „wegen antirevolu-

tionärer Gesinnung seines Vaters“ verhaftet worden war und wenig später im Gefängnis gestorben sei (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 129). Zunächst wurde er in Wolmar, dann im Zentralgefängnis Riga interniert. In der engen Zelle konnte er mit einem jungen Amtsbruder und verschiedenen anderen Gemeindegliedern ein bescheidenes geistliches Leben pflegen. Einmal schrieb er: „Wir Zellengenossen bilden alle miteinander eine wahre Kommune des Glaubens, der Liebe und Reinlichkeit. … In gemeinsamer Andacht stärkt man sich, die kärglichen Lebensmittel werden geteilt. Wir sind alle guten Muts und leiden gerne.“ (Ebd., S. 130) Nachdem am 19.3.1919 ein „Fliegendes Gericht“ die Gefangenen kurzen Verhören unterzogen hatte, wurden drei Zellengenossen ermordet. S. war nun deutlich, dass auch sein Leben „wohl ausgelebt“ sei. Man tröstete sich in der Zelle mit Ps 31 oder Jes 38,17. S. war es möglich, Abschiedsgrüße an Angehörige und Freunde, an Kirchenälteste und an Gläubige seiner Gemeinde in Salis sowie an Amtsbrüder zu senden. In einem Brief an seine Familie hieß es: „Ich will gerne sterben, nur ist es schwer, von Euch zu scheiden. Gott befohlen! Gott legt uns eine Last auf, aber er hilft auch. Fürchte dich nicht.“ (Ps 68,20; ebd., S. 131) Doch die erwartete baldige Hinrichtung fand aus welchen Gründen auch immer nicht statt. Am 26.3. wurden alle Gefangenen bis auf ihn und einen weiteren Inhaftierten nach Wolmar verlegt. Am Abend dieses Tages wurde S. mit 45 anderen, darunter auch Pastor Hassmann, mit einem Auto abtransportiert und – nachdem die Männer ihr eigenes Grab geschaufelt hatten – erschossen. Erst nachdem Riga am 22.5.1919 durch die baltische Landeswehr und deutsche Truppen erobert worden war, konnte S.s Leiche am 14.8.1919 auf dem Jakobi-Friedhof in Riga beerdigt werden. Psalm 101,6 war der Ansprache an seinem Grabe zugrunde gelegt: „Meine Augen sehen nach den Treuen im Lande, daß sie bei mir wohnen.“

Literatur: J. Erb: Geduld, S. 113; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 205 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 81 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 408, Nr. 1621; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 128–134.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 27.

S. Hermle

Schlieps, Marie

** 9.7.1881 Lyswa bei Perm/Russland, † 18.3.1919 bei Mitau/Kurland.*

S. kehrte im Alter von vier Jahren aus Russland, wo ihr Vater als Lehrer gearbeitet hatte, nach Mitau zurück, wo ihr Vater die Stelle eines Oberlehrers an der Realschule erhalten hatte. Nach bestandenem Lehrerinnenexamen wirkte sie als Erzieherin in einem adligen Hause, anschließend an einer Knabenschule in Mitau. Engagiert arbeitete sie als Helferin im Kindergottesdienst der Trinitatis-Gemeinde in Mitau mit. Als die von ihr geleitete kleine Schule, die auf das deutsche Gymnasium vorbereitete, schließen musste, trat sie in das Mitauer Diakonissenhaus ein. Sie kam damit einem Wunsch der Oberin dieser Anstalt nach, die sie als ihre Nachfolgerin in Aussicht genommen hatte. Zur Vorbereitung auf ihre künftige Tätigkeit diente eine Reise nach Neuendettelsau und in das Diakonissenhaus Henriettenstift in Hannover, wo sie Kurse für Krankenpflege absolvierte. Im Oktober 1913 kehrte sie zurück und übernahm im Frühjahr 1915 die Leitung der Schwesternschaft. Während der deutschen Besetzung war Mitau Lazarettstadt und S. verwandte sich insbesondere in der Fürsorge für gefährdete Mädchen. Nachdem Mitau im Herbst 1918 von den deutschen Truppen geräumt worden war, sah sich die Diakonissenanstalt zunehmend unter Druck: Sie musste sich eine ständige Überwachung durch die neuen bolschewistischen Machthaber gefallen lassen. Als im Diakonissenhaus ein kommunistischer Kommissar verstarb, wurde Anklage auf Vergiftung erhoben. Am 18.2.1919 wurde S. daher ins Gefängnis gebracht. Während der harten Zeit der Gefangenschaft verwandte sich S. für ihre Mitgefangenen und pflegte die Typhus-Erkrankten so gut es eben möglich war. Kurz vor der Befreiung wurden die Gefangenen am 18.3. aus dem Gefängnis getrieben. Bei starkem Schneesturm hatten sich 135 notdürftigst bekleidete Frauen auf den Weg Richtung Riga zu machen. Die 50 Mann der Wachmannschaft trieben die Frauen mit Peitschenschlägen und Fußtritten vorwärts. Wer strauchelte wurde getötet. Nur 23 Frauen erreichten Riga. Laut einem Bericht soll ein Bolschewistenführer den Namen von S., die eine alte schwache Dame stützte, gerufen haben. Als sie sich meldete, wurde sie von sechs Kugeln getroffen. Auf





ihrem Grabstein steht das Wort: „Daran haben wir erkannt die Liebe, daß er sein Leben für uns gelassen hat, und wir sollen auch das Leben für die Brüder lassen." (J. Erb: Geduld, S. 102)

Literatur: J. Erb: Geduld, S. 102; A. Katterfeld: Blutzeugin; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 204; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 76–78.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 39.

S. Hermle

Schwartz, Wilhelm

* *4.11.1864* Dorpat/Livland; † *14.1.1919* Dorpat/Livland.

Verh. in 1. Ehe mit Laura, geb. Laurin, in 2. Ehe mit Adele, geb. Elby.

1883–1888 Theologiestudium in Dorpat, zugleich 1884–1888 Religionslehrer an der St. Johannis-Kirchenschule; 1888 livländischer Kandidat; 1889 Predigthelfer in Helmet/Wagenküll und Keinis; 1919 Pfarrdiakon an St. Johannis in Dorpat und zugleich Lehrer an verschiedenen Schulen; Bezirksvorsteher der kirchlichen Armenpflege und Präses des Jünglingsvereins.

Schon während seines Studiums unterrichtete S. als Religionslehrer, eine Qualifikation, die er auch als Pfarrdiakon in Dorpat einbringen konnte. Zudem waren ihm wichtige Aufgaben im Waisenhaus zugewiesen, wo er als Hausvater wirkte. Als für das Arbeitsfeld Diakonie zuständiger Pastor war S. Bezirksvorsteher der kirchlichen Armenpflege und Präses des Jünglingsvereines. Am 13.1.1919 wurde er gemeinsam mit seinem 18-jährigen Sohn verhaftet und in das als Gefängnis dienende Bankgebäude in Dorpat gebracht. Als man ihn am darauf folgenden Morgen herausrief, rechnete S. fest mit seiner Entlassung. Indessen wurde er in einem nahen Keller erschossen. Es ist anzunehmen, dass Pastor S. aufgrund einer Verwechslung hingerichtet wurde. Bei seiner Bestattung versammelten sich nicht nur die lutherischen Amtsbrüder um seinen Sarg, sondern auch alle orthodoxen Priester, die zu der Zeit in Dorpat weilten.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 200; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 70; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 42, Nr. 1706; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 86.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 13.

S. Hermle

Strautmann, Christoph



** 11.11.1860 Schnickern/Kurland, † 19.3.1919 bei Alt-Rahden/Kurland.*
Verh. in 1. Ehe mit Olga, geb. Beckmann, in 2. Ehe mit Baronesse Olga Helene Alice, geb. von der Ropp.
1880–1890 Lehrer an der Vorschule der Mitauschen Realschule; 1890–1893 Theologiestudium in Dorpat; 1893 Hauslehrer; 1895 Lehrer am Irmlauschen Lehrerseminar; 1896 lettischer Pastor in Bauske; seit 1904 kurländischer Direktor der lettisch-literärischen Gesellschaft.

S., Sohn eines Schullehrers, wirkte zwischen 1878 und 1880 als Gehilfe seines Vaters, ehe er ab 1880 selbst Lehrer an der Vorschule der Mitauschen Realschule wurde. 1889 legte er am Mitauschen Gymnasium das Abitur ab und studierte daraufhin Theologie. Seine herausragenden Studienleistungen wurden 1891 mit einer silbernen und 1892 mit einer goldenen Preismedaille ausgezeichnet. Zwischen 1893 und 1895 wirkte er als Hauslehrer, ehe er für zwei Jahre Lehrer am Irmlauschen Lehrerseminar wurde. Nach seiner Ordination 1896 erhielt er die lettische Pfarrstelle in Bauske. Seine literarisch-schriftstellerischen Interessen fanden Ausdruck darin, dass er ab 1904 Direktor der lettisch-literärischen Gesellschaft wurde. Als seine Gemeinde zu Beginn des Weltkrieges Kriegsschauplatz wurde, flüchteten seine Frau und seine Kinder zu Verwandten nach Russland; die erhoffte baldige Wiederkehr freilich ließ sich nicht verwirklichen. Erst nach drei Jahren konnte die Familie wieder zurückkehren. Die Unsicherheit der Lage auch im Bauskeschen Kreise wurde offenkundig, als im Januar 1919 Pastor Bielenstein, ein Freund von S., erschossen wurde. Da sich die Gemeinde entschieden hinter ihren Pastor stellte, blieben in Bauske die Gottesdienste von Störungen verschont, der Pastor jedoch hatte Haussuchungen zu erleiden. Einmal wurde ein kleiner Getreidevorrat gefunden, woraufhin S. als „Volksaussauger" gebrandmarkt wurde. Die sich mit dem Näherrücken der baltischen Landeswehr in der Passionszeit 1919 zuspitzende Lage führte zu einer immer unerträglicher werdenden Herrschaft der Bolschewisten. S. hatte derweil innere Kämpfe zu bestehen. In seinem Tagebuch vermerkte er, die Anfechtungen seien besiegt: „nun bin ich mit meinem Gotte im reinen, rufe mich, Herr, dein Knecht höret" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 99). Letztmalig konnte er am 16.3.1919 über Psalm 77 predigen, wobei er insbesondere Vers 11 bedachte: „Ich muß das leiden, die rechte Hand des Höchsten kann alles ändern." Als die Bolschewisten am 19.3. vor der heranrückenden Landeswehr zurückweichen mussten, wurde S. verhaftet. Es wird berichtet, er sei „mit Spott" aus Bauske hinausgejagt worden. Nach ca. 10 km wurde in der Nähe von Alt-Rahden ein kurzes Scheingericht abgehalten, das S. zum Tode verurteilte. Erst nachdem Bauske von der Landeswehr befreit worden war, konnte am 23.3. die Bestattung stattfinden.

Literatur: T. Kallmeyer: Kirchen, S. 683; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 204; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 104; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 97–100.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 18.

S. Hermle

Taube, Theodor

** 1.2.1864 St. Petersburg, † 22.5.1919 Riga.*
Verh. mit Luise, geb. Rahlenbeck, zehn Kinder.
1881–1886 Theologiestudium in Dorpat; 1887 livländischer



Kandidat; 1888 Pastoralvikar für die Sprengel Wenden und Walk; 1888 Nachmittagsprediger am Dom zu Riga; 1891 Pastoradjunkt; 1896 ständiger Pastoradjunkt und 1904 Pastor an der deutschen Gemeinde an der Martins-Kirche in Riga; 1891–1899 Herausgeber der Zeitschrift „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Kirche in Rußland“.

Der aus einer Arztfamilie stammende T. erhielt als Pastorvicarius 1891 den Auftrag, die deutschen Gemeindeglieder der Rigaer Martinskirche in die Selbständigkeit zu führen. Er entwickelte ein großes Engagement und suchte insbesondere die Gedanken der Inneren Mission für seine Gemeinde fruchtbar zu machen. Eine treue Mitarbeiterschaft stand an seiner Seite, die sich um die Gemeindepflege, die Jugendarbeit, den Kindergottesdienst und die Armenpflege sowie Gemeindediakonie kümmerte. Um den Aktivitäten Raum zu geben, wurde ein Pastorat mit einem großen Gemeindesaal erbaut. Neben diesen Tätigkeiten war T. auch in einer ganzen Reihe von Vereinen und Anstalten aktiv; zudem hatte er die Herausgeberschaft des kirchlichen Mitteilungsblattes übernommen. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges 1914 zerbrach nicht allein der Plan, eine eigene Kirche zu bauen, auch die Gemeinde selbst erlitt gravierende Einschnitte. Von den ehedem 6 000 Mitgliedern blieben nach der Auslagerung von Fabriken ins Innere Russland, der die Arbeiter und Beamten folgten, nur noch 1 200 Personen übrig. Sukzessive musste ein Teil der Gemeindearbeit nach dem anderen eingestellt werden. T. suchte die zurückgebliebenen Gemeindeglieder zu betreuen, den Trauernden Trost zuzusprechen und den Kranken Hilfe zukommen zu lassen. Nach der Eroberung Rigas durch die bolschewistischen Truppen blieb T. in seiner Gemeinde. Mitten in der Vorbereitung für die Sonntagspredigt wurde er am Samstag, dem 15.4.1919, verhaftet. Im Untersuchungsgefängnis nahm man ihm sogleich sein Neues Testament ab, es sei „unerlaubte Lektüre“. Während der Gefängniszeit hatte er auf dem Friedhof zu arbeiten und unter anderem Gräber auszuheben. Ihm war es selbstverständlich, dass er bei Bestattungen einige geistliche Gedanken vortrug und ein Gebet sprach. Auch T. wurde kurz vor Abzug der Bolschewisten am 22.5.1919 im Zentralgefängnis erschossen. In seinem Rock fand man einen von seiner Hand geschriebenen Zettel mit dem Bibelwort: „Gottes Wege sind wunderbarlich – Er führt es aber herrlich hinaus.“ (Jes 28,29)

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 209 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 85 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 455, Nr. 1913; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 162–165.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 13.

S. Hermle

Taurit, Wilhelm

** 20.9.1870 Dahlen/Livland, † 23.11.1906 Dahlen/Livland.*
Verh. mit Magdalene, geb. Kaehlbrandt.
1889–1893 Theologiestudium in Dorpat; 1894 livländischer Kandidat; 1895 Pastor in Dahlen/Keckau; seit 1900 Redakteur der Zeitschrift „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Kirche in Rußland“.

Der aus einer Pfarrfamilie stammende T. hatte nach dem Tod seines Vaters dessen Pfarrstelle übernommen. Seine Gemeinde lag auf einer großen Insel in der Düna unweit Rigas. In der von ihm seit 1900 betreuten Zeitschrift „Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Kirche in Rußland“, die das führende Blatt



für die Evangelisch-lutherische Kirche Rußlands war, zeichnete T. selbst für verschiedene Artikel aus seinen Spezialgebieten neutestamentliche Exegese und Dogmatik verantwortlich. Während der Revolution von 1905 blieb T. in seiner Gemeinde und hatte sogar den Mut, eine Gedenkrede auf den ermordeten Propst Zimmermann zu halten. Seine exponierte Situation ließ T. ahnen, dass er ins Fadenkreuz der Revolutionäre geraten könnte. Er legte deshalb seinen letzten Willen nieder und bestimmte Röm 8,38 f. zu seinem Leichentext. Der Mann, der schließlich zum Mörder werden sollte, hatte T. gebeten, vor einem Feldgericht für einen Verwandten einzutreten. T. hatte dies jedoch verweigert und wurde wohl aus Rache hierfür an seinem Schreibtisch sitzend erschossen. Das Ansehen, das er genoss, kommt in einem Votum eines lettischen Gemeindegliedes zum Ausdruck, das herausstellte, „der Heimgegangene [sei] seiner Gemeinde nicht nur ‚Hirte und Lehrer, sondern auch Vater und Bruder' gewesen" (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 59).

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 196 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 64; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 447, Nr. 1860; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 57–59.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 5.

S. Hermle

Treu, Ernst Fromhold (genannt: Ernst Fromhold-Treu)

** 3.2.1861 Oppekaln/Livland, † 22.5.1919 Riga/Livland.*
Verh. in 1. Ehe mit Adelheid, geb. von Rengarten, vier Kinder, geschieden 1902; verh. in 2. Ehe mit Amalie, geb. Nackunstz, sechs Kinder.
1880–1884 Theologiestudium in Dorpat/Livland; 1884–1885 Probejahr in Schwaneburg/Livland; 1885–1904 Pastor in Dickeln/Livland; 1904–1907 Direktor der Kolonie minderjähriger Verbrecher in Rodenpois; 1907 Leiter des Blindeninstituts in Strasdenhof bei Riga.

Wie viele Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits wurde T., ein Vetter der Märtyrer Carl Schilling und Paul Treu, Pastor, schied aber nach beinahe zwanzig Jahren pfarramtlichen Wirkens – nach seiner Ehescheidung – aus der geliebten Tätigkeit aus. In der Bolschewikenzeit 1919 wurde er im Rigaschen Zentralgefängnis inhaftiert, ohne dass eine Anklage vorgelegen hätte. Es genügte offenbar die Tatsache, dass er den Pastorentitel trug. Er wurde am 22.5.1919, dem Tage der Befreiung Rigas durch die Baltische Landeswehr, mit vielen Leidensgefährten von einem Rotfrontkommando erschossen. Die Befreier, unter ihnen einer seiner Söhne und auch sein Schwiegersohn Wilhelm Müller (1895–1945), kamen um Minuten zu spät, um das Blutbad zu verhindern. – Monika Hunnius (1858–1934), die Sängerin und Schriftstellerin, eine Verwandte Wilhelm Müllers, hat den 22.5.1919 in Riga erlebt – sie berichtet: „Deutsche Posten in Stahlhelmen stehen an den Straßenecken, Sicherheit, Friede, Freude liegen über der noch eben so verstörten Stadt. Da, ein Gerücht taucht auf, man flüstert es nach und schweigt dann mit erblassten Lippen. Nicht alle Gefängnisse sind zur rechten Zeit geöffnet worden. Das Auto, das die Retter ins ferner gelegene Zentralgefängnis bringen sollte, erlitt einen Aufenthalt unterwegs. Dadurch kamen die Retter zu spät. Früh am Morgen wanderten die hinaus, die liebe Angehörige dort hatten. Das Gerücht, dass ein großes Blutbad im Gefängnishof gewesen ist, bestätigt sich. Da liegen sie noch alle, wie der Tod sie ereilt, mit zerfetzten Gesichtern und Körpern. Männer, darunter acht Pastoren, Frauen und junge Mädchen. Aus nächster Nähe sind die Geschosse auf sie gerichtet gewesen und haben sie in Stücke zerrissen." (M. Hunnius: Weg, S. 314 f.) Ein



Enkel Fromhold-Treus, Andreas Mueller (geb. 1926), der diese Sätze in seinem Lebensbericht zitiert, fügt hinzu: „Meine Mutter [Frieda Müller, geb. Fromhold-Treu, 1890–1964] befand sich unter denen, die zu dem Gefängnis gehastet waren. Die Szene, wie sie ihren zerschossenen Vater vorfand und in die Arme nahm, hat sie mehrfach plastisch geschildert. In ihrem sonst so milden Gesicht spiegelten sich wechselnd Trauer und Empörung wider. Die Baltengeneration, die wie ich erst später zur Welt kam, atmete von kleinauf solche Berichte ein. Der Kommunismus wurde schlechthin mit dem Satan gleichgesetzt." (A. Mueller: Balte, S. 46) Oskar Schabert hat dem Bildnis des hochmusikalischen T., der einen letzten Trost beim Spielen auf der Orgel der Friedhofskapelle fand, das Bibelwort zugeordnet: „Singet und spielet dem Herrn in euren Herzen." (Eph 5,19)

Quelle: Auskunft von A. Mueller/Goslar.

Literatur: M. Hunnius: Weg; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 85 f.; A. Mueller: Balte, S. 46–48; M. Ottow/W. Lenz (Hrsg.): Prediger, S. 455, Nr. 1913; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 165–167.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 36.

S. Bitter

Treu, Paul Fromhold (genannt: Paul Fromhold-Treu)

** 22.5.1854 Pastorat Nitau/Kurland, † 16.3.1919 Riga/Livland.*

Verh. mit Marie, geb. Kaehlbrandt, acht Kinder.

1874–1880 Studium der Philologie und Theologie in Dorpat/Livland; Probejahr in Jürgensburg und Neu-Pebalg; 1881–1882 Pastor adj. in Neu-Pebalg; dann Pastor vic. in Riga; 1882–1884 Pastor adj. in Lasdohn/Livland; 1884–1891 Pastor in Irben, Gipken und Kolken/Kurland; 1891 Pastor vic. und Religionslehrer in Riga; 1896 Pastor in Riga (St. Trinitatis); Mitglied der Lettisch-Litterärischen Gesellschaft.

T. wurde 1884 Pastor in Irben im Norden Kurlands. Seine Frau hat in der Biographie ihres Vaters wie auch für Schaberts Märtyrerbuch geschildert, wie die lutherischen Pastoren damals mit der Propaganda der griechisch-orthodoxen Kirche zu kämpfen hatten. T. hat sich energisch der Verführung der lettischen Bauern widersetzt, denen ein „Himmelsland" versprochen wurde, wenn sie nur den „Kaiserglauben" annähmen. Sein Patron und die ganze kurländische Ritterschaft stellten sich vor ihn; ein russischer Advokat verteidigte ihn gegen den Vorwurf, er hätte „die Gemeinden vom Übertritt zur griechischen Kirche abhalten" wollen (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 124). Vergebens, er wurde mit einer Gefängnisstrafe belegt. Nach Abbüßung der Strafe wurde er gezwungen, Kurland zu verlassen. Sich von seiner Gemeinde zu verabschieden, war ihm untersagt. Er fand eine gering dotierte Tätigkeit als Stadtvikar in Riga, musste zugleich durch Unterrichtsstunden für den Unterhalt der Familie sorgen. 1896 übernahm er – nach dem Tode des Pastors Carl Heinrich von Fromm (1838–1896) – die Stelle eines Pastors an der Trinitatiskirche in Riga. – Während der Revolution von 1905/06, in der sein Vetter Carl Schilling umgebracht wurde, hat T. erheblichen Bedrohungen seiner Person und des kirchlichen Lebens entgegentreten müssen. Der Erste Weltkrieg führte zu einer Verschärfung des längst schon vorhandenen nationalen Antagonismus zwischen lettischer Gemeinde und deutschem Pastor. Rudolf Gurland (1886–1947) berichtet aus dieser Zeit: „Wäre die Hetz- und Wühlarbeit der lettischen Presse nicht gewesen – es wäre durch den Krieg das allgemeine Lebensbild der



Gemeinde wenig verändert worden. So aber forderte der ‚ungekrönte Lettenkönig', Abgeordneter Goldberg in Petersburg, öffentlich in den Blättern das Volk auf, alles zu beobachten und zu berichten, was im Lande vor sich gehe und auf Verrat hindeute. Nun begann ein widerwärtiges Spionieren, Denunzieren und Verleumden, und bald war kein Deutscher mehr seines Bleibens im Lande, ja seines Lebens sicher. Die Kirchenbesucher horchten gespannt auf die Predigt, ob sie nicht Verrat heraushören könnten." (S. Bitter/H.-H. Gurland: Kirche, S. 43) Als im Januar 1919 die Bolschewiken in Riga einzogen, wurde T. verhaftet. Die lettische „Rote Fahne" rief auf, gegen T. auszusagen. Zeugen, die für ihn auftreten wollten, wurden abgewiesen. Schließlich fand sich: er sei bei der Erschießung von zwei Gemeindegliedern 1905 beteiligt gewesen – in Wahrheit hatte er sie als Seelsorger zur Richtstätte begleitet. Nach schlimmen Wochen im Gefängnis wurde Treu am 16.3. erschossen. Den Kommissaren sagte er: „Meinen Leib könnt ihr mir wohl nehmen, meiner Seele könnt ihr nichts anhaben." (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 127) Erst im September wurde T.s Leichnam in einem Massengrab gefunden. Nun konnte er bestattet werden; auf seiner Grabtafel steht das Bibelwort: „Siehe, wir preisen selig, die erduldet haben." (Jak 5,11)

Literatur: S. Bitter/H.-H. Gurland: Kirche, S. 41 ff.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 456, Nr. 1915; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 122–127; W. Sénéchal: Pfarrer, S. 61–66; T. Kallmeyer: Prediger, S. 513; M. Treu: Kaehlbrandt, S. 166–170.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 25.

S. Bitter

Tschischko (Ciško), Ludwig

** 18.6.1858 Komoddern/Litauen, † 21.2.1918 bei Wolmar/Livland.*
Verh. mit Emilie, geb. Kampe.
1881–1890 Theologiestudium in Dorpat; 1892 kurländischer Kandidat; 1893 Pastor vikarius für die lettischen Gemeindeglieder im Kirchspiel Pleskau (Pskov); 1899 Pastor ebenda und zugleich Religionslehrer am Lehrerseminar, Kadettencorps, Gymnasium und anderen Schulen in Pleskau; 1910 Pastor in St. Matthiae.

Der aus einer lettischen Familie stammende T. erhielt als Vikar den Auftrag, die in der Gemeinde Pleskau zerstreut lebenden Letten zu einer Gemeinde zusammenzuschließen. In Pleskau wurde er nach seiner in St. Petersburg erfolgten Ordination zum Pastor ernannt. Zugleich war er Religionslehrer am Lehrerseminar, Kadettencorps, Gymnasium und anderen Schulen in Pleskau. In aufopferungsvoller geduldiger Arbeit vermochte er eine lettische Gemeinde aufzubauen. Doch diese schwere Arbeit in der Diaspora schädigte seine Gesundheit nachhaltig. Gerne nahm er deshalb 1919 einen Ruf auf die Pfarrstelle der kleinen Gemeinde im livländischen St. Matthiae an. Auch dort widmete er sich zunächst vor allem der Arbeit unter seinen lettischen Volksgenossen, doch auch die deutsche Gemeinde vermochte er durch sein freundliches und hilfsbereites Wesen für sich einzunehmen. Mit dem Ausbruch der Revolution 1917 zeigte es sich, dass auch in seiner Gemeinde eine Spaltung eintrat: Während sich die Älteren zur Kirche hielten, verachtete die Jugend zunehmend Glaube und Kirche; von entsprechenden Lehrern geführt, wurde Gott geleugnet. Es war für T. schmerzlich zu erkennen, dass unter den Bolschewiken auch etliche seiner Konfirmanden



waren. Bereitwillig ließ er sein Hab und Gut requirieren, entschieden freilich verwahrte er sich gegen die Öffnung der Kirche für die Bolschewiken. Als am 18.2.1918 der Waffenstillstand zwischen Deutschem Reich und Russland ablief und die Deutschen vorrückten, wurde T. von den abrückenden lettischen Schützenregimentern verhaftet. Am 20.2. wurde er nach Wolmar gebracht, um dort vor ein Tribunal des 7. lettischen Schützenregiments gestellt zu werden. Mit zehn anderen Verhafteten wurde er in ein kleines Zimmer eingesperrt und um 2.00 Uhr morgens hatte er sich mit seinen Mitgefangenen auf den Weg nach Walk zu machen. Unterwegs eröffneten ihm jüngere Mitgefangene den Plan, die sie begleitenden Schützen zu töten, um die Flucht ergreifen zu können. T. bewegte die Männer, von diesem Mordplan abzusehen; er sei sicher, den Gefangenen würde nichts geschehen. Bald freilich wurden die Verhafteten in einen Wald geleitet und der Führer der Abteilung eröffnete den Männern, sie würden auf Beschluss des ausführenden Komitees Ladwias erschossen. Als T. das Wort ergriff, um die Soldaten umzustimmen, wurde er umgehend getötet. Fünf weitere Personen wurden ermordet, die anderen konnten in den dunklen Wald entkommen. Die sechs Getöteten wurden auf dem Kirchhof zu St. Matthiae bestattet.

Das Schicksal T.s zeigt, dass es den Revolutionären nicht allein darum ging, die herrschende deutsche Oberschicht auszuschalten, sondern ebenso entschieden sollte der Einfluss der Kirche, des christlichen Glaubens, beseitigt werden. Deshalb wurde T., obwohl er ein engagiert für die Interessen der Letten eintretender Pastor gewesen war, ebenso ermordet wie seine deutschen Amtskollegen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 498, Nr. 1155; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 197 f.; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 103; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 457, Nr. 1923; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 66–68.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 9.

S. Hermle

Uhder, Konstantin

* *19.2.1870 Wolmarshof/Livland, † 29.5.1919 Alt-Schwanenburg/Livland.*

Verh.

1890–1897 Theologiestudium in Dorpat; 1900 Pastor der livländischen Seemannsmission in Cardiff/Wales; 1905 Pastoradjunkt an der Pauls-Kirche in Riga; 1906 Pastor in Aahof.

Aus einer lettischen Schulmeisterfamilie stammend, konnte U. sein Theologiestudium nicht kontinuierlich durchführen; um Geld zu verdienen, musste er es zeitweilig unterbrechen. Nach bestandenem Examen wirkte er zunächst in Cardiff, ab 1906 dann in Aahof. Als 1917 die Bolschewisten erstmals die Macht an sich rissen, forderten sie U. auf, sich an ihre Seite zu stellen. Doch er lehnte ab und wurde daher mit Repressalien belegt. Als die Kirche requiriert wurde, mussten die Gottesdienste ins Pastorat verlegt werden. Im Dezember 1917 wurde er verhaftetet, doch die Gemeinde setzte sich so entschieden für ihren Pastor ein, dass er von den Machthabern wieder freigelassen wurde. Am 25. Februar 1918 zogen die deutschen Truppen in Aahof ein und ermöglichten wieder eine normale Gemeindearbeit. U. hielt verschiedentlich Gottesdienste für die deutschen Soldaten, auf deren Wunsch hin er auch Kaiser Wilhelm in die Fürbitten mit einschloss. Aufgrund dieser Tatsache war ihm klar, dass er nach



Abzug der Deutschen verhaftet würde. Er entschloss sich deshalb am 25. November 1918 seine Gemeinde zu verlassen und nach Riga zu übersiedeln. Dort blieb er bis zur Befreiung dieser Stadt durch die baltische Landeswehr am 22. Mai. Danach machte er sich auf den Weg zu seiner Familie nach Alt-Schwaneburg. Als er dort am 28. Mai eintraf, herrschten freilich noch die Bolschewisten. Er wurde umgehend vor ein Gericht gestellt und als deutscher Spion zum Tod verurteilt. Mit neun anderen Verurteilten wurde er am 29. Mai, wenige Stunden vor Ankunft der Befreier, vor den bereits ausgehobenen Gräbern erschossen.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 211; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 105; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 458, Nr. 1933; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 167 f.

S. Hermle

Wachtsmuth, Paul

* *15.5.1879* Mitau/Kurland, † *20.3.1919* Riga/Livland.
Verh. mit Marianne, *geb.* Schwartz.
1897–1901 Theologiestudium in Dorpat; *1902 Studium in* Berlin; *1903 Helfer des lettischen Pastors in* Doblen; *1905 Pastor an der St. Johannis-Kirche sowie Rektor an der Diakonissenanstalt in* Mitau.

Nach seinem erfolgreichen Examen in Dorpat setzte W. sein Theologiestudium in Berlin fort, wo er auch die Arbeit der Berliner Stadtmission kennen lernte. Adolf Stoecker schärfte ihm den Blick für die sozialen Aufgaben der Kirche. Dieser Impuls wurde in Bethel vertieft, wo W. einige Zeit in der „Stadt der Barmherzigkeit“ unter Friedrich von Bodelschwingh arbeiten konnte. Als er Ende 1903 ins Baltikum zurückkam wurde er nach einer kurzen Helferzeit Pastor an der St. Johanniskirche in Mitau mit einem speziellen Dienstauftrag an Armenhäusern und Gefängnissen; zudem wurde er zum Rektor an der Mitauer Diakonissenanstalt bestellt. Seinem Verständnis nach sollten die Diakonissen „zum Stoßtrupp im Kampfe der Kirche mit dem Reiche der Finsternis“ herangebildet werden (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 101). Der Ausbruch des Weltkrieges 1914 brachte für W. Schwierigkeiten mit der Obrigkeit. Es war im Kirchengebet vorgeschrieben, „um den Sieg in dem uns aufgezwungenen Kriege“ zu beten. W. weigerte sich, diese ihm lügenhaft erscheinende Phrase zu gebrauchen. Er hoffte auf den Sieg Deutschlands. Eine weitere Konfrontation ergab sich, als die Oberin des Diakonissenhauses auf Druck der russischen Behörden 1915 zurücktreten musste. An ihre Stelle trat die Diakonisse Marie Schlieps. W. wurde verhört, und da er in großer Offenheit seine Ansichten vorbrachte, sollte er aus Kurland ausgewiesen werden. Der Verschickungsbefehl war bereits ausgefertigt, freilich konnte er aufgrund der Eroberung Mitaus durch die deutschen Truppen am 1.8.1915 nicht mehr ausgeführt werden. In der Folgezeit suchte W. die Arbeit der Inneren Mission auszubauen. Beispielsweise gründete er einen Frauenhilfsverein, engagierte sich für die Arbeit an Gefangenen und setzte sich entschieden gegen die ethische Verwahrlosung ein, die in einer Etappenstadt in Kriegszeiten um sich griff. Um für seine Anliegen zu werben, publizierte er ab 1917 die Zeitschrift „Kelle und Schwert“, in der er das soziale Pflichtbewusstsein der Menschen zu wecken suchte. Als Mitau am 9.1.1919 in die Hände der Bolschewisten fiel, verließen viele Bewohner die Stadt fluchtartig. W. blieb, da seine armen Gemeindeglieder ebensowenig wie die Schwestern die Flucht ergreifen konnten. Einen Eindruck von seiner Haltung gibt ein Beitrag von ihm



(Ebd., S. 104) Am 5.3. wurden er und Oberin Schlieps verhört, aber noch nicht verurteilt. Als sich am 18.3. abzeichnete, dass Mitau bald von der baltischen Landeswehr erobert werden würde, wurde das Gefängnis geräumt; die Gefangenen sollten als Geiseln nach Riga überstellt werden. Der jämmerliche Zug von 130 Frauen, der von Schlieps und W. begleitet wurde, erreichte am 19.3. Riga. Unter den 44, die nicht ankamen, befand sich auch Oberin Schlieps. W. wurde am 20.3. ermordet. Kurz zuvor hatte er noch seinem Bruder geschrieben: „Was aus uns weiter werden wird, ist uns unbekannt, Gott weiß es und geht mit uns. Es ist schwer, aber Gott gibt täglich neue Kraft, wir können täglich Andacht halten, wie in Mitau." (Ebd., S. 105.)

Literatur: T. Kallmeyer: Kirchen, S. 712; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 205; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 79–81; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 100–105.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 19.

S. Hermle

in der Januarnummer 1919 von „Kelle und Schwert". Hier schrieb er: „Es hat in diesem wirren Hin und Her etwas unendlich Beruhigendes, wenn man sich sagen kann: von deinem Posten, da Gott dich hingestellt, darfst du nicht wanken und weichen; du bleibst, was immer kommen mag, und Gott bleibt bei dir." (Ebd., S. 102) Das Diakonissenhaus hatte immer wieder unter Hausdurchsuchungen und Nachstellungen der neuen Herren zu leiden. Bald wurde deutlich, dass es eine Denunziantin im Hause geben musste. Offenkundig wurde dies, als nach dem Tod eines schwer krank eingelieferten bolschewistischen Funktionärs ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, der W. sowie die Oberin beschuldigte, die Pflege vernachlässigt, ja den Kranken vergiftet zu haben – interessanterweise wurden aber weder der Arzt noch die eigentlich pflegende Schwester verhört. W. und Oberin Schlieps wurden verhaftet und ins Mitauer Gefängnis eingeliefert. Dort wirkte W. nicht nur unter seinen Zellengenossen seelsorgerlich, sondern durch Blätter, die man durch Ritzen in Nachbarzellen schob, auch unter anderen Gefangenen. In seinen Gefängnisbriefen hieß es: „Ich freue mich so sehr, daß ich auch hier Pastor sein kann, in meiner und der Nachbarzelle. Und die Menschen sind so willig! Was ist das für eine Gnade Gottes!"

Walter, Arthur

** 20.9.1860 Riga/Livland, † 16.5.1919 Riga.*
Verh. mit Hedwig Hermine, geb. Walter (nicht verwandt), fünf Kinder.
1879–1884 Theologiestudium in Dorpat/Livland; Probejahr in Kremon/Livland; 31.5.1885 Ordination in Riga; 1886 Pastor der lettischen St. Gertrud-Gemeinde in Riga.

W., der Sohn eines Apothekers, war ein vorzüglicher Kenner der lettischen Sprache. Sein Mentor in Kremon und späterer Schwiegervater Wilhelm Walter (1825–1897), der der großen baltischen Theologenfamilie Walter angehörte, war der Herausgeber einer lettischen Zeitung. – W. kam sogleich in die Gemeinde, der er bis zu seinem Tode gedient hat, die lettische St. Gertrud-Gemeinde in Riga. Die Zahl der Gemeindeglieder wuchs damals auf 35 000 an. Die übergroße Aufgabe hat W. mit Hingabe auf sich genommen. Erfüllt von der Erfahrung der Gnade Gottes war er ein Prediger der Liebe Gottes. 1919 wurde er von den Bolschewisten verhaftet und zusammen mit seiner Frau ins Gefängnis geworfen. Als sie auseinander gerissen wurden, rief er seiner Frau zu: „Vergiß es nicht: Grö-





ßer als der Helfer ist die Not ja nicht." – W. hat im Gefängnis viel leiden müssen, hat aber nicht geklagt, sondern andere getröstet. Seine Frau, bald frei gelassen, bemühte sich durch Wochen vergebens, zu dem an Flecktyphus erkrankten Ehemann zu gelangen. Als sie schließlich zu ihm vordringen konnte, fand sie ihn „bewußtlos, bis zur Unkenntlichkeit abgemagert, im Todeskampf", so hat sie berichtet (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 174). Sie durfte nur zehn Minuten bleiben; zwei Stunden später starb er. Die Gemeinde setzte durch, dass W. von der Kirche aus beerdigt wurde. Es geschah unter großer Anteilnahme. Auch unter den Letten Rigas kam es jetzt zu einem „ersten Ermannen" gegen den bolschewistischen Terror. Weil W. nicht unmittelbar ermordet worden ist, fehlt er in Michaelis' Märtyrerbuch. Schabert rechnet ihn zu den „Konfessoren".

Literatur: M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 468, Nr. 1993; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 173 f.; C.-D. Walter: Walter, S. 101.
Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 41.

S. Bitter

Willigerode, Paul

* *17.4.1859* Dorpat (Tartu)/Estland, † *19.9.1919* Moskau.
Verh. mit Alice Wilhelmine Julie, geb. Wellmann, zwei Kinder.
1876–1882 Theologiestudium in Dorpat; 1882 Ordination in Kl. St. Johannis/Kreis Fellin; 1882–1885 Pastor in Testama/Livland; 1885–1914 Pastor an der St. Marienkirche in Dorpat; 1909–1914 Mitglied des Generalkonsistoriums, 1914–1919 Generalsuperintendent und Vizepräsident des Konsistoriums in Moskau.

In der baltischen Familie Willigerode war der Pastorenberuf stark vertreten. Sowohl der Vater von W., Adalbert Willigerode, als auch sein Sohn, Adalbert Hugo Willigerode, sowie sein Neffe und späterer Schwiegersohn, Theodor Friedrich Adalbert Willigerode, waren Pastoren.

W. besuchte das Gymnasium in Dorpat und studierte dort anschließend Theologie. Er wirkte als Pastor in Testama und Dorpat, bevor er 1914 als Generalsuperintendent nach Moskau berufen wurde. Dort wurde er 1919 verhaftet. Seine psychische Belastung durch die Haft führte dazu, dass er sich am 19.9.1919

im Gefängnis das Leben nahm. Sein Sohn wurde 1939 nach Deutschland umgesiedelt und war als Pastor in der Neumark und in Mecklenburg tätig.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 513, Nr. 122; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 224.; B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 40; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 180.
Foto: K. Stumpp: Verzeichnis, S. 179.

T. Westermeyer

Wilpert, Ludwig von

† *22.5.1919 Riga/Livland.*

W. wirkte über viele Jahre als Sammler der Rigaer Stadtmission. Entschieden setzte er sich für die Anliegen der Stadtmission ein und arbeitete verlässlich und treu als ein „Stiller im Lande" (O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 89). W. wurde nach der bolschewistischen Machtergreifung in Riga verhaftet und im Zentralgefängnis interniert. Über sein Ergehen als Gefangener ist nichts bekannt; wie viele andere wurde er am 22.5.1919 im Gefängnishof erschossen.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 210; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 89.

S. Hermle

Wuch(e)rer, Samuel

* *4.12.1887 Katharinenfeld, Gouvernement Tiflis/Tbilissi (Georgien);* † *13.8.1919 Annenfeld.*
Verh.
1907–1909 Studium der Physik und Mathematik in Dorpat/Tartu; 1909–1912 Theologiestudium ebendort.

W. wurde am 27.10.1913 ordiniert und diente vom gleichen Jahr an im transkaukasischen Kirchspiel Annenfeld-Georgsfeld/Georgijewskoje, Gouvernement Jelisavetpol/Kirowabad, das zu den früheren „Separierten Kolonien" gehört hatte. Hier ist er in den Wirren des Bürgerkrieges 1919 (von Tataren, wie es E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 517, und B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 223, für möglich halten) erschlagen worden. Dass er bis 1913 (so O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 341, und J. Schnurr: Kirchen, S. 181) Pastor in Katharinenfeld und Eugenfeld in Transkaukasien gewesen sei, lässt sich zeitlich nicht einordnen und ist daher unwahrscheinlich.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 155 f., 517; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 110, 341, 352, 423; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 223 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 181.

H.-C. Diedrich

Wühner, Richard

* *16.9.1872 Tarwast,* † *3./4.5.1919 Pleskau.*
Verh. mit Adele, geb. Schasmin.
1891–1895 Theologiestudium in Dorpat; 1897 livländischer Kandidat; 1897 Vikar für den Sprengel Werro; 1899 Pastor der estnischen Gemeinde in Walk; seit 1908 St. Petri.

Der aus einer estnischen Familie stammende W. wurde als Pastor der selbständig gewordenen estnischen Gemeinde in Walk eingesetzt. Versuche, ihn für estnisch-nationalistische Tendenzen zu gewinnen, schlugen fehl. Seinem nach schwerem Zweifel gewonnenen lebendigen Glauben war konstitutiv, dass das Reich Gottes über allen Nationalitäten stehe. Bei der mühsamen Aufbauarbeit in Walk fand er treue Helfer, beispielsweise seinen Küster. Als sich die Eroberung Walks durch die bolschewistischen Truppen abzeichnete, blieb W. auf seinem Posten. Für ihn wurde Mk 8,35: „Wer sein Leben will behalten, der wird es verlieren" und Mt 10,38: „Wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach" bestimmend. Als am 18.12.1918 die Bolschewisten in Walk einzogen, wurde W. noch um 12 Uhr desselben Tages verhaftet. Allerdings verfügte der lettische Kommissar, der in Walk zu gebieten hatte, die Entlassung W.s. Als sich dann am 31.1.1919 der Sieg der „weißen" gegen die „roten" Esten abzeichnete, wurde W. erneut von den kurz vor dem Abzug stehenden Roten verhaftet. Er wurde nach Wolmar gebracht aber erneut freigelassen. Ein russischer Kommandant gab ihm sogar einen Passierschein mit, der ihm das Passieren der Front ermöglichen sollte. Freilich wurde W. durch estnische rote Truppenabteilungen wiederum ergriffen und als Spion festgesetzt. Man transportierte ihn ins Gefängnis nach Pleskau. Dort erregte dieser Pastor, der täglich Morgen- und Abendandachten





hielt, bald Aufsehen und fremde Menschen standen ihm bei, beispielsweise ließen sie ihm Essen zukommen. Berichtet wird, dass er mehrfach Gelegenheit zur Flucht verschmäht habe, da er nichts annehmen wollte „als was ihm sein Herr auf rechtmäßigem Wege gab“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 136). Ohne sein Wissen stellten die Lutheraner Pleskaus am 2.5.1919, dem Karfreitag nach russischem Stil, bei der Kommandantur ein Gesuch, dem gefangenen Pastor die Durchführung eines Ostergottesdienstes zu gestatten. Dieser von 150 Personen unterschriebene Antrag hatte allerdings fatale Folgen. Noch in der darauf folgenden Nacht wurde W., ohne dass er einem Verhör unterzogen worden wäre, erschossen. Berichtet wird, er habe sich von seinen Zellenkollegen, mit den einfachen Worten verabschiedet: „Seht, nun ruft mich Gott zu sich, lebt wohl, meine Freunde“. Seine Gemeinde in Walk ehrte den ermordeten Pastor, indem sie seine Leiche aus Pleskau abholte und auf dem Walker Friedhof bestattete.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 206; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 107; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 483, Nr. 2084; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 134–137.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 37.

S. Hermle

Zimmermann, Katharina, geb. von Roth

* *30.5.1861 Paulenhof/Livland, † 19.(31.?)8.1906 Lennewarden/Livland.*

Verh. mit Ludwig Zimmermann.

Z. wurde von den Mördern ihres Mannes im Pastorat festgehalten, als diese während der Abwesenheit des Pastors dort eindrangen. Als die Männer begannen, die Wertsachen zu rauben, protestierte Z. dagegen, woraufhin sie mit einer Peitsche geschlagen wurde. Ihr wurde befohlen, sich nicht aus dem Zimmer zu rühren. Als sie ihren Mann kommen hörte, suchte sie ihn zu warnen, wurde jedoch sofort erschossen. An der Seite ihres Ehemannes fand sie ihre letzte Ruhestätte.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 196; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 53–59.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 4.

S. Hermle



Zimmermann, Ludwig

* *14.(28.?)5.1852 Mitau/Kurland,* † *19.(31.?)8.1906 Lennewarden/Livland.*

Verh. mit Katharina, geb. von Roth.

1871–1876 Theologiestudium in Dorpat; 1877 Kandidat; 1877–1879 Hauslehrer und praktisches Jahr in Mitau; 1879 Pastoradjunkt in Kokenhusen; 1881 Pastor in Neuermühlen/Westerotten; 1896 in Lennewarden/Groß-Jungfernhof; 1890–1892 geistlicher Schulrevident; 1891–1892 stellvertretender Propst; 1892 Propst des Sprengels Riga/Land.

Als vom Patron eingesetzter deutscher Pastor wurde Z. in der großen Gemeinde Lennewarden kühl aufgenommen. Während der Revolution 1905 störten die Aufständischen die Gottesdienste in der Lennewardschen Kirche, beispielsweise bemächtigte sich am Pfingsttag diesen Jahres ein Fremder der Kanzel; Z. wurde durch eine Gruppe junger Revolutionäre der Weg zur Kanzel verwehrt. Z. wurde im Folgenden vorgeworfen, er habe „die Kirche zur Mördergrube gemacht“ (O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 55) und ihm selbst durch das Revolutionskomitee die Absetzung mitgeteilt. Zunächst verblieb Z. jedoch auf seinem Posten, doch bald war dies nicht länger möglich. Er siedelte nach Riga über, wo er in der Sakristei der Jacobi-Kirche die Vertriebenen und geflüchteten Pastoren um sich sammelte. Nach der Niederschlagung der Revolte durch das russische Militär kehrte er im Frühjahr 1906 in seine Gemeinde zurück. Als er die Kirche zu Nitau, in der Pastor Schilling ermordet worden war, erneut weihte, prangerte er in seiner Ansprache die Vorfälle an. Bald darauf verschafften sich drei maskierte Männer während einer Abwesenheit von Z. Zugang zum Pastorat. Auf den Schreibtisch legten sie ein schriftlich formuliertes Todesurteil und erwarteten den Pastor. Als seine Frau den Heimkehrenden warnen wollte, wurde zunächst sie, dann ihr Ehemann ermordet. Bezeichnenderweise wagten die Gemeindeglieder nicht an der Bestattung des ermordeten Ehepaares auf dem Lennewardschen Kirchhof teilzunehmen. Pastor Taurit war es vorbehalten, dem „Propst mit dem goldenen Herzen“ (ebd., S. 56.) die Bestattungsfeier durchzuführen.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 196; O. Michaelis: Märtyrerbuch, S. 63 f.; M. Ottow/W. Lenz: Prediger, S. 487, Nr. 2110; O. Schabert: Märtyrerbuch, S. 53–56.

Foto: O. Schabert: Bildnisse, S. 4.

S. Hermle

Arnhold, Gustav A.

** 1878 Łódź, † um 1938 Region Chabarowsk.*
Verh., mehrere Kinder, darunter zwei noch lebende Töchter.
Seit 1910 Reiseprediger der Siebenten-Tags-Adventisten in Minsk; 1924–1928 unter den russlanddeutschen Siedlern in Taschkent tätig; 1928–1930 Vorsteher der adventistischen Gemeinden in der sowjetischen Wolgarepublik.

A. stammte aus armen Verhältnissen. Im Alter von zwei Jahren verlor er seinen Vater. Als Straßenjunge war er dem Alkohol ergeben. Er fand Beschäftigung in einer Tuchfabrik, wurde sozialistisches Parteimitglied und überzeugter Atheist und nahm an Arbeiterdemonstrationen in Łódź teil. Um 1905 schloss er sich unter dem christlichen Einfluss seiner Frau den Adventisten an, die um diese Zeit in der Stadt Fuß gefasst hatten. Seit 1910 wirkte er als „Reiseprediger" in Minsk. Während des Ersten Weltkrieges war A. russischer Kriegsgefangener in Ostpreußen. 1918/19 zog A. nach Kiew, wo ihn der adventistische Vorsteher H. J. Löbsack bat, nicht mit seiner Familie nach Deutschland auszuwandern, sondern seinen Dienst als Prediger in Russland fortzusetzen. A. wirkte nun in Bessarabien (Neudorf, Glückstal, Tiraspol). 1924 wurde er ins mittelasiatische Taschkent gerufen, wo er ebenso unter russlanddeutschen Siedlern wirkte. Ab 1928 war A. Vorsteher der deutschen adventistischen Gemeinden in der sowjetischen Wolgarepublik. Um 1930 wurde er festgenommen, nach zwei Monaten jedoch wieder aus dem Gefängnis entlassen. 1934 erfolgte in Engels die endgültige Festnahme. Zusammen mit Löbsack wurde er in Moskau vor Gericht gestellt und zu drei Jahren Lagerhaft in der Region Chabarowsk (Ferner Osten) verurteilt. Nach Ablauf der drei Jahre wurde er als Waldarbeiter, obwohl schwer herzkrank, zu weiteren zehn Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt. 1937 schrieb er im letzten Brief an seine Familie: „In der Ewigkeit wird uns der allmächtige Gott alle reichlich belohnen. Einen Ehrenkranz für mein Grab im weiten Sibirien bereitet ihr mir, wenn ihr mich nicht vermisst." Die Umstände seines Todes sind nicht geklärt. Wahrscheinlich starb A. an den Folgen seiner Haft. Er könnte aber auch erschossen worden sein. Die Familie erhielt keine offizielle Todesnachricht. Sein Grab blieb verschollen.

Quellen: AAE Friedensau: Nachlass G. A. Arnhold.

D. Heinz

Aßmus(s), Waldemar

** 3.3.1912 Katharinenstadt, † nach 1936.*
1929 Abschluss der Mittelschule in Marxstadt; 1931–1934 Besuch des Predigerseminars in Leningrad.

A. soll der Sohn eines Pastors gewesen sein, was sich aber nicht nachweisen lässt: Ein Pastor namens Aßmus war zu der Zeit an der Wolga nicht im Dienst. Von A. selbst ist im Wesentlichen bekannt, dass er mit der Sowjetmacht im Konflikt lebte: 1930 war er in seiner Heimatstadt wegen seines Widerstandes gegen die Schließung der dortigen Kirche inhaftiert; seine Entlassung erfolgte ohne Gerichtsurteil. 1932–1933 diente er neben seinem Studium am Predigerseminar als Küster an der Nikolaikirche in Grashdanka bei Leningrad. 1934 wurde er ordiniert, anschließend war er bis 1935 Pastor an den Kirchen in Owzyno und Schuwalowo-Osjorki. Im Mai 1935 leistete er Wehrdienst im 59. Landwehrbataillon in Poljarny nördlich von Murmansk. Am 22.5.1935 wurde er während eines Kurzurlaubs in Leningrad verhaftet. Am 1.11.1935 wurde er vom Sondergericht des Leningrader Gebietes zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt und am 8.12.1935 in den Norden, in den Kreis Murmansk, deportiert. Später soll er an der Wolga gelebt haben. Zeugnisse über sein weiteres Leben und sein Sterben liegen bislang nicht vor.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 140 f., 250; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 597 und 614; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 331, 422; J. Schnurr: Kirchen, S. 122; St. Peterburgskij Martirolog, S. 361; M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 297.

H.-C. Diedrich

Bandzmer, Friedrich A.

** 8.12.1901 Tschernjachow, † 6.6.1939.*
Verh. mit Augustina Rescheva, (mindestens) ein Kind.

B., Absolvent des Predigerseminars der Baptisten in Odessa 1928, diente anschließend bis 1933 der Baptistengemeinde in Moisejewka als Prediger. Dort wurde er am 5.2.1932 verhaftet und blieb bis 1935 im Arbeitslager. Kurz nach seiner erneuten Verhaftung in Schitomir am 25.5.1939 wurde er am 6.6.1939 erschossen.

Literatur: D. N. Miller: Wolves, S. 121 f., 284.

H.-V. Sadlack

Baschwitz, *Alfred* Moritz Theodor

** 9.9.1871 Orël, † 10.8.1936 Kursk.*
Verh. mit Marie, geb. Braun.
Schulausbildung in Mitau/Jelgava (heute: Lettland), 1892–1900 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

B. wuchs als Sohn eines Kaufmanns in Zentralrussland auf. Nach dem Abschluss seines Studiums übernahm er das Amt eines Religionslehrers in Moskau. 1903–1904 hielt er sich in den Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld auf. Am 29.6.1904, dem Peter-Pauls-Tag, wurde er in Moskau ordiniert; anschließend diente er als Adjunkt (Hilfspfarrer) an der Petri-Pauli-Kirche ebendort. Ab 1906 war er Pastor in Kursk; schon 1926 wurde er krankheitshalber emeritiert. Das bewahrte ihn nicht davor, 1934 verhaftet zu werden. Er starb zwei Jahre später im Gefängnis in Kursk.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 254; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 317, 507, 614 (irrtümlich mit Vornamen „Alexander"); O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 332; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 254; J. Schnurr: Kirchen, S. 123.

H.-C. Diedrich

Baumann, Michael
Baumann, Lene

** unbekannt, † vermutlich 1942 Lager Medweshja Gora (Kola-Halbinsel).*
Verh. mit Elisabeth, geb. Keller.
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Über B.s Geburt, Kindheit, Jugend und Ausbildung wissen wir nichts außer dass er Kolonistensohn war. Nach dem Abschluss des Predigerseminars machte er ein Gemeindepraktikum in Großliebenthal bei Odessa; anschließend übernahm er das Pfarramt in Kronau/Ukraine, wo er Ende 1933 zum ersten Mal, 1934 wiederum verhaftet wurde. Am 28.3.1935 verurteilte man ihn zu zehn Jahren Haft und transportierte ihn ins Straflager Medweshja Gora auf der Kola-Halbinsel. Die letzten Lebenszeichen stammen von 1940. Wahrscheinlich 1942 ist er umgebracht worden.

Die Schwester Lene wurde ebenso wie B.s Eltern deportiert; von der Schwester ist bekannt, dass sie – unbekannt, wann – erschlagen wurde.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 256; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 597 und 614; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 267, 328, 331 f.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 309 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 124.

H.-C. Diedrich

Baumbach, Heinrich J.

** 17.8.1902 Lugansk, † 19.9.1938.*
Verh. mit Karoline, geb. Mjanowski, ein Sohn aus der 1. Ehe der Frau.

Nach seiner Ausbildung am Predigerseminar der Baptisten in Odessa 1926–1928 war B. 1928–1930 Prediger der Baptistengemeinden in Kassel-Neudorf (Südrussland) und ca. 1933–1934 in Sorotschin. Nach erzwungener Dienstbeendigung wirkte er zwar noch in der Baptistengemeinde in Schitomir (Chlebnaja-Straße), verdiente sich seinen Lebensunterhalt aber in einer Ziegelei. Am 15.9.1936 wurde B. verhaftet, nach offizieller Version als Faschist, Staatsfeind und wegen Beteiligung an einer konterrevolutionären Bewegung. Bis zum 15.4.1938 blieb er in einem Konzentrationslager in Nordrussland. Nach seiner Rückkehr nach Schitomir wurde er am 15.9.1938 erneut inhaftiert und am 19.9.1938 erschossen.

Literatur: D. N. Miller: Wolves, S. 76–78, 284.

H.-V. Sadlack



Behning, *Liborius* Eduard Herbord

* *3.12.1862 Sarata (Bessarabien),* † *26.3.1933 Saratow.*
Verh. mit Bertha, geb. Aßmus.
1873–1878 Schulausbildung auf der Privatschule Schomburg in Benkendorf; 1878–1881 in Katharinenstadt; anschließend Abitur in Reval/Tallinn; 1882–1888 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

B. war der Sohn des Pastors Georg Behning in Sarata. Nach dem Theologiestudium wurde er am 18.10.1888 in Odessa ordiniert, anschließend diente er als Adjunkt in der reformierten Gemeinde Messer/Ust'solicha an der Wolga, Gouvernement Saratow. Von 1889 bis 1901 war er Pastor im benachbarten Galka/Ust'kulalinka; 1901 wurde er zum 2. Pfarrer an der Marienkirche zu Saratow gewählt, später übernahm er die 1. Pfarrstelle. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges begründete er ein Hilfskomitee für Kriegsopfer; an der Kirche wurden zwei Lazarette für Verwundete ohne Rücksicht auf die Konfession eröffnet. Während der Dürreperiode an der Wolga koordinierte er die Hilfe für die Hungernden und übernahm die Leitung der Russland-Abteilung des Schwedischen Roten Kreuzes. 1925 mussten die beiden Gemeinden der Marienkirche auf staatliche Anweisung vereinigt werden und die beiden Pfarrer (neben B. Eduard Seib) wurden gezwungen, Saratow zu verlassen. B. ging nach Sarepta/Krasnoarmeisk bei Stalingrad (1926–1928), dann nach Astrachan. „Im Mai 1931 werden der 69-jährige Pastor und seine Frau verhaftet." (O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 334) Im Gefängnis zu Saratow erkrankte B. an Lungenentzündung. Die Verwandten wendeten sich im Juni 1931 an das Schwedische Rote Kreuz und die Deutsche Botschaft in Stockholm mit der Bitte um Fürsprache für den Verhafteten. Dieser erlitt während der Haft einen Herzinfarkt, wurde daraufhin entlassen und starb am 26.3.1933 in Saratow.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 259; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 121, 507, 579, 597, 614; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 65 und 333 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 125.

H.-C. Diedrich

Bergen, *Bernhard* Kornelius

* *1884 Friedensdorf (Molotschna Kolonie, Ukraine),* † *14.7.1937 Russland.*
Verh. in 1. Ehe mit Anna, geb. Thiessen, in 2. Ehe mit Lena, geb. Wiebe, zwei Kinder aus 1. Ehe.
1910–1911 Studium an der Allianzbibelschule in Berlin; 1913–1929 Prediger der Mennoniten-Brüdergemeinde in Lugowsk; 1923 bis etwa 1926 Lehrer an der Bibelschule in Lugowsk (Siedlung Pleschanowo).

Die Familie B. zog 1890 aus der Ukraine nach dem Dorf Pleschanowo in der neu angelegten mennonitischen Ansiedlung Neu-Samara (Gebiet Samara). Hier arbeitete B. in der Bauernwirtschaft seiner Eltern. Von 1910 bis 1911 folgte das Studium an der Allianzbibelschule in Berlin. Nach seiner Rückkehr trat er in die Ehe mit Anna Thiessen und legte seine eigene Bauernwirtschaft an. 1913 wurde B. als Prediger der Mennoniten-Brüdergemeinde ordiniert. Während des Ersten Weltkrieges machte er drei Jahre einen Ersatzdienst als

Waldwächter im Walde Koltubanka, Busuluker Kreis, Gebiet Samara, etwa 100 km von zu Hause weg.

1917 kam er frei vom Dienst, fing wieder an zu wirtschaften und diente weiter im Predigtamt. Nachdem Bruder Abram Martens, Leiter und Ältester der Mennoniten Brüdergemeinde krank wurde (er bekam einen Schlaganfall), wurde B. 1928 zum Leiter der Gemeinde gewählt. Er hat besonders viel unter der Jugend gearbeitet, und ab 1923 als Lehrer in der Bibelschule in Lugowsk gedient. Nach einigen Jahren wurde die Schule von der Regierung geschlossen, die Prediger für stimm- und rechtlos erklärt und in den Jahren nach 1929 verbannt.

Im Januar 1925 beteiligte B. sich als Delegat an der Mennonitischen Bundeskonferenz in Moskau, die so genannte „Zweite Märtyrersynode der Taufgesinnten". Von den insgesamt 86 Teilnehmern wurden die meisten in den Jahren 1929-1941 verhaftet und verbannt oder erschossen, nur 18 gelang es nach Kanada oder in die USA auszuwandern.

Als viele Mennoniten in den 20er Jahren nach Kanada auswanderten sagte B.: „Ich kann nicht fortgehen und die Herde allein lassen" (zitiert nach A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd.1, S. 121). Doch als 1929 im Herbst so viele nach Moskau flohen, fuhr er auch, um Auslandspässe für sich und seine Familie zu besorgen. Die Frau sollte mit der Familie eine Woche später folgen. Als sie ankam, war B. schon von der GPU festgenommen und ins Gefängnis überführt. Er wurde wahrscheinlich, wie so viele andere Prediger, beschuldigt, Anstifter oder Führer dieser Auswanderungsbewegung zu sein, welches unter dem berüchtigten § 58 des Russischen Strafgesetzes als konterrevolutionäre oder anti-sowjetische Aktivität gedeutet wurde. Die meisten Prediger wurden dann auf 3–5 Jahre verbannt. (Die meisten, welche diese erste Verbannung überlebten, wurden dann ab 1935 wiederum verhaftet, verbannt oder auch erschossen.)

Frau B. wurde angeboten, sie sollte ein Papier unterschreiben, dass sie Witwe sei, dann könne sie nach Kanada auswandern. Sie tat es nicht und wurde mit ihren Kindern gewaltsam nach Samara zurückgeschickt. Erst nach vier Jahren kam ihr Mann als Krüppel mit Krücken zurück. In der Verbannung war ihm bei der Arbeit im Urwalde des hohen Nordens beim Baumfällen ein Bein gebrochen und er blieb seit der Zeit lahm.

Am 25.6.1935 musste er wiederum in die Verbannung. Nach drei Wochen starb seine Frau und die Kinder blieben als Waisen zurück. Nach drei Jahren kam er wiederum frei und heiratete eine Witwe Lena Wiebe. Doch eine Woche nach der Hochzeit musste er wieder weg. Was gegen ihn vorlag ist nicht einwandfrei festzustellen, aber unter § 58 könnte seine Tätigkeit als mennonitischer Prediger als „Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären, faschistischen Organisation" oder als „anti-sowjetische Agitation" gedeutet werden. Er wurde 1937 verhaftet und am 14.7.1937 erschossen.

Literatur: G. V. Ermakov: Kniga Pamjati, S. 40; A. J. Klassen: Neu Samara, S. 103, 109–111; P. Letkemann: Remembrance; J. Thiessen: Prediger, S. 119 ff.; A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 73–78.

P. Letkemann

Bergmann, Johannes

B. wurde in den Jahren 1937/38 zusammen mit drei Angehörigen der Familie Pineker und noch vielen weiteren Christen verhaftet.

Quellen: Briefe Ferdinand Pineker (jun.) an Heinrich Rathke 3.7.2000, 23.12.2000, 27.1.2001 und 15.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 274.

T. Westermeyer

Berner, *Sergej* Iwanowitsch

* *1895 St. Petersburg, † 3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

1916 gymnasialer Abschluss; 1916/1917 Militärdienst in der zaristischen Armee; 1917–1923 Militärdienst in der Roten Armee, Adjutant eines Divisionsstabschefs; Rückkehr nach Leningrad; 1923–1927 privater Musiklehrer; 1927–1929 Verwaltungsangestellter an einer Schule; 1930–1934 Kulturarbeiter, Rechnungsprüfer und Buchhalter bei verschiedenen Institutionen in Leningrad; ab 1934 Buchhalter der 3. Gesamtschule des Wolodarski-Bezirks.

B., der aus der Familie eines St. Petersburger Ehrenbürgers deutscher Herkunft stammte, gehörte der ev.-luth. St. Petri-Gemeinde an. 1930 wurde er Kirchenratsmitglied, 1934 Sekretär und im Mai 1935 Vorsitzender

des Kirchenrats. Am 23.11.1937 wurde er im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation“ zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1. 1938 in der Lewaschower Heide erschossen und begraben.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und das Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-32706.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 377.

T. Tatsenko/J. Stobbe

Bietsch, Josef

** 1905 Nowoalexandrowskaja bei St. Petersburg, † 3.1.1938 in der Lewaschower Heide bei Leningrad.*

Hausmeister am Leningrader Werk „Bolschewik“; Kirchenratsmitglied der St. Petri-Gemeinde in Leningrad.

B. wurde am 23.11.1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation“ zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 378.

T. Tatsenko

Birth, Gustav

** 2. oder 11.3.1877 Mirau/Mirnoje, Kreis Mariupol (Ukraine), † 1934 oder später Lager Medweshja Gora (Kola-Halbinsel).*

Verh. mit Elsa Eva, geb. Buchholz.

Schulausbildung im 2. Kadettenkorps in St. Petersburg; 1911–1912 Jurastudium in Dorpat/Tartu; 1912–1917 Theologiestudium ebendort; 1917 theologisches Examen in Moskau.

B. war Sohn eines Kolonisten in Südrussland (der Ukraine). Nach dem theologischen Abschlussexamen diente er von 1918 bis 1928 als Pastor in der Kolonie Friedenfeld/Tersanka, Gouvernement Taurien (heutige Ukraine), von 1928 bis 1934 in Charkow. Er wirkte darauf hin, dass die Propsteisynode Saporoshje 1924 und die Allukrainische Synode mit vier Propsteibezirken 1926 sich der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Sowjetunion anschlossen. Gegen die lutherischen „Erneuerer“, die in der Ukraine unter Pastor Eduard Luft in Prischib einen separatistischen, prosowjetischen Gemeindebund gebildet hatten, führte er einen entschlossenen Kampf. Als Pastor und Propst in Charkow hielt er gute Beziehungen zum Gustav-Adolf-Verein in Leipzig und anderen deutschen Hilfsorganisationen, sodass man sich durch seine Berichte dort ein verhältnismäßig klares Bild von den Verhältnissen, unter denen die Lutheraner in der Sowjetunion insgesamt und in der Ukraine im besonderen leben mussten, machen konnte. Beim Ausscheiden eines der beiden Bischöfe, Malmgren oder Meyer, wäre er als einziger möglicher Nachfolger in Frage gekommen. Seine Emigration nach Deutschland wäre möglich gewesen, ist von ihm aber abgelehnt worden, „solange hier eine Gemeinde existiert“ (W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 130, Anm. 2). Er geriet schon früh unter die Kontrolle der Organe des NKWD. Am 16. (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 264; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 245: 15.) Januar 1934 wurde er zum ersten, am 3.2. des gleichen Jahres zum zweiten Mal verhaftet. Die Anklage lautete auf feindselige Haltung gegen die Sowjetunion und Spionage für Deutschland, das Urteil: Zehn Jahre Haft. Im Lager Medweshja Gora ist der Siebenundfünfzigjährige 1934 oder später verstorben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 264; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 108, 579, 614 u. ö.; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 202, 222, 232, 266, 276, 335; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 245; J. Schnurr: Kirchen, S. 126.

H.-C. Diedrich

Blumenbach, *Hermann* Friedrich Gustav

** 22.9.1872 Lemsal (Riga ?), † 1918 Perm.*

Verh. mit Katharina Alwine Ida Hermine, geb. Sturm.

Schulausbildung auf dem Stadtgymnasium Riga, 1893–1898 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Über B. finden wir in der Literatur zwei ganz verschiedene Lebensläufe. Das beginnt mit den unterschiedlichen Geburtsorten. Amburger teilt weiterhin mit, dass er nach der Ordination am 4.3.1901 in Riga Adjunkt der Martinskirche ebendort geworden sei und von 1901 bis 1904 das Pfarramt in Bergdorf, Gouvernement Cherson (Ukraine), inne gehabt habe. Seine weitere Amtszeit ab 1904 verlegt Amburger nach Kurland und (ab 1919) nach Pommern bzw. Mecklenburg bis zu seiner Emeritierung 1948. Licenberger und Schnurr wissen auch von der Amtszeit in Bergdorf, schweigen aber über die Jahre 1904 bis 1918 und berichten beide von der Erschießung 1918 in Perm.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 265; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 110, 337, 422; J. Schnurr: Kirchen, S. 126.

H.-C. Diedrich

Bodungen, Ferdinand von

** 25.11.1872 St. Petersburg, † 15.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

1893–1898 Theologiestudium in Dorpat; 21.05.1901 Ordination in Peterhof; bis 27.11.1937 Pastor an der St. Petri-Kirche ebendort; daneben 1899–1914 Religionslehrer an mehreren Schulen in St. Petersburg und Peterhof.

B., der Sohn des Wirklichen Staatsrats Dr. Gustav von Bodungen, wurde am 27.8.1915 nach Westsibirien (Gouvernement Irkutsk) verbannt, weil man ihm „progermanische Tätigkeit" vorwarf. 1918 kehrte er nach Peterhof zurück. Seit 1920 war B. auch Pastor in Oranienbaum bei Petrograd. In den Jahren 1933–1935 tat er Dienst an der St. Nikolaus-Kirche in der deutschen Kolonie Graschdanka und zwischen 1936 und 1937 war B. Pastor an der lettischen Jesus-Kirche in Leningrad. Am 27.11.1937 erneut verhaftet, wurde er wegen angeblicher Spionage und konterrevolutionärer Tätigkeit angeklagt und am 10.1.1938 zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 15.1.1938 in der Lewaschower Heide bei Leningrad vollstreckt. Am 4.8.1989 wurde B. als Opfer von „unbegründeten Repressionen" rehabilitiert,

Quellen: Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-70715, Archiv der Föderalen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 379; St. Peterburgskij martirolog, S. 361 f.

T. Tatsenko

Boese, *Ernst* Albert

** 7.8.1893 Woitowez, Podolien, † nach 1935.*

Schulausbildung auf dem Gymnasium von Nemirow; 1914–1916 Theologiestudium in Dorpat/Tartu; später bis 1928 Predigerseminar Leningrad.

Im Sommer 1928 erfolgte die Abschlussprüfung B.s wie die der meisten anderen Absolventen des Predigerseminars aus diesem Jahrgang, anschließend übernahm er die Pfarrstelle in Paulskoje bei Marxstadt (früher: Katharinenstadt) an der Wolga. Erst am 1. Advent des gleichen Jahres soll er ordiniert worden sein. 1935 wurde er verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, während der er wahrscheinlich verstorben ist.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 267; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 597, 614; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 333; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 250 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 127; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 60.

H.-C. Diedrich

Bra(a)tz, Friedrich

** Gatschina bei St. Petersburg, † 1937 Lager Tschibju.*
1928 Abschluss des Predigerseminars in Leningrad.

B. absolvierte sein Probejahr bei Pastor Johann Föll in Grunau, Propstbezirk Saporoshje/Ukraine. Von 1931 bis 1934 war er Pastor in Ludwigsthal, ebenfalls Propstbezirk Saporoshje. Am 9.12.1934 wurde er verhaftet und am 7.1.1935 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, zu deren Verbüßung er ins Lager Tschibju (Autonome Sowjetrepublik der Komi) deportiert wurde. Ende 1937 wurde er wahrscheinlich dort erschossen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 270 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 597, 614; O. Licenber-

ger: Evang.-ljut. cerkov', S. 187, 328, 337; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 271 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 127; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 60.

H.-C. Diedrich

Busch, Emil Friedrich

** 6.12.1870 Pernigel, Gouvernement Kurland, † 21.3.1920 Smolensk.*
Verh. mit Anna Juliette, geb. Ripke.
1890–1897 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Nach der Ordination am 5.9.1899 begann B. seinen Dienst zuerst als Pfarradjunkt in Stephan/Wodjanoi Bujerak, Gouvernement Saratow, an der Wolga, danach von 1899 bis 1901 in Zarizyn (später Stalingrad, jetzt Wolgograd). Von 1901 bis 1911 hatte er die Pastorenstelle in Rosenheim/Podstepnoje, Gouvernement Samara, inne, ab 1911 diente er der Gemeinde in Smolensk. Hier wurde er „während der revolutionären Unruhen" (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 22) ermordet.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 279 f.; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 110, 338; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 221 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 129.

H.-C. Diedrich

Büttner, Alfred

** 16.7.1867 Riga, † vermutlich Anfang der 1940er Jahre.*
1886–1890 Theologiestudium in Dorpat; 21.3.1893 Ordination in Mitau; 1893–1894 Pastor in Kurland; 1894–1900 Pastor in Ponewez-Schadow, Gouvernement Kowno; 1900–1924 Pastor in der Elisabeth-Gemeinde in Kronstadt bei St. Petersburg/Petrograd; 1913–1924 betreute er auch die St. Nikolaus-Gemeinde in Kronstadt; 1924–1933 Pastor in Kasan an der Wolga.

B. war der Sohn eines Staatsrats. Er wurde in den 30er Jahren verhaftet. Im Jahr 1941 soll er noch in Moskau gelebt haben. Seither gilt er als verschollen.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 362.

T. Tatsenko

Cholode(t)zky, Emil Ernst

** 12.10.1874 Shmerinka, Podolien, † wahrscheinlich im August 1924.*
Verh. mit Helene, geb. Dankwardt.
Schulausbildung auf dem Gymnasium in Kischinjow (jetzt Chişinău/Moldau), 1894–1899 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

C. wurde am 16.11.1901 in St. Petersburg ordiniert und begann seinen Dienst als Pfarradjunkt in Glückstal, Gouvernement Cherson (heute: Ukraine). 1902–1907 war er Pastor in Hoffnungstal, ebenfalls Gouvernement Cherson, und von 1908 an in Zürichtal auf der Krim. Über C.s Ende gibt es zwei verschiedene Versionen, aber in einem stimmen beide überein: Es war ein gewaltsamer Tod. Auf der einen Seite wird der Sachverhalt so geschildert, dass er 1924 in seiner Gemeinde verhaftet und im August desselben Jahres wegen der Gründung einer konterrevolutionären Gruppe mit dem Ziel der Beseitigung der Sowjetmacht erschossen worden sei, zu dem Zweck soll er auch Geld gesammelt haben (J. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 101, und O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 387). Diese Nachricht ist die quellenmäßig besser belegte. Nach der anderen Version soll C. erst 1931 auf der Krim erschlagen worden sein (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 284).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 284; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 101, 507, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 387; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 226 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 130.

H.-C. Diedrich

Dauwolter, Georg

** 1908 St. Petersburg, † 3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*
Elektriker in einer Fabrik für künstliche Zähne; Kirchenratsmitglied der St. Petri-Gemeinde in Leningrad.

D. wurde am 11.12.1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für seine angebliche „Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen

Organisation“ zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 381.

T. Tatsenko

Deters, Erwin

** 19.10.1910, † 3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*
Mitarbeiter am Elektrowerk „Lenenergo”; Student des 5. Studienganges am Institut für Industrie; Kirchenratsmitglied der St. Petri-Gemeinde in Leningrad.

D. wurde am 23.11.1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation“ zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56–57; St. Peterburgskij martirolog, S. 381.

T. Tatsenko

Deutschmann, Friedrich

** 1883 oder 1893, † 1959.*
Verh. mit Marie (Iwanowna).
Ausbildung auf den dem Leningrader Predigerseminar vorgeschalteten theologischen (sog. „Privat-”)Kursen, die unter Mitwirkung der Bischöfe Freifeldt und Grünberg von dem damaligen Generalsuperintendenten Malmgren 1922–1924 ins Leben gerufen wurden.

Im Sommer 1925 begleitete D. den Bischof Theophil Meyer auf seiner dreimonatigen Visitationsreise nach Sibirien, während der er am 18.6. den Pfarrdienst in Slawgorod bei Barnaul/Altai antrat. Hier wirkte er unter anderem dadurch segensreich, dass er die lutherischen Gemeinden seines Pfarrbezirks mit der Evangeli-schen-lutherischen Kirche in der Sowjetunion verband. Nach kurzer Zeit geriet er in Konflikt mit der Sowjetmacht: Er wurde bereits 1928 der verbotenen Tätigkeit unter Jugendlichen angeklagt und verurteilt. Daraufhin musste er Slawgorod verlassen. Von 1930 bis 1934 konnte er den Pfarrdienst in Hochstedt, Kreis Melitopol, Propstbezirk Saporoshje, ausüben. Am 12.4.1935 wurde er verhaftet und darauf vom Bezirksgericht Saporoshje wegen antisowjetischer Tätigkeit und Spionage für Deutschland zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde in zehn Jahre Lagerhaft umgewandelt, die D. in den Erzgruben bei Temirtau, Gebiet Karaganda (Kasachstan), verbüßte. Danach konnte er nicht mehr den Pfarrdienst versehen. Nach allgemeinem Bekunden ist er 1959 oder kurz zuvor verstorben (anders B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 315).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 292 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 101, 108, 572 ff., 582, 597, 615 u. ö.; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 176, 182, 187, 349, 424 u. ö.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 314 f.; T. Meyer: Sibirien, S. 89; J. Schnurr: Kirchen, S. 131.

H.-C. Diedrich

Dirks, Heinrich

** 18.2.1872 Pakanten, Indonesien, † Frühling 1939 in Verbannung.*
Ledig.
Dorfschule und Zentralschule in Gnadenfeld (Südrussland); Pädagogische Kurse, Lehrerexamen; 1890–1893 theologische Ausbildung in Barmen bei Wuppertal; Ersatzdienst als Lehrer auf der Krim; 1895 Wahl zum Prediger der Gnadenfelder Mennonitengemeinde.

D. stammte aus einer Missionarsfamilie. Sein Vater war D. (sen.) aus Gnadenfeld, der ca. 1864 nach Deutschland ging, um in dem Missionshaus Barmen eine Ausbildung zum Heidenmissionar anzutreten. Einer seiner Lehrer war Dr. Fabri. Nach vierjähriger Ausbildung ging D. (sen.) nach Amsterdam, wo er unter der Leitung eines ehemaligen Missionars Klinkkert mehrere Sprachen erlernte und sich dann bei der Niederländischen Taufgesinnten Missionsgesellschaft um eine Missionarsstelle bewarb. Im Frühling 1869 ging D. (sen.) zurück nach Gnadenfeld, Südrussland und heiratete Aganetha Schröder, die bereit war, mit ihm in die Mission zu gehen. Die Gemeinde Gnadenfeld ordinierte ihn zum Prediger und Missionar. Im Herbst 1869 wurde die junge Familie von der Nieder-

ländischen Missionsgesellschaft auf die Insel Sumatra (Indonesien) entsandt. Die Familie D. (sen.) gründete in der Landschaft Pakanten (in der Nähe des Äquators) eine neue Missionsstation und arbeitete unter dem Batak-Volk.

Hier in Pakanten wurde D. 1872 geboren. Im Jahre 1881 musste die Familie D. wegen schlechter Gesundheit der Mutter Indonesien verlassen. Nach einem Aufenthalt in Amsterdam kam D. mit den Eltern nach Gnadenfeld, wo der Vater zum Gemeindeältesten (Pastor) ordiniert wurde. D. besuchte die Dorfschule und die Zentralschule in Gnadenfeld, machte sein Lehrerexamen und ging für etwa drei Jahre nach Deutschland in das Missionshaus Barmen, wo er eine theologische Ausbildung erhielt. Seine Lehrer waren Dr. August Schreiber, P. Kraft und in Medizin Sanitätsrat Häusner.

Im Herbst 1893 kehrte er nach Russland zurück, weil er sich zum Militärdienst (Ersatzdienst) melden musste. Seinen Ersatzdienst leistete er als Lehrer auf der Krim ab.

1895 wurde D. von der Gnadenfelder Mennonitengemeinde zum Prediger und Gehilfen seines Vaters, der hier Gemeindeleiter war, gewählt. Im Ersten Weltkrieg wurde er wieder einberufen und musste zwei Jahre lang auf der Krim Ersatzdienst leisten. Hier hat er unter Tataren und Zigeunern missioniert.

1917 kehrte er zurück nach Gnadenfeld, wo er weiter als Prediger der Gemeinde diente. 1922 wurde er von der Sowjetregierung, wie viele andere Geistliche, enteignet und recht- und stimmlos gemacht. Nur mit Hilfe seiner Geschwister konnte er die nächsten Jahre überleben. Die Geschwister wurden mehrmals aufgefordert, sich von ihm loszusagen, denn er sei ein Staatsfeind. Er selbst wurde einige Male verhört, wobei man ihn zwingen wollte, sich nicht nur vom Predigtdienst, sondern auch vom Glauben loszusagen. Er sollte eine Erklärung unterschreiben, dass alles, was er früher gelehrt und gepredigt hat, nur ein Irrtum sei. Seine Verleugnung würde man dann in einer Zeitung veröffentlichen. D. würde anschließend eine gute Stelle in der Verwaltung bekommen. Darauf ging D. nicht ein. Schon bald wurde er, wie alle Geistlichen, mit hoher Steuer belegt. 1936 wurde ihm strengstens untersagt, weiter zu predigen, die Kirche wurde beschlagnahmt und die Gemeinde für aufgelöst erklärt. Am 10.6.1938 wurde D. verhaftet. Nach dreieinhalb Monaten Untersuchungshaft in Dnepropetrowsk wurde er wegen politisch-religiöser Propaganda in ein Lager im hohen Norden verbannt. Von hier aus durfte er keine Briefe schreiben, sodass die Geschwister nie eine Nachricht von ihm erhalten haben. Ein entflohener Häftling berichtete später, dass D. schon im Frühling 1939 wegen der harten Haftbedingungen schwer erkrankte und bald darauf verstarb.

Quellen: Archiv der Vereinigten evangelischen Mission, Wuppertal-Barmen: H. Dirks: Briefe von Sumatra.

Literatur: A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1 S. 172–175; H. Heidebrecht: Dirks, S. 25 f.

H. Heidebrecht

Ditzel, Christian

** 1875 Rosenheim/Samara, † 16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

Ab 1932 war D. Vorsitzender des Kirchgemeinderates von Baku. Er wurde am 23.6.1937 wegen „antisowjetischer Tätigkeit und Organisierung einer faschistischen Gruppe im Kreis der lutherischen Gemeinde" verhaftet, so die Protokolle des NKWD. Nach monatelanger Haft, Verhören und Folter verurteilte man ihn zum Tode. Er wurde zusammen mit sieben anderen Gemeindegliedern erschossen.

Im Jahr 1962 wurden sämtliche Urteile gegen den Kirchgemeinderat als gesetzeswidrig außer Kraft gesetzt.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 68; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 263; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Dürksen, Jakob

** 9.3.1924 Waldheim (Omsk/Sibirien), † 2.6.1985 in einem Lager bei Smeïnogorsk (Südsibirien).*
Verh. mit Katharina, geb. Breul, zehn Kinder.

D. wurde am 9.3.1924 in Waldheim (russischer Name: Apollonowka) im Gebiet Omsk als neuntes Kind der Familie Franz Dürksen geboren. Mennonitische

Umsiedler aus der heutigen Ukraine hatten das Dorf 1913 gegründet. Als Kind erlebte D. noch christliche Versammlungen; doch seit 1929 mussten diese wegen der verschärften Religionsgesetze eingestellt werden. Nach 1937 gab es in Waldheim keine Gottesdienste mehr. In den Jahren 1937 bis 1938 wurden allein dort 21 Männer verhaftet, darunter auch D.s Vater. Dieser war einer der wenigen, die heimkehren durften, und arbeitete danach in der Kolchose als Buchhalter. Im Krieg hat ihn das Schicksal dann doch noch ereilt: Nachdem er Ende 1942/Anfang 1943 in seinem Büro auf einer Landkarte gezeigt hatte, wo die deutschen Armeen standen, wurde er erneut verhaftet und kehrte nicht zurück.

Der Sohn, Jakob, musste im deutsch-sowjetischen Krieg mit allen anderen jungen Deutschen in der Arbeitsarmee, der „Trudarmija", dienen. Er überlebte und heiratete 1948 Katharina Breul. Obwohl beide keine tiefgläubigen Christen waren, versuchten sie, ihre Kinder christlich zu erziehen. Tisch- und Nachtgebet wurden nach der Tradition ihrer Elternhäuser gepflegt. 1952 besuchte Jakob Regier, ein Mennonit und überzeugter Christ, in Waldheim seine Eltern. Die Nachricht, dass er abends einen Gottesdienst leiten würde, verbreitete sich rasch im ganzen Dorf. Die geistlich ausgehungerten Menschen strömten herbei. In einer Woche entschieden sich 120 Personen, Jesus verbindlich nachzufolgen – darunter auch das Ehepaar Jakob und Katharina Dürksen. D. widmete sich nun intensiv dem persönlichen Studium der Bibel und war schon nach kurzer Zeit einer der Prediger der Gemeinde.

Bald kamen Drohungen seitens der „Organe": Wenn er nicht mit der „antisowjetischen Propaganda" aufhöre, werde er verhaftet. Das geschah dann tatsächlich am 8.2.1953. Er wurde zu 25 Jahren Haft mit Beschlagnahmung des Privatvermögens verurteilt.

D. kam in ein Lager in Kasachstan (nahe dem heutigen Kosmodrom Bajkonur), wo die Häftlinge in Kupferminen arbeiten mussten und er sich schwere Lungenschäden zuzog. Nach 3 ½ Jahren – während der „Tauwetterperiode" nach Stalins Tod – wurde D. entlassen und rehabilitiert. Nach seiner Heimkehr empfing er die Taufe und wurde bald zum Ältestendienst eingesegnet. Obwohl die Bedrängnisse der Gemeinde nie aufhörten, wuchs sie trotzdem. D., der seinen Lebensunterhalt als Viehhirte verdiente, wurde in den deutschen Mennonitengemeinden im Omsker Gebiet und weit darüber hinaus sehr geschätzt.

Nach 16 Jahren, am 2.6.1972, wurde D. wieder verhaftet und am 21.11.1972 mit zwei weiteren Glaubensbrüdern zu jeweils fünf Jahren Haft verurteilt. Wieder blieb seine Frau mit den Kindern allein zurück; diesmal waren es zehn, wovon das jüngste erst drei Jahre alt war. Nach Ablauf seiner fünf Haftjahre kehrte er nach Waldheim zurück und nahm sofort wieder mit größtem Einsatz seine geistliche und gemeindeleitende Arbeit auf, was ihm Geldstrafen und Drohungen und schließlich am 17.3.1981 erneut die Verhaftung einbrachte. Zum Prozess wurden keine Gläubigen in den Gerichtssaal gelassen; auch durften die Angeklagten weder zu ihrer Verteidigung sprechen noch zum Abschluss der Verhandlung. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Haft, verurteilt wurde D. aber zu fünf Jahren mit Beschlagnahmung des Privatvermögens, was er jedoch nicht besaß.

Von einem Straflager in Omsk wurde D. nach Barnaul und zuletzt nach Smeïnogorsk, das unweit der kasachischen Grenze liegt, verlegt. Die Kriminellen dort wurden bereits vor D.s Ankunft von der Gefängnisleitung gegen ihn aufgestachelt. So war seine Lage anfangs entsetzlich. Immer wieder wurde ihm mit Mord gedroht. Doch nach einem halben Jahr hatte er durch seine Sanftmut die Herzen seiner Mitgefangenen gewonnen. So baten viele, den liebevoll „heiliger Vater" Genannten, für sie zu beten.

Die Lagerverwaltung prophezeite, er werde bald vom Glauben lassen. „Bei uns waren schon viele von euch – und alle haben sich losgesagt", drohte man. Seit dem Frühjahr 1985 kamen keine Briefe mehr von ihm. Dafür empfing man in Waldheim am 3.6.1985 ein Telegramm, in dem mitgeteilt wurde, dass D. am 2.6. verstorben war. Als Todesursache wurden Lungenödem und Lungeninsuffizienz genannt. Am 6.6.1985 fand in Waldheim die Beerdigung statt, zu der 2 000 Menschen gekommen waren, um von dem geliebten Prediger und geistlichen Vater Abschied zu nehmen.

Quellen: Baptistisches Missionsarchiv (Missionswerk FriedensBote).
Literatur: Leitung der Untergrundbaptisten in Rußland (Hrsg.): Vernyje do konza.

J. Janzen

Ediger, *Alexander* Heinrich



** 1893 in Berdjansk (?), † ca. 1938 in Russland.*
Verh. mit Katharina, geb. Dyck, zwei Kinder.
Studium an der historisch-philologischen Fakultät der Petersburger Universität; 1919–1924 Lehrtätigkeit in der Krim und im Dorf Liebenau (Ukraine); 1923–1931 Prediger (ab 1924 Ältester) der Schönseer Mennonitengemeinde; 1925–1929 Vorsitzender der Kommission für kirchliche Angelegenheiten (KfK) der Mennonitengemeinden Russlands und 1925–1928 Herausgeber des Konferenzblattes „Unser Blatt".

E. stammte aus einer gebildeten Familie in Berdjansk. Sein Vater Heinrich A. Ediger war dort Besitzer einer Druckerei und Mitherausgeber der mennonitischen Zeitschrift ‚Der Botschafter', diente als Bürgermeister und einige Jahre als dänischer Vize-Konsul zu Berdjansk.

1919 flüchtete die Familie Ediger in die Krim, wo Alexander sich mit Katharina Dyck, Tochter eines wohlhabenden mennonitischen Gutsbesitzers verheiratete. Im Herbst 1923 wurde er als Dorfschullehrer nach Liebenau in der Molotschna Kolonie (Ukraine) berufen. Kurz danach wurde er auch von der Schönseer Mennonitengemeinde zum Prediger gewählt und ein Jahr später vom Ältesten Jakob Aron Rempel zum Ältesten ordiniert. Er gewann durch sein freundliches Wesen und besonders durch seine ernsten, zu Herzen gehenden Predigten bald die Herzen aller Gemeindeglieder. Er zeichnete sich auch als Klaviervirtuose und begabter Dirigent des Gemeindechores aus.

Im Januar 1925 beteiligte er sich an der Mennonitischen Bundeskonferenz in Moskau, die so genannte „Zweite Märtyrersynode der Taufgesinnten". Von den insgesamt 86 Teilnehmern wurden die meisten in den Jahren 1929–1941 verhaftet und verbannt oder erschossen, nur 18 gelang es, nach Kanada oder den USA auszuwandern. Am 17.1.1925 wurde er auf dieser Konferenz zum Vorsitzenden der Kommission für kirchliche Angelegenheiten, welche die Vertretung der Mennonitengemeinden gegenüber sowjetischen Behörden und Regierungsstellen wahrnahm, gewählt. Er war auch 1925–1928 Mitherausgeber der Zeitschrift *Unser Blatt*. Diese öffentliche Tätigkeit brachte ihn unter ständige Beobachtung der GPU.

1929 wurde er verhaftet und nach Melitopol ins Gefängnis gebracht und kam erst nach etlichen Monaten frei. Um einer zweiten Verhaftung zu entgehen, flüchtete er 1931 mit der Familie nach Memrik und arbeitete in Stalino (Donetzk) als Übersetzer von technischen Büchern ins Russische. Hier in Stalino wurde er wiederum verhaftet und zum Weißmeerkanal, Murmansker Gebiet verbannt. Die Anschuldigungen gegen ihn sind nicht überliefert; in Bezug auf § 58 könnte seine Tätigkeit als mennonitischer Prediger als „Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären, faschistischen Organisation" oder als „anti-sowjetische Agitation" gedeutet werden. Aus der Haft schrieb er: „ich musste diesen Weg gehen, der Herr musste mich diesen Weg führen, es war nur gut für mich [...] wenn man erst mitten in den Leiden ist, dann erfährt man so recht die tröstende und helfende Hand Gottes" (zitiert nach A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 76).

1935 wurde er entlassen und durfte sich einige Monate zu Hause aufhalten. Er wurde wiederum, zusammen mit seiner Frau Katharina, verhaftet und für sieben Jahre in den Fernen Osten ins Lager ‚Bamlag' verbannt (seine Frau wurde für fünf Jahre ver-

bannt). Bevor sie die lange Reise in die Verbannung antraten, wurde Alexander das Angebot gemacht, sich vom Glauben loszusagen, und zwar versprach man ihm, ihn nicht zu verschicken, wenn er sich lossage. Doch er ging nicht darauf ein.

In Bamlag angekommen arbeitete das Ehepaar die ersten zwei Jahre im Büro. 1938 wurden sie endgültig getrennt. Alexander kam in das Lager ‚Swobodny' (Freiheit) – welch ein Hohn! Ein kurzer Kartengruß aus dem dortigen Gefängnis war das letzte Lebenszeichen E.s an seine Frau.

Literatur: K. Ediger: Wings; H. Heidebrecht: Gipfel, S. 110–115; J. Hildebrandt/H. Klassen/G. Wölk (Red.): Aber wo wollen wir hin?, S. 83–87; P. Letkemann: Remembrance; *A.* A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 73–78.

Foto: K. Ediger: Wings.

P. Letkemann

E(h)mich, Wilhelm

** 1912 Katharinenstadt, später Marxstadt, Gouvernement Samara, † nach 1935.*

1920–1929 Besuch der Mittelschule in Marxstadt (früher: Katharinenstadt); 1934 Abschluss der „Leningrader evangelisch-lutherischen Bibelkurse" (so V. Sorokin, S. 375; in den Absolventenlisten des Leningrader Predigerseminars bei O. Licenberger*: Evang.-ljut. cerkov', S. 327 ff., z. T.* W. Kahle*: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 146 ff., taucht der Name E[h]mich nicht auf, auch* E. Amburger *kennt ihn nicht).*

Vom Mai bis zum August 1934 diente E. als Praktikant oder Vikar an der Petrikirche; vom Herbst 1934 an war er Pfarrer in Kamyschin, Gebiet Saratow. Bereits am 5.12. dieses Jahres wurde er verhaftet und wegen Verbindung zu „faschistischen Hilfsorganisationen Deutschlands und Lettlands" angeklagt und am 10.4.1935 zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt, die er im Omsker Gebiet verbüßt hat. Es ist von seinem Tode während oder nach der Haft auszugehen.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 375; M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 329.

H.-C. Diedrich

Eichhorn, *Eduard* Hermann

** 2.12.1882 Holstein/Werchnjaja Kulalinka, Gouvernement Saratow, † nach 1933.*

Schulausbildung auf der Realschule Kamyschin. 1911 Studium der Physik und Mathematik auf der Universität Dorpat/Tartu, 1911–1915 Theologiestudium ebendort.

E. entstammte einer Familie von Wolga-Kolonisten (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 242: „Bauernfamilie"). Nach dem Studium legte er 1917 in Moskau die theologische Prüfung ab. Von 1917 bis 1929 war er Pastor in Messer/Ust'solicha, Gouvernement Saratow. Dies war eine mehrheitlich reformierte Gemeinde. 1930 gab er sein Amt auf, kehrte aber 1932 in dieses zurück. (Dass er der einzige noch verbliebene Geistliche auf dem rechten Ufer der Wolga, der „Bergseite", war, wie E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 303, O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 330, u. a. behaupten, ist so nicht korrekt: 1933 waren zumindest Staab in Frank/Medwedizkoje und die beiden Pfeiffer-Brüder, Arthur und Emil, in Jagodnaja Poljana bzw. Saratow und in Norka, wenigstens teilweise im Amt). 1933 wurde er verhaftet und verbannt. Wahrscheinlich kam er in der Haft um.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 303; H.-C. Diedrich: Kraft, S. 12 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 406, 508, 579, 597, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 120, 125, 263, 330, 422; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 242 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 132.

H.-C. Diedrich

Eisel, Heinrich

** (?) Brunnental/Samara, † 1937 Brunnental.*

In den Jahren zwischen 1928 und 1937 wurden etliche Christen in der Heimatgemeinde von E. verhaftet. Unter ihnen waren Alexander Bechthold, Emanuel Besel, Georg und Johannes Stroh, Konrad Lese, Konrad Hill, Phillip Rutz und E. Nur die beiden jüngeren Brüder Alexander Bechthold und Emanuel Besel kehrten in das Dorf zurück. Alle anderen wurden erschossen oder verhungerten in der Gefangenschaft. Die zwei älteren Söhne von E., Heinrich und Alexander,

mussten mit ansehen, wie der Vater vor ihren Augen erschossen wurde.

Quellen: Brief Karl Mehling an Heinrich Rathke 2001.
Literatur: B. MENSING/H. RATHKE: Mitmenschlichkeit, S. 273.

T. Westermeyer

Erbes, Johannes

** 27.3.1869 Dönhof (Gololobovka/Saratow), † 26.2.1932 Semipalatinsk.*
Verh., in 1. Ehe mit Rosalie, geb. Lohrer, in 2. Ehe mit Elisabeth, geb. Grasmück.
1887–1892 Volksschullehrer in Rosenberg/Saratow; 1892–1894 Privatschulbesuch und Abitur in Dorpat; 1894–1899 Theologiestudium in Dorpat; 1901 Ordination in Krasnojar/Samara; Propst-Adjunkt der Wolga-Wiesenseite; 1902–1930 Pastor in Kukkus (Vol'skaja oder Wolskoje)/Samara.

Der aus einer Kolonistenfamilie im Wolgagebiet stammende E. war zunächst als Volksschullehrer tätig und ging dann nach Dorpat, um dort das Abitur nachzuholen und Theologie zu studieren.

Nach fast dreißigjähriger Pastorentätigkeit in Kukkus wurde er dort 1930 verhaftet und im Dezember 1931 nach Semipalatinsk in Südsibirien (Kasachstan) verbannt.

E. starb am 26.2.1932 im Arbeitslager an Fleckfieber.

Literatur: E. AMBURGER: Pastoren Rußlands, S. 306; B. MENSING/H. RATHKE: Mitmenschlichkeit, S. 237 f.; DIES.: Widerstehen, S. 43; K. STUMPP: Verzeichnis, S. 133.

T. Westermeyer

Essipher, Ernst

** 1911 St. Petersburg, † 14.4.1943 in einem Straflager.*
Fahrer im Werk „Krassnyj Treugolnik"; Kirchenratsmitglied der St. Petri-Gemeinde in Leningrad.

E. wurde am 23.11.1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation" zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Er kam im Lager um.

Literatur: M. ŠKAROVSKIJ/N. ČEREPENINA: Istorija, S. 56 f.; ST. PETERBURGSKIJ MARTIROLOG, S. 381.

T. Tatsenko

Fahrenbruck/Fahrendrusch, Friedrich und Sohn

** um 1885 Frank/Wolgagebiet (Medwedizko-Krestowoi Bujerak), † 1938.*
Verh., zwei Söhne.

F. war Laienprediger der lutherischen Gemeinde in Brno-Oktjabrske bei Dschambul in Südkasachstan. Als bekannt wurde, dass in seinem Haus heimlich Treffen von Christen stattfanden, musste der Sohn miterleben, wie sein Vater und sein 26-jähriger Bruder erschossen wurden.

Literatur: B. MENSING/H. RATHKE: Mitmenschlichkeit, S. 292; DIES.: Widerstehen, S. 57; J. SCHLEUNIG: Stummen reden, S. 118; Brief Johann Fahrenbruck an Heinrich Rathke 29.8.1993.

T. Westermeyer

Fehler, Theodor

** 1895 Michelsfeld bei Wladikawkas (Ciskaukasien), † 3.3.1938 Nowosibirsk.*
Verh.
1928 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

F. wurde 1928 ordiniert und trat das Pfarramt in Marienfeld in Transkaukasien an, möglicherweise kam ab 1930 noch Katharinenfeld hinzu, nicht Georgsfeld (gegen E. AMBURGER: Pastoren Rußlands, S. 310, und O. LICENBERGER: Evang.-ljut. cerkov', S. 384), das bis 1934 von Emil Reusch bedient wurde. 1936 wurde er verhaftet und deportiert, im gleichen Jahr noch starb er wahrscheinlich in der Verbannung durch Erschießen. Die Bezugnahme auf eine Mitteilung Eugen Bachmanns eröffnet jedoch die Möglichkeit, dass F. erst nach dem Kriege in Nowosibirsk gestorben sei.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 155 f., 310; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 597, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 187, 328, 384; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 288 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 133 f.; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 61.

H.-C. Diedrich

Ferber, Max



** 30.1.1899 Lugansk (Ukraine), † 24.5.1950 in einem Lager in der Sowjetunion.*

Verh. mit Olga, geb. Tschernaja, drei Kinder.

1927–1930 Lagerverwalter; daneben Besuch technischer Kurse; seit 1931 Techniker in einem Institut für Erzerforschung; 1935–1940 Mitarbeiter des Missionsbundes in Berlin und im Reisedienst; 1940 Einberufung zur Hilfspolizei in Berlin; seit 1941 Dolmetscher der Zivilverwaltung der deutschen Besatzung in Weißrussland; 1944 Rückkehr nach Berlin, 1945 Einberufung zum Volkssturm.

F.s Familie wurde 1914 (der Vater war deutscher Einwanderer aus Schlesien, die Mutter Wolgadeutsche) aus Lugansk nach Sibirien deportiert. Dort begann F. seine Lehre in einer Konditorei. Im Jahr 1920 ließ er sich taufen und wurde Mitglied in der Gemeinde der Evangeliumschristen in Tscheljabinsk. Vier Jahre später erfolgte der Umzug nach Moskau, wo er zunächst als Buchbinder tätig war und sich ehrenamtlich in der Gemeinde der Evangeliumschristen engagierte. Anfang der 30er Jahre entstand die Verbindung zum Missionsbund zur Ausbreitung des Evangeliums e. V. – „Licht im Osten". F. beteiligte sich an Hilfsaktionen für Not leidende Christen im Auftrag und aus Mitteln des Missionsbundes. Auf dessen Einladung reiste er 1933 nach Deutschland. Die Wiedereinreise in die Heimat wurde ihm jedoch verwehrt. Er wurde der Spionage beschuldigt. Im folgenden Jahr konnte seine Familie mit Hilfe der deutschen Botschaft nach Berlin ausreisen. Auch hier wirkte F. als Mitglied in der russischen Gemeinde der Evangeliumschristen und unterstützte, wiederum im Dienst des Missionsbundes, Evangeliumschristen in Russland und in der Emigration. Insgesamt war F. zwei Jahrzehnte in unterschiedlicher Form für den Missionsbund „Licht im Osten" tätig.

Nach Unterbrechung durch seine Einberufung und russische Kriegsgefangenschaft stellte er sich in Berlin erneut für den Aufbau einer Verteilstelle für christliche Literatur und materielle Hilfe zur Verfügung, zunächst ehrenamtlich. Seine Anstellung durch den Missionsbund war geplant. Dazu kam es jedoch nicht mehr: Am 28.8.1948 begab sich F., aufgrund einer Benachrichtigung, dass ein Paket für ihn eingetroffen sei, auf ein Postamt in Ostberlin. Auf dem Amt wurde er von einem Unbekannten des Diebstahls eines Koffers bezichtigt. F. wies diesen Vorwurf zurück. Ein hinzukommender Offizier nahm F. zur Klärung des Sachverhalts in seinem Wagen mit.

Sein weiteres Schicksal erschließt sich nur bruchstückhaft aus Mitteilungen von Personen, die ihm in der Folgezeit als Mithäftlinge begegneten: Zuerst im NKWD-Keller des Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen, später in Berlin-Lichtenberg im so genannten „Tribunal-Gefängnis", wo gewöhnlich Prozess und Verurteilung erfolgten bzw. das „Fernurteil" aus Moskau verkündet wurde. Diesen Berichten zufolge wurde F. bei den Verhören (auch von Misshandlungen ist die Rede) unter anderem über seine Arbeit für den Missionsbund in den 30er Jahren in Moskau und über eine leitende Persönlichkeit der dor-

tigen Evangeliumschristen befragt. Er sollte die deutsche Staatsbürgerschaft aufgeben, sich vom christlichen Glauben lossagen und einer „freiwilligen" Repatriierung zustimmen. Andernfalls wurden ihm 50 Jahre Verbannung angedroht. F. weigerte sich aber, eine entsprechende Erklärung zu unterschreiben. – 1957 teilte das sowjetische Rote Kreuz mit, dass F. am 24.5.1950 in einem Lager gestorben sei.

Quellen: OA, Nachlaß Max Ferber: „Eidesstattliche Erklärung" von Jakob Dyck, Berlin 25.1.1956, Schreiben von Olga Ferber an Maria Vogel (geb. Ferber), Berlin 5.5.1974 und „Lebenslauf von Max Ferber", verfasst von Maria Vogel 2005; OA, Nachlaß Max Ferber: Schreiben von Olga Ferber an Maria Vogel, o. O., o. J. (3. Brief); OA, Nachlaß Max Ferber: Schreiben von Olga Ferber an Missionsbund, Berlin 9.2.1958. sowie von Will Noebe an Olga Ferber, Berlin 26.3.1956 und 18.3.1958; OA, Nachlaß Max Ferber: Schreiben von N. Tschikalenko an Deutsches Rotes Kreuz, Moskau 6.12.1957.

Foto: Oncken-Archiv

H.-V. Sadlack

Fiechtner, Marie

** um 1865, † August 1935.*

1881–1885 Ausbildung zur Diakonisse im Alexander-Asyl in Sarata bei Odessa, 1895–1903 Tätigkeiten in Odessa und im Waisenhaus von Saratow.

F. verbrachte ihre Jugendjahre in Hoffnungsfeld/Bessarabien (Ukraine), wo ihr Vater als Lehrer tätig war. 1883 wurde F. Probeschwester und nach einiger Zeit Krankenpflegerin in der Großliebentaler Anstalt. Später durfte sie nach Hause, um sich um ihre kranke Mutter zu kümmern. Nach ihrer Einsegnung zur Diakonisse widmete sich F. der Versorgung von Typhuskranken in Hoffnungsthal/Gouvernement Cherson, arbeitete im Alexander-Asyl in Sarata und an der Barmherzigkeitsanstalt in Kiew. Zwischendurch half sie bei einem Augenarzt aus und war auch in der Privatpflege tätig. Nach ihrer Mitarbeit im Waisenhaus der evangelischen Gemeinde in Odessa und in der Krankenpflege am Hospital in Sarata wechselte sie in das Waisenhaus von Saratov. Während der großen Hungersnot um das Jahr 1921 brachte Schwester Marie 200 Waisenkinder von dort zu den deutschen Dörfern im Süden.

Als Diakonisse wurde sie bereits bedrängt, und schließlich verbot ein Erlass des Sowjets 1929 jegliche diakonische Arbeit in der Kirche. Dennoch hielt sich F. weiter an ihr Gelöbnis, sich „dem Dienst der helfenden, suchenden und bewahrenden Liebe an Kindern, Armen, Kranken, Alten und Siechen [zu] widmen, ohne die Frage zu stellen ‚Was wird mir dafür?'" (I. Stoldt: Mittelpunkte, S. 237). Über ihr weiteres Schicksal gibt es kaum Hinweise. Vermutlich ist sie 1935 umgekommen.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 249; I. Stoldt: Mittelpunkte, S. 237 und 245 f.

T. Westermeyer

Fischer, *Andrej* Andrejewitsch

** um 1883 Katharinenstadt (Baronsk, ab 1919 amtlich: Marxstadt, nach 1941: Marks), Gouvernement Samara, † 22.5.1938 Saratow.*

Biologe, Gymnasiallehrer und Führer im Heimatmuseum in Katharinenstadt/Marxstadt; in den 1930er Jahren Schriftführer und Übersetzer im Volkskommissariat für soziale Fürsorge der ASSR der Wolgadeutschen.

Fischer, *David* Andrejewitsch

** 1871 Katharinenstadt (später: Marxstadt), † 10.11.1937 Engels.*

Verh., mehrere Kinder.

Ca. 1892–1894 Gehilfe des Küsters und Schulmeisters in Unterwalden (Meinhard, später: Podlesnoje), ca. 1894–1924 Küster, Schulmeister, Organist, Chorleiter und Gemeindesekretär an der lutherischen Kirche von Katharinenstadt/Marxstadt, 1924–1930 Schulmeister an der evangelischen Kirche in Rosenheim (Podstepnoje), ab 1930 Schulmeister in Marxstadt.

Fischer, *Johannes* Andrejewitsch

** um 1885 Katharinenstadt (später: Marxstadt), † 21.8.1938.*

Ca. 1905–1930 Lehrer in Katharinenstadt/Marxstadt.

Die Familie der Brüder David, Andrej und Johannes F. war in Katharinenstadt auf der Wiesenseite der Wolga ansässig. David F., der sich von Kind auf für Religion

interessierte, hatte seit seinem 21. Lebensjahr an verschiedenen Orten des Wolgagebietes unterschiedliche kirchliche Ämter inne. Zu den Aufgaben, die er ab 1930 als Schulmeister in Marxstadt wahrnahm, gehörte auch die Leitung von Gottesdiensten. Nachdem die Kirche durch die sowjetischen Behörden geschlossen worden war, hielt er bei sich zu Hause Gottesdienste ab, die stets gut besucht waren. Auch durch Verbote und Drohbriefe ließ er sich nicht daran hindern, seinen kirchlichen Dienst, den er als Berufung und Pflicht betrachtete, weiterhin auszuüben.

Sein jüngerer Bruder Andrej F. arbeitete viele Jahre lang im Schul- und Museumsdienst. Er verfasste ein Lehrbuch der Botanik und Tierkunde für die Oberschulen der Wolgadeutschen Republik, interessierte sich aber auch sehr für Sprachen. Selbstständig erlernte er Altgriechisch, Latein und Hebräisch. Später war er als Schriftführer und Übersetzer im Volkskommissariat für soziale Fürsorge tätig.

Johannes F., der jüngste der Brüder, arbeitete zunächst als Unterstufenlehrer, später als Lehrer für Botanik und Biologie an einer Musterschule in Marxstadt. Nach 25-jähriger Tätigkeit im Lehramt erhielt er eine Rente, unterrichtete jedoch weiter an einer Schule für Arbeiterjugend in Marxstadt. In der Stadt war er eine bekannte Persönlichkeit.

In der Nacht zum 5.8.1937 wurde David F. von der Geheimpolizei verhaftet. Sein Verbleib blieb der Familie unbekannt. Aus Mitteilungen der Staatsanwaltschaft des Gebietes Saratow, die sein Sohn Friedrich Davidowitsch F. 1991 auf Anfrage erhielt, geht hervor, dass er am 8.11.1937 durch eine Troika des Volkskommissariats des Inneren der ASSR der Wolgadeutschen wegen sowjetfeindlicher Agitation angeklagt, zur Höchststrafe – der Erschießung – verurteilt und am 10.11.1937 in Engels hingerichtet wurde. 1991 wurde er postum rehabilitiert.

Andrej F. wurde in der Nacht zum 30.1.1938 verhaftet. Wegen sowjetfeindlicher Agitation wurde er zum Tode verurteilt und am 22.5.1938 erschossen.

Johannes F. wurde am 13.2.1938 verhaftet. Er wurde der sowjetfeindlichen Agitation und der Spionage beschuldigt und am 21.8.1938 erschossen.

Auch Andrej und Johannes F., von deren Hinrichtung die Familie ebenfalls erst 50 Jahre später erfuhr, wurden rehabilitiert.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 287 f.; N. Titow: Heimstatt, S. 4.

A. Kurschat



Frank, Wilhelm

** 3.9.1888 auf dem Chutor (=Vorwerk) Ketschug, Kreis Ananjew, Gouvernement Cherson, Ukraine, † nach 1935.*
Verh. mit Adeline, geb. Santer.
1910 Jurastudium in Dorpat/Tartu; 1913–1916 Theologiestudium ebendort; Abschluss der Ausbildung auf dem Predigerseminar Leningrad als Externer.

F. stammte aus einer Familie in der Kolonie Worms unweit von Odessa. Nach dem Abschluss des Theologiestudiums übte er eine uns unbekannte Tätigkeit aus. Auch über seine Ordination wissen wir nichts. Von 1922 bis 1923 war er Pastor in Neusatz auf der Krim, möglicherweise als Adjunkt von Pastor Ferdinand Hoerschelmann oder Pastor Arthur Hanson in der Adjunktur Byten (auch bei W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 505, ist nicht ganz klar, wer 1922 Pastor in Neusatz war: Auf der Pastorenliste S. 506 ist unter Nr. „43. Neusatz“ Pastor Frank vermerkt, unter Nr. „67. Neusatz“ P. F. Hoerschelmann

und unter Nr. „68. Neusatz“ „P.-vic. F. Hoerschelmann“. Es gab aber nur *eine* Gemeinde Neusatz). Von 1923 bis 1935 diente er im Kirchspiel Kassel bei Odessa. Am 23.1.1935 wurde er verhaftet und anschließend zu neun Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Weitere Nachrichten liegen nicht vor. Wahrscheinlich verstarb er während oder nach der Haft.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 122 f., 316, 338, 355; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 506, 597, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 385, 428; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 251; J. Schnurr: Kirchen, S. 135.

Foto: J. Schnurr: Kirchen, S. 135.

C.-H. Diedrich

Frasch, Johann

** um 1900 auf der Krim, † 7.8.1936 oder 7.8.1939* (O. Licenberger: *Evang.-ljut. cerkov', S. 385*).

Verh. mit Erna, geb. Bohrer.

1932 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Geburtsdatum und -ort von F. sind nicht genau feststellbar, auch seine soziale Herkunft ist unbekannt. Möglicherweise stammte er aus dem Kolonistenmilieu. Nach dem Studium wurde er Pastor in Nowotscherkassk im Südosten Russlands, zu seinem Dienstbereich zählten auch die Gemeinden in Rostow am Don und Taganrog. Anfang 1935 wurde er verhaftet und am 3. Februar desselben Jahres zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Er starb dort am 7.8.1936 oder 1939 möglicherweise an Tuberkulose.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 316 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 597, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 385, 428; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 253 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 136.

H.-C. Diedrich

Friedrichson, Maria

** 1879 Walk/Baltikum, † 16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

F. arbeitete als Erzieherin und übernahm ab 1934 zusätzlich Pflichten des Pastors in der lutherischen Gemeinde von Baku. Pastor Hamberg hatte die Gemeinde zeitweise verlassen, und höchstwahrscheinlich wäre die Kirche geschlossen worden, hätte nicht F. Textlesungen gehalten und mit den Christen gebetet. Am 19.8.1937 wurde F. als ‚Pastor‘ wegen „konterrevolutionärer Verbindungen mit Führern der Aufklärungsgruppe“ verhaftet, so ist es den NKWD-Protokollen zu entnehmen. Sie wurde zusammen mit den anderen Märtyrern von Baku erschossen.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 67–69; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 262; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Frischfeld, Arnold

** 25.10.1874 Weissenstein/Estland, † in den 1930er Jahren in einem Straflager, vermutlich in der Nähe von Archangelsk.*

Verh., zwei Töchter.

1894–1899 Theologiestudium in Dorpat; anschließend Vikariat in Weissenstein/Estland und Djelal/Krim; 28.4.1902 Ordination; 1902–1915 Pastor in Djelal/Krim; ab 1915 Pastor in Frischfeld und in Petrograd/Leningrad: 1915–1922 Pastor an der St. Michaelis-Gemeinde, 1921–1930 Pastor an der St. Katharinen-Gemeinde; 1923–1926 bediente er auch die russische Jesus-Gemeinde und hielt dort wöchentlich Bibelstunden; 1929 zusätzlich Gottesdienste in der deutsch-reformierten Gemeinde.

Von September 1925 bis September 1930 unterrichtete F. als Dozent am Ev.-Luth. Predigerseminar Exegese der hebräischen Psalmen und des griechischen Neuen Testaments. Später erinnerte sich an ihn sein ehemaliger Student Eugen Bachmann: F. „war hervorragend gebildet und ein gottbegnadeter Prediger […] Er war nicht nur Pastor, sondern auch Gelehrter, Dichter, Musiker […], ein wahrhaft genialer Mensch“ (E. Bachmann: Ende, S. 139; Ders.: In IHM geborgen, S. 213). Ein anderer ehemaliger Student, Johannes Lehl, schrieb über F. wie über einen besonders begabten Dozenten mit enzyklopädischem Wissen. F. konnte sehr gut malen/zeichnen, was ihm nach Angaben von J. Lehl später die Zeit im Straflager erleichterte, d. h. zeitweise Teilnahme an schwerer Arbeit ersparte (Zentrales Kirchenamt der ELKRAS, St. Petersburg).



Am 18.12.1929 wurde F. gleichzeitig mit den Pastoren H. Hansen, K. Muss und der großen Gruppe der Lutheraner verhaftet, am 23.12.1929 jedoch wieder entlassen. Am 21.9.1930 wurde er in Verbindung mit dem so genannten „Prozess der Akademiker“ als „deutscher Spion und Mitbegründer von illegalen Zirkeln der religiös und nationalistisch gesinnten deutschen Intelligenz“ erneut verhaftet und am 10.2.1931 zu zehn Jahren Straflager unter Konfiskation des ganzen Eigentums verurteilt. F. war in einem besonders berüchtigten Lager auf den Solowjezki-Inseln im Weißen Meer, erkrankte dort psychisch und starb.

Nach Angaben von Eugen Bachmann wurde F. nach etwa vier Jahren krankheitshalber entlassen, lebte in Verbannung in Archangelsk, wo ihn seine Frau von Leningrad aus besuchte. Später wurde er wieder verhaftet und gilt seitdem als verschollen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-12658, П-65245, П-87890; Zentrales Kirchenamt der ELKRAS, St. Petersburg: J. Lehl, Erinnerungen.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 373; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 43; J. Schleuning/E. Bachmann/P. Schellenberg: Und siehe, wir leben!, S. 139, 213.

Foto: Frischfeld, Arnold und Frau; J. Schnurr: Kirchen, S. 136.

T. Tatsenko

Fritzler, *Jakob* Johann

* *unbekannt;* † *nach 1935.*

Ursprünglich war F. Küsterlehrer in der lutherischen Gemeinde Thelausa/Telhausen (russisch: Teljausa; gelegentlich begegnet der deutsche Name „Fischer“), Kirchspiel Paulskoje bei Katharinenstadt/Marxstadt, Wolga-Wiesenseite. 1918 übernahm er angesichts der durch den Bürgerkrieg entstandenen Unordnung und der dadurch verursachten Unmöglichkeit, das normale kirchliche Leben weiterzuführen, die geistliche Leitung der Gemeinde und erklärte sich zum Pastor. Er deklarierte die Trennung von der Gesamtkirche. Bald schlossen sich weitere Gemeinden an, und F. betrieb nach dem Vorbild der orthodoxen „Lebendigen Kirche“ die Gründung einer unabhängigen Organisation. Die Konstituierungssynode der „Freien Evangelisch-lutherischen und reformierten Kirche kongregationaler Verfassung“ fand vom 19. bis 21.6.1927 in Thelausa statt, es wurde ein Oberkirchenrat mit nunmehr „Oberpastor“ F. als Vorsitzendem und Pastor Eduard Luft als seinem Vertreter gebildet. Die bald dazugehörenden 82 Gemeinden wurden in vier Synodalbezirken zusammengefasst. Die Freikirche verhielt sich aktiv loyal zum Sowjetstaat und begrüßte manche Entscheidungen der Partei- und Staatsführung. So entsprach sie zeitweilig den Interessen der politischen Führung. Doch nach 1929 mehrten sich Anzeichen des Zerfalls, und auch für die Sowjetmacht verlor sie zunehmend an Bedeutung. F. soll 1935 verhaftet und abgeurteilt worden sein. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Literatur: W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 406 ff., 551, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 174, 197–203, 364, 375, 387 f., 428; J. Schnurr: Kirchen, S. 136.

H.-C. Diedrich

Fuchs, Johann J.

* *25.9.1885 Großliebental (Südrussland),* † *15.9.1937.*
Verh. mit Maria, zwei Kinder.

Nach Abschluss seiner Ausbildung am Predigerseminar der deutschen Baptisten in Hamburg 1913, die er am Seminar der Baptisten in Łódź begonnen hatte,

war F. 1913–1927 Prediger der Baptistengemeinde in Sorotschin – unterbrochen 1914 (?) durch Verbannung nach Sibirien – und ab 1927 Prediger der Baptistengemeinde in Novo Rudni. Die bereits ausgesprochene Berufung an eine deutsche Baptistengemeinde in den USA kam nicht zustande, weil ihm die Ausreise verweigert wurde. Kurz darauf, 1930, erfolgte seine Verhaftung. Ein Todesurteil wurde umgewandelt in drei Jahre Arbeitslager in Nordrussland. Er kehrte anschließend nach Schitomir zurück, wurde dort am 16.6.1937 erneut verhaftet und am 15.9.1937 erschossen.

Literatur: D. N. Miller: Wolves, S. 71 f., 111 f.

H.-V. Sadlack

Fuhrmann, Boris

** (?) St. Petersburg, † 1938.*
Student an der Akademie der Künste in Petrograd/Leningrad; Mitglied der St. Katharinen-Gemeinde.

F., der Sohn eines Medizinprofessors, wurde 1929 als Mitglied des von Pastor Helmuth Hansen organisierten Jugendbundes verhaftet. Dies geschah im Zuge der Repressionen gegen die Pastoren Helmuth Hansen und Kurt Muss. In diesem Zusammenhang wurde eine große Gruppe von Lutheranern in Leningrad festgenommen. F. wurde aber nicht bestraft und kam bald wieder frei.

Im Februar 1930 wurde er in Verbindung mit dem so genannten „Prozess der Akademiker" erneut verhaftet und zu Straflagerhaft verurteilt. 1938 wurde F. wieder festgenommen, diesmal zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Quelle: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für Leningrad und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-82333.
Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 396.

T. Tatsenko

Funke, Adolf

** unbekannt, † nach 1934.*
Anfang der 30er Jahre Abschluss des Predigerseminars in Leningrad.

F. konnte seinen Dienst als Pastor nicht lange ausüben. 1934 war er im Kirchspiel Kronau/Ukraine und (nach W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 597, und O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 387) in Ebenfeld im Dienst. Im selben Jahr wurde er verhaftet und am 8.11.1934 zu sechs Jahren Lagerhaft verurteilt. Danach ist er verschollen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 120; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 597, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 343, 428; J. Schnurr: Kirchen, S. 136.

H.-C. Diedrich

Galladschewa-Löbsack, Amalie

** 20.5.1891 Frank (Medvedickoj Krestovoj Buerak), Wolga-Gebiet, Russland, † 4.2.1942 Tiflis.*
Verh. mit Alexej G. Galladschew, eine Adoptivtochter.
1907–1910 Krankenpflegeausbildung in Deutschland; nach dem Ersten Weltkrieg Sekretärin und Predigthelferin des Allunions-Rates der Siebenten-Tags-Adventisten in Moskau; nach Heirat (1928) Predigthelferdienst in Tiflis.

G. besuchte mit ihrem jüngeren Bruder Georg S. Löbsack, dem späteren Schriftsteller und Protektor der Wolgadeutschen, das adventistische Missionsseminar in Friedensau bei Magdeburg (heute Theologische Hochschule) und ließ sich dort zur Krankenpflegerin ausbilden. Nach Abschluss ihrer Ausbildung arbeitete sie in der Krankenpflege in Leipzig und Pforzheim. Nach Russland zurückgekehrt, unterstützte sie ihren Vater Heinrich J. Löbsack, der ab 1920 als Bundesvorstand Verantwortung für die gesamte Freikirche in der Sowjetunion trug, als Sekretärin und Predigthelferin. 1928 heiratete G. den adventistischen Prediger Alexej G. Galladschew, der armenische Wurzeln hatte. Sie zog mit ihrem Mann nach Tiflis, wo sie ihn aktiv in der Predigtarbeit unterstützte. 1939 wurde Galladschew verhaftet. Um diese Zeit muss G. auch vom gewaltsamen Tod ihres Vaters (1938) erfahren haben. Sie



besuchte ihren Mann regelmäßig im Gefängnis und leistete geistlichen Beistand. 1941 wurde die mutige Pastorenfrau in Tiflis selbst vor Gericht gestellt und wenige Monate später erschossen. Die näheren Umstände ihrer Verhaftung und Hinrichtung liegen im Dunkeln. Erst 1946 erfuhr ihr Mann, der die Haft überlebt hatte, von der Ermordung seiner Frau. Nach Wiederheirat blieb dieser bis zu seinem Lebensende (1974) im Predigtdienst.

Quelle: AAE: Akte Löbsack.
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Gesswein, Samuel

† nach 1937.
Verh., sechs Kinder.

Die Familie Gesswein lebte hauptsächlich von der Landwirtschaft und zusätzlich betrieb G. eine kleine Schmiede auf dem Hof. Er war als evangelischer Laienprediger in der Gemeinde Grüntal (Ukraine) tätig, und oft versammelten sich Christen bei ihm.

Als Regierungsbeauftragte im August 1936 eine Umfrage zum Thema ‚Wer glaubt an Gott' durchführten, verleugnete G. seinen Glauben nicht. Die Gessweins wurden als Gläubige registriert. Am 27.12. 1937 wurde G. verhaftet. Er betete noch mit seiner Familie und vertraute sie Gott an. Seine Frau erfuhr, als sie versuchte, ihren Mann im Gefängnis von Schitomir zu besuchen, dass er zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden war.

G. kehrte nicht zu seiner Familie zurück. Sein Sohn Arthur wurde später ebenfalls verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er überlebte die Verbannung.

Literatur: A. Gesswein/M. Lange: Kelch, S. 8–16; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 273.

T. Westermeyer

Gettmann/Göttmann, Friedrich

** 1850 Frank/Wolgagebiet (Medwedizko-Krestowoi Bujerak), † nach 1933.*
Verh., mehrere Kinder.

Die Gettmanns waren eine große Bauernfamilie an der Wolga. 1928 wurde ihr Haus durchsucht und alles beschlagnahmt. G. wurde verhaftet und zu drei Jahren Konzentrationslager verurteilt. Zwei seiner Söhne und andere Familienmitglieder wurden ebenfalls verhaftet und zu Strafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt sowie nach Sibirien verbannt. G. kam zunächst aufgrund seines fortgeschrittenen Alters frei und durfte bei seiner Tochter im Dorf Frank wohnen. Die Familie wurde im März 1931 nach Kasachstan verschleppt. 1933 wurde G. erneut verhaftet und in das Gefängnis von Engels gebracht. Vermutlich ist er dort auch gestorben. Eine Quelle besagt, er wurde dort erschossen.

Quellen: Briefe Konrad Gettmann (Enkel von G.) an Heinrich Rathke 26.12.1996, 12.11.1997, 27.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 241; Dies.: Widerstehen, S. 44.

T. Westermeyer

Giess, *Emilia* Leopoldovna von mit Ehemann und Sohn

** um 1901 Riga, † 3.8.1929 Baku.*

Verh. Rsabekova, ein Sohn und eine Tochter.
† 1930 Solowki-Insel.

Von der Abstammung her Baroness, begann G. ihr Arbeitsleben als Sanitäterin während des Bürgerkriegs. Dann arbeitete sie als Krankenschwester in Riga und kam durch die Heirat nach Baku, wo sie Arbeit in der Frauenabteilung des städtischen Krankenhauses fand. Ihr Ehemann wurde *1926* verhaftet und zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er wurde in das Konzentrationslager auf die Solowki-Insel gebracht, wo er *1930* erschossen wurde.

G. stand seit der Verhaftung ihres Mannes unter Beobachtung durch den NKWD. *1928* war es ihr mit ihrer damals 5-jährigen Tochter Elli möglich, ihren Mann im Arbeitslager zu besuchen, da sie eine Sondererlaubnis der deutschen Botschaft vorweisen konnte. G. starb bereits ein Jahr vor ihrem Mann, direkt an ihrem Arbeitsplatz im Krankenhaus. Es wurde weder eine Todesursache genannt, noch wurde der Körper den Verwandten übergeben. Das Begräbnis führte das Krankenhaus selbst durch. Nach ihrem Tod wurde das gesamte Vermögen konfisziert und sämtliche Dokumente vernichtet. Ihr Sohn Erich-Ernst verschwand spurlos.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. *229*; Dies.: Widerstehen, S. *42*; Der Bote, 1/2001, S. 33.

T. Westermeyer

Goebel (Göbel), Richard

** 1891 Wolgagebiet, † 1936 Lager in Sibirien.*
Verh. mit Ottilie.
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Über G.s Herkunft wissen wir nichts. Nach seiner Ordination wurde er als Pastor nach Armawir am Kuban, östlich von Krasnodar, entsandt. Zeitweilig tat er Dienst in der Gemeinde Alexandershilf in Transkaukasien (das mehrfach genannte Helenendorf war von 1928 bis *1936* mit Otto Wenzel und teilweise mit Robert Sept besetzt), weil in Armawir eine Hungersnot ausgebrochen war. Hier soll er Ende 1933 verhaftet, Anfang *1934* freigekommen und nach Armawir zurückgekehrt sein. Im Mai *1934* wurde er erneut verhaftet und zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, wozu er ins Komi-Gebiet transportiert wurde. Wegen Erkrankung wurde er in ein Lager in Sibirien überführt, hier starb er *1936* an Tuberkulose.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. *155* f., *324*; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. *598*, *615*; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. *328*, *343*, *423*; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. *254* f.; J. Schnurr: Kirchen, S. *137*; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. *62*.

H. C. Diedrich

Göhring, Johann

** 7.6.1876 Alexanderhof, Kirchspiel Prischib, Gouvernement Jekaterinoslaw, † nach 1935.*
Verh., vermutlich vier Kinder.
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

G. arbeitete vor seiner Ausbildung auf dem Predigerseminar als Stadt- (Juden-) Missionar in Odessa. Nach Abschluss des Predigerseminars und Ordination war er von 1930 bis 1933 in Kiew, ab 1933 in Nowograd-Wolynsk im Pastorenamt. 1935 wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde zu zehn Jahren Lagerhaft umgewandelt, zur Verbüßung wurde er nach Karelien deportiert. Hier ist er im Lager erblindet und – wann, ist ungewiss – an Hunger gestorben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. *324*; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. *598*, *615*; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. *328*, *345*, *423*; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. *252* f.; J. Schnurr: Kirchen, S. *137*.

H.-C. Diedrich

Göhring, Richard

** 1905, † nach 1931.*
Studium 1928 in Leipzig; 1928–1929 als Externer auf dem Predigerseminar Leningrad.

G. war der Sohn von Pastor Johann Göhring. Nach dem Abschluss des Predigerseminars war er Vikar und/oder Adjunkt des Vaters in Kiew, anschließend (Pastor, so O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 345, und)

Organist an der reformierten Kirche in Odessa. 1931 wurde er verhaftet und musste Zwangsarbeit in den Steinbrüchen bei Odessa leisten. Anschließend wurde er „nach dem Osten" (J. Schnurr: Kirchen, S. 137) verbannt. Hier starb er wahrscheinlich eines gewaltsamen Todes.

Literatur: O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 345, 423; J. Schnurr: Kirchen, S. 137.

H.-C. Diedrich

Grasmück, Johannes

* *11.6.1883 Jablonowka, Kirchspiel Kukkus-Wolskaja, Gouvernement Samara, † 1936.*
Verh. mit Irma, geb. Kosziol, Tochter des Pastors Johannes Kosziol in Gnadentau.
Schulbildung auf dem 2. Gymnasium in Saratow, 1904–1911 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

G. war Kolonistensohn. Nach dem Studium wurde er am 11.11.1912 ordiniert, anschließend trat er den Pfarrdienst in Grimm/Lesnoi Karamysch an, seit 1913 diente er in Brunnental/Gouvernement Samara. Offensichtlich hatte er gute Verbindungen zur Gemeinschaftsbewegung in den Wolgakolonien, denn er hielt den Eröffnungsgottesdienst der letzten bekannt gewordenen Brüderversammlung Ende August 1928 in Priwalnoje/Warenburg. Ende 1932 wurde er verhaftet und verbannt. Nach 1936 soll er in Saratow gelebt haben. Es fehlen weitere Lebenszeichen, sodass von einem gewaltsamen Tod auszugehen ist.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 328; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 104, 508, 579, 615; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 347, 424; J. Schnurr: Kirchen, S. 138.

H.-C. Diedrich

Hamberg, Paul

* *1905 (?) Moskau, nach anderen Angaben in St. Petersburg, † Ende der 1930er Jahre.*
Verh. mit geb. Haller.
1925–1928 Theologiestudium am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad; 1928 Ordination; 1928–1929 Pastor in Byten/Krim; 1930–1934 Pastor in der Gemeinde Schemacha-Baku in Aserbaidschan.

Neben seiner Tätigkeit in der Gemeinde Schemacha-Baku hielt sich H. gelegentlich in Leningrad auf, wo er im Juli 1932 die Vertretung in der St. Annen-Gemeinde übernahm. 1935 wurde er das erste Mal verhaftet. Im Zuge der zweiten Verhaftung wurde er verurteilt und starb in Haft.

Nach seiner Festnahme hielt seine Frau eine Zeit noch Lesegottesdienste in seiner verwaisten Gemeinde in Baku.

Literatur: E. Bachmann: Ende, S. 139 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 364; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 267 f. (Lit.!).

T. Tatsenko

Hamm, Martin

* *um 1900, † nach 1937.*
Verh. mit Maria.

H. war von 1926–1930 Lehrer für Mathematik und Physik in einem lutherischen Dorf. Das gesamte Lehrerkollegium, wie auch Schuldirektor Nürnberg, waren lutherisch. Seine Frau Maria gehörte zur Mennonitengemeinde. Zu der Zeit kam es mehrmals zu großen Hungersnöten, so zum Beispiel in den Jahren 1921 bis 1923 und 1930 bis 1934.

1937/1938 wurden H., dessen Vater und auch sein Bruder verschleppt. Sie kehrten nie wieder aus der Verbannung zurück.

Die Frauen wurden im Herbst 1941 in die Arbeitsarmee eingezogen. Maria Hamm überlebte die Verfolgungszeit.

Quellen: Briefe Maria Hamms (Frau von H.) an Heinrich Rathke 6.10.1991, 7.1.1993, 1.8.1993 und 27.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 278.

T. Westermeyer

Hansen, Erna, geb. Spennemann

* *1.9.1889 St. Petersburg, † 22.10.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*
Verh. mit Pastor Helmuth Hansen, drei Söhne.
Abschluss der Hohen Frauenkurse.

H. war eine sehr aktive Pastoren-Frau. Sie unterstützte kräftig ihren Mann Helmuth Hansen in allen Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit: unterrichtete in Kinderbibelkreisen, erteilte kirchlichen Musikunterricht, veranstaltete Kinderfeste in der Gemeinde mit. Oft lud das Ehepaar H. Jugendliche und Studenten des Predigerseminars zu sich nach Hause für geistliche Gespräche, gemeinsames Singen und geselliges Beisammensein ein. Als geistesbegnadete und herzliche Persönlichkeiten waren beide in der Gemeinde sehr beliebt.

H. wurde am 18.12.1929 zusammen mit ihrem Mann und vielen anderen aktiven Gemeindegliedern verhaftet und dafür angeklagt, dass sie „[...] ganz die Ansichten ihres Mannes teilte und seine Helferin in Sachen Organisation der Jugendgruppen war [...]". Am 17.9.1930 wurde H. für die „antisowjetische Tätigkeit" zu fünf Jahren Straflager verurteilt. Sie verbrachte fünf Jahre in einem Straflager bei Kem am Weißen Meer in Karelien, wo sie als Krankenschwester tätig war. 1935 kehrte H. nach Leningrad zurück, lebte zusammen mit ihren drei Söhnen und arbeitete als Schwester in einem Krankenhaus. Am 4.3.1938, am Höhepunkt des stalinistischen Terrors, wurde sie wieder verhaftet und als „Agentin des deutschen Nachrichtendienstes [...], Terroristin und Verbreiterin der faschistischen Propaganda" angeklagt. Am 14.10.1938 wurde das Todesurteil über sie gesprochen. Die Hinrichtung erfolgte am 22.10.1938.

H. wurde am 16.1.1989 „als Opfer der unbegründeten Repressionen" rehabilitiert. Ihre Söhne Ralf Hansen (Jg. 1918) und Meinhard Hansen (Jg. 1923) starben 1942 in Leningrad während der Blockade. Ihr Sohn Gerhard Hansen (Jg. 1921) lebte in Nischnij Tagil im Ural-Gebiet und starb am 13.02.2005.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienst-Verwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-87890 und П-40699,.
Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 379.

T. Tatsenko

Hansen, *Helmuth* Fürchtegott

* *13.3.1892 Tiflis, † 22.9.1937 bei Medweschjegorsk in Karelien.*
Verh. mit Erna, geb. Spennemann, drei Söhne.
1911–1916 Theologie-Studium in Dorpat; 1916 Ordination; 1916–1924 Pastor an der St. Petri und Pauli-Gemeinde in Strelna bei Petrograd; 1924–1929 Hauptpastor an der St. Petri-Kirche in Petrograd/Leningrad; 1925–1929 unterrichtete er außerdem Theologie des Neuen Testamentes und Leben Jesu am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad.

Wie sein Kollege und Freund Pastor Kurt Muss, engagierte sich H. ganz besonders für Kinder- und Jugendarbeit. Unter seiner Leitung wurden in der St. Petri-Gemeinde 20 Kinderbibelkreise organisiert, die von Gemeindegliedern geführt wurden. Jeden Dienstag hielt Pastor H. eine Jugendbibelstunde, zu der sich etwa 25 bis 40 Jugendliche versammelten. Es wurde der Jugendbund gegründet, zu dessen Wirkungsbereich auch diakonische und missionarische Aktivitäten gehörten. In seinen Predigten trat H. als ein kompromissloser Kämpfer gegen Gottlosigkeit auf, die von der massiven staatlichen Propaganda verbreitet wurde. Diese Tätigkeit war der atheistischen Umgebung ein Dorn im Auge: mehrmals wurde Hansen denunziert.

Am 9.5.1928 hat die Zeitung „Leningradskaja Prawda" in einem Artikel seine Predigten als konterrevolutionäre Aufrufe gebrandmarkt. Trotz des Verbots der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit (Dekret der Sowjetregierung vom 8.4.1929) führte H. seine Aktivitäten weiter. Vergeblich warnten ihn seine Kollegen und Freunde, baten ihn, vorsichtiger zu sein. „Man muss dem Gott gehorchen, nicht den Menschen",– antwortete er darauf (Manuskript des Zentralen Kirchenamtes der ELKRAS, St. Petersburg).

Am 18.12.1929 wurden H. und seine Frau verhaftet. Er wurde für „systematische antisowjetische Agitation, Verbreitung seiner konterrevolutionären Ideen unter der Jugend, enge Verbindungen zum Deutschen Konsulat in Leningrad" angeklagt. Gleichzeitig mit ihm wurden Pastor K. Muss und 86 aktive Gemeindeglieder verhaftet und vor Gericht gestellt. Am 17.9.1930 wurde H. zu zehn Jahren Straflager verurteilt und in das Lager „Belbaltlag" in Karelien deportiert. Am

2.9.1937 wurde er dort zur Todesstrafe verurteilt und am 22.9.1937 in der Nähe von Medweschjegorsk in Karelien hingerichtet. Er wurde am 13.4.1989 rehabilitiert.

Seine Söhne Ralf Hansen (Jg. 1918) und Meinhard Hansen (Jg. 1923) starben 1942 in Leningrad während der Blockade. Sein Sohn Gerhard Hansen (Jg. 1921) lebte in Nischnij Tagil im Ural-Gebiet und starb am 13.2.2005.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienst-Verwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-87890; Manuskript des Zentralen Kirchenamtes der ELKRAS, St. Petersburg: Unveröffentlichte Erinnerungen von Johannes Lehl.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 49–53, 126–132, St. Peterburgskij martirolog, S. 364–365.

T. Tatsenko

Hanson, Karl *Arthur*

** 18.11.1866 Reval/Tallinn, † zwischen 1937 und 1943.*
Verh. mit Amalie, geb. Braun.
1877–1885 auf dem Gouvernementsgymnasium in Reval/Tallinn; 1886–1891 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Nach der Ordination zum Pfarrvikar am 16.5.1893 wurde H noch im gleichen Jahr Pastor in der ständigen Adjunktur Dshelal, Kirchspiel Neusatz auf der Krim, von 1899 bis 1912 in Arzis/Bessarabien, von 1912 bis 1930 erst Adjunkt, dann Pastor in Byten/Krim. 1926 unternahm er eine Predigtreise nach Sibirien, während derer seine Frau schwer erkrankte. Im Februar 1930 wurde er zum ersten Mal verhaftet und während zweier Monate ohne Anklage festgehalten, anschließend wegen konterrevolutionärer Tätigkeit nach Westsibirien deportiert. Im Dezember 1931 durfte er zurückkehren. Er nahm in Iwanowka bei Moskau seinen Aufenthalt, wo er zwar nicht mehr als Pfarrer tätig werden konnte, aber vom Moskauer Oberkirchenrat als Berater in Anspruch genommen wurde. 1937 wurde er erneut verhaftet; 1943 ist er von den Behörden für tot erklärt worden. Seine Frau teilte sein Schicksal; sie verstarb 1943 im Gefängnis.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 338; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 310, 507, 567, 572 ff., 581, 616; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 266, 343; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 280; J. Schnurr: Kirchen, S. 140.

Foto: J. Schnurr: Kirchen, S. 141.



H.-C. Diedrich

Harff, *Otto* Heinrich Johannes

** 23.6.1872 Smolensk, † nach 1937.*
Verh. mit Wanda Louise, geb. Woitkus.
Ausgebildet in Nordamerika.

H. wurde am 27.10.1896 in Eureka (Süd-Dakota, USA) ordiniert. Nach E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 338 f., war er nach seiner Rückkehr nach Russland von 1897 bis 1904 Pastor (möglicherweise Adjunkt) in Hoffnungstal, Gouvernement Cherson/Ukraine. Diese Angabe ließ sich aber nicht verifizieren. Von 1904 bis 1905 hielt er sich erneut in Süd-Dakota auf, dann kam er wieder nach Russland: Bis 1906 war er als Adjunkt in Norka, bis 1909 Pastor in Rosenberg bei Kamyschin, Gouvernement Saratow, ab 1909 Propst-Adjunkt der Bergseite. 1913 übernahm er die Pfarrstelle in Gna-

denflur, Gouvernement Samara (Wiesenseite), deren Pastorat sich in Mannheim befand. Zugleich war er Religionslehrer an zwei Gymnasien in Saratow. Von 1929 bis 1930 lebte er in Kukkus-Wolskaja. Im gleichen Jahr 1930 wurde er verhaftet und nach Semipalatinsk deportiert. In der Verbannung soll er Deutsch und Englisch unterrichtet haben, und dort ist er auch verstorben. Amburger hingegen meint, H. sei wieder freigekommen und habe 1937 als Lehrer an der Universität Perm gewirkt. Ein genaues Todesdatum wird uns in der Literatur nicht angegeben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 338 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 508, 580, 616; O. Licenberger, Evang.-ljut. cerkov', S. 148, 263, 343, 423; J. Schnurr: Kirchen, S. 141; Zentral-Komité: Evang.-Luth. Gemeinden, Bd. I/1, S. 278; I/2, S. 115, 131.

H.-C. Diedrich

Hecker, Julius, Dr.

** 1881 St. Petersburg, † 1937.*
Verh., fünf Töchter.

H. wurde als Sohn eines Deutschen und einer französische Hugenottin geboren. Möglicherweise wurde er nach reformiertem Ritus getauft. Nach Absolvierung eines deutschen Gymnasiums zog er in die USA, wo er Philosophie und Soziologie studierte und auch promovierte. Dort heiratete er die Witwe eines deutschen Methodistenpfarrers in Bremen und wandte sich wohl auch persönlich dieser Kirche zu. Seine fünf Töchter erzog er im christlichen Geiste, ließ sie aber nicht taufen. Er arbeitete in Deutschland, der Schweiz und Österreich.

Dem bolschewistischen Oktoberputsch von 1917 stand H. positiv gegenüber; jedenfalls war es Lunatscharskij selbst, der Hecker 1922 aus dem Westen in die Sowjetunion zurückrief und ihm offenkundig propagandistische Aufgaben zugedacht hatte.

H. näherte sich – vielleicht auf Anordnung Lunatscharskijs – der den Sowjets loyalen orthodoxen „Erneuererkirche", an deren Konzil von 1923 er sogar teilnahm. Er meinte, dass diese orthodoxe Erneuererkirche zur Bildung des Volkes Erhebliches beitragen könne und organisierte ein theologisches Fernstudium. Seine europäischen Vorstellungen von Organisation und Planung kollidierten aber offenkundig mit der sowjetischen Realität. Trotz seiner Sympathie für die Erneuerer war sein Verhältnis zum Oberhaupt der Kirche, dem „Metropoliten" A. Vvedenskij äußerst schlecht. H. wurde zu Vorträgen verpflichtet, wobei er die Geschichte der Orthodoxie aus der sowjetloyalen Sicht der Erneuerer darlegte. Nach einem solchen Vortrag am 28.11.1928, den er in der Christ-Erlöser-Kathedrale – wenige Tage vor ihrer Sprengung – zu halten hatte, wurde er verhaftet. Vielleicht hatte er die sowjetische Linie nicht strikt genug eingehalten; vielleicht Vvedenskij zu sehr kritisiert (H. war überzeugt, dass Vvedenskij ihn denunziert hatte).

Nach einem halben Jahr kam H. wieder frei und wurde mit der Aufgabe betraut, englischsprachigen Gästen und den Printmedien die sowjetische Religionspolitik zu „erläutern", was ihn natürlich um so mehr zwang, die Unwahrheit zu sagen, je furchtbarer die sowjetische Religionspolitik, vor allem nach dem neuen Religions- (Unterdrückungs-)Gesetz von 1929 wurde.

Ob H. die ihm gesetzten Aufgaben nicht richtig erfüllt hat oder was sonst geschehen war, bleibt im Dunkeln. Nach der als „Warnschuss" zu verstehenden Herabsetzung H.s in seinem Aufgabenbereich 1934, wurde er 1937 erneut verhaftet und kurz darauf erschossen.

Quellen: Berichte und Briefe dreier Töchter von Dr. Hecker: Alice, Irmgard und Vera; übermittelt von Frau Dr. Ursula Nens, Leipzig.

G. Stricker

Hein, Gerhard P.

** 27.11.1902 Sergejewka bei Saporoschje/Ukraine, † 15.11. 1938 wahrscheinlich (bei) Nikolajew/Ukraine.*
Verh. in 2. Ehe mit Liese, geb. Neufeld, mehrere Kinder.
Bauer und Brigadier (Vorarbeiter) in einer Kolchose; Siebenten-Tags-Adventist.

Die Eltern, Peter und Maria (geb. Unrau), waren Mennoniten gewesen und zogen 1914 als Familie nach Jekaterinowka (Altai-Gebiet), wo sie sich zu Beginn der 1920er Jahre den Siebenten-Tags-Adventisten

anschlossen. Nachdem H.s erste Frau, Agnessa Tiessen, verstorben war, heiratete er 1927 Liese Neufeld und wollte 1930, als im Altai-Gebiet die Zwangskollektivierung (staatliche Enteignung der Bauern) einsetzte, nach Nordamerika auswandern. Die Familie kam nur bis in die Ukraine, wo sie unter Zwang im Dorf Alexandrowka (auch Durilowka) bei Nikolajew neu angesiedelt wurde. H. arbeitete als Brigadier in einer Kolchose, die Baumwolle produzierte. Da er am Sabbat, dem Ruhetag der Adventisten, die Arbeit verweigerte, musste er in der Nacht mit seiner Frau und den Kindern das erforderliche Plansoll an Baumwolle auf den Feldern ernten. Im Mai 1937 zog H. mit seiner Familie in das deutsche Kolonistendorf Landmann (Ostkasachstan) in der Hoffnung, dort ungestört gemäß seiner Glaubensüberzeugung den sabbatlichen Ruhetag halten zu können. Da jedoch die Familie das rauhe Steppenklima nicht vertrug, kehrte sie im August desselben Jahres wieder in die Ukraine zurück. Am 13.2.1938 wurden H., sein Bruder, Abram Hein (* 1896), ebenfalls Adventist, und sein Schwager, Paul Neufeld (* 1895), der als Reiseprediger der Siebenten-Tags-Adventisten wirkte, in Alexandrowka verhaftet. Aufgrund ihres Glaubens und ihrer nationalen Herkunft galten sie als „Volksfeinde“ und wurden nach mehrmonatiger Haft (Nowo-Woronzowka, Odessa, Nikolajew) erschossen.

Quellen: AAE: G. P. Hein.

D. *Heinz*



Heine, Wilhelm (jun.)

**13.11.1866 Sigunpulam/Sumatra, † um 1938 Simferopol (Krim).*

Verh. in 1. Ehe mit Maria, geb. Müller (1901), in 2. Ehe mit Pauline, verwitwete Heine, geb. Müller (1913).

1877–1883 Besuch des Privatgymnasiums Schomburg in Katharinenstadt und Saratow; Abitur in Pernau/Pärnu (Estland); 1884–1888 und 1889 Studium der Theologie in Dorpat/Tartu.

H. stammte aus der Familie eines russlanddeutschen Sumatramissionars, der nach zwölf Jahren in der Fremde in den Dienst seiner Heimatkirche zurückgekehrt war. Nach der Ordination am 1.5.1891 in Tiflis/Transkaukasien (Georgien) wurde H. Adjunkt ebendort; ein Jahr später nahm er das gleiche Amt in Batumi/Kutaissi wahr und von 1893 bis 1894 beim Vater Wilhelm Heine (sen.) in Neu-Stuttgart, Kreis Berdjansk, Gouvernement Taurien (Ukraine). 1895 legte er das Examen eines Gymnasiallehrers ab und arbeitete bis 1898 als Hauslehrer in St. Petersburg. 1898 und 1899 war er Konsistorialvikar für die Kreise Bachmut und Slawjanoserbsk im Gouvernement Jekaterinoslaw, wobei er in Schidlowo eingesetzt war. Dann diente er von 1899 bis 1908 in fester Anstellung in der ständigen Adjunktur Schidlowo, die dem Kirchspiel Ludwigsthal, Gouvernement Jekaterinoslaw zugeordnet war. 1908 schied er zwischenzeitlich aus dem Pfarrdienst aus. Von 1915 bis 1927 war er Pastor in Nowotscherkassk bei Rostow am Don (so O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', und J. Schnurr: Kirchen, S. 141; E. Amburger: Pastoren, S. 342 f. von 1914 bis 1928 wieder in Schidlowo), anschließend bis 1930 in Katharinenfeld, Gouvernement Tiflis. 1930 wurde er das erste Mal verhaftet und nach Tomsk/Sibirien verbannt. Nach seiner Rückkehr 1934 lebte er in Feodossija/Krim. 1937

erfolgte seine zweite Verhaftung; er starb im Gefängnis in Simferopol.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußland, S. 342 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 412, 506, 580, 616; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 263, 343; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 298 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 141.

Foto: J. Schnurr: Kirchen, S. 142.

H.-C. Diedrich

Heptner, *Bernhard* Nathanael

* *um 1904/1905 Näb/Rjasanowka, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite,* † *nach 1938.*

1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

H. war der Sohn des Pastors Nathanael Heptner. Nach Beendigung seiner Ausbildung wurde er zum Pastor in seinem Heimatort Näb/Rjasanowka ordiniert, in dem schon der Vater sein Amt versehen hatte. Bereits 1930 wurde er zum ersten Mal verhaftet, danach freigelassen, so konnte er mindestens bis zum Jahre 1933 wieder amtieren. 1935 erfolgte die zweite Verhaftung. In der Haft zog er sich eine Nervenerkrankung zu. Nach seiner Genesung 1938 lebte er in Engels/Pokrowsk, wurde erneut verhaftet und ist in der Haft verstorben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 347; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 598, 616; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 244, 328, 344; J. Schnurr: Kirchen, S. 142.

H.-C. Diedrich

Heptner, *Nathanael* Woldemar Emil

* *11.10.1862 Rosenberg, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite,* † *17.3.1933 Spoloschno an der Lena/Sibirien.*

Verh. mit Ida, geb. Bauer.

1876–1881 Besuch der Petrischule in St. Petersburg; 1881–1893 Studium der Theologie und Philosophie in Dorpat/Tartu.

Nach seiner Ordination am 16.1.1894 (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 240, irrtümlich: 22.8.1895) trat er zuerst als Adjunkt des Vaters Emil Heptner in Näb/Rjasanowka an der Wolga in Dienst; nach dem Tode des Vaters 1894 wurde er im Februar 1895 ebendort Pastor. Seit 1920 war er als Vertreter der nationalen Minderheiten der Esten, Finnen (Ingermanländer) und Letten Vizepräsident des Oberkirchenrates in Moskau. Während der Hungersnot 1921 im Wolgagebiet engagierte er sich in der Hilfsarbeit von Komitees. 1922 erfolgte die erste Verhaftung und Verurteilung zu fünf Jahren und vier Monaten Gefängnis wegen Zusammenarbeit mit ausländischen Hilfsorganisationen. Die Haft verbrachte er in Irdel im Ural. 1924 erkrankte er; er wurde amnestiert und kehrte ins Pfarramt nach Näb zurück. Er wurde zum Propst der Wiesenseite (linkes Wolgaufer) mit Dienstsitz in Marxstadt (Katharinenstadt) ernannt, blieb aber Pastor in Näb. 1928 oder 1929 verhaftete man ihn erneut und inhaftierte ihn in Samara (Kuibyschew). Er wurde zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt und nach Sibirien deportiert. Hier ist er verstorben. Möglicherweise wurde H. bereits 1929 nach Sibirien transportiert, kam jedoch noch einmal frei (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 347).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 347; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 114, 429, 508, 579, 616; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 116 f. u. ö.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 240 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 142.

H.-C. Diedrich

Herle, *Alexander* Nikolajewitsch

* *25.6.1897 Odessa,* † *unbekannt.*

Ausbildung bis 1917 auf der militärmedizinischen Akademie (in Odessa?), nach einem Aufenthalt in Estland bis 1925 Handelskurse (in Leningrad?), 1929 Abschluss der „Bibelkurse" (= des Predigerseminars) in Leningrad.

H. war der Sohn eines Generalmajors der „Ingenieur"- (= Pionier-) Truppen und adligen Standes. Sorokin und Škarovskij/Čerepenina bezeichnen ihn als „Russen". Doch Familienname und lutherische Konfession lassen es als möglich erscheinen, dass er russlanddeutscher Herkunft war. In den Listen des Leningrader Predigerseminars findet sich sein Name nicht. Nach dem Oktoberputsch 1917 emigrierte er nach Estland, kehrte aber 1924 zurück. Nach dem

Abschluss der Ausbildung wurde er ordiniert. Von Januar 1934 bis März 1935 diente er als Pastor in der Leningrader Christ-Erlöser-Kirche. Damit könnte das Gotteshaus der lettischen Jesus-Kirchengemeinde gemeint sein (H. Tschoerner: St. Petersburg, S. 207. Eine andere „Christ-Erlöser-Kirche", weder lutherisch noch orthodox, in St. Petersburg/Leningrad ist uns nicht bekannt). Am 11. März 1935 wurde er verhaftet, am 29. des gleichen Monats als „sozial-gefährliches Element" zu drei Jahren Lagerhaft verurteilt, zu der er am 25.5.1935 abtransportiert wurde. Wohin und was weiter mit ihm geschah, wissen wir nicht.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 365; M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 306; H. Tschoerner: St. Petersburg, S. 207.

H.-C. Diedrich

Hill, Konrad

H. wurde in der lutherischen Gemeinde Neuhussenbach an der Wolga mit zahlreichen anderen Christen verhaftet und verschleppt. Er teilte das Schicksal mit Heinrich Eisel, Konrad Lese, Philipp Rutz, Georg und Johannes Stroh.

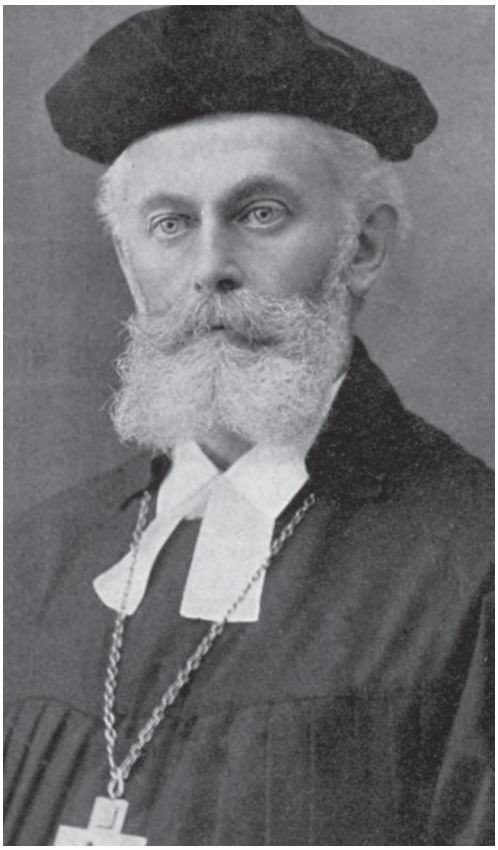
Quellen: Briefe Karl Mehling an Heinrich Rathke 2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 273.

T. Westermeyer

Hoerschelmann, Ferdinand (sen.)

* *27.8.1855 Kosch/Estland, † 15.10.1931 Minussinsk/Sibirien.*
Verh. mit Julie Elisabeth Charlotte, geb. Knorre.
1869–1875 Besuch der Domschule Reval/Tallinn; 1876–1882 Theologiestudium Dorpat/Tartu.

H. war der Sohn eines Pastors mit dem gleichen Vornamen, ebenso wie der Sohn ihn später trug. Nach der Ordination am 9.1.1883 in Moskau wirkte er bis 1886 als Adjunkt und Militärgeistlicher in Tiflis/Transkaukasien (Georgien), von 1887 bis 1891 als ständiger Adjunkt in Hochheim/Krim. Diese Gemeinde gehörte zum Kirchspiel Neusatz, wo zu der Zeit der bekannte



Evangelist und Erbauungsschriftsteller Samuel Keller Pastor war. Nachdem Keller 1891 nach Deutschland gewechselt war, übernahm H. die Pfarrstelle in Neusatz; er sollte sie bis 1929 innehaben. Anfang der 20er Jahre organisierte er die Hungerhilfe in seinen Dörfern und arbeitete bei ausländischen Hilfsorganisationen mit. Auf der Generalsynode der Evangelisch-lutherischen Kirche in der Sowjetunion 1924 wurde er zum Propst der Krim bestellt. 1929 verhafteten ihn die Behörden zum ersten Mal. Nach seiner Freilassung musste er den Gemeindedienst auf der Krim quittieren, aber in Verabredung mit Pastor Friedrich Deutschmann, der seit 1925 als Pastor in Slawgorod im Altaigebiet gedient und mit den örtlichen Organen Schwierigkeiten bekommen hatte, ging H. in diese Stadt, wo er auch der estnischen lutherischen Gemeinde zur Verfügung stand. Deutschmann wechselte in die Ukraine. Am 9.11.1930 wurde H. in Omsk verhaf-

tet und wie der Sohn (offensichtlich in der Provinzhauptstadt Simferopol) wegen Nichtablieferung des Getreidesolls – obwohl der Pastor kein Land bewirtschaftete – und Verbreitung von „Antisemitismus" in seinen Predigten angeklagt. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Lagerhaft. Zur Verbüßung wurde er nach Minussinsk am Jenessej deportiert, wo der 76-Jährige im Lager verstorben ist.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 355; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 121, 334, 581, 616; O. Licenberger: Evan.-ljut. cerkov', S. 125, 246, 346 ff. u. ö.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 234 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 144 (mit Bild).

Foto: J. Schnurr: Kirchen, S. 144.

H.-C. Diedrich

Hoerschelmann, Ferdinand (jun.)

* *4.10.1887 Hochheim/Krim, † 13.2.1932 wahrscheinlich auf der Solowki-Insel.*

1904–1908 Besuch der Petrischule in St. Petersburg; 1909–1915 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

H. war der Sohn des Pastors Ferdinand Hoerschelmann (sen.) Nach der Ordination im Jahr 1918 war er von 1918 bis 1929 Adjunkt in Neusatz/Krim, in den späteren Jahren als Gehilfe des Vaters, der 1924 das Propstamt auf der Krim übertragen bekommen hatte, aber in Neusatz geblieben war. Anfang der zwanziger Jahre unterstützte H. aktiv die Hungerhilfe. Nach E. Amburger, der damit seiner eigenen Angabe „Neusatz 1918–29" widerspricht, ist er ab 1927 „Pastor vicarius" an der St. Petri-Pauli-Kirche in Moskau. Das scheint aber eine Verwechslung mit dem Bruder Ernst Hoerschelmann zu sein, der von 1926 an bis zur Schließung der Kirche 1936 das Organistenamt hier wahrgenommen hatte. 1929 wurde er (doch wohl auf der Krim) verhaftet und wie der Vater wegen Nichterfüllung des Getreidesolls und „Antisemitismus" angeklagt. Das Urteil lautete auf „höchstes Strafmaß", d. h. Erschießen. Es wurde in zehn Jahre Freiheitsentzug umgewandelt, wozu H. auf die Solowki-Insel im Weißen Meer deportiert worden ist. Wahrscheinlich hier ist er 1932 beim Holzfällen ums Leben gekommen (so Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 345, die sich auf ein Telegramm des deutschen Generalkonsuls in Leningrad an das deutsche Auswärtige Amt vom 3.5.1932 beruft). E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 355 und B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 234 f. nehmen eine Deportation nach Nowosibirsk an; letzterer legt den Todestag auf den 23.2.1932.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 355; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 507, 581, 616; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 345 f.; D. Lotow: Ob Ėrnste Gëršelmanne, S. 34; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 234 f.

H.-C. Diedrich

Jundt, Johannes

* *29.8.1857 Kolonie Schabo (Chabag)/Bessarabien (Ukraine), † 26.12.1918 oder 26.12.1920 Kronau/Cherson (Südukraine).*

Verh. mit Clara Adeline Constanze, geb. Hermann.

1877–1879 Dorflehrer in Katharinenstadt; 1881–1886 Theologiestudium in Dorpat; 1887 ordiniert in Odessa; 1887–1908 Pastor in der Kolonie Fère-Champenoise/Bessarabien; 1908–1919 (so: E. Amburger: *Pastoren Rußlands, S. 370 f.;* Stumpp: *Verzeichnis, S. 148: bis 1918) Pastor in Kronau/Cherson, während des Krieges verbannt nach Saratow.*

Die Eltern von J. lebten als Kolonisten und Weinbauern in Bessarabien. Er wuchs zunächst in der Kolonie Schabo auf und ging von 1872–1877 auf die Privatschule Schomburg in Benkendorf. Zunächst arbeitete er als Dorflehrer in Katharinenstadt, studierte anschließend Theologie in Dorpat und wurde 1887 in Odessa ordiniert. Danach war er Pastor in der Kolonie Fère-Champenoise in der Südukraine. 20 Jahre später wechselte er nach Kronau. Während des Krieges wurde er nach Saratow verbannt und lebte danach in der Kolonie Weizenfeld. Wie er genau ums Leben kam, ist nicht bekannt.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 370 f.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 225 f.; Dies.: Widerstehen, S. 40; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 148.

T. Westermeyer

Jürgens, *Woldemar* Alexis Karl

** 17.12.1872 St. Petersburg, † unbekannt.*
Verh. mit Hertha, geb. Hamberg.
1883–1893 Besuch der St. Annenschule in St. Petersburg; 1893–1897 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Nach der Ordination am 19.12.1899 in St. Petersburg war J. von 1900 bis 1903 Adjunkt in der ständigen Adjunktur Eigenheim/Bessarabien, die dem Kirchspiel Posttal zugeordnet war, und von 1903 bis 1909 Pastor in Posttal selbst (das Kirchspiel hieß bis 1897 Benkendorf). Anschließend diente er bis 1913 in Belowesh, Gouvernement Tschernigow (Zentralukraine) – das Kirchspiel umfasste das gesamte Gouvernement. Nun wird seine Biographie etwas unklar: 1914 soll er in Sarepta gewesen sein (so E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 369, aber für die Zeit von 1906 bis 1914 ist Leopold Schmidt dort als Pastor genannt und von 1914 bis 1920 Johannes Findeisen; ebd. S. 139). Genauso ist sein Aufenthalt als Pastor in Jeisk (nach O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov' S. 392: ab 1915) bis 1927 nicht genau zu datieren: E. Amburger: Pastoren, S. 123 f. und S. 321 kennt Otto Paul Gailitis als Pastor in Jeisk für die Jahre von 1913 bis 1920. Jedenfalls ist in der offiziellen Liste der Geistlichen vom August 1922 J. als Pastor in dieser Stadt aufgeführt (so. W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 505 f.). Von 1927 bis 1929 in Lugansk, übernahm er 1930 die Pfarrstelle in Pjatigorsk/Karras und zugleich des Amt des Propstes im Bezirk Nordkaukasus. 1934 wurde er verhaftet und am 22.10.1935 zur „Höchststrafe" (Erschießen) verurteilt. Die Strafe wurde 1936 in zehn Jahre Lagerhaft umgewandelt. Danach verlor sich seine Spur.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 123 f., 139, 321, 369; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 506, 580, 616, O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 16, 392, 429; J. Schnurr: Kirchen, S. 147.

H.-C. Diedrich

Karpenko, Amalia

** 1871 Saratow/Wolga, † 16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

Auch K. wird zu den Märtyrern von Baku gezählt, obwohl man nicht genau weiß, welche Aufgabe sie in der Gemeinde übernommen hatte. Verhaftet wurde sie laut den NKWD-Protokollen wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit unter der Arbeiterschaft der Stadt Baku." Sie wurde zusammen mit sieben weiteren Gemeindemitgliedern erschossen.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 69; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 264; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Kaufmann, David

** 1897 Alexandertal, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, † 1930 Nordkaukasus.*
1928 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Nach seiner Ordination am 14.10.1928 in Balzer/Goloi Karamysch, Wolga-Bergseite, wurde K. als Adjunkt des Propstes Max Majer ebendort eingesetzt, möglicherweise aber auch in seiner Heimatgemeinde Alexandertal (früher: Neu-Sosnowka), die zum Kirchspiel Rosenberg bei Kamyschin gehörte. 1929 wurde er Pastor in Stephan/Wodjanoi Bujerak, wo vorher Majer gedient hatte. Bald schon wurde er verhaftet; im Herbst 1930 wurde er in Nordkaukasien erschossen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 374; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 617; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 187, 264, 328, 357, 425; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 230 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 149; H. Tschoerner, Predigerseminar, S. 60; Zentral-Komité: Evang.-Luth. Gemeinden, ed. , Bd, I/2, S. 131 f.

H.-C. Diedrich

Keil, Jakob

K. wurde in den Jahren 1937/38 zusammen mit Ferdinand Pineker und noch vielen weiteren Christen verhaftet. Unter ihnen waren Pinekers Bruder Wilhelm und dessen Sohn Wilhelm (jun.), der Lehrer

Unger, Jakob Keil, Johannes Bergmann, Abraham Wins und dessen Sohn Heinrich. Alle wurden in die Taiga verschleppt und kehrten nie wieder zurück.

Quellen: Briefe Ferdinand Pinekers (jun.) an Heinrich Rathke 3.7. 2000, 23.12.2000, 27.1.2001 und 15.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 274.

T. Westermeyer

Kern, Jakob

* *1900 Nowosaratowka bei St. Petersburg, † Lewaschower Heide bei Leningrad.*

K. war Kolchosbauer in der Kolonie Nowosaratowka bei Leningrad. Als Kirchenratsmitglied der St. Katharinen-Gemeinde in Novosaratovka wurde er am 9.12. 1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet. Knapp einen Monat später, am 2.1.1938 wurde er für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation" zum Tode verurteilt und am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 383.

T. Tatsenko

Kluck, *Arthur* Julius und **Kluck,** Bertha, geb. Behning

* *28.1.1891 Dunajewzy/Podolien, † unbekannt (in Kem/Karelien).*
Verh. mit Bertha, geb. Behning.
1910/1911–1915 Theologiestudium in Dorpat/Tartu. Während des Studiums wurde er für wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet.

K. stammte aus einer Kaufmannsfamilie. Nach seinem Examen 1915 in Moskau wurde er ins Innere Russlands, nach Saratow, verbannt, wo er sein Vikariat absolvierte und am 11.12.1916 ordiniert wurde. Von 1917 bis 1920 war er Pastor in Frank/Medwedizkoje/Krestowoi Bujerak. Er beteiligte sich an der Betreuung der Flüchtlinge aus grenznahen Gebieten. Nach 1918 trat er gegen die Sezession der Wolgagemeinden von der lutherischen Kirche auf, weshalb er 1920 zum ersten Mal verhaftet wurde. Nach fünf Monaten freigelassen, kehrte er in seine Gemeinde zurück. Während der Hungersnot 1921/22 arbeitete er mit ausländischen Hilfsorganisationen zusammen. 1924 wurde er Pastor in Katharinenstadt/Marxstadt auf der Wiesenseite der Wolga. 1926 und 1927 unternahm er Pastoralreisen zu den verwaisten lutherischen Gemeinden in Sibirien. Am 1.12.1929 wurde er verhaftet und antisowjetischer Tätigkeit beschuldigt, wofür man ihn auf ein Jahr nach Sibirien verbannte. Danach verbrachte er ein weiteres Jahr im Gefängnis in Samara/Kuibyschew; anschließend wurde er zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt und nach Kem/Karelien deportiert, wo er, wann ist nicht bekannt, umgekommen ist. Seine Ehefrau Bertha, geb. Behning, Tochter des Pastors Liborius Behning, ist 1935 in den Fernen Osten, nach Chabarowsk, verbannt worden und ist dort verschollen (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 229).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands Rußlands, S. 381; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 279, 392, 570, 572, 580, 617 u. ö.; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 16, 144, 358 ff., 425 u. ö.; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 228 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 150.

H.-C. Diedrich

Kludt, Simon

* *1881 (Geburtsort unbekannt), † möglicherweise 1935 in Saporoshje oder Melitopol/Ukraine.*
Verh. mit Elsa.
Theologische Ausbildung im Predigerseminar St. Chrischona bei Basel.

K. war von 1908 bis 1923 Prediger der separierten Gemeinde Neu-Hoffnung, Gouvernement Taurien (Ukraine), die durch die Wirksamkeit des Pastors Eduard Wüst (im Dienst 1843 bis 1859) ihre besondere geistliche Prägung erhalten hatte, und von 1923 bis 1928 Pastor in Neu-Stuttgart bei Berdjansk/Ukraine, am Asowschen Meer. Danach übernahm er den Dienst in Friedenfeld/Tersanka, Kreis Saporoshje (O. Licenber-



ger: Evang.-ljut. cerkov', S. 358: in Charkow). 1933 oder 1934 wurde er verhaftet und wegen der Verbreitung von Adressen „deutscher faschistischer Wohltätigkeitsorganisationen" sowie der die Sowjetmacht kompromittierenden Korrespondenz ins Ausland verurteilt. Es steht nicht fest, ob er im September 1935 in Saporoshje erschossen (so B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 248 f.) oder im Gefängnis von Melitopol verhungert ist (so E. Amburger: Pastoren, S. 381).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands Rußlands, S. 381; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 580, 598, 617; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 358, 425; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 248 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 150 f.

Foto: J. Schnurr: Kirchen, S. 150.

H.-C. Diedrich

Koch, Jakob *Albert*

* *10./23.12.1888 Gnadental, Kirchspiel Sarata (Bessarabien), † nach 1937 wahrscheinlich Moskau.*

Verh. mit Irmgard, geb. Steinwand.

1907–1910 Jura- und von 1910–1914 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Der Vater K.s war Bauer. Nach der lange währenden Ausbildung diente K. von 1916 bis 1918 als Praktikant in Großliebental bei Odessa, Gouvernement Cherson, dessen Pastor bis 1918 Johannes Alber war. In diesem Jahre ordiniert, trat er die Nachfolge des nach Deutschland emigrierten Geistlichen an. Im November 1929 unter Spionagevorwurf verhaftet, wurde er im Mai 1930 zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die er am Ostsee-Weißmeer-Kanal abzuarbeiten hatte. 1932 kam er frei und arbeitete als Buchhalter in Kursk. Eine zweite Verhaftung erfolgte 1935, eine dritte am 31.8.1937, und er wurde in das berüchtigte Butyrka-Gefängnis in Moskau eingeliefert. Hier verliert sich seine Spur (so O. Licenberger, Evang.-ljut. cerkov', S. 360). E. Amburger berichtet von Verhaftungen 1928 und 1930 und der „definitiven" Deportation 1936.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 383 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 298, 506, 581, 617; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 244, 263, 266, 360, 425; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 260; J. Schnurr: Kirchen, S. 151.

H.-C. Diedrich

Koch, Gottlob

* *2.3.1861 Gnadental, Kirchspiel Sarata, Kreis Akkerman (Bessarabien), † nach 1941.*

Verh. mit Elise, geb. König.

1876–1881 Besuch des Privatgymnasiums Schomburg in Katharinenstadt an der Wolga; 1881–1883 Besuch des Gymnasiums in Dorpat/Tartu; 1883–1887 Theologiestudium ebendort.

K.s Vater war Bauer und Lehrer. Nach seiner Ausbildung wurde K. am 6.9.1887 in Saratow ordiniert. Im gleichen Jahr trat er den Pfarrdienst in Weizenfeld, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite an, wo er bis 1923 blieb. Anschließend übernahm er nach einer ersten Verhaftung und Verbannung in den Ural das Pfarramt in Orenburg. 1929 wurde er erneut verhaftet und nach Ostsibirien verbannt. Er soll 1938 zurückgekehrt, aber nach 1941 in Sibirien verstorben sein. Zu diesem Zeitpunkt wäre er etwa 80 Jahre alt gewesen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 384; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 318, 580, 617;

O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 115, 244, 265, 361, 425; J. Schnurr: Kirchen, S. 151.

H.-C. Diedrich

Kramer, Heinrich

** nicht bekannt, † um 1938.*

In seinem Brief an Heinrich Rathke berichtet Emil Springer aus Altai/Südsibirien vom Schicksal seines jungen Freundes K. Der Wolgadeutsche wurde als Christ verurteilt und hingerichtet.

Literatur: Brief Emil Springer an Heinrich Rathke 2001; B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 57.

T. Westermeyer

Kraus, Jakob W.

** 1885 Dönhof bei Saratow (Russland), † um 1939 Nogajew bei Magadan (Russland).*
Verh., ein Sohn.
Sekundarschullehrer; 1910/1911 Studium am Missionsseminar in Friedensau bei Magdeburg; 1912–1918 Prediger der Siebenten-Tags-Adventisten in Irkutsk/Sibirien; 1919–1922 Prediger in Petropawlowsk; ab 1922 Prediger in Kiew; seit 1925 Vorsteher dort; seit 1928 Prediger in Orel.

Die lutherischen Vorfahren stammten aus Hessen. In Moskau zum Sekundarschullehrer ausgebildet und als Bahnbeamter tätig, lernte K. dort die Adventisten kennen, schloss sich ihnen an und absolvierte ein kurzes Studium in Friedensau bei Magdeburg (1910/11). 1912 nahm er als Prediger die Arbeit in Irkutsk, Sibirien, auf, wo er bis 1918 blieb. Auf Pferdeschlitten wurden die weit voneinander entfernten Gemeindeglieder besucht. Von 1919 an wirkte K. in Petropawlowsk, ab 1922 in Kiew. 1925 wurde er zum Vorsteher ernannt. Weitere Arbeitsorte als Prediger waren: Dnepropetrowsk (Jekaterinoslaw), Berdjansk, Tula und, ab 1928, Orel. Nach vorübergehenden Verhaftungen (1934/35) traf sich K. Anfang 1936 mit den verbliebenen Mitgliedern des Kirchenleitungsausschusses zum letzten Mal heimlich in seiner Wohnung in Orel. Noch im Januar 1936 wurde er endgültig verhaftet und im November 1937 in Kursk mit etwa 30 anderen führenden Adventisten in einem „Schauprozeß" vor Gericht gestellt. Durch seinen Sohn, Wladimir, einen Augenzeugen, sind die Ereignisse überliefert. Dieser konnte mit seiner Mutter, einer Tschechin, noch vor Kriegsbeginn die Sowjetunion verlassen, während der Vater – laut Urteilsspruch – hingerichtet werden sollte. Später aber berichtete K. in einem Brief, den er aus dem fahrenden Häftlingszug geworfen hatte, von der Umwandlung des Todesurteils in Lagerhaft. Ein weiterer, letzter Brief vom 29.3.1938 erreichte die Familie aus dem Lager Nogajew bei Magadan (Ostsibirien), das zum Lagerkomplex DALSTROI (Kolyma) zählte. Der Komplex gehörte zu den furchtbarsten und tödlichsten im ganzen GULag. Zusammen mit sieben Glaubensgenossen wurde K. nach wenigen Monaten wegen Arbeitsverweigerung am Sabbat, dem Ruhetag der Adventisten, vor einer Krankenbaracke des Lagers Nogajew im Beisein von Lagerinsassen erschossen. Mit vorgehaltener Pistole wollte man ihn, den Sprecher der Gruppe, öffentlich zur Arbeit zwingen, worauf K. zur Antwort gab: „Ich bin adventistischer Prediger, ich kann nicht." Die Familie erfuhr erst Jahrzehnte später durch einen Augenzeugen von seinem Martyrium.

Literatur: V. Kraus: Cesta k zivotu.

D. Heinz

Krentz, *Karl* Johannes

** 24.2.1898 Neu-Zürichtal/Krim (Ukraine) oder Taganrog, † 1936.*
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Nach der Ordination wurde K. noch 1929 als Nachfolger von Simon Kludt Pastor in Neu-Stuttgart bei Berdjansk am Asowschen Meer. Im Herbst 1934 wurde er verhaftet und zur Zwangsarbeit in den Steinbrüchen des „Marien-Lagers" (russ. „Mariinski lager") bei Omsk deportiert. 1936 kam er hier oder bei Tomsk ums Leben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 389 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 598, 617; O. Licenber-

ger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 361, 425; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 255 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 153.

H.-C. Diedrich

Kuchmann, Otto Johann

** 1889 Kaunas, Litauen, † möglicherweise Dezember 1937 Moskau.*

Buchhalter; schon vor 1914 leitendes Mitglied der Evangeliumschristen und Mitarbeiter von Iwan S. Prochanow.

K. stammte aus einer deutschen Arbeiterfamilie, die sich in Kaunas niedergelassen hatte. In Odessa erlebte er eine Bekehrung unter dem erwecklichen Einfluss der den Baptisten ähnlichen Evangeliumschristen. Bereits 1914 wurde er aufgrund seiner religiösen Tätigkeit von den zaristischen Behörden in die Verbannung geschickt (Wjatka). 1920 verbrachte er eine gewisse Zeit in Perm im Gefängnis, weil er an einem Kongress der Evangeliumschristen teilgenommen hatte. Neun Jahre später wurde K. in Wjatka erneut verurteilt und nach Westsibirien (Nowosibirsk) abgeschoben, wo er ab 1931/32 wieder im Dienst evangeliumschristlicher Gemeinden stand. Bedroht und angefochten von verschiedenen militanten atheistischen Organisationen, suchte K. die Zusammenarbeit mit anderen freikirchlichen Gemeinden (Baptisten, Adventisten), vor allem in Novosibirsk und Omsk. Im April 1937 wurde er verhaftet und monatelang im Gefängnis verhört und grausam gefoltert. Man warf ihm u. a. Spionagetätigkeit vor, weil er mit Iwan S. Prochanow, dem in Berlin verstorbenen Leiter der Evangeliumschristen, in Verbindung gestanden hatte. K. wurde schließlich nach Moskau gebracht und am 15.12.1937 zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Literatur: A. I. Savin: Sovetskoje gosudarstvo, S. 315–323; Istorija, S. 533.

D. Heinz

Langemann, *Johann* Petrowitsch

** 3.7.1895 Bogomasow (Kreis Busuluk, Gouvernement Samara), † 12.10.1937 Orenburg.*

Verh. mit Agatha, geb. Litke, vier Töchter, vier Söhne.



Landwirt, später Ofenmaurer in Bogomasow; Prediger der Mennoniten-Brüdergemeinde.

L. wurde als jüngstes von sechs Kindern nach der Übersiedlung seiner Eltern aus der mennonitischen Kolonie an der Molotschna (Ukraine) in die 1890 gegründete Tochterkolonie Neu Samara (zwischen Samara und Orenburg am Fluss Tock) geboren. Sein Vater, Peter Langemann, hatte sich mit seiner Familie als Landwirt im Dorf Bogomasow niedergelassen. Als L. fünf Jahre alt war, geriet sein Vater bei der Landarbeit unter einen Pflug und verletzte sich so schwer, dass er starb. Seine Mutter heiratete später erneut und bekam mit ihrem zweiten Mann, David Penner, noch eine Tochter. L. besuchte die Dorfschule in Bogomasow und wurde Landwirt wie die meisten Siedler der Kolonie. Er heiratete 1920 und wurde Vater von acht Kindern, von denen jedoch drei Söhne schon wenige Monate nach der Geburt starben.

L. gehörte der Mennoniten-Brüdergemeinde an. Dieser Zweig der deutsch-russischen Mennoniten war unter dem Einfluss des evangelisch-lutherischen

Erweckungspredigers Eduard Wüst entstanden und hatte sich seit 1860 außerhalb der kirchlich organisierten Mennoniten-Gemeinden in Russland weiterentwickelt. In der Taufpraxis standen die Mennoniten-Brüdergemeinden den Baptisten nahe. L. war einer von mehreren Predigern seiner Gemeinde. Ein Bethaus, in dem sich die Gemeinde regelmäßig zum Gottesdienst versammelte, befand sich einige Kilometer von Bogomasow entfernt im Dorf Lugowsk, ein zweites im näher gelegenen Donskoj, wo nach der Selbstauflösung der mennonitischen Allianz-Gemeinde 1910 eine Filiale der Brüdergemeinde entstanden war, in der L. predigte. Als engagierter Missionar wirkte er auch in der russischstämmigen Bevölkerung der Region. Bei Versammlungen im Bethaus dolmetschte er oft zwischen deutscher und russischer Sprache. Da eine Entlohnung für Prediger nicht üblich war, blieb er hauptberuflich als Landwirt tätig, um sich und seine Familie zu ernähren.

Nach der Etablierung des sowjetischen Regimes wurde das Gemeindeleben zunehmend eingeschränkt. L. und andere Prediger hatten unter staatlichen Repressionen zu leiden. Nachdem der Religionsunterricht in den Schulen verboten worden war und Prediger ihr politisches Stimmrecht bereits verloren hatten, wurden schließlich auch keine Gottesdienste mehr geduldet. Am 6.1.1931 wurde das Bethaus in Donskoj von den Behörden geschlossen, die Schließung des Bethauses in Lugowsk folgte Ende 1932. Nur im privaten Bereich konnte L. noch der Gemeinde dienen. An die eigenen Kinder gaben er und seine Frau ihren christlichen Glauben weiter, indem sie ihnen viele Geschichten aus der Bibel erzählten.

Wegen seines Wirkens als Prediger wurde L. Anfang April 1932 als angeblicher Feind des politischen Systems zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In einem Straflager bei Murmansk musste er am Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals mitarbeiten. Nach dessen Fertigstellung konnte er kurz vor Weihnachten 1933 vorzeitig zu seiner Familie zurückkehren. Da seine Aufnahme in die örtliche Kolchose verweigert worden war und er seinen Beruf als Landwirt aus diesem Grund nicht mehr ausüben durfte, arbeitete er als Ofenmaurer für unterschiedliche Auftraggeber in der Region, darunter auch Fabriken außerhalb der mennonitischen Kolonie. Mehrmals wurde er von Kunden, die nicht seiner Gemeinde angehörten, um den Lohn betrogen. In solchen Fällen konnte er keine Rechtsmittel einlegen, da ihm seine Bürgerrechte weitgehend entzogen waren.

Am Morgen des 11.9.1937 wurde L. in seinem Wohnhaus erneut verhaftet. Er lag noch im Bett, als sein siebenjähriger Sohn ihm die Nachricht überbrachte, dass ein Auto auf dem Hof vorgefahren sei. L. hatte offenbar schon geahnt, was ihm und seiner Familie nun bevorstand, und daher seine Bibel und anderes Schrifttum vorsorglich versteckt. Geheimpolizisten nahmen ihn fest und durchsuchten das Haus. Seine Frau erhielt eine Bescheinigung darüber, dass nichts Belastendes gefunden worden sei. Über den Verbleib ihres Mannes erfuhr sie jedoch nichts mehr. Anfang der 1950er Jahre wurde der Familie auf Anfrage mitgeteilt, dass L. 1944 an einer Nierenentzündung gestorben sei. Erst 1988 informierte der KGB den Sohn über die tatsächlichen Todesumstände seines Vaters und über dessen spätere Rehabilitierung. Laut amtlicher Sterbeurkunde wurde L. am 12.10.1937 in Orenburg erschossen.

Ähnlich wie L. kamen unter der Herrschaft Stalins zahlreiche weitere Angehörige mennonitischer Gemeinden aus der Kolonie Neu Samara gewaltsam ums Leben. In Orenburg erinnern Gedenktafeln in einem Wald am Ufer des Ural an die Christen, die dort aus politischen Gründen ermordet wurden.

Quellen: Langemann, Johann: Erkennet doch, dass der HERR seine Heiligen wunderbar führt (Ps 4,4). Autobiographie von Br. Johann Langemann. In: Dem Lamme nach [hrsg. von der Bruderschaft der Christengemeinden in Deutschland] 8, 2005, Nr. 3, S. 41 ff.; 8, 2005, Nr. 4, S. 35–38; 9, 2006, Nr. 1, S. 29 ff.; 9, 2006, Nr. 2, S. 23–26; Brief von Johann Langemann (sen.) an den Verf., 25.9.2006; Auskünfte an den Verf.: Johann Langemann (sen.), 15.9.2006 und 27.9.2006, Andreas Stobbe, 5.10.2006 und 16.10.2006.

Literatur: P. M. Friesen: Brüderschaft; A. J. Klassen (Hrsg.): Neu Samara.

Foto: Familienbesitz.

A. Kurschat

Lese, Konrad

† um 1940

L. wurde in Neuhussenbach an der Wolga mit Heinrich Eisel, Konrad Hill, Georg und Johannes Stroh und

Philipp Rutz verhaftet. Wahrscheinlich wurde er um das Jahr 1940 erschossen.

Quellen: Briefe Karl Mehling an Heinrich Rathke 2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 273; Dies.: Widerstehen, S. 59.

T. Westermeyer

Löbsack, Heinrich Johannes



* *4.1.1870 Frank (Medweditzko-Krestowoj Bujerak), Wolga-Gebiet, Russland, † 1938 (bei) Jaroslawl, Russland.*
Verh. mit Maria Katharina, geb. Löbsack, vier Töchter, ein Sohn.
Reiseprediger und Führer der Siebenten-Tags-Adventisten in Russland; 1889/90 theologische Kurzausbildung in Hamburg; ab 1890 Pionierarbeit als Kolporteur und Reiseprediger in nahezu allen Landesteilen des europäischen Russland (Südrussland/Ukraine, Wolga-Gebiet, Kaukasus, Don-Region, Bessarabien, Wolhynien, Russisch-Polen, Weissrussland, Baltikum); 1894 als erster adventistischer Pastor in Russland ordiniert; 1902–1919 Vorsteher verschiedener Regionalgemeinden; ab 1920 Vorsteher der „All-Räte-Bundesunion" mit Sitz in Moskau und damit zuständig für die adventistischen Gemeinden im gesamten Gebiet der Sowjetunion; Missionsreisen nach Sibirien, Mittelasien und in den Fernen Osten.

L. gilt als einer der Gründerväter des russischen Adventismus. Seine bäuerlichen Vorfahren stammten aus Oberhessen (Kreis Schotten). Ein Johann Emanuel Löbsack zog *1766* an die Wolga und half beim Aufbau des dt. Kolonistendorfes Frank am Flüsschen Medweditza. L.s Eltern, Johannes Friedrich und Anna Margareta (geb. Lesser), waren gläubige Lutheraner, die von den chiliastischen Ideen des bayerischen Pfarrers S. G. Chr. Cloeter (*1823–1896*) beeinflusst waren. Obwohl L. Cloeters Schwarmgeisterei ablehnte, öffnete er sich für die adventistische Botschaft einer baldigen Parusie, die ihm durch Briefkontakte mit Wolgadeutschen nahe gebracht wurde, die nach Nordamerika ausgewandert waren. Als der wolgadeutsche Prediger J. Klein aus Kansas *1890* in Frank auftauchte, entschloss sich L. zur Glaubenstaufe und wurde Glied der Adventisten. Der Austritt L.s aus der Kirche sorgte für Unruhe im Dorf. Sein Vater enterbte ihn. Nach einer kurzen theologischen Ausbildung in der adventistischen Missionsschule in Hamburg, kehrte L. in seine Heimat zurück und trieb von *1891* an in einem Zeitraum von über vier Jahrzehnten wie kein anderer das adventistische Missionswerk in Russland voran. Bereits *1892* wurde er zusammen mit seinem Schwager Heinrich Konrad Löbsack, der auch Adventist geworden war, in Taganasch an der nördlichen Bahnlinie der Krim vorübergehend verhaftet. Anfeindung, Verfolgung und Gefängnishaft zogen sich wie ein roter Faden durch sein Leben. Oft sah er sich „gejagt wie ein gehetztes Reh", doch „Gott stand mir stets bei in meinen Gethsemanes" (AAE: Akte Löbsack). L.s missionarische Dynamik entsprang einer tiefen eschatologischen Hoffnung („einmal mit allen Vollendeten auf dem Berg Zion stehen", ebd.), die ihn über Niederlagen, Not und Anfechtung hinweg blicken ließ. „In meinem Leben" – so schrieb er im Rückblick – „kenne ich keine Enttäuschungen […] denn ich habe die Kräfte der zukünftigen Welt geschmeckt." (Ebd.) Die Anerkennung der Freikirche im Sinne einer Toleranzbekundung durch Zar Nikolaus II. im Jahr *1906*, ihre Reorganisation als „All-Räte-Bundesunion" zu Beginn der Sowjetzeit mit einer Verdoppelung der Gliederzahl von *6.500* auf *13.500* in

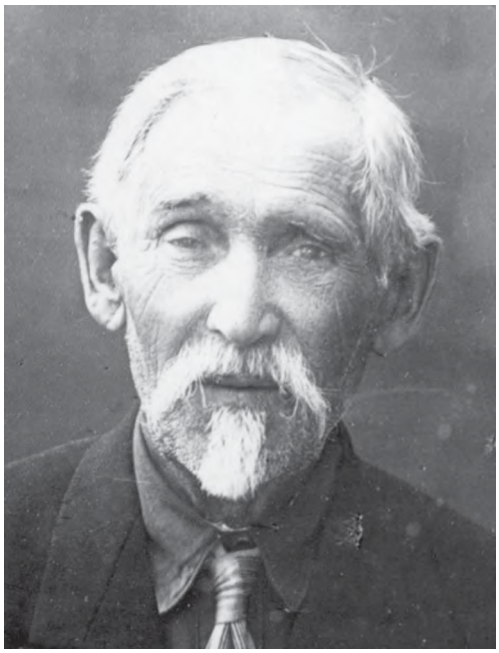
den Jahren von 1920 bis 1927 sowie die Gründung eines Verlages und die Herausgabe einer deutschsprachigen Kirchenzeitung („Adventbote“) stellten Höhepunkte seines Wirkens dar. Gleichzeitig musste er als Bundesvorstand (ab 1920) schmerzhaft erkennen, wie die Freikirche im Würgegriff des Staates mit jedem Jahr mehr Einschränkungen und Repressionen ausgesetzt war. Auf zwei Allunionskongressen in Moskau in den Jahren 1924 und 1928 versuchte L. durch eine kooperative Haltung, besonders in der Wehrdienstfrage, auf die Position von Partei und Staat einzulenken. Als Reaktion darauf entstand eine schismatische Bewegung („Reformadventisten“), die – ähnlich wie in Deutschland – Kompromisse und Bindungen mit den Behörden ablehnte. Nach 1929 (neues Gesetz über religiöse Vereinigungen und Kollektivierung) spitzte sich für L. die Lage dramatisch zu. Am 21.3.1934 wurde er in Moskau verhaftet. Bevor L. abgeführt wurde, rief er seinen Mitarbeitern zu: „Brüder, arbeitet weiter und lasst euch nicht entmutigen. Das Werk Gottes ist wie ein Strom, den man nicht aufhalten kann“ (D. Heinz: President, S. 15). L. wurde in verschiedenen Gefängnissen Moskaus (Lubjanka, Butyrka) verhört und schwer gefoltert. Als ihn seine Frau aufsuchte, hatte er nur einen Wunsch: „Ich möchte sterben“ (AAE. Akte Löbsack). Im Mai 1934 wurde er zu drei Jahren Einzelhaft in Jaroslawl verurteilt. Im November 1937 wurde er in einem Schauprozess in Kursk mit anderen adventistischen Predigern erneut vor Gericht gestellt. Man bot ihm die Freiheit an, falls er sich bereit erklärte, seinen Glauben zu widerrufen. L. wurde 1938 in Jaroslawl ermordet. Die näheren Umstände seines Todes liegen bis heute im Dunkeln.

Quellen: AAE: Akte Löbsack.
Literatur: Zions-Wächter, Berichte 1896–1914; Adventbote; D. Heinz: President, S. 11–16; Ders.: Heinrich J. Löbsack – Pionier, S. 10 f.
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Löbsack, Heinrich Konrad

* *15.8.1862 Frank (Medweditzko-Krestowoj Bujerak), Wolga-Gebiet, Russland, † 1937 (bei) Aulie-Ata (Dschambul), Kasachstan.*



Verh. in 1. Ehe mit Anna Margaretha, geb. Bauer (gest. 1909), zehn Kinder, von denen fünf Töchter und ein Sohn das Erwachsenenalter erreichten; in 2. Ehe mit Elisabeth, geb. Kraft, ohne Kinder.
Reiseprediger und Vorsteher der Siebenten-Tags-Adventisten in Russland; leistete in den 1890er Jahren im Kaukasus-Gebiet, auf der Krim und in Bessarabien Pionierarbeit; von 1902 bis 1907 missionierte er im Gebiet von Orenburg und in den dt. Kolonistendörfern an der Wolga; anschließend Vorsteher in Westsibirien (Omsk) und Mittelasien (Taschkent).

L., dessen Vorfahren aus Hessen bereits im 18. Jh. ausgewandert waren, gehörte zu den Pioniergestalten des russischen Adventismus. Er war Autodidakt. Als wolgadeutscher Bauer – seine Eltern bewirtschafteten einen Hof in Frank – blieb ihm eine höhere Schulbildung verwehrt. Pietistisch geprägt, schloss er sich um 1890 unter dem Einfluss seines Schwagers Heinrich Johannes Löbsack den Adventisten an. Beide nahmen 1891 zunächst in Südrussland (Gouvernement Jekaterinoslaw) die Missionsarbeit auf. L.s aufopfernder Dienst („Meine größte Ehre ist, für den Heiland zu

leiden und zu zeugen." Zions-Wächter, Februar 1899, S. 13) führte zur Gründung vieler adventistischer Gemeinden und Gruppen in den verschiedensten Regionen des Landes. Besonderen Erfolg hatte er unter russlanddeutschen Siedlern, von denen viele lutherischen Brüderkreisen oder freikirchlichen Baptistengemeinden entstammten. Als Reiseprediger verbreitete L. adventistische Literatur, organisierte Bibelstunden und hielt Vorträge. Oft geriet er in Konflikt mit Kirche und Behörden und wurde als „Sektierer" verfolgt und vorübergehend verhaftet. Von 1907 an dehnte er als „Vorsteher" seine missionarische Tätigkeit auf Westsibirien und Mittelasien (Turkestan) aus und gründete u. a. Gemeinden in Omsk, Tobolsk, Orlowka (Talas-Tal), Aulie-Ata und Semipalatinsk. Nach Ende des Ersten Weltkrieges ließ sich L. in Eupatoria (Krim) nieder. Wegen zunehmender Repression – so wurde er u. a. als Bürger ohne Wahlrecht mit einer hohen, für ihn nicht bezahlbaren Steuer belegt – „floh" L. um 1930 nach Orlowka. Dort wurde er 1934 verhaftet und in Aulie-Ata (Dschambul), Kasachstan, vor Gericht gestellt. Man warf ihm und anderen Adventisten (z. B. Leonhard K. Janzen, der zum Tod durch Erschießen verurteilt wurde) als Hungernde vor, Geldspenden aus Deutschland erhalten und unter den Gemeindegliedern verteilt zu haben. L. wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt und sein gesamter Besitz konfisziert. Auf einem Zettel schrieb der 72-jährige Prediger im Gefängnis an seine Familie: „Wir werden uns wahrscheinlich nicht mehr wiedersehen; ständig Folter und Verhöre – meine Kräfte schwinden […]" (AAE: Akte L.). L. wurde 1937 erschossen.

Quellen: AAE: Akte H. K. Löbsack.
Literatur: Zions-Wächter.
Foto: AAE.

D. Heinz

Lockenberg, Johannes

** 19. 3. 1870 Odessa, † nach 1932 verschollen.*
Vermutlich ledig.
1888–1894 Theologiestudium in Dorpat; 19. 9. 1896 ordiniert; 1896–1898 Pastor Adjunkt für Kreis Emiltschin (=Heimtal?, Rathke) oder Teil des Kirchspiels Heimtal Amburger/Wolhynien (Ukraine); 1898–1902 Religionslehrer und Gefängnisprediger, sowie Stadtvikar von St. Petersburg; 1902–1910 Lehrer in Reval, Jekaterinburg und Goldingen; 1910–1914 Pfarrer in Zeulenroda (Thüringen); 1914–1921 Lehrer im Gebiet Jekaterinoslav und im Transbaikal-Gebiet; ab 1924 Pastor vicarius in Tomsk-Barnaul.

Die Familie Lockenberg blickte auf eine lange Tradition von Theologen zurück. Sowohl der Vater als auch sein Großvater waren Pastoren.

L. besuchte zunächst die St. Petrischule in St. Petersburg, dann ein Privatgymnasium in Dorpat. 1888–1894 schloss er dort sein Theologiestudium an und wurde 1896 ordiniert. Anschließend war er als Pastor-Adjunkt für den Kreis Emiltschin des Kirchspiels Heimtal tätig. Ab 1898 arbeitete er als Religionslehrer und Gefängnisprediger, sowie als Stadtvikar von St. Petersburg. Während dieser Zeit war er zusätzlich noch ein Jahr als persönlicher Adjunkt des Pastors Findeisen an der Petrikirche angestellt.

Danach legte er für einige Zeit das geistliche Amt nieder und widmete sich dem Lehramt, zunächst an der Petrischule in Reval, dann in Jekaterinburg und in Goldingen, wo er neben Religion auch noch Deutsch unterrichtete. 1910 kehrte er in den Pfarrdienst zurück und wurde Pfarrer in Zeulenroda (Thüringen). Von 1914–1921 war er wiederum Lehrer, diesmal im Gebiet Jekaterinoslav und im Transbaikal-Gebiet. 1924 wurde er schließlich Pastor vicarius in Tomsk, wo er von Bischof Theophil Meyer während dessen großer Sibirienreise besucht wurde. Bis 1927/28 war er daher sicher noch offiziell in seiner Gemeinde tätig. Über seinen weiteren Verbleib ist nichts bekannt. Er gilt ab 1932 verschollen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 403; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 238 f.; Dies.: Widerstehen, S. 43; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 157.

T. Westermeyer

Lohrer, Wilhelm

** um 1900 Krim/Ukraine, † nach 1934 in Sibirien.*
1927/1928 theologische Ausbildung am Predigerseminar in Leningrad; 1929–1934 Reisen durch Sibirien, danach

Pastor in Dönhof/Wolga; 1930–1934 Pfarrer in Eupatoria/Krim; 1934 verhaftet.

Als L. sich entschloss, lutherischer Pastor zu werden, erlebte die Kirche in der Sowjetunion schon schwere Verfolgungen. In einem geheimen Rundbrief Lenins vom 19.3.1922 hieß es, es komme „gerade jetzt darauf an, der reaktionär gesonnenen Geistlichkeit die erbittertste und schonungsloseste Schlacht zu liefern und ihren Widerstand mit einer Grausamkeit zu brechen, die sie jahrzehntelang nicht vergessen wird. Je größer die Zahl, die es uns bei dieser Gelegenheit zu erschießen gelingt, desto besser." (Zitiert nach G. Stricker: Religion in Rußland, S. 84 f.) Zu diesen frühen Opfern gehörte auch Pastor Frischfeldt, den L. als Jugendlicher in seiner Heimatgemeinde Neusatz erlebte. Zeilen aus seinem Gedicht könnten auch als Motto über dem Lebens- und Leidensweg von L. stehen: „So hast du nun gesiegt, mein schlichter Glaube / Du hast dich, Himmelskraft, aufs neu bewährt / Du wuchst mir in des Lebens Finsternissen / Du bist das Gut, um das ich schwer gerungen / Du bist der Segen, den ich mir erfleht." L. war es nicht mehr möglich, in Dorpat/Estland Theologie zu studieren. Er besuchte 1928–1929 das wenige Jahre zuvor gegründete Seminar in Leningrad. Seine Probezeit machte er bei Pastor Friedrich Merz in Omsk/Sibirien. Danach besuchte er einige Monate lang von Nowosibirsk aus die weit verstreuten und verwaisten lutherischen Gemeinden in Sibirien. Damals amtierten nur noch 90 von den einst 250 Pastoren der evangelisch-lutherischen Kirche in Russland. Pastor Merz war inzwischen verhaftet worden und kam wenige Jahre später im GULag auf den Solowjezki-Inseln im Weißen Meer/Eismeer um; das gleiche Schicksal ereilte dort auch Pastor Frischfeldt. L. arbeitete nach den Sibirienreisen zunächst ein Jahr lang in der Gemeinde Dönhof im Gouvernement Saratow an der Wolga als Pastor. Danach ging er in seine alte Heimat auf der Krim, in das Kirchspiel Djelal, mit 43 Dörfern und der Stadt Eupatoria mit etwa 4 000 Gemeindegliedern, darunter etwa 800 Esten. Fünf Jahre lang konnte L. noch als Pastor in seiner Gemeinde arbeiten. Genauere Angaben über diese Zeit und seinen Tod verdanken wir seinem Studienfreund und Vorgänger in Eupatoria, Eugen Bachmann, der die stalinistische Verfolgung überlebte und nach 1972 in Zelinograd/Kasachstan eine lutherische Gemeinde sammelte. Demnach wirkte L. noch vier Jahre in Eupatoria, bis er am 6.2.1934 verhaftet und zu sieben Jahren Verbannung verurteilt wurde. Er wurde nach Omsk/Sibirien verschleppt, wo er wenige Jahre zuvor als Vikar bei Pastor Merz tätig gewesen war. Dort wurde L. am 17.11.1934 zum Tode verurteilt. Danach verliert sich seine Spur. Die Todesstrafe wurde wohl in Haft umgewandelt. Doch L. kam wahrscheinlich in der stalinistischen Verfolgung um. Der überlebende Pastor Eugen Bachmann hat später in bewegender Weise seiner vielen umgekommenen Amtsbrüder gedacht: „Gedenket! [...] Von diesen Männern, unsern Pastoren, ist keiner zu seiner Familie zurückgekehrt, keiner Pastorin war die Freude des Wiedersehens mit ihrem Mann beschieden, keine hat je erfahren, wo ihr Gatte bestattet, richtiger, verscharrt worden ist. [...] Ja, gedenket an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben!" Als 1937 der letzte lutherische Pastor verhaftet und 1938 die letzte lutherische Kirche in der Sowjetunion geschlossen und entweiht war, schien die lutherische Kirche ausgelöscht zu sein. Doch jahrzehntelang trafen sich die Christen heimlich. Gemeindeglieder legten das Wort der Bibel aus, tauften, teilten das Abendmahl aus und beerdigten Tote, so wie es Luther seinen Gemeinden ans Herz gelegt hatte. Einer von ihnen war der Kraftfahrer Nikolaus Schneider in Omsk, dort, wo L. gewirkt hatte und dann zum Tode verurteilt wurde. 1992 wurde der Schreiber dieser Zeilen im Bethaus von Omsk für seinen Dienst, den er dann in den Gemeinden Kasachstans tun sollte, eingesegnet. Nikolaus Schneider, der 1992 wie ein „Bischof" bereits 100 lutherische Gemeinden in Sibirien besucht und gesammelt hatte, predigte über Offenbarung 8,3 u. 11: [...] du hast mein Wort bewahrt und meinen Namen nicht verleugnet [...]." Schneider erinnerte dabei an die Märtyrer seiner eigenen lutherischen Kirche. Er sprach aber auch von jenen 500 orthodoxen Priestern und Mönchen, die man damals nördlich von Omsk bei Tobolsk auf einem Lastkahn, der von zwei großen Schiffen zerquetscht wurde, umgebracht bzw. im Irtysch ertränkt hatte.

Quellen: H. Rathke: Sibirische und kasachische Reisetagebücher.
Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 404, Nr. 717; E. Bachmann, Ende, S. 144, Nr. 29; B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 45; Dies.: Mitmenschlichkeit, S. 246 f.; G. Stricker: Religion in Rußland, S. 84 f.; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 157, Nr. 62.

H. Rathke

Lorenzen, Jurij

* *1875 St. Petersburg, † 8.12.1937 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

L. war Übersetzer am Institut für Paläontologie an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Als aktives Mitglied der St. Katharinen-Gemeinde in Leningrad wurde er am 10.9.1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation" zum Tode verurteilt. Er wurde am 8.12.1937 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 387.

T. Tatsenko

Luft, Eduard

* *19.11.1890 Schönfeld/Xenijewka, Kreis Mariupol am Asowschen Meer, † 1934.*
Verh. in 1. Ehe mit Martha Hermine Jenny, geb. Aerfeldt (1914), in 2. Ehe mit Frieda, geb. Glöckler.
Schulausbildung auf der Realschule Berdjansk; ab 1912 Jurastudium; 1914–1917 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Das südrussische Kolonistenmilieu war der Wurzelboden, dem L. entstammte. Von 1918 bis 1922 diente er als Pastor in Neu-Stuttgart bei Berdjansk, in dessen Nachbarschaft Pastor Eduard Wüst zu Mitte des 19. Jahrhunderts die Saat des Separatismus gelegt hatte. 1922 siedelte er ins benachbarte Prischib am Fluss Molotschnaja über. Hier erklärte er seine Gemeinde als unabhängig von der Gesamtkirche und baute in der Ukraine eine Freikirche auf. Der Moskauer Oberkirchenrat schloss L. im März 1925 aus der Kirche aus und verfügte, dass er seine Gemeinde am 1.1.1926 verlassen sollte. Doch L. schloss sich dem „Pastor" Jakob Fritzler von Thelausa an, mit dem zusammen er im Juni 1927 die „Freie Evangelisch-lutherische und reformierte Kirche kongregationaler Verfassung" gründete. Er übernahm die Stellvertretung des Vorsitzenden und die Leitung des „Ukraina-Wolynischen Synodalbezirks", der alsbald 19 Gemeinden vereinte. Durch seine loyale Position konnte er bei den Behörden anfangs einige Vergünstigungen wie die Herausgabe eines kirchlichen Kalenders für das Jahr 1928 erreichen. Doch seit Beginn der dreißiger Jahre verschlechterte sich auch die Situation der Freikirche. L. wurde 1934 verhaftet und verurteilt. Er verstarb in der Haft, über die Umstände wissen wir nichts Näheres.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 405; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 410 ff., 506, 595, 617; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 198, 202 f., 335, 364 f., 386, 426; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 247; J. Schnurr: Kirchen, S. 157.

H.-C. Diedrich

Maier/Mayer, Albert

* *16.4.1892 Totanaisk, Kreis Perekop, Gouvernement Taurien (Krim), † nach 1937.*
Verh. mit Emma, geb. Steinwand.
Schulausbildung auf dem Historisch-philologischen Institut in St. Petersburg; 1913–1918 Theologiestudium in Dorpat/Tartu, anschließend Konsistorialexamen in St. Petersburg.

Die Familie Albert Maiers war in Zürichtal, einer Kolonie ursprünglich Schweizer Ansiedler, auf der Krim ansässig. Nach seiner Ordination 1919 war er von (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 407) 1919 oder (O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 365) 1921 bis 1933 als Pastor in Eugenfeld, Kreis Melitopol, Gouvernement Taurien (Ukraine) und von 1934 bis 1936 in Charkow als Pastor im Dienst. Im gleichen Jahr wurde er verhaftet und 1937 nach Birobidshan, der Hauptstadt des 1934 von Stalin geschaffenen Zwangsgebildes eines „Jüdischen Autonomen Gebiets" im Fernen Osten, verbannt. Hier kam er auch um.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 407; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 313, 580, 618; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 365, 426; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 276; J. Schnurr: Kirchen, S. 159.

H.-C. Diedrich

Majer, Max

* *18./30.5.1883 oder 1885 Huta Pankowa, Gouvernement Piótrkow/Petrikau (Polen),* † *nach 1935.*

1912–1913 Jurastudium in Dorpat/Tartu; 1913–1915 Theologiestudium ebendort.

Nach dem Konsistorialexamen in Moskau und der Ordination 1916 trat Max Majer seinen Dienst erst im Jahre 1927 an (jedenfalls gibt es keine Zeugnisse für das dazwischen liegende Jahrzehnt), und zwar in Stephan/Wodjanoi Bujerak, Wolga-Bergseite. Seit 1929 war er dann in Balzer, ebenfalls Wolga-Bergseite, Pastor. Seit 1927 nahm er auch das Propstamt im Bezirk auf dem rechten Wolgaufer wahr. 1930 wurde er verhaftet, 1934 wieder freigelassen, aber unter der Auflage, sein Amt nicht mehr auszuüben. Bald danach verstarb er wahrscheinlich, aber über seinen Tod ist Genaueres nicht bekannt.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 407 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 579, 618; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 365, 426; J. Schnurr: Kirchen, S. 157 f.

H.-C. Diedrich

Mantler, Abram P.

* *1895 Neu-Chortitza (Südrussland),* † *16.10.1937 Schitomir.*

Verh. mit Helen, fünf Kinder.

1928–1929 erhielt M. seine Ausbildung am Predigerseminar der Baptisten in Odessa. Anschließend diente er der Baptistengemeinde in Horstschick (Wolhynien) als Prediger. Einer ersten Verhaftung 22.9.-25.12.1931 wegen „antisowjetischer Agitation" folgte am 2.12.1932 in Schitomir eine zweite mit Verurteilung am 7.5.1933 zu drei Jahren Arbeitslager im Gebiet von Archangelsk. Schon kurz nach der Entlassung und Rückkehr wurde M. ein weiteres Mal verhaftet und am 16.10.1937 als „deutscher Imperialist und religiöser Sektierer" in Schitomir erschossen.

Literatur: D. N. Miller: Wolves, S. 46–48.

H.-V. Sadlack

Martens, *Johann* Kornelius

* *7.6.1875 Einlage (Ukraine),* † *1938 (?).*

Verh. in 1. Ehe mit Katharina, geb. Janzen, († 1921), 14 Kinder (sechs als Kleinkinder gest.); in 2. Ehe mit Maria, geb. Janzen, verwitwete Peters, die vier Stiefkinder in die Ehe brachte.

Ca. 1890–1896 Studium an der Chortitzer Zentralschule und dem zweijährigen pädagogischen Kursus daselbst; 1896–1910 Dorfschullehrer in Michaelsburg (Kolonie Fürstenland); später im Donbas und zuletzt in Einlage; 1917–1930 Prediger, ab 1924 Ältester der Kronsweider Gemeinde.

Etwa 1910 musste M. den schlecht bezahlten Lehrerberuf aufgeben und die elterliche Wirtschaft übernehmen, um seine immer größer werdende Familie zu unterstützen. Im Jahre 1917 wurde er als Prediger der Kronsweider Gemeinde gewählt. 1924, nach Auswanderung des Ältesten Johann P. Klassen nach Kanada, wurde M. als Ältester der Kronsweider Gemeinde gewählt. 1925 beteiligte er sich als Delegat an der Mennonitischen Bundeskonferenz in Moskau, der so genannten „Zweite Märtyrersynode der Taufgesinnten". Von den insgesamt 86 Teilnehmern wurden die meisten in den Jahren 1929–1941 verhaftet und verbannt oder erschossen, nur 18 gelang es, nach Kanada oder in die USA auszuwandern.

Alle Prediger mussten sich als „Kultusdiener" registrieren lassen und verloren dadurch das Stimmrecht. Damit war ihnen auch jede Möglichkeit genommen, irgendeine Arbeitsstelle zu finden. Im Jahre 1928 begann ein immer stärker werdender Druck auf das religiöse Leben. Wie auf anderen Stellen wurden die Kirchen- und Predigersteuer immer höher geschraubt. Der Zweck war, den Predigern sowie der Gemeinde die Lebensmöglichkeit zu nehmen. Solange M. imstande war, die Steuern zu bezahlen, hat er es treulich getan, bis man ihn eines Tages mit einer solch großen Summe belastete, die er nicht mehr aufbringen konnte. Er fand es zwecklos, diese Summe aufzutreiben, da man ihn doch so oder anders verbannen würde. Da hat sich doch die Gemeinde dafür eingesetzt und diese Summe bezahlt. Es war aber trotzdem alles vergebens. Kurz darauf, noch im Jahre 1929, trieb man die Familie von Haus und Hof. Sie durften aber vorläufig noch im Dorf bleiben.

Am 5.3.1930 hat man die Familie M. endlich völlig enteignet, auf ein Lastauto geladen und nach Kronsweide gebracht, wo sie einstweilig bei ihrem Verwandten Abram Pätkaus wohnten. Auf einer Sitzung des Präsidiums des Einlager Dorfrats am 8.3.1930 wurde M.s Aussiedlung damit begründet, dass er ein stimmloser Kulak mit anti-sowjetischen Ansichten sei. Nach etwa acht Monaten wurde die Familie nach Neuenburg umgesiedelt. Außerhalb des Dorfes wurden ihnen fünf Hektar vom schlechtesten Land zugeteilt, wo sie im Frühling Gemüse und Kartoffeln ansetzten. Doch es war ihnen nicht gewährt, ihren Garten zu ernten.

In der Nacht vom 27. auf den 28.6.1931 wurden die Eltern, mit den zwei jüngsten Kindern, zusammen mit noch etwa 2 000 Seelen in Frachtwaggons verladen und nach dem Ural verbannt. Bei der Abfahrt erklang aus den Waggons das Lied „Befiehl du deine Wege". Nach 10-tägiger Fahrt kamen sie im Ural-Gebiet bei der Stadt Bogoslow, unweit von Swerdlowsk, an. Da haben sie schwer in den großen Urwäldern ihr Leben gefristet. Der Tochter Lydia gelang es nach acht Monaten zu fliehen. Durch die Bemühungen der Söhne durften der Älteste M. und seine Frau nach vier schweren Jahren noch vor Ostern 1935 nach Einlage zurückkehren, hatten aber kein Zuhause mehr. Sie waren beide alt und kränklich.

Im Sommer 1935 wurde M. zusammen mit seinem Sohn Abram Martens, seinem Stiefsohn Kornelius Peters und acht weiteren Männern verhaftet und im Herbst nach § 58 als politischer Verbrecher auf acht Jahre Straflager gerichtet. Die Vollstreckung des Urteils für M. und dessen Sohn Abram muss aus unbekannten Gründen aufgeschoben worden sein, denn Johann und Abram M. wurden damals nicht verbannt.

Doch im Juni/Juli 1938 wurden M., seine Söhne Abram und Peter, und sein Schwiegersohn Isaak Thiessen abermals von dem NKWD verhaftet. Eine Zeit lang waren sie im Gefängnis in Saporoschje; dann wurde der Familie gesagt, sie seien in den fernen Norden verschickt. Abram Martens und Isaak Thiessen wurden aber beide im Oktober in Saporoschje erschossen. M. und Sohn Peter wurden höchstwahrscheinlich auch erschossen, denn dieses schreckliche Schicksal traf damals mehr als 80% der Deutschen, die in den Jahren 1937/38 im Saporoschje Gebiet verhaftet wurden. Seitdem fehlt von beiden jede Nachricht.

Quellen: Dyck, Lydia (geb. Martens): Interview am 5. September 2004 in Winnipeg, Kanada; GAZO: fond R-235, *opis* 3, *delo* 48, S. 7v, 12v; fond R-235, *opis* 5, *delo* 75.

Literatur: J. Epp: Freuden, S. 59; I. P. Klassen: Geschichte; P. Letkemann: Remembrance; H. Rempel: Lebenserinnerungen; A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 97–99; H. Winter: Hirte, S. 13–18.

P. Letkemann

Mayer, Richard

** 3.10.1869 Tiflis/Georgien, † Februar 1933 in Moskau.*
Verh. mit Emilie, geb. Wetzel, ein Sohn, eine Tochter.
Medizin- und Theologiestudium in Dorpat; 1898 in Tiflis ordiniert; danach bis 1931 Pastor in Tiflis und Alexanderhof; 1931 in Tiflis verhaftet, nach Sibirien verbannt.

Die Familie von M. war in Tiflis verwurzelt. Die Vorfahren waren nach 1800 aus Württemberg nach Georgien ausgewandert. Vater Mayer war Kaufmann und Fabrikant in Tiflis. Sein Sohn Richard begann noch vor den revolutionären Unruhen in Russland sein Studium in Dorpat/Tartu in Estland. Nach einigen Semestern Medizin wechselte er zur Theologie, um dann als Pastor nach Georgien zurückzukehren. Er wurde am 31.5.1898 in Tiflis ordiniert. Danach war er 33 Jahre als Pastor in der lutherischen Gemeinde in Tiflis und im benachbarten Alexandersdorf tätig. Daneben unterstützte er auch den Militärpfarrer von Kaukasien. Ein Gemeindeglied von damals, das die Zeiten der Verfolgung überlebte, sagt rückblickend von ihm: „Die weisen Predigten unseres letzten Pastors Richard Mayer ertönten in der Kirche über 30 Jahre lang. Er gehörte zu den gebildetsten Menschen seiner Zeit. Die Gemeindeglieder liebten ihn und waren stolz auf ihn. In der Zeit der Massenverfolgungen wurde er repressiert" (Der Bote 1/1997, S. 16). Diese „Repression" begann mit der Verhaftung von M. im Jahre 1931. In der Zeit der Verbannung in Sibirien konnte er sich dort zeitweise frei bewegen, wurde aber bald wieder verhaftet. Ob er dann in einem Prozess zum Tode verurteilt wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls wurde er im Februar 1933 in Moskau erschossen. Die Familie von M. teilte in der Verfolgungszeit Leiden und Tod mit ihm. Sein Sohn Herbert, geboren am 18.11.1909, von Beruf Heiztechniker, wurde im Juli 1937 in Ortot-

schali im Gebiet Tiflis umgebracht. Seine Tochter Erika, die ein Musikstudium in Leningrad begonnen hatte, kam 1937 auf dem Transport in die Verbannung ums Leben. Die Ehefrau Emilie, geb. Wetzel wurde in die Verbannung nach Kasachstan verschleppt und ist dort am 20.10.1947 in Slavenka Bachta Kral gestorben. Das kirchliche Leben in Tiflis schien nach der Verhaftung von Pastor M. völlig ausgelöscht zu sein. Alle kirchliche Arbeit war streng verboten. Die kirchlichen Gebäude wurden enteignet und entweiht. 1946 mussten deutsche Kriegsgefangene die evangelische Peter und Paul-Kirche in Tiflis abreißen. Doch 60 Jahre nach der Verhaftung von M., im Jahre 1992, wurde in Tiflis doch wieder die erste Taufe gehalten. Überlebende Christen in Georgien, die sich heimlich getroffen hatten, und Verbannte aus andern Gebieten der Sowjetunion fanden sich nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder zu einer lutherischen Gemeinde in Tiflis zusammen. Unter Leitung des späteren Bischofs Gert Hummel wurde 1997 der Grundstein zur heutigen lutherischen Versöhnungskirche in Tiflis gelegt, nur 800 Meter von der früheren Peter und Paul-Kirche entfernt, auf dem ehemaligen deutschen Friedhof. In der Kirche erinnert ein Bild von M. an den letzten Pastor der Gemeinde vor der stalinistischen Verfolgungszeit. Eine in Schwerin lebende Nichte von M., Waltraut Friedrich, konnte aus eigener Erfahrung und Erinnerung das Bild des früheren Pastors von Tiflis ergänzen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 412, Nr. 754; Der Bote, 1/1997, S. 16; B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 43; Dies.: Mitmenschlichkeit, S. 239 f.; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 158, Nr. 649.

H. Rathke

Meiser/Meser/Mößer, Christian

* *1872 Neu-Balzer an der Wolga, † 1938.*
Verh. mit Marielisbet, fünf Söhne, drei Töchter.

Die Meisers waren eine sehr gläubige Familie. M. hatte eine Landwirtschaft und war zusätzlich als Prediger tätig. 1933 herrschte eine große Hungersnot. Die Pferde starben, und so wurde das Arbeiten auf dem Feld fast unmöglich.

In einer Nacht im Jahr 1938 wurde M. von der Polizei abgeholt. Man folterte ihn und ließ ihn hungern, damit er sich von Gott abkehre. Er tat es nicht und wurde hingerichtet.

Seine Tochter Katharina wurde ebenfalls für ihren Glauben zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie kehrte nach zwei Jahren aus der Verbannung zurück.

Die Söhne Alexander und Manuel wurden Prediger wie ihr Vater.

Quellen: Briefe Waldemar Meiser (Enkel von M.) an Heinrich Rathke, 5.3.2001.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 291; Dies.: Widerstehen, S. 57.

T. Westermeyer

Merwart, Alexander

* *1884, † im Mai 1932.*
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum für Anthropologie und Ethnographie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; aktives Gemeindeglied der St. Katharinen-Gemeinde in Leningrad.

M. wurde im Februar 1930 verhaftet in Verbindumg mit dem so genannten „Prozess der Akademiker“ und als „deutscher Spion und Mitbegründer von illegalen Zirkeln der religiös und nationalistisch gesinnten deutschen Intelligenz“ zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Er kam im Mai 1932 im Lager um.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 388.

T. Tatsenko

Merz, *Friedrich* Johann

* *5.1.1884 Lichtental, Kirchspiel Sarata/Bessarabien, † 1934 Solowki-Insel.*
Verh. mit Anna geb. Preuß, verwitwete Wurster.
1906–1913 oder 1911–1915 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

M., dessen Vater Kolonist, Bauer, war, wurde am 28.6.1915 in Glückstal bei Odessa (Ukraine) ordiniert, und er trat ebendort und in Bergdorf den Dienst als

Adjunkt an. Seit 1916 wirkte er als (O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 373: Pastor und) Religionslehrer in Odessa, bald darauf wieder als Adjunkt, und zwar im benachbarten Hoffnungstal. Seit 1917 (O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 373, und J. Schnurr: Kirchen, S, 159: von 1919) bis 1927 war er hier Inhaber der Pastorenstelle. 1927 ging er nach Omsk/Sibirien. Hier arbeitete er mit Wilhelm Lohrer zusammen. Er unterstützte den Transport von russlanddeutschen Emigranten aus Sibirien und der südlichen Ukraine nach Amerika und Kanada. So geriet er unter die Beobachtung durch die OGPU (politische Polizei). 1930 wurde er unter der Beschuldigung, die Auswanderungsbewegung unter den deutschen Kolonisten in Sibirien angeführt zu haben, verhaftet. 1934 wurde das Urteil gesprochen: Zehn Jahre Lagerhaft wegen konterrevolutionärer Tätigkeit und Zugehörigkeit zu einer faschistischen Organisation. Zur Verbüßung der Strafe wurde er in das Konzentrationslager auf die Solowki-Insel überführt, wo er dem Flecktyphus erlag.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 414; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 506, 581, 618; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 262, 373, 426; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 244 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 159.

H.-C. Diedrich

Miller, Wilhelm

** 20.12.1883 Troizkosewsk/Ostsibirien, † unbekannt.*
1903–1907 Studium der Theologie in Dorpat/Tartu.

M., Sohn eines Lehrers im Transbaikalgebiet (Sibirien), wurde nach seinem Studium Direktor des Progymnasiums in Riga. Seine Ordination erfolgte am 12.2.1912 in St. Petersburg (so E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 417, O. Licenberger, Evang.-ljut. cerkov', S. 373, verlegt offensichtlich irrtümlich die Ordination auf den 12.2.1919 in Pokrowsk [heute: Engels]). 1912 übernahm M. die Pfarrstelle in Reinhard/Ossinowka, Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite, und behielt sie bis 1921. Über sein weiteres Schicksal fehlt jede Nachricht.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 417; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 373, 426; J. Schnurr: Kirchen, S. 160.

H.-C. Diedrich

Mittelstedt, Reinhold

** 1888 (?) Wladyn/ Kreis Nowgorod-Wolynskij (Ukraine), † 27.4.1938 Mosyr.*
Ein Sohn.

M. war ein selbstständiger Bauer in der westlichen Ukraine und zusätzlich Vorsteher der Baptistengemeinde von Wladyn. Er wurde 1932 verhaftet und zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Während seiner Verbannung arbeitete er fast vier Jahre am Moskau-Wolga-Kanal.

Nach seiner Freilassung wurde er bereits am 7.12.1937 erneut verhaftet. Man beschuldigte ihn einer aufständischen, deutsch-faschistischen Organisation anzugehören.

Am 29.3.1938 verurteilte ihn das Volkskommissariat des Inneren zum Tode durch Erschießen. Das Urteil wurde in Mosyr vollstreckt.

Am 11.6.1961 wurde M. vom Obersten Gericht der Weißrussischen SSR rehabilitiert.

Quellen: Brief Ruben Mittelstedt (Sohn von M.) an Heinrich Rathke, Oktober 1995.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 289; Dies.: Widerstehen, S. 56.

T. Westermeyer

Moderau, Nikolaus

** 6.12.1896 Schmerinka/Podolien, † Ende der 1930er Jahre.*
Verh. mit geb. Harsch, ein Sohn.
1918–1919 Studium am Polytechnischen Institut in Kiew; 1920–1928 Kassierer und Rechnungsführer in Kiew und bei Odessa.

Zwischen 1929 und 1932 studierte M. Theologie am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad. In den Jahren 1931 und 1932 war er Küster der St. Nikolaus-Gemeinde in der deutschen Kolonie Nowosaratowka

bei Leningrad. Im Anschluss an seine Ordination 1933 arbeitete er von 1933 bis 1935 als Pastor in Emiltschin, Wolynien. Am 5.1.1935 wurde M. verhaftet und zu acht Jahren Straflager verurteilt. Er war in den Marinski-Lagern im Kemerowo-Gebiet in Westsibirien inhaftiert und gilt seitdem als verschollen.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 369; E. Bachmann: Ende, S. 146.

T. Tatsenko

Möllmann, Johann *Friedrich*

* *22.8.1855 Ringenberg bei Wesel/Niederrhein, † 1936 Sibirien.*

Verh. mit Wilhelmine, geb. Choz.

Von Beruf Sattler wie der Vater, ging M. am 16.8.1877 auf die Missionsanstalt Basel und wurde nach seiner Ausbildung am 5.7.1883 zum Dienst eingesegnet.

Nach seiner Ordination am 29.7.1883 in Gaildorf/Württemberg machte sich M. am 31.8.1883 auf die Reise in die separierten Kolonien in der Umgebung von Tiflis/Tbilissi (Georgien), wo er von 1884 bis 1893 Pastor in Marienfeld war. Von 1893 bis 1918 (J. Schnurr: Kirchen, S. 160: bis 1927) nahm er das Amt in Dietel/Oleschna, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, wahr, von 1914 bis 1918 auch das des Propstes im Bezirk Bergseite. Im gleichen Jahr wurde er in den Ruhestand versetzt und lebte als Emeritus in Balzer/Goloi Karamysch. Hier war bis 1921 Paul Reichert Pastor gewesen, nun aber war die Stelle vakant. So half M. bis 1927 gelegentlich aus. Nach 1933 wurde er nach Sibirien verbannt; das letzte Lebenszeichen stammt aus dem Jahr 1936.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 419; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 579, 618; O. Licenberger:, Evang.-ljut. cerkov', S. 372, 426; J. Schnurr: Kirchen, S. 160.

H.-C. Diedrich

Möllmann, *Theophil* Rudolf

* *30.7.1887 Marienfeld, Gouvernement Tiflis (Tbilissi, Georgien), † (nach) 1932 in der Verbannung.*

1908–1916 Theologiestudium in Dorpat/Tartu, das er nicht abschloss; 1922 nach Besuch der Bibelkurse in Petrograd/Leningrad Spezialexamen vor Bischof Freifeldt und Ordination.

M., der Sohn des Pastors Friedrich Möllmann, geriet schon als Student während des Ersten Weltkriegs in Schwierigkeiten mit seiner gesellschaftlichen Umwelt, die ihn das Studium nicht abschließen ließ. Von 1924 bis 1932 diente er als Pastor in Belowesh. Diese Pfarrstelle umfasste praktisch das gesamte Gouvernement Tschernigow (Ukraine). Schon 1926 geriet er das erste Mal vor Gericht und wurde wegen des Konfirmandenunterrichts an Minderjährigen verurteilt, doch das Urteil wurde wegen Unrechtmäßigkeit kassiert. 1932 wurde er erneut verhaftet und wegen konterrevolutionärer Tätigkeit in die Verbannung geschickt. Seine Familie blieb ohne Ernährer und verhungerte Anfang der dreißiger Jahre in der Ukraine. Er selbst starb nach 1932 (E. Amburger: Pastoren, S. 419 datiert seine Verbannung auf die Jahre 1933 bis 1935).

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 419; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 581, 618; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 372 f., 426; J. Schnurr: Kirchen, S. 160; H. Tschoerner:, Predigerseminar, S. 20 f.

H.-C. Diedrich

Motz, Jakob

† *1942 Leningrad.*

M. absolvierte 1930 ein Probejahr bei Pastor Schimke in Hoffnungstal/Odessa. Über sein weiteres Schicksal ist nur bekannt, dass er 1942 in Leningrad verhungerte.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 59; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 161.

T. Westermeyer

Muss, Kurt

* *10.12.1896 St. Petersburg, † August 1937 im Straflager in der Nähe von der Station Olenja, Murmansker Gebiet.*

Verh. mit Elena, geb. Tschernyschewa.

1916–1918 Theologie-Studium in Dorpat; 1920/1921 Studium am Orthodoxen theologischen Seminar in Petrograd; Sommer 1922 Besuch deutscher Siedlungen im Süden Russlands im Auftrag von Prof. John Morehead aus Amerika, dem Generalsekretär des Lutherischen Weltconvents, und Ausfertigung eines Bericht zur dortigen wirtschaftlichen Lage; 23.12.1922 Verhaftung.

M. wurde am 23.12.1922 verhaftet. Am 13.4.1923 wurde er wegen angeblicher Spionage zu drei Jahren Straflager verurteilt und in das berüchtigte Lager auf die Solowki-Insel im Weißen Meer deportiert, wo er am 8.6.1923 ankam. Nach der vorzeitigen Entlassung am 20.6.1924 lebte er in Jaroslawl und ab 1926 wieder in Leningrad, wo er in demselben Jahr das Theologie-Examen am Ev.-Luth. Predigerseminar machte und zum Pastor der russischen ev.-luth. Christus-Gemeinde bestellt wurde.

M. hat mit mehreren Gruppen, Bibelkreisen, Bastelkreisen, Ausflügen und Ferienlagern eine aktive und vorbildliche Kinder- und Jugendarbeit aufgebaut. Er war eine Person mit einer großen Ausstrahlungskraft, bekannt als ein begabter und überzeugender Prediger. Wie ein roter Faden zog sich die Treue zum Glauben und zu Christus durch seine Predigten, Gespräche und Unterrichtsstunden, und das in der Zeit der sich ständig steigernden aggressiven atheistischen und antikirchlichen Propaganda. Für seine Konfirmanden ließ er im Frühjahr 1929 Abzeichen mir der verkürzten Inschrift: „Treu Ihm bis zum Grab" verfertigen. In einem Gespräch mit seinen Gemeindegliedern sagte er: „Die Uhr Gottes bleibt nicht stehen, sondern geht weiter. Wir sehen, wie Kirchen entweiht werden und mit Angst bekommen wir zu hören, dass es in fünf Jahren überhaupt keine Kirchen geben würde. Ganz umsonst! All diese Verfolgungen stärken nur Herzen im Glauben. Für die zerstörten Kirchen baut sich Gott Gotteshäuser in menschlichen Herzen" (M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 132).

Am 8.4.1929 wurde in der Sowjetunion das neue Dekret „Über die religiösen Vereinigungen" in Kraft gesetzt, nach dem u. a. alle Aktivitäten außerhalb des Gottesdienstes praktisch verboten wurden und die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit strengstens untersagt wurde. Am 17.12.1929 wurde M. verhaftet und für die antisowjetische Tätigkeit und religiöse Erziehung der Kinder und Jugendlichen angeklagt. Es wurde in Leningrad ein regelrechter Schauprozess gegen die Pastoren M. und H. Hansen inszeniert. In dessen Verlauf wurden 86 aktive Gemeindeglieder vor Gericht gestellt und 72 davon verurteilt. Am 17.9.1930 wurde M. zu zehn Jahren Lagerhaft, seine Frau, seine Schwester und die meisten Leiterinnen der Kindergruppen zu je drei Jahren Lagerhaft plus drei Jahren Verbannung verurteilt. Von Oktober 1930 bis Anfang 1936 war M. in verschiedenen Straflagern in Karelien, dann im Straflager in der Nähe der Station Olenja auf der Kola-Halbinsel, wo er im August 1937 erschossen wurde.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-87890.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 46–59, 121–135, 317; St. Peterburgskij martirolog, S. 369 f.

T. Tatsenko

Neufeld, Paul K.

** 25.11.1895 Neuendorf (Schirokoje), Gebiet Saporoschje/Ukraine, † 15.11.1938 wahrscheinlich (bei) Nikolajew/Ukraine.*

Verh. mit Marie P., geb. Hein, zwei Söhne, zwei Töchter.

Landwirt; seit den frühen 1920er Jahren Reiseprediger der Siebenten-Tags-Adventisten in Westsibirien (Omsk); 1930–1936 Arbeiter in einer Kolchose im Gebiet Nikolajew (Ukraine), nebenbei Predigtdienst bis zu seiner Verhaftung.

Der Vater, Kornelius Neufeld, war ein bekannter Baptistenprediger. Die Familie hatte jedoch mennonitische Wurzeln. 1914 zogen die Eltern von Neuendorf nach Jekaterinowka (Altai-Gebiet), wo sie in der Landwirtschaft ihr Auskommen fanden. 1921 schloss sich N. den Adventisten an und wurde in Omsk als Reiseprediger eingesetzt. Da N. von 1927 an immer öfter von der Miliz in der Gemeindearbeit behindert wurde, entschloss er sich 1930 zur Rückkehr in die Ukraine, wo er sich in Alexandrowka (auch Durilowka, Gebiet Nikolajew) niederließ. Er wirkte weiter als Reiseprediger, wurde aber in einer Kolchose (benannt nach Karl Liebknecht) zu schwerer körperlicher Arbeit verpflichtet. Am 13.2.1936 wurde N. zum ersten Mal mit seinem Bruder Kornelius (geb. 1894), der ebenfalls

Adventist war, verhaftet. Möglicherweise lehnten sie es ab, am Samstag, dem „sabbatlichen" Ruhetag der Adventisten, zu arbeiten. Nach 18 Monaten im Gefängnis wurden beide im August 1937 freigelassen. Bruder Kornelius entschloss sich zunächst zur „Flucht" nach Kasachstan, um einer weiteren Verhaftung zu entgehen. Sechs Monate später, am 14.2.1938, wurde N. in Alexandrowka erneut festgenommen. Mit ihm wurden noch zwei Brüder seiner Frau, die Adventisten Abram (geb. 1896) und Gerhard Hein (geb. 1902), in Untersuchungshaft genommen. Die offizielle Beschuldigung, völlig abstrus und aus der Luft gegriffen, lautete: feindliche Funkverbindung mit Deutschland und Bildung militanter „Zellen" im Untergrund zum Sturz der Sowjetregierung. Während der neunmonatigen Untersuchungshaft (Nowo-Woronzowka, Odessa, Nikolajew) wurde N. nach Aussage eines Gefängnisangestellten, der den Häftlingen regelmäßig das Kopfhaar abrasierte, grausamst gefoltert: „Brandwunden am Körper, Fingernägel durchstochen, Hoden gequetscht. Es war schauerlich ihn anzusehen. Sein ganzer Körper – eine eiternde, stinkende Masse"(AAE: Akte P. K. Neufeld). N. wurde als „Volksfeind" erschossen. Abram und Gerhard Hein teilten mit N. das gleiche Schicksal. N.s Bruder, Kornelius, wurde in Kasachstan um 1940 hingerichtet. Der Familie wurde später mitgeteilt, dass N. in einem Arbeitslager an Ruhr verstorben wäre. Erst 1991 wurde auf Anfrage die wahre Todesursache bekannt gegeben.

Quellen: AAE: Akte P. Neufeld.

D. *Heinz*

Neufeld, Peter

* *1903 Karaguj, † 15.9.1937.*

Neben der Landwirtschaft arbeitete N. auch als Lehrer in seinem Dorf. Er wurde als überzeugter Christ am 10.9.1937 verhaftet und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde durch Erschießung vollstreckt.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 50.

T. Westermeyer

Nürnberg

N. war Schuldirektor an der lutherischen Schule, an der Martin Hamm unterrichtete. Er wurde 1937 verschleppt und kehrte nicht mehr zurück.

Quellen: Briefe Maria Hamm an Heinrich Rathke, 6.10.1991, 7.1.1993, 1.8.1993 und 27.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 279.

T. Westermeyer

Ostwald, Heinrich

* *um 1875 wahrscheinlich Kaukasus-Gebiet, Russland, † 1937 (bei) Bischkek (Frunse), Kirgisistan.*
Verh., mehrere Kinder.
Prediger der Siebenten-Tags-Adventisten; seit Ende der 1920er Jahre Führer der dissidenten „Reformadventisten" in Russland.

O. stammte aus der ev. Kirche, wandte sich zunächst aber der Baptistengemeinde zu. Um 1905 schloss er sich den Siebenten-Tags-Adventisten an und missionierte im Süden Russlands (Stawropol) und unter deutschen Kolonisten an der Wolga (Franzosen, Balzer, Hussental, Frank, Saratow). 1920 wurde er als Prediger und „Vorsteher" nach Taschkent gerufen. Um 1926 geriet O. in Opposition zu Heinrich J. Löbsack und der adventistischen Kirchenleitung in Moskau, die sich, unter Druck geraten, um einen Ausgleich mit den Sowjetbehörden, besonders in der Wehrdienstfrage, bemühten. Beeinflusst von der schismatischen „Reformbewegung" der Adventisten in Deutschland, die sich im Ersten Weltkrieg gegen den Wehrdienst ausgesprochen hatte, lehnte O. eine Kooperation mit dem atheistischen Staat ab. Als Leiter der russischen „Reformadventisten" starb er in einem Arbeitslager bei Bischkek eines qualvollen Todes. Durch Hungerterror – wiederholter Nahrungsentzug bis zur völligen Erschöpfung, dann Genesung durch Zwangsernährung – sollte er dazu gebracht werden, seine Glaubensüberzeugung aufzugeben.

Quellen: AAE: Akte H. Ostwald.

D. *Heinz*

Pahl, Ernest

** 1893 St. Petersburg, † 28.6.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

Leitender Ingenieur-Konstrukteur am Lenin-Werk; Kirchenratsvorsitzender der St. Katharinen-Gemeinde in der deutschen Kolonie Nowosaratowka bei Leningrad.

Der Sohn P.s Alexander erinnerte sich daran, wie der Vater sich bei der Sammlung einer hohen Kirchensteuer engagierte, um die Schließung der Kirche zu vermeiden. Am 21.3.1938 wurde P. im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 13.6.1938 „als Mitglied einer konterrevolutionären nationalistischen Organisation" zum Tode verurteilt. Er wurde am 28.6.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 391.

T. Tatsenko

Pätkau, David

** 24.7.1882 Alexandrodar (Kuban, Russland), † 2.2.1942 Gebiet Swerdlowsk, Russland.*

Verh. mit Maria, geb. Abrams, 13 Kinder.

Seit 1.5.1911 Diakon; 1921–1930 Ältester der Mennonitenbrüdergemeinde in Kamenka, Gebiet Orenburg, Russland.

P.s Name ist mit der Orenburger mennonitischen Kolonie (gegründet 1894) verbunden. Als ältester Sohn einer Bauernfamilie siedelte er als 16-jähriger zusammen mit seinen Eltern auf das Neuland an den südlichen Ausläufern des Uralgebirges. Die Jugendjahre waren mit schwerer Arbeit, aber auch Erfolg sowohl im wirtschaftlichen als auch im geistlichen Leben der jungen Kolonie verbunden. Auf die Gründung einer Familie 1904 und den Aufbau einer eigenen Wirtschaft folgte 1911 die Berufung zum Diakon. P. bewährte sich in diesem Dienst während der schwierigen Verhältnisse zur Zeit des Ersten Weltkrieges und des nachfolgenden Bürgerkrieges in Russland. Zehn Jahre später übernahm P. die Leitung der Mennonitenbrüdergemeinde in der Kolonie. Die Gemeinde hatte außer der Zentrale im Dorf Kamenka Filialen in den Dörfern Klubnikowo und Karaguj. Zu Beginn von P.s Dienstzeit brach die große Hungersnot 1921/22 aus, deren Folgen von der Gemeinde durch ein Armen- und Weisenhaus sowie Verteilung von Hilfsgütern von den Glaubensgeschwistern aus den USA und Europa bis 1924 abgefangen wurden. Den Zustand politischer Ungewissheit nutzend, gründete die Gemeinde 1923 ohne ausdrückliche behördliche Genehmigung eine Bibelschule, die 1926 67 Schüler von der Krim bis Sibirien hatte. Im selben Jahr wurde sie geschlossen. P. hatte die Angelegenheit vor den Behörden mit zu verantworten.

Unter der Leitung von P. war die Gemeinde 1918–28 in den umliegenden russischen Dörfern aktiv und hatte russische Gemeindemitglieder, was damals für mennonitische Gemeinden ungewöhnlich war.

P. war Delegierter der Allgemeinen Mennonitischen Bundeskonferenz in Moskau im Januar 1925 oder der „zweiten Märtyrersynode der Taufgesinnten", wie sie gelegentlich bezeichnet wurde. Bereits damals konnte man den atheistischen Kurs der Regierung wahrnehmen.

Die große Leidenswelle erfasste P. am 27.3.1930, als er in die Untersuchungshaft in Orenburg kam. Hier wurde er von der Geheimpolizei gefoltert und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Seine Haft büßte er im Gebiet Archangelsk, am Ufer der nördlichen Dwina ab. In seinem Dorf wurde P. zum Kulaken erklärt und seine Familie enteignet. Das nach P.s Verhaftung geborene Kind lebte nur vier Monate und starb im September 1930.

Die Verfolgung traf P.s Familie besonders schwer. Am 3.9.1933 wurde P.s Ehefrau mit den Kindern bis auf die ältesten, die bereits verheiratet waren, als Volksfeinde aus ihrem Dorf gewiesen und in einer Schlucht am Ufer eines kleinen Flusses ausgesetzt. Die Verbannten durften nur einen Spaten, eine Axt und einen Eimer, aber keine Nahrung mitnehmen. Einen kleinen Beutel Hirsegrütze riss man der Ehefrau aus der Hand und verschüttete den Inhalt auf dem Hof. Das Schicksal der Familie teilten weitere 35 (nach anderen Quellen 48) Familien, darunter neun mennonitische. Familie P. blieb in diesem schrecklichen Verbannungsort bis Februar 1935.

Anfang 1934 wurde P. vorzeitig aus der Haft entlas-

sen. Er kehrte zu seiner Familie in das Gebirge zurück. Die Kinder hatten ihn nicht erkannt. „Er sah nicht gut aus. Sein Haupt war grau geworden, tiefe Falten im Gesicht, eingefallene Augen, ein müder Blick [...] Er sah alt und krank aus. Von seinem lebendigen und freundlichen Blick und der hellen Stimme war fast nichts geblieben“ – erinnerte sich seine älteste Tochter.

Ende November 1934 wurde P. im Dorf Kitschkass zum zweiten Mal verhaftet und zu 10 Jahren Haft verurteilt. Er war bereits ein gebrechlicher Mann. Blind auf einem Auge, das er als Kind verloren hatte, mit einem seit 1923 steifen Arm als Folge eines falsch zusammengewachsenen Knochenbruches, mit einem Bruch im Unterleib, mahnte er seine jüngeren Leidensgenossen im Gefängnis: „Es ist der Weg des Herrn, den wir in Geduld gehen müssen.“

P. verbüßte seine zweite Haft bis 1941 in der Nähe von Leningrad, in einer Bekleidungsfabrik. Er beklagte sich nicht über die Behandlung, erhielt aber nur eine Tasse Tee und 400 Gramm Brot am Tag. Später erhöhte sich die Ration bis auf 600 Gramm. Mit dem Ausbruch des Krieges gegen Deutschland wurde P. in den östlichen Teil Russlands versetzt. Im Februar 1942 während einer Häftlingsüberführung bekam er einen Anfall und konnte sich nicht mehr bewegen. Daraufhin haben die Wächter auf ihn Wachhunde losgelassen, die tiefe Wunden am Gesicht, Händen und Beinen hinterließen, an denen P. gestorben ist.

Literatur: A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 141–143; P. P. Dyck: Orenburg; A. Teichrib: Weg.

J. Dyck

Pätkau, *Jakob* Heinrich

* *1. 4. 1895 Nikolaipol (Borissower Ansiedlung, Ukraine),* † *14. 2. 1947 Sibirien.*

Verh. in 1. Ehe mit Katharina, geb. Giesbrecht († 1919/20 während der Typhusepidemie), in 2. Ehe mit Barbara, geb. Janzen, vier Kinder.

1907–1914 Studium an der Chortitza Zentralschule und dem Chortitzaer Lehrerseminar; 1914/1915 Lehrer in Schönhorst; 1917–1922 Dorfschullehrer in Karpowka (Memrik); 1921–1930 Ältester der Kalinower Mennonitengemeinde (Memrik).

Der Älteste P. war Sohn des Mühlenbesitzers und Predigers Heinrich Jakob Pätkau. 1907 zog die Familie Pätkau von Nikolaipol (Donezgebiet) nach Karpowka in der Memriker Ansiedlung. Nach Abschluss der Dorfschule besuchte P. die Chortitzaer Zentralschule und anschließend das dortige Lehrerseminar. Nach Absolvierung desselben trat er seine erste Lehrerstelle in Schönhorst bei Chortitza an. Dann aber unterbrach der Erste Weltkrieg seine kaum begonnene Lehrtätigkeit. Er trat in den Sanitätsdienst und bekam eine Stelle in der Kanzlei des Allrussischen-Semstwo-Verbandes in Moskau. Nach der Umwälzung in der Februarrevolution 1917 wurde er als ehemaliger Lehrer entlassen und durfte heimkehren. Im Herbst 1917 übernahm er die Schule zu Karpowka, wo er bis 1922 unterrichtete. Im Frühjahr 1921 wurde er von der Mennonitengemeinde in Kalinowo (Memrik) zum Prediger berufen. Die Gemeinde hatte innerhalb kurzer Zeit (1919/20) zwei Prediger und Älteste an Typhus verloren. P. verlor auch 1919 seine erste Frau an Typhus und heiratete ca. 1921 Barbara Janzen aus Kalinowo. Der 27-jährige P. wurde schon im Herbst 1921 zum Ältesten gewählt. Nach etlichen Monaten musste er nun den Lehrdienst aufgeben und zog in das Dorf Kalinowo, wo die Kirche erbaut war und wo die Gemeinde auch für ihren Seelsorger und seine Familie ein Wohnhaus erbaut hatte. Hier arbeitete er mit Lust und Liebe, widmete seine ganze Kraft seinem Volk. Er stand nicht nur der Gemeinde in den 10 Dörfern der Memriker Ansiedlung vor, sondern dehnte seinen Wirkungskreis aus.

Als im Januar 1925 die Bundeskonferenz aller Mennonitengemeinden Russlands in Moskau tagte, war er auch als Delegat zugegen und nahm regen Anteil an den Verhandlungen und Beratungen. P. wurde auf der Konferenz in den Vorstand der Kommission für Kirchliche Angelegenheiten (KfK) gewählt. Er arbeitete als Mitherausgeber des Konferenzblattes „Unser Blatt“ und unternahm im Auftrag der KfK längere Reisen (so z. B. 1927 nach Sibirien), um die vielen Glaubensbrüder in den Gemeinden zu stärken.

Die Führer der Mennoniten standen unter Beobachtung der Moskauer Regierung und fielen nach und nach den Henkersknechten in die Hände. Von den insgesamt 86 Teilnehmern wurden die meisten in den Jahren 1929–1941 verhaftet und verbannt oder erschossen, nur 18 gelang es, nach Kanada oder

den USA auszuwandern. Als im Jahre 1926 die Möglichkeit für P. und seine Familie bestand, auch nach Kanada auszuwandern, lehnte er es auf Wunsch seiner Gemeinde ab und blieb in Russland, um seinem Volk weiter zu dienen.

Im Jahre 1928 begann ein immer stärker werdender Druck auf das religiöse Leben. „Unser Blatt" wurde eingestellt. Die Kirchen- und Predigersteuer wurde immer höher, um dem Prediger und der Gemeinde die Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Im Herbst 1929, als viele in der Hoffnung nach Moskau gingen, aus Russland zu entkommen, fuhr P. von einer Sitzung der KfK in der Molotschna ohne seine Familie ebenfalls nach Moskau, um zu erfahren, wie die Dinge dort standen, und um den Flüchtlingen beizustehen. Inwieweit er nun selber plante, aus der Sowjethölle herauszukommen, können die Verwandten nur schwer beurteilen. Als er in Moskau auf dem Nordbahnhof an der Kasse seine Fahrkarte lösen wollte, schaute er sich um und blickte seinem geheimen GPU-Begleiter ins Angesicht. Er fuhr eilends zurück nach Memrik, wurde gleich nach seiner Ankunft vor die GPU gebracht und nach Jusowka (heute: Donezk) verbannt, konnte aber noch einmal zurückkehren zu seiner Familie.

Er blieb aber nicht mehr lange auf Memrik und stand in ständiger Gefahr, arretiert zu werden. Anfang 1930 floh er mit seiner Familie nach dem Kuban (Nord-Kaukasus Gebiet), wo viele Prediger zeitweilig Asyl suchten und fanden. P. lebte dort noch einige Jahre unter schwierigsten Verhältnissen. Hier teilte er das Schicksal so vieler anderer und litt für seinen Herrn und seinen Glauben den Tod. P. wurde hier im Kaukasus 1937/38 verhaftet und nach Sibirien verbannt. Die Familie wurde 1941 auch nach Sibirien deportiert. Seitdem fehlen sichere Nachrichten über sein Ergehen. Man weiß nur, dass seine Schwägerin Agathe Wiebe im Februar 1947 von Sibirien schrieb: „Jasch (so nannte man ihn im Geschwisterkreis) ist nicht mehr […]."

Literatur: H. Görz: Memrik, S. 19–29, 69; H. Heidebrecht: Gipfel, S. 165; P. Letkemann: Remembrance; A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 154–156; J. H. Pätkau: Reisebericht; E. L. Patkau: Paethkau Book, S. 74.

P. Letkemann

Peters, Frieda

* *22.2.1948 Grigorjewka (Gau Kulunda/Altai-Region),* † *3.2.1980.*

1964–1978 Näherin in Issyk; 1978–1980 Mitarbeiterin in dem geheimen Verlag „Christianin".

P. wurde als Tochter deportierter Deutscher am 22.9.1948 in Grigorjewka (Gau Kulunda, Altai-Region) geboren. Ihre Eltern, Kornelius und Anna Peters, waren Bauern. Im Juli 1950 erkrankte Friedas Vater schwer, was die Armut der Familie noch vergrößerte. Zu dieser Zeit wagten es die deportierten Mennoniten in Grigorjewka, sich zu ersten heimlichen Zusammenkünften in kleinen Kreisen zu treffen. Friedas Mutter sang ihrem kranken Mann oft christliche Lieder vor. Kurz vor seinem Tod im November 1951 bekannte sich Kornelius Peters zu Jesus Christus. Seine Frau Anna wurde 1954 bewusste Christin und empfing 1955 die Taufe.

Schon vor dem Tod des Vaters war P. an Poliomyelitis erkrankt. Die Lähmung ließ zwar allmählich nach, doch das linke Bein entwickelte sich nicht normal und blieb im Wachstum zurück. Im April 1960 zog die verwitwete Anna Peters mit ihren zwei Kindern nach Issyk, einer kleinen Stadt in der Nähe von Alma-Ata (heute: Almaty/Kasachstan). Zunächst arbeitete sie in einer Obstsowchose, fand dann aber eine Anstellung in einer Näherei. Damit wurde die materielle Situation der Familie etwas leichter. Für die Kinder erhielt sie sogar eine kleine Waisenrente. 1962 wurde ihre Tochter Frieda sechs Monate lang in einem Sanatorium behandelt. Eine schwierige Operation brachte zwar Erleichterung, doch musste sie weiterhin orthopädische Schuhe tragen. 1964 absolvierte Frieda die achte Klasse. Wegen ihrer schlechten Gesundheit hatte sie Lernprobleme. Trotzdem fand sie eine Arbeit in der Näherei, in der auch ihre Mutter angestellt war. 1966 empfing P. die Taufe.

P. war eine gute Näherin und brachte es bis zur Schneidermeisterin, geriet aber wegen ihrer christlichen Haltung immer wieder in Schwierigkeiten. Deshalb entschied sie sich 1978 für den Dienst im baptistischen Geheimverlag „Christianin". P. kündigte ihre Arbeitsstelle und „tauchte unter". Nur selten konnte sie ihre alten Freunde treffen. Auch ihre Mutter sah sie wenig und wenn, meist heimlich.

Zu ihren Aufgaben bei „Christianin“ gehörte auch die Verteilung von Bibeln und religiösen Schriften in den versteckten Gemeinden, die überaus gefährlich war. Bei Entdeckung drohte den involvierten Personen – Fahrern, Druckern, Empfängern – eine breite Palette von Anklagepunkten, die hohe Haftstrafen nach sich zogen: Agitation und antisowjetische Propaganda, Verbreitung religiöser Literatur, Ausübung eines unerlaubten Gewerbes, Spekulantentum usw. Zur heimlichen Verteilung von Bibeln und christlicher Literatur waren nicht selten lange Autofahrten nötig. Ihre letzte Fahrt trat P. am 2.2.1980 an.

Am Abend des 4. Februars 1980 brachte die Polizei Friedas Mutter ein Telegramm, in dem ihr der Tod ihrer Tochter mitgeteilt wurde.

Am 3.2.1980 war auf der Landstraße von Alma-Ata nach Karaganda der Lada, in dem die drei baptistischen Mennoniten P., Andreas Petker und Waldemar Friesen geistliche Schriften transportierten, von einem entgegenkommenden LKW frontal erfasst, etwa 50 Meter mitgeschleppt, in einen rund drei Meter tiefen Graben gestoßen und platt gedrückt worden. Der Lada wurde bei dem Unfall zu einem Blechklumpen zusammengedrückt, die Insassen zerquetscht. Wieso der LKW auf gerader Strecke plötzlich auf die linke Seite hinübergewechselt war und den Lada überrollt hatte, blieb zunächst unklar.

Die Art und Weise jedoch, wie die Polizei den Unfall bearbeitete und der LKW-Fahrer bewacht und abgeschirmt wurde, sowie eine Reihe anderer Ungereimtheiten verstärkten den Verdacht, dass dieser Unfall minutiös geplant war. Nach dem Unglück wurde der Asphalt an der Unfallstelle sofort auf 100 Meter erneuert. Die Stelle, wo der LKW den Lada im Graben „begraben“ hatte, wurde zugeschüttet und eine Bushaltestelle darauf errichtet. Ein Unfallzeuge gab zu verstehen, dass man den Schuldigen „oben“ suchen müsse. Der Kraftfahrer trage keineswegs allein die Schuld. Nach der Perestrojka hat sich die damalige Vermutung nach Einsicht in die KGB-Akten bestätigt: Der „Unfall“ war von den Organen der politischen Polizei geplant und durchgeführt worden.

In Begleitung zweier Glaubensgeschwister machte sich Anna Peters auf den Weg, um Friedas Leiche zu holen. Doch zunächst wurde sie einem Verhör unterzogen. Der Untersuchungsrichter wollte unbedingt wissen, mit wem Frieda Kontakte gehabt hatte, um die Geheimdruckerei und die nicht-registrierten Baptisten aufzuspüren. Er drohte, schlug mit der Faust auf den Tisch und versuchte, Anna Peters einzuschüchtern; doch das berührte die Mutter nicht mehr, ihre Gedanken waren bei der toten Tochter. Die Beerdigung fand am Samstag, dem 9.2.1980 statt.

Quellen: Baptistisches Missionsarchiv (Missionswerk FriedensBote).
Literatur: Leitung der Untergrundbaptisten in Rußland (Hrsg.): Vernyje do konza.

J. Janzen

Peters, Johann

* *27.10.1885 Petersdorf Kolonie Chortitza (Südukraine),* † *16.8.1937 Orenburg (Südural).*

1913/1914 Besuch der Allianz-Bibelschule in Berlin, 1914–1918 Bauer in Susanowa, gleichzeitig predigte er dort, 1918–1930 Missionsdienst in Parabel, 1930 Rückkehr nach Susanowa, ohne festen Wohnsitz, 1933–1937 Arbeiter in einer Kolchose in Susanowa, gleichzeitig predigte er dort.

P. wurde am 27.10.1885 in Petersdorf, dem ältesten mennonitischen Siedlungsgebiet Russlands in der Kolonie Chortitza (heute: Saporozhe), geboren. 1903 verließ die Familie Chortitza und übersiedelte in das Gebiet Orenburg am Südural, wo sie sich zunächst im „Dorf Nr. 5“, Dejewka, niederließ und 1911 eine neue Siedlung gründete: den Weiler „Susanowo“.

P. hatte den großen Wunsch, eine Bibelschulausbildung zu erhalten und als Missionar nach Afrika zu gehen. Sein Wunsch schien in Erfüllung zu gehen: 1913 fand er Aufnahme in der Allianz-Bibelschule in Berlin, die zur Ausbildung von Gemeindehelfern in Russland gegründet worden war. Die Sommerferien 1914 verbrachte P. mit seiner jungen Frau Sara in Susanowo. Der Erste Weltkrieg machte P.s weitere Ausbildung in Berlin unmöglich; so blieb das Ehepaar für drei weitere Jahre in Susanowo. Da die Mennoniten den Dienst mit der Waffe ablehnen, wurden die meisten Mennoniten in der Zarenzeit zu einem alternativen Forstdienst oder aber zum Sanitätsdienst eingezogen. P., der im Krieg aber noch nicht zum Sanitätsdienst eingezogen worden war, und seine Frau arbeiteten auf ihrem Hof und halfen anderen Familien, deren Männer zum Sanitätsdienst eingezogen waren.

Neben seiner Arbeit als Bauer beschäftigte sich P. mit Evangelisation. Er predigte das Evangelium in mennonitischen, aber auch in russischen Dörfern. Bei einer evangelistischen Versammlung lernte er wahrscheinlich Karl Benzin kennen, der ihn einlud, mit ihm in das Gebiet Narym am Fluss Ob zu gehen, um unter den in schwer zugänglichen Gebieten lebenden und an Naturgötter glaubenden Ostjaken zu wirken. Benzin hatte an den kaum erreichbaren Völkern des sibirischen Nordens großes Interesse und suchte nach Missionaren unter den Mennoniten. P. half ihm, in Orenburg mennonitische Missionare zu finden. Nach gründlicher Vorbereitung machte sich der Missionstrupp am 24.5.1918 von Susanowo aus auf den Weg: Karl Benzin, Johann und Sara Peters, Paul Bär, Johann Keller und Helene Peters. Im Lande tobte nach der so genannten Oktoberrevolution der Bürgerkrieg; die Eisenbahnverbindungen waren gestört. Mit großer Mühe erreichten die Missionare die Stadt Parabel, ca. 480 km nordwestlich von Tomsk.

Hier nahmen sie den schweren missionarischen Dienst an den erst halb zivilisierten Ostjaken auf, der sie fast zwölf Jahre dort festhalten sollte. P. wurde klar, wie wichtig es ist, die Sprache, Lebensweise und Kultur der Ostjaken zu kennen, um ihnen die Tiefe der Gedanken Gottes richtig zu übermitteln. Den Missionaren gelang es mit der Zeit, drei Missionsstationen zu gründen. Paul Bär, der mit seiner Familie aus Deutschland gekommen war, eröffnete in einer Siedlung eine Zahnarztpraxis und bekam auf diese Weise direkten Kontakt mit der Bevölkerung, die nach erfolglosen Heilungsversuchen der Schamanen bei ihm Hilfe suchten.

Während ihrer Tätigkeit in der Region Narym hatten P. und seine Frau nur einmal, Anfang 1925, Urlaub in den Orenburger Dörfern machen können. Auf der mennonitischen Bundeskonferenz vom 13. bis 18.1.1925 in Moskau berichtete P. über die missionarische Arbeit im sibirischen Norden. Im Sommer 1925 kehrten er und seine Frau in Begleitung neuer Missionare in die Taiga zurück. Dort blieben sie bis 1930.

Als jedoch nach dem kirchenzerstörenden Religionsgesetz von 1929 jegliche missionarische Arbeit, selbst in den entlegensten Ecken des Sowjetreiches, unmöglich wurde, kehrte P. mit seiner Familie nach Susanowo zurück. Doch hat der missionarische Dienst unter den Ostjaken Spuren hinterlassen. Noch viele Jahre danach stießen deportierte Deutsche auf Ostjaken, die ihnen das Lied „Gott ist die Liebe“ in ihrer Sprache vorsangen.

Da die Sowjets jenen Strafen androhten, die religiöse „Aktivisten“ in ihrer Wohnung oder in ihrem Haus beherbergten, fand die Familie in ihrem Heimatdorf zunächst keine ständige Herberge. Sie waren gezwungen, von einem Ort zum anderen zu ziehen. Sie fristeten ein armseliges Leben. Erst 1933 fand P. in Susanowo Arbeit in der Kolchose, sodass die Familie ins Heimatdorf zurückkehren konnte. In der arbeitsfreien Zeit wirkte P. tatkräftig in der mennonitischen Ortsgemeinde, aber auch in benachbarten Dörfern. Einige Male wurde er von den „Organen“ offiziell aufgefordert, die geistliche Tätigkeit aufzugeben, doch P. blieb Gottes Berufung treu.

Am 13.2.1937 wurde er verhaftet und in das Orenburger Gefängnis gebracht. Am 16.8.1937 hat man ihn dort erschossen.

J. Schneider

Petker, Andreas (Andrej)

** 15.8.1948 Dorf Ananjewka (Gau Kulunda, Altai-Region), † 3.2.1980.*

Verh. mit Helene, geb. Hafner, fünf Kinder.

1965–1967 Heizer; 1967–1969 Militärdienst; ab 1969–1974 Kraftfahrer; ab 1974 Prediger; ab 1976 Ältester der Ortsgemeinde.

P. wurde am 15.8.1948 als Sohn deportierter Mennoniten im Dorf Ananjewka geboren. Seine Eltern waren Jakob und Maria Petker. P.s Mutter war gleich nach Kriegsende, während ihrer Zeit in der „Arbeitsarmee“ („Trudarmija“) im Gebiet Tscheljabinsk zum christlichen Glauben gekommen und hatte sich am 15.12.1945 im Eisloch eines Flusses taufen lassen. Als sie 1946 ihren Bruder in Ananjewka besuchen durfte, blieb sie dort und heiratete im folgenden Jahr P., der zwar kein bewusster Christ war, aber seine Frau in der christlichen Erziehung ihrer Kinder unterstützte.

Im Juni 1960 zog die Familie nach Konstantinowka, wo Andreas 1965 die 10. Klasse absolvierte. Damals besuchte der Prediger Jakob Giesbrecht das Dorf. Seine lebendigen Predigten führten dazu, dass sich viele Einwohner, darunter auch P. zusammen mit seinem

Vater am 28.2.1966 zum christlichen Glauben bekannten. Die Atheisten setzten die jungen Christen unter starken Druck: Fünf von ihnen mussten die Schule verlassen. Gegen P. und Willi Rempel wurde sogar ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. P. ließ sich noch im selben Jahr taufen und wurde einer der ersten aktiven Jugendlichen in der Gemeinde. Weil für ihn aufgrund seines Glaubens eine berufliche Karriere ausgeschlossen war, obwohl er die 10. Klasse als „Bestschüler" abgeschlossen hatte, nahm er eine Stelle als Heizer an.

Von 1967 bis 1969 leistete P. seinen Militärdienst ab und wurde mehrmals für tadelloses Verhalten ausgezeichnet. Danach wurde er Kraftfahrer und heiratete 1971 Helene Hafner. Immer war er auch ein treues und fleißiges Glied seiner Gemeinde. 1974 wurde P. als Evangelist eingesegnet und im ganzen Gebiet als Prediger eingesetzt; schon zwei Jahre danach wurde ihm zusätzlich der Dienst des Ältesten der Ortsgemeinde übertragen.

Zu seinem Dienst in der Gemeinde gehörte die Verbreitung der Heiligen Schrift: Sie wurde in einer der Geheimdruckereien des Untergrundverlages „Christianin" („Der Christ") gedruckt, der von in die Illegalität Abgetauchten betrieben wurde. Ihre Verteilung in den versteckten Gemeinden war überaus gefährlich. Bei Entdeckung drohte den involvierten Personen – Fahrern, Druckern, Empfängern – eine breite Palette von Anklagepunkten, die hohe Haftstrafen nach sich zogen: Agitation und antisowjetische Propaganda, Verbreitung religiöser Literatur, Ausübung eines unerlaubten Gewerbes, Spekulantentum usw. Zur heimlichen Verteilung von Bibeln und christlicher Literatur waren nicht selten lange Autofahrten nötig. Seine letzte Fahrt trat P. am 2.2.1980 an. Morgens las er noch lange in der Bibel und spielte mit seiner eineinhalbjährigen Tochter. Er nahm Abschied von der Familie und fuhr mit Waldemar Friesen weg. Zwei Tage später erfuhr seine Frau, dass P., Waldemar Friesen und auch Frieda Peters auf der Reise umgekommen waren.

Am 3.2.1980 war auf der Landstraße von Alma-Ata nach Karaganda der Lada, in dem die drei baptistischen Mennoniten Frieda Peters, P. und Waldemar Friesen geistliche Schriften transportierten, von einem entgegenkommenden LKW frontal erfasst, etwa 50 Meter mitgeschleppt, in einen rund drei Meter tiefen Graben gestoßen und platt gedrückt worden. Der Lada wurde bei dem Unfall zu einem Blechklumpen zusammengedrückt, die Insassen zerquetscht. Wieso der LKW auf gerader Strecke plötzlich auf die linke Seite hinübergewechselt war und den Lada überrollt hatte, blieb zunächst unklar.

Die Art und Weise jedoch, wie die Polizei den Unfall bearbeitete und der LKW-Fahrer bewacht und abgeschirmt wurde, sowie eine Reihe anderer Ungereimtheiten verstärkten den Verdacht, dass dieser Unfall minutiös geplant war. Nach dem Unglück wurde der Asphalt an der Unfallstelle sofort auf 100 Meter erneuert. Die Stelle, wo der LKW den Lada im Graben „begraben" hatte, wurde zugeschüttet und eine Bushaltestelle darauf errichtet. Ein Unfallzeuge gab zu verstehen, dass man den Schuldigen „oben" suchen müsse. Der Kraftfahrer trage keineswegs allein die Schuld. Nach der Perestrojka hat sich die damalige Vermutung nach Einsicht in die KGB-Akten bestätigt: Der „Unfall" war von den Organen der politischen Polizei geplant und durchgeführt worden.

Die Beerdigung von P. und Waldemar Friesen, zu der über 1 000 Menschen gekommen waren, fand am 10.2.1980 in Konstantinowka statt.

Quellen: Baptistisches Missionsarchiv (Missionswerk FriedensBote).
Literatur: Leitung der Untergrundbaptisten in Rußland (Hrsg.): Vernyje do konza.

J. Janzen

Pfeiffer, Emil

** 26.4.1891 Warschau, † 31.7.1939 Moskau.*
Verh. mit Anna Frederike, geb. Seidel, vier Kinder.
Nach dem Abschluss des Lehrerseminars in Warschau Grundschullehrer in Pawnikowitzy bei Warschau; 1911–1918 Deutschlehrer in der Schule für Kinder armer Eltern von ausländischen Konfessionen (so genannte „Englische Schule") in St. Petersburg/Petrograd; 1918–1924 Grundschullehrer in der deutschen Kolonie Owzyno bei Petrograd; 1924–1925 Grundschullehrer an der Karl-Marx-Schule für schwer erziehbare Kinder in Petrograd.

Zwischen 1921 und 1924 besuchte P. die Theologischen Privatkurse von Bischof Malmgren in Petrograd, die er mit einem Examen abschloss. 1925 wurde er von vom Pastor Arnold Frischfeld ordiniert und arbeitete

danach als Vikar bei Pastor Paul Reichert. Von August 1925 bis September 1927 war P. Pastor im Kirchspiel Grimm/Lesnoj Karamysch an der Wolga, betreute aber auch die Gemeinden Holstein, Dobrinka, Dreispitz, Galka u.a. Zwischen September 1927 und Dezember 1934 wirkte P. als Pastor in den Gemeinden Norka, Baidak, Gukk u. a. an der Wolga. Gelegentlich hielt er auch Gottesdienste in der St. Marien-Kirche in Saratow.

Zum ersten Mal im Sommer 1931 verhaftet, kam P. bald wieder frei. Am 2.12.1934 wurde er in Saratow wieder verhaftet und zu fünf Jahren Verbannung nach Kasachstan verurteilt. In Alma-Ata unterrichtete P. Deutsch und Englisch am Berg-Institut und am Medizinischen Institut. Zudem leitete er die wissenschaftliche Bibliothek am Sanitätsinstitut.

Am 20.8.1937 erneut verhaftet, wurde P. nach einem Jahr Gefängnis in Alma-Ata nach Moskau in das Butyrki-Gefängnis überführt und am 27.6.1939 für die „antisowjetische Tätigkeit" angeklagt. Das Urteil lautete Todesstrafe und P. wurde am 31.7.1939 in Moskau hingerichtet.

Im Jahr 1990 wurde P. als „Opfer der unbegründeten Repressionen" rehabilitiert.

Quelle: Bericht von Edith Müthel, der 2. Tochter vom Emil Pfeiffer.
Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 371.

T. Tatsenko

Pilch (Pilkh), Paul J.

**1895 Provinz Österreichisch-Schlesien, † 03.09.1937 Butowo bei Moskau.*
Verh. in 2. Ehe mit Anna Stepanovna, geb. Kulakow.

P., aus einer kinderreichen Familie stammend und von Beruf ursprünglich Schneider und Fotograf, geriet als Soldat der österreichisch-ungarischen Armee im 1. Weltkrieg in russische Gefangenschaft. Wegen seiner pazifistischen Gesinnung war er in der k. u. k. Armee drangsaliert worden. Nachdem sich P. in Russland den Adventisten angeschlossen hatte, entschloss sich der Witwer und Autodidakt nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft, nicht mehr in seine Heimat zurückzukehren. Er wirkte fortan als Reiseprediger, vor allem in der Kaukasus-Region



(Maikop, Rostow/Don, Tiflis) unter deutschen Kolonisten. Sein aufopfernder, liebevoller Dienst – so sind von ihm auch Krankenheilungen berichtet – verschaffte ihm größten Respekt auch unter Christen anderer Konfessionen (Orthodoxe, Lutheraner, Baptisten). Nach seiner Heirat in Tiflis (1927) wurde er zum Predigtamt ordiniert. 1934 wurde P. in der Gegend von Labinsk festgenommen und zu Zwangsarbeit am Weißmeerkanal eingesetzt. Wahrscheinlich kam er für kurze Zeit wieder frei. Am 31.10.1936 wurde P. erneut verhaftet und am 02.09.1937 von einer NKWD-Troika in Moskau zum Tod durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde einen Tag später auf dem Moskauer Exekutionsplatz des NKWD in Butowo vollstreckt.

Quellen: AAE: Akte Pilch
Foto: AAE

D. *Heinz*

Pineker, Ferdinand

† 1937 Dolinka bei Karaganda (?).
Ein Sohn, zwei Töchter.

Pineker, Wilhelm (sen.)
Pineker, Wilhelm (jun.)

Die Pinekers waren Großbauern. Sie wurden enteignet und verbannt, weil der Vater, Johannes Pineker, Kirchenvorsteher im Dorf Moos/Gebiet Saratow gewesen war. Ab 1931 lebten sie in Karaganda (Mai-Ruduk, Klein-Berlin?) Die Eltern und die beiden Töchter von P. kamen im ersten Winter, 1931/32, in der Kasarensteppe ums Leben.

P. wurde am 11.3.1938 festgenommen. Mit ihm wurden in den Jahren 1937/38 in der Gemeinde noch viele weitere Christen verhaftet. Unter ihnen waren sein Bruder Wilhelm und dessen Sohn Wilhelm (jun.), der Lehrer Unger, Jakob Keil, Johannes Bergmann, Abraham Wins, dessen Sohn Heinrich und Leo Schwengler. Alle wurden in die Taiga verschleppt und kehrten nie wieder zurück. P. wurde im Dezember 1938 erschossen.

Zunächst bekam seine Familie die Information, er sei 1942 an einer Leberkrankheit gestorben. 1968 wurde nach erneuter Anfrage zugegeben, dass die Männer erschossen worden waren. P. wurde rehabilitiert.

Quellen: Briefe Ferdinand Pinekers (jun.) (Sohn von P.) an Heinrich Rathke, 3.7.2000, 23.12.2000, 27.1.2001 und 15.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 274; Dies.: Widerstehen, S. 55.

T. Westermeyer

Prieb, Alfred

** 1907 Achsür-Konrad/Krim, † Ende der 1930er Jahre.*
1929–1933 Theologiestudium am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad.

Nach dem Abschluss seines Studiums war P. Pastor-Adjunkt in Gemeinden in Leningrad und im Leningrader Gebiet. Er predigte in der St. Annen-Kirche, der St. Michaelis-Kirche und St. Katharinen-Kirche in Leningrad. Am 16.4.1934 wurde P. verhaftet und zu vier Jahren Verbannung verurteilt. Er gilt seitdem als verschollen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-80626.
Literatur: E. Bachmann: Ende, S. 147; St. Peterburgskij martirolog, S. 370.

T. Tatsenko

Rath, Georg

** 19./31.1.1865 Hoffnungsfeld, Gouvernement Cherson (Ukraine), † 28.5.1931 Saporoshje/vorher Alexandrowsk (Ukraine).*
Verh. mit Emilie.
Abitur auf dem Gouvernementsgymnasium in Reval/Tallinn; 1886/1887 Studium am Veterinärmedizinischen Institut in Dorpat/Tartu; 1887–1891 Theologiestudium ebendort.

R., der aus einer in der Umgebung von Odessa ansässigen Kolonistenfamilie stammte, wurde am 12.7.1892 in Moskau ordiniert. Anschließend war er Adjunkt in Kiew, von 1894 bis 1905 Pastor in Neu-Stuttgart bei Berdjansk, Gouvernement Taurien, am Asowschen Meer. Von 1905 bis 1908 diente er anfangs als ständiger Adjunkt, anschließend als Pastor in Alexandrowsk (zu Sowjetzeiten umbenannt in Saporoshje), Gouvernement Jekaterinoslaw/Dnepropetrowsk (Ukraine). 1924 wurde er zudem zum Propst des Bezirks Saporoshje gewählt. Ab 1928 versah er zusätzlich das Amt im Kirchspiel Josephstal bei Saporoshje. 1930 oder 1931 wurde er verhaftet, bald darauf ist er verstorben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 440; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 100, 102, 506, 580, 618; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 380, 427; J. Schnurr: Kirchen, S. 164.

H.-C. Diedrich

Reichert, Paul

* *27.6.1875 Kamyschin, Gouvernement Saratow/Wolga,* † *3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*
Verh., sechs Kinder.
1895–1901 Theologiestudium in Dorpat; 8.9.1902 Ordination; 1904–1921 Pastor in Balzer/Golyj Karamysch, Gouvernement Saratow.

Nach späteren mündlichen Erinnerungen von seiner Tochter Irene (erzählt von seiner Enkelin Ludmilla Schmidrina, St. Petersburg, 1995) entschied sich Familie Reichert 1921 nach Dorpat/Estland – die Heimat von Frau Reichert – auszuwandern. Auf der Reise nach Estland stattete R., der Sohn eines Siedlers war, einen Besuch beim damaligen Generalsuperintendenten A. Malmgren in Petrograd ab. Es gelang A. Malmgren, R. zum Dienst in Petrograd zu überreden. Von 1921 bis 1933 war R. Pastor in den deutschen Kolonien Nowosaratowka, Owzyno und Nowoalexandrowskaja bei Petrograd/Leningrad. Zwischen 1925 und Ende 1933 wirkte er als Dozent für Katechetik am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad. Im Januar 1933 wurde R. Hauptpastor an der St. Petri-Kirche in Leningrad. Er blieb dort bis zum 17.11.1937.

Seine Amtstätigkeit in Petrograd/Leningrad ereignete sich in der Zeit der stets wachsenden Kirchenverfolgungen. Seine Kollegen, Studenten und Gemeindeglieder schilderten ihn als einen ruhigen, zurückhaltenden und erzkonservativen Pastor mit vielen wichtigen praktischen Erfahrungen. Leider wurde seine Tätigkeit am Predigerseminar durch einen Konflikt mit dem Rektor Bischof A. Malmgren überschattet.

Am 17.11.1937, dem Höhepunkt des stalinistischen Terrors, wurde R. zusammen mit seinem Sohn Bruno Reichert verhaftet und für die angebliche Spionage für Deutschland angeklagt. Am 26.12.1937 wurde er zum Tode verurteilt und am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide nördlich von Leningrad erschossen. Ende der 1950er Jahre wurde R. rehabilitiert.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-32706.
Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 371–372; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 42–44, 74–75, 179, 184.

T. Tatsenko

Reichwald, Friedrich *Woldemar* Viktor

* *4.1. oder 11.1877 Zelmeneeken oder Pampeln, beides Gouvernement Kurland (Lettland),* † *1939.*
Verh. mit Alide, geb. Kalmanal.
1898–1903, 1904/1905 und 1906 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Als Pfarrerssohn durchlief R. eine von Unterbrechungen gekennzeichnete theologische Ausbildung, arbeitete auch anfangs (1907 bis 1908) als Beamter bei der Kurländischen Gouvernementsregierung und von 1909 bis 1913 als Lehrer, zuerst in Mitau/Jelgava (Lettland), anschließend in Moskau. Erst am 28.10.1913 wurde er in Moskau ordiniert, anschließend war er Adjunkt an der St. Petri-Pauli-Kirche ebendort. Von 1914 bis 1923 diente er im Kirchspiel Nishnjaja und Werchnjaja Bulanka, Gouvernement Jenissej in Sibirien, mit Sitz in Krasnojarsk. Von 1923 bis 1936 war er Pastor in Wladiwostok, von wo aus er eine umfangreiche Seelsorge- und Predigtarbeit im Fernen Osten Russlands leistete. Er ist durch seine kritische Haltung gegenüber dem lutherischen Oberkirchenrat in Moskau mit seinen kirchlich-konservativen Bestrebungen ebenso wie der Kirchenordnung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Sowjetunion von 1924 bekannt geworden. Bereits 1934 soll er nach Taschkent ausgewiesen worden sein. Am 27.12.1935 (E. Amburger, Pastoren Rußlands, S. 442: 15.2.1936) wurde er verhaftet. 1936 verurteilte man ihn wegen antisowjetischer Tätigkeit und der Annahme von Hilfe aus dem „faschistischen Deutschland" zu sieben, seine Frau gleichzeitig zu drei Jahren Lagerhaft. Hier ist er entweder erschossen worden oder 1939/40 umgekommen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 442; W. Kahle:, Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, passim; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 67, 158, 190, 377 f., 427; J. Schnurr: Kirchen, S. 165.

H.-C. Diedrich

Reimer, Jakob K.

* *1884 Nikolajewka bei Bachmut (Ukraine),* † *10.10.1937 Gebiet Blagoweschtschensk (Russland).*
Verh. mit Elisabeth geb. Goossen, zwei Söhne.

Landwirt auf dem Hof der Eltern; 1912–1914 Besuch des Missionsseminars in Friedensau bei Magdeburg; zunächst Hilfsprediger der Siebenten-Tags-Adventisten in Charkow (Ukraine); 1918/1919 Prediger in Moskau, gleichzeitig im Zuge des Militärdienstes in einem Krankenhaus tätig; ab 1920 Prediger in Jekaterinoslaw/Dnepropetrowsk; 1921 Ordination zum Predigtamt; 1923–1925 Vorsteher der Gemeinde in Leningrad; seit 1932 Vorsteher der Siebenten-Tags-Adventisten in Kiew für das gesamte Gebiet der Ukraine.

R. stammte aus einer wohlhabenden Mennonitenfamilie. Der Vater war Landwirt und verlor seinen Besitz nach der Oktoberrevolution (1917). Der junge R. half dem Vater auf dem Bauernhof. Wann und unter welchen Umständen er Adventist wurde, ist nicht bekannt, doch gab es bereits Adventisten in der Familie. Von 1912 bis 1914 besuchte R. das Missionsseminar Friedensau bei Magdeburg und nahm anschließend die Arbeit als adventistischer Hilfsprediger in Charkow, Ukraine, auf. Weitere Stationen seines Predigtdienstes waren: Moskau (1918/19 – neben seinem Militärdienst in einem Krankenhaus), Jekaterinoslaw/Dnepropetrowsk (ab 1920), Leningrad (ab 1923), Odessa (1925–1932) und Kiew (ab 1932). 1921 erfolgte die Ordination zum Predigtamt. Als Vorsteher wirkte er in Leningrad, Odessa und zuletzt in Kiew, wo er für alle adventistischen Gemeinden der Ukraine Verantwortung trug. Während der „Säuberungen" litt die Kiewer Gemeinde größte Not. R. verteilte Brot an hungernde Glieder und half mit Spenden, die ihn aus dem Ausland erreichten. Im Mai 1935 wurde er in Kiew verhaftet. Man warf ihm im Verhör vor, den sowjetischen Staat abzulehnen, da er öffentlich auf die baldige Wiederkunft Christi verwiesen und die Verfolgung der Christen durch die sowjetischen Behörden als endzeitliches „Zeichen der Zeit" gedeutet hatte. In seinen Predigten tauchte immer wieder der Satz auf: „Siehe, ich komme bald; halte, was du hast, dass niemand deine Krone nehme" (Offb 3,11). Außerdem beschuldigte man ihn der antisowjetischen Agitation, da er Verbindung mit dem Ausland hatte, so z. B. mit seinem Cousin J. B. Penner, der als Schriftleiter in den USA lebte und Geld an ihn überwiesen hatte. R. wurde im Kiewer Gefängnis gefoltert, blieb aber während der Verhöre, die sich bis Juni 1936 hinzogen, standhaft. Nach seiner Verurteilung zu fünf Jahren Lagerhaft (in BAMLag – Lagerkomplex zum Bau ostsibirischer Bahnstrecken) verliert sich seine Spur. Es dürfte als gesichert gelten, dass er zunächst beim Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals eingesetzt wurde. Seine Frau Elisabeth, geb. Goossen, die mehr als zehn Jahre Lagerhaft im Ural überlebt hatte, erhielt viele Jahre später die Nachricht, dass R. 1940 in einem sibirischen Lager an Lungenentzündung verstorben sein soll, doch blieb sie bis zu ihrem Lebensende in Unkenntnis über das genaue Schicksal ihres Mannes. Erst im Jahr 2000 ergaben Nachforschungen, dass R. bereits am 10.10.1937 von einer NKWD-Troika (Schnellgericht) im fernöstlichen Amur-Gebiet bei Blagoweschtschensk erschossen worden war. R. – so die Überlieferung – war bis zuletzt missionarisch wirksam und führte im Lager Geheimtaufen durch.

Quellen: AAE: Akte J. K. Reimer.

D. *Heinz*

Remfert (Rempfert), Karl F.

** 1860 Mecklenburg, † um 1942 (bei) Alma-Ata (Kasachstan).*
Verh. mit Luise, mindestens drei Söhne.
Bauer und Laienprediger der Siebenten-Tags-Adventisten.

Als R. zwei Jahre alt war, zog die Familie zunächst nach Polen, dann nach Wolhynien (Blumenthal), wo sie einen Bauernhof bewirtschaftete. Zu dieser Zeit gehörte sie zur Baptistengemeinde. Um 1897 schloss sich R. unter dem Einfluss des russlanddeutschen Pastors G. Tetz den Adventisten an und stellte sich als Reiseprediger in ihren Dienst. Er wirkte zunächst in deutschen Kolonistendörfern Wolhyniens, aber auch in Städten wie Łódź und Warschau. Seine Arbeit brachte Frucht, indem er neue Gemeinden und Gruppen gründete. Während des Ersten Weltkrieges lebte R. in der Region um Saratow/Wolga. Nach Kriegsende kehrte er wieder nach Wolhynien zurück. In den 1930er Jahren, schon im fortgeschrittenen Alter, wurde er nach Mittelasien entsandt, um dort isolierte russlanddeutsche Gemeinden zu betreuen. Um 1940 im Gebiet von Alma-Ata festgenommen, starb R. an den Folgen der Gefängnishaft. Die genauen Umstände seines Todes sind ungeklärt. Einer seiner Söhne, David

Karl Remfert (geb. 1897), der auch als Prediger der Adventisten im Einsatz war, wurde bereits am 10.10.1937 in Alma-Ata erschossen (rehabilitiert am 19.5.1990).

D. Heinz

Rempel, Jakob Aron

** 9.4.1883 Heuboden (Ukraine), † 11.9.1941 Orel, Russland.*
Verh. in 1. Ehe mit Marie, geb. Sudermann († 1918), zwei Kinder, in 2. Ehe mit Sophie, geb. Sudermann (Schwester seiner ersten Frau), vier Kinder.
1907–1912 Theologiestudium in Basel an der Predigerschule und an der Universität; 1912–1915 Lehrtätigkeit an der Zentralschule in Chortitza; 1915–1920 Lehrtätigkeit an der Kommerzschule in Jusowka (heute: Donezk), Gymnasium in Nikopol und als Privatdozent der Germanistik an der Universität Jekaterinoslaw; 1920–1929 Dienst als Ältester der Mennonitengemeinde in Neu-Chortitza (Ukraine).

Ältester R. war wohl eine der bedeutendsten Persönlichkeiten unter den Mennoniten Russlands im 20. Jahrhundert, sowohl was seine theologische Bildung anbetrifft als auch durch seine hervorragende Persönlichkeit und öffentliche Tätigkeit. Er war der älteste Sohn in einer Familie mit 13 Kindern. Die Vorfahren waren Landwirte, doch den Vater zog es ins Geschäft und er wurde vorübergehend Mühlenbesitzer, erlitt aber 1893 einen vollständigen Bankrott und stürzte in bitterste Armut. Deshalb wurde Jakob nach Beendigung der Dorfschule in Schöndorf bei einem dortigen Bauern als Stallknecht angestellt. Er bildete sich aber durch Selbststudium autodidaktisch weiter und wurde Lehrer. Mit Hilfe eines Stipendiums von einem wohlhabenden Mühlenbesitzer (Johann Thiessen, Jekaterinoslaw) konnte er sechs Jahre in Basel studieren. Er kehrte 1912 nach Russland zurück und begann seine Lehrtätigkeit an verschiedenen höheren Schulen in Chortitza, Jusowka, Nikopol und Jekaterinoslaw. Er diente auch der Mennonitengemeinde Jekaterinoslaw als Prediger. Im Frühjahr 1920 erhielt er einen Ruf als Professor für Germanistik an die Universität Moskau. Gleichzeitig wurde er von der Gemeinde Neu-Chortitza als Ältester gewählt. Er nahm die Wahl mit größter innerer Erregung an und wurde am 2.5.1920 ordiniert.

Nun begann eine rege Tätigkeit in der eigenen Gemeinde und in den Nachbargemeinden. Auf der Allgemeinen Mennonitischen Konferenz im Oktober 1922 wurde er als Vorsitzender der Kommission für Kirchliche Angelegenheiten (KfK) gewählt. Ihm und der KfK galt es nun, die Mennonitengemeinden Russlands vor einer anti-religiös eingestellten kommunistischen Regierung zu vertreten und die mennonitische Jungmannschaft von dem neuen Militärgesetz und dem Militärdienst zu befreien. Darüber hinaus setzte sich die KfK nach wie vor zum Ziel, das zerrissene Mennonitenvolk Russlands wieder zusammenzuschließen.

Unter seiner Leitung fand im Januar 1925 eine Allgemeine Mennonitische Bundeskonferenz in Moskau statt. Die Konferenz wurde später als „Zweite Märtyrersynode der Taufgesinnten“ bezeichnet. Die russische Führung beobachtete die Führer der Mennonitengemeinden und so fielen sie nach und nach den Henkersknechten in die Hände. Von den insgesamt 86 Teilnehmern wurden die meisten in den Jahren 1929–1941 verhaftet und verbannt oder erschossen. Nur 18 gelang es, nach Kanada oder der USA auszuwandern. Auf der Konferenz hielt R. es unbedingt für erforderlich, dass man ihn zunächst einmal etwas in den Hintergrund treten lasse. Deshalb wurde Alexander Ediger zum Vorsitzenden der KfK gewählt. R. wurde aber gebeten, auch weiterhin die begonnene Arbeit zu unterstützen und eine Predigerschule aufzubauen, was die Regierung jedoch verhinderte. Im Juni 1925 nahm R. als Vertreter der Mennoniten Russlands an der ersten Mennonitischen Weltkonferenz in Basel teil und bereiste anschließend fast vier Monate lang die Gemeinden Deutschlands.

Der politische Druck auf den Gemeinden und den Predigern wurde von Jahr zu Jahr höher. Man erlaubte zwar einem jeden Bürger ein religiöses Bekenntnis zu haben, doch jegliche Form religiöser Propaganda wurde verboten. Fast alle Aktivitäten der Gemeinden wurden nun als antirevolutionäres Treiben abgestempelt. Alle Prediger mussten sich als „Kultusdiener“ registrieren lassen und verloren dadurch das Stimmrecht. Damit war ihnen auch jede Möglichkeit genommen, irgendeinen Verdienst zu finden. Trotzdem wurden die Kirchen- und Predigersteuer immer mehr



erhöht, wodurch den Predigern sowie der Gemeinde die Lebensmöglichkeit entzogen werden sollte.

Im August 1929 wurden R. Steuern von fast 800 Rubel bei einem Jahresverdienst von knapp 360 Rubel auferlegt! Er wusste, dass er diese Summe nie aufbringen könnte. Um seiner sicheren Verhaftung aus dem Weg zu gehen, ist Ältester R. am 8.9.1929 aus Grünfeld geflohen. Am 13.10. wurde sein ganzes Vermögen konfisziert und die Familie aus Grünfeld vertrieben. Trotzdem konnte R. schreiben: „[Ich] danke Gott, dass ich um Seines Namens willen leiden darf [...] wollen gehen und Gott danken [...] dass wir solche Gelegenheit erleben dürfen, zu beweisen, dass unser Glaube an Gott mit keinem irdischen Gut verbunden ist [...]." (Zitiert nach A. Rempel: Rempel, S. 473)

R. versuchte im November 1929 mit seiner Familie über Moskau auszureisen, denn er hatte schon vorher Einreisedokumente vom deutschen Konsul in Charkow bekommen. Aber am 16.11.1929 wurde R. in Moskau von der GPU verhaftet und nach sieben Monaten Untersuchungshaft am 9.6.1930 für seine angebliche „anti-sowjetische und konterrevolutionäre Tätigkeit" aufgrund des berüchtigten § 58 zu 10 Jahren Konzentrationslager auf den Solowjezki-Inseln im Weißen Meer verurteilt. Im April 1931 wurde er von hier aus in ein Lager im Süden (Gebiet Alma Ata) verlegt. Im Januar 1932 floh er während der zweiten Verlegung in der Gegend von Omsk zur Mennonitenkolonie Ak-Metschet (Turkestan). Hier konnte er fast vier Jahre unter dem Mädchennamen seiner Frau als freier Bürger leben. In diesen Jahren besuchte er auch die Mennoniten in der Trakehn-Ansiedlung bei Pjatigorsk (Kaukasus) und traf sich dort mit seiner Frau.

Nach einer Denunziation wurde R. am 13.3.1936 wiederum verhaftet. Auf einem Schauprozess wurde er erneut wegen „konterrevolutionärer und anti-sowjetischer Aktivität" beschuldigt und am 18.4.1937 zum Tode durch Erschießen verurteilt. Durch ein Gnadengesuch wurde das Urteil in zehn, später in fünf Jahre Gefängnis und den Entzug aller bürgerlichen Rechte umgewandelt. R. kam zunächst ins Gefängnis bei Wladimir und dann im April 1939 ins Staatsgefängnis nach Orel (500 km südlich von Moskau). Bis Juni 1941 durfte er Briefe an die Familie schreiben. In einem von diesen schrieb er: „Ich weiß, dass Gott es für mich bestimmt hat, deshalb will ich diese Last auch mit Würde tragen." (Zitiert nach H. Heidebrecht: Gipfel, S. 265) In einem seiner letzten Briefe schrieb er noch: „Man kann mich in Ketten legen, schlagen, mir den Kopf abtrennen, aber niemand kann meinen Glauben ... mir nehmen. Vom Stallknecht zum Professor, [...] und jetzt bin ich auf dem Gipfel meines Lebens." (Zitiert nach P. Rempel: Lebens- und Leidensgeschichte, S. 474) Am 8.9.1941, beim Herannahen der deutschen Truppen an Orel wurde R. vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR erneut für Verbrechen nach § 58, Absätze 4, 6 und 10 des Strafgesetzbuches der RSFSR zum Tode verurteilt. Am 11.9.1941 wurde er erschossen. Fast 50 Jahre später, am 15.3.1989, wurde R. durch einen Beschluss der Staatsanwaltschaft der UdSSR rehabilitiert.

Literatur: A. Rempel: Rempel, S. 470–474; P. Rempel: Lebens- und Leidensgeschichte; H. Heidebrecht: Gipfel; P. Letkemann: Remembrance; T. Plokhotniuk: Life; A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 30–36.

Foto: H. Heidebrecht: Gipfel.

P. Letkemann

Reusch, *Emil* Leberecht Ehregott

** 30.8.1893 Bettinger/Baratajewka, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite; † 23.11.1944.*
Verh. mit geb. Hippius.
1913/1914 Jurastudium in Dorpat/Tartu; 1914–1916 Theologiestudium ebendort, offensichtlich ohne Abschluss; Examen in Petrograd (ab 1924 Leningrad) bei Generalsuperintendent Arthur Malmgren.

R. war der Sohn eines Lehrers an der Wolga. Nach der Ordination durch Malmgren wurde er 1919 als Pastor zuerst in Jeisk am Ostufer des Schwarzen Meeres und in Taganrog eingesetzt. 1927 wechselte er in die „Transkaukasische Synode" der ehemals separierten Kolonien in der Umgebung von Tiflis/Tbilissi (Georgien). Zuerst war er Pastor in Annenfeld, ab 1934 in Tiflis. Von hier aus versah er zeitweilig auch den Pastorendienst in Baku/Aserbaidschan. 1931 wurde er das erste Mal verhaftet, aber wieder freigelassen. Die zweite Verhaftung erfolgte 1936, er wurde verurteilt und verbannt. Nach O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 381 ist er 1944 verstorben; die Umstände seines Todes kennen wir nicht. Eine Erschießung am 21.10.1937 (so B. Mensing/ H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 313) ist sonst nicht bezeugt.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 444 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 109, 121, 327, 506, 599, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 263, 277, 381, 427; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 312 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 165.

H.-C. Diedrich

Richter, Theophil

** 1872 Schitomir/Wolhynien, † 6./7.10.1941 Odessa.*
Verh.
Kantor in Odessa.

Am 1.8.1997 starb in Moskau der berühmte Pianist Swjatoslaw Richter, und die Presse feierte ihn als „russisches Genie". Das „russische" Genie im ethnischen Sinne ist aber Legende. Swjatoslaw Richters Vater, Theophil Richter, war viele Jahre Kantor und Chorleiter an der lutherischen St.-Pauli-Kirche und Lehrer an der dortigen lutherischen Pauli-Schule in Odessa gewesen; in sowjetischer Zeit musste er seinen Dienst in der Kirche aufgeben, blieb aber noch einige Zeit Lehrer an dieser nunmehr als „Deutsche Schule" geführten Anstalt. Parallel unterrichtete er auch am Konservatorium von Odessa, bei dessen Konzerten er die Orgelpartien spielte. In der Nacht vom 6. auf den 7.10.1941 wurde er, wenige Tage vor der Einnahme Odessas durch deutsche und rumänische Verbände, vom sowjetischen KGB erschossen.

R. war 1872 in Schitomir (Žitomir), Wolhynien, das das Zentrum der Wolhyniendeutschen bildete, geboren worden. Die Eltern ermöglichten dem musikalisch hochbegabten Theophil ein Studium am Wiener Konservatorium. Nach seiner Rückkehr heiratete er eine ebenfalls musikalisch hochbegabte Ukrainerin oder Russin. 1915 wurde den Richters der Sohn Swjatoslaw geboren, im Jahr darauf folgte R. einer Berufung als Kantor an die Pauli-Kirche in Odessa. Zeitzeugen, die R. als Chorleiter und Lehrer erlebt haben, sprachen gern von diesem stillen und bescheidenen Mann. Swjatoslaw hatte offenkundig die hohe Begabung von Mutter und Vater geerbt – und die Eltern haben sie aufs Beste gefördert. Vermutlich lag es daran, dass Swjatoslaw Richter als Deutscher galt, dass er Odessa nicht verlassen durfte. Sein Weggang nach Moskau 1938, wo er seine musikalische Ausbildung bei Heinrich Neuhaus vervollkommnen konnte, scheint eine Flucht gewesen zu sein.

1931 bis 1935 gab es in Odessa ein deutsches Konsulat; Konsul war Paul Roth, der R. und seinen Sohn gern ins Konsulat einlud, dort erteilte R. dem Sohn des Konsuls, Paul Roth (jun.), und seinem eigenen Sohn Swjatoslaw Klavierunterricht. Das wurde R. zum Verhängnis, als die deutsche Wehrmacht am 22.6.1941 die sowjetischen Grenzen überschritten hatte und im Sturm die Ukraine besetzte. Odessa allerdings wurde erst am 16.10. nach zweimonatiger Belagerung von deutschen und rumänischen Verbänden eingenommen.

Der KGB hatte von Anfang an im Deutschen Konsulat einen Spitzel eingeschleust: Oskar Jundt, einen schwarzmeerdeutschen Kanzleiangestellten. Er berichtete seiner Behörde alles, was bei Roths vor sich ging – einen wichtigen Punkt in den Berichten bildeten die Besuche von Vater und Sohn Richter; Jundt war Hauptzeuge im sog. „Prozeß" gegen R. Von des-

sen Verhaftung am 5.8.1941 bis zum Todesurteil am 3.10. ist er in einem Odessaer Gefängnis immer wieder verhört worden, zwischen dem 26.8. und 22.9. allein elfmal. Seit dem 11.9. konzentrierten sich die Verhöre auf Swjatoslaw: R. wurde schließlich gezwungen zu verraten, dass sein Sohn in Moskau ist. Vor allem wollte man R. dazu bringen zuzugeben, dass er deutscher Spitzel, „Agent der deutschen Aufklärung" gewesen sei – das war er aber nie. Auf die Drohung hin, dass man, wenn er seine antisowjetische vaterlandsverräterische Tätigkeit nicht zugebe, R.s Frau und seinen Sohn zur Rechenschaft ziehen werde, gestand er verzweifelt alles, was der KGB hören wollte – um Frau und Sohn zu retten. Nach der Verkündung des Todesurteils rief R. den „Richtern" zu: „Ich bitte um Schonung meiner Frau und meines Sohnes!" Für sie hatte sich der fast 70-jährige aufgeopfert. Nach der Erschießung wurde er mit anderen irgendwo verscharrt, sodass Swjatoslaw Richter, wenn er Blumen am Grab seines Vaters niederlegen wollte, dies an symbolischer Stelle tun musste. – Swjatoslaw Richter hat es nie verarbeiten können, dass sein Vater das Leben des Sohnes mit seiner Erschießung erkauft hat.

Literatur: Pamjat, 16. April 1999 und 28. Mai 1999; P. Roth: Theophil Richter, S. 56-59.

G. Stricker

Rüger, *Woldemar* Konrad

* *11.11.1891 Nowoskatowka, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, † 11.5.1938.*
Verh. mit Margarete, geb. Stein.
Ausbildung zuerst am Institut für Bergbau in Moskau; 1925–1928 Besuch des Predigerseminars Leningrad.

R., Sohn eines Schulmeisters an der Wolga, genoss zuerst eine säkulare Ausbildung. Er gehörte dann zum ersten Absolventenjahrgang des Predigerseminars. Anschließend wurde er in Moskau ordiniert und nahm im gleichen Jahr 1928 seinen Dienst an der Moskauer „Alten", der Michaelskirche, auf (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 125 irrtümlich: „1934–1935"). Außerdem hielt er Gottesdienste in Gemeinden der Moskauer Umgebung und in Twer. Weil er vom deutschen Gustav-Adolf-Verein für Gemeindeglieder und für die Kirche Zuwendungen erhalten hatte, wurde er nach seiner Verhaftung Anfang 1935 der Annahme von Finanzmitteln aus Deutschland und außerdem der konterrevolutionären Agitation angeklagt. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Freiheitsentzug. 1938 (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 453, und J. Schnurr: Kirchen, S. 167: 1939) ist er in Russlands Fernem Osten in der Haft verstorben. Seine Frau teilte sein Schicksal 1941. Er war der letzte Pfarrer der Moskauer Michaelskirche.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 125, 453 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 599, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 381 f., 427; J. Schnurr: Kirchen, S. 167, H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 61.

H.-C. Diedrich

Rusch, Eduard

* *unbekannt, † 1968.*
Verh.
Theologische Ausbildung durch Selbststudium.

Nach der Prüfung und Ordination durch den estnischen Erzbischof Jaan Kiivit (sen.) in Tallinn (Reval) führte R. den Dienst als „Hilfspastor" in seiner Gemeinde in Frunse (heute: Bischkek), Kirgisien, weiter, den er dort schon seit 1956 wahrgenommen hatte. Bald danach wurde er verhaftet und zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt. Am 30.7.1964 wurde er vorzeitig entlassen und konnte zu seiner Familie zurückkehren, die in Tokmak östlich von Frunse lebte. Etwa 1968 ist er durch einen höchstwahrscheinlich absichtlich herbeigeführten Autounfall ums Leben gekommen.

Literatur: H.-C. Diedrich: Kraft, S. 20.

H.-C. Diedrich

Rusch, Konstantin

* *1894 in Huck/Splawnucha, Kirchspiel Norka, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, † 1941.*
1928 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Nach seiner Ordination 1928 in Sarepta übernahm R. das Pastorenamt ebendort. Sarepta bei Zarizyn (ab 1925 Stalingrad, ab 1961 Wolgograd), gegründet 1765 als Herrnhuterkolonie, gehörte seit 1894 zur Evangelisch-lutherischen Kirche in Russland. 1932 versuchte R., nach Deutschland auszureisen; der Versuch scheiterte, wie bei einer Reihe anderer Pastoren, wegen der Verweigerung der Zustimmung der Bischöfe Malmgren und Meyer. R. wurde 1932 (E. Amburger, Pastoren Rußlands, S. 454: 1930; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 305: schon 1929. Die Angabe von O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 381: 1932 ist die zuverlässigste, weil das Ausreisebegehren im ersten Halbjahr 1932 gestellt worden ist) verhaftet. Er wurde der antisowjetischen und konterrevolutionären Tätigkeit angeklagt und zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, wozu er zuerst auf die Solowki-Insel, danach in die Komi-Republik verbracht wurde. Er war anfangs in Tschibju, später im Lager Uchta-Ishma, wo er als Apothekenverwalter arbeitete. 1941 wurde er (nach B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 305: als Geisel in der Nacht nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion) erschossen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 454; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 310, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 187, 266, 328, 381, 427; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 305; J. Schnurr: Kirchen, S. 167; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 61.

H.-C. Diedrich

Rutz, Philipp

† 1937.

R. wurde in der lutherischen Gemeinde Neuhussenbach an der Wolga mit zahlreichen anderen Christen verhaftet und verschleppt. Unter ihnen waren Heinrich Eisel, Konrad Lese, Konrad Hill, Georg und Johannes Stroh.

R. wurde 1937 erschossen.

Quelle: Briefe Karl Mehling an Heinrich Rathke, 2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 273; Dies.: Widerstehen, S. 53.

T. Westermeyer

Schacht, Gottlieb

** 26.2.1886 Maidan/Wolhynien (Westukraine), † 1938 oder später.*
Verh. mit Maria, geb. Wegner, sechs Kinder.
Seit 1913 Grundschullehrer und Pfarrhelfer in Dshankoi; seit 1922 Küster und Lehrer in Marijanka/Wolhynien (Rayon Pullin); 1924 als Lehrer abgesetzt; seit 1925 Küster in Krasnaja Retschka (Rayon Wolodarsk); seit 1932 auf der Flucht.

Das junge Ehepaar Schacht siedelte 1913 mit der kleinen Tochter Olga von der Ukraine auf die Krim am Schwarzen Meer um. Dort arbeitete S. als Grundschullehrer und Pfarrhelfer. Durch eine Hungersnot zur erneuten Auswanderung gezwungen, ging S. mit seiner Familie zurück in die Ukraine zu seinem Bruder Friedrich Schacht. Dort in Marijanka war S. erneut als Lehrer und Küster tätig.

1925 beschaffte Pastor Uhle ihm eine bessere Küsterstelle in Krasnaja Retschka, da die Bezahlung in Marijanka kaum für die inzwischen fünfköpfige Familie ausreichte. Ab 1930 wurde die Unterdrückung der Christen immer stärker. Schließlich durchsuchte die GPU 1932 das Haus der Schachts und beschlagnahmte alle Lebensmittel. Dabei entging S. nur knapp der Verhaftung, musste aber ab diesem Zeitpunkt fliehen. Die Familie wurde boykottiert: Sie durften keine Waren kaufen oder verkaufen und auch nicht aus dem Haus gehen. Die beiden ältesten Kinder Olga und Hugo mussten aufgrund des Gesetzes über religiöse Angelegenheiten vom Januar 1931 das Haus verlassen. Wie alle Kinder von Geistlichen, die das 16. Lebensjahr erreicht hatten, war es ihnen verboten, bei ihrer Familie zu bleiben. Während eines heimlichen Besuchs bei seiner Familie wurde S. zum ersten Mal verhaftet, entging aber dem Gefängnis mit Hilfe eines Bekannten und galt als frei. Er hielt heimlich Gebetsversammlungen und Gottesdienste in seinem Haus ab.

Schließlich wurde er am 3.10.1933 erneut verhaftet, diesmal gemeinsam mit Pastor Uhle, und nach Kiew abtransportiert. Die Familie durfte ihren Vater nicht besuchen und auch die deutsche Botschaft konnte S. nicht helfen, da er kein deutscher Staatsbürger war, allerdings unterstützte sie die Schachts mit Lebensmitteln und einer Geldspende. Am 25.2.1934 wurde S. zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt und in das



ehemalige Kloster von Sarow verschleppt. Er wurde dort von seinem Sohn Erich besucht, bevor er 1935 in das Dimitri-Lager gebracht wurde, um beim Bau des Wolga-Moskau-Kanals zu helfen. Am 12.4.1938 erreichte sein letzter Brief aus dem Mariinski-Lager seinen Sohn Erich, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits auch schon in Gefangenschaft befand:

„Mein liebes Kind Erich, ich schreibe schon ein paar Tage an diesem Brief. Meine Hände zittern und meine Gedanken können sich vor Schwäche und Schmerzen nicht mehr zusammenfassen. Ich spüre, daß es heimwärts geht. So bitte ich unseren lieben Vater im Himmel, er möge mir Kraft verleihen, noch diesen Brief zu Ende zu schreiben. [...] Meine Füße sind sehr geschwollen, und das Herz will nicht mehr. Und da dachte ich oft an dich, mein Kind, wo du doch in derselben Lage bist. Du tust mir sehr leid, aber der allmächtige Gott wird ja wissen, was zum Besten dient. [...] Mein Herz wünscht, euch alle noch zu sehen, aber hier wird es wohl nicht mehr geschehen. Antworte mir bald. Wie geht es Hugo und Olga? Ich bete viel für sie. Möge Gott sie bewahren. Betet auch fleißig für mich. Seid alle dem Herrn befohlen. Lebt wohl, lebt wohl, ich werde zu meinem himmlischen Vater heimgehen. Dein dich liebender Vater Gottlieb Schacht." (E. Schacht: In Rußland erlebt, S. 73 f.)

Der Vater verstarb vermutlich kurze Zeit später. Erich Schacht überlebte jedoch. Er wurde nach 1945 heimlich von Pastor Arthur Pfeiffer in Moskau als Prediger ausgebildet und betreute anschließend viele Gemeinden.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 295 f.; E. Schacht: In Rußland erlebt, S. 11–42, 73 f.
Foto: E. Schacht: In Rußland erlebt, S. 19.

T. Westermeyer

Schilling, Johann(es)

** ca. 1885 an der Wolga, † nach 1935.*
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Von 1929 bis 1930 war S. Pastor in Schäfer/Lipowka (bei Katharinenstadt/Marxstadt), das davor zum Kirchspiel Reinhard/Ossinowka gehört hatte, und ab 1931 in Gnadentau/Jeruslan, vorher Gemeinde des Kirchspiels Morgentau/Torgun. Alle Gemeinden befanden sich auf der Wiesenseite der Wolga. Er wurde am 23.2.1935 verhaftet und wegen Widerstandes gegen die Anordnungen der Sowjetmacht und der Schädigung der Kolchosen angeklagt. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Straflager. Der Verurteilte ist im Lager Hungers gestorben.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 458; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 599, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 388, 429; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 252; J. Schnurr: Kirchen, S. 168.

H.-C. Diedrich

Schmidgall, Wilhelm R.

** 22.5.1888 nahe Samara/Wolga, † ca. 25.2.1937 Straflager in Nordrussland.*
Verh. mit Karoline, sechs Kinder.
Zunächst lebte S. von Landwirtschaft, entschloss sich aber nach einem Bekehrungserlebnis zum Besuch der

baptistischen Predigerseminare in Łódź und Hamburg 1909–1912. Neben seiner Tätigkeit als Prediger der Baptistengemeinden in Trubetzkoi (Sibirien) 1913–1925 und Neuburg (Wolhynien) 1925–1934 unternahm er im Dienst der deutschen Baptisten Missionsreisen und war Mitglied der Leitung des Bundes der Baptistengemeinden in Russland. Seit Anfang der 30er Jahre stand er unter Beobachtung durch die Geheimpolizei, der er sich mit Hilfe falscher Papiere und Veränderung seines Aussehens durch Flucht in das Gebiet von Charkow entziehen konnte, wo er seinen Lebensunterhalt als Nachtwächter auf einer Kolchose verdiente. Am 2.10.1936 wurde er dennoch verhaftet, nach kurzer Zeit zwar wieder entlassen, aber nach seiner Rückkehr nach Schitomir dort erneut verhaftet, in Ketten gelegt und misshandelt, um ein falsches Geständnis zu erpressen. Das Todesurteil vom 25.2.1937 wurde in Lagerhaft in Nordrussland umgewandelt. Nach ungesicherten und sich widersprechenden Quellen starb er kurz nach der Ankunft dort an Hunger oder durch Erschießen.

Literatur: D. N. Miller: Wolves, S. 32–35, 288.

H.-V. Sadlack

Schmidt, *Waldemar* Jakowlewitsch

* *1861 im Kreis Wenden (Gouvernement Livland)* † *3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

1895–1917 Lehrer und Inspektor eines Heims des deutschen Wohltätigkeitsvereins, danach Aufseher eines lutherischen Friedhofs in Leningrad; in den 1930er Jahren Rentner; Kirchenratsmitglied der St. Petri-Gemeinde in Leningrad.

Wegen seines Wirkens im Kirchenrat der ev.-luth. St. Petri-Kirche in Leningrad wurde S. am 23.11.1937 im Zuge des Verfahrens gegen Pastor Paul Reichert verhaftet. Er wurde am 2.1.1938 zum Tode verurteilt und einen Tag später zusammen mit Reichert und weiteren evangelischen Christen in der Lewaschower Heide erschossen und begraben.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und das Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-32706.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 397.

T. Tatsenko/J. Stobbe

Schnackenburg, Otto

* *15.2.1882 Riga,* † *Herbst 1937 Orenburg.*

1903–1906 Theologiestudium in Dorpat; 1907 Abschluss der Germanistik-Kurse; 1907–1914 Deutschunterricht am Gymnasium in Kaluga; 1914–1917 Lehrer am Gymnasium in Zarskoie Selo bei Petrograd; 1919–1925 Lehrer in einer Mittelschule ebenda; ab 1922 Prediger; 1923 Abschluss der Theologischen Privatkurse bei Bischof A. Malmgren in Petrograd ohne Examen; 1923–1927 Pastor an den Kirchen in Detskoje Selo/Puschkin und Pawlowsk bei Leningrad.

S. stammte aus einer Kaufmannsfamilie. Neben seiner Predigertätigkeit unterrichtete S. von 1927 bis 1935 Deutsch an der Hochschule für Landwirtschaft und am Institut der Ingenieure für Milch-Wirtschaft, wurde dann jedoch aufgrund des Verschweigens seiner kirchlichen Tätigkeit gekündigt. Am 20.4.1935 während der Terrorwelle nach der Ermordung von S. M. Kirow und Säuberung Leningrads von „klassenfremden Elementen“ wurde S. verhaftet und zu fünf Jahren Verbannung nach Orenburg im Südural verurteilt. Dort wurde er erneut festgenommen und am 22.08.1937 zum Tode verurteilt. Er wurde erschossen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-22523.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56, 328; St. Peterburgskij martirolog, S. 374.

T. Tatsenko

Schultz, Siegfried

* *24.10.1880 Oberphalen/Estland,* † *20.8. oder 27.8.1926 Tara bei Omsk.*

Verh., zwei Kinder.

1908–1914 Theologiestudium in Dorpat ohne Abschluss; 1914–1918 Militärdienst; 1918 Verhaftung unter dem Verdacht der Spionage, bald entlassen; 1921–1922 Studium der Theologie mit Abschluss durch Teilnahme an den Privatkursen von Bischof A. Malmgren; 1922 Ordination durch Bischof A. Malmgren; 1922–1924 Pastor in Nowgorod; 1924–1925 Reiseprediger für Gemeinden in Ostsibirien.

Im Mai 1926 wurde S. nach Omsk entsandt, um die zahlreichen deutschen, estnischen und lettischen Siedlungen in der Umgebung zu betreuen. Am 27.8. (oder, nach einem Brief vom Bischof A. Malmgren, am 20.8.) wurde er „nach vorbedachtem Plan von estnischen Kommunisten ermordet, um der erfolgreichen Arbeit des Pastors, der in der kurzen Zeit viel Liebe gefunden, ein Ende zu machen" (zitiert nach H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 121).

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-35162.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 374–375; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 21, 121–122.

T. Tatsenko

Schulz

** unbekannt, † unbekannt.*

S. wurde um 1929 als Kirchenältester zusammen mit Pastor Kluck aus Katharinenstadt und dem lutherischen Propst Heptner aus Orlowskoje (Wiesenseite) und noch 34 anderen, evangelischen Männern zunächst in Pokrowsk/Engels gefangen gehalten. Dann wurden alle in einem komplett verschlossenen Viehwagen zehn Tage lang mit wenig Nahrung und durch eisige Kälte nach Irdel/Nishni-Tagilsk im Uralgebiet gebracht. Nach ihrer „Freilassung" teilten sie sich in der Verbannung fernab von Heimat und Familie ein Zimmer mit 20 Anderen und warteten ausgehungert auf ihren Tod in der Kälte Sibiriens.

Literatur: J. Schleunig: Die Stummen reden, S. 121.

T. Westermeyer

Schulz, Leo

** 25.12.1877 St. Petersburg, † 24.11.1937 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

1896–1900 Theologiestudium in Dorpat; 22.11.1902 Ordination in St. Petersburg; 1902–1911 Pastor an der Marienkirche auf der Petersburger Seite; ab 1910 auch Pastor der städtischen Armenhäuser; Religionslehrer an St. Petersburger Schulen; 1919–1921 Pastor in Duderhof bei Petrograd; 1921–1937 Pastor an der estnischen Gemeinde in Moloskowitzy bei Petrograd-Leningrad.

S. betreute zwischen 1921 und 1937 die estnischen, finnischen und deutschen Gemeinden in Gatschina, Nowoselky, Gubannitza und Jamburg bei Petrograd/Leningrad. S. wurde am 2.8.1937 verhaftet und wegen angeblicher Spionage am 19.11.1937 zum Tode verurteilt. Er wurde am 24.11.1937 auf der Lewaschower Heide erschossen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-47299.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 329; St. Peterburgskij martirolog, S. 375.

T. Tatsenko

Schwengler, Leo

S. wurde in den Jahren 1937/1938 zusammen mit Ferdinand Pineker und noch vielen weiteren Christen verhaftet. Unter ihnen waren Pinekers Bruder Wilhelm und dessen Sohn Wilhelm (jun.), der Lehrer Unger, Jakob Keil, Johannes Bergmann, Abraham Wins und dessen Sohn Heinrich. Alle wurden in die Taiga verschleppt und kehrten nie wieder zurück.

Quellen: Briefe, von Ferdinand Pineker (jun.) an Heinrich Rathke, 3.7.2000, 23.12.2000, 27.1.2001 und 15.2.2001.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 274;

T. Westermeyer

Seib, Eduard

** 26.12.1872 Bergdorf, Gouvernement Cherson (Ukraine), † 12.1.1940 in der Verbannung.*

Verh. mit Marie Helene Karoline Eleonore, geb. Schmidt.

Schulausbildung auf dem Gymnasium in Cherson; 1892–1896 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

S. war wie seine beiden jüngeren Brüder Otto und Woldemar, die auch Pastoren waren, Sohn des Küsterlehrers Valentin Seib in Südrussland (Ukraine). Nach der Ordination am 31.5.1898 in Saratow übernahm er

das Pastorenamt in Messer/Ustsolicha, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, von 1900 bis 1903 zusätzlich das des Rektors der Diakonieanstalt (O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 350: des „deutschen Gymnasiums") in Beideck/Talowka. Von 1909 bis 1918 diente er in Warenburg/Priwalnoje, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite, und von 1918 bis 1924 in der Gouvernements- bzw. Gebietshauptstadt Saratow, hier als Kollege von Liborius Behning. Schon im Mai 1921 gründete er ein Komitee, das die Nahrungsmittelhilfe für die Hungernden und die Flüchtlinge organisierte. 1924/25 war er zwei Monate unter der Beschuldigung in Haft, kirchliche Wertgegenstände der Beschlagnahme durch die Sowjetbehörden entzogen zu haben. Doch die Strafsache wurde wegen Mangels an Beweisen niedergeschlagen. 1925 mussten auf staatliche Anweisung die beiden Gemeinden der Marienkirche vereinigt werden und die beiden Geistlichen wurden gezwungen, Saratow zu verlassen. S. ging als Pastor nach Taganrog im Süden, am Nordufer des Asowschen Meeres. Hier wurde er 1931 verhaftet und an den Aralsee verbannt. Die Entlassung erfolgte vorzeitig 1934, sodass er nach Taganrog zurückkehren konnte, allerdings ohne sein Amt ausüben zu dürfen. 1936 wurde er erneut inhaftiert und nach Sibirien (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 304; und J. Schnurr: Kirchen, S. 171: Kasachstan; E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 472 bringt beide geographische Angaben) deportiert, wo er verstorben ist. Ein Ausreisebegehren nach Deutschland war wie bei seinem Bruder Woldemar durch den Widerspruch der Bischöfe Malmgren und Meyer vereitelt worden.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 472; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 507, 581, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 123, 134, 266, 333, 350, 357, 424; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 304 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 171.

H.-C. Diedrich

Seib, Woldemar



* *2.3.1889 Cherson (Ukraine),† 18.1.1943 bei Tomsk (Sibirien).*

Verh. mit Frieda, geb. Steinwand.

1908–1912 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

S., Sohn des Küsterlehrers Valentin Seib in Südrussland (Ukraine) und Bruder der Pastoren Eduard und Otto Seib, wurde im Oktober 1914 in Kassel, Gouvernement Cherson, Südrussland (Ukraine), ordiniert. Er blieb bis 1922 ebendort als Pastor und ging anschließend von 1923 bis 1928 ins benachbarte Kirchspiel Worms-Johannistal. Dieses war infolge der Aufteilung einer ursprünglich durch den Einfluss des Erweckungspastors Johannes Bonekemper gebildeten „evangelischen" (= unierten) Gemeinde Rohrbach und ihrer Filialen in ein reformiertes und einige lutherische Kirchspiele entstanden. 1928 ging Woldemar Seib nach Dnepropetrowsk (vorher: Jekaterinoslaw) (so O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 350; J. Schnurr: Kirchen, S. 171: auch Nikolajew), wo er am 3.1.1935 verhaftet wurde. Die Anklage lautete auf antisowjetische Tätigkeit, das Urteil auf zehn Jahre Lagerhaft. Er wurde nach Mariinsk bei Tomsk deportiert, wo er im Steinbruch ums Leben gekommen ist. Ein Ausreisebegehren nach Deutschland wurde wie bei seinem Bruder Eduard durch den Widerspruch der Bischöfe Malmgren und Meyer vereitelt. Nur der Bruder Otto Seib hat im Juli 1931 die Sowjetunion verlassen können.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 21 f., 115, 176, 473; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 506, 581, 600, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 266, 350, 353, 424; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 304 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 171.

H.-C. Diedrich

Semke, Christian

** 1907 Nepoznan in Wolhynien, † 30.3.1938 im Gebiet von Archangelsk.*

1926–1929 Theologiestudium am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad; danach Vikar in Balzer/Golyj Karamysch an der Wolga; Ordination 1930; 1930–1934 Pastor in der St. Nikolaus-Gemeinde der deutschen Kolonie Graschdanka und in der deutschen Kolonie Owzyno, beide bei Leningrad; gleichzeitig Buchhalter bei der Verwaltung der Reserve-Einheiten der Armee.

S. wurde am 21.4.1935 für die angebliche „Beteiligung an der konterevolutionären Organisation" verhaftet und am 20.6.1935 zu fünf Jahren Straflager verurteilt. Nach dem Bericht von Eugen Bachmann floh S. auf der Etappe und kehrte heimlich nach Leningrad zurück, konnte aber kein Asyl beim Deutschen Konsulat in Leningrad bekommen und stellte sich den Behörden. Daraufhin wurde er in das Lager im hohen Norden gebracht, wo auch Eugen Bachmann damals war. 1937 wurde S. im Lager im Gebiet von Archangelsk für angebliche „antisowjetische Agitation" erneut angeklagt und am 4.1.1938 zum Tode verurteilt. Er wurde am 30.3.1938 erschossen.

Am 30.3.1989 wurde S. rehabilitiert.

Literatur: E. Bachmann: Ende, S. 149; M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56, 308; St. Peterburgskij martirolog, S. 365.

T. Tatsenko

Sept, Robert

** 1908 Kuban-Gebiet, Südrussland, † 1934 Ural.*
1928 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

S. wurde nicht ordiniert. Er verlebte ein Probejahr (als Adjunkt oder Vikar) in Helenendorf bei Jelisavetpol/Kirowabad (Aserbaidschan), einem der Kirchspiele der „Transkaukasischen Synode", wo gleichzeitig der Pastor Otto Wenzel diente. Danach ging er ins benachbarte Grün[e]feld. 1932 wurde er in den Ural deportiert, 1934 verstarb er im Lager oder wurde erschossen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 156, 474; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 155, 600, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov' (wo irrtümlich der Vorname „Christian" verwendet wird), S. 187, 328, 382, 424; J. Schnurr: Kirchen, S. 172; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 60.

H.-C. Diedrich

Seydlitz (Seidlitz), *Johann* Heinrich

** 16.8.1896 Schaffhausen, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite, † nach 1937.*
Verh. mit Katharina (Iwanowna).
1913 Geschichtsstudium an der Philosophischen Fakultät der Universität Dorpat/Tartu; 1913–1916 Theologiestudium ebendort.

S. legte sein theologisches Abschlussexamen 1916 während des Ersten Weltkriegs in Petrograd ab und wurde 1917 ordiniert. Die Jahre von 1918 an verbrachte er als Pastor in Paulskoje, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite. 1927 wechselte er nach Zürichtal auf der Krim. Hier wurde er 1930 zum ersten Mal verhaftet und der konterrevolutionären Tätigkeit angeklagt, aber nach fünf Wochen wieder freigelassen. 1934 erfolgte eine erneute Verhaftung. 1937 soll er in Feodossija/Krim in Freiheit gelebt, aber sein Amt nicht ausgeübt haben. Danach verliert sich seine Spur.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 474; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 508, 580, 600, 619; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 125, 197, 357, 424; J. Schnurr: Kirchen, S. 172.

H.-C. Diedrich

Siemens, Jakob Heinrich

** 27.9.1883 Eichenfeld (Jasykowo Ansiedlung); † 1937 Saporoschje (?).*
Verh. mit Anna, geb. Aron Thiessen, zehn Kinder.

S. stammte aus einer Prediger-Familie. Sein Vater Heinrich Siemens und sein älterer Bruder Gerhard waren beide Prediger. S. besuchte die Dorfschule in Eichenfeld und danach die Chortitzaer Zentralschule. Anfang des 20. Jahrhunderts siedelte die Familie nach Neuendorf um. Hier heiratete S. 1903 Anna Aron Thiessen. Er kaufte 30 Dessjatin Land von seinem Schwiegervater, mietete noch 30 Dessjatin dazu und arbeitete als Landwirt in Neuendorf. Während des Ersten Weltkrieges leistete er seinen Ersatzdienst als Apotheker. Nach dem Krieg kehrte er zurück zur Familie. Während der schrecklichen Typhus-Epidemie in den Jahren 1919/20 starben innerhalb weniger Wochen sein Vater und Bruder Gerhard. In dieser schweren Zeit wurde S. 1919 zum Prediger der Neuendorfer Mennonitengemeinde gewählt. Er war kein hoch gelehrter Theologe, sondern ein einfacher, tiefgläubiger Bauernsohn, der bereit war, seiner Gemeinde treu bis in den Tod zu dienen.

Als die zwangsmäßige Kollektivierung im Herbst 1929 anfing, plante S., das Dorf Neuendorf zu verlassen und in den Dörfern der Jasykowo Ansiedlung zu finden. Der Wagen wurde aber angehalten und er musste zurück ins Dorf. Die Beamten des Dorfsowjets verhörten ihn. Nachher erzählte er seiner Familie, die Beamten hätten ihn zwingen wollen, seinen Glauben und Dienst öffentlich als „falsch“ und die Bibel als eine „Lüge“ zu erklären. Er tat es jedoch nicht. Anstatt dessen kam er aus dem Sowjet heraus, stieg auf seinen Wagen und sagte den versammelten Dorfleuten, dass er ihnen nur die Wahrheit gepredigt hätte, dass sie die wahre Hoffnung nur in Gott finden könnten. So lange sie die Lehren der Bibel befolgten, würden sie auf dem richtigen Weg bleiben, egal wie schwer das Leben werden möge.

Am 28.2.1930 wurde er auf einer Plenarsitzung des Dorfsowjets zusammen mit 15 anderen Familien als „Kulak“ eingestuft und zur Entkulakisierung die Kategorie III eingeordnet. Zu dieser Kategorie gehörte die Mehrzahl der Kulaken. Laut Gesetz durften sie vorläufig in den Grenzen des jeweiligen Rayons verbleiben, aber sie mussten auseinandergesiedelt werden, und zwar außerhalb der Grenzen von Kolchosländereien auf neu zugewiesenen Grundstücken. Danach wurde bestimmt, dass die Familie S., samt 19 anderen Familien des Deutschen Chortitzer Rayons, Ende März zur neuen Kulakensiedlung Nr. 2 ausgesiedelt werden sollte. Insgesamt wurden 76 auszusiedelnde Kulakenfamilien auf vier Kulakensiedlungen verteilt. Am Tag der Aussiedlung, in der zweiten Märzhälfte, spielten sich in Neuendorf interessante Dinge ab. Sowjet-Beamte merkten schon vorher etwas, deshalb fuhren am Tage, als die Aussiedlung stattfinden sollte, die ganze Milizabteilung, der Vorsitzende des RVK, Parteimitglieder, die Mitglieder der GPU und noch viele andere hinaus nach Neuendorf. Aufzuladen erlaubte das Volk. Es ließ die Menschen jedoch nicht weiter als bis zur Mühle kommen. Dort hatte sich das ganze Dorf versammelt und gab den Weg nicht frei. Ganz Jammertal (Neuhorst) war versammelt und viele Reiter aus dem Russendorf Michailowka und in erster Linie die armen Frauen. Man versuchte es mit Güte und mit Ernst, aber die Leute räumten nicht den Weg. Nun wendete man die Fuhrwerke und wollte auf dem Wege nach Schönhorst hinausfahren, aber auch dort stand eine Menschenmenge. Man wollte die Rädelsführer festnehmen, konnte aber keine finden, sodass man schließlich zurückfahren musste und abladen ließ. „Am nächsten Tage wurde Prediger Jakob Siemens verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. [...] Als man am nächsten Tag die Aussiedlung wieder versuchen wollte, ging dieselbe Geschichte los [...].“ (Zitiert nach F. Thiessen: Neuendorf, S. 203) Die Behörden ließen aber nicht nach, und endlich wurden dann doch alle Familien ausgesiedelt. Die Familie des verhafteten S. kam nach Blumengart.

Der verhaftete Prediger verbrachte vier Jahre in 19 verschiedenen Gefängnissen und Arbeitslagern, kehrte aber im Frühling 1934 zu seiner Familie nach Blumengart zurück. Hier arbeitete er als Nachtwächter in der Kolchose „Rekord“. Nach den Aussagen seines Enkels Heinrich Derksen haben sich Leute am Sonntag in Privathäusern versammelt, um heimlich Gottesdienste abzuhalten. S. predigte, taufte und vermählte heimlich junge Leute. Seine Kinder baten ihn, dies nicht zu machen, weil es gesetzlich strafbar war, aber er sagte, er könne nicht anderes als des Herrn Werk zu tun.

Am 27.8.1937 wurde er wieder vom NKWD verhaftet. Nach einer gründlichen Haussuchung, bei der es angeblich um Briefe aus dem Ausland ging (es wurden keine gefunden), wurde er nach Saporoschje ins Gefängnis gebracht. Am 2.9.1937 wurde er wegen

angeblicher „konterrevolutionäre[r] Tätigkeit gegen den Staat“ zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil wurde am 11.9. in Saporoschje vollstreckt. Dieses schreckliche Schicksal traf damals mehr als 80% der Deutschen, die in den Jahren 1937/38 im Saporoschjer Gebiet verhaftet wurden.

Quellen: H. Derksen (Enkel) Interview 14.9.2004; GAZO fond R-99, opis 1, delo 103; fond R-235, op. 3, delo 48; fond R-5747, opis 3, delo 10072 und op 4, delo 4.

Literatur: Entkulakisierung in Chortitza, S. 3; C. Krahn: Family Steps; P. Letkemann: Remembrance; F. P. Thiessen: Neuendorf, S. 12, 203; H. H. Winter: Hirte, S. 12.

P. Letkemann

Simon, Oktav

* *19.4.1894 Riga, † nach 1939.*

1914–1918 Theologiestudium in Dorpat; 1922–1925 Studium an Theologischen Privatkursen von Bischof A. Malmgren in Petrograd/Leningrad; 1924 Ordination; 1924–1935 Pastor an der St. Petri und Pauli-Kirche in Strelna bei Leningrad; 1930–1935 gelegentliche Gottesdienste in der St. Katharinen- und St. Annen-Kirche in Leningrad.

Nach der Verhaftung von Pastor Kurt Muss war S. in der Jesus-Gemeinde (St. Michaelis-Kirche), an der er seinen Dienst tat, sehr beliebt. Die guten Traditionen seines Vorgängers in der Jugendarbeit hielt S. weiter lebendig. Das erste Mal 1921 in Moskau wegen der Teilnahme an einem christlichen Studentenzirkel verhaftet, kam er wieder frei. Am 17.5.1935 wurde er in Leningrad für Übergabe eines Briefes an das deutsche Generalkonsulat und Annahme einer materiellen Hilfe aus dem Ausland erneut verhaftet und am 1.11.1935 zu sechs Jahren Lagerhaft verurteilt und bald darauf ins Belomoro-Baltijskij Lager verschickt. Man hat ihn das letzte Mal im Dezember 1939 im Lager bei Segesch in Karelien gesehen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-80626.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 54–55, 133–134; St. Peterburgskij martirolog, S. 372.

T. Tatsenko

Sta(a)b, Konrad

* *6.12.1891 Atkarsk, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, † zwischen 1934 und 1938.*

Verh. mit Eugenia.

1912–1914 Studium der Mathematik und Physik an der Universität Dorpat/Tartu; 1914–1916 Studium der Theologie ebendort; danach als Externer am Predigerseminar Leningrad.

Im Lebenslauf von S., soweit er uns bekannt ist, klaffen erhebliche Lücken. Wir wissen nur, dass er von 1922 bis 1925 in Kamyschin, Wolga-Bergseite, und danach bis 1930 in Frank/Medwedizkoje/Krestowoj Bujerak als Pastor gedient hat. Im Oktober 1930 wurde er zum ersten Mal verhaftet und zu Zwangsarbeit verurteilt, ist allerdings nach zwei Jahren wieder freigekommen. Eine vom sowjetischen Außenkommissar Litwinow 1931 genehmigte Ausreise nach Deutschland hat er nicht realisiert. 1934 wurde er in Kamyschin erneut festgenommen und anschließend deportiert. Weitere Zeugnisse fehlen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 480; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 508, 579, 600, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 266, 328, 390, 429; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 296 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 173.

H.-C. Diedrich

Steinwand, *Friedrich* Hermann Daniel

* *26.4.1888 in Worms/Gouvernement Cherson (Ukraine), † nach 1936.*

Verh. mit Amalie, geb. Ochsner.

1901–1906 Besuch der St. Petrischule in St. Petersburg; 1906 und 1907–1915 mit Unterbrechungen Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

S., Sohn des Pastors Daniel Steinwand und Bruder von Ludwig Steinwand, arbeitete während der Unterbrechungen seines Theologiestudiums als Hauslehrer und von 1911 bis 1913 als Schullehrer in Tarutino/Bessarabien, wo er 1912 zum Direktor avancierte. 1919 in Odessa ordiniert, diente er von 1919 bis 1933 als Pastor in Neu-Freudental, Gouvernement Cherson (Ukraine). Hier war er auch zeitweilig als Stellvertreter des Prop-

stes im Amt. Spätestens 1933 hat er das Pastorenamt aufgegeben. Er wird als einfacher Arbeiter in Moskau erwähnt. 1936 wurde er verhaftet und ins Arbeitslager deportiert. Hier ist er umgekommen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 484; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 506, 581, 600, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 266, 390, 429; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 257 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 174.

H.-C. Diedrich

Steinwand, *Ludwig* Siegfried Jakob

* *7./19.10.1889 Worms/Gouvernement Cherson (Ukraine), † nach 1934 oder 1943.*

Verh. mit Sigrid Margarethe, geb. Peterson.

1901–1908 Besuch der St. Petrischule in St. Petersburg; 1908–1915 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Nach dem Studium arbeitete S., Sohn des Pastors Daniel Steinwand und Bruder von Friedrich Steinwand, als Hauslehrer in Samarkand. 1917 wurde er in Pjatigorsk/Ciskaukasien ordiniert (nach O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 390, war er von 1916 bis 1917 ebendort Pastor). Von 1917 bis 1923 hatte er das Pastorenamt im Kirchspiel Katharinenfeld bei Tiflis/Tbilissi (Georgien) und von 1923 bis 1927 im benachbarten Annenfeld inne, beide gehörten zur „Transkaukasischen Synode". Anschließend war er bis 1931 in Krasnodar, früher Jekaterinodar, am Kuban (Südrussland). 1931 wurde er verhaftet. Während der Haft erblindete er. Etwa 1934 kam er frei und lebte wieder in Krasnodar, allerdings ohne sein Amt auszuüben. Später ist er erneut in Haft genommen worden, wo er (nach B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 236 f. „in einem Straflager bei Rostow am Don" nach 1931) verhungert ist. (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 484 datiert seinen Tod auf „nach 1943").

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 156, 484 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 581, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 263, 390, 429; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 236 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 174.

H.-C. Diedrich

Streck, Alexander mit Ehefrau und zwei Töchtern

* *25.6.1883 Popowka, Kreis Kamyschin, Gouvernement Saratow, Wolga-Bergseite, † nach 1938.*

Verh.

1903–1911 und 1912/1913 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Über den Zeitpunkt der Ordination von S. wissen wir nichts, wohl aber, dass er von 1914 bis 1924 in Grimm/Lesnoj Karamysch, Gouvernement Saratow, und von 1924 bis 1928 in Astrachan als Pastor im Dienst war. Dann wechselte er zur St. Petri und Pauli-Kirche (so O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 391, und J. Schnurr: Kirchen, S. 174 f.: auch St. Michaelskirche) in Moskau. 1936 wurde er verhaftet und am 5.11. des gleichen Jahres deportiert, wohin ist unbekannt. Die letzte Nachricht stammt aus dem Jahre 1938. Seine Frau und seine beiden Töchter haben später sein Schicksal geteilt. Er war der letzte lutherische Pfarrer in Moskau; die St. Petri-Pauli-Kirche ist, nachdem das gottesdienstliche Leben noch einige Zeit von Gemeindegliedern weitergeführt worden war, als letztes lutherisches Gotteshaus in der Hauptstadt am 8.8.1938 geschlossen worden.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 126, 487; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 52, 122, 142, 580, 600, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 279, 391, 429; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 299 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 174 f.

H.-C. Diedrich

Stroh, Johannes und Georg

Die Brüder Stroh wurden mit zahlreichen anderen Christen verhaftet und verschleppt. Unter ihren Mitgefangenen waren Heinrich Eisel, Konrad Lese, Konrad Hill und Philipp Rutz.

Quellen: Briefe Karl Mehling an Heinrich Rathke 2001.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 273; Dies.: Widerstehen, S. 62.

T. Westermeyer

Stroh, Theodor

* *1905 Nowosaratowka, † 3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

S. war Kolchosbauer in der deutschen Kolonie Nowosaratowka bei Leningrad und Kirchenratsmitglied der dortigen St. Katharinen-Gemeinde. Am 8.11.1937 wurde er im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für seine angebliche „Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation" zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 398.

T. Tatsenko

Stürz (Vater und Sohn)

† nach 1933.

Sowohl der Vater als auch der Sohn der Familie S. wurden auf der Bergseite, also der Westseite der Wolga umgebracht. Eduard Eichhorn war der letzte Pastor in dieser Gegend. Er trat zunächst 1930 zurück. Als er 1932 in sein Amt zurückkehrte, wurde er bereits im darauffolgenden Jahr verhaftet und verbannt.

Die Enkelin, beziehungsweise Tochter Irina der Familie S., wurde später nach Almaty/Kasachstan verbannt.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 243.

T. Westermeyer

Summer, Christian mit Sohn

* *1874, † 1937.*

S. und sein Sohn Heinrich (1908–1937) waren Gemeindemitglieder in Moloskowitz, einer abgeteilten estnischen Gemeinde. Dort wurden sie zusammen mit Pastor Leo Schultz am 2.8.1937 verhaftet. Sie wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 278.

T. Westermeyer

Suppers, Georg

* *1870 Neu-Hussenbach/Wolga, † 1943 Kasachstan. Verh., Kinder.*

S. gehörte zu den Nachkommen der um 1750 von Katharina der Großen ins Wolgagebiet, den Kaukasus und andere Gebiete Russlands gerufenen Kolonisten. Er wuchs in Neu-Hussenbach auf der Wiesenseite der Wolga im Gebiet Saratow auf. Hussenbach gehörte zur lutherischen Gemeinde Brunnental mit über 10 000 Eingepfarrten. Seit 1913 amtierte dort als letzter Pastor Johannes Grasmück, 1932 verhaftet. Nach vier Jahren Verbannung kehrte er ins Gebiet Saratow zurück. Später wurde er wahrscheinlich, wie fast alle anderen russlanddeutschen Pastoren, in der stalinistischen Verfolgung umgebracht. In der Gemeinde Neu-Hussenbach versah der Schulmeister viele Aufgaben in der Kirchgemeinde, da der Pastor aus Brunnental nur von Zeit zu Zeit ins Dorf kam. S. gehörte zu den „Brüdern" in der Gemeinde. Sie hielten sonntags nach dem Gottesdienst und oft auch noch während der Woche die „Brüderstunde". So war die Gemeinde für die Zeit der stalinistischen Verfolgung gerüstet. Wenn die Pastoren verhaftet oder gar umgebracht wurden, haben Gemeindeglieder die geistlichen Aufgaben übernommen. So geschah es auch, als nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion 1942 die Russlanddeutschen nach Sibirien, Kasachstan und Mittelasien verschleppt wurden. Auch S. betete in der Verbannung heimlich mit anderen Christen, legte die Bibel aus, taufte und segnete Verstorbene aus. 1943 wurde „der damals schon hochbejahrte Mann verhaftet". Ihm wurde vom sowjetischen Tribunal vorgeworfen, sich religiös betätigt zu haben. „Man hatte ihm vorgeschlagen, er solle sich doch von Gott absagen, vor seinen Brüdern, und dann hatte man ihm das Leben versprochen. Worauf er aber sagte: ich kann es nicht. Gott hat immer zu mir gehalten, und ich halte zu Gott." So schilderte ein Leidensgenosse

und Zeitzeuge das Glaubenszeugnis von S. Man fühlt sich erinnert an das Zeugnis des urchristlichen Märtyrers Bischof Polycarp von Smyrna, der lieber in den Feuertod ging als im Alter seinem Heiland abzusagen. So ging auch der evangelische Christ S. 1943 in Kasachstan seinen Weg. Sein Weggefährte beschrieb es in einem Brief: „Dafür wurde er umgebracht." Tausende teilten damals in der stalinistischen Verfolgungszeit als Christen sein Schicksal und bezeugten ihren Glauben bis zum Tod. Es gehörte zum System, dass sie spurlos verschwanden. Sie wurden „liquidiert", oft im wörtlichen Sinne, indem man die zum Tode Verurteilten in den großen sibirischen Flüssen ertränkte und wegschwemmte. Von S. kann der Berichterstatter hier Zeugnis geben, weil er seit 1972 oft und zuweilen für lange Zeit bei den evangelischen Gemeinden in Sibirien, Kasachstan und Mittelasien unterwegs war. Dort hat man mir weitererzählt von den Erfahrungen und Leiden der Väter und Mütter. Damals war einer meiner Begleiter Karl Mehling. Dessen Frau wusste zu erzählen, dass ihr eigner Vater vor den Augen der Geschwister erschossen wurde. Später wurden auch zwei ihrer Brüder umgebracht. Karl Mehling und andere haben mir in ihren Briefen nicht nur von S., sondern auch von vielen andern russlanddeutschen Christen, ihrem Leiden und gewaltsamen Tod geschrieben. Heute erinnern Gedenkstätten mit christlichem Kreuz und islamischem Halbmond bei Karaganda und Astana (früher: Akmolinsk bzw. Zelinograd) an Gulags (Straflager) aus Stalins Zeiten, in denen Tausende umkamen und umgebracht wurden.

Quellen: H. Rathke: Sibrische und kasachische Reisetagebücher 1972–2003; Briefe Karl Mehling 1994–1996.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 311; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 138, Nr. 198; 269; B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 60; Dies.: Mitmenschlichkeit, S. 311.

H. Rathke

Szitnik, Alfred

* *1867 Saratow, † 3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*

Seit 1895 Pharmazeut in St. Petersburg; 1924 Direktor der Homöopathischen Apotheke in Leningrad.

S. gehörte 1923 zu den Gründern der russischen Jesus-Gemeinde für Vertreter der ev.-luth. und reformierten Konfessionen. Zwischen 1923 und 1935 war er Vorsitzender des Kirchenrates dieser Gemeinde. Nach der Auflösung der Jesus-Gemeinde trat S. in die St. Petri-Gemeinde ein, wo er bald zum Mitglied des Kirchenrates wurde. Am 23.11.1937 wurde S. verhaftet und am 2.1.1938 für „aktive konterrevolutionäre faschistische Spionage-Tätigkeit" in der angeblich nationalsozialistischen Untergrundgruppe an der St. Petri-Kirche unter der Leitung von Pastor P. Reichert zum Tode verurteilt. Am 3.1.1938 wurde er zusammen mit den Pastoren Paul und Bruno Reichert und anderen Kirchenratsmitgliedern der St. Petri-Kirche in der Lewaschower Heide erschossen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-32706.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 122 f., 134 f., 359; St. Peterburgskij martirolog, S. 394.

T. Tatsenko

Tennikowa, Ida

* *1866 Kirowobad/Russland, † 16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

T. arbeitete als Lehrerin für Deutsch und Musik in Baku. Zusätzlich war sie in der Kirchengemeinde als Sekretärin tätig. Sie wurde am 28.7.1937 aufgrund ihres kirchlichen Engagements und wegen der „Teilnahme an einer faschistischen Aufklärungsorganisation, deren konterrevolutionäre Versammlungen in der Kirche stattfanden" verhaftet, so die Protokolle des NKWD. Auch sie wurde zusammen mit sieben anderen Gemeindemitgliedern erschossen.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 69; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 264; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Thorassjanz, Ossip

* *28.8.1881 Baku/Aserbaidschan, † 23.10.1937 Ordschonikidse (Wladikawkas).*

Verh. mit Therese, geb. Külpe, ein Sohn, eine Tochter.

1901–1907 Theologiestudium in Dorpat; 1908 Ordination in Baku; 1908–1914 Pastor in Baku; 1914–1918 Pastor in Pensa an der Sura (Zentralrussland); 1918–1920 Pastor in Baku; ab 1924 Pastor in Wladikawkas.

Der aus einer kleinbürgerlichen armenischen Familie stammende T. besuchte das Gymnasium in Baku und ging dann nach Dorpat, um Theologie zu studieren. Dort fand er seine Frau, eine Deutsche aus Riga. Er kehrte in seine Heimat zurück und übernahm als erster Einheimischer und Nachfolger zweier deutscher Kollegen die Pastorenstelle in Baku. Bis 1920 blieb er in Baku, unterbrochen durch seine Arbeit in Pensa während des Krieges. Die Situation der Gemeinde verschlechterte sich ab dann zunehmend. Schließlich konnte sie 1922 keinen Pfarrer mehr bezahlen, sodass T. 1924 einem Ruf nach Wladikawkas folgte.

Am 16.6.1936 wurde T. verhaftet und zunächst in Einzelhaft gehalten, sodass es ihm möglich war, viele Notizen in seiner Taschenbibel zu machen. Er sammelte Texte zu theologischen Themen und schrieb auch seine Lieblingslieder auf. Über ein Jahr wartete er auf seinen Prozess, an dessen Ende er zum Tode verurteilt wurde. Am 23.10.1937 wurde T. hingerichtet.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 492; E. Bachmann: Ende, S. 150; G. Kretschmar: Märtyrer, S. 60–65; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 266; Dies.: Widerstehen, S. 51 f.; K. Stumpp: Verzeichnis, S. 175; Der Bote, 4/2001, S. 31.

T. Westermeyer

Töws, Aron Peter

* *10.2.1887 Fürstenau (Molotschna-Kolonie, Ukraine),* † *1938 (?) Sibirien.*

Verh. mit Maria, geb. Sudermann, vier Kinder.

1908–1914 Lehrtätigkeit auf dem Gut Alexeevka und in den Dörfern Neuendorf sowie Nieder Chortitza; 1914–1917 Sanitätsdienst; 1920–1922 Lehrtätigkeit in Friedensfeld; 1922–1923 Angestellter der AMRA; 1924–1934 Prediger der Chortitzer Mennonitengemeinde.

Sein Vater Peter Aron Töws war Prediger der Schönseer Mennonitengemeinde (Molotschna). Nach dem Abschluss der Dorfschule in Fürstenau absolvierte T. die Zentralschule und dann die zweijährigen pädagogischen Klassen in Neu-Halbstadt. Darauf hin wurde er 1908 Lehrer im Nikopoler Kreis, auf dem Gut Alexeevka. Hier heiratete er 1910 Maria Sudermann, die Tochter des Gutsbesitzers David Sudermann.

T. diente während des Ersten Weltkrieges als Sanitäter im Allrussischen Semskij Sojus auf dem Zug No. 194. Anschließend war er 1916–1917 Angestellter in der Kanzlei des Semstwo-Verbandes, kam aber schon Ende Oktober 1917 nach Hause. Samt Familie lebte er 1917–1920 als Flüchtling in Nikopol. Nach Ende des Bürgerkrieges nahm er 1920–1922 wieder seine Lehrtätigkeit in Friedensfeld auf. Im Sommer 1922 siedelte er mit Familie um nach Chortitza-Rosental, wo er als Angestellter der amerikanischen Hilfsorganisation AMRA (American Mennonite Relief Association) arbeitete. Während der großen Hungersnot bereiste er die Kolonien und inspizierte unter anderem die überall eingerichteten Hungerküchen.

Viele Prediger der Chortitzaer Gemeinde wanderten 1923/24 nach Kanada aus. Die Gemeinde brauchte neue Arbeiter. Im Herbst wurde T. als Predigerkandidat vorgeschlagen und im November 1924 als Prediger gewählt. Danach durfte er nicht mehr als Lehrer arbeiten, wurde aber am 2.12.1924 als Sekretär und Kirchenbuchführer der Gemeinde mit einem Monatsgehalt von 30 Rubeln angestellt. Zur gleichen Zeit kam ein Abgeordneter der örtlichen Regierung und teilte ihm mit, er sei zum Vorsitzenden des Rayon-Vollzugskomitees gewählt worden, und er wurde gefragt, ob er die Wahl annehmen würde. Er konnte nicht beide Posten bekleiden – als Prediger war es ihm nicht erlaubt, in der Regierung zu arbeiten.

Am 6.1.1925 wurde T. als Prediger der Chortitzer Mennonitengemeinde mit dem Text „Sei getreu bis in den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“ (Offb 2,10) eingesegnet. Eine Woche später beteiligte er sich als Delegat an der Mennonitischen Bundeskonferenz in Moskau, der so genannten „Zweiten Märtyrersynode der Taufgesinnten“. Von den insgesamt 86 Teilnehmern wurden die meisten in den Jahren 1929–1941 verhaftet und verbannt oder erschossen, nur 18 gelang es, nach Kanada oder in die USA auszuwandern.

Alle Prediger mussten sich als „Kultusdiener“ registrieren lassen und verloren dadurch das Stimmrecht. Damit war ihnen auch jede Möglichkeit genommen, irgendeine Arbeitsstelle zu finden. Schon 1925 wurde T. als stimmloser Prediger so hoch besteuert, dass er

seinen Hof und sein Vieh verkaufen musste, um die Steuern bezahlen zu können. Die Familie nahm bei fremden Leuten Quartier.

1929 kamen dann die Zwangskollektivierung und die Aussiedlung der Kulaken. In Chortitza setzte die antireligiöse Propaganda mit voller Schärfe ein. Gottlosenzirkel wurden gegründet, in denen man Vorlesungen hielt, um die Jugend „aufzuklären". Auf einer solchen Vorlesung erwiderte T.: „Ihr selbst seid der beste Beweis dafür, dass es einen Gott gibt. … Man kämpft nicht gegen etwas, das nicht da ist!" (zitiert nach O. Rempel: Lebens- und Leidensgeschichte, S. 74).

Anfang der 30er Jahre wurden fast alle Prediger verbannt. Vorher waren schon viele geflüchtet, oder versuchten, über Moskau nach Deutschland, Paraguay oder Kanada auszuwandern. T. war fast der einzige Prediger der Chortitzaer Gemeinde, der geblieben war. Er musste mehrere Gemeinden zu gleicher Zeit betreuen. Zweimal wurde er nach der Predigt von der GPU ins Verhör genommen. Man hatte ihm streng verboten, in den Häusern zu predigen oder Begräbnisse abzuhalten. Er sollte versprechen, damit aufzuhören. T. aber bestand immer wieder darauf, dass man ja in der UdSSR Glaubensfreiheit hätte. Nach einer Andacht im Nachbardorf Rosengart wurde er abermals verhört und gewarnt, aber nicht verhaftet. Zu Hause bemerkte er: „Ich bin noch nicht an der Reihe, sonst wäre ich nicht hier. Ob ich unwürdig bin für Christus zu leiden?" (Zitiert nach ebd., S. 85)

Bald danach kam er doch an die Reihe. Am 28.11.1934 wurde er vom NKWD verhaftet und ins Gefängnis nach Saporoschje überführt. Nach sechs Wochen kam er mit einem Gefangenentransport nach Dnepropetrowsk. Um ihn zu quälen, hatte man T. in eine Kammer mit kriminellen Verbrechern gesteckt. Diese nahmen ihm alles weg, auch sein künstliches Zahngebiss. Er kam für fünf Jahre in ein Straflager und gelangte im Sommer 1935 mit einem Gefangenentransport nach Sibirien. Unterwegs erkrankte er und kam in Nowosibirsk ins Krankenhaus, wo er Hilfe in der Gestalt eines deutschen Arztes erhielt. Dann ging es weiter in die Verbannung in den Urwäldern Sibiriens. Er wurde auf verschiedene Stellen versetzt, lebte als „Freier Bürger", aber musste sich jeden Monat beim örtlichen NKWD melden. Zuletzt war er im Dorf Goltjawino. Von hier aus erhielt die Familie den letzten Brief vom 6.2.1938. Danach kamen alle Briefe mit dem Vermerk zurück, der Vater habe neue schwere Verbrechen begangen und sei deshalb auf weitere 10 Jahre verbannt, ohne Recht zu korrespondieren. Wie man später erfuhr, bedeutete dieses, dass er wahrscheinlich erschossen worden war.

Literatur: P. Letkemann: Remembrance; O. Rempel: Lebens- und Leidensgeschichte; A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 79–85, H. H. Winter: Hirte, S. 14 f.

P. Letkemann

Töws, Johann

** 25.6.1878 Molotschnakolonie (Südrussland), † 21.2.1933.*
Verh., Kinder.
Lehrerausbildung; Lehrertätigkeit in den Molotschnadörfern und an der Zentralschule Nikolajewka (Kronstadt); Prediger und Ältester der Mennoniten-Brüdergemeinde in Nikolajewka (Ignatjewo); Leiter der Bibelkurse.

T. war Sohn des Predigers Johann Töws (sen.) Nach der Lehrerausbildung unterrichtete er an der Zentralschule in Nikolajewka deutsche Sprache und Religion. Als junger Lehrer schrieb er einmal einen kritischen Artikel in einer großen Deutschen Zeitung, in dem er einige Missstände in den mennonitischen Dörfern aufdeckte. Das brachte ihm manche Schwierigkeiten mit eigenen Leuten ein. Im Ersten Weltkrieg diente T. als Sanitäter und hielt regelmäßig Bibelstunden ab. In der Mennonitengemeinde Petershagen wurde er zum Prediger gewählt, allerdings schloss er sich bald der Mennoniten-Brüdergemeinde in Nikolajewka an. Hier wurde er zum Ältesten der Gemeinde gewählt. Besonders gerne arbeitete er mit jungen Menschen. Schon bald nach der Oktoberrevolution wurde er vor die Wahl gestellt: entweder er würde sich vom Predigtdienst lossagen oder er müsse seine Lehrertätigkeit niederlegen. Schweren Herzens legte er sein Lehramt nieder. In den 1920er Jahren gerieten seine Gemeinde und er selbst unter starken Druck seitens der Behörden. Mehrere Male wurde T. verhört und bedroht. In dieser Zeit verließen viele Lehrer und Prediger Russland. T. konnte sich nicht zur Ausreise entschließen, da er die Verantwortung für seine bedrängte Gemeinde spürte, und beschloss, so lange wie nur irgend möglich „als Hirte bei der Herde" zu bleiben (A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 48).

Auf der letzten Allukrainischen Mennonitischen Konferenz in Melitopol im Oktober 1926 hielt T. ein Referat über die „Hebung des religiös-sittlichen Zustandes der Gemeinden“ (A. H. Unruh: Geschichte). Er sagte unter anderem, dass die Voraussetzungen für die Hebung des geistlichen Zustandes der Gemeinden folgende seien: 1) mehr Sündenerkenntnis, 2) mehr Gebetsleben, 3) entschiedene Absonderung von der Welt nach 1. Johannes 2,15 f., nämlich Fleischeslust, Augenlust und hoffärtiges Leben zu meiden, 4) Einheit der Kinder Gottes in allen Lagern, 5) tüchtige Wortverkündigung, 6) Freude am Herrn. Neben den genannten Voraussetzungen machte er auch konkrete Vorschläge: Die Prediger und Diakone sollten mindestens ein- oder zweimal monatlich zusammenkommen, es sollte das richtige Verhältnis zwischen Erweckungs- und Heiligungsarbeit gefunden werden, Gemeindestunden und das heilige Abendmahl sollten öfter stattfinden, die Hausbesuche sollten intensiviert und die Begabungen der Geschwister mehr berücksichtigt werden. T. wurde in dieser Zeit zu einem der bedeutendsten Ältesten der Mennoniten-Brüdergemeinde. In den nächsten Jahren setzte die schwere Christenfolgung ein und T. konnte nicht mehr seinen Dienst in der Gemeinde verrichten. 1927 versuchte er, mit seiner Familie Russland zu verlassen, doch die GPU verwehrte ihm die Ausreise.

Im Herbst 1929 sah er sich gezwungen, mit vielen anderen Russlanddeutschen nach Moskau zu gehen, um dort die Ausreise ins Ausland zu beantragen. Nach einigen Tagen wurde T. verhaftet und verbrachte acht Monate in den berüchtigten Gefängnissen der GPU in Moskau. Nach nächtelangen Verhören und Folterungen verschiedener Art war er gesundheitlich völlig am Ende. Schließlich verurteilte man ihn zu fünf Jahren Verbannung in den Norden. Zusammen mit einigen anderen führenden mennonitischen Ältesten und Predigern wurde er in ein Verbannungslager nördlich von Leningrad (Petersburg) gebracht. Seiner Familie gelang die Ausreise nach Deutschland und weiter nach Brasilien. Frau T. hatte von Deutschland aus mehrere Bittgesuche eingereicht und gehofft, ihren Mann „rausholen“ zu können. Doch alle Bemühungen schlugen fehl.

T. musste in der Nähe des Dwina-Flusses harte Waldarbeit verrichten, bis er körperlich dazu nicht mehr in der Lage war. Er litt an Herzerweiterung, schweren Schwindelanfällen und einigen anderen Krankheiten, die Folgen der Folterungen und schweren Haftbedingungen im Gefängnis waren. Nun wurde ihm die Essensration gekürzt bzw. gestrichen. Nur dank seiner vielen Freunde konnte er noch eine Zeit lang überleben. In dieser Zeit schrieb T. mehrere herzergreifende Gedichte über seine Leiden und sein Gottvertrauen. Unter ihnen das weit bekannte Gedicht „Im Schmelztiegel“ (ebd., S. 51–52).

Am 21. Februar 1933 verstarb T. in der Verbannung im Alter von 55 Jahren.

Literatur: A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 1, S. 47–56; J. Hildebrandt/H. Klassen/G. Wölk (Red.): Aber wo sollen wir hin?, S. 31–40; H. Heidebrecht: Gipfel, S. 166–167, 210, 216 f.; A. H. Unruh: Geschichte.

H. Heidebrecht

Trippel, Nikolai

** Wolgakolonien, † nach 1942.*
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

T. gehört zu den Pastoren, über deren Ergehen wir kaum etwas wissen. Nach dem Abschluss seiner Ausbildung im Juni 1929 wurde er ordiniert; noch im gleichen Jahr (O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 383: 1928; das scheint jedoch nicht möglich) ging er als Pastor nach Nowograd-Wolynskij in Dienst. 1930 wurde er hier verhaftet und anschließend deportiert. 1942 lebte und arbeitete er in Buguruslan/Baschkirien (heute: Baschkortostan). Danach verliert sich seine Spur.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 498; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 263, 328, 383, 428; J. Schnurr: Kirchen, S. 177.

H.-C. Diedrich

Trube, Friedrich (sen.)

** um 1900, † um 1936.*
Verh., ein Kind.

Die Familie Trube, über deren Schicksal kaum Quellen überliefert sind, lebte im Wolgagebiet von der

Landwirtschaft. Mitte der 1930er Jahre hatten die meisten Gemeinden dort bereits ihre Pastoren verloren. Die Christen trafen sich heimlich, um zusammen zu beten und die Bibel zu lesen; so auch die Familie Trube. Als eine bolschewistische Truppe ihr Haus inspizierte und einen Kruzifixus an der Wand hängen sah, befahl sie T., ihn zu zerbrechen und dem Glauben abzuschwören. Da er sich jedoch weigerte, wurde er nach draußen geführt und vor den Augen seiner Familie erschossen.

Die Familie wurde 1941 mit den anderen Wolgadeutschen nach Sibirien deportiert. T.s Sohn, Friedrich Trube junior, wurde Mitbegründer der lutherischen Gemeinde in Taldy-Kurgan und betreute als Laienprediger auch die Gemeinden der Umgebung.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 256 f.; Dies.: Widerstehen, S. 48.

T. Westermeyer

Trzaska, Nikolai

(Amburger: **Tczaska, Tschaska;** Schnurr: **Trjaska**)

* *unbekannt,* † *unbekannt.*

Bis 1925 oder 1926 Teilnahme an den von Generalsuperintendent Malmgren in Petrograd/Leningrad eingerichteten theologischen (sog. „Privat-") Kursen.

T. ging nach Abschluss seiner Ausbildung und Ordination und möglicherweise einem Jahr als Adjunkt oder Vikar 1928 als Pastor nach Rosental in Transkaukasien, einer ursprünglich „separierten Gemeinde", und blieb hier bis 1936. Die Angabe von W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 600 und O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 383, er habe auch in Marienfeld als Pastor gedient, ließ sich nicht verifizieren: Hier war von 1926 bis 1936 Theodor Fehler im Amt. Über T.s weiteres Ergehen ab 1936 wissen wir nichts.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 155, 178, 498; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 147, 567, 600, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 182, 327, 383, 428; J. Schnurr: Kirchen, S. 177; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 20 f.

H.-C. Diedrich

Tyssen, Dietrich

* *1871 Deutschland,* † *16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

T. war als Architekt im Erdölbetrieb am „Asnefteprojekt" in Baku tätig und seit 1934 Mitglied des Kirchgemeinderates. Seine Kenntnisse waren auch innerhalb der lutherischen Gemeinde sehr nützlich, zum Beispiel in Bezug auf die Erhaltung der kirchlichen Gebäude. Er war unter anderem mit an dem Versuch beteiligt, die Glocken zu retten, bevor die Kirche der Demontage zum Opfer fallen sollte. Zu diesem Zweck hatte man Kontakt zum deutschen Konsulat in Tbilissi aufgenommen, was ihm nach seiner Verhaftung am 23.7.1937 zum Vorwurf gemacht wurde: Er habe einen ausländischen Staat gegen die Sowjetmacht in Anspruch genommen. Außerdem legte man ihm zur Last, dass der Kirchgemeinderat Unterstützung bei Oberpastor Reisch (Reusch) gesucht hatte, um die Gemeinde zu stärken und sie so am Leben zu erhalten, ohne den Behörden Anlass zur Beschwerde zu geben.

T. wurde mit den anderen Märtyrern von Baku erschossen.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 69; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 265; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Uhle, *Gustav* Adolf

* *22.5.1891 Zawercy, Gouvernement Piotrków/Petrikau (Polen),* † *nach 1937.*

Verh. mit Olga Ludwigowna.

1911–1916 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Der aus dem polendeutschen Stadtbürgertum stammende U. konnte seine theologische Abschlussprüfung während des Ersten Weltkriegs in Petrograd/ehemals St. Petersburg ablegen. Nach einem Probejahr in Rostow am Don 1916/17 war er von 1917 bis 1920 Pastor am selben Ort (J. Schnurr: Kirchen, S. 177: in Rynowka; bei E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 117 und 123 wird er in den Gemeindeverzeichnissen aber nicht erwähnt). Von 1920 bis 1921 war er in Ludwigstal, Gouvernement Jekaterinoslaw/Dnepro-

petrowsk (Ukraine), und von 1921 bis 1933 in Heimtal/Wolhynien (Ukraine) im Dienst. Für den Bezirk Wolhynien nahm er zeitweilig auch das Amt des Propstes wahr. 1933 zog er, weil er seinen Dienst auf dem Lande nicht mehr ausüben konnte, nach Schitomir, wurde hier aber schon am 3.10. oder 29.11. desselben Jahres verhaftet und am 25.2.1934 zu drei oder fünf Jahren Lagerhaft verurteilt, zu der er nach Kasachstan (B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 277: Karaganda) deportiert wurde. 1937 soll er sich noch im Petschoragebiet aufgehalten haben. Danach ist er ums Leben gekommen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 117, 123, 499; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 506, 581, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 384, 428; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 276 f.; E. Schacht: in Rußland erlebt, S. 35; J. Schnurr: Kirchen, S. 177.

H.-C. Diedrich

Ulrich, Christian

** 1901 Schlüsselburger Bezirk, St. Petersburger Gouvernement, † 3.1.1938 Lewaschower Heide bei Leningrad.*
Arbeiter am 5. Wasserkraftwerk; Kirchenratsmitglied in der St. Katharinen-Gemeinde in der deutschen Kolonie Nowosaratowka bei Leningrad.

U. wurde im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad am 9.11.1937 verhaftet und am 2.1.1938 für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation" zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56 f.; St. Peterburgskij martirolog,. S. 396.

T. Tatsenko

Ulrich, Hermann

** 1906, † 3.1.1938 in der Lewaschower Heide bei Leningrad.*
Kraftfahrer in der deutschen Kolonie Nowosaratowka bei Leningrad; Kirchenratsmitglied der dortigen St. Katharinen-Gemeinde.

U. wurde am 11.12.1937 im Zuge der vollständigen Zerstörung der ev.-luth. Gemeinden in Leningrad verhaftet und am 2.1.1938 für „die Mitwirkung an der faschistischen kirchlich-aufständischen Organisation" zum Tode verurteilt. Er wurde am 3.1.1938 in der Lewaschower Heide erschossen.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 56–57; St. Peterburgskij martirolog, S. 395–396.

T. Tatsenko

Unger

† 1937 bei Abai.

U. war Lehrer im Dorf Moos bei Saratow im Wolgagebiet. Er wurde nach Kasachstan verschleppt und dort als Christ gemeinsam mit zahlreichen anderen verhaftet, wie zum Beispiel Ferdinand Pineker, dessen Bruder Wilhelm und seinem Sohn Wilhelm (jun.), Jakob Keil, Johannes Bergmann, Abraham Wins und dessen Sohn Heinrich. Alle wurden in die Taiga verschleppt und kehrten nie wieder zurück.

Quellen: Briefe Ferdinand Pineker (jun.) an Heinrich Rathke 3.7.2000, 23.12.2000, 27.1.2001 und 15.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 274; Dies.: Widerstehen, S. 55.

T. Westermeyer

Unger, Peter

** 1903 Orenburg (Prostonorje), † 15.9.1937 Maikuduk/Kasachstan.*

Um 1937, als U. Lehrer in Maikuduk/Kasachstan war, gab es dort keine Bethäuser oder Kirchen mehr. Die Christen trafen sich heimlich, beteten miteinander und lasen Gottes Wort, sofern eine Bibel vor dem stalinistischen Terror geschützt worden war. In diesem Rahmen wurde auch U. ein Glaubenszeuge. Er wurde 1937 verhaftet und am 10.9.1937 zum Tode verurteilt. Bereits am 15.9.1937 richtete man ihn hin.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 261; Dies.: Widerstehen, S. 50.

T. Westermeyer

Vins (Wiens), Peter J.

* *16.2.1898 Samara/Wolga, Russland,* † *26.8.1937 wahrscheinlich (bei) Omsk, Russland.*

Verh. mit Lydia, geb. Scharikowa, ein Sohn.

1912 Ausreise nach Kanada; 1915 Taufe als Baptist; 1916–1922 theologische Ausbildung in Rochester, Philadelphia und Louisville (USA); 1922–1926 Prediger in Detroit und Pittsburgh; 1925 Ordination, ein Jahr später Rückkehr nach Russland; bis 1930 stellvertretender Vorsitzender des fernöstlichen Baptistenbundes in Blagoweschtschensk; 1931 Verurteilung zu dreijähriger Lagerhaft (Ural, Ferner Osten), danach weitere Verhaftungen, zuletzt im April 1937 in Omsk.

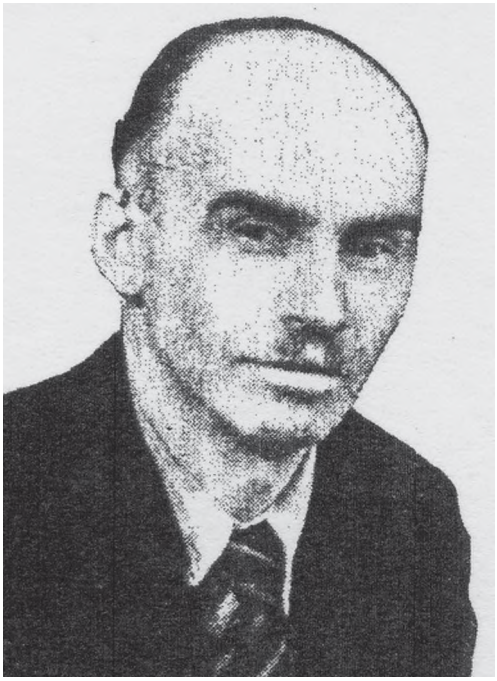
Die Familie war holländischen Ursprungs. Aus der mennonitischen Tradition kommend, siedelten die Vorfahren zunächst in Ostpreußen, anschließend in der Ukraine. V.' Vater, Jakow J. Vins (1874–1944), war bereits ein bekannter Baptistenprediger. Bis zur Auswanderung nach Kanada (1912) lebte V. in Samara/Wolga. 1915 schloss er sich durch Taufe der Baptistengemeinde an. Nach einer gründlichen theologischen Ausbildung an verschiedenen baptistischen Seminaren wirkte V. von 1922 bis 1926 als Prediger in Detroit und Pittsburgh. 1926 kehrte er nach Russland zurück. Auch sein Vater war zu dieser Zeit wieder in Russland tätig. Zwei Jahre wirkten Vater und Sohn gemeinsam im Fernen Osten (Chabarowsk, Blagoweschtschensk). Doch während es den Vater, der als Vorsitzender des fernöstlichen Baptistenbundes ständig unter Aufsicht der Behörde stand, 1928 wieder nach Nordamerika zog, traf V. die mutige Entscheidung, die amerikanische Staatsbürgerschaft aufzugeben und in Sibirien zu bleiben: „Wie kann ich die Gemeinde alleine lassen in der Zeit der Leiden und Verfolgung und mich selber in Sicherheit bringen!" (G. P. Vins: Pfad, S. 54 f.) Ein Jahr später begann bereits V.' langer Leidensweg.

Im März 1929 wurde er zunächst zu einem dreimonatigen Arbeitseinsatz (Bau einer Bahnstrecke) in der Taiga verpflichtet. Am 26.12.1930 wurde V. anlässlich seiner Teilnahme an einer Plenarsitzung des Baptistenbundes in Moskau endgültig festgenommen. Der Geheimdienst (GPU), der bereits auf die Leitung des Bundes Einfluss genommen hatte, ließ all jene Baptistenführer verhaften, die eine Kooperation mit den Sowjetbehörden ablehnten. V. zählte zu dieser Gruppe. Nach einer dreijährigen Haft in verschiedenen Straflagern des GULag (Wyschersk bei Usolje/Ural, Swetlaja und Nikolajewsk/Ferner Osten) hielt sich V. unter Aufsicht der Miliz als „Verbannter" in Bijsk (Altai-Gebiet) auf und zog 1934 nach Nowosibirsk. Seine Frau, die ihm in die Verbannung folgte, war in seiner Abwesenheit immer wieder von GPU-Spitzeln vorgeladen worden. Die Beamten hatten sie zur Scheidung aufgefordert und auch damit gedroht, ihren Sohn Georgi in Abwesenheit des Vaters in einer Erziehungsanstalt unterzubringen. In unverbrüchlicher Treue hielt Lydia zu ihrem Mann. V. fand als „Verbannter" und Vorbestrafter kaum Arbeit. Eine schwere Lungenentzündung führte ihn an den Rand des Todes. Nach seiner Genesung (1935) fand er Beschäftigung in Omsk. Daneben stärkte er Gemeinden und Glieder, die einer beispiellosen Verfolgung ausgesetzt waren. Am 26.4.1936 wurde V. erneut verhaftet. Obwohl körperlich geschwächt, blieb sein Geist ungebrochen: „Lieber mit Gott im Gefängnis als ohne ihn in Freiheit." (Ebd., S. 123) Im Januar 1937 kam er noch einmal aus der Haft frei, wurde aber bereits am 16.4.1937 wieder festgenommen und schließlich wegen „konterrevolutionärer Agitation" von einer „Troika" (Schnellgericht) zum Tod durch Erschießen verurteilt. Dem Vorbild des Vaters folgend, wurde Sohn Georgi (1928–1998) einer der Führer der 1961 entstandenen oppositionellen „Reformbaptisten" (Initsiativniki), die eine Registrierung durch die Sowjetbehörden ablehnten und Widerstand leisteten. Georgi Vins wurde 1979 nach mehrjähriger Lagerhaft aus der Sowjetunion ausgewiesen und fand in den USA Aufnahme. Die Familie erfuhr jedoch erst 1995 von der Hinrichtung des Vaters.

Literatur: W. Kahle: Evangelische Freikirchen, S. 177–179; G. P. Vins: Generations; Ders.: Pfad, S. 30–167; A. W. Wardin: Sectarianism, S. 435, 718 (Lit.!).

D. Heinz

Vogel, Karl



* *26.12.1896 Orlowskoje, Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite, † 10.2.1943.*
1932 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

V. begann seinen Dienst als Pastor 1932 in Hoffnungstal bei Odessa (Ukraine), ging 1933 in die Stadt Odessa und betreute von hier aus auch das benachbarte Groß-Liebental. 1937 wurde er verhaftet und zu zehn Jahren Lagerhaft „ohne Schreiberlaubnis" (E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 503) verurteilt. Dieser Zusatz bedeutete üblicherweise das Todesurteil. Doch soll er erst Anfang 1943 im Lager umgekommen sein.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 109, 116, 503; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 600, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 384, 428; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 310 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 177.

H.-C. Diedrich

Vogel, Rudolf Konstantin

* *25.10.1892 St. Petersburg, † zwischen 1950 und 1954 in sowjetischer Haft.*
Verh. in 1. Ehe mit Erna, geb. Kull, in 2. Ehe mit Olga, geb. von Niessen, sechs Kinder.
1911–1917 Studium der Ev. Theologie an der Universität Dorpat/Estland; 1920–1922 als Prediger im Missionsdienst unter Russen in Estland tätig in Verbindung mit dem „Missionsbund zur Ausbreitung des Evangeliums e.V. – Licht im Osten"; 1922–1926 Lehrer in russischen Bibelkursen an der Bibelschule des Missionsbundes in Wernigerode; seit 1926 Prediger und Missionar in Narwa/Estland als Mitarbeiter einer schwedischen Missionsgesellschaft (heute: „Slaviska Missionen", Stockholm); 1940–1949 Prediger der russischen Baptistengemeinde in Berlin-Charlottenburg; am 3.12.1949 verhaftet; 1954 teilte die sowjetische Botschaft seinen Tod in der Haft mit.

Über diese Angaben hinaus ist aus vorliegenden Quellen nur wenig über Lebensverhältnisse und -stationen von V. bekannt. Zwar deutet eine Notiz in seiner Bibel auf eine Art Bekehrungserlebnis im April 1914 hin. Im Dunkeln bleiben jedoch Zeitpunkt und Gründe seines Übertritts zu den Evangeliumschristen aus der Estländisch Evangelisch-Lutherischen Kirche, vor deren Konsistorium er 1919 sein Examen als Predigtamtskandidat abgelegt hatte. Über die Umstände seiner Verhaftung in Berlin am 3.12.1949 liegen hingegen genauere Informationen vor – durch Familienüberlieferung und Schriftwechsel des evangelischen Bezirkspfarrers von Berlin-Friedrichshain Dr. Harnisch mit kirchlichen und staatlichen Stellen.

Als V. 1940 den Dienst als Prediger der „Berliner Russischen Gemeinde der Evangeliumschristen-Baptisten" übernahm, war ihr Versammlungsort die Kapelle der Baptistengemeinde in Berlin-Charlottenburg in der Bismarckstraße. Organisatorisch blieben beide Gemeinden getrennt. Es gab aber Kontakte und Kanzeltausch. Die 1924 gegründete russische Gemeinde bestand größtenteils aus Emigranten. Ein Mitgliederverzeichnis nennt 102 Personen, darunter auch Iwan Prochanow, den Gründer und Vorsitzenden des Allrussischen Bundes der Evangeliumschristen. In den Kriegsjahren dehnte sich der Wirkungsbereich der Gemeinde und ihres Predigers auch auf russische Zwangsarbeiter aus, die als Gottesdienstbesucher kamen und in einigen Fällen auch getauft wur-

den. In der Nachkriegszeit behielt Prediger V. seinen Wohnsitz in Ostberlin bei. Es ist die Rede davon, er habe dort Bibeln in russischer Sprache an sowjetische Besatzungssoldaten verbreitet. Auf dringenden Rat von Gemeindegliedern, die um seine Sicherheit besorgt waren, und nach einigem Zögern unternahm er Vorbereitungen für eine Übersiedelung in den Westsektor der Stadt. Kurz vor dem geplanten Umzug suchten am Abend des 3.12.1949 deutsche Kripobeamte die Wohnung der Familie auf. Gegenüber der allein anwesenden Tochter gaben sie Interesse an einer Mitgliedschaft in der Gemeinde vor. Bei der Rückkehr des Ehepaars V. folgten Verhör und Durchsuchung. Ein Briefwechsel wegen der bevorstehenden Übersiedelung wurde als belastendes Material sichergestellt, und V. wurde abgeführt. Während dieser Aktion war das Gebäude von russischer Miliz umstellt. Nachbarn erhielten die Auskunft, es handele sich um eine Verhaftung wegen Mordverdacht.

Sofort setzten Bemühungen um ihn ein, namentlich durch den evangelischen Bezirkspfarrer von Berlin-Friedrichshain Dr. W. Harnisch. V. hatte ihm als Übersetzer gegenüber der Besatzungsmacht gedient. Beide hatten auch unter dem NS-Regime zu leiden gehabt und fühlten sich seither besonders verbunden. Man beschloss, den Vorfall nicht öffentlich zu machen, um Missbrauch durch die westliche Propaganda zu verhindern. Stattdessen sollte seine Freilassung mit kirchlicher Diplomatie auf dem Instanzenweg erwirkt werden. Pfarrer Harnisch wurde zu diesem Zweck von Propst Grüber mit der Verhandlungsführung beauftragt. Aber seine Versuche scheiterten schon bei der Ermittlung der zuständigen Behörde. Offenbar wurde V. bald nach seiner Verhaftung sowjetischen Stellen übergeben. Nachdem auch eine Eingabe an den Generalstaatsanwalt der sowjetischen Besatzungsmacht ohne Resonanz blieb, bat Harnisch im Januar 1950 den Beirat für kirchliche Angelegenheiten um die Einschaltung deutscher Regierungsstellen. Im Januar 1950 nahm auch die „Bundesleitung-Ost“ des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (so hieß der Baptistenbund seit 1941) Kenntnis von der Verhaftung des Predigers V. anlässlich einer Sitzung, an der auch der Präsident des Baptistischen Weltbundes Dr. Walter Lewis teilnahm. V. war 1945 in die Liste der anerkannten Prediger dieses Gemeindebundes aufgenommen worden. Falls von einer der genannten Institutionen weitere Nachforschungen zur Aufklärung seines Schicksals ausgingen, so blieben sie vergeblich. Es gab seit seiner Verhaftung weder ein Lebenszeichen von V. noch eine Auskunft über seinen Verbleib – bis zu jener Mitteilung der sowjetischen Botschaft 1954 an den evangelischen Bischof von Berlin, V. sei in der Haft verstorben.

Die Anteilnahme der christlichen Kreise, in denen V. gewirkt hatte, fand, neben materieller Unterstützung der Familie, auch in zahlreichen offiziellen und privaten Schreiben Ausdruck. Sie spiegeln Empörung und Ratlosigkeit über die Maßnahmen gegen ihn wider, zumal er sich politisch nie betätigt hatte. „Ich habe ihn als einen lauteren, innerlichen Menschen kennen gelernt, dessen einziges Anliegen es war, Seelsorge zu treiben, ohne jede Politik.“ (Schreiben von Harnisch an den Beirat für kirchliche Angelegenheiten) „Das primäre Motiv all seines Handelns war nicht irgendwie politisch, sondern aus christlicher Liebe heraus.“ (hs. Notiz [nach einer Äußerung?] von Jakob Meister 7.11.1953)

Quellen: OA: Nachlass Vogel: Schreiben von Harnisch an Beirat für kirchliche Angelegenheiten vom 31.1.1950 und hs. Notiz von Jakob Meister vom 7.11.1953.

Literatur: Die Gemeinde, 9/1954.
Foto: Oncken-Archiv.

H.-V. Sadlack

Wacker, Friedrich mit Frau

** 8.4.1886 Kamyschin a. d. Wolga, † 10.7.1941.*
Verh. mit Klara aus Riga, vier Töchter.
Studium der Theologie, Philosophie und Musik in Leipzig; 1909–1912 Theologiestudium in Dorpat; 3.11.1913 Ordination; Pastor in Norka bei Saratow an der Wolga.

Im Jahr 1925 wurde W. für die Verbreitung von „konterrevolutionäre[r]“ religiöser Literatur angeklagt und bedingt verurteilt, jedoch in Freiheit belassen. Von Ende April 1925 bis 15.10.1930 war W. Studienleiter und Dozent für Kirchen- und Dogmengeschichte, sowie für Pastoraltheologie am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad. „Mein erster und nötigster Gehil-

fe am Seminar“ – nannte ihn der Rektor des Seminars Bischof A. Malmgren (H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 160). Außer der Organisation des Unterrichts selbst, beschäftigte sich W. intensiv mit der geistlichen Beratung und seelsorgerlichen Betreuung der Studenten. Eugen Bachmann schrieb über ihn in seinen späteren Erinnerungen: Er war „ein väterlicher und geistlich geprägter Begleiter und Berater der Studenten, ein von festen christlichen Grundsätzen geleiteter Mann, der geduldig und gelassen uns anhören konnte, wenn wir uns über etwas zu beklagen hatten, was uns beim Studium Schwierigkeiten bereitete“ (J. Schleuning/E. Bachmann/P. Schellenberg: Und siehe, wir leben!, S. 211).

W. war ein leidenschaftlicher Musikliebhaber, ließ kein Konzert in der Philharmonie aus und veranstaltete manchmal Hauskonzerte. Johannes Lehl erzählte, dass Wacker einmal erfuhr, dass einige Studenten ein Philharmonie-Konzert mit der 9. Symphonie von Beethoven besuchen wollten. Sofort sammelte er die Studenten und hielt ihnen einen Vortrag über dieses Werk. Richard Göring, ein Student des älteren Kursus, begleitete den Vortrag mit Klavier (Manuskript des Zentralen Kirchenamts der ELKRAS, St. Petersburg).

Zwischen 1929 und 1930 betreute W. als Pastor die Gemeinde in Detskoje Selo/Puschkin bei Leningrad.

Am 15.10.1930 wurde er als vermeintliches „Mitglied der konterevolutionären Untergrundorganisation unter Leitung der lutherischen Pastoren Hansen und Muss“ verhaftet. Am 17.10.1930 wurde er zu drei Jahren Verbannung nach Ostsibirien verurteilt und lebte in Dubinino bei Bratsk. W. durfte aber 1933 dank eines Gesuchs des Deutschen Außenamts Ostsibirien verlassen, allerdings ohne das Recht, das Predigeramt auszuüben und in Leningrad zu leben. So lebte W. in Malaja Wischera südlich von Leningrad und ernährte seine Familie mit privatem Musikunterricht. Am Anfang des Krieges wurde W. am 28.6.1941 beim Besuch seiner Familie in Leningrad erneut verhaftet und für angebliche antisowjetische Tätigkeit angeklagt und zum Tode verurteilt. Er wurde am 10.7.1941 hingerichtet. Nach Informationen von Verwandten wurde er in der Nähe der Eisenbahnstation Buj bei Wologda begraben. W. wurde am 8.4.1998 rehabilitiert.

Seine Frau Klara wurde am 12.9.1941 in Leningrad für angebliche antisowjetische Tätigkeit verhaftet, am 20.9.1941 zum Tode verurteilt und am 26.9.1941 in Leningrad hingerichtet. Sie wurde am 18.6.1992 rehabilitiert.

Drei von seinen Töchtern, Helga, Klara und Isolda, wurden im März 1942 getrennt von einander aus Leningrad nach Sibirien deportiert. Helga starb 1945 in einem Gefängnis in Nowosibirsk. Die älteste Tochter Senta (Jg. 1916), sowie die Töchter Klara und Isolda (jüngste, Jg. 1923) lebten nach dem Kriege in Südrussland, Tscheboksary, Tjumen.

Quellen: Archiv der Föderalen Sicherheitsdienstverwaltung für St. Petersburg und Leningrader Gebiet in St. Petersburg: Untersuchungsakte П-87890; Manuscript des Zentralen Kirchenamts der ELKRAS, St. Petersburg: unveröffentlichte Erinnerungen von Johannes Lehl.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 301–302; J. Schleuning/E. Bachmann/P. Schellenberg: Und siehe, wir leben!, S. 211; St. Peterburgskij martirolog, S. 363; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 40–42, 160.

T. Tatsenko

Wagner, Christfried

** 1897 Moskau, † Ende der 1930er Jahre bei Archangelsk.*
1925 Abschluss der Theologischen Privatkurse von Bischof A. Malmgren in Petrograd.

W. wurde 1926 ordiniert und in demselben Jahr das erste Mal verhaftet. Zwischen Februar 1926 und 1931 war er Pastor in Saratow. 1931 erneut verhaftet, wurde W. zu 15 Jahren Verbannung nach Archangelsk verurteilt. Dort wurde er am 27.7.1937 noch einmal festgenommen und gilt seitdem als verschollen.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 363.

T. Tatsenko

Wagner, Rudolf

** 1876 Narwa/Estland, † 16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

W. war sowohl Deutscher als auch Bürger der UdSSR. Er setzte sich in der Gemeinde von Baku aktiv für die Erhaltung der Kirche und des Gemeindelebens ein. Zudem war er der Kassenleiter des Kirchgemeinderates.

Auch ihn verhaftete man am 23.6.1937 und verklagte ihn wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit im Auftrag ausländischer Geheimdienste“, so die Protokolle des NKWD.

Er wurde zum Tode verurteilt und zusammen mit sieben Gemeindemitgliedern erschossen.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 68; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 265; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Wagner, Woldemar

† Ende der 1930er Jahre.
1926–1929 Theologie-Studium am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad; 1929 Ordination; 1929–1931 Pastor in Dietel an der Wolga und in der St. Katharinen-Gemeinde in Leningrad; 1931–1935 auch Pastor in Pawlowsk bei Leningrad.

W. wurde im Frühjahr 1935 verhaftet und zu fünf Jahren Straflager verurteilt. Er war in einem Straflager bei Nowosibirsk inhaftiert und gilt seitdem als verschollen.

Literatur: St. Peterburgskij martirolog, S. 363.

T. Tatsenko

Wenzel, Otto

** 5.7.1897 Alexandropol, Gouvernement Jerewan, † 1939 Aserbaidschan.*
1915–1918 Theologiestudium in Dorpat; 1919–1921 Lehrer für Geschichte in seiner Heimat Helenendorf in Georgien; 1922–1925 Studium der Theologie in Leipzig; 1925–1928 Dozent für Hebräisch und Altes Testament am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad.

Sein damaliger Student Eugen Bachmann schrieb später über ihn in seinen Erinnerungen: W. „wurde von uns hochgeachtet und umschwärmt und war unter unsern Lehrern der ‚Liberale‘. Er war ein sehr gelehrter Herr und ein eifriger Alttestamentler […] Seine Vorlesungen waren hinreißend interessant und er hat uns die schwere hebräische Sprache und die alttestamentliche Wissenschaft zu Lieblingsfächern gemacht […] Manchmal hielt er im Speisesaal für die Studenten, nach dem Abendbrot, Bibelstunden, in denen er das biblische Wort uns so innig ans Herz legen konnte, daß sie für uns zu heiligen Weihestunden wurden […]“ (E. Bachmann: In IHM geborgen, S. 213).

Zwischen 1928 und 1936 war W. Pastor in Helenendorf in Georgien. Er wurde 1936 verhaftet, kam aber bald wieder frei und arbeitete dann als Lehrer in Baku/Aserbaidschan. 1939 wurde er erneut verhaftet und zum Tode verurteilt. Eugen Bachmann schrieb über seine letzten Jahre: „[…] er wurde von den Behörden der Staatssicherheit fast täglich bedroht und schikaniert, zum Widerruf seiner religiösen Überzeugung aufgefordert und schließlich 1939 verhaftet und zum Tode durch Erschießen verurteilt. Ein Märtyrer des Glaubens!“ (E. Bachmann: In IHM geboren, S. 213)

Literatur: J. Schleuning/E. Bachmann/P. Schellenberg: Und siehe, wir leben!, S. 151, 212–213; St. Peterburgskij martirolog, S. 363; H. Tschoerner: Predigerseminar, S. 44–45, 93–94.

T. Tatsenko

Wiebe, Cornelius

** um 1900 Ukraine, † 27.12.1937*
Verh., zehn Kinder.

W. wurde 1937 verhaftet und verschleppt. Seine Frau blieb mit zehn Kindern allein zurück. Einige Zeit später verstarb sie, als viele der Kinder noch klein waren.

1962 wurde W. formal rehabilitiert und zunächst eine Blutkrankheit als Todesursache angegeben. 1988 erfuhr die Tochter Lena bei einer erneuten Anfrage, dass ihr Vater erschossen wurde.

Quellen: Briefe Lena Wiebe (Tochter von W.) an Heinrich Rathke 1995.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 269; Dies.: Widerstehen, S. 62.

T. Westermeyer

Wiebe, Otto

* *13.5.1905 Krim,† 30.1.1964.*
Verh. mit Ida, geb. Klassen, zwei Kinder.

W. wurde am 13.10.1905 in einem Mennonitendorf auf der Krim, und zwar im zur Sowjetzeit bis 1938 deutschen Rayon „Ernst Thälmann" geboren. Seine Eltern waren tief gläubig und erzogen die Kinder im christlichen Sinn. W.s Entschluss sich 1923 taufen zu lassen, zeigt seine eigene enge Bindung an den Glauben. Da er musikalisch war, sang er im Gemeindechor mit und war dort von 1927–1931 Chorleiter.

Als Mennonit lehnte er den Dienst mit der Waffe ab und wurde während der Sommermonate 1929 bis 1931 in die so genannte „Forstei" einberufen (ein spezieller Ersatzdienst für Mennoniten im Forsteidienst, der aus der Zarenzeit stammte und den die Sowjets anfangs fortführten).

Zwei Jahre später heiratete W. Ida Klassen. Im Jahr 1936 verhaftete man ihn zusammen mit seinem Vater aufgrund von Denunziationen. Beim Prozess im April 1936 konnten die Zeugen ihre falschen Behauptungen jedoch nicht glaubhaft machen, und W. wurde mit der Auflage freigelassen, den Rayon nicht zu verlassen. Der Vater jedoch blieb in Haft und kehrte nie wieder heim.

1938 wurde W. erneut festgenommen und zu zehn Jahren Arbeitsdienst verurteilt. In einem Lager in der Region Krasnojarsk (Zentralsibirien) musste er in der Taiga Holz schlagen. Bald war er entkräftet und arbeitsunfähig. Seiner Bildung und Ehrlichkeit verdankte er es, dass man ihm die Stelle als Lager-Buchhalter zuwies. Diesen Posten bekleidete er bis zu seiner Entlassung. In der Gefangenschaft wurde ihm für eine horrende Summe eine Bibel angeboten. Ohne zu zögern, sparte er das Geld zusammen, um sie zu erwerben, und er schöpfte viel Trost aus ihr.

1941 wurde seine Frau mit den beiden Kindern vor den heranrückenden deutschen Truppen aus der Ukraine nach Kasachstan „evakuiert". Zwei lange Jahre wusste W. nichts vom Schicksal seiner Familie, denn der Briefverkehr war völlig zusammengebrochen. Nach der Entlassung aus der Haft 1948 wurde er – wie nach Kriegsende alle Deutschen – als „Sonderansiedler" eingestuft und durfte seinen Wohnort in Kasachstan nicht verlassen.

Erst am 1.11.1950 konnte sich W. wieder mit seiner Familie vereinen. Nach acht Jahren im Gebiet Akmolinsk (später Zelinograd, heute: Astana – die Hauptstadt Kasachstans) zog die Familie 1958 nach Karaganda.

Hier schloss sie sich der deutschen Mennoniten-Brüdergemeinde an, wo W. bald als Ältester eingesegnet wurde. Seine Predigt zeichnete sich durch eine besondere Tiefe aus. Ansonsten war er ein stiller, aber sehr entschlossener Mann Gottes. Als 1962 drei Prediger der Gemeinde verhaftet wurden, tröstete W. seine Glaubensgeschwister mit den Worten: „Wir hatten sieben wunderbare Jahre, sie haben uns drei (eingesegnete) Brüder gekostet. Wir haben jetzt noch 21 (eingesegnete) Brüder, sie könnten uns für weitere 49 Jahre reichen!"

Einmal begegnete W. einem äußerst niedergeschlagenen Bruder, der ihm erzählte, dass er seit einigen Tagen nach der Arbeit von einem Offizier des KGB verhört und bedrängt werde, für diesen als Spitzel zu arbeiten. Darauf riet ihm W., beim nächsten Verhör sofort zu erklären, dass er der Gemeinde über alles berichten werde. Und er warnte ihn noch, dass er nicht erschrecken solle, wenn der Offizier in Wut ausbreche. Der Mann befolgte den Rat und erklärte dem Offizier, er werde alles der Gemeinde erzählen – und tatsächlich konnte der Bruder gerade noch ausweichen, als der Offizier mit einem Stuhl nach ihm warf.

W.s kompromisslose Haltung führte am 23.1.1963 zu seiner erneuten Verhaftung. Er wurde zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Im Januar 1964 durften die Kinder ihn im Gefängnis besuchen. Eine Woche danach erlitt er einen Infarkt. Es trat eine Lähmung auf und nach fünf qualvollen Tagen verstarb er am 30.1.1964 im Gefängnis auf dem Krankenbett, fern jeden Trostes durch die Glaubensgeschwister und ohne ausreichende medizinische Betreuung. Am 2.2. wurde W. im Beisein der Verwandten und einem großen Teil der Gemeinde beerdigt.

Quellen: Baptistisches Missionsarchiv (Missionswerk FriedensBote).
Literatur: Leitung der Untergrundbaptisten in Rußland (Hrsg.): Vernyje do konza.

J. Janzen

Wiens, Jakob

** 27.2.1857 Krim, † 1929 Irkutsk (Sibirien).*
Verh. mit Anna, geb. Balzer.
1885/1886 Prediger in Memrik, 1886/1887 Gemeindeleiter einer kirchlichen Mennonitengemeinde, 1887 Übertritt zur Brüdergemeinde, 1887–1901 Reiseprediger und später Ältester der dortigen Mennonitenbrüdergemeinde, 1903–1913 Leiter der Mennonitengemeinde in der Nähe von Omsk.

Die Familie des Wagenbauers Gerhard Wiens in Rosenort (in der „Molotschna" nördlich der Krim – dem größten mennonitischen Siedlungsgebiet im Russischen Reich) hatte zwölf Kinder. Jakob war das dritte. Er besuchte die mennonitische Dorfschule, las viel und vervollständigte so sein Wissen. Nach Beendigung der Schule arbeitete er zunächst bei seinem Vater und nach seiner Hochzeit in der Dampfmühle seines Schwiegervaters.

Später zog W. nach Memrik (Gouvernement Jekaterinoslaw, heute: Ukraine) und wirkte dort seit 1885 als Prediger. Die Gläubigen liebten und achteten ihn. Im Jahr 1886 wurde er Leiter einer jungen kirchlichen Mennonitengemeinde. Ein Jahr darauf wechselte er zur stärker baptistisch geprägten Mennoniten-Brüdergemeinde. Zu dieser Zeit vertrat er die Ansicht, die Taufe müsse in einem offenen Wasser stattfinden. Der Brüdergemeinde diente W. zunächst als Reiseprediger, wurde aber bald zum Ältesten gewählt. Zusammen mit der Brüdergemeinde im benachbarten Mennonitendorf führte er erfolgreiche Evangelisationen durch.

1901 zog W. in die Nähe von Omsk (Sibirien). Seit 1903 leitete er die dortige Gemeinde, die viele Glieder verschiedener mennonitischer Siedlungen umfasste. Als die Mennoniten begannen, im weiten Gebiet zwischen Pawlodar und Slawgorod zu siedeln, zog W. dorthin und ließ sich 1913 im Dorf Sofiewka nieder. „Er war ein richtiger Vater in Christo und seine Frau eine Mutter im Herrn. Besonders viel Segen strömte von ihnen … aus. Bruder Jakob Wiens diente als Prediger, organisierte Gemeinden, ordinierte Prediger, Älteste und Diakone, leitete Predigerkurse, Bibelbesprechungen und diente mit Schriftauslegung. Wer ihn einmal gehört hatte, hörte ihn gerne wieder, ja, sogar die Adventisten lauschten seinen Worten gern." (G. Fast: Steppen, S. 73)

Im Oktober 1917 verstarb W.s Ehefrau. Nach einigen Jahren heiratete er die verwitwete Schwester seiner ersten Ehefrau, und sie kehrten in die Gegend von Omsk zurück. In den Revolutions- und Bürgerkriegsnöten fühlte er zutiefst mit den Brüdern, die wegen Christus Verfolgung und Verhaftung litten. Im Herbst 1929 wurde der 73-jährige, bereits von Krankheit gezeichnet, verhaftet. Als W. von zwei Rotarmisten mit geladenen Gewehren zum Gericht geführt wurde und ihm die Erschießung drohte, war er freudig bereit, als Märtyrer für seinen Erlöser zu sterben. Im Gefängnis von Omsk wurde er in eine Zelle mit zwei Mördern gelegt, von denen er einen zur Umkehr führte.

Als der schwerkranke W. nach Irkutsk verlegt wurde, verbreitete sich diese Nachricht in der dortigen russischen Baptistengemeinde. Sie erlangten schließlich bei den Behörden die Genehmigung, dass sie ihn bei sich zu Haus pflegen durften. Doch als sie ins Gefängnis kamen, um ihn zu holen, war er bereits verstorben.

Literatur: P. M. Friesen: Brüderschaft, S. 473 und 713–715; P. Rahn: Mennoniten, S. 87; G. Fast: Steppen, S. 73; A. A. Töws: Mennonitische Märtyrer, Bd. 2, S. 99–103.

V. Dück

Wins, Abraham

Wins, Heinrich

W. und sein Sohn Heinrich wurden in den Jahren 1937/38 zusammen mit Ferdinand Pineker und vielen weiteren Christen verhaftet. Unter ihnen waren Pinekers Bruder Wilhelm und dessen Sohn Wilhelm (jun.), der Lehrer Unger, Jakob Keil und Johannes Bergmann.

Quellen: Briefe Ferdinand Pineker (jun.) an Heinrich Rathke 3.7.2000, 23.12.2000, 27.1.2001 und 15.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 274.

T. Westermeyer

Winter, Jon

** 1874 Kerro/Baltikum, † 16.9.1937 Baku/Aserbaidschan.*

W. war ein Baltendeutscher und kam erst 1933 zur lutherischen Gemeinde nach Baku. Er war das erste Gemeindemitglied, das verhaftet wurde. In den anschließenden Monaten folgten alle Mitglieder des Kirchgemeinderates und andere Träger des Gemeindelebens.

Im Rahmen einer Maßnahme der Sowjetmacht zur „Vernichtung konterrevolutionärer Elemente" nahm man ihn am 17.3.1937, aufgrund seiner langjährigen Spionage für das deutsche Konsulat, fest. Zusammen mit den anderen Märtyrern von Baku wurde W. im September 1937 erschossen.

Literatur: G. Kretschmar: Märtyrer, S. 68; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 263; Dies.: Widerstehen, S. 51.

T. Westermeyer

Witt, Gustav

** 15.3.1885 Arzis/Bessarabien (Ukraine); † 1937/38 Sibirien.*
Verh.
Schulausbildung auf dem Gymnasium Treffner in Dorpat/Tartu; 1910/1911 Jurastudium ebendort; 1911–1916 Theologiestudium ebendort.

W., ein Kolonistensohn, konnte die theologische Prüfung 1916 während des Ersten Weltkriegs in Petrograd/Leningrad ablegen. Möglicherweise absolvierte er ein praktisches Jahr als Adjunkt oder Vikar. Von 1918 bis 1923 (die Zeit überschneidet sich nach E. Amburger: Pastoren, S. 118, mit dem Dienst von Woldemar Schlupp von 1920 bis 1922) ist er Pastor in Alt-Schwedendorf/Gammalsvenskby, Gouvernement Cherson (Ukraine), einer im 18. Jahrhundert durch zwangsangesiedelte schwedische Bauern gegründeten lutherischen Kolonie. Zum Kirchspiel gehörten einige deutsche Dörfer. Seit 1923 war er in Hochheim/Najman auf der Krim, zeitweilig auch als amtierender Propst. 1930 wurde er zum ersten Mal verhaftet und wegen konterrevolutionärer Tätigkeit drei Wochen eingesperrt. Von 1931 bis 1934 diente er in Dshanskoje als Pastor. Im selben Jahr wurde er wiederum verhaftet, diesmal aber erhielt er am 20.10.1934 eine Strafe von fünf Jahren Lagerhaft. Die soll er in Workuta, wo er als Buchhalter arbeitete, verbüßt haben. Er wurde vorzeitig entlassen, später jedoch zusammen mit seiner Familie nach Sibirien deportiert, wo er auch umgekommen ist.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 118, 123, 515; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 247, 507, 581, 600, 620; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 112, 341, 423; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 247 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 180 f.

H.-C. Diedrich

Wohl, Samuel

** 1905 Marinow/Odessa Gouvernement, † Ende der 1930er Jahre.*
1929–1934 Theologiestudium am Ev.-Luth. Predigerseminar in Leningrad; 1934 Ordination; 1934/1935 Pastor an der St. Annen-Gemeinde in Leningrad.

W. wurde am 23.4.1935 im Zuge der Terrorwelle nach dem Mord von S. M. Kirow und der Säuberungen Leningrads von „klassenfremden Elementen" verhaftet. Er wurde wegen der Annahme von humanitärer Hilfe vom MLB und Roten Kreuz und wegen seines angeblichen Fluchtversuchs aus der UdSSR über die finnische Grenze angeklagt und am 1.11.1935 zu sechs Jahren Straflager verurteilt. W. starb in einem Straflager bei Magadan.

Literatur: M. Škarovskij/N. Čerepenina: Istorija, S. 54 f.; St. Peterburgskij martirolog, S. 364.

T. Tatsenko

Woitkiewicz, Ludwig L.

** 7.12.1891 Riga, † 27.2.1941 Amur-Gebiet, Sowjetunion.*
Verh. mit Helene, geb. Albrecht († 1984), eine Tochter.
Ab 1914 stellvertretender „Vorsteher" (Superintendent) und Schatzmeister der Siebenten-Tags-Adventisten in Saratow; von 1923 an enger Mitarbeiter von Heinrich J. Löbsack im zentralen adventistischen „Allunions-Rat" in Moskau.

Der deutschstämmige W. schloss sich 1909 durch Taufe den Adventisten in Riga an. In der Stadt war der Sitz der adventistischen Kirchenleitung für Russland. Zunächst arbeitete er im adventistischen Verlagsbüro (Riga) und anschließend als Pastor in Lettland. 1914 wurde er als stellvertretender „Vorsteher" (Sekretär) und Schatzmeister nach Saratow gerufen. Während der turbulenten Kriegs- und Revolutionsjahre war der Kirchensitz (Union) der Adventisten dorthin verlegt worden. 1923 ordiniert, nahm W. auf Einladung H. J. Löbsacks die Arbeit in Moskau auf, wurde jedoch ein Jahr später bereits inhaftiert. Nach 10-wöchiger Haft wurde er nach Sibirien abgeschoben, wo er vorübergehend in Petropawlowsk seinen Dienst weiterführte. Ab 1925/26 war er Vorsteher der adventistischen Gemeinden im Raum Leningrad. Zu Beginn der 1930er Jahre wirkte W. als Abteilungsleiter in der Ukraine. 1934 erneut verhaftet, verbrachte er zweieinhalb Jahre im Gefängnis. 1937 wurde er wieder verurteilt und in ein fernöstliches Arbeitslager des Amur-Gebietes verbracht, wo er an den Folgen der Haft verstarb. Möglicherweise wurde er auch erschossen. Seiner Frau und Tochter gelang mit dem Rückzug der dt. Wehrmacht die Flucht nach Deutschland. 1950 emigrierten sie in die USA.

Quellen: AAE: Akte Woitkiewicz.

D. *Heinz*

Wüßner, Eduardt

* *um 1894,* † *nach 1943.*
Ein Sohn.

W. stammte aus Taldikurgam in Kasachstan. Er wurde im Januar 1942 in die Arbeitsarmee im Gebiet Tschelabinsk eingezogen und in einem Lager gefangen gehalten, von wo aus die Arbeiter in den Wald zum Holzfällen gebracht wurden. Im März 1943 wurde W. über Nacht von den anderen Gefangenen getrennt eingesperrt. Am nächsten Morgen wurde er von zwei Geheimdienstangestellten festgenommen und mit dem Zug abtransportiert. Danach verliert sich die Spur.

Konrad Gettmann arbeitete bis Mai 1946 mit Adolf Wüßner, dem Sohn von W., zusammen, der dann bei einem Zugunglück ums Leben kam.

Quellen: Brief Konrad Gettmann an Heinrich Rathke 27.2.2001.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 60.

T. Westermeyer

Zeis(s)ler, Andreas

* *Krim,* † *1946 Alejsk (Altai).*
Verh. mit Vera, geb. Krämer.
1929 Abschluss des Predigerseminars Leningrad.

Nach dem Abschluss seiner theologischen Ausbildung wurde Z. wahrscheinlich schon 1929 Pastor in Millerowo (damit ist wohl die Industriestadt im Gebiet Rostow am Don, unweit der Ostgrenze der Ukraine, gemeint). Bereits am 17.9.1933 wurde er verhaftet und am 8.12.1935 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, zu deren Verbüßung man ihn ins Petschora-Gebiet (Komi-Republik) transportierte. Er überlebte die Lagerhaft und arbeitete nach seiner Entlassung als (Nacht-?) Wächter in der russischen orthodoxen Kirche der Stadt Alejsk im Altaigebiet, etwa 120 Kilometer südwestlich der Stadt Barnaul. Hier wurde er 1946 überfallen und erschlagen. Der Mord wurde nie aufgeklärt.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 518 f.; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 387, 428; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 313 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 182.

H.-C. *Diedrich*

Zimmer, *Wilhelm* Karl

* *22.7.1896 Elisabethtal/Gouvernement Tiflis/Tbilissi (Georgien),* † *nach 1935.*
Verh. mit Ottilie, geb. Mergenthaler.
1904–1908 Besuch des Gymnasiums in Ostrogoshsk/Gouvernement Woronesch; 1910–1917 Besuch der Realschule Katharinenstadt (später: Marxstadt), Gouvernement Samara, Wolga-Wiesenseite; 1930–1932 Besuch des Predigerseminars Leningrad.

Während und nach der Revolutionszeit hatte der Sohn des Pfarrers der transkaukasischen Kolonie Elisabethtal Karl Z. einen bewegten Lebenslauf: Von 1917 bis 1918 war er Arbeiter, von 1919 bis 1920 Hauslehrer,

anschließend begab er sich auf die Flucht und ließ sich dann als „Arbeitersiedler“ nieder. Seit 1923 war er Lehrer und Küster in Elisabethtal/Georgien, von 1925 dasselbe in Georgstal/Georgien. Nach dem Abschluss des Predigerseminars wurde er 1932 in Annenfeld, ursprünglich Gouvernement Jelisavetpol, in Sowjetzeiten Kirowabad/Aserbaidschan, ordiniert und in Alexejewka/Transkaukasien, wo sein Vater von 1923 (so E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 156; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 387: von 1921) bis 1925 Dienst getan hatte, Pastor. Bereits am 8.1.1935 wurde er hier verhaftet und anschließend zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt, wozu er ins Petschora-Gebiet (Komi-Republik) gebracht wurde. Während der Haft wurde die Strafzeit um weitere fünf Jahre verlängert. Danach verliert sich seine Spur. Der Vater Karl konnte im Dezember 1925 nach Deutschland ausreisen.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 154–156, 519 f.; W. Kahle: Geschichte der ev.-luth. Gemeinden, S. 601, 621; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 328, 387, 428; J. Schnurr: Kirchen, S. 182.

H.-C. Diedrich

Bolle, *Friedrich*

** 6.1.1880 Potsdam, † 22.6.1951 Taischet.*

Verh. mit Margarete.

Diplom-Ingenieur, seit 1930 für die Berlin-Brandenburgische Kirche als Bausachverständiger tätig; 1946 Kirchenbaurat; 1945–1950 Mitglied der CDU; 1945–1949 Ortsgruppenvorsitzender der CDU in Potsdam; 1946–1948 im Kreisvorstand der CDU.

Der evangelische Christ B. engagierte sich nach dem Kriegsende auf Orts- und Kreisebene aktiv in der neu gegründeten CDU. Bald schon gehörte er zu den scharfen Gegnern der politischen Entwicklung in der SBZ/DDR und der Gleichschaltung der CDU. So forderte B. zum Beispiel Anfang 1948 auf einer Kreisversammlung der Potsdamer CDU die Einhaltung der Menschenrechte und griff den undemokratischen Führungsstil des Landesvorstandes an. Spätestens seit 1948 aber gerieten unangepasste Funktionäre und Mitglieder der Ost-CDU ins Visier von sowjetischer Geheimpolizei und sowjetischen Militärgerichten. Am 18.7.1950 wurde B. im Zuge einer Verhaftungswelle gegen Mitglieder der brandenburgischen CDU durch Angehörige der Kriminalpolizei Abteilung K 5 festgenommen. Bei einer Durchsuchung fand man in B.s Wohnung Briefe des Bürgermeisters Erwin Köhler, der bereits im März 1950 verhaftet worden war. Nach kurzem Aufenthalt im Polizeipräsidium Potsdam wurde B. in das Untersuchungsgefängnis des MBG (Ministerstwo gossudarstwennoi bezopassnosti = Ministerium für Staatssicherheit) gebracht. Auf der Grundlage von erpressten bzw. erfundenen Aussagen von Erwin und Charlotte Köhler verurteilte das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR B. am 13.1.1951 durch ein „Ferntribunal" wegen angeblicher „Spionage" zu zehn Jahren Zwangsarbeit. Noch im Januar wurde er in die Sowjetunion verschleppt, wo er am 22.6.1951 im Lager Taischet verstarb. Gemäß Artikel 3 Punkt a des Gesetzes der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repression" wurde B. im April 2000 rehabilitiert.

Quellen: EZA Berlin 4/737: Schreiben von Ernst Viktor Benn an Otto Nuschke vom 22.7.1950; EZA Berlin, 7/5824: Schreiben von Margarete Bolle an den Evangelischen Oberkirchenrat vom 4.8.1954; ACDP Sankt Augustin: Rehabilitierungsbescheinigung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation vom 27.4.2000.

Literatur: G. Buchstab: Verfolgt, S. 92 f.; E. Ebert: Verhaftungen; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 337 f.; M. Richter: Ost-CDU, S. 49, 257.

C. Lepp

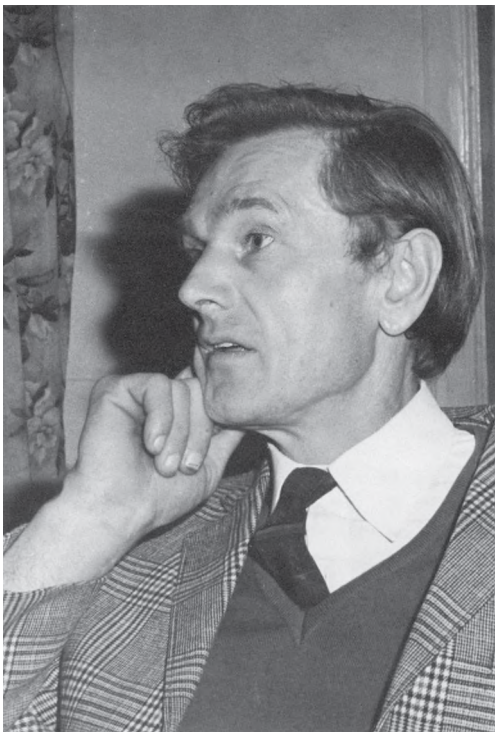
Brüsewitz, Oskar

** 30.5.1929 Augsgirren/Ostpreußen, † 22.8.1976 Halle/Saale-Dölau.*

Verh. in 1. Ehe mit Therese, geb. Heinisch, eine Tochter, geschieden, verh. in 2. Ehe mit Christa, geb. Roland, drei Kinder.

Nach der Flucht aus Ostpreußen 1945 Schuhmacherlehre in Mittweida; Übersiedlung in die Britische Besatzungszone; 1952 Meisterprüfung in Osnabrück; 1954 Übersiedlung in die DDR; Verbindung zur Elim-Gemeinde; später als Schuhmacher in Weißensee (nördl. Erfurt); 1964–1969 Predigerschule Erfurt; 1969–1976 Prediger in Rippicha, Kkrs. Zeitz; 18.8.1976 Selbstverbrennung vor der Michaeliskirche in Zeitz.

B. stammt aus einer ostpreußischen Handwerkerfamilie; sein Lebensweg als Schuhmacher war vorgezeichnet. Nach der Ausbildung ging B. in die Britische Besatzungszone, wo er in Osnabrück als jüngster Handwerker den Meistertitel erwarb; anschließend selbständige Tätigkeit als Schuhmacher in Hildesheim. Nach der Rückkehr in die DDR bewarb er sich um Aufnahme in die Predigerschule Wittenberg; dies wurde aus Gesundheitsgründen abgelehnt. Geprägt durch enge Kontakte zur landeskirchlichen Gemeinschaft und zur Leipziger Elim-Gemeinde, hatte er schon mit 25 Jahren den dringenden Wunsch, hauptberuflich missionarisch zu wirken. Evangelistische Einsätze in Weißensee brachten bereits Konfrontationen mit staatlichen Stellen. Die theologische Ausbildung an der Predigerschule Erfurt ermöglichte den Dienst in einer Pfarrstelle. B. fiel auf und wollte als Zeuge für Christus auffallen durch ungewöhnliche Aktionen. Seine Stärke lag in der persönlichen



Begegnung, im seelsorgerlichen Zuspruch, aber auch in phantasievollen Aktionen. Theologische Diskussionen mied er. Am Kirchturm von Rippicha befestigte er ein Neonkreuz, weithin auf der Fernverkehrsstraße sichtbar. Kindertage in Rippicha wurden zu großen ökumenischen Treffen des Kirchenkreises. Während eines trockenen Sommers fuhr er mit der Losung „Ohne Regen, ohne Gott geht die ganze Welt bankrott“ nach Zeitz. Nach anfänglich großer Resonanz setzten aber auch in seiner Gemeindearbeit und im Kirchenkreis Rückschlage und ernste Anfragen an seinen Verkündigungs- und Arbeitsstil ein. Mit seiner unkonventionellen Verkündigung, seinem Charme und seiner seelsorgerlichen Begabung gewann er die Herzen – mit seinen politischen Provokationen löste er Ängste aus. Solche Aktionen wertete der Staatsapparat als Provokation und forderte seine Entfernung aus dem kirchlichen Dienst. Als in seinem Schafstall Feuer ausbrach, wurde – wahrscheinlich zu Recht – ein Anschlag des MfS vermutet. Kirchenkreis und Kirchenleitung nahmen ihn gegenüber dem Rat des Kreises und dem Rat des Bezirkes in Schutz, empfahlen ihm aber im Juli 1976 dringlich, die Pfarrstelle zu wechseln. Der Kirchenkreis kündigte eine Visitation seiner Pfarrstelle an: ein Routinevorgang, den B. aber als bedrohlich empfand.

Er sah keinen Ausweg. Mit selbstgefertigten Plakaten interpretierte er den Akt der Selbstverbrennung vor der Michaeliskirche in Zeitz am 18.8.1976. Dort stand: „Funkspruch an alle: Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen.“ Die Staatsorgane der DDR konfiszierten diese Plakate, versuchten (erfolglos) eine Nachrichtensperre zu verhängen. Dem staatlichen Ansinnen, B. zum Psychopathen zu erklären, widersetzte sich die Kirchenleitung. Obwohl B. auf der Intensivstation im Bezirkskrankenhaus Halle-Dölau zeitweise noch gesprächsfähig war, verhinderte der Staat jeden Kontakt mit seiner Familie und kirchlichen Partnern. Dort ist er am 22.8.1976 an seinen Brandverletzungen verstorben.

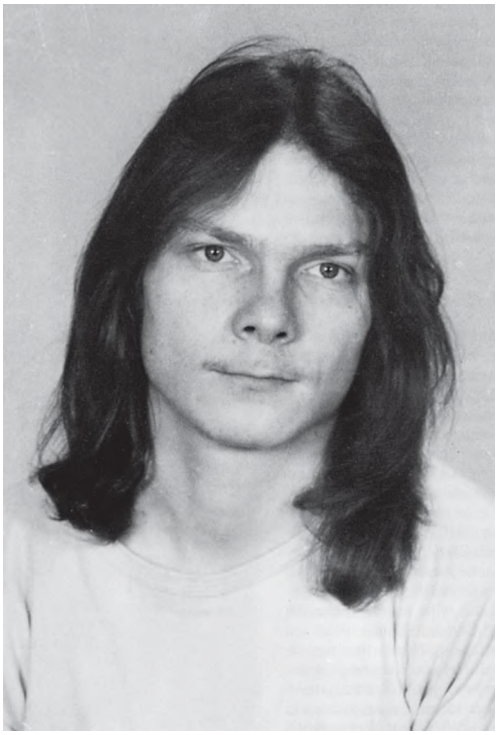
In seiner Frömmigkeit war B. stark von apokalyptischen Vorstellungen geprägt: „Nach meinem Leben habe ich es nicht verdient, zu den Auserwählten zu gehören. Meine Vergangenheit ist des Ruhmes nicht wert. Um so mehr freue ich mich, dass mein Herr und König und General mich zu den Geliebten Zeugen berufen hat. Obwohl der scheinbare tiefe Friede, der auch in die Christenheit eingedrungen ist – zukunftversprechend ist, tobt zwischen Licht und Finsternis ein mächtiger Krieg. Wahrheit und Lüge stehen nebeneinander.“ (Abschiedsbrief an den Pfarrkonvent Zeitz zitiert nach H. Schultze [Hrsg.]: Signal, S. 105 f.) Im Weltanschauungsstaat der DDR sah er die Mächte der Finsternis verkörpert. Da er spürte, dass die vielen Anstrengungen der Kirchenleitungen in der DDR zu keiner Änderung des marxistisch geprägten Bildungssystems führten, brachte er sich selbst zum Opfer, um ein wirksames Signal zu setzen. Dies hat tatsächlich eine breite Solidarisierungsbewegung in der DDR, bis hinein in Kreise der SED, ausgelöst und zu selbstkritischer Reflexion auch in den Kirchenleitungen geführt. Die Selbstverbrennung von B. kann nicht als Martyrium bezeichnet werden. Er wurde nicht verfolgt, eine Inhaftierung stand nicht bevor. Die Kirche – darin waren sich alle Kirchenleitungen in der DDR einig – konnten seine Tat nicht billigen. Der amtierende Magdeburger Bischof Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer begründete dies beim Trauergottes-

dienst am 26.8.1976 damit, dass „allein Gott der Herr uns Leben und Auftrag wieder nehmen kann“, fügte aber ausdrücklich hinzu: „Wir distanzieren uns von dem Menschen und Bruder nicht.“ (Ebd., S. 197)

Literatur: J. Desel: Brüsewitz; T. Frickel: Störenfried.; F. Klier: Brüsewitz; J. Mehlhausen: Brüsewitz (Lit.!); H. Müller-Enbergs/W. Stock/M. Wiesner: Fanal (Lit.!); H. Schultze (Hrsg.): Signal (Lit.!); A. Silomon: Brüsewitz.

Foto: Karl-Adolf Zech, vgl. H. Schultze (Hrsg.): Signal, Frontispiz.

H. Schultze



Domaschk, Matthias

**12.6.1957 Görlitz, † 12.4.1981 Gera.*

Ledig, eine gemeinsame Tochter mit Renate Ellmenreich, geb. Groß.

1974–1977 Berufsausbildung mit Abitur als Feinmechaniker bei VEB Carl Zeiss in Jena; 1977–1979 Dienst in der Nationalen Volksarmee; 1979–1981 Heizungsinstallateur und Lüftungsschlosser im Mikrobiologischen Institut auf dem Beutenberg in Jena.

Auf Wunsch der Mutter, Ruth Domaschk, wurde D. konfirmiert und gehörte seit 1972 der Jungen Gemeinde in Jena-Lobeda an. D. zählte zu jenen Jugendlichen in der DDR, die schon früh ein politisches Mitläufertum ablehnten und den Wunsch hatten, ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Seit 1975 beteiligte er sich gemeinsam mit seiner Freundin, der Gemeindehelferin und späteren Pfarrerin Renate Groß, an der „Offenen Arbeit“ der Jungen Gemeinde in Jena-Stadtmitte, einer gesellschaftskritischen Form selbst organisierter Jugendarbeit. Aktiv wirkte er im Lesekreis mit. Am 18.11.1976 nahm D. in der Jungen Gemeinde Stadtmitte an einer Protestveranstaltung gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann teil. Er unterzeichnete eine Protestresolution namhafter DDR-Künstler und gab eine Unterschriftenliste nach Meerane weiter. Am 19.11. wurde ein Teil der Unterzeichner der Resolution verhaftet. Noch am selben Tag brachte D. Briefe aus der Stadt, in denen andere Gruppen in der DDR über die Vorgänge in Jena informiert wurden. Es folgten am 20.11. eine Hausdurchsuchung und ein Verhör durch Mitarbeiter des MfS. D. und Groß wurden von da an bis 1978 im Operativen Vorgang „Kanzel“ vom MfS „bearbeitet“. Im Mai 1977 wurde D. auf Grund seines Engagements gegen die Biermann-Ausbürgerung vom Abiturkurs ausgeschlossen. Er ließ sich jedoch nicht einschüchtern und beteiligte sich an Hilfsaktionen für Freunde, die als „Rädelsführer“ des Jenaer Protestes gegen die Biermann-Ausbürgerung inhaftiert worden waren. Pfingsten 1977 nahmen er und Groß in Prag Kontakt mit Vertretern der Bürgerrechtsgruppe „Charta 77“ auf. Sie berichteten ihnen über die Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen in Jena und verfassten gemeinsam ein Protokoll als Charta-Dokument. Darüber hinaus unterhielten die beiden Kontakte zum „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ in West-Berlin. Am 2.11.1977 wurde D. in die Nationale Volksarmee einberufen. Nach seinem Militärdienst arbeitete er als Heizungsinstallateur und Lüftungsschlosser in Jena. 1980 geriet D. erneut ins Visier des MfS, da er zum persönlichen Umfeld von „bearbeiteten“ Personen aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte zählte. Am 10.4.1981 wurde er gemeinsam mit einem Freund im Zug nach Berlin in Jüterbog von der Transportpoli-

zei vorläufig verhaftet. Am nächsten Tag brachte man ihn zunächst auf das Volkspolizeikreisamt in Jüterbog und dann ins MfS-Untersuchungsgefängnis Gera. Dort wurde ihm die Beteiligung an oppositionellen Aktionen vorgeworfen, die Jahre zurücklagen. Nach fast drei Tagen Haft mit langen Verhören und kaum Schlaf unterschrieb D., wie erst 1990 bekannt wurde, eine IM-Verpflichtungserklärung. Laut den Akten des MfS beging er dann kurz vor seiner Entlassung am 12.4.1981 Selbstmord. Freunde und Bekannte glaubten und glauben z. T. bis heute nicht an eine suizidale Verzweiflungstat, sondern an einen „Unfall" bei der letzten Vernehmung. Die Trauerfeier für D. trug den Charakter einer Demonstration und noch jahrelang wurde seiner in den oppositionellen Kreisen Jenas mit Aktionen gedacht. Auf Initiative von Jugendpfarrer Walter Schilling wurde eine Dokumentation über D.s. Tod sowie andere Repressionen gegen Akteure aus der Offenen Jugendarbeit zusammengestellt und an kirchenleitende Stellen gegeben. Ende April 1981 bezeichnete der Thüringer Landesbischof Werner Leich in einem offiziell gemachten Gespräch mit einem MfS-Offizier den psychischen Druck des MfS als eine Mitursache für D.s. Selbstmord. Heute tragen eine Straße in Jena-Lobeda sowie zwei Archive zur Geschichte der Opposition in der DDR in Berlin und Jena D.s Namen.

Literatur: R. Ellmenreich: Domaschk; Horch und Guck 12, 2003 (Lit!); E. Neubert: Opposition; H. Pietzsch: Jugend; U. Scheer: Vision.

Foto: G. Hildebrand: Domaschk, S. 1.

C. Lepp

Ebel, *Rudolf* Samuel

** 9.1.1890 Hamburg, † 16.1.1946 auf dem Transport von Brest nach Kotlas.*

Verh. mit Friederike, geb. Schröer, drei Töchter, ein Sohn.

1913–1914 Predigerseminar in Soest; Teilnahme am Ersten Weltkrieg; 7.12.1919 Ordination; 1919 Hilfsprediger an den Anstalten Eilanghof und Friedrichswille bei Reppen/Krs. Weststernberg; 1924 2. Pfarrer an den Anstalten; 1926–1932 Leiter der Anstalten; 1932 Strafanstaltspfarrer und Geschäftsführer der Gefängnis-Gesellschaft in Halle; 5.8.1945 vom sowjetischem Militär verhaftet.

Aufgewachsen in Brandenburg und Berlin, hat E. seine theologische Ausbildung weitgehend abschließen können, ehe er sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst meldete. Er wurde verwundet, kehrte als Leutnant der Reserve zurück und legte 1919 in Berlin die II. Theologische Prüfung ab. Als Pastor an den Anstalten Eilanghof gründete er eine Familie; als Erziehungsdirektor stand er im Brandenburgischen Provinzialdienst.

1932 wurde E. als Anstaltsgeistlicher nach Halle berufen. Die Strafanstalt „Roter Ochse" diente auch als Zuchthaus. Während des Zweiten Weltkrieges fanden dort Hinrichtungen statt. E. berichtet, dass er als Seelsorger auch den schweren Dienst hatte, die zum Tode Verurteilten auf diesen letzten Schritt zu vorzubereiten. In seinem Jahresbericht über das Jahr 1943 heißt es, dass er 71 Mal vor der Hinrichtung das Einzelabendmahl reichte.

Neben dieser hauptamtlichen Funktion war E. zugleich Geschäftsführer der „Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt", die seit 1884 bestand. Ihr waren Gefängnisvereine in den mittleren und größeren Städten dieses Gebietes zugeordnet; ihrerseits gehörte sie dem „Deutschen Reichsverband für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge Berlin" an. Auf Initiative der Inneren Mission gegründet und deutlich kirchlich engagiert, war die Gefängnisgesellschaft in ihrer Arbeit ökumenisch offen. Maßgebliche Persönlichkeiten aus Kirche, Justiz und Kommunalverwaltung gehörten zum Vorstand. In die Anfangszeit der Verantwortlichkeit von E. als Geschäftsführer fielen nationalsozialistische Maßnahmen zur Änderung von Strafrecht, Strafvollzug und Sicherheitsverwahrung. Die Gefängnisgesellschaft war – ohne sich dem entgegenstellen zu können – der NSV eingegliedert. Sie behielt aber für ihre Arbeit weitgehende Eigenständigkeit.

E. ging in seinem Jahresbericht über das Jahr 1933 auf diese Strukturänderungen zunächst positiv ein: Schärfere Maßnahmen gegen Gewohnheitsverbrecher seien für das Wohl der Gesamtheit wichtig. Die Liberalisierung des Strafvollzugs der Zeit vor 1933 wurde von ihm kritisiert. In diesem Zusammenhang konnte er auch das Gesetz von 1934 über die „Verhütung erbkranken Nachwuchses" mit dessen Freigabe der Zwangssterilisierung begrüßen. Die Übernahme des Deutschen Reichsverbandes für Gerichtshilfe in das Amt für Volkswohlfahrt wurde „mit Freude und Dank" begrüßt (R.



Ebel: Jahresbericht, S. 15). Die weiteren Berichte E.s, insbesondere sein Jubiläumsvortrag in Halberstadt „Lebenswende" von 1936 zeigen deutlich, dass er nationalsozialistisches Gedankengut bei der Beschreibung seiner Tätigkeit vermied, vielmehr ausdrücklich die seelsorgerliche Verantwortung gegenüber den Gefangenen, deren Familien und den Strafentlassenen in den Mittelpunkt rückte. Ein Schwerpunkt war die Vorbereitung auf die Entlassung und die Bedingungen der Wiedereingliederung in das Alltagsleben. In Zusammenarbeit mit Stadtmissionen und Frauenhilfe unterhielt die Gefängnisgesellschaft Übergangsheime und in Halle eine Schreibstube – eine Art geschützter Arbeitsplatz für Haftentlassene. Sein Verantwortungsbewusstsein drückt E. aus: „So viel entgleiste, auf die Bahn des Verbrechens geratene Volksgenossen können wir unmöglich sich selbst und ihrem dunklen Schicksal überlassen!" Er erinnert an „die unabweisbare menschliche und christliche Pflicht […], uns unserer gefallenen Brüder und Schwestern anzunehmen. Der Glaube an die sündenvergebende Gottesgnade sowie der Glaube an die Möglichkeit einer mit sittlicher Erneuerung verbundenen Lebenswende macht stark in Geduld und Vertrauen." (AKPS Rep A Gen. Lebenswende, S. 45)

Aus dem Jahresbericht über das Zuchthaus in Halle geht hervor, dass E. im Tagesdurchschnitt für 450 evangelische Insassen des Zuchthauses, 200 Personen in der Untersuchungshaftanstalt zuständig war. Sonntag für Sonntag hielt er Gottesdienst, an denen 1943 im Zuchthaus durchschnittlich 165 Personen teilnahmen. So berichtete er: „Ein schweres Maß von Verantwortung legt die Betreuung der zum Tode Verurteilten auf. Nicht wenige von ihnen erwiesen sich als seelsorgerlich ansprechbar; sie erkannten ihre Schuld und vertrauten auf die dem bußfertigen Schächer verheißene Gnade." (AKPS Rep A Gen. Nr. 221 b: Bericht)

Der Grund für E.s Verhaftung ist nicht bekannt. Wurde er beim sowjetischen Militär denunziert? Seit dem Tag der Verhaftung am 5.8.1945 fehlen die Nachrichten. Er war im Lager Torgau (Seydlitzkaserne) interniert. Er war zu sieben Jahren Internierungslager – ohne Beschlagnahmung des Eigentums – verurteilt worden. Auf dem Transport von Brest nach Kotlas ist er am 16.1.1946 an Dystrophie 3 verstorben. Darüber wurde in Deutschland niemand benachrichtigt. Eine Intervention von Bischof Ludolf Müller vom 13.5.1948 an den Oberstaatsanwalt der DDR blieb unbeantwortet. Jahrelang wurde E.s Name auf der Fürbittliste der EKD geführt. Dort heißt es am 26.1.1954: Es „bezeugen Menschen, die unter der vorigen Regierung inhaftiert waren, dass er ihnen viel geholfen hat". Als sich Bischof Dibelius 1954 an den Hochkommissar der UdSSR Semjonow mit einer entsprechenden Anfrage wandte, erhielt er am 13.3.1954 die lakonische Auskunft, dass E. verstorben sei. Am 29.6.1995 hat die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in Moskau bescheinigt, dass E. rehabilitiert wurde.

Quellen: AKPS Rep. A Gen. Nr. 1629 Die geistliche Stelle der Gefängnis-Gesellschaft für die Provinz Sachsen in Halle/a. S. 1901–1932: darin: Jahresberichte für die Gefängnisgesellschaft 1934 und 1935; Vortrag „Lebenswende" 1936 (Privatdruck); AKPS Rep A Gen. Nr. 221 b Gefängnisseelsorge allgemein 1938–1947: darin: „Bericht über die Tätigkeit des ev. Strafanstaltspfarrers im Jahre 1943"; Privatarchiv Sup. i. R. Bernhard Ebel.

Literatur: Pfarrerbuch der Kirchenprovinz Sachsen, Bd. 2, S. 386; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 342.

Foto: B. Ebel.

H. Schultze

Einsiedel, Horst von, Dr. rer. pol.



** 7.6.1905 Dresden, † 25.2.1947 Sachsenhausen/Oranienburg.*

Ledig, ohne Kinder.

Abitur Vitzthumsches Gymnasium Dresden 1924; 1924–1933 Studium der Volkswirtschaft und der Rechtswissenschaft an den Universitäten Breslau, Kiel, Worcester/USA, Cambridge/USA und Frankfurt am Main; 1928 Juristisches Referendarexamen Breslau und Referendarausbildung, 1933 Promotion Dr. rer. pol. Frankfurt/Main; 1934–1945 Tätigkeit in der Reichsstelle Chemie und Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie; Mai bis August 1945 Tätigkeit beim Magistrat von Berlin; August bis Oktober 1945 Mitarbeit bei den Zentralverwaltungen der Sowjetischen Besatzungszone; 1945 Oktober bis Februar 1947 Haft; umgekommen im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen.

Den evangelischen Arztsohn Horst von Einsiedel prägte in seinen ersten Semestern in Breslau Eugen Rosenstock-Huessy. Dieser begeisterte E. für die Arbeiter- und Erwachsenenbildung in Volkshochschulheimen und für die Arbeitslagerbewegung, die über die bestehenden Klassen- und Parteigrenzen hinweg junge Arbeiter, Bauern und Studenten zusammenführte. Wichtige Impulse empfing E. in den Semestern am Kieler Institut für Weltwirtschaft von Adolf Löwe, einem Pionier der Konjunkturforschung und führendem Vertreter des religiösen Sozialismus. Unter dem Einfluss Löwes und unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise entwickelte sich E. zu einem überzeugten Anhänger staatlicher Wirtschaftslenkung. 1930 trat er in die SPD ein. Auslandsstudien führten ihn nach seinem Juraexamen 1930 bis 1932 in die USA. Über Präsident Franklin Delano Roosevelts kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegen die Folgen der Weltwirtschaftskrise schrieb er seine Doktorarbeit bei Professor Löwe. Kurz nach Abschluss der Promotion musste Löwe 1933 als Jude und Sozialdemokrat aus Deutschland fliehen. E. wurde als Leiter der „Vereinigung deutscher Austauschstudenten“ seines Postens enthoben und hatte es schwer, eine berufliche Existenz aufzubauen. Hinzu kamen Sorgen um seine verwitwete Mutter – für die Nationalsozialisten eine so genannte „Halbjüdin“ – und um seinen nach England emigrierten Bruder. Ende 1934 fand er in der Reichsstelle Chemie eine Anstellung, wo er bis zum Leiter der Planungsabteilung aufstieg. Gleichzeitig baute er in der Reichschemieverwaltung eine Oppositionsgruppe auf und knüpfte gemeinsam mit seinem Studienfreund Carl Dietrich von Trotha Verbindungen zu Arvid von Harnack vom Widerstandskreis „Rote Kapelle“. Ab 1940 arbeitete er als Fachmann für Fragen der Wirtschaftsordnung im engeren Kreisauer Kreis mit. Gemeinsam mit dem Ehepaar Trotha – Margarete Bartelt hatte mit den beiden studiert – leitete er die Arbeitsgruppe Wirtschaft. E. und Trotha entwickelten ein Modell von staatlicher Wirtschaftslenkung mit „der Freiheit des Menschen als Maßstab“, das sich in weiten Teilen mit der sozialen Marktwirtschaft deckt, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland später eingeführt wurde.

Nach dem 20.7.1944 blieb der Gestapo das Ausmaß von E.s Mitarbeit im Widerstand verborgen. Mit einigen anderen Kreisauern überlebte er das „Dritte Reich“ und stellte sich dem Neuaufbau in Berlin zur Verfügung. Seine Motivation und Position formulierte E. im Juli 1945 in einem programmatischen Lebenslauf: „Ich glaube nicht, dass die Wirtschaft sich selbst überlassen

werden darf, da die völlige wirtschaftliche Ungebundenheit weder Arbeit für alle gewährleistet noch eine sinnvolle Ordnung des Arbeitslebens ermöglicht." – „[...] das christliche Liebesgebot (soll) ja nicht nur für individuelles ethisches Verhalten maßgebend sein [...], es muss auch als Norm für die Lösung der politischen Aufgaben dienen." – „Jetzt, nachdem Hitler und seine Bewegung untergegangen sind, könnte die Bahn für christliches Handeln frei sein. [...] Es wird mit Recht gefordert, dass das deutsche Volk eine große Wandlung erfahren müsse. Noch sind die Seelen vieler Deutscher dumpf oder gar vergiftet. Aber die anderen Völker können an dieser Wandlung nur dann mithelfen, wenn die gleichen geistigen Werte, die in Deutschland wieder eine Heimstätte finden sollen, bei ihnen selbst volle Anerkennung erhalten." (IfZ ZS/A-18,3) Ab Mai 1945 arbeitete E. in der Wirtschaftsverwaltung des neu gebildeten Magistrats von Berlin mit, ab August dann in der Abteilung Planung für die Industrie bei den Deutschen Zentralverwaltungen der Sowjetischen Besatzungszone. Dabei wurde ihm wohl bald klar, dass die Besatzungsmacht und die von ihr protegierten deutschen Kommunisten die Werte der Kreisauer nicht teilten. In West-Berlin nahm er mit Trotha Kontakt zu amerikanischen Stellen auf und machte Vorschläge für eine Verflechtung der europäischen Wirtschaft. Im Oktober 1945 wurde er, dem die Gestapo nicht auf die Spur gekommen war, von der sowjetischen Geheimpolizei als „amerikanischer Spion" in Berlin verhaftet. Nach einem bisher im Einzelnen nicht bekannten Leidensweg starb er am 25.2.1947 im sowjetischen Speziallager Nr. 7 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen. Höchstwahrscheinlich ist E. wie viele seiner Mithäftlinge nach der Halbierung der ohnehin schmalen Essensrationen im November 1946 im strengen Winter 1946/47 verhungert und in einem Massengrab verscharrt worden.

Quellen: IfZ ZS/A-18,3: Lebenslauf H. v. Einsiedel, 12.7.1945; Auskunft Gedenkstätte Deutscher Widerstand 28.4.2005 (aus den nun zugänglichen Archivbeständen der NKWD-Lager in der SBZ konnten jüngst Sterbeort und –datum ermittelt werden).

Literatur: H. v. Einsiedel: Konjunktur-Politik; G. v. Roon: Neuordnung im Widerstand, S. 88–93; W. E. Winterhager: Einsiedel, S. 157 f.; Ders.: Kreisauer Kreis, S. 38–40, 202 f.

Foto: G. v. Roon, Neuordnung im Widerstand, zwischen S. 80 und S. 81 (als junger Student).

B. *Mensing*

Gnettner, Reinhard

** 26.6.1897 Görlitz, † 27.6.1951 Moskau.*
Verh. mit Gertrud, geb. Seidel, vier Kinder.
1916–1921 Studium der Theologie in Halle; 1921 I. Theol. Examen in Halle; 1922 Lehrvikar in Stintschen (Oberlausitz); 1923–1925 Hilfsprediger in Feffernitz (Kärnten); 1926 II. Theol. Examen in Breslau; 1926 Ordination in Breslau; 1927–1945 Pfarrer in Tschöplowitz und Groß-Neudorf (Bezirk Breslau); 1945 Verwalter der Pfarrstelle Lobowitz (Tschechoslowakei), später in Altmark (Kreis Weißwasser); 1946–1950 kommissarische Verwaltung der zweiten Pfarrstelle in Fürstenberg (Kreis Frankfurt/O.).

G. begleitete seine Gemeinde als Prediger und Seelsorger durch die von Not und Unsicherheit geprägten Nachkriegsjahre in der SBZ/DDR. Neben seinem Pfarramt arbeitete er in der CDU mit, der er seit Oktober 1945 angehörte. Von 1946 bis 1948 war er 2. Vorsitzender und 1948 1. Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe Fürstenberg. Zugleich war er 1948 2. Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Guben. Gemeinsam mit dem Ortsgruppenvorstand wandte sich G. in einer Resolution gegen eine vorzeitige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Dieses Schriftstück geriet in die Hände der sowjetischen Besatzungsmacht, woraufhin der Pfarrer überwacht wurde. Im Juni 1950 trat G. aus der CDU aus. Auslöser hierfür war vermutlich die Entscheidung des Ost-CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke, einer Einheitslistenwahl im Oktober 1950 zuzustimmen.

G. war auch in der Kommunalpolitik aktiv. Von 1946 bis 1950 war er Mitglied im Gemeinderat von Fürstenberg. In dieser Eigenschaft und später als Stadtrat wirkte er von 1947 bis 1949 als Dezernent für „Landwirtschaft und Ernährung" sowie 1949 und 1950 als Dezernent für das „Gesundheitswesen". Zudem war er ab 1946 Mitglied der Kommission für „Schulwesen und Volksbildung" und seit 1947 für die „Forstwirtschaftskommission" zuständig. Am 7.6.1950 legte G. aus Protest gegen die zunehmenden blockpolitischen Maßnahmen zu Lasten der CDU sein Amt als Stadtrat nieder. Als offizielle Begründung gab er Arbeitsüberlastung an.

Laut Aussagen von Zeitzeugen hatte G. Kontakt zu einer Gubener Mitarbeiterin der sowjetischen Geheimpolizei. Sie soll dem Pfarrer gelegentlich Namen von



Fürstenberger Bürgern mitgeteilt haben, die als politisch verdächtigt galten und mit deren Verhaftung in absehbarer Zeit zu rechnen war. G. konnte daraufhin die Betroffenen warnen. Zudem unterhielt der Pfarrer mit Hilfe des Fürstenberger Schiffers Gerhard Paschke Briefkontakt nach West-Berlin.

Am 6.8.1950 wurde G. von deutschen Geheimpolizisten des Staatssicherheitsdienstes im Auftrage des sowjetischen Geheimdienstes festgenommen und ins Gefängnis nach Frankfurt/O. gebracht. Seine Festnahme erfolgte im Zuge einer Verhaftungsaktion gegen die so genannte „Schubert-Gruppe". Der 21-jährige Wolfgang Schubert war 1949 nach West-Berlin übergesiedelt und hatte sich dort der CDU angeschlossen. Bei Besuchen seiner Eltern in Guben hatte er Zeitungen und Flugschriften der West-CDU mitgebracht und bei informellen Zusammenkünften an Gleichgesinnte weitergegeben. Daraus wurde der Vorwurf der Bildung einer illegalen antisowjetischen Spionageorganisation konstruiert und neben Wolfgang Schubert 20 seiner Familienmitglieder, Freunde und Bekannte sowie CDU-Mitglieder festgenommen.

Zusammen mit anderen Verhafteten wurde G. in das Justizgefängnis nach Potsdam gebracht. In der achtmonatigen Einzelhaft las er abends laut aus der Bibel vor, sodass ihn die Mitgefangenen hören konnten. Im März 1951 kam er vor das Militärtribunal der Truppeneinheit 48 240 in Potsdam. Die „Schubert-Gruppe" wurde beschuldigt, mit der West-Berliner CDU zusammengearbeitet und Informationen über das gesellschaftspolitische Leben der Bevölkerung in der DDR, über die deutsche Volkspolizei und über die Besatzungsarmee in Deutschland gesammelt zu haben. G. wurde der „Schubert-Gruppe" zugerechnet, da sein Name im Notizbuch von Wolfgang Schubert gestanden haben soll. Am 4.4.1951 wurde er in einem Geheimprozess zusammen mit zehn anderen der „Schubert-Gruppe" wegen antisowjetischer Spionagetätigkeit und antisowjetischer Hetze zum Tode durch Erschießen verurteilt und im Mai 1951 in die Sowjetunion gebracht. Am 27.6.1951 wurde das Urteil im Zentralgefängnis Butyrka in Moskau vollstreckt. Seine Angehörigen und die Berlin-Brandenburgische Kirche wurden darüber im Unklaren gelassen. Noch 1957 stand G. auf der Fürbitten-Liste der EKD. Am 22.6.1995 wurde er von der Moskauer Obermilitärstaatsanwaltschaft als „Opfer der politischen Verfolgung" rehabilitiert.

Quellen: Schreiben der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an Horst Gnettner vom 23.8.1995 (ACDP St. Augustin).

Literatur: H. Bräuer: Vergessen; G. Buchstab: Verfolgt, S. 132 f.; G. Heinrich: Ordnungen, S. 799–802; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 336 f.; H.-W. Stichling: „Schubert-Gruppe".

Foto: G. Heinrich (Hrsg.): Jahre, S. 800.

C. Lepp

Gürtler, Johannes

** 16.1.1905 Eberswalde, † 27.6.1952 Falkensee.*

Verh. mit Elisabeth, drei Söhne.

Ingenieur; Angestellter; 1945–1950 Mitglied der CDU; Vorsitzender der CDU Ortsgruppe Brieselang; 1947–1950 Mitglied des Gemeinderates Brieselang, Gemeinderat für



Ernährung und Landwirtschaft; 1949/50 Abgeordneter des Kreistags Osthavelland.

G. war in seiner Jugend ein aktives Mitglied der Christlichen Pfadfinderschaft. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme schloss er sich der Bekennenden Kirche an. Seine Arbeit als Elektro-Ingenieur bei der Firma Siemens in Berlin stürzte ihn in einen Gewissenskonflikt, als er bei der Verstärkung der Rüstungsindustrie zur Geheimhaltung verpflichtet werden sollte. Er war dazu nicht bereit und verlor daraufhin seinen Arbeitsplatz. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete G. bei einer kirchlichen Verwaltungsstelle in Berlin-Spandau. In Brieselang war er ein aktives Mitglied seiner Gemeinde, besuchte regelmäßig den Gottesdienst und trug stets das Neue Testament bei sich.

G. war von Jugend an politisch interessiert. Ab November 1945 arbeitete er in der CDU mit und war zeitweise stellvertretender Bürgermeister in Brieselang. Auch nach der Gründung der DDR hielt er an der von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer vertretenen Linie fest und lehnte den Anpassungskurs der Ost-CDU an die SED ab. G. unterhielt Kontakte zur Redaktion der in West-Berlin erscheinenden Zeitung „Der Tag“ und nahm auch Zeitungen in die DDR mit. Im Februar bzw. März 1950 schied er aus „persönlichen Gründen“ aus dem Kreistag und aus der Gemeindevertretung Brieselang aus. Im Protokoll der Gemeindevertretersitzung vom 15.3.1950 heißt es: „Die CDU Fraktion brachte zum Ausdruck, dass sie das Verhalten des ausgeschiedenen GV G. in Bezug auf Entfernen des Aufrufes gegen das reaktionäre Ehepaar Schneider verurteilt. Ferner wurde erklärt, dass Herr G. sonst aber immer die Ordnung der DDR eingehalten hat.“ (BLha Potsdam, Rep. 250/357) Ende Juni 1952 wurde G. von einer Polizeistreife auf seinem Weg zur Arbeit festgenommen und ins Gefängnis nach Falkensee gebracht. Am nächsten Vormittag erhielt seine Frau die Nachricht, ihr Mann habe sich in Polizeigewahrsam erhängt. Nähere Umstände wurden nie bekannt. Die zur Beerdigung freigegebene Leiche zeigte keine Hinweise auf einen Selbstmord, wohl aber Verletzungen und Spuren von Misshandlung.

Quellen: BLha Potsdam Rep. 250/12: Personalfragebogen, Rep. 250/357: Protokoll der 33. öffentlichen Gemeindevertretersitzung am 15.3.1950.

Literatur: G. Buchstab: Verfolgt, S. 353; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 340 f.

Foto: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam: Rep. 250/12 Landratsamt Osthavelland.

C. Lepp

Hecker, Johannes, Dr. med.

** 4.3.1902 Stettin/Pommern, † 10.6.1946 Schwerin.*

Verh. mit Charlotte, geb. Jaenke, drei Kinder.

1923–1928 Studium der Medizin in Würzburg, Bonn und Greifswald, Tätigkeit als Praktikant und Assistenzarzt an verschiedenen Einrichtungen in Stettin und Mecklenburg; 1930 Approbation; 1930–1935 Psychiater an der Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg in Schwerin; 1935–1945 Beförderung zum Medizinalrat und Anstaltsarzt an der Heil- und Pflegeanstalt Domjüch in Alt-Strelitz; 1945 Anstaltsarzt an den Heil- und Pflegeanstalten Sachsenberg/Lewenberg in Schwerin; ab Juli 1945 kommissarische Leitung des staatlichen Gesundheitsamtes Wismar.



H. wuchs als einziges Kind des Kaufmanns Rudolph Hecker und seiner Frau Lina in Stettin auf. Ein Zwillingsbruder starb mit drei Jahren, der Vater, als er 11 Jahre alt war. Die Mutter heiratete nach dem Tode ihres ersten Mannes den Stettiner Arzt Dr. Kant. Dieser ermöglichte seinem Stiefsohn das Medizinstudium. H. wurde im Elternhaus geprägt durch eine christlich-humanistische Bildungstradition, der christliche Glaube leitete ihn in seinem künftigen Handeln.

1930 wurde H. in den Staatsdienst übernommen und als Psychiater in der Heil- und Pflegeanstalt Sachsenberg in Schwerin eingestellt. 1935 wurde er zum Medizinalrat befördert und Anstaltsarzt an der Heil- und Pflegeanstalt Domjüch in Alt-Strelitz. Daneben war er auch als Gefängnisarzt am Gefängnis Altstrelitz tätig.

Dem Nationalsozialismus stand er von Beginn an ablehnend gegenüber. H. war ein bekennender Christ und hatte engen Kontakt zu Pastoren der Bekennenden Kirche. 1937 gab er dem Druck nach und trat in die NSDAP ein.

In seiner Tätigkeit als Arzt kam H. mit der menschenverachtenden Ideologie der Nationalsozialisten hautnah in Berührung. Bereits 1934 mussten aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Domjüch alle Kranken in Fragebögen erfasst werden. Nach Kriegsbeginn wurde Domjüch als Durchgangslager genutzt. Patienten wurden im Zusammenhang mit dem berüchtigten Euthanasie-Programm in Listen erfasst und in andere Einrichtungen verlegt.

H. erlebte nun als Arzt und Gerichtsgutachter eine Gratwanderung zwischen der zunehmenden Bedrohung seiner Patienten, seinem Einsatz für die ihm anvertrauten Kranken und der Gefahr, denunziert zu werden. Aufgrund seiner christlich geprägten ethischen Haltung konnte er die Augen vor der drohenden Gefahr für seine Patienten nicht verschließen. Es war ihm nicht möglich, die Transporte zu verhindern. H. versuchte aber, einzelne Patienten zu retten, indem er Angehörigen empfahl, ihre Verwandten nach Hause zu holen oder Kranke als Arbeitspersonal einstellte und sie somit vor den Transporten bewahrte. Nach einer Denunziation wurde er vom Ministerium verwarnt, weil er ausländische Gefangene im Gefängnis Altstrelitz mit Essen und Medikamenten versorgte, das nur für Deutsche bestimmt war. Er hatte ausländische Patienten in nur für Deutsche vorbehaltene Abteilungen verlegt, da dort die Verpflegung besser war.

1943 erfolgte eine zusätzliche Abordnung H.s als stellvertretender Amtsarzt beim Staatlichen Gesundheitsamt Neustrelitz.

Im Spätsommer 1943 lernte H. den Diplomaten Hans-Bernd von Haeften kennen. Haeften war der Bruder von Werner von Haeften, Adjutant von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Hans-Bernd von Haeften gehörte zum Widerstandskreis gegen Hitler und weihte H. in die Pläne zum Sturz Hitlers ein. H. billigte diese und erklärte sich zur Mitarbeit in einer künftigen Regierung bereit. Mehrfach traf H. von Haeften, ein letztes Mal einen Tag nach dem Scheitern des Attentats vom 20.7.1944. Von Haeften bat H., sich um seine Familie zu kümmern. Neben dem ältesten Sohn von Haeftens, der schon seit 1943 bei der Familie in Pension lebte, wurde ein weiterer Sohn in die Familie aufgenommen. Von Haeften wurde hingerichtet.

Im April 1945 verließ die Familie H. mit den verbliebenen Insassen vor der heranrückenden Roten

Armee die Heil- und Pflegeanstalt Domjüch in Richtung Westen. H. wurde noch im April 1945 wieder als Arzt in den Heil- und Pflegeanstalten Sachsenberg/Lewenberg in Schwerin eingesetzt. H. galt trotz seiner Parteizugehörigkeit nur als gering belastet und wurde im Juli 1945 kommissarisch mit der Leitung des staatlichen Gesundheitsamtes Wismar beauftragt. Hier geriet er durch sein mutiges und offenes Auftreten im Umgang mit der problematischen Lage im Gesundheitswesen in Mecklenburg in Konflikt mit der Besatzungsmacht. Im Februar 1946 erreichte ihn eine Warnung, er solle in den Westen fliehen, da seine Verhaftung bevorstünde. H. war sich keiner Schuld bewusst und blieb. Am 26.2.1946 wurde er durch den sowjetischen Geheimdienst verhaftet. Die Familie erfuhr erst nach der Wende aus den Akten über sein weiteres Schicksal. H. wurde am 16.5.1946 durch ein Sowjetisches Militärtribunal in Schwerin zum Tode verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, sich aktiv an der Tötung von Kranken, darunter ausländischen Bürgern beteiligt zu haben. Laut Akte wurde das Urteil am 10.6.1946 in Schwerin vollstreckt. In den Prozessakten befindet sich auch ein Gnadengesuch von H. Er beschreibt darin, wie er durch sein Handeln etliche ausländische Patienten vor dem Tod bewahren konnte.

In den Akten der Staatssicherheit findet sich der Vermerk: „inoffiziell wurde bekannt, dass der (H.) durch seine Tätigkeit von 33–45 einzelne jüdische Bürger gerettet haben soll, aber 1945 verhaftet wurde". Das gegen H. durchgeführte Verfahren entbehrte jeder rechtsstaatlichen Grundlage. Eine Rehabilitierung durch die russische Militärhauptstaatsanwaltschaft wird Dr. Johannes Hecker bis heute verweigert.

Quellen: BArch Berlin DP 1/SE -4038, -3960; BStU Berlin MfS HA IX RHE 58/89; Hecker, Karl-Andreas: Erinnerungen an meinen Vater Dr. Johannes Hecker, unveröffentlichte Aufzeichnungen, Berlin 2004.

Literatur: C. Witzke: Domjüch.

Foto: Privatbesitz Karl-Andreas Hecker.

A. Drescher

Hein, Erich, Lic. theol.

* *27.4.1902 Groß Rominten/Krs. Goldap(Ostpr.),* † *14.11.1957 Magdeburg.*

Verh. mit Frieda, geb. Hintz, drei Kinder.

Theologiestudium in Königsberg; 1925 Promotion zum Lic. theol. bei Prof. Juncker (Neues Testament); II. theol. Prüfung 1927; 10.4.1927 Ordination; Hilfsdienst in Insterburg, Pfarrer zunächst in Groß Warningen, dann bis 1944 in Kussen/Krs. Schlossberg; Mitglied des Bruderrats der BK in Ostpreußen; seit Okt. 1946 Pfarrer in Magdeburg; 1.4.1949 Dezernent im Konsistorium Magdeburg (Pfarrerausbildung); seit 1952 Oberkonsistorialrat.

H. ist als Sohn des Postmeisters Otto Hein in Groß Rominten/Goldap aufgewachsen. Im Königsberger Theologiestudium begegnete er Hans-Joachim Iwand, mit dem ihn Freundschaft verband. Durch ihn gewann er prägenden Zugang zu Luther und Karl Barth. Als junger ostpreußischer Dorfpfarrer gründete er seine Familie. Im Kirchenkampf übernahm er in der Bekennenden Kirche verantwortliche Funktionen; die 2. Ostpreußische Bekenntnissynode wählte ihn im November 1936 in den Bruderrat. 1936 protestierte er (mit anderen) gegen den staatlichen Aufruf zur Erntearbeit an Sonntagen. Er war Mitglied einer Visitationskommission der BK (für eine Visitation in Pommern) und war an den „illegalen" theologischen Prüfungen beteiligt. 1937 konnte er – als Vertreter des Bruderrates – fünf inhaftierte Pfarrer im Gefängnis besuchen.

Als er mit seiner Gemeinde im Oktober 1944 vor den sowjetischen Truppen floh, wurde er nach Sachsen verschlagen, wo er bereits im Frühjahr 1945 die Versorgung der Pfarrstelle Kitzscher bei Borna übernehmen konnte. Große Resonanz fand sein Wirken in der Paulusgemeinde Magdeburg. Seine seelsorgerliche Begabung war aber auch im Umgang mit Theologiestudenten und Vikaren von starker Ausstrahlung – man nannte ihn „Vater Hein".

Als Ausbildungsdezernent hatte H. dem Bischof bei der Vorbereitung der Ordination der Kandidaten zu assistieren. Die Kirchenprovinz Sachsen setzte sich bei der Kirchenkanzlei der Kirche der altpreußischen Union (ApU) für eine Neufassung des Ordinationsgelübdes ein. Es gehört zu den theologischen Einsichten des Kirchenkampfes, dass auf die Benennung



der Bekenntnisschriften Wert gelegt und die Barmer Theologische Erklärung einbezogen wurde.

In den letzten Jahren litt H. an einer Herzinsuffizienz, mehrfach war er in klinischer Behandlung. Wegen dieser Gefährdung trug er sein Medikament (Nitrangin) stets bei sich – auch am Tage des Verhörs.

Im Nachgang zu der Geldumtauschaktion der DDR vom 13.10.1957 wurden dem Magdeburger Konsistorialpräsidenten Kurt Grünbaum und dem Finanzdezernenten Oberkonsistorial Dr. Siegfried Klewitz strafbare Handlungen vorgeworfen: Sie hatten versucht, Banknoten der DDR, die in Westberlin für die Kirchenprovinz bereitgelegen hatten, noch in den Geldumtausch einzuschleusen. Diese Manipulationen wurden rasch aufgedeckt, sie führten zu Verhaftungen und Verhören. In diesem Zusammenhang wurde H. am 14.11.1957 zum Verhör abgeholt. Das Konsistorium wies den abholenden Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft auf die gesundheitliche Gefährdung von Lic. H. hin. Er wurde trotzdem verhört, unterzeichnete das Protokoll und starb unmittelbar danach an einem Herzanfall. Am 18.11. fand die Trauerfeier im Magdeburger Dom statt; die Predigt hielt Bischof D. Johannes Jänicke, der H. aus der gemeinsamen Arbeit im ostpreußischen Bruderrat der BK eng verbunden war.

Der Tod von H. ist nicht durch unmittelbare Gewalteinwirkung erfolgt. In der Vorbereitung eines Strafprozesses werden auch Zeugen angehört, die nicht selbst der Mittäterschaft beschuldigt werden. Trotzdem ist die Strafverfolgung jenes illegalen Geldumtauschs (der dazu dienen sollte, der Kirchenprovinz Finanzmittel zu retten) eine wohlkalkulierte Maßnahme in der Repressions-Politik der SED 1957 gewesen. H. ist zum Opfer des SED-Regimes geworden.

In seiner Trauerpredigt schildert Johannes Jänicke H. als einen Theologen und Pfarrer, der von einer tief wurzelnden Frömmigkeit geprägt war. Entscheidend angeregt durch Karl Barth, war er doch zugleich geschult in der historisch-kritischen Forschung der religionsgeschichtlichen Schule. Auf Luther konnte er die Kandidaten des Pfarramts verweisen mit der Frage: „Hast Du schon einmal ein Tränlein um des Kreuzes Christi willen vergossen?“

Seinen eigenen Weg in der Nachfolge Christi hat er als Kreuzesweg verstanden: „Die Nachfolge Jesu ist eben kein Spaziergang auf einem Promenadenweg. Das Kreuz ist hart, und es tut doch einfach weh, und wir müssen dem Herrn Christus nachfolgen, bis in die letzte Not hinein …“ So konnte Jänicke auch einen Satz aus den Gesprächen mit H. zitierten: „Meine Zeit steht in Gottes Hand. Ich weiß, dass es einmal sehr schnell gehen kann, aber der Herr wird mich keine Minute zu früh rufen.“ (Trauerpredigt Jänicke)

Quellen: AKPS Rep. A, Spec. PA 177a; Zum Prozess Grünbaum/Klewitz: AKPS Rep. A Gen. Nr. 5004, Bd.I.; Rep. B 2, Nr. 259: Trauerpredigt Jänicke; Pfarrerkartei der Kirchenprovinz Sachsen.

Literatur: J. Jänicke: Ich konnte dabei sein, S. 167–171; M. Koschorke: Geschichte; L. Geissel: Unterhändler, S. 257–263.

H. Schultze

Ihmels, Carl *Werner* Oltmann



* *26.1.1926* Leipzig, † *25.6.1949* Bautzen.
Ledig.
1944/1945 Reichsarbeitsdienst, Theologiestudium, Militärdienst; 1945/1946 Praktikant im kirchlichen Jugendamt Leipzig; Mitglied als Kirchenvertreter im Leipziger Stadtjugendausschuss; seit 1946 Theologiestudium in Leipzig, seit Mai/Juni 1947 Leiter der Ev. Verbindungsstelle bei der FDJ-Landesleitung; 11.9.1947 Verhaftung durch das NKWD; 2.12.1947 Verurteilung.

Als Sohn des Direktors des Leipziger Missionswerks D. Carl Ihmels und Enkel des ersten sächsischen Landesbischofs Prof. D. Ludwig Ihmels war I. – wie auch seine fünf Geschwister – verwurzelt in der sächsischen Landeskirche, stand in engem Kontakt mit Christen aus der Ökumene und hatte Zugang zu Informationen, die das NS-Regime in Frage stellten. *1936* schloss sich I. einem illegalen Schülerbibelkreis an, den er ab Mitte *1942* leitete. In dieser Arbeit fanden sich pietistische und jugendbewegte Elemente. Über seinen Konfirmator, Lic. theol. Georg Walther, kam I. in Berührung mit der Arbeit des sächsischen Landesbruderrates der Bekennenden Kirche. Auch seine Funktion als Jungvolkführer nutzte er für seinen Bibelkreis. Vor seiner Einberufung zur Wehrmacht am *4.5.1944* konnte I. wenige Tage Theologie studieren. Im März *1945* formulierte I. in seinem Tagebuch und in Briefen an seinen Bruder Folkert sein „politisches Denken“ und einen „Entwurf“ für den „Jungendienst“. Ablehnung des Nationalsozialismus, Sorge um Deutschlands Schicksal angesichts der „Horden Asiens“ und die Überzeugung, dass die christliche Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der Kirche in Deutschland zu leisten habe, prägten diese Überlegungen. I. nahm deutlich die negativen Auswirkungen der Zwangsmitgliedschaft in politischen Massenorganisationen wahr. In der amerikanischen Kriegsgefangenschaft in Böhmen hielt er fest: „Ich glaube an eine göttliche Gerechtigkeit in der Geschichte. Was wir jetzt erleben, haben wir nur zu verdient.“ (Universitätsarchiv Leipzig: NA Ihmels, Persönliche Papiere) Diese Beobachtungen befähigten I. in der Folgezeit, früh strukturelle Ähnlichkeiten zwischen dem Nationalsozialismus und der sich etablierenden neuen Gesellschaftsordnung wahrzunehmen.

Nach seiner Rückkehr in das amerikanisch besetzte Leipzig nahm I. die Arbeit mit seinem Bibelkreis wieder auf. Vom *15.7.1945* bis zum *15.2.1946* arbeitete er als Praktikant im kirchlichen Jugendamt Leipzig. Es wurde von Pfarrer Heinz Wagner geleitet, der eine wichtige Rolle in der Jugendarbeit der Bekennenden Kirche gespielt hatte. I. bemühte sich, mit der Arbeit der sechs Jungenkreise, die er leitete, auch nichtkirchliche Jugendliche anzusprechen. Seine Berufung als Kirchenvertreter in den Leipziger Stadtjugendausschuss im August *1945* nahm er mit Bedenken an. Zur politischen Entwicklung konstatierte er am 22. September: „Wir erleben heute in sechs Monaten die gleiche Entwicklung wie in den letzten zwölf Jahren [...] Die ersten Verhaftungen sind schon da.“ (Universitätsarchiv Leipzig, NA Ihmels) Sein Verantwortungsbewusstsein bewog I. zum Bleiben in der SBZ. Im November *1945* trat er der CDU, im Frühjahr *1946* der FDJ bei. Nach der Wiederaufnahme des Theologiestudiums am *26.4.1946* behielt I. die Leitung mehrerer Gruppen der Jungen Gemeinde bei. Eine schloss sich

als „Literarische Arbeitsgemeinschaft“ der FDJ an. Die Arbeit der kirchlichen Jugendarbeit in Sachsen war von Repressalien und Verboten überschattet. Bereits am 6.4.1946 hatte I. vorsorglich einen Abschiedsbrief an seine Eltern verfasst, weil er erwartete, „daß ich einmal den Weg des Leidens gehen muß“ (zitiert nach F. Ihmels: Räderwerk, S. 41). I.’ Nachschrift eines Vortrages vor einer FDJ-Gruppe im November 1946 „Was hat die Kirche mit der Politik zu tun“ fasst die Grundüberzeugungen seines kirchlichen Wirkens für das Gemeinwesen zusammen: Die Kirche hat „von ihrem Wesen her einen politischen Auftrag“. Sie „muß eine eifersüchtige Hüterin des Rechtes sein“ (ebd., S. 51), hat sich für soziale Gerechtigkeit, z. B. auch für die Bodenreform, den Frieden und gegen jede Form der Diskriminierung einzusetzen. Am 16.5.1947 wurde I. von der sächsischen Landeskirche mit der Leitung der Ev. Verbindungsstelle bei der FDJ-Landesleitung betraut. Nachdem I., der in einer Auseinandersetzung mit Erich Honecker erkannt hatte, dass für Christen kein Raum in der FDJ mehr war, bemerkte, dass er beschattet wurde, plante er den Wechsel nach Tübingen zum Wintersemester 1947/48. Er bereitete mit seinem Bruder Folkert die Umstrukturierung der kirchlichen Jugendarbeit in Leipzig und das vorsichtige Ausscheiden aus der FDJ vor. In Westdeutschland wollte er Material über die Entwicklung in der SBZ verbreiten. Zur Sammlung dieses Materials scheint es jedoch nicht gekommen zu sein. Am 11.9.1947 wurde er vom NKWD vor seiner Abreise nach Tübingen verhaftet. Am 2.12. verurteilte ihn und den 16-jährigen Horst Krüger ein sowjetisches Militärgericht in Dresden zu 25 Jahren Arbeitslager. Ein weiterer Weggefährte, Wolfgang Weinoldt, erhielt 15 Jahre Arbeitslager. Unter den furchtbaren klimatischen und hygienischen Bedingungen im überfüllten Sonderlager IV in Bautzen bewährte I. sich als Seelsorger seiner Mitgefangenen. Am 25.6.1949 starb er an einer Lungenembolie. Offiziell erfuhren seine Geschwister 1995 von seinem Tod. Im selben Jahr rehabilitierte ihn die Generalstaatsanwaltschaft der GUS postum.

Quellen: LKA Dresden N, 2/61, Freie Deutsche Jugend 1946–1952; 2/62 Werk der Jugend. Landesauschuss Sachsen, 1947–1948; 2/82 Jungmännerarbeit 1945–1963; 2/83 Jugendwerke 1945–1948; 2/119 Beratungskreis 1945; Universitätsarchiv Leipzig: NA Ihmels, Nr. 1, Persönliche Papiere 1941–1947.

Literatur: F. Ihmels: Räderwerk; H. Krüger: Begegnung; Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig; C. M. Raddatz: Ihmels; E. Ueberschär: Junge Gemeinde.

Foto: Privatarchiv F. Ihmels.

C. M. Raddatz

Koehler, Otto

8.3.1883 Trebnitz/Schlesien, † 24.12.1946 Torgau.
Verh. mit Christiane, geb. Zschiedrich, drei Kinder.
Theologiestudium in Breslau; 15.1.1908 Ordination in Breslau; Pfarrvikar in Tichau und Görlitz; Pastor in Grünberg, Brieg und Berlin; ab 1918 am Greifswalder Dom St. Nikolai.

Der evangelische Pfarrer K. wurde am 4.1.1946 in seinem Greifswalder Pfarrhaus neben dem Dom St. Nikolai von sowjetischer Polizei verhaftet und starb am 24.12.1946 im Speziallager 10 in Torgau an Dystonie (Allg. Erschöpfung). Die Speziallager 8 und 10 in Torgau hatten eine vollständige Isolierung als Grundlage ohne Nachrichten an Angehörige, auch nicht im Fall des Todes. Die Lebensmittelrationen und die medizinische Versorgung waren völlig unzureichend und viele Todesfälle hatten Dystonie oder Tuberkulose als Ursache. K. wird in den Torgauer Akten als „Kjuller, Otto“ geführt, ist aber durch Geburtstag und Ort eindeutig zu identifizieren. Das Strafmaß betrug zehn Jahre nach Art. 58,2 des Strafgesetzbuches der RFSSR. Auf dieser Grundlage wurden oft Personen verurteilt, denen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen wurden.

K. kämpfte in einem Kriegsfreiwilligenregiment im Ersten Weltkrieg an der russischen Grenze und u. a. in den Schlachten in Verdun und Am Toten Mann. Eine erneute militärische Verwendung des Reserveoffiziers K. ist beim Landesschützenbataillon vom 14.9.1939 bis zum 23.10.1940 belegt. Ein Eintrittsdatum in die Wehrmacht ist nicht verzeichnet. Vermutet wird, dass er u. a. in Bromberg eingesetzt wurde. Dort fand vom 5. bis 10.9.1939 eine deutsche Vergeltungsaktion an Polen statt. Das Greifswalder Landesschützenbataillon ist aber erst am 4.10.1939 ausgerückt und Teile davon sind nach Bromberg gekommen. Möglicherweise hat dies zur Verhaftung geführt.

Dem Gemeindekirchenrat St. Nikolai wurde der Tod des Gemeindepastors am 6.3.1950 mitgeteilt.



Die Witwe hatte erst durch Heimkehrer aus Torgau vom Schicksal ihres Mannes erfahren. Danach hat er am Heiligen Abend 1946 vom Lagerkommandanten die Erlaubnis für einen Gottesdienst erhalten. Davor wollte er sich noch etwas hinlegen und ausruhen. Er ist dann tot auf seiner Pritsche aufgefunden worden. Eine amtliche Mitteilung über seinen Tod hat die Familie nie erhalten.

Von 1915 bis 1918 war K. 5. Pfarrer an der Berliner Lazaruskirche und stand dem Kreis um Friedrich Naumann nahe. Dieses verhinderte seine geplante Berufung in ein kirchenleitendes Amt. So wechselte er enttäuscht und von Kriegserlebnissen geprägt am 1.11.1918 nach Greifswald, wo er ein unermüdlicher und überzeugender Seelsorger war und neben dem Superintendenten Karl von Scheven in der Gemeinde St. Nikolai die Verwaltung erledigte. In dieser Funktion sorgte K. umsichtig und zügig für die Auslagerung von Kunst- und Kulturgut der drei Greifswalder Altstadtkirchen als Schutz vor Bombenangriffen.

K. war Mitglied der Greifswalder „Greifenloge“, verfügte über gute Beziehungen zur Führungsspitze der Stadt und hat mit Edmund Koch, Pfarrer an St. Marien in Greifswald, die Kirchenbeilage der Greifswalder Zeitung redigiert. K. war mit dem Greifswalder Neutestamentler Ernst Lohmeyer befreundet, der im Mai 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht als erster Nachkriegsrektor der Greifswalder Universität eingesetzt wurde, jedoch einen Tag vor der offiziellen Eröffnung des Lehrbetriebes am 15.2.1946 vom sowjetischen NKWD verhaftet und am 19.09.1946 erschossen wurde.

In der Todesanzeige der Familie vom Februar 1950 hieß es: „Aufrechten Wesens, wahrheitsliebend und treu ging er durch sein Leben, welches er unter seines Heilandes Gebet stellte.“ Auf der Pastorenliste in der Sakristei von St. Nikolai fehlte der Name K.s bis nach der Wende. Erst auf Initiative der Familie hin wurde sein Name dort aufgenommen.

Quellen: Archiv der Pommerschen Evangelischen Kirche Greifswald: Personalakte Otto Koehler; Protokollbuch des Gemeindekirchenrates St. Nikolai, Greifswald 13. April 1942–1948; Gespräch mit Ellen Lanz vom 28.6.2005; Gespräch mit Dr. Klaus Müller, Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte vom 10.10.2005; Stiftung Sächsische Gedenkstätten: Die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in Torgau (1945 – 1948). ‹http://www.stsg.de/main/torgau/ueberblick/einfuehrung/›

Foto: Familienbesitz.

R. Neumann

Köhler, Erwin

** 9.9.1901 Berlin-Friedenau, † 21.2.1951 Moskau.*
Verh. mit Charlotte, geb. Wasmuth, vier Kinder.
1920–1922 Maschinenbauvolontär in der Apparatefabrik „Siemens und Halske“ in Berlin-Lichterfelde; Maschinenbaustudium an der Technischen Hochschule Berlin; 1926–1945 Angestellter bei „Siemens und Halske“, zuletzt als Oberingenieur und Handelsbevollmächtigter; 1931 Heirat mit Charlotte Wasmuth; 1940 Umzug nach Potsdam; ab Mai 1945 zunächst Maschinenmeister im Potsdamer Observatorium; 1946–1949 Erster Vorsitzender des Kreisvorstandes der CDU Potsdam, Abgeordneter der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Bürgermeister von Potsdam; 1946 stellvertretender Vorsitzender des Landesvorstands der CDU Brandenburg; 1947–1949 Beisitzer des Landesvorstands der CDU Brandenburg.

Köhler, Charlotte, geb. Wasmuth

** 23.12.1907 Chemnitz, † 10.4.1951 Moskau.*
Verh. mit Erwin Köhler, vier Kinder.
Hausfrau.





Erwin und Charlotte K. waren gläubige evangelische Christen. Während der NS-Herrschaft standen sie den Deutschen Christen ablehnend gegenüber. Bewusst ließen sie ihre Kinder von einem Pfarrer taufen, der sich nicht von seiner jüdischen Frau scheiden lassen wollte und in seiner Kirche Kanzelverbot hatte. Als überzeugte Demokraten lehnten die K.s den Nationalsozialismus ab und waren nach Kriegsende dazu entschlossen, sich am Aufbau eines demokratischen und friedlichen Deutschlands zu beteiligen. Im November 1945 traten sie in die CDU ein. Erwin K. wurde zum engagierten Kommunalpolitiker, der die Errichtung einer neuen Diktatur in Deutschland nicht hinnehmen wollte. Dabei stand sein politisches Handeln durchaus im Zusammenhang mit seinem christlichen Glauben.

Seit 1945 war es in der brandenburgischen CDU immer wieder zu Absetzungen und Verhaftungen gekommen. Eine Tagung des Erweiterten CDU-Landesvorstandes am 9.2.1949 in Potsdam wurde dann zum Ausgangspunkt einer Verfolgungswelle mit dem Ziel, die Reste politischer Eigenständigkeit der CDU zu zerschlagen. Auf der Tagung hatten Vertreter der Kreisverbände deutliche Kritik an der Landesleitung der CDU geübt und die demokratiefeindliche Haltung der SED angeprangert. Es folgte eine Welle von Parteiausschlüssen und Verhaftungen, deren Opfer auch die K.s wurden.

Zunächst wurde Erwin K. im Sommer 1949 als Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Potsdam zum Rücktritt gezwungen, nachdem er den neuen „progressiven“ Kurs der CDU kritisiert hatte. Im Januar 1950 wurde dann der Potsdamer Stadtbaurat Heinrich Richard der Sabotage bezichtigt, woraufhin eine bestellte „Volksmenge“ eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sprengte. K., der sich vor Richard gestellt hatte, musste nun auch das Amt des Bürgermeisters aufgeben. Am 28.3. wurden schließlich er und seine Frau Charlotte verhaftet. Ihre gemeinsamen Kinder flohen unmittelbar darauf nach West-Berlin. Zeitgleich mit den K.s verhafteten Mitarbeiter des MfS auch den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion im brandenburgischen Landtag und Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, Frank Schleusener, mit dem K. engen Kontakt hatte.

Nach mehr als acht Monaten Haft wurde Erwin und Charlotte K. in den ersten drei Dezembertagen des

Jahres 1950 der Prozess gemacht. Man warf ihnen vor, 1949 gegen die Nationale Front und die Volkskongressbewegung Stimmung gemacht zu haben. Wie sich im Rehabilitierungsverfahren herausstellte, bestand die einzige „Schuld" der Eheleute aber darin, dass Charlotte K. mit Unterstützung von Freunden in West-Berlin Medizin für ihre erkrankte Tochter besorgt hatte. Erwin K. wurde zum Verhängnis, dass er bei Dienstreisen nach Ostberlin mit der S-Bahn die Westsektoren durchquert hatte. Das Ehepaar war jedoch im Ermittlungsverfahren dazu gezwungen worden, ein Protokoll mit einem falschen Schuldgeständnis zu unterschreiben. Im Prozess erklärten beide, dass dies unter Folter geschehen sei und widerriefen die Geständnisse. Dennoch wurden Erwin und Charlotte K. am 3.12.1950 vom Sowjetischen Militärtribunal Potsdam wegen „antisowjetischer Hetze" und vermeintlicher Spionage zum Tode verurteilt. Ihre Hinrichtung fand am 21.2. und am 10.4.1951 im Moskauer Butyrka-Gefängnis statt. Die Angehörigen erfuhren jedoch erst 1959 von ihrem Tod. 1992 wurde das Ehepaar K. vom Russischen Militärstaatsanwalt rehabilitiert.

Quellen: Schriftliche Auskunft von Jürgen Köhler, Meppen 27.5. 2005.

Literatur: G. Buchstab: Verfolgt, S. 181; E. Ebert: Verhaftungen; E. Hohenstein: Gedenktafel; J. Köhler: Vater; M. Richter: Köhler (Lit.!).

Foto: K. W. Fricke/P. Steinbach/J. Tuchel (Hrsg.): Opposition, S. 71.

C. Lepp

Lansemann, Robert, Lic. theol.

** 24.7.1908 Wismar/Mecklenburg, † 19.4.1951 Schwerin (?).*



L. legte das Abitur am Gymnasium seiner Heimatstadt Wismar ab und studierte danach evangelische Theologie in Münster. Hier promovierte er 1939 bei Wilhelm Stählin zum Lic. theol. mit einer Arbeit über „Die Heiligentage, besonders die Marien-, Apostel- und Engeltage in der Reformationszeit". Schon als Student setzte sich L. aktiv in der Bekennenden Kirche Westfalens ein, u. a. bei den 1933 von Hitler angeordneten Kirchenwahlen. Mit einer Gruppe von 50 Studenten war er unterwegs, um in den Gemeinden für die Wahlgemeinschaft „Evangelium und Kirche" zu werben. So kam es in Westfalen in der Synode zu einer bekenntnistreuen Mehrheit. Sein damaliger Professor bescheinigte L. eine ganz klare Haltung und viel Mut. Die deutschchristliche Kirchenleitung seiner Heimatkirche Mecklenburg verweigerte L. die Ordination. So wurde er am 25.10.1936 für die Bekennende Kirche in Parchim/Mecklenburg ordiniert. Als Bibelwort für seinen Dienst wurde ihm mit auf den Weg gegeben: „Predige das Wort, steh dazu, es sei zur Zeit oder zur Unzeit. […] Richte dein Amt redlich aus!" (2.Tim 4,1–5). In diesem Sinne wirkte er in Neubrandenburg und dann vor allem an der Heilig-Geist-Kirche in Wismar, wohin ihn die Bekennende Kirche entsandte. Dort geriet er auch in Konflikt mit der Gestapo, u. a. wegen „böswilliger, gehässiger Äußerungen über das Deutschlandlied". Für L. war es unmöglich, neben dem Bekenntnis zum allmächtigen Gott im Sinne des 1. Gebotes sich zugleich zu einem „Deutschland über alles" im Sinne der Nationalsozialisten zu bekennen. Nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands wirkte L. weiterhin in seiner aufrechten Haltung in der Heilig-Geist-Gemeinde in Wismar. „Er wollte uns einen lebendigen, entschiedenen Glauben ver-

mitteln“, schrieb einer, der bei ihm im Jugendkreis war und später selbst Pastor wurde. „Er war bereit zur ganzen Hingabe“, erinnert sich einer seiner früheren Konfirmanden. Seine Leidenschaftlichkeit hat sicher das Miteinander mit andern in der Kirche nicht immer leicht gemacht. Gesundheitliche Probleme, vor allem ein schwerer Diabetes, kamen hinzu. Gegen faule Kompromisse mit den Mächtigen wehrte er sich energisch. So kam es zum Konflikt mit den neuen Obrigkeiten. In der Nacht vom 11. auf den 12.12.1950 wurde L. nach einer zwölfstündigen Hausdurchsuchung durch den Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet. Bei der Durchsuchung wurden auch theologische Bücher von Helmuth Thielicke und Otto Dibe -lius beschlagnahmt. War es diese „staatsfeindliche“ Literatur, war es die intensive Jugendarbeit L.s oder seine unerschrockenen Predigten, war es vielleicht auch sein Bemühen, bei der Suche nach im Krieg vermissten Angehörigen zu helfen, was zu seiner Verhaftung führte? Es gab nie eine öffentliche Anklage oder Gerichtsverhandlung. Nach 1990 fand sich in den nun zugänglichen Stasi-Akten unter dem 22.2.1951 lediglich die Notiz: „Lansemann ist als Spion, Provokateur und Klassenfeind entlarvt.“ Er sei den sowjetischen Behörden zu übergeben.

Der weitere Weg und das Ende von L. liegen bis heute weithin im Dunkeln. Alle Nachfragen und Proteste des Kirchgemeinderats in Wismar und des Oberkirchenrats in Schwerin blieben unbeantwortet. Die Ehefrau Ellen Lansemann – die Eheleute hatten erst sechs Jahre zuvor in Wismar geheiratet – versuchte vergeblich, beim Stasi-Untersuchungsgefängnis in Wismar und beim Stasi- und NKWD-Gefängnis in Schwerin Auskunft über ihren Mann zu erhalten und Medikamente für seinen Diabetes abzugeben. Es kursierten Gerüchte, L. sei schon in der Haft in Wismar erschossen worden. Entlassene Häftlinge wollten ihn im GULag Workuta ganz im Norden der Sowjetunion gesehen haben. Weitere Nachfragen einer Delegation der Synode in Schwerin beim Staatspräsidenten Wilhelm Pieck und der EKD ergaben nichts. Schließlich hieß es in einem russisch verfassten Schreiben des Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland Semjonow vom 13.3.1954 an die EKD: „Ebel, Meißner, Pickel, Vogel und Lansemann sind tot.“ Bei Nachforschungen nach 1990 in den Archiven in Moskau und bei dem Obersten Militärstaatsanwalt in Moskau wurde der 19.4.1951 als Todesdatum genannt. Die näheren Umstände und der Begräbnisort blieben unbekannt. So wurde am 4.7.1998 im Beisein der Witwe Ellen Lansemann auf dem Friedhof in Wismar ein Gedenkstein für L. aufgestellt, mit dem Psalmwort: „Sei stille zu Gott, meine Seele, denn er ist meine Hoffnung, er ist mein Hort, meine Hilfe und mein Schutz.“ (Ps 62,6–7) Dieses Psalmwort gehört in das tägliche Stundengebet der Evangelischen Michaelsbruderschaft, der L. eng verbunden war. So mag ihn auch das nachfolgende Gebet aus dem „Stundenbuch“ der Michaelsbrudershaft in Haft und Todesnot begleitet haben: „Herr, Du führst uns in Tiefen / und ersparst uns keine Not / Du läßt uns den Weg des Leidens gehen. / Laß uns nicht ausschauen nach trügenden Zielen / noch uns halten an Hilfe, die nicht befreit. / Laß uns mit Deinem Sohn den Weg des Gehorsams gehen, / so wirst Du uns helfen, und Deine Gnade wird unser Trost sein. / Herr, wir glauben, hilf unserm Unglauben. Amen.“

Quellen: Archiv des Oberkirchenrats in Schwerin 232/19; Mecklenburgica Sacra, 1/1998, S. 153–166.
Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Widerstehen, S. 106; Dies.: Mitmenschlichkeit, S. 335 f.; H. Rathke: Gedenket, S. 4; J. Schmidt-Pohl: Strahlungen, S. 63–68.
Foto: Ohne Quelle.

H. Rathke

Lohmeyer, Ernst Johannes, Lic. theol., Dr. phil.

** 8.7.1890 Dorsten/Westfalen, † 19.9.1946 Greifswald.*
Verh. mit Amalie (Melie), geb. Seyberth, zwei Töchter, zwei Söhne.
1908–1912 Studium der Theologie, Philosophie und orientalische Sprachen in Tübingen, Leipzig, Berlin; 1912 Lic. theol. in Berlin; anschl. Hauslehrer; 1913 freiwilliges Militärdienstjahr; 1914 Dr. phil.; 1914–1918 Kriegsdienst; 1918 Habilitation, anschl. PD für NT in Heidelberg; 1920–1935 Prof. für NT in Breslau; 1930–1931 Rektor der Universität Breslau; 1935–1946 Prof. für NT in Greifswald; 1939–1943 Einberufung als Wehrmachtsoffizier; April 1945 mitverantwortlich für kampflose Übergabe Greifswalds; 15.5.1945 designierter Rektor der Universität Greifswald.

L. kennzeichnete als Menschen und Gelehrten eine innere Geradlinigkeit aufgrund eines stark musisch-



philosophisch getönten religiösen Glaubens. In seiner hohen Geistigkeit durchaus spröde, stand er an seinen Wirkungsstätten doch für eine verbindliche Kollegialität und bewahrte sich in zahlreichen Bewährungssituationen ein tief humanistisch geprägtes Anstands- und Verantwortungsgefühl. Das philosophische Gespräch mit dem Breslauer, später Münchener Gelehrten Richard Hönigswald nahm in seinem Denken eine besondere Stellung ein und befruchtete seine neutestamentliche Exegese. Neben einem früh entwickelten begriffsgeschichtlichen Interesse verband er in eigenständiger Weise ästhetisch-poetische und philosophische Anliegen in Ergänzung der historisch-kritischen Erschließung der biblischen Überlieferung. Durch den Gebrauch einer philosophisch-exegetischen Metasprache entzog sich L. bewusst einer leichten bzw. leichtfertigen Lektüre. Er nahm teil an der Neubewertung des Mythos für eine Weiterentwicklung der religions- und sozialgeschichtlichen Erforschung des Neuen Testamentes. Bereits Ende der 1920er Jahre entwickelte er Überlegungen zum Märtyrer-Begriff, die in seinem exegetischen Werk eine zentrale Stellung einnehmen (Philipperbriefkommentar) und bald auch zur Perspektive seiner zeitgeschichtlichen Erfahrung werden konnten. „Lohmeyer betrieb seine Exegese […] als eine wesentlich künstlerisch motivierte, ebenso theologisch wie philosophisch erklärende Tiefenschau dessen, was da steht." (A. Köhn: Neutestamentler, S. 23)

In den Breslauer Universitätsrandalen, die 1932 traurige Berühmtheit erlangten, stand er seinem verfemten jüdischen Kollegen Ernst Cohn aus der Juristischen Fakultät als Prorektor fest zur Seite. L.s Solidaritätsbrief vom 19.7.1933 an Martin Buber in Reaktion auf Gerhard Kittels Schrift „Die Judenfrage" bildet in seiner Deutlichkeit einen unvergesslichen Höhepunkt im christlich-jüdischen Gespräch. L.s Aussagen an den ihm persönlich nicht bekannten Kollegen Buber kulminierten in der ausdrücklich benannten „Scham, daß theologische Kollegen so denken und schreiben, wie sie es tun, daß die evangelische Kirche so schweigen kann, wie sie es tut, und wie ein führerloses Schiff von dem politischen Sturmwind einer doch flüchtigen Gegenwart sich aus dem Kurse treiben läßt. […] Ich hoffe, daß Sie mit mir darin übereinstimmen werden, daß der christliche Glaube nur solange christlich ist, als er den jüdischen in seinem Herzen trägt." (Zitiert nach ebd., S. 75) Wegen der schwierigen Lage innerhalb der Breslauer Fakultät mit mehreren überzeugten NSDAP-Mitgliedern im Kollegium geriet der politisch zwar nicht exponierte, aber klarsichtige L. in Bedrängnis. 1935 erfolgte seine Strafversetzung an die deutlich kleinere Fakultät in Greifswald. Wie schon in Schlesien verschloss er sich auch hier nicht einer regen Teilnahme an Rüstzeiten und Lehrkursen der BK und bildete in dieser Hinsicht seit 1936 unter den Greifswalder Kollegen einen Sonderfall. 1937 wurde gegen ihn in Stettin ein Verfahren im Sinne des „Heimtücke-Gesetzes" eröffnet, das niedergeschlagen werden konnte. Durch die nationalsozialistische Mobilmachung aus der Arbeit gerissen, war er vom 27.8.1939 bis zum 16.11.1943 zur Wehrmacht einberufen. Als Besatzungsoffizier zunächst in Polen, dann vom Mai 1940 bis Mai 1942 in Holland, Frankreich und Belgien gehörte er der deutschen Militärverwaltung im Rang eines Oberleutnants an. Ab Juni 1942 hatte er im Rang eines Hauptmanns die Chefposition einer Orts-, später einer Kreiskommandantur in Slawjansk im autonomen Gebiet der Tscherkessen am Kuban inne. Nach-

dem sein neutestamentlicher Kollege Kurt Deißner Ende 1942 verstorben war, konnte L. 1943, mental und physisch von den Kriegserfahrungen in der Sowjetunion gezeichnet, nach Greifswald zurückkehren. Hier war er mitbeteiligt an einem Gesprächszirkel, der sich über die intellektuell notwendige Aufbauarbeit nach Kriegsende verständigte und im Mai 1945 als Gruppe des „Nationalkomitees Freies Deutschland" hervortrat. Im Rahmen dieses Kreises und weiterer Kontakte war L. mitbeteiligt an der kampflosen Übergabe der Festungs- und Lazarettstadt Greifswald. Ab Mai/Juni 1945 war er aktiv am Aufbau des Kulturbundes im Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligt, außerdem Gründungsmitglied der CDU in Greifswald und designierter Nachfolger des wenige Tage nach Kriegsende verhafteten Universitätsrektors Carl Engel. „Er bemühte sich um den Ausbau der Universität und die moralische Wiederherstellung der Professorenschaft, indem er sich dem Anliegen der Entnazifizierung behutsam öffnete." (Uni.-Archiv Greifswald: R 458 und R 580/1–3) Im September 1945 wurde er auch Konsistorialrat. Vom sowjetischen Geheimdienst (NKWD) wurde L. am 15.2.1946, dem Vorabend der Wiedereröffnung der Greifswalder Universität, verhaftet, in den folgenden Wochen isoliert verhört und am 28.8.1946 durch ein Militärtribunal der Sowjetischen Militäradministration des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgrund einer sachlich unhaltbaren Anklage zum Tode verurteilt. Die Erschießung erfolgte unter Umgehung seines Gnadengesuches am 19.9.1946 vermutlich in Greifswald. Zahlreiche Bemühungen aus dem In- und Ausland zu seiner Freilassung gingen jahrelang ins Leere. Von seinem Tod erfuhr die Witwe gerüchteweise erst 1950, das genaue Datum erst 1958. Ein Grab hat es für ihn nie gegeben. L. selber hat seinen bis heute nach Entstehung und Motivik unverständlichen Prozess in einer Nachricht aus der Untersuchungshaft an seine Frau mit Mk 14,55 gedeutet: „Die Hohenpriester aber und der ganze Hohe Rat suchten Zeugnis gegen Jesus, um ihn zu Tode zu bringen; und sie fanden keins." (Zitiert nach ebd., S. 139) 1996 wurde durch die Militäroberstaatsanwaltschaft der Russischen Förderation die vollständige Rehabilitation L.s festgestellt. L.s Namen trägt seit 1962 das Jugendhaus der ev. Gemeinde Duisburg-Hamborn, seit 1984 auch das ev. Gemeindehaus in Herford. Eine Greifswalder Tafel erinnert an ihn seit 1996; im Jahr 2000 wurde sie am neu bezogenen Gebäude der Theologischen Fakultät Greifswald („Ernst-Lohmeyer-Haus") angebracht.

Quelle: Univ.-Archiv Greifswald, PA 347: Ernst Lohmeyer; GstA PK, VI. HA., Nl.: Lohmeyer, Nr. 18 ff. – Gerichtsakten E. Lohmeyer (1946/47; 1996); Univ.-Archiv Greifswald: Rektoratsakten R 458 und 580/1–3.

Literatur: A. Köhn: Neutestamentler (Lit.!); M. Onnasch: Lohmeyer; W. Otto (Hrsg.): Freiheit.

Foto: Ehemaliges Pressereferat Greifswald.

I. Garbe

Meißner,
Werner Wilhelm Hugo Gustav

* *26.12.1892 Stargard (Pommern), † 19.3.1949 Bautzen.*

Verh. mit Margarete, geb. Schütte, verw., sechs Kinder, ein Adoptivkind.

1913–1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, zuletzt als Unteroffizier; Drogist in Neubrandenburg; 1925–1929 Redakteur beim „Prignitzer Tageblatt" in Pritzwalk; ab 1929 Theologiestudium in Berlin und Vikariat; seit 1938 Pfarrer in Markgrafpieske (Brandenburg).

Den Entschluss, Pfarrer zu werden, fasste M. wohl unter dem Einfluss seines Schwiegervaters, der Pfarrer in der Prignitz war. Zu diesem Zweck holte er das Abitur nach und studierte in Berlin. Den Unterhalt seiner Familie sicherten während seiner Ausbildung die Einkünfte, die eine von seiner Ehefrau betriebene Fremdenpension in Berlin einbrachte.

Während der NS-Zeit gehörte M. weder den Deutschen Christen noch der Bekennenden Kirche an. Am Zweiten Weltkrieg nahm er nicht teil. Nach Kriegsende trat er am 9.8.1946 in die CDU ein, die bei den ersten Wahlen in Markgrafpieske die Mehrheit gewann. Ein politisches Amt übte er jedoch nicht aus. Nach dem Tod seiner Ehefrau im August 1947 gewann die Fürsorge für seine Kinder besonderes Gewicht neben seinen dienstlichen Verpflichtungen. Sein jüngster Sohn war damals knapp vier Jahre alt.

Zur sowjetischen Kommandantur in Markgrafpieske, die unmittelbar gegenüber dem Pfarramt im Schloss untergebracht war, hatte M. ein gutes Verhältnis. Des öfteren spielten die dort stationierten sowjetischen Soldaten auf der Straße mit seinem



jüngsten Sohn. Vom Kommandanten erhielt M. ein Pferd geschenkt, nachdem alle Fahrräder der Familie gestohlen worden waren. Mit diesem Pferd und einem geliehenen Wagen konnte er regelmäßig in den zu seinem Pfarrbezirk gehörenden Ort Braunsdorf fahren, um in der dortigen Schule Gottesdienst zu feiern.

Am 8.1.1948 wurde M. auf dem Weg von Markgrafpieske nach Storkow verhaftet, wo er den Superintendenten zu einer dienstlichen Besprechung treffen wollte. Am Lebbiner See kurz vor Storkow wurde sein Fuhrwerk noch gesehen. Von seinem weiteren Schicksal wurden später nur wenige Einzelheiten bekannt. Da er nicht beim Superintendenten ankam, benachrichtigte dieser am folgenden Tag M.s älteste Tochter, die in Berlin Theologie studierte, vom Verschwinden ihres Vaters. Der sowjetische Kommandant in Markgrafpieske war offenbar nicht über die Verhaftung des Pfarrers informiert.

M. wurde von der Cottbuser Bezirksabteilung der Sowjetischen Militäradministration wegen angeblichen Kontakts zu amerikanischen Spionen verhaftet. Mit ihm wurden fünf weitere Personen inhaftiert, darunter ein Organist aus Ketschendorf und – als Hauptbeschuldigter – ein Lehrer von der Schule in Braunsdorf, in der M. regelmäßig Gottesdienst gehalten hatte. Den Anlass für die Verhaftungsaktion bildeten offenbar Bemühungen dieses Lehrers, nach Argentinien auszuwandern. Zwar sagte er in der Hauptverhandlung vor dem Militärtribunal der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg aus, dass M. und die übrigen Mitangeklagten an seinen Vorbereitungen zu einer Auswanderung unbeteiligt gewesen seien, doch wurden alle sechs Angeklagten zu Haftstrafen verurteilt. Ob M. von den Auswanderungsplänen des Lehrers gewusst hatte, ist unbekannt.

Am 30.9.1948 wurde M. wegen Spionage und Beteiligung an der Vorbereitung von Spionage zu 25 Jahren Freiheitsstrafe in Arbeitslagern verurteilt. Zeitweilig war er im Zuchthaus Waldheim (Sachsen) in Haft. Im Oktober 1948 wurde er in das Lager Bautzen eingewiesen. Auch die fünf mit ihm Verurteilten wurden dort inhaftiert. Der Organist aus Ketschendorf berichtete nach seiner Rückkehr aus dem Lager, dass M. seinen Mithäftlingen als Seelsorger gedient und mit ihnen Gottesdienst gehalten habe. Die Strapazen der Haft und die Sorge um seine Kinder hätten ihn jedoch zunehmend entkräftet. Nach Auskunft eines Arztes, der ihn auf der Krankenstation des Lagers behandelt hatte, starb er an innerer Austrocknung.

Während M. für seine Angehörigen noch als verschollen galt, richtete die Evangelische Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg am 18.1.1951 ein Gnadengesuch an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck. Eine Reaktion hierauf blieb jedoch aus. Am 13.3.1954 teilte der Hohe Kommissar der UdSSR für Deutschland, Botschafter Wladimir Semjonow, dem Ratsvorsitzenden der EKD auf dessen Anfrage nach dem Verbleib inhaftierter Amtsträger mit, dass M. und vier weitere kirchliche Mitarbeiter in der Haft verstorben seien. Nähere Angaben enthielt die Mitteilung nicht. Daraufhin wurde ein fiktiver Todestag M.s amtlich festgelegt. Seinen wirklichen Todestag konnte die Familie 40 Jahre später ermitteln.

1991 wurde M. von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert. Eine Gedenk-

tafel für ihn befindet sich am Grabkreuz seiner Frau auf dem Kossetenfriedhof in Markgrafpieske.

Quellen: Auskünfte von Dorothea Schliebe und Gottfried Meißner, 15.5.2003; Dokumente im Privatbesitz; EZA Berlin 4/737: Schreiben von Kurt Scharf an Wilhelm Pieck, 18.1.1951; EZA Berlin 103/89: Schreiben von Bernhard Karnatz an Heinrich Grüber, 6.4.1954.

Literatur: C. Halbrock: Pfarrer, S. 416 (dort irrtümlich „Gustav Meißner"), 418; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 342.

Foto: Privatbesitz.

A. Kurschat

Michael, Wilhelm C.

29.12.1884 Halle/Saale, † wahrscheinlich 27.12.1945 (bei) Landsberg/Warthe.

Verh. mit Gertrud, geb. Bethge, zwei Töchter.

Pädagoge und Seminardirektor; nach Studium und Promotion (1909) Schuldienst in Halle, Quedlinburg und Magdeburg; von 1922–1943 Lehrer und Schulleiter an verschiedenen Institutionen der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland; um 1923 Leitung des adventistischen Missionsseminars Neandertal bei Düsseldorf; 1934–1939 Lehrer am Predigerseminar Marienhöhe bei Darmstadt; 1928–1934 und 1939–1943 am Predigerseminar Friedensau bei Magdeburg; 1940 Ordination zum Predigtdienst.

M. studierte Germanistik, klassische Philologie und Philosophie in München, Leipzig, Heidelberg und Halle. In dieser Zeit wurde er als strikter Antialkoholiker Mitglied des Guttemplerordens und stand auch der Wandervogelbewegung nahe. 1909 promovierte M. in Halle/Saale mit einer Arbeit über den Dichter L. H. Chr. Hölty. Als Gymnasiallehrer beschäftigte er sich weiterhin mit diesem Dichter und veröffentlichte erstmalig eine zweibändige wissenschaftliche Gesamtausgabe seiner Werke (1914/18). Um 1920 lud ein Handwerker den Studienrat zu religiösen Vorträgen ein, welche die Siebenten-Tags-Adventisten in Magdeburg veranstalteten. M. erlebte eine Bekehrung, schloss sich durch Taufe (1921) den Adventisten an und gab seine gut dotierte Stellung im Staatsdienst auf – er war zuletzt am Pädagogium des Klosters Unser Lieben Frauen (Magdeburg) tätig–, um 1923 die Leitung des adventistischen Missionsseminars Neandertal bei Düsseldorf zu übernehmen. M. lehrte auch an den Predigerseminaren Marienhöhe bei Darmstadt (1934–1939) und Friedensau bei Magdeburg (1928–34/1939–43). Für das Friedensauer Seminar (heute Theologische Hochschule) der Adventisten empfand M. besondere Zuneigung. So war er dort als Seminardirektor in schwerer Zeit der NSDAP beigetreten in der Hoffnung, „seiner" Schule durch gutes Einvernehmen mit den NS-Behörden einen Dienst erweisen zu können, doch musste die Einrichtung 1943 schließen. M. war überzeugter und bekennender Christ, der aus taktischer Überlegung die NSDAP-Mitgliedschaft wählte, was ihm letztlich zum Verhängnis wurde. 1945 in Friedensau von sowjetischer Miliz aufgegriffen, wurde er in einem Arbeitslager bei Landsberg/Warthe festgehalten. Infolge der erlittenen Entbehrungen starb M. dort noch im selben Jahr einen einsamen Hungertod. Erst 1950 erfuhr die Familie durch einen entlassenen Lagerhäftling von seinem Tod.

Literatur: D. Heinz: Michael, S. 467 (Lit.!); W. C. Michael: Christen.

D. Heinz

Pickel, Georg

** 10.6.1890 Berlin, † 18.4.1947 Sachsenhausen.*

Verh. mit Edith, geb. Liedloff.

Theologiestudium in Basel und Berlin; 1921 Ordination; 1921 Hilfsprediger; 1922 Prediger in Belkow/Pommern; 1933 Pfarrer in Eichwalde/Kreis Königswusterhausen; 1938–1946 Pfarrer in Neu-Tornow.

P. war Pfarrer der Berlin-Brandenburgischen Kirche in Neu-Tornow. Wegen eines Stimmleidens hielt er sich im Sommer 1946 mehrfach längere Zeit in West-Berlin auf. Am 2.11.1946 wurde er in Neu-Tornow verhaftet. Nach mehreren Monaten Untersuchungshaft verurteilte ihn das Sowjetische Militärtribunal Brandenburg am 31.3.1947 wegen „Spionage" und „antisowjetischer Propaganda" zu 15 Jahren Haft. P. starb am 18.4.1947 in Sachsenhausen an Dystrophie. Weder seine Angehörigen noch die evangelische Kirche konnten in Erfahrung bringen, was mit ihm geschehen war. Sowohl die sowjetischen Amtsstellen

als auch die deutschen Behörden erklärten, nichts von seinem Verbleiben zu wissen. Inoffiziell wurde der Berlin-Brandenburgischen Kirche von einem angeblichen Mithäftling berichtet, P. sei verhaftet worden und befinde sich bei der Staatssicherheit bzw. bei dem NKWD, weil er über die Zustände in der SBZ und in Neu-Tornow Berichte an ausländische westliche Behörden gegeben habe. Als der Ratsvorsitzende der EKD Otto Dibelius in einem Schreiben vom 8.1.1954 an den Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland, Semjonow, erneut nach dem Verbleib verschiedener Pfarrer und Mitarbeiter fragte, hieß es in dem Antwortschreiben vom 13.3.1954, P. sei in Haft verstorben. Als Todesdatum wurde daraufhin der 31.3.1954 bestimmt. P. wurde von der Russischen Militärstaatsanwaltschaft im Rahmen ihrer automatischen Überprüfung von Strafsachen rehabilitiert.

Quellen: Schreiben des Evangelischen Konsistoriums an Pfarrer Horst Dzuba, Berlin-Friedenau vom 10.4.1952 (ELAB 15/5531); Schreiben der Kirchenkanzlei der EKD – Berliner Stelle an die Leitungen der östlichen Gliedkirchen vom 6.4.1954 (ELAB 15/5531); schriftliche Auskunft der Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte/Stiftung Sächsische Gedenkstätten vom 11.8.2005.

Literatur: Evangelisches Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg, 2/2, S. 637; C. Halbrock: Pfarrer, S. 415; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 342.

C. Lepp

Pieper, Johannes

** 13.5.1905 Gnesen, † 9.8.1947 Sachsenhausen.*
Verh. mit Hedwig, geb. Strenzel, drei Kinder.

Das Ehepaar P. kam mit seinen Kindern 1945 als Flüchtlinge nach Schwerin. P. fand dort eine Anstellung bei der Inneren Mission und wurde Büroleiter. Am 19.10.1946 wurde er auf dem Nachhauseweg von Angehörigen der sowjetischen Besatzungskräfte verhaftet. Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilte P. am 28.2.1947 wegen „antisowjetischer Propaganda" zu 10 Jahren Haft. Er kam ins Speziallager Sachsenhausen und starb dort am 9.8.1947 an Tbc. Sämtliche Nachfragen der Ehefrau bei der örtlichen Polizei und beim sowjetischen Stadtkommandanten blieben jedoch ohne Ergebnis. Auch nach der Auflösung der sowjetischen Internierungslager in der DDR Anfang 1950 blieb P. verschwunden. Daraufhin wandte sich Hedwig Pieper am 22.4.1950 an das Ministerium des Innern der DDR, um den Aufenthaltsort ihres Mannes in Erfahrung zu bringen. Die Antwort auf dieses Gesuch bestand darin, dass das Kreisgericht Schwerin P. am 10.11.1953 für tot erklärte und den Zeitpunkt des Todes auf den 31.12.1951 festlegte. Die russische Militärstaatsanwaltschaft hat P. im Jahr 2003 rehabilitiert.

Quellen: Archiv des Oberkirchenrats in Schwerin, 57/I 9 g: Schreiben von Hedwig Pieper an den Kommandanten der Stadt Schwerin vom 21.10.1946; Schreiben von Hedwig Pieper an das Ministerium des Innern vom 22.4.1950; Ausfertigung des Beschlusses des Kreisgerichts Schwerin vom 16.12.1953; schriftliche Auskunft der Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte/Stiftung Sächsische Gedenkstätten vom 11.8.2005.

Literatur: B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 338.

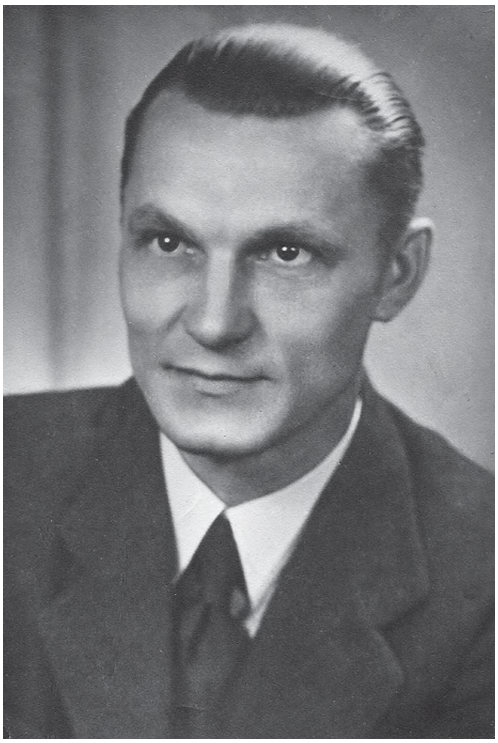
C. Lepp

Samjeske, Helmut

** 17.12.1909 Breslau, † 28.5.1952 Zuchthaus Bützow-Dreibergen.*
Verh. mit Erna, geb. Baier, vier Kinder.
1928–1940 Handelsvertreter für zahnärztliche Artikel in Breslau; 1940 Einberufung zur Wehrmacht; seit 1947 Gemeindehelfer in Sonneberg/Thüringen, seit 1948 in Magdeburg; seit 1949 freier Evangelist.

Schon als Jugendlicher engagierte sich S. mit großem Eifer für die Mission. Er gehörte einer Baptistengemeinde an und suchte immer wieder Kontakte zu Außenstehenden. 1939 wurde er in ein Gespräch über den Glauben verwickelt und äußerte u. a.: „Vor Gott sind alle Menschen Sünder, denn in der Bibel steht: Alle Menschen sind Lügner." Auf die Rückfrage: „Adolf Hitler auch?" antwortete er mutig: „Ja, er ist auch nur ein Mensch." Dies brachte ihm ein halbes Jahr Gefängnis ein (handschriftlicher Lebensbericht von E. Samjeske, S. 64 f.). Auch in der Kaserne, nach seiner Einberufung 1940, war er wegen seiner entschiedenen christlichen Haltung Anfeindungen, ja sogar tätlichen Angriffen der Kameraden ausgesetzt.

Nach dem Krieg gelangte die Familie zunächst nach Riesa/Sachsen. 1947 erhielt S. eine Berufung als



Gemeindehelfer von der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten) in Sonneberg/Thüringen. Aufgrund seiner Begabung entwickelte sich bald die evangelistische Arbeit zum Schwerpunkt seines Dienstes in Eisfeld, dem neuen Wohnort der Familie, und darüber hinaus. Im Sommer 1948 rief ihn Prediger Friedrich Sondheimer auf das große Magdeburger Gemeindegebiet. Sein missionarischer Eifer brachte manchen Erfolg, seine lebendige, aber oft polarisierende Verkündigung führte hingegen innerhalb der Gemeinde bald zu Konflikten. Der Gemeindevorstand der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Magdeburg kündigte seinen Dienst zum 30.6.1949. Für S. und seine Familie, die gerade in Burg eine Wohnung gefunden hatten, entstand eine kritische Situation. Da auch eine Anstellung durch den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) nicht in Aussicht stand, entschloss er sich, seine Dienste als freier Evangelist anzubieten.

Von zahlreichen Gemeinden wurde er zu Missionswochen eingeladen, viele Menschen fanden durch seinen Dienst zum Glauben. Mehrfach berichteten die BEFG-Zeitschriften „Wort und Werk“ (Ost) und „Die Gemeinde“ (West) über S.s Einsätze. Seine scharfe, offene und ungeschützte Verkündigungsweise brachte ihm allerdings bald auch Schwierigkeiten ein. So spießte er in Predigtbeispielen z. B. die überhöhten HO-Preise oder die DDR-Aktivistenbewegung auf. In einem Aufruf zur Bekehrung verglich er die Gegenwart mit Sodom und Gomorra, über die die Strafe Gottes gekommen sei: „Ein Adolf Hitler mußte abtreten und so werden alle diese Herren in Norden, Osten, Süden und Westen abtreten müssen [...] und wehe dem, der dann nicht bekehrt und frei von Sünden ist.“ (Schreiben der Hauptabteilung V A der HVDVP an das Ministerium des Innern vom 30.11.1950: BArch Berlin, DO 1/11.0/864, S. 124) Oder: „Es kommt ein Tag, da kann dir außer Jesus niemand mehr helfen, auch Stalin nicht.“ (Zitiert nach R. Assmann, Evangelist, S. 194)

Die Leitung des BEFG-Ost distanzierte sich am 3.5.1950 ausdrücklich von seinem Dienst. Schwierigkeiten gab es immer wieder mit evangelischen Pfarrern vor Ort.

Bald wurden S. Veranstaltungen observiert. Eine Charakteristik seiner Person sowie Überwachungsberichte seiner Veranstaltungen sandte der Leiter der Hauptabteilung V A der HVDVP direkt an Staatssekretär Warnke im Ministerium des Innern. Am 3.12.1950 wurde S. in Stralsund von der Polizei in Zusammenarbeit mit der Verwaltung für Staatssicherheit verhaftet, direkt nach dem Abschlussgottesdienst einer Evangelisationswoche.

Nach fast einjähriger Untersuchungshaft verurteilte ihn das Landgericht Güstrow am 29.10.1951 wegen Verbrechens gegen Artikel 6 der Verfassung zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren. In der Urteilsbegründung werden ihm vorgeworfen: „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“ (gemeint: HO-Läden) und Gefährdung des Friedens „durch Erfindung und Verbreitung von tendenziösen Gerüchten“ (gemeint: DDR-kritische Äußerungen, die den „westlichen Kriegstreibern“ Hilfe leisten) sowie ein „Drohnenleben“ aus Mitteln der werktätigen Bevölkerung (gemeint: Kollekten bei Evangelisationen). (Urteil der Großen Strafkammer I vom 29.10.1951: Landgericht Güstrow, St.Ks. 74/51: Kopie bei C. Samjeske)

Seine Ehefrau versuchte alles, um Auskunft über den Verbleib ihres Mannes zu erhalten. Erst nach einem Jahr erhielt sie das erste Lebenszeichen S.s aus dem Zuchthaus Dreibergen bei Bützow. Sie erfuhr, dass er inzwischen schwerkrank und entkräftet war. Aufgrund ungenügender Haftbedingungen verstarb S. am 28.5.1952 an „Auszehrung“ und Tbc. Er wurde in Burg beigesetzt.

In einem Rehabilitierungsverfahren, das der Sohn Christian Samjeske beantragte, wurde das Urteil am 29.9.1993 für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben.

Quellen: BArch Berlin, Bestand DO 1: Ministerium des Innern: 11.0: HVDVP Abt. Erlaubniswesen: Nr. 864: Kleine Religionsgemeinschaften 1950–1960, S. 121–124; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im BArch Berlin, Bestand DY 30: SED: IV 2/14: ZK-Arbeitsgruppe Kirchenfragen: Nr. 247: Freikirchen und Kleine Religionsgemeinschaften 1949-1960, S. 18–22; OA, Bestand: „Aufarbeitung BEFG-DDR“: Bd. 21; „Briefe“ B 110: Zuschriften, Interviews und Gesprächsprotokolle zu Helmut Samjeske; Bestand OA-DDR 2.1: Bundesgeschäftsstelle: SK 32a: Bundesleitungsprotokolle I, 15.9.1949, 3.5.1950, 10.10.1950, 6.2.1951; „Bundespost“ 3/1950 (21.6.), S. 4; Archiv der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Magdeburg, Protokolle der Gemeindestunden vom 27.2.1949 bis 31.7.1949; Samjeske, Erna, handschriftlicher Lebensbericht 1967(?): in Privatbesitz von Christian Samjeske; Samjeske, Christian: Sammlung von Gefängnisbriefen, Fotos, Gerichtsunterlagen zu seinem Vater Helmut Samjeske.

Literatur: R. Assmann: Evangelist, S. 186–193 (Lit!); G. Zimmermann: Evangelisation, S. 194–197.

Foto: Privatbesitz Christian Samjeske.

R. *Assmann*

Schleusener, Frank



** 28.12.1876 Sellnow/Neumark, † 3.4.1950 Potsdam. Verh. mit Gertraud, geb. Zander, zwei Kinder.*

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; 1900 Referendar, 1904 Gerichtsassessor in Stettin; Anwalt; ab 1908 im Kommunaldienst der Stadt Stettin; 2. Bürgermeister in Lissa; 1911 Stadtrat in Stettin; 1914–1919 Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg/Havel; 1914 Mitglied des Herrenhauses im Preußischen Landtag; 1916 Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages; 1919–1924 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Potsdam; Vorsitzender des Provinzialausschusses der Provinz Brandenburg; Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium; 1924–1933 Staatssekretär im Preußischen Finanzministerium; 1933–1945 Rechtsanwalt am Kammergericht; 1945/1946 4. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg (Abteilung Finanzen); 1945 Mitbegründer des Kreisverbands der CDU Potsdam; 1946–1949 Stadtverordneter und Vorsitzender der CDU-Fraktion; 1946–1949 Mitglied des Landtages Brandenburg, Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses, Mitglied des Finanzausschusses; 1947–1950 Rechtsanwalt und Notar; 1949 Vertreter des Landes Brandenburg in der Länderkammer.

Der bekennende evangelische Christ S. machte als Jurist während der Weimarer Republik eine steile Karriere, die ihn bis in das Amt des Staatssekretärs im Preußischen Finanzministerium führte. Politisch hielt er sich zur Deutschen Demokratischen Partei. Im April 1933 wurde er von Hermann Göring entlassen, da er sich geweigert hatte, ihm auf Staatskosten eine Wohnung auszustatten. Während der NS-Herrschaft arbeitete S. als Anwalt. Nach Kriegsende übte er von September 1945 bis Mitte November 1946 das

Amt eines Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg aus. Anschließend arbeitete er wieder als Anwalt und Notar. Parteipolitisch schloss sich S. der CDU an und wurde zum aktiven Kommunal- und Landespolitiker, der sich immer wieder kritisch zu der politischen Entwicklung in der SBZ äußerte. Auf Anordnung der Sowjets musste S. im Juli 1949 sein Landtagsmandat niederlegen. Der überzeugte Demokrat ließ sich jedoch nicht einschüchtern und bezeichnete im Oktober 1949 die Gründung der DDR als „Staatsstreich" und „Gewaltakt" (M. Richter: Ost-CDU, S. 202 f.). Zur gleichen Zeit begannen SMA und SED ein Kesseltreiben gegen unangepasste Mitglieder der CDU und der LDP. Ins Visier regionaler SED-Funktionäre gerieten insbesondere Politiker, die schwere Bedenken dagegen äußerten, dass bei den anstehenden Landtagswahlen alle Blockparteien auf einer Einheitsliste mit einem festen Verteilerschlüssel antreten sollten. Die Kriminalisierung der CDU-Funktionäre übernahmen das MGB und die sowjetischen Militärtribunale. Ihr prominentestes Opfer wurde S. Wochenlang bezeichnete die SED ihn als eine Person, die der DDR feindlich gegenüberstehe. Am 14. Februar 1950 griff ihn dann auch die „Märkische Union", das Organ des CDU-Landesverbandes, an. Tags darauf erklärte er seinen Austritt aus der CDU. Am 29.3.1950 wurde S. zeitgleich mit Erwin und Charlotte Köhler von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit verhaftet und später dem MGB übergeben. Man beschuldigte ihn, eine CDU-Oppositionsgruppe gebildet zu haben. Der 72-jährige wurde in der Untersuchungshaft schwer misshandelt und kam am 3.4.1950 im Gefängnis in der Potsdamer Zeppelinstraße ums Leben. Er soll nackt und gefesselt in seiner unbeheizten Zelle erfroren sein. Die offizielle Meldung lautete, S. habe Selbstmord begangen. Das Gefängnis verweigerte die Herausgabe der Leiche.

Literatur: G. Buchstab: Verfolgt, S. 418; E. Ebert: Verhaftungen, S. 222; D. Pohl: Justiz, S. 198; M. Richter: Ost-CDU, S. 181, 202 f., 237, 239–241, 256f., 417; F. Reinert: Parteien, S. 275.

Foto: Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg, S. 93.

C. Lepp

Schulz, Wilhelm

* *24.3.1894 Schmiedeberg (Riesengebirge), † 12.5.1946 zwischen Liegnitz und Lobendau.*

Verh., ein Sohn.

Studium in Tübingen, Leipzig, Halle und Breslau, 30.10.1919 ordiniert; Pfarrer in der Industriegemeinde Penzig (Oberlausitz), später Leitung von Evangelisationswochen im Rahmen seiner Arbeit für die Innere Mission Schlesiens, 1.6.1926 eingeführt als Gemeindepfarrer an der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche in Liegnitz, nach dem Einmarsch der Roten Armee übernahm er die Leitung der dortigen Peter-Paul-Kirche.

Neben seinem Dienst an der Peter-Paul-Kirche in Liegnitz betreute S. wie viele seiner Amtskollegen zusätzlich noch eine kleine Gemeinde, in deren Umgebung kein Geistlicher wohnte. Deshalb wanderte er jeden dritten Sonntag in das ungefähr vier Stunden entfernte Lobendau, um dort um 18.00 Uhr einen Gottesdienst zu feiern. Am folgenden Tag besuchte er die dortigen Kranken und segnete die Toten ein. Erst am Dienstag kehrte er nach Liegnitz zurück.

Am 12.5.1946 wurde er auf seinem Weg von Banditen überfallen und durch einen Kopfschuss getötet. Die Miliz fand ihn erst am 20.5.1946 tot und seines Anzugs beraubt in einer Sandgrube. Er wurde am 24.5.1946 von seinem Amtskollegen Pastor Curt Vangerow beerdigt.

Literatur: C. Vangerow: Erinnerung; E. Janssen: Schulz, S. 200 (Lit.!); Silesia Sacra, S. 127.

C. Bendick

Wandrei, Kurt

* *3.10.1927 Staßfurt, † 29.3.1949 Bautzen.*

W. war Student an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin und lebte in Berlin-Schöneberg. Der evangelische Christ schloss sich im Juni 1946 der CDU an und stimmte im Dezember 1947 als junger Delegierter während der Volkskongress-Tagung in Ost-Berlin gegen die Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien im Antifa-Block. Am 24.12.1947 wurde er in Magdeburg vom NKWD verhaftet. Nach mona-

telanger Untersuchungshaft verurteilte ihn das Sowjetische Militärtribunal Potsdam am 25.9.1948 wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer illegalen Spionageorganisation, der so genannten „Liberal Organisation“ in Frankfurt/Oder, zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Am 29.3.1949 starb W. in Bautzen an Lungen-Tbc. Der Russische Militärstaatsanwalt rehabilitierte ihn als „Opfer der politischen Verfolgung“.

Quellen: Schriftliche Auskunft der Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte/Stiftung Sächsische Gedenkstätten vom 11.8.2005.

Literatur: G. Buchstab: Verfolgt, S. 500; M. Köster-Hetzendorf: Ich habe dich so gesucht, S. 605; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit: S. 334 f.; Namen und Schicksale, S. 49; J. Stern: Fall, S. 221.

C. Lepp

Wolf, Joachim

* *5.2.1928 Berlin,* † *18.2.1950 Bautzen.*

W. studierte an der Humbold-Universität in Ost-Berlin. Der evangelische Christ schloss sich im Februar 1946 der CDU an und wurde Vorsitzender der Jungen Union in Berlin-Oberschöneweide. Am 8.3.1947 wurde er im Zuge einer Verhaftungswelle gegen Berliner Studenten festgenommen und vermutlich im Juni 1948 vom Sowjetischen Militärtribunal Berlin-Lichtenberg wegen „Verleumdung und Hetze“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er starb am 18.2.1950 in der SVA Bautzen an Tbc.

Literatur: G. Buchstab: Verfolgt, S. 313 f.; B. Kaff: Union, S. 62 f., 85, 165, 196; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 334 f.; Namen und Schicksale, S. 50.

C. Lepp

Graeser, Edmund



* *3.8.1897 Mediasch (Medias), † 28.2.1961 Agnetheln (Agnita).*

Verh. mit Else, geb. Springer, fünf Kinder.

1915–1918 Studium der Theologie, Philosophie und Geschichte in Wien, Halle, Pressburg und Berlin; 1920–1921 Vikariat in Hermannstadt; 1921 Rumänischstudium in Klausenburg; 1922–1925 suppletorischer Professor an mehreren Schulen in Hermannstadt; 1926 Ordination; 1928–1932 gewählter Pfarrer in Galatz; 1932–1938 Pfarrer in Leschkirch; 1928–1959 Stadtpfarrer in Agnetheln; 1942–1944 Kirchenrat im Landeskonsistorium in Hermanstadt; 1953–1958 Dechant des Groß-Schenker bzw. Agnetheler Kirchenbezirks.

G. wurde als Sohn eines Mädchenschullehrers in Mediasch geboren. Zusammen mit zwei Schwestern erfuhr er eine Erziehung im Geiste evangelischer Frömmigkeit. Die Volksschule und die ersten Gymnasialklassen besuchte er in Mediasch. Als die Familie im Jahr 1910 nach Stein übersiedelte, da der Vater dort Pfarrer geworden war, wechselte er die Schule nach Schäßburg. Als er im Juni 1915 die Reifeprüfung bestanden hatte, drängte es ihn, ins Heer einzutreten, doch eine Krankheit trat ihm in den Weg.

Nun begann er das Theologiestudium in Wien an der „K.u.k.-Evangelisch-Theologischen Fakultät", die damals noch nicht in die Universität eingegliedert war. Er studierte gleichzeitig an der philosophischen Fakultät Geschichte und Philosophie. Das Studium setzte er an der Universität Halle fort. Durch Pass-Schwierigkeiten bedingt, musste er im Herbst 1916 Deutschland verlassen. So bezog er für ein Semester die Theologische Akademie in Pressburg, wo er neben theologischen vor allem Geschichtsstudien betrieb. Im nächsten Jahr konnte er dann wieder nach Halle zurückgehen, um im Oktober 1917 schließlich an die Universität in Berlin zu wechseln. Seine wichtigsten Lehrer wurden hier Adolf v. Harnack, Rudolf Seeberg und Adolf Deissmann.

Im Jahr 1918 kam er heim, um vor dem Landeskonsistorium die theologische Prüfung abzulegen. Nach Ablegung der Fachprüfung trat er 1920 sein Vikariat im Landeskirchlichen Diasporaheim in Hermannstadt an, wo er neben der Erziehungsarbeit in diesem Schülerheim als Religionslehrer und als Adjunkt des Diasporapfarrers eingesetzt wurde. Im Jahr 1921 ging er für ein Studienjahr an die Universität nach Klausenburg, um Rumänisch zu studieren. Hier wurde er von der dortigen evangelischen Gemeinde für die Zeit seines Studiums als „Stadtvikar" übernommen. Es folgten 1922 bis 1925 Jahre, in denen G. als suppletorischer Professor an mehreren Schulen in Hermannstadt tätig war. In der Freizeit widmete er sich der Jugendarbeit.

1925 bat ihn der Diasporapfarrer, ihm im Reisedienst wieder zu helfen. Für diesen Dienst wurde er am 6.1.1926 durch Bischof D. Friedrich Teutsch ordiniert. Als Reiseprediger betreute G. die evangelischen Gemeinden in Altrumänien. Ein Schwerpunkt wurde die Diaspora-Gemeinde in Buzau.

Seine Leschkircher Zeit (1932–1938) waren Jahre innerkirchlicher Spannungen infolge der zunehmen-

den Einflussnahme der völkischen Erneuerungsbewegung. G. strebte nach Ausgleich, und gemäß seinem idealistisch-ethischen Verständnis des Glaubens öffnete er sich dem damaligen Zeitgeist. Aus den Dokumenten jener Periode geht hervor, dass G. innerhalb der Kirchenleitung, die unter Bischof Wilhelm Staedel von der nationalsozialistischen „Deutschen Volksgruppe in Rumänien" mehr und mehr beherrscht wurde, seinen Einfluss zur Verhütung von politischen und weltanschaulichen Übergriffen geltend machte. Er hatte unter anderem den Auftrag, die kirchliche Betreuung jener deutschen Gemeinden unserer Landeskirche, die aus der Dobrudscha, aus Bessarabien und aus der Bukowina in den Warthegau in Polen umgesiedelt wurden, durch die sie begleitenden Pfarrer zu ordnen. Nach dem Krieg wurde ihm der Dienst als Kirchenrat zum Vorwurf gemacht; er wurde zeitweilig amtsenthoben, dann aber für sein Pfarramt in Agnetheln rehabilitiert.

Die Jahre nach 1956 waren eine Zeit zunehmender politischer Repressionen. Das bezog sich besonders auf die Kinderunterweisung, den Konfirmandenunterricht und die Jugendarbeit; aber auch sonstige kirchliche Veranstaltungen außerhalb des Sonntagsgottesdienstes wurden gestört und örtlich untersagt. G. hielt als Stadtpfarrer von Agnetheln und als Dechant seines Kirchenbezirkes den Repressionen stand und nahm seine Amtsbrüder vor den staatlichen Behörden in Schutz. Damit handelte er einem Grundsatz entsprechend, den er schon zur Zeit seiner Ordination niederschrieb: „Jeder Ernstgesinnte, der seinem Volke helfen möchte, sucht nach einem festen Halt und einer sicheren Stütze, damit er gefestigt dastehe in den Stürmen dieser Zeit. Er kann nur *einen* Wegweiser finden, der ihm den Weg zur Höhe weist, und das ist unser Heiland Jesus Christus." (LKZ. 4258)

Es war eine Zeit, in der eine ganze Reihe von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern verhaftet wurden. In das Jahr 1958 fiel seine Verhaftung. Den kommunistischen Machthabern hatten seine kirchliche Jugendarbeit, seine Bemühungen um die kirchliche Unterweisung der Kinder, überhaupt seine gesamte Gemeindearbeit missfallen. Auch seine Gemeindebesuche, die er als Dechant vornahm, um die verstörten und ums Überleben kämpfenden Glaubensgenossen mit dem Evangelium zu stärken, wurden als störend und staatsfeindlich empfunden.

Am 10.12. folgte vor dem Militärgericht in Kronstadt seine Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis, fünf Jahren Verlust der Bürgerrechte, totalem Vermögensentzug und einer zusätzlichen Geldstrafe zur Deckung der Gerichtskosten. Die Anklage lautete auf öffentliche Gefährdung der neuen staatlichen Ordnung. Der Verurteilte wurde ins Gefängnis nach Zeiden gebracht. Misshandlungen und Unterernährung, die darauf zielten, ihn moralisch zu brechen und andere als staatsgefährliche Gesinnungsgenossen anzugeben, führten bei dem über 60-jährigen zum zunehmenden physischen Verfall. Er blieb geistig aufrecht und konnte seine Mitgefangenen geistlich aufrichten. Als sein Lebensende unabwendbar war, wurde er kurz vor dem Tod aus dem Gefängnis entlassen und nach Agnetheln gebracht, wo er am 28.2.1961 starb. Er stand, so wie er es bei seiner Ordination für sich erbeten hatte, bis zuletzt treu zur Sache Gottes und ging als ein „würdiger Streiter in seinem Reiche" heim. Er selbst äußerte sich in einem Brief folgendermaßen über seine Arbeit: „Gott der Herr segnete meine Arbeit und ließ mich viel Freude erleben in meiner Gemeinde, [...] ich habe viel an Liebe und Güte erfahren dürfen [...] in meinem Amt. [...] Wer weiß es, wie mich der Zusammenbruch mancher Ideale getroffen hat? [...] Und wirklich, wunderbar hat mich der Herr geführt, oft ganz anders, als ich es wünschte und gebeten hatte, aber zum Besten für die Meinen und mich [...] Zu ihm will ich beten und ihn bitten, dass er mich immer stärker mache im Glauben und in der Bußfertigkeit, die Luther so hoch einschätzt. Gerne will ich mich auch ermahnen lassen und mir zeigen lassen, dass ich hier und da vielleicht falsche Wege gegangen bin." (Nachlass Fr. Müller)

Quellen: LKZ 4258 Edmund Graeser, Anmeldung zur Ordination (mit Lebenslauf, Predigt, Ordinationsthesen), Aktenablage des Landeskonsistoriums 1925 Dosar Nr. 925/1958, 10 Decembrie: Republica Populara Romana, Tribunalul Militar Orasul Stalin; Nachlass Fr. Müller: Brief an Bischof D. Friedrich Müller, 26.4. 1947.

Literatur: Ordinationsbuch, S. 249; Kirchliche Blätter 1944, Nr. 33, S. 308; F. Müller: Erinnerungen, S. 168.

Foto: Archiv H. Pitters.

H. Pitters

Hohloch, *Johannes*

* *18.5.1865 Neu-Teplitz/Bessarabien, † 1919 bei Grunau/Gouvernement Jekaterinoslaw (Ukraine).*

Verh. in 1. Ehe mit Anna Sophie Luise, geb. Hübbe (1899), in 2. Ehe mit Karoline Marie Wilhelmine, geb. Hübbe (1902).

1888–1893 Theologiestudium in Dorpat/Tartu.

Nach dem Abschluss des Studiums wurde H. am 14.5.1895 in Hoffnungsthal, Gouvernement Cherson (Ukraine), ordiniert, und er trat ebendort seinen Pfarrdienst an, den er bis 1901 wahrnahm. Ab 1902 war er Pastor in Grunau, wo er während des Bürgerkrieges von der Bande des Anarchistenführers N. Machno ermordet wurde.

Literatur: E. Amburger: Pastoren Rußlands, S. 358; O. Licenberger: Evang.-ljut. cerkov', S. 110, 347, 424; B. Mensing/H. Rathke: Mitmenschlichkeit, S. 224 f.; J. Schnurr: Kirchen, S. 145.

H.-C. Diedrich

Klein, Franz

* *22.8.1885 oder 1879 Neu-Werbaß/Batschka, † 1946 Vernichtungslager Jarek oder Kruschiwl.*

Pfarrer in Katsch/Seniorat Batschka; Mitglied des Evangelischen Presseverbandes und des Gustav-Adolf-Vereins.

K. war ein umfassend gebildeter und vorzüglicher Theologe; viele Beiträge im kirchlichen Mitteilungsblatt des Seniorates stammten von ihm. Seine Predigten waren theologisch fundiert, gingen aber auch auf den Alltag seiner Gemeindeglieder ein. Durch sein aufgeschlossenes und tolerantes Verhalten trug er mit dazu bei, dass die deutsche Bevölkerung in gutem Einvernehmen mit den Serben lebte. Er selbst pflegte nicht nur Beziehungen zu seinen prawoslawischen Kollegen Pop Djoka und Pop Milivoje, sondern auch zu den Verwaltungsbehörden.

Mit der bedingungslosen Kapitulation Jugoslawiens nach dem Feldzug vom April 1941 zerfiel der jugoslawische Vielvölkerstaat; die Batschka gehörte nun wieder zu Ungarn. Bereits am 16.5.1941 nahm K. an einem Treffen in Semlin teil, das Bischof Philipp Popp zur Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse einberufen hatte.

Nach dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 kam es vermehrt zu Partisanenüberfällen auf deutsche Siedlungen. Im November 1943 tagte der „Antifaschistische Rat der Volksrepublik Jugoslawien" in Jajce/Bosnien. Da allen Deutschen nationaler Verrat sowie die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht unterstellt wurde, sie darüber hinaus aber auch als Klassenfeinde galten, wurden für sie als Volksfeinde und Vaterlandsverräter der Entzug der Freiheitsrechte und die Todesstrafe gefordert. Der Rat erklärte alle Deutschen ihrer Grundrechte für verlustig.

K. begab sich im Herbst 1944, vielleicht auch aus gesundheitlichen Gründen, nicht mit seinen Gemeindegliedern auf die Flucht. Kurze Zeit nach dem Einmarsch der Partisanengruppen im Dezember 1944 wurde er festgenommen und wie die anderen alten und arbeitsunfähigen Deutschen der Süd- und Mittelbatschka in das Vernichtungslager Jarek eingeliefert. Trotz eines bestehenden Verbots übte er im Lager weiter sein Amt als Seelsorger aus.

Im Lager hatten es die Wachmannschaften besonders auf die Pfarrer abgesehen. Jakob Pless berichtete: „Mit uns waren im Lager auch zwei protestantische Pfarrer (Kornelius Weimann und Franz Klein) und ein römisch-katholischer Pfarrer (Kaspar Kopping). Sie wurden von den Partisanen besonders grob misshandelt, geschlagen und verspottet. Sie mussten stets an der Spitze der Arbeitskommandos mit Blumensträußen auf dem Hut durch das Dorf gehen und wurden zum Gespött gemacht. Im Lager mussten sie die niedrigste Arbeit, wie z.B. Klosette reinigen, verrichten." (Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 175)

Ein ehemaliger Katscher erinnerte sich an seinen Pfarrer mit diesen Worten: „Unser guter Pfarrer Klein hat in dieser Hölle buchstäblich die Leiden Christi erdulden müssen. Weil er aber nicht abließ von der seelsorgerischen Betreuung seiner Landsleute, wurde er gedemütigt, verspottet, verflucht, geschlagen und schließlich erschlagen. Er ist in des Wortes wahrstem Sinne ein Märtyrer geworden, ein glaubensstarker, rechtschaffener Mann, der keine Feinde hatte [...]. Es ist uns eine Ehrenpflicht, ihm ein treues Andenken zu bewahren." (Leidensweg der Deutschen, Bd. III, S. 413)

Literatur: Dokumentation der Vertreibung, Bd. V; Leidensweg der Deutschen, Bde. III und IV; Verbrechen an den Deutschen.

G. Grünzinger

Kund, Wilhelm

** 1880 Oberschützen/Burgenland, † Rudolfsgnad.*
1922 Pfarrer Pantschowa; 1927 Senior des Banater Seniorats; Mitglied des liturgischen Ausschusses zur Schaffung eines Christlichen Hausbuches; 1931 Mitglied des Aktionsausschusses für die jugoslawische Sektion des Lutherischen Weltkonvents.

K. war einer der führenden evangelischen Theologen in Jugoslawien, er arbeitete am Protestantengesetz von 1930 mit, das den deutschen Protestanten im Königreich Jugoslawien ermöglichte, eine eigene evangelische Kirche zu bilden.

Mit der bedingungslosen Kapitulation Jugoslawiens nach dem Feldzug vom April 1941 zerfiel der jugoslawische Vielvölkerstaat und das Banat wurde quasi selbstständig. Bereits am 16.5.1941 nahm K. an einem Treffen in Semlin teil, das Bischof Philipp Popp zur Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse einberufen hatte.

Bei der Errichtung des Bischofsamtes im Banat sprachen sich die Volksdeutsche Mittelstelle, der Militärbefehlshaber, Volksgruppenführer Dr. Sepp Janko, aber auch das Kirchliche Außenamt gegen K. aus, weil er als Magyarone galt und Mitglied des Rotary-Clubs war. Zum Bischof der neu gegründeten „Evangelischen Deutschen Kirche im Banat" wurde schließlich am 27.1.1942 Franz Hein gewählt.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 kam es vermehrt zu Partisanenüberfällen auf deutsche Siedlungen. Im November 1943 tagte der „Antifaschistische Rat der Volksrepublik Jugoslawien" in Jajce/Bosnien. Da allen Deutschen nationaler Verrat sowie die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht unterstellt wurde, sie darüber hinaus aber auch als Klassenfeinde galten, wurden für sie als Volksfeinde und Vaterlandsverräter der Entzug der Freiheitsrechte und die Todesstrafe gefordert. Der Rat erklärte alle Deutschen ihrer Grundrechte für verlustig.

1944 wurde K. mit vielen anderen nicht arbeitsfähigen Deutschen in das Vernichtungslager Rudolfsgnad eingewiesen. Er erlitt schwere Misshandlungen durch serbische Partisanen; trotz des bestehenden Verbots betete er mit deutschen Gefangenen im Lager, daraufhin musste er weitere schwere Torturen über sich ergehen lassen und fand bald darauf den Tod im Gefängnis. Nach einem Bericht des katholischen Priesters Wendelin Gruber wurde K. erschlagen (Dokumentation der Vertreibung, Bd. V, S. 165).

Literatur: Dokumentation der Vertreibung, Bd. V.; Leidensweg der Deutschen, Bde. III und IV; M. Merkle: Kirche; Verbrechen an den Deutschen.

G. Grünzinger

Lutsch, Adolf

** 15.4.1904 Urwegen (Girbova), † 29.7.1945 Roseln (Ruja).*
Verh. mit Clara Hildegard, geb. Böhme, zwei Söhne.
1924–1928 Studium der Theologie in Wien, Leipzig und Kiel; ca. 1929–1945 Pfarrer in Roseln.

L. wurde am 15. April 1904 in Urwegen, einer Gemeinde des siebenbürgischen Unterwaldes, als achtes Kind des Predigerlehrers Michael Lutsch und der Sofia geb. Schorsten geboren. Das Elternhaus vermittelte ihm eine intensive Frömmigkeit. Als er 1914 die vier Volksschulklassen im Heimatdorf abgeschlossen hatte, brach der Krieg aus, und er wurde für ein Jahr – man rechnete mit einem raschen Kriegsende – zu Hause behalten. Dann erst wurde er nach Mühlbach aufs Gymnasium geschickt. Nach zwei Jahren wechselte er die Schule und bezog das Gymnasium in Hermannstadt. Die Reifeprüfung legte er 1924 ab. Gemäß eigenem Wunsche begann er das Theologiestudium in Wien. Schwerpunkte wurden für ihn die Philosophie und die Kirchengeschichte. Er suchte zugleich das studentische Gemeinschaftsleben in der Burschenschaft. Nach vier Semestern wechselte er den Studienplatz nach Leipzig. Den Abschluss seiner Studien bildete ein Semester an der Universität Kiel, und im September 1928 legte er die Theologische Fachprüfung ab. Seine Arbeiten machten deutlich, dass er von der damals neuen Richtung der Dialektischen Theologie, die sich



bewusst auf das reformatorische Erbe und auf die Kraft des Wortes Gottes besann, bestimmt war. Nach einem Vikariatsjahr in Urwegen und nach der Pfarramtsprüfung wurde er zum Pfarrer der Gemeinde Roseln gewählt. Diese Gemeinde sollte die einzige Pfarrstelle bleiben, die L. bis zu seinem Tode 1945 innehatte. Innerhalb des Groß-Schenker Kirchenbezirkes hatte er leitende Funktionen und bekleidete zuletzt das Amt des Bezirksdechanten.

Als in den 30er Jahren, angeregt vom Kronstädter Stadtpfarrer Konrad Möckel, die Berneuchener Bewegung in Siebenbürgen Fuß fasste und es zur Gründung der Michaelsbruderschaft kam, trat L. dieser bei. Fortan waren es die Rüstzeiten dieser Gemeinschaft und deren Gebetsordnungen, die seinem Dienst Tiefe verliehen. Etwas davon versuchte er auch seinen Brüdern im Amt zu vermitteln. Als Dechant wandte er sich in einem Rundschreiben an alle Pfarrämter des Bezirkes: „Wir gehen durch eine Notzeit hindurch, in der alle Stützen gefallen sind … Diese Tatsache veranlasst auch bisher gleichgültige Glieder unserer Kirche, auf ihre Verkündigung zu sehen … Da stehen nun wir Pfarrer als diejenigen da, die durch den Altardienst und durch die Einzelseelsorge Helfer sein sollen auf dem Wege zu dem verborgenen Gott.“ (DK.Z. 22/1945) Dabei ging es ihm um Gemeindeaufbau.

Noch drei Monate vor seinem Tod wandte sich L. erneut an seine Amtsbrüder. Es war im Sommer 1945, mitten in den Wirren gleich nach dem Kriegsende: „Mehr als je müssen wir uns jetzt besinnen auf die eigentliche Aufgabe der Kirche, deren Diener wir sind. Ihr geistliches Leben müssen wir pflegen und weitergeben. Darum allein geht es jetzt: uns den Wegen anzuvertrauen, die Gott der Herr uns führen will. Um das aber zu können, müssen wir zuerst geistliches Leben in uns tragen. Wie gelangen wir dazu? Das erste ist: Ein geordnetes Gebetsleben!“ (DK.Z. 22/1945)

L. hatte das Amt eines Dechanten in schwierigster Zeit übernommen. Im Januar 1945 waren die arbeitsfähigen deutschen evangelischen Kirchenmitglieder zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion ausgehoben worden; es folgte die völlige Enteignung der Zurückgebliebenen, Alte und Kinder, und deren Zwangsevakuierung aus ihren Häusern. Es galt, die verstörten Gemeinden, von denen auch viele ohne Seelsorger geblieben waren, zu sammeln und zu trösten. Das tat L. in beherzter Weise. Er setzte sich bei den staatlichen Stellen ein, um Übergriffe zu melden und unrechtmäßige Enteignungen von Kirchengütern rückgängig zu machen. Das zog ihm die Feindschaft der örtlichen Machthaber und auch der sowjetischen Besatzung im Vorort Agnetheln zu.

Die Ereignisse um seinen Tod gestalteten sich dramatisch: Es wurde eine Anzeige erbracht, in seinem Hause in Roseln seien von der Front zurückgebliebene deutsche Soldaten versteckt. Am Abend des Sonntags, 29.7.1945, gerade als das Pfarrerehepaar L. vor dem Hausaltar kniend das Nachtgebet nach der Ordnung der Michaelsbruderschaft hielt, läutete die Hausglocke und eine von einer russischen Militärtruppe vorgeschickte Frau fragte nach hier versteckten deutschen Soldaten und rief den Pfarrer aus dem Haus. Hier wurde er niedergeschossen. Es erwies sich, dass keine deutschen Soldaten da waren. Jedoch ein gerade nach Roseln heimkehrender rumänischer Beamter, der die Schüsse im Dunkeln von weitem hörte, sagte zu einem ihn begleitenden evangelischen Gemeinde-

glied: „Jetzt wird euer Pfarrer erschossen." (Bericht des Sohnes Werner Lutsch) Der Mord war also offenbar schon vorher geplant, man wollte einen unliebsamen Kirchenmann, der für seine Glaubensgenossen eingetreten war und die Sache der Kirche in den damaligen Wirren hochhielt, beseitigen.

Mitten aus dem ganz persönlichen Gebet hatte man ihn in den Tod geholt. Als Betender ist er gestorben. In einer Predigt hatte er seinen Auferstehungsglauben in folgende Worte gefasst: „Der Heiland verheißt uns eine Auferstehung, die uns etwas Neues und Größeres bringt, als das, was wir schon besitzen … Unser irdischer Leib ist zeitlich bedingt und der Zerstörung ausgesetzt und daraus erwächst für unser ganzes Leben unendlich viel Sorge, Schmerz und Not […] Der neue Leib, den uns Gott an unserem Ostermorgen geben wird, unterliegt nicht mehr zerstörerischen Gewalten […] In Herrlichkeit wirst du auferstehen und dem Gottessohn folgen in jene Ewigkeit, wo du deinen Vater findest: Es wird gesät verweslich und wird auferstehen unverweslich […]" (Ordinationspredigt, 2. Ostertag 1929). In diesem Glauben ist L. als Zeuge seines Herrn gestorben.



Quellen: A. Lutsch: Rundbrief, 17.5.1944; ZAEKR: 1061/1929 (2699, 3224); ZAEKR: 4722 (3504), ZAEKR DK.Z. 22/1945; ZAEKR: 1336/1945 (1371/1945); W. Lutsch: Brief 31.3.2004.
Literatur: E. Jekelius: Tode; R. Martini: An ihren Früchten, S. 206 ff.; Ordinationsbuch, S. 274.
Foto: Archiv H. Pitters.

H. Pitters

Manchen, Michael G.

* *24.9.1895 Braila (Rumänien), † 9./10.2.1946 bei Biharkeresztes (Ungarn).*
Verh. in 1. Ehe mit Maria, geb. Vitaris (gest. 1928), zwei Kinder; in 2. Ehe mit Elena, geb. Oltean († 1997), vier Kinder.
1923 Ordination als Pastor der Siebenten-Tags-Adventisten; ab 1933 „Vorsteher" (Superintendent) in Siebenbürgen, in der Bukowina und Bessarabien.

M. stammte aus einer siebenbürgisch-sächsischen Familie. Die Mutter war österreichischer Herkunft („Landler"). In Nadesch bei Schäßburg (Sighisoara) aufgewachsen, sollte M. nach dem Wunsch der Eltern ev. Pastor und Religionslehrer werden. Aus diesem Grund studierte er am ev.-luth. Seminar in Schäßburg. Nachdem M. 1914 jedoch Adventist geworden war, musste er Seminar und Elternhaus verlassen. Als österreichisch-ungarischer Soldat im 1. Weltkrieg setzte er sich für die Befreiung vom Waffendienst ein und diente in einer Sanitätseinheit. Für seinen aufopfernden Einsatz als Sanitätssoldat erhielt er die ungarische Tapferkeitsauszeichnung („vitéz"). Nach der Einsegnung zum Predigtamt (1923) wirkte M. zunächst in Siebenbürgen, dann, ab 1928, in Czernowitz (Černivci), wo der Adventismus trotz kirchlicher Verfolgung eine Blütezeit erlebte. In nur drei Jahren taufte M. dort über 600 Personen und organisierte 12 neue Gemeinden. Es war dem sprachbegabten, weltoffenen und erweckungsorientierten Prediger gelungen, durch eine rege Evangelisationstätigkeit Zugang zur multiethnischen Bevölkerung der Region zu finden. Von 1933 an wirkte M. als Vorsteher (Superintendent) der adventistischen Gemeinden im nördlichen Bessarabien, in der Moldau und der Bukowina. 1940, nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen, wurde er nach Budapest gerufen. Nach Weltkriegsen-

de sollte M. wieder den Dienst als Pastor in Rumänien aufnehmen. Nach einer Predigt in einer ungarischen Grenzstadt wurde er von sowjetischen Soldaten ermordet.

Quellen: AAE: Akte Manchen.
Foto: AAE.

D. *Heinz*

Mayerhöffer, Arpad Ernst

* *ca. 1893 Leibitz(?), † ca. 25.4.1945 Lager Grusow.*
Geschieden.
1917 Ordination, Pfarrer Rissdorf; 1924 Durelsdorf/Slowakei.

Schon bei seiner Antrittspredigt in Durelsdorf über Mt 8,23–27 betonte M., er wolle mit seiner Gemeinde „durch alle Stürme und alle Not der Zeit" [...] und in Ewigkeit im alten Glauben der Väter aushalten und durchhalten, den Glauben und das Volkstum hüten und pflegen" (A. Metzl: Mayerhöffer, o. S.). Er verfasste den Gedichtband „Blüten am Wegesrand", mit zahlreichen religiösen Gedichten, aus dem er von den Schulkindern bei feierlichen Anlässen vortragen ließ. M. lehnte es im Januar 1945 ab, Durelsdorf zu verlassen. Er bekräftigte, er wolle dort bleiben, wo ihn die kirchliche Obrigkeit hingestellt habe. Nachdem er sich der Vertreibung widersetzte und Beleidigungen verschiedenster Art ertragen musste, wurde er fälschlich beschuldigt und Einheiten des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) übergeben, die ihn festnahmen. Die Annahme, er wäre bereits auf dem Transport in den GULag gestorben, stellte sich jetzt als falsch heraus. Ein Augenzeuge sah ihn bei der Ankunft am Bahnhof Alagier im Kaukasus am 1.4.1945. Am nächsten Tag erreichten die Verschleppten das Lager NKWD 515 Grusow. Einmal hielt M. auf dem Lagerhof einen Gottesdienst in deutscher Sprache unter reger Beteiligung, bei dem die Wachposten klatschten. Bald darauf soll er an Angina gestorben sein.

Literatur: A. Metzl: Mayerhöffer.

G. Grünzinger

Popp, Philipp, Dr. phil.

* *23.3.1893 Beschania bei Semlin/Ost-Syrmien, † 29.6.1945 Maksimir bei Zagreb.*
Verh. mit der Lehrerin Malwine, geb. Schmidt, drei Kinder.
1911 Theologische Akademie Eperjes/Ungarn; Jurastudium Agram (Zagreb)/Kroatien; Juni 1917 Ordination Budapest und Vikar Agram; 1917–1920 Studium der Philosophie ebendort; 1918 Pfarrer ebendort; 1920–1924 Jurastudium Agram und Berlin; juristisches Diplom Universität Agram; 1921 Senior; 1925 Vizepräsident; 1926 Synodalpräsident der jugoslawischen Kirche; 1927 Distriktspräsident; 1928 Bischöflicher Administrator; 1931–1945 Bischof der Deutschen Evangelisch-Christlichen Kirche A. B. im Königreich Jugoslawien (ab 1941 im Staate Kroatien).

P. erlebte als Kind deutscher Bauern die sprachliche und völkische Vielfalt des Donauraums; so entwickelte er früh Verständnis für andere Nationalitäten und sprach neben Deutsch auch Serbokroatisch und Ungarisch. Während seiner Gymnasialzeit besuchte er nicht nur den deutschen evangelischen, sondern auch den orthodoxen Gottesdienst. Er wusste seine Kirche in doppelter Diaspora: der des Glaubens und des Volkstums. In seiner Amtstätigkeit achtete er trotz seiner Orientierung nach Deutschland stets auf eine loyale Haltung zum jugoslawischen Königreich. Anlässlich seiner Einführung als Bischof meinte er im Hinblick auf das Entgegenkommen staatlicher Stellen bei der Verabschiedung der Verfassung für seine Kirche im Jahre 1930: „Dieses Vaterland ist unser, wir sind in ihm geboren, wir werden dafür leben und, wenn es notwendig ist, auch sterben [...]" (EZA, 5/861).

P. befand sich in den schwierigen Loyalitätskonflikten der Repräsentanten der Auslandskirchen; entschieden kämpfte er immer um die Existenz seiner Kirche ohne eindeutig Stellung zu beziehen. So urteilte er beispielsweise zurückhaltend über den deutschen Kirchenkampf, „von dem wir gewiß hoffen, dass er auch hohe positive Werte für Kirche und Theologie gebracht hat" (EZA, 5/865). Mit der Taufe von Görings Tochter Edda verband er die beruhigende Überzeugung, dass „Nationalsozialismus und Christentum sehr wohl vereinbar" seien; er dankte deshalb Göring und versicherte ihm, dass er für die spreche, „die wir mit Ihnen Nationalsozialisten und Christen sein wollen, eines so treu wie das andere, aus ganzem



Herzen“ (EZA, 5/865). Sein ehemaliger Vikar meinte dagegen: „Auch die führenden Schichten der Volksgruppe achteten seinen Standpunkt, nämlich, dass er sich bewusst zum Deutschtum bekannte, jedoch nicht zum Nationalsozialismus.“ (M. Merkle: Hirte, S. 10)

Nach dem Angriff des Deutschen Reiches auf Jugoslawien im April 1941 zerfiel das jugoslawische Königreich. P.s Kirche befand sich nun im neu gebildeten Staat Kroatien, dessen Führer Ante Pavelic den Nationalsozialisten nahe stand. Als mit Kriegsausbruch die Massenverhaftung der Volksdeutschen in Jugoslawien eingesetzt hatte, forderte P. deren Freilassung oder aber auch seine eigene Inhaftierung. Bei seinem Bemühen, Verfolgten zu helfen und Menschenleben zu retten, fragte er weder nach Konfession noch Volkszugehörigkeit. Er setzte sich immer wieder für Menschen unterschiedlicher politischer Auffassung und kirchlicher Herkunft ein: für jüdische Flüchtlinge aus Österreich, aber auch für kroatische Nationalsozialisten oder serbische Partisanen. Als er sich für verfolgte orthodoxe Serben verwendete, schrieb er an den kroatischen Staatschef: „[...] Es ist unseres 20. Jahrhunderts unwürdig, dass Menschen um ihres Glaubens willen verfolgt werden.“ (Zitiert nach ebd., S. 13) Bestimmte Partisanenkreise, die seine menschenfreundliche Gesinnung schätzten, wollten ihn überzeugen, sich selbst der Befreiungsarmee Titos anzuschließen.

Obwohl der Bischof sein Ende vorausgesehen hatte, lehnte er seine Evakuierung vor dem Eintreffen der Partisanenarmee ab. Schon früher hatte er gegenüber seinem Vikar geäußert: „Erst in der Not bewährt sich der wahre Christ. In solcher Zeit hilft nicht das theologische Wissen, sondern nur das Bekennen.“ Gleichzeitig versicherte er, seine Gemeinde nie zu verlassen (ebd., S. 10).

Am 23.5.1945 wurde P. in Zagreb verhaftet, er widersetzte sich auch jetzt jeder Fluchtmöglichkeit aus dem Gefängnis. Die Begründung für seine Haltung legte er mit einem Bibelzitat eigenhändig und schriftlich nieder: „Jesus spricht: ‚Ich bin der gute Hirte. Der gute Hirte lässt sein Leben für die Schafe‘.“ (Joh 10,11) Am 28.6. wurde P. vom Standgericht der II. Partisanenarmee zum Tode durch Erschießen verurteilt. In dem Urteil wurde ihm vorgeworfen, Mitglied des Deutschen Kulturbundes gewesen zu sein, einer Massenorganisation der Gestapo, die sich als „Fünfte Kolonne“ betätigt habe, des weiteren habe der Bischof mit den Ustaschen kollaboriert, den faschistischen Verbrechern moralische Unterstützung gegeben und geholfen „die Einheit der Völker Jugoslawiens zu zerstören“ (zitiert nach Verbrechen an den Deutschen, S. 267). Weder eine von 1 000 Menschen unterzeichnete Petition noch die Intervention der schwedischen Kirche verhinderten, dass die Partisanen an dem Bischof ein Exempel statuierten.

1973 benannte die Ev. Kirchengemeinde Geisenfeld bei Ingolstadt ihre Kirche zu Ehren von Bischof Popp St. Philippus-Kirche; in Gaimersheim bei Ingolstadt wurde an der Außenwand der Friedenskirche zu seinem Andenken eine Tafel angebracht.

Quellen: EZA Berlin Bestand 5: Nr. 861 Jugoslawien Allgemeines Bd. II: 1. April 1931 bis 1.2.1939, Nr. 865 Jugoslawien Allgemeines Bd. IV: Januar 1938 bis März 1940.

Literatur: M. Merkle: Hirte; Ders.: Märtyrerbischof; M. Rometsch: Kirche, S. 65–91; Verbrechen an den deutschen; G. Wild: Kirche.

Foto: G. Wild: Kirche, S. 219.

G. Grünzinger

Roth, Hans Otto, Dr. jur.



* *24.4.1890 Schäßburg, † 1.4.1953 Ghencea/Bukarest.*

1908–1913 Studium der Rechtswissenschaften in Budapest; Wien, Berlin und Zürich; 1913 Promotion; 1913–1915 Advokaturkonzipient in Budapest; 1915–1917 Militärdienst; 1919–1938 Abgeordneter im rumänischen Parlament; seit 1922 Vorsitzender und Sprecher der Deutschen Fraktion; 1928–1932 Aufsichtsratsvorsitzender der Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse; 1932–1949 Landeskirchenkurator und damit Stellvertreter der Bischofs; gleichzeitig bis 1935 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa und bis 1947 Mitglied des Senats; 1938–1942 Herausgeber des Siebenbürgisch-Deutschen Tagblattes.

R. wurde am 24.4.1890 in Schäßburg als Sohn des Juristen Carl Roth und der Louise geb. Hausenblass geboren. Die Grundlegung für seine bewusst christlich-ethische Welt- und Lebensanschauung erfolgte in seinem Elternhaus und in der evangelischen Schule seiner Heimatstadt. Nach der Reifeprüfung im Jahr 1908 studierte er Rechtswissenschaften in Budapest, Wien, Berlin und Zürich. Seine juristischen Studien schloss er 1913 mit der Doktorpromotion ab.

1913 bis 1915 arbeitete Roth als Advokaturkonzipient in Budapest, wobei er als Rechtsberater der siebenbürgischen Parlamentarier zugleich erste Schritte in die Politik tat. Nach dem geleisteten Militärdienst, trat er in die Schriftleitung des Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes ein. Zugleich übte er bis 1922 das Amt eines Sekretärs des „Zentralausschusses der Siebenbürger Sachsen“ und des „Deutsch-Sächsischen Nationalrates (später Volksrates) für Siebenbürgen“ aus. Er hatte wesentlichen Anteil am Zustandekommen der „Mediascher Erklärung“, die die Zustimmung der Siebenbürger Sachsen für den Anschluss Siebenbürgens an Rumänien aussprach.

In den Jahren 1919 bis 1938 war er Abgeordneter im rumänischen Parlament und seit 1922 Vorsitzender und Sprecher der Deutschen Fraktion (bzw. seit 1929 der „Deutschen Partei“).

Neben seiner politischen Betätigung als Parlamentarier und als Rechtsanwalt in Bukarest übte er eine Reihe wichtiger Ehrenämter aus. Es lag ihm vor allem eine gerechte, freiheitliche Minderheitenpolitik am Herzen. So trat er 1930 in die Arbeit des „Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa“ ein, dessen Vorsitzender er von 1932 bis 1935 war. Dieser Verband entfaltete seine Tätigkeit innerhalb des „Nationalitätenkongresses“ beim Völkerbund. Auch innerhalb dieses Kongresses war R. in leitender Funktion in den Jahren von 1929 bis 1933 tätig. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender hatte er am 15.7.1933 eine persönliche Vorstellung bei Hitler, in der er (erfolglos) gegen dessen Judenpolitik protestierte. Von da an stand er der nationalsozialistischen Bewegung kritisch und ablehnend gegenüber.

Schon seit 1926 hatte R. auch im Rahmen der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien wichtige Ämter inne. Er wurde Mitglied des Landeskonsistoriums und von 1932 bis 1949 dann Landeskirchenkurator und damit innerhalb der Kirchenleitung erster Stellvertreter des Bischofs. Nicht nur als Jurist setzte er sich in den schwierigen 30er Jahren zunehmender Politisierung des gesamten öffentlichen Lebens für die Belange der Kirche ein; er tat dieses vor allem auch aus einer tiefen christlichen Überzeugung und als aktives Mitglied. Als Gegner der nationalsozialistisch orientierten Machthaber wurde er nach und nach aus

seinen führenden Stellungen hinausgedrängt. Aus der Volksgruppe ausgeschlossen und öffentlich beleidigt, erstattete er gegen den Volksgruppenführer eine gerichtliche Strafanzeige, was damals unmittelbar lebensgefährlich war. Der Prozess zog sich hin, bis der politische Umschwung im August 1944 ihn gegenstandslos machte.

Nachdem sich das Blatt aber gewendet hatte, wurde R. nun von kommunistischer Seite erst recht als bürgerlicher Politiker und als Repräsentant der Kirche verfolgt. Als „Klassenfeind" wurde er bei den Regierungsstellen angeschwärzt. R. hatte sich vergeblich um die Abwendung der Deportation der arbeitsfähigen deutschen Bevölkerung in die Sowjetunion, um die Milderung der Enteignungen und um die Besserung der Haftbedingungen eingekerkerter Landsleute bemüht. Er wurde nun mehr und mehr vom kommunistischen Sicherheitsdienst eingeengt. Er konnte zwar noch die Amtseinsetzung des neuen Bischofs Friedrich Müller (April 1945) in die Wege leiten und die Kirchenordnung an das neue Kultusgesetz 1947 anzupassen helfen. So zeigte er seine Treue gegenüber der Kirche, der er 17 Jahre lang in leitender Stellung gedient hatte, bevor er im Jahre 1949 genötigt wurde, das Kuratorenamt abzulegen. Was ihm die Kirche bedeutete, stellte er im Mai 1950 betont heraus: „Es geht eben um den Kern alles Kirchlichen und Religiösen, um die christliche Nächstenliebe und um die in Christus verkörperte Verheißung auf die Vergebung der Sünden. Das ist das Maß aller Dinge, mit dem allein eine wahrhaft christliche Kirche an die diesseitige Welt herantreten kann. […] Gerade wenn man den abgrundtiefen Unterschied zwischen gestern und heute erkennt, wird einem erst richtig klar, wie unwandelbar unerschütterlich im Gegensatz dazu die in Christus erfüllte biblische Offenbarung ist. Das ist der Fels, an dem wir uns anklamme[rn] müssen, wenn wir im Sturm der Zeit nicht untergehen wollen. […] Was mir heute die vordringlichste Aufgabe der Kirche zu sein scheint, ist das hingebungsvolle Festhalten an den ewigen Wahrheiten der in Christus erfüllten biblischen Offenbarung, und als Folgerung daraus die werktätige Hilfe für die seit lange zu mächtigem Strom angeschwollene Schar der Mühseligen und Beladenen." (K. Popa [Hrsg.]: Die Rumäniendeutschen, S. 809–811)

Er durfte auch seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr ausüben und wurde im Juli 1948 inhaftiert. Nach sechs Monaten wurde er zwar entlassen, aber seiner bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt. In der Stille wirkte er im kleinen Kreis weiter. Das zeigte z.B. die große Anteilnahme von Freunden an seinem 60. Geburtstag. Aus dieser Zeit stammen ergreifende Niederschriften und Glaubenszeugnisse, die deutlich machten, wie ernst er es mit seinen christlichen Überzeugungen meinte. Im Mai 1952 wurde er wieder als Gesellschafts- und Staatsfeind verhaftet. Er kam zunächst in das Straflager Fundeni in der Bărăgan-Steppe. Die Haftbedingungen waren unmenschlich. Die Gefangenen – meist ehemals hochgestellte politische und kirchliche Persönlichkeiten und Intellektuelle – hatten keine medizinische Versorgung und wurden bei schwerer Arbeit schlecht ernährt. R. bewahrte seine Würde, widerstand dem Angebot, bei Verleugnung seiner Einstellung entlassen zu werden. Er versuchte, seine Mitgefangenen aufzurichten. Schließlich wurde er körperlich völlig entkräftet ins Gefängnis für politische Häftlinge Ghencea in Bukarest verlegt, wo er am 1.4.1953 starb.

Literatur: H. Baier: Arestarea; H. Beyer: Brandsch, S. 224–228; W. Bruckner: Politiker, S. 236–241; E. Eisenburger: Zeichen, S. 87–94; E. Eisenburger/M. Kroner: Zeit, S. 87–94; Gedächtnisprotokoll, S. 57–62; K. Popa: Die Rumäniendeutschen; R. Schuller: Begegnung, S. 308–310.

Foto: Archiv H. Pitters.

H. Pitters

Schaffer, Michael

** 1908 (?) Pantschowa, † Ende 1945 oder Anfang 1946.*

1931 Theologiestudium in Leipzig; 4.11.1934 Ordination in Cilli/Jugolawien.

Da seine Mutter Jüdin war, setzte ihn Landesbischof Philipp Popp in Slowenien ein, um ihn besser schützen zu können. Dennoch wurde S. – offenbar weil er Pfarrer war und als Deutscher galt – nach Kriegsende von den neuen Machthabern verhaftet. Er erkrankte im Gefängnis, wurde nach etwa einem halben Jahr entlassen und starb in Slowenien an den Folgen der Misshandlungen, die er im Lager erlitten hatte.

Literatur: Verbrechen an den Deutschen, S. 270.

G. Grünzinger

Thumes, Friedrich



** 6.10.1909 Tekendorf, † 18.9.1944 Reußdorf.*

1929–1931 Studium der Philosophie in Klausenburg; 1931–1935 Studium der Theologie in Halle/Saale, Bonn und Leipzig; 1935 Vikar in der Gemeinde Tekendorf; 1936 Ordination in Hermannstadt; 1937 Pfarrverweser in der Gemeinde Senndorf (Nordsiebenbürgen); 1937–1944 Pfarrer in Reußdorf.

T. wurde am 6.10.1909 in Tekendorf als Sohn des Gerichtsbeamten Michael Thumes und der Sophie geb. Graef geboren. In dieser nordsiebenbürgischen Marktgemeinde wuchs er im Kreise der Geschwister auf. In seiner Kindheit und frühen Jugendzeit ist er in Elternhaus und Schule im evangelisch-christlichen Sinn geprägt worden. Es war ein durch Sitte und durch bewusste völkische Tradition bestimmtes Christentum, das sich durch die hohe Wertschätzung einer bürgerlichen Moral und Kultur auszeichnete. Nach Abschluss der 6. Klasse entschlossen sich die Eltern, ihn, wie vorher schon den Bruder, auf das Evangelische Gymnasium nach Bistritz zu geben. Der Vater wollte ihn die juristische Laufbahn einschlagen lassen. Er aber war bereits in seiner Gymnasialzeit vom Beruf eines Pfarrers angezogen.

Nach der Reifeprüfung hätte er gern das Theologiestudium an einer deutschen Universität begonnen. Doch der Bruder studierte bereits Tiermedizin in Deutschland und in der damals einsetzenden Wirtschaftskrise sahen sich die Eltern nicht in der Lage, den zweiten Sohn ins Ausland zu schicken. So bezog er die Universität Klausenburg und begann ein Philosophiestudium mit den Schwerpunkten Geschichte und Sprachen (Rumänisch und Deutsch). Endlich, nach zweijährigem Studium, gelang es ihm, ein Stipendium für das angestrebte Theologiestudium zu erhalten. Sein Studiengang führte ihn zuerst 1931–1932 nach Halle. Dann setzte er sein Studium für drei Semester in Leipzig fort und ging 1934 nach Bonn, um dort den damals viele in seinen Bann ziehenden Professor Karl Barth zu hören. 1935 kehrte er nach Leipzig zurück, um hier sein Studium abzuschließen. In der Zwischenzeit hatte er bereits 1933 die Theologische Grundprüfung abgelegt, und 1935 legte er, ebenfalls beim Landeskonsistorium in Hermannstadt, die Fachprüfung ab.

Im Oktober 1935 trat er in seiner Heimatgemeinde Tekendorf seine Vikariatsausbildung an, mit Schwerpunkt eines Praktikums in der Gemeinde Obereidisch, in der er alle Amtsgeschäfte eines Pfarrers und zusätzlich die eines Lehrers auszurichten hatte. Nachdem er die Pfarramtsprüfung abgelegt hatte, wurde er von Bischof D. Viktor Glondys am 7.10.1936 in Hermannstadt ordiniert und für ein Jahr als Pfarramtsverweser in die nordsiebenbürgische Gemeinde Senndorf eingesetzt. Neben dem vollen Pfarramt versah er auch hier in dieser kinderreichen Gemeinde suppletorisch die zweite Lehrerstelle. Von Senndorf berief ihn bereits ein Jahr später die Gemeinde Reußdorf im Mediascher Kirchenbzirk zum Pfarrer. Sieben Jahre hat er hier in bewegter Zeit treu gedient. Es waren gerade die Jahre heftiger innerkirchlicher Auseinandersetzungen wegen des Vordringens nationalsozialistischen Gedankengutes. T. nahm diesem gegenüber eine ablehnende Stellung ein. Bereits in seiner Ordinationspredigt hatte er sich ausdrücklich kritisch dazu geäußert, dass die damaligen Machthaber Bücher von

linksgerichteten und von jüdischen Autoren verboten und in Schauprozessen verbrannten.

Als in der Leitung der Landeskirche nach 1940 die Kräfte an Einfluss gewannen, die dem Nationalsozialismus zuneigten, was schließlich zur Absetzung von Bischof Glondys und zur Einführung von Bischof Wilhelm Staedel führte, gehörte Pfarrer T. zur Gruppe der „beschwerdeführenden Pfarrer", die sich den Anordnungen der Kirchenführung widersetzten. Als der Aufruf an die Pfarrer erging, sich zum Dienst an den durch Sowjetherrschaft und nachher durch den Krieg schwer verstörten, verstreuten evangelischen Gemeinden in Transnistrien zu melden, da war Pfarrer T. bereit, eine solch beschwerliche Aufgabe zeitweilig zu übernehmen.

Als am 23.8.1944 dann die politische Wende in Rumänien erfolgte und das Land an die Seite der Alliierten trat und die Waffen gegen Deutschland richtete, war Pfarrer T. wieder in seiner Gemeinde Reußdorf zur Stelle. Damit war schlagartig die Front etwa um 300 km von Jassy nach Mittelsiebenbürgen verlagert und das russische Militär stürmte in den nächsten Wochen durchs Land. Obwohl dieses nun mit den Vordringenden verbündet war, kam es zu allerlei Ausschreitungen und Plünderungen. Das war auch in Siebenbürgen in vielen Ortschaften, die an der Großen Kokel und deren Seitentälern gelegen sind, der Fall. Als die Nachricht davon in der kleinen Gemeinde Reußdorf eintraf, scharten sich die geängstigten Menschen um ihren Seelsorger. Tatsächlich zog am 18.9. vom benachbarten Johannisdorf eine größere Abteilung sowjetischen Militärs in Reußdorf ein. Die Soldaten begannen, die Weinkeller zu plündern. Etliche Frauen und Mädchen, darunter die Lehrerin des Dorfes, versammelten sich im Pfarrhaus und in der Kirche, wo der Pfarrer ihnen Schutz bot. Er entschloss sich, für die Bedrohten einzutreten und mit den Befehlshabern zu verhandeln. Doch die Beschwichtigungsversuche scheiterten. Er wurde niedergeschossen. In seinem Tun spiegelt sich die Glaubenhaltung seiner Ordinationspredigt über Matt 21,38–32 wieder. Im Zusammenhang mit der rechten Jüngerschaft stellt er heraus: „[...] solche Menschen, solche Persönlichkeiten sollen die Jünger sein: Menschen, bei denen das Ja des Entschlusses dem Ja der Tat entspricht und umgekehrt. Dies sind christliche Charaktere, Menschen, wie sie in unserer Zeit und unserem Volk ganz besonders nötig sind. Dass uns Gott der allmächtige Vater solche Menschen schenke und uns selbst auch zu solchen Menschen, zu wahren Christen werden lasse, das wollen wir ihn von ganzem Herzen bitten." (LKZ 6413/1936) T. gehörte zu den Menschen, die sich ohne Rücksicht auf die eigene Person in den Dienst des Glaubens stellten.

Einige Männer der verstörten Gemeinde beerdigten am 19.9. ihren Seelenhirten. Die Lage war allgemein so unsicher, dass kein Geistlicher an der Bestattung teilnahm. Die Nachricht von seinem Tod erschütterte die ganze Umgebung. Erst im November 1944 hatten sich die Verhältnisse so weit beruhigt, dass ein geordneter Bericht über das Vorgefallene vom Bezirkskonsistorium aus Mediasch an das Landeskonsistorium vorgelegt werden konnte, und der Bezirksdechant ordnete an, dass Pfarrer Johann Hofgräff aus der Nachbargemeinde Irmesch eine Trauerfeier für T. abhalten solle. Auch darüber liegt ein umfassender Bericht vor. Die ganze Gemeinde nahm an der Feier teil. Dankbar gedachte sie ihres Seelsorgers.

T. hat in seinem Dienst versucht, als ein Jünger Jesu zu leben: Das wurde an seinem Grabe hervorgehoben. Das Leitwort der Trauerfeier war der Text Joh 13,15 und 17, und dieses Wort steht über dem gesamten Leben von Pfarrer T.: [Christus spricht]: „Ein Beispiel habe ich euch gegeben, dass ihr tut, wie ich euch getan habe. ... Wenn ihr solches wisset, – selig seid ihr, so ihr's tut."

Quellen: ZAEKR, Akten des Landeskonsistoriums 1936, Z 6413: Lebenslauf von Friedrich Thumes bis zur Ordination am 7.10.1936; ZAEKR, Akten des Landeskonsistoriums 1936, Z 6413: Predigt gehalten anlässlich der Ordination am 7.10.1936; LKZ 1826/1944: Thumes, Friedrich Zurückziehung seiner Unterschrift von der Beschwerde der Beschwerde führenden Pfarrer; Aktenablage des Landeskonsistoriums LKZ 80/1944; 162/1964 und 363/1944. ZAEKR Best. 400/134, Nr. 37: Urkunden; Bezirkskonsistorium Mediasch: Bericht über die Erschießung am 18.9.1944; Bezirksdekanat Mediasch Dek.Z. 200/1944: Trauerfeier am Grabe von Pfarrer Friedrich Thumes in Reußdorf.

Foto: Archiv H. Pitters.

H. Pitters

Käsemann, Elisabeth



* *11.5.1947 Gelsenkirchen, † 24.5.1977 Monte Grande/Argentinien.*

Ledig, ohne Kinder.

1966 Studium der Soziologie/Politischen Wissenschaften Otto-Suhr-Institut Berlin, Vordiplom; 1968 Auslandspraktikum La Paz/Bolivien; 1971 Ablegen des argentinischen Abiturs; 1975 Studium der Wirtschaftswissenschaften Universität Buenos Aires.

K. war das jüngste Kind des Neutestamentlers Ernst Käsemann und dessen Ehefrau Margrit (geb. Wizemann). Der Vater empfand nach 1945 sein Verhalten während des Kirchenkampfes als halbherzig, da er nicht „in den politischen Widerstand" gegangen war, wie es die Mitmenschlichkeit geboten hätte (zitiert nach R. Walter: Käsemanns Wirken, S. 221). Diesen Weg sollte seine Tochter mit ihrem Engagement in Südamerika wählen; zuletzt wird sie zu den rund 30 000 Menschen gehören, die während der Militärdiktatur in Argentinien zwischen 1976 und 1983 verschwanden, darunter etwa 100 Deutsche.

Schon während ihrer Gymnasialzeit war K. politisch interessiert und engagiert, so organisierte sie in Tübingen einen „Club der politischen Diskussion". Während ihres Studiums in Berlin unterhielt sie Kontakte zu lateinamerikanischen und deutschen Intellektuellen, engagierte sich gegen den Vietnam-Krieg und nahm an Demonstrationen teil.

Der Theologe Ernst Käsemann prägte das Leben der Familie, dennoch war das Christentum in der Familie „seltsam unaufdringlich und akzeptiert gewesen". K. hatte wie ihr Bruder Ulrich ein „unkompliziertes" Verhältnis zu Kirche und Christentum; die Bibel und das Beispiel der Eltern bildeten die ethischen Vorgaben für ihren Lebensweg (Schreiben U. Käsemanns an die Verf. vom 27.3.2004). 1967 entschied sich K. auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover für ein „Soziales Jahr" in Bolivien.

Über die methodistische Kirche ging sie in das südamerikanische Land und arbeitete zunächst in deren Gemeinde von La Paz. Angesichts dessen, was sie dort sah und erlebte, entschloss sie sich für einen dauerhaften Aufenthalt in Südamerika. Bereits am 27.7.1969 schrieb sie aus Lima: „Ich negiere nicht mein bisheriges gesichertes Leben und die Werte, die sich damit verbanden. Ich bin einfach daraus gewachsen […]. Es ist schwer, sich individuell einen Weg zu bahnen, den noch niemand aus demselben ‚Nest' versucht hat."

Wenngleich K. durch ihr dezidiert christliches Elternhaus geprägt war, so bedeuteten ihr die politischen Lösungen des Sozialismus doch viel mehr. Sie kritisierte die Amtsträger der Kirche, ihre Auslegung der christlichen Botschaft und die kirchliche Praxis. So schrieb sie an ihre Eltern: „[…] ich kenne eine Menge Studenten an der theol. Fakultät, alles Lateinamerikaner und Afrikaner. Und es ist interessant, wie konkret sie die Theologie verstehen […], das Evangelium hat nur eine Botschaft: die Befreiung hier und jetzt. Und da koinzidieren wir. Aber die fortgeschrittenen Theologen, Christen sind meist nicht in der Lage, diese Botschaft für die Armen zu übersetzen, d. h. das Evangelium besitzt für diese keine befreiende Botschaft, weil

sie die Worte, die Bibel, sehr bildlich, sehr konkret, fundamentalistisch verstehen, d.h. es ist nichts anderes als eine mystische Religion. Und ich meine, daß es direktere Methoden der ‚Bewußtmachung' gibt, d.h. es heißt mit den Leuten in einer Gemeinschaft zu arbeiten oder sie zu alphabetisieren [...], ich ziehe es vor, den Menschen direkt zu helfen, ohne sie erst in die Problematik der Bibel einzuführen." (Brief vom 7.11.1970)

Mit ihrer engsten Freundin, der Theologiestudentin Diana Austin, traf sich K. regelmäßig im „Centro Christiano de Comunicaciones" in Buenos Aires, einem unpolitischen protestantischen Arbeitszentrum, das Gemeindeabende abhielt und Konfirmandenunterricht erteilte. Beide schlossen sich einer oppositionellen Gruppe, einem Netzwerk, an. Sie halfen vom Tode bedrohten Menschen, aus Argentinien zu fliehen, in dem sie ihnen gefälschte Papiere besorgten und sie außer Landes brachten. Nur in der Illegalität konnten sie gegen die menschenverachtenden und bedrohlichen politischen Verhältnisse kämpfen, die K. in ihrem Brief vom 11.8.1976 beschreibt: „Konzentrationslager überall, ein Menschenleben ist wenig wert und man gewöhnt sich, daß überall im Bekanntenkreis Leute verschwinden und man nichts mehr von ihnen hört [...]." Auf die Frage nach den Wurzeln des Engagements von K. meinte Diana Austin, heute evangelische Pfarrerin in New York: „[...] in the Seminary in those turbulent times we had many many many discussions about the journey of Christ, comparing socialist thinking with Christians beliefs. It is true that she had no time (or patience) for the church or the authorities (many of us didn't either) but in my heart I believe she lived her life and gave her life as a good christian would do." (E-Mail an die Verf. vom 22.4.2004)

In der Nacht vom 8. auf 9.3.1977 wurde K. verhaftet und in das Konzentrationslager „El Vesubio" gebracht und fortwährend gefoltert. Zwei Tage später wurde ihre Freundin Diana Austin ebenfalls von Polizei- und Militäragenten verhaftet; das rasche Eingreifen der britischen Regierung ermöglichte aber deren Befreiung.

Die Militärs hielten K. bis zur Nacht des 23.5.1977 gefangen, dann wurde sie mit 15 anderen Personen unter dem Vorwand, sie an einen anderen Ort zu verlegen, bei einer angeblichen Auseinandersetzung mit mutmaßlichen Guerilleros in der Ortschaft Monte Grande erschossen. Offiziell wurde der Tod erst am 6.6.1977 bestätigt, am 16.6.1977 wurde K. in Tübingen-Lustnau beerdigt.

Das Amtsgericht Nürnberg erwirkte ab 2001 internationale Haftbefehle gegen die verantwortlichen Militärs.

Die Familienbildungsstätte in Gelsenkirchen trägt zur Erinnerung an K. seit 1997 den Namen „Elisabeth-Käsemann-Haus".

Quellen: Austin, Diana: E-Mail vom 22.2.2004 an die Verf; Cuya, Esteban: Bericht über die Entführung und Ermordung von Elisabeth Käsemann; Käsemann, Elisabeth: Briefe im Familienbesitz; Käsemann, Ulrich: Schreiben vom 27.3.2004 an die Verf.

Literatur: U. Entenmann: Tod; M. Fink: Mercedes; H. Holzhaider: Mord; R. Walter: Käsemanns Wirken; F. Wagner/O. Beyer: Folter.

Foto: Dorothee Weitbrecht

G. Grünzinger

Kegler Krug, Marlene Katherine

** 13.4.1953 Colonia Hohenau/Obligado (Paraguay), † um 1977 im Folterzentrum Arana am La Plata (Argentinien).*

Ledig, keine Kinder.

Aktives Mitglied der Jugendgruppe und Katechetin der evangelischen Gemeinde Hohenau, ab 1972 Studium an der medizinischen Fakultät der Universität La Plata (Argentinien), dort u.a. Beteiligung an der Studentenbewegung und Mitarbeit an Alphabetisierungskampagnen in Elendsvierteln.

K. war das dritte Kind einer deutschen Einwandererfamilie aus Reichenbach/Sachsen. Die Eltern führten ein Haushaltswarengeschäft und waren wegen ihres „Freidenkertums" bekannt. K. besuchte die Schule der Steyler Missionare in Obligado, wo sie 1971 das Abitur ablegte. Bestimmend für ihre religiöse Sozialisation waren die Verbindungen zur „Deutschen Evangelischen Gemeinde am Alto Paraná", wo sie am 7.4.1960 getauft und am 10.12.1967 konfirmiert wurde. Ihre Jugendjahre waren geprägt vom evangelisch-pietistischen Klima dieser Gemeinde, aber auch von der Befreiungstheologie, die einige Vikare in Hohenau vertraten. Sie engagierte sich nach ihrer Konfirmation und bis zu ihrem Umzug nach La Plata als Kindergottesdiensthelferin und in der Jugendgruppe.

Schon früh entwickelte K. ein ausgeprägtes Bewusstsein für die soziale Ungerechtigkeit in Paraguay und ganz Lateinamerika. Sie partizipierte geistig an der Aufbruchstimmung des lateinamerikanischen Kontinents der 70er Jahre. Dabei spielten, basierend auf einer tiefen christlichen Hinwendung zu den Armen, die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und nach Beendigung der repressiven Staatsformen (Diktator Alfredo Stroessner in Paraguay) eine zentrale Rolle.

Ihr christliches Engagement als Jugendliche mündete in den Wunsch, Theologie zu studieren und Pastorin der „Evangelischen Kirche am La Plata" zu werden, denn ihrem Charakter entsprechend fand sie, „wenn man sich zum christlichen Glauben bekennt, muss man damit auch konsequent sein" (Bericht Blatezky). Auf Grund verschiedener Hindernisse entschloss sich K. 1972 aber schließlich, ein Medizinstudium aufzunehmen, um Missionsärztin zu werden. In La Plata schloss sie sich einer Studentengruppe der Gemeinde der Vereinigt-Evangelischen Lutherischen Kirche unter Leitung von Pfarrer Oscar Olofson an.

In dieser Zeit wurde sie Teil des studentischen Widerstandes gegen die Repression durch die „Argentinische Antikommunistische Allianz" (AAA). Sie beteiligte sich an Protestdemonstrationen, Flugblattaktionen und anderen Widerstandsformen der Studentenbewegung gegen die Unterdrückung von Kultur und Wissenschaft und den herrschenden Terror durch den faschistischen Flügel der peronistischen Partei. Am 8.10.1975 entführte und erschoss die AAA zwei akademische Sekretäre der Universität. K. hatte maßgeblichen Anteil an der Organisation und Durchführung der Beisetzung, die zu einer gewaltigen Demonstration akademischer Freiheit wurde und mit einem brutalen Einsatz der Polizei beendet wurde. Dieser Vorfall führte bei K. zu einem verstärkten Engagement. Nach dem Militärputsch vom 25. März 1976 wurde sie Opfer des argentinischen Staatsterrorismus und verschwand im Zusammenhang mit der „Nacht der Bleistifte", einem Decknamen für ein Kommandounternehmen zur Entführung von Studenten- und Schülerführern.

Zusammen mit anderen Führern der Studentenbewegung von La Plata wurde sie am 24.9.1976 vor der medizinischen Fakultät, wo sie auf ihren Bus wartete, von drei Häschern der Militärdiktatur verschleppt. Am 31.1.1977 wurde K. von der deutschen Botschaft in Buenos Aires ein deutscher Pass ausgestellt, den sie aber wegen des „Verschwindenlassens" nicht mehr in Empfang nehmen konnte. Ihre Spur verliert sich im Konzentrationslager „Pozo de Arana" in der Provinz Buenos Aires, wo sie nach Zeugenaussagen schweren Folterungen und Misshandlungen ausgesetzt war, aber dennoch in einer „heroischen Lebenshaltung" die Untaten der Militärdiktatur anprangerte.

Im Mai 2003 wurde von der „Koalition gegen Straflosigkeit in Argentinien" anlässlich des Ökumenischen Kirchentages in Berlin Strafanzeige gegen 33 argentinische Militärs beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe eingereicht. Diese Anzeige überreichten der Auslandsbischof der EKD Dr. Rolf Koppe und Pastor Dr. Arturo Blatezky am 28.5.2003 Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, „um ein Zeichen zu setzen, dass neben Gewerkschaftlern, Studenten und Juden auch sozial engagierte Christen von der angeblich christlich-abendländischen Militärdiktatur Argentiniens verfolgt wurden" (A. Denzler in der Pressemitteilung vom 26.2.2002). Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth stellte die Ermittlungen wegen angeblich fehlender deutscher Staatsangehörigkeit mit ihrem Einstellungsbeschluss vom 12.8.2004 ein. Gegen diesen Beschluss hat die „Koalition gegen Straflosigkeit" Rechtsmittel eingelegt.

Quellen: Blatezky, Arturo: Fallbericht an die Koalition gegen Straflosigkeit: Marlene Katherine Kegler Krug; Informe de CONADEP (Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas): Nunca Más. Buenos Aires 1984; Schnell, Karin: Erinnerungen an meine Cousine Marlene Kegler Krug. Buenos Aires/Argentinien. Mai 2003; Diaz, Pablo: Aussage am 9.5.1985 vor der Berufungskammer von Buenos Aires, Docters, Walter: Aussage vom 10.3.1999 in La Plata, Strafanzeige von Rechtsanwalt Claus Richter, 22.5.2003.

Literatur: A. Blatezky: Gedenken.

S. Herbst

III. Verzeichnisse

Literaturverzeichnis

Abkürzungen, die nicht im Abkürzungsverzeichnis dieses Bandes aufgelöst sind, folgen Schwertner, Siegfried M.: IATG². Internationales Abkürzungsverzeichnis für Theologie und Grenzgebiete. Berlin/New York ²1992.

Achmann, Klaus/Bühl, Hartmut: 20. Juli 1944. Lebensbilder aus dem militärischen Widerstand. Hamburg/Berlin/Bonn ³1999.

Adamo, Hans: Der Gießener Kaufmann-Will-Kreis. Eine Auseinandersetzung mit dem Versuch, den Widerstand einzuengen. In: Informationen. Studienkreis Deutscher Widerstand 19, 1994, Nr. 39, S. 17–20.

Ders. Zuckermanns Tochter. Stärker als die Liebe war der Tod. Ein dokumentarischer Bericht. Unter Mitarbeit von Gaby Rehnelt. Essen 2003.

Ders./Rehnelt, Gaby: Vergangenheit, die in Gegenwart und Zukunft wirkt. Zum 100. Geburtstag Heinrich Wills. In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen NF 80, 1995, S. 223–242.

Der Adventbote. Gemeindeblatt der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Hamburg 1923 ff.

Aichelin, Albrecht: Paul Schneider. Ein radikales Glaubenzeugnis gegen die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus (HUWJK. 6). Gütersloh 1994.

Alabrudzińska, Elżbieta: Der Protestantismus in den Ostgebieten Polens in den Jahren 1921–1939. Toruń 2000.

Albertz, Martin: Das Martyrium als Kennzeichen der Kirche. [Privatdruck, verantwortlich: Pf. Georg Seyler, Zorndorf über Küstrin. 8.8.1936.]

Ders. Die Synagoge am Nollendorfplatz. In: Weckerling, Rudolf (Hrsg.): Durchkreuzter Haß. Vom Abenteuer des Friedens. Berichte und Selbstdarstellungen. Berlin (West) 1961, S. 59 f.

Albrecht, Dagmar: Mit meinem Schicksal kann ich nicht hadern … Sippenhaft in der Familie Albrecht von Hagen. Berlin 2001.

Album Curonorum 1808–1932. Bearbeitet von Wilhelm Räder. Hrsg. von der Historischen Kommission der Curonia. Riga 1932. (*Neudruck:* Bamberg o. J. [1979]).

Album Fratrum Rigensium (Fraternitas Rigensis 1823–1979). Bearbeitet von Robert Groß und Heinz Meyer-Eltz. Privatdruck. O. O. [München] 1981.

Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens. Stuttgart 2003.

Alt, Karl: Todeskandidaten. Erlebnisse eines Seelsorgers im Gefängnis München-Stadelheim mit zahlreichen im Hitlerreich zum Tode verurteilten Männern und Frauen. München 1946.

Amburger, Erik (Hrsg.): Die Pastoren des Konsistorialbezirks Estland 1885–1919. Bearb. von Helmut Intelmann unter Mitwirkung von Helmut Speer und Karl-Johann Paulsen (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 11). Köln/Wien 1988.

Ders. Die Pastoren der evangelischen Kirchen Rußlands vom Ende des 16. Jahrhunderts bis 1937. Ein biographisches Lexikon. Lüneburg 1998.

Amelsberg, Annkathrin: Helmut Hesse. Spuren eines Märtyrers der Bekennenden Kirche. (VIKJ. 28) Berlin 2006.

Amlung, Ullrich: Adolf Reichwein (1898–1944). Ein Lebensbild des politischen Pädagogen, Volkskundlers und Widerstandskämpfers. Frankfurt a. M. 1991.

Ders. „… in der Entscheidung gibt es keine Umwege". Adolf Reichwein 1898–1944. Reformpädagoge, Sozialist, Widerstandskämpfer. Marburg 1994, ³2003.

Amt und Verantwortung. Ausstellung zur Erinnerung an Johannes Popitz (1884–1945), veranstaltet von der Bundesfinanzakademie. Siegburg 1984.

Amtsblatt der Evangelischen Kirche in

Deutschland. Schwäbisch Gmünd 1947–1950, Hannover 1950 ff.

Andersch, Alfred: Die Kirschen der Freiheit. Ein Bericht. Frankfurt a. M. 1952.

Arbusow, Leonid: Art. Baltisches Gebiet. In: RGG² Bd. 1, 1927, Sp. 744–750.

Archiv Peter für Historische und Zeitgeschichtliche Dokumentation (Hrsg.): Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Stuttgart 1961.

Aretin, Karl Otmar Freiherr von: Art. Mertz von Qurinheim, Albrecht. In: NDB Bd. 17, 1994, S. 190 f.

Assmann, Reinhard: Evangelist Helmut Samjeske – ein tragisches Schicksal. In: Materne, Ulrich/Balders, Günter (Hrsg.): Erlebt in der DDR. Berichte aus dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden. Wuppertal/Kassel 1995, S. 186–193.

Bab, Bettina/Weiss, Wolfgang: Festschrift 250 Jahre Dreifaltigkeit. 1739–1989. Beiträge zur Geschichte der Friedrichstadt und der Kirchengemeinde im ehemaligen Berliner Regierungsviertel. Unter Mitarbeit von Andreas Reich und Walther Thomas. Berlin 1990.

Babuschkas Enkelinnen brechen auf. Glaubenswege von Frauen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland und in anderen Staaten. Porträts und Berichte. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Frauenarbeit im Gustav-Adolf-Werk. Leipzig 2000.

Bach, B.: Kösliner Onnaschs. Aalen 1996.

Bachmann, Eugen: … ihr Ende schauet an! Erinnerungen an Leiden und Sterben der letzten deutschen Pastoren in der Sowjetunion. In: Und siehe, wir leben! Der Weg der evangelisch-lutherischen Kirche in vier Jahrhunderten. Hrsg. von Johannes Schleuning, Eugen Bachmann, Peter Schellenberg. Erlangen ²1982, S. 133–153.

Ders. In IHM geborgen. In: Und siehe, wir leben! Der Weg der evangelisch-lutherischen Kirche in vier Jahrhunderten. Hrsg. von Johannes Schleuning, Eugen Bachmann, Peter Schellenberg. Erlangen ²1982, S. 205–242.

Bachmann, Martin: Geliebtes Volk Israel – fremde Juden. Die Nederlandse Hervormde Kerk und die „Judenfrage" 1933–1945 (Geschichte. 15). Münster 1997.

Baier, Hannelore: Arestarea politicianului sas Hans Otto Roth in 1952 [Die Verhaftung des sächsischen Politikers Hans Otto Roth im Jahre 1952]. In: Anuarul Institutului de Cercetări Socio-Umane Sibiu 3, 1996, S. 97–105.

Balthasar, Hans Urs von: Martyrium und Mission. In: Ich will euch Zukunft und Hoffnung geben. 85. Deutscher Katholikentag vom 13. September bis 17. September 1978 in Freiburg. Paderborn o. J., S. 184–196.

Baltische Revolutionschronik. In: Baltische Monatsschrift 49, 1907, Beilage, S. 1–200.

Barnard, Marcel/Post, Paul/Rose, Els (Hrsg.): A Cloud of Witnesses. The Cult of Saints in Past and Present (Liturgia Condenda. 18). Leuven 2005.

Bartels, Friedrich: Einer mit dem großen Namen „Bruder". Zum Gedenken an Friedrich (Fritz) Onnasch (1911–1945). In: Zeitgeschichte regional 9, 2005, Heft 1, S. 78–89.

Bartov, Omer: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges. Reinbek 1995.

Bathgen, Friedrich: Art. Hassell, Christian August Ulrich von. In: NDB Bd. 8, 1969, S. 44 ff.

Baumeister, Theofried: Die Anfänge der Theologie des Martyriums (MBTh. 45). Münster1980.

Ders. Genese und Entfaltung der altkirchlichen Theologie des Martyriums (TC. 8). Bern u. a. 1991.

Baumgart-Buttersack, Gretel: Zur Erinnerung an Dr. Hans Buttersack. In: Wiesbadener Leben 29, 1980, Heft 8, S. 6.

Bäumler, Klaus: Beitrag II [ohne Titel, über Elisabeth Braun und das Hildebrandhaus]. In: Der Maxvorstädter. Information. Bezirksausschuss 3. Maxvorstadt. Lokales Organ der Landeshauptstadt München. 9. November 2003, S. 17–37.

Bautz, Friedrich Wilhelm: Art. Bernewitz, Alexander. In: BBKL Bd. 1, 1975, Sp. 529.

Ders. Art. Bielenstein, Hans. In: BBKL Bd. 1, 1975, Sp. 586.

Ders. Art. Busch, Julius. In: BBKL Bd. 1, 1975, Sp. 827.

Ders. Art. Fromhold-Treu, Ernst. In: BBKL Bd. 2, 1990, Sp. 141.

Ders. Art. Fromhold-Treu, Paul. In: BBKL Bd. 2, 1990, Sp. 142.

Ders. Art. Gruehn, Friedrich Albert. In BBKL Bd. 2, 1990, Sp. 365.

Ders. Art. Grüner, Wilhelm. In: BBKL Bd. 2, 1990, Sp. 367.

Ders. Art. Hahn, Traugott. In: BBKL Bd. 2, 1990, Sp. 472–475.

Becker, Jürgen: Jesus von Nazaret. Berlin/New York 1996.

Beichler, Eckehart: „Kriegskommunismus" und „Neue Ökonomische Politik" in ihren Auswirkungen auf die bolschewistische Religionspolitik. Von der Religionskritik im marxistischen Klassiker zur religionspolitischen Praxis im bolschewistischen Rußland der Jahre 1917 bis 1928. Diss. Göttingen 1980.

Begemann, Dieter: „Ich hoffe, daß ein freieres Deutschland für Euch entsteht". Das Schicksal des 1944 hingerichteten Arbeiters Heiko Ploeger. Bielefeld 1988.

Beier, Gerhard: Wilhelm Leuschner und das Verbindungsnetz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt a. M. 1996, S. 565–592.

Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche. Herausgegeben im Gedenkjahr der Augsburgischen Konfession 1930 vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß. Göttingen 1930 [*Wiederabdruck in verschiedenen Neuauflagen*].

Die Bekenntnisschriften der reformierten Kirche in authentischen Texten mit geschichtlicher Einleitung und Register. Hrsg. von E. F. Karl Müller. Leipzig 1903.

Bembenek, Lothar (Red.): Dem Vaterland getreue bleib ich bis in den Tod. Drei Wiesbadener Biographien: Jürgen Stroop, Hermann Kaiser, Hans Buttersack. (Reihe Wiesbadener Geschichte. 1). Wiesbaden 1989.

Ders./Ulrich, Axel: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation. Hrsg. vom Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, Stadtarchiv. Gießen 1990.

Benedyktowicz, Witold: Reflexionen zum Thema „Opfer" im deutsch-polnischen Dialog. In: Begegnung mit Polen. Evangelische Kirchen und die Herausforderung durch Geschichte und Politik. Hrsg. von Jürgen Moltmann und Martin Stöhr. München 1974, S. 93–98.

Bentin: Lutz-Arwed: Johannes Popitz und Carl Schmitt. Zur wirtschaftlichen Theorie des totalen Staates in Deutschland (Münchener Studien zur Politik. 19). München 1972.

Benz, Ernst: Die Revolution von 1905 in Estland, Livland und Kurland. In: Acta Baltica 28, 1990, S. 19–167; 29, 1991, S. 117–196.

Benz, Wolfgang: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahr 1939. In: VZG 19, 1981, S. 437–471.

Ders. Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte. Frankfurt a. M. 1990.

Ders. Von der Emanzipation zur Emigration. In: Deutsch-jüdisches Exil – das Ende der Assimilation? Identitätsprobleme deutscher Juden in der Emigration. Hrsg. von Wolfgang Benz und Marion Neiss (Reihe Dokumente, Texte, Materialien/Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. 14). Berlin 1994, S. 7–14.

Ders. (Hrsg.): Lexikon des Holocaust. München 2002.

Berendt, Joachim-Ernst: Das Leben – ein Klang. Wege zwischen Jazz und Nada Brahma. München 1996.

Bergeest, Stefan/Mühlhaus, Axel/Riemann, Heike/Rieper, Susanne/Schween, Karsten: ... und ihr Geist lebt trotzdem weiter! Im Namen des deutschen Volkes. Die Familie Leipelt aus Harburg-Wilhelmsburg 1938–45. Ein Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte 1983. Maschinenschriftliche Vervielfältigung Hamburg 1983.

Bergengruen, Siegfried: Teufel im Gottesland. Berlin 1931.

Bernewitz, Alexander: Das geistliche Amt und die sociale Revolution 1905/06. In: Thabor-Bote [Mitau], Nr. 9 und 10, 1906, S. 49–58.

Bernewitz, Wolfgang: Die kurländische Literatenfamilie Bernewitz. In: Baltische Ahnen- und Stammtafeln 22, 1978, S. 5–35.

Besier, Gerhard (Hrsg.): Altpreußische Kirchengebiete auf neupolnischem Territorium. Die Diskussion um „Staatsgrenzen und Kirchengrenzen" nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg (KO.M. 18). Göttingen 1983.

Ders. „Barmen“ und der Humanismus Gottes. In: EvTh 44, 1984, S. 542 ff.

Ders. Bekenntnis und Widerstand. Stationen auf dem Weg zur Barmer Bekenntnissynode und lutherische Konsequenzen im Horizont von These V ihrer Theologischen Erklärung. In: Pastoraltheologie 73, 1984, S. 277–299.

Ders. Die Bekennende Kirche und der Widerstand gegen Hitler. Einzelbeobachtungen. In: WuD NF 18, 1985, S. 197–227.

Ders. Bekenntnis – Widerstand – Martyrium als historisch-theologische Kategorien. In: Besier, Gerhard/Ringshausen, Gerhard (Hrsg.): Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944. Göttingen 1986, S. 126–147.

Ders. Widerstand im Dritten Reich – ein kompatibler Forschungsgegenstand für gegenseitige Verständigung heute? Anfragen aus historisch-theologischer Perspektive. In: KZG 1, 1988, S. 50–68.

Ders. Ansätze zum politischen Widerstand in der Bekennenden Kirche. In: Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München/Zürich ^{3}1994, S. 265–280.

Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse. Eine Biographie. München 1967, ^{6}1986.

Ders. Modernes Märtyrertum als gemeinsames evangelisch-katholisches Problem. In: Ders.: Ohnmacht und Mündigkeit. Beiträge zur Zeitgeschichte und Theologie nach Dietrich Bonhoeffer. München 1969, S. 135–151.

Ders. Schuld bei Dietrich Bonhoeffer. In: Ders.: Am gegebenen Ort. Aufsätze und Reden 1970–1979. München 1979, S. 83–99.

Ders. Plötzensee – die kostbare Gabe. Predigt am 20. Juli 1994. In: EvTh 54, 1994, S. 485–490.

Ders./Bethge, Renate (Hrsg.): Letzte Briefe im Widerstand aus dem Kreis der Familie Bonhoeffer. München 1984.

Ders./Bethge, Renate/Gremmels, Christian (Hrsg.): Dietrich Bonhoeffer. Sein Leben in Bildern und Texten. München 1986.

Betz, Ulrich: Leuchtfeuer und Oase. Aus 100 Jahren Geschichte der Freien evangelischen Gemeinde Hamburg und des Diakonissenmutterhauses „Elim“. Witten 1993.

Beyer, Hans: Rudolf Brandsch und Hans Otto Roth. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 14, 1965, S. 224–228.

Bielenstein, August: Ein glückliches Leben. Autobiographie. Mit einem Vorwort von Dieter Bielenstein und einem Nachwort von Janis Stradins. Michelstadt 2002.

Bielenstein, Bernhard: Bet mâjas palika. Die Häuser aber blieben. Jumava 1998.

Bielenstein, Walter: Kampferlebnisse eines Balten im Ringen um Glauben und Heimat. Berlin o. J. (1939).

Bilaterale Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz und der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands: Communio Sanctorum. Die Kirche als Gemeinschaft der Heiligen. Paderborn/Frankfurt a. M. ^{2}2003.

Bingen, Dieter: Die katholische Kirche in Polen unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts 1939–1989. In: Greschat, Martin (Hrsg.): Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen (KoGe. 19). Stuttgart u. a. 1999, S. 139–170.

Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon. Begr. und hrsg. von Friedrich Wilhelm Bautz, fortgeführt von Traugott Bautz. Hamm 1975 ff. *Zitiert:* BBKL.

Biographisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945. Hrsg. vom Stadtarchiv München. Bd. 1. München 2003.

Bitter, Stephan: Werner Gruehn als Dorpater Theologe. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 34, 1987, S. 141–153.

Ders./Gurland, Hans-Heinrich (Hrsg.): Unsichtbare Kirche. Rudolf Gurlands Erleben des Bolschewismus und des Nationalsozialismus (Dokumente aus Theologie und Kirche. 1). Rheinbach ^{2}2000.

Blatezky, Arturo: Gedenken an Marlene Kegler. In: Gemeindeblatt der Evangelischen Kirche am La Plata, März-April 2003, S. 12 f.; Juli-August 2003, S. 34.

Bleistein, Roman: Jahrhundert der Märtyrer. In: Stimmen der Zeit 218, 2000, S. 275 ff.

Die Blutproben des Johannes Wüsten. Hrsg. von Harald Rüggeberg. Bearb. von Brigitte Bedei

(Schriften und Kataloge/Griffelkunst-Vereinigung. 5). Hamburg-Langenhorn 1995.

Bock, Ernst Ludwig: Von der Auflehnung zum Widerstand. Der einsame Weg des Eisleber Pfarrers Johannes Noack (1878–1942). In: Der neue Weg. Organ des Bezirksvorstandes Halle der CDU, Ausgabe vom 8.5.1974, S. 3.

Böhm, Boris (Hrsg.): „Die Entscheidung konnte mir niemand abnehmen …". Dokumente zu Widerstand und Verfolgung des evangelischen Kirchenjuristen Martin Gauger (1905–1941) (Lebenszeugnisse – Leidenswege. 5). Dresden 1997.

Böhm, Eric H.: We survived. The Stories of fourteen of the Hidden and the Haunted of Nazi Germany. New Haven 1949.

Böhm, Roland: Art. Jochen Klepper. In: BBKL Bd. 4, 1992. Sp. 39 ff.

Bohn, Jörg: Dr. Kurt Adams. Lehrer und Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg. Handreichung zum 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Hamburg. Hamburg 1982.

Böll, Heinrich: Wo sind die Deserteure? In: Aufwärts. Jugendzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ausgabe vom 5. 3. 1953, S. 1.

Bonhoeffer, Dietrich: Werke. Hrsg. von Eberhard Bethge u. a. *Zitiert:* DBW.

Bd. 6: Ethik. Hrsg. von Ilse Tödt, Heinz Eduard Tödt, Ernst Feil und Clifford Green. München 1992.

Bd. 8: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft. Hrsg. von Christian Gremmels, Eberhard Bethge und Renate Bethge in Zusammenarbeit mit Ilse Tödt. Gütersloh 1998.

Bd. 11: Ökumene, Universität, Pfarramt 1931–1932. Hrsg. von Eberhard Amelung und Christoph Strohm. Gütersloh 1994.

Bd. 12: Berlin 1932–1933. Hrsg. von Carsten Nicolaisen und Ernst-Albert Scharffenorth. Gütersloh 1997.

Bd. 16: Konspiration und Haft 1940–1945. Hrsg. von Jørgen Glenthøj, Ulrich Kabitz und Wolf Krötke. Gütersloh 1996.

Ders. Gesammelte Schriften, Bd. 2: Kirchenkampf und Finkenwalde. Hrsg. von Eberhard Bethge, München ²1965.

Ders./Bonhoeffer, Klaus: Auf dem Wege zur Freiheit. Gedichte und Briefe aus der Haft. Hrsg. von Eberhard Bethge. Berlin (West) ⁵1954.

Bonhoeffer, Emmy: Essay, Gespräch, Erinnerung. Hrsg. von Sigrid Grabner und Hendrik Röder. Berlin 2004.

Bonwetsch, G. Nathanael: Art. Märtyrer und Bekenner. In: RE³ Bd. 12, 1903, S. 48–52.

Bösch, Hermann: Heeresrichter Dr. Karl Sack im Widerstand. Eine historisch-politische Studie. München 1967.

Der Bote. Herausgegeben im Auftrag der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Rußland, der Ukraine, Kasachstan und Mittelasien. Sankt Petersburg.

Bottin, Angela: Enge Zeit. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität. Unter Mitarbeit von Rainer Nicolaysen (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte. 11). Berlin/Hamburg 1992.

Bottlenberg-Landsberg, Maria Theodora von dem: Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg. Ein Lebensbild. Berlin 2003.

Bradter, Hiltrud: Opfer des faschistischen Terrors 1944. Hermann Maaß. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 35, 1993, Heft 1, S. 91–99.

Brahm, Felix: Adams, Gustav Arno Heinrich Kurt. In: Hamburgische Biografie. Bd. 2. Hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke. Hamburg 2003, S. 18 f.

Brakelmann, Günter: Hans Ehrenberg. Ein judenchristliches Schicksal in Deutschland. Bd. 1: Leben – Denken – Wirken 1883–1932 (Schriften der Hans-Ehrenberg-Gesellschaft. 3). Waltrop 1997. Bd. 2: Widerstand – Verfolgung – Emigration (Schriften der Hans-Ehrenberg-Gesellschaft. 4). Waltrop 1999.

Ders. Evangelische Kirche und Judenverfolgung. Drei Einblicke (Schriften der Hans-Ehrenberg-Gesellschaft. 7). Waltrop 2001.

Ders. Die Kreisauer. Folgenreiche Begegnungen. Biographische Skizzen zu Helmuth James von Moltke, Peter Yorck von Wartenburg, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach (Schriftenreihe Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V. 4). Münster u. a. 2003.

Ders. Der Kreisauer Kreis. Chronologie, Kurzbiographien und Texte aus dem Widerstand (Schriftenreihe Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V. 3). Münster 2003, ²2004.

Ders. Christliche Offiziere im Widerstand – das Beispiel Henning von Tresckow. In: Sachsen-Anhalt. Geschichte und Geschichten, 2004/1, S. 8–20.

Brandenburg, Hans: Alexander Bernewitz. In: Ring-

wald, Alfred (Hrsg.): Menschen vor Gott. Persönlichkeiten aller Zeiten weisen zum Ewigen. Bd. 1. Stuttgart 1957, S. 48 f.

Brandes, Detlef: Die Wolgarepublik: Symbol und Wirklichkeit. In: Stricker, Gerd (Hrsg.): Rußland (Deutsche Geschichte im Osten Europas. 10). Berlin 1997, ²2002, S. 152–161.

Bratu, Arthur C.: Ludwig Schwamb. In: Aretin, Karl Otmar Freiherr von u. a.: Darmstadt und der 20. Juli 1944. Zehn Beiträge (Darmstädter Schriften. 35). Darmstadt 1974, S. 82–89.

Bräuer, Heinz: Wider das Vergessen. In Memoriam Reinhard Gnettner, Pfarrer in Fürstenberg/Oder. O. O. u. J. [Eisenhüttenstadt 1994].

Brause, Hermann: Autobiographische Notizen zum Lebenslauf des Predigers Johannes I. Rubanowitsch (1866–1941). Parchim 2007.

Bräutigam, Walter: John Rittmeister – Leben und Sterben. Ebenhausen bei München 1987.

Bredemeier. Karsten: Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich. Ausgewählte Beispiele. Baden-Baden 1991.

Breinersdorfer, Fred (Hrsg.): Sophie Scholl – Die letzten Tage. Frankfurt a. M. 2005.

Breitinger, Hilarius: Als Deutschenseelsorger in Posen und im Warthegau 1934–1945. Erinnerungen (VKZG.Q. 36). Mainz 1984.

Bremische Biographie 1912–1962. Hrsg. von der Historischen Gesellschaft zu Bremen und dem Staatsarchiv Bremen in Verbindung mit Fritz Peters und Karl H. Schwebel, bearb. von Wilhelm Lührs. Bremen 1969.

Brendel, Robert: Die große Hure. Hannover 1920, Weimar 1925.
Ders. Centauro. Weimar 1925.
Ders. Die Heimkehr. Reinbek 1946.
Ders. Wandlung und Dauer. Ausgewählte Gedichte. Reinbek 1952.

Brennecke, Hanns Christof/Grasmück, Ernst Ludwig/Markschies, Christoph (Hrsg.): Logos. Festschrift für Luise Abramowski zum 8. Juli 1993 (BZNW. 67). Berlin/New York 1993.

[Brentano, Heinrich von:] Gedenkrede des Bundesministers Dr. von Brentano bei der Enthüllung der Ehrentafel für die Opfer des 20. Juli im Auswärtigen Amt am 20. Juli 1961. O. O. u. J. [Bonn 1961].

Bröckling, Ulrich/Sikora, Michael (Hrsg.): Armeen und ihre Deserteure. Vernachlässigte Kapitel einer Militärgeschichte der Neuzeit. Göttingen 1998.

Brox, Norbert: Zeuge und Märtyrer. Untersuchungen zur frühchristlichen Zeugnis-Terminologie (StANT. 5). München 1961.

Brüchert-Schunk, Hedwig: Beispiele bürgerlichen Widerstandes in Hessen. Der Freundeskreis Heinrich Roos in Wiesbaden und der Kaufmann-Will-Kreis in Gießen. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt a. M. 1996, S. 508–524.

Bruckner, Wilhelm: Der Politiker Dr. Hans Otto Roth vor 100 Jahren geboren. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 39, 1990, S. 236–241.

Bruhns, Wibke: Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie. München 2004.

Brysac, Shareen Blair: Mildred und Arvid Harnack: The American Connection. In: Coppi, Hans/Danyel, Jürgen/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. A 1). Berlin 1994, S. 180–191.
Dies.: Mildred Harnack und die Rote Kapelle. Die Geschichte einer ungewöhnlichen Frau und einer Widerstandsbewegung. Bern 2003.

Bücheler, Heinrich: Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat – Philosoph – Verschwörer. Biographie. Berlin (West)/Frankfurt a. M. 1989.
Ders. Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des zwanzigsten Jahrhunderts. Herford 1980.

Buchstab, Günter (Hrsg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation. Unter Mitarbeit von Brigitte Kaff und Franz-Josef Kos. Düsseldorf 1998.

Buschmann, Gerd: Das Martyrium des Polykarp (KAV. 6). Göttingen 1998.

Buss, Hansjörg: Ein Märtyrer der evangelischen Kirche. Anmerkungen zu dem Lübecker Pastor Karl Friedrich Stellbrink. In: ZfG 55, 2007, S. 624–644.

Bussche, Hendrik van den (Hrsg.): Anfälligkeit und Resistenz. Zur medizinischen Wissenschaft und politischen Opposition im „Dritten Reich". Vorträge und Reden anläßlich der Einweihung des Rothe-Geussenhainer-Hauses im Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf am 3.12.1987 (Hambur-

ger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte. 6). Berlin/Hamburg 1990.

Büttner, Ursula: Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich. Beispiel und Zeugnis des Schriftstellers Robert Brendel (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. 24). Hamburg 1988.

Dies. Von der Kirche verlassen: Die deutschen Protestanten und die Verfolgung der Juden und Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich". In: Büttner, Ursula/Greschat, Martin (Hrsg.): Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich". Göttingen 1998, S. 15–69.

Dies. „Wohl dem, der auf die Seite der Leidenden gehört". Der Untergang des Dichters Jochen Klepper mit seinen jüdisch-christlichen Angehörigen. In: Büttner, Ursula/Greschat, Martin (Hrsg.): Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich". Göttingen 1998, S. 123–149.

Dies. Opfer politischer Verfolgung als „Märtyrer"? Einleitende Bemerkungen aus der Sicht einer Historikerin. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 20, 2002, S. 49–55.

Dies. Die verlassenen Kinder der Kirche. Die deutschen evangelischen Kirchen und die Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft. In: Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft während der NS-Zeit – dem Vergessen ein Ende machen. Hrsg. von Hermann Düringer, Hartmut Schmidt (Arnoldshainer Texte. 130). Frankfurt a. M. 2004, S. 33–46.

Dies./Greschat, Martin: Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich". Göttingen 1998.

[Calvin, Johannes:] Ioannis Calvini Opera selecta. Hrsg. von Peter Barth und Wilhelm Niesel. Bd. 4. München ²1959.

Ders. Unterricht in der christlichen Religion. Institutio christianae religionis. Übersetzt und hrsg. von Otto Weber. Neukirchen-Vluyn ⁶1997.

Campenhausen, Hans Freiherr von: Bearbeitungen und Interpolationen des Polykarpmartyriums. In: Ders.: Aus der Frühzeit des Christentums. Studien zur Kirchengeschichte des ersten und zweiten Jahrhunderts. Tübingen 1963, S. 253–301.

Ders. Die Idee des Martyriums in der alten Kirche. Göttingen ²1964.

Chandler, Andrew (Hrsg.): The Terrible Alternative. Christian Martyrdom in the Twentieth Century. London 1998.

Chowaniec, Elisabeth: Der „Fall Dohnanyi" 1943–1945. Widerstand, Militärjustiz, SS-Willkür (VZG.S. 62). München 1991.

Christen, Eduard: Art. Martyrium III/2. Systematisch-theologisch. In: TRE Bd. 22, 1992, S. 212–220.

Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus. Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Ravensbrück. Berlin 1999.

Coppi, Hans: Harro Schulze-Boysen – Wege in den Widerstand. Eine biographische Studie. Koblenz 1993.

Ders. Erwin Gehrts. In: Coppi, Hans/Danyel, Jürgen/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. A 1). Berlin 1994, S. 226–234.

Ders./Tuchel, Johannes: Libertas Schulze-Boysen und die Rote Kapelle. Begleitheft zur Ausstellung Libertas Schulze-Boysen und die Rote Kapelle. Eine Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin auf Schloss & Gut Liebenberg. Berlin 2004.

Cramer, Karl u. a. (Hrsg.): Das Notbuch der russischen Christenheit. Berlin-Steglitz 1930.

Creuzberger, Stefan: Stalin und der Stalinismus. In: OE 53, 2003, S. 858–870.

Damaskin (Orlovskij): Mučeniki, ispovedniki i podvižniki blagočestija Russkoj Pravoslavnoj Cerkvi XX stoletija. Kn. 1. Tver' 1992. (*Englisch:* New Confessors of Russia. Vol. I. Transl. from the Russian. Platina, CA. 1998.)

Daur, Rudolf (Hrsg.): Ein Christ verweigert den Kriegsdienst. Hermann Stöhr zum Gedächtnis. Sonderheft der Zeitschrift „Versöhnung". Hrsg. im Auftrag des Versöhnungsbundes Deutscher Zweig. Zwiefalten 1951.

Desel, Jochen: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR. Lahr-Dinglingen 1991.

Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE). Hrsg. Von Walther Killy und Rudolf Vierhaus. München 1995 ff.

Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe. Bd. 1. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Berlin (Ost) 1970.

Diakonissenanstalt Salem-Köslin (Hrsg.): 80 Jahre Diakonissenanstalt Salem-Köslin. Zugleich ein Blatt des Gedenkens an Diakonisse Bertha von Massow, Oberin von Salem-Köslin 1903–45. O. O. 1948.

Dieckmann, Hildemarie: Johannes Popitz. Entwicklung und Wirksamkeit in der Zeit der Weimarer Republik (Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. 4). Berlin (West) 1960.

Diedrich, Hans-Christian: Siedler, Sektierer und Stundisten. Die Entstehung des russischen Freikirchentums. Berlin (Ost) 1985.

Ders. Sie gehen von einer Kraft zur andern. In memoriam Arthur Pfeiffer 18. 8. 1897 – 30.10.1972 (Beiträge zur Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirche Russlands. 2). Erlangen 1997.

Ders. „… unser Traum, zur Einheit zu gelangen". Der Protestantismus (Luthertum und Calvinismus) im heutigen Weißrussland. Ein Überblick. Berlin 2001.

Ders./Stricker, Gerd/Tschoerner, Helmut (Hrsg.): Das Gute behaltet. Kirchen und religiöse Gemeinschaften in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Erlangen 1996.

Dienst, Karl: Deutsche Christen – Bekennende Kirche – Wingolfiten. In: Wingolfsblätter 120, 2001, S. 4–10.

Ders. Widerstand – Persönliche Verantwortung im Streit von Gewissen und Macht. Manuskript vom 15.08.2003.

Dierker, Wolfgang: Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933–1941 (VKZG.F. 92). Paderborn u. a. 2002.

Diestelkamp, Bernhard: Drei Professoren der Rechtswissenschaft in bewegter Zeit. Heinrich Mitteis (1889–1952), Franz Beyerle (1885–1977), Friedrich Klausing (1887–1944) (Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse/Akademie der Wissenschaften und der Literatur. 2000/4). Mainz/Stuttgart 2000.

Dignath, Stephan (Hrsg.): Dr. Karl Sack. Ein Widerstandskämpfer aus Bosenheim. Bekenntnis und Widerstand. Gedenkschrift anlässlich der 40. Wiederkehr des Tages seiner Ermordung im KZ Flossenbürg am 9. April 1945. Hrsg. i. A. des ev. Kirchenvorstandes Bosenheim. Bad Kreuznach 1985.

Dobrosielski, Marian: Deutsche Minderheiten in Polen (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. 69). Hamburg 1992.

Doebler, Erhard: Briefe aus dem Bolschewikengefängnis an seine Frau Alma, geb. von Samson-Himmelstjerna. Riga 1919.

Ders. Gott unsere Kraft. Predigten aus der Zeit der Bolschewikiherrschaft bis zur Verhaftung gehalten. Gütersloh 1920.

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. 5: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Hrsg. vom Bundesministerium für Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte unter der Federführung von Theodor Schieder. Bonn 1961.

Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau. 9 Bde. Bearb. und hrsg. von Martin Hofmann u. a. (JHKGV. 25/1974–47/1996) Darmstadt 1974–1996.

Dönhoff, Marion Gräfin: „Um der Ehre willen". Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli. Berlin 1994.

Dörrie, Heinrich/Paschke, Franz/Hohlwein, Hans/Lehmann, Arno: Art. Märtyrer. In: RGG³ Bd. 4, 1960, Sp. 587–592.

Dyck, Peter Petrowitch: Orenburg am Ural. Die Geschichte einer mennonitischen Ansiedlung in Russland. Clearbrook, BC. 1951.

Eberlein, Michael/Haase, Norbert/Oleschinski, Wolfgang: Torgau im Hinterland des Zweiten Weltkriegs. Militärjustiz, Wehrmachtgefängnisse, Reichskriegsgericht. Leipzig 1999.

Ebert, Erich: Verhaftungen in Potsdam. In: Kaff, Brigitte (Hrsg.): „Gefährliche politische Gegner". Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR. Düsseldorf 1995, S. 221–227.

Ediger, Katharina: Under His Wings. Kitchener 1994.

Ehrenbuch der Opfer von Berlin-Plötzensee. Zum Gedenken der 1574 Frauen und Männer, die wegen ihrer politischen oder weltanschaulichen Einstellung und wegen ihres mutigen Widerstandes gegen das faschistische Barbarentum in der Strafan-

stalt Berlin-Plötzensee von 1933–1945 hingerichtet wurden. Hrsg. von der VVN-Westberlin. Redaktion: Willy Perk und Willi Desch. Berlin (West) 1974.

Ehrenforth, Gerhard: Die schlesische Kirche im Kirchenkampf 1932–1945. (AGK.E. 4). Göttingen 1968.

Eich, Ulrike: Suizid – Volksgerichtshof– Standgerichte. Die Opfer des 20. Juli. In: Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): 20. Juli. Porträts des Widerstands. Düsseldorf/Wien ²1995, S. 543–571.

Einbeck, Eberhard: Das Exempel Graf Sponeck. Ein Beitrag zum Thema Hitler und die Generale. Bremen 1970.

Einsiedel, Horst von: Sind öffentliche Arbeiten ein Mittel der Konjunktur-Politik? Dargestellt aufgrund der Erfahrungen in den Vereinigten Staaten. Würzburg 1933.

Eisenach 1948. Verhandlungen der verfassunggebenden Kirchenversammlung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9.–13. Juli 1948. Hrsg. im Auftrage des Rates von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Berichte über die Tagungen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. 1). Berlin (West) 1951.

Eisenburger, Eduard: Sie erkannten die Zeichen der Zeit. Rumäniendeutsche politische Zeit- und Lebensbilder aus zwei Jahrhunderten. Cluj-Napoca 1977.

Ders./Kroner, Michael (Hrsg.): Die Zeit in der Zeitung. Beiträge zur rumäniendeutschen politischen Publizistik. Cluj-Napoca 1977.

Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk. Die Geschichte eines politischen Verbrechens in der DDR und die Schwierigkeiten, dasselbe aufzuklären (Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR informiert. Reihe C. Monographien). Erfurt ²1998.

Elser, Johann Georg: Autobiographie eines Attentäters. Der Anschlag auf Hitler im Bürgerbräu 1939. Hrsg. von Lothar Gruchmann. Stuttgart 1989.

Emele, Christa/Sterik, Edita (Bearb.): Pfarrfrau um Gottes Lohn. Ausstellung des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum Dienst der Pfarrfrauen während des Dritten Reiches und der Zeit des Wiederaufbaus. Darmstadt 1996.

Entenmann, Uschi: Der Tod und das Mädchen. In: FOCUS, Ausgabe vom 2.2.2004, S. 105–109.

Entkulakisierung in Chortitza und in andern Dörfern. In: Der Bote, Ausgabe vom 28.5. 1930, S. 3.

Epp, Johann: Freuden und Leiden der Familie Olga Wiebe und Johann Epp. Espelkamp 1983.

Erb, Jörg: Die Wolke der Zeugen. Lesebuch zu einem evangelischen Namenkalender, zugleich eine Kirchengeschichte in Lebensbildern. 4 Bde. Kassel ²1952–1963 [*einbändige Auswahl:* Leipzig 1954, ²1955].

Ders. Geduld und Glaube der Heiligen. Die Gestalten des evangelischen Namenkalenders. Kassel 1965.

Ders. Blutzeugen des Kirchenkampfes (Dinglinger Taschenbücher. 759). Lahr-Dinglingen 1967.

Erhart, Hannelore/Meseberg-Haubold, Ilse/Meyer, Dietgard: Katharina Staritz 1903–1953. Dokumentation. Bd. 1: 1903–1942. Mit einem Exkurs Elisabeth Schmitz. Neukirchen-Vluyn 1999.

Ermakov, Grigorij Vasil'evič (Hrsg.): Kniga Pamjati žertv političeskich Repressij v Orenburgskoi Oblasti [Gedenkbuch der politisch Repressierten im Orenburg-Gebiet]. Orenburg 1998.

Eusebius: Kirchengeschichte. Hrsg. von Heinrich Kraft. Darmstadt 1967.

Der evangelische Namenkalender. Hrsg. von der Lutherischen Liturgischen Konferenz Deutschlands. Hannover 1984.

Evangelischer Pressedienst. Zentralausgabe. Frankfurt a. M.

Evangelisches Gesangbuch. Stammausgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland. Stuttgart 1993.

Evangelisches Gottesdienstbuch. Agende für die Evangelische Kirche der Union und für die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands. Hrsg. von der Kirchenleitung der VELKD und im Auftrag des Rates von der Kirchenkanzlei der EKU. Berlin/Bielefeld/Hannover 1999.

Evangelisches Kirchenlexikon. Kirchlich-theologisches Handwörterbuch. Hrsg. von Heinz Brunotte und Otto Weber. Göttingen 1956–1961, ²1961–1962; Internationale theologische Enzyklopädie. Hrsg. von Erwin Fahlbusch, Jan Milič Lochmann, John Mbiti, Jaroslav Pelikan und Lukas Vischer. Göttingen ³1986–1997. *Zitiert:* EKL.

Evangelisches Pfarrerbuch für die Mark Brandenburg seit der Reformation. Hrsg. vom Brandenburgischen Provinzialsynodalverband. Bd. 2/2. Berlin 1941.

Faber, Rolf/Ulrich, Axel: Im Kampf gegen Diktatur und Rechtlosigkeit – für Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Ein Klarenthaler Straßen-ABC des Widerstandes und der Verfolgung in 21 Lebensbildern. In: Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Hrsg. von Peter Joachim Riedle (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden. 5). Wiesbaden 1996, S. 135–238.

Fahle, Günter: Verweigern, weglaufen, zersetzen. Deutsche Militärjustiz und ungehorsame Soldaten 1939–1945: Das Beispiel Ems-Jade (DIZ-Schriften. 3). Bremen 1990.

Fahrenbacher, Sabine: Georg Groscurth. In: Strube, Irene (Hrsg.): Bekenntnisse zum Frieden. Naturwissenschaftler und Mediziner des 20. Jahrhunderts im Kampf um Frieden und Abrüstung. Berlin (Ost) 1989, S. 164–172.

Falck, Johannes von: Art. Ostseeprovinzen. In: RGG Bd. 4, 1913, Sp. 1076–1090.

Fast, Gerhard: In den Steppen Sibiriens. Rosthern, SK. o. J.

Faure, Alexander: Vom Aufruhr in den russischen Ostseeprovinzen. In: ChW 20, 1906, Sp. 252–255, 275–277, 301–306.

Feil, Ernst: Die Theologie Dietrich Bonhoeffers. Hermeneutik, Christologie, Weltverständnis. München ^{4}1991.

Felgentreff, Ruth: Ist verpflichtet den Judenstern zu tragen. Eine Dokumentation über die Diakonissen Johanne und Erna Aufricht. Kaiserswerth, Theresienstadt, Auschwitz. Wuppertal 1973.

Dies. Johanne und Erna Aufricht. Der besondere Lebensweg zweier Kaiserswerther Diakonissen. In: Witschke, Reinhard (Hrsg.): Diakonie bewegt. 150 Jahre Innere Mission und Diakonie im Rheinland (SVRKG. 140). Köln 1999, S. 375–398.

Fest, Joachim: Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reichs. Eine historische Skizze. Berlin ^{5}2002.

Festschrift 75 Jahre Evangelische Kirche Gauting. Hrsg. Vom Evangelisch-Lutherischen Pfarramt Gauting. Gauting 2003.

Festschrift zur 1100-Jahrfeier des Stadtteils Hausen der Stadt Pohlheim im Jahre 1986. Texte und Bilder von Karlheinz Knaus. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Pohlheim. O. O. u. J. [Pohlheim 1986].

Filatov, Sergej/Stëpina, Aleksandra: Rossijskoe ljuteranstvo. In: Filatov, Sergej (Red.): Religija i obščestvo: Očerki religioznoj žizni sovremennoj Rossii. Moskau/Sankt Petersburg 2002.

Fink, Matthias: Ein Mercedes wog mehr als ein Leben. In: Sonntagsblatt [München], Nr. 9 vom 3.3.2002, S. 4 ff.

Finker, Kurt: Stauffenberg und der 20. Juli 1944. Berlin (Ost) 1967.

Ders. Hermann Maaß – sozialdemokratischer Jugendpolitiker und Widerstandskämpfer. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 40, 1998, Heft 3, S. 107–126.

Firsow, Sergej: Der „Bund der (militanten) Gottlosen". In: G2W 31, 2003, Nr. 5, S. 20–22.

Fleischhauer, Ingeborg: Der Widerstand gegen den Rußlandfeldzug (Beiträge zum Widerstand 1933–1945. 31). Berlin (West) 1987.

Dies. Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939. Berlin u. a. 1990.

Dies. Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa". Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939–1941. Berlin u. a. 1991.

Flesch-Thebesius, Marlies: Zu den Außenseitern gestellt. Die Geschichte der Gertrud Staewen 1894–1997. Berlin 2004.

Fleschutz, Hans: Und folget ihrem Glauben nach! Gedenkbuch für die Blutzeugen der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung. Zeugnisse der Treue und Standhaftigkeit aus Deutschlands dunklen Tagen. Jagsthausen/Heilbronn o. J.

Fogel, Heidi: Das Lager Rollwald. Strafvollzug und Zwangsarbeit 1938 bis 1945. Hrsg. vom Förderverein für die Historische Aufarbeitung der Geschichte des Lagers Rollwald e. V. Rodgau 2004.

Forck, Bernhard Heinrich: Und folget ihrem Glauben nach. Gedenkbuch für die Blutzeugen der Bekennenden Kirche. Im Auftrage des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland verfaßt und herausgegeben. Stuttgart 1949.

Forschbach, Edmund: Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934. Pfullingen 1984.

Freeden, Herbert: Kirche und Judentum im Spiegel

der jüdischen Presse 1933–1938. In: Kaiser, Jochen-Christoph/Greschat, Martin (Hrsg.): Der Holocaust und die Protestanten. Analysen einer Verstrickung (KoGe. 1). Frankfurt a. M. 1988, S. 100–119.

Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Mit einem Vorwort von Gerhard Schröder. Berlin 2000.

Freikirchenhandbuch. Informationen, Anschriften, Berichte. Hrsg. von der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF). Wuppertal 2000.

Frend, William H. C.: Art. Confessor. In: RGG[4] Bd. 2, 1999, Sp. 446 f.

Freudenberg, Adolf (Hrsg.): Rettet sie doch! Franzosen und die Genfer Ökumene im Dienste der Verfolgten des Dritten Reiches. Zürich 1969.

Frey, Johannes (Hrsg.): Die Theologische Fakultät der Kaiserlichen Universität Dorpat-Jurjew 1802–1903. Historisch-biographisches Album mit Beiträgen früherer und jetziger Glieder der Fakultät. Reval 1905.

Freymann, Karl von: Der Tag des Volkes. Ein Schauspiel aus der lettischen Revolution 1905 in vier Akten (Baltica Materialien. 4). München 1907. (*Neudruck:* Michelstadt 1994.)

Freytag von Loringhoven, Bernd Freiherr: Der 20. Juli 1944 und die Balten – drei Biographien. In: Mühlen, Bengt von zur (Hrsg.): Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2001, S. 129–132.

Fricke, Karl Wilhelm/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. München 2002.

Frickel, Thomas: Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz. Dokumentarfilm. Rüsselsheim 1992.

Friedländer, Saul: Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten. Gütersloh 1968.

Friesen, P[eter] M.: Die Alt-Evangelische Mennonitische Brüderschaft in Rußland (1789–1910) im Rahmen der mennonitischen Gesamtgeschichte. Reprint der Ausgabe Halbstadt, Taurien, 1911. Hrsg. vom Verein zur Erforschung und Pflege des Kulturerbes des Russlanddeutschen Mennonitentums e. V. Duderstadt 1991.

Funk-Finck, Florian: Portraits der Hauptbeteiligten der Pariser Ereignisse, Oberst i. G. Eberhard Finckh. In: Der 20. Juli 1944 in Paris. Verlauf – Hauptbeteiligte – Augenzeugen. Hrsg. von Bengt von zur Mühlen und Frank Bauer. Berlin 1995, S. 86–103.

Gabriel, Martin: Vor 100 Jahren geboren – der 1944 hingerichtete Halberstädter Johannes Georg Klamroth. „Er hätte so gern noch gelebt". In: Neuer Familienkundlicher Abend 8, 1999, S. 29–34.

Gädeke, Reinhard: Theodor Noa der erste evangelische Jugendpfarrer von Hagen – ein Opfer der Rassengesetze des „Dritten Reiches". In: JWKG 80, 1987, S. 69–103.

Galle, G.: Der Widerstand der Evangelischen Kirche. In: Die Freiheit. Organ der Bezirksleitung Halle der SED, Nr. 208 vom 10. 9. 1947.

Garbe, Detlef: „In jedem Einzelfall … bis zur Todesstrafe". Der Militärstrafrechtler Erich Schwinge. Ein deutsches Juristenleben. Hamburg 1989.

Ders. Radikale Verweigerung aus Prinzipientreue und Gewissensgehorsam. Kriegsdienstverweigerung im „Dritten Reich". In: Jahrbuch für historische Friedensforschung 4, 1995, S. 132–158.

Ders. Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich" (Studien zur Zeitgeschichte. 42). München [3]1997.

Ders. Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus. Zum aktuellen Forschungsstand. In: Besier, Gerhard/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur (Zeitgeschichtliche Forschungen. 21). Berlin 2003, S. 15–36.

Garbe, Fritz: Tsau Kwong – Kommet zum Licht. Aus der Geschichte der Hildesheimer Blindenmission in China. Hoheneggelsen 1968.

Gedächtnisprotokoll über „Dreimännergespräch". In: Siebenbürgisch-sächsischer Hauskalender, Jahrbuch 1981, S. 57–62.

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945. 2 Bde. Bearb. vom Bundesarchiv, Koblenz, und dem Internationalen Suchdienst, Arolsen. Koblenz 1986.

Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. „Ihre Namen mögen nie vergessen gehen". Berlin 1995.

Gedenkbuch für die Opfer des Konzentrati-

onslagers Ravensbrück 1939–1945. Hrsg. von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Wissenschaftliche Leitung: Bärbel Schindler-Saefkow unter Mitarbeit von Monika Schnell. Berlin 2005.

Gehrts, Erwin: Der Aufklärungsflieger. Seine Aufgaben und Leistungen und die Überraschung im künftigen Kriege. Berlin 1939.

Geiger, Max: Kirche, Staat, Widerstand. Historische Durchgänge und aktuelle Standortbestimmung (ThSt[B]. 125). Zürich 1978.

Geissel, Ludwig: Unterhändler der Menschlichkeit. Erinnerungen. Stuttgart 1991.

Geldbach, Erich: Die Stellung der Freikirchen zu Staat und Gesellschaft. In: GeFr Nr. 38, 1992, S. 11–14.

Ders. Einige Thesen zum politischen Verhalten der Freikirchen in Deutschland. In: Freikirchenforschung 13, 2003, S. 98–110.

Die Gemeinde. Wochenschrift für Gemeinde und Haus. Organ des BEFG. Kassel.

Genealogisches Handbuch der adeligen Häuser. Limburg 1953 ff.

Bd. A 14: Hauptbearbeiter Walter von Hueck. (Genealogisches Handbuch des Adels. 66). Limburg 1977.

Genealogisches Handbuch der gräflichen Häuser. Limburg 1952 ff.

Bd. A 4: Hauptbearbeiter: Hans Friedrich von Ehrenkrook (Genealogisches Handbuch des Adels. 23). Limburg 1962.

Bd. 11: Hauptbearbeiter: Walter von Hueck. (Genealogisches Handbuch des Adels. 82). Limburg 1983.

Gentges, Bertin u. a. (Bearb.): Heinrich Will 1895–1943. Leben und Werk. Hrsg. vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen und vom Oberhessischen Geschichtsverein. Gießen 1993.

Gentzen, Felix-Heinrich: Die Legende vom „Bromberger Blutsonntag“ und die deutsche Fünfte Kolonne in Polen. In: September 1939. Hrsg. von Basil Spiru. Berlin (Ost) 1959, S. 41–82.

Georgi, Friedrich: „Wir haben das letzte gewagt …“. General Olbricht und die Verschwörung gegen Hitler. Der Bericht eines Mitverschworenen. Freiburg u. a. 1990.

Gerlach, Horst: Oberst Ritter Mertz von Quirnheim. Der Weg eines deutschen Offiziers in den Widerstand gegen Hitler. In: Heimatjahrbuch des Landkreises Bad Dürkheim 7, 1989, S. 41–44.

Ders. Die Rußlandmennoniten. Ein Volk unterwegs. Kirchheimbolanden 1992.

Gerlach, Wolfgang: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden (SKI. 10). Berlin (West) 1987.

Germann, Michael: Friedrich Weißler im Dienst der Bekennenden Kirche. In: Höland, Armin/Lück, Heiner (Hrsg.): Juristenkarrieren in der preußischen Provinz Sachsen (1919–1945). Lebenswege und Wirkungen (Studien zur Landesgeschichte. 12). Halle 2004, S. 52–80.

Gesswein, Arthur/Lange, Marlies: Kelch aus Gottes Hand. Friedrichsdorf 1977, ²1985.

Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. Vom Reichstagsbrand bis zum 20. Juli 1944. Hamburg 1961.

Ders. Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor. Zürich 1966.

Glaubensbekenntnis und Verfassung der Gemeinden gläubig getaufter Christen (Baptisten). Kassel [26]1938.

Goerdeler, Carl Friedrich: Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Sabine Gillmann und Hans Mommsen. 2 Bde. München 2003.

Goerdeler und die Deportation der Leipziger Juden. In: VZG 13, 1965, S. 338 f.

Golczewski, Frank: Das Deutschlandbild der Polen 1918–1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik (GSPG. 7). Düsseldorf 1974.

Goldschmidt, Arthur: Geschichte der evangelischen Gemeinde Theresienstadt 1942–1945 (CD.E. 7). Tübingen 1948.

Gollwitzer, Helmut/Kuhn, Käthe/Schneider Reinhold (Hrsg.): Du hast mich heimgesucht bei Nacht. Abschiedsbriefe und Aufzeichnungen des Widerstandes 1933–1945. München 1954, [4]1956.

Goppelt, Leonhard: Der Erste Petrusbrief (KEK. XII/1). Göttingen 1978.

Göppinger, Horst: Juristen jüdischer Abstammung im „Dritten Reich“. Entrechtung und Verfolgung. München ²1990.

Görz, Heinrich: Memrik. Eine Mennonitische Kolonie in Rußland (Historische Schriftenreihe des Echo-Verlages. 10). Rosthern, SK. 1954.

Gostomski, Victor von/Loch, Walter: Der Tod von Plötzensee. Erinnerungen – Ereignisse – Dokumente 1942–1945. Meitingen/Freising 1969.

Grabner, Sigrid/Röder, Hendrik: Henning von Tresckow. Ich bin, der ich war. Texte und Dokumente. Berlin 2001.

Dies. (Hrsg.): Im Geist bleibe ich bei Euch. Texte und Dokumente zu Hermann Maaß. Berlin ²2003.

Graml, Hermann: Edgar-Jung-Kreis. In: Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Aktualisierte Lizenzausgabe. Frankfurt a. M. 2001, S. 204–207.

Grass, Karl-Martin: Art. Jung, Edgar J. In: NDB Bd. 10, S. 669–671.

Grassmann, Walter: Geschichte der evangelisch-lutherischen Russlanddeutschen in der Sowjetunion, der GUS und in Deutschland seit 1945. Gemeinde, Kirche, Sprache und Tradition. Diss. masch. München 2003.

Greschat, Martin (Hrsg.): Neue Literatur zur Geschichte des Kirchenkampfes. In: PTh 75, 1986, S. 475–490.

Ders. Zwischen Widerspruch und Widerstand. Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler (1936) (SKZG. 6). München 1987.

Ders. Friedrich Weißler. Ein Jurist der Bekennenden Kirche im Widerstand gegen Hitler. In: Justizministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt 3, 1997, Nr. 7 vom 21. Juli 1997, S. 271–277.

Ders. „Gegen den Gott der Deutschen". Marga Meusels Kampf für die Rettung der Juden. In: Büttner, Ursula/Greschat, Martin: Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich". Göttingen 1998, S. 70–85.

Ders. Friedrich Weißler. Ein Jurist der Bekennenden Kirche im Widerstand gegen Hitler. In: Büttner, Ursula/Greschat, Martin: Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich". Göttingen 1998, S. 86–122.

Griebel, Regina/Coburger, Marlies/Scheel, Heinrich: Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Foto-Dokumentation. Halle 1992.

Grimm, Claus: Vor den Toren Europas 1918–1920. Geschichte der Baltischen Landeswehr. Hamburg 1963.

Groeben, Klaus von der: Nikolaus Christoph von Halem. Im Widerstand gegen das Dritte Reich. Wien/Köln 1990.

Gross, Walter: Kirchspiel und Pastorat Roop in Südlivland 1907–1917. Tübingen 1974 (Privatdruck).

Grossmann, Kurt R. (Hrsg.): Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen. Berlin (West) ²1961.

Grüber, Heinrich: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten. Köln u. a. 1968.

Gruchmann, Lothar: Johann Georg Elser. In: Asendorf, Manfred/Bockel, Rolf von (Hrsg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart/Weimar 1997, S. 150 f.

Gruehn, Werner: Baltische Märtyrer. In: Revaler Bote, Jg. 8, Nr. 31 vom 8.2.1926.

Grüner, Viktor: Alexander Bernewitz. Kurlands letzter Generalsuperintendent. In: Geißler, Bruno/Michaelis, Otto (Hrsg.): An der Front. Evangelische Kämpfer des Deutschtums im Ausland. Leipzig/Hamburg 1938, S. 23–48.

Ders. Aus meinem Leben. Erinnerungen, Aufsätze, Predigten. Hrsg. von Ralph Ruthenberg. Hannover 1961.

Grünzinger, Gertraud: Elisabeth von Thadden. In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 192–208.

Dies. Bericht über das Forschungsvorhaben „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts". In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 20, 2002, S. 43–48.

Gurland, Rudolf: Gotterleben in Gefängnissen. Kurland unter der Bolschewistenherrschaft 1919. Leipzig 1926.

Ders. Hebräer 13,7: Gedenket an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, ihr Ende schaut an und folget ihrem Glauben nach. Typoskript, 5 Seiten. (Archiv Hans-Heinrich Gurland, Hildesheim.)

Gürtler, Paul: Nationalsozialismus und evangelische Kirchen im Warthegau. Trennung von Staat und Kirche im nationalsozialistischen Weltanschauungskampf (AGK. 2). Göttingen 1958.

Guyot, Peter/Klein, Richard (Hrsg.): Das frühe Christentum bis zum Ende der Verfolgungen. Eine Dokumentation. Bd. 1: Die Christen im heidnischen Staat (TzF. 60). Darmstadt 1993.

Haag, Werner: Art. Sponeck. In: Bremische Biographie 1912–1962. Bremen 1969, S. 491 f.

Haase, Norbert: Aus der Praxis des Reichskriegsge-

richts. Neue Dokumente zur Militärgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg. In: VZG 39, 1991, S. 379–411.

Ders. Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Katalog zur Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit der Neuen Richtervereinigung. Berlin 1993.

Ders. Desertation – Kriegsdienstverweigerung – Widerstand. In: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. 323). Bonn 1994, S. 526–536.

Ders. Die Wehrmachtdeserteure und die deutsche Nachkriegsliteratur. In: Wette, Wolfram (Hrsg.): Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumentation eines Meinungswandels. Essen 1995, S. 95–106.

Ders./Oleschinski, Brigitte (Hrsg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtstrafsystem, NKWD-Speziallager, DDR-Strafvollzug. Leipzig 1993.

Ders./Paul, Gerhard (Hrsg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt a. M. 1995, ²1997.

Haasis, Hellmut G.: „Den Hitler jag' ich in die Luft". Der Attentäter Georg Elser. Eine Biographie. Neuausgabe. Reinbek bei Hamburg 2001.

Haeften, Barbara von: Aus unserem Leben. 1944–1950. Heidelberg 1974.

Dies. „Nichts Schriftliches von Politik". Hans Bernd von Haeften. Ein Lebensbericht. München 1997, ²2001.

Haeften, Hans-Bernd und Barbara von: Aus unseren Briefen 1931–1944 (Privatdruck).

Haerendel, Ulrike: Der Schutzlosigkeit preisgegeben. Die Zwangsveräußerung jüdischen Immobilienbesitzes und die Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen. In: Baumann, Angelika/Heusler, Andreas (Hrsg.): München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit. München 2004, S. 105–126.

Hafa, Herwig: Die Brüdergemeine Sarepta. Ein Beitrag zur Geschichte des Wolgadeutschtums. Breslau 1936.

Hagen, Erica von: Kat erzählt für Enkel Helmuth. Gratwanderung. O. O. 1986.

Hagen, Kuno: Lexikon deutschbaltischer bildender Künstler. 20. Jahrhundert. Köln 1983.

Hahn, Anny: D. Traugott Hahn, weiland Professor an der Universität Dorpat. Ein Lebensbild aus der Leidenszeit der baltischen Kirche. Heilbronn 1929.

Dies. Es gibt einen lebendigen Gott. Ein Lebenszeugnis. Gießen ¹³1992.

Hahn, Hugo: Kämpfer wider Willen. Erinnerungen des Landesbischofs von Sachsen D. Hugo Hahn aus dem Kirchenkampf 1933–1945. Bearbeitet und hrsg. von Georg Prater. Metzingen 1969.

Hahn, Traugott: Tyconius-Studien. Ein Beitrag zur Kirchen- und Dogmengeschichte des 4. Jahrhunderts (SGTK. 6/2). Leipzig 1900. (*Neudruck:* Aalen 1971.)

Ders. Glaubet an das Licht! Ein Jahrgang Predigten nebst Anhang. Gütersloh 1920.

Ders. Gott allein die Ehre. Kindheit und Jugend des D. Traugott Hahn, Dorpat. Heilbronn 1931.

Ders. Dennoch bleibe ich stets an dir. Predigten aus schwerer Zeit. Metzingen ³1976.

Hahn, Wilhelm: Der Ruf ist immer neu. Aus 200 Jahren der baltischen Theologenfamilie Hahn. Neuhausen/Stuttgart ²1995.

Halbrock, Christian: Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945–1961. Amtsautonomie im vormundschaftlichen Staat? Berlin 2004.

Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch. Bearbeitet von Jürgen Sielemann unter Mitarbeit von Paul Flamme (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der freien und Hansestadt Hamburg. 15). Hamburg 1995.

Hamburgische Biografie. Hrsg. von Franklin Kopitzsch und Dirk Brietzke. Hamburg, Bd. 1: 2001, Bd. 2: 2003.

Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. 6). Frankfurt a. M. 1967.

Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg. Potsdam 1947.

Hannemann, Simone: Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union". Eine Darstellung der Ereignisse und deren Interpretation nach 1945. Eine Studie (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs. 6). Berlin 2001.

Hansen, Knut: Albrecht Graf von Bernstorff. Diplomat und Bankier zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (EHS.G. 684). Frankfurt a. M. u. a. 1996.

Hardenberg, Reinhild Gräfin von: Auf immer neuen Wegen. Erinnerungen an Neuhardenberg und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin ²2005.

Harnack, Axel von: Ernst von Harnack (1888 bis 1945). Ein Kämpfer für Deutschlands Zukunft. Schwenningen a. N. 1951.

Harnack, Clara: An die Lebenden. Lebensbilder und letzte Briefe deutscher Widerstandskämpfer. Ludwigsburg 1960.

Harnack, Ernst von: Jahre des Widerstands 1932–1945. Hrsg. von Gustav-Adolf Harnack. Pfullingen 1989.

Harnoncourt, Philipp: Ökumenische Aspekte des Liturgischen Kalenders und der Heiligenverehrung. In: Freude am Gottesdienst. Festschrift für Frieder Schulz. Hrsg. von Heinrich Riehm. Heidelberg 1988, S. 457–463.

Hartlapp, Johannes: Die Lage der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in der Zeit des Nationalsozialismus (Dipl.-Arbeit). Friedensau 1979.

Hartmann, Albrecht/Hartmann, Heidi: Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich. Frankfurt a. M. 1986.

Harvey, Anthony: Christian Martyrs of the Twentieth Century. Ten Statues on the West Front of Westminster Abbey. London 1999.

Hase, Alexander von: Eine Erinnerung an meinen Vater, Generalleutnant Paul von Hase. Zur Vorgeschichte des 20. Juli 1944. In: Bossle, Lothar (Hrsg.): Deutschland als Kulturstaat. Festschrift für Hans Filbinger zum 80.Geburtstag. Paderborn 1993.

Hassell, Fey von: Niemals sich beugen. Erinnerungen einer Sondergefangenen der SS. Aus dem Italienischen von Beatrice Andres. München/Zürich 1990.

Hassell, Ulrich von: Der evangelische Pfarrer im Auslandsdeutschtum. In: Stehmann, Siegbert (Hrsg.): Der Pfarrerspiegel, Berlin 1940, S. 390–409.

Ders. Lebensraum oder Imperialismus? In: Europa. Handbuch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des neuen Europa. Hrsg. vom Deutschen Institut für Außenpolitische Forschung. Leipzig 1943, S. 33.

Ders. Der Kreis schließt sich. Aufzeichnungen in der Haft 1944. Hrsg. von Malve von Hassell. Berlin 1994.

[Ders.] Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom andern Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe unter Mitarbeit von Klaus Peter Reiß hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Deutscher Widerstand 1933–1945). ²Berlin (West) 1989.

Hauptmann, Peter: Art. Baltikum II. Das Christentum im Baltikum. In: TRE Bd. 5, S. 145–159.

Ders./Stricker, Gerd (Hrsg.): Die Orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte (860–1980). Göttingen 1988.

Hauschild, Wolf-Dieter: Die Confessio Augustana und die altkirchliche Tradition. In: KuD 26, 1980, S. 142–163.

Ders. (Hrsg.): Lübecker Kirchenordnung von Johannes Bugenhagen. Lübeck 1981.

Ders. Das Selbstverständnis der Confessio Augustana und ihre kirchliche Relevanz im deutschen Protestantismus. In: Lehmann, Karl/Schlink, Edmund (Hrsg.): Evangelium – Sakramente – Amt und die Einheit der Kirche. Die ökumenische Tragweite der Confessio Augustana (DiKi. 2). Freiburg/Göttingen 1982, S. 133–163.

Ders. Lehrbuch der Kirchen- und Dogmengeschichte. Bd. 1: Alte Kirche und Mittelalter. Gütersloh ²2000; Bd. 2: Reformation und Neuzeit. Gütersloh ²2001.

Ders. Märtyrer/Märtyrerinnen nach evangelischem Verständnis. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 21, 2003, S. 1–24.

Heckel, Christian: Martin Gauger (1905–1941) – Bekennender Jurist im Kirchenkampf. In: ZSRG.K 87, 2001, S. 531–536.

Heckel, Theodor: Die Kirche und ihre Form. Ein Beitrag zur volkskirchlichen Formfrage und zur volksdeutschen Theologie. In: Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche. Jahrbuch 1939, S. 28–56.

Hefley, James/Hefley, Marti: By Their Blood. Christian Martyrs of the Twentieth Century. Grand Rapids, MI. ²1996.

Hehl, Ulrich von (Hrsg.): Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung. Im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz unter

Mitwirkung der Diözesanarchive bearbeitet von Ulrich von Hehl (VKZG.Q. 37). Mainz 1984.

Ders./Kösters, Christoph/Stenz-Maur, Petra/Zimmermann, Elisabeth: Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung (VKZG.Q. 37). 3., wesentlich veränderte und erweiterte Auflage unter Mitwirkung der Diözesanarchive. Bd. I/2. Paderborn u. a. 1996.

Heide-Münnich, Marion: Siegbert Stehmann. Media in Vita – Media in Morte. Ein Beitrag zur Dichtung Siegbert Stehmanns aus den Jahren 1939 bis 1945. (Schriften zur Literaturgeschichte. 5). Hamburg 2003.

Heidebrecht, Hermann: Auf dem Gipfel des Lebens. Das Leben des Ältesten Jakob Rempel. Vom Stallknecht zum Professor, vom Träumer zum Märtyrer. Bielefeld 2004.

Ders. „Heinrich Dirks – der erste mennonitische Missionar aus Russland". In: „Folge mir!" (Zeitschrift der AGUM-Gemeinden, Bielefeld), Ausgabe vom Juni 2005, S. 25 f.

Heike, Otto: Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken kulturell, gesellschaftlich, politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse. Leverkusen 1985.

Heimatblatt für die Kreise Strehlen [und] Ohlau. Zitiert: HSO.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Bd. 1/2: Hessen II. Regierungsbezirke Gießen und Kassel. Hrsg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand. Frankfurt a. M. 1996.

Heinemann, Ulrich: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990.

Heinrich, Gerd (Hrsg.): Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Berlin 1999.

Ders. Alte Ordnungen und neue Anfechtungen. Die Kirche Berlin-Brandenburg im zerteilten Deutschland (1945 bis 1968). In: Ders. (Hrsg.): Tausend Jahre Kirche in Berlin-Brandenburg. Berlin 1999, S. 763–842.

Heinz, Daniel: Heinrich J. Löbsack – Pionier der Adventgemeinde in Rußland. In: Adventecho, 1. September 1981, S. 10 f.

Ders. Adventistische Märtyrer in dunkler Zeit. In: Adventecho, 1. April 1985, S. 7.

Ders. Church, State, and Religious Dissent. A History of Seventh-Day Adventists in Austria 1890–1975 (Archives of international Adventist history). Frankfurt a. M. 1993.

Ders. Kriegsdienstverweigerer und religiöser Pazifist: Der Fall Anton Brugger und die Haltung der Siebenten-Tags-Adventisten im Dritten Reich. In: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 1996, S. 41–56.

Ders. Heinrich J. Löbsack: Pioneer, President, and Poet of the Adventist Church in Russia, 1870–1938. In: Journal of the American Historical Society of Germans from Russia 21, 1998, S. 11–16.

Ders. Art. Brugger, Anton. In: BBKL Bd. 16 (Ergänzungen III), 1999, Sp. 246 f.

Ders. Der Widerstand der Reformadventisten im „Dritten Reich". In: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, 2002, S. 88–98.

Ders. Art. Michael, W. In: Magdeburger Biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Heinrich, Guido/Schandera, Gunter. Magdeburg 2002, S. 467.

Ders. Freikirchliche Märtyrer im 20. Jahrhundert. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 22, 2004, S. 65–80.

Heizmann, Dorothea: Schatten der Erinnerung. Eine Dokumentation über die Ereignisse in der Zeit des Umbruchs 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Pfarrer und des kirchlichen Lebens im Bereich des Altkirchenkreises Bad Liebenwerda. O. O. u. J. [1995].

Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg ^{2}1946.

Henninges, Jürgen von: Art. Lehndorff, Grafen v. In: NDB Bd. 14, 1985, S. 105–107.

Herb, Wolfgang: Carl Goerdeler und seine Brüder Gustav, Franz und Fritz. In: Eberhardina-Markomannia. Die Geschichte einer Verbindung. Im Auftrag des Altherrenverbandes hrsg. von Heinrich Gaese, Ernst Schaefer, Wolfgang Herb, Wolfgang Späth. Tübingen 1981, S. 151–158.

Hermelink, Jan: Kirchen in der Welt. Konfessionskunde (HCiW. 3). Stuttgart/Gelnhausen 1959.

Hermle, Siegfried: Evangelische Kirche und Judentum – Stationen nach 1945 (AKiZ. B 16). Göttingen 1990.

Ders. Traugott Hahn (1875–1919). In: Hummel,

Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2000, S. 19–36.

Herrberger, Marcus (Hrsg.): Denn es steht geschrieben: „Du sollst nicht töten!" Die Verfolgung religiöser Kriegsdienstverweigerer unter dem NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung der Zeugen Jehovas (1939–1945). Wien 2005.

Hesse, Eduard: Aus dem Leben und Sterben von Helmut Hesse. In: MEKGR 29, 1980, S. 269–278.

Hesse, Hans (Hrsg.): „Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas". Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus. Bremen 1998.

Hesse, Helmut: Mein Leben in Verbindung mit der Geschichte meiner Familie. Elberfeld 1934.

Hettlage, Karl Maria: Johannes Popitz 1884–1945. In: Männer der Deutschen Verwaltung. 23 biographische Essays. Köln/Berlin (West) 1963, S. 329–347.

Hey, Bernd, Die Kirchenprovinz Westfalen 1933–1945. Bielefeld 1974.

Ders. Kurt Gerstein (1905–1945). Widerstand in SS-Uniform. Bielefeld 2000, ^{3}2005.

Heyer, Friedrich: Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert. Von der Epochenwende des Ersten Weltkrieges bis zu den Anfängen in einem unabhängigen ukrainischen Staat. Göttingen 2003.

Heyne, Kurt: Widerstand in Gießen und Umgebung 1933–1945. In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen NF 71, 1986, S. 1–296.

Heyroth, Peter: Pfarrer Hans-Wolfgang Bastian in Saathain. Eine Spurensuche. Ms. masch. 2006.

Ders. Ein kritischer Geist und kunstsinniger Theologe. Der vor 100 Jahren geborene Pfarrer Hans-Wolfgang Bastian kam 1942 unter ungeklärten Umständen in Gestapo-Haft ums Leben. In: Die Kirche [Magdeburg], Ausgabe vom 28.5.2006, S. 5.

Hildebrand, Gerold: Matthias Domaschk. Eine turbulente und unvollendete Jugend in Jena. In: Horch und Guck 12, Sonderheft 1, 2003, S. 1–25.

Hildebrandt, Julia/Klassen, Heinrich/Wölk, Gerhard (Red.): Aber wo sollen wir hin? Briefe von Rußlandmennoniten aus den Jahren ihrer Gefangenschaft, Verbannung und Lagerhaft in der Sowjetunion. Hrsg. vom Verein zur Erforschung und Pflege des Rußlandmennonitischen Kulturerbes. Frankenthal 1998.

Hildebrandt, Rainer: Wir sind die Letzten. Das Leben des Widerstandskämpfers Albrecht Haushofer und seiner Freunde. Neuwied 1949.

Hildmann, Philipp W.: Art. Walter Hildmann. In: BBKL Bd. 20, 2002, Sp. 763–765.

Hilf, H[ubert] H[ugo]: Forstliche Chronik. Dem Gedächtnis an Kurt Freiherr von Plettenberg (1891–1945). In: Forstarchiv 30, 1959, Heft 7 vom 15.7.1959, S. 133 f.

Hitler, Adolf: Mein Kampf. München ^{25}1933.

Hochmuth, Ursel (Bearb): Candidates of humanity. Dokumentation zur Hamburger Weißen Rose anläßlich des 50. Geburtstages von Hans Leipelt. Hamburg 1971.

Dies./Meyer, Gertrud: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Frankfurt a. M. 1980.

Högl, Günther (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. Dortmund ^{2}2002.

Hoffmann, Peter: Generaloberst Becks militärpolitisches Denken. In: HZ 234, 1982, S. 101–121.

Ders. Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München 1969, München/Zürich ^{4}1985.

Ders. Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder. Stuttgart 1992.

Ders. Motive. In: Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München/Zürich ^{2}1994, S. 1089–1096.

Ders. Widerstand gegen Hitler und das Attentat vom 20. Juli 1944 (Portraits des Widerstands. 2). Konstanz ^{4}1994.

Hofmann, Karl-Ludwig/Präger, Christmut: Johannes Wüsten (1896–1943). Leben und Kunst. Ausstellung im Heidelberger Kunstverein 22. Dezember 1996 – 26. Januar 1997. Heidelberg 1996.

Hohenstein, Erhart: Gedenktafel für Ehepaar Köhler. In: Potsdamer Neueste Nachrichten, Ausgabe vom 14.1.2005.

Hohlwein, Hans: Art. Märtyrer III. In der neueren Kirchengeschichte. In: RGG^{3} Bd. 4, Sp. 589–592.

Höhne, Heinz: Canaris. Patriot im Zwielicht. München 1976.

Holl, Karl: Pazifismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988.

Holzhaider, Hans: Mord in Buenos Aires. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 195 vom 25./26.8.2001.

Honigmann, Peter: Die Austritte aus der Jüdischen Gemeinde Berlin 1873–1941. Statistische Auswertung und historische Interpretation. Frankfurt a. M. 1988.

Horch und Guck 12, 2003, Sonderheft: Matthias Domaschk.

Hörsch, Ursula/Stötzel, Andrea: Theodor Noa 1891–1938. Siegen 1991.

Houwaart, Dick: Westerbork. Het Begon in 1933. Den Haag 1983.

Hovingh, Geert C.: „Einer christlichen Konfession angehörig". Een onderzoek naar de inspanningen van de Nederlandse kerken in het algemeen en van de Gereformeerde Kerken in Nederland in het bijzonder t. b. v. de vervolgde joden en christjoden voor en tijdens de Tweede Wereldoorlog en het mogelijk effect ervan. Manuskript des „doctoralexamen" an der Freien Universität Amsterdam 1991.

Hubatsch, Walter (Hrsg.): Die evangelischen General-Kirchenvisitationen in den von Ost- und Westpreußen sowie Posen 1920 abgetrennten Kirchenkreisen. Göttingen 1971.

Huber, Wilfried/Krebs, Albert (Hrsg): Adolf Reichwein 1898–1944. Erinnerungen, Forschungen, Impulse. Paderborn u. a. 1981.

Huber, Wolfgang: Wer ist Christus für uns? Bonhoeffers Bedeutung für die Zukunft der Christenheit. In: EK 31, 1998, S. 191–194.

Ders. Quelle der Ermutigung. Die Bonhoeffer-Gesamtausgabe ist abgeschlossen. In: EK 31, 1998, S. 459–461.

Huch, Ricarda: In einem Gedenkbuch zu sammeln … Bilder deutscher Widerstandskämpfer. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Matthias Schwiedrzik. Leipzig 1997.

Hummel, Karl-Joseph: Erinnerung, Verlust und Wiederkehr. Zum Umgang mit katholischen Glaubenszeugen des Dritten Reiches 1945–2000. In: Maier, Hans/Nicolaisen, Carsten (Hrsg.): Martyrium im 20. Jahrhundert (Edition Mooshausen). Annweiler 2004, S. 45–86.

Ders./Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2000, Leipzig/Kevelaer 2000, ^{4}2002.

Hunnius, Monika: Bilder aus der Zeit der Bolschewikenherrschaft in Riga vom 3. Januar bis 22. Mai 1919. Heilbronn 1921.

Dies.: Mein Weg zur Kunst. Heilbronn 1924.

Hunsche, Klara: Familienschule Oranienburger Strasse. In: Drewes, Gerda/Kochanski, Eva (Hrsg.): Heimliche Hilfe. Erlebnisberichte aus der Zeit der Judenverfolgung (Schriftenfolge zum Weitergeben. 22). Lahr 1961, S. 16–23.

Hüttenberger, Peter: Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): Theorien in der Praxis des Historikers (GeGe. Sonderheft 3). Göttingen 1977, S. 117–134.

Hüttisch, Gisela (Hrsg.): Ludwig Kaiser 1889–1978. Kassel 1989.

IDEA-Dokumentation 16/98: „Märtyrer heute". Eine Dokumentation zur weltweiten Diskriminierung und Verfolgung von Christen.

IDEA-Dokumentation 15/99: Christenverfolgung geht uns alle an. Auf dem Weg zu einer Theologie des Martyriums.

Ihmels, Folkert: Im Räderwerk zweier Diktaturen. Werner Ihmels 1926–1949. Leipzig 1999.

„Ihr Massenmörder – ich klage euch an". Pfarrer Paul Schneider. Videofilm von Sabine Steinwender; wissenschaftliche Beratung: Folkert Rickers. Eine Produktion des Film-, Funk- und Fernseh-Zentrums der Evangelischen Kirche im Rheinland. Düsseldorf 2000. (*Mit neuem Cover:* Gießen 2001; *englische Fassung:* „You Mass Murderers – I accuse you'. Reverend Paul Schneider".)

Immer, Karl: Die Briefe des Coetus reformierter Prediger 1933–1937. Hrsg. von Joachim Beckmann. Neukirchen-Vluyn 1976.

Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 1, 2003.

Istorija evangel'skich christian-baptistov v SSSR. Moskau 1989.

Ivanov, Vladimir: Die Heiligsprechung der neuen russischen Märtyrer. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 21, 2003, S. 43–51.

Jacobs, Helene: Illegalität aus Verantwortung. Dr. Franz Kaufmann zum Gedächtnis. In: Unterwegs 1, 1947, Heft 3, S. 10–19.

Dies. … als wenn nichts geschehen wäre. In: Weckerling, Rudolf (Hrsg.): Durchkreuzter Haß. Vom Abenteuer des Friedens. Berichte und Selbstdarstellungen. Berlin (West) 1961, S. 61–68.

Dies. Er konnte die armen Menschen nicht im Stich lassen. In: Grossmann, Kurt R. (Hrsg.): Die unbesungenen Helden. Menschen in Deutschlands dunklen Tagen. Berlin (West) ²1961, S. 82–85.

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): „Spiegelbild einer Verschwörung". Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. 2 Bde. Stuttgart-Degerloch 1984. (*Neudruck*: Stuttgart 1989.)

Jähnichen, Traugott: Ludwig Steil (1900–1945) – Der Märtyrer der Bekennenden Kirche im Ruhrgebiet. In: Christen an der Ruhr, Bd. 1. Hrsg. von Alfred Pothmann und Reimund Haas. Bottrop/Essen 1998, S. 221–232.

Jahnke, Helmut: Edgar Julius Jung. Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne (Reihe Politikwissenschaft. 17). Pfaffenweiler 1998.

Jahnke, Karl-Heinz: Weiße Rose contra Hakenkreuz. Der Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Freunde. Frankfurt a. M. 1963.

Ders. Gegen Hitler. Gegner und Verfolgte des NS-Regimes in Mecklenburg 1933–1945. Rostock 2000.

Zum 25. Jahrestag des 20. Juli 1944. In: Nachrichtenblatt der baltischen Ritterschaften 11, 1969, Heft 2, S. 27–30.

Jänicke, Johannes: Ich konnte dabeisein. Der Lebensweg des Johannes Jänicke (1900–1979). Berlin (West) 1984.

Jansen, Christian/Weckbecker, Arno: Der „Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40 (VZG.S. 64). München 1992.

Janssen, Enno: Schulz, Wilhelm. In: Unverricht, Hubert (Hrsg.): Liegnitzer Lebensbilder des Stadt- und Landkreises (Beiträge zur Liegnitzer Geschichte der historischen Gesellschaft e. V. in Zusammenarbeit mit der Liegnitzer Sammlung Wuppertal. 32). Hofheim/Taunus 2003, S. 200.

Jasper, Gotthard: Von der Schwierigkeit des Widerstandes, damals geleistet und heute verstanden zu werden. In: Geschwister-Scholl-Gedenkvorlesung zum Thema Widerstand in Deutschland 1983. Erlangen 1983, S. 13–23.

Jastrzębski, Włodzimierz: Der Bromberger Blutsonntag. Legende und Wirklichkeit. Poznań 1990.

Jatho, Jörg-Peter: Das Gießener „Freitagskränzchen". Dokumente zum Mißlingen einer Geschichtslegende – zugleich ein Beispiel für Entsorgung des Nationalsozialismus. Fulda 1995.

Jekelius, Ernst: Zum Tode eines Bruders. Dechant Adolph Lutsch. In: Kirchliche Blätter aus der Ev. Landeskirche A. B. in Rumänien 37, 1946, Nr. 25, S. 205 f.

Jens, Inge (Hrsg.): Hans Scholl – Sophie Scholl. Briefe und Aufzeichnungen. Frankfurt a. M. 1984.

Jentsch, Werner: Ernstfälle. Erlebtes und Bedachtes. Moers 1992.

Jochmann, Werner: Die deutsche Gesellschaft und der polnische Staat 1919–1939 unter besonderer Berücksichtigung der Einstellung des deutschen Protestantismus zu Polen. In: Die evangelischen Christen Deutschlands und Polen 1919–1939. Ein historisches Symposium (Begegnungen. 7/1990). Mülheim/Ruhr, S. 4–29.

Joffroy, Pierre: Der Spion Gottes. Die Passion des Kurt Gerstein. Stuttgart 1972. (*Franz. Originalausgabe:* L'Espion de Dieu. La passion de Kurt Gerstein. Paris 1971; *erweiterte Neuauflage:* Der Spion Gottes. Kurt Gerstein – ein SS-Offizier im Widerstand? Berlin 1995, ³2002.)

Jonasch, Gerhard: Sei getreu bis an den Tod … In: Der Weg, Nr. 52/1994.

Jones, Larry Eugene: The Limits of Collaboration. Edgar Jung, Herbert von Bose, and the Origins of the Conservative Resistance to Hitler, 1933–34. In: Jones, Larry Eugene/Retallack, James (Hrsg.): Between Reform, Reaction and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945. Providence/Oxford 1993, S. 465–501.

Judennot und Christenglaube. Hrsg. vom Schweiz. Ev. Hilfswerk. Zollikon 1943.

Jung, August: Israel Johannes Rubanowitsch. Evangelist. KZ-Opfer. Witten 2005.

Jung, Karl Heinrich: Am Abend erschien die Gestapo. Ernst Steiner: Ein Pfarrerleben in schwerer Zeit. In: Heimat im Bild, 13. Woche, März 1992, S. 1 ff.

Junge, Lore: Mit Stacheldraht gefesselt. Die Rombergparkmorde. Opfer und Täter. Bochum 1999.

Jurisch, Helga/Thiede, Joachim: Leben und Wirken des Pfarrers Walter Hanschkatz. In: Heimat-

kalender Stadt Spremberg und Umgebung 1996, S. 25–30.

Kaff, Brigitte (Hrsg.): Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone. Freiburg/Basel/Wien 2003.

Kageneck, August Graf von: Zwischen Eid und Gewissen. Roland von Hößlin. Ein deutscher Offizier. Berlin/Frankfurt a. M. 1991.

Kahle, Wilhelm: Die Begegnung des baltischen Protestantismus mit der russisch-orthodoxen Kirche (ÖS. 2). Leiden/Köln 1959.

Ders. Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinden in der Sovietunion 1917–1938 (SGOE. 16). Leiden 1974.

Ders. Symbiose und Spannung. Beiträge zur Geschichte des Protestantismus in den baltischen Ländern, im Innern des Russischen Reiches und der Sowjetunion. Erlangen 1991.

Ders. Evangelische Freikirchen und freie Gemeinden im Russischen Reich, in der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten. Ein kleines Lexikon der Gestalten, Geschehnisse und Begriffe. Gummersbach u. a. 1995.

Ders. Zur Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Taškent (Beiträge zur Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche Rußlands. 1). Erlangen 1996.

Ders. Wege und Gestalt evangelisch-lutherischen Kirchentums. Vom Moskauer Reich bis zur Gegenwart. Erlangen 2002.

Kaiser, Jochen-Christoph/Greschat, Martin (Hrsg.): Der Holocaust und die Protestanten. Analysen einer Verstrickung (KoGe. 1). Frankfurt a. M. 1988.

Kaiser, Peter: Hermann, Ludwig und Heinrich Kaiser und der 20. Juli 1944. In: Informationen. Studienkreis Deutscher Widerstand 9, 1984, Heft 2/3, S. 4–7.

Ders. Die Verbindung der Verschwörer des „20. Juli 1944“ nach Hessen am Beispiel der Brüder Kaiser. In: Knigge-Tesche, Renate/Ulrich, Axel (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt a. M. 1996, S. 548–564.

Kallmeyer, Theodor: Die evangelischen Kirchen und Prediger Kurlands. Bearbeitet, ergänzt und bis zur Gegenwart fortgesetzt von G. Otto. Riga ²1910.

Kamke, Hans-Ulrich: Streit um die Superintendentur. Der Kirchenkreis Templin. In: Schuppan, Erich (Hrsg.): Wider jede Verfälschung des Evangeliums. Zur Geschichte des Kirchenkampfes. Gemeinden in Berlin-Brandenburg 1933 bis 1945. Berlin 1998, S. 136–144.

Kammel, Richard: Kriegsschicksale der deutschen evangelischen Gemeinden in Posen und Westpreußen. Ein Gedenkbuch an die Septembertage 1939. Berlin 1940.

Ders. Volksdeutsche Probleme im früheren Polen. Erinnerungen an die Septembertage. In: Auslanddeutschtum und evangelische Kirche. Jahrbuch 1940, S. 40–48.

Ders. (Hrsg.): Er hilft uns frei aus aller Not. Erlebnisberichte aus den Septembertagen 1939. Im Auftrage des Evangelischen Konsistoriums in Posen herausgegeben. Posen ²1940.

Kammler, Jörg: Ich habe die Metzelei satt und laufe über … Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939–1945). Eine Dokumentation. Fuldabrück 1985.

Kampffmeyer, Karl: Die Stunde der Bewährung. Zum Gedenken an das Leiden und Sterben unserer volksdeutschen evangelischen Brüder im September 1939. In: JK 8, 1940, S. 452–464.

Kardorff, Ursula von: Berliner Aufzeichnungen 1942 bis 1945. München 1992.

Katterfeld, Anna: Die erste Blutzeugin im Diakonissenkleide. Ein Dank. Bethel bei Bielefeld 1920.

Dies. Paul Wachtsmuth. Ein Hochwegwanderer aus der Schar baltischer Märtyrer. Mitau 1930.

Dies. Mein Bruder Heinrich. Ein Mann vor Gott im Umbruch der Zeit. Lahr-Dinglingen 1958.

Kaufmann, Ludwig/Klein, Nikolaus: Ökumene der Märtyrer. In: Schillebeeckx, Edward (Hrsg.): Mystik und Politik. Theologie im Ringen um Geschichte und Gesellschaft. Johann Baptist Metz zu Ehren. Mainz 1988, S. 383 ff.

Keil, Lars-Broder: Hans-Ulrich von Oertzen. Offizier und Widerstandskämpfer. Ein Lebensbild in Briefen und Erinnerungen. Berlin 2005.

Keim, Anton Maria: Ludwig Schwamb und die Widerstandsbewegung gegen Hitler im Rhein-Main-Gebiet. In: Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“. Hrsg. von Hans-Georg Meyer und Hans Berkessel. Mainz 2000, S. 400–406.

Kempner, Benedicta Maria: Priester vor Hitlers Tribunalen. München 1966.

Kersten, Klaus Ulrich: Die Entwicklung der allgemeinen Strafbestimmungen gegen den Landesverrat vom Preußischen Strafgesetzbuch von 1851 bis zur Gegenwart. Diss. Köln 1975.

Kiec, Olgierd: Die evangelischen Christen in der Stadt Posen und im Süden Großpolens vor und nach 1945. In: Greschat, Martin (Hrsg.): Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen (KoGe. 19). Stuttgart u. a. 1999, S. 68–85.

Kiep, Otto Carl: Mein Lebensweg 1886–1944. Aufzeichnungen während der Haft. Hrsg. von Hildegard Rauch und Hanna Clements. München 1982.

Kingreen, Monica: Die Verschleppung und Ermordung hessischer „nichtarischer" Christen. In: Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft während der NS-Zeit – dem Vergessen ein Ende machen. Hrsg. von Hermann Düringer und Hartnut Schmidt (Arnoldshainer Texte. 130). Frankfurt a. M. 2004, S. 47–85.

Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des Zweiten Weltkriegs. Hrsg. von Günter Brakelmann in Zusammenarbeit mit Dieter Beese, Ubbo de Boer, Sigrid Kirsch, Gisela Mösel und Johannes Romann (Studienbücher zur Kirchlichen Zeitgeschichte. 1/2). München 1979.

Kirche und Volk. In: JK 8, 1940, S. 130–135.

Kirchliche Blätter aus der Evangelischen Landeskirche A. B. in Rumänien. Evangelische Wochenschrift der Glaubensgenossen aller Stände. Hermannstadt.

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland. *Zitiert*: KJ.

Klän, Werner: Die Evangelische Kirche Pommerns in Republik und Diktatur. Geschichte und Gestaltung einer preußischen Kirchenprovinz 1914–1945 (Veröffentlichen der Historischen Kommission für Pommern. V 30). Köln/Weimar/Wien 1995.

Klassen, Abram J. (Hrsg.): Neu Samara am Tock (1890–2003). Eine mennonitische Ansiedlung in Russland östlich der Wolga. Warendorf 2003, ²2004.

Klassen, Heinrich: Mission als Zeugnis. Zur missionarischen Existenz in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Lage 2001.

Klassen, Isaak P.: Die Geschichte der Kronsweider Gemeinde. Unveröffentlichtes Manuskript vom Juni 1984. (Mennonite Heritage Centre Archives, Winnipeg, Vol. 4224, File 4.)

Klausa, Eckehard: Auf ungeebneten Wegen in den Widerstand. Die Historische Kommission zieht Bilanz nach vierzig Jahren. In: DIE ZEIT, Nr. 33 vom 10. August 1984.

Klausch, Hans-Peter: Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999 unter besonderer Berücksichtigung des antifaschistischen Widerstandes. 2 Bde. Köln 1987.

Ders. Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtstrafgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger. Mit Dokumenten. Bremen 1993.

Klein, Jürgen: Carl Pohle. Ein Märtyrer der Philipp-Melanchthon-Gemeinde. In: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit …". Arthur Rackwitz zum Gedächtnis. Hrsg. und kommentiert von Olaf Meyer. Berlin o. J., S. 355–361.

Kleindienst, Alfred: Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen. In: Deutsches Schicksal in Polen. Ein Rückblick auf das kirchliche, völkische und wirtschaftliche Schaffen der Deutschen aus Mittel- und Ostpolen. Hrsg. im Auftrage des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen in Gemeinschaft eines Mitarbeiterkreises von Arthur Schmidt. Hannover-Linden 1953, S. 90–95.

Ders./Wagner, Oskar: Der Protestantismus in der Republik Polen 1918/19 bis 1939 im Spannungsfeld von Nationalitätenpolitik und Staatskirchenrecht, kirchlicher und nationaler Gegensätze (Marburger Ostforschungen. 42). Marburg 1985.

Kleist-Schmenzin, Ewald von: Religiös-konservative Revolution. In: Der Nahe Osten 3, Heft 1 vom 1.1.1930, S. 4–8.

Ders. Reformation oder Revolution? Berlin ³1930.

Klemm, Hermann: Im Dienst der Bekennenden Kirche. Das Leben des sächsischen Pfarrers Karl Fischer 1896–1941. Göttingen 1986.

Klemperer, Klemens von: Der einsame Zeuge. Einzelkämpfer im Widerstand. Mit einem Beitrag von Peter Steinbach. Passau 1990.

Ders. Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945. Berlin 1994.

Ders. Glaube, Religion, Kirche und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Graml, Hermann (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt a. M. ²1994, 140–156.

Ders. Sie gingen ihren Weg … – Ein Beitrag zur Frage des Entschlusses und der Motivation zum Widerstand. In: Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München/Zürich ³1994, S. 1097–1106.

Ders. Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Gestaltwandel eines Forschungsfeldes in fünf Jahrzehnten. In: Doering-Manteuffel, Anselm/Mehlhausen, Joachim (Hrsg.): Christliches Ethos und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Europa (KoGe. 9). Stuttgart u. a. 1995, S. 34–45.

Ders. Martyrium in einem weltlichen Zeitalter. In: Die politische Meinung 44, Nr. 354 vom Mai 1999, S. 56–68.

Klepper, Hildegard (Hrsg.): Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942. Stuttgart 1956.

Klier, Freya: Oskar Brüsewitz. Leben und Tod eines mutigen DDR-Pfarrers. Hrsg. vom Bürgerbüro Berlin e. V. Berlin 2004.

Klingberg, Max (Hrsg.): Märtyrer heute. Eine Dokumentation zur weltweiten Diskriminierung und Verfolgung der Christen. (IDEA-Dokumentation. 2000, 13). Asslar 2000.

Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-politische Schriften). Hannover 1969.

Kluge, Heidelore: Cato Bontjes van Beek. „Ich will nur eins sein, und das ist ein Mensch". Das kurze Leben einer Widerstandskämpferin 1920–1943. Mit einem Vorwort von Lew Kopelew. Stuttgart 1994.

Kluke, Paul: Art. Goerdeler, Karl. In: NDB Bd. 6, 1964, S. 521–524.

Kneifel, Eduard: Geschichte der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen. Roth bei Nürnberg 1962.

Ders. Die Pastoren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen. Ein biographisches Pfarrerbuch mit einem Anhang. Eging 1967.

Ders. Die evangelisch-augsburgischen Gemeinden in Polen 1555–1939. Eine Parochialgeschichte in Einzeldarstellungen. O. O. u. J. [Vierkirchen über München 1971].

Ders. Bischof Dr. Julius Bursche. Sein Leben und seine Tätigkeit 1862–1942. Vierkirchen über München o. J. [1980].

Ders./Richter, Harry: Die evangelisch-lutherische Gemeinde Brzeziny bei Łódź/Polen 1829–1945. Vierkirchen/Schwabach ²1983.

Knjazeva, Elena. E.: Ljuteranskie cerkvi i prichody na Ukraine. Istoričeskij spravočnik II. Sankt Petersburg 2003.

Dies./Solovëva, G. F.: Ljuteranskie cerkvi i prichody v Rossii XVIII–XX vv. Istoričeskij spravočnik I. Sankt Petersburg 2001.

Knodt, Gerhard: Leitbilder des Glaubens. Die Geschichte des Heiligengedenkens in der evangelischen Kirche (CThM. C 27). Stuttgart 1998.

Köbler, Gerhard: Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München ⁶1999.

Kock, Manfred: „Ihr Ende schaut an – Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts". In: Klingberg, Max/Schirrmacher, Thomas/Kubsch, Ron (Hrsg.): Märtyrer 2006. Das Jahrbuch zur Christenverfolgung heute. (Studien zur Religionsfreiheit. 11). Bonn 2006 (idea-Dokumentation 9/2006), S. 31–35.

Kodalle, Klaus-Michael: Dietrich Bonhoeffer. Zur Kritik seiner Theologie. Gütersloh 1991.

Kofler, Natalie/Reder, Stefan (Red.): Evangeličesko-ljuteranskaja Cerkov' v Taškente i Uzbekistane [Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Taschkent und ganz Usbekistan]. Sankt Petersburg 1996.

Köhler, Bruno: „Die Welt braucht viel, viel Liebe". Werner Sylten (Lutherhaus, Evangelisches Pfarrhausarchiv Eisenach. 1). Eisenach 1978.

Ders. Gotha – Berlin – Dachau. Werner Sylten. Stationen seines Widerstandes im Dritten Reich. Stuttgart 1980.

Köhler, Jürgen: Mein Vater war schlohweiß. Rekonstruktion eines politischen Mordes. In: Grabner, Sigrid/Röder, Hendrik/Wernicke, Thomas (Hrsg.): Widerstand in Potsdam 1945–1989. Berlin 1999, S. 21–27.

Köhn, Andreas: Der Neutestamentler Ernst Lohmeyer. Studien zu Biographie und Theologie (WUNT. 2. 180). Tübingen 2004.

Konvent Evangelischer Gemeinden aus Pommern e.V. (Hrsg.): Unsere Pommersche Heimatkirche. Hannover 1992.

Kopp, Roland: Paul von Hase: von der Alexander-Kaserne nach Plötzensee. Eine deutsche Soldatenbiographie 1885–1944. Münster/Hamburg/London ²2004.

Korff, Angelika (Gella) Baronesse: Riga 1919. Ein Tagebuch. Hannover 1991.

Koschorke, Manfred (Hrsg.): Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933–1945. Allein das Wort hat's getan. Göttingen 1976.

Kossert, Andreas: Protestantismus in Łódź 1918–1956. Die evangelische Bevölkerung der mittelpolnischen Industriemetropole im Spannungsverhältnis zwischen Deutschland und Polen. In: Greschat, Martin (Hrsg.): Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen (KoGe. 19). Stuttgart 1999, S. 86–116.

Ders. Masuren. Ostpreußens vergessener Süden. Berlin 2001.

Köster-Hetzendorf, Maren: Ich hab dich so gesucht … Der Krieg und seine verlorenen Kinder. Augsburg 1995.

Kosthorst, Erich: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn ³1957.

Kotowski, Albert S.: Die deutsche Minderheit in Polen 1919–1939/45. Forschungsstand und -desiderata. In: Nordost-Archiv NF 9, 2001, S. 483–506.

Kötting, Bernhard: Ecclesia peregrinans. Das Gottesvolk unterwegs. Gesammelte Aufsätze. Bd. 2 (MBTh. 54,2). Münster 1988.

Kraft, Werner: Spiegelung der Jugend. Frankfurt a. M. 1973.

Krahn, Curt: Family Steps. Winnipeg 1992.

Krajewska, Hanna: Forschungen zur Geschichte der Protestanten in Polen. Ein Bericht. In: Nordost-Archiv NF 9, 2001, S. 471–482.

Krampitz, Karsten/Tautz, Lothar/Ziebarth, Dieter (Hrsg.): Ich werde dann gehen … Erinnerungen an Oskar Brüsewitz. Leipzig 2006.

Kraus, Vladimir: Cesta k zivotu pres propast zkázy, Ostrava 2001.

Kraushaar, Luise: Deutsche Widerstandskämpfer. Biographien und Briefe. Bd. 1. Berlin 1970.

Krausnick, Helmut: Art. Canaris, Wilhelm. In: NDB Bd. 3, 1957, S. 116–118.

Ders. Ludwig Beck. In: Graml, Hermann (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten (Die Zeit des Nationalsozialismus). Frankfurt a. M. 1994, S. 204–211.

Ders. Ludwig Beck. In: Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): 20. Juli. Porträts des Widerstandes. Düsseldorf/Wien ²1995, S. 125–148.

Krebs, Albert: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsräson und Hochverrat. Hamburg 1964.

Ders. Art. Habermann, Hans Max. In: NDB Bd. 7, 1966, S. 397 f.

Krebs, Bernd: Der deutsche Protestantismus und die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen 1919–1939. In: Die evangelischen Christen Deutschlands und Polen 1919–1939. Ein historisches Symposium (Begegnungen. 7/1990). Mülheim/Ruhr 1990, S. 73–132.

Ders. Nationale Identität und kirchliche Selbstbehauptung. Julius Bursche und die Auseinandersetzungen um Auftrag und Wesen des Protestantismus in Polen 1917–1939. Neukirchen-Vluyn 1993.

Ders. Evangelische Christen in Polen unter zwei Diktaturen. In: Greschat, Martin (Hrsg.): Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen (KoGe. 19). Stuttgart 1999, S. 22–67.

Kretschmar, Georg: Die Märtyrer von Baku (1937). In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 58–71.

Ders./Kugappi, Aarri (Hrsg.): Istoričeskie evangeličesko-ljuteranskie cerkvi i prichody na severozapade Rossii [Historische evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden in Nordwestrussland]. Sankt Petersburg 2003.

Krieger, Heinz-Bruno: Werner Schrader 1895–1944. Erinnerungen an einen großen Sohn der Stadt Königslutter am Elm. In: Braunschweigische Heimat 90, 2004, S. 16–19.

Das Kriegsende in Brettheim. Ernst und Ruth Gackstatter erzählen. Dokumentarfilm.

Krockow, Christian Graf von: Die Deutschen in

ihrem Jahrhundert – 1890–1990. Reinbek bei Hamburg 1990.

Kroh, Ferdinand: David kämpft. Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler. Reinbek bei Hamburg 1988.

[Krökel Wilhelm:] Wilhelm Krökel – Vorbild und Mahnung. Hrsg. vom Kreisverband Wilhelmshaven der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW/DGB). Wilhelmshaven o. J.

Kruckemeyer, Eva: Vikarin Annemarie Winter. In: Die Pommersche Heimatkirche in Vergangenheit und Gegenwart. Hannover 1989, S. 51–57.

Krüger, Horst: Begegnung mit Werner Ihmels. In memoriam Werner Ihmels zu seinem 75. Geburtstag. Hrsg. und bearb. von Klaus-Dieter Müller. Dresden ³2003.

Kuessner, Dietrich: Landesbischof D. Alexander Bernewitz 1863–1935. O. O. 1985.

Kuhlemann, Frank-Michael: Pastorennationalismus in Deutschland im 19. Jahrhundert – Befunde und Perspektiven der Forschung. In: Nation und Religion in der deutschen Geschichte. Hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt und Dieter Langewiesche. Frankfurt a. M. 2001, S. 548–586.

Kühlmann, Dietrich H. H.: Professor Dr. Dr. Walther Arndt. Wissenschaftler und Antifaschist, Kustos am Museum für Naturkunde Berlin. In: Mitteilungen aus dem Zoologischen Museum in Berlin 61, 1985, S. 287–334.

Kuller, Christiane/Schreiber, Maximilian: Das Hildebrandhaus. Eine Münchner Künstlervilla und ihre Bewohner in der Zeit des Nationalsozialismus. München 2006.

Kunz, Harry/Steensen, Thomas: Sylt-Lexikon. Neumünster 2002.

Kurilo, Olga V.: Očerki po istorii ljuteran v Rossii [Beiträge zur Geschichte der Lutheraner in Russland]. Moskau 1996.

Dies. Ljuteranskaja cerkov' v Sovetskoj Rossii. 1918–1950 gg. Dokumenty i materially [Die Lutherische Kirche in Sowjetrussland. 1918–1950. Dokumente und Materialien]. Moskau 1997.

Kurschat, Andreas: Bericht über die Tagung „Martyrium im 20. Jahrhundert". In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 22, 2004, S. 119–126.

Ders. Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Ein Forschungsprojekt. In: Zeitgeschichte regional 8, 2004, Heft 1, S. 107 ff.

Ders. Carl Ernst Rahtgens (1908–1944). Militärischer Widerstand aus christlicher Glaubenshaltung. In: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 87, 2007, S. 181–202.

Kuschke, Mutgard (Hrsg.): Konfirmationsurkunden im Wandel der Zeit. Erinnerungen aus dem Leben der evangelischen Gemeinden im Giessen der ersten Jahrhunderthälfte. Bd. 1: Matthäus-, Markus-, Lukas-, Johannes- und Petrusgemeinde zu Giessen (Damals und heute. 6). Bad Nauheim 1990.

Ladwig-Winters, Simone: Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933. Berlin 1998.

Lamprecht, Werner: August Streufert. In: Schwabe, Klaus: Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokratie in Mecklenburg und Pommern. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Reihe Geschichte Mecklenburg-Vorpommern. 9). Schwerin ³2004, S. 65 f.

Langevoort, Einbert-Jan: Gottfried Hötzel. Ein Mann und eine Stimme. Eine biographische Studie. Hrsg. von der Ev. Kirchengemeinde Düsseldorf-Heerdt. Waltrop 1996.

Langewitz, Erni: Die Bolschewikenherrschaft in Riga 1919. Persönliche Erlebnisse. In: Baltische Hefte 20, 1974, S. 122–151.

Lansemann, Robert: Die Heiligentage, besonders die Marien-, Apostel- und Engeltage in der Reformationszeit. Göttingen 1938.

Laubscher, Friedrich: Traugott Hahn. Der Märtyrer im Baltenland (Gotteszeugen. 32). Stuttgart 1954.

Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpfer der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation. Hrsg. von Heinz Heikenroth. Berlin (Ost) 1983.

Leber, Annedore: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945. Berlin/Frankfurt a. M. 1954.

Dies./Brandt, Willy/Bracher, Karl Dietrich (Hrsg.): Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern. Berlin/Frankfurt a. M. 1957, ⁶1963.

Dies. (Hrsg.): Das Gewissen steht auf. Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945. Ges. und hrsg. von Annedore Leber in Zusammenarbeit mit

Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher. Neu hrsg. von Karl Dietrich Bracher in Verb. mit der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V. Mainz 1984.

Lebrecht, Marianne: Verschweigen oder kämpfen. Ein Pfarrer und seine Gemeinde im Kirchenkampf 1933 bis 1945 (Schriftenreihe des Evangelischen Arbeitskreises Kirche und Israel in Hessen und Nassau. 18). Heppenheim 2001.

Lehmann, Klaus: Widerstandsgruppe Schulz-Boysen/Harnack. Hrsg. von der Zentralen Forschungsstelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Berlin (Ost) 1948.

Leibholz, Gerhard: Hans von Dohnanyi. In: Der zwanzigste Juli – Alternative zu Hitler? Hrsg. von Hans Jürgen Schultz. Stuttgart 1974, S. 139–147.

Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. Hrsg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung.
Bd. III: Erschießungen – Vernichtungslager – Kinderschicksale in der Zeit von 1944 bis 1948. München/Sindelfingen 1995.
Bd. IV: Menschenverluste – Namen und Zahlen zu Verbrechen an den Deutschen durch das Tito-Regime in der Zeit von 1944–1948. München/Sindelfingen 1994.

Leisner, Barbara: „Ich würde es genauso wieder machen". Sophie Scholl. München 2000.

Lekebusch, Sigrid: Die Reformierten im Kirchenkampf. Das Ringen des Reformierten Bundes, des Coetus reformierter Prediger und der reformierten Landeskirche Hannover um den reformierten Weg in der Reichskirche (SVRKG. 113). Köln 1994.
Dies. Not und Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft im Rheinland 1933–1945. Darstellung und Dokumentation (SVRKG. 117). Köln 1995.

Lenz, Wilhelm (Hrsg.): Deutschbaltisches Biographisches Lexikon 1710–1960. Köln/Wien 1970.

Letkemann, Peter: A Book of Remembrance – Mennonite Victims of the Second Revolution, 1929–1941 (in Vorbereitung).

Lewy, Guenter: Die katholische Kirche und das Dritte Reich. München 1965.

Lexikon für Theologe und Kirche. Begründet von Michael Buchberger. Hrsg. von Walter Kasper. 3., völlig neu barb. Auflage Freiburg im Breisgau u. a. 1993–2001. *Zitiert:* LThK³.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a. 4 Bde. Köln 1983–1986.

Libertas Schulze-Boysen und die Rote Kapelle. Begleitheft zur Ausstellung. Eine Dokumentation der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 2004.

Il libro dei testimoni. Martirologio ecumenico a cura della Comunità di Bose sotto la direzione di Ricardo Larini. Mailand 2002.

Licenberger, Ol'ga: Evangeličesko-ljuteranskaja cerkov' i sovetskoe gosudarstvo. 1917–1938 [Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Sowjetstaat. 1917–1938]. Moskau 1999, ²2000.
Dies. Rimsko-katoličeskaja Cerkov' v Rossii. Istorija i pravovoe položenie [Die römisch-katholische Kirche in Russland. Ihre Geschichte und Rechtslage]. Saratow 2001.
Dies. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in der russischen Geschichte. 16.–20. Jahrhundert [russisch]. Moskau 2003.

Liese, Andreas: Verboten, geduldet, verfolgt. Die nationalsozialistische Religionspolitik gegenüber der Brüderbewegung. Hammerbrücke 2003.

Lietzmann, Hans: Geschichte der Alten Kirche. Bd. 2. Berlin ³1961.

Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): 20. Juli. Porträts des Widerstands. Düsseldorf/Wien ²1995.

Limburg, Hans J.: Art. Stephanus III. Verehrung u. Brauchtum. In: LThK³ Bd. 9, 2000, Sp. 959.

Linck, Hugo: Der Kirchenkampf in Ostpreußen. 1933 bis 1945. Geschichte und Dokumentation. München 1968.

Lindemann, Andreas/Paulsen, Henning (Hrsg.): Die Apostolischen Väter. Tübingen 1992.

Lindt Andreas: Kirchenkampf und Widerstand als Thema der Kirchlichen Zeitgeschichte. In: Besier, Gerhard/Ringshausen, Gerhard (Hrsg.): Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944. Göttingen 1986, S. 75–78.

Linz, Werner Ernst: D. Karl Kleinmann – im Religionsunterricht zu Tode gehetzt (1942). In: Protestantische Stiftskirchengemeinde (Hrsg.): Die Stiftskirche – Zeugnis des Glaubens und Wahrzeichen Landaus 1933–1983. Landau 1983.

Loewen, Harry: A Mennonite-Christian View of Suffering: The Case of Russian Mennonites in the 1930s

and 1940s. In: Mennonite Quarterly Review 77, 2003, S. 47–68.

Loewy, Hanno: „Unser einziger Weg ist Arbeit". Das Getto in Łódź 1940–1944. Frankfurt a. M. 1990.

Lohmann, Paulgerhard: Umkehr. Drei Generationen einer Familie in der Hitler-Zeit. Fünf biographische Skizzen. Fritzlar 2003.

Lohse, Bernhard: Luthers Theologie in ihrer historischen Entwicklung und in ihrem systematischen Zusammenhang. Göttingen 1995.

Lorenzsonn, Herbert: Art. Baltische Länder. In: EKL Bd. 1, 1956, Sp. 294–300.

Loscher, Klaus/Hahn, Udo: Ich habe nicht verleugnet. Georg Maus: Leben und Wirken eines Religionslehrers im Dritten Reich. Wuppertal 1987.

Lotow, Ditrich: Slovo ob Ėrnste Gėršelmanne, organiste sobora svjatych Petra i Pavla v Moskve. In: Gangnus, Aleksandr (Otv. red.): Unsere Kirche/Naša Cerkov'. Žurnal dlja evangeličesko-ljuteranskich obščin v Rossii. Moskau 1998, S. 34 ff.

Lotze, Ulrike: „Heil-Hitler-Gruß" verweigert: im KZ totgeschlagen. Ferdinand Puzich – ein bisher unbekannter pietistischer Märtyrer aus Ostpreußen. In: IDEA-Spektrum, Nr. 27/1998, S. 24 f.

Löwenstein, Gerhard: Die evangelische Kirchengemeinde Winnigen während der Zeit des Nationalsozialismus. In: Mosel Kiesel. Erinnerungen von Zeitzeugen und Berichte zur Regionalgeschichte 1918–1948 der Verbandsgemeinde Untermosel. Hrsg. von der Volkshochschule Untermosel Kobern-Gondorf. Kobern-Gondorf 1998.

Ludwig, Hartmut: Zur Geschichte des „Büros Pfarrer Grüber". In: Wirth, Günther (Hrsg.): Beiträge zur Berliner Kirchengeschichte. Berlin (Ost) 1987, S. 305–326.

Ders. Das „Büro Pfarrer Grüber" 1938–1940. In: „Büro Pfarrer Grüber". Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte. Geschichte und Wirken heute. Hrsg. von der Evangelischen Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte. Berlin (West) 1988, S. 1–23.

Ders. Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des „Büro Pfarrer Grüber". Habil. masch. Berlin 1988.

Ders. „So gehe hin und tue desgleichen!" Zur Geschichte des „Büros Pfarrer Grüber" 1938–1940. In: Bevollmächtigt zum Brückenbau. Heinrich Grüber – Judenfreund und Trümmerpropst. Hrsg. von Jörg Hildebrandt. Leipzig 1991, S. 11–40.

Ders. Die „Illegalen" im Kirchenkampf. In: Predigtamt ohne Pfarramt? Hrsg. von Karl-Adolf Bauer. Neukirchen-Vluyn 1993, S. 23–70.

Ders. Als Zivilcourage selten war. Die evangelische Hilfsstelle „Büro Pfarrer Grüber", ihre Mitarbeiter und Helfer im Rheinland 1938 bis 1940. In: Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit. Hrsg. von Günther B. Ginzel und Alphons Silbermann (Mit-Menschlichkeit. 1). Köln/Bonn 1993, S. 29–57.

Ders. „Wir sind Staatsfeinde". In: LM 34, 1995, Nr. 9, S. 26–29.

Ders. Für die Wahrheit des Evangeliums streiten. Zur Entlassung des Hilfspredigers Winfried Feldmann aus dem Dienst der Landeskirche 1939. In: Grosse, Heinrich W./Otte, Hans/Perels, Joachim (Hrsg.): Bewahren ohne Bekennen? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus. Hannover 1996, S. 105–126.

Ders. Helga Barth. 1912–1945. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus. Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 9 ff.

Ders. Maria Agnes Gräfin zu Dohna. 1895–1983. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus: Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 19 ff.

Ders. Marie-Luise Pleißner. 1891–1983. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus: Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 41 ff.

Ders. Rechtsanwalt Dr. Hans Koch als Verteidiger Pfarrer Martin Niemöllers 1938 vor dem Sonderge-

richt II in Berlin. In: Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte 7, 2005/2006, S. 458–466.

Ders./Unglaube, Tomas: Stolpersteine für Dr. Richard und Charlotte Kobrak. In: Gemeindezeitung Dreifaltigkeitsgemeinde Berlin-Lankwitz, Ausgabe vom Juni/Juli 2007.

Lühe, Irmgard von der: Elisabeth von Thadden. Ein Schicksal unserer Zeit. Düsseldorf/Köln 1966.

[Luther, Martin:] D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe (Weimarer Ausgabe). *Zitiert:* WA.
Bd. 12: Weimar 1966.
Bd. 35: Weimar 1964.
Bd. 50: Weimar 1967.

Maechler, W.: Fritz Onnasch. In: Die Kirche, Ausgabe vom 25. 7. 1948.

Magdeburger biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert. Biographisches Lexikon für die Landeshauptstadt Magdeburg und die Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck. Hrsg. von Guido Heinrich und Gunter Schandera. Magdeburg 2002.

Maier, Hans: Christlicher Widerstand im Dritten Reich. In: Mehlhausen, Joachim (Hrsg.): … und über Barmen hinaus. Studien zur Kirchlichen Zeitgeschichte. FS für Carsten Nicolaisen zum 4. April 1994 (AKiZ. B 13). Göttingen 1995, S. 186–203.

Ders. Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum (Herder-Spektrum. 4414). Freiburg/Basel/Wien 1995.

Ders. Politische Martyrer? Erweiterungen des Martyrerbegriffs in der Gegenwart. In: Ders./Nicolaisen, Carsten (Hrsg.): Martyrium im 20. Jahrhundert (Edition Mooshausen). Annweiler 2004, S. 87–107.

Ders./Nicolaisen, Carsten (Hrsg.): Martyrium im 20. Jahrhundert (Edition Mooshausen). Annweiler 2004.

Malone, Henry O.: Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909–1938. Aus dem Amerikanischen von Monika Malone. Berlin (West) 1986. (*Neuausgabe:* München 1994.)

Malvezzi, Piero/Pirelli, Giovanni: Und die Flamme soll euch nicht verbrennen. Letzte Briefe europäischer Widerstandskämpfer. Vorwort von Thomas Mann. Berlin (Ost) 1956.

Die Männer von Brettheim. Lesebuch zur Erinnerungsstätte. Redaktion: Hans Schultheiß. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Villingen-Schwenningen 1993.

Manoschek, Walter (Hrsg.): Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich. Wien 2003.

Manstein, Erich von: Verlorene Siege. Bonn [15]1998.

Margaliot, Abraham: Emigration – Planung und Wirklichkeit. In: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. Hrsg. von Arnold Paucker u. a. Tübingen 1986, S. 303–316.

Markschies, Christoph: Carl und Friedrich Goerdeler. In: Mehlhausen, Joachim (Hrsg.) Zeugen des Widerstands. Ehemalige Studenten der Universität Tübingen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus starben. 2., verbesserte Auflage Tübingen 1998, S. 142–172.

Martin, Gottfried: Brennende Wunden. Tatsachenberichte über die Notlage der evangelischen Deutschen in Polen. Berlin 1931, [2]1939.

Martini, Rudolf: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. In: Kirchliche Blätter aus der Ev. Landeskirche A. B. in Rumänien 37, 1946, Nr. 25, S. 206–208.

Märtyrer der Freiheit. Die Angeklagten des 20. Juli vor Gericht. In: Schwäbische Zeitung [Leutkirch/Friedrichshafen], Ausgabe vom 10. 5. 1946, S. 3.

Maser, Peter/Schjørring, Jens Holger (Hrsg.): Zwischen den Mühlsteinen. Protestantische Kirchen in der Phase der Errichtung der kommunistischen Herrschaft im östlichen Europa. Erlangen 2002.

Massow, Bertha von: Rundbrief an Schwestern, Freunde und Verwandte. Köslin 1939.

Mau, Rudolf (Hrsg.): Evangelische Bekenntnisse. Bekenntnisschriften der Reformation und neuere theologische Erklärungen. Bd. 1. Bielefeld 1997.

May, Gerhard: Die volksdeutsche Sendung der Kirche. Göttingen 1934.

Ders. Vom politischen Gehalt der evangelischen Verkündigung in den volksdeutschen Kirchen. Leer 1971.

Mechanicus, Philip: Im Depot. Tagebuch aus Westerbork. Hrsg. von Klaus Bittermann und Eike Geisel. Berlin 1993.

Mecking, Burkhart: Märtyrerbiographien als Quelle der Spiritualität. In: Mensing, Björn/Rathke, Heinrich (Hrsg.): Widerstehen. Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer. Leipzig 2002, S. 182–204.

Mecklenburgica Sacra. Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte. Hrsg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Mecklenburgische Kirchengeschichte. Wismar 1998 ff.

Mehlhausen, Joachim: Art. Nationalsozialismus und Kirchen. In: TRE Bd. 24, 1994, S. 43–78.

Ders. Pfarrer Oskar Brüsewitz (1929–1976). In: VF 43, 1998, S. 52–63.

Ders. (Hrsg.): Zeugen des Widerstands. Ehemalige Studenten der Universität Tübingen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus starben. Tübingen 1996, 2., verbesserte Auflage Tübingen 1998.

Ders. 50 Jahre Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Erbe und Auftrag. In: EvTh 59, 1999, S. 61–73.

Meier, Kurt: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik des Dritten Reiches (AGK.E. 7). Göttingen 1968.

Ders. Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in 3 Bänden. Band 1: Der Kampf um die „Reichskirche". Göttingen 1976; Bd. 2: Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher „Rechtshilfe". Göttingen 1976; Bd. 3: Im Zeichen des Zweiten Weltkrieges. Göttingen 1984.

Ders. Die historische Bedeutung des Kirchenkampfes für den Widerstand im „Dritten Reich". In: Ders.: Evangelische Kirche in Gesellschaft, Staat und Politik 1918–1945. Aufsätze zur kirchlichen Zeitgeschichte. Hrsg. von Kurt Nowak. Berlin (Ost) 1987, S. 132–153.

Meinhardt, Günther (Hrsg.): Aus Brombergs Vergangenheit. Ein Heimatbuch für den Stadt- und Landkreis. Wilhelmshaven 1973.

Meiser, Rudolf: Ansbach. Hort des Evang.-Luth. Landeskirchenrates in schwerer Zeit. In: 250 Jahre Barocke Kirche St. Gumbertus. Ansbach 1988, S. 209–222.

Meixner-Wülker, Emmy: Zwiespalt. Jugend zwischen NS-Erziehung und -Verfolgung. Hamburg 1988.

The Mennonite Encyclopedia. A comprehensive reference work on the Anabaptist-Mennonite movement. Hrsg. von Harold S. Bender u. a. 4 Bde. Hillsboro 1955–1959. Supplementband 1995.

Mennonitisches Lexikon. Hrsg. von Christian Hege u. Christian Neff. 4 Bde. Frankfurt a. M./Weierhof 1913–1967.

Mensing, Björn: „Ohne jede Rücksicht auf etwaige schlimme Folgen". Walter Hildmanns Gautinger Kirchenkampf 1936–1939. In: Mehlhausen, Joachim (Hrsg.): … und über Barmen hinaus. Studien zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für Carsten Nicolaisen zum 4. April 1994 (AKiZ. B 23). Göttingen 1995, S. 334–341.

Ders. Martyrien und ihre Rezeptionsgeschichte im deutschen Protestantismus. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. In: Mensing, Björn/Rathke, Heinrich (Hrsg.): Widerstehen. Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer. Leipzig 2002, S. 117–146.

Ders./Rathke, Heinrich (Hrsg.): Widerstehen. Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer. Leipzig 2002.

Dies. Mitmenschlichkeit, Zivilcourage, Gottvertrauen. Evangelische Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus. Leipzig 2003.

Merkle, Matthias: Hirte und Märtyrer. Lebensbild des Landesbischofs der Deutsch-Evangelischen Landeskirche in Jugoslawien D. Dr. Philipp Popp. O. O. u. J.

Ders. Die deutsche evangelische Kirche im Banat. In: Keine bleibende Stadt. Beiträge zur Geschichte deutscher Protestanten aus Jugoslawien. Hrsg. von Roland Vetter. O. O. 1990, S. 15–36.

Ders. Märtyrerbischof D. Dr. Philipp Popp. Leben und Wirken. Ein Vergleich mit den Ausführungen Dr. Wilds in seinem Buch: „Die deutsche evangelische Kirche in Jugoslawien 1918–1941". O. O. u. J.

Mertz, Hilde von: Zeuge für das wahre Deutschland. In: Tribüne 25, 1986, Heft 98, S. 122–132.

Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Hamburg 1969.

Ders. Das Reichskriegsgericht und die Verweigerer aus Gewissensgründen. In: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller. Hrsg. von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegener. München 1995, S. 369–383.

Ders. Was damals Recht war. NS-Militär- und Strafjustiz im Vernichtungskrieg. Essen 1996.

Ders./Wüllner, Fritz: Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende. Baden-Baden 1987.

Metz, Brigitte: Zum Gedenken an die Vikarin Anne-

marie Winter, gest. 7.9.1945. In: Die Kirche. Sonntagsblatt für Vorpommern, Ausgabe vom 29.8.1995.

Metzl, Andreas: Mayerhöffer, Arpad Ernst. In: Arbeiter in Gottes Weinberg. Lebensbilder deutscher evangelischer Pfarrer in und aus der Slowakei im 20. Jahrhundert. Unter Mithilfe vieler Mitarbeiter(innen) verfasst und bearbeitet von Andreas Metzl. Hilfskomitee für die evangelisch-lutherischen Slowakeideutschen. Stuttgart 2004.

Meyer, Dietgard: Elisabeth Schmitz. In: Erhart, Hannelore/Meseberg-Haubold, Ilse/Meyer, Dietgard: Katharina Staritz 1903–1953. Dokumentation. Band 1: 1903–1942. Neukirchen-Vluyn 1999, S. 187–269.

Meyer, Olaf: Eine Gemeinde im Kirchenkampf. Dargestellt am Beispiel der Philipp-Melanchthon-Gemeinde in Berlin-Neukölln (Typoskript).

[Meyer, Reinhold:] Der braucht keine Blumen. In Erinnerung an Reinhold Meyer. Hamburg 1994.

Meyer, Theophil: Nach Sibirien im Dienste der evangelisch-lutherischen Kirche. Dresden/Leipzig 1927.

Meyer, Winfried: Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für vom Holocaust Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht. Frankfurt a. M. 1993.

Ders. Nikolaus Christoph von Halem. In: Ders. (Hrsg.): Verschwörer im KZ. Hans von Dohnanyi und die Häftlinge des 20. Juli 1944 im KZ Sachsenhausen. (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. 5). Berlin 1999, S. 258–260.

Ders. (Hrsg.): Verschwörer im KZ. Hans von Dohnanyi und die Häftlinge des 20. Juli 1944 im KZ Sachsenhausen (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. 5). Berlin 1999.

Meyer-Krahmer, Marianne: Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt meines Vaters (Herder Taschenbuch. 1553). Freiburg/Basel/Wien 1989.

Dies. Carl Goerdeler – Mut zum Widerstand. Eine Tochter erinnert sich. Leipzig 1998.

Michael, Wilhelm C.: Der Christen Schuld und Sühne. Hamburg 1931.

Michaelis, Otto: Protestantisches Märtyrerbuch. Bilder und Urkunden der evangelischen Märtyrergeschichte aus vier Jahrhunderten. Stuttgart 1917, ²1927, ³1932.

Michaelis, Rolf: Die 10. SS-Panzer-Division „Frundsberg". Berlin 2004.

Miller, Donald N.: In the Midst of Wolves. A History of German Baptists in Volhynia, Russia 1863–1943. Portland 2000.

Miosge, Dieter: Friedrich Weissler (1891–1937). Ein Juristenschicksal. In: Höland, Armin/Lück, Heiner (Hrsg.): Juristenkarrieren in der preußischen Provinz Sachsen (1919–1945). Lebenswege und Wirkungen. Halle 2004, S. 43–51.

Mißling, Christiane: Adolf Friedrich Graf von Schack. In: Gläser, Bernd (Red.): Festschrift [Kant-Gymnasium Boppard]. 1765 – 1805 – 1905 – 2005. Boppard 2005, S. 32 f.

Dies. Adolf Friedrich Graf von Schack, Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. In: Hansenblatt 58, 2005, S. 80 f.

Moll, Helmut (Hrsg.): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Hrsg. im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. 2 Bde. Paderborn u. a. 1999, 4., verm. und aktualis. Auflage 2006.

Ders. Theologische Einführung. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. Bd. 1. Paderborn u. a. 1999, S. XXIX–XLIV.

Ders. Die katholischen deutschen Martyrer des 20. Jahrhunderts. Ein Verzeichnis. Paderborn 2001, ⁴2005.

Ders. „Selig, die ein reines Herz haben" (Mt 5,8). Das Reinheitsmartyrium der Loitzer Schülerin Brigitta Irrgang. Festvortrag in Demmin am 2. 10. 2004 (Manuskript).

Ders. Martyrium und Wahrheit. Zeugen Christi im 20. Jahrhundert. Weilheim-Biebronnen 2005.

Moltke, Freya von/Balfour, Michael/Frisby, Julian: Helmuth James von Moltke. 1907–1945. Anwalt der Zukunft. Stuttgart 1975.

Moltke, Helmuth James von: Völkerrecht im Dienste der Menschen. Dokumente. Hrsg. von Ger van Roon. Berlin (West) 1986. (*Neuausgabe:* München 1994.)

Ders. Briefe an Freya. 1939–1945. Hrsg. von Beate Ruhm von Oppen. München 1988.

Moltmann, Jürgen: Die Leiden dieser Zeit. Die Kirche und ihre Märtyrer. In: EK 18, 1985, S. 440–444.

Ders. Klaus und Dietrich Bonhoeffer. In: Mehlhausen, Joachim (Hrsg.): Zeugen des Widerstands. Ehe-

malige Studenten der Universität Tübingen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus starben. 2., verbesserte Auflage Tübingen 1998, S. 194–216.

Mommsen, Hans: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes [1966]. In: Graml, Hermann (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten (Die Zeit des Nationalsozialismus). Frankfurt a. M. 1994, S. 14–91.

Moß, Christoph (Hrsg.): „... wir leben doch in Gedanken nur mit euch ...“ Briefe von Georg und Frieda Lindemeyer 1937 bis 1941. Dokumente der Verfolgung von Christen jüdischer Herkunft in Düsseldorf (Schriften des Archivs der Evangelischen Kirche im Rheinland. 30) Düsseldorf 2002.

Mueller, Andreas: Ein Balte erinnert sich ... Erlebte Endzeiten 1939–45. Wedemark ²1996.

Mühleisen, Horst: Hellmuth Stieff. Briefe. Berlin 1991.

Mühlen, Bengt von zur/Klewitz, Andreas von (Hrsg.): Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin/Kleinmachnow 2001.

Müller, Christian: Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte. 3). Düsseldorf 1970.

Müller, Friedrich: Erinnerungen zum Weg der siebenbürgisch-sächsischen Kirche 1944–1964. Bukarest 1995.

Müller, Hans-Jürgen/Rudnick, Ursula (Hrsg.): Christen und Juden, Juden und Christen. Katalog zur Wanderausstellung in Bayern. Hannover 2002.

Müller, Josef: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit. München 1975.

Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938 (Schriften des Bundessarchivs. 30). Boppard/Rh. 1980.

Ders. Militärpolitik, nicht Militäropposition! Eine Erwiderung. In: HZ 235, 1982, S. 355–371.

Ders. (Hrsg.): Der deutsche Widerstand 1933–1945. Paderborn ²1990.

Ders. Der nationalkonservative Widerstand 1933–1940. In: Ders. (Hrsg.): Der deutsche Widerstand 1933–1945. Paderborn ²1990, S. 40–59.

Ders./Mommsen, Hans: Der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Zur Historiographie des Widerstandes. In: Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Der deutsche Widerstand 1933–1945. Paderborn ²1990, S. 13–21.

Müller-Bohn, Jost: Letzte Briefe eines Kriegsdienstverweigerers 1943. Lahr-Dinglingen 1984.

Müller-Enbergs, Helmut/Stock, Wolfgang/Wiesner, Marco: Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die evangelische Kirche. Münster 1999.

Mungard, Jens Emil: Fuar di min hart heer slain. Sölring steken en som breewer. Hrsg. von Hans Hoeg. Bräist/Bredstedt 1985.

Ders. Ströntistel en dünemruusen. Hrsg. von Hans Hoeg. Amrum 1995.

Museum für Naturkunde der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Walther Arndt. Berlin (Ost) o. J. [1983].

Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten. Hrsg. vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten e. V. Rostock 1994.

Neander, Wilhelm: Das Martyrium der baltischen Kirche. In: Wittram, Reinhard (Hrsg.): Baltische Kirchengeschichte. Göttingen 1956, S. 298–304.

Nebeling, Dieter: Renata Gräfin zu Stolberg-Wernigerode (1886–1946). In: Mager, Inge (Hrsg.): Frauenprofile des Luthertums. Lebensgeschichten im 20. Jahrhundert (Die Lutherische Kirche. Geschichte und Gestalten. 22). Gütersloh 2005, S. 274–295.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. 346). Bonn ²2000.

Neue Deutsche Biographie (NDB). Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin (West) 1953 ff.

Neumeyer, Heinz: Kirchengeschichte von Danzig und Westpreußen in evangelischer Sicht. Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Ostkirchenausschuß. 2 Bde. Leer 1971 und 1977.

Neuser, Wilhelm: Confessio Augustana Variata. Das Protestantische Einheitsbekenntnis von 1540. Speyer 1993.

Nicolaisen, Carsten: Friedrich Justus Perels (1910–1945). In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 369–383.

Niemöller, Martin: Fritz Müller. In: Niemöller, Wilhelm (Hrsg.): Lebensbilder aus der Bekennenden Kirche. Bielefeld 1949, S. 74–80.

Ders. Briefe aus der Gefangenschaft: Konzentrationslager Sachsenhausen (Oranienburg). Hrsg. von Wilhelm Niemöller. Bielefeld 1979.

Niemöller, Wilhelm: Bekennende Kirche in Westfalen. Bielefeld 1952.

Niesel, Wilhelm: Die Theologie Calvins. München ²1957.

Nitschke, Bernadetta: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 20). München 2003.

Nonacs, O. (Hrsg.): Macitaju zinojumi par. 1905. Gada revoluciju. Riga 1930.

Nordblom, Pia: Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen" (1934–1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (VKZG.F. 87). Paderborn u. a. 2000.

Norden, Günther van: Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934 (SVRKG. 76). Köln 1984.

Ders. Kirche und Staat im Kirchenkampf. In: Ders. (Hrsg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden, in Kirche und Gesellschaft (SVRKG. 84). Köln 1985, S. 97–116.

Ders. Die evangelische Kirche und die Juden im „Dritten Reich". In Brakelmann, Günter/Rosowski, Martin (Hrsg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie. Göttingen 1989, S. 97–111.

Ders. Die Barmer Theologische Erklärung und ihr historischer Ort in der Widerstandsgeschichte. In: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. 323). Bonn 1994, S. 170–181.

Ders. Politischer Kirchenkampf. Die rheinische Provinzialkirche 1934–1939 (SVRKG. 159). Bonn 2003.

Noss, Peter: Martin Albertz (1883–1956). Eigensinn und Konsequenz. Das Martyrium als Kennzeichen der Kirchen im Nationalsozialismus. Neukirchen-Vluyn 2001.

Nowak, Kurt: Hermann Reinmuth (Christ in der Welt. 45). Berlin (Ost) 1978.

Ders. Kirchenkampf und Widerstand im „Dritten Reich". Erwägungen zu einem historiographischen Prinzipienproblem. In: WZ(L).GS 30, 1981, S. 584–596.

Ders. Kirche und Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933–1945. In: Nicolaisen, Carsten (Hrsg.): Nordische und deutsche Kirchen im 20. Jahrhundert (AKiZ. B 13). Göttingen 1982, S. 228–270.

Ders. Wie es zu Barmen kam. Problem- und ereignisgeschichtliche Aspekte der Barmer Bekenntnissynode und ihrer „Theologischen Erklärung". In: Ders. (Hrsg.): Barmen und das Luthertum (Bekenntnis. 27). Hannover 1984, S. 9–35.

Ders. Protestantischer Widerstand im Dritten Reich. Bericht über den Stand der historischen Forschung. In: LM 24, 1985, S. 171–174.

Ders. Evangelische Kirche und Widerstand im Dritten Reich. Kirchenhistorische und gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven. In: GWU 38, 1987, S. 352–364.

Ders. Hermann Reinmuth (1902–1942). In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 119–136.

Oberman, Heiko A./Ritter, Adolf M./Krumwiede, Hans-Walter (Hrsg.): Kirchen- und Theologiegeschichte in Quellen. Neuzeit. 2. Teil: 1870–1975. Neukirchen-Vluyn ³1989.

Oehme, Werner: Märtyrer der evangelischen Christenheit 1933–1945. Neunundzwanzig Lebensbilder. Berlin (Ost) 1979, ²1980, ³1985.

Ohl, Helmut: Aktion Gitter. Der Reichstagsabgeordnete August Streufert. Ein deutsches Schicksal. Raisdorf 1994.

Ökumene im Widerstand. Der Lübecker Christenprozeß 1943. Hrsg. für die Luther-Gemeinde, Lübeck, und für die Katholische Propstei-Gemeinde Herz Jesu, Lübeck, von Isabella Spolovjnak-Pridat und Helmut Siepenkort. Lübeck 2001, 3., aktualis. und erw. Auflage 2006.

Okure, Teresa/Sobrino, Jon/Wilfred, Felix: Martyrium in neuem Licht. In: Concilium 39, 2003, S. 1–5.

Onnasch, Martin: Pfarrer und Gemeinde im Kirchen-

kampf der Kirchenprovinz Sachsen. Der „Fall Johannes Noack“ in Eisleben und die Bekennende Gemeinde in Helbra. In: HerChr 12, 1979/80, S. 139–150.
Ders. Ernst Lohmeyer in Greifswald. In: Die Retter Greifswalds. Hrsg. von Uwe Kiel. Greifswald 2006.

Ordinationsbuch. Matricula Ordinatorum 1880–1940. O. O. u. J.

Orzschig, Johannes (Hrsg.): Der Auftrag geht weiter. Geschichte des Diakonissen-Mutterhauses Salem-Koeslin-Minden. Minden 1980.

Otto, Wolfgang (Hrsg.): Freiheit in der Gebundenheit. Göttingen 1990.

Ottow, Martin/Lenz, Wilhelm (Hrsg.): Die evangelischen Prediger Livlands bis 1918. Begonnen von Paul Baerent. Hrsg. im Auftrag der Baltischen Historischen Kommission unter Mitarbeit von Erik Amburger und Helmut Speer. Köln/Wien 1977.

Page, Helena P.: General Friedrich Olbricht. Ein Mann des 20. Juli. Bonn 1992.

Pagel, Karl/Metz, Brigitte: Wir können's ja nicht lassen. Der Weg des Friedrich Onnasch unter dem Gebot seines Gewissens. Hrsg. von Matthias Gürtler. Berlin 1995.

Pamjat'. Eženedel'naja obščestvenno-političeskaja gazeta [Gedenken. Gesellschaftlich-politische Wochenzeitung]. Odessa.

Pangritz, Andreas: Die späte Entdeckung einer Zeugin. Leben und Wirken von Elisabeth Schmitz. In: Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft während der NS-Zeit – dem Vergessen eine Ende machen. Hrsg. von Hermann Düringer und Hartmut Schmidt (Arnoldshainer Texte. 130). Frankfurt a. M. 2004, S. 132–150.

Pasternack, Peer: 177 Jahre. Zwischen Universitätsschließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994 (Themata Leucoreana). Wittenberg 2002.

Patkau, Esther L.: The Paethkau Book, 1714–1987. Saskatoon, SK. 1987.

Pätkau, Jakob H.: „Reisebericht“. In: Unser Blatt 3/1 (Oktober 1927), S. 11–13.

Paul, Gerhard: Ungehorsame Soldaten. Dissens, Verweigerung und Widerstand deutscher Soldaten (1939–1945). St. Ingbert 1994.

Pauly, Walter: Max Fleischmann (1872–1943) und das Öffentliche Recht in Halle. Zugleich ein Beitrag zur Thomasius-Rezeption an der Vereinigten Friedrichs- rsp. Martin-Luther-Universität. In: Pauly, Walter (Hrsg.): Hallesche Rechtsgelehrte jüdischer Herkunft. (Hallesche Schriften zum Recht. 1). Köln u. a. 1996.

Pax, Ferdinand: Walther Arndt. Ein Leben für die Wissenschaft. In: Hydrobiologia 4, 1952, S. 302–331.

Pechel, Rudolf: Deutscher Widerstand. Zürich 1947.

Pelke, Else: Der Lübecker Christenprozeß. Mit einem Nachwort von Stephanus Pfürtner OP. Mainz 1961.

Penner, Horst/Gerlach, Horst/Quiring, Horst: Weltweite Bruderschaft. Ein mennonitisches Geschichtsbuch. Kirchheimbolanden ³1995.

Perels, Joachim: Christlicher Widerstand gegen eine schrankenlose Staatsgewalt. Zur Auseinandersetzung des Rechtsberaters der Bekennenden Kirche – Friedrich Justus Perels – mit dem NS-Regime. In: Düwell, Franz Josef (Hrsg.): Anwalt des Rechtsstaates. Festschrift für Diether Posser zum 75. Geburtstag. Köln 1997, S. 191–205.

Personalstand der Evang.-Luth. Kirche in Bayern rechts des Rheins. 28. Ausgabe. München 1937.

Peters, Christian: Apologia Confessionis Augustanae (CThM. B 15). Stuttgart 1997.

Pfarrerbuch der Kirchenprovinz Sachsen. Herausgegeben vom Verein für Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen e. V. in Zusammenarbeit mit dem Interdisziplinären Zentrum für Pietismusforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Verbindung mit den Franckeschen Stiftungen zu Halle (Saale) und der Kirchenprovinz Sachsen, Leipzig 2003 ff.

Pfeifer, Hans (Bearb.): Briefwechsel Dietrich Bonhoeffer – Heinrich Lebrecht 1934–1935. In: Dietrich Bonhoeffer Jahrbuch 2003. Hrsg. von Victoria Barnett u. a. Gütersloh 2003, S. 13–19.

Philipsen, Bernd: Brücke nach Palästina. Die Familie Wolff und das Gut Jägerslust. In: Verführt. Verfolgt. Verschleppt. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft 1933–1945. Hrsg. vom Stadtarchiv Flensburg. Flensburg 1996, S. 183–228.

Pietzsch, Henning: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970–1989. Köln/Weimar/Wien 2005.

Pistohlkors, Gert von (Hrsg.): Baltische Länder

(Deutsche Geschichte im Osten Europas). Berlin 1994.

Plettenberg, Karl-Wilhelm Freiherr von: Kurt Freiherr von Plettenberg. Loyalität und Menschlichkeit im Widerstand. In: Gegen den Strom. Widerstand und Zivilcourage im Nationalsozialismus in Schaumburg. Hrsg. von der Schaumburger Landschaft (Kulturlandschaft Schaumburg. 11). Bielefeld 2005, S. 89–104.

Plokhotniuk, Tatiana: „The Life and Death of Jacob Aron Rempel. An Example of Mennonite Resistance to Destructive State Power". Unveröffentlichtes Referat auf der wissenschaftlichen Konferenz Molochna 2004: „Mennonites and their Neighbours (1804–2004)", gehalten in Zaporizhia, Ukraine, 2.–5. Juni 2004.

Poelchau, Harald: Die letzten Stunden. Erinnerungen eines Gefängnispfarrers. Aufgezeichnet von Graf Alexander Stenbock-Fermor. Köln 1987.

Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. 50). München 2001.

Pohle, Thilo: „... und man wollte doch Unheil vermeiden". Dokumentarfilm 1988.

Pol'skij, M.: Novye mučeniki russkie. Sobranie materialov [Russische Neu-Märtyrer. Materialsammlung]. Jordanville, NY. 1949 und 1957.

Pommerin, Reiner: Erwin von Witzleben. Der designierte Oberbefehlshaber. In: „Für Deutschland". Die Männer des 20. Juli. Hrsg. Von Klemens von Klemperer. Frankfurt a. M. 1994, S. 328–343.

Popa, Klaus (Hrsg.): Die Rumäniendeutschen zwischen Demokratie und Diktatur. Der politische Nachlass von Hans Otto Roth 1919–1951. Frankfurt a. M. 2003.

Press, Bernhard: Judenmord in Lettland 1941–1945. Berlin 1992.

Preussen, Wilhelm Karl Prinz von/Freytag von Loringhoven, Bernd Baron: Johanniter und der 20. Juli 1944 (Schriftenreihe der Hessischen Genossenschaft des Johanniterordens. 14). Nieder-Weisel ²1989.

Pritzlaff, Christiane: Entrechtet – ermordet – vergessen. Jüdische Schüler in Hamburg. Begleitmaterialien zur Tonbildschau. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung. Hamburg 1996.

Prolingheuer, Hans: Die judenreine deutsche evangelische Kirchenmusik. Leben, Wirken und Verfolgung des Königsberger Kirchenmusikdirektors Ernst Maschke. In: JK 44, 1983, S. 262–268.

Ders. Ausgetan aus dem Land der Lebendigen. Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz. Neukirchen-Vluyn 1983.

Ders. Der rote Pfarrer von Köln. Leben und Kampf des Georg Fritze (1874–1939). Wuppertal 1981, Köln ²1989.

Ders. Hitlers fromme Bildhauer. Kirche & Kunst unterm Hakenkreuz. Köln 2001.

Pross, Christian: Das Krankenhaus Moabit 1920, 1933, 1945. In: Pross, Christian/Winau, Rolf (Hrsg.): Nicht misshandeln. Das Krankenhaus Moabit 1920–1933. Ein Zentrum jüdischer Ärzte in Berlin. 1933–1945 Verfolgung, Widerstand, Zerstörung. Hrsg. im Auftrag der Berliner Gesellschaft für Geschichte der Medizin (Stätten der Geschichte Berlins. 5). Berlin (West) 1984, S. 109–261.

Quiring, Traugott: Die Kontroverse um die staatliche Kontrolle bei den Baptisten seit 1961. Erfahrungen des Leiters einer registrierten Baptistengemeinde. In: G2W 16, 1988, Nr. 11, S. 18–29.

Raddatz, Carlies Maria: Werner Ihmels (1926–1949). In: Hummel, Karl-Josef/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt: Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000. S. 418–438.

Rahn, Peter: Mennoniten in der Umgebung von Omsk. Clearbrook, BC. (Selbstverlag) o. J.

Raiser, Ludwig: Die Bemühungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarvölkern, vor allem mit Polen. In: Begegnung mit Polen. Evangelische Kirchen und die Herausforderung durch Geschichte und Politik. Hrsg. von Jürgen Moltmann und Martin Stöhr. München 1974, S. 81–93.

Ramm, Hans-Joachim: „... stets einem Höheren verantwortlich". Christliche Grundüberzeugungen im innermilitärischen Widerstand gegen Hitler. Neuhausen/Stuttgart 1996.

Ders. Gedenken an U. W. Graf von Schwerin. In: Mecklenburgica Sacra 7, 2004, S. 61–73.

Rasmus, Hugo: Pomerellen, Westpreußen 1919–1939. München/Berlin (West) 1989.

Rathke, Heinrich: Gedenket ... In: Mecklenburgische Kirchenzeitung, Ausgabe vom 10. 2. 1995, S. 4.

Ders. Vergessene Märtyrer des Stalinismus. Ihre

Wiederentdeckung heute. In: Mensing, Björn/Rathke, Heinrich (Hrsg.): Widerstehen. Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer. Leipzig 2002, S. 147–174.

Ders. Todesopfer des Stalinismus im Bereich der ehemaligen Sowjetunion. In: Mensing, Björn/Rathke, Heinrich (Hrsg.): Mitmenschlichkeit, Zivilcourage, Gottvertrauen. Evangelische Opfer von Nationalsozialismus und Stalinismus. Leipzig 2003, S. 215–318.

Rauch, Georg von: Das baltische Pfarrhaus (1962). In: Ders.: Aus der baltischen Geschichte. Hannover 1980, S. 542–568.

Ders. Die internationale Bedeutung des 22. Mai 1919 (1969). In: Ders.: Aus der baltischen Geschichte. Hannover 1980, S. 597–602.

Ders. Geschichte der baltischen Staaten. München ^{3}1990.

Rauthe, Simone: „Scharfe Gegner". Die Disziplinierung kirchlicher Mitarbeitender durch das Evangelische Konsistorium der Rheinprovinz und seine Finanzabteilung von 1933 bis 1945 (SVRKG. 162). Bonn 2003.

Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche. Begründet von J. J. Herzog. 3., verb. u. verm. Auflage, hrsg. von Albert Hauck. Leipzig 1896–1913. *Zitiert:* RE^{3}.

Redlich, May: Lexikon deutschbaltischer Literatur. Köln 1989.

Reich, Ines: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat. Köln u. a. 1997.

Reichstags-Handbuch. V. Wahlperiode 1930. Hrsg. vom Bureau des Reichstags. Berlin 1930.

Reichwein, Adolf: Ein Lebensbild aus Briefen und Dokumenten. Ausgewählt von Rosemarie Reichwein unter Mitwirkung von Hans Bohnenkamp. Hrsg. und kommentiert von Ursula Schulz. München 1974.

Reimer, Johannes: Auf der Suche nach Identität. Rußlanddeutsche zwischen Baptisten und Mennoniten nach dem Zweiten Weltkrieg. Lage 1996.

Reinert, Fritz: Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik. Potsdam 1995.

Reinicke, Peter: Dr. Richard Kobrak. Ein Vertreter der modernen Wohlfahrtspflege. In: Soziale Arbeit 7, 2007, S. 261–268.

Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch in gemeinverständlicher Darstellung. Hrsg. von [Michael Schiele und] Leopold Zscharnack. Tübingen 1909–1913; Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. 2., völlig neubearb. Auflage, hrsg. von Hermann Gunkel und Leopold Zscharnack. Tübingen 1927–1932; 3., völlig neu bearb. Auflage, in Gemeinschaft mit Hans Frhr. v. Campenhausen u. a. hrsg. von Kurt Galling. Tübingen 1957–1965; 4., völlig neu bearb. Auflage, hrsg. von Hans Dieter Betz, Don S. Browning, Bernd Janowski und Eberhard Jüngel. Tübingen 1998 ff. *Zitiert:* RGG.

Rempel, Alexander: Art. Rempel, Jakob Aron. In: Mennonitisches Lexikon. Hrsg. von Christian Hege u. a. Bd. 3, 1958, S. 470–474.

Rempel, Hans: Er führet mich – Lebenserinnerungen. Unveröffentlichtes Manuskript.

Rempel, Olga: Einer von Vielen. Die Lebensgeschichte von Prediger Aaron P. Toews. Winnipeg 1979.

Rempel, Peter: Ältesten J. A. Rempel's Lebens- und Leidensgeschichte. O. O. u. J.

Reventlow, Elly (Hrsg.): Albrecht Bernstorff zum Gedächtnis. O. O. 1952.

Rhode, Arthur: Die Evangelische Kirche in Posen und Pomerellen. Erfahrungen und Erlebnisse in drei Jahrzehnten. 1914–1945. Lüneburg 1984.

Riccardi, Andrea: Salz der Erde, Licht der Welt. Glaubenszeugnis und Christenverfolgung im 20. Jahrhundert. Freiburg 2002.

Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. 19). Düsseldorf ^{2}1991.

Ders. Erwin und Charlotte Köhler. In: Fricke, Karl Wilhelm/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. München 2002, S. 71–75.

Rickers, Folkert: Widerstehen in schwerer Zeit. Erinnerung an Paul Schneider (1897–1939). Ein Arbeitsbuch für den Religionsunterricht in den Sekundarstufen und für die kirchliche Bildungsarbeit. Neukirchen-Vluyn 1997.

Ders. Orientieren statt idealisieren. Kritische Anmerkungen zum Märtyrerbegriff aus der Sicht der Religionspädagogik. In: Mensing, Björn/Rathke, Heinrich (Hrsg.): Widerstehen. Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer. Leipzig 2002, S. 205–224.

Ders. Das Weltbild Paul Schneiders. In: MEKGR 53, 2004, S. 133–184.

Riegel, Arthur: Else Rauch – Der Leidensweg einer Hamburger Lehrerin. Hamburg 1995.

Riemenschneider, Matthias/Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Elisabeth von Thadden. Gestalten, Widerstehen, Erleiden (Edition Zeitzeugen). Karlsruhe 2002.

Ringshausen, Gerhard: Evangelische Kirche und Widerstand. In: Deutscher Widerstand – Demokratie heute. Kirche, Kreisauer Kreis, Ethik, Militär und Gewerkschaften. Hrsg. von Huberta Engel im Auftrag der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V. Bonn/Berlin 1992, S. 62–117.

Ders. Das Jahrhundert der Märtyrer und die Ökumene: In: KZG 14, 2001, S. 237–247.

Ders. (Hrsg.): Zwischen Dissens und Widerstand. Der Solf-Kreis und die Teegesellschaft. Festschrift für Peter Höffken zum 60. Geburtstag. Lüneburg.

Ders. Zwischen Dissens und Widerstand – Geschichte und Einordnung der Teegesellschaft. In: Riemenschneider, Matthias/Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Elisabeth von Thadden. Gestalten, Widerstehen, Erleiden (Edition Zeitzeugen). Karlsruhe 2002, S. 188–229.

Ders. Hans-Alexander von Voß (1907–1944). Offizier im Widerstand. In: VZG 52, 2004, S. 361–407.

Ders. Auf dem Weg zu einem evangelischen Martyrologium? In: KZG 17, 2004, S. 254–264.

Ders. Widerstand und christlicher Glaube angesichts des Nationalsozialismus. (Lüneburger Theologische Beiträge. 3). Berlin 2007.

Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954, [4]1984.

Rittmeister, John: „Hier brennt doch die Welt." Aufzeichnungen aus dem Gefängnis 1942–1943 u. a. Schriften. Hrsg. von Christine Teller. Gütersloh 1992.

Röder, Friedhelm: Ich sterbe für ein Leben ohne Menschenhaß. In: Mein Heimatland. Zeitschrift für Geschichte, Volks- und Heimatkunde 36, 1995, S. 157–164.

Roder, Hartmut: Der christlich-nationale Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik (EHS.G. 291). Frankfurt a. M./Bern/New York 1986.

Rogall, Joachim: Die Deutschen im Posener Land und in Mittelpolen (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat. 3). München 1993.

Rohls, Jan: Ulrich von Hassell. In: Mehlhausen, Joachim (Hrsg.): Zeugen des Widerstands. Ehemalige Studenten der Universität Tübingen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus starben. 2., verbesserte Auflage Tübingen 1998, S. 42–64.

Röhm, Eberhard: Sterben für den Frieden. Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898–1940) und die ökumenische Friedensbewegung. Stuttgart 1985.

Ders./Thierfelder, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. 1933–1945.

Bd. 1: 1933–1935: Ausgegrenzt. Stuttgart 1990.

Bd. 2/1: 1935–1938: Entrechtet. Stuttgart 1992.

Bd. 2/2: 1935–1938: Entrechtet. Stuttgart 1992.

Bd. 3/1: 1938–1941: Ausgestoßen. Stuttgart 1995.

Bd. 3/2: 1938–1941: Ausgestoßen. Stuttgart 1995.

Bd. 4/1: 1941–1945: Vernichtet. Stuttgart 2004.

Dies. „Zwischen den Stühlen". Zur judenchristlichen Selbsthilfe im Dritten Reich. In: ZKG 41, 1992, S. 333–360.

Röhricht, Edgar: Pflicht und Gewissen. Erinnerungen eines deutschen Generals 1932 bis 1944. Stuttgart 1965.

Rohrstock. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wilhelmshaven, Nr. 56 vom September/Oktober 1991.

Roloff, Ernst-August: „Aufstand des Gewissens" oder Rebellion der Enttäuschten? Motive des national-konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus am Beispiel des Wolfenbütteler Oberlehrers Werner Schrader. In: Wissenschaftliche Zeitschrift des Braunschweigischen Landesmuseums 4, 1997, S. 121–152.

Ders. Erinnern – Trauern – Verdrängen? Gedanken über Gedenken und Denkmäler in Braunschweig. Hrsg. von der Stadt Braunschweig. Braunschweig [2]1998.

Rometsch, Matthias: Die Deutsche Evangelisch-Christliche Kirche im unabhängigen Staat Kroatiens 1941–1944. In: Keine bleibende Stadt. Beiträge zur Geschichte deutscher Protestanten aus Jugoslawien. Hrsg. von Roland Vetter. O. O. 1990, S. 65–91.

Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. Amsterdam/München 1967.

Ders. Wilhelm Staehle. Ein Leben auf der Grenze. 1877–1945. München 1969.

Ders. Wilhelm Staehle: Ein Leben auf der Grenze (1877–1945). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2, 1969, S. 69–93.

Ders. Hermann Kaiser und der Deutsche Widerstand. In: VZG 24, 1976, S. 259–286.

Rössler, Andreas: Positionen, Konfessionen, Denominationen. Eine kleine Kirchenkunde. Stuttgart 1988.

Rost, Rüdiger/Oswald, Horst: Geschichte der Stadt Pulsnitz. Von den Anfängen bis zum Jahr 2000. Hrsg. von der Stadtverwaltung Pulsnitz. Pulsnitz 2000.

Roth, Hans Otto: Dokumentation einer Tagung. In: Zugänge. Forum des Evangelischen Freundeskreises Siebenbürgen 5, 1990, Heft 8, S. 109–152.

Roth, Paul: Theophil Richter, der Vater von Swjatoslaw Richter, erschossen im Gefängnis in Odessa 1941. In: Ost-West-Informationsdienst [Königstein], Nr. 199/1998, S. 56–59.

Rothfels, Hans: The German Opposition to Hitler. Hinsdale, IL. 1948. (*Deutsch in erweiterter Fassung:* Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1949, Frankfurt a. M. ³1969.)

Royce, Hans (Bearb.): 20. Juli 1944. Hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn ²1954.

Ders./Zimmermann, Erich/Jacobsen, Hans-Adolf (Bearb.): 20. Juli 1944. Bonn 1964.

Rudolph, Katrin: Art. Kaufmann, Franz Herbert. In: BBKL Bd. 23, 2004, Sp. 770–775.

Dies. Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und „nichtarischen" Christen. Berlin 2005.

Rüegger, Hermann: Aufzeichnungen über Entstehung und Bekenntnis der Gemeinschaft Evangelisch Taufgesinnter (Nazarener). Zürich ²1962.

Rummel, Walter: Recht und Ordnung (Im Wandel der Zeit. 2000 Jahre an Rhein und Mosel. 9). Zwolle 2000, S. 203–222.

Rüthers, Bernd: Eine ungewöhnliche Erbfolge. Zur Erinnerung an Hauptmann Friedrich Karl Klausing. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 1.9.2004, S. 35.

Saborowski, H.: Nachruf für Dr. M. Slawinsky. In: Wahrheitszeuge 63, Nr. 10/11 vom 9./16.3.1941, S. 48.

Sack, Birgit: Dr. Margarete Blank (1901–1945). Justizmord und Erinnerungspolitik (Lebenszeugnisse – Lebenswege. 11). Dresden 2000.

Sahm, Ulrich: Rudolf von Scheliha. 1997–1942. Ein Deutscher gegen Hitler. München 1990.

Sander, Ulrich: Mord im Rombergpark. Tatsachenbericht. Hrsg. vom Internationalen Rombergparkkomitee. Dortmund ²1995.

Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand 1933–1945. Kreuzberg (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 10). Berlin ²1997.

Ders. Widerstand 1933–1945. Friedrichshain/Lichtenberg (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 11). Berlin 1997.

Ders. Widerstand in Mitte und Tiergarten (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 8). Berlin ²1999.

Ders. Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin 1933 bis 1945. 12). Berlin 2000.

Ders. Widerstand in Neukölln (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 4). Berlin o. J.

Sankt-Peterburgskij martirolog. Hrsg. von Vladimir Sorokin, Michail Škarowskij, Tamara Tatsenko. Sankt Petersburg 2002.

Sassin, Horst R.: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942. Hamburg 1993.

Sauser, Ekkart: Art. Scholl, Hans und Sophie. In: BBKL Bd. 9, 1995, Sp. 673–676.

Savin, Andrej I.: Sovetskoe gosudarstvo i evangel'skie cerkvi Sibiri v 1920–1941 gg. Dokumenty i materialy. Novosibirsk 2004.

Savvidis, Petra: Hermann Bonnus, Superintendent von Lübeck (1504–1548). Lübeck 1992.

Sawatsky, Walter: Dying for What Faith: When do Martyrologies Inspire and Heal or When do They Foster Christian Division? In: The Conrad Grebel Review 18, 2000, S. 31–53.

Ders. Historical Roots of a Post-Gulag Theology for Russian Mennonites. In: Mennonite Quarterly Review 76, 2002, S. 149–180.

Schäberle-Koenigs, Gerhard: Und sie waren täglich einmütig beieinander. Der Weg der Bekennenden Gemeinde Berlin. Dahlem 1937–1943 mit Helmut Gollwitzer. Gütersloh 1998.

Schabert, Oskar: Märtyrer. Der Leidensweg der balti-

schen Christen. Hamburg 1920, durchges. und erg. Auflage 1930 (*Neudruck:* Hannover 1973).
Ders. Baltisches Märtyrerbuch. Berlin 1926.
Ders. Bildnisse und Aussprüche baltischer Märtyrer und Konfessoren. Berlin 1932.
Ders. Der Märtyrer D. Traugott Hahn. Berlin 1935.

Schacht, Erich: In Rußland erlebt mit Jesus. Lahr 1997.
Ders. Erinnerungen an Rußland. Lahr 1999.

Schacht, Hjalmar: Abrechnung mit Hitler. Frankfurt a. M. [1949].

Schadewaldt, Hans: Die polnischen Greueltaten an den Volksdeutschen in Polen. Berlin 1940.

Schaeder, Hildegard: Die Heilige Befreiung. In: Schwöbel, Gerlind (Hrsg.): Leben gegen den Tod. Hildegard Schaeder. Ostern im KZ. Frankfurt a. M. 1995, S. 89–94.

Schäfer, Josef: „Wo Seine Zeugen sterben, ist Sein Reich". Briefe der enthaupteten Lübecker Geistlichen und Berichte von Augenzeugen. Lübeck [1945], Hamburg ²1946.

Schäfer, Jürgen: Kurt Gerstein – Augenzeuge des Holocaust. Ein Leben zwischen Bibelkreisen und SS (BWFKG. 16). Bielefeld 1999.

Schedler, Gustav: Die Kirche und ihr Wirken. In: Deutsches Schicksal in Polen. Ein Rückblick auf das kirchliche, völkische und wirtschaftliche Schaffen der Deutschen aus Mittel- und Ostpolen. Hrsg. im Auftrage des Hilfskomitees der ev.-luth. Deutschen aus Polen in Gemeinschaft eines Mitarbeiterkreises von Arthur Schmidt. Hannover-Linden 1953, S. 110–123.

Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren. Berlin 1999.

Scheinpflug, Theodor: Hinauf gen Jerusalem! Kinderpredigten. 2 Bde. Leipzig 1905.

Schellbach, Arthur: Die Zeit der NS-Diktatur 1933 bis 1945. In: Geschichte Sachsen-Anhalts, Bd. 3: Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952. Hrsg. vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V. Berlin/München 1994, S. 135–193.

Scherffig, Wolfgang: Junge Theologen im „Dritten Reich". Dokumente, Briefe, Erfahrungen, Bd. 3: Keiner blieb ohne Schuld. 1938–1945. Mit einem Geleitwort von Johannes Rau. Neukirchen-Vluyn 1994.

Scheurig, Bodo: Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler. Hamburg 1968.
Ders. Henning von Tresckow. In: Graml, Hermann (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt a. M. ²1994, S. 230–238.
Ders. Henning von Tresckow. Ein Preuße gegen Hitler. Frankfurt a. M./Berlin 1997.

Schilling, Carl: Die Grundvoraussetzungen der modernen Theologie bei ihrer Geschichtsdarstellung. In: Baltische Monatsschrift 45, 1903, S. 373–392.

Schilling, Peter: Aus anderem Holz geschnitzt. O. O. 2000.

Schirrmacher, Thomas: Jährlich 165.000 christliche Märtyrer … In: Klingberg, Max (Hrsg.): Märtyrer heute. Eine Dokumentation zur weltweiten Diskriminierung und Verfolgung von Christen. Asslar 2000, S. 18–23.

Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt a. M. 1959, Berlin ²1984.
Ders. Begegnungen in fünf Jahrzehnten. Tübingen 1979.

Schlau, Karl-Otto: Bolschewikenzeit in Mitau. 9. Januar – 18. März 1919. Wedemark-Elze 1999.

Schleicher, Rüdiger/Reymann, Friedrich: Recht der Luftfahrt. Kommentar zur deutschen Luftfahrtgesetzgebung. Berlin ²1937.

Schleuning, Johannes: Die Stummen reden. 400 Jahre evangelisch-lutherische Kirche in Russland. Erlangen ²1954.
Ders./Bachmann, Eugen/Schellenberg, Peter: Und siehe, wir leben! Der Weg der evangelisch-lutherischen Kirche in vier Jahrhunderten. Mit einem Geleitwort von Ernst Eberhard. Erlangen ²1982.

Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München/Zürich ²1994.

Schmid, Gottlob: Die Geschichte der Baptistengemeinde Schriesheim und ihrer Nachbargemeinden. Ms. masch. (Oncken-Archiv des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Elstal, Sammlung Gemeindechroniken.)

Schmid, Johanna: Die übersehenen Treuen. Studien über katholische und protestantische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück. Augsburg 1999.

Schmid, Manfred: Hermann Umfrid – Kämpfer für Menschenrecht und Menschenwürde. In: Schwäbische Heimat 37, 1986, S. 4–11.

Ders. (Hrsg.): Auf dem Stuttgarter Rathaus 1915–1922. Erinnerungen von Fritz Elsas (1890–1945). Stuttgart 1990.

Ders. (Hrsg.): Ein Demokrat im Widerstand. Zeugnisse eines Liberalen in der Weimarer Republik. Gerlingen 1999.

Schmidt, Arthur: Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen. In: Deutsches Schicksal in Polen. Ein Rückblick auf das kirchliche, völkische und wirtschaftliche Schaffen der Deutschen aus Mittel- und Ostpolen. Hrsg. im Auftrage des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen in Gemeinschaft eines Mitarbeiterkreises von Arthur Schmidt. Hannover-Linden 1953, S. 48–89.

Schmidt, Ernst Ludwig: Dokumentation über die Christin jüdischer Herkunft Elisabeth Braun, geboren am 24. Juli 1887 in München, ermordet am 25. November 1941 in Kaunas. Erlangen 2001.

Schmidt, Giselher: Aus einer versunkenen Welt in die Wirren der Zeit. Johanna Rahtgens. Eine Witwe des 20. Juli 1944. Tapferkeit, Engagement. In: Rheinisch-bergischer Kalender 71, 2001, S. 181–185.

Schmidt, Helene: „Gott, Dein Weg ist heilig". Erinnerungen an die letzten Wochen in Köslin. Minden 1970 (Archiv der Diakonissenanstalt Salem-Köslin Minden).

Schmidt, Uwe: Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute. Hamburg 1999.

Schmidt-Pohl, Jürgen: Strahlungen in dunkler Zeit. Glaubenserfahrung in Haft und Diktatur 1945–1989. Schwerin 2002.

Schnabel, Reimund: Die Frommen in der Hölle. Geistliche in Dachau. Frankfurt a. M. 1966.

Schneider, Margarete: Der Prediger von Buchenwald. Das Martyrium Paul Schneiders, Berlin (Ost) 1957.

Schnurr, Joseph (Bearb.): Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen. Evangelischer Teil. Stuttgart ²1978.

Schoebel, Martin: Art. Putbus, von. In: NDB Bd. 21, 2003, S. 16–18.

Schoenborn, Paul Gerhard: Alphabete der Nachfolge. Märtyrer des politischen Christus. Wuppertal 1996.

Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934. Frankfurt a. M./Berlin 1977; geringfügig ergänzte und korrigierte Ausgabe 1986.

Ders. (Hrsg.): Die Mittwochsgesellschaft. Protokoll aus dem geistigen Deutschland 1932–1944. Berlin (West) 1982.

Schöllgen, Gregor: Ulrich von Hassell. In: Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): 20. Juli. Portraits des Widerstands. Düsseldorf/Wien 1984, S. 135–146.

Ders. Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition (Beck'sche Reihe). München 1990, aktualisierte Neuausgabe 2004.

Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.): Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941–1944. München 1965.

Schreiber, Matthias: Friedrich Justus Perels. Ein Weg vom Rechtskampf der Bekennenden Kirche in den politischen Widerstand (HUWJK. 3). München 1989.

Ders. Art. Noa, Theodor. In: BBKL Bd. 6, 1993, Sp. 959 f.

Ders. Art. Perels, Friedrich Justus Leopold. In BBKL Bd. 7, 1994, Sp. 188 f.

Schrenck, Erich von: Baltische Kirchengeschichte der Neuzeit. Riga 1933. (*Nachdruck*: Hannover 1988.)

Schritt, Wilhelm: Zum Tode von Dr. Max Slawinsky. In: Die Gemeinde, Nr. 41 vom 10.10.1971, 2. Umschlagseite.

Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 7). Düsseldorf 1995.

Schröter, Jens: Art. Logienquelle. In: RGG⁴ Bd. 5, 2002, Sp. 483–486.

Schubert, Günter: Das Unternehmen „Bromberger Blutsonntag". Tod einer Legende. Köln 1989.

Schuch, Hans-Jürgen: 750 Jahre Marienwerder. Von der ersten Ordensburg in Pomesanien zur Regierungshauptstadt. In: Westpreußen-Jahrbuch 33, 1983, S. 5–21.

Schüler, Barbara: „Im Geiste der Gemordeten …". Die „Weiße Rose" und ihre Wirkung in der Nachkriegszeit. Paderborn u. a. 2000.

Schuller, Rudolf: Letzte Begegnung mit Hans Otto

Roth. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 24, 1975, S. 308–310.

Schultheiss, Hans: „Die Männer von Brettheim". Dokumentarfilm 1995/96.

Ders. Die Tragödie von Brettheim. Hrsg. vom Förderverein Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim". Tübingen 2002.

Schultze, Harald (Hrsg.): Das Signal von Zeitz. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz. Eine Dokumentation. Leipzig ²1993.

Ders. Evangelische Rezeption von Martyrien des 20. Jahrhunderts. In: Maier, Hans/Nicolaisen, Carsten (Hrsg.): Martyrium im 20. Jahrhundert. Annweiler o. J. [2004], S. 24–43.

Schulz, Frieder: Synaxis. Beiträge zur Liturgik. Zum 80. Geburtstag des Autors im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden hrsg. von Gerhard Schwinge. Göttingen 1997.

Ders. Das Gedächtnis der Zeugen. Vorgeschichte, Gestaltung und Bedeutung des Evangelischen Namenkalenders. In: Ders.: Synaxis. Beiträge zur Liturgik. Zum 80. Geburtstag des Autors im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden hrsg. von Gerhard Schwinge. Göttingen 1997, S. 384–425.

Schulz, Gerhard: Johannes Popitz (1884–1945). In: Jeserich, Kurt G. A./Neuhaus, Helmut (Hrsg.): Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945. Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S. 406–409.

Schwarz, Lotte: Die Tode des Johannes. Erzählungen. Bremen 1986.

Schwerin, Detlef Graf von: „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt". Die junge Generation im deutschen Widerstand. München 1991.

Schwöbel, Gerlind (Hrsg.): Leben gegen den Tod. Hildegard Schaeder. Ostern im KZ. (Schriftenreihe des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt a. M. 20). Frankfurt a. M. ²1995.

Dies. Ich aber vertraue. Katharina Staritz – eine Theologin im Widerstand. Frankfurt a. M. ⁴1998.

Dies. Hanna Solf, geb. Dotti. 1887–1954. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus: Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 73–76.

Dies. Hildegard Schaeder. 1902–1984. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus: Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 44 f.

Dies. Lagi, Gräfin Ballestrem, geb. Solf. 1909–1955. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus: Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 55 f.

Dies. Katharina Staritz. In: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus: Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939–1945. Begleitbroschüre zur Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 1998/99. Hrsg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, Förderverein e. V. Berlin 1999, S. 46 f.

Dies. Elisabeth von Thadden. In: Dies.: Nur die Hoffnung hielt mich. Frauen berichten aus dem KZ Ravensbrück. Frankfurt a. M. 2002, S. 119–129.

Dies. Hildegard Staehle. In: Dies.: Nur die Hoffnung hielt mich. Frauen berichten aus dem KZ Ravensbrück. Frankfurt a. M. 2002, S. 187–194.

Dies. Die Teegesellschaft in Berlin oder der Solf-Kreis. In: Dies.: Nur die Hoffnung hielt mich. Frauen berichten aus dem KZ Ravensbrück. Frankfurt a. M. 2002, S. 80–118.

Seibt, Ferdinand: Karl V. Der Kaiser und die Reformation. Berlin 1990.

Seidel, Jürgen: Ohne diese Opfer wäre kein echter Friede. Adolf Friedrich Graf von Schack – auch ein Mann des 20. Juli 1944. In: Mecklenburg-Magazin 15, 2004, Nr. 29, S. 21.

Sello, Maria: 1933–1945: Leben unter Hitler. Ein Erlebnisbericht. In: Ausgegrenzt. Schicksalswege ‚nichtarischer' Christen in der Hitlerzeit. Hrsg. von Arnulf H. Baumann. Hannover, 1992. S. 37 f.

Sénéchal, Willy: Tapfere Pfarrer. Berichte aus der Wirklichkeit. Berlin o. J. [1937].

Seuberlich, Erich: Art. Schilling. In: Stammtafeln Deutsch-baltischer Geschlechter. I. Reihe. Leipzig 1924, Sp. 381–388.

Sharing in one hope. Bangalore 1978. Reports and documents from the meeting of the Faith and Order Commission. 15.–30. August, 1978. Ecumenical Christian Centre, Bangalore, India. Commission on Faith and Order. World Council of Churches, Geneva (Faith and Order Paper. 92). Genf 1979.

Shifrin, Avraham: UdSSR-Reiseführer durch Gefängnisse und Konzentrationslager in der Sowjetunion. Uhldingen/Seewis 1980.

Siegele-Wenschkewitz, Leonore: Protestantische Universitätstheologie und Rassenideologie in der Zeit des Nationalsozialismus – Gerhard Kittels Vortrag „Die Entstehung des Judentums und die Entstehung der Judenfrage" von 1936. In: Brakelmann, Günter/Rosowski, Martin (Hrsg.): Antisemitismus. Göttingen 1989, S. 52–76.

Dies. Auseinandersetzungen mit einem Stereotyp: Die Judenfrage im Leben Martin Niemöllers. In: Büttner, Ursula (Hrsg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. Hamburg 1992, S. 293–319.

Silesia Sacra. Historisch-statistisches Handbuch über das evangelische Schlesien. Hrsg. von Gerhard Hultsch. Düsseldorf 1953.

Silomon, Anke: Oskar Brüsewitz (1929–1976). In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 439–458.

Sinner, Samuel D.: The Open Wound. The Genocide of German Ethnic minorities in Russia and the Soviet Union, 1915–1949 and Beyond. Fargo, ND. 2000.

Sivers, Jegor von (Hrsg.): Herder in Riga. Urkunden. Riga 1868. (*Neudruck*: Hannover 1973).

Škarovskij, Michail u. a.: Rimsko-katoličeskaja cerkov' na severo-zapade Rossii v 1917–1945 gg. [Die römisch-katholische Kirche im Nordwesten Russlands zwischen 1917 und 1945]. Leningrad 1988.

Ders./Čerepenina, Nadežda: Istorija Evangeličesko-Ljuteranskoj Cerkvi na Severo-Zapade Rossii 1917–1945 [Geschichte der Ev.-Luth. Kirche im Nordwesten Russlands 1917–1945]. Sankt Petersburg 2004.

Slane, Craig J.: Bonhoeffer as Martyr. Social Responsibility and Modern Christian Commitment. Grand Rapids 2004.

Slawinsky, Max: Milieupädagogik. Versuch einer pädagogischen Gruppensoziologie. Diss. Tilsit 1926.

Ders. Christliche Glaubenskunde. Leitfaden für den christlichen Religionsunterricht. Kassel 1940.

Slawinsky, Reinhard (Hrsg.): Heldische Frömmigkeit. Siegfried oder Christus? Von Max Slawinsky. Mit Quellen und Kommentar zur Lebensgeschichte im Anhang. O. O. 2000.

Slusser, Michael: Art. Martyrium III. Christentum. In: TRE Bd. 22, 1992, S. 207–212.

Smid, Marikje: Deutscher Protestantismus und Judentum 1923/33 (HUWJK. 2). München 1990.

Dies. Hans von Dohnanyi – Christine Bonhoeffer. Eine Ehe im Widerstand gegen Hitler. Gütersloh 2002.

Söhlmann, Fritz: Die evangelische Kirche und die Aufgaben im Deutschen Osten. In: JK 8, 1940, S. 178–190.

Söhne und Töchter unserer Gemeinde. Friedrich-Karl Klausing. In: Reformiertes Kirchenblatt [Frankfurt a. M.] 36, 1962, Nr. 11, S. 5.

Sölle, Dorothee: Leiden. Stuttgart ^{4}1978.

Sommer, Erich Franz: Botschafter Graf Schulenburg. Der letzte Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau. Asendorf 1987.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München ^{2}1983.

Sparn, Walter (Hrsg.): Wer schreibt meine Lebensgeschichte? Biographie, Autobiographie, Hagiographie und ihre Entstehungszusammenhänge. Gütersloh 1990.

Speidel, Hans: Ludwig Beck. Studien. Stuttgart 1955.

Spiru, Basil (Hrsg.): September 1939. Red.: Felix-Heinrich Gentzen. Berlin (Ost) 1959.

Spittel, Lydia: Du hast mich überredet. Stuttgart 1949.

Springer, Siegfried: Evangelisch-Lutherische Kirche Europäisches Russland. Bericht von der 2. Generalsynode der ELKRAS. In: Evangelisch-Lutherische Kirche (Hrsg.): Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland, der Ukraine, in Kasachstan und Mittelasien: 1994–1999. Sankt Petersburg 2000.

Stadtland, Tjarko: Rechtfertigung und Heiligung bei Calvin (BGLRK. 32). Neukirchen-Vluyn 1972.

Stahlberg, Alexander: Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945. Berlin 1999.

Steil, Gusti: Ludwig Steil. Ein westfälischer Pfarrer im Kirchenkampf. Ein Lebensbild von Gusti Steil. Neu herausgegeben und mit einem Anhang versehen durch das Presbyterium der Kirchengemeinde Holsterhausen. Bielefeld 1990

Steil, Ludwig (Hrsg.): Christus-Herrschaft. Berlin 1924.

Stein, von: Im roten Mitteldeutschland der ersten Nachkriegsjahre. In: Die Provinzialkirche. Monatsblatt für die Vertreter der Kirchengemeinden der Provinz Sachsen 15, 1935, Juli – Dezember.

Steinbach, Peter: Hingerichtet am 20. Juli 1944. Ein Lebensbild: Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim. In: Tribüne 25, 1986, Heft 98, S. 117–122.

Ders. Der Widerstand als Thema der politischen Zeitgeschichte. Ordnungsversuche vergangener Wirklichkeit und politischer Reflexionen. In: Besier, Gerhard/Ringshausen, Gerhard (Hrsg.): Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944. Göttingen 1986, S. 11–74.

Ders. Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld. In: Ders./Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 15–26.

Ders. Die totalitäre Weltanschauungsdiktatur des 20. Jahrhunderts als Ausdruck „Politischer Religion" und als Bezugspunkt des antitotalitären Widerstands. In: KZG 12, 1999, S. 20–46.

Ders. Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Paderborn/München/Zürich ²2001.

Ders./Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. 323). Bonn 1994.

Dies. (Hrsg.): „Ich habe den Krieg verhindern wollen". Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939. Eine Dokumentation. Katalog zur Ausstellung. Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Berlin 1997.

Dies. (Hrsg.): Lexikon des Widerstandes 1933–1945. München ²1998.

Steinkamp, Peter: Oberst Wilhelm Staehle. Hilfe für Verfolgte durch den Kommandanten des Invalidenhauses und seine Frau. In: Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS. Hrsg. von Wolfram Wette. Frankfurt a. M. 2004, S. 213–229.

Stempel, Heinrich: [Beitrag] In: Afranisches Ecce 42, 1937, S. 5–10.

Stenbock-Fermor, Alexander Graf: Der rote Graf. Autobiographie. Berlin (Ost) 1973.

Stephany, Maximilian (Hrsg.): Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren, – Wer sein Leben verlieret um meinetwillen, der wird es finden. Zum Gedächtnis an Carl Theophil Schilling, Pastor zu Nitau (Livland), seine Predigten. Hrsg. mit Zeitschilderungen und Beschreibung seines tragischen Todes im Revolutionsjahr 1905 von M. Stephany, Pastor am Dom zu Riga. Riga 1910.

Stern, Jochen: Der Fall Liberal Organisation (LO). Eine Widerstandsgruppe in Frankfurt/Oder. In: Kaff, Brigitte (Hrsg.): Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone. Freiburg/Basel/Wien 2003, S. 208–222.

St. Goar ehrt Widerstandskämpfer. Adolf Friedrich Graf von Schack war ein Sohn der Rheinfelsstadt und wurde nach dem Aufstand vom 20. Juli 1944 hingerichtet. In: Rhein-Zeitung [Koblenz], Ausgabe J (Rhein-Hunsrück-Zeitung [Simmern]) vom 4.7.2005, S. 15.

Stichling, Hans-Werner: Die „Schubert-Gruppe" II. Der Prozess, das Urteil und die Rehabilitation. ‹www.mdr.de/damals-in-der-ddr/ihre-geschichte/1565265-hintergrund-1564138.html›.

Stoecker, Wolf: Bericht über das Verfahren gegen O. C. Kiep vor dem Volksgerichtshof (Juli/August 1944). In: Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Hrsg. von Bengt von zur Mühlen unter Mitarbeit von Andreas von Klewitz. Berlin/Kleinmachnow 2001, S. 76–87.

Stoldt, Irmgard: Mittelpunkte rußlanddeutscher Diakonissenarbeit. In: Schnurr, Joseph (Bearb.): Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen. Evangelischer Teil. Stuttgart ²1978, S. 235–246.

Stöver, Rolf: Protestantische Kultur zwischen Kaiserreich und Stalingrad. Porträt der Zeitschrift „Eckart" 1906–1943 (SKZG. 5). München 1982.

Strathmann, Hermann: Art. martys. In: ThWNT Bd. 4, 1942, S. 477–520.

Streufert, Siegfried: Arch of Fire. A Child in Nazi Germany. O. O. [Harrisburg, PA.] 1995.

Ders. Drachenwind. Harrisburg, PA./Raisdorf 1997

Stricker, Gerd: Aus der Russischen Orthodoxen Kirche V. In: Kirche im Osten 27, 1984, S. 145–172.

Ders. Das kirchliche Leben der Deutschen in Rußland und der Sowjetunion. In: Tausend Jahre Nachbarschaft. Rußland und die Deutschen. Hrsg. von Manfred Hellmann und Alfred Eisfeld. München ²1989, S. 144–162.

Ders. Religion in Rußland. Darstellungen und Daten zu Geschichte und Gegenwart. Gütersloh 1993.

Ders. Die Schulen der Wolgadeutschen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Dahlmann, Dittmar/Tuchtenhagen, Ralph (Hrsg.): Zwischen Reform und Revolution. Die Deutschen an der Wolga 1860–1917 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 4). Essen 1994, S. 244–266.

Ders. (Hrsg.): Rußland (Deutsche Geschichte im Osten Europas. 10). Berlin 1997, Sonderausgabe 2002.

Ders. Die lutherische „Brüderbewegung" in Rußland als Echo des europäischen Pietismus. In: Barbasina, Elvira/Brandes, Detlef/Neutatz, Dietmar (Hrsg.): Die Rußlanddeutschen in Rußland und Deutschland. Selbstbilder, Fremdbilder, Aspekte der Wirklichkeit. Essen 1999, S. 35–49.

Ders. Skizzen zur Geschichte der Deutschen in Russland. In: Babuschkas Enkelinnen brechen auf. Glaubenswege von Frauen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland und in anderen Staaten. Porträts und Berichte. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Frauenarbeit im Gustav-Adolf-Werk. Leipzig 2000, S. 124–147.

Ders. Bildungswesen zwischen den Weltkriegen. In: Ders. (Hrsg.): Rußland (Deutsche Geschichte im Osten Europas. 10). Berlin 1997, Sonderausgabe, 2002, S. 465–481.

Ders. Die Ev.-Luth. Kirche in Rußland im ersten Jahrzehnt der sowjetischen Herrschaft (1917–1929). In: Maser, Peter/Schjørring, Jens Holger (Hrsg.): Zwischen den Mühlsteinen. Protestantische Kirchen in der Phase der Errichtung der kommunistischen Herrschaft im östlichen Europa. Erlangen 2002, S. 63–120.

Ders. Reflexe des Pietismus und Neu-Pietismus auf russischem Boden. In: Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte 6, 2004, S. 39–66.

Strik-Strikfeldt, Wilfried: Gegen Stalin und Hitler. General Wlassow und die russische Freiheitsbewegung. Mainz 1970.

Ströbel, Otto: Die Männer von Brettheim. Hrsg. vom Landkreis Schwäbisch Hall. Kirchberg an der Jagst ²1988.

Strohm, Christoph: Das von Hans von Dohnanyi geführte Diensttagebuch des Reichsjustizministers 1934–1938. Eine noch unausgeschöpfte Quelle für die Erforschung des Kirchenkampfes. In: ZKG 99, 1988, S. 354–375.

Ders. Theologische Ethik im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Der Weg Dietrich Bonhoeffers mit den Juristen Hans von Dohnanyi und Gerhard Leibholz in den Widerstand (HUWJK. 1). München 1989, S. 249–263.

Ders. Die Bedeutung von Kirche, Religion und christlichem Glauben im Umkreis der Attentäter des 20. Juli 1944. In: ZKG 108, 1997, S. 213–235.

Ders. „Teilnehmen am Schicksal Deutschlands". Patriotismus und abendländisch-christliche Zivilisation bei Dietrich Bonhoeffer. In: Homann, Karl (Hrsg.): Welt-Heuristik des Glaubens. Festschrift zum 65. Geburtstag von Ernst Feil. Gütersloh 1997, S. 166–177.

Ders. Dietrich Bonhoeffer (1906–1945). In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 312–330.

Ders. Art. Märtyrer. IV. Neuzeit. In: RGG⁴ Bd. 5, 2002, Sp. 866 f.

Strübind, Andrea: Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im „Dritten Reich". Wuppertal-Kassel ²1995.

Dies./Strübind, Kim (Hrsg.): Zwischen Himmel und Erde. Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde München (Baptisten). Hamburg 2003.

Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig. 1945–1955. Beucha ²1998.

Studia Liturgica. An International Ecumenical Review for Liturgical Research and Renewal. Vol. 34, Nr. 1: Societas Liturgica: 2003 Eindhoven Congress – The Cloud of Witnesses. Rotterdam 2004.

Stumpp, Karl: Verzeichnis der evangelischen Pastoren in den einzelnen deutschen und gemischten Kirchspielen in Rußland, bzw. der Sowjetunion, ohne

Baltikum und Polen. In: Schnurr, Joseph (Bearb.): Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen. 2., überarbeitete Auflage Stuttgart 1978, S. 116–234.

Stupperich, Robert (Hrsg.): Melanchthons Werke in Auswahl. Bd. VI: Bekenntnisse und kleine Lehrschriften. Gütersloh 1955.

Ders. Kirchenordnungen der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland (QODKG. 1/2). Ulm 1959.

Swartzenhuber, Orley A.: The Piety and Theology of the Anabaptist Martyrs in van Bragh t's Martyrs' Mirror. In: Mennonite Quarterly Review 28, 1954, S. 5–26, 128–142.

Szepansky, Gerda: Frauen leisten Widerstand. 1933–1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten. Frankfurt a. M. 1983.

Tatsenko, Tamara: St. Petersburger Martyrologium. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 22, 2004, S. 81–87.

Taube, Otto von: Die baltischen Märtyrer. Ein Gedenkblatt. Berlin-Steglitz 1939.

Teichrib, Abram: Der Weg zur Heimat. Erinnerungen meiner Mutter. Detmold o. J.

Templin, Brigitte/Klatt, Ingaburgh (Bearb.): „Lösch mir die Augen aus …" – Leben und gewaltsames Sterben der vier Lübecker Geistlichen in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. vom Burgkloster zu Lübeck/Amt für Kultur der Hansestadt Lübeck. Lübeck 1994.

Thadden, Rudolf von: Widerstand wider Willen. Zum Gedenken an Elisabeth von Thadden. In: Das Plateau 6, 1995, S. 40–47.

Theologische Realenzyklopädie. Hrsg. von [Gerhard Krause und] Gerhard Müller. Berlin/New York 1977 ff. *Zitiert:* TRE.

Thiel, Albrecht: In der Schule Gottes. Die Ethik Calvins im Spiegel seiner Predigt über das Deuteronomium. Neukirchen-Vluyn 1999.

Thiel, Volker: Werner von Haeften. Widerstand im Schatten Stauffenbergs. Eine Skizze. Magisterarbeit. Bonn 1991.

Thierfelder, Jörg: Fritz Elsas. In: Mehlhausen, Joachim (Hrsg.): Zeugen des Widerstands. Ehemalige Studenten der Universität Tübingen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus starben. 2., verbesserte Auflage Tübingen 1998, S. 91–110.

Ders. Werner Sylten (1893–1942). In: Hummel, Karl-Josef/Strohm, Christoph (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig/Kevelaer 2000, S. 137–157.

Thiessen, Franz P.: Neuendorf in Bild und Wort. Espelkamp 1985.

Thiessen, Justina: Prediger und Missionar Bernhard Bergen. In: Töws, Aaron A. (Hrsg.): Mennonitische Märtyrer der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Bd. 1. Winnipeg 1949, S. 119–123.

Thoemmes, Martin: Die Martyrer des Lübecker Christenprozesses. In: Moll, Helmut (Hrsg.): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Hrsg. im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. Bd. 1. Paderborn u. a. 1999, 4., verm. und aktuals. Auflage 2006, S. 249–257.

Thompson, Dorothy: Deutsche die Hitler bekämpfen. In: Deutsche Innere Emigration (Dokumente des anderen Deutschland. 4). New York 1946, S. 9–28.

Thun-Hohenstein, Romedio Galeazzo Graf von: Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition (Deutscher Widerstand 1933–1945). Berlin (West) 1982.

Thüngen, Hanskarl Freiherr von: Das Haus Thüngen. Geschichte eines fränkischen Adelsgeschlechts. Würzburg 1988.

Tiefensee, Gerd-Dietrich: Dr. Carl und Dr. Fritz Goerdeler. Zwei Turnerschafter im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Krause, Peter/Fritz, Herbert (Hrsg.): Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hrsg. im Auftrag des Österreichischen Vereins für Studentengeschichte (Tradition und Zukunft. 3). Wien 1997, S. 184–194.

Tilgner, Wolfgang: Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933). In: Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus. Hrsg. von Horst Zilleßen. Gütersloh 1970, S. 135–171.

Titow, Nikolai: Hier ist Ihre Heimstatt … In: Neues Leben. Unabhängige deutsche Zentralzeitung [Moskau], Nr. 25 vom 17. 6. 1992, S. 4.

Tödt, Heinz Eduard: Dokument des Widerstands. Die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung. In: EK 17, 1984, S. 243–247.

Ders. Der Bonhoeffer-Dohnanyi-Kreis in der Opposition und im Widerstand gegen das Gewaltregime

Hitlers (Zwischenbilanz eines Forschungsprojekts). Beigabe zu: Gremmels, Christian/Tödt, Ilse (Hrsg.): Die Präsenz des verdrängten Gottes. Glaube, Religionslosigkeit und Weltverantwortung nach Dietrich Bonhoeffer (ibf. 7). München 1987, S. 238–247.

Ders. Der Bonhoeffer-Dohnanyi-Kreis in der Opposition und im Widerstand gegen das Gewaltregime Hitlers. In: Tödt, Heinz Eduard (Hrsg.): Theologische Perspektiven nach Dietrich Bonhoeffer. Gütersloh 1993, S. 170–216.

Töws, Aaron A. (Hrsg.): Mennonitische Märtyrer der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Bd. 1. Winnipeg 1949; Bd. 2: Der große Leidensweg. Winnipeg 1954.

Ders. Mennonite Martyrs. People Who Suffered for Their Faith. 1920–1940. Winnipeg/Hillsboro 1990.

Transehe-Roseneck, Alexander Georg Astaf von: Die Lettische Revolution. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Theodor Schiemann. 2 Bde. Berlin ²1908.

Treu, Marie: Emil Kaehlbrandt. Lebensbild eines livländischen Pastors. Riga 1910. (*Neudruck*: Hannover 1975.)

Trott, Clarita von: Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung. Berlin 1994.

Tschoerner, Helmut: St. Petersburg. Stadt der Kirchen – Ort des Glaubens. Erlangen 2001.

Ders. Das evangelisch-lutherische Predigerseminar in Leningrad 1925–34. Anmerkungen zu seiner Geschichte. Mit 79 Briefen von Bischof D. A. Malmgren (Beiträge zur Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche Russlands. 3). Erlangen 2002.

Tuchel, Johannes: Weltanschauliche Motivationen in der Harnack/Schulze-Boysen-Organisation („Rote Kapelle"). In: KZG 1, 1988, S. 267–292.

Ders. Zur Festnahme, Haft und Enteignung von Albrecht Graf Bernstorff. 1943–1945. Berlin 1991 (nicht veröffentlichtes Gutachten).

Ders. Maria Terwiel und Helmut Himpel. Christen in der Roten Kapelle. In: Coppi, Hans/Danyel, Jürgen/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. A 1). Berlin 1994, S. 213–225.

Ders. Helmut Himpel. In: Asendorf, Manfred/Bockel, Rolf von (Hrsg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Stuttgart/Weimar 1997, S. 271 f.

Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961 (KoGe. 27). Stuttgart 2003.

Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Köln 1994.

Ders. Cäsar von Hofacker und der deutsche Widerstand gegen Hitler in Paris. In: Martens, Stefan von/Vaissa, Maurice (Hrsg.): Frankreich und Deutschland im Krieg. Bonn 2000, S. 621–631.

Ufer, Ernst: Männer im Feuerofen. Tageserlebnisse eines Kriegspfarrers 1939–1945. [Als Manuskript gedruckt.] Düsseldorf o. J.

Umfrid, Hermann: Politik und Ethik. Vortrag, gehalten auf der Arbeitswoche in Tübingen Januar 1924. In: Unser Weg. Stimmen aus dem Bunde der Köngener 3, 1924, S. 15–24.

Umfrid, Irmgard: Hermann Umfrid. Erinnerungen an die Jahre 1930–1934 in Niederstetten. In: Württembergisch-Franken. Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch Franken 66, 1982, S. 203–227.

Unruh, A. H.: Die Geschichte der Mennoniten-Brüdergemeinde 1860–1954. Hillsboro, KS. 1955.

Vangerow, Curt: Zur Erinnerung an Pastor Wilhelm Schulz. † in Liegnitz am 12. Mai 1946. In: Liegnitzer Heimatbrief 13, 1961.

Vegesack, Siegfried von: Die Baltische Tragödie. Berlin 1934.

Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948. Die Stationen eines Völkermords. Hrsg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung – Stiftung des privaten Rechts (Donauschwäbisches Archiv. 67, 3). München ³2000.

Die Verschleppung der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939: Eine Dokumentation. Zusammengestellt und bearbeitet von Hans Freiherr von Rosen. Berlin/Bonn 1990.

Viebig, Michael: Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942–1945). Hrsg. vom Ministerium des Innern, Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1998.

Vinke, Hermann: Cato Bontjes van Beek. „Ich habe nicht um mein Leben gebettelt". Ein Porträt. Zürich/Hamburg 2003.

Vins, Georgi P.: Three Generations of Suffering. London 1979.

Ders. Auf dem Pfad der Treue. Gummersbach 2000.

Vogel, Heinrich: Aufgabe und Weg der Kirchlichen Hochschule Berlin. 1935–1955. Berlin (West) 1955.

Völker, Alexander: Communio Sanctorum. Der evangelische Namenskalender. Case Study beim Kongress der Societas Liturgica in Eindhoven 2003 „Die Wolke der Zeugen".

Voss, Gerhard: Das Gedächtnis der Märtyrer in der römisch-katholischen Kirche. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte. Mitteilungen 21, 2003, S. 25–42.

Voss, Rüdiger von: Der 20. Juli 1944. Anmerkungen zum Verständnis deutscher Geschichte. In: Besier, Gerhard/Schmidt, Günter R. (Hrsg.): Widerstehen und Erziehen im christlichen Glauben. Festgabe für Gerhard Ringshausen zum 60. Geburtstag. Holzgerlingen 1999, S. 182–204.

Voswinckel, Peter: Nach 61 Jahren komplett. Abschiedsbriefe der Vier Lübecker Märtyrer im historischen Kontext. In: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 85, 2005, S. 279–330.

Vuletić, Aleksandar-Saša: Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich. Verfolgung und organisierte Selbsthilfe. 1933–1939. Mainz 1999.

Wachtsmuth, Wolfgang: Die Bolschewistenzeit in Riga. 3. Januar – 22. Mai 1919. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 1929, S. 108–110.

Wagner, Frieder/Bayer, Oswaldo: Daß Du 2 Tage schweigest unter der Folter – Elisabeth Käsemann, ein deutsches Schicksal. Dokumentarfilm. Deutschland 1991.

Wagner, Oskar: Staat und religiöse Minderheiten in der Republik Polen. In: Ders. (Hrsg.): Zwischen Völkern, Staaten und Kirchen. Zur Geschichte des Protestantismus in Ostmitteleuropa. Mit einem Vorwort von Gotthold Rhode. Berlin (West)/Bonn 1986, S. 129–144.

Ders. (Hrsg.): Zwischen Völkern, Staaten und Kirchen. Zur Geschichte des Protestantismus in Ostmitteleuropa. Mit einem Vorwort von Gotthold Rhode. Berlin (West)/Bonn 1986.

Wahrheitszeuge. Wochenschrift für Gemeinde und Haus. Organ der deutschen Baptisten 63, 1941.

Wainwright, Geoffrey: The Saints and the Departed: Confessional Controversy and Ecumenical Convergence. In: Studia Liturgica 34, 2004, S. 65–91.

Wälchin, Herbert: Christuskirche Mannheim 1911–1961. Mannheim 1961.

Walter, Claus-Dieter: Walter. Typoskript. Essen 1985. (Archiv Stephan Bitter.)

Walter, Richard: Ernst Käsemanns Wirken als Gemeindepfarrer im Kirchenkampf. In: KZG 12, 1999, S. 199–224.

Warburg, Eric M.: Zeiten und Gezeiten. Hamburg 1982.

Wardin, Albert W.: Evangelical Sectarianism in the Russian Empire and the USSR. A Bibliographic Guide. Lanham, MD./London 1995.

Warkus, Richard: Schlesien – eine Perle in der Krone deutscher Landschaften. Gemeinde Saulwitz mit Ortsteil Rohrau, Kreis Ohlau. In: HSO 29, 1980, Nr. 5, S. 10 [Anfang] bis 30, 1981, Nr. 9, S. 10 [12. Fortsetzung und Schluss].

Waschkau, Nina: Neue Forschungen zum Ende der Wolgarepublik und zum Schicksal der Russlanddeutschen bis 1955. In: Zeitschrift für Weltgeschichte 1, 2000, S. 65–74.

Wassermann, Rudolf: Zur juristischen Bewertung des 2. Juli 1944. Der Remer-Prozeß in Braunschweig als Markstein der Justizgeschichte. In: Recht und Politik 20, 1984, S. 68–80.

Water, Mark: The New Encyclopedia of Christian Martyrs. Grand Rapids, MI. 2001.

Weckel, Ludger: Um des Lebens willen. Zu einer Theologie des Martyriums aus befreiungstheologischer Sicht. Mainz 1998.

Wegner, A.: Ewald v. Kleist-Schmenzin. In: Brief für Tradition und Leben, Nr. 16, 1950, S. 7–11.

Wegner-Korfes, Sigrid: Graf von der Schulenburg – Mitverschwörer des 20. Juli 1944. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32, 1984, S. 681–699.

Dies. Realpolitische Haltungen bei Offizieren der Familien Mertz von Quirnheim, Korfes und Dieckmann. In: Militärgeschichte 25, 1986, S. 226–233.

Dies. Friedrich Werner Graf von der Schulenburg. Botschafter Nazideutschlands in Moskau und Mitverschwörer des 20. Juli 1944. In: Groehler, Olaf (Hrsg.): Alternativen. Schicksale deutscher Bürger. Berlin (Ost) 1987, S. 231–270.

Dies. Weimar, Stalingrad, Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes. Berlin 1994.

Weiling, Christoph: Die „Christlich-deutsche Bewegung“. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik. Göttingen 1998.

Weise, Christian: Art. Gruehn, Werner Georg Alexander. In: BBKL Bd. 20, 2002, Sp. 658–668.

Wendel-Gilliar, M. W.: Das Reich des Todes hat keine Macht auf Erden. Priester und Ordensleute sowie evangelische Pastöre 1933–1945 KZ Dachau. Bd. 2: Diözesen G–K sowie Evangelische Kirche. Rom 2002.

Wentorf, Rudolf: Siegbert Stehmann. Ein Dichter in der Bewährung (Zeugen des gegenwärtigen Gottes. 169). Gießen 1965.

Ders. Der Fall des Pfarrers Paul Schneider. Eine biographische Dokumentation. Neukirchen-Vluyn 1989.

Westin, Gunnar: Der Weg der freien christlichen Gemeinden durch die Jahrhunderte. Geschichte des Freikirchentums. Kassel 1956.

Wette, Wolfram (Hrsg.): Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumentation eines Meinungswandels. Essen 1995.

Ders. Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Frankfurt a. M. 2002.

Ders. Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS. Frankfurt a. M. 2004.

Wickert, Christl (Red.): Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Marburg 2000.

Wild, Georg: Die Deutsche Evangelische Kirche in Jugoslawien 1918–1941 (Veröffentlichungen des Südostdeutschen Kulturwerks. B 37). München 1980.

Wilfert, Andrea: Fritz Elsas. In: Meyer, Wilfried (Hrsg.): Verschwörer im KZ. Hans von Dohnanyi und die Häftlinge des 20. Juli 1944 im KZ Sachsenhausen. Berlin 1999, S. 222–226.

Wilts, Ommo: Jens E. Mungard. Zu seinem hundertsten Geburtstag am 9. Februar 1985. In: Nordfriesland 74, 1985, S. 39–43.

Winter, Friedrich: „Weiß ich den Weg auch nicht …“. Das Leben der Vikarin Annemarie Winter (1912–1945). Leipzig ²2005.

Winter, Henry H.: Ein Hirte der Bedrängten. Wheatley/ON. 1988.

Winterhager, Wilhelm Ernst: Horst von Einsiedel (1905–1948). In: Moltke Almanach. Bd. 1: Die Herkunft der Mitglieder des engeren Kreisauer Kreises. Das biographische und genealogische Bild einer Widerstandsgruppe. Hrsg. von der Moltke-Stifung. Berlin (West) 1984, S. 157 f.

Ders. (Bearb.): Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Berlin (West) 1985.

Witetschek, Helmut (Bearb.): Die kirchliche Lage nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943. Bd. 7: Ergänzungsband Regierungsbezirke Oberbayern, Ober- und Mittelfranken, Schwaben. 1943–1945 (VKZG.Q. 32). Mainz 1981.

Wittram, Heinrich: Kirchliche Leitung im baltischen Krisenjahr 1905 auf dem Hintergrund nationaler und sozialer Gegensätze 1881–1919. In: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 53, 2006, S. 152–176.

Wittram, Reinhard: Art. Baltische Länder. In: RGG³ Bd. 1, 1957, Sp. 850–856.

Ders. Art. Dorpat II. Universität. In: RGG³ Bd. 2, 1958, Sp. 251–255.

Ders. (Hrsg.): Baltische Kirchengeschichte. Göttingen 1956.

Witzke, Christiane: Domjüch. Erinnerungen an eine Heil- und Pflegeanstalt in Mecklenburg-Strelitz. Neubrandenburg 2001.

Wolf, Ernst: Kirche im Widerstand? Protestantische Opposition in der Klammer der Zweireichelehre. München 1965.

Ders. Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung. In: Schmitthenner, Walter/Buchheim, Hans (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien. Köln/Berlin 1966, S. 215–255.

Ders. Volk, Nation, Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart. In: Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus. Hrsg. von Horst Zilleßen. Gütersloh 1970, S. 172–212.

Wollstein, Günter: Friedrich Olbricht. In: Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): 20. Juli. Portraits des Widerstands. Düsseldorf 1984, S. 207–222.

Wood, Diana (Hrsg.): Martyrs and martyrologies. Papers read at the 1992 Summer Meeting and the

1993 Winter Meeting of the Ecclesiastical History Society (SCh[L]. 30). Oxford/Cambridge, MA. 1993.

Wörmann, Heinrich-Wilhelm: Widerstand in Charlottenburg (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. 5). Berlin 1991.

Wrobel, Johannes (Red.): Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in München 1933–1945 (Materialien und Quellen zur Verfolgung der Zeugen Jehovas 1933–1945). Selters (Taunus) 1999.

Wuermeling, Henric L.: „Doppelspiel". Adam von Trott zu Solz im Widerstand gegen Hitler. München 2004.

Wünsche, Frederic: Marie-Luise Schultze-Jahn. Ein Leben für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit im Zeichen der „Weißen Rose". Ms. Hamburg 1999 (Schülerarbeit zum Bertini-Preis).

Wüsten, Johannes: Rübezahl oder Der Strom fließt nicht bergauf (Exilliteratur. 10). Hildesheim 1979.

Ders. … auf dass ich etliche gewänne. Kunstbetrachtungen in der Provinz. Ausgewählt und kommentiert von Wolfgang Wessig. Görlitz 1991.

Zeitschel, Charlotte: Das kleine Fräulein Doktor. In: Bodeit, Friderun (Hrsg.): Ich muß mich ganz hingeben können: Frauen in Leipzig. Leipzig 1990, S. 204–216.

Zeller, Eberhard: Geist der Freiheit: Der zwanzigste Juli. München 1952, ⁵1965.

Ders. Oberst Claus Graf Stauffenberg: Ein Lebensbild. Paderborn u. a. 1994.

Zentral-Komité der Unterstützungs-Kasse für evangelisch-lutherische Gemeinden in Russland (Hrsg.): Die Evangelisch-Lutherischen Gemeinden in Russland. Eine historisch-statistische Darstellung. Bd. 1: Der St. Petersburgische und der Moskowische Konsistorialbezirk. St. Petersburg 1909.

Zeugnis für ein anderes Deutschland. Ehemalige Tübinger Studenten als Opfer des 20. Juli 1944 (Werkschriften des Universitätsarchivs Tübingen. Reihe 2: Repertorien und Kataloge. 11). Tübingen ²1984.

Zewell, Rudolf: Universale Gemeinschaft. In: Rheinischer Merkur, Nr. 16 vom 15. 4. 2004.

Ziemann, Benjamin: Fluchten aus dem Konsens zum Durchhalten. Ergebnisse, Probleme und Perspektiven der Erforschung soldatischer Verweigerungsformen in der Wehrmacht 1939–1945. In: Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Hrsg. von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann. München 1999, S. 589–613.

Zilgalvis, Janis: Macitajmuizas latvija [Pastorate in Lettland]. Riga 2002.

Zimmermann, Gottfried: Evangelisation damals. In: Materne, Ulrich/Balders, Günter (Hrsg.): Erlebt in der DDR. Berichte aus dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden. Wuppertal/Kassel 1995, S. 194–197.

Zimmermann, Peter: Theodor Haubach. Eine politische Biographie. München/Hamburg 2004.

Zimmermann, Rudolf: Ehrenbuch für die im Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordeten Antifaschisten. Hrsg. von Gedenkstätte und Dokumentationszentrum Brandenburg-Görden. Bd. 2: 1940–1942. Brandenburg-Görden 1986.

Zimmermann, Wolf-Dieter (Hrsg.): Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer. Ein Almanach. 4., um weitere Beiträge von Anneliese Goerdeler erweiterte, mit einem neuen Vor- und Nachwort versehene Auflage München 1969.

Zions-Wächter. Gemeindeblatt für die Westdeutsche, Ostdeutsche, Mitteleuropäische und Donau-Union der Siebenten-Tags-Adventisten. 1896–1914.

Zirlewagen, Marc: Art. Dieckmann, Wilhelm. In: BBKL Bd. 24, 2005, Sp. 501–504.

Personenregister

Abraham 344
Abramowski, Gertrud (geb. Powilleit) 219
Abramowski, Rudolf 219 f.
Adams, Kurt 221
Adams, Maria (geb. Welmann) 221
Adamski, Stanisław 180
Adler, Vinzent 97
Adolphi, Anna (geb. Brandt) 517
Adolphi, Ellen (geb. Brandt) 517
Adolphi, Heinrich 139, 517
Agatha 26
Aicher, Otl 126, 451
Alber, Johannes 598
Albertz, Martin 206, 223, 331
Albrecht II. Markgraf von Brandenburg-Ansbach 130
Alexander II. (Alexander Nikolajewitsch) 133
Alexander III. (Alexander Alexandrowitsch) 133
Alt, Karl 368, 452 f.
Althaus, Paul 177 f., 269, 405, 489
Altrock, Hans von 481
Aman, Eleonore (geb. Schmidt) 518
Aman, Eugenie (geb. Blank) 518
Aman, Friedrich 518
Andersch, Alfred 48, 126 f.
Andreas (Apostel) 21
Arndt, Feodor 221
Arndt, Ilse 221
Arndt, Julia (geb. Heimann) 221
Arndt, Walther 221–223
Arnheim, Elise 224
Arnheim, Frieda 223
Arnheim, Rudolf 224
Arnhold, Gustav A. 567
Asmussen, Hans 37 f., 503
Aßmann, Julius 186, 189
Aßmus(s), Waldemar 567
Auerbach, Leonhard 341
Aufricht, Erna 225 f.
Aufricht, Johanne 226
Augustin 67 f., 70, 253 f.
Auning, Robert 136
Austin, Diana 696

Bachmann, Eugen 163, 166, 579, 583, 605, 633, 647 f.
Baier, Otto 384
Balke, Johannes 372
Ballestrem, Lagi (geb. Solf) 213
Bandzmer, Augustina (geb. Rescheva) 568
Bandzmer, Friedrich A. 568
Bär, Paul 618
Barkhof, Maria 330
Baron, Hermine (geb. Löw) 368
Bartelt, Margarete 660
Barth, Helga 227
Barth, Karl 77, 101, 104, 177, 272, 294, 296, 318, 430, 475, 480, 665 f., 693
Barwinski, Otto 373
Baschwitz, Alfred 568
Baschwitz, Marie (geb. Braun) 568
Bastian, Ernst Andreas Otto 227 f.
Bastian, Hans-Wolfgang 227 f.
Bastian, Max 121 f., 373 f.
Bauer, Friedrich 244
Baumann, Christian 150
Baumann, Elisabeth (geb. Keller) 568
Baumann, Lene 568
Baumann, Michael 568
Baumbach, Heinrich J. 568
Baumbach, Karoline (geb. Mjanowski) 568
Bäumer, Friedrich-Wilhelm 656
Bäumer, Gertrud 260

Bausch, Erika 312
Bausch, Viktor 312
Bechly, Hans 285 f.
Bechthold, Alexander 578
Beck, Amalie (geb. Pagenstecher) 229
Beck, Bertha (geb. Draudt) 229
Beck, Ludwig 100, 229 f., 251, 253, 259, 266, 281, 289, 305, 311, 322, 338 f., 375 f., 402 f., 407, 411, 415, 420, 423, 425, 461, 466, 508
Becker, Carl Heinrich 428
Behning, Bertha (geb. Aßmus) 569
Behning, Georg 569
Behning, Liborius 569
Behrendt, Treuherz *siehe* Berendt, Ernst
Behrens, von 186
Bell, George 239, 365, 489, 496
Benedikt XIV. 26 f., 31, 47
Bengel, Johann Albrecht 168
Benne, Erika 236
Benne, Werner 236
Benzin, Karl 618
Berendt, Ernst 37, 230–232
Berendt, Ernst (sen.) 231
Berendt, Maria (geb. Hammerschmidt) 230
Berg, Eugen 518 f.
Berg, Nancy (geb. Adolphi) 518
Bergen, Anna (geb. Thiessen) 569
Bergen, Bernhard 569 f.
Bergen, Lena (geb. Wiebe) 569
Bergengruen, Else (geb. Bornhaupt) 519
Bergengruen, Hermann 519
Bergius, Renate 439
Bergmann, Johannes 570 f., 597, 621, 631, 643, 650
Bergner, Fritz 94, 232 f.
Bergner, Martha (geb. Müller) 232
Berndt, Gustav 193
Berner, Sergej 570
Bernewitz, Alexander 142, 520
Bernewitz, Alexander (Vetter) 520
Bernewitz, Emilie (geb. Kroeger) 520
Bernstorff, Albrecht Graf von 232–235
Bernstorff, Heinrich Graf von 233–234
Bernstorff, Ingeborg 235
Bertling 228
Bertram 228
Bertram, Rosa 197
Besel, Emanuel 578
Bethge, Eberhard 43 f., 253, 353, 406, 448,
Bethge, Gertrud 676
Bidder, Marie Hermine (geb. Petri) 521
Bidder, Oskar 137, 521 f.
Biedermann, Karl 80
Biegmann, Emil 94, 235
Biegmann, Wally 235
Bielke 387
Bielenstein, August 522
Bielenstein, Emil 522
Bielenstein, Hans (Johannes) 131, 139, 522, 554
Bielenstein, Ingeborg (geb. von Wadenstjerna) 522
Biermann, Wolf 657
Birth, Elsa Eva (geb. Buchholz) 571
Birth, Gustav 571
Bischoff, Hans 459
Bietsch, Josef 571
Bittner, Alfred 190
Blank, Eleonore 235
Blank, Herbert 235
Blank, Margarete 235–237
Blank, Nikolai 235
Blank, Raissa (geb. Kowarski) 235
Blasi, Josef 94
Blau, Paul 77, 173, 179, 181
Bloch, Ernst 512
Blumenbach, Hermann 571
Blumenbach, Katharina 571
Blumenthal, Hans-Jürgen Graf von 237 f., 454
Blumhardt, Joh. Christoph 447
Bock, Fedor von 366
Bodelschwingh, Friedrich von 103, 560, 568
Bodungen, Ferdinand von 572
Bodungen, Gustav von 572
Boeckler, Helmut 186
Boese, Ernst Albert 572
Böhm, Hans 295
Böhme 432
Böhme, Jakob 511 f.
Bojack, Konrad 219
Bolle, Friedrich 655
Bolle, Margarete 655
Bonekemper, Johannes 632
Bonhoeffer, Dietrich 6 f., 37–39, 42, 44, 46, 53, 73 f., 76–78, 80–83, 103 f., 108 f., 112, 114 f., 123, 203 f., 206, 219, 238f., 252f., 258, 277, 280, 286–289, 308 f., 362, 404–408, 411, 425, 439, 442, 448, 457, 484

Bonhoeffer, Emmi (geb. Delbrück) 239
Bonhoeffer, Karl 238, 240, 258
Bonhoeffer, Klaus 239–241, 252 f., 258, 411, 449
Bonhoeffer, Paula (geb. von Hase) 258
Bonifatius 73
Bönsch, Richard 94
Bontjes van Beek, Cato 241 f.
Bontjes van Beek, Jan 241
Bontjes van Beek, Mietje 241
Borcke, Carl von 209
Borcke, Lonny von 209
Borgmann, Wilhelm 174, 189
Bormann 227
Bormann, Martin 187, 272
Bornitz, Elsa 242
Bornitz, Kurt 242 f.
Bornitz, Paul 242
Bornkamm, Elisabeth 331
Bornkamm, Günther 219
Bose, Herbert von 336
Bosse, Heinrich 142, 523 f.
Bosse, Wilhelmine (geb. Förster) 523
Bötticher, Bernhard von 143, 524 f.
Bra(a)tz, Friedrich 572
Brandenburg 448
Brändström, Elsa 430
Braun, Adolf 447
Braun, Elisabeth 243 f.
Braun, Friedrich 275, 301, 511
Braun, Rosa 243
Braune, Marie-Agnes 491
Braune, Paul 206, 270, 360
Brause 335
Bredow, Ferdinand von 508
Breifuss 223
Breiling, Olga 241
Brendel, Robert 245
Brendel, Xenia (geb. Bernstein) 245
Breslauer, Ilse 270
Bressler, Hans-Guenther 369 f.
Breughel 312
Bronisch-Holtze, Ernst 246 f.
Bronisch-Holtze, Thora (geb. Holtze) 246
Brugger, Anton 94, 98, 247 f.
Brugger, Anton (sen.) 247
Brugger, Elisabeth Josefa (geb. Fischbacher) 247
Brüning, Hans 94, 248 f.
Brüning, Heinrich 280, 285
Brüning, Lilly (geb. Köbele) 248
Brunstäd, Friedrich 269
Brüsewitz, Christa (geb. Roland) 655
Brüsewitz, Oskar 655–657
Brüsewitz, Therese (geb. Heinisch) 655
Buber, Martin 673
Buchholz, Erna (geb. Abraham) 249
Buchholz, Karl Gottfried 249
Buchholz, Peter 249
Buchholz, Ulrich 249
Buchman, Frank 426
Buchmann, Erika 227
Büchner 324
Budkiewicz, Konstantin 152 f.
Budnik, Gustav 355 f., 457 f.
Bühl, Manfred 263
Buhle, Walther 382
Bürckel, Josef 474
Burckhardt, Johannes 378
Burckhardt, Theodor 343
Burgwitz, Martin 406
Bursche, Julius 179, 181, 192 f.
Busch, Anna Juliette (geb. Ripke) 573
Busch, Emil 573
Busch, Julius 135 f., 525
Busch, Julius (sen.) 525
Busch, Karl 525
Buse, Julius 194
Bussche-Streithorst, Axel Freiherr von dem 290
Buttersack, Hans 38, 249 f.
Buttersack, Margarete (geb. Glaser) 249
Büttner, Alfred 573
Buxhoeveden, Albrecht von 130

Cäcilie 482
Calvin, Johannes 28, 63, 66, 68–70
Canaris, Erika (geb. Waag) 251
Canaris, Wilhelm 214, 239 f., 251, 253, 259, 389, 403, 407 f., 442, 457
Cepljak, Jan 153
Chalmers, Thomas 87
Cholode(t)zky, Emil 573
Cholode(t)zky, Helene (geb. Dankwardt) 573
Chruschtschow, Nikita 170
Churchill, Winston 99, 230

Cleemann, Gustav 526
Cleemann, Olga (geb. Bernsdorff) 526
Cloeter, S. G. Chr. 602
Coch, Friedrich 431 f.
Cohn, Ernst 673
Commons, John 305
Cooper, Louise 469

Dafis (Ehepaar) 273
Dahlmann (jun.) 184
Dahlmann (sen.) 184
Damm, Brigitte 470
Damrath, Rudolf 487
Dante Alighieri 312
Darré, Walter 314
Daur, Rudi 496
Dauwolter, Georg 573
Degwitz, Rudolf 437
Dehn, Günther 242
Deissmann, Adolf 683
Deißner, Kurt 674
Delbrück, Ellen (geb. von Wahl) 252
Delbrück, Hans 252, 258
Delbrück, Justus 240, 252 f.
Delbrück, Klaus 253
Delbrück, Lina (geb. Thiersch) 252
Delp, Alfred 389, 514
Deters, Erwin 574
Deutschkron, Rita 273
Deutschmann, Friedrich 574, 594
Deutschmann, Marie (Iwanowna) 574
Dibelius, Otto 40, 103, 173, 280, 653, 672, 677
Dieckmann, Erika (geb. Freiin Mertz von Quirnheim) 254
Dieckmann, Wilhelm 254 f., 383
Diedrich, Gerhard 186
Dietrich, Ernst-Ludwig 365
Ding-Schuler 450
Diokletian 61
Dirks (sen.) 574
Dirks, Heinrich 574 f.
Dittmann, Ewald 255 f.
Dittmer, Gustav 250
Ditzel, Christian 575
Djoka 685
Doebler, Alma (geb. von Samson-Himmelstjerna) 527
Doebler, Erhard 131, 137, 142, 145, 527 f.
Doehring, Bruno 309
Dohna-Schlobitten, Maria Agnes Gräfin zu (geb. von Borcke) 209 f.
Dohna-Schlobitten, Heinrich Graf zu 209, 256 f.
Dohnanyi, Christine von (geb. Bonhoeffer) 257
Dohnányi, Ernst von 258
Dohnanyi, Hans von 104, 112, 115, 237, 239 f., 251, 253, 257–259, 305, 309, 346, 362, 407, 411, 442, 457
Domaschk, Matthias 657 f.
Domaschk, Ruth 657
Dönhoff, Heinrich Graf von 415
Dostojewski, Fjodor Michailowitsch 253
Dotti, Fritz und Ehefrau 213
Draeger, Margarete (geb. Lubowski) 259–261, 315, 440, 509
Draeger, Walter 259
Drews, Otto 404
Duberg, Alwine von 460–462
Dürksen, Jakob 575 f.
Dürksen, Kathrina (geb. Breul) 575 f.
Drzymala 180

Ebel, Friederike (geb. Schröer) 658
Ebel, Rudolf 658
Eckert, Erwin 226
Eckert, Otto 298
Eckhardt, Antonie (geb. Heyer) 528
Eckhardt, August 142, 528 f.
Eddy, Mary Baker 305
Ediger, Alexander 577, 624
Ediger, Heinrich A. 577 f.
Ediger, Katharina (geb. Dyck) 577
Ehmann, Walter 187
E(h)mich, Wilhelm 578
Ehrenberg, Hans 203 f., 476
Eichhorn, Alexander 578
Eichhorn, Eduard 578, 637
Eichhorn, Heinrich 578
Eichmann, Adolf 355, 509
Eichstädt, Kurt 191
Eicke, Theodor 322
Einsiedel, Horst von 660 f.
Eisel, Heinrich 578, 594, 601, 628, 636
Elisabeth von Hessen-Darmstadt 73
Ellmenreich, Renate (geb. Groß) 657

Elsas, Fritz 261
Elsas, Marie (geb. Scholl) 261
Elser, Georg 101, 112, 255, 262–264, 383
Emde, F. 455
Engel, Carl 674
Ense 362
Erbes, Elisabeth (geb. Grasmück) 579
Erbes, Johannes 579
Erbes, Rosalie (geb. Lohrer) 579
Erna (Schwester) 273
Ernst, Friedrich 362
Ernst, Josef 219
Ernst, Wilhelm 266
Esch, Johannes von 22
Esser 300
Essipher, Ernst 579
Eulenburg und Hertefeld, Philipp Fürst zu 463

Fabri 574
Fahrenbruck/Fahrendrusch, Friedrich 579
Fahrenbruck/Fahrendrusch, Sohn 579
Falkenhausen, Alexander von 403
Falzmann, Alexander Karl 193
Faulhaber, Michael 105
Fehler, Theodor 579
Feldmann, Edith (geb. Härter) 264
Feldmann, Winfried 264 f.
Fellgiebel, Erich 349, 403
Ferber, Max 95, 580 f.
Ferber, Olga (geb. Tschernaja) 580
Fiechtner, Marie 581
Finckh, Annemarie (geb. Weyrauch) 265
Finckh, Eberhard 265, 487
Findeisen 604
Findeisen, Johannes 596
Fischer, Andrej 581
Fischer, Annemarie 268
Fischer, Christa 268
Fischer, David 581
Fischer, Friedrich 581
Fischer, Hedwig Elisabeth Hilde (geb. Hartung) 268
Fischer, Johannes 581
Fischer, Martin 266–268
Fish, Georgina (geb. Hesketh) 305
Flatow, Elisabeth (geb. Worms) 268
Flatow, Ernst 268 f.
Flatow, Hedwig (geb. Meidner) 268
Flatow, Max 268
Fleischmann, Anna Josefina (verw. Möller, geb. Guglielmini) 270
Fleischmann, Max 270 f.
Fleming, Paul 395
Flitner, Wilhelm 386
Föll, Johann 572
Forck, Bernhard Heinrich 38–42
Forell, Birger 343
Forell, Friedrich 202
Foxe, John 52
Fraenkel, Ernst 276
Franco (Bahamonde), Francisco 251
Frank, Adeline (geb. Santer) 582
Frank, Arnold 372
Frank, Wilhelm 582
Frankenstein, Inge 370
Frankenstein, Kurt 200
Frasch, Erna (geb. Bohrer) 583
Frasch, Johann 583
Freiberg, Helene 525
Freiberg, Vally 525
Freier, Robert 94
Freifeldt 574, 611
Freisler, Oswald 338
Freisler, Roland 109, 213, 223, 235, 240, 287, 299, 311, 322 f., 338, 347, 349, 353, 376 f., 390, 396, 420, 448, 452 f., 468, 483, 491, 508, 514
Frese, Eduard 142, 529
Frese, Lisbeth (geb. Brehm) 529
Fretzdorff, Otto 499
Freudenberg, Adolf 315, 325 f., 331 f., 360
Freytag-Loringhoven, Wessel Baron von 252, 364, 375, 435
Frick, Wilhelm 179
Friedenthal, Charlotte 205, 331
Friedrich, Johannes 277
Friedrichson, Maria 583
Friesen, Waldemar 617, 619
Frischfeld, Arnold 583 f., 619
Frischfeldt 605
Fritsch, Werner Freiherr von 442, 473
Fritz 488
Fritze, Albrecht 272
Fritze, Bertha (geb. Dähne) 272
Fritze, Georg 226, 272

Fritze, Katharina (geb. Havelaer) 272
Fritzler, Jakob 584 f.
Fröhlich, Ernst 189
Fromhold-Treu, Ernst *siehe* Treu, Ernst Fromhold
Fromhold-Treu, Paul *siehe* Treu, Paul Fromhold
Fromm, Carl Heinrich von 557
Fromm, Friedrich (Fritz) 230, 289, 338, 383 f., 403
Fuchs, Johann J. 584
Fuhrmann, Boris 585
Funke, Adolf 585
Fürstenheim, Frieda 273

Gablentz, Otto Heinrich von der 514
Gackstatter, Leonhard 274 f., 300, 510, 511
Gailitis, Otto Paul 596
Galen, Clemens August Graf von 319, 391, 403, 424, 445, 479
Galladschew, Alexej 585
Galladschewa-Löbsack, Amalie 97, 585 f.
Gannot, Vera 190
Gauger, Emeline 275
Gauger, Joachim 276
Gauger, Joseph 275
Gauger, Martin 38, 117, 123, 275–277
Geest, Enriquita (geb. Meidell) 277
Geest, Friedrich 246, 277 f.
Gehlen, Reinhard 434
Gehre, Ludwig 408, 442
Gehrke 506
Gehrts, Erika (geb. Weber) 278
Gehrts, Erwin 278 f.
Gehrts, Hildegard (geb. Kremer) 278
Geist, Alfred 142, 530 f.
Geist, Martha (geb. Wagner) 530
Gelpke, Rhenus 343
Genähr, Immanuel 327
Gensicke, Ruth 296, 299
Gerhardt, Paul 53
Gernoth 187
Gersdorff, Freiherr von 187
Gerstein, Elfriede (geb. Bensch) 279
Gerstein, Kurt 279 f.
Gerstenmaier, Eugen 103 f., 214, 468
Geß, Ernst 412
Gesswein, Arthur 586
Gesswein, Samuel 586
Gettmann/Göttmann, Friedrich 586
Gettmann, Konrad 652
Giesbrecht, Jakob 615, 618
Giess, Emilia von (verh. Rsabekova) 586 f.
Gießler, Paul 367
Gilbert, Lilly (geb. Felix) 531
Gilbert, Wilhelm 142, 531
Gisevius, Hans Bernd 362, 407
Glockzin 188
Glondys, Viktor 693 f.
Gnettner, Gertrud (geb. Seidel) 661
Gnettner, Reinhard 661 f.
Goebel (Göbel), Ottilie 587
Goebel (Göbel), Richard 587
Goebbels, Joseph 175, 228, 298, 381, 478
Goerdeler, Adelheid (geb. Roloff) 282
Goerdeler, Anneliese (geb. Ulrich) 280
Goerdeler, Carl 106, 108, 110–112, 114, 209, 214, 230, 257, 261 f., 280 f., 286, 305, 311, 338 f., 374, 353, 362, 376, 403, 420, 425, 442, 461
Goerdeler, Fritz 282
Goerdeler, Julius 282
Goerdeler, Sabine (geb. Ulrich) 282
Goethe, Johann Wolfgang von 253 f.
Goetze, Ursula 378 f.
Goetzke, Karl 459
Gogarten, Friedrich 177, 487
Göhring, Johann 587
Göhring, Richard 587
Goldberg 558
Goldfarb, Hans 205
Goldschmidt (Geschwister) 197
Goldschmidt, Arthur 295, 360
Goldstaub, Alice 439
Goldstaub, Gerda 439
Gollwitzer, Helmut 103, 294 f., 345, 360, 439 f.
Goltz, Eduard von der 412
Gorbatschow, Michail 147, 171
Gordon, Ernst 360, 439
Göring, Edda 689
Göring, Hermann 251, 310, 436, 448, 473, 679, 689
Göring, Richard 647
Gottschalk, Friedrich 274, 300, 510
Graeser, Edmund 683 f.
Graeser, Else (geb. Springer) 683
Graf, Willi 451
Grasmück, Irma (geb. Kosziol) 588

Grasmück, Johannes 588, *637*
Grollmuß, Maria 429–431
Groppe, Theodor 508
Groß, Alexander 194
Gross, Erwin 532, 534
Gross, Marie (geb. Kügler) 532
Gross, Robert 532
Gross, Walter 532
Gruber, Wendelin *686*
Grüber, Heinrich 204, 206, 212, 214, 259, 260, 313–315, 320 f., 325–328, 330 f., 345 f., 360, 369 f., 412, 436, 488 f., 501, 509, *646*, *676*
Gruehn, Werner 533
Grühn (Gruehn), Friedrich Albert 533, 543
Grühn (Gruehn), Lucie (geb. Freiberg) 533
Grühn (Gruehn), Friedrich Albert 533, 543
Grühn (Gruehn), Lucie (geb. Freiberg) 533
Grünbaum, Kurt *666*
Grünberg 335, 574
Grundtvig, Nikolai 428
Grüner, Eduard 534
Grüner, Viktor 534
Grüner, Wilhelm 532, 534
Grunewald, Arthur (sen.) 363
Grünke, Grete 164
Grünke, Hugo 164
Grunthal, Marianne 283
Grütze, Johannes Georg Adam 334
Grütze, Käthe Clara (geb. Weishorn) 334
Guddorf, Wilhelm 303
Günther, Friedrich 285
Gurkasch, Walter 174, 189
Gurland, Rudolf 521
Gürtler, Elisabeth 662
Gürtler, Johannes 662 f.
Gürtner, Franz 258
Gustav II. Adolf 53, 130, 232
Gutknecht, Bruno 190
Guttenberg, Freiherr von 253

Haas-Heye, Otto 463
Habelt 300
Habermann, Max 285
Haecker, Theodor 451
Haeften, Agnes von (geb. Brauchitsch) 288
Haeften, Barbara von (geb. Curtius) *286*
Haeften, Hans von 287
Haeften, Hans-Bernd von 104, 108, *286* f., 349, 495, *664*
Haeften, Werner von 287, 350, 383 f., *664*
Haendler, Otto 412
Hagen, Albrecht von 289 f., 349, 457
Hagen, Erica von (geb. von Berg) 289
Hahn, Anna (geb. von zur Mühlen) 131, 134, 535
Hahn, Hugo 431
Hahn, Kurt 286, 401
Hahn, Traugott (jun.) 129, 131, 134, 139 f., 142, 144 f., 535 f.
Hahn, Traugott (sen.) 131, 137, 140
Hahn, Willi 134
Halder, Franz 251, 500
Halem, Gustav Adolf Graf von 291
Halem, Nikolaus Graf von 291 f., 444
Halem, Victoria Marie Gräfin von (geb. Grabe) 291
Hallermann, Ernst 344
Halmos, Agnes Katharina (geb. Burckhardt) 292
Halmos (vormals Kohn), Josef 95, 292–294
Hamberg (geb. Haller) 588
Hamberg, Paul 583, 588
Hamburger, Georg 294 f., 325, 343, 345, 360, 440
Hamburger, Margarete 294
Hamm, Maria 588
Hamm, Martin 588
Hanschkatz, Joachim *296*
Hanschkatz, Margarete (geb. Hentschel) 297
Hanschkatz, Walter 297 f.
Hanselmann, Friedrich 274 f., 299, 300, 510 f.
Hanselmann, Hildegard 300
Hanselmann, Johann Georg 94, 300, 384
Hanselmann, Karoline (geb. Stöck) 300
Hanselmann, Margarete (geb. Glessing) 300
Hansen 647
Hansen, Erna (geb. Spennemann) 589
Hansen, Gerhard 589 f.
Hansen, Helmuth Fürchtegott 585, 589
Hansen, Meinhard 589 f.
Hansen, Ralf 590
Hanson, Amalie (geb. Braun) 582
Hanson, Arthur 582
Hantel, Rudolf *226*
Hardenberg, Carl Hans Graf von 288, 415
Harder, Günther 475
Harff, Otto 590 f.

Harff, Wanda Louise (geb. Woitkus) 590
Harms, Ludwig 329
Harnack, Adolf von 399, 550, 683
Harnack, Anna von (geb. Wiggert) 304
Harnack, Arvid 302 f., 319, 451, 464 f., 660
Harnack, Ernst von 353, 304 f.
Harnack, Falk 451
Harnack, Mildred (geb. Fish) 302, 305–307
Harnack, Otto 302
Harnisch, W. 645 f.
Harreß, Frieda (geb. Becker) 307
Harreß, Karl Georg 94, 307 f.,
Hartnagel, Elisabeth 453
Hartnagel, Fritz 453
Hartung, Hugo 267
Hasbach, Ervin 184
Hase, August von 308
Hase, Margarethe von (geb. Freiin von Funck) 308
Hase, Paul von 308 f., 443, 508
Hashagen, Friedrich 269
Hassell, Ilse von (geb. Tirpitz) 309
Hassell, Ulrich von 102–104, 109 f., 230, 281, 309–311, 415, 420, 425, 461
Hassell, Ulrich von (sen.) 308
Hassman (Hasmanis), Edgar 536 f., 552
Hassman (Hasmanis), Maria (geb. Abb) 536
Haubach, Theodor 101, 11, 311, 313, 428 f., 466
Hauptmann, Gerhart 245
Haushofer, Albrecht 240, 508
Hausmann, Manfred 473 f.
Häusner 575
Hauswedell, Leonore (geb. Kayser) 346, 440
Hayessen, Egbert 349
Heath, Donald 303
Heck 223
Heckel, Theodor 103, 104, 178
Hecker, Charlotte (geb. Jaenke) 663
Hecker, Johannes 663–665
Hecker, Julius 591
Hecker, Lina 664
Hecker, Rudolph 664
Heidkamp 228
Heike, Otto 183, 188, 193
Heim, Karl 177, 449, 475, 476
Heimann, Eduard 312
Hein, Abram 592
Hein, Erich 665 f.
Hein, Franz 686
Hein, Frieda (geb. Hintz) 665
Hein, Gerhard 591 f.
Hein, Liese (geb. Neufeld) 591
Hein, Maria (geb. Unrau) 591
Hein, Otto 665
Hein, Peter 591
Heine, Maria (geb. Müller) 592
Heine, Pauline (geb. Müller) 592
Heine, Wilhelm 592 f.
Heinemann, Gustav 5, 37
Heinemann, Ulrich 113
Heinitz, Anna 313
Heinitz, Anton 313
Heinitz, Charlotte (geb. Wolff) 313
Heinitz, Erna (geb. Hausdörfer) 314
Heinitz, Ernst 313
Heinitz, Günther 313 f.
Heinitz, Paul 260, 314 f., 320
Heinitz, Thomas 314
Heinrich 299
Heinrich II. 64
Heinroth, K. 223
Heinroth, O. 223
Heinz, Friedrich Wilhelm 457
Heitmueller, Friedrich 438
Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 349
Hellwig, Johannes 498 f.
Helm, Walter 496
Henderson, Nevile Sir 311
Henk, Emil 465
Henschel, Reinhard 445
Heptner, Bernhard 593
Heptner, Emil 593
Heptner, Ida (geb. Bauer) 593
Heptner, Nathanael 593
Herbst, Alfred 315 f.
Herbst, Elise 315
Herder, Johann Gottfried 132
Herfurth, Otto 492
Herle, Alexander 593
Hermann, Franz 94
Herrmann, Max 186
Heß, Rudolf 285, 314, 342
Hesse 335
Hesse, Carl Immanuel 142, 145, 537 f.
Hesse, Helmut 37, 297, 317 f.

Hesse, Hermann A. 317
Hesse, Magdalene (geb. Lemm) 317
Heuss, Ernst-Ludwig 213
Heuss, Theodor 262, 447
Heydrich, Reinhard 273
Hildebrand, Helmut 296
Hildmann, Walter 318 f.
Hilferding, Rudolf 419 f.
Hill, Konrad 578, 594 f., 601, 628
Hilscher, Leonore Liselotte 334
Himmler, Heinrich 22, 235, 264, 289, 347, 384, 409, 420, 454, 474, 486, 500
Himpel, Helmut 319 f.
Hindenburg, Paul von 277, 336, 380, 420, 446, 482
Hinkel, Hans 377
Hippolyt 62
Hirschwald, Antonie 320
Hirschwald, Dorothea (geb. Berszinsky) 320
Hirschwald, Herbert 320
Hirschwald, Max 320
Hirschwald, Werner 320 f.
Hirschwald, Wolfgang 320
Hitler, Adolf 24, 33, 40, 42, 74, 90 f., 99 f., 102, 106, 112, 113, 115, 118–121, 123 f., 181, 183 f., 192, 209 f., 213 f., 229–231, 237–240, 251–255, 258, 263–267, 271 f., 274 f., 280 f., 284–286, 289–292, 298–303, 306–308, 310 f., 313 f., 322–324, 336, 338, 339, 348–350, 352 f., 357, 361 f., 375 f., 382–384, 389, 400 f., 403, 406–408, 416, 418, 420, 423 f., 426 f., 432, 435–437, 442 f., 445 f., 448–452, 457, 461 f., 464, 467 f., 472–474, 478, 482–484, 488, 492–494, 498, 500, 503, 508, 510, 512, 514, 661, 664, 671, 677 f., 691
Hochhuth, Rolf 280
Hoeniger 502
Hoepner, Erich 321 f.
Hoepner, Irma (geb. Gebauer) 321
Hoerschelmann, Ernst 595
Hoerschelmann, Ferdinand (jun.) 582, 595
Hoerschelmann, Ferdinand (sen.) 594
Hoerschelmann, Julie (geb. Knorre) 594
Hofacker, Caesar von 323
Höfert, Helene (geb. Hofe) 325
Hoff, Hans 324
Hoff, Martha (geb. Fränkel) 324 f.
Hoffmann, Konrad 447
Hoffmann, Lucie (geb. Schumacher) 538
Hoffmann, Theodor 538 f.
Hoffmark 291
Hofgräff, Johann 694
Hohloch, Johannes 685
Holl, Karl 476, 514
Holstein, Horst 333
Hölty, Ludwig Heinrich Christoph 676
Holzberg 236
Honig, Max 325 f.
Honig, Ruth (geb. Wittenberg) 325
Honigmann, Hans 222
Hönigswald, Richard 673
Hosius, Stanislaus 173
Hößlin, Roland von 326 f., 454
Hötzel, Elisabeth (geb. Genähr) 327
Hötzel, Gottfried 327 f.
Hötzel, Hugo 327
Hötzel, Maria (geb. Hohenthal) 327
Huber, Kurt 367, 451, 453
Huber, Wolfgang 7, 204, 503
Huch, Ricarda 41, 266, 288, 447, 491
Hüffmeier, Heinrich 412
Hummel, Gert 609
Hünerbein, Thekla von 378
Hunnius, Monika 556
Hunsche, Klara 260, 274
Huppenkothen, Walter 252
Hus, Jan 42
Husted, Elsa (geb. Pape) 329
Husted, Karl 329 f.

Ihmels, Carl 667 f.
Ihmels, Folkert 668
Ihmels, Ludwig 667, 489
Ihmels, Werner 668
Imgart, Dagmar 342
Immer, Karl 204 f.
Irrgang, Brigitta 26
Israel, Ruth 370 f.
Issler, Wilhelm 275, 300, 511
Iwan IV. 130
Iwand, Hans Joachim 219, 665

Jacobi, Gerhard 330
Jacob-Philipp, Margot 260 f.
Jacobs, Helene 331, 333, 344, 440
Jacobson, Dagmar 330

Jacobson, Ingeborg 325, 330 f.
Jacobson, Käthe 330
Jacobson, Richard 330 f.
Jacoby, Anna (geb. Ellrot) 332
Jacoby, Hildegard 38
Jacoby, Richard 332
Jaeger, Fritz 375
Jägerstätter, Franz 373
Jakobus 58
Jakobus (Herrenbruder) 21, 58
Jänicke, Johannes 666
Janko, Sepp 686
Jannasch, Wilhelm 333, 343
Janzen, Leonhard K. 604
Jaspers, Karl 312
Jastrzębski, Włodzimierz 186, 190, 191,
Jende, Adam 139, 539 f.
Jende, Elsa (geb. Einberg) 539
Jentsch, Carl Fürchtegott 334 f.
Jentsch, Ernst 334
Jentsch, Frieda Martha (geb. Endler) 334
Jentsch, Gottfried 334
Jentsch, Maria 334
Jentsch, Paul Georg 334
Jentsch, Renate 334
Jentsch, Ruth Käthe (geb. Grütze) 334
Jentsch, Werner 121
Jeschow, Nikolaj Ivanoviç 164
Jessen, Jens 420
Johannes 58
Johannes Paul II. 22, 26, 45, 85
John, Esther 73
John, Hans 240, 253, 448 f.
John, Otto 240, 253, 375
Jonas, Justus 67
Jordan, Carl von 291
Jordan, Rudolf 267
Jordan, Victor 445
Juhnke, Heinz 506
Juncker, Alfred 665
Jundt, Clara (geb. Hermann) 595
Jundt, Johannes 595
Jundt, Oskar 626
Jung, Carl Gustav 260
Jung, Edgar Julius 335 f.
Jung, Wilhelmine (geb. Küffner) 335
Jung-Stilling, Johann-Heinrich 168
Jürgens, Woldemar 596
Just, Friedrich 174, 178, 188

Kaehler, Wilhelm 412
Kaergel 396
Kaftal, Gabriele 336
Kaftal, Hermann Heinrich 336
Kaftal, Hermann Heinrich (sen.) 336
Kaftal, Margherita Dorothea (geb. Maier) 336
Kahle, Wilhelm 168,
Kähler, Martin 469
Kaiser, Alma (geb. Müller) 337 f.
Kaiser, Heinrich 337
Kaiser, Hermann 338
Kaiser, Jakob 286, 339, 663
Kaiser, Ludwig 338
Kaiser, Ludwig (sen.) 337 f.
Kalfus, Dagmar 331
Kalweit, Henrietta (geb. Wall) 540
Kalweit, Martin K. 540
Kaltenbrunner, Ernst 252, 454
Kammel, Richard 182 f., 187, 190
Kampffmeyer, Karl 174
Kant 664
Kant, Immanuel 461
Kantorowicz, Ernst 234
Kanwischer, August 458
Kardorff, Ursula von 288
Karis, E. 247 f.
Karl der Große 64
Karl V. 63 f.
Karl XI. 131
Karpenko, Amalia 596
Käsemann, Elisabeth 695 f.
Käsemann, Ernst 695
Käsemann, Margrit (geb. Wizemann) 695
Käsemann, Ulrich 695
Kasenzer, Ernst 37, 339 f.
Kasenzer, Hanna (geb. Müller) 339
Kaspar, Elisabeth (geb. Teraud) 541
Kaspar, Wilhelm (Kaspars, Vilhelms) 142, 541
Kastner 346
Kaszemeik, Richard Felix 123, 340 f.
Katharina die Große 26, 75, 637
Kaufmann, Alexa (geb. Josephi) 343
Kaufmann, Alfred 341 f., 477, 505

Kaufmann, Anna (geb. Sandritzki) 341
Kaufmann, David 596
Kaufmann, Franz 295, 333, 343 f, 440,
Kaufmann, Helene (geb. Freiin von Strombeck) 341
Kaufmann, Margot (geb. von Walther) 333, 343
Kawerau, Gustav 269
Kayser, Charlotte 344
Kayser, Elisabeth (geb. Berger) 325, 344–346, 439 f.
Kayser, Richard 344 f.
Kegel 459
Kegler Krug, Marlene 696 f.
Keil, Jakob 596 f., 621, 631, 650
Keitel, Bodewin 257
Keitel, Wilhelm 257, 403
Keller, Adolf 181
Keller, Gottfried 253
Keller, Johann 618
Keller, Samuel 594
Kern, Jakob 597
Kerrl, Hans 103, 265, 393, 432
Kessler 269
Ketteler, Gotthard 130
Ketteler, Wilhelm Freiherr von 292
Kielpinski, von 102
Kienitz, Ernst 189
Kiep, Charlotte (geb. Rottenburg) 346
Kiep, Johanna (geb. Alves) 346
Kiep, Johannes 346
Kiep, Otto Carl 346 f.
Kierkegaard, Søren Aabye 269
Kiivit, Jaan (sen.) 170, 627
King, Martin Luther 53, 73
Kipper, Paul 365
Kirchbach, von 335
Kirchhoff, Werner 187
Kirmß, Paul 409
Kirow, Sergej Mironovič 162, 630, 651
Kittel, Gerhard 204, 205, 673
Klamroth, Bernhard 282, 290, 348
Klamroth, Else (geb. Podeus) 348
Klamroth, Gertrud 348
Klamroth, Johannes Georg 348–350
Klamroth, Kurt 348
Klamroth, Ursula (geb. Klamroth) 348
Klassen, Johann P. 607
Klausing, Benno 350
Klausing, Friedrich 350
Klausing, Friedrich-Karl 350 f.
Klein, Caspar 430
Klein, Franz 685
Klein, J. 602
Kleinmann, Anne Marie (geb. Häberle) 351
Kleinmann, Karl 351 f.
Kleist-Schmenzin, Alice (geb. von Rathenow) 352
Kleist-Schmenzin, Anning (geb. von der Osten) 352
Kleist-Schmenzin, Ewald von 104, 352 f.
Kleist-Schmenzin, Ewald Heinrich von 352
Klepper, Jochen 295, 353
Klepper, Johanna (geb. Gerstel) 353 f.
Klewitz, Siegfried 666
Klingbeil, Helmut 358
Klinkkert 574
Klose, Amalie (geb. Wiesmann) 355
Klose, Elfriede (geb. Acteries) 355
Klose, Karl 355 f.
Klose, Wilhelm (jun.) 355 f.
Klose, Wilhelm (sen.) 355
Klot, Marion von 143, 542
Klotsche, Johannes 432
Kluck, Arthur 597, 631
Kluck, Berta (geb. Behning) 597
Kludt, Elsa 597
Kludt, Simon 597 f., 599
Kluge, Günther von 323, 426, 427, 487, 500
Klute, Fritz 342
Knack, Gustav 412
Knaudt, Bertha (geb. Pitsch) 391
Knauer, Hermann 274, 299, 300
Kneifel, Eduard 190, 194
Kneip, Gudrun 356
Kneip, Otto 356–358
Kneip, Wilhelmine 358
Knorr, August 404
Kobrak, Charlotte (geb. Stern) 359 f.
Kobrak, Eva 360
Kobrak, Helmut 439
Kobrak, Käthe 359
Kobrak, Richard 345, 359 f., 370
Koch, Albert 598
Koch, Annemarie (geb. Kahle) 360
Koch, Brigitte 362
Koch, Edmund 669
Koch, Elise (geb. König) 598
Koch, Erich 106, 373

Koch, Gottlob 598
Koch, Hans 38, 177, 360–362
Koch, Irmgard (geb. Steinwand) 598
Koch, Karl 477
Koch-Erpach, Rudolf 454
Kock, Manfred 9
Koechlin, Alphons 331
Koehler, Christiane (geb. Zschiedrich) 668
Koehler, Otto 668 f.
Köhler, Charlotte 669 f., 680
Köhler, Erwin 669
Köhler, Rudolf 223
Kolbe, Maximilian 26, 73, 80, 82
Kolsen, Wolfgang 321
Konstantin I. 74, 208
Kopping, Kaspar 685
Korfes, Otto 254
Körner, Ernst 94
Kortzfleisch, Joachim von 364, 492 f.
Kossert, Andreas 193
Kostrikov, Sergej Mironovič *siehe* Kirow, Sergej Mironovič
Koswig, Max 299
Kosziol, Johannes 588
Kotowski, Albert S. 192
Kotzbau 228
Kraft, P. 575
Kramer, Heinrich 599
Kratsch, Adolf 194
Kraus, Jakob W. 599
Kraus, Wladimir 599
Krause, Reinhold 204
Krebs, Bernd 181, 193
Krentz, Karl 599
Krimm, Herbert 286
Krökel, Martha (geb. Krökel) 362
Krökel, Wilhelm 362 f.
Krüdener, Barbara von 168
Krüger, Horst 668
Krull, Karl 485
Kuchmann, Otto Johann 600 f.
Kuckhoff, Adam 302
Kuckhoff, Greta (geb. Lorke) 302, 306
Kügler, Paul 532
Kuhlemann, Frank-Michael 178
Kühn, Fritz 80
Kuhn, Joachim 290, 349, 457
Kükenthal, Willy 222
Kund, Wilhelm 686
Kunde, Walter 335
Kurilo, Olga 172
Kurtz, Adolf 260, 314
Küster 396
Kuttner, Hildegard 273
Kutzer (Vater) 190
Kutzer, Richard 174, 189, 190
Kvacala, Johann 535

L'Aigle, Alma 312
Lafrenz, Traute 367, 453
Lambertz, Paul und Ehefrau 479
Lampert, Carl 374
Lancken, Fritz von der 363 f.
Lancken, Fritz von der (sen.) 363
Lancken, Klara von der (geb. Heyke) 363
Lancken, Maria Antonia von der (geb. Verhoop) 363
Lange, Hermann 29, 479 f.
Langemann, Agatha (geb. Litke) 600
Langemann, Johann 600 f.
Langemann, Peter 600
Langhans, Hilde 260
Lansemann, Ellen 672
Lansemann, Robert 671 f.
Lauff, Helmut 380
Leber, Annedore 466
Leber, Julius 305, 312, 429, 466, 495
Lebrecht, Caroline (geb. Knewitz) 364
Lebrecht, Heinrich 364–366
Leeb, Wilhelm Ritter von 322
Lehder, Brunhilde 488
Lehmann 334 f.
Lehmann, Georg und Ehefrau 194
Lehndorff-Steinort, Gottliebe Gräfin von (geb. Gräfin Kalnein) 366
Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf von 366 f.
Leibholz, Gerhard 239, 253, 258
Leich, Werner 658
Leikam, Alfred 276
Leipelt, Hans Konrad 367 f.
Leipelt, Katharina (geb. Baron) 368 f.
Leipelt, Konrad 368
Lejeune-Jung, Paul 311
Lemmer, Ernst 663

Lengerken, von 223
Lenin (eigtl. Uljanow), Wladimir Iljitsch 152, 155, 157, 605
Leo I. 70
Lese, Konrad 578, 601, 628, 636
Leuschner, Wilhelm 262, 286, 305, 311 f., 375 f., 429, 465 f.
Lewinsky, Arnold 371
Lewis, Walter 646
Licenberger/Litzenberger, Olga 172
Lichtenberg, Bernhard 26, 82
Lichtenstein, Elise (geb. Herrnstadt) 369
Lichtenstein, Herta 369–371
Lichtenstein, Irmgard 369
Lichtenstein, Julius 369
Liebermann, Martha 234
Liebermann, Max 234
Liebknecht, Karl 612
Liebmann, Margarete 345
Liefmann, Franziska 326, 346
Lindemeyer, Edith 371
Lindemeyer, Eva-Maria 371
Lindemeyer, Frieda (geb. Lewinsky) 205, 371 f.
Lindemeyer, Georg 371
Lindemeyer, Wolfgang 371
Linstow, Hans-Otfried von 266, 487
Liske, Klaus 186
Litten, Hans 348
Litwinow 635
Löbsack, Anna Margareta (geb. Lesser) 602
Löbsack, Anna Margaretha (geb. Bauer) 603
Löbsack, Elisabeth (geb. Kraft) 603
Löbsack, Georg S. 585
Löbsack, Heinrich Johannes 97, 567, 602 f., 613, 651
Löbsack, Heinrich Konrad 603 f.
Löbsack, Johann Emanuel 602
Löbsack, Johannes Friedrich 602
Löbsack, Maria Katharina (geb. Löbsack) 602
Lockenberg, Johannes 604
Lohmeyer, Amalie (geb. Seyberth) 672
Lohmeyer, Ernst 669, 672–674
Lohrer, Wilhelm 604 f., 610
London, Agnes 372
London, Margrit 372 f.
London, Max 372
Lorbeer, Gerhard 396
Lorbeer, Willibald 396
Lorenz, Friedrich 374
Lorenz, Ingeborg 326
Lorenzen, Jurij 606
Löschmann, Erwin 186
Loth 325
Löwe, Adolf 660
Loycke, Ernst 400
Lubnau, Willi 174, 189 f.
Lück, Kurt 187
Ludendorff, Erich 230, 422
Ludwig, Otto 220
Lueben, Werner 373 f.
Lueben, Klara (geb. von Scholten) 373
Luft, Eduard 157, 571, 584, 606
Luft, Frieda (geb. Glöckler) 606
Luft, Martha (geb. Aerfeldt) 606
Lukas 58
Lunatscharskij 591
Luther, Martin 22, 53, 62, 65–70, 77, 130, 269, 294, 299, 339, 395, 399, 406, 413, 506 f., 514, 605, 665 f., 684
Lutsch, Adolf 686–688
Lutsch, Clara Hildegard (geb. Böhme) 686
Lutsch, Michael 686
Lutsch, Sofia (geb. Schorsten) 686
Lutze, Hermann 270
Luwum, Jamani 73
Lynar, Ilse Gräfin zu (geb. Gräfin von Behr-Negendank) 374
Lynar, Rochus Graf zu 274
Lynar, Wilhelm-Friedrich Graf zu 364, 374 f.

Maas, Hermann 491
Maaß, Eva (geb. Habich) 375
Maaß, Hermann 375–377, 429
Machno, N. 685
Mackensen, Stephanie von 404
Maier/Mayer, Albert 606
Maier/Mayer, Emma (geb. Steinwand) 606
Majer, Max 607
Malmgren, Arthur 152–154, 160–162, 571, 574, 619, 622, 626, 630 f., 642, 647
Maltzan, Ago von 444
Manchen, Elena (geb. Oltean) 688
Manchen, Maria (geb. Vitaris) 688
Manchen, Michael 95, 688 f.
Mann, Thomas 24

Manstein, Erich von 266, 547
Mantler, Abram P. 607
Mantler, Helen 607
Marahrens, August 264, 265
Marc, Franz 387
Maria 52
Maritschnig, Maria 94, 427
Marnitz, Anna von (geb. Hess) 542
Marnitz, Else von (geb. Berting) 542
Marnitz, Karl Xaver von 137, 142, 542 f.
Martens, Abram 570,
Martens, Johann 607 f.
Martens, Katharina (geb. Janzen) 507
Martens, Lydia 608
Martens, Maria (geb. Janzen) 507
Martens, Peter 608
Maschke, Abraham 377
Maschke, Anna Elisabeth 377
Maschke, Ernst Ludwig 377
Masemola, Manche 73
Massow, Bertha von 378 f.
Matthes 222
Mauritius 73, 75
Maus, Anton 379
Maus, Elisabeth 379
Maus, Georg 38, 77, 379–381
Maus, Philippine (geb. Engelhard) 379
Maus, Waltraut (geb. Nies) 379
May, Gerhard 177 f.
May, Leo Witold 181
Mayer (sen.) 608
Mayer, Emilie (geb. Wetzel) 608
Mayer, Erika 609
Mayer, Herbert 608
Mayer, Richard 608 f.
Mayerhöffer, Arpad Ernst 689
Medinger, Marie Louise 444
Mehlhausen, Joachim 5, 45, 102
Mehlhausen, Johanna Luise (geb. Zwick) 223
Mehlhausen, Siegfried 223
Meichßner, Elisabeth (geb. Wilhelm) 681
Meichßner, Hildegard (geb. Schrötter) 382
Meichßner, Joachim 381 f.
Meichßner, Maximilian 382
Meinhard 129
Meiser, Hans 276 f., 421
Meiser/Meser/Mößer, Alexander 609
Meiser/Meser/Mößer, Christian 609
Meiser/Meser/Mößer, Katharina 609
Meiser/Meser/Mößer, Manuel 609
Meiser/Meser/Mößer, Marielisbet 609
Meißner, Margarete (geb. Schütte) 676
Meißner, Werner 672, 676
Melanchthon, Philipp 28, 53, 63–66, 70, 77, 81
Melius, Peter 66
Mergel, Kurt Alexander 190
Mertz von Quirnheim, Albrecht Ritter 255, 265, 289, 382–384
Mertz von Quirnheim, Charlotte Alice Edle (geb. Kraudzun) 382
Mertz von Quirnheim, Hermann Ritter 383
Mertz von Quirnheim, Hilde Edle (verw. Baier, geb. Voswinkel) 382
Merwart, Alexander 609
Merz, Anna (geb. Preuß) 609
Merz, Friedrich 609 f.
Metzger, Max Joseph 77, 491
Metzler, Elsbeth 335
Metzner, Emma (geb. Titze) 384
Metzner, Gottlieb Karl 94, 384, 421
Metzner, Heinz 384
Meusel, Marga 205 f., 224, 332
Meyer, Else (verh. Rauch) 385
Meyer, Emma (geb. Rosenbaum) 385
Meyer, Erich 385
Meyer, Friedrich 328
Meyer, Gustav 385
Meyer, Johannes P. 386
Meyer, Käthe 385
Meyer, Louise 386
Meyer, Ludwig Walter 385 f.
Meyer, Reinhold 386 f.
Meyer, Theophil 152, 156, 571, 574, 604, 628, 632
Meyer-Krahmer, Familie 114, 283
Meyfart, Johann Matthäus 76
Michael, Wilhelm C. 95, 676
Michaelis, Eva 273
Michaelis, Otto 35
Michels, Grete 224
Miecke, Max 189
Mielke, Albert 387 f.
Mielke, Maria (geb. Langheinrich) 387
Mierendorff, Carlo 110, 311 f., 428 f., 465 f.
Milivoje 685

Miller, Wilhelm 610
Mittelstedt, Reinhold 610
Mitzkus, Bruno 492
Mix, Emil 174, 189
Möckel, Konrad 287
Moderau (geb. Harsch) 610
Moderau, Nikolaus 610 f.
Modersohn, Otto 511
Mohr, Franz 397
Möllmann, Friedrich 611
Möllmann, Theophil 611
Möllmann, Wilhelmine (geb. Choz) 611
Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch 461
Moltke, Dorothy Gräfin von (geb. Rose-Innes) 111, 388
Moltke, Freya Gräfin von (geb. Deichmann) 104, 388
Moltke, Hans-Adolf von 444 f.
Moltke, Helmuth Graf von 388
Moltke, Helmuth James Graf von 104–106, 108–111, 114 f., 276, 287, 288 f., 305, 313, 347, 429, 495, 513 f.
Moltrecht, Albert Carl 543 f.
Moltrecht, Amalie (geb. Bose) 543
Moltrecht, Betty (geb. Bose) 543
Moltrecht, Karl 142
Morehead, John 612
Moser 373
Motz, Jakob 611
Moulin Eckart, Franz Graf zu 492
Mueller, Andreas 557
Muench, Anna (geb. Zoellner) 393
Muench, Erika 393
Mühlen, von zur (Mutter) 143
Mühlen, Anna von zur *siehe* Hahn, Anna
Mühlen, Harriet von zur 143, 544
Mulert, Hermann 429
Müller, A. 247
Müller, Adolph 390
Müller, Caroline 390
Müller, Eduard 29, 479
Müller, Elisabeth 390 f.
Müller, Frieda (geb. Fromhold-Treu) 557
Müller, Friedrich 684, 692
Müller, Fritz [Friedrich] *siehe* Müller-Dahlem, Friedrich
Müller, Hermann 310
Müller, Hermann 446 f.
Müller, J. 407
Müller, Ludolf 659
Müller, Ludwig 377
Müller, Wilhelm 556,
Müller-Dahlem, Friedrich 38, 391 f.
Müller-Dahlem, Martha (geb. Florstedt) 391
Mumm, Reinhard 398
Münch, Alfred 94, 393
Münchhausen, Freiherr von 267, 388
Mungard, Anna (geb. Andresen) 394
Mungard, Elisabeth 394
Mungard, Jens 394 f.
Mungard, Nann 394
Müntzer, Thomas 52
Muss, Elena (geb. Tschernyschewa) 611
Muss, Kurt 584, 585, 589, 611 f., 635, 647
Mussolini, Benito 222, 311
Muth, Carl 451, 453

Nakat, Franz 94
Nauerth, Samuel 459
Naumann, Eugen 187
Naumann, Friedrich 447, 480, 669
Naumann, Hans 498
Nebe, Arthur 362
Nero 60
Neufeld, Kornelius 612
Neufeld, Kornelius (Bruder) 612
Neufeld, Marie (geb. Hein) 612
Neufeld, Paul 592, 612 f.
Neufeld, Peter 612
Neuhaus, Heinrich 626
Neurath, Konstantin Freiherr von 230
Nieden, Wilhelm zur 395 f.
Niedermann, Mathilde 263
Niehus, Gertrud (geb. Kuester) 396
Niehus, Ludwig 396
Niehus, Martin 24, 396 f.
Niekisch, Ernst 278, 292, 352
Niemöller, Else 280, 362
Niemöller, Martin 41 f., 53, 103, 205, 211, 215, 224, 231, 264, 276, 280, 286, 288, 297, 360–362, 418, 442, 475, 489
Niemöller, Wilhelm 41
Nikolaus I. (Nikolaj Pawlowitsch) 133
Nikolaus II. (Nikolaj Alexandrowitsch) 28, 134, 147, 148, 535, 551, 602

Noa, Martha (geb. Krumme) 397
Noa, Theodor 397 f.
Noack, Bertha (geb. Weiland) 399
Noack, Johannes 399 f.
Nolte 265
Nolte, Ernst 174
Noth, Martin 219
Nürnberg 588, 613
Nuschke, Otto 661

Oehme, Milda 334
Oehme, Werner 29, 45, 339
Oertzen, Hans-Ulrich von 364, 400–402, 493
Oertzen, Ingrid von (geb. von Langenn-Steinkeller) 400
Ohm, August 242
Olbricht, Eva (geb. Koeppel) 402
Olbricht, Friedrich 125, 230, 289, 309, 322, 363 f., 382–384, 402 f., 492
Olofson, Oscar 697
Onnasch, Friedrich 403–405
Onnasch, Fritz 403, 405 f.
Onnasch, Maria (geb. Frisius) 403
Onnasch, Margret (geb. Bethge) 405
Origenes 62
Ortmann, Elfriede 469
Oshuma, Hiroshi 213
Oster, Gertrud (geb. Knoop) 406
Oster, Hans 230, 237, 239 f., 251–253, 266, 346, 362, 402 f., 406–408, 442, 457, 500, 508
Osterhagen, Wilhelm 417
Ostwald, Heinrich 613
Otto, Ernst 274, 511
Ozolins, N. 532

Pacha, Albert 408
Pacha, Hedwig (geb. Gisdon) 408
Pacha, Viktor 94, 408 f., 413 f.
Pahl, Alexander 614
Pahl, Ernest 614
Pant, Eduard 180
Papen, Franz von 304, 336, 384
Partes, Franz 94
Pasche, Marcel 284
Paschke, Gerhard 662
Pätkau, Barbara (geb. Janzen) 615
Pätkau, David 614 f.
Pätkau, Heinrich Jakob 615
Pätkau, Jakob 615 f.
Pätkau, Katharina (geb. Giesbrecht) 615
Pätkau, Maria (geb. Abrams) 614
Pätkaus, Abram 608
Paucker, Walter 142 f., 544 f.
Paul III. 65
Paul, Bruno 337
Paulus 21, 51, 57 f., 61, 69, 75, 293, 352, 398, 539
Pavelic, Ante 690
Pelteson, A. 509
Penner, David 600
Penner, J. B. 623
Perels, Ernst 409 f.
Perels, Friedrich Justus 37, 77, 240, 258, 333, 410 f., 442, 449
Perels, Getrud Margarete Antonie (geb. Hermes) 409
Perels, Helga (geb. Kellermann) 410
Pestalozzi, Johann Heinrich 428
Peter, Friedrich 397, 400
Peters, Anna 616 f.
Peters, Frieda 616 f., 619
Peters, Helene 618
Peters, Ilse 328, 372
Peters, Johann 617 f.
Peters, Kornelius 616
Peters, Sara 618
Petersen, August 224
Petersen, Hans 94
Petker, Andreas 617–619
Petker, Helene (geb. Hafner) 618
Petker, Jakob 618
Petker, Maria 618
Petrus 21, 58, 59, 381, 414, 459
Pfältzer, Ludwig 94, 411
Pfannschmidt, Friedrich 412
Pfannschmidt, Hilde (geb. Teichmüller) 412 f.
Pfannschmidt, Joachim Friedrich Gustav 412 f.
Pfannschmidt, Luise (geb. Kaehler) 412
Pfeiffer, Anna Friederike (geb. Seidel) 619
Pfeiffer, Arthur 165, 170, 578, 629
Pfeiffer, Emil 578, 619 f.
Philipps 459
Pickel, Edith (geb. Liedloff) 676

Pickel, Georg 672, 676 f.
Pieck, Wilhelm 672, 675, 676
Pieper, Hedwig (geb. Strenzel) 677
Pieper, Johannes 677
Pietz, Alice 414
Pietz, Anton Johann 413
Pietz, Günter E. 94, 409, 413 f.
Pietz, Hedwig Franziska (geb. Viola) 413
Pilch, Anna (geb. Kulakow) 620
Pilch, Paul 620
Pineker, Ferdinand 596, 631, 643, 650
Pineker, Johannes 621
Pineker, Wilhelm 596, 621
Pineker, Wilhelm (jun.) 596, 621
Pius XII. 230
Planck, Max 462
Platon 536
Pleißner, Marie-Luise 210 f., 215
Ploeger, Heiko 416 f.
Ploeger, Henny (geb. Niederbeckmann) 416
Pless, Jakob 685
Plettenberg, Arianne Freifrau von (geb. Freiin von Maltzahn) 414
Plettenberg, Karl Freiherr von 415
Plettenberg, Kurt Freiherr von 414–416
Poelchau, Harald 306, 309
Pogrzeba 180
Pohle, Carl 418 f.
Pohle, Margarete 418
Poller, W. 450
Polykarp 55 f., 60
Pontianus 62
Popitz, Caroline (geb. Slot) 419
Popitz, Gustav Eduard Heinrich 419
Popitz, Johannes 230, 311, 403, 419 f.
Popitz, Maria Helene Anna (geb. Rudolph) 419
Popp, Malwine (geb. Schmidt) 689
Popp, Philipp 685 f., 689 f., 692
Potempa, Paul 93
Prassek, Johannes 29, 479
Praun, Friedrich von 420 f.
Praun, Irene von (geb. Freiin von Seckendorff-Gudent) 420
Preußen, Louis Ferdinand Prinz von 41
Prieb, Alfred 621
Probst, Christoph 451–453
Probst, Herta 453
Prochanow, Iwan S. 600, 645
Przyrembel, Gustav 94, 421 f.
Przyrembel, Selma (geb. Wignantky) 421
Puls, Ingeborg 273
Putbus, Malte von/von Veltheim 422 f.
Putbus, Marie (geb. von Ploetz) 422
Puzich, Ferdinand 423 f.
Puzich, Wilhelmine (geb. Laßka) 423

Rabe, Gustav 330
Rabenau, Eitel-Friedrich von 343, 345, 346
Rabenau, Eva (geb. Kautz) 424
Rabenau, Friedrich von 403, 424 f., 434
Rackwitz, Arthur 418
Ragaz, Leonhard 496
Rahtgens, Carl Ernst 425–427
Rahtgens, Johanna Helene (geb. von Cramon) 425
Ranacher, Julius 94, 427
Rasmus, Hugo 182, 184, 191 f.
Rath, Anna 94
Rath, Edmund 94
Rath, Emilie 621
Rath, Georg 621
Rathenau, Walter 344, 460
Rauch, Else (geb. Meyer) *siehe* Meyer, Else (verh. Rauch)
Rauch, Gustav Heinrich Phillip 385
Rauhut 187
Raumer, Hans 445
Rauscher, Ulrich 444
Reckzeh, Paul 346–347, 491
Reder, Oskar 189
Regier, Jakob 576
Reichert, Bruno 161, 620, 638
Reichert, Irene 622
Reichert, Paul 611, 622, 630, 638
Reichwein, Adolf 110, 312, 428 f., 466
Reichwein, Eva (geb. Hillmann) 428
Reichwein, Rosemarie (geb. Pallat) 428
Reichwald, Alide (geb. Kalmanal) 622
Reichwald, Woldemar 622
Reiffen, Hannelotte 333
Reimann, Wolfgang 377
Reimer 353
Reimer, Elisabeth (geb. Goosen) 622
Reimer, Jakob K. 622 f.

Reinhardt, Hermann 397
Reinmuth, Clementine 430
Reinmuth, Hermann 429–431
Reisch (Reusch) 642
Reisel, Georg 174, 189
Remer, Otto Ernst 364, 443
Remfert (Rempfert), David 623 f.
Remfert (Rempfert), Karl f. 623 f.
Remfert (Rempfert), Luise 623
Rempel, Jakob Aron 96, 577, 624 f.
Rempel, Marie (geb. Sudermann) 624
Rempel, Sophie (geb. Sudermann) 624
Rendtorff, Franz 159
Reusch, Emil 579, 626
Reuter, Ernst 114
Reventlow, Elly 234
Rewald, Ilse 260 f.
Reymann 418
Rhode, Arthur Carl Theodor 186 f., 190, 193
Ribbentrop, Joachim von 311
Richard, Heinrich 670
Richter, Gotthold 431
Richter, Johanna (geb. Hentsch) 431
Richter, Paul 37, 77, 431–433
Richter, Swjatoslaw 626 f.
Richter, Theophil 626 f.
Rickert, Heinrich 269
Rieger, Julius 370 f.
Riegner, Gerhart 326
Riemer 227
Rinne, Reiner 175
Rittmeister, Eva (geb. Knieper) 433
Rittmeister, John 433 f.
Robinsohn, Hans 262
Roegele, Otto B. 42
Roehricht, Edgar 401
Roenne, Alexis Freiherr von 434 f.
Roenne, Helene Freifrau von (geb. Baronesse von Derschau) 434
Roenne, Peter Freiherr von 434
Roenne, Ursula Freifrau von (geb. von Bülow) 434
Roeschmann, Johannes 438
Rogall, Joachim 182
Römer, Josef 292
Romero, Oscar 73
Rommel, Erwin Eugen 266, 323
Rönisch, Dorothea 267
Roosevelt, Franklin Delano 230, 302, 660
Rose, Charlotte 223 f.
Rosenberg, Alfred 298
Rosenberg, Marie (geb. Dihrik) 545
Rosenberg (Rozenbergs), Peter (Peteris) 545 f.
Rosenstock-Huessy, Eugen 660
Rosenthal, Bruno 436
Roth, Carl 691
Roth, Hans Otto 691 f.
Roth, Louise (geb. Hausenblass) 691
Roth, Paul 626
Roth, Paul (jun.) 626
Rothe, Margaretha 436 f.
Rott, Wilhelm 331, 406
Rsabekov, Erich-Ernst 587
Rsabekova, Elli 587
Rsabekova, Emilia (geb. Giess) *siehe* Giess, Emilia (verh. Rsabekova)
Rubanowitsch, Elisabeth 438
Rubanowitsch, Israel Johannes 93, 437 f.
Rudolph, Paul 174, 189
Rüger, Margarete (geb. Stein) 627
Rüger, Woldemar 627
Rusch, Eduard 170, 627
Rusch, Konstantin 170
Rust, Bernhard 336
Rutkowski 531
Rutkowski, Arnold 131, 546
Rutkowski, Elisabeth Thekla Maria (geb. von Bahder) 547
Rutz, Philipp 578, 594, 602, 628, 636

Sachs, Christine 439
Sachs, Gabriele 440
Sachs, Johanna 439 f.
Sachsenweger 335
Sack, Erich 38, 77, 125, 440 f.
Sack, Karl 252, 403, 408, 441 f.
Saehmisch 175
Salomon, Alice 490
Salomon, Richard 209
Samjeske, Erna (geb. Baier) 677
Samjeske, Helmut 95, 677–679
Sasse, Hermann 204
Sasse, Martin 488
Sauckel, Fritz 361

Sauerbruch, Ferdinand 223, 347
Savary, Bertha (geb. Hasselblatt) 547
Savary, Eberhard 142, 547 f.
Schabert, Oskar 29, 36 f., 73, 136 f., 143 f.
Schacht, Erich 163 f.,
Schacht, Friedrich 628
Schacht, Gottlieb 628 f.
Schacht, Hjalmar 419
Schacht, Hugo 628
Schacht, Maria (geb. Wegner) 628
Schacht, Olga 628
Schack, Adolf Friedrich Graf von 443
Schack, Adolf-Friedrich Graf von 443 f.
Schack, Else-Dorothea Gräfin von (geb. Freiin von Werthern) 443
Schack, Gertrude Gräfin von (geb. Schmitz) 443
Schack, Rudolf Graf von 443
Schack, Ulrich Graf von 443
Schaeder, Anna (geb. Sellschopp) 211
Schaeder, Erich 211
Schaeder, Hildegard 211, 215 f., 294, 343
Schaffer, Michael 692
Scharf, Kurt 309, 484, 676
Scheinpflug, Elisabeth (geb. Guleke) 548
Scheinpflug, Theodor August 142, 548 f.
Scheipers, Hermann 432
Scheliha, Marie Louise von (geb. Medinger) 444
Scheliha, Rudolf von 444 f.,
Schellenberg, Walter 252
Schellhase, Anneliese 312
Schenkel, Gotthilf 496
Scheringer, Richard 451
Scheuermann, Adele (geb. Pawlowski) 549
Scheuermann, Eugen 137, 142, 145, 549 f.
Scheuermann (Sohn) 145
Scheven, Karl von 669
Schiebler, Julius 480
Schiefferdecker, Lieselotte 297
Schiele, Bernhard 412
Schiemann, Louise (geb. Kehm) 445 f.
Schiemann, Paul 445–447
Schiffer, Eugen 272
Schiffer, Marie 272
Schilberg, Woldemar 191
Schilling, Johann(es) 629
Schilling, Karl 135, 548, 550 f., 556, 565,
Schilling, Magdalene (geb. Scheinpflug) 550
Schilling, Peter 124 f.
Schilling, Walter 658
Schimke 611
Schirach, Baldur von 24, 376
Schkarowski, Michail 172
Schlabrendorff, Fabian von 291 f., 407, 416, 494
Schlatter, Adolf 449, 476, 489
Schlau, Carl 537, 551 f.
Schlau, Charlotte (geb. Hoerschelmann) 551
Schleicher, Kurt von 285, 508
Schleicher, Rüdiger 240, 253, 305, 411, 447–449
Schleicher, Ursula (geb. Bonhoeffer) 447
Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst 77, 487
Schleusener, Frank 670, 679 f.
Schlieffen, Sophie Charlotte von 194
Schlieps, Marie 77, 143, 552 f., 560 f.
Schlundt, Johannes 165
Schlupp, Woldemar 651
Schmetzer, August 300
Schmid 301
Schmid, Carlo 284
Schmidgall, Karoline 692
Schmidgall, Wilhelm R. 692 f.
Schmidrina, Ludmilla 622
Schmidt, Hermann 394
Schmidt, Kurt Dietrich 41
Schmidt, Leopold 596
Schmidt, Waldemar 630
Schmitz, Elisabeth 206, 212
Schmorell, Alexander 451–453
Schmude, Jürgen 5, 10, 45
Schnackenburg, Otto 630
Schneider, Margarete (geb. Dieterich) 449
Schneider, Nikolaus 605
Schneider, Paul 29, 37, 53, 75–79, 449 f.
Schneider, Reinhold 287
Schneller, Johann Ludwig 341
Schniewind, Julius 219
Schoengut, Fritz 371, 439
Scholl, Hans 75 f., 367, 379, 450–452
Scholl, Magdalene 450, 452
Scholl, Robert 450, 452
Scholl, Sophie 75 f., 367, 379, 452–454
Scholz-Babisch, Christine (geb. Voelkel) 454
Scholz-Babisch, Friedrich 454
Schönfeld, Hans 287
Schönhaus, Cioma 333

Schönherr, Albrecht 39 f.
Schönthaler, Paul 93, 455 f.
Schönthaler, Rut Vera (geb. Emde) 455
Schrader, Cornelia (geb. Kracke) 456
Schrader, Werner 252, 456 f.
Schramm, Friedrich 356, 457 f.
Schramm, Maria (geb. Liebherr) 457
Schreiber, August 575
Schreiber, Karl f. 94
Schreiber, Richard 94
Schröder, Aganetha 574
Schröder, August und Ehefrau 224
Schröder, Rudolf Alexander 475
Schröer, Heinz 458–460
Schröer, Irene Gertrud (geb. Kleinpaul) 458
Schubert, Günter 175, 191
Schubert, Wolfgang 662
Schulenburg, Adolf-Heinrich Graf von der 106
Schulenburg, Charlotte (geb. Kotelmann) 462
Schulenburg, Elisabeth Gräfin von der (geb. von Sobbe) 460
Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 311, 460–462
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 105–106, 350, 462 f.
Schulenburg, Wilhelm Graf von der 106
Schultz, Leo 637
Schultz, Siegfried 153, 630 f.
Schulz 631
Schulz, David 156
Schulz, Leo 631
Schulz, Wilhelm 680
Schulze-Boysen, Harro 241 f., 279, 303, 306, 319, 434, 463–465
Schulze-Boysen, Libertas (geb. Haas-Heye) 306, 463–465
Schulze-Büttger, Georg 454
Schümer, Wilhelm 117
Schwalm 404
Schwamb, Elisabeth (geb. Fritz) 465
Schwamb, Ludwig 465 f.
Schwartz, Adele (geb. Elby) 553
Schwartz, Laura (geb. Laurin) 553
Schwartz, Walter 283
Schwartz, Wilhelm 142, 553 f.
Schwarzburg, Günther Victor Fürst von 291
Schwarzenberger, Hans 300
Schwengler, Leo 621, 631
Schwerdtfeger, Johannes 174, 189 f.
Schwerin von Schwanenfeld, Marianne Gräfin von (geb. Sahm) 466
Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich-Wilhelm Graf von 466–468, 500, 508
Schwerin von Schwanenfeld, Wilhelm Graf von 467
Schwinge, Erich 119
Seeberg, Rudolf 683
Segantini, Bianca 491
Seib, Eduard 569, 631 f.
Seib, Frieda (geb. Steinwand) 632
Seib, Marie (geb. Schmidt) 631
Seib, Otto 631
Seib, Valentin 632
Seib, Woldemar 631, 632 f.
Seifert, August 93
Sello, Maria 333
Seltmann, Gertrud (geb. Bauch) 468
Seltmann, Heinrich 468 f.
Semjonow, Wladimir 659, 672, 677
Semke, Christian 633
Sept, Robert 587, 633
Sergej (Großfürst) 73
Servet, Michael 28
Seydlitz (Seidlitz), Johann 633
Seydlitz (Seidlitz), Katharina (Iwanowna) 633
Shakespeare, William 253
Sieg, John 303
Siegmund-Schultze, Friedrich 105, 122, 286 f., 484, 488
Siemens, Anna (geb. Aron Thiessen) 633
Siemens, Gerhard 634
Siemens, Heinrich 634
Siemens, Jakob Heinrich 633–635
Siemens, Martha (geb. Immler) 469
Siemens, Paul 469–471
Simon (Witwe) 224
Simon, Max 274, 511
Simon, Oktav 635
Simoneit, Herbert 374
Simson, Arthur 361
Slapa 180
Slawinsky, Max 95, 471 f.
Slawinsky, Rut (geb. Wetzel) 471
Sławoj Składkowski, Felicjan 184
Slevogt, Max 351

Smend, Günther 427
Soden, Hans von 212
Solf, Hanna (geb. Dotti) 213–215, 346, 491
Solf, Wilhelm Heinrich 213, 346
Sommer, M. 450
Sondheimer, Friedrich 678
Spann, Othmar 292
Spann, Rafael 292
Spengler, Oswald 106
Spiero, Heinrich 345, 360, 370
Spittel, Lydia 472
Spittel, Rudolf Otto Ernst 472 f.
Spoerl, Alexander 464
Sponeck, Anneliese Gräfin von (geb. Honrichs) 473
Sponeck, Gertrud Gräfin von (geb. Koenitzer) 473
Sponeck, Hans Graf von 473 f.
Sprenger, Jakob 465
Staab 578
Sta(a)b, Eugenia 635
Sta(a)b, Konrad 635
Staedel, Wilhelm 684, 694
Staehle, Hildegard (geb. Luther) 214
Staehle, Wilhelm 214, 339
Staewen, Gertrud 214
Stählin, Wilhelm 671
Stalin, Josef 31, 95, 150, 157, 159, 162, 164 f., 169, 576, 606, 638, 678
Stapel, Wilhelm 285
Stargardt, Otto 325
Staritz, Carl 212
Staritz, Katharina 212, 215
Staritz, Margarethe 212
Starke, Gotthold 186
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 99, 230, 237 f., 240, 252, 265 f., 287–290, 323, 327, 350 f., 364, 375 f., 382–384, 401–403, 415, 429, 435, 454, 468, 483, 492, 494, 496, 508, 514, 664
Stehmann, Elfriede (geb. Dalchow) 474
Stehmann, Siegbert 474–476
Steigleiter, Hugo 446
Steil, Auguste (geb. Ederhof) 476
Steil, Elisabeth (geb. Egen) 476
Steil, Ludwig 37, 77, 476 f.
Stein, Brigitte 355
Stein, Edith 26, 82, 197
Stein, Renate 353–355
Stein, Rosa 197
Steiner, Ernst 342, 477 f.
Steiner, Helene (geb. Hirsch) 477
Steiner, Marie (geb. Otto) 477
Steiner, Rudolf 266
Steinwand, Amalie (geb. Ochsner) 635
Steinwand, Daniel 635 f.
Steinwand, Friedrich 635 f.
Steinwand, Ludwig 636
Steinwand, Sigrid Margarethe 636
Stellbrink, Hildegard (geb. Dieckmeyer) 478
Stellbrink, Karl Friedrich 29, 38, 76 f., 478–480
Steltzer, Theodor 253
Stelzer, Hermann 187
Stempel, Alfred 480
Stempel, Dorothea (geb. Knaur) 480
Stempel, Flora (geb. Schiebler) 480
Stempel, Heinz Rudolf 480–482
Stenbock-Fermor, Wilhelm Graf 550
Stephan(us) 58, 60, 73
Stichel, Wolfgang 222 f.
Stieff, Hellmuth 290, 349, 482 f.
Stieff, Ili Cäcilie (geb. Gärtner) 482
Stiehl 335
Stisser, Karl Adolf 265
Stoecker, Adolf 309, 521, 560
Stöhr, Hermann 39, 122 f., 276, 483–485
Stoltenhoff, Ernst 272
Stöver, Rolf 475
Strasser, Gregor 285
Strassmann, Ernst 262
Strautmann, Christoph 131, 554
Strautmann, Olga (geb. Baronesse von der Ropp) 554
Strautmann, Olga (geb. Beckmann) 554
Streck, Alexander 636
Strelow, Heinz 241 f.
Stresemann, Gustav 442
Streufert, August 484–486
Streufert, Ella (geb. Schultz) 484
Streufert, Klara (geb. Frese) 484
Stroessner, Alfredo 697
Stroh, Georg 578, 594, 601, 628, 636 f.
Stroh, Johannes 578, 594, 601, 628, 636 f.
Stroh, Theodor 637
Stromberg, Adalbert von 536
Strünck, Theodor 408
Stryk, Elsie von 440

Stülpnagel, Carl-Heinrich von 266, 323, 402, 403, 486–488
Stülpnagel, Helene von (geb. von Pentz) 486
Stürz (jun.) 637
Stürz (sen.) 637
Stürz, Irina 637
Sudermann, David 639
Summer, Christian 637
Summer, Heinrich 637
Suppers, Georg 637 f.
Sylten, Hildegard (geb. Witting) 488
Sylten, Reinhard 489
Sylten, Werner 37, 76, 77, 206, 232, 260, 488 f.
Szitnik, Alfred 638
Szulc, Jozef 180

Talazko, Hildegard (geb. Garbrecht) 489
Talazko, Karl 489 f.
Tapiedi, Lucian 73
Taube, Luise (geb. Rahlenbeck) 554
Taube, Theodor 142, 554 f.
Tauber, Charlotte 189
Tauber, Johannes 174, 189
Taurit, Magdalene (geb. Kaehlbrandt) 555
Taurit, Wilhelm 135, 555, 565
Tatsenko, Tamara 149, 172
Temming, Charlotte 458
Tennikowa, Ida 638
Terwiel, Maria 319 f.
Tetz, G. 623
Teutsch, Friedrich 683
Thadden, Adolf von 491
Thadden, Ehrengard von 490
Thadden, Elisabeth von 213, 346, 490–492
Thadden, Reinold von 490
Thaumann, Willi 94, 492
Thielicke, Helmuth 672
Thierack, Otto 299, 347
Thiessen, Isaak 608
Thiessen, Johann 624
Thomas, Georg 281
Thomasius, Christian 271
Thorassjanz, Ossip 638 f.
Thorassjanz, Therese (geb. Külpe) 638
Thum 274, 511
Thumes, Friedrich 693 f.
Thumes, Michael 693
Thumes, Sophie (geb. Graf) 693
Thüngen, Karl Freiherr von 364, 492 f.
Thüngen, Margarethe Freifrau von (geb. Edle von Schultes) 492
Thüngen, Marie Freifrau von (geb. Freiin von Michel-Raulino) 492
Tidow, Günter 241
Tiessen, Agnessa 592
Tietze, Gerhard 186, 188
Tillich, Paul 428
Timm 459
Tirpitz, Alfred von 103, 311
Tito, Josip Broz 690
Töws, Aron Peter 639 f.
Töws, Johann 640 f.
Töws, Johann (sen.) 640
Töws, Maria (geb. Sudermann) 639
Töws, Peter Aron 639
Tresckow, Erika von (geb. von Falkenhayn) 494
Tresckow, Henning von 112, 230, 323, 375, 401, 415, 462, 494 f., 500
Treu, Adelheid (geb. von Rengarten) 556
Treu, Amalie (geb. Nackunstz) 556
Treu, Ernst Fromhold (gen. Ernst Fromhold-Treu) 142, 556 f.
Treu, Marie (geb. Kaehlbrandt) 557
Treu, Paul Fromhold (gen. Paul Fromhold-Treu) 142, 145, 557 f.
Trippel, Nikolai 641
Troeltsch, Ernst 351
Trotha, Carl Dietrich von 276, 660, 661
Trott zu Solz, Adam von 104, 105, 234, 287, 289, 349, 494–496
Trott zu Solz, August von 495
Trott zu Solz, Clarita von 495
Trott zu Solz, Eleonore von (geb. von Schweinitz) 495
Trube, Friedrich (jun.) 642
Trube, Friedrich (sen.) 641 f.
Trzaska (Tczaska, Tschaska, Trjaska), Nikolai 642
Tschischko (Cißko), Emilie (geb. Kampe) 558
Tschischko (Cißko), Ludwig 139, 558 f.
Tucholsky, Kurt 512
Turner 306
Tyssen, Dietrich 642

Uhder, Konstantin 142, 559 f.
Uhl, Friedrich 299, 300,
Uhle, Gustav 628, 642 f.
Uhle, Olga Ludwigowna 164, 642
Uhrig, Robert 292
Ulrich, Christian 643
Ulrich, Hermann 643
Umfrid, Hermann 496–498
Umfrid, Irmgard (geb. Silcher) 497
Umfrid, Otto 497
Unger 597, 621, 631, 643
Unger, Peter 643
Unglaube, Inge (geb. Frankenstein) 370
Urner, Hans 345, 346
Üxküll, Gräfin von 323

Vacheroth, Hans-Christian 399
Vācietis, Jukums 140
Vahldieck, Albert 498
Vahldieck, Fritz 498 f.
Vahldieck, Lydia (geb. Eggert) 498
Vangerow, Curt 680
Veniamin (Kazanskij) 152
Vins (Wiens), Lydia (geb. Scharikowa) 644
Vins (Wiens), Peter J. 97, 644
Vins, Georgi 644
Vins, Jakow J. 644
Visser't Hooft, Willem A. 105, 495
Voes, Heinrich 22, 68
Vogel 672
Vogel, Erna (geb. Kull) 645
Vogel, Heinrich 224
Vogel, Karl 645
Vogel, Olga (geb. von Niessen) 645
Vogel, Rudolf Konstantin 645 f.
Vogt, Ludwig 376
Voß, Gisela von (geb. von Stüpnagel) 500
Voß, Hans-Alexander von 500 f.
Vvedenskij, A. 591

Wachtsmuth, Marianne (geb. Schwartz) 560
Wachtsmuth, Paul 143, 560 f.
Wacker, Friedrich 646 f.
Wacker, Helga 647
Wacker, Isolde 647
Wacker, Klara 646
Wacker, Klara (Tochter) 647
Wacker, Senta 647
Wagner, Christfried 647
Wagner, Eduard 375
Wagner, Heinz 667
Wagner, Josef 513
Wagner, Rudolf 647 f.
Wagner, Woldemar 648
Wallis, Familie 364
Walter, Arthur 561 f.
Walter, Hedwig (geb. Walter) 561
Walter, Johannes 186
Walter, Wilhelm 561
Walther (Walter), Arthur 142
Walther, Georg 667
Wandrei, Kurt 681
Warburg, Eric 288
Warnke 678
Weber, Max 240
Wedekind, Wilhelm 265
Weimann, Kornelius 685
Weinoldt, Wolfgang 668
Weisenborn, Günther 125, 464
Weisenstein, Elisabeth 501
Weisenstein, Moritz 501 f.
Weissler, Adolf 502
Weissler, Friedrich 502 f.
Weissler, Johanna (geb. Schäfer) 502
Weizsäcker, Ernst Freiherr von 310, 495
Wenzel, Otto 587, 633, 648
Werner, Heinz 189
Wichern, Johann Hinrich 77
Wiebe, Agathe 616
Wiebe, Cornelius 648
Wiebe, Ida (geb. Klassen) 649
Wiebe, Otto 649
Wieckowski, Heinrich von 397
Wiedemeyer, Ernst 187
Wiens, Anna (geb. Balzer) 650
Wiens, Gerhard 650
Wiens, Jakob 650
Wiese und Kaiserswaldau, Joachim von 493
Wiesner, Rudolf 184
Wilhelm II. 374, 521, 545, 559
Will, Elisabeth (geb. Klein) 342, 504–506
Will, Heinrich 342, 504–506

Willigerode, Adalbert 562
Willigerode, Adalbert Hugo 562
Willigerode, Alice (geb. Wellmann) 562
Willigerode, Paul 562 f.
Willigerode, Theodor Friedrich Adalbert 562
Wilpert, Ludwig von 143, 563
Wins, Abraham 597, 621, 631, 643, 650
Wins, Heinrich 597, 621, 631, 643, 650
Winter, Annemarie 506 f.
Winter, Jon 651
Winterhoff 448
Wirmer, Josef 305, 311
Witt, Gustav 651
Witzleben, Erwin von 237, 309, 351, 374 f., 402 f., 468 f., 487, 500, 507–509
Witzleben, Ilse (geb. Kleeberg) 507
Wladimir (Metropolit) 148
Wlassow, Andrej 434
Wodaege, Otto 194
Wohl, Samuel 651
Woitkiewicz, Helene (geb. Albrecht) 651
Woitkiewicz, Ludwig 651 f.
Wolf, Joachim 681
Wolff, Alexander 509
Wolff, Irma 509
Wolff, Karl 235
Wolff, Katharina 509
Wolff, Lilly 260, 509 f.
Wolff, Luise 315
Wolfmeyer, Leonhard 274 f., 300, 510 f.
Worms, Louis 268
Worms, Martha 268
Woronin, Nikita I. 540
Wrangell, Baron von 146, 517
Wrangell, Peter von 146
Wuch(e)rer, Samuel 563
Wühner, Adele (geb. Schasmin) 563
Wühner, Richard 563 f.
Wurm, Theophil 277, 296, 405, 497
Wüßner, Adolf 652
Wüßner, Eduardt 652
Wüst, Eduard 597, 601, 606
Wüsten, Dorothea (geb. Koeppen) 511
Wüsten, Johannes 511–513

Yorck von Wartenburg, Heinrich Graf 513
Yorck von Wartenburg, Marion Gräfin (geb. Winter) 513
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 104, 109, 112, 209, 257, 389, 513–515
Yorck von Wartenburg, Sophie Gräfin (geb. von Berlichingen) 513

Zander 190
Zeifert, Marcis 533
Zeis (Zeyhs, Zeys), Alfred 94
Zeis(s)ler, Andreas 652
Zeis(s)ler, Vera (geb. Krämer) 652
Zellmann, Richard 188
Zhiming, Wang 73
Zimmer, Karl 652
Zimmer, Ottilie (geb. Mergenthaler) 652
Zimmer, Wilhelm 652 f.
Zimmermann, Helga 331
Zimmermann, Katharina (geb. von Roth) 564
Zimmermann, Ludwig 77, 135, 543, 551, 556, 565
Zinn (Lehrer) 187
Zinn, Elisabeth 330 f.
Zinzendorf, Nikolaus Ludwig Graf von 77
Zitzke, Johannes 404
Zoeckler, Otto 399
Zrenner, Anna (geb. Lehner) 514
Zrenner, Leander Josef 94, 514 f.
Zrenner, Werner 515
Zwingli, Ulrich 52

Ortsregister

Die Ortsangaben in diesem Band folgen den historischen Ortsnamen. Abweichungen aufgrund von späterer Eingemeindung oder Umbenennung sowie sprachlich bedingte Namensvarianten sind im Register in der Regel in Klammern angegeben; deutsch-russische und deutsch-baltische Namensvarianten sind im Anschluss an das Register in einer gesonderten Konkordanz aufgeführt.

Aachen *270, 279*
Aahof *559*
Abai *643*
Abbeville *318*
Abtshagen (Wittenhagen/Vorpommern) *485*
Achim/Weser *242*
Achsür-Konrad *621*
Adsel *517 f.*
Agnetheln (Agnita) *683 f., 687*
Agram *siehe* Zagreb
Ak-Metschet *625*
Akmolinsk (Zelinograd, Astana) *163, 638, 649*
Alagier *689*
Alejsk *652*
Alexanderhof *587, 608*
Alexandersdorf *608*
Alexandershilf *587*
Alexandertal *596*
Alexandria (Ägypten) *341 f.,*
Alexandropol (Armenien) *648*
Alexandrodar *614*
Alexandrowka *592, 612 f.*
Alexeevka (Gut) *639*
Alexejewka *653*
Allasch-Wangasch *551*
Allenburg (Druschba) *441*
Alma-Ata *617, 619 f., 623–625*
Alsfeld *477*
Altboyen (Stare Bojanowo) *187*
Altdamm (Dąbie) *389*
Altmark (Weißwasser) *661*
Altona (Hamburg) *285, 385, 415, 447*
Alt-Rahden *522, 554*
Alt-Schwaneburg *559 f.*
Alt-Schwedendorf *651*
Altsorge *189*
Alt-Strelitz (Neustrelitz) *663 f.*
Alzey *465*
Ammendorf (Halle/Saale) *396 f.*
Amsterdam *574 f.*
Ananjewka *618*
Ankara (Türkei) *114*
Anklam *309, 341*
Annenfeld *563, 626, 636, 653*
Ansbach *300, 420 f., 511,*
Aplerbeck (Dortmund) *251, 457 f.*
Appricken *534*
Archangelsk *164, 583, 584, 607, 614, 633, 647*
Armawir *587*
Arroküll *348*
Arroio do Padre *478*
Arzis *590, 651*
Ascheraden *547*
Aschersleben *75*
Astana *siehe* Akmolinsk
Astrachan *596, 636*
Athen *185*
Atkarsk *635*
Augsburg *63 f., 81 f., 350, 318, 476*
Augsgirren *655*
Aulie-Ata *603 f.*
Auma *530*
Aurich *469*
Auschwitz (Oświęcim) *26, 73, 80, 95, 225, 259, 261, 292, 294, 313, 321, 330, 332, 359, 360, 373, 385, 386, 390, 391, 413, 427, 439, 440, 503*
Autz *522, 524*
Autzenbach *524*

Bachmut 592, 622
Bad Elster 431
Bad Ems 428
Baden-Baden 231 f.
Bad Fallingbostel 329
Bad Godesberg (Bonn) 358
Bad Harzburg 456
Bad Hersfeld 304
Bad Homburg 455
Bad Honnef 317
Bad Köstritz 488
Bad Kreuznach 356, 441
Bad Langensalza 268
Bad Oeynhausen 477
Bad Sachsa 291
Baidak 620
Bajkonur 576
Baku 575, 583, 587 f., 596, 626, 638 f., 642, 647 f., 651
Baldohn 543
Balgalln 533
Baltimore 305
Balzer 156, 596, 607, 609, 611, 622, 633
Bamberg 326, 410, 447, 492
Bamlag 577 f., 623
Bant (Wilhelmshaven) 362
Barcelona 238, 309, 460
Bärenstein 431
Barkhausen (Porta Westfalica) 478
Barmen *siehe* Wuppertal
Barnaul 574, 604, 652
Bartenstein (Bartoszyce) 360, 373
Basel 248, 296 f., 317, 469, 597, 611, 624, 676
Batumi 592
Bauske 522 f., 554
Bautzen 429, 430, 480, 498, 667, 674 f., 680 f.
Beatenthal 547
Beckedorf (Hermannsburg) 330
Beekhuizen 264
Beeskow 296
Beideck 632
Belbaltlag 589
Belgard (Białogard) 289, 352, 404
Belgrad 185, 309, 427
Belkow 676
Belomoro-Baltijskij 635
Belowesh 611
Bełżec 279
Benkendorf 569, 595 f.
Benndorf 242
Bentrup (Detmold) 356
Berchtesgarden 349 f.
Berdjansk 577, 592, 597, 599, 606, 621
Bereza Kartuska (Bjaroza) 186
Bergdorf 572, 609, 631
Bergen-Belsen 330,
Bergnassau-Scheuern (Nassau/Lahn) 455
Berlin 25, 40 f., 51, 74, 79 f., 105 f., 114, 121, 123, 125–127, 161, 180, 182, 204, 206, 211–214, 219–227, 229–234, 237–241, 246, 248 f., 251–255, 257–263, 268–271, 273–283, 286–292, 294, 296–298, 302–306, 308–314, 316 f., 319–327, 330–333, 337, 339, 343–346, 349–354, 359–371, 373–378, 381–384, 391 f., 395–397, 399–403, 405, 406, 408–412, 414–416, 418–429, 433 f., 436 f., 439–441, 443–445, 447–450, 454, 456, 458–468, 470–496, 499, 500–504, 506 f., 509 f., 513 f., 519, 560, 569, 580 f., 600, 617, 645 f., 657 f., 660–663, 668 f., 672, 674 f., 676, 680, 681, 683, 689, 691, 695, 697
Berlin-Ost 95, 122, 484, 671, 680
Berlin-West 40, 657, 661 f., 666, 670, 676
Berlin-Charlottenburg *siehe* Charlottenburg
Berlin-Moabit 193, 292, 333, 410f. , 513
Berlin-Plötzensee 4, 37, 123 f., 237, 241 f., 256, 265 f., 278, 280, 282, 286, 289 f., 299, 304 f., 308, 319, 323, 326, 338, 346, 348, 350, 352, 363, 366, 375, 381, 388, 419, 422, 425, 427 f., 433 f., 436, 454, 460, 462 f., 465, 467, 483, 485 f., 488, 495, 513–515
Berlin-Tegel 444
Berlinchen (Barlinek) 403, 405
Bern 185, 331
Bernau 403
Bernsdorf 459
Besançon 125, 687
Beschania (Bežanija, Belgrad) 689
Bethel (Bielefeld-Gadderbaum) 264, 334, 379, 397, 403, 458, 477, 501, 505 f., 560, 568
Bettinger 626
Betzdorf 380
Beuthen 353, 419
Beverloo 255
Białystok 196, 493
Biebrich (Wiesbaden) 229
Bielefeld 41, 416 f., 458
Bielefeld-Bethel *siehe* Bethel
Biharkeresztes 688

Bijsk 644
Bilderlingshof 519
Birkweiler 351
Birobidshan 606
Bischkek 170, 613, 627
Bistritz (Bistriţa) 693
Blagoweschtschensk 622 f., 644
Blankenberg (Thüringen) 10, 266–268
Blankenburg (Harz) 386
Blaufelden 510
Blender 329
Blumenau (Brasilien) 399
Blumengart 634
Blumenthal (Wolhynien) 623
Böblingen 301, 315
Bochum 477
Bodenbach 430
Bogomasow 600 f.
Bogoslow 608
Bonn 264, 294, 318, 364, 371, 430, 443, 476, 663
Boppard 443
Borissow 366, 615
Borsdorf 236
Bose 29, 46,
Bosenheim (Bad Kreuznach) 441
Boskowitz 368
Boßweiler (Quirnheim) 384
Bottendorf (Burgwald) 379
Brackley 371
Braila 688
Brandenburg 4, 37, 39 f., 283 f., 290, 301, 315, 332, 415, 416, 428, 433, 464, 467, 480, 655, 658, 669 f., 674 f., 679, 680
Brandenburg-Görden 93 f., 124, 221, 247 f., 291 f., 299, 347, 408 f., 411, 418, 427, 443 f., 492 f., 511, 513, 515
Braunfels 380
Braunschweig 75, 99, 321, 456
Braunsdorf (Spreenhagen) 675
Bremen 241 f., 251, 317, 464, 473, 591
Bremerhaven 254
Breslau (Wrocław) 80, 106, 212, 221 f., 238 f., 242 f., 270, 275 f., 307, 353 f., 359 f., 369 f., 373, 384 f., 388, 408 f., 424, 444, 454, 462, 467, 507, 513 f., 660 f., 668, 672 f., 677, 680
Brest(-Litowsk) 139 f., 658 f.
Brettheim (Rot am See) 274 f., 299–301, 510 f.
Brieg (Brzeg) 301, 384, 408, 421, 443, 668
Brieselang 662 f.
Brno-Oktjabrske 579
Bromberg (Bydgoszcz) 174 f., 180, 182 f., 185 f., 190–192, 375, 403, 668
Bruchsal 393
Brunnental (Russland) 578, 588, 637
Brüssel 22, 68, 464
Bublitz 404
Buchenwald 22, 29, 75, 78 f., 220 f., 266, 268, 276, 339, 410, 425, 449 f.
Buchwald (Buczyna) 327
Bückeburg 414 f.
Bücken 230
Budapest 185, 225, 292, 688 f., 691
Büdingen 238
Buenos Aires (Argentinien) 695–697
Bützow-Dreibergen 677, 679
Buguruslan 641
Buj (Wologda) 647
Bukarest 185, 286 f., 460, 691 f.
Bulanka 622
Burg (Spreewald) 399, 678 f.
Burgörner (Hettstedt) 242
Burgliebenau (Schkopau) 396 f.
Butzbach 342
Buzau 683
Byten 582, 588, 590

Calbe/Milde *siehe* Kalbe/Milde
Callnberg (Lichtenstein/Sachsen) 210
Cambridge (England) 286
Cambridge (Massachusetts) 660
Cannstatt (Stuttgart) 261
Cardiff (Wales) 559
Celle 214, 330
Chabarowsk 567, 597, 644
Charkow 571, 598, 606, 623, 625, 630
Charleroi 272, 623, 625, 630
Charlottenburg (Berlin) 229, 233, 272, 286, 289, 308, 319, 343, 360, 465, 500, 645
Chemnitz 210 f., 402, 669
Cherson 572 f., 581 f., 590, 595, 598, 621, 631 f., 635 f., 651, 685
Chichester 239, 489
Chodecz 189
Chortitza 607, 615, 617, 624, 634 f., 639 f.

Chorzow bei Königshütte (Chorzów) 413
Cilli (Celje) 692
Coburg 75
Coimbra 222
Colonia Hohenau (Paraguay) 696
Cottbus 296 f., 299, 364, 399, 437, 675
Coventry 242
Crailsheim 421
Creisau *siehe* Kreisau
Crimmitschau 468
Culm 188
Czernowitz 688

Dachau 41, 78 f., 94, 181, 193, 230, 232 f., 235, 249 f., 264, 297, 317 f., 339, 381, 393, 431–433, 440 f., 445, 476 f., 489
Dagö 138
Dahlem *siehe* Berlin
Dahlen 555
Dahn 474
Dammen (Damno) 506 f.
Danzig (Gdánsk) 184, 188, 192, 224, 242, 256 f., 424, 473, 492
Darmstadt 247, 302, 311, 342, 364, 428, 477 f., 486, 504 f., 676
Debrecen 66
Dejewka 617
Demmin 26
Den Haag 185, 448
Dessau 419
Detmold 356, 479
Detroit (Michigan) 644
Detskoje 630, 647
Deutsch Eylau (Iława) 381, 482, 486
Deutsch Krone (Wałcz) 458 f.
Dickeln 556
Dickenschied 449 f.
Diedenhofen (Thionville) 363
Diedrichshagen 412
Dietel 611, 648
Djelal 583, 605
Dnepropetrowsk 575, 599, 621, 623, 632, 640, 642
Dobeln 135, 522
Dobrinka 620
Dolinka 621
Döllnitz/Saale 396
Donauwörth 368
Donbas 607
Dondangen 543 f.
Donetzk *siehe* Jusowka
Dönhof (Russland) 579, 599, 605
Donskoj 601
Dorfhain 277
Dornholzhausen (Nassau/Lahn) 449
Dorpat (Tartu) 129–132, 139–141, 144, 160, 517–523, 525–539, 541–551, 553–556, 558–563, 565, 568 f., 571–573, 579, 582 f., 588–598, 604– 612, 621 f., 626, 630–633, 635 f., 639, 642, 645 f., 648, 685
Dörpen 416
Dorsten 672
Dortmund 226, 251, 307, 355 f., 416 f., 458, 477
Dortmund-Hörde 458
Dreibergen 677, 679
Dreispitz 620
Dresden 229, 235, 249, 251, 301, 337, 397, 402, 406, 429–433, 467–469, 480 f., 486, 489, 507, 660, 668
Dshankoi 628, 651
Dshelal 590
Dubinino 647
Duderhof 631
Duisburg 674
Dünaburg 138
Dunajewzy 597
Durelsdorf 689
Düsseldorf 225 f., 275 f., 327 f., 356, 358, 371 f., 380, 416, 429, 450, 473, 504, 676

Ebenfeld 585
Eberswalde 414, 662
Eckartsberga 267, 291
Eger (Cheb) 227
Eger-Erlau (Ungarn) 66
Ehringshausen 477
Eichenfeld 633 f.
Eichwalde 676
Eigenheim 596
Einbeck 329
Einlage 607 f.
Eisenach 5, 37, 45, 266
Eisfeld 678
Eisleben 399 f.
Elberfeld *siehe* Wuppertal

Elbing (Elbląg) 482
Elisabethtal 652 f.
Ellwangen 249
Elmshorn 278
Elsterwerda 227–229
El Vesubio 696
Emiltschin 604, 611
Ems *siehe* Bad Ems
Endersbach (Weinstadt) 315
Engels (Pokrowsk) 157, 567, 582, 586, 593, 610, 631
Eningen 301
Eperjes 689
Eppstein 445 f.
Erfurt 123, 242, 340, 498, 655
Erlaa (Livland) 548
Erlangen 219, 268, 318, 351, 405, 421, 431
Ermstedt (Erfurt) 498
Erwahlen 533
Erxleben (Altmark) 373
Eschede 329
Essen 259, 445 f., 449
Esterwegen 312, 384
Ettal 362
Eugenfeld 563, 606
Eupatoria (Krim) 604 f.
Eureka (South Dakota) 590
Euskirchen 364, 366
Eving (Dortmund) 355
Exin (Kcynia) 189

Falaise 284
Falkenau (Schloss) 480
Falkensee 662 f.
Fallingbostel *siehe* Bad Fallingbostel
Feffernitz (Kärnten) 661
Fehrbellin 475
Feldkirchen (Kärnten) 427
Fellin 536 f., 562
Feodossija (Krim) 474, 592, 633
Ferdinandshof 405
Fère-Champenoise 595
Finkenwalde (Zdroje) 405 f., 471 f.
Finolno 194
Finsterwalde 297–299
Fischerhude 241 f., 511
Fischhausen (Primorsk) 462
Flachstöckheim (Salzgitter) 469
Flensburg 255, 396 f., 509
Florenz 403
Flossenbürg 73, 238, 251 f., 381, 406, 408–410, 424 f., 441 f.
Forchtenberg 452
Forst (Lausitz) 249
Frank 578 f., 585 f., 602 f., 613, 635
Frankenberg (Oberrot) 301
Frankenthal 364
Frankfurt/Main 212, 226, 250, 311, 341 f., 350, 366, 428, 441, 455 f., 465 f., 480, 487, 504, 660
Frankfurt-Preungesheim 342, 446, 505
Frankfurt/Oder 412, 507, 661 f., 681
Franzosen 613
Fraustadt (Wschowa) 369
Freiburg (Breisgau) 114, 220, 248, 268 f., 278, 319, 359, 409, 473, 491
Freising 515
Freudenstadt 264
Friedberg 364, 428, 477
Friedenfeld 518, 571, 597
Friedensau 95, 307, 585, 599, 623, 676
Friedensdorf 569
Friedensfeld 639
Friedenshütte 180
Friedrichshagen (Berlin) 458 f.
Friedrichstein (Gut) 415
Frischfeld 583
Fröndenberg 395
Frunse *siehe* Bischkek
Fulda 41, 229, 238
Fundeni 692
Fürstenau (Ukraine) 639
Fürstenberg/Havel 252, 376, 420
Fürstenberg/Oder 661
Fürstenhagen (Uslar) 264 f.
Fürstenwalde/Spree 268, 334
Fürstenwerder 468
Fürth 697

Gaildorf 611
Gaimersheim 690
Galantha 292
Galatz (Galaţi) 683
Galka/Ust'kulalinka 569, 620

Galmsbüll (Pohlheim) 255
Garbenteich 477
Garz 422
Gatschina 572, 631
Gauting 318 f.
Gehlsdorf (Rostock) 248
Geisenfeld 690
Gelsenkirchen 695 f.
Genf 69, 185, 315, 325 f., 331, 360, 445, 487, 495
Genua 274, 309
Georgenburg (Majowka) 220
Georgsfeld 563, 579
Georgstal 653
Gera 369, 657 f.
Gerdauen 462
Germersheim 340, 473 f.
Gersdorf (Haselbachtal) 489 f.
Geußnitz 387
Geyersdorf (Annaberg-Buchholz) 468
Ghencea (Bukarest) 691 f.
Gießen 302, 305 f., 341–343, 364, 390, 441, 449, 465, 477 f., 504–506
Gifhorn 285 f.
Gipken 557
Girjusy 540
Gleiwitz (Gliwice) 320 f., 414
Glindow 463
Glowitz (Glówczyce) 405, 506 f.
Glückstal 567, 573, 609
Gnadenfeld 574 f.
Gnadenflur 590 f.
Gnadental 598
Gnadentau 588, 629
Gnesen (Gniezno) 187–189
Göhren (Mecklenburg) 466
Goldap 440, 665
Goldingen 604
Gombin 190
Görden *siehe* Brandenburg-Görden
Görlitz 511–513, 657, 661, 668
Görlsdorf (Góralice) 397
Gostyn 190
Gotha 488 f.
Göttingen 220, 254, 264, 280, 291, 323, 379, 433, 462, 469, 495, 535, 551
Graschdanka 572, 633
Grätz 189
Graudenz (Grudziądz) 186, 472
Graz 302
Greifswald 220, 264, 297, 327, 352, 387, 396, 399, 405, 412, 472, 663, 668 f., 672–674
Greiz 221, 266
Grigorjewka 616
Grimm 588, 620, 636
Groß-Dubberow (Dobrowo) 352
Groß Kiesow 412 f.
Großliebenthal 568, 581, 584, 598, 645
Groß Lübbenau *siehe* Lübbenau
Groß Möllen (Mielno) 405
Groß-Neudorf (Kościerzyce) 661
Groß Rominten (Krasnolesje) 665
Groß-Rosen (Rogoźnica) 94, 307, 356, 358
Groß Schacksdorf 249
Groß-Schenk (Cincu) 683, 687
Groß Schmöllen 246
Groß Trebbow (Klein Trebbow) 411
Groß-Wanzleben *siehe* Wanzleben
Groß-Warnicken 441
Groß Warningen 665
Groß-Zimmern 364–366
Grunau 572, 685
Grünberg (Zielona Góra) 668
Grün(e)feld 625
Grüntal (Ukraine) 586
Grusow (Lager) 689
Grüssau (Krzeszów) 370
Guatemala 467
Gubannitza 631
Guben 661 f.
Gukk 620
Gumbinnen (Gussew) 296 f.
Gummersbach 96, 171
Gurs 202
Güstrow 406, 678

Hademarschen (Hanerau-Hademarschen) 255
Hagen 397 f.
Haifa 244
Hainrode 387
Halberstadt 75, 348 f., 422, 659
Hall *siehe* Schwäbisch Hall
Halle/Saale 75, 124, 227f., 242, 267, 270 f., 291, 302, 304, 317, 329, 341, 343, 373 f., 400, 403, 409, 413 f.,

419, 428, 469, 477, 498, 502, 655, 658, 659, 676, 680, 693
Halle (Westfalen) 416
Hamburg 29, 75, 211, 220 f., 242, 245, 249, 258, 268, 278, 285, 288, 311–313, 332, 336, 343–345, 348, 360, 367–369, 372, 385 f., 433, 437–440, 444, 471 f., 478, 480, 485 f., 501, 512, 584, 602, 630, 658
Hamburg-Altona *siehe* Altona
Hamburg-Fuhlsbüttel 368, 386, 437, 480
Hamburg-Neuengamme 362 f., 486
Hamm 417 f., 426
Hanau 495
Hannover 42, 230, 232, 246, 264 f., 304, 307 f., 321, 330, 366, 400, 441, 469, 470, 488, 507, 552, 695
Hannoversch Münden 414
Harburg-Wilhelmsburg (Hamburg) 367 f.
Hartheim (Alkoven) 488 f.
Harzburg *siehe* Bad Harzburg
Haslemere (Surrey) 371
Haunstetten (Augsburg) 250
Hausen (Pohlheim) 477 f.
Havanna 385
Havelberg 399
Heide (Holstein) 509
Heidelberg 226, 239, 259, 268, 283, 289–291, 312, 335, 341–343, 351, 371, 403, 410, 441, 444, 491, 511, 530, 672, 676
Heidenheim 262
Heilbronn 264, 341 f.
Heiligenbeil (Mamonowo) 462
Heimtal 604, 643
Heinersdorf (Steinhöfel) 500 f.
Heinsen/Weser 457
Helbigsdorf (Mulda) 334 f.
Helbra 242
Helenendorf 587, 633, 648
Helenówek 190
Helmet 553
Helsinki 185
Herford 417, 674
Hergiswil (Amt Willisau) 487
Hermannsburg 329 f.
Hermannstadt (Sibiu) 683, 693
Hermaringen 262
Herne 278, 356, 476 f., 506
Herold (Thum) 334
Hersbruck 420
Hersfeld *siehe* Bad Hersfeld
Heuberg (Stetten) 490
Heuboden (Ukraine) 624
Hilden 225
Hildesheim 469–417, 655
Hirschberg (Jelenia Góra) 307, 507
Hochelheim (Hüttenberg) 449
Hochheim 594 f., 651
Hochstadt/Main 379, 381
Hochstedt 574
Hoffnungsfeld 581, 621
Hoffnungstal 573, 581, 590, 610 f., 645
Hofgeismar 312
Hofzumberge 531, 546
Hohensalza (Inowrocław) 175, 189
Hohnstein 481 f., 489
Holstein 578, 620
Holsterhausen (Herne) 476 f.
Hongkong 327, 470
Hopfenberg (Chmielno) 352
Horchheim (Koblenz) 225
Horstschick 607
Huck 627
Hüttchen (Rudka) 459
Hussental 613
Huta Pankowa 607

Ickschen 540
Idar-Oberstein 380 f.
Ignatjewo 640
Ilsenberg (Kurland) 525
Ilsenburg 284
Imshausen (Bebra) 495
Ingelheim 441
Ingersheim/Jagst 450
Insterburg 219 f., 326 f., 378
Irben 557
Irdel 593, 631
Irkutsk 541, 572, 599, 650
Irmesch (Ormenis) 694
Irmlau 531, 554
Issyk 616
Iwanowka 590

Jablonowka 588
Jägerhof *siehe* Bromberg

Jägerslust (Rittergut) *siehe* Flensburg
Jajce 685 f.
Jamburg 631
Jammertal 634
Jamlitz 252 f.
Jannowitz (Janowice Wielkie) 426
Jarek 685
Jaroslawl 602 f., 612
Jassy (Iaşi) 694
Jastrow (Jastrowice) 458
Jeisk 596, 626
Jekaterinburg (Swerdlowsk) 604, 608, 614
Jekaterinoslaw *siehe* Dnepropetrowsk
Jekaterinowka 591
Jena 227, 242, 266, 268, 291, 302, 305, 308, 369, 428, 530, 657 f.
Jerewan 540, 648
Jerusalem 60, 76, 305, 341, 346
Jewe 537
Jewpatorija *siehe* Eupatoria
Johannisdorf (Santioana) 694
Johannistal 632
Jonsdorf 468
Josephstal 621
Jürgensburg 557
Jusowka 616, 624
Jüterbog 381, 657 f.

Kaaden (Kadaň) 489
Kaisersbach 497
Kaiserslautern 351
Kaiserswerth (Düsseldorf) 225 f.
Kaiserwald *siehe* Riga-Kaiserwald
Kaitz (Dresden) 431
Kalbe/Milde 396
Kälbertshausen (Hüffenhardt) 341
Kalbsrieth 266
Kalinowo 615
Kaluga 630
Kamenka 614
Kamenz 334, 429, 490
Kamyschin 578, 590, 596, 622, 635 f., 646
Kandau 520 f., 533
Kandern 341
Kaprun 247
Karaganda 574, 617, 619, 621, 638, 643, 649
Karaguj 613 f.
Karlsmarkt (Karlowice) 301, 384, 421
Karlsruhe 226, 473, 697
Kasan (Russland) 573
Kassel 307, 332 f., 337–339, 356, 415, 446, 495, 505, 583, 632
Kassel (Bessarabien) 568
Katharinenfeld 563, 579, 592, 636
Katharinenstadt (Marxstadt) 567, 569, 572, 578, 581, 584, 592 f., 595, 597 f., 629, 631, 652
Katsch (Kać) 685
Kattowitz (Katowice) 180, 184, 413 f., 444, 553
Kaufbeuren 414
Kaunas 243 f., 540, 600
Kawershof 517
Kawki 186
Keinis 553
Keitum 394
Kem (Karelien) 589, 597
Kemberg 460
Kemeri 545, 611
Kempten 293, 318, 374, 632
Kerro 651
Kesselsdorf (Wilsdruff) 469
Ketschendorf (Kärnten) 427
Ketschendorf (Spreenhagen) 675
Ketschug (Vorwerk) 582
Kiel 211, 233, 249, 251, 255 f., 275, 329, 343, 346, 379, 414, 416, 429, 431, 433, 480, 483, 486, 660, 686
Kiel-Russee 255 f.,
Kiew 148, 164, 232 f., 235, 567, 581, 587, 599, 610, 623, 628
Kirowobad 638
Kischinjow 573
Kiszkow 184
Kitschkass 615
Kitzscher 665
Klausenburg (Cluj-Napoca) 683, 693
Klein-Oels *siehe* Oels
Klein Schwarzsee (Czarne Małe) 387
Klein St. Johannis 562
Klubnikowo 614
Koblenz 233, 327, 380–382, 390 f., 449 f.
Kokenhusen 565
Kola 568, 571, 612
Kolberg (Kołobrzeg) 235
Kolken 557

Kölleda 242, 267
Köln 200, 226, 268–270, 272, 294, 304, 380, 384, 390 f., 419, 501 f.
Köln-Müngersdorf 501
Kolyma 599
Komoddern 558
Komotau (Chomutov) 489
Königsberg (Kaliningrad) 219, 246 f., 256, 257, 270 f., 280, 282 f., 289, 296 f., 303, 306, 323, 326, 360 f., 366 f., 373, 377, 424, 430, 440 f., 462, 665
Königsberg/Neumark (Chojna) 284, 405
Königsbronn 262
Königshütte (Chorzów) 413, 502
Königslutter 456
Königstein (Sachsen) 458
Konradswalde (Koniecwałd) 281
Konstantinopel (Istanbul) 42, 148, 444
Konstantinowka 618 f.,
Konstanz 226, 262 f.
Kopejsk 506 f.
Kopenhagen 185, 223, 286, 309, 348, 467
Koralla 475
Korinth 51
Kortschewa 137, 521
Kosch 594
Köslin (Koszalin) 378 f., 403–406
Kostschin (Kostrzyn) 189
Kotlas 658 f.
Krasnaja Retschka (Wolhynien) 628
Krasnodar 587
Krasnojar 579
Krasnojarsk 622, 649
Kreisau (Krzyżowa) 104, 110, 114, 209, 214, 253, 257, 276, 287–289, 305, 312 f., 339, 376 f., 389 f., 429, 462, 466, 496, 513–515, 660 f.
Kremon 543, 550, 561
Kreuznach *siehe* Bad Kreuznach
Kronau (Ukraine) 585, 595
Kronstadt (Braşov) 684, 687
Kronstadt (Russland) 573
Kronstadt (Ukraine) *siehe* Nikolajewka
Kronsweide 607
Kröpelin 485
Kruschiwl (Kruševlje) 685
Kukkus 579, 588, 591
Kulmhof (Chełmno nad Nerem) 385
Kumrow 184
Künsebeck (Halle/Westfalen) 416
Kunzendorf (Kunice) 296
Kupferzell 265
Kursk 568, 598 f., 603
Kussen 665
Küstrin (Kostrzyn nad Odrą) 308
Kyritz 462

Labiau (Polessk) 462
Labinsk 620
Lahr (Schwarzwald) 341
Landau (Pfalz) 351, 482
Landeshut (Kamienna Góra) 221
Landmann 592
Landsberg/Warthe (Gorzów Wielkopolski) 95, 308, 460, 672
Landshut (Niederbayern) 383
Langebrück (Dresden) 301
Langen (Łęgi) 289
Langenau (Brand-Erbisdorf) 334
Langenreinsdorf (Crimmitschau) 468
Langensalza *siehe* Bad Langensalza
Langeoog 469
La Paz (Bolivien) 695–697
Lasdehnen (Krasnoznamensk) 441
Lasdohn 542, 557
Lauenstein (Ludwigsstadt) 251
Lausanne 309, 335, 414, 419, 460
Lauta 391
Lautenthal (Langelsheim) 264
Lebus 297, 500
Leer 416
Leibitz 689
Leimbach (Querfurt) 388
Leipzig 25, 11, 159, 214, 235 f., 242, 249, 254, 257 f., 261, 267, 277, 280 f., 291, 297, 340, 346, 352, 377, 395, 397, 402, 419, 424, 429–431, 436 f., 468 f., 480, 482, 489 f., 498, 517, 537, 548, 550 f., 571, 585, 587, 591, 646, 648, 655, 667 f., 672, 676, 680, 686, 692 f.
Leipzig-Kleinmeusdorf 333, 473
Leisnig 402
Lemberg 183, 196, 460
Lemgo 501
Leningrad *siehe* Petersburg
Lennewarden 135, 532, 545, 564 f.
Leschkirch (Nocrich) 683

Lesten 521
Lewaschower Heide 570–574, 589, 597, 606, 614, 622, 630 f., 637 f., 643
Libau 141
Lichtental 609
Liebenau 577
Liebenberg (Löwenberger Land) 464 f.
Liedolsheim (Dettenheim) 341
Liegnitz (Legnica) 507, 680
Lienau 183
Lima (Peru) 695
Limburg/Lahn 455
Linda 266
Linden-Birsgallen 525
Linz 488 f.
Lissa 679
Lissabon 185
Litzmannstadt *siehe* Łódź
Liverpool 495
Lobendau 680
Lobetal (Bernau) 403, 405
Lobowitz (Lovosice) 661
Loccum (Rehburg-Loccum) 264, 469
Loddiger 539, 547
Lodsch *siehe* Łódź
Łódź 178, 180 f., 183 f., 189 f., 192 f., 321, 369 f., 385, 567, 584, 623, 630
Loitz 26
London 46, 73, 106, 222 f., 230, 234, 239, 247, 280, 314 f., 346, 353, 370, 403, 418, 462
Lonkorsz 399
Lörrach 332 f.
Lorsbach (Hofheim) 445
Louisville (Kentucky) 644
Lubahn 549
Lübben 297
Lübbenau 374 f., 507
Lübeck 29, 38, 363, 425 f., 434, 462, 479, 480, 486 f., 507
Lublin 196, 211, 325 f., 346, 391
Luckau 374
Luckenwalde 126
Lüdenscheid 307
Ludwigsburg 265, 316, 323, 452
Ludwigshafen 335
Ludwigsthal (Ukraine) 572, 592, 642
Lugansk 568, 580, 596
Lugowsk 569 f., 601
Luhde 536
Lüneburg 245, 253, 329, 360, 385, 429 f.
Lüttringhausen (Remscheid) 476, 486
Luxemburg 467
Lyck (Ełk) 219 f., 423, 441
Lyon 60 f.
Lyswa 552

Madison (Wisconsin) 302, 305
Magadan 615
Magdeburg 75, 95, 228, 242, 267, 272, 282, 307, 327, 388, 396 f., 400, 402, 494, 498, 502, 585, 623, 656, 665 f., 676–680
Maidan 628
Maikop 620
Maikuduk 643
Mailand 247
Mainz 278, 364, 441, 465, 492
Majdanek 273 f., 326
Maksimir (Zagreb) 689
Malaja Wischera 647
Malchow 435
Mannheim 324, 340, 393
Mannheim (Russland) 591
Mansfeld 242
Marburg 212, 227, 279, 304, 336, 379, 428, 433, 449, 462, 473, 488, 496
Maria Laach 424
Marienfeld 611, 642
Marienhöhe (Darmstadt) 676
Marienwerder (Kwidzyn) 280, 282 f.
Mariinsk/Mariinski-Lager 599, 611, 632
Marijanka 628
Marinow 651
Markgrafpieske (Spreenhagen) 674–676
Markt Herrnsheim (Markt Willanzheim) 318
Marxstadt *siehe* Katharinenstadt
Mauerwald (Mamerki) 348, 426
Mauthausen 233
Meaux 492
Mediasch (Medias) 79, 683, 691, 693 f.
Medweschjegorsk 589
Meerane 657
Meersburg 262
Meihsien (China) 470
Meiningen 230, 324, 326

Meißen 334, 432
Melitopol 574, 577, 597 f., 606, 641
Memphis (Tennessee) 73
Memrik 577, 615 f., 650
Merseburg 228, 304 f., 396
Messer an der Wolga 569, 578, 632
Metz 321
Meyenburg 462
Michaelsburg 607
Michailowka 634
Michelsfeld 579
Mildenau 480
Militsch (Milicz) 243
Millerowo 652
Milwaukee (Wisconsin) 305
Minden 379
Minsk 337, 366, 371 f., 567
Minussinsk 594 f.
Mirau 571
Mitau 143, 434, 520 f., 523, 531, 533, 546 f., 552, 554, 560 f., 565, 568, 573, 622
Mittweida 655
Moabit *siehe* Berlin-Moabit
Mögeltondern 394
Mogilno 189
Möhrsdorf (Haselbachtal) 489
Mohrungen (Morąg) 490
Moisejewka 568
Moloskowitz(y) 631, 637
Molotschna Kolonie 569, 577, 600, 616, 639 f., 650
Mönchengladbach 232, 275
Monte Alverne 479
Monte Grande (Argentinien) 695 f.
Moon 138
Moos (Russland) 621, 643
Mooshausen (Aitrach) 46
Morgenröthe-Rautenkranz 334
Morgentau 629
Morschheim 351
Moskau 27, 147 f., 152, 156, 212, 322, 460, 521 f., 562, 567 f., 570 f., 573, 577 f., 580 f., 585, 588, 590, 593–595, 597–600, 602 f., 606 f., 610, 613–616, 618–629, 635 f., 639–641, 644, 647, 651 f., 659, 661 f., 669, 671 f.
Moskau-Butyrka 598, 603, 620, 662, 671
Mosyr 610
Müden 286
Mühlbach (Sebeş) 686
Mühlhausen (Mulhouse) 248
Mühringen 302
Mülheim/Ruhr 395
München 75, 95, 226, 243 f., 261–263, 285 f., 292–294, 304, 318 f., 326, 335, 343, 346, 350, 359, 367 f., 382 f., 414, 419–421, 433, 437, 441, 445, 450, 451–453, 456 f., 460, 464, 467, 494 f., 515, 673, 676
München-Gladbach *siehe* Mönchengladbach
München-Milbertshofen 292 f.
München-Stadelheim 450, 452, 515
Münster 229, 279, 319, 397 f., 406, 416, 424, 431, 477, 671
Murmansk 164, 567, 577, 601, 611
Murnau 515

Näb 593
Nadesch 688
Narwa 139, 645, 647
Narym 618
Nassau (Lahn) 455
Nauen 346
Naumburg/Queis (Nowogrodziec) 475
Naumburg/Saale 75, 277, 291, 388
Neandertal (Mettmann) 676
Neapel 247, 460
Neckerau (Mannheim) 393
Negast (Steinhagen/Vorpommern) 485 f.
Nemirov 518, 572
Nepoznan 633
Nerft 136, 525
Neu-Autz 522
Neu-Balzer 609
Neubrandenburg 227, 377, 671, 674
Neuburg (Wolhynien) 630
Neu-Chortitza (Ukraine) 607, 624
Neudorf (Nowa Wieś) 459
Neudorf (Bessarabien) 567 f.
Neuenburg 282
Neuenburg (Lettland) 520
Neuenburg (Ukraine) 608
Neuendettelsau 552
Neuendorf (Ukraine) 612, 634
Neuengamme *siehe* Hamburg-Neuengamme
Neuenhagen 213
Neuenkirchen (Dithmarschen) 255
Neuermühlen 534, 565

Neu-Freudental 635
Neu-Galmsbüll *siehe* Gamsbüll
Neu-Halbstadt 639
Neuhardenberg 288, 416
Neu-Hoffnung 597
Neuhussenbach 594, 628
Neu-Karkel 539
Neukirch (Lausitz) 481
Neukirchen(-Vluyn) 437 f.
Neu-Pebalg 548, 550, 557
Neu-Rahden 522, 525
Neuruppin 308, 346, 486
Neu-Samara 569
Neusatz 582 f., 590, 594 f., 605
Neu-Sosnowka *siehe* Alexandertal
Neustadt/Haardt (an der Weinstraße) 351
Neustadt bei Pinne (Lwówek) 189
Neustadt (Titisee-Neustadt) 341
Neustadt/Westpreußen (Wejherowo) 472
Neustettin (Szczecinek) 248, 387
Neustrelitz 473 f.
Neu-Stuttgart (Ukraine) 597, 599, 606, 621
Neu-Teplitz (Bessarabien) 685
Neutomischel 189
Neu-Tornow (Bad Freienwalde) 676
Neu-Werbaß (Novi Vrbas) 685
Neuwuhrow (Nove Worowo) 387
Neu-Zürichtal 573, 599, 606, 633
New York 238, 346, 696
Niederjeutz (Basse-Yutz) 363
Niederschöneweide (Berlin) 509
Niederstetten 497 f.
Niekosken (Niekursko) 459
Nienhagen/Ostsee 485
Nikolaipol 615
Nikolajew 591 f., 612 f.
Nikolajewka 622, 640
Nikolajewsk 644
Nikopol 624, 639
Ninive 317 f.
Nischnij Tagil 589 f.
Nitau 135, 550, 557, 565
Nogajew 599
Nordhausen 272
Norka 578, 590, 620, 627, 646
Novo Rudni 585
Nowgorod 610, 630
Nowoalexandrowskaja 571, 622
Nowograd-Wolynsk 587, 641
Nowosaratowka 597, 610, 614, 622, 637, 643
Nowoselky 631
Nowosibirsk 579, 595, 605, 640, 644, 647 f., 600
Nowoskatowka 627
Nowotscherkassk 592
Nowo-Woronzowka 592, 613
Nürnberg 201, 292 f., 317, 319, 337, 354, 358 f., 385, 406, 420 f., 448, 451, 501, 506, 511, 514, 613, 696

Obereidisch (Ideciu de Sus) 693
Obergersdorf *siehe* Gersdorf
Oberhausen 278, 429
Ober-Ingelheim *siehe* Ingelheim
Ober Lazisk (Łaziska Górne) 408
Oberlind (Sonneberg) 307
Oberphalen 630
Oberrot 301
Oberschmon (Querfurt) 387 f.
Oberschützen 686
Obligado (Paraguay) 696
Odessa 156, 568 f., 581–583, 587 f., 592 f., 595, 598, 600, 604, 607, 609–611, 613, 621, 623, 626 f., 635, 645, 651
Oels (Oleśnica) 513
Oesede (Georgsmarienhütte) 416
Offenbach/Main 364, 366
Offensen (Uslar) 265
Ohrdruf 381
Oldenburg 307
Olenja 611 f.
Omsk 153 f., 575 f., 578, 594, 599 f., 603–605, 610, 612, 625, 630 f., 644, 650
Oppekaln 556
Oppeln (Opole) 414
Oppenheim 75, 465
Oranienbaum (Russland) 572
Oranienburg 335 f., 431, 491
Oranienburg-Sachsenhausen 41, 79, 93, 193, 257, 259, 261–263, 284, 292, 301 f., 307, 314, 343 f., 358, 361, 394, 422 f., 429, 431, 437, 439, 489, 492, 502 f., 660, 677
Orël 599, 624 f.
Orenburg 598, 600 f., 603, 614 f., 617 f., 630, 643
Orlowka 604
Orlowskoje 631
Ortotschali 608 f.

Ösel 130, 138, 527
Oslo 185
Osnabrück 264, 307, 416, 655
Ostrogoshsk 652
Owzyno 567, 619, 622, 633
Oxford 233 f., 426, 495

Pabianice 193
Pachuca de Soto 245
Paderborn 430
Pakanten (Indonesien) 574 f.
Palzmar(-Serbigal) 518 f.
Pampeln 622
Panitzsch (Borsdorf) 235 f.
Pankelhof 546
Pantschowa (Pančevo) 686, 692
Papendorf 542
Parabel 617 f.
Parchim 414, 671
Paris 25, 63, 179, 202, 223, 260, 264–266, 279 f., 287, 323 f., 463, 467, 469, 479, 487, 500, 507 f., 512 f.
Paulenhof 135, 564
Paulskoje 572, 584, 633
Pawlodar 650
Pawlowsk 630, 648
Pawnikowitzy 619
Peenemünde 348
Peking 496
Pensa 639
Penzig (Pieńsk) 680
Perm 552, 571 f., 591, 600
Pernau 542, 548, 592
Pernigel 518, 548 f., 573
Peterhof 572
Petersburg (Petrograd, Leningrad) 134, 149 f., 152–154, 159–162, 172, 460, 525, 531, 538, 550, 554, 558, 567, 570–573, 577, 579, 583–585, 588–597, 599 f., 604, 606, 610–612, 614, 619, 621–623, 630–636, 638, 640–643, 645, 647, 651
Petersdorf 617
Petershagen (Zeschdorf) 297
Petershagen (Ukraine) 640
Petrograd *siehe* Petersburg
Petropawlowsk 599, 652
Pferdsfeld (Bad Sobernheim) 449
Pforzheim 411, 585
Philadelphia (Pennsylvania) 644
Pilten 543 f.
Pinkenhof 526
Pirna 275 f., 458
Pjatigorsk 596, 625, 636
Plauen 432
Pleschanowo 569
Pleskau 517 f., 532, 536, 539 f., 558, 563 f.
Plön 422
Plötzensee *siehe* Berlin-Plötzensee
Poddembice 190
Podgorz 186
Pokrowsk *siehe* Engels
Poljarny 567, 578
Pommersfelden 410
Pönal 529
Ponewez-Schadow 573
Popowka 636
Posen (Posnań) 94, 173 f., 176, 181 f., 184, 186–189, 191 f., 194–196, 226, 248, 280, 282, 338, 403
Potsdam 219, 237, 254, 287, 304, 321, 326, 348, 350, 363 f., 374–376, 381–384, 396, 415 f., 425, 434, 443, 462, 473, 482, 494 f., 500, 507, 655, 662, 669–671, 679–681
Prag 211, 331, 341, 430, 444, 460, 512 f., 657
Preetz 476
Preil (Preila) 303, 306
Prenzlau 249
Pressburg (Bratislava) 292, 683
Preußisch Eylau (Bagrationowsk) 297
Prischib 156, 571, 587, 606
Pritzwalk 674
Priwalnoje 588, 632
Prochladnoje 540
Puiga 539
Puikeln 542
Pulsnitz 480, 489 f.
Putbus 422 f.

Quedlinburg 676
Querfurt 387

Radeberg 468
Radewell (Halle/Saale) 397
Radom 257
Radziankau (Radzionków) 180

Raisdorf 485 f.
Rastatt 232
Rastenburg (Kętrzyn) 219 f., 241
Rath 235
Rathenow 209
Rattey (Gut) 400 f.
Rauden 541
Rauge 535
Rauschen (Swetlogorsk) 283
Rautenkranz *siehe* Morgenröthe-Rautenkranz
Ravensbrück (Fürstenberg/Havel) 22, 209–213, 226 f., 235, 284, 311, 372 f., 391, 431, 492
Recklinghausen 462
Reetz (Wiesenburg) 399
Regensburg 515
Reichenbach (Dzierżoniów) 267 f.
Reichenbach (Sachsen) 429, 696
Reinhard 610, 629
Reinsdorf (bei Artern) 266 f.
Remscheid 282 f., 337 f., 476
Reppen (Rzepin) 658
Reußdorf (Cund) 693 f.
Reval (Tallinn) 130, 138 f., 437 f., 535, 544, 569, 590, 594, 604, 621, 627
Riesa 480–482, 677
Riga 36, 73, 129 f., 132 f., 137 f., 141–145, 185, 219, 224, 331, 348, 384, 509, 518–521, 523 f., 526–532, 534, 536, 538 f., 542–565, 571, 573, 586 f., 610, 630, 635, 639, 646, 651 f.
Riga-Kaiserwald 224
Ringen 522
Ringenberg 611
Rippicha (Droßdorf) 655 f.
Rissdorf 689
Riwne *siehe* Rowno
Rjeshtza 437
Rochester (New York) 644
Röddelin 249
Rodenpois 532, 556
Rodgau(-Dieburg) 247, 340
Rohjen 533
Rohrau (Gut) 454
Rohrbeck (Rosnowo) 405
Rom 29, 51, 65, 102, 309 f.
Ronneburg 532, 534, 539
Roop 532, 534 f., 545
Roseln (Ruja) 686 f.
Rosenberg 579, 590, 593, 596
Rosengart 640
Rosenhain 424
Rosenheim (Russland) 573, 575, 581
Rosenort 650
Rosental 642
Roßleben 291, 513
Rostock 211, 242, 248 f., 269, 296, 332, 377, 483, 535
Rostow 583, 592, 620, 636, 642, 652
Rotenburg an der Fulda 495
Rothenberg 300, 510 f.
Rothenburg ob der Tauber 477
Rothenditmold (Kassel) 332
Rotthausen (Gelsenkirchen) 449
Rottorf (Königslutter) 456
Rowno (Riwne) 233
Rübenfelde 187
Ruda-Pabianicka (Łódź) 190
Rudolfsgnad (Knićanin) 686
Rudolstadt 267
Rujen 536
Rüstringen (Wilhelmshaven) 362 f.

Saathain (Röderland) 227–229
Sachsdorf (Klipphausen) 431
Sachsenhausen *siehe* Oranienburg-Sachsenhausen
Sageritz 506 f.
Sagnitz 537
Salem (Baden) 401, 490
Salis 551 f.
Salisburg 536
Saltcoats (North Ayrshire) 346
Salwen 525
Salzburg 247, 445 f.
Salzwedel 396
Samara 569 f., 573, 575, 578 f., 581, 588, 591, 593, 597, 610, 626, 629, 532 f., 633, 644 f., 652
Samarkand 636
Samiten 533
Sande (Friesland) 363
Sangerhausen 291
St. Chrischona (Bettingen) 597
St. Goar 443 f.
St. Matthiae 558 f.
Sankt Petersburg *siehe* Petersburg
St. Simonis 544 f.

Saporoschje 571 f., 574, 591, 597 f., 608, 621, 634 f., 640
Sarata 569, 581, 598, 609
Saratow 137, 150, 172, 527, 569, 573, 578 f., 581 f., 588, 590–593, 595–599, 605, 610 f., 613 f., 620–623, 627, 631 f., 635–638, 643, 646 f., 651 f.
Sarepta 169, 569, 628
Sarow (Russland) 629
Sartowitz (Sartowice) 466 f.
Saßmacken 533
Saucken 525
Schabo 595
Schäfer 629
Schaffhausen 633
Schäßburg (Sighişoara) 683, 688, 691
Schemacha-Baku 588
Schempin (Czempiń) 189
Scheuern (Nassau/Lahn) 455
Schidlowo 592
Schillingsfürst 275
Schitomir 163, 568, 585, 607, 626, 630, 643
Schleswig 253, 510
Schlitz 441 f.
Schlüsselburg 643
Schmenzin (Smęcino) 352 f.
Schmerinka 610
Schmiedeberg 680
Schmiegel (Śmigiel) 187, 189
Schneidemühl (Piła) 280, 282
Schnickern 554
Schönau im Schwarzwald 319
Schöndorf 624
Schönfeld 287, 606
Schönhaid (Wiesau) 515
Schönhorst 615, 634
Schönlanke (Trzcianka) 459
Schönsee 189
Schönsee (Ukraine) 577
Schotten 602
Schriesheim 95, 315 f.
Schubin (Szubin) 194
Schujen 541, 548
Schulpforte (Bad Kösen) 219, 382
Schuwalowo-Osjorki 567
Schwäbisch Hall 302
Schwandorf 515
Schwaneburg 559 f.
Schwarzenborn (Knüll) 123
Schweidnitz (Świdnica) 388, 421, 482
Schwelm 437 f.
Schwentainen (Święţajno) 219
Schwerin 283 f., 287, 406, 411, 443 f., 609, 663–665, 671 f., 677
Schwetz (Świecie) 186, 291
Seese (Lübbenau) 374 f., 507 f.
Segescha 635
Selburg 525
Sellnow (Zieleniewo) 679
Selters (Taunus) 94
Semipalatinsk 579, 591, 604
Semlin (Zemun, Belgrad) 685 f., 689
Senndorf (Jelna) 693
Sergejewka 591
Setzen 525, 531
Shanghai 213
Shmerinka 573
Sieckeln 521
Siegen 397–399
Sienno 188
Sigunpulam 592
Simankow 458
Simferopol 592 f., 595
Sirbis (Zedlitz) 479
Siuxt 531
Skingirren 339
Slavenka Bachta Kral 609
Slawgorod 574, 594, 650
Slawjanoserbsk 592
Slawjanskinne 673
Sławno 405
Smeïnogorsk 575 f.
Smilten 540
Smolensk 500, 573, 590
Smyrna 55 f., 60, 638
Soest 449, 478, 506, 658
Sofia 185
Sofiewka (Sifievka) 518
Solingen 280
Solowki-Insel/Solowjezki-Inseln (Weißes Meer) 164, 170, 584, 587, 595, 605, 609 f., 612, 625, 628
Sommerfeld (Lubsko) 253
Sonnaxt 525
Sonneberg 307, 677 f.
Sontop 189
Sorau (Żary) 345

Sorotschin 568, 585
Sottkowice 444
Speyer 62
Spoloschno 593
Stade 253
Stakel 194
Stalingrad (Wolgograd) 120, 169, 254, 348, 350, 483, 569, 573, 628
Stalino 194, 460, 577
Stargard (Stargard Szczeciński) 674
Starnberg 318, 491
Staßfurt 680
Stawropol 613
Steglitz (Berlin) 173, 246, 391
Steimke 412
Stein (Dacia) 683
Steinheid 683
Steinsdorf (Thüringen) 479
Stenschewo 189
Stephan 573, 596, 607
Stettin (Szczecin) 122, 237, 242, 248, 289, 309, 369, 373, 378, 387, 404–406, 412, 423, 426, 471 f., 483 f., 506, 663 f., 673, 679
Stintenburg (Lassahn) 234 f.
Stintschen 661
Stockholm 138, 185, 569, 645
Stolp (Słupsk) 473, 506 f.
Storkow 509
Stotel (Loxstedt) 254
Stralendorf 444
Stralsund 414, 423, 485 f., 678
Strasdenhof 556
Straßburg 229, 245, 268, 341, 351, 437 f.
Straubing 445–447
Strelna 589, 635
Strelno 189
Studsin (Studzieniec) 403
Stuttgart 205, 261, 265, 277, 315, 327, 343, 447, 496–498
Stutthof (Sztutowo) 223 f.
Suchorecz 187
Süchteln (Viersen) 232
Süderhastedt 255 f.
Suhl 361
Sunderland (England) 498
Sunzel 528
Susanowo 617 f.
Swerdlowsk *siehe* Jekaterinburg
Swetlaja 644
Swinemünde (Świnoujście) 251
Szczypiorno 187
Szoltzy 392

Taganasch 583, 599, 626, 632
Taganrog 602
Taischet 655
Taldy-Kurgan 642, 652
Tallinn *siehe* Reval
Tambach-Dietharz 272
Tara 630
Tartu *siehe* Dorpat
Tarutino (Bessarabien) 635
Tarwast 563
Taschkent 137, 543, 567, 603, 613, 622
Taucha 236
Tegel *siehe* Berlin-Tegel
Tegernsee 243
Teheran 460 f.
Tekendorf (Teaca) 693
Teltow 320
Temeswar (Timişoara) 504
Temirtau 574
Templin 249, 475
Teschen (Cieszyn) 179, 196
Testema 562
Thelausa 584, 606
Theresienstadt (Teresín) 202 f., 225, 243–245, 294 f., 321, 331, 343, 360, 367 f., 373
Thorn (Toruń) 183–186, 473
Tichau (Tychy) 668
Tiefensee (Werneuchen) 428
Tiflis (Tbilissi) 97, 150, 460, 540, 563, 585 f., 589, 592, 594, 608 f., 611, 620, 626, 636, 652
Tilsit (Sowjetsk) 441
Timmel (Großefehn) 469
Tiraspol 567
Tirsen(-Wellan) 550
Tobolsk 604 f.
Tokio 496
Tokmak 170, 627
Tolksdorf (Tołkiny) 209, 256
Tomaschow 181, 184
Tomsk 592, 599, 604, 618, 632

Torgau 227f., 373, 659, 668 f.
Torgau-Fort Zinna 341
Tornow (Lübbenau) 374
Totanaisk 606
Traben-Trarbach 465
Trakehn (Kaukasus) 625
Trawniki 325 f., 346
Treblinka 270, 279
Trebnitz (Trzebnica) 668
Treis/Lumda (Staufenberg) 504
Treptow (Trzebiaków) 330, 434
Treuen 468
Treysa (Schwalmstadt) 284
Triest 247
Troizkosewsk 610
Trubetzkoi 630
Tscheboksary 647
Tscheljabinsk 580, 618
Tschernjachow 568
Tschibju (Uchta) 572, 628
Tschöplowitz (Czepielowice) 661
Tsingtau (Qingdao) 309
Tübingen 102, 205, 238 f., 242, 246, 249, 261, 275, 279 f., 282, 296 f., 309, 318, 232, 327, 391, 405, 412, 429, 447, 449, 475–477, 482, 486, 489 f., 496, 668, 672, 680, 695 f.
Tuckum 434, 543 f.
Tula 599
Tunis 290
Turek 189
Tutzing 491
Twer 137, 521, 627

Uchta-Ishma 628
Uetersen 278
Uexküll 526, 539, 542 f.
Ufa 156
Ulm 265 f., 452
Undenheim 465
Unterdeufstetten (Fichtenau) 421
Unterwalden 581
Urwegen (Girbova) 686 f.
Utrecht 467, 476

Vahrholz (Kalbe/Milde) 396
Valdivia 277
Velbert 275
Velikie Luki 532
Verdun 25, 445, 488 f., 668
Veriora 135
Versailles 135, 229, 278, 282, 308, 483, 494
Vienne 60 f.
Voerde 278

Wabnitz (Wabienice) 246
Waddax 522
Wahlstatt (Legnickie Pole) 382
Waiwara 529
Waldburg (Pribreschnyj) 256
Waldheim (Sachsen) 430, 675
Waldheim (Sibirien) 575 f.
Waldshut(-Tiengen) 384
Walk 139, 517 f., 523, 536, 550 f., 555, 559, 563 f., 583
Waltersdorf (Großschönau) 235
Wanne-Eickel (Herne) 476 f., 506
Wanzleben 272
Warenburg 588, 632
Warschau (Warszawa) 179, 181, 193, 195 f., 268, 270, 325 f., 344, 346, 444, 454, 619, 623
Washington 25
Weimar 339, 450
Weinheim an der Bergstraße 341
Weinstadt 95, 315
Weißbach (Neukirch) 489
Weißenburg (Chwałkowo) 189
Weißenfels 400
Weißensee (Thüringen) 655
Weissenstein 583
Weitenfeld (Kärnten) 427
Weizenfeld 595, 598
Welzow 296 f.
Wenden 517, 519, 532, 534 f., 539, 541, 546, 555, 630
Werder/Havel 289
Wernigerode 645
Werro 563
Wesel 611
Wesenberg 143 f., 544 f.
Westerbork 202
Wetzlar 380
Wibety 391

Wieblingen *siehe* Heidelberg
Wien *94, 149, 233, 257, 286, 367–369, 289, 400, 456 f., 467, 496, 501, 504 f., 626, 683, 686, 691*
Wiesau *515*
Wiesbaden *229, 249 f., 324, 339, 466*
Wilhelmshaven *362 f.*
Wilkajen (Gut) *434*
Wilkowischken *297*
Wilsdruff *431–433*
Winningen/Mosel *390 f.*
Winniza *382*
Wioska *194*
Wismar *663, 665, 671 f.*
Wittenberg (Lutherstadt Wittenberg) *177, 227, 229, 242, 382, 476, 655*
Wjatka *600*
Wladikawkas *579, 638 f.*
Wladimir *625*
Wladiwostok *622*
Wladyn *610*
Wohlfahrt *523 f.*
Woitowez *572*
Wolfenbüttel *456 f.*
Wolfsburg *242*
Wolgograd *siehe* Stalingrad
Wolmar *545, 548 f., 551 f., 558 f., 563*
Wolmarshof *559*
Womrath *449 f.*
Worcester (Massachusetts) *660*
Workuta *164, 651, 672*
Worms *62, 477*
Worms (Ukraine) *582, 632, 635 f.*
Worpswede *241, 386*
Wrangelstein (Gut) *538*
Wronke (Wronki) *188*
Wünsdorf (Zossen) *290*
Wuppertal (vormals Barmen, Elberfeld) *123, 270, 275, 277, 297, 317 f., 321 f., 371, 379 f., 476, 574 f.*
Würzau *531*
Würzburg *335, 471, 663*
Wyschersk *644*

Zabikowo *189*
Zagórów *193*
Zagreb *253, 689 f.*
Zarizyn *siehe* Stalingrad
Zarskoie Selo *630*
Zaskerhütte (Sarcz) *459*
Zawercy *642*
Zehdenick *283*
Zeiden *684*
Zeitlofs *477*
Zeitz *267 f., 387, 655 f.*
Zelinograd *siehe* Akmolinsk
Zelmeneeken *622*
Zessel (Cieśle) *444 f.*
Zeulenroda(-Triebes) *604*
Ziegenhain (Schwalmstadt) *505*
Zimmerbude (Swetly) *296*
Zingst *405*
Zinnowitz *230 f.*
Zinten (Kornewo) *441*
Żnin *187*
Zohden *543*
Zoppot (Sopot) *189*
Zossen *252, 349, 375, 434, 442, 456 f.*
Zülow (Amt Stralendorf) *443*
Zürich *433, 464, 691*
Zürichtal *573, 606, 633*
Zweibrücken *335*

Konkordanz der Ortsnamen

Bei der Vielzahl der – deutschen und russischen – Ortsnamens-Varianten für ein- und denselben Ort ist es schwierig, eindeutige Lösungen anzubieten. Ein Problem stellt auch die Tatsache dar, dass die ca. 4 500 russlanddeutschen Ortschaften – die sog. „Kolonien" – vielfach die gleichen Namen haben (Schönfeld, Hoffnungstal, Grüntal, Eigen-/Eugenheim …). Das erschwert die Bestimmung, welcher Ort in der jeweiligen Biographie eigentlich gemeint ist, sehr, macht sie zuweilen unmöglich. Die russischen Entsprechungen für die Namen deutscher Orte zu finden, ist äußerst schwierig, da diese z. B. in den schwarzmeerdeutschen Dörfern wenig bekannt waren; nicht immer konnte der russische Name gefunden werden.

Das Nebeneinander von kyrillischem und lateinischem Alphabet hat auch den Russlanddeutschen Schwierigkeiten bereitet. Da sie mit der Zeit immer öfter die russischen Bezeichnungen ihrer Ortschaften verwendeten (im Umgang mit Behörden z. B.), fanden sich in schriftlichen deutschen Texten die russischen Ortsnamen, wie sie auch in den Biographien dieses Gedenkbuches verwendet werden. In diesem Durcheinander eine Systematik zu erreichen, ist praktisch unmöglich. In dieser Ortsnamenskonkordanz wurde eine Zwischenlösung gesucht – mit Querverweisen bei sehr unterschiedlicher Schreibung (*Čeljabinsk* – siehe Tscheljabinsk); die russische Namensform wird, bei wissenschaftlicher Umschrift, *kursiv* geboten. Bei der näheren Bestimmung einzelner Orte (mit Angabe des Kantons oder Rayons) wurde, *je nach der damaligen Gebräuchlichkeit* eher die populäre deutsche Umschrift, zuweilen die wissenschaftliche Translitteration verwendet. Die Rayons- und Kantonsangaben beziehen sich meist auf die 1920er und 1930er Jahre. Die Kreisgrenzen und -namen wurden seitdem so oft geändert, dass der Hinweis auf das Gebiet (Gb.) die heutige Orientierung erleichtern soll.

Deutsche Ortschaften in Georgien und Aserbaidschan werden, sofern möglich, auch in den entsprechenden Ortsnamens-Formen geboten (in KAPITÄLCHEN). Die Namen deutscher Orte in Bessarabien, das 1918 bis 1940 und 1941 bis 1944 zu Rumänien gehörte, werden nur in Einzelfällen in Rumänisch geboten – in rumänischer Zeit blieben die deutschen Namen meistens in Gebrauch bzw. erhielten, wenn sie slawischen Ursprungs waren (Tarutino, Berezina, Sarata, Arzis …), nur unwesentliche Veränderungen im Konsonantenbestand.

Eine Ukrainisierung der russischen Ortsnamens-Varianten deutscher Dörfer war weder möglich noch angestrebt. Die ukrainischen Namensvarianten unterscheiden sich von den russischen meist nur unwesentlich, sodass ein Herausfinden der ukrainischen Namensform überflüssig erscheint.

Abkürzungen:

1) KSPO. = Kirchspielort: Die meist 4–5, manchmal bis 20 Dörfer (sog. „Kolonien"), die ein Pfarrer zu betreuen hatte, bildeten ein „Kirchspiel"; das Dorf, in dem sich das Pastorat (Wohnsitz des Pastors) befand, war der „Kirchspielort".
2) Kn. = Kanton: Die ländliche Verwaltungseinheit im deutschen Wolgagebiet war ein „Kanton", entsprechend dem deutschen „Kreis".
3) R-n, r-n = Rayon: Die ländliche Verwaltungseinheit im sonstigen Rußland bzw. der Sowjetunion ist (bis heute) der „Rayon", entsprechend dem deutschen „Kreis". R-n wird gebraucht, wenn der Name des Rayon-Zentrums folgt (R-n Balzer, R-n Kamenka); r-n findet Verwendung, wenn der Rayon-Hauptort, wie im Russischen üblich, als Attribut vorangestellt und der Rayon-Hauptort nicht klar zu ermitteln ist: Ključevskij r-n.
4) Gb. = Die größte Verwaltungseinheit innerhalb einer Sowjetrepublik und auch heute in Rußland war und ist die „oblast'" – Gebiet = „Gb." Nur in sehr großen Republiken gab es darüber hinaus den „kraj", den sog. Gau.

Achsür – siehe Konrat
Akkerman (türk.) – *Belgorod-Dnjestrovskij*, Bessarabien, Ukraine
Akmolinsk/Akmola – siehe Zelinograd
Alejsk – Altaj (südl. Barnaul), Sibirien
Aleksandropol' – seit 1924: Leninakan, Armenien
Aleksandropol' – siehe Alexandropol
Alexejewka – *Kirovka*, Hasan-Su, Aserbeidschan
Alexanderhilf – *Aleksandrija, Alekseevka* (bei Großliebental), Gb. Odessa
Alexander(s)hilf – *Aleksandrovka*, Georgien
Alexanderdorf/Liebknechtsdorf – *Aleksandrovskoe*, Tbilisi-Didube (heute im Stadtgebiet Tiflis), Georgien
Alexanderfeld – siehe Aleksandrodar
Alexanderhof (KSPO. Prischib) – Jelenowka/*Elenovka*, Saporoschje/Ukraine
Alexandertal (Neu-Schilling) – (früher: Neu-Sosnowka, KSPO. Rosenberg/Kamyschin), nach 1941: *Konstantinovka*, Wolga/Saratow
Alexandrodar (Alexanderfeld) – R-n Liebknecht/R-n *Nevonnomys*, Gb. Ordzhonikidze/Wladikawkaz (Kuban)
Alexandropol/*Aleksandropol'* – Neu-Hochstädt; Schischkowo/*Šiškovo*, Gb. Dnepropetrowsk
Alexandrowsk/*Aleksandrovsk* – siehe Saporoschje, Ukraine
Alma-Ata – seit 1994: Almaty *(vor 1921: Vernyj)*, bis 1997 Hauptstadt Kasachstans
Alt-Elft/Fère-Champenoise I – KSPO. (ursprünglich bei KSPO. Arzis, seit 1839 eigenständiger KSPO.); 1918–1940/1941–1944 rumänisch: *Ferşampenaz-Mare*; seit 1945: *Sadovoe*, Bessarabien, Ukraine
Alt-Schwedendorf – Gammalsvenskby – *Staro-Švedskaja, Staro-Kostyrka*, KSPO., R-n Berislaw, Gb. Nikolajew
Ananjewka/*Anan'evka* (Mennoniten) – Kulunda/Altai
Annenfeld – *Annino*, Šamchor, Gb. *Kirovabad* (Jelisawetpol), Aserbaidschan
Arzis – *Arciz*, KSPO., 1918–1940/1941–1944 rumänisch, Bessarabien, Ukraine
Astana – siehe Zelinograd
Astrachan'/Wolga – KSPO.

Bachmut – östlich von Dnepropetrowsk/Jekaterinoslaw
Baku – KSPO., Hauptstadt Aserbeidschans
Balzer – Goloj Karamysch/*Pancyr'*, KSPO.; seit 1941: *Krasnoarmejsk*, Wolga/Saratow

Baidak – siehe Beideck
Batumi – Adscharische Autonome Republik/Georgien
Beideck – Talowka/*Talovka*; seit 1941: *Luganskoe*, Wolga/Saratow
Belgorod-Dnestrovskij – siehe Akkerman
Belowesch/*Belovež* – *Belye Vežy* II, KSPO., Gb. Tschernigow, Ukraine
Benkendorf – siehe Posttal (Neu-Posttal)
Beresowo Chaty/*Berezova Gat'* – Gb. Schitomir, Wolhynien, Ukraine
Bergdorf (Halbdorf) – *Kolosovo*, KSPO. R-n Grigoriopol', Republik Moldau
Bettinger – *Baratajevka/Bartenevka*, KSPO., Kn. Unterwalden/Marxstadt; seit 1941: *Vorotajevka*, Wolga/Sa-mara
Bischkek – siehe Frunse
Blum[en]gart – *Kapustjanka* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Blumenthal – *Cvetkova*, Gb. Schitomir, Wolhynien, Ukraine
Boaro (Boisroux) – *Borodaevka/Portovoj*, KSPO.; seit 1915: *Borodaevka*, Wolga/Samara
Bogomasow – *Bogomasovo*, seit 1968: *Tokskoe*, Krasnogvardejskij r-n, Gb. Orenburg.
Borissowo/*Borisovo* – östl. Dnepropetrowsk/Jekaterinoslaw
Brehning/Kutter – *Popovka/Nejman*, Kn. Balzer; seit 1941: *Karamyš*, Wolga/Saratow
Brunnental/Blumental – *Krivoj Jar*, KSPO.; seit 1941: *Krivoj Jar*, Kn. Seelmann, Wolga/Samara
Buguruslan – *Baschkortostan/Baschkirien*
Bulanka – *Nižnjaja und Verchnjaja*, Gb. Jenissej, Sibirien
Buzuluk, Gb. Orenburg, Südural
Byten – *Bjuten'/Bujten'/Biten'*, KSPO., R-n Eupatorija, Krim *oder:* Byten/Gernhilf – *Bijuk-Onlarskij*, R-n Simforopol, Krim

Carskoe Selo – siehe Zarskoje Selo
Carycin – siehe Wolgograd
Celinograd – siehe Zelinograd
Čeljabinsk – siehe Tscheljabinsk
Chabag – siehe Schabo
Chişinău – siehe Kischinjow
Chortitza – *Chortica* (Mennoniten: Gründungskolonie), Gb. Saporoschje, Ukraine
Čkalov – siehe Orenburg
Dejewka Nr. 5 – *Deevka* (Mennoniten), Gb. Orenburg/Südural
Dietel/Dittel – *Olešna/Aleška*, KSPO.; seit 1941: *Aljošniki*, Kn. Frank, Wolga/Saratow
Dinkel/Oberholstein – *Tarlykovka*, Kn. Kukkus; seit 1941 verödet?, Wolga/Saratow
Djelal – *Džélal* (Adamsfeld, KSPO. Neusatz), R-n Eupatorija, Krim
Dnepropetrowsk – KSPO. bis 1926: Jekaterinoslaw/*Ekaterinoslav*.
Dobrinka – *Nižnjaja Dobrinka* (so auch nach 1941), Kn. Dobrinka/Kamenka, Wolga/Saratow
Donezk/*Doneck* – bis 1924: Jussowka, bis 1961: Stalino
Dön[n]hoff – *Gololobovka* (Kn. Balzer), KSPO.; seit 1941: *Vysokoe*, Wolga/Saratow
Dreispitz – *Verchnjaja Dobrinka*, Kn. Dobrinka/Kamenka; seit 1941 verödet?, Wolga/Saratow

Ebenfeld – *Ravnopol'* (nördl. Rostow, bei Woroschilowgrad), Dongebiet
Eichenfeld – *Dubovka* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Eigenfeld/Eugenfeld/Eichenfeld – *Kiselovo*, KSPO., R-n Melitopol', Gb. Saporschje, Ukraine
Eigenfeld/Eugenfeld – Irmašly (russ.: *Petrovka*), R-n Ol'ginskij, Aserbaidschan
Eigenfeld/Eugenfeld – *Vannovskoe*, westl. Stawropol, Nord-Kaukasus
Eigenfeld – *Totanaj(sk)*, R-n Bijuk-Onlar/Ernst Thälmann, Simferopol, Krim
Eigenheim – *Zelënovka*, 1879 bis 1926 bei KSPO. (Neu-) Posttal, seitdem bei KSPO. Andrejewka; 1918–1940/1941–1944 rumänisch; westl. des Dnjestr-Limans, Bessarabien, Ukraine
Einlage, Kitschkass – *Kičkas* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Ejsk – siehe Jejsk
Ekaterinburg – siehe Jekaterinburg
Ekaterinodar – siehe Jekaterinodar
Ekaterinoslav – siehe Jekaterinoslaw
Elisabethtal – Asureti, Georgien
Elizavetgrad – siehe Jelisawetgrad
Elizavetpol' – siehe Jelisawetpol
Emiltschin – siehe Jemiltschin
Engels – *Ėngel's*, Hauptstadt der „Autonomen Soziali-

stischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen"; bis 1931: Pokrowsk – *Pokrovsk*, Wolga/Samara
„Ernst Thälmann" – Name des Deutschen Rayons auf der Krim
Eugenfeld – siehe Eigenfeld
Eupatorija – *Evpatorija*, KSPO., Krim

Feodossija – *Feodisija*, Krim
Fère-Champenoise – siehe Alt-Elft
Fischer/Telhausen – *Teljausa*, KSPO., Kn. Katharinenstadt/Marxstadt; seit 1941: *Krasnaja Poljana*, Wolga/Samara
Fischer(s)dorf – *Rybal'skoe*, R-n Karl Marx/Manujlov, Gb. Dnepropetrowsk, Ukraine
Frank – *Medvedickoj Krestovoj Buerak*, KSPO.; seit 1941: *Medvedica*, Wolga/Saratow
Freudental – *Okreč'*, KSPO., R-n Feodossija, Krim
Friedenfeld – *Tersanka/Mestljukova*, KSPO., bei Prischib, Gb. Saporoschje, Ukraine
Friedensdorf – *Michailovka*, R-n Voznesensk, Gb. Nikolajew, Ukraine
oder: Friedensdorf – *Lubjanka*, R-n Beresan, Gb. Nikolajew, Ukraine
Friedensfeld – *Miropol'* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
„Fritz Heckert" – deutscher Rayon (vor 1936 „Visokopol'e" und „Petrovski"), Zentrum: Kronau, Gb. Nikolajew, Ukraine
Frunse/*Frunze* – seit 1991: Bischkek, Kirgisien
Fürstenau – *Dolinka/Faršnav* (bei Halbstadt/Chortitza, Mennoniten), R-n Tokmak/Molotschansk, Gb. Saporoschje, Ukraine

Galka – *Ust'-Kulalinka*, KSPO., R-n Dobrinka/Kamenka, seit 1941 verödet?, Wolga/Saratow
Gatschina/*Gačina* – KSPO., bei St. Petersburg
Georgsfeld/Leninfeld – *Georgievskoe/Lenino*, Činarli, KSPO. Annenfeld-Georgsfeld), R-n Šamchor, Aserbaidschan
Georgstal – Giorgistali, R-n Mzcheta bei Tiflis, Georgien
Glücksdorf – unbekannt, vermutlich: Glückstal
Glückstal – *Glinnaja*, KSPO., R-n Tiraspol'/Grigoriopol', 1918–1940/1941–1944 rumänisch: *Valea Norocului*; Republik Moldau
Gnadenfeld (Neuhof) – *Bogdanovka* (Mennoniten), R-n Molotschansk/Rotfront, Gb. Saporoschje, Ukraine
Gnadenflur-Mannheim – *Florskoe*, KSPO., Kn. Gnadenflur/Fëdorovka; seit 1941: *Pervomajskoe*, Wolga/Samara
Gnadental – *Dolinovka*, KSPO. Sarata, ab 1935 eigenes KSPO., 1918–1940/1941–1944 rumänisch, R-n Belgorod-Dnestrovskij/Akkerman, Bessarabien, Ukraine
Gnadentau – *Rosnoe, Sobačij Kolonok*, KSPO., Kn. Stara Poltawka; seit 1941: *Verchnij Jeruslan*, Wolga/Samara
Goltjawino/*Gol'tjavino* – an der Angora, Gau Krasnojarsk, Sibirien
Graschdanka/*Graždanka* – dt. Dorf bei St. Petersburg
Grigorjewka/*Grigor'evka* – Ključevskij r-n, Altai, Sibirien
Grimm – Lesnoi Karamysch/*Lesnoj Karamyš*, KSPO.; seit 1941: *Kamenskij*, Wolga/Saratow
Großliebental – *Bol'schaja Dolina, Spartakovka*, KSPO., R-n Ovidiopol'/Spartakovka, Gb. Odessa, Ukraine
Grunau – *Aleksandronevsk*, KSPO., R-n Mariupol, Gb. Saporoschje, Ukraine
Grün(e)feld – *Zelënaja Poljana*, Aserbaidschan
Grüntal – Ukraine: nicht bestimmbar, da es allein in der Ukraine 7 deutsche Dörfer namens Grünt(h)al gab
Gubannica – bei St. Petersburg
Gukk – siehe Huck

Halbstadt – *Moločansk*, R-n Tokmak/Molotschansk, Gb. Saporoschje, Ukraine
Heimtal – *Staraja Buda*, KSPO., Hauptort des deutschen National-Rayons *Pulin/Červonoarmejsk*, Wolhynien, Ukraine
Helenendorf – *Elenino*, Chanlar, Gb. *Kirovabad*, Aserbaidschan
Heuboden/Heubuden – *Sergeevka* (Mennoniten), R-n Luxemburg, Gb. Donezk/Stalino, Ukraine
Hochheim – *Najman*, KSPO., R-n Bijuk-Onlar/Ernst Thälmann, Krim
Hochstädt – *Vysokoe*, KSPO., R-n Prischib-Molotschna/Melitopol, Gb. Saporoschje, Ukraine
Hoffnungsfeld – *Tarchanlar* – Uč-Kuju-Tarchan (tatar.), R-n Ernst Thälmann/Bijuk-Onlar, Krim
Hoffnungsfeld – *Nadeždovka*, im KSPO. Alt-Erft (westlich von Arzis); 1918–1940/1941–1944 rumänisch; Bessarabien, Ukraine

oder: Hoffnungsfeld (Hoffmannsfeld) – im Kirchspiel Klöstitz (nördlich von Arzis); 1918-1940/1941–1944 rumänisch: *Luxemburg*(!); Bessarabien, Ukraine

Hoffnungstal – *Cebrikovo*, KSPO., Gb. Odessa, Ukraine

Holstein – *Verchnjaja Kulalinka*, Kt. Kaminka, seit 1941 verödet?, Wolga/Saratow

Horstschick – *Gorščik/Chorščik*, Uzomirskij/Korostenskij r-n, Wolhynien, Ukraine

Huck – *Splavnucha*, im Kirchspiel Norka, seit 1941 verödet?, Kn. Kamenka, Wolga/Saratow

Hussenbach/Ustenbach – *Linëvo ozero*, Kn. Frank, seit 1941 verödet?, Wolga/Samara

Irdel – *Nižnij Tagil'sk*, Ural

Issyk – bei Alma-Ata/Almaty, Kasachstan

Jablonowka/*Jablonovka* – Lauwe, im Kirchspiel Kukkus/*Vol'skoe*; seit 1942 verödet?, Wolga/Samara

Jagodnaja Poljana (meist verwendete ON-Form) – Beerenfeld, auch: Baum, KSPO.; seit 1941 verödet, Wolga/Saratow

Jamburg/Katharinenhof – *Ekaterinovka*, R-n Stalindorf/Solonjanskij r-n, Gb. Dnepropetrowsk, Ukraine

Jammertal/Neuhorst – *Ternovtaja/Žernovataja* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine

Jejsk – *Ejsk*, KSPO., Kuban-Dongebiet, Asowsches Meer/Südufer des Meerbusens von Taganrog

Jekaterinburg /*Ekaterinburg* – 1924–1991 Swerdlowsk

Jekaterinodar/*Ekaterinodar* – KSPO.; seit 1920: Krasnodar/Kuban

Jekaterinoslaw/*Ekaterinoslav*, siehe Dnepropetrowsk

Jelisawetgrad/*Elizavetgrad*, KSPO.; seit 1924: *Kirovograd*, Zentralukraine

Jelisawetpol/*Elizavetpol'* – (1804–1918), 1918–1935 Gandscha/*Gandža*, seit 1934: *Kirovabad*, Aserbeidschan

Jemiltschin – *Emil'čino*, KSPO., R-n Novograd-Volynskij, Wolhynien, Ukraine

Josephstal – *Iosifovka*, KSPO., R-n Karl Marx/Manuilov, Gb. Saporoschje, Ukraine

Jussowka/*Jusovka* – siehe Donezk

Kalonowo – innerhalb der Ansiedlung Memrik (Mennoniten), *nahe der Stadt* Donezk, Ukraine

Kamenka Nr. 4 (Mennoniten) – R-n Pokrowka, nördlich Orenburg/Südural

Kamenskij – siehe Grimm

Kamyschin – *Kamyšin*, KSPO., südlich des deutschen Wolgagebiets, Wolga/Saratow

Karaguj (Mennoniten) – R-n Pokrowka, nördlich Orenburg/Südural

„Karl Liebknecht" – deutscher Rayon mit Zentrum Landau (1924-1939), Gb. Nikolajew, Ukraine

Karpovka – innerhalb der Ansiedlung Memrik (Mennoniten), nahe der Stadt Donezk, Ukraine

Karras – R-n Pjatigorsk, Gb. Wladikawkas

Kassel(-Neudorf) – *Komarovka*, KSPO., R-n Grozulov (nördlich Tiraspol), Gb. Odessa, Ukraine

Katharinenfeld – Bolnisi, KSPO., Georgien

Katharinenstadt – *Baronsk*, KSPO.; seit 1919: Marxstadt; nach 1941: *Marks*, Wolga/Samara

Katzbach – *Lužanka*, im Kirchspiel Alt-Elft (westlich von Arzis); 1918–1940/1941–1944 rumänisch; Bessarabien, Ukraine

Kirovabad – siehe Jelisawetpol

Kischinjow/*Kišinëv* – rum. *Chişinău*, KSPO., Republik Moldau

Kitschkass – *Kičkas* (Mennoniten), Gb. Orenburg/Südural

„Kitschkass" – dt. Rayon im Gebiet Orenburg (1925–1939), Südural

Klein-Berlin – Maj-Ruduk, ehem. Stadtteil von Karaganda, Kasachstan

Klubnikowo – *Klubnikovo* (Mennoniten), R-n Pokrovka, Gb. Orenburg/Südural

Konrat – *Achsür* (tatarisch), Krim

Konstantinowka – *Konstantinovka* (Mennoniten), nördlich Pawlodar/Altai (Kulunda-Steppe)

Krasnodar – bis 1920: Jekaterinodar/*Ekaterinodar*, KSPO., Hauptstadt des Gb.s Kuban

Krasnojar – *Krasny Jar/Krasnojarowka*, Kn. Krasnojar, Wolga/Samara

Krasnojarsk – KSPO., Hauptstadt des Gaus Krasnojarsk, Zentralsibirien

Kronau Nr. 8 – *Vysokopolje*, Bol'še-Aleksandrovskij r-n (dt. R-n Fritz Heckert), Gb. Nikolajew, Ukraine
oder: Kronau/Neukron Nr. 2 – *Novozelënaja*, KSPO., R-n Novo Nikolaevsk (Krivorog), Gb. Saporoschje, Ukraine

Kronsweide – *Vladimirovka* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine

Kujbyschew – *siehe Samara*
Kukkus – *Vol'skoe,* KSPO.; seit 1941: *Privol'že*, R-n Novo Uzensk, Wolga/Samara
Kutaissi – Kutaisi, Georgien

Leninakan – siehe *Aleksandropol'*
Lichtental – *Svetlodolinskoe, KSPO. Sarata; 1918–1940/1941–1944* rumänisch; Bessarabien, Ukraine
Liebenau – *Chazarovka* (Mennoniten), Halbstädter Mennoniten-Gebiet, R-n Tokmak/Molotschansk, Gb. Saporoschje, Ukraine
Lodsch/Lodz – Łódź (Polen)
Lomonosov – siehe *Oranienbaum*
Ludwigstal Nr. 18/Karl Liebknecht – *Romanovka, KSPO.,* R-n Mariupol/Rosa Luxemburg, Saporoschje, Ukraine
Lugansk (bis 1935 und 1958–1970) – Woroschilowgrad/*Vorošilovgrad,* KSPO., bei Rostow am Don

Maikuduk (?) – Siedlung in Kasachstan
Majdan – *Barašivskij*, R-n *Kutuzov*, Wolhynien, Ukraine
oder: Majdan – *Majdan Golyšovskij*, R-n Jemiltschin, Wolhynien, Ukraine
Mannheim – *Mainskoe*, Kt. Gnadenflur/Fëdorovskij r-n, seit 1941 verödet?, Wolga/Samara
Marienfeld/Petersdorf – Sartičala, Georgien
Marijanka – *Mar'janka*, im deutschen R-n Pulin, Wolhynien, Ukraine
Mariupol' – 1948–1989: Schdanow/*Ždanov*, Gb. Donezk, Ukraine
Marks – siehe Katharinenstadt
Marxstadt – siehe Katharinenstadt
Medvedicko – siehe Frank
Melitopol' – im Gb. Saporoschje, Ukraine
Memrik (Mennoniten) – Gb. Donezk, Ukraine
Messer – *Ust' Zolicha*, KSPO., Kn. Kamenka, seit 1941 verödet?, Wolga/Saratow
Michaelsburg – *Michajlovka*, bei Fürstenau (siehe auch dort), (Halbstädter Mennonitenbezirk), R-n Tokmak/Molotschansk, Gb. Saporoschje, Ukraine
Michelsfeld – *Michajlopol', Prijutovka,* R-n Taras Ševčenko, Gb. Odessa, Ukraine
Millerowo – *Millerovo*, im Norden des Gb.s Rostow am Don
Minusinsk – am Jenissej, Gau Krasnojarsk, Sibirien
Mirau Nr. 11 – *Mirskoe,* R-n V. V. Kujbyschew / Rosa Luxemburg, Gb. Saporoschje, Ukraine
„Molotschansk" – deutscher Rayon mit Zentrum Halbstadt, R-n Melitopol', Gb. Saproschje, Ukraine
Moor – *Ključi*, seit 1941 verödet?, Kn. Eckheim/Krasnokut, Wolga/Saratow
Moos – gemeint ist wohl: Moor
Morgentau – *Kislovodskoe, Čumak*, KSPO.; seit 1941: *Suetinovka,* R-n Gmelinka/Torgun, Wolga/Samara

Näb – *Rjazanovka,* KSPO., Kn. Unterwalden, später: Kn. Marxstadt, Wolga/Samara
Najman – siehe Hochheim
Nemirov (Podolien), Gb. Winniza, Ukraine
Nepoznan[iči] – siehe Neu-Posen
Neu-Balzer – *Perevozinka, Novyj Pancyr'*; seit 1941: *Mirnyj*, Kn. Frank, Wolga/Saratow
Neuburg/Neuborn – *Černjachova*, R-n Černjachova, Wolhynien, Ukraine
Neu(en)burg – *Malaševka* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Neu-Chortitza – *Novo-Chortica* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Neudorf – *Karamonova, Komanova;* 1918–1940/1941–1944 rumänisch; R-n Tiraspol'/Grigoriopol', Republik Moldau
Neuendorf – *Širokoe* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Dnepropetrowsk, Ukraine
Neuenfeld – nicht bestimmbar, da es in den einstigen deutschen Siedlungsgebieten im Russischen Reich bzw. in der Sowjetunion mindestens 14 „Neufeld(t)" gab
Neu-Freudental – *Marinovo*, KSPO., R-n Berezovka, Gb. Odessa, Ukraine
Neu-Halbstadt – *Novo-Moločansk* (Mennoniten), R-n Tokmak/Molotschansk, Gb. Saporoschje, Ukraine
Neu-Hochstädt – *Aleksandropol', Šiškovo*, R-n Stalindorf/Scholochow, Gb. Dneporpetrowsk
Neu-Hoffnung – *Ol'gino*, KSPO., R-n Berdjansk, Gb. Saporoschje, Ukraine
Neu-Hussenbach(-Brunnental) – siehe: Hussenbach
Neu-Posen – *Nepoznan[iči]*, Rn. Jemiltschin, Wolhynien, Gb. Schitomir, Ukraine
Neu-Samara – *Novaja Samara* (Mennoniten), Wolga/Samara

Neu-Saratowka – *Novosaratovka*, KSPO., dt. Dorf bei St. Petersburg/Leningrad
Neusatz – *Čokurča*, KSPO., R-n Simferopol', Krim
Neu-Stuttgart/Berdjansk – *Nadgornoe*, KSPO., R-n Berdjansk, Saporoschje, Ukraine
Neu-Teplitz – *Teplitsa*, KSPO. Arzis; 1918–1940/1941–1944 rumänisch; Bessarabien, Ukraine
Neu-Zürichtal – *Verbrus, Čelebi-Ėli*, R-n Feodosija, Krim
Nieder-Chortitza – *Nižnjaja Chortica* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Nikolaipol – *Veneges*, dt. Ansiedlung (Chutor) bei Borissowo, Gb. Rostow am Don
Nikolajew – *Nikolaev*, KSPO., Gebietshauptstadt, Ukraine
Nikolajewka/Nikolaithal/Ettingerfeld/Thälmannsdorf (Mennoniten?) – *Nikolaevka*, Vasil'kovskij r-n, Gb. Dnepropetrowsk, Ukraine
Nikopol' – am Dnjepr, Gb. Dnepropetrovsk, Ukraine
Norka – *Norka*, KSPO.; seit 1941 *Nekrasovo*, Wolga/Saratow
Novo-Skatovo – siehe Schöntal
Nowo-Alexandrowka – *Novo-Aleksandrovka*, dt. Dorf bei St. Petersburg/Leningrad
Nowograd-Wolynski/*Novograd-Volynskij* – *KSPO.*, Wolhynien, Gb. Schitomir, Ukraine
Nowotscherkassk/*Novočerkask* – bei Rostow am Don, KSPO.

Odessa – KSPO., Gebietshauptstadt, Ukraine
Oranienbaum – seit 1948: Lomonossow/*Lomonosov*
Ordschonikidse/*Ordžonikidze* – siehe Wladikawkas
Orenburg – 1938-1957: *Čkalov*/Tschkalow, KSPO. Südural
Orlowskoje – *Orlovskoe*, seit 1941: verödet?, Kn. Katharinenstadt/Marxstadt, Wolga/Samara
Owzino/*Ovcyno* – dt. Dorf bei St. Petersburg/Leningrad

Parabel' – 250 km nordwestl. Tomsk, Gb. Tomsk, Sibirien
Paulskoje – *Pavlovka*, KSPO.; seit 1941 verödet?, Kn. Katharinenstadt/Marxstadt, Wolga/Samara
Pawlodar/*Pavlodar* – Nordost-Kasachstan
Pawlowsk/*Pavlovsk* – Städtchen bei Puschkin, Gb. St. Petersburg/Leningrad
Petersdorf (kein russischer ON bekannt; Mennoniten) – R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Pjatigorsk – Gb. Stawropol, KSPO., Nord-Kaukasus
Pleskau – *Pskov*, KSPO.
Podlesno(j)e – siehe Unterwalden
Podstepno(j)e – siehe Rosenheim
Pokrovsk – siehe Engels
Ponawez-Schadow/*Ponavec-Žadov* – im Kirchspiel Rowno/Wolhynien, seit 1920 polnisch
Posttal (= Neu-Posttal) – *Dolinovka*, KSPO., bis 1875 war Akkerman Pfarrsitz, bis 1897 Benkendorf, R-n *Belgorod-Dnestrovskij*/Akkerman; 1918–1949/1941–1944 rumänisch: Poştal; Bessarabien, Ukraine
Prischib – *Prišib, Moločna*, KSPO.; seit 1941: *Prišib*, R-n Melitopol', Gb. Saporoschje, Ukraine
„Prischib" – deutscher Rayon mit Zentrum Prischib 1924–1928, dann mit dt. Rayon „Molotschansk" zusammengeschlossen, R-n Melitopol', Gb. Saporoschje, Ukraine
Prostonorje – Gb. Orenburg, Sibirien
Pskov – siehe Pleskau
„Pulin" – dt. Rayon mit Zentrum Pulin (1924–1935), nordwestlich Schitomir, Wolhynien, Ukraine

Reinhardt – *Osinovka*, KSPO., Kn. Krasnojar, Wolga/Samara
Rohrbach – *Berezan', Novo-Svetlovka*, KSPO. Worms-Rohrbach-Joannistal, R-n Landau/Beresan, Gb. Odessa, Ukraine
„Rosa Luxemburg" – dt. Rayon mit Zentrum Grunau (1927-1939), R-n Mariupol/Berdjansk, Gb. Dnepropetrowsk, Ukraine
Rosenberg – *[Ilovlinkskij] Umet*, KSPO., Kn. Erlenbach/Kamenka, Wolga/Saratow
[Alt-]Rosengart – *Novoslobodka, Popovka* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Rosenheim – *Podstepnoje*, KSPO., Kn. Krasnojarsk, Wolga/Samara
Rosenort – *Šipovka* (Menoniten), R-n Molotschansk/Melitopol, Gb. Saporoschje, Ukraine
Rosent(h)al – nicht bestimmbar, da es in den einst deutschen Siedlungsgebieten im Russischen Reich und in der Sowjetunion 13 „Rostent(h)al" gab

Rosental/Rosenhof – Weiler ohne russischen Namen, Moskalenskij r-n, Gb. Omsk, Sibirien
Rosental/Rosenfeld – *Šeremet'evskoe*, R-n Kropotkin, Gb. Krasnodar, Nordkaukasus
Rosental – *Kancerovka* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje
Rostow am Don – *Rostov na Donu*, KSPO.

Samara/Wolga – KSPO., 1935–1991: Kujbyschew/*Kujbyšev*
Saporoschje/*Zaporož'e* – bis 1921 *Aleksandrovsk*, KSPO.
Sarata – *Sarata*, KSPO., 1918–1941/1941–1944 rumänisch; Bessarabien, Ukraine
Saratow/*Saratov* – KSPO., Wolga
Sarepta – *Krasnoarmejsk*, ursprünglich Herrnhuter-Filiale, seit 1893 luth. KSPO., bei Wolgograd
Schabo/Chabag – *Šabo*, im Kirchspiel (Neu-)Posttal; 1918–1940/1941–1944 rumänisch: *Şaba-Colonia*; Bessarabien, Ukraine
Schäfer – *Lipovka*, R-n Mariental/Krasnojarsk; seit 1941 verödet?, Wolga/Samara
Schaffhausen –*Volkovo*; seit 1915 offiziell: Wolkowo/*Volkovo*, seit 1941 verödet?, Kn. Unterwalden/*Podlesnoje*, Wolga/Samara
Schemacha/*Šemacha* – bei Baku, KSPO., Aserbaidschan
Schidlowo/*Šidlovo* – KSPO.; siehe Ludwigsthal
Schitomir/*Žitomir* – KSPO., Wolhynien, Ukraine
Schlüsselburg/*Šljusselburg* – bei St. Petersburg/Leningrad
Schmeriunka – Weiler in Podolien, Gb. Winniza, Ukraine
Schöndorf – *Ol'gino, Borzenkovo*, R-n Stalindorf/Scholochow, Gb. Dnepropetrowsk
Schönfeld Nr. 2 – *Ksenijevka*, R-n Melitopol, Gb. Saporoschje, Ukraine
Schönhorst – *Šengorka, Vodnjaja* (Mennoniten), R-n Chortitza, Gb. Saporoschje, Ukraine
Schönsee/Rot-Front – *Ozerki* (Mennoniten), R-n Molotschansk/Tokmak, Gb. Saporoschje, Ukraine
Schöntal – *Novo-Skatovo*, Šerbakul'skij r-n, Gb. Omsk, Sibirien
Semejny, richtig: Seimeni – *Semënovka*, im KSPO. (Neu-) Posttal (nördlich des Dnjestr-Limans); 1918–1940/1941–1944 rumänisch; Bessarbien, Ukraine
Šidlovo – siehe Schidlowo
Simferopol', Krim
Slavjanoserbsk – Gb. Dnepropetrowsk/Jekaterinoslaw
Slawgorod/*Slavgorod* – KSPO., Altaj, Südsibirien
Sofijevka – Znamenskij r-n, bei Slawgorod/Sibirien
Stahl (am Tarlyk) – *Stepnoje, Lopatino*, Kn. Kukkus; nach 1941 verödet? Wolga/Samara
Stalingrad – siehe Wolgograd
Stalino – siehe Donezk
Stephan – *Vodjanoj Bujerak*, KSPO.; Kn. Dobrinka/Kamenka; seit 1941: *Vodnobueračnoe*, Wolga/Saratow
Susanowo/*Suzanovo* (Mennoniten) – Weiler im Gb. Orenburg, Sibirien
Swerdlowsk – siehe Jekaterinburg

Taldy Kurgan – Stadt nahe der chinesischen Grenze im Südosten Kasachstans
Tarutino – *Tarutino*, KSPO.; 1918–1940/1941–1944 rumänisch; Bessarabien, Ukraine
Taschkent – *Taškent*, KSPO., Hauptstadt Usbekistans
Telhausen – Thelausa: siehe Fischer
„[Ernst] Thälmann" – dt. Rayon mit Zentrum Kurman-Kelmetschi (1934–1939), Krim
Tiflis – Tbilisi, KSPO., Hauptstadt Georgiens
Tokmak – bei Frunze/Bischkek
Totanaj – siehe Eigenfeld
Traubenberg – Tamarisi, Georigen
Tscheljabinsk/*Čeljabinsk* – Südost-Ural (unweit der Grenze zu Kasachstan)
Tschkalow – siehe Orenburg

Vinnica – siehe Winniza
Vladikavkaz – siehe Wladikawkas
Volgograd – siehe Wolgograd

Unterwalden – *Podlesnoje*, KSPO., Wolga/Samara

Waldheim – *Apollonovka*, Isul Kul'skij r-n, Gb. Omsk, Westsibirien
Warenburg – *Prival'noe*, KSPO.; seit 1941: *Prival'noe*, Wolga/Samara
Weizenfeld – *Pšeničnoe*, KSPO., Kt. Mariental; seit 1941: *Rozovoe*, Wolga/Samara

Winniza – *Vinnica*, Podolien, Ukraine
Wladikawkas/*Vladikavkaz*, KSPO.; 1931–1990: Ordschonikidse/*Ordžonikidze*, Nordkaukasus
Wladyn – *Vladin/Vladzin*, R-n Novograd-Volynskij, Wolhynien, Gb. Schitomir, Ukraine
Woitowec – ?, Gb. Winniza, Podolien, Ukraine
Wolgograd/*Volgograd* – bis 1925 Zaryzin (*Carycin*), bis 1961 Stalingrad, KSPO.
Worms[-Johannistal] – *Vernoe*, KSPO., Kn. Berezovka/Karl-Liebknecht, Gb. Odessa, Ukraine.
Zaporož'e – siehe Saporoschje
Zarskoe Selo/*Carskoe Selo* – seit 1918: *Detskoe Selo*; seit 1937: Puschkin/*Puškin*, KSPO., bei St. Petersburg
Zawercy – Gouv. Piotrków (Petrikau), südlich Lodsch, Polen
Zelinograd/*Celinograd* – KSPO., bis 1961: Akmolinsk; 1961–1991: Zelinograd; 1991–1997: Akmola; seit 1997: Astana und offizielle Hauptstadt Kasachstans
Žitomir – siehe Schitomir
Zürichtal – *Džajlav*, KSPO., R-n Feodossija, Krim

Ortsnamensliste Baltikum

Vorbemerkung: Manche der deutsch-baltischen Ortsnamen kamen parallel in den einzelnen Provinzen (Estland, Livland, Kurland) vor. Deshalb gibt es für manche deutsche Ortsnamen estnische und lettische Varianten, in einem Fall sogar verschiedene estnische Varianten.

Aahof – Ādaži, Lettl.
Adsel – Gaujiena, Lettl.
Allasch-Wangasch – Allaži-Vangaži, Lettl.
Allendorf – Aloja, Lettl.
Alt-Rahden – Vecsaule, Lettl.
Alt-Schwanenburg – Vecgulbene, Lettl.
Appricken – Apriki, Lettl.
Arras – Arakšte, Lettl.
Arroküll – Aruküla, Estl.
Ascheraden – Aizkraukle, Lettl.
Autz – Auce, Lettl.

Baldohn – Baldone, Lettl.
Balgalln – Balgale, Lettl.
Bauske – Bauska, Lettl.
Beatenthal – ?, Lettl.
Bilderlingshof – Jurmala-Bulduri, Lettl.
Birsgallen – Birzgale, Lettl.

Dahlen – Dole, Lettl.
Dickeln – Dikli, Lettl.
Doblen – Dobele, Lettl.
Dondangen – Dundaga, Lettl.
Dorpat – Tartu, Estl.
Dünseiturg – Daugavpils, Lettl.
Erlaa – Ērgļi, Lettl.
Erwahlen – Ārlava, Lettl.

Fellin – Viljandi, Estl.

Gipken – Gipka, Lettl.
Goldingen – Kuldīga, Lettl.
Groß-Jungfernhof – (Liel-)Jumprava, Lettl.

Hofzumberge – Tēvvete, Lettl.

Ilsen(-berg) – Ilzene, Lettl.
Irben – Irbe, Lettl.
Irmlau – Irlava, Lettl.

Jewe – Jõhvi, Estl.
Jürgensburg – a) Zaube, Lettl.; b) Wallipäh, Estl.

Kandau – Kandava, Lettl.
Katlakaln – Katlakalns, Lettl.
Kammern – siehe Kemeri
Kaunas – siehe Kowno
Kemeri (= Jurmala-Kemeri) – Kammern, Lettl.
Kerro – Käru, Estl.
oder verschrieben für a) Ketto – Ketu, Estl.; b) Kerkau – Kergu, Estl.; c) Werro – Võru, Estl.
Klein St. Johannis, Kr. Fellin – Kolga-Jaani, Estl.

Kokenhusen – Koknese, Lettl.
Kolken – Kolka, Lettl.
Komoddern – ?, Litauen
Kosch – Kose, Estl.
Kowno (russ.) – Kaunas (lit.), deutsch: Kauen, Litauen
Kremon – Krimulda, Lettl.
Lasdohn – Lazdona, Lettl.
Lennewarden – Lielvārde, Lettl.
Lesten – Lestene, Lettl.
Libau – Liepāja, Lettl.
Linden (-Birsgallen) – Liepmuiža, Lettl.
Loddiger – Lēdurga, Lettl.
Lohde – Koluvere, Estl.
Lubahn – Lubāna, Estl.

Mitau – Jelgava, Lettl.

Narwa – Narva, Estl.
Nerft – Nereta, Lettl.
Neu-Autz – Jaunauce, Lettl.
Neuenburg – Jaunpils, Lettl.
Neuermühlen (-Westerotten) – Adaži, Lettl.
Neu-Karkel – Jaunkārki, Lettl.
Neu-Pebalg – Jaunpiebalga, Lettl.
Neu-Rahden – Jaunsaule, Lettl.
Nitau – Nītaure, Lettl.

Oberpahlen – Põltsamaa, Estl.
Oppekaln – Apukalns, Lettl.

Palzmar (-Serbigal) – Palsmane(-Aumeisteri), Lettl.
Pampeln – Pampāli, Lettl.
Pankelhof – Penkule, Lettl.
Papenhof/-dorf – Pape, Lettl.
Paulenhof – a) Põru, Estl.; b) Veriora, Estl.
Pernau – Pärnu, Estl.
Pernigel – Liepupe, Lettl.
Petschur – Petseri, Estl.
Pilten – Piltene, Lettl.
Pinkenhof – Pinki, Lettl.
Pönal – Le-Nigula, Estl.
Puiga, lies: Pyha – Püha, Estl.
Puikeln, lies: Pulkeln – Pūlkule, Lettl.

Rahden (Alt- und Neu-) – Vecaule, Jaunsaule, Lettl.
Rauge – Rõuge, Estl.
Rauden – Rauda, Lettl.
Reval – Tallinn, Estl.
Riga – Rīga, Lettl.
Ringen – Renga, Lettl.
Rodenpois – Ropaži, Lettl.
Ronneburg – Rauna, Lettl.
Rositten – Rēzekne, Lettl.
Rujen – Rūjena, Lettl.

Roop – Straupe, Lettl.

Saarahof – Jäärja, Estl.
Sagnitz – Sangaste, Estl.
Salis – Salace, Lettl.
Salisburg – Macsalaca, Lettl.
Salwen – Zalve, Lettl.
Samiten – Zemite, Lettl.
Saßmacken – Valdemārpils, Lettl.
Saucken – Sauka, Lettl.
Schnickern – Snikere, Lettl.
Schujen (-Lodenhof) – Skujene, Lettl.
Schwaneburg – Gulbene, Lettl.
Selburg – Sēlpils, Lettl.
Setzen – Sece, Lettl.
Sieckeln, lies: Siksten – Siksni, Lettl.
Siuxt – Džūkste, Lettl.
Sonnaxt – Sunākste, Lettl.
St. Matthiae – Harju-Madise, Estl.
St. Simonis – Simuna, Estl.
Sunzel – Suntaži, Lettl.

Tarwast – Tarvaste, Estl.
Testama – Tõstamaa, Estl.
Theal bei Sagnitz – a) Thial-Fölk, Estl.; b) Tiida/Sangaste, Estl.
Tirsen – Tirza, Lettl.
Tuckum – Tukums, Lettl.

Uexküll – Ikšķile, Lettl.

Waddax – Vadakste, Lettl.
Waiwara – a) Jurmala-Vaivara, Lettl.; b) Vaivara, Estl.
Walk – Valga/Valka, Estl.
Weißenstein – Paide, Estl.
Wenden – Cēsis, Lettl.
Werro – Võru, Estl.
Wesenberg – Rakvere, Estl.
Wilkowischken – Vilkaviškis, Litauen

Wohlfahrt – Ēvele, Lettl.
Wolmar – Valmiera, Lettl.
Wolmarshof – Kõo, Estl.
Wrangelstein – Maidla, Estl.
Würzen, lies: Würzau – Vircavas, Lettl.

Zelmeneeken – Celmenieki, Lettl.
Zohden – Code, Lettl.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAA	Argentinische Antikommunistische Allianz
AAE	Archiv der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, Friedensau
ABB	Archiv der St. Johannisgemeinde Baden-Baden
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung
AD	Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau
adj.	adjunktus
ADW	Archiv des Diakonischen Werkes der EKD
AEKR	Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland
AHA	Allgemeines Heeresamt
AKET	Archiv des Konvents Evangelischer Theologinnen in Deutschland
AKiZ	Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte
AKPS	Archiv der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg
AMRA	American Mennonite Relief Association
ApU	Altpreußische Union
AR	Artillerieregiment
ARPLAN	Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
AZETH	Archiv für Zeitgeschichte der Eidgenössischen Technischen Hochschule
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv
BArch	Bundesarchiv
BA-ZNS	Bundesarchiv-Zentralnachweisstelle
BBKL	Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon
BDC	Berlin Document Center im Bundesarchiv Berlin
BDM	Bund Deutscher Mädchen
BEFG	Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden
BfC	Bund freikirchlicher Christen zu gründen
BK	Bekennende Kirche
BLha	Brandenburgisches Landeshauptarchiv Postdam
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CA	Confessio Augustana = Augsburger Bekenntnis (1530)
CV	Christliche Versammlung
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
DBW	Dietrich Bonhoeffer Werke
DC	Deutsche Christen
DCSV	Deutsche christliche Studentenvereinigung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
DFG	Deutschen Friedensgesellschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
d. R.	der Reserve
DStP	Deutsche Staatspartei

DVP	Deutsche Volkspartei
EK	Eisernes Kreuz
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKHN	Evangelische Kirche Hessen-Nassau
EKKPS	Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
EKvW	Evangelische Kirche von Westfalen
EOK	Evangelischer Oberkirchenrat
EREV	Evangelischer Reichserziehungsverband
EvAKiZ	Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte
EZA	Evangelisches Zentralarchiv
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Frhr.	Freiherr
GA	Gemeindearchiv
GAZO	Gosudarstvenij Arkhiv Zaporozhskoi Oblasti
GDW	Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GKR	Gemeindekirchenrat
GPU	Gosudarstwennoje polititscheskoje uprawlenje = Staatliche politische Verwaltung [Sowjetischer Geheimdienst bis 1934]
GStAPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GULag	Glawnoje uprawlenje lagerej = Hauptverwaltung der Straflager in der UdSSR
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten [auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion]
GV	Gemeindevertreter
Hrsg.	Herausgeber
hs.	handschriftlich
HSO	Heimatblatt für die Kreise Strehlen [und] Ohlau
HVDVP	Hauptverwaltung der deutschen Volkspolizei im Generalstab
i. G.	im Generalstab
Inf. Btl. z. b. V.	Infanterie-Bataillon zur besonderen Verwendung
JMBL LSA	Juristisches Mitteilungsblatt des Landes Sachsen Anhalt.
KfK	Kommission für Kirchliche Angelegenheiten
Kkrs.	Kirchenkreis
KPS	Kirchenprovinz Sachsen
Krs.	Kreis
KSSVO	Kriegsonderstrafverordnung
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
LABO	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
LANRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
LASH	Landesarchiv Schleswig-Holstein
LHA	Landeshauptarchiv
LHLA	Local History Library and Archives
Lit.	Das Kürzel hinter verschiedenen Literaturangaben macht darauf aufmerksam, dass dort noch weitere Literatur zum Thema angegeben ist.
LKA	Landeskirchliches Archiv/Landeskirchenamt
L-Offizier	Landwehr-Offizier
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MGB	Ministerstwo gossudarstwennoi besopasnosti SSSR = Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR, sowj. Nachrichtendienst
MGH	Monumenta Germaniae Historica
ML	Mennonitisches Lexikon
MLB	Martin-Luther-Bund
Ms.	Manuskript
Msgr.	Monsignore
NDB	Neue deutsche Biographie
NKWD	Narodnij kommissariat wnutrennych djel [Volkskommissariat des Innern in der UdSSR, dem die Geheimpolizei seit 1934 unterstellt war]
NL	Nachlass
NS	Nationalsozialismus; nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NT	Neues Testament
OA	Oncken-Archiv des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden Wustermark-Elstal

OB	Oberbefehlshaber
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Org. Abt.	Organisationsabteilung
PA	Personalakte
PD	Privatdozent
Prov.	Provinz
PzGr 4	Panzergruppe 4
rd.	rund
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturm-Abteilung
SAG	Soziale Arbeitsgemeinschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
sog.	so genannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
Sup.	Superintendent
SVA	Strafvollzugsanstalt
TH	Technische Hochschule
THStA	Thüringisches Hauptstaatsarchiv
UAL	Universitätsarchiv Leipzig
uk-Stellung	unabkömmlich [d. h. nicht zum aktiven Militärdienst heranzuziehen, weil dessen Tätigkeit im öffentlichen Interesse nicht entbehrlich ist]
vd.	verschiedene
VGH	Volksgerichtshof
VHS	Volkshochschule
vic.	Vicarius
VKL	Vorläufige Kirchenleitung
WS	Wintersemester
ZAEKR	Zentralarchiv der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien, Hermannstadt/Sibiu
ZEKHN	Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
z. V.	zur Verfügung

Autoren und Mitglieder der Arbeitsgruppe

Assmann, Reinhard, Jg. 1952, Pastor der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Prenzlauer Berg in Berlin.

Bendick, Claudia, Dr. theol., Jg. 1975, Februar bis August 2005 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München, zurzeit am Fachbereich 1 der Universität Münster.

Bitter, Stephan, Dr. theol., Jg. 1942, Superintendent i. R., Bad Godesberg.

Bracher, Karl Dietrich, Dr. phil., Jg. 1922, Professor für Politische Wissenschaften, Universität Bonn.

Brakelmann, Günter, Dr. theol., Jg. 1931, Professor für Systematische Theologie (Sozialethik), Universität Bochum.

Brandt, Susanne, Jg. 1964, Bibliothekarin und Autorin, Papenburg.

Büttner, Ursula, Dr. phil., Jg. 1946, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, Professorin für Politische Sozialgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Universität Hamburg, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Claussen, Johann Hinrich, Dr. theol., Jg. 1964, Propst des Kirchenkreises Alt-Hamburg.

Diedrich, Hans-Christian, Dr. theol. habil., Jg. 1936, Pfarrer i. R., Berlin-Spandau.

Drescher, Anne, Jg. 1962, Beraterin beim Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Schwerin.

Dück, Victor, Jg. 1949, Diplom-Ingenieur, ehrenamtlicher Mitarbeiter der Gemeinde der Evangeliumschristen-Baptisten Marienheide (Nordrhein-Westfalen).

Dyck, Johannes, Dipl. Ing., Jg. 1955, Softwarearchitekt, Prediger in der Mennonitenbrüdergemeinde Lemgo.

Fleischhauer, Eva Ingeborg, Dr. phil., zuletzt: Professorin der Staatsuniversität St. Petersburg.

Garbe, Irmfried, Dr. theol., Jg. 1969, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Kirchengeschichte der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Gensch, Magdalena, Jg. 1926, Diakonisse und Pastorin, Oberin der Diakonissenanstalt Salem-Köslin-Minden, jetzt Feierabendschwester.

Grünzinger, Gertraud, M. A., Jg. 1947, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Haase, Norbert, Dr. phil, Jg. 1960, Historiker, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dresden.

Halbrock, Christian, Dr. phil., Jg. 1963, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungs- und Gedenkstätte Berlin-Normannenstraße und Bezirksmuseum Lichtenberg.

Hauschild, Wolf-Dieter, Dr. theol., Jg. 1941, Professor für Kirchengeschichte, Universität Münster.

Heidebrecht, Hermann, Jg. 1963, Aussiedlerbetreuungsdienst der Mennonitengemeinden Deutschlands e. V. (Vorsitzender), Bielefeld.

Hein, Markus, Dr. theol., Jg. 1966, Wissenschaftlicher Assistent für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Heinz, Daniel, M. A., Ph. D., Jg. 1957, Direktor des Historischen Archivs der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa, Dozent an der Theologischen Hoch-

schule Friedensau bei Magdeburg, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Herbst, Stefan, Jg. 1960, Referent der Bildungsabteilung in der Missionszentrale der Franziskaner Bonn.

Hering, Rainer, Dr. phil., Jg. 1961, Archivar am Staatsarchiv Hamburg, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Hermle, Siegfried, Dr. theol., Jg. 1955, Professor für Theologie und ihre Didaktik an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Hey, Bernd, Dr. phil., Jg. 1942, Landeskirchenarchivdirektor Bielefeld und apl. Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Bielefeld.

Hoffmann, Birgit, M. A., Jg. 1968, Landeskirchenarchivrätin, Leiterin des Landeskirchlichen Archivs Wolfenbüttel.

Jähnichen, Traugott, Dr. theol., Jg. 1959, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bochum.

Janzen, Jakob, Jg. 1950, Schriftführer des Missionswerkes FriedensBote Meinerzhagen.

Jung, August, Jg. 1927, Pastor i. R., Iserlohn.

Keil, Lars-Broder, Jg. 1963, Buchautor und Redakteur, Berlin.

Kopp, Roland, Dr. phil., Jg. 1958, Historiker, Paderborn.

Kurschat, Andreas, M. A., Jg. 1973, 2003–2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München, zurzeit an der Patristischen Arbeitsstelle der Universität Münster, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Lekebusch, Sigrid, Dr. phil., Jg. 1944, Historikerin, Wuppertal, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Lepp, Claudia, Dr. phil., Jg. 1965, Leiterin der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München, Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Letkemann, Peter, Ph. D., Jg. 1950, Organist und Historiker, Winnipeg/Kanada.

Liese, Andreas, Dr. phil., Jg. 1953, Gymnasiallehrer, Bielefeld.

Loth, Helmuth, Jg. 1951, Hauptsachbearbeiter im Bauamt der Stadtverwaltung Sangerhausen.

Ludwig, Hartmut, Dr. theol., Jg. 1942, Dozent an der Humboldt-Universität Berlin.

Mackenbrock, Carola, M. A., Diakonissenanstalt Salem-Köslin-Minden.

Mensing, Björn, M. A., Dr. phil., Jg. 1962, Pfarrer an der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Mentchen, Maria (geb. Neuhaus), Jg. 1974, Diplom-Sozialpädagogin, Köln.

Neumann, Rainer, Jg. 1948, Superintendent a. D., Redakteur, Greifswald.

Nicolaisen, Carsten, Dr. theol., Jg. 1934, Professor für Kirchliche Zeitgeschichte, Universität München, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Onnasch, Martin, Dr. theol., Jg. 1944, Professor für Evangelische Theologie und Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald.

Pausch, Eberhard, Dr. theol., Jg. 1961, Oberkirchenrat im Kirchenamt der EKD Hannover, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Pitters, Hermann, Dr. theol., Jg. 1932, Professor für Kirchengeschichte an der Evangelisch-theologischen Fakultät Hermannsburg.

Raddatz, Carlies Maria, Dr. phil., Jg. 1959, Leiterin des Landeskirchenarchivs Dresden.

Ramm, Hans-Joachim, Dr. theol., Jg. 1945, Pastor, Kropp/Schleswig-Holstein.

Rathke, Heinrich, Dr. theol., Jg. 1928, Landesbischof i. R., Schwerin.

Reinfeldt, Ulrike, Jg. 1969, Diplomarchivarin, Landeskirchliches Archiv Greifswald.

Rickers, Folkert, Dr. theol., Jg. 1938, Professor für Religionspädagogik, Universität Duisburg-Essen.

Ringshausen, Gerhard, Dr. phil., Jg. 1939, Professor für Systematische Theologie und Kirchliche Zeitgeschichte, Universität Lüneburg.

Röhm, Eberhard, Dr. paed. h. c., Jg. 1928, Pfarrer, Dozent am Pädagogisch-Theologischen Zentrum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg in Leonberg.

Roßteuscher, Stefan, Jg. 1981, Studentische Hilfskraft an der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte München.

Sadlack, Hans-Volker, Jg. 1957, Archivar des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, Oncken-Archiv in Wustermark.

Schneider, Johann, Dr. theol., Pfarrer, Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart.

Schneider-Ludorff, Gury, Dr. theol., Jg. 1965, Professorin für Kirchen-, Dogmen- und Theologiegeschichte, Augustana Hochschule Neuendettelsau, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Schultze, Harald, Dr. theol., Jg. 1934, OKR i. R., Professor für Praktische Theologie, Universität Halle, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Schwöbel, Gerlind, Jg. 1926, Pfarrerin i. R., Frankfurt a. M.

Siemens, Andreas, Jg. 1953, Pastor, Bad Essen.

Smid, Marikje, Dr. theol., Jg. 1957, Pastorin in der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Heiligenloh.

Steinkamp, Peter, M. A., Jg. 1968, Historiker, freier Journalist und Verlagsredakteur, Freiburg i. Br.

Stobbe, Jakob, Jg. 1948, Buchhalter, Warendorf.

Stricker, Gerd, Dr. phil., Jg. 1941, Chefredakteur „Glaube in der 2. Welt/G2W – Ökumenisches Forum für Religion und Gesellschaft in Ost und West", Zürich.

Strohm, Christoph, Dr. theol., Jg. 1958, Professor für Historische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg.

Strübind, Andrea, Dr. theol., Jg. 1963, Professorin für Historische Theologie und Kirchengeschichte an der Universität Oldenburg.

Talazko, Helmut †, Dr. jur., 1931–2005, Leiter des Archivs des Diakonischen Werkes der EKD i. R., Berlin.

Tatsenko, Tamara, Dr. hist., Jg. 1951, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Thierfelder, Jörg, Dr. theol., Jg. 1938, Professor für Evangelische Theologie an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

Wennemuth, Udo, Dr. phil., Jg. 1955, Leiter des Landeskirchlichen Archivs Karlsruhe, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Wessig, Wolfgang, Dr. phil., Jg. 1939, Kulturwissenschaftler i. R., Görlitz.

Westermeyer, Tina, Jg. 1979, Studienreferendarin, Unterschleißheim bei München.

Wilts, Ommo, Jg. 1937, Dr. phil., Frisist, Osdorf.

Winter, Friedrich, Dr. theol., Jg. 1927, Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union/Bereich DDR i. R., Berlin.

Wüst, Daniel, Jg. 1970, Pfarrer in Mulda/Ephorie Freiberg/Sachsen.

Danksagung

All denen, die am Zustandekommen dieses Buches mitgewirkt und geholfen haben, sei ausdrücklich Dank gesagt.

Die Hauptarbeit an der Erstauflage wurde von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte in München geleistet. Befristet konnten Herr Andreas Kurschat, M. A. und Frau Dr. Claudia Bendick hauptamtlich für dieses Projekt arbeiten. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe, die von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte für dieses Projekt gebildet wurde, haben mit Verantwortung übernommen und sich mit eigener Forschung beteiligt. Ein großer Kreis von Autorinnen und Autoren konnte für die Erarbeitung der Biogramme gewonnen werden. Herr Dr. Gerd Stricker hat sich freundlicherweise der Mühe unterzogen, die komplizierte Ortsnamenkonkordanz zu erstellen. In herausragender Weise hat Herr Prof. Dr. Wolf-Dieter Hauschild mit dem Seminar für Kirchengeschichte I (Alte Kirche und Mittelalter) der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Erarbeitung und Fertigstellung dieses Buches unterstützt. Einen wesentlichen Anteil der Korrekturarbeiten für die zweite Auflage dieses Buches hat Herr Andreas Kurschat, inzwischen Mitarbeiter der Patristischen Arbeitsstelle an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, ehrenamtlich übernommen.

Zahlreiche Archive und Institutionen haben bei den Arbeiten für dieses Buch und die vielen einzelnen Biogramme freundlich geholfen und Anfragen beantwortet. Ihnen allen gilt unser Dank. Stellvertretend nennen wir das Archiv der Humboldt-Universität Berlin, des Auswärtigen Amtes und des Diakonischen Werkes Berlin; das Geheime Staatsarchiv Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin, das Landesarchiv Berlin, das Brandenburgische Landeshauptarchiv und das Niedersächsische Landesarchiv (Hauptstaatsarchiv Hannover, Staatsarchiv Wolfenbüttel); das Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, das Evangelische Zentralarchiv Berlin, das Oncken-Archiv des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland Wustermark, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, den Studienkreis Deutscher Widerstand Frankfurt, die Forschungsgemeinschaft 20. Juli in Königswinter und die Stiftung 20. Juli 1944 in Berlin; das Militärgeschichtliche Forschungsamt Potsdam, das Institut für Zeitgeschichte München, das Ostkircheninstitut der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; die

Konrad-Adenauer-Stiftung (Archiv für Christlich-Demokratische Politik) Sankt Augustin, die Friedrich-Ebert-Stiftung (Archiv der sozialen Demokratie) Bonn, die Friedrich-Naumann-Stiftung (Archiv des Liberalismus) Gummersbach; die landeskirchlichen Archive, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und die Arbeitsgruppe ehemaliger politischer Häftlinge im Verband ehemaliger Rostocker Studenten.

Dankbar sind wir auch für den Kontakt mit dem Landeskonsistorium der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien und der Theologischen Fakultät in Sibiu/Hermannstadt.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Björn Mensing und Herrn Landesbischof i. R. Dr. Heinrich Rathke, die an diesem Werk mitgearbeitet haben, nachdem sie schon mit ihren eigenen Publikationen wesentlich zur Erweiterung unserer Kenntnis von den Martyrien des 20. Jahrhunderts beigetragen hatten.

Die Evangelische Verlagsanstalt hat die Drucklegung dieses Bandes fachkundig beraten und verlässlich betreut; dies gilt insbesondere von der sorgfältigen, engagierten Arbeit des Layouters, Herrn Kai-Michael Gustmann. Dafür danken wir auch an dieser Stelle.

Magdeburg, im September 2007

Harald Schultze
Leiter des Projekts „Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts“

Nachwort

Wir sind dankbar, dass durch die intensive Kooperation zwischen der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (mit der Projekt-Arbeitsgruppe), den Autorinnen und Autoren, den Gesprächspartnern in den Kirchen, den Institutionen und Archiven unsere Kenntnis von den evangelischen Märtyrerschicksalen im 20. Jahrhundert so hat erweitert werden können. Dass auch nach Abschluss der Arbeit Wünsche offen bleiben, ist selbstverständlich. Vieles ist noch nicht zureichend geklärt; wer mit Recherchen begonnen hat, entdeckt neue Hinweise, denen man gern noch nachgehen würde. Z. B. haben wir uns bemüht, die jungen evangelischen deutschen Männer aus dem Elsass, die im II. Weltkrieg den Wehrdienst verweigerten und deshalb hingerichtet wurden, aufzunehmen, fanden aber keinen Bearbeiter. Sicher gibt es auch Schicksale aus der Zeit unmittelbar nach dem II. Weltkrieg, die noch der Mitteilung und Bearbeitung bedürfen. Durch die Berichte über Elisabeth Käsemann und Marlene Kegler Krug ist der Blick auch auf Ereignisse in Lateinamerika gerichtet worden.

Vielleicht ist also auch ein solcher Band wie der jetzt vorliegende nur ein Schritt auf dem Wege zu umfassenderer Kenntnis und weitergehendem Gedenken an die Martyrien der evangelischen deutschsprachigen Christen des 20. Jahrhunderts. Es wird gut sein, diesen Weg fortzusetzen.

Harald Schultze
Andreas Kurschat